



Departement Gesundheit und Soziales, 9100 Herisau

Kasernenstrasse 17  
9102 Herisau  
Tel. +41 71 353 65 92  
Fax +41 71 353 68 54  
gesundheit.soziales@ar.ch  
www.ar.ch

**Per E-Mail**

lmr@blv.admin.ch

**Angela Koller**

stv. Departementssekretärin  
Tel. +41 71 353 64 57  
angela.koller@ar.ch

Herisau, 31. Juli 2019

## Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Angefügt erhalten Sie die Vernehmlassungsantwort von Appenzell Ausserrhoden zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts.

Freundliche Grüsse

Angela Koller

angefügt: Antwortformular AR



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell Ausserrhoden

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AR

Adresse, Ort : Kasernenstrasse 17, 9102 Herisau

Kontaktperson : Angela Koller

Telefon : 071 353 64 57

E-Mail : [angela.koller@ar.ch](mailto:angela.koller@ar.ch)

Datum : 31. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	13
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	18
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	19
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	20
9	EDI: Getränkeverordnung .....	22
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	23
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	24
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	25
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	26
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	27
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	28
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	29
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	31
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	32
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	33
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	36
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	37
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	38
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	39
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	40

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
-	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	<p>In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist beispielsweise nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.</p> <p>Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).</p> <p>Der Vorschlag bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z.B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.</p>	<p>Es wird ein eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste) beantragt.</p> <p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung; vgl. Tabelle 9 unten.</p>
Art 31 Abs. 5	Es wird begrüsst, dass künftig auch Fermenterprodukte den Bestimmungen über neuartige Lebensmittel unterstellt werden.	-
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten, leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten, leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ersatzlos streichen

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden werden massiv steigen. Damit verbunden werden auch die Verwaltungskosten steigen. Weiter erfolgt aufgrund der Anpassung an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist. Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, sollte die organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht zum Regelfall werden. Dies muss aus den Kommentaren als unmissverständliche Botschaft erkennbar werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. f, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss S 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen), zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden	andere amtliche Tätigkeiten» streichen; Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird
Art. 7 Abs. 2	Die Festlegung und der Umfang der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderungen an die Behörden in dieser Verordnung sind fragwürdig. Es wird auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und die in Art. 7 gemachten Anforderungen bei Weitem nicht erfüllt oder erfüllen muss. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden Pseudoinformationen generiert, welche die Verwaltungskosten steigern ohne dabei die in Art. 7 Abs. 2 geforderte Transparenz zu schaffen.  Die Erhebung von vergleichbaren Daten ist äusserst aufwändig und die Aussagekraft betreffend die Wirksamkeit des Vollzugs ist beschränkt. Die dafür benötigten Ressourcen sind bei den kantonalen Veterinärämtern nicht vorhanden bzw. gehen bei einer Umsetzung zu Lasten des Vollzugs. Als wirk-	Art. 7 Abs. 2 LMVV ersatzlos streichen

	sameres und effizienteres Instrument erachten wir Systemaudits (s. Bemerkungen zu Artikel 20 NKPV).	
Art. 13 Abs. 3	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrates und des Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden aufgehoben haben.	Art. 13 Abs. 3 LMVV ersatzlos streichen
Art. 37 Abs. 8	In Art. 37 Abs. 8 werden die Aufgaben nach Abschluss verstärkter Kontrollen bei der Ein- oder Durchfuhr bestimmter Lebensmittel festgelegt. Bei der Aufzählung der Aufgaben ging vergessen, die für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis zu informieren. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft werden	Ergänzung Art. 37 Abs. 8 mit zusätzlichem Bst. d: d. Es informiert die zuständige kantonale Kontrollstelle über das Kontrollergebnis.
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs. 2	Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen.
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48 und Art. 52	Art. 48 respektive Anhang 4 legen für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Demnach sind Einzelproben und Proben nach einem Stichprobenplan nicht möglich. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 ausschliesslich möglich, wenn die Methoden nach Anhang 4 nichts anderes vorsehen.  Für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumenten ist es wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahme im Detail-	Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos streichen Art. 52 ist anpassen.

	<p>handel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen auch aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos trotz der unsicheren Stichprobe sicher ist. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf die europäischen Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und im Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Betrugereien mit Lebensmitteln der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Der analytische Fortschritt wird sonst behindert und Betrugereien im Zusammenhang mit Lebensmitteln würden damit gefördert.</p>	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen
Art. 70	<p>Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Dies erfolgt in Art. 79 Abs. 2 für Lebensmittelinspektorin oder Lebensmittelinspektor, als Lebensmittelkontrolleurin oder Lebensmittelkontrolleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter.</p> <p>Für amtliche Fachassistenten fehlt eine solche Bestimmung. Eine solche Regelung ist unbedingt auch für die amtlichen Fachassistenten einzuführen. Art. 70 muss daher entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden.</p> <p>Es ist nicht sinnvoll, dass eine Person, die in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt, diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf.</p>	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) zu ergänzen

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion wird begrüsst. Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist. Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden.

Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Gemäss den Erläuterungen soll durch die Ergänzung in Art. 2 Abs. 2 Bst. h die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt	Art. 2 Abs. 2 Bst. h.  1. Anpassen: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i> 2. Sachverhalt "gemäss Landwirtschaftsrecht" konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i>

	<p>auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	
Art. 7 Abs. 2	<p>Zu den Grundkontrollen mit festgelegten Kontrollfrequenzen sollen bei rund 2% der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Damit soll gemäss Erläuterungen sichergestellt werden, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst. Solche signalbasierten Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Vorliegend wird aber mit dem Wortlaut in Art. 7 Abs. 2 eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht entspricht. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 umfassend abgehandelt.</p>	Art. 7 Abs. 2 und Art. 3 Bst. h streichen
Art. 8 Bst. d	<p>Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).</p>	Textliche Klärung
Art. 11 Abs. 1	<p>Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.</p>	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass alle Kontrollen nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung</p>	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ....., müssen mit den Grundkontrollen nach ....



	<p>ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man jede Kontrolle untereinander abspricht. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p>	
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird.</p> <p>Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, die Inkraftsetzung dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.
Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	<p>1 ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt.</p> <p>2 Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...</p>
Art. 14	Die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen ist korrekt formuliert und so auch mit kleinem Aufwand umsetzbar.	Ausdrückliche Zustimmung.

Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb „offensichtlich“ zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	«offensichtlich» streichen.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautetet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	In Absprache mit den kantonalen <del>Tierschutz</del> Behörden kann das BLV
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird begrüsst.	--

Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Zeitspanne überall auf 4 Jahre festlegen.	Ersetzen mit 4.
<b>Ergänzung : NFUP</b>	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert. <b>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</b>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung sind unter dem Aspekt des Tierschutzes nachvollzieh- und akzeptierbar. Wir weisen aber auf den zu erwartenden hohen Vollzugsaufwands hin. Dieser kann mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden.

Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Zudem ersuchen wir den Gesetzgeber, die Begrifflichkeit „Hof- und Weideschlachtung“ dringend zu überdenken, um Täuschung und romantischen Marketingvorstellungen entgegen zu wirken.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können begrüsen wir ausdrücklich. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten durch „Hof- und Weidebetäubung“ ersetzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachtanlage durchgeführt werden dürfen. Der Begriff „Schlachtung“ suggeriert, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff „Hausschlachtung“, welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet</p> <p>Weiter sollte der Begriff „mobile Schlachtanlage“ in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem mobile Schlachtanlagen so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt.</p>	<p><i>Hofbetäubung statt Hofschlachtung.</i></p> <p><i>Weidebetäubung statt Weideschlachtung.</i></p> <p>Bst s. Mobile Schlachtanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.</p>

Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
Art. 9a Abs. 1	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	, die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
Art. 9a Abs. 2	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a. bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a. bis c. als Auflage formuliert werden. Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weidebetäubungen vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofbetäubung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <u>und entblutet</u> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weidebetäubung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen <u>und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> entblutet</u></li> </ol>

	<p>nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und Art. 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachlichkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schiessen, die Fachlichkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und so betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p>	<p><u>werden.</u></p> <p>3. <u>muss der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></p> <p>4. <u>muss zuhanden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahe ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut auffangen und zusammen mit den Schlacht tierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	---	---

	Sollen die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.	
Art. 9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofbetäubung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofbetäubung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlachttieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	Bei der Weidebetäubung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofbetäubung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.
Art. 28 Abs. 1 & 2	Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlachttieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüßen wir die Schlachttieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlachttierkörpern und Teilen <u>uningeschränkt zusammenzuarbeiten.</u>
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlachttieruntersuchung bei Hofbetäubung durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weidebetäubung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlachttieruntersuchung bei Hofbetäubungen

Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlachttier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schlachttier; oder
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüßen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weidebetäubung.	
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüßen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)	Beide Textentwürfe klären.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt aufschieben.



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da auch kaum rechtsverbindliche Verarbeitungsfaktoren vorliegen, wird eine Beurteilung dieser in Anhang 1 nicht mehr geführt, verarbeiteten Lebensmittel schwierig.</p> <p>Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist klar, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen im europäischen Recht für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung gestellt werden.</p>	Vgl. Kommentar

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement à basse pression</i>, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes.</li> </ul> <p>Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (englisch) verwendet werden können.</p>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anhang 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugebehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschließender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmäßig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	<p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	
--	--	--

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	vgl. Kommentar zu Art. 14 Abs. E- LGV in Tabelle 2 oben	Betrifft v.a. französische und italienische Version. Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV in Tabelle 3 oben.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1 und 2	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 20164 über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH), ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol> <p>Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3. soll aufgrund Änderung Anpassungsantrag vorstehend wie folgt abgeändert werden: Artikel 17 findet keine Anwendung.</p>



<b>13</b>	<b>EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

-
---

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und II Abs. 2	Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 ist beizubehalten
Art. 6 Abs. 1	Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen). Es ist aber wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend. Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.	Art. 6 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen: " Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen."  Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht: "Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."
Anhang 2	Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu	Es wird beantragt, Anhang 2 VZVM, nicht zu öffnen und als geschlossene Liste im Sinne der Kommentare beizubehalten. In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige

	<p>wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch), alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten werden soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p> <p>Bei Cholin und Betain ist zu überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>
--	--	--

<b>17</b>	<b>EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

-
---

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

<b>18      EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der Leitlinie „Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe“ (GVG) gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt der Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4bis 4h einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4bis Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilen Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:  1bis Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.



Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <u>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</u>
Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement à basse pression</i>, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes.</li> </ul> <p>Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (englisch) verwendet werden können.</p>	Eine andere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66 Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks Harmonisierung des Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen? Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen. Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung zu bevorzugen.</p>	Art. 66 Abs. 4 ist mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	Gemäss Art. 71 muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. ein Rückruf gemäss Art. 84 LGV durchgeführt werden. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.	Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist wie folgt anzupassen: Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Le-

	<p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.). Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>bensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.</p>
<p>Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7 und Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10</p>	<p>Anhang 1 Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66 Abs. 4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1 Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1 Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die Einschränkung auf herstellende, verarbeitende oder zubereitende Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p> <p>Gemäss den Erläuterungen soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Indes wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertiger, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p> <p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Anhang 1 Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– beibehalten</li> <li>– Geltungsbereich streichen</li> <li>– Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3 beibehalten</li> </ul> <p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden. Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p> <p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist</p>

<b>20      EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p>Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.</p>	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.

<b>22      EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen.

Das Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei denen Kanton nach sich ziehen wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse	"und Klasse" streichen
Art. 17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen

**24**      **BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement des Innern  
Herr Alain Berset  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 13. August 2019

## **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, in erwähnter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Die Revision der Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) wird mehrheitlich begrüsst. Wir orten allerdings verschiedentlich Anpassungsbedarf und stellen dazu mehrere Änderungs- und Streichungsanträge.

#### **I. Allgemeine Bemerkungen**

Mit dieser Revision wird, nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017, eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem Recht der Europäischen Union angestrebt, was materiell und vollzugstechnisch zu begrüssen ist. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

#### **II. Detaillierte Bemerkungen**

##### **A. Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)**

##### **1 "ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)**

###### **1.1 Inhalt der Neuregelung**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z. B. Vitamin B12).



Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

### **1.2 Beurteilung**

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden aktiv falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

### **1.3 Antrag**

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

## **B. Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV)**

### **2 Trennung der amtlichen Vollzugbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

#### **2.1 Inhalt der Neuregelung**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

#### **2.2 Beurteilung**

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z. B. Art. 46 LMVV, der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

### **2.3 Antrag**

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.

Wir erwarten, dass einleitend ein Artikel eingefügt wird, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

## **3 Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielsweise können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

### **3.1 Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)**

#### **3.1.1 Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

#### **3.1.2 Beurteilung**

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.

Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

#### **3.1.3 Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **3.2 Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

#### **3.2.1 Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

#### **3.2.2 Beurteilung**

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche die Verwaltungskosten steigern, ohne

5/8

aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

### **3.2.3 Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

## **4 Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

### **4.1 Inhalt der Neuregelung**

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### **4.2 Beurteilung**

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen, ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### **4.3 Antrag**

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **5 Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### **5.1 Inhalt der Neuregelung**

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### **5.2 Beurteilung**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die fest-

gelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist, trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z. B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.

Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

### **5.3 Antrag**

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

## **C. *Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)***

### **6 Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)**

#### **6.1 Inhalt der Neuregelung**

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

#### **6.2 Beurteilung**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Er-

läuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine "agence de vigilance" geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

### 6.3 Antrag

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: **geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.**

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

## 7 Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)

### 7.1 Inhalt der Neuregelung

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.

### 7.2 Beurteilung

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe

8/8

vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen **Kostensteigerung für die Kantone**.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

### **7.3 Antrag**

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verweisen im Übrigen auf die Bemerkungen in der Tabelle anbei. Für die Berücksichtigung unserer Anliegen zugunsten vollzugstauglicher Bestimmungen sind wir Ihnen verbunden.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Beilage erwähnt



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Thurgau  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : TG  
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld  
Kontaktperson : Dr. Christoph Spinner, Kantonschemiker  
Telefon : 058 345 53 00  
E-Mail : christoph.spinner@tg.ch  
Datum : 13. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) .....	17
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	27
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	33
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	34
8	EDI: Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft.....	38
9	EDI: Getränkeverordnung .....	40
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	42
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	43
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	44
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	47
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	48
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	49
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	51
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	55
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	56
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	57
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	61
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	62
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	63
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	65
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	66

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Der Kanton Thurgau ist von den geplanten Änderungen unmittelbar betroffen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns nachfolgend zu den einzelnen Verordnungen und den zur Verfügung gestellten Erläuterungen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der im Tessin genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.	Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung). Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).
Art. 30 / 31	Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren (wie in den Erläuterungen ausgeführt). Allerdings fehlt diese Definition in der LGV.  Gemäss Erläuterungen zur VGVL soll die Definition in Art. 31 LGV transferiert werden. Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert. Sie gehört zu Art. 30 LGV).	Die Definition von GVO-Erzeugnissen analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.
Art. 37 Abs. 5	Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.	Absatz ersatzlos streichen

	<p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p> <p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.</p>	
Art. 38 Abs. 2 Bst. a und b	<p>Es wird begrüsst, dass die Terminologie von Begriffen harmonisiert wird. Der vorgeschlagene Ausdruck "andere Substanz" passt in diesem Kontext allerdings nicht.</p> <p>Es wird empfohlen, die Ausdrücke "Nährstoff" und "andere Substanz" durch den zusammenfassenden Begriff "Lebensmittelbestandteil" zu ersetzen (analog Art. 31 Abs. 1 LIV).</p>	Anpassung unter Bst. a und b: "... der Lebensmittelbestandteil, das Lebensmittel oder die Lebensmittelkategorie..."
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Obligatorische schriftliche Angabe eines Verbrauchsdatums bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen.</p> <p>Abgesehen davon, dass die Formulierung (und die Logik) in dieser Form sehr missverständlich ist und von den wenigsten verstanden werden wird (die Ziffer, auf die verwiesen wird, beschreibt ausdrücklich "vorverpackte"</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ersatzlos streichen.

	<p>Lebensmittel, die Datierungsvorschrift betrifft aber ausschliesslich die Ausnahmeregelung der "nicht vorverpackten" und dennoch umhüllten Lebensmittel) ist diese Neuregelung weder umsetzbar noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit und belastet KMU über Gebühr.</p>	
Art. 48	<p>Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst.</p> <p>Diese Streichung verlangt zusätzlich Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, die möglichst bald angepasst werden muss.</p>	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

##### **Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

###### *Inhalt der Neuregelung*

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

###### *Beurteilung*

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV, der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

###### *Antrag*

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

##### **Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)

#### *Inhalt der Neuregelung*

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

#### *Beurteilung*

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.

Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

#### *Antrag*

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

#### *Inhalt der Neuregelung*

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden.

#### *Beurteilung*

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern, ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

#### *Antrag*

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

#### *Inhalt der Neuregelung*

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### *Beurteilung*

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### *Antrag*

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### *Inhalt der Neuregelung*

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### *Beurteilung*

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

### *Antrag*

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.



Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. f, Art. 48, Art. 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen sind anzupassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anzuwenden.	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» ist zu streichen. Die Bestimmungen zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt sind analog zum Lebensmittelinspektor zu gestalten (LIVI / D DLAL) und es ist eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung zu schaffen. Die Ausbildung ist ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchzuführen.
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der "Krise" nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag gute Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar. (NB: In der Verordnung (EU) 2017/625 vom 15. März 2017, auf die für weitere Definitionen verwiesen wird (Art. 2 Abs. 2), ist ebenfalls keine Definition aufgeführt.	Definition der Krise nach aktueller LMVV ist zu übernehmen.
Art. 7 Abs. 2	Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt). Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.	Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen

Art. 7 Abs. 2 Bst. c	<i>Eventualantrag, falls Art. 7 Abs. 2 nicht ersatzlos gestrichen wird:</i> Verstösse gegen die Lebensmittelgesetzgebung sind nach Art. 33 LMG zu benennen (beanstanden). Gemäss Art. 34 – 36 LMG sind im Falle von Beanstandungen Massnahmen anzuordnen. Deshalb ist eine getrennte Meldepflicht von Art und Anzahl für Beanstandungen (Art. 7 Abs. 2 Bst. b) sowie für Massnahmen (Art. 7 Abs. 2 Bst. c) sinnlos.	streichen
Art. 7 Abs. 2 Bst. d	<i>Eventualantrag, falls Art. 7 Abs. 2 nicht ersatzlos gestrichen wird:</i> Die Vollzugsbehörden haben nicht die Kompetenz, Sanktionen nach Art. 63 – 65 LMG zu verhängen und sie können deshalb auch nicht darüber informieren.	streichen
Art. 13	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.	Art 13 Abs. 3 ist zu überarbeiten, mindestens Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen
Art. 16	Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.  Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt! Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus.	Der letzte Satz in Abs. 3 ist zu ersetzen: "Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln."

	<p>Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat.</p> <p>Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.</p>	
Art. 19 Abs. 4	Damit in den verschiedenen Datenbanken bei Kanton und Bund die Betriebe eindeutig identifiziert werden können, ist als eindeutige Nummer die UID zu verwenden. Darauf basierend kann die Bewilligung erteilt werden.	Als Bewilligungsnummer ist die UID zu verwenden.
Art. 37 Abs. 8	<p>Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.</p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>
Art. 39	<p>Art. 39 gibt dem BLV die Möglichkeit der Weiterbeförderung von Sendungen vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Warenuntersuchung. Dies muss aber auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. Entsprechend ist die Bestimmung anzupassen.</p> <p>Da durch die Weiterbeförderung den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 muss dafür entsprechend ergänzt werden.</p>	<p>Art. 39 Abs. 1</p> <p>Das BLV kann in Ausnahmefällen die Weiterbeförderung der Sendung...</p> <p>Einfügen Art. 44 Abs. 3:</p> <p>Für Sendungen die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch entstehenden Kontrollaufwandes.</p>

Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs.2	Dir hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4	<p>Art. 48 Abs 1 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen</p>	<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 64	Ein Abs. 6, in dem gefordert wird, dass das Kontrollpersonal sein Wissen auf dem aktuellsten Stand halten muss (vgl. Erläuterungen) gibt es nicht. Diese Forderung ist in Abs. 1 formuliert.	Die Erläuterungen sind anzupassen
Art. 65 Abs. 2	Die Finanzierung wird in Art. 1 sowohl für die Ausbildung als auch für die Schulungen (=Weiterbildung; vgl. Art. 64) geregelt. Die ungedeckten Sachkosten der Schulungen müssen ebenfalls geregelt werden.	Art. 65 Abs. 2 ist zu ergänzen: Ungedeckte Sachkosten der Ausbildungen und Schulungen werden ...
Art. 70	Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden. Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben, gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren "ernannt", wenn sie keine Prüfung machen sollen.	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen

Art. 75	Für den Fachassistenten werden Notenschnitte für bestandene Prüfungen definiert, ohne eine Notenskala entsprechend Art. 85 Abs. 3 für den DAL festzulegen.	Abs. 2 ist analog Art. 85 (DAL) wie folgt zu ergänzen: Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3.
Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese "Übergangsregelung" tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art. 79 Abs. 2 ist zu überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 3	Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder. Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist und zu Rekrutierungsproblemen führen wird. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.	Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden: "....Ein Mitglied der PK <i>kann</i> die Prüfung begleiten."
Art. 95 Abs. 1	Die Prüfungsbereiche sind in Art. 91 Absatz 2 (nicht Absatz 1) geregelt.	"Absatz 2" ist durch "Absatz 1" zu ersetzen
Art. 105	Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. (vgl. auch Art. 16)	Art. 105 ist mit Bst. d zu ergänzen: "d. ein vermuteter Krankheitsausbruch im Zusammenhang mit Lebensmitteln vorliegt."
Art. 107	Es fehlt ein Titel (vgl. Art. 104 aLMVV: Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung).	Art. 107 ist mit einem Titel zu ergänzen

Art. 116	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 113 aLMVV)	Art. 116 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Für die Erhebung der Gebühren soll Artikel 119 vorbehalten bleiben. Dieser bezieht sich allerdings auf die Aktualisierung der Anhänge durch das BLV. Gemeint ist wohl eher vorbehaltlich Art. 117 (analog zu aLMVV).	Korrektur mit „...vorbehalten bleibt Artikel 117.“
Art. 118	Es fehlt ein Titel	Art. 118 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 119	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 115 aLMVV)	Art. 119 ist mit einem Titel zu ergänzen
Anhang 1 und 2	Die Anhänge 1 und 2 (verstärkte Kontrollen) brauchen regelmässige Aktualisierungen. Eine Lösung wäre wie bei Anhang 2 VPRH die Publikation auf der BLV-Homepage. Zudem sollte wo relevant beim «Risiko» die Vorgabe der zu untersuchenden Analyten präzisiert werden (z.B. inkl. Dithiocarbamat-Fungiziden)	Regelung in Art. 37: regelmässige Aktualisierung der Anhänge 1 und 2  In Anhang 1 Analyten präzisieren, analog zur Verordnung (EG) 669/2009
Anhang 4	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 4	Anhang 4 ist ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist Anhang 4 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.
Anhang 5	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 5	Anhang 5 ist ersatzlos zu streichen

#### **4 BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion wird begrüsst.

##### **Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette?**

###### *Inhalt der Neuregelung*

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

###### *Beurteilung*

Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

###### *Antrag*

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

##### **Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)**

###### *Inhalt der Neuregelung*

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.



### **Beurteilung**

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion sind die Zuständigkeiten besser zu definieren.
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine "agence de vigilance" geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten	1. Anpassen: geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln .... 2. Sachverhalt "gemäss Landwirtschaftsrecht" konkretisieren: Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.

	<p>Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	
Art. 3	Die Buchstaben und Begriffe entsprechen nicht denjenigen in der VKKL, was verwirrt.	Die Begriffe der NKPV sind denjenigen der VKKL anzupassen.
Art. 3 Bst. h	Die Definition ist obsolet (vgl. Art. 7 Abs. 2).	Art. 3 Bst. h ist zu streichen
Art. 3 Bst. g und Art. 12	„Verwaltungskontrolle“: Hier geht es nicht um einen Kontrolltyp, sondern um eine Methodik. Hinsichtlich Kontrollkoordination ist die Verbindung mit Art. 12 kaum oder nur mit unnötigem Zusatzaufwand vollziehbar: Die Koordinationsstelle gibt den Auftrag vor (Grundkontrolle). Wie der Auftrag umgesetzt wird ist Sache des Vollzuges. Dass dieser aber die Typisierung der Kontrolle „abändert“ ist kaum sinnvoll umsetzbar.	Es wäre denkbar, dass die Kontrolle (analog angemeldet/unangemeldet) mit einem Status versehen würde.
Art. 6 Abs. 3	Viele Kontrollen erfolgen heute im Acht-Jahres-Rhythmus (BLW).	Der MNKP ist für acht Jahre auszulegen.
Art. 7	<p>Welche Betriebe betroffen sind (Abs. 1) und Regeln für zusätzliche Kontrollen (Abs. 2) sind auch in der VKKL und der NKPV geregelt. Wann weitere Zusatzkontrollen anzuordnen sind (Abs. 4, 5, 6 und 7) dürfen den anderen Regeln nicht widersprechen.</p> <p>Abs. 2 gehört thematisch zu Art. 8 resp. ist zu streichen (vgl. unten).</p>	
Art. 7 Abs. 2	Es sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.	Art. 7 Abs. 2 ist zu streichen.

	<p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht.</p> <p>Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	
Art. 7 Abs. 3	„Die übrigen Betriebe“ stellen überall das gleiche Risiko dar. Im Hinblick auf die Koordinationsaufgaben würde eine einheitliche Bundesvorgabe wohl auch systemtechnisch einiges vereinfachen.	Eine einheitliche Bundes-Vorgabe ist anzustreben.
Art. 8	<p>Regeln für Zusatzkontrollen gibt es auch in der VKKL und der NKPV. Diese Regeln hier dürfen den anderen nicht widersprechen.</p> <p>Begriffe, die in Art. 3 eingeführt werden, werden nicht konsequent angewendet. Zudem entsprechen sie nicht denjenigen der VKKL (Art. 4 Abs. 1 Bst. a – d).</p>	<p>Entweder Verzicht auf Art. 8 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.</p> <p>Abgleich mit Art. 3 resp. VKKL (siehe Bemerkungen zu Art. 3).</p>

Art. 8 Bst. a	Wir begrüßen, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff „Zwischenkontrollen“ nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung
Art. 9	Die Thematik zur Delegation von Kontrollen ist in der VKKL und der NKPV bereits geregelt. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Art. 9 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen oder Text aus VKKL übernehmen.
Art. 11	Die Regeln für die Koordination der Kontrollen sind in der VKKL und der NKPV bereits geregelt. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Art. 11 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen oder Text aus VKKL übernehmen.
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
Art. 11 Abs. 2	Es wird im Entwurf statuiert, dass <i>alle Kontrollen</i> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich	Die <i>Grundkontrollen</i> , die auf [...], müssen mit den Grundkontrollen nach [...]

	<p>gewollt sein, dass man <i>jede Kontrolle untereinander abspricht</i>. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p>	
Art. 12	<p>Der Begriff „Verwaltungskontrolle“ ist neu und soll exklusiv für die tierische Primärproduktion gelten (und erst noch nach ganz komplizierten Bedingungen).</p> <p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann sie Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	<p>Verzicht auf Art. 12 da „andere Kontrollarten“ bereits heute etabliert sind, der Begriff nur für ein sehr enges Fachgebiet gültig sein sollte und die legale Anwendung erst noch fast nicht eintreffen wird. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Koordinationsstelle das im Griff hat.</p> <p>Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.</p>
Art. 13	<p>Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.</p>	<p>Verzicht auf Art. 13 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.</p>

Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	<sup>1</sup> [...] nach Artikel 3 Buchstabe f durchgeführt. <sup>2</sup> Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von [...]
Art. 14	<p>Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.</p> <p>Die neue Anforderung, dass 40 % der tierischen Primärproduktionskontrollen und 10 % der pflanzlichen Primärproduktionskontrollen unangemeldet durchgeführt werden müssen, verlangt mehr Kontrollaufwand bei den Kantonen. Es ist eine angemessene Übergangszeit zu gewähren.</p> <p>Es ist unklar, was als unangemeldet gilt. Gelten kurzfristige telefonische Anmeldungen als unangemeldet? „Unangemeldet“ sollte genau definiert werden, damit der Vollzug einheitlich ist.</p> <p>Grundsätzlich ist die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen korrekt formuliert. Sie erscheint jedoch kompliziert und missverständlich.</p>	<p>Verzicht auf Art. 14 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.</p> <p>Für die Umsetzung von Art. 14 ist eine zweijährige Übergangszeit zu gewähren.</p> <p>Als unangemeldet gilt eine Kontrolle, bei welcher die Kontrollperson ohne jegliche Anmeldung, auch ohne kurzfristige Anmeldung, auf dem Betrieb eintrifft.</p> <p>Vereinfachen: es gibt generell einen Prozentsatz für Grundkontrollen und einen Prozentsatz für alle übrigen Kontrollen, dann sind auch Abs. 3 und Abs. 4 obsolet.</p>
Art. 15	<p>Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.</p> <p>Das Zusammenführen aller Kontrollergebnisse in Acontrol ist sinnvoll. Es ist wichtig, dass auch alle lebensmittelrechtlichen Daten schweizweit im gleichen System geführt werden.</p>	<p>Verzicht auf Art. 15 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.</p> <p>Es sind sämtliche Daten, welche über lebensmittelverarbeitende Betriebe erhoben werden, auf Acontrol zu erfassen. Dies trifft auch auf vor- und nachgelagerte Betriebe der Landwirtschaft zu.</p>
Art. 16	<p>Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.</p> <p>Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb „offensichtlich“ zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.</p>	<p>Verzicht auf Art. 16 oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.</p> <p>«offensichtlich» streichen.</p>

Art. 17	Solche Aktionen sind schwer koordinierbar und noch schwerer auswertbar. Gerne können wir dazu die Erfahrungen aus dem Programm „Schwerpunktkontrolle qualitativer Tierschutz Schweine“ beiziehen.	Auf dieses Instrument ist zu verzichten. Schwerpunkte können im Rahmen der Grundkontrollen analog Fokus-Kontroll-Punkten gebildet werden.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	In Absprache mit den kantonalen Tierschutz Behörden kann das BLV
Art. 17 Abs. 2	Wir begrüßen, dass der Termin für den Inhalt eines Schwerpunktprogramms bereits am 30. Juni des Vorjahres feststeht.	
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten, [....].
Art. 20-22	Das sind Bundesaufgaben. Für die Kantone entstehen dadurch keine zusätzlichen Umtriebe. Mit der Einhaltung der VKKL und der NKPV sind die Anforderungen an den MNKPV erfüllt.	Feststellung in der Verordnung ergänzen.
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren

Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1 Liste 1	<p>Mit der Erhöhung der Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf acht Jahre sind wir einverstanden.</p> <p>Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird grundsätzlich begrüsst. Es braucht aber noch eine vertiefte Prüfung mit der heutigen Regelung und der Abstimmung auf die VKKL.</p>	Mit der Cut-off-Regelung ist auch die bisher unklare Situation mit den „Betrieben“ unter dem Cut-off zu standardisieren (Art. 7 Abs. 3). Es kann nicht sein, dass bei so vielen Regelungen für diese Gruppe kein Standard definiert werden kann. Sie stellen überall das gleiche oder eben gar kein Risiko dar.
Anhang 1 Liste 2 Ziff. 2.10	<p>Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von einem Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen</p> <p>Cave: Formulierung kann missverstanden werden, anpassen: „nicht“ ersetzen durch „ausser“.</p>	2.10 Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016
Anhang 1 Liste 3 A202, A204, A205	Zeitspanne überall auf vier Jahre festlegen.	Ersetzen mit vier.
Anhang 1 Liste 3 B404	Betriebe mit Traubenverarbeitung zur Weinherstellung sind nach einheitlichen Grundsätzen zu kontrollieren. Es besteht ein Widerspruch zur Weinverordnung (SR. 916.140) wo eine Kontrolle im Zeitraum von sechs Jahren verlangt wird.	Der Kontrollrhythmus für Kellereien ist einheitlich auf vier Jahre festzusetzen.
VPrP, Art. 3	Der Änderungsvorschlag geht in die richtige Richtung (gleiche Basis wie Statistik). Bei Abs. 2 Bst. c ist der Begriff „kleine Mengen“ klärungsbedürftig.	In diesem Zusammenhang ist auch die Begrifflichkeit „melde- respektive registrierungspflichtig“ (Veterinärrecht) zu klären und zu harmonisieren.



Ergänzung: NFUP	<p>Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert.</p> <p>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</p>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen
--------------------	---	---

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Dieser Entwurf wurde durch die Rechtsabteilung des BLV in Zusammenarbeit mit der ständigen Kommission für Lebensmittelsicherheit im Veterinärdienst, erarbeitet. Vom Veterinäramt Thurgau und von der Mehrheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte wird die Einführung der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung begrüsst. Eine Minderheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hat sich aber primär aus Ressourcengründen dagegen ausgesprochen. Bei einer Einführung sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können, begrüssen wir ausdrücklich. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sind zu ergänzen, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort „Schlachtung“ nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff „Hausschlachtung“, welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet.</p> <p>Weiter sollte der Begriff „mobile Schlachthanlage“ in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem «mobile Schlachthanlagen» so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt.</p>	<p>Hofschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Weideschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p> <p>Bst. s: Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb stattfindet.</p>

Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	[...] für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	<p>Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.</p> <p>Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.</p> <p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter vier Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere jünger als vier Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	<p>Streichen</p> <p>[...] die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter vier Monaten.</p>
Art. 9a Abs. 2	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung	

	<p>auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a bis c als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlacht und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 der Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV bei der Hofschlacht nur für die Betäubung gegeben sein muss, den Entblutungsschnitt kann irgendjemand ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung muss eine fachkundige Person schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist aber nicht gefordert. Z. B. haben Jäger den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p>	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <i>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlacht die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <i>und entblutet</i> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person <i>nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet</i> werden.</li> <li>3. muss der <i>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</i></li> <li>4. <i>muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</i></li> </ol> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <i>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</i>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <i>Auf dem Begleiddokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</i></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden;</p>
--	---	--

	<p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst. b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p> <p>Werden die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.</p>	<p>insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
Art. 9a Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlachttieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p>	<p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <i>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</i> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.</p>
Art. 28 Abs. 1 und 2	<p>Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlachttieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der</p>	<p>Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt</p>

	Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüssen wir die Schlachttieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlachttierkörpern und Teilen <i>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten</i> .
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlachttieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlachttieruntersuchung bei Hofschlachtungen
Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlachttier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schachttier; oder
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von sechs Wochen auf acht Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart).	<sup>5</sup> Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung unabhängig von der Tierart zwischen drei und <i>zehn</i> Rappen pro

	Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp. / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp.). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 Uhr angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 Uhr bzw. 20 Uhr)	Beide Textentwürfe klären.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Art. 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung dieser verarbeiteten Lebensmittel schwierig.</p> <p>Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der Verordnung (EG) 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren).</p>	Darum wäre wünschenswert, dass mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass verbindliche Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.
Anhang 2	Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?	Die Übergangsfristen sind zu regeln



## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts. Die korrekte Umsetzung dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen. Auch wenn solche Überdosierungen keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, so stellen sie doch auch ein gewisses Täuschungspotential dar, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser sei, als ein anderes Produkt, welches für die Konsumentin oder den Konsumenten die gleiche Wirkung hat.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste. Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden. Auf diese könnte verwiesen werden, allenfalls in einem Informationsschreiben des BLV, um so eine gewisse Rechtssicherheit erlangen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	<p>Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten.</p> <p>Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.</p> <p>Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-&gt; Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -&gt; bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll:</p> <p>Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.</p> <p>Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM.</p> <p>In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen:</p> <p>"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt."</p>
Art. 22a, Informationen	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der	Anpassung Titel 5. Abschnitt wie folgt: Informationen über die Ernährung von Säuglingen und

über Säuglingsnahrung	entsprechenden EU-Verordnung ist aber, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist so nicht vorgesehen. In diesem Kontext ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren. Sind Apotheken oder Drogerien damit auch gemeint?	Kleinkindern  Zudem ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein. Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden.	Der Begriff "Polyole" ist durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" zu ersetzen.
Art. 35a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Der Verweis ist anzupassen (Absatz 2).
Art. 35a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung wird bereits unter Art. 4 Abs. 2 aufgeführt und kann deshalb hier gestrichen werden.	Abs. 2 streichen.
Art. 35a <sup>bis</sup> Abs. 3	Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.  Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Aufführen von einzelnen Bestimmungen über geltende Abweichungen stehen. Bei Art. 35a geht es auch um die Nährwertdeklaration.	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35a aufzuführen.
Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	<i>Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler</i> Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470	Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel

	<p>hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.</p> <p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher wurden für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel festgelegt (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p> <p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> ist zu streichen und die Bestimmung ist unter Art. 3 aufzuführen.</p>
Anhang 9 Ziffer 1.1	<p>Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um welche Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. In den Erläuterungen wird dies mit der European Society for Paediatric Gastroenterology Hepatology and Nutrition (ESPGHAN) präzisiert. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte verbindlich in der Verordnung aufgeführt werden.</p>	<p>Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-&gt; ESPGHAN).</p>
Anhang 10	<p>Die Anmerkung ist kaum so gemeint wie sie geschrieben ist. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.</p>	<p>Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von: "Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet werden</i> oder</p>

		nach Zubereitung gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers."
Anhang 12	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nicht die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sind.	<p>Calcium Ergänzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>– calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Ergänzung der Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen; oder</li> <li>– Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).</li> </ul>

## 8 EDI: Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angeichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement à basse pression</i>, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
Art. 12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst. a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschließender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig, Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die alte.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene [...].</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	<p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	
--	--	--

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft v. a. französische und italienische Version.
Art. 39 Abs. 1 Bst. a	<p>Die Ausnahmeregelung, dass kein Hinweis auf den erhöhten Coffeingehalt nötig ist für Getränke, die auf Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teeextrakt basieren, und bei denen der Begriff «Kaffee» oder «Tee» in der Sachbezeichnung vorkommt (analog LIV Anhang 2, Teil B, Kapitel 4), fehlt für die Getränkekategorie mit einem Koffeingehalt zwischen 30 und 150 mg/l.</p> <p>In der alten Verordnung über alkoholfreie Getränke (vor 1.5.2017) wurde in Art. 34 Abs. 1 Bst. c der Ausnahmetatbestand (Kaffee oder Tee in der Sachbezeichnung) über beide Coffeingehaltsbereiche 30-150 mg/l und grösser 150 mg/l gestellt.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für stärker koffeinhaltige Getränke diese Ausnahme geltend gemacht werden kann, handelt es sich bei der fehlenden Ausnahmeregelung wohl um einen Fehler, der entsprechend korrigiert werden sollte.</p> <p>NB: In der EU gibt es keine Regelung über diese Kennzeichnung unterhalb 150 mg/l.</p>	<p>Anpassen:</p> <p>a bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 30 mg/l und höchstens 150 mg/l: zumindest der Hinweis «coffeinhaltig» <i>mit Ausnahme von Getränken, die auf Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teeextrakt basieren, und die in der Sachbezeichnung einen Hinweis auf «Kaffee» oder «Tee» enthalten;</i></p>
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziffer 10 aufgeführten Stoffen sein. Die Ziffer 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen <b>ergänzt</b> und nicht ersetzt werden.	10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe einschliesslich Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringingehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden

		Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern
--	--	---



## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.  
(Vgl. allgemeine Bemerkung zur VLBE.)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid (analog der europäischen Regelung) nicht vorgesehen ist.</p> <p>Eine Überschreitung lässt keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p> <p>Der Begriff Richtwert <b>darf nicht</b> verwendet werden.</p>	Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Aktualisierung dieser Verordnung, dies insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Vermehrung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln, was den Konsumenten leicht täuschen könnte. Allerdings scheinen die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein. Nach wie vor ist unklar und nicht geregelt, was mit geschützten Health Claims, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, passieren soll, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>

Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.	Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."
Art. 6 und Anhang 1 Ziff. 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Diese neue Bestimmung ist mit vernünftigen Aufwand weder umsetzbar noch vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kann kontrollieren, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Zudem fehlen Definitionen: Was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker? Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres?</p> <p>Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden den Konsumentinnen und Konsumenten als «gesund» angepriesen, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.

	Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.	
Anhang 5 Teil C	Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.
Anhang 9 Ziff. 19	<p>Grundsätzlich wurde die „Befreiung“ von der obligatorischen zur Nährwertdeklaration der EU übernommen. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziff. 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein grosser Unterschied zwischen Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen ... abgegeben werden (einschliesslich handwerklich hergestellter Lebensmittel) und handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden.</p> <p>Ziff. 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziff. 19 Anhang V 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Damit erübrigt sich auch ein vorgesehene Informationsschreiben zum Thema „handwerklich hergestellte Lebensmittel“.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	Anhang 9 Ziff. 19 analog der Anhang V Ziff. 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Formulierung ist es zum besseren Verständnis zweckmässig, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>In Übereinstimmung mit den Vorschriften in der EU darf der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht zulässig sein. Die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes sind beim Offenverkauf nicht umsetzbar.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste werden Fussnoten direkt in Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Diese Differenz zum EU-Recht kann zu Handelshemmnissen führen.	Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden;
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Streichung E 311 und E 312 aus den Anhängen 1a und 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Der Kommentar in den Erläuterungen ist zu streichen.
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie	Süssungsmittel in Kategorie weiterhin zulassen, z.B.: E 950 Acesulfam K 1700 Nur brennwert- verminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte



	andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	
Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1	Der Zusatzstoff "niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose" (L-HPC) soll in Nahrungsergänzungsmitteln in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen werden. E 463a ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet. Dies muss ergänzt werden.	Anhang 1a mit dem Eintrag E 463a - niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC) ergänzen.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.  
(Vgl. allgemeine Bemerkung zur VLBE.)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?</p>	<p>In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).</p> <p>Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.</p>
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den Anhängen 1 und 2"
Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.	Art. 2 <sup>bis</sup> ist zu streichen.
Art. 2	Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-> Artikel 2 <sup>bis</sup> ) oder direkt unter Art. 2 (-> in diesem Fall Erweiterung Titel).	Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separaten Artikel (-> Artikel 2 <sup>bis</sup> ) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.

	Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?	
Art. 6 Abs. 1	<p>Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen).</p> <p>Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend.</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p>	<p>Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen.</p> <p>"Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Da bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert werden sollen, ist eine Ergänzung angebracht:</p> <p><i>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</i></p>
Art 6. Abs. 1	<p>Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben.</p> <p>Aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten ist das nicht nachvollziehbar</p>	<p>Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.</p>
Art. 6 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen.</p> <p>Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem).</p> <p>Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	<p>Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1<sup>bis</sup> in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.</p>
Anhang 1	<p>Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird "Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg" aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da</p>	<p>Vorschlag einer klareren Formulierung: Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin</p>

	<p>Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.</p>	
Anhang 2	<p>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste  Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in der Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren. So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>
Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>

Anhang 5	<p>Formatierungsfehler in Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: unterhalb Ziffer 1.12 Pantothersäure müssen die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbyl-palmitat gelöscht werden</p> <p>Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Überschrift zwischen Kalziumhydroxid und Kalziummalat muss gelöscht werden</p>	
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. In der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zwischen "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<p>Art. 4 Abs. 7 Anhang 6</p>	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe.</p> <p>Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktespezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Die Liste sollte im Moment beibehalten werden. Sie ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	<p>Liste in Anhang 6 beizubehalten.</p>

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p> <p>Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30/31 LGV.</p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich **für alle Lebensmittelbetriebe gelten**, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören. Dieses Grundprinzip sollte im Verordnungsrecht (HyV) unbedingt festgelegt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4 <sup>bis</sup> Bst. a und Abs. 4 <sup>ter</sup>	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von sechs Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht zwei Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von vier Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4 <sup>bis</sup> vier Stunden einsetzen. Abs. 4 <sup>ter</sup> streichen.
Art. 29 Abs. 4 <sup>bis</sup> und Art. 30 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Terminologie anpassen gemäss Art. 3 Bst. n VSK. Der Begriff „zerlegen“ ist durch „zerteilen“ zu ersetzen.	4 <sup>bis</sup> Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> <i>zerteilten</i> Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1 <sup>bis</sup> Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> <i>zerteilte</i> Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> <i>zerteilt</i> und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4 <sup>bis</sup> befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> <i>zerteilt</i> und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> <i>zerteilt</i> und gegebenenfalls verpackt ist,



		muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.
Art. 30 Abs. 1 <sup>bis</sup>	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12°Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <i>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</i>
Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.
Art. 66 Anhang 1, Teil 3	<p>Anhang 1, Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66, Abs.4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden?</p> <p>Es wäre sinnvoller, Anhang 1, Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf herstellende, verarbeitende oder zubereitende Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p>	<p>Anhang 1, Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- beibehalten</li> <li>- Geltungsbereich streichen</li> <li>- beibehalten Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3</li> </ul>

Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66, Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks harmonisierten Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p> <p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage in dieser Verordnung zu dieser Anforderung "schöner".</p>	Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.).</p> <p>Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b</p> <p>Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV vom Markt genommen oder zurückgerufen werden beurteilt werden.</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden.</p> <p>Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p>

<p>Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10</p>	<p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.</p>
--	---	--

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Analog zu Art. 2 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die alte. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Es besteht grundsätzlicher Verbesserungsbedarf für Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.

Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.

Es ist zu bedauern, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die dringend nötigen Anpassungen genutzt wurde. Anhang 4 TBDV muss zeitnah grundlegend überarbeitet werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP). Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.	Es ist abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls ist in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (Produktarten 4 und 5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte aber in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.
Art. 14	Im Artikel 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen	Die Absätze 2 und 3 von Art. 14 TBDV sind zu streichen.

	<p>deklaratorischen Verweis auf die geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.</p>	<p>Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass der Begriff "öffentliche Bäder" bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen im Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck "Gemeinschaftsbäder" ersetzt werden sollte, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.</p>
--	---	--

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen unterstützt.  
Der Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei den Kanton nach sich ziehen wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch dieselbe Klasse	„und Klasse“ streichen
Art. 17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich „als“ anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	„als“ ergänzen



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

Appenzell, 14. August 2019

### **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Die mit der vorgeschlagenen Revision gemachten Anpassungen an das LARGO-Verordnungspaket werden grundsätzlich begrüsst.

Die Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle, VSFK, SR 817.190) können unter dem Aspekt des Tierschutzes nachvollzogen und akzeptiert werden. Es wird jedoch auf den zu erwartenden hohen Vollzugsaufwand hingewiesen. Dieser kann mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend eine Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Zudem wird der Gesetzgeber dringend ersucht, die Begrifflichkeit «Hof- und Weideschlachtung» zu überdenken, um Täuschung und romantischen Marketingvorstellungen entgegenzuwirken.

Die Anpassungen in der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) schliessen die Lücken zwischen der geänderten Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL, SR 910.15) und der bisherigen Verordnung über den nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (NKPV, SR 817.035) weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden.

Für Ausführungen zu den geplanten Änderungen im Rahmen der Vernehmlassung wird auf die detaillierte Stellungnahme in der Beilage verwiesen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

*Beilage:*  
Fragebogen

*Zur Kenntnis an:*

- [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)
- Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell Innerrhoden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden  
Adresse, Ort : Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell  
Kontaktperson : Markus Dörig  
Telefon : 071 788 95 71  
E-Mail : [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch)  
Datum : 12. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	12
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	16
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	17
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	17
9	EDI: Getränkeverordnung .....	18
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	18
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	18
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	19
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	20
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Die mit der vorgeschlagenen Revision gemachten Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket werden grundsätzlich begrüsst.

Die vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle, VSFK, SR 817.190) können unter dem Aspekt des Tierschutzes nachvollzogen und akzeptiert werden. Es wird jedoch auf den zu erwartenden hohen Vollzugsaufwand hingewiesen. Dieser kann mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden.

Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Zudem wird der Gesetzgeber ersucht, die Begrifflichkeit «Hof- und Weideschlachtung» dringend zu überdenken, um Täuschung und romantischen Marketingvorstellungen entgegenzuwirken.

Die Anpassungen in der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) schliessen die Lücken zwischen der geänderten Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL, SR 910.15) und der bisherigen Verordnung über den nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (NKPV, SR 817.035) weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	<p>In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn «Erdnussbutter» auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff «burro d'arachidi» auf Italienisch nicht zulässig sein soll.</p> <p>Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).</p> <p>Der Vorschlag bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z.B. des Begriffs «Lait d'amande / Latte di mandorla» aufnehmen.</p>	<p>Es wird ein eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste) beantragt.</p> <p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: vgl. Tabelle 9 unten.</p>
Art. 31 Abs. 5	Es wird begrüsst, dass künftig auch Fermenterprodukte den Bestimmungen über neuartige Lebensmittel unterstellt werden.	
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48 Abs. 2	Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird begrüsst.	Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via «Fast Track» revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der genannten Verordnung an die Verordnung (EU) 2017/625 scheint unumgänglich. Immerhin wurde eine Projektgruppe geschaffen, um eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung der Kontrolleure und Inspektoren (SR 817.042) und des Begriffs des Assistenten und des amtlichen Tierarzts (SR 916.402) zu schaffen. Bei den beiden oben Genannten handelt es sich um Verordnungen des Bundesrats. Tatsächlich schränkt das Verordnungsprojekt die Flexibilität der Kontrollen der Warenlose ziemlich ein und schafft ein abgeschottetes System, welches durch das BLV organisiert und mit den Kantonen finanziert werden muss. Deshalb ist es für die Effizienz nötig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Die Lebensmittelvollzugsverordnung (LMVV, SR 817.042) wurde - im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets - einer Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden werden massiv steigen. Damit verbunden werden auch die Verwaltungskosten steigen. Weiter erfolgt aufgrund der Anpassung an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist. Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, sollte die organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht zum Regelfall werden. Dies muss aus den Kommentaren als unmissverständliche Botschaft erkennbar werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. f, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdiensts, z.B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen sind anzupassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anzuwenden.	Der Begriff «andere amtliche Tätigkeiten» ist zu streichen. Es ist ein Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor zu gestalten (LIVI / D DLAL) und eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung zu schaffen, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
Art. 7 Abs. 2 Bst b, c, d	Diese Bestimmungen werden abgelehnt. Die Erhebung von vergleichbaren Daten ist äusserst aufwändig und die Aussagekraft betreffend die Wirksamkeit des Vollzugs ist beschränkt. Die dafür benötigten Ressourcen sind bei den kantonalen Veterinärämtern nicht vorhanden bzw. gehen bei einer Umsetzung zu Lasten des Vollzugs. Als wirksameres und effizienteres Instrument werden die Systemaudits erachtet (s. Bemerkungen zu Art. 20 NKPV).	Bst. b, c und d sind zu streichen.
Art. 13 Abs. 3	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies	Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.



	dem Willen des Bundesrats und des Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- und Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden aufgehoben haben.	
Art. 37 Abs. 8	In Art. 37 Abs. 8 werden die Aufgaben nach Abschluss verstärkter Kontrollen bei der Ein- oder Durchfuhr bestimmter Lebensmittel festgelegt. Bei der Aufzählung der Aufgaben ging vergessen, die für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis zu informieren. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft werden.	Art. 37 Abs. 8 ist mit einem zusätzlichen Bst. d zu ergänzen: <i>d. Es informiert die zuständige kantonale Kontrollstelle über das Kontrollergebnis.</i>
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs. 2	Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 (Grundlagennorm der Arbeit in allen Prüf- und Kalibrierlaboratorien) an ein Laboratorium gestellt.	Die Absätze sind ersatzlos zu streichen.
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Der Absatz ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48 und Art. 52	Art. 48 respektive Anhang 4 legen für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Demnach sind Einzelproben und Proben nach einem Stichprobenplan nicht möglich. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 ausschliesslich möglich, wenn die Methoden nach Anhang 4 nichts Anderes vorsehen. Für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumenten ist es wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahme im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen auch aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos trotz der unsicheren Stichprobe sicher ist. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf die europäischen Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im	Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen. Art. 52 ist anzupassen.

	<p>beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und im Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Betrugereien mit Lebensmitteln der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Der analytische Fortschritt wird sonst behindert und Betrugereien im Zusammenhang mit Lebensmitteln würden damit gefördert.</p>	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 70	<p>Es ist grundsätzlich sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Dies erfolgt in Art. 79 Abs. 2 als Lebensmittelinspektorin oder als Lebensmittelinspektor, als Lebensmittelkontrolleurin oder Lebensmittelkontrolleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter.</p> <p>Für amtliche Fachassistenten fehlt eine solche Bestimmung. Eine solche Regelung ist unbedingt auch für die amtlichen Fachassistenten einzuführen. Art. 70 muss daher entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden. Es kann nicht sein, dass eine Person, die in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt, diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf.</p>	Art. 70 ist mit einem Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) zu ergänzen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist. Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden. Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion sind die Zuständigkeiten besser definieren.
Art. 7 Abs. 2	Zu starke Differenzierung der zufälligen Kontrolle, die zusätzlichen 2% sind zu streichen.	Art. 7 Abs. 2: ... können zufällige Kontrollen durchgeführt werden.
Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	--
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff «Zwischenkontrollen» nur für die Primärproduktion verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Es ist eine textliche Klärung vorzunehmen.
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine	Der erste Satz ist wie vorgeschlagen zu belassen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.

	Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle, wo abgewichen wird, darzustellen.	
Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach Tierschutzverordnung, Tierarzneimittelverordnung etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien, also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdiensts selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u>. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren - weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p>	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ., müssen mit den Grundkontrollen nach ...
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen, bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird.</p> <p>Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	Das Inkrafttreten ist auf später zu verschieben. Die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.

Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	Abs. 1: ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt. Abs. 2: Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...
Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb «offensichtlich» zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	Der Begriff «offensichtlich» ist zu streichen.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet «Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion». Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts der Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) drängt sich z.B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	In Absprache mit den kantonalen <del>Tierschutz</del> Behörden kann das BLV...
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, miteinzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,...
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Die Nachverfolgung sollte hier verbessert werden. Die Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Die Bestimmung ist zu präzisieren.
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Das Inkrafttreten ist mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL abzustimmen.
Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Die Zeitspanne ist überall auf 4 Jahre festzulegen.	Die Zeitspanne ist überall auf 4 Jahre festzulegen.
Ergänzung: NFUP	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogramms NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert.	Anhang 2 MNKPV ist mit den NFUP 2020 zu ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festzulegen.

	Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.	
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	<p>Gemäss den Erläuterungen soll durch die Ergänzung in Art. 2 Abs. 2 Bst. h die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden - gemäss Landwirtschaftsrecht - von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts» wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	<p>Art. 2 Abs. 2 Bst. h.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anpassung des Wortlauts: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i></li> <li>2. Der Sachverhalt «gemäss Landwirtschaftsrecht» ist zu konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i></li> </ol>
Art. 7 Abs. 2	<p>Zu den Grundkontrollen mit festgelegten Kontrollfrequenzen sollen bei rund 2% der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Damit soll gemäss Erläuterungen sichergestellt werden, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst. Solche signalbasierten Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Vorliegend wird aber mit dem Wortlaut in Art. 7 Abs. 2 eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht entspricht. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 umfassend abgehandelt.</p>	Art. 7 Abs. 2 und Art. 3 Bst. h sind zu streichen.

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der politische Wille zur Einführung der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung wird anerkannt. Allerdings ist zu bedenken, dass diese Einführung mit den heute vorhandenen kantonalen Ressourcen kaum machbar ist. Es sind daher zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können, wird ausdrücklich begrüsst. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit für Leistungen, ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können, befürwortet. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten durch «Hof- und Weidebetäubung» ersetzt werden, sodass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen. Der Begriff «Schlachtung» suggeriert, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff «Hausschlachtung», welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet</p> <p>Weiter sollte der Begriff «mobile Schlachthanlage» in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem der mobilen Schlachthanlagen so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt.</p>	<p>Änderung des Begriffs <i>Hofbetäubung</i> statt <i>Hofschlachtung</i>.</p> <p>Änderung des Begriffs <i>Weidebetäubung</i> statt <i>Weideschlachtung</i>.</p> <p>Bst s: Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.</p>
Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	Abs. 3: ... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie

Art. 9a Abs. 1	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter vier Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, wird beantragt, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner als vier Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	Abs. 1: ..., die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
Art. 9a Abs. 2	<p>In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a. bis c. sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man, welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung zum Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter Bst. a. bis c. als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtungen und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und Art. 9 der Verordnung zum Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für die Hof- und Weideschlachtungen</p>	<p>Es wird folgende neue Formulierung vorgeschlagen:</p> <p>Tierhalter, die Hof- oder Weidebetäubungen vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofbetäubung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Art- 177 Abs. 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 20084 betäubt <u>und entblutet</u> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weidebetäubung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen <u>und durch eine Fachperson nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> entblutet werden.</u></li> <li>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></li> <li>4. <u>muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im</u></li> </ol>



	<p>die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schiessen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet, diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht, wer betäubt und wer entblutet, und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt, per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Der Bst. b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und so betrieben wird (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass der Zeitpunkt der Betäubung und der Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p> <p>Sollen die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen werden, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung zum Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf der Ebene «Technische Weisungen» ist nicht ausreichend.</p>	<p><u>Einzelfall die Betäubung und die Entblutung vornehmen; zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachtierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	--	--

Art. 28 Abs. 1 und 2	Die Wiedereinführung der Schlachttieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand wird ausdrücklich begrüsst. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls wird die Schlachttieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren begrüsst. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (dies ist im Rechtstext zu ergänzen).	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen.	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur ist zur Verfügung zu stellen und bei der Untersuchung von Schlachttierkörpern und Teilen ist <u>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten</u> .
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlachttieruntersuchung bei Hofbetäubung durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weidebetäubung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlachttieruntersuchung bei Hofbetäubungen
Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz «pro Schlachttier;» muss am Ende mit einem «oder» ergänzt werden.	<i>pro Schlachttier; oder</i>
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie «Kalb» von sechs Wochen auf acht Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	<i>a. Tier der Rindergattung      Fr. 7.50 bis Fr. 12.--</i>
Art. 61 Abs. 2	Die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen, wird begrüsst. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00 bis 18.00 Uhr angepasst werden. Achtung: Divergenz zwischen Rechtstext und Erläuterungen (18 Uhr bzw. 20 Uhr).	Beide Textentwürfe sind zu klären.

Art. 3 SV (Änderung des geltenden Rechts )	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Art. 3 SV ist an die Limite von 1'500 gemäss Art. 3 Bst. m VSFK anzupassen.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Das Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Das Inkrafttreten ist auf einen späteren Zeitpunkt aufzuschieben.

6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Die Vereinheitlichung des schweizerischen Rechts an das EU-Recht sowie die Anpassung an den Stand von Wissenschaft und Technik wird begrüsst.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da auch kaum rechtsverbindliche Verarbeitungsfaktoren vorliegen, wird eine Beurteilung dieser, in Anhang 1 nicht mehr geführten, verarbeiteten Lebensmittel schwierig.</p> <p>Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist klar, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen im europäischen Recht für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Deshalb wäre es wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung gestellt werden.</p>	Vgl. Kommentar

7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Der Entwurf wird begrüsst, mit folgenden Bemerkungen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst. a und b genannt, zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anhang 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig, Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig. Es wird bezweifelt, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist, wie die bisherige. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch von stillenden Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP. Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn eine Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.	Abs. 1: Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....  Die bisherige Formulierung ist beizubehalten.

9 EDI: Getränkeverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	vgl. Kommentar zu Art. 14 Abs. 2 E- LGV in Tabelle 2 oben.	Betrifft vor allem die französische und die italienische Version. Eine geringfügige Anpassung oder Streichung ist nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.

10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV in Tabelle 3 oben.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1 und 2	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung «in Stücken» ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss unter anderem von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist unter anderem auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss. Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV sind wie folgt vorzunehmen:</p> <p>«a. Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Art. 2 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH), ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar.</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar.»</li> </ol> <p>Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3. soll aufgrund des vorstehenden Anpassungsantrags wie folgt abgeändert werden: <i>Artikel 17 findet keine Anwendung.</i></p>

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und II. Abs. 2	Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen). Es ist aber wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend. Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.	Art. 6 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen: «Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.»  Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie «Vitamin C» toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht: «Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden.»
Anhang 2	Sonstige Stoffe - Öffnung der Liste Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch), alle «Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr» mit «allerlei»	Es wird beantragt, Anhang 2 VZVM nicht zu öffnen und als geschlossene Liste im Sinne der Kommentare beizubehalten. In diesem Sinne ist auch der Titel «Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen», beizubehalten.



	<p>sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können «Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr» zukünftig unter anderem Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Beispielsweise Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmitteln für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten werden soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Fraglich ist, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain ist zu überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja, sind die Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufzuführen.</p>
--	---	--

17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der Leitlinie „Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe“ (GVG) gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn sie nicht direkt der Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. a und Abs. 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint die Transportzeit von sechs Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht zwei Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von vier Stunden ausreicht.	Für Abs. 4bis sind 4h einzusetzen. Abs. 4ter ist zu streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Die Terminologie ist gemäss VSFK Art. 3 Bst. n anzupassen. Der Begriff «zerlegen» ist durch «zerteilen» zu ersetzen.	Die Terminologie ist gemäss VSFK Art. 3 Bst. n anzupassen. Der Begriff «zerlegen» ist durch «zerteilen» zu ersetzen.
Art. 30 Abs. 1bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <u>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</u>
Art. 66 Abs. 4	Gemäss Art. 66 Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien zwecks Harmonisierung des Vollzugs veröffentlichen.	Art. 66 Abs. 4 ist mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.

	<p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z.B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p> <p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung passender.</p>	
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. ein Rückruf gemäss Art. 84 LGV durchgeführt werden. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche aufgrund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.). Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist wie folgt anzupassen:</p> <p>«Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Art. 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.»</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7 und Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10	<p>Anhang 1 Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66 Abs. 4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden?</p> <p>Es würde mehr Sinn machen, Anhang 1 Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung und der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1 Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die Einschränkung auf <u>herstellende, verarbeitende oder zubereitende Einzelhandelsbetriebe</u> (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige, und möglicherweise ungewollte, Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p> <p>Gemäss den Erläuterungen soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben</p>	<p>Anhang 1 Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– beibehalten</li> <li>– Geltungsbereich streichen</li> <li>– Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3 beibehalten</li> </ul> <p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollten die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden. Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinien, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p> <p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, Ziff. 3.2.9 und Ziff. 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbands zu berücksichtigen ist.</p>

	<p>aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Indes wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und Ziff. 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p> <p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin drei Produktkategorien vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, Ziff. 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und Ziff. 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	
--	---	--

20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5 und 6	Schreibfehler: Verwechslung Woche mit Monat	«In der neuen Kontrollverordnung hat die EU die Altersgrenze für Kälber von 6 Monate auf 8 Monate angehoben.»

21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen werden Vorbehalte angebracht.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) wird bezweifelt, dass mit der neuen Definition die Milch so hygienisch ist wie die bisherige. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch von stillenden Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h ist in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht zu belassen.
Art. 10, Abs. 1 Bst. h	Zustimmung	

22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen. Das Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei den Kantonen nach sich ziehen wird.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse.	Der Wortlaut «und Klasse» ist zu streichen.
Art. 17 Ziff. 3	Sprachliche Anpassung: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen.	Das Wort "als" ist zu ergänzen.

24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



2019.03107

**P.P.** CH-1951 Sion

**A**-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur Alain BERSET  
Conseiller fédéral chargé du  
Département fédéral de l'intérieur (DFI)  
Palais fédéral  
3003 Berne



Date 14 août 2019

**Projet de révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires – Procédure de consultation**

Monsieur le conseiller fédéral,

En date du 2 mai 2019, vous nous avez soumis le dossier de consultation susmentionné.


Le Canton du Valais salue globalement les amendements proposés à la précédente révision législative « Largo ».

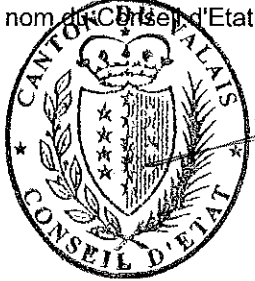
Il demeure cependant plus réservé sur certaines modifications proposées comme l'instauration d'une base légale permettant l'octroi d'autorisations spéciales destinées à l'abattage d'animaux à la ferme, la transposition de la motion concernant les dispositions sur l'étiquetage relatives aux OGM, ainsi que la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires, de même que certaines modifications concernant le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels.

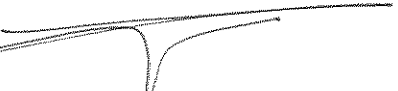
Les commentaires détaillés sont résumés dans le document annexé.

Nous vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer sur ce sujet et vous présentons, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président  
  
Roberto Schmidt



Le chancelier  
  
Philipp Spörri

Annexe mentionnée  
Copie à [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)





## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Canton Valais  
Sigle entreprise / organisation / service :  
Adresse, lieu : Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion  
Interlocuteur : Dr Elmar Pfammatter, SCAV, Chef de Service  
N° de téléphone : 027 606 49 50  
E-mail : [elmar.pfammatter@admin.vs.ch](mailto:elmar.pfammatter@admin.vs.ch)  
Date : 19.07.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 : révision des ordonnances 2019	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires	6
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels	10
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes	13
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale	15
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers	16
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale	17
9	DFI : ordonnance sur les boissons	18
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires	19
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants	20
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires	21
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible	22
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires	23
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires	24
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires	25
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires	26
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées	27
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires	28
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux	29
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière	30
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public	31
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers	32
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège	33

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019
Remarques générales	<p data-bbox="403 315 470 2011">La lettre du 2 mai 2019 a marqué l'ouverture de la consultation en matière de révision des ordonnances relatives au droit alimentaire (Stretto II). Ci-dessous vous trouvez la prise de position du canton du Valais.</p> <p data-bbox="512 1216 541 2011">Nous vous remercions pour la prise en compte de nos propositions.</p>

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

#### Contenu de la nouvelle réglementation

Différents additifs pour l'alimentation animale sont obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés et sont difficilement disponibles dans une qualité exempte d'OGM ou ne sont même plus fabriqués sans recours au génie génétique (p. ex., vitamine B12).

Selon l'art. 37 al. 5 ODAIOUs, il devrait être désormais possible que des denrées alimentaires d'origine animale portent la mention « produit sans recours au génie génétique », bien que les animaux aient été nourris avec des aliments contenant des additifs issus d'OGM.

#### Évaluation

Même s'il n'est pas possible de renoncer complètement à l'utilisation de ces produits parce qu'ils ne sont pas disponibles sans recours au génie génétique, la mention explicite « produit sans recours au génie génétique » est, dans ce cas, une indication fondamentalement erronée. Par cette mention « produit sans recours au génie génétique », les consommateurs s'attendent à juste titre à ce que l'alimentation animale et ses composants aient également été élaborés sans recours au génie génétique. Cette mention revient à tromper fondamentalement les consommateurs. Les consommatrices et les consommateurs sont mal informés, de sorte qu'une décision d'achat éclairée n'est plus possible.

Autoriser expressément cette mention erronée constitue une violation fondamentale de l'article définissant les buts de la loi sur les denrées alimentaires même si l'utilisation de tels additifs issus d'OGM est inévitable.

La transposition, par le Conseil fédéral, de la motion de Jacques Bourgeois votée par le Parlement (15.4114, Dispositions utiles pour l'étiquetage « produit sans recours au génie génétique ») n'a aucune base légale sous cette forme. Cela nécessiterait une adaptation de la loi sur les denrées alimentaires par le Parlement.

#### Proposition

L'art. 35 al. 5 ODAIOUs doit être supprimé.

Il convient de renoncer à la transposition de la motion sous cette forme.

Pour les autres articles nous renvoyons aux positions de l'ACCS (Association Suisse des Chimistes Cantonaux) et de l'ASVC (Association Suisse des Vétérinaires cantonaux).

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)


### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires

#### Remarques générales

En raison de nombreuses adaptations au règlement européen et au système d'exécution européen, il existe une séparation organisationnelle claire entre les autorités d'exécution et les laboratoires officiels, qui sous cette forme n'est pas obligatoire pour la Suisse.

#### Évaluation

En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton.

L'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, sous une même direction organisationnelle, représentent une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en suisse. Force que nos collègues européens nous envient. Elle est conjointement responsable de l'efficacité et de la capacité d'agir rapidement pour nos autorités.

En adaptant les terminologies et les processus au règlement d'exécution européen, on adopte, sans raison impérieuse, un système européen lourd et, dans le même temps, on procède à une séparation claire entre l'exécution et les activités de laboratoire. Dans l'OELDAI, de nouvelles dispositions ont été introduites, p. ex. l'art. 46 OELDAI qui stipulent que les autorités compétentes doivent être informées immédiatement si une infraction à la législation alimentaire est mise en évidence par des résultats d'analyse. En Suisse, jusqu'à présent, la personne responsable des opérations analytiques était elle-même chargée d'ordonner les mesures d'exécution nécessaires. L'information produite par les autorités compétentes suit un processus opérationnel automatique et efficace étant donné qu'elle circule au sein de la même unité organisationnelle.

Dans l'OELDAI, les cas particuliers doivent désormais être réglementés jusque dans les moindres détails. Il est ainsi à craindre que des exigences administratives supplémentaires ne soient imposées aux autorités de contrôle visant à garantir l'application des procédures de manière correcte.

#### Proposition

Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Cela doit être clairement indiqué au minimum dans les commentaires en tant que message politique sans équivoque.

Nous serions très favorables à l'introduction d'un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale », une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.

#### L'ampleur et le niveau de détail des missions figurant dans l'OELDAI augmentent : les coûts aussi

L'OELDAI, contrairement à d'autres ordonnances du paquet de révision, a fait l'objet d'une restructuration fondamentale et d'une révision complète.

L'ampleur et le niveau de détail des exigences au niveau des autorités cantonales d'exécution (et donc également des coûts administratifs des cantons) vont donc considérablement augmenter. Les exigences en matière de services d'inspection et d'établissement de rapports peuvent être citées à titre d'exemple.

### **Des audits externes au niveau des services d'inspection seront réintroduits (art. 13 al. 3 OELDAI)**

Contenu de la nouvelle réglementation

Afin de respecter leurs obligations, conformément à cette ordonnance, les autorités doivent effectuer des audits internes ou se soumettre à un audit externe. Les audits doivent, conformément à l'art. 13 al. 3 OELDAI, faire l'objet d'une évaluation indépendante.

Évaluation

Avec cette disposition, l'autorité compétente doit obligatoirement effectuer des audits internes ou font effectuer des audits. Il manque, à cet égard, une base légale dans la loi sur les denrées alimentaires.

En outre, cela est contraire à la volonté du Conseil fédéral et du Parlement fédéral qui, avec la nouvelle législation alimentaire de 2014, ont même abrogé cette obligation d'audit ou d'accréditation pour les autorités d'exécution (contrairement à l'obligation d'accréditation pour les laboratoires officiels).

Proposition

Supprimer l'art. 13 al. 3 OELDAI sans solution de remplacement.

### **Pseudo transparence des contrôles officiels (art. 7 al. 2 OELDAI)**

Contenu de la nouvelle réglementation

Les autorités doivent rendre accessibles au grand public des informations pertinentes sur l'organisation et la réalisation des contrôles. En particulier, doivent être régulièrement publiés **la nature, le nombre et le résultat des contrôles officiels, la nature et le nombre d'infractions constatées, la nature et le nombre de mesures prises**, ainsi que **la nature et le nombre de sanctions prises**.

Évaluation

Dans cette ordonnance, l'ampleur et les déterminations légales des informations à publier au moins une fois par an, en tant qu'exigences destinées aux autorités, sont discutables. Certes, il est fait référence à la possibilité d'une publication (commune) dans le cadre du rapport prévu à l'art. 21 de l'Ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels (RS 817.032), qui garde toutefois un caractère très général et qui ne doit absolument pas répondre (et ne répond pas) à ces exigences.

Les autorités ont un devoir de transparence et d'information qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le titre « transparence » pour les exigences visées à l'art. 7 al. 2 OELDAI est inconvenant. Le devoir d'information ne peut être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignants. De pseudos informations dénuées de sens sont générées sous cette forme ce qui augmente bel et bien les coûts administratifs, sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée. C'est pourquoi, l'art. 7 al. 2 OELDAI doit être supprimé.

Proposition

Supprimer l'art. 7 al. 2 OELDAI sans solution de remplacement.

### **Manque d'informations lors des contrôles renforcés (art. 37 OELDAI)**

Contenu de la nouvelle réglementation

Les tâches de l'OSAV, suite aux contrôles renforcés, sont fixées dans l'art. 37 al. 8 OELDAI.

## **Évaluation**

En ce qui concerne les tâches administratives de l'OSAV énumérées à l'art. 37 al.8, il manque une dernière étape qui oblige l'OSAV à informer les autorités cantonales compétentes sur le résultat des contrôles renforcés. Ce flux d'informations est toutefois important pour éviter les doublons. C'est la seule façon d'éviter que des marchandises déjà contrôlées à la frontière par les autorités cantonales le soient une deuxième fois par des contrôles renforcés.

## **Proposition**

Compléter l'art. 37 al. 8 OELDAI par une let. d supplémentaire :

d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.

**Établissement de méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillon : le contrôle d'échantillons par sondage dans le commerce de détail devient impossible et la fraude alimentaire est encouragée (art. 48 et 52 OELDAI, OCont)**

## **Contenu de la nouvelle réglementation**

L'art. 48 OELDAI, respectivement l'annexe 4, fixe une méthode de prélèvement d'échantillons représentatifs pour le contrôle des marchandises concernant certains contaminants. Des exceptions sont uniquement possibles selon l'art. 52 OELDAI si aucune méthode n'est prévue. Des dispositions analogues figurent dans l'Ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants (OCont).

## **Évaluation**

Il est important pour le contrôle de denrées alimentaires lors de la remise aux consommatrices et consommateurs que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage serait impossible en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs dans le commerce de détail. Si un échantillon non représentatif destiné aux consommatrices et consommateurs ne répond pas aux exigences légales, il ne doit être possible de prendre des mesures adaptées (compte tenu du prélèvement d'échantillon non représentatif) que pour des raisons préventives de protection de la santé, p. ex., que le responsable de la mise sur le marché du produit démontre que le lot de marchandise est sûr malgré un échantillon douteux.

Une référence obligatoire systématique aux règlements européens impliquant d'importants prélèvements d'échantillons représentatifs (p. ex., le Règlement (CE) N° 401/2006) n'a aucun sens dans ce contexte. De manière analogue, il faut également adapter l'OCont et l'aligner sur l'OELDAI. Les nouvelles prescriptions conduiraient à des pertes supplémentaires de marchandise et des dommages dans l'entrepôt prélevé et, par conséquent, à une augmentation des coûts en termes d'activités commerciales et d'exécution des contrôles.

De même pour ce qui est des méthodes, l'autorité d'exécution officielle doit, pour la sécurité alimentaire et la prévention de la fraude alimentaire, avoir la possibilité d'utiliser des méthodes alternatives validées et de prendre des mesures appropriées à partir des résultats obtenus par ces méthodes. Comme l'on montré plusieurs exemples par le passé, l'usage obligatoire d'une méthode d'analyse met au défi une certaine criminalité. Ce qui n'est pas vérifiable avec la méthode prescrite ne peut être identifié : les progrès analytiques sont ainsi entravés et la fraude alimentaire est encouragée.

## **Proposition**

Supprimer l'art. 48 et l'annexe 4 sans solution de remplacement, adapter l'art. 52. Préciser éventuellement l'art. 48 et l'annexe 4, ainsi que l'art. 52, quant à la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant et quant au fait que seuls soient exigés des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes.		
Mis à part la remarque formulée ci-dessous, nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7	Nous rejetons ces dispositions. La collecte de données comparables prend beaucoup de temps et l'importance de l'efficacité de l'application est limitée. Les services vétérinaires cantonaux ne disposent pas des ressources nécessaires ou leur mise en œuvre en pâtit. Nous considérons les audits de systèmes comme un instrument plus efficace et plus efficient. La portée et le niveau de détail des rapports sont trop élevés. Les coûts pour les bureaux concernés augmenteraient massivement.	Article 7, paragraphe 2 : les points b), c) et d) sont supprimés sans être remplacés.
Art. 13	à supprimer sans solution de remplacement. (à voir commentaire sous remarques générales)	à supprimer sans solution de remplacement.
Art 37	(à voir commentaire sous remarques générales)	al. 8 OELDAI par une let. d à compléter : d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.
Art 48 et annexe 4	(à voir commentaire sous remarques générales)	à supprimer sans solution de remplacement.
Art 52	(à voir commentaire sous remarques générales)	à adapter la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant doit rester ; des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes seront exigés.



#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

Le champ d'application de l'OPCNP doit s'étendre aux contrôles des désignations selon le droit agricole, tout au long de l'ensemble de la chaîne agroalimentaire (art. 2 al. 2 let. h OPCNP).

##### Évaluation

L'OPCNP prévoit des contrôles tout au long de l'ensemble de la chaîne alimentaire. La complète intégration de la production agricole primaire doit être saluée. Selon les observations relatives à la révision, l'ajout de l'art. 2 al. 2 let. h de l'OPCNP vise à assurer le contrôle des désignations (appellations) conformément au droit agricole tout au long de la chaîne alimentaire (traçabilité). Les contrôles des désignations sont, selon le droit agricole, exécutés par les organes cantonaux de contrôle des denrées alimentaires en vertu de la législation alimentaire (protection contre la tromperie). L'extension imprécise du champ d'application aux « désignations du droit agricole » créera, pour ainsi dire, une agence de vigilance qui générera des coûts supplémentaires considérables sans valeur ajoutée, situation qui n'avait guère été prévue. Ce serait la motion parlementaire de Géraldine Savary (18.4411, « Responsables des contrôles privés. Renforcement prévu de la lutte contre la fraude dans le domaine des désignations protégées des produits agricoles ») qui, avant la décision parlementaire définitive, serait implémentée en tant que tâche de contrôle de l'État au lieu d'être mise en œuvre au niveau privé.

##### Proposition

Le champ d'application de l'OPCNP pour les désignations conformes au droit agricole doit se limiter à l'étiquetage. Art. 2 al. 2 let. h OPCNP : *protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole*.

De plus, la mention générale « selon le droit agricole » n'est pas suffisamment claire. Les désignations en droit agricole doivent être précisées.

**Contrôles aléatoires supplémentaires, outre les contrôles de base : une mission aléatoire supplémentaire pour les organes de contrôle ? (art. 7 al. 2 OPCNP)**

##### Contenu de la nouvelle réglementation

Conformément à l'art. 7 al. 2 OPCNP, en plus des contrôles de base, des contrôles aléatoires doivent être effectués à une fréquence fixée selon l'ordonnance à environ deux pour cent des exploitations.

##### Évaluation

Dans les explications relatives à la révision de l'OPCNP, il est indiqué que des contrôles aléatoires supplémentaires sont menés afin que les responsables des exploitations concernées ne s'orientent pas trop fortement sur les fréquences des contrôles prévues à l'annexe 1. Ce principe ne peut être que salué, de même que les contrôles ne doivent pas se limiter exclusivement aux contrôles de base fixés par l'OPCNP. De tels contrôles supplémentaires sont indispensables, ils sont basés sur des indicateurs clairs et figurent dans le dispositif fixe des contrôles officiels des denrées alimentaires.

Toutefois l'art. 7 al. 2 de l'OPCNP introduit un type et un volume de contrôles supplémentaires obligatoires, ce qui ne correspond pas à l'intention

raisonnable décrite dans les explications (« ...des contrôles aléatoires **peuvent** avoir lieu... »). Si le législateur prévoit effectivement des contrôles aléatoires supplémentaires tous les ans à hauteur de deux pour cent des exploitations (le présent projet ne fixant pas la durée pendant laquelle ces deux pour cent d'exploitations doivent être contrôlés), cela correspondrait, pour une fréquence de contrôle moyenne fixée à quatre ans, à une augmentation du nombre de contrôles d'environ 5 % et à une augmentation équivalente des coûts pour les cantons.

De plus, la possibilité d'effectuer des contrôles **supplémentaires** est également traitée de manière exhaustive dans l'art. 8 de l'OPCNP. L'art. 7 al. 2 de l'OPCNP proposé, ainsi que la définition de contrôle **aléatoire** (art. 3 let. h OPCNP) sont inutiles sous cette forme et entrent en contradiction avec le système de contrôle. Ils peuvent être supprimés sans solution de remplacement.

#### Proposition

Supprimer l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP.

Mis à part la remarque formulée ci-dessous, nous renvoyons à la position de de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art 2, alinéa 2, lettre h	(à voir commentaire sous remarques générales)	À adapter : Protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole. Les désignations « selon le droit agricole » doivent être précisées.
Art. 7, alinéa 2	(à voir commentaire sous remarques générales)	Supprimer l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP sans solution de remplacement.
Art. 14	Dans les exploitations à temps partiel, il n'est pas possible de trouver l'exploitant sans préavis. En effet, celui-ci travaille la journée hors de son exploitation agricole et un contrôleur ne peut pas effectuer que des contrôles à 6 heures du matin. Le Valais a un très grand nombre d'exploitations à temps partiel. Par exemple, dans le haut-Valais, 2/3 des exploitants avec bétail sont à temps partiel. Atteindre une telle proportion de contrôles sans préavis est déjà très ambitieuse dans nos conditions. Un contrôle sans préavis ne permet pas de détecter plus de manquements importants qu'un contrôle annoncé la veille. En effet, il n'est pas possible de corriger des lacunes importantes à très court terme. La planification et la gestion des contrôles sur le terrain se trouvent fortement compromises par cette part importante de contrôles sans préavis. De plus, avec des contrôles sans préavis, leur coût augmente. La seule solution pour un contrôle sans préavis résiderait dans la possibilité	Dans l'al. 1 de l'Art. 14, rester au minimum de 10% de contrôles effectués sans préavis pour les contrôles de base.

	du contrôleur de rentrer dans l'exploitation et sortir éventuellement des bêtes sans l'autorisation de l'exploitant (nécessité de changer la législation) et de supprimer des points de contrôles sur les documents ou nécessitant des documents de l'exploitant.	
Art. 15	Il faut éviter des doubles saisies inutiles. Dans la mesure où tous les résultats de contrôle sont migrés actuellement dans Acontrol, l'enregistrement supplémentaire dans ASAN est superflu et ne doit pas servir à combler implicitement un déficit d'établissement statistique fédéral.	Biffer la let. b de l'art. 15 al. 1

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

Le canton est opposé pour plusieurs raisons à octroyer la possibilité d'autoriser d'abattage à la ferme et au pâturage proposée. D'une part, la question critique se pose de savoir s'il est possible d'étourdir et de mettre à mort de façon correcte des animaux destinés à l'abattage dans les fermes et les pâturages dans le respect des exigences de bien-être animal. Des installations appropriées sont requises pour la mise à mort des animaux destinés à l'abattage, conformément à la réglementation sur la protection des animaux. Les enquêtes menées par l'Unité fédérale de la chaîne alimentaire et notre propre expérience en matière d'application de la législation ont montré que l'étourdissement et la mise à mort corrects des animaux abattus constituent un défi, même dans les abattoirs qui sont équipés de manière optimale à cette fin. En outre, l'amendement doit également être rejeté pour des raisons d'hygiène alimentaire. Afin d'empêcher la migration des germes de l'intestin vers la viande musculaire, les animaux de boucherie doivent être éviscérés le plus rapidement possible après étourdissement et la saignée. Dans ce contexte, les retards, qui surviennent inévitablement pendant le transport de l'exploitation à l'abattoir, sont préjudiciables à une bonne hygiène de l'abattage.

Enfin, et ce n'est pas le moins important, nous rejetons également le changement pour les raisons de l'effort d'application élevé auquel on peut s'attendre. La situation des ressources des autorités vétérinaires est déjà extrêmement tendue. Des tâches supplémentaires d'autorisation et de contrôle ne peuvent pas être traitées avec les ressources existantes.

Si la possibilité d'abattage à la ferme et au pâturage devait être maintenue, veuillez prendre en considération nos commentaires sur les différents articles.

Le canton est d'avis que les services supplémentaires rendus à la branche sous la forme de contrôle en dehors des heures de travail devraient être rémunérées en conséquence.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 3 let. q et r	<p>Il convient de compléter les définitions de l'abattage à la ferme et au pré afin de préciser que les opérations d'abattage ultérieures ne peuvent être effectuées que dans un abattoir agréé.</p> <p>Dans l'ensemble, la question se pose de savoir si le mot "abattage" ne devrait pas être remplacé en ces termes, puisque les termes suggèrent que l'ensemble du processus d'abattage a lieu dans l'exploitation ou au pré. Il existe également un risque de confusion avec le terme communément utilisé "abattage à l'abattoir", qui désigne l'abattage à des fins domestiques privées.</p>	<p>Abattage à la ferme : abattage au cours duquel l'étourdissement et la saignée des animaux du troupeau d'origine ont lieu et les étapes ultérieures de l'abattage ont lieu dans un abattoir agréé.</p> <p>Abattage au pré : abattage au cours duquel l'étourdissement et la saignée des animaux ont lieu dans un pâturage du troupeau d'origine et les étapes ultérieures de l'abattage ont lieu dans un abattoir agréé.</p> <p>Alternative : Remplacer les termes par étourdissement et saignée sur l'exploitation et au pré.</p>
Art. 9, al. 2	Outre les éleveurs, les exploitants d'abattoirs mobiles, en particulier,	Les propriétaires d'animaux qui souhaitent abattre des

	devraient exiger une autorisation pour effectuer les travaux et, afin d'harmoniser la mise en œuvre, les conditions cadres devraient être réglementées par une ordonnance officielle.	animaux dans des fermes ou au pré, ainsi que les exploitants d'abattoirs mobiles, ont besoin d'une approbation de l'autorité cantonale compétente. L'OSAV réglemente les conditions-cadres dans une ordonnance officielle.
Art. 9, al. 2, let. b	Outre l'autorisation, il convient également de réglementer le contrôle de l'abattage à la ferme et au pré agréé.  Nous saluons expressément la réintroduction du contrôle ante mortem pour les bovins du troupeau d'origine. Cela facilitera l'organisation des inspections des viandes, en particulier dans les petites entreprises. Nous accueillons également favorablement une inspection ante mortem par le vétérinaire du troupeau pour les animaux qui ont eu des accidents ou qui sont malades. Cela permet d'adapter le droit à la pratique suisse.	Dans le cas d'animaux qui ont eu un accident ou qui sont malades, l'aptitude à l'abattage et l'aptitude au transport doivent être évaluées et confirmées sur le certificat sanitaire.
Art. 52, al. 3, lettre b	Les vétérinaires non officiels devraient également être autorisés à effectuer des inspections ante mortem dans les abattoirs d'élevage. Une distinction à cet égard entre l'abattage à la ferme et l'abattage au pâturage n'est pas compréhensible.	3) pour l'inspection ante mortem lors d'abattages à la ferme
Art. 61, al. 1	Nous saluons des redevances couvrant les coûts de surveillance de l'abattage au pré.	
Art. 61, al. 2	Nous nous félicitons de la possibilité de facturer des honoraires plus élevés pour les services en dehors des heures de travail. Cependant, les heures de travail devraient être ajustées à 06.00-18.00. Attention : Divergence entre le texte juridique et les explications (18 h et 20 h)	Préciser les heures.

<p><b>6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.</b></p>		
<p><b>Remarques générales</b></p>		
<p>Nous renvoyons à la position de l'ACCS.</p>		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de de l'ACCS et l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



9 DFI : ordonnance sur les boissons		
Remarques générales		
Mis à part les remarques formulées ci-dessous nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en mout et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	L'acidification des moutts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) soit en mout et/ou dans le vin.

10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires	
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

21 DFI : l'ordonnance régissant l'hygiène dans la production laitière		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public		
Remarques générales		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

<b>23</b> <b>CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers</b>		
<b>Remarques générales</b>		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

<p><b>24</b>      <b>CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège</b></p>		
<b>Remarques générales</b>		
Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.		
<b>Article</b>	<b>Commentaire / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>





## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Canton Valais  
Sigle entreprise / organisation / service :  
Adresse, lieu : Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion  
Interlocuteur : Dr Elmar Pfammatter, SCAV, Chef de Service  
N° de téléphone : 027 606 49 50  
E-mail : [elmar.pfammatter@admin.vs.ch](mailto:elmar.pfammatter@admin.vs.ch)  
Date : 19.07.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	6
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	10
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	13
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	15
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	16
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	17
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	18
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	19
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	20
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	21
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	22
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	23
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	24
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	25
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	26
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	27
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	28
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	29
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	30
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	31
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	32
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	33

<b>1</b>	<b>Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019</b>
Remarques générales	
<p>La lettre du 2 mai 2019 a marqué l'ouverture de la consultation en matière de révision des ordonnances relatives au droit alimentaire (Stretto III). Ci-dessous vous trouvez la prise de position du canton du Valais.</p> <p>Nous vous remercions pour la prise en compte de nos propositions.</p>	

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

#### Contenu de la nouvelle réglementation

Différents additifs pour l'alimentation animale sont obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés et sont difficilement disponibles dans une qualité exempte d'OGM ou ne sont même plus fabriqués sans recours au génie génétique (p. ex., vitamine B12).

Selon l'art. 37 al. 5 ODAIOUs, il devrait être désormais possible que des denrées alimentaires d'origine animale portent la mention « produit sans recours au génie génétique », bien que les animaux aient été nourris avec des aliments contenant des additifs issus d'OGM.

#### Évaluation

Même s'il n'est pas possible de renoncer complètement à l'utilisation de ces produits parce qu'ils ne sont pas disponibles sans recours au génie génétique, la mention explicite « produit sans recours au génie génétique » est, dans ce cas, une indication fondamentalement erronée. Par cette mention « produit sans recours au génie génétique », les consommateurs s'attendent à juste titre à ce que l'alimentation animale et ses composants aient également été élaborés sans recours au génie génétique. Cette mention revient à tromper foncièrement les consommateurs. Les consommatrices et les consommateurs sont mal informés, de sorte qu'une décision d'achat éclairée n'est plus possible.

Autoriser expressément cette mention erronée constitue une violation fondamentale de l'article définissant les buts de la loi sur les denrées alimentaires même si l'utilisation de tels additifs issus d'OGM est inévitable.

La transposition, par le Conseil fédéral, de la motion de Jacques Bourgeois votée par le Parlement (15.4114, Dispositions utiles pour l'étiquetage « produit sans recours au génie génétique ») n'a aucune base légale sous cette forme. Cela nécessiterait une adaptation de la loi sur les denrées alimentaires par le Parlement.

#### Proposition

L'art. 35 al. 5 ODAIOUs doit être supprimé.

Il convient de renoncer à la transposition de la motion sous cette forme.

Pour les autres articles nous renvoyons aux positions de l'ACCS (Association Suisse des Chimistes Cantonaux) et de l'ASVC (Association Suisse des Vétérinaires cantonaux).

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)


**Remarques générales**

En raison de nombreuses adaptations au règlement européen et au système d'exécution européen, il existe une séparation organisationnelle claire entre les autorités d'exécution et les laboratoires officiels, qui sous cette forme n'est pas obligatoire pour la Suisse.

**Évaluation**

En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton.

L'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, sous une même direction organisationnelle, représentent une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en suisse. Force que nos collègues européens nous envient. Elle est conjointement responsable de l'efficacité et de la capacité d'agir rapidement pour nos autorités.

En adaptant les terminologies et les processus au règlement d'exécution européen, on adopte, sans raison impérieuse, un système européen lourd et, dans le même temps, on procède à une séparation claire entre l'exécution et les activités de laboratoire. Dans l'OELDAI, de nouvelles dispositions ont été introduites, p. ex. l'art. 46 OELDAI qui stipulent que les autorités compétentes doivent être informées immédiatement si une infraction à la législation alimentaire est mise en évidence par des résultats d'analyse. En Suisse, jusqu'à présent, la personne responsable des opérations analytiques était elle-même chargée d'ordonner les mesures d'exécution nécessaires. L'information produite par les autorités compétentes suit un processus opérationnel automatique et efficace étant donné qu'elle circule au sein de la même unité organisationnelle.

Dans l'OELDAI, les cas particuliers doivent désormais être réglementés jusque dans les moindres détails. Il est ainsi à craindre que des exigences administratives supplémentaires ne soient imposées aux autorités de contrôle visant à garantir l'application des procédures de manière correcte.

**Proposition**

Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Cela doit être clairement indiqué au minimum dans les commentaires en tant que message politique sans équivoque.

Nous serions très favorables à l'introduction d'un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale », une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.

**L'ampleur et le niveau de détail des missions figurant dans l'OELDAI augmentent : les coûts aussi**

L'OELDAI, contrairement à d'autres ordonnances du paquet de révision, a fait l'objet d'une restructuration fondamentale et d'une révision complète. L'ampleur et le niveau de détail des exigences au niveau des autorités cantonales d'exécution (et donc également des coûts administratifs des cantons) vont donc considérablement augmenter. Les exigences en matière de services d'inspection et d'établissement de rapports peuvent être citées à titre d'exemple.

### **Des audits externes au niveau des services d'inspection seront réintroduits (art. 13 al. 3 OELDAI)**

#### **Contenu de la nouvelle réglementation**

Afin de respecter leurs obligations, conformément à cette ordonnance, les autorités doivent effectuer des audits internes ou se soumettre à un audit externe. Les audits doivent, conformément à l'art. 13 al. 3 OELDAI, faire l'objet d'une évaluation indépendante.

#### **Évaluation**

Avec cette disposition, l'autorité compétente doit obligatoirement effectuer des audits internes ou font effectuer des audits. Il manque, à cet égard, une base légale dans la loi sur les denrées alimentaires.

En outre, cela est contraire à la volonté du Conseil fédéral et du Parlement fédéral qui, avec la nouvelle législation alimentaire de 2014, ont même abrogé cette obligation d'audit ou d'accréditation pour les autorités d'exécution (contrairement à l'obligation d'accréditation pour les laboratoires officiels).

#### **Proposition**

Supprimer l'art. 13 al. 3 OELDAI sans solution de remplacement.

### **Pseudo transparence des contrôles officiels (art. 7 al. 2 OELDAI)**

#### **Contenu de la nouvelle réglementation**

Les autorités doivent rendre accessibles au grand public des informations pertinentes sur l'organisation et la réalisation des contrôles. En particulier, doivent être régulièrement publiés **la nature, le nombre et le résultat des contrôles officiels, la nature et le nombre d'infractions constatées, la nature et le nombre de mesures prises**, ainsi que **la nature et le nombre de sanctions prises**.

#### **Évaluation**

Dans cette ordonnance, l'ampleur et les déterminations légales des informations à publier au moins une fois par an, en tant qu'exigences destinées aux autorités, sont discutables. Certes, il est fait référence à la possibilité d'une publication (commune) dans le cadre du rapport prévu à l'art. 21 de l'Ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels (RS 817.032), qui garde toutefois un caractère très général et qui ne doit absolument pas répondre (et ne répond pas) à ces exigences.

Les autorités ont un devoir de transparence et d'information qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le titre « transparence » pour les exigences visées à l'art. 7 al. 2 OELDAI est inconvenant. Le devoir d'information ne peut être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignants. De pseudos informations dénuées de sens sont générées sous cette forme ce qui augmente bel et bien les coûts administratifs, sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée. C'est pourquoi, l'art. 7 al. 2 OELDAI doit être supprimé.

#### **Proposition**

Supprimer l'art. 7 al. 2 OELDAI sans solution de remplacement.

### **Manque d'informations lors des contrôles renforcés (art. 37 OELDAI)**

#### **Contenu de la nouvelle réglementation**

Les tâches de l'OSAV, suite aux contrôles renforcés, sont fixées dans l'art. 37 al. 8 OELDAI.

## Évaluation

En ce qui concerne les tâches administratives de l'OSAV énumérées à l'art. 37 al.8, il manque une dernière étape qui oblige l'OSAV à informer les autorités cantonales compétentes sur le résultat des contrôles renforcés. Ce flux d'informations est toutefois important pour éviter les doublons. C'est la seule façon d'éviter que des marchandises déjà contrôlées à la frontière par les autorités cantonales le soient une deuxième fois par des contrôles renforcés.

## Proposition

Compléter l'art. 37 al. 8 OELDAI par une let. d supplémentaire :

d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.

**Établissement de méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillon : le contrôle d'échantillons par sondage dans le commerce de détail devient impossible et la fraude alimentaire est encouragée (art. 48 et 52 OELDAI, OCont)**

## Contenu de la nouvelle réglementation

L'art. 48 OELDAI, respectivement l'annexe 4, fixe une méthode de prélèvement d'échantillons représentatifs pour le contrôle des marchandises concernant certains contaminants. Des exceptions sont uniquement possibles selon l'art. 52 OELDAI si aucune méthode n'est prévue. Des dispositions analogues figurent dans l'Ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants (OCont).

## Évaluation

Il est important pour le contrôle de denrées alimentaires lors de la remise aux consommatrices et consommateurs que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage serait impossible en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs dans le commerce de détail. Si un échantillon non représentatif destiné aux consommatrices et consommateurs ne répond pas aux exigences légales, il ne doit être possible de prendre des mesures adaptées (compte tenu du prélèvement d'échantillon non représentatif) que pour des raisons préventives de protection de la santé, p. ex., que le responsable de la mise sur le marché du produit démontre que le lot de marchandise est sûr malgré un échantillon douteux.

Une référence obligatoire systématique aux règlements européens impliquant d'importants prélèvements d'échantillons représentatifs (p. ex., le Règlement (CE) N° 401/2006) n'a aucun sens dans ce contexte. De manière analogue, il faut également adapter l'OCont et l'aligner sur l'OELDAI. Les nouvelles prescriptions conduiraient à des pertes supplémentaires de marchandise et des dommages dans l'entrepôt prélevé et, par conséquent, à une augmentation des coûts en termes d'activités commerciales et d'exécution des contrôles.

De même pour ce qui est des méthodes, l'autorité d'exécution officielle doit, pour la sécurité alimentaire et la prévention de la fraude alimentaire, avoir la possibilité d'utiliser des méthodes alternatives validées et de prendre des mesures appropriées à partir des résultats obtenus par ces méthodes. Comme l'on montré plusieurs exemples par le passé, l'usage obligatoire d'une méthode d'analyse met au défi une certaine criminalité. Ce qui n'est pas vérifiable avec la méthode prescrite ne peut être identifié : les progrès analytiques sont ainsi entravés et la fraude alimentaire est encouragée.

## Proposition



Supprimer l'art. 48 et l'annexe 4 sans solution de remplacement, adapter l'art. 52.  
Préciser éventuellement l'art. 48 et l'annexe 4, ainsi que l'art. 52, quant à la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant et quant au fait que seuls soient exigés des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes.

Mis à part la remarque formulée ci-dessous, nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7	Nous rejetons ces dispositions. La collecte de données comparables prend beaucoup de temps et l'importance de l'efficacité de l'application est limitée. Les services vétérinaires cantonaux ne disposent pas des ressources nécessaires ou leur mise en œuvre en pâtit. Nous considérons les audits de systèmes comme un instrument plus efficace et plus efficient. La portée et le niveau de détail des rapports sont trop élevés. Les coûts pour les bureaux concernés augmenteraient massivement.	Article 7, paragraphe 2 : les points b), c) et d) sont supprimés sans être remplacés.
Art. 13	à supprimer sans solution de remplacement. (à voir commentaire sous remarques générales)	à supprimer sans solution de remplacement.
Art 37	(à voir commentaire sous remarques générales)	al. 8 OELDAI par une let. d à compléter : d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.
Art 48 et annexe 4	(à voir commentaire sous remarques générales)	à supprimer sans solution de remplacement.
Art 52	(à voir commentaire sous remarques générales)	à adapter la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant doit rester ; des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes seront exigés.

**Remarques générales**

Le champ d'application de l'OPCNP doit s'étendre aux contrôles des désignations selon le droit agricole, tout au long de l'ensemble de la chaîne agroalimentaire (art. 2 al. 2 let. h OPCNP).

**Évaluation**

L'OPCNP prévoit des contrôles tout au long de l'ensemble de la chaîne alimentaire. La complète intégration de la production agricole primaire doit être saluée. Selon les observations relatives à la révision, l'ajout de l'art. 2 al. 2 let. h de l'OPCNP vise à assurer le contrôle des désignations (appellations) conformément au droit agricole tout au long de la chaîne alimentaire (traçabilité). Les contrôles des désignations sont, selon le droit agricole, exécutés par les organes cantonaux de contrôle des denrées alimentaires en vertu de la législation alimentaire (protection contre la tromperie). L'extension imprécise du champ d'application aux « désignations du droit agricole » créera, pour ainsi dire, une agence de vigilance qui générera des coûts supplémentaires considérables sans valeur ajoutée, situation qui n'avait guère été prévue. Ce serait la motion parlementaire de Géraldine Savary (18.4411, « Responsables des contrôles privés. Renforcement prévu de la lutte contre la fraude dans le domaine des désignations protégées des produits agricoles ») qui, avant la décision parlementaire définitive, serait implémentée en tant que tâche de contrôle de l'État au lieu d'être mise en œuvre au niveau privé.

**Proposition**

Le champ d'application de l'OPCNP pour les désignations conformes au droit agricole doit se limiter à l'étiquetage. Art. 2 al. 2 let. h OPCNP : *protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole.*

De plus, la mention générale « selon le droit agricole » n'est pas suffisamment claire. Les désignations en droit agricole doivent être précisées.

**Contrôles aléatoires supplémentaires, outre les contrôles de base : une mission aléatoire supplémentaire pour les organes de contrôle ? (art. 7 al. 2 OPCNP)****Contenu de la nouvelle réglementation**

Conformément à l'art. 7 al. 2 OPCNP, en plus des contrôles de base, des contrôles aléatoires doivent être effectués à une fréquence fixée selon l'ordonnance à environ deux pour cent des exploitations.

**Évaluation**

Dans les explications relatives à la révision de l'OPCNP, il est indiqué que des contrôles aléatoires supplémentaires sont menés afin que les responsables des exploitations concernées ne s'orientent pas trop fortement sur les fréquences des contrôles prévues à l'annexe 1. Ce principe ne peut être que salué, de même que les contrôles ne doivent pas se limiter exclusivement aux contrôles de base fixés par l'OPCNP. De tels contrôles supplémentaires sont indispensables, ils sont basés sur des indicateurs clairs et figurent dans le dispositif fixe des contrôles officiels des denrées alimentaires.

Toutefois l'art. 7 al. 2 de l'OPCNP introduit un type et un volume de contrôles supplémentaires obligatoires, ce qui ne correspond pas à l'intention raisonnable décrite dans les explications (« ...des contrôles aléatoires **peuvent** avoir lieu... »). Si le législateur prévoit effectivement des contrôles aléatoires supplémentaires tous les ans à hauteur de deux pour cent des exploitations (le présent projet ne fixant pas la durée pendant laquelle ces deux pour cent d'exploitations doivent être contrôlés), cela correspondrait, pour une fréquence de contrôle moyenne fixée à quatre ans, à une augmentation du nombre de contrôles d'environ 5 % et à une augmentation équivalente des coûts pour les cantons.

De plus, la possibilité d'effectuer des contrôles **supplémentaires** est également traitée de manière exhaustive dans l'art. 8 de l'OPCNP. L'art. 7 al. 2 de l'OPCNP proposé, ainsi que la définition de contrôle **aléatoire** (art. 3 let. h OPCNP) sont inutiles sous cette forme et entrent en contradiction avec le système de contrôle. Ils peuvent être supprimés sans solution de remplacement.

### Proposition

Supprimer l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP.

Mis à part la remarque formulée ci-dessous, nous renvoyons à la position de de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art 2, alinéa 2, lettre h	(à voir commentaire sous remarques générales)	À adapter : Protection des désignations sur l' <b>étiquetage</b> des denrées alimentaires selon le droit agricole. Les désignations « selon le droit agricole » doivent être précisées.
Art. 7, alinéa 2	(à voir commentaire sous remarques générales)	Supprimer l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP sans solution de remplacement.
Art. 14	Dans les exploitations à temps partiel, il n'est pas possible de trouver l'exploitant sans préavis. En effet, celui-ci travaille la journée hors de son exploitation agricole et un contrôleur ne peut pas effectuer que des contrôles à 6 heures du matin. Le Valais a un très grand nombre d'exploitations à temps partiel. Par exemple, dans le haut-Valais, 2/3 des exploitants avec bétail sont à temps partiel. Atteindre une telle proportion de contrôles sans préavis est déjà très ambitieuse dans nos conditions. Un contrôle sans préavis ne permet pas de détecter plus de manquements importants qu'un contrôle annoncé la veille. En effet, il n'est pas possible de corriger des lacunes importantes à très court terme. La planification et la gestion des contrôles sur le terrain se trouvent fortement compromises par cette part importante de contrôles sans préavis. De plus, avec des contrôles sans préavis, leur coût augmente.	Dans l'al. 1 de l'Art. 14, rester au minimum de 10% de contrôles effectués sans préavis pour les contrôles de base.

	La seule solution pour un contrôle sans préavis résiderait dans la possibilité du contrôleur de rentrer dans l'exploitation et sortir éventuellement des bêtes sans l'autorisation de l'exploitant (nécessité de changer la législation) et de supprimer des points de contrôles sur les documents ou nécessitant des documents de l'exploitant.	
Art. 15	Il faut éviter des doubles saisies inutiles. Dans la mesure où tous les résultats de contrôle sont migrés actuellement dans Acontrol, l'enregistrement supplémentaire dans ASAN est superflu et ne doit pas servir à combler implicitement un déficit d'établissement statistique fédéral.	Biffer la let. b de l'art. 15 al. 1

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

Le canton est opposé pour plusieurs raisons à octroyer la possibilité d'autoriser d'abattage à la ferme et au pâturage proposée. D'une part, la question critique se pose de savoir s'il est possible d'étourdir et de mettre à mort de façon correcte des animaux destinés à l'abattage dans les fermes et les pâturages dans le respect des exigences de bien-être animal. Des installations appropriées sont requises pour la mise à mort des animaux destinés à l'abattage, conformément à la réglementation sur la protection des animaux. Les enquêtes menées par l'Unité fédérale de la chaîne alimentaire et notre propre expérience en matière d'application de la législation ont montré que l'étourdissement et la mise à mort corrects des animaux abattus constituent un défi, même dans les abattoirs qui sont équipés de manière optimale à cette fin. En outre, l'amendement doit également être rejeté pour des raisons d'hygiène alimentaire. Afin d'empêcher la migration des germes de l'intestin vers la viande musculaire, les animaux de boucherie doivent être éviscérés le plus rapidement possible après étourdissement et la saignée. Dans ce contexte, les retards, qui surviennent inévitablement pendant le transport de l'exploitation à l'abattoir, sont préjudiciables à une bonne hygiène de l'abattage. Enfin, et ce n'est pas le moins important, nous rejetons également le changement pour les raisons de l'effort d'application élevé auquel on peut s'attendre. La situation des ressources des autorités vétérinaires est déjà extrêmement tendue. Des tâches supplémentaires d'autorisation et de contrôle ne peuvent pas être traitées avec les ressources existantes. Si la possibilité d'abattage à la ferme et au pâturage devait être maintenue, veuillez prendre en considération nos commentaires sur les différents articles.

Le canton est d'avis que les services supplémentaires rendus à la branche sous la forme de contrôle en dehors des heures de travail devraient être rémunérées en conséquence.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 3 let. q et r	<p>Il convient de compléter les définitions de l'abattage à la ferme et au pré afin de préciser que les opérations d'abattage ultérieures ne peuvent être effectuées que dans un abattoir agréé.</p> <p>Dans l'ensemble, la question se pose de savoir si le mot "abattage" ne devrait pas être remplacé en ces termes, puisque les termes suggèrent que l'ensemble du processus d'abattage a lieu dans l'exploitation ou au pré. Il existe également un risque de confusion avec le terme communément utilisé "abattage à l'abattoir", qui désigne l'abattage à des fins domestiques privées.</p>	<p>Abattage à la ferme : abattage au cours duquel l'étourdissement et la saignée des animaux du troupeau d'origine ont lieu et les étapes ultérieures de l'abattage ont lieu dans un abattoir agréé.</p> <p>Abattage au pré : abattage au cours duquel l'étourdissement et la saignée des animaux ont lieu dans un pâturage du troupeau d'origine et les étapes ultérieures de l'abattage ont lieu dans un abattoir agréé.</p> <p>Alternative : Remplacer les termes par étourdissement et saignée sur l'exploitation et au pré.</p>
Art. 9, al. 2		

	<p>Outre les éleveurs, les exploitants d'abattoirs mobiles, en particulier, devraient exiger une autorisation pour effectuer les travaux et, afin d'harmoniser la mise en œuvre, les conditions cadres devraient être réglementées par une ordonnance officielle.</p> <p>Outre l'autorisation, il convient également de réglementer le contrôle de l'abattage à la ferme et au pré agréé.</p>	<p>Les propriétaires d'animaux qui souhaitent abattre des animaux dans des fermes ou au pré, ainsi que les exploitants d'abattoirs mobiles, ont besoin d'une approbation de l'autorité cantonale compétente. L'OSAV réglemente les conditions-cadres dans une ordonnance officielle.</p>
Art. 9, al. 2, let. b	<p>Nous saluons expressément la réintroduction du contrôle ante mortem pour les bovins du troupeau d'origine. Cela facilitera l'organisation des inspections des viandes, en particulier dans les petites entreprises. Nous accueillons également favorablement une inspection ante mortem par le vétérinaire du troupeau pour les animaux qui ont eu des accidents ou qui sont malades. Cela permet d'adapter le droit à la pratique suisse.</p>	<p>Dans le cas d'animaux qui ont eu un accident ou qui sont malades, l'aptitude à l'abattage et l'aptitude au transport doivent être évaluées et confirmées sur le certificat sanitaire.</p>
Art. 52, al. 3, lettre b	<p>Les vétérinaires non officiels devraient également être autorisés à effectuer des inspections ante mortem dans les abattoirs d'élevage. Une distinction à cet égard entre l'abattage à la ferme et l'abattage au pâturage n'est pas compréhensible.</p>	<p>3) pour l'inspection ante mortem lors d'abattages à la ferme</p>
Art. 61, al. 1	<p>Nous saluons des redevances couvrant les coûts de surveillance de l'abattage au pré.</p>	
Art. 61, al. 2	<p>Nous nous félicitons de la possibilité de facturer des honoraires plus élevés pour les services en dehors des heures de travail. Cependant, les heures de travail devraient être ajustées à 06.00-18.00. Attention : Divergence entre le texte juridique et les explications (18 h et 20 h)</p>	<p>Préciser les heures.</p>

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de de l'ACCS et l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Mis à part les remarques formulées ci-dessous nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires****Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants****Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public

### Remarques générales

Nous renvoyons à la position de l'ACCS.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Nous renvoyons à la position de l'ACCS et de l'ASVC.

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### A-Post Plus

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

14. August 2019

### Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 eröffnete das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die oben genannte Vernehmlassung. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Nachfolgend wird auf die aus Sicht des Regierungsrats wichtigsten Regelungen mit Anpassungsbedarf eingegangen. Die detaillierten Anpassungsanträge befinden sich in der beiliegenden Stellungnahme in Tabellenform.

Mit der vorliegenden Revision sollen, neben einer weiteren Harmonisierung mit dem EU-Recht, drei Motionen und ein Postulat im Lebensmittelrecht umgesetzt werden. Es handelt sich dabei um folgende Vorlagen:

- a) (15.4114) Motion Jacques Bourgeois betreffend sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"
- b) (17.371) Motion Martina Munz betreffend Tierhaltungskontrollen effizienter gestalten
- c) (18.3849) Motion Martina Munz betreffend Vermarktung von Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht
- d) (17.3418) Postulat Karl Vogler betreffend die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen

Der Kanton Aargau begrüsst die aufgrund der beiden Motionen Munz vorgesehenen Anpassungen und empfiehlt deren Umsetzung. Bezüglich Motion Bourgeois empfiehlt er, auf eine Umsetzung zu verzichten. In Bezug auf die Umsetzung des Postulats Vogler hat der Kanton Aargau Vorbehalte. Dies aufgrund nachfolgender Überlegungen:

**a) (15.4114) Motion Jacques Bourgeois betreffend sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"**

Die Möglichkeit zur Auslobung von Lebensmitteln tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt", obwohl die Tiere mit GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden, ist eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter, beziehungsweise dessen Bestandteile, nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die vorgeschlagene Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion Bourgeois durch den Bundesrat hat in dieser Form keine gesetzliche Grundlage.

**d) (17.3418) Postulat Karl Vogler betreffend die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen**

Auch bei Hof- und Weideschlachtung ist eine tierschutzkonforme Betäubung und Tötung der Schlachttiere sicherzustellen. Dies bedarf, neben geeigneter Einrichtungen, auch der Anwesenheit von entsprechend ausgebildetem Fachpersonal vor Ort. Deshalb sind solche Schlachtungen, entgegen dem Revisionsvorschlag, durch in der Schlachtung ausgebildete Metzger oder Metzgerinnen auszuführen.

Die Änderung bringt einen hohen zusätzlichen Vollzugsaufwand für den Veterinärdienst mit sich, welcher sich innert der kurzen Frist der geplanten Inkraftsetzung bis Mitte 2020 nicht realisieren lässt. Deshalb ist die geplante Neuregelung, unter Berücksichtigung der unsererseits zusätzlich geforderten Auflagen, zeitlich verzögert auf Mitte 2021 in Kraft zu setzen.

**Verzicht einer Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien**

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System in der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit der Schweizer Behörden. Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.

Der Kanton Aargau würde es ausserordentlich begrüßen, wenn einleitend in der LMVV ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann  
Landammann

Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin

Beilage

- Vernehmlassungsformular

Kopie

- [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat des Kantons Aargau  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KTAG  
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 5000 Aarau  
Kontaktperson : Dr. Alda Breitenmoser, Leiterin Amt für Verbraucherschutz, Obere Vorstadt 14, 500 Aarau  
Telefon : +41 62 835 30 21  
E-Mail : [regierungsrat@ag.ch](mailto:regierungsrat@ag.ch); [alda.breitenmoser@ag.ch](mailto:alda.breitenmoser@ag.ch)  
Datum : 14. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	10
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	18
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	22
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	27
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	28
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	33
9	EDI: Getränkeverordnung .....	35
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	38
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	41
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	42
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	46
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	47
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	48
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	49
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	55
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	57
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	59
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	61
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	62
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	63
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	64
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	65

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### "Ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – Anpreisung mit vorsätzlicher Täuschung

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere unter bestimmten Bedingungen mit GVO-Futtermittelzusätzen (z.B. Vitamin B<sub>12</sub>) gefüttert wurden.

Auch wenn auf den Einsatz solcher GVO-Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat hat in dieser Form keine gesetzliche Grundlage.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 30	Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Als Grund wird in den Erläuterungen angegeben, dass GVO-Erzeugnisse bereits unter Art. 31 Abs. 1 LGV definiert werden. Bei Art. 31 LGV geht es um die Bewilligungspflicht. Unter Art. 31 LGV sollten keine Begriffe definiert werden.	Wird Art. 2 VGVL aufgehoben, die Definition der GVO-Erzeugnisse analog Art. 2 VGVL in einem zusätzlichen Absatz übersichtlich unter Art. 30 LGV oder unter Art. 2 LGV aufführen:  "GVO-Erzeugnisse sind Lebensmittel oder Verarbeitungshilfsstoffe, die: a. gentechnisch veränderte Organismen (GVO); sind b. GVO enthalten; c. aus GVO gewonnen wurden; d. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen."  Zur besseren Verständlichkeit wie bei Art. 2 VGVL auch Bst. d aufführen.

Art. 31 Abs. 1	Die Definition des Begriffes "GVO-Erzeugnisse" sollte nicht im Artikel zur Bewilligungspflicht stehen. Zudem ist die Definition hier nicht sehr übersichtlich. Weitere Angaben dazu siehe unter Art. 30 LGV.	Anpassung von Art. 31 Abs. 1 aufgrund Änderungsvorschlag unter Art. 30 LGV. Wie: "Das Inverkehrbringen von <i>GVO-Erzeugnissen</i> ..."
Art. 31	<p>Bewilligungspflicht von Verarbeitungshilfsstoffen</p> <p>Aufgrund den vorgesehenen Verordnungsanpassungen ist nicht so mehr klar, wie Verarbeitungshilfsstoffe einzustufen sind und ob für GVO-Verarbeitungshilfsstoffe immer noch eine Bewilligungspflicht vorgesehen ist. Falls nicht, würde dies bedeuten, dass GVO-Labenzyme, GVO-Amylasen etc. neu ohne Bewilligung vertrieben werden könnten. Will man dies wirklich? Wenn Verarbeitungshilfsstoffe als Lebensmittel beurteilt werden, würde ein Teil allenfalls unter Art. 31 Abs. 5 LGV fallen und wäre als neuartige Lebensmittel zu beurteilen.</p> <p>Bezüglich Einstufung der Verarbeitungshilfsstoffe sind die Kommentare in der VGLV unter Erläuterungen im Zusammenhang mit dem neuen Lebensmittelbegriff zu beachten.</p>	<p>Wird die Bewilligungspflicht für GVO-Verarbeitungshilfsstoffe beibehalten, so ist der Begriff "Verarbeitungshilfsstoffe" bei den Artikeln zum besseren Verständnis nicht überall zu streichen.</p> <p>So beispielsweise auch nicht bei der Definition von GVO-Erzeugnissen. Siehe dazu Anpassungsvorschlag unter Art. 30 LGV.</p>
Art. 31 Abs. 1bis	<p>Durch GV-Mikroorganismen in geschlossenem System hergestellte Erzeugnisse, die von GVO abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind, sollen neu nicht mehr als GVO-Erzeugnisse gelten und so nicht mehr ein aufwändiges Bewilligungsverfahren durchlaufen müssen. Solche Fermentprodukte sollen neu wie bei der EU als Novel Food bewilligt werden. Auf diese Weise werden in der Schweiz und in der EU das gleiche Bewilligungsverfahren durchgeführt. Die neue Handhabung kann aufgrund der Gegebenheiten in der EU akzeptiert werden.</p> <p>Von der Thematik her ist die neue Anwendungspraxis im Prinzip nicht logisch, da auch diese Erzeugnisse aus GVO hergestellt werden.</p>	Anmerkung zu Systemabweichung.
Art. 37 Abs. 4	<p>Bisher darf ausschliesslich der Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" verwendet werden (Art. 7 Abs. 9 VGV). In Zukunft sollen andere gleichbedeutende Hinweise möglich sein.</p> <p>Was heisst dies nun? Ist der Hinweis "ohne Gentechnik" künftig zulässig? Die Öffnung kann zu Interpretationsschwierigkeiten führen.</p>	Fragestellung prüfen und bei bestehender Unklarheit klärende Ergänzungen in Absatz anfügen.



Art. 37 Abs. 4 Bst. c	<p>Gemäss Erläuterung wird an der aktuellen Regelung von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL festgehalten.</p> <p>Es fehlen Wörter. Den aktuellen Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL übernehmen.</p>	<p>Den aktuellen Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL übernehmen.</p> <p>"1. Nach Artikel 31 bewilligt worden <i>sind</i>, oder 2. nach schweizerischem Recht mit erlaubten landwirtschaftlichen Hilfsstoffen oder Ausgangsprodukten produziert <i>werden dürfen</i>, ..."</p>
Art. 37 Abs. 5	<p>Nach Art. 37 Abs. 5 Bst. b sollen neu unter gewissen Bedingungen auch GVO-Futtermittelzusätze für die Auslobung „ohne Gentechnik hergestellt“ zulässig sein.</p> <p>Die Unzulässigkeit der Angabe „ohne Gentechnik hergestellt“ stützt sich auf den Täuschungsartikel, der nicht verändert wurde. Warum diese Angabe im gleichen Zusammenhang nun plötzlich nicht mehr täuschend sein soll, ist nicht erklärbar. Die Angabe "ohne Gentechnik hergestellt" entspricht in den beschriebenen Fällen (z.B. Futtermittelzusätze, die durch gentechnisch veränderte Organismen gewonnen wurden) nicht den Tatsachen, käme einer Täuschung gleich und ist somit mit dem Täuschungsschutz nicht vereinbar. Es würde zu einer amtlich zulässigen Täuschung führen, was nicht sein darf. Die Konsumentinnen und Konsumenten würden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich wäre.</p> <p>In der EU existiert zudem kein Gemeinschaftsrecht für diese Auslobung. Auch von dieser Seite her ist die Schweiz nicht im "Zugzwang".</p> <p>Die Ausführungen unter den allgemeinen Bemerkungen sind ebenfalls zu beachten.</p>	<p>Art. 37 Abs. 5 Bst. b ist zu streichen.</p> <p>Motion Bourgeois nicht umsetzen.</p>
Art. 38 Abs. 2 Bst. a und b	<p>Es wird begrüsst, dass die Terminologie von Begriffen harmonisiert wird. Der vorgeschlagene Ausdruck "andere Substanz" passt in diesem Kontext nicht.</p> <p>Es wird empfohlen, die Ausdrücke "Nährstoff" und "andere Substanz" durch den zusammenfassenden Begriff "Lebensmittelbestandteil" zu ersetzen (analog Art. 31 Abs. 1 LIV).</p>	<p>Anpassungsvorschlag unter Bst. a und b: "... der <i>Lebensmittelbestandteil</i>, das Lebensmittel oder die Lebensmittelkategorie..."</p>

<p>Art. 39 Abs. 2 Bst. d</p>	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Dies geht zu weit und ist (für das Gewerbe) nicht praktikabel. Ein Verbrauchsdatum macht zudem nur in Kombination mit einer Angabe zur Kühlagerung nach dem Kauf Sinn. Die mündliche Auskunftspflicht ist wie bisher ausreichend. Auch bei Allergenen kann die Auskunft mündlich erfolgen. Dort geht es ebenfalls um Gesundheitsschutz.</p>	<p>Art. 39 Abs. 2 Bst. d ersatzlos streichen.</p>
<p>Art. 40</p>	<p>Zwischenhandel Der Satz ist unvollständig. Es ist nicht mehr klar, worauf sich die Angaben beziehen. Die Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate (gemäss Art. 2 Abs. 1 Ziffer 19 LGV) sind nach wie vor aufzuführen.</p>	<p>Präzisierung / Ergänzung im Sinne der aktuellen Bestimmung: "Im Zwischenhandel müssen die Angaben <i>bei Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten</i> so gehalten werden, dass die Lebensmittel gesetzeskonform zusammengesetzt und gekennzeichnet werden können."</p>
<p>Art. 48</p>	<p>Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst. Zusätzlich zur Streichung von Art. 48 Abs. 2 sind aus folgenden Gründen zusätzliche Anpassungen erforderlich: Basierend auf Art. 1 Abs. 2 Bst. c LGV finden für die "Verwendung, Inbetriebnahme, Anwendung oder Installation" von Trinkwasserkontaktmaterialien die lebensmittelrechtlichen Vorschriften Anwendung (d.h. die LGV, die Bedarfsgegenständeverordnung und die TBDV). Damit wäre das schweizerische Lebensmittelrecht inkonsistent mit dem europäischen Recht von Trinkwasserkontaktmaterialien, welches in der EU im Gegensatz zu Lebensmittelkontaktmaterialien nicht harmonisiert, sondern in den Mitgliedstaaten individuell geregelt ist. Vor allem gewährleisten die Anforderungen der Bedarfsgegenständeverordnung nicht die Sicherheit eines Trinkwasserkontaktmaterials.</p>	<p>Streichung / Änderung des heutigen Art. 48 Abs. 2 LGV wie geplant. Gleichzeitig mit der Streichung des heutigen Art. 48 Abs. 2 LGV in der Bedarfsgegenständeverordnung folgende Abgrenzung vornehmen:</p> <p>Art. 1 Abs. x Bedarfsgegenständeverordnung: "Die Anforderungen an Materialien und Gegenstände im Kontakt mit Trinkwasser (Trinkwasserkontaktmaterialien) sind separat geregelt; es gelten die Bestimmungen gemäss der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV)."</p>

	<p>In der Schweiz entspricht die Bedarfsgegenständeverordnung der Umsetzung des EU-Rechts für Lebensmittelkontaktmaterialien. Die oben genannte Änderung führt dazu, dass die Anforderungen der Bedarfsgegenständeverordnung auch für die Verwendung, Inbetriebnahme, Anwendung oder Installation von Trinkwasserkontaktmaterialien gelten. Diese Anforderungen, welche für Lebensmittelkontaktmaterialien sinnvoll sind, sind teilweise unnötig oder ungeeignet für Trinkwasserkontaktmaterialien. Im Gegenzug sind diese Anforderungen nicht ausreichend, vor allem da die spezifischen Migrationsgrenzwerte (SML) der Bedarfsgegenständeverordnung für Trinkwasser viel zu hoch sind. Danebst könnten Nachweise der Eignung von TW-FCM zur Verwendung in Wasserversorgungsanlagen mit den gleichen Prüfbedingungen wie für übrige FCM erbracht werden, was in der EU nicht der Fall ist.</p>	<p>Eventualiter könnte eine Abgrenzung auch in der LGV erfolgen:  Unter Art. 48 einen zusätzlichen Absatz zur Einführung des in der TBDV verwendeten Begriffs «Trinkwasserkontaktmaterialien»:  "Materialien und Gegenstände im Kontakt mit Trinkwasser (Trinkwasserkontaktmaterialien) sind Gebrauchsgegenstände, die dazu bestimmt sind oder bei denen erwartet werden kann, dass sie bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung in Wasserversorgungsanlagen mit Trinkwasser in Berührung kommen."    Folglich Art. 49 Abs. 4 LGV mit zusätzlichem Buchstaben:  Art. 49 Abs. 4 Bst d: "die Verwendung von Trinkwasserkontaktmaterialien."</p>
Art. 48 Abs. 2	<p>Nebst den Antiquitäten, die neu explizit ausgenommen werden, finden sich weitere Ausnahmen in der Bedarfsgegenständeverordnung (Art. 1 Abs. 2 Bedarfsgegenständeverordnung). Alle Ausnahmen sollten sich in der gleichen Verordnung befinden.</p>	<p>Die Ausnahmen gemäss Art. 1 Abs. 2 der Bedarfsgegenständeverordnung in Art. 48 Abs. 2 oder einen zusätzlichen Absatz von Art. 48 LGV übertragen.</p>
VIPaV Art. 2 Bst. b Ziffer 1	<p>Im Ausnahmekatalog sind die alkoholischen Süssgetränke, welche keinen Hinweis auf den Alkoholgehalt nach Art. 62 Abs. 1 der Verordnung über Getränke aufweisen.  Da neu die Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 62 der Verordnung über Getränke zu den alkoholhaltigen Süssgetränken gestrichen werden sollen, soll auch die Cassis-de-Dijon-Ausnahme zu den alkoholhaltigen Süssgetränken aufgehoben werden.  Die Anpassungen sind nicht im Sinne des Konsumenten- und Jugendschutzes und der Prävention. Die sachkundige Wahl wird zusätzlich erschwert. Bei alkoholischen Getränken muss ja seit 2014 auch keine Zutatenliste mehr aufgeführt werden.</p>	<p>Die Vorschriften zu den Etikettenangaben bei alkoholhaltigen Süssgetränken und damit die Cassis-Ausnahme sollten unter dem Gesichtspunkt Konsumentenschutz beibehalten werden.</p>

<p>ViPaV Art. 2 Bst. b Ziffer 9</p>	<p>Die Verarbeitungshilfsstoffe sollen im Ausnahmekatalog gestrichen werden.</p> <p>Als Begründung wird in der Erläuterung angegeben, dass die Verarbeitungshilfsstoffe als Lebensmittel gelten, wenn sie im Lebensmittel verbleiben.</p> <p>Die Begründung in den Erläuterungen ist widersprüchlich und nicht klar, wenn die Definition der Verarbeitungshilfsstoffe unter Art. 2 Abs. 1 Ziffer 23 LGV und Art. 4 LMG einbezogen wird. Siehe dazu Kommentare in der VGVL unter Erläuterungen im Zusammenhang mit dem neuen Lebensmittelbegriff.</p>	<p>Es ist zu überprüfen, ob das Wort "Verarbeitungshilfsstoffe" tatsächlich gestrichen werden kann.</p>
---	--	---

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

##### Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigen – die Kosten auch

Die LMVV wurde im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden.

Neu wird eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung für Inspektorate vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

Allerdings müssen Laboratorien gemäss Art. 48 LMG akkreditiert sein. Alle Vorgaben, die bereits in der entsprechenden Norm EN ISO/IEC 17025 für ein akkreditiertes Laboratorium verlangt werden, sollten nicht auch noch in dieser Verordnung vorgegeben (und wiederholt) werden.

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

##### Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV, der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.

Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn **einleitend ein Artikel eingefügt** würde, der festlegt, dass die **amtlichen Laboratorien "in der Regel"** gemeinsam **mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit** bilden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der "Krise" nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die eine Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar.	Definition der Krise nach aktueller LMVV übernehmen.
Art. 7 Abs. 2	Abgesehen davon, dass die Vollzugsbehörden nicht die Kompetenz haben, Sanktionen nach Art. 63 – 65 LMG zu verhängen und sie deshalb auch nicht darüber informieren können, erscheinen der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).	Art. 7 Abs. 2 muss gestrichen werden. Die Behörden haben eine Informationspflicht, der sie übrigens gerne nachkommen, aber nicht mit merkwürdigen Anforderungskatalogen, welche die Verwaltungskosten ohne Mehrwert steigern.
Art. 13	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.	Art. 13 überarbeiten, mindestens Abs. 3 ersatzlos streichen.

<p>2. Abschnitt: Titel Art. 15 Art. 16 Abs. 3</p>	<p>Aufzählung "Lebensmittel <i>oder</i> Dusch- <i>und</i> Badewasser"</p> <p>Im Titel unter dem 2. Abschnitt, unter Art. 15 (Einleitung, Bst. a und b) sowie unter Art. 16 Absätze 1 bis 3 ist die Aufzählung "Lebensmittel oder Dusch- und Badewasser" nicht richtig.</p> <p>Es handelt sich <i>entweder</i> um Dusch- <i>oder</i> Badewasser.</p> <p>Deshalb sollte die Aufzählung jeweils wie folgt lauten: "Lebensmittel, Dusch- oder Badewasser".</p>	<p>Aufzählung anpassen unter</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Titel 2. Abschnitt</li> <li>- Art. 15 (Einleitung, Bst. a und b)</li> <li>- Art. 16 Abs. 1 bis 3</li> </ul> <p>Aufzählung jeweils wie folgt angeben: "Lebensmittel, Dusch- <u>oder</u> Badewasser".</p>
<p>Art. 16</p>	<p>Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.</p> <p>Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt! Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat.</p> <p>Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.</p>	<p>Der letzte Satz in Abs. 3 ist zu ersetzen: <i>"Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln."</i></p>

Art. 16 Abs. 6	Der Mindestzeitraum für die Aufbewahrung fehlt.	Ergänzung: "Bei Ausbruchsabklärungen isolierte Erregerstämme sind für weitere Untersuchungen <i>während mindestens 2 Jahren</i> aufzubewahren."
Art. 37 Abs. 8	Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt. Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen, ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.	Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d: <i>"d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis."</i>
Art. 44	Da durch die Weiterbeförderung nach Art. 39 den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 muss dafür entsprechend ergänzt werden.	Einfügen Art. 44 Abs. 3: <i>"Für Sendungen, die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch entstehenden Kontrollaufwandes."</i>
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs. 2	Ersatzlos streichen. Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Abs. 1 und 2 streichen.
Art. 45 Abs. 2	Diese Regelung hat zur Folge, dass Methoden ausserhalb des akkreditierten Bereiches generell nicht mehr angewandt werden dürfen. Oft sind das solche für schnelle Screenings. Das trifft insbesondere die Molekularbiologie und führt zum Ausschluss einiger Unterauftragnehmer. Bisher reichte die Kennzeichnung, dass die Methode ausserhalb des akkreditierten Bereiches liegt. Zudem gibt es zum Artikel 48 Abs. 4 einen Widerspruch.	Präzisierung (kursiv): "Der Umfang der Akkreditierung eines amtlichen Laboratoriums gemäss Absatz 1 Buchstabe e muss sich <i>prinzipiell</i> auf diejenigen Methoden für Laboranalysen, -tests oder -diagnosen erstrecken, die von dem Laboratorium für Analysen, Tests oder Diagnosen verwendet werden, wenn es als amtliches Laboratorium tätig ist. Sie kann eine oder mehrere einzelne Methoden für Laboranalysen, -tests oder



		-diagnosen oder Methodengruppen umfassen. <i>Ausgenommen sind Analysen gemäss Art. 48 Abs. 4."</i>
Art. 46 Abs. 2	Ersatzlos streichen. Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Abs. 2 streichen.
Art. 48	<p>Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf Verordnung EG 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen, Art. 52 anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p> <p>Siehe dazu auch Bemerkungen und Änderungsvorschlag unter Art. 48 Abs. 1 sowie Anhang 4.</p>

	nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert, und Food Fraud wird gefördert.	
Art. 48 Abs. 1	<p>Vorgaben bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann.</p> <p>Zudem ist diese abschliessend formulierte Liste in Anhang 4 unvollständig. Insbesondere fehlen die in der Hygieneverordnung festgelegten verbindlich erklärten Methoden für mikrobiologische Untersuchungen. Zudem ist Art. 48 mit der Anforderung zu ergänzen, dass rechtlich verbindliche Methoden den Vollzugsbehörden unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müssen.</p>	<p>Anpassung Abs. 1: "Die Methoden, die für Probenahmen, Analysen, Tests und Diagnosen der amtlichen Kontrolle <i>zu berücksichtigen</i> sind, sind in Anhang 4 festgelegt."</p> <p>Liste in Anhang 4 vervollständigen.</p> <p>Siehe auch Bemerkungen und Antrag unter Art. 48.</p>
Art. 70	<p>Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung von einem sinnlosen Prüfungstheater zu entlasten.</p> <p>Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden.</p> <p>Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben, gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren "ernannt", wenn sie keine Prüfung machen sollen.</p>	Art. 70 mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen.
Art. 75	Für den Fachassistenten werden Prüfungsnoten festgelegt, ohne diese entsprechend Art. 85 für den DAL festzulegen.	Ergänzen mit Abs. 2bis: <i>"Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3."</i>

Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese "Übergangsregelung" tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art 79 Abs. 2 überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 3	Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder. Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.	Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden: "....Ein Mitglied der PK <i>kann</i> die Prüfung begleiten."
Art. 91 Abs. 1 Bst. d	Ausbildung DLAL (theoretischer Teil) – Trinkwasserversorgung  Der Begriff "Trinkwasserversorgung" wird separat aufgeführt.  Bei Trinkwasser handelt es sich um ein Lebensmittel, und Betriebe der Trinkwasserversorgung sind Lebensmittelbetriebe. Wie bei allen Lebensmitteln erfolgt auch bei Trinkwasser eine Bewertung (Bst. a) und eine Risikoanalyse (Bst. b). Daneben untersteht auch Trinkwasser der Lebensmittelgesetzgebung (Bst. c). Trinkwasser wird somit bereits unter den Bereichen Bst. a bis c erfasst.  Aus diesen Gründen ist die Trinkwasserversorgung unter Bst. d nicht separat aufzuführen.	Streichen von Bst. d Trinkwasserversorgung.
Art. 93 Abs. 2 Bst. c	Ausbildung DLAL (praktischer Teil) – Trinkwasserversorgung  Analog der Begründung unter Art. 91 wird Bst. c (Trinkwasserversorgung) unter den anderen Bereichen erfasst und ist deshalb zu streichen.	Streichen von Bst. c Trinkwasserversorgung.

Art. 95 Abs. 1	Die Prüfungsbereiche nach Art. 91 <i>Absatz 1</i> Buchstaben b-d und nicht Absatz 2 Buschstaben b-d werden einzeln.	Den Ausdruck "Absatz 2" durch "Absatz 1" ersetzen.
Art. 116 Abs. 1	Für die Erhebung der Gebühren soll Artikel 119 vorbehalten bleiben. Dieser bezieht sich allerdings auf die Aktualisierung der Anhänge durch das BLV. Gemeint ist wohl eher vorbehaltlich Art. 117 (analog zu aLMVV).	Korrektur mit "...vorbehalten bleibt Artikel 117."
Anhang 4	<p>In Anhang 4 sind die nach Art. 48 Abs. 1 verbindlich anzuwendenden Methoden für Probenahmen, Analysen, Tests und Diagnosen mit einem Verweis auf die entsprechenden Rechtstexte der EU abschliessend aufgeführt.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Liste ist unvollständig (vgl. Kommentar zu Art. 48 Abs. 1) und muss ergänzt werden.</li> <li>2. Es fehlen die in der Hygieneverordnung festgelegten verbindlich erklärten Methoden für mikrobiologische Untersuchungen.</li> </ol>	<p>Anhang 4 ergänzen bzw. anpassen.</p> <p>Siehe auch Bemerkungen und Antrag unter Art. 48 sowie Art. 48 Abs. 1.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Es wird begrüsst, dass die Kontrollen der Primärproduktion und deren Teilbereiche nunmehr vollständig von der VKKL in die MNKPV integriert werden. Allfällige Differenzen werden dadurch bereinigt.

Hinsichtlich des Kontrollsystems wären risikobasierte Tierschutzkontrollen wünschenswert. Derzeit müssen erhebliche Ressourcen für die systematische Kontrolle unauffälliger Tierhalter aufgewendet werden. Die Veterinärdienste sollten diesbezüglich mehr Flexibilität und Handlungsspielraum erhalten, so dass Grundkontrollen bei sehr guten Tierhaltern erst nach 6 oder 8 Jahren erfolgen müssten. Dadurch könnten die knappen personellen Ressourcen für Risikotierhalter eingesetzt werden.

Die Erhöhung der Kontrollfrequenz hinsichtlich der Hygiene der pflanzlichen Primärproduktion von derzeit 4 auf 8 Jahre wird ausdrücklich begrüsst. Bezüglich Definitionen und Begrifflichkeiten ist neben einer Konkretisierung auf eine Vereinheitlichung und Synchronisation zu ACONTROL zu achten. Es bestehen bislang erhebliche Unstimmigkeiten. Schliesslich fordern die Bundesämter von den Kantonen eine Vereinheitlichung der Datenerfassung in ACONTROL.

Bei den tierischen Kontrollen wird die Verankerung von 3 GVE als Eintrittsschwelle ausserordentlich begrüsst.

Durch die sehr knappen personellen und finanziellen Ressourcen sollten keine zusätzlichen Anforderungen implementiert werden, die zu Mehraufwand für die Veterinärdienste führen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	<p>Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden.</p> <p>Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen</p>	<p>Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: "<i>agrarrechtliche <b>Kennzeichnungen</b> von <b>Lebensmitteln</b></i> gemäss Landwirtschaftsrecht".</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>

	Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.	
Art. 3 g und Art. 12	<p>Die Implementierung von sogenannten Verwaltungskontrollen, welche nicht vor Ort stattfinden, sondern "nur" in den Büros der Veterinärdienste, ergibt im Kontext von reinen administrativen Abklärungen durchaus Sinn. Gegenüber den Tierhaltern wäre eindeutig zu kommunizieren, dass keine Kontrolle vor Ort stattfand, sondern eine reine administrative Kontrolle erfolgte.</p> <p>Bislang ist dieser Kontrolltyp in ACONTROL nicht vorgesehen. Dieser müsste zeitgleich mit Inkrafttreten der MNKPV in ACONTROL angepasst werden.</p> <p>Weiterhin bleibt unklar, ob eine Verwaltungskontrolle einer Grundkontrolle gleichwertig ist, d.h. ob generell auf eine Grundkontrolle vor Ort verzichtet werden kann und letztendlich "nur" eine administrative Verwaltungskontrolle erfolgen könnte. Gerade im Tierschutz kann die tatsächliche Situation nur vor Ort fundiert und objektiv beurteilt werden. Es bestünde allenfalls die Gefahr, dass zunehmend Bürokontrollen erfolgen würden, welche die effektive Situation der Tierhaltung vor Ort und allfällige Missstände nicht erfassen würden.</p>	Der Begriff Verwaltungskontrolle muss zwingend in ACONTROL als Kontrollrubrik aufgenommen werden. Es ist in der MNKPV zu konkretisieren, ob eine Verwaltungskontrolle im Büro gegenüber einer Grundkontrolle vor Ort gleichwertig ist. In diesem Falle müsste Anhang 1 Liste 1 angepasst werden.
Art. 3 Bst. h	<p>Zufällige Kontrollen</p> <p>Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden. Weitere Bemerkungen siehe unter Art. 7 Abs. 2.</p>	Art. 3 Bst. h streichen.
Art. 7 Abs. 2	<p>Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen.</p>	Art. 7 Abs. 2 streichen.

	<p>Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	
Art. 14 Abs. 1	<p>Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Kontrollrubrik der tierischen Primärproduktion nunmehr zu 40 % unangemeldet erfolgen soll. Es bleibt zudem unklar, ob die Kontrolle der Rubrik Tierschutz vollständig angemeldet erfolgen kann.</p> <p>Eine massive Erhöhung der unangemeldet durchzuführenden Kontrollen von derzeit 10 auf geplante 40 % würde zu massivem Mehraufwand führen und ist daher abzulehnen.</p>	<p>Art. 14 Absatz 1 ist vollständig zu streichen.</p> <p>Alternativvorschlag: Die Kontrollen im Tierschutz erfolgen zu mindestens 10 % unangemeldet (= bisherige Regelung).</p>
Art. 14 Abs. 2	<p>Es ist unverständlich, warum die Kontrollrubrik der Hygiene in der pflanzlichen Primärproduktion zu 10 % unangemeldet erfolgen soll. Dies würde zu Mehraufwand führen und ist daher abzulehnen. Bei den Kontrollpunkten der pflanzlichen Primärproduktion kann selbst bei einer angemeldeten Kontrolle nur wenig plötzlich bereinigt bzw. geschönt werden.</p>	<p>Art. 14 Absatz 2 ist vollständig zu streichen.</p>
Art. 17	<p>Schwerpunktprogramme sollten nicht durch die Bundesämter festgelegt werden. Im Rahmen einer Grundkontrolle werden alle wesentlichen Aspekte</p>	<p>Art. 17 ist vollständig zu streichen.</p>

	gründlich inspiziert. Für die Durchführung von Schwerpunktprogrammen stehen den kantonalen Veterinärdiensten keine personellen Ressourcen zur Verfügung. Es sollte den Veterinärdiensten überlassen werden, allenfalls Schwerpunktprogramme durchzuführen, soweit dafür die personellen Ressourcen vorhanden sind.	
Anhang 1 Liste 1	Die Erhöhung des Kontrollintervalls bei der Hygiene in der pflanzlichen Primärproduktion von derzeit 4 auf nunmehr 8 Jahre wird ausdrücklich begrüsst und befürwortet.	Kein Anpassungsbedarf
Anhang 1 Liste 1	Konkretisierung und Definition von "tierischer Produktion" nötig: Es bleibt offen, welche Kontrollrubriken unter 1.1.2 relevant sind Um Missverständnisse zu vermeiden, sollten alle massgebenden Rubriken aufgezählt werden. Die Festlegung von 3 GVE wird ausserordentlich begrüsst und schafft Planungssicherheit.	Konkrete Aufzählung der einzelnen Kontrollrubriken: Tierschutz, Milchhygiene, Tierarzneimittel, Tiergesundheit, Tierverkehr
Anhang 1 Liste 1	Die Kontrolle von Fischhaltungen sollte aufgrund knapper personeller Ressourcen nicht weiter ausgedehnt werden. Die Umsetzung des Vorschlags würde eine deutliche Ausdehnung der Kontrollintensität bedeuten und mit erheblichem Mehraufwand der Veterinärdienste einhergehen.	Fischhaltung mit einer jährlichen Produktion von mehr als 5 Tonnen – Kontrolle alle 8 Jahre



## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die mit der Revision der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vorgeschlagene Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung ist aus mehreren Gründen kritisch zu betrachten. Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und betäubt werden. Erhebungen der Bundeseinheit für die Lebensmittelkette und eigene Vollzugserfahrungen haben gezeigt, dass die korrekte Betäubung und Tötung der Schlachttiere selbst in bestens dafür eingerichteten Schlachthanlagen eine Herausforderung darstellt. Die Hofschlachtungen müssen deshalb durch in der Schlachtung ausgebildete Metzger oder Metzgerinnen ausgeführt werden. Auch bei der Weideschlachtung bedarf es zur Durchführung des Entblutens und der Betäubungskontrolle des Beizugs eines Metzgers, beziehungsweise einer Metzgerin. Derart durchgeführte Schlachtungen haben einer strikten Kontrolle durch den Veterinärdienst zu unterliegen. Auch bedürfen beide neuen Schlachtformen einer vorgängigen Bewilligung durch diese Stelle. Die Änderung ist auch aus Gründen der Lebensmittelhygiene kritisch zu betrachten. Um die Auswanderung von Keimen vom Darm in das Muskelfleisch zu verhindern, müssen Schlachttiere möglichst rasch, das heisst innerhalb von 45 Minuten nach der Betäubung und des Entblutens, ausgeweidet werden. Zeitverzögerungen, wie sie beim Transport vom Hof in ein Schlachtlokal vorkommen, sind vor diesem Hintergrund einer guten Schlachthygiene abträglich. Entsprechend bedarf es zur Gewährleistung der Lebensmittelhygiene zusätzlicher Anforderungen.

Die unterbreite Vorlage stellt nicht sicher, dass Tierschutz und Hygiene umfassend eingehalten sein müssen. Es fehlen Eckwerte, die Kompetenzen sind abschliessend und zu eng formuliert, die Überwachung ist ungenügend vorgegeben. Es braucht wie nachfolgend festgehalten Anpassungen und Ergänzungen.

Die Ressourcensituation bei den Veterinärbehörden ist bereits jetzt äusserst angespannt. Die Änderung bringt einen hohen zusätzlichen Vollzugaufwand für den Veterinärdienst mit sich, welcher sich innert der kurzen Frist der geplanten Inkraftsetzung bis Mitte 2020 nicht realisieren lässt. Deshalb ist die geplante Neuregelung, unter Berücksichtigung der unsererseits zusätzlich geforderten Auflagen, zeitlich verzögert auf Mitte 2021 in Kraft zu setzen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet.</p>	<p><i>Hofschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weideschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p>

Art. 3	Der Begriff "mobile Schlachthanlage" sollte in den Definitionen aufgenommen werden. Weitere Schlachtschritte dürfen nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden.	Bst s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit, in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.
Art. 9a Abs. 1	Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen. Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden.	Ergänzung: "..., die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, <i>für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Rindvieh unter 4 Monaten.</i> "
Art. 9a Abs. 2	Neben Tierhaltern sollten insbesondere Betreiber von mobilen Schlachthanlagen eine Bewilligung benötigen. Um den Vollzug zu harmonisieren, sollten die Rahmenbedingungen in einer Amtsverordnung geregelt werden. Es fehlen diverse Vorgaben, z.B. wer einen Entblutungsschnitt ausführen darf, wie die Betäubungskontrolle durchzuführen ist, Dokumentationspflichten, Wartung der Geräte.  Damit eine möglichst stressfreie Betäubung in der Hof- und Weideschlachtung stattfinden kann, müssen die Tiere den Umgang mit dem Menschen gewohnt sein.	Ergänzung: "Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, sowie <i>Betreiber von mobilen Schlachthanlagen</i> bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. <i>Das BLV regelt die Rahmenbedingungen in einer Amtsverordnung.</i> " Insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- die korrekte Betäubungskontrolle</li> <li>- dass die Hofschlachtung durch in Schlachtung ausgebildete Metzger- oder Metzgerinnen zu erfolgen hat</li> <li>- die Entblutung bei der Weideschlachtung durch in Schlachtung ausgebildete Metzger- oder Metzgerinnen zu erfolgen hat</li> </ul> Diese Vorgabe ist in Art. 9a Abs. 2 aufzunehmen.

	Neben der Bewilligung sollte auch die Kontrolle der bewilligten Hof- und Weideschlachtungen geregelt werden.	Kontrolle ergänzen.
Art. 9 Abs. 2 Bst. a	Die Vorrichtung zur Fixierung des Tieres muss genauer beschrieben werden. Ansonsten werden Rinder im herkömmlichen Fressgitter fixiert, dort betäubt und auch entblutet. Die Weideschlachtung muss separat aufgeführt werden. Der Wortlaut unter sicheren Bedingungen ist zu offen formuliert. Weiter ist "geschossen" auch zu lasch formuliert.	Fixiereinrichtung wie Zwangstand mit der Möglichkeit, den Kopf fixieren zu können. Das Blut muss unter Einsatz einer mobilen Tötungswanne aufgefangen werden. Die Weideschlachtung ist in einem separaten Absatz aufzuführen. Die sicheren Bedingungen müssen ausgeführt werden, resp. es muss auf die TSchS VO verwiesen werden, wo die Bedingungen für den Schuss definiert sind. Das Tier soll durch Kugelschuss in den Kopf betäubt und dann unter Einsatz einer Entblutungswanne entblutet werden.
Art. 9a Abs. 2 Bst. b	Es muss festgelegt werden, innert welcher Zeit die Tiere im Schlachtbetrieb weiterbearbeitet / ausgenommen werden müssen. Nach Art. 10 VHyS ist bei Tieren, die später als 45 min nach dem Betäuben und Entbluten ausgeweidet wurden, eine MFU zu veranlassen. Das Ausweiden muss deshalb auch bei Hof- und Weideschlachtung innert max. 45 min erfolgen.	Das Ausweiden muss innerhalb von 45 Minuten erfolgen. Die Vorgabe der Benützung einer mobilen Tötungswanne zum Auffangen von Blut und Transport muss vorgeschrieben werden.
Art. 9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlachttieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	"Bei der Weideschlachtung müssen der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <i>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und Entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</i> "
Art. 28 Abs. 1 & 2	Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüßen wir die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh müssen die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.

	Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	
Art. 52 Abs. 3	Eine Erweiterung der Ausnahme wie KT AI/AR vorschlägt, lehnen wir ab, da sich immer wieder manifeste Interessenkonflikte zeigen.	Auf vorgesehene Erweiterung ist zu verzichten.
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart). Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung <del>unabhängig von der Tierart</del> zwischen drei und sechs zehn Rappen pro
Art. 60 Abs. 2 Bst. b	Eine Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand ist je nach Region aufwändig, nur schon die Fahrt zum Betrieb braucht oft viel Zeit, deshalb scheint uns eine Obergrenze der Gebühr von 40 Franken nicht übertrieben.	b. höchstens 40 Franken
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	--

Art. 61 Abs. 2	Wir begrüßen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 Uhr bzw. 20 Uhr).	Zeiten klären.
----------------	---	----------------

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung dieser verarbeiteten Lebensmittel schwierig.</p> <p>In der EU wird der Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 mit den Verarbeitungsfaktoren jedoch "negativ priorisiert", d.h. es sind nur wenige Verarbeitungsfaktoren vorhanden, und Ergänzungen des Anhangs finden kaum statt. Eine rechtsichere Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln ist oft kaum möglich, da Verarbeitungsfaktoren für viele Matrices fehlen oder nur als indikative Werte in Datenbanken zu finden sind (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren).</p>	<p>Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff-Kombination).</p> <p>In diesem Sinne sollten viel mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.</p>
Anhang 2	<p>Anhang 2 wird nicht mehr in der Amtlichen Sammlung publiziert, sondern auf der BLV-Internetseite. Auf diese Weise wird der Revisionsprozess vereinfacht.</p> <p>Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?</p>	<p>Angabe der Übergangsfristen.</p>

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	<p>Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten. Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.</p> <p>Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-&gt; Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -&gt; bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.</p> <p>Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM. In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen: <i>"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt."</i></p>
<p>Abschnitt 5: Titel</p> <p>Art. 22a</p>	<p>Abschnitt 5: "Informationen, die bezüglich der Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern bereitzustellen sind"</p> <p>Der Titel und der Artikel sind so formuliert, als seien die Hersteller / Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der Verordnung (EU) Nr. 2016/127 scheint aber mehr zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der nationalen Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist nicht vorgesehen. Es fehlt die Definition für "Gesundheitswesen"- was ist damit gemeint? Apotheken oder Drogerien dürften hier nicht darunterfallen.</p>	<p>Anpassung Titel 5. Abschnitt: <i>"Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern"</i></p> <p>Überarbeitung des Artikels unter Berücksichtigung der Bemerkungen links.</p>
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Den Begriff "Polyole" durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" ersetzen.

Art. 35 a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Den Verweis anpassen (-> Absatz 2).
Art. 35 a Abs. 4	Anstelle des Ausdruckes "verkaufsfertig" sollte entweder der Ausdruck entsprechend Art. 5 Abs. 6 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1798 oder entsprechend Art. 26 Abs. 3 LIV verwendet werden.	Den Begriff "verkaufsfertig" durch den Ausdruck "Lebensmittel beim Verkauf" (entsprechend EU) oder durch "Lebensmittel zum Zeitpunkt der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten" (entsprechend LIV) ersetzen.
Art. 35 a Abs. 6 und 7	Zur besseren Verständlichkeit Abs. 6 und 7 evtl. präzisieren.	Abs. 6 und 7 präzisieren. Ergänzung wie Abs. 6: "Die Angaben <i>zu Stoffen</i> ..." Abs. 7: " " <i>Stoffangaben</i> ..."
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung steht bereits unter Art. 4 Abs. 2 und ist deshalb hier zu streichen.	Abs. 2 streichen.
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 3	Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.  Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Aufführen von einzelnen abweichenden Bestimmungen stehen. Bei Art. 35 a geht es auch um die Nährwertdeklaration.	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35 a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35 a aufzuführen.
Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler  Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.	Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden, ist hier eine Ergänzung nötig: Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.



	<p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher hat es für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gegeben (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
<p>Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup></p>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> streichen und die Bestimmung unter Art. 3 aufführen.</p>
<p>Anhang 9 Ziffer 1.1</p>	<p>Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).</p>	<p>Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-&gt; ESPGHAN).</p>
<p>Anhang 10</p>	<p>Die vorgesehenen Anpassungen unter den Anmerkungen machen so keinen Sinn. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.</p>	<p>Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von: "Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet</i> oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers <i>zubereitet</i> werden."</p>
<p>Anhang 11</p>	<p>Vitamine und Mineralstoffe Es wird begrüsst, dass die gleichen Tageshöchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe wie in Nahrungsergänzungsmitteln übernommen werden.</p>	<p>Vitamine und Mineralstoffe Es sind die Angaben und Änderungsanträge in der VNem zu beachten.</p>

	<p>Angaben zum Konzept und den Höchstmengen siehe unter VNem.</p> <p>Natrium – Besonderheit bei Lebensmitteln für Sportler Gemäss Erläuterung soll die zugelassene Höchstmenge für Natrium gestrichen werden, um dadurch mehr Flexibilität bei Sportlergetränken für spezielle Sportlergruppen (Ausdauersport, Sport unter extremen klimatischen Bedingungen) zu schaffen. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes für Natrium nach wie vor Höchstmenge beibehalten.</p> <p>Sonstige Stoffe - Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Die Stoffe werden gestrichen, da sie laut Erläuterungen in der Verordnung über neuartige Lebensmittel geregelt seien. Die Anwendungsbedingungen werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler. Deshalb sind sie nicht unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE erfasst. Es ist wichtig, dass bei Lebensmitteln für Sportler zu den erwähnten Stoffen nach wie vor Höchstmengen pro Tagesration festgelegt werden. Unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ist darum ein Hinweis angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstgehalte wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt worden sind.</p> <p>Lebende Bakterienkulturen Es wird auf den falschen Anhang verwiesen.</p>	<p>Natrium Höchstmenge beibehalten. Bei Spalte "Hinweis auf spezifische Zielgruppe / Verwendungsbedingungen" angeben, in welchen Fällen die Höchstmenge nicht gilt.</p> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Die Stoffe weiterhin mit Höchstgehalten aufführen: Astaxanthin Flavonoide aus Glycyrrhiza glabra L Carotinoid Lycopin</p> <p>Oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen, dass für neuartige Stoffe die gleichen Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, sofern für Lebensmittel für Sportler nicht Anwendungsbedingungen festgelegt sind. Siehe auch Angaben unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE.</p> <p>Lebende Bakterienkulturen "Lebende Bakterienkulturen nach <i>Anhang 6 VZVM</i>"</p>
Anhang 12	<p>Es sollten die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sein.</p> <p>Calcium Im Vergleich zur VNem fehlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Im Vergleich zur VNem fehlt folgende Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul>	<p>Calcium Ergänzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Ergänzung der Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul>

	<p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin</p> <p>Werden dazu keine Angaben mehr aufgeführt, so ist eine Ergänzung unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE nötig.</p>	<p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin</p> <p>Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).</p>
--	--	--

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Begriff des "ganzen Gemelks" war unklar und die Definition von Milch wird durch eine klarere Definition ersetzt. Das Interesse an der Aufzucht der Kälber an der Mutter oder Amme mit gleichzeitigem Melken der Muttertiere ist in den letzten Jahren bei den Betriebsleitenden und den Konsumentinnen und Konsumenten gestiegen. Die unklare Definition von Milch gemäss VLtH hat viele Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter verunsichert und von dieser Produktionsform abgehalten, da die Milch nicht als verkehrsfähig galt. Deshalb wird die Anpassung der Definition von Milch in der VLtH begrüsst. Allerdings bedarf die vorgeschlagene Formulierung einer Anpassung.

Art. 32 Abs. 1 VLtH soll folgendermassen geändert werden: "Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der normalen Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Art. 2 Buchstabe a." Der Begriff "normal" ist zu streichen, da ansonsten unterschiedliche Interpretationen und damit verbundene Unklarheiten möglich sind.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12	<p>Gelatine und Kollagen</p> <p>Diverse Anforderungen an die Rohstoffe sowie an die Räumlichkeiten der Sammelstellen und Gerbereien werden ergänzt (Absätze 5 bis 9).</p> <p>Einzelne Bereiche des neu eingefügten Teils sollten von der Thematik her nicht hier, sondern in der HyV (unter 5. Kapitel: Besondere Bestimmungen für Lebensmittel tierischer Herkunft; 3. Abschnitt: Gelatine und Kollagen) stehen.</p>	<p>Einzelne Bereiche von Abs. 6 bis 9 sollten von der Thematik her in der HyV aufgeführt werden (z.B. die Anforderungen an die Lagerräume von Sammelstellen und Gerbereien unter Abs. 9).</p>
Art. 32 Abs. 1	<p>Die Anpassung der Definition von Milch in der VLtH wird begrüsst, da dadurch die Milch von Mutter- und Ammengebundener Kälberaufzucht in den Verkehr gebracht werden kann. Allerdings bedarf die vorgeschlagene Formulierung einer Anpassung da sonst Unklarheiten bestehen.</p>	<p>Der Begriff "normal" ist in der Definition: "Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Art. 2 Buchstabe a." zu streichen, da ansonsten unterschiedliche Interpretationen und damit verbundene Unklarheiten möglich sind.</p>
Art. 51 Abs. 3 Bst. d	<p>Der Begriff "oder" führt oft zu falschen Interpretationen. In der VLtH werden Synonyme (strikte, partielle) seit der letzten Revision mittels <b>oder</b> (z.B. gesäuerte Sirte oder Sauer) zueinander in Verbindung gebracht. Nicht immer ist für den Leser klar, ob es sich um das Gleiche</p>	<p>Um Falschinterpretationen zu verhindern, sollten Synonyme grundsätzlich in einer Klammer dem Hauptbegriff nachgestellt werden (wie dies bis April 2017 in den Verordnungen gehandhabt wurde).</p>

	handelt. Denn der Begriff "oder" kann auch als "und/oder" interpretiert werden. Gerade bei einer Aufzählung verschiedener Zutaten, Begriffe etc. führt dies leicht zu einer falschen Interpretation. Aus Gründen der Lesbarkeit und zur Vermeidung von Missverständnissen sollten Synonyme grundsätzlich wieder in einer Klammer dem Hauptbegriff nachgestellt werden.	Die Anpassungen sollten in allen Verordnungen erfolgen (insbesondere in der VLpH und VLtH).
Art. 61	<p>Neue Definition Schmelzkäse / Streichschmelzkäse</p> <p>Da die separate Auflistung von erlaubten Zutaten wegfällt, sind bei der neuen Definition zum besseren Verständnis Beispiele von möglichen Zutaten aufzuführen (wie Milch, Milchprodukte, Gewürze und Kräuter).</p>	<p>Präzisierung zum besseren Verständnis:</p> <p>"Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sind Erzeugnisse aus Käse und gegebenenfalls weiteren Zutaten <i>wie Milch, Kräuter und Gewürze</i>, die durch Schmelzen unter Anwendung von Wärme... hergestellt werden."</p>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1	<p>Natürliches Mineralwasser – Begriff</p> <p>Der Ausdruck "unterirdisches Quellvorkommen" ist nicht sachgerecht und sollte deshalb durch den Ausdruck "unterirdisches <i>Wasservorkommen</i>" ersetzt werden.</p> <p>Art. 5 Abs. 1 sollte sich näher an der englischen oder französischen Version der Richtlinie 2009/54/EG orientieren.</p>	Den Ausdruck "unterirdisches Quellvorkommen" durch "unterirdisches <i>Wasservorkommen</i> " ersetzen.
Art. 10 Abs. 1	<p>Kennzeichnung – Angabe Quellen auf Behältnissen</p> <p>Gemäss Erläuterung unter Art. 5 kann ein natürliches Mineralwasser aus mehreren Quellen stammen. Der Begriff unter Art. 5 wurde diesbezüglich angepasst.</p> <p>Stammt das natürliche Mineralwasser aus mehreren Quellen, so ist es wichtig, dass die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden. Entsprechend ist auch unter Art. 10 Abs. 1 eine Ergänzung nötig.</p>	<p>Ergänzung Abs. 1 im Sinne:</p> <p><i>"Stammt das natürliche Mineralwasser aus mehreren Quellen, so sind auf den Behältnissen die Namen aller Quellen und die Orte des Quellaustritts anzugeben."</i></p>
Art. 32 Abs. 2	<p>Sachbezeichnung bei fruchtsafthaltigen Getränken</p> <p>Es steht: "Bei fruchtsafthaltigen Getränken kann die Sachbezeichnung mit einem Hinweis auf den <i>Fruchtsaftgehalt</i> ergänzt werden, z.B. «Fruchtsaftgetränk» oder «Tafelgetränk mit Fruchtsaft», wenn der Fruchtsaftanteil im Enderzeugnis mindestens 10 Massenprozent ... beträgt."</p> <p>Abs. 2 ist unklar formuliert. Der Begriff "Gehalt" bezieht sich in der Regel auf den Massenanteil im Produkt. Hier dürfte aber nicht die Mengenangabe gemeint sein, sondern die Art des verwendeten Fruchtsaftes.</p>	<p>Anpassung zum besseren Verständnis wie:</p> <p>"Bei fruchtsafthaltigen Getränken kann die Sachbezeichnung mit einem Hinweis auf den <i>Fruchtsaft</i> ergänzt werden..."</p>

<p>Art. 32 Abs. 2bis</p>	<p>Getränke mit Milchprodukten Im Rahmen der letzten Revision gingen die Getränke mit Milchprodukte vergessen. Wird in der Sachbezeichnung auf die Milchprodukte verwiesen, so sollte bezüglich der Milchprodukte wie bis April 2017 ein Mindestgehalt erreicht sein. Auf diese Weise können minimale Qualitätsstandards solcher Produkte nach wie vor gewährleistet werden.</p> <p>In unserem Vorschlag wird pragmatisch ein Mindestgehalt von 10 Massenprozent vorgeschlagen (analog Fruchtsäfte). Denkbar wären aber auch die Mindestanteile wie im früheren Art. 23 der Verordnung über alkoholfreie Getränke (Milch <math>\geq</math> 10, Molke <math>\geq</math> 20 und Milchserum <math>\geq</math> 25 Massenprozent).</p>	<p>Zusätzlicher Absatz zu Getränken mit Milchprodukten analog Fruchtsäfte: <i>"Bei Getränken mit Milchprodukten kann die Sachbezeichnung mit einem Hinweis auf den Grundstoff wie Molke, Buttermilch und Milchserum ergänzt werden, wenn der Anteil des verwendeten Grundstoffes im Enderzeugnis mindestens 10 Massenprozent beträgt (z.B. "Erfrischungsgetränk mit Buttermilch")."</i></p>
<p>Art. 33 Abs. 1 Bst. b</p>	<p>Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes</p> <p>Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke wie Eistee vorgesehen) wird u.a. damit begründet, dass nicht alle aromatisierten Getränke Extrakte enthalten und dass die mengenmässige Angabe von Zutaten unter Art. 12 LIV geregelt sei (QUID). Da Extrakte in kleinen Mengen zugesetzt werden, wird die Industrie argumentieren, QUID sei aufgrund Anhang 7 Ziffer 1.1 Bst. c LIV nicht vorgeschrieben. Gemäss Bst. c ist die mengenmässige Angabe nicht erforderlich, wenn die Zutat in kleinen Mengen zur Geschmacksgebung verwendet wird. Diese Konsumenteninformation wird entsprechend rausfallen.</p> <p>Bst. b sollte deshalb beibehalten oder so umformuliert werden, dass er wie früher (d.h. bis April 2017) nur für Fertiggetränke gilt.</p>	<p>Aktueller Abs. 1 Bst. b beibehalten.</p> <p>Oder</p> <p>Anpassung so, dass der Extraktanteil eingeschränkt nur bei Fertiggetränken anzugeben ist (entsprechend den Vorschriften bis April 2017):</p> <p><i>"b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee, Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten: der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter."</i></p>
<p>Art. 62</p>	<p>Süsse alkoholische Getränke, die mit alkoholfreien Süssgetränken verwechselt werden können, sind im gleichen Sichtfeld wie die Sachbezeichnung mit dem Hinweis "alkoholhaltiges Süssgetränk" und "enthält x % vol Alkohol" zu kennzeichnen. Diese Vorschriften sollen gestrichen werden. In den Erläuterungen wird dies mit dem Abbau von Handelshemnissen begründet (Cassis-de-Dijon-Prinzip).</p>	<p>Unter dem Aspekt Konsumentenschutz Art. 62 beibehalten.</p>

	Durch das Wegfallen dieser Bestimmungen wird die sachkundige Wahl zusätzlich erschwert. Seit 2014 muss bei alkoholischen Getränken generell keine Zutatenliste mehr aufgeführt werden. Umso mehr sind bei den alkoholischen Süssgetränken die zusätzlichen Kennzeichnungsangaben wichtig. Art. 62 sollte aus Gründen des Konsumenten- und Jugendschutzes und der Prävention nicht gestrichen werden.	
Art. 66	Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der Allgemeinverfügung für Gueuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf die Verwendung von Aromen) scheint übertrieben.	Die Absätze 2 und 3 von Art. 66 in Kraft lassen.
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Neu ist für die Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zulässig. Nach unserem Verständnis sollten die Erbsenproteine unter Ziffer 11 aufgeführt sein und nicht unter Ziffer 10.	Anpassung: "11. Für Fruchtsäfte: Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen."



**Allgemeine Bemerkungen**

Mit Einführung eines Höchstmengenmodells für Vitamine und Mineralstoffe, welches sich insbesondere auf den "Tolerable Upper Intake Level (UL)" und Verzehrsdaten stützt, beschreitet die Schweiz neue Wege. Die EU kennt bis dato kein vergleichbares Modell, und es ist Sache der Mitgliedstaaten, hierfür geeignete Lösungen zu finden. Der Kanton Aargau begrüsst grundsätzlich den Vorschlag der Schweiz, ein eigenes Höchstmengenmodell für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen bei Nahrungsergänzungsmitteln (VNem) und Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf bzw. Lebensmittel für Sportler (VLBE) auf Basis des Gesundheitsschutzes festzulegen.

Die erlaubten Höchstmengen von vielen Vitaminen und Mineralstoffen bei den Nahrungsergänzungsmitteln, Lebensmitteln und Sportlern sowie nach VZVM angereicherten Lebensmitteln sollen zum Teil stark erhöht (wie Vitamin D, Niacin, Chrom und Selen) oder vereinzelt auch ganz abgeschafft (wie Biotin, Vitamin B<sub>12</sub> und Riboflavin). Nur bei wenigen Stoffen erfolgt eine Senkung der Höchstmengen (wie Zink und Vitamin K).

Es stellt sich insgesamt die Frage, ob auf Basis dieses neuen Höchstmengenmodells von einzelnen Stoffen (beispielsweise Vitamin D, Vitamin E und Magnesium) pro Tag nicht zu hohe Mengen aufgenommen werden und sich diese negativ auf die Gesundheit auswirken oder ob bei solchen Höchstmengen nun nicht die pharmakologische Wirkung der Stoffe im Vordergrund steht. Diese Überlegungen ergeben sich aufgrund folgender Feststellungen:

- **Verzehrsmenge hinsichtlich angereicherter Produkte**  
Bei diesem Konzept wird davon ausgegangen, dass pro Tag maximal 2 angereicherte Produkte (entweder 1 Nahrungsergänzungsmittel VNem oder 1 Lebensmittel für Sportler VLBE sowie 1 angereichertes Lebensmittel nach VZVM) eingenommen werden. Nach unserer Einschätzung entspricht eine solche Annahme nicht der Realität. So dürften von vielen Leuten pro Tag locker mehr als 2 angereicherte Produkte konsumiert werden (z.B. 1 Nahrungsergänzungsmittel, 1 Lebensmittel für Sportler und 1 nach VZVM angereichertes Lebensmittel oder 1 Nahrungsergänzungsmittel und 2 nach VZVM angereicherte Lebensmittel). Bei einem ambitionierten Hobbysportler sind beispielsweise bereits beim Morgenessen ein Proteinshake bzw. Aminosäurepräparate oder ein angereichertes Müesli vorstellbar, während der Aktivität kommen dann z.B. isotonische Getränke und angereicherte Energie-Riegel zum Einsatz und am Abend beispielsweise noch ein Nahrungsergänzungsmittel mit diversen Mineralstoffen.
- **Vergleich mit deutschem bfr-Modell**  
Im Vergleich zum deutschen bfr-Modell sind die in der Schweiz vorgeschlagenen Höchstmengen bedeutend höher. Beim Schweizer Modell wird im Gegensatz zum bfr-Modell kein Sicherheitsfaktor berücksichtigt.
- **Pharmakologische Wirkung von Stoffen**  
Bei diesem Höchstmengenmodell steht der "Tolerable Upper Intake Level" im Zentrum. Die ernährungsspezifische und physiologische Wirkung der Stoffe spielen bei diesem Konzept eine untergeordnete Rolle. Auf die pharmakologische Wirkung von Stoffen (wie Vitamin D) wird bei diesem Konzept nicht eingegangen. Gerade dieser Aspekt sollte noch stärker berücksichtigt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3	<p>Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder eines sonstigen Stoffes im Zutatenverzeichnis wird nicht eingegangen.</p> <p>Es gilt nicht automatisch die VZVM, weil diese gemäss Art. 1 Abs. 3 VZVM nicht für Nahrungsergänzungsmittel gilt.</p>	<p>Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen eingehen.</p> <p>Evtl. Verweis auf Art. 6 VZVM.</p>
Anhang 1	<p><b>Pharmakologische Wirkung</b></p> <p>Der Ansatz, die Höchstwerte für Vitamine und Mineralstoffe in erster Linie auf den Gesundheitsschutz zu stützen, ist begrüssenswert.</p> <p>Bei der Festlegung der Höchstmengen ist aber auch die pharmakologische Wirkung von Stoffen einzubeziehen.</p> <p>Beispiel Vitamin D: Die UL liegt bei Erwachsenen bei 100 µg. Die zugelassene Höchstmenge soll bei Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmitteln für Sportler jeweils von 20 auf 60 µg pro Tagesration angehoben werden und bei nach VZVM angereicherten Lebensmitteln von 15 auf 20 µg. Laut der Stellungnahme der gemeinsamen deutschen Expertenkommission BVL/BfArM (2016) werden Vitamin D-haltige Präparate bis zu einer Tagesdosis von 20 µg noch als Nahrungsergänzungsmittel eingestuft. Präparate mit höheren Dosierungen als 20 µg sind laut Expertenkommission als Arzneimittel anzusehen. Für eine Dosierung oberhalb von 20 µg pro Tag sieht die deutsche Kommission aufgrund einer Überschreitung der für die Aufrechterhaltung der psychischen und physischen Funktionen erforderlichen Menge keine ernährungsspezifische oder physiologische Wirkung im Kontext der Ernährung mehr. Höhere Dosierungen entsprechen gemäss der Kommission nicht mehr dem Sinn eines Nahrungsergänzungsmittels.</p> <p>Selbst Italien, das für seine hohen zulässigen Höchstmengen bei Stoffen bekannt ist, hat für Nahrungsergänzungsmittel bei Vitamin D mit 50 µg pro Tagesration eine tiefere zulässige Höchstmenge als die Schweiz festgelegt.</p>	<p>Pharmakologische Wirkung von Stoffen</p> <p>Die pharmakologische Wirkung von Stoffen sollte bei der Festlegung der Höchstmengen stärker berücksichtigt werden. In diesem Sinne sind die vorgesehenen Höchstmengen zu Stoffen hinsichtlich der pharmakologischen Wirkung zu überprüfen und wo nötig anzupassen bzw. zu reduzieren.</p> <p>Beispiel Vitamin D: Die Höchstmenge ist aufgrund der pharmakologischen Wirkung zu senken.</p>
Anhang 1	<p><b>Wegfall von Höchstwerten für einzelne Stoffe</b></p> <p>Zu einigen Stoffen sollen die Höchstwerte wegfallen. Das Wegfallen der Höchstwerte wird zu absurd überdosierten Produkten auf dem Markt führen.</p>	<p>Beibehalten von Höchstmengen für alle Stoffe (in VNem, VLBE und VZVM). Auch für unkritische Stoffe sind wie bisher Höchstwerte festzulegen.</p>

	<p>Solch starke Überdosierungen sind nicht im Sinne der Definition von Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 1 VNem). Nahrungsergänzungsmittel sind Lebensmittel, die dazu bestimmt sind, die normale Ernährung zu ergänzen. Extrem hohe Dosierungen von Stoffen gehen über ernährungsspezifische oder physiologische Wirkungen hinaus und entsprechen nicht mehr dem Zweck eines Nahrungsergänzungsmittels (oder eines Lebensmittels für Sportler).</p> <p>Es wird bezweifelt, dass der Inverkehrbringer seine Verantwortung und Pflicht zur Selbstkontrolle diesbezüglich ausreichend wahrnimmt.</p> <p>Im Sinne des Gesundheits- und Täuschungsschutzes sind deshalb für alle aufgeführten Vitamine und Mineralstoffe Höchstwerte beizubehalten.</p>																			
Anhang 1	<p><b>Verzehrsmenge bzgl. angereicherter Produkte - Mehrfachexposition</b></p> <p>Die Problematik der angepassten Höchstmengen sei an zwei Beispielen illustriert. Dabei wird die Aufnahme über die normale Ernährung nicht berücksichtigt. Die Vitamine D und E dürfen Sportlerprodukten (nach VLBE), Nahrungsergänzungsmitteln (nach VNem) und allgemeinen Lebensmitteln (nach VZVM) zugegeben werden. Die Höchstmengen pro Tagesration betragen neu wie folgt:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vitamin D (µg)</th><th>Vitamin E (mg)</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>VLBE (Sportlerprodukte)</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VNem</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VZVM</td><td>20</td><td>25</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>140</td><td>175</td></tr> <tr> <td>UL</td><td>100</td><td>300</td></tr> </tbody> </table> <p>Die Annahme des Konzepts, dass nicht gleichzeitig Sportlerprodukte und Nahrungsergänzungsmittel konsumiert werden, scheint uns nicht realistisch. Es ist sicher nicht auszuschliessen, dass Konsumentinnen und Konsumenten sich nach dem Motto "viel hilft viel" zu hohe Mengen zu sich nehmen. Der UL wird überschritten und der Gesundheitsschutz ist nicht mehr gewährleistet. Gemäss den Erläuterungen können bei Vitamin E schon unterhalb des UL Probleme auftreten: Eine Metaanalyse zeigt, dass das Risiko für hämorrhagische Schlaganfälle bei einer Vitamin-E-Supplementierung von ca. 130 bis 200 mg/Tag erhöht ist.</p>		Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)	VLBE (Sportlerprodukte)	60	75	VNem	60	75	VZVM	20	25	Summe	140	175	UL	100	300	<p>Die Höchstmengen (in VLBE, VNem und VZVM) einzelner Vitamine und Mineralstoffe sind hinsichtlich der Mehrfachexposition zu überprüfen und wo nötig anzupassen.</p>
	Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)																		
VLBE (Sportlerprodukte)	60	75																		
VNem	60	75																		
VZVM	20	25																		
Summe	140	175																		
UL	100	300																		

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)</p> <p>Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse TM (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich. Siehe dazu auch die Verwirrung beim hin- und her Wechsel beim TM-Bezug vom Höchstgehalt von Aflatoxin B1 in Getreidebeikost.</p>	Keine Änderung, so belassen wie es aktuell ist.
Erläuterung zu Artikel 5a	<p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass die vorgeschlagenen Richtwerte sehr hoch angesetzt worden sind. Bei einer Überschreitung kann von einer Verletzung der guten Verfahrenspraxis ausgegangen werden, was zu einer Beanstandung führt.</p> <p>Aus diesem Grunde sollte der dritte Absatz bei den Erläuterungen zu Artikel 5a gestrichen werden. Dies führt zu Unklarheiten bezüglich der Interpretation von Richtwerten.</p> <p>Auch in anderen Bereichen (wie Mikroorganismen in HyV) führt die Richtwertüberschreitung zur Beanstandung, da dies als Zeichen einer nicht ausreichenden guten Verfahrenspraxis ausgelegt wird.</p>	<p>Dritten Absatz bei den Erläuterungen zu Artikel 5a streichen.</p> <p><del>"Eine Richtwertüberschreitung führt zu keiner Beanstandung, wenn..."</del></p>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Titel Verordnung	In Stretto III wird die Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV) kurz als Lebensmittelinformationsverordnung bezeichnet. Diese Bezeichnung ist eine sinnvolle Abkürzung. Sie sollte deshalb auch offiziell so verwendet werden können (wie dies auch für die "Zusatzstoffverordnung" möglich ist).	Ergänzung Verordnungstitel: Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel ( <i>Lebensmittelinformationsverordnung</i> , LIV)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen:</p> <p>"a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>

	Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.	
Erläuterung zu Art. 13 Abs. 2	<p>Verbrauchsdatum</p> <p>Die neue Formulierung wird begrüsst.</p> <p>Es werden in der Erläuterung Beispiele aufgeführt, bei denen für ein gekühltes Produkt (wie Joghurt oder Kuchenteig) ein Mindesthaltbarkeitsdatum ausreichend ist und bei welchen ein Verbrauchsdatum stehen muss (wie Frischfleisch, Frischkäse).</p> <p>Bei den Erläuterungen werden das Herstellungsverfahren und die Verpackung ausser Acht gelassen. Das Herstellungsverfahren ist dafür massgebend, ob für ein Produkt das Mindesthaltbarkeitsdatum angegeben werden kann oder nicht. So ist beispielsweise ein mit Zusatzstoffen inklusive Packgasen industriell hergestelltes Erzeugnis unter Umständen anders zu beurteilen als ein vergleichbares Produkt ohne Zusatzstoffe. Je nachdem kann Letzteres bei Raumtemperatur rasch verderben (und Schimmelpilze bilden).</p>	In den Erläuterungen sollte auf das Herstellungsverfahren als Kriterium ebenfalls eingegangen werden.
Art. 40 Abs. 1 und 2	<p>Vegetarisch – vegetabil / Propolis</p> <p>Propolis wird neu als mögliche Zutat für ovo-lacto-vegetarische und ovo-vegetarische Produkte aufgeführt.</p> <p>Bis Ende April 2017 wurde für das Inverkehrbringen von Propolis und Propolis-Extrakt (im Lebensmittelrecht nicht umschrieben) aufgrund der möglichen pharmakologischen Wirkung in der Schweiz auch keine Bewilligung als Lebensmittel durch das BLV erteilt.</p> <p>Die rechtliche Einstufung von Propolis / Propolisextrakt ist nicht von vornherein klar (Einstufung als Lebensmittel / Novel Food / Arzneimittel). Deshalb ist in jedem Fall eine Einzelfallbeurteilung nötig. Zudem ist bekannt, dass diverse Inhaltsstoffe von Propolis bei empfindlichen Personen in Einzelfällen zu teilweise schweren allergischen Reaktionen führen können (Allergiepotential!).</p> <p>Propolis sollte deshalb an dieser Stelle nicht explizit erwähnt werden. Sonst erhält man den Eindruck, dass Propolis / Propolisextrakt generell als Lebensmittel beurteilt werden kann.</p>	<p>Propolis unter Abs. 1 und 2 streichen.</p> <p>Anstelle von Propolis zum Beispiel Gelée royale aufführen.</p>

<p>Art. 42a</p>	<p>"Neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker" /          "Neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz"          Diese Auslobungen sollen möglich sein, wenn die Reduktion des zugesetzten Zuckers bzw. zugesetzten Salzes gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 % beträgt.</p> <p>Es wird begrüsst, dass die Lebensmittelhersteller bemüht sind, bei einigen ihrer Produkte den Zuckergehalt zu senken.</p> <p>Im Zusammenhang mit Zucker und Kochsalz sind schon jetzt verschiedene nährwertbezogene Angaben möglich, wenn die Voraussetzungen nach Anhang 13 LIV erfüllt sind (wie "kochsalzarm" / "ohne Zusatz von Kochsalz" / "zuckerarm" / "ohne Zuckerzusatz" / "reduzierter Zuckeranteil" / "reduzierter Kochsalzanteil").</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bereits bestehende nährwertbezogene Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert:          Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 % bei Zucker bzw. 25 % bei Salz.</p> <p>Dank dem neuen Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als "gesund" verkauft, obwohl die Zuckerreduktion sehr klein ist!</p> <p>Ein Vergleich mit weiteren Marken / Produkten anderer Hersteller ist auch nicht nötig (Art. 30 Abs. 3 LIV), da es nur um die firmeneigenen Produkte geht. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig sehr zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden, und der Gehalt dann wieder "gesenkt" wird, um die Reduktion auszuloben zu können.</p> <p>Der vorgesehene Artikel ist zudem kaum vollziehbar, da die aufgeführten Anforderungen einen grossen Interpretationsspielraum offenlassen.</p> <p>Ein Sticker wie "neue Rezeptur", "neue Qualität" oder "weniger süsser Geschmack" ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt. Die Auslobungen mit den vorgesehenen</p>	<p>Art. 42a ersatzlos streichen.</p>
-----------------	---	--------------------------------------

	Anforderungen sind nicht nötig und auch nicht im Sinne des Konsumentenschutzes.	
Anhang 5 Teil C	Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.
Anhang 9 Ziffer 19	<p>Grundsätzlich wurden die Ausnahmen der obligatorischen Nährwertdeklaration von der EU übernommen. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziffer 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein Unterschied zwischen <i>"Lebensmitteln, einschliesslich handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen... abgegeben werden"</i> und <i>"handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden"</i>.</p> <p>Ziffer 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziffer 19 Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Beim vorgesehenen Infoschreiben wäre dann der Schwerpunkt wie bei der EU auf die Interpretation von "kleine Mengen", "lokal" und "direkte Abgabe" zu legen.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	<p>Anhang 9 Ziffer 19 analog Anhang V Ziffer 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.</p> <p>Infoschreiben zur Interpretation von "kleine Mengen", "lokal" und "direkte Abgabe".</p>



# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 21	<p>Der Begriff "oder" führt oft zu falschen Interpretationen.</p> <p>In der VLpH werden Synonyme (strikte, partielle) seit der letzten Revision mittels <b>oder</b> (z.B. Zitrusfrüchte oder Agrumen, Hartschalenobst oder Schalenfrüchte, Baumnüsse oder Walnüsse, Getreide oder Cerealien, Gluten oder Weizenkleber) zueinander in Verbindung gebracht. Nicht immer ist für den Leser klar, ob es sich um das Gleiche handelt. Denn der Begriff "oder" kann auch als "und/oder" interpretiert werden. Gerade bei einer Aufzählung verschiedener Zutaten, Begriffe etc. führt dies leicht zu einer falschen Interpretation. Aus Gründen der Lesbarkeit und zur Vermeidung von Missverständnissen sollten Synonyme grundsätzlich wieder in einer Klammer dem Hauptbegriff nachgestellt werden.</p>	<p>Um Falschinterpretationen zu verhindern, sollten Synonyme grundsätzlich in einer Klammer dem Hauptbegriff nachgestellt werden (wie dies bis April 2017 in den Verordnungen gehandhabt wurde).</p> <p>Die Anpassungen sollten in allen Verordnungen erfolgen (insbesondere in der VLpH und VLtH).</p>
Anhang 4	<p>Die Streichung der Pilzliste in Anhang 4 wird bedauert. Gemäss Erläuterungen ist vorgesehen, ein neues Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze zu publizieren. Dies wird aus Gründen der Klarheit sehr begrüsst. Das Informationsschreiben ist ebenfalls im Zusammenhang mit Novel Food-Abklärungen wichtig.</p> <p>Neu werden in Anhang 4 die Anforderungen an Speisepilze, die nur unter spezifischen Bedingungen in den Verkehr gebracht werden dürfen, aufgeführt. Bis jetzt werden diese erst für zwei Speisepilze festgelegt. Die Liste ist entsprechend zu ergänzen.</p>	<p>Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der revidierten Verordnung sollte das in Aussicht gestellte Informationsschreiben über die bisher zugelassenen Speisepilze publiziert werden.</p> <p>Vervollständigen von Anhang 4 (Liste mit den Anforderungen an Speisepilze, die nur unter spezifischen Bedingungen in den Verkehr gebracht werden dürfen).</p>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet <i>als solche</i> an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die <i>als solche</i> unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Aus den Anhängen 1a und 2 die Zusatzstoffe E 311 und E 312 streichen.
Anhang 3 Anwendungsliste	<p>Fussnoten Neu werden die Fussnoten direkt in die Spalte "Bemerkungen" integriert. Auf diese Weise wird das Dokument unübersichtlicher und länger.</p> <p>Reihenfolge der Gruppen I, II und III Sind mehrere Zusatzstoffgruppen bei einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig, so wird neu die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr stimmt. Es sollte die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.</p>	<p>Fussnoten Die Fussnoten wie bisher in einer eigenen Spalte angeben und die Erklärungen dazu am Schluss aufführen.</p> <p>Reihenfolge der Gruppen I, II und III Die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) bei den einzelnen Lebensmittelkategorien einhalten.</p>
Anhang 3 Teil B Ziffer 17.1	<p>Es soll neu der Zusatzstoff "niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose" (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmitteln in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen werden.</p> <p>Gemäss der Verordnung (EU) Nr. 231/2012 handelt es sich um den Zusatzstoff E 463a. Dieser ist nicht in Anhang 1a ZuV gelistet, also kann er auch nicht in Anhang 3 (Anwendungsliste) aufgeführt werden.</p>	<p>Wenn E 463a neu in Nahrungsergänzungsmitteln in fester Form zulässig sein soll:</p> <p>Anhang 1a ergänzen mit dem Eintrag "E 463a - niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC)".</p> <p>E 463a im Anhang 3 unter Ziffer 17.1 aufführen und Höchstmenge festlegen.</p>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

#### Anpassung Höchstmengen von Vitaminen und Mineralstoffen in der VZVM – Anhang 1

Es ist vorgesehen, die bisherigen Höchstmengen von Vitaminen und Mineralstoffen pro Tagesdosis in der VZVM zum Teil stark zu erhöhen (wie Niacin) oder ganz zu streichen (wie Vitamin B<sub>12</sub>). Wir sind der Meinung, dass sich die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr unter dem Aspekt Gesundheits- und Täuschungsschutz **wie bisher hauptsächlich an der empfohlenen Tagesdosis orientieren** soll. In diesem Sinne sind auch für die "unkritischen" Stoffe nach wie vor Höchstwerte festzulegen. Gründe:

- **Höhere Verzehrsmenge von angereicherten Produkten als im Konzept angenommen:** Wie bereits unter der VNem erwähnt, wird beim neuen Höchstmengenmodell davon ausgegangen, dass pro Tag maximal 2 angereicherte Produkte (entweder 1 Nahrungsergänzungsmittel VNem oder 1 Lebensmittel für Sportler VLBE und 1 angereichertes Lebensmittel nach VZVM) eingenommen werden. Dies erscheint uns nicht realistisch. Gerade bei angereicherten Lebensmitteln ist davon auszugehen, dass mehrere solche pro Tag konsumiert werden. Das Angebot auf dem Markt ist riesig (z.B. angereicherte Frühstückscerealien, Snacks wie Getreidecracker oder Riegel, Getränke, Zuckerwaren etc.). Oft werden solche Produkte von Konsumentinnen und Konsumenten gar nicht mehr als angereichert wahrgenommen. Gerade auch Kinder konsumieren Produkte dieser Art in hohem Masse.
- **Anreicherung von Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr:** In der VZVM wird der Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstiger Stoffe zu Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr geregelt. Die nach der VZVM angereicherten Lebensmittel sind für alle Bevölkerungsgruppen (inklusive Kinder) bestimmt. Die Anreicherung von Lebensmitteln mit Stoffen soll aus Gründen der Volksgesundheit sowie zur Erhaltung oder Verbesserung des Nährwerts erfolgen (Art. 2 VZVM). Ziel der VZVM ist somit nicht, dass die Bevölkerung mit stark überdosierten Produkten versorgt wird. Es geht in der VZVM um Lebensmittel für die "normale" Ernährung und nicht um die Anreicherung von Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf inklusive Nahrungsergänzungsmittel. Aus diesem Grunde müssen bei den nach der VZVM angereicherten Lebensmitteln auch keine speziellen Warnhinweise auf der Verpackung aufgeführt werden (z.B. dass die angegebene empfohlene Tagesration nicht überschritten werden darf, oder dass die Produkte ausserhalb der Reichweite von kleinen Kindern zu lagern sind).

#### Beibehalten der geschlossenen Liste für Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen – Anhang 2

Die vorgesehene Öffnung von Anhang 2 VZVM erleichtert die Anreicherung von Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr mit Stoffen, für welche bei "Sportlernahrung" oder Nahrungsergänzungen Anwendungsbeschränkungen gelten. Durch dieses Verwischen der Kategorien "Allgemeine Lebensmittel" und "Sportlernahrung / Nahrungsergänzungsmittel" wird dem Konsumenten nicht nur die sachkundige Wahl beim Kaufentscheid erschwert. Die vorgesehene Regelung läuft dem Grundprinzip des Gesundheitsschutzes zuwider. Entsprechend ist von dieser Regelung abzusehen.

Die EU kennt keine einheitliche Regelung bezüglich der Anwendung sonstiger Stoffe. Auch aus diesem Grunde ist eine weitere Liberalisierung nicht voranzutreiben.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in	In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche

	<p>den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?</p>	<p>Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).</p> <p>Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.</p>
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	<p>Die Liste der <b>sonstigen Stoffe</b> ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin <b>als geschlossene Liste</b> zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.</p> <p>Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.</p>	<p>Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <i>Anhängen 1 und 2</i>"</p>
Art. 2 <sup>bis</sup>	<p>Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2<sup>bis</sup> zu streichen.</p> <p>Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.</p>	<p>Art. 2<sup>bis</sup> streichen.</p>
Art. 2	<p>Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-&gt; Artikel 2bis) oder direkt unter Art. 2 (-&gt; in diesem Fall Erweiterung Titel). Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?</p>	<p>Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separaten Artikel (-&gt; Artikel 2bis) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.</p>
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	<p>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</p> <p>Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden</p>	<p>Anhang 8 beibehalten.</p>

	der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	
Art. 6 Abs. 1	<p>Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen). Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend. Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p> <p>Achtung: Bei Mineralstoffen können die Bezeichnungen wie "Calcium" nach Anhang 10 Teil A LIV im Zutatenverzeichnis <i>nicht</i> toleriert werden, da es sich bei "Calcium", "Natrium" etc. nicht um "Trivialnamen", sondern um die Bezeichnungen von chemischen Elementen handelt. Chemisch sind Elemente und Verbindungen nicht dasselbe.</p>	<p>Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen. "Wird einem Lebensmittel <i>ein Vitamin</i>, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung wie "Vitamin C" toleriert, so ist eine Ergänzung in folgendem Sinne anzubringen: <i>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</i></p>
Art. 6 Abs. 1bis	<p>Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen. Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem). Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 Abs. 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.
Anhang 1	<p><b>Zum Teil sehr hohe Höchstmengen vorgesehen</b> Beim Festlegen der neuen Höchstwerte bei angereicherten Lebensmitteln nach VZVM und Nahrungsergänzungsmitteln wird in der Regel ein Faktor 1:3 angewendet. Da bei den Nahrungsergänzungsmitteln die Höchstwerte zu Stoffen zum Teil stark steigen, führt dies auch in Anhang 1 teilweise zu bedeutend höheren Höchstwerten als bisher (z.B. Niacin 1250 % oder Vitamin B<sub>6</sub> &gt; 350 % des Referenzwertes).</p>	In der VZVM soll die <b>bisherige Höchstmengenpraxis</b> , die sich <b>bei Vitaminen und Mineralstoffen v.a. nach der empfohlenen Tagesdosis</b> richtet, beibehalten werden.

	<p>Die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zur Anreicherung von Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr soll sich unter dem Aspekt Gesundheits- und Täuschungsschutz wie bisher in erster Linie an der empfohlenen Tagesdosis orientieren.</p> <p>Die Begründung ist oben aus dem Teil "allgemeine Bemerkungen" zu entnehmen.</p>	<p>Ist dies nicht möglich, so wird vorgeschlagen, die Höchstwerte der Stoffe bei den Nahrungsergänzungsmitteln in der Regel :4 zu dividieren (und nicht wie vorgesehen :3).</p> <p>Bei Niacin sollte sicher ein höherer Faktor als :4 genommen werden.</p>
Anhang 1	<p><b>Wegfall von diversen Höchstmengen</b></p> <p>Zu einigen "unkritischen" Stoffen sollen die Höchstwerte wegfallen. Gemäss Erläuterung dazu liege es in der Verantwortung des Inverkehrbringers im Rahmen der Selbstkontrolle sicherzustellen, dass die lebensmittelrechtlichen Anforderungen bezüglich des Gesundheits- und Täuschungsschutzes eingehalten werden. Es wird bezweifelt, dass der Inverkehrbringer seine Verantwortung und Pflicht zur Selbstkontrolle diesbezüglich ausreichend wahrnimmt.</p> <p>Das Wegfallen der Höchstwerte wird zu absurd überdosierten Produkten auf dem Markt führen, wie sie z.B. auf dem US-Markt angetroffen werden. Es ist nicht im Sinne des Gesetzgebers, dass Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr mit diversen Vitaminen so stark überdosiert werden (siehe Art. 2 VZVM). Eine Unterscheidung zu Sportlernahrung bzw. Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf ist nicht mehr möglich.</p> <p>Die bisherige Höchstmengenpraxis soll sich in der VZVM nach wie vor v.a. nach der empfohlenen Tagesdosis richten. Es ist im Sinne des Gesundheits- und Täuschungsschutzes, die Höchstwerte beizubehalten.</p>	<p>Auch für "unkritische" Stoffe sind Höchstmengen beizubehalten (dies mindestens in der VZVM).</p>
Anhang 1	<p><b>Verbot Anreicherung diverser Mineralstoffe und Vitamine</b> (wie Magnesium, Zink, Fluorid, Vitamin K und Nicotinsäure)</p> <p>Das Verbot der Anreicherung von Lebensmitteln mit diversen Mineralstoffen und Vitaminen gemäss VZVM wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung nur noch bei Milchersatzprodukten zugelassen. Die Einschränkung hinsichtlich Calcium ist nicht nachvollziehbar (z.B. in Zusammenhang mit Veganern).</p>	<p>Verbot der Zugabe einzelner Stoffe (wie Magnesium oder Einschränkung bei Calcium auf Milchersatzprodukte) nochmals überdenken und, wo vertretbar, anpassen.</p>

	<p>Ob diese Verbote politisch durchsetzbar sind, ist äusserst fraglich. Auch was der internationale Handel betrifft, könnten Probleme entstehen (Cassis-Fälle). In diesem Sinne sind die Verbote nochmals zu überdenken.</p>	
Anhang 1	<p><b>Bezugsverbindung zu Vitamin im Anhang 1</b></p> <p>Im Anhang 1 werden Höchstmengen aufgeführt. Dabei ist aber nicht geregelt, welche Verbindung eines spezifischen Vitamins als Bezugsverbindung gilt. Aus diesem Grunde sollte für das jeweilige Vitamin eine Bezugsverbindung definiert werden.</p> <p>Sonst kann es zu Ungleichheiten bei der Beurteilung des im Lebensmittel vorhandenen Vitamingehalts führen (z.B. ungleiche Beurteilung zwischen verschiedenen Ländern).</p>	<p>In Anhang 1 eine klare Bezugsverbindung der jeweiligen Vitamine definieren.</p> <p>Vitamin A streichen, da nicht Vitamin A, sondern Beta-Carotin (= Vorstufe von Vitamin A) zugefügt werden darf.</p>
Anhang 2	<p><b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b></p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM).</p> <p>Durch dieses Verwischen der Kategorien "Allgemeine Lebensmittel" und "Sportlernahrung / Nahrungsergänzungsmittel" wird dem Konsumenten nicht nur die sachkundige Wahl beim Kaufentscheid erschwert. Die vorgesehene Regelung läuft dem Grundprinzip des Gesundheitsschutzes zuwider. Sie ist nicht im Sinne des Konsumentenschutzes.</p>	<p><b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b></p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>



Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen neu gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nicht nachvollziehbar.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen weiterhin aufführen.</p>
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. Bei der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zu "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>
Erläuterungen III. Auswirkungen Ziffer 3	<p>Auswirkungen auf die Volkswirtschaft</p> <p>Es steht, dass das Schweizer Recht mit den vorgesehenen Änderungen an den Stand der Wissenschaft und an das EU-Recht angepasst wird.</p> <p>In der EU sind die zulässigen Höchstmengen von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen nicht harmonisiert. So kommen bei der Anreicherung von Lebensmitteln nationale Regelungen zur Anwendung, die zum Teil sehr stark voneinander abweichen. Von daher erstaunen die Ausführungen in der Erläuterung.</p>	<p>Hinweis ohne direkten Anpassungsbedarf.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktspezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind.</p> <p>Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p>	Wie bisher die vollständige Liste in Anhang 6 beibehalten.

	<p>Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	
--	--	--

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Erläuterungen unter Ausgangslage und Art. 7	<p>Neuer Lebensmittelbegriff – Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe</p> <p>Es wird an diversen Stellen in den Erläuterungen zur Änderung dieser und anderen Verordnungen (wie VIPaV) festgehalten, dass die Zusatzstoffe und die Verarbeitungshilfsstoffe im Verordnungstext aufgrund des neuen Lebensmittelbegriffes nicht mehr explizit erwähnt werden. Für die Zusatzstoffe ist dies nachvollziehbar. Zusatzstoffe sind Zutaten, die absichtlich zugesetzt werden. Bei den Verarbeitungshilfsstoffen ist die Sachlage nicht so klar, ob sie unter den Lebensmittelbegriff fallen.</p> <p>Als Begründung wird in den Erläuterungen jeweils angegeben, dass die Verarbeitungshilfsstoffe – soweit sie im Lebensmittel bleiben – als Lebensmittel gelten. Dieser Begründung kann nicht gefolgt werden, v.a. wenn die Definition für Verarbeitungshilfsstoffe einbezogen wird. Unter Art. 2 Abs. 1 Ziffer 23 LGV steht, dass Verarbeitungshilfsstoffe nicht als Lebensmittel verzehrt werden, bei der Verarbeitung von Rohstoffen oder Lebensmitteln aus technologischen Gründen verwendet werden und unbeabsichtigte, technisch unvermeidbare Rückstände des Stoffes oder seiner Derivate im Enderzeugnis hinterlassen können. Laut Art. 4 Abs. 3 Bst. h LMG gelten Rückstände nicht als Lebensmittel.</p> <p>Es wird deshalb in Frage gestellt, ob der Begriff "Verarbeitungshilfsstoffe" an den vorgesehenen Stellen dieser und anderen Verordnungen aufgrund des neuen Lebensmittelbegriffs gestrichen werden kann (wie Art. 2 Bst. b Ziffer 9 VIPaV). Dies ist unter Einbezug obiger Anmerkungen nochmals zu überprüfen.</p>	<p>Es ist zu prüfen, ob das Wort "Verarbeitungshilfsstoffe" aufgrund des neuen Lebensmittelbegriffs an den diversen vorgesehenen Stellen der VGVL, LGV und VIPaV tatsächlich gestrichen werden kann.</p> <p>Nach unserer Interpretation sollte der Begriff "Verarbeitungshilfsstoffe" nicht gestrichen werden (auch aus Gründen der besseren Verständlichkeit).</p>
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse</p> <p>Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Als Grund wird angegeben, dass GVO-Erzeugnisse bereits unter Art. 31 Abs. 1 LGV definiert werden. Bei Art. 31</p>	<p>Entweder die vollständige Definition (inkl. Bst. d) der GVO-Erzeugnisse weiterhin hier aufführen oder dann unter Art. 30 LGV oder Art. 2 LGV.</p>

	geht es um die Bewilligungspflicht. In diesem Artikel sollten keine Begriffe definiert werden.	Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30 LGV.
Erläuterung zu Art. 6a Abs. 4 und Anhang 2	Gemäss Art. 6a Abs. 1 werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, enthalten oder daraus gewonnen wurden, ohne Bewilligung toleriert. Wieso kommt Baumwolle für die Erweiterung des Anhangs 2 in Betracht? In welchem Zusammenhang steht Baumwolle mit Lebensmitteln?	Überprüfen, ob die GVO-Materialien der Baumwolle aufgrund von Art. 6a Abs. 1 für Anhang 2 in Betracht gezogen werden können.

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 66 Anhang 1 Teil 3	<p>Anhang 1 Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66 Abs. 4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1 Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Zudem sind die Produktkategorien 3.2.7 (Schimmelpilze von blossen Auge nicht erkennbar) sowie 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) nirgends mehr in den Branchen vertreten und sollten deshalb im Teil 3 belassen werden.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1 Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf <u>herstellende, verarbeitende oder zubereitende Einzelhandelsbetriebe</u> (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p>	<p>Anhang 1, Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– beibehalten</li> <li>– Geltungsbereich streichen</li> <li>– Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3 beibehalten.</li> </ul>
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66 Abs. 4 wird das BLV zwecks harmonisierten Vollzugs ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p>	<p>Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.</p>

	<p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung klar vorzuziehen.</p>	
--	--	--

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	<p>Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte, die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP).</p> <p>Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.</p>	<p>Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.</p>
Anhang 4	<p>Es besteht Verbesserungsbedarf für den Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind derzeitige Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.</p> <p>Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.</p> <p>Es ist bedauerlich, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die nötigen Anpassungen genutzt wird.</p>	<p>Grundlegende Überarbeitung von Anhang 4 TBDV gemäss Bemerkungen links. Zeitnah eine Revision einleiten.</p>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die vorgeschlagene Neuregelung zur Durchführung nachträglicher grenztierärztlicher Kontrollen durch die zuständige kantonale Behörde im Falle einwandfreier Ware ohne vollständige Traces-Dokumentation wird zur Vermeidung von Food Waste ausserordentlich begrüsst (Art. 82 Abs. 2 EDAV-DS in Verbindung mit Art. 84 Abs. EDAV-DS).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Basel-Stadt  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BS  
Adresse, Ort : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel  
Kontaktperson : PD Dr. Philipp Hübner, Kantonschemiker  
Telefon : 061 385 25 27  
E-Mail : philipp.huebner@bs.ch  
Datum : 31.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	17
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	18
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	19
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	21
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	22
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	23
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	24
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	25
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	26
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	27
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	28
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	29
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	30
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	31
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	32

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme betreffend die Vernehmlassung Stretto 3, welche wir grundsätzlich begrüssen. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den einzelnen Verordnungen.	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln, welche GVO-Futtermittelzusätze enthalten, gefüttert wurden. Die Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen führt zu einer Konsumententäuschung und widerspricht damit dem Sinn und Zweck der Lebensmittelgesetzgebung.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
33 Abs.1	Die Umschreibung in Art. 33 Abs. 1 ist nicht mehr vollständig.	Alte Fassung belassen
37 Abs. 5	<p>Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln, welche solche GVO-Futtermittelzusätze enthalten, gefüttert wurden.</p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird dem Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes widersprochen, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p>	Streichen
39 Abs. 2 Bst. d	Wir sind der Meinung, es benötigt diese Regelung nicht.	Streichen
40	Neue Formulierung ist weniger klar als alte.	Alte Fassung belassen





### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen der Lebensmittelvollzugsverordnung werden grundsätzlich begrüsst. Allerdings wird vorgeschlagen, gewisse Begriffe zu präzisieren oder zu streichen, damit für die kantonalen Vollzugsbehörden die Übersicht über die diversen Vollzugsmassnahmen und die notwendige Flexibilität im Vollzug gewahrt bleibt. Zentral ist insbesondere, dass die vorliegende Revision aufgrund zu detaillierter Bestimmungen nicht zu Mehraufwendungen für die kantonalen Vollzugsbehörden führt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
5	Titel passt nicht.	"Einfuhrmeldung" statt "Organisation" schreiben
6 Bst. b	Der Begriff "Merkmale von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen" ist zu wenig klar.	"Auswirkungen auf die Eigenschaften und Beschaffenheit von Lebensmitteln [...]"
7	Umfang und Detaillierung der Berichterstattung ist zu hoch. Der Aufwand für die beteiligten Ämter steigt massiv.	Art. 7 Abs 2: Bst. b, c und d sind ersatzlos zu streichen
10	Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. a handelt es sich um Sendungen, nicht um Chargen	"Chargen" durch "Sendungen" ersetzen
13 Abs. 3	Audits der zuständigen Behörden: Der Aufwand für nicht akkreditierte Behörden steigt massiv. Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.	Art. 13 Abs. 3 ist zu streichen
14 Abs. 1 Bst b Ziff. 1.	Was ist gemeint mit [...] "und der anderen Orte unter Verantwortung der Betriebe ihrer Umgebung"?	Klarer formulieren
22 Bst. f	Was ist gemeint mit [...] und gegebenenfalls die Mangelhaftigkeit der anwendbaren technischen Normen?	Klarer formulieren
35 Abs. 1 Bst. a	Die kantonalen Vollzugsbehörden können nicht bescheinigen, dass die spezifischen Anforderungen des Bestimmungslandes eingehalten werden. Es kann nur bescheinigt werden, dass die spezifischen Anforderungen des schweizerischen Lebensmittelrechts eingehalten werden.	Statt "des Bestimmungslandes" "des schweizerischen Lebensmittelrechts" schreiben
35 Abs. 2 Bst. a	dies ist nicht möglich	Ersatzlos streichen
45 Abs. 1	Gemäss Art. 48 LMG betreiben die "Kantone" spezialisierte und akkreditierte Laboratorien zur Untersuchung der Proben.	"Die zuständigen Behörden" mit "Kantone" ersetzen
45	Der Begriff "Diagnose" ist unklar.	Erläuterung des Begriffs "Diagnose"

48	Zu starke Einschränkungen für Probenahme und Analysen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.	Art. 48 Abs 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen
48 Abs. 3	Was ist gemeint mit "Regeln oder Protokolle"? In Abs. 2 ist von Methoden die Rede.	Art. 48 Abs. 3 präzisieren
52 Abs. 1	Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht.	Streichen von "sofern die Methoden nach Anhang 4 nichts anderes vorsehen"
53 Abs. 2	Die Vertretung der verantwortlichen Person sollte ebenfalls verpflichtet sein mitzuwirken, da die verantwortliche Person nicht dauernd anwesend sein muss.	"Die Vollzugsbehörden können von der verantwortlichen Person oder ihrer anwesenden Vertretung [...]"
66 Abs. 1	Die Reihenfolge der Funktionen ist unlogisch. Da auch für den Stv. KC. in Art. 89 Voraussetzungen definiert sind, bräuchte es evtl. auch diese Funktion.	Unter a den amtl. Fachassistenten und unter b den amtl. Prüfleiter nennen Evt. Stv. KC aufnehmen
67	Vorsitz der Prüfungskommission ist nicht geregelt.	Art. 67 Abs. 3 (neu): Die Leiterin oder der Leiter der Abteilung LM und Ernährung des BLV führt den Vorsitz der PK.
79 Abs. 1	LMI eventualiter unter DLAL (Art. 89 ff.) aufführen und hier streichen.	"Das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) ist Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit als Lebensmittelkontrollleurin oder Lebensmittelkontrollleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter."
79 Abs. 2	Ausnahmen für LMK und LMI nicht zweckmässig, da diese zwingend eine adäquate Ausbildung mit Prüfung absolviert haben müssen.	"In Ausnahmefällen darf die Tätigkeit als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter auch eine Person ausüben, die nicht über ein DAL verfügt, sofern das BLV dem zustimmt und die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: [...]"

79 Abs. 2 Bst a	Es ist nicht einsichtig, weshalb dieses Kriterium einzuhalten ist. Zudem regen wir an, Art. 79 Abs. 2 als Art. 122 Abs. 4 bei den Übergangsbestimmungen anzuführen.	Ersatzlos streichen.
89 Abs. 3	Es ist zu prüfen, ob stellvertretende KantonschemikerIn und LebensmittelinspektorIn unter Abs. 3 aufzuzählen sind.	"Die Tätigkeit als stellvertretende Kantonschemikerin oder stellvertretender Kantonschemiker sowie als Lebensmittelinspektorin oder Lebensmittelinspektor setzt den Erwerb des DLAL voraus."
93 Abs. 2 Bst. e	Der Begriff "Laborergebnisse" ist nicht erwähnt.	"[...] Inspektions- oder Laborergebnissen"
103 Abs. 1 Bst. d	Es handelt sich um den 2. Titel sowie das 4. Kapitel.	Präzisieren
109 Abs. 3	Die Vergangenheit hat gezeigt, dass vom Bund vorgegebene Informationssysteme zu beträchtlichen Mehrkosten bei den Kantonen führen können, ohne einen entsprechenden Mehrwert zu generieren.	Abs. 3 ersatzlos streichen.
122 Abs. 1	Der Ausbildungsaufwand einer nach aktuellem Recht ausgebildeten Lebensmittelinspektorin / eines Lebensmittelinspektors ist höher als für das geplante DLAL. Somit muss das Eidgenössische Lebensmittelinspektorendiplom mindestens dem DLAL entsprechen. Wie ist zudem der "Master of Food Science" einzustufen?	Das Eidgenössische Lebensmittelchemikerdiplom und das eidgenössische Lebensmittelinspektorendiplom sind dem DLAL, das Eidgenössische Lebensmittelkontrolleurendiplom ist dem DAL gleichgestellt. Bitte ergänzen mit Regelung für "Master of Food Science"
122 Abs. 4	Es fehlt unseres Erachtens generell eine Übergangsfrist, um bereits im Vollzug tätigen intern geschulten Mitarbeitern, die vor haben das DAL oder DLAL zu absolvieren, die Möglichkeit zu geben, bis zum Abschluss des Diploms vollzugsrelevante Berichte zu unterschreiben.	Für die Verordnung im Allgemeinen eine Übergangsfrist von 3 Jahren vorsehen

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die Unterscheidung der Kontrollen in Grundkontrollen, Zwischenkontrollen und zufällige Kontrollen entspricht nicht unserer Praxis und ist nicht zweckdienlich.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
1 Abs. 2 Bst. c	In allen Rechtstexten zum Lebensmittelrecht spricht man von Inspektionen. Zumindest sollte klargestellt werden, dass Kontrollen von Prozessen, Prozesskontrolle und Inspektionen als Synonyme verwendet werden.	Klarstellung der Begrifflichkeiten "Kontrollen" sowie "Inspektionen"
2 Abs. 2 Bst. h	Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht bilden keine eigene Kategorie, sondern gehören als Unterkategorie zu f. Lebensmittel	Bst. h streichen
3 Bst. c, e, f, h	Die Unterscheidung in Grundkontrollen, Verdachtskontrollen, Zwischenkontrollen und zufällige Kontrollen ist rein akademisch und entspricht nicht unserer Praxis.	Vereinfachen; Bst. e, f, und h streichen
5 Bst. a	Bei der Mittelzuweisung kann es sich nur um Bundesmittel handeln, ansonsten die Finanzhoheit der Kantone unnötigerweise tangiert würde.	Präzisieren
5 Bst. d	Der Sinn dieser Bestimmung ist unklar, zumal bereits Bst. e existiert.	Streichen oder präzisieren
5 Bst. e	Bereits in Bst. c geregelt	Streichen
5 Bst. g, h und i	Diese Bestimmungen werden in der LMVV (resp. in den analogen Verordnungen der Primär- und Sekundärkontrolle) und nicht in der MNKV geregelt.	Bst. g, h, i streichen
Art. 5 Bst. l	Der Sinn dieser Bestimmung ist uns unklar und unnötig.	Streichen
6 Abs. 5 Bst. d	Es ist unklar, was gemeint ist. Sind dies Ergebnisse der von Drittstaaten durchgeführten Kontrollen in der Schweiz, in der EU oder irgendwo auf dem Globus?	Bst. d streichen
7 Abs. 2	Die Unterscheidung in verschiedene Kontrollkategorien, insbesondere die Kategorie "zusätzliche Kontrollen" macht keinen Sinn.	Art. 7 Abs. 2 streichen
7 Abs. 5 und 6	Warum soll die Primärproduktion ausgenommen werden? Betrieb weiss nach einer durchgeführten Kontrolle, in welchem Zeitraum keine Kontrolle mehr stattfinden darf. Sind Verdachtskontrollen noch möglich?	Präzisieren
7 Abs. 7	Den Sinn dieser Bestimmung verstehen wir nicht. Eine Grundkontrolle ist gemäss Art. 3 Bst. c definiert.	Art. 7 Abs. 7 streichen
8	Dieser Artikel ist verwirrend und unnötig; während Art. 3 noch unterscheidet zwischen Grundkontrollen, Zwischenkontrollen, Verdachtskontrollen, Verwaltungskontrollen und zufällige Kontrollen erklärt Art. 8, dass Nachkontrollen und Verdachtskontrollen, nicht jedoch Zwischenkontrollen	Art. 8 streichen

	und Verwaltungskontrollen zu den zusätzlichen Kontrollen zu zählen sind.	
9 Abs. 2	Es ist u.E. nicht einsichtig, weshalb die Akkreditierungspflicht für die amtlichen Inspektionsdienste per 1.5.2017 aufgehoben wurde und für privatrechtliche Inspektionsstellen nun in der MNKPV wieder eingeführt wird.	Art. 9 Abs. 2 streichen
11 Abs.1 Bst. d	Da wir eine Streichung von Art. 7 Abs. 7 beantragen, ist auch diese Bestimmung obsolet.	Art. 11 Abs.1 Bst. d streichen.
12	Diese Bestimmung ist heikel. Schon heute besteht bei der Bevölkerung der Eindruck, dass in der Tierzucht zu wenig kontrolliert wird.	Maximalintervall auf 4 Jahre festsetzen.
13	Der Begriff Zwischenkontrolle braucht es nicht (siehe Kommentar zu Art. 3)	Art. 13 streichen.
14 Abs. 2	Verweis auf Art. 8 obsolet.	Verweis auf Art. 8 streichen
14 Abs. 3 und 4	Diese Regelungen erachten wir als sinnlos.	Art. 14 Abs. 3, 4 bitte streichen.
15	Die Erfassung der Kontrolldaten muss an anderer Stelle als in der MNKPV geregelt werden.	Art. 15 streichen
17 Abs. 3 18 Abs. 2 Bst c (neu)	Entweder diese Bestimmung wird gestrichen oder Art. 18 wird in Abs. 2 Bst. c (neu) entsprechend ergänzt.	Art. 17 Abs. 3 entweder streichen oder Art. 18 Abs. 2 Bst c (neu) entsprechend ergänzen
20 Bst. d	Was ist mit Zwangsmassnahmen gemeint?	Art. 20 Bst. d präzisieren

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Aus lebensmittelhygienischer Sicht steht der Weide und Hofötung nichts entgegen. Das ist auch von der StäkoLMS klar hervorgehoben worden.

Aus tierschützerischer Sicht gibt es auch keine Gründe, die gegen die Aufnahme der Hof- und Weidetötung in die VSFK sprechen würden. Die StäkoLMS hat diesen Punkt ebenfalls berücksichtigt. Auch Beispiele aus der EU weisen auf ein Umdenken hin (Bsp. mobile Schlachthanlagen). All dies darf/muss als ein erstes Zeichen gegen Massentierhaltung und des Umdenkens zumindest gewisser Bevölkerungsschichten zum Thema Fleischkonsum und Tierschutz gewertet werden. Solange also die Rahmenbedingungen streng und klar abgesteckt sind und sich der Aufwand für den Vollzug auch verrechnen lässt, ist dieser Entwicklung nichts entgegenzusetzen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
9a Abs. 2	Es ist in der Verordnung mit einer adäquaten Formulierung sicherzustellen, dass sämtliche notwendigen Vorgaben des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Hof- und Weideschlachtung berücksichtigt werden.	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere: <ol style="list-style-type: none"> <li>müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden.</li> <li>müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis entblutet werden.</li> <li>muss der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</li> <li>muss zuhanden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und</li> </ol> </li> </ol>

		<p>Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss statuiert werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss auch im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlachttieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
12 Abs. 9	Es wird hier eine neue Bewilligung für Sammelstellen und Gerbereien für die Abgabe von Rohstoffen für Gelatine eingeführt. Die zuständige Behörde dürfte die kantonale Lebensmittelkontrolle sein. Trotz Spezifikationen in Art. 12 Abs. 9 Bst. a bis c ist unklar, ob es noch weitere Kriterien an diese Betriebe gibt.	Bewilligungsverfahren für diese Art Betriebe präzisieren.

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
5 Abs. 1 Bst. e	Nicht nachzuvollziehen, wieso LM mit Hinweis auf den Gluten- oder Lactosegehalt allg. von der Pflicht der Nährwertkennzeichnung ausgenommen werden.	Bst. e streichen
5 Abs. 1 Bst. f	<p>Es handelt sich gemäss unserer Auffassung nicht um eine Präzisierung, sondern um eine Änderung geltenden Rechts. Folgende Gründe sprechen gegen diese Änderung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Seit vielen Jahren sind allergene Verunreinigungen auch im Offenverkauf zu deklarieren. Die vorgeschlagene Nicht-Deklaration von grossen (&gt; 0.1%) allergenen Kontaminationen könnte für Allergiker eine grössere Gefahr bedeuten. Ab 0.1% reagiert ein entsprechend sensibilisierter Allergiker allergisch, egal ob es sich um eine nicht deklarierte Zutat gemäss Rezeptur oder eine grosse Verunreinigung handelt.</li> <li>2. Der Vollzug wird mit der neuen Regelung massiv erschwert. Findet ein kantonales Labor analytisch mehr als 0.1% (= sehr viel) eines nicht deklarierten Allergens in einem Produkt im Offenverkauf (z.B. vom Marktstand, Bäcker, Metzger), kann es nicht beanstanden, ohne davor einen grossen Abklärungsaufwand mit dem zuständigen Betrieb betreiben zu haben, da es ja vielleicht "nur" eine grosse Kontamination ist. Nicht immer ist eine Vorababklärung im Betrieb möglich. Kantonale Laboratorien werden in der Folge den Offenverkauf nicht mehr oder nicht mehr mit gleichem Aufwand kontrollieren können, was wiederum eine Verschlechterung für den Allergiker bedeuten würde.</li> <li>3. Es fallen immer mehr Produkte unter "offene Ware", sogar vorverpackte kurze Zeit haltbare Produkte, z.B. gemäss Infoschreiben über offen in Verkehr gebrachte LM. Konsumenten (darunter Allergiker) können somit offene und vorverpackte Ware nicht mehr eindeutig unterscheiden.</li> </ol>	Bst. f streichen oder eventualiter die Deklarationspflicht von allergener Verunreinigung nur bei offenen LM, die in Gastrobetrieben (Restaurants, Catering) angeboten werden, ausnehmen.
Anhang 1 Punkt 19	In der Verordnung ist die Analysemethode (Kjeldahl) für die Bestimmung des Eiweissgehaltes durch die Definition von Eiweiss vorgegeben. Der Faktor	

	6.25 ist allerdings nicht für alle LM-Kategorien biochemisch korrekt. Es fragt sich, ob der Gesetzgeber das bewusst so genau definiert um die Methode zu vereinheitlichen.	



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
29 Abs. 3	Warum sind nun doch nur Einzelhandelsbetriebe von der Ausnahme begünstigt? Grossbetriebe, welche in der Regel über bessere technische Einrichtungen sowie das nötige Fachwissen verfügen, werden benachteiligt.	Art. 29 Abs. 3 ersatzlos streichen

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung von Art. 10 Abs 1 Bst h der VHyMP in Verbindung mit der Anpassung des Artikels 32 Abs1 der Verordnung über tierische Lebensmittel (VLtH) wurde im Zusammenhang mit der "Legalisierung" der mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben diskutiert und soll nun umgesetzt werden, was wir sehr begrüßen. In den Erläuterungen zu beiden Verordnungsänderungen wird darauf nicht weiter eingegangen. Die mutter- oder ammengebundene Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben ist aus Sicht des Tierschutzes und der Tiergesundheit sehr zu begrüßen, war aber aufgrund der alten Formulierungen in beiden anfangs erwähnten Verordnungen streng genommen nicht legal. In Untersuchungen der ETH (Marion Zumbronn, Edna Hillmann; Muttergebundene Kälberaufzucht beim Milchvieh, Masterarbeit 2012) können keine negativen Effekte auf die Lebensmittelhygiene und die Eutergesundheit nachgewiesen werden. Wir begrüßen darum auch aus diesem Grund die Anpassung. Die mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben wird auf bio- und Demeter Betrieben schweizweit bereits praktiziert und unseres Wissens auch toleriert.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Wird begrüsst.	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
82	Art. 82 regelt lediglich grenztierärztlich kontrollpflichtige Sendungen, die im Schiffsverkehr auf dem Rhein und an Flughäfen ohne zugelassene Grenzkontrollstelle eingeführt werden. Solche Sendungen können allerdings auch auf anderen Verkehrswegen in die Schweiz eingeführt werden, sofern sie in der EU ohne Durchführung der vorgeschriebenen grenztierärztlichen Kontrolle umgeladen wurden (z.B. vom Containerschiff auf LKW oder Bahn). Von Art. 82 werden solche Sendungen nicht erfasst, Massnahmen müssen nach Art. 84 (Formelle Einfuhrbedingungen nicht erfüllt) getroffen werden.	
82 Abs. 2	Abs. 2 verweist für die <u>Rückweisung, Verarbeitung oder Behandlung</u> auf die Art. 70 und 71. Sind für die zuständigen kantonalen Behörden auch andere Massnahmen nach Art. 71 Abs. 5 möglich (z.B. Nachreichen von Handelsdokumenten gemäss Art. 6 Entscheidung 2007/275 EG)? Die gewählte Formulierung ist diesbezüglich unklar.	"Bei Tierprodukten kann die zuständige kantonale Behörde die Beschlagnahme, die Rückweisung, die Verarbeitung, die Behandlung, die Einziehung der gesamten Sendung oder andere Massnahmen verfügen. Für die Rückweisung, Verarbeitung Behandlung oder andere Massnahmen gelten die Artikel 70 und 71 sinngemäss. Allfällige nachträgliche grenztierärztliche Kontrollen müssen vorgängig mit der entsprechenden Grenzkontrollstelle abgesprochen werden. Eingezogene Sendungen werden von der zuständigen kantonalen Behörde nach der VTNP entsorgt, oder eine solche Entsorgung wird angeordnet."

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**Guido Graf**

Regierungsrat  
Bahnhofstrasse 15  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 60 84  
guido.graf@lu.ch  
www.lu.ch

Per Mail an:  
lmr@blv.admin.ch

Luzern, 20. August 2019

**Stellungnahme zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Luzern begrüsst grundsätzlich die Anpassungen im Nachgang zum umfangreichen Verordnungspaket LARGO.

Im beantworteten Fragebogen gemäss Beilage beschränken wir uns auf Bestimmungen, mit denen wir nicht oder nur teilweise einverstanden sind.

Freundliche Grüsse

Guido Graf  
Regierungsrat

Beilage:

- Antwort «Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht

Kopie an (intern, per Mail):

- Dr. Martin Brügger, Kantonstierarzt
- Dr. Silvio Arpagaus, Kantonschemiker



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Luzern  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : LU  
Adresse, Ort : Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern  
Kontaktperson : Dr. Martin Brügger, Kantonstierarzt; Dr. Silvio Arpagaus, Kantonschemiker  
Telefon : 041 228 61 31 / 041 228 84 03  
E-Mail : martin.bruegger@lu.ch; [silvio.arpagaus@lu.ch](mailto:silvio.arpagaus@lu.ch);  
Datum : 20.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	8
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	17
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	21
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	25
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	26
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	30
9	EDI: Getränkeverordnung .....	31
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	32
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	34
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	35
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	38
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	39
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	40
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	42
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	46
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	47
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	48
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	50
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	51
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	52
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	54
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	55

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

LU begrüsst grundsätzlich die Anpassungen im Nachgang zum umfangreichen Verordnungspaket LARGO. Wir beschränken uns im Folgenden auf Bestimmungen, mit denen wir nicht oder nur teilweise einverstanden sind.

Soll die Hof- und Weideschlachtung wirklich ermöglicht werden, sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen vorzunehmen, um das Niveau des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben (und wie von der Bevölkerung erwartet) zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust.

Die Anpassungen in der MNKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend, verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### "Ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)

##### Inhalt der Neuregelung

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

##### Beurteilung

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

##### Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	<p>In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.</p> <p>Diese Änderung bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z. B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.</p>	<p>Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).</p> <p>Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).</p> <p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: siehe dort</p>

Art. 30 / 31	<p>Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.
Art. 37 Abs. 4 Bst. c	<p>Gemäss Erläuterung wird an der aktuellen Regelung von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL festgehalten. Es fehlen Wörter. Der aktuelle Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL ist zu übernehmen.</p>	<p>Der aktuelle Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL ist zu übernehmen. "1. Nach Artikel 31 bewilligt worden <i>sind</i>, oder 2. nach schweizerischem Recht mit erlaubten landwirtschaftlichen Hilfsstoffen oder Ausgangsprodukten produziert <i>werden dürfen</i>, ..."</p>
37 Abs. 5	<p>Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "<i>ohne Gentechnik hergestellt</i>" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, <i>Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"</i>) durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.</p>	streichen
Art. 37 Abs. 5	Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität	Absatz ist ersatzlos zu streichen

	<p>verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "<i>ohne Gentechnik hergestellt</i>" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.</p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p> <p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, <i>Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"</i>) durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.</p>	
Art. 38 Abs. 2 Bst. a und b	<p>Es wird begrüsst, dass die Terminologie von Begriffen harmonisiert wird. Der vorgeschlagene Ausdruck "andere Substanz" passt in diesem Kontext nicht.</p> <p>Es wird empfohlen, die Ausdrücke "Nährstoff" und "andere Substanz" durch den zusammenfassenden Begriff "Lebensmittelbestandteil" zu ersetzen (analog Art. 31 Abs. 1 LIV).</p>	Anpassungsempfehlung unter Bst. a und b: "... der <i>Lebensmittelbestandteil</i> , das Lebensmittel oder die Lebensmittelkategorie..."
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48	Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst.	

	Diese Streichung bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenstandsverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via "Fast Track" revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.	
Art. 72 Erläuterungen	Die Definition von öffentlichen Duschen sollte in der West- wie in der Deutschschweiz die Gleiche sein. Die deutsche Version der Erläuterung des Artikels 72 LGV sollte der französischen Version angepasst werden.	<p>Der deutsche Text der Erläuterungen sollte folgendermassen geändert werden:</p> <p>Das neue Lebensmittelgesetz erfasst allerdings nur Wasser für den menschlichen Gebrauch in Anlagen, die der Allgemeinheit oder einem berechtigten Personenkreis dienen und nicht ausschliesslich einem privaten Personenkreis zugänglich sind (Art. 5 Bst. i nLMG).</p> <p>Beispiele hierfür sind das Dusch- und Badewasser in öffentlichen Schwimm- und Hallenbädern, Spa-Landschaften, Spitälern, Pflegeheimen oder Hotels. Nicht darunter fallen Duschen in Privathaushalten.</p>

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

#### **Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

#### **Beurteilung**

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### **Antrag**

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

## **Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

### **Externe Audits für Inspektionsdienste werden wiedereingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

#### **Beurteilung**

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

#### **Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen** sowie **Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

#### **Beurteilung**

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung

über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

#### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

#### **Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

##### **Inhalt der Neuregelung**

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

##### **Beurteilung**

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

#### **Antrag**

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

- d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

#### **Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

##### **Inhalt der Neuregelung**

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

## Beurteilung

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.

Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

## Antrag.

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der "Krise" nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die eine Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag gute Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar. (NB: In der Verordnung (EU) 2017/625 vom 15. März 2017, auf die für weitere Definitionen verwiesen wird (Art. 2 Abs. 2), ist ebenfalls keine Definition aufgeführt.	Definition der Krise nach aktueller LMVV ist zu übernehmen.
Art. 7 Abs. 2 Bst. c	Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der	Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen



	<p>Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.</p>	
Art. 13	<p>Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden.</p> <p>Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.</p> <p>Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.</p>	Art 13 Abs. 3 ist zu überarbeiten, mindestens Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen
Art. 16	<p>Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.</p> <p>Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt!</p> <p>Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat.</p> <p>Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der</p>	Der letzte Satz in Abs. 3 ist zu ersetzen: "Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln."

	Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.	
Art. 37 Abs. 8	Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt. Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.	Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d: d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.
Art. 39	Art. 39 gibt dem BLV die Möglichkeit der Weiterbeförderung von Sendungen vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Warenuntersuchung. Dies muss aber auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. Entsprechend ist die Bestimmung anzupassen. Da durch die Weiterbeförderung den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 muss dafür entsprechend ergänzt werden.	Art. 39 Abs. 1 <i>Das BLV kann in Ausnahmefällen die Weiterbeförderung der Sendung...</i>  Einfügen Art. 44 Abs. 3: <i>Für Sendungen die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch entstehenden Kontrollaufwandes.</i>
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs.2	Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4	Art. 48 Abs 1 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK). Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der	Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen. Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

	<p>nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 64	Ein Abs. 6, in dem gefordert wird, dass das Kontrollpersonal sein Wissen auf dem aktuellsten Stand halten muss (vgl. Erläuterungen) gibt es nicht. Diese Forderung ist in Abs. 1 formuliert.	Die Erläuterungen sind anzupassen
Art. 65 Abs. 2	Die Finanzierung wird in Art. 1 sowohl für die Ausbildung als auch für die Schulungen (=Weiterbildung; vgl. Art. 64) geregelt. Die ungedeckten Sachkosten der Schulungen müssen ebenfalls geregelt werden.	Art. 65 Abs. 2 ist zu ergänzen: Ungedeckte Sachkosten der Ausbildungen <b>und Schulungen</b> werden ...
Art. 70	<p>Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten.</p> <p>Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden.</p> <p>Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben,</p>	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen

	gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren "ernannt", wenn sie keine Prüfung machen sollen.	
Art. 75	Für den Fachassistenten werden Prüfungsnoten festgelegt, ohne diese entsprechend Art. 85 für den DAL, festzulegen.	Abs. 2bis ist analog Art. 85 (DAL) wie folgt zu ergänzen: Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3.
Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese "Übergangsregelung" tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art. 79 Abs. 2 ist zu überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 3	Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder. Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.	Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden: "....Ein Mitglied der PK <u>kann</u> die Prüfung begleiten."
Art. 95 Abs. 1	Die Prüfungsbereiche sind in Art. 91 Absatz 2 (nicht Absatz 1) geregelt.	Absatz 2 ist durch Absatz 1 zu ersetzen
Art. 105	Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. (vgl. auch Art. 16)	Art. 105 ist mit Bst. d zu ergänzen: "d. ein vermuteter Krankheitsausbruch im Zusammenhang mit Lebensmitteln vorliegt."
Art. 107	Es fehlt ein Titel (vgl. Art. 104 aLMVV: Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung).	Art. 107 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 113 aLMVV)	Art. 116 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Für die Erhebung der Gebühren soll Artikel 119 vorbehalten bleiben. Dieser bezieht sich allerdings auf die Aktualisierung der Anhänge durch das BLV. Gemeint ist wohl eher vorbehaltlich Art. 117 (analog zu aLMVV).	Korrektur mit „...vorbehalten bleibt Artikel 117.“
Art. 118	Es fehlt ein Titel	Art. 118 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 119	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 115 aLMVV)	Art. 119 ist mit einem Titel zu ergänzen
Anhang 1 und 2	Die Anhänge 1 und 2 (verstärkte Kontrollen) brauchen regelmässige Aktualisierungen. Eine Lösung wäre wie bei Anhang 2 VPRH -> Publikation auf BLV-Homepage.	Regelung in Art. 37: halbjährliche Aktualisierung der Anhänge 1 und 2  Anhang 1 analog zu 669/2009 Analyten präzisieren

	Zudem sollte wo relevant beim «Risiko» die Vorgabe der zu untersuchenden Analyten präzisiert werden (z.B. inkl. Dithiocarbamatfungiziden)	
Anhang 4	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 4	Anhang 4 ist ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist Anhang 4 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.
Anhang 5	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 5	Anhang 5 ist ersatzlos zu streichen

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüßen.

### Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)

#### Inhalt der Neuregelung

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

#### Beurteilung

Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### Antrag

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: *geschützte **Kennzeichnungen** von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.*  
Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

### Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)

#### Inhalt der Neuregelung

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.

#### Beurteilung

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

#### Antrag

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs. 2, Bst a, Anhang 3	Siehe allgemeine Bemerkungen	Streichen
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	<p>Gemäss den Erläuterungen soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht auf die gesamte Lebensmittelkette ausgeweitet werden. Die bisherigen Kontrollen dieser Bezeichnungen werden im Rahmen der Lebensmittelgesetzgebung durch die Kantonschemiker durchgeführt. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs wird deren Aufgabengebiet bedeutend erweitert, was zu Mehrkosten führt. Zudem würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid vorentschieden und statt, wie angestrebt, private Organisationen zwingend staatliche Organe für die verstärkte Kontrolle eingesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	<p>Der Geltungsbereich muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung von Lebensmitteln eingeschränkt werden. geschützte Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht im Rahmen der Kennzeichnung von Lebensmitteln.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>
Art. 3 Bst. h	Die Definition ist obsolet (vgl. Art. 7 Abs. 2).	Art. 3 Bst. h ist zu streichen

Art. 7, Abs. 2	<p>Die Einführung von zwingend durchzuführenden, zufälligen Kontrollen im Bereich der Grundkontrollen erachten wir als nicht sinnvoll. Einerseits kann dies dazu führen, dass nachweislich gut geführte Betriebe unnötig zusätzlichen Kontrollen ausgesetzt werden und damit auch der Absicht widersprechen, in Zukunft die Ressourcen zunehmend für risikobasierte Kontrollen einzusetzen. Andererseits wird die Kontrollkoordination verkompliziert, ohne einen erkennbaren Nutzen daraus ziehen zu können.</p> <p>In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird grundsätzlich unterstützt und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten, zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Kontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine neue Kontrollart mit verpflichtender, zusätzlicher Anzahl Inspektionen eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht («... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden») entspricht. Dieses Ziel kann wie erwähnt bereits vollumfänglich mit Art. 8 MNKPV erreicht werden. Vielmehr kommt dies einer Erhöhung der Kontrolltätigkeit gleich, welche eine Ressourcen- und Kostensteigerung für die Kantone zur Folge hat.</p>	<p>...können zufällige Kontrollen gemäss Art. 3, Bst h durchgeführt werden oder Art. 3 Bst. h MNKPV ersatzlos streichen und Art. 7 Abs. 2 MNKPV ändern zu «Rund zwei Prozent der Grundkontrollen nach Absatz 1 sollten ausserhalb der periodischen Frist nach dem Zufallsprinzip durchgeführt werden.</p>
Art. 11, Abs. 1	<p>Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.</p>	<p>... Davon abgewichen werden kann: ... ...</p>
Art. 11, Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass alle Kontrollen nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Das kann weder inhaltlich noch fachlich gewollt sein, sind doch gerade in Abs. 1</p>	<p>Die Grundkontrollen, die auf ...., müssen mit den Grundkontrollen nach ....</p>



	mögliche Abweichungen davon formuliert. Somit soll sich die Kontrollkoordination auf die eigentlichen Grundkontrollen beschränken	
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Zu den fachlichen Voraussetzungen für Verwaltungskontrollen laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	Inkrafttreten später, Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.
Art. 13, Abs. 2	Redaktionelle Anpassung	Die Häufigkeit dieser Zwischenkontrollen...
Art. 17	Tierschutzbehörde mit Fachstelle ersetzen, da dies der korrekte Ausdruck nach Art. 33 Tierschutzgesetz ist.	... der kantonalen Fachstelle für Tierschutz kann das BLV ...
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1, Ziffer 1.1.2	In der MNKPV werden nur noch die 3 GVE festgehalten, in der VKKL nur noch die 0.2 SAK. Hier ist unbedingt ein Abgleich zu machen	Entweder an beiden Orten die GVE, oder die SAK
Anhang 1, Liste 2, Ziffer 2.10, 2.11, A104, A105, A106	Eine jährliche Überprüfung solcher Betriebe ist nicht verhältnismässig. Diese Kontrollen sollen risikobasiert durchgeführt werden, als Höchstintervall soll mindestens 2 Jahre eingesetzt werden	
Anhang 2	Der Nationale Fremdstoffuntersuchungsplan (NFUP) basiert auf der EU-Direktive 96/23/EU und soll deshalb in den Anhang 2 aufgenommen werden	Aufnahme in Anhang 2 und Festlegen der Finanzierung

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Verschiedene Veterinärdienste stehen der - wegen veränderter Einstellung unserer Gesellschaft Tieren gegenüber politisch gewollten - Einführung der Hof- und Weideschlachtung aus sachlichen Gründen kritisch gegenüber. Es wird geltend gemacht, dass Stress während des Transportes und in der fremden Umgebung des Schlachtbetriebs durch Hof- und Weideschlachtung wegfalle. So gewonnenes Fleisch habe grosse Marktchancen. Das Argument der Stressreduktion trifft zwar zu; der Stress ist jedoch gering, wenn das Schlachttier schon während seiner Lebensspanne an den Menschen und Managementmassnahmen gewöhnt worden ist, was für Pflegehandlungen, tierärztliche Behandlung, Blutentnahmen wegen Seuchenüberwachung, Verbringen auf Weiden oder zur Sömmerung der guten Tierhaltungspraxis entspricht. Es darf nicht eine Situation entstehen, bei welcher im Bereich der Tiere der Rindergattung eine Gehegewild-ähnliche Betriebsform geschaffen wird. Diese Stossrichtung soll mit der Zulassung von Hof- und Weideschlachtung nicht gefördert werden, im Gegenteil, wir müssen dafür sorgen, dass wir auch bei den extensiven Haltungsformen einen vernünftigen Umgang mit den Tieren erreichen können, sei es durch organisatorische Massnahmen oder züchterische Entscheidungen. Deshalb lehnen wir die Aufnahme der Hof- und Weideschlachtung in die Verordnung ab. Zudem ergibt sich zusätzlich ein unverhältnismässiger Aufwand für die notwendige Überwachung dieser Betäubung und Entblutung von wenigen Schlachttieren, der aber zur Sicherstellung des Tierschutzes und der Transparenz wegen erbracht werden muss.

Die unterbreite Vorlage stellt zudem nicht sicher, obwohl in den Erläuterungen statuiert, dass Tierschutz und Hygiene umfassend eingehalten sein müssen. Es fehlen Eckwerte, die Auflagekompetenzen sind abschliessend und zu eng formuliert, die Dokumentation fehlt und die Überwachung ist ungenügend vorgegeben. Es braucht wie nachfolgend festgehalten verschiedene Anpassungen und Ergänzungen. Die Erläuterungen fallen zu knapp aus und sind zu ergänzen. Offene Punkte sind:

- bei der Hofschlachtung ist kein Ort (z.B. befestigter Boden) definiert, es könnte demnach auch auf der Weide sein. Sie ist zudem auch für anderes Schlachtvieh zulässig, ohne aber eine Anzahl Tiere definiert zu haben (es könnten also auch mehrere Schweine sein). Weshalb aber z.B. Schafe oder Ziegen in einer geeigneten Einrichtung fixiert werden müssen (Art. 9a, Abs. 2, Bst. a) ist nicht klar, das gilt in Schlachtbetrieben nicht
- Hof- und Weideschlachtung müssen bewilligt werden (Art. 9a, Abs. 2); es ist nicht klar, ob eine solche Bewilligung isoliert ausgestellt wird, oder ob sie nur auf Basis einer bereits bewilligten Schlachthanlage ausgestellt werden kann (Schlachtung ist ein kontinuierlicher Prozess und eine Schlachthanlage ist eine Einheit).

weitere Bemerkungen:

- Das vorgeschriebene Auffangen von Stichblut (Art. 9a, Abs. 2, Bst. c) ist bei der Weideschlachtung ohne mobile Anlage kaum möglich
- Rinder müssen nach der Betäubung durch Kugelschuss unverzüglich (beim Bolzenschuss innerhalb 60 Sekunden) entblutet werden (Anh. 6, 1.1, VTSchS): bei einer Weideschlachtung ist eine unverzügliche Entblutung gar nicht umsetzbar
- Vollzug für Kantone wird sehr schwierig und aufwendig, falls mehrere Tierhalter von dieser Art der Schlachtung Gebrauch machen.

Detaillierte Bemerkungen dazu in den einzelnen Artikeln

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3 Bst q. und r.	Als Definition ist der Bezug zum Herkunftsbestand nicht geeignet und ungenügend, da Bestand Herde bzw. eine epidemiologische Einheit von	q. Hofschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb stattfindet.

	<p>Tieren bedeutet. In Artikel 9a soll dann der Tierhalter eine Bewilligung erhalten können. Mit Bezug auf die Artikel 2, 6, 11 und 11a Verordnung über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (SR 910.91) soll der Betrieb Bezugspunkt für eine allfällige Bewilligung sein, was schon in den Definitionen festgehalten sein muss.</p> <p>In den Erläuterungen ist dies auszuführen, so dass nicht erst durch Auflagen in Artikel 9a erahnt werden kann, was der Unterschied ist.</p> <p>Es ist mit Bezug auf die Verordnung des BLV über den Tierschutz beim Schlachten (VTSchS) vom 12. August 2010 auszuführen (z.B. Bezug auf Anh. 6 Ziff. 1.5 für Weideschlachtung)</p>	<p>r. Weideschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb stattfindet.</p>
6 Abs. 3	<p>Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.</p>	<p>... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie</p>
9a Abs. 1 :	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	<p>, die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.</p>
9a Abs. 2	<p>In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsauflagen gemäss Bst. a. bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der</p>	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p>

	<p>Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a. bis c. als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008<sup>4</sup> betäubt <u>und entblutet</u> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen <u>und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> entblutet</u> werden.</li> <li>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todes Eintritts überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></li> <li>4. <u>muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></li> </ol> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	---	--

	<p>In Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig Schlachten so örtlich gelegen und so betrieben wird (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender, sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p> <p>Sollen die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.</p>	
9a Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p> <p>Wie wird die Forderung nach der amtlichen Überwachung überprüft? Wird ein Rapport erstellt? Mit Angabe Zeitpunkt des Abschusses? Gemäss Art. 10 Abs. 1 Bst. c max. 45 Minuten bis zum Ausnehmen sonst MFU nötig</p>	<p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen</u>. Die Überwachung ist zu dokumentieren.</p> <p>Die Weiterleitung der notwendigen Informationen an den Schlachtbetrieb, bzw. die zuständige Fleischkontrolle ist sicherzustellen.</p>
Art. 38 Abs. 2h	<p>Im Zusammenhang mit den verschiedenen Stichprobenprogrammen sollte der Absatz wie folgt ergänzt werden:</p> <p>h. Bereitstellung der erforderlichen technischen Infrastruktur, uneingeschränkte Zusammenarbeit mit amtlichen Probenahmen und Unterstützung bei der Inspektion von Schlachtkörpern und Teilen davon;</p>	<p>.... uneingeschränkt zusammenarbeiten bei amtlichen Probeentnahmen und....</p>

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung dieser verarbeiteten Lebensmittel schwierig.	Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.
Anhang 2	Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?	Die jeweiligen Übergangsfristen sind zu regeln

**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	<p>Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten. Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.</p> <p>Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-&gt; Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -&gt; bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.</p> <p>Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM. In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen:</p>

		"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, <i>soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.</i> "
Art. 21	Es wird auf den falschen Anhang verwiesen. Es muss Anhang 4 statt Anhang 1 heissen.	Die Nährwertkennzeichnung kann den durchschnittlichen Gehalt der Stoffe nach Anhang 4 je Portion ...
Art. 22a, Informationen über Säuglingsnahrung	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint es aber mehr so zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist so nicht vorgesehen. In diesem Kontext ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren. Sind Apotheken oder Drogerien auch damit gemeint?	Anpassung Titel 5. Abschnitt wie folgt: Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern  Zudem ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Der Begriff "Polyole" ist durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" zu ersetzen.
Art. 35 a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Der Verweis ist anzupassen (-> Absatz 2).
Art. 35 a Abs. 6 und 7	Zur besseren Verständlichkeit Abs. 6 und 7 evtl. präzisieren.	Abs. 6 und 7 sind zu präzisieren. Ergänzung wie Abs. 6: "Die Angaben <i>zu Stoffen</i> ..." Abs. 7: " " <i>Stoffangaben</i> ..."
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung steht bereits unter Art. 4 Abs. 2 und ist deshalb hier zu streichen.	Abs. 2 ist zu streichen.
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 3	Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.  Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Auführen von einzelnen abweichenden Bestimmungen stehen. Bei Art. 35 a geht es auch um die Nährwertdeklaration.	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35 a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35 a aufzuführen.



Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	<p>Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler</p> <p>Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.</p> <p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher hat es für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gegeben (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden, ist hier eine Ergänzung nötig:</p> <p>Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p> <p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll:</p> <p>Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> ist zu streichen und die Bestimmung ist unter Art. 3 aufzuführen.</p>
Anhang 9 Ziffer 1.1	<p>Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).</p>	<p>Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-&gt; ESPGHAN).</p>
Anhang 10	<p>Die vorgesehenen Anpassungen unter den Anmerkungen machen so keinen Sinn. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.</p>	<p>Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von:</p> <p>"Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet</i> oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers <i>zubereitet</i> werden."</p>
Anhang 12	<p>Es sollten die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sein.</p> <p>Calcium</p> <p>Im Vergleich zur VNem fehlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> </ul>	<p>Calcium</p> <p>Ergänzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Im Vergleich zur VNem fehlt folgende Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Werden dazu keine Angaben mehr aufgeführt, so ist eine Ergänzung unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE nötig.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Ergänzung der Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).</p>
--	---	--

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6, Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32, Abs. 1	<p>Eine Anpassung des Artikels 32 Abs1 der Verordnung über tierische Lebensmittel (VLtH) in Verbindung mit der Anpassung des Art. 10 Abs 1 Bst h der VHyMP wurde im Zusammenhang mit der «Legalisierung» der mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben diskutiert. In den Erläuterungen zu beiden Verordnungsänderungen wird darauf nicht weiter eingegangen. Die mutter- ammengebundene Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben ist aus Sicht des Tierschutzes und der Tiergesundheit sehr zu begrüßen, war aber aufgrund der alten Formulierungen in beiden anfangs erwähnten Verordnungen streng genommen nicht zulässig ist. In Untersuchungen der ETH (Marion Zumbrohn, Edna Hillmann; Muttergebundene Kälberaufzucht beim Milchvieh, Masterarbeit 2012) können keine negativen Effekte auf die Lebensmittelhygiene und die Eutergesundheit nachgewiesen werden. Wir begrüßen darum auch aus diesem Grund die Anpassung. Die mutter- oder ammengebundene Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben wird auf bio- und Demeter-Betrieben schweizweit bereits praktiziert und unseres Wissens auch toleriert.</p> <p>Die festgehaltene Definition ist aber weiterhin unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p>	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges, regelmässiges Melken gewonnene...

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft v. a. französische und italienische Version.
Art. 33 Abs. 1 Bst. b	Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke (z.B. Eistee) vorgesehen) wird auch damit begründet, dass QUID das dann schon regle. Da es sich aber um kleine Mengen Extrakt handelt, wird die Industrie argumentieren, QUID sei nicht vorgeschrieben. So wird die Information ganz rausfallen. Vorschlag: Artikel umformulieren, so dass er nur für Fertiggetränke gilt.	<sup>1</sup> Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV ist anzugeben: b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee und Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten oder Konzentraten der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter.
Art. 66	Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.	Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziffer 10 aufgeführten Stoffen sein. Die Ziffer 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen ergänzt werden und nicht ersetzt.	10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe einschliesslich Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringingehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 bis	Die neue Formulierung ist missverständlich, da sich die «sonstigen Stoffe» nicht in Anhang 1 befinden.	2 Zulässig ist der Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen nach Anhang 1;
Art. 3	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder eines sonstigen Stoffes im Zutatenverzeichnis wird nicht eingegangen. Es gilt nicht automatisch die VZVM, weil diese gemäss Art. 1 Abs. 3 VZVM nicht für Nahrungsergänzungsmittel gilt.	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen ist einzugehen. Evtl. Verweis auf Art. 6 VZVM.

Anhang 5	In Anhang 5 sind gar keine "sonstige Stoffe" aufgeführt. Der Titel ist nicht zutreffend.	Entweder muss in Anhang 5 die zulässige Form(en) von Lactulose aufgeführt werden oder der Titel ist anzupassen: Zulässige Verbindungen der Vitamine und Mineralstoffe.
----------	--	--

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid nicht vorgesehen ist.</p> <p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, so dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind darum zu hoch. Z.B. für Chips ist das 90ste Perzentil in der CH sicher tiefer als 750 ppb. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein, so dass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1) vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p>	<p>Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>«Richtwerte» sollten tiefer gesetzt werden (z.B. beim 90. Perzentil in der CH Daten oder beim 50. Perzentil der EU Daten).</p>
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	Gar nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist.
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben scheinen von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein: Nach wie vor unklar und nicht geregelt ist: was passiert mit geschützten Health Claims, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss. Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>
Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	<p>Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.</p>	<p>Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."</p>



Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Nicht vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Definitionen fehlen: was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Industrie verwendet dann einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz). Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert: Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 %. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist! Ein Vergleich mit weiteren Marken/Produkten ist auch nicht nötig (Art. 30 LIV), es geht nur um das eigene Produkt. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig extrem zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden, und der Gehalt dann wieder «gesenkt» wird um die Reduktion auszuloben.</p> <p>Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.
Anhang 5 Teil C	<p>Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.</p>	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.

Anhang 9 Ziff. 19	<p>Grundsätzlich wurde die „Befreiung“ von der obligatorischen zur Nährwertdeklaration der EU abgeschrieben. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziff. 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein grosser Unterschied zwischen Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen ... abgegeben werden (einschliesslich handwerklich hergestellter Lebensmittel) und handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden.</p> <p>Ziff. 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziff. 19 Anhang V 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Damit erübrigt sich auch ein vorgesehene Informationsschreiben zum Thema „handwerklich hergestellte Lebensmittel“.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	Anhang 9 Ziff. 19 analog der Anhang V Ziff. 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.
-------------------	---	---

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste werden Fussnoten direkt in Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Art. 9b, Abs. 1 lit. b
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Anhang 1a und Anhang 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1	Es soll der neue Zusatzstoff «niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose» (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmittel in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen werden. Gemäss der zitierten EFSA-Bewertung von 2018 handelt es sich hierbei nicht um Hydroxypropylcellulose (E 463). Gemäss der Verordnung EU 231/2012 handelt es sich um den Zusatzstoff E 463°. Dieser ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet, also kann er auch nicht in der Anwendungsliste Anhang 3 aufgeführt werden.	Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1

	Interessant ist, dass auch in der EU die Verwendung von E 463a nicht zulässig scheint.	
--	--	--

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?</p>	<p>In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).</p> <p>Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.</p>

Art. 2 Abs. 2 Bst. a	<p>Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.</p> <p>Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.</p>	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <i>Anhängen 1 und 2</i> "
Art. 2 <sup>bis</sup>	<p>Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2<sup>bis</sup> zu streichen.</p> <p>Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.</p>	Art. 2 <sup>bis</sup> ist zu streichen.
Art. 2	<p>Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-&gt; Artikel 2bis) oder direkt unter Art. 2 (-&gt; in diesem Fall Erweiterung Titel). Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?</p>	Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separaten Artikel (-> Artikel 2bis) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	<p>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</p> <p>Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.</p>	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	<p>Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen).</p> <p>Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend.</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p>	<p>Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen.</p> <p>"Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht:</p> <p>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</p>



Art 6. Abs. 1	Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben. Macht das Sinn? Aus Sicht des Konsumenten ist doch «Kalium» auch besser verständlich als «Kaliumsalze der Orthophosphorsäure»?	Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.
Art. 6 Abs. 1bis	Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen. Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem). Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.	Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.
Anhang 1	<b>Verbot Anreicherung diverser Mineralstoffe und Vitamine</b> (wie Magnesium, Zink, Fluorid, Vitamin K und Nicotinsäure) Das Verbot der Anreicherung von Lebensmitteln mit diversen Mineralstoffen und Vitaminen gemäss VZVM wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung nur noch bei Milchersatzprodukten zugelassen. Die Einschränkung hinsichtlich Calcium ist nochmals zu überdenken (z.B. in Zusammenhang mit Veganern).	Verbot der Zugabe einzelner Stoffe (wie Magnesium oder Einschränkung bei Calcium auf Milchersatzprodukte) nochmals überdenken und, wo vertretbar, anpassen.
Anhang 1	Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird "Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg" aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.	Vorschlag einer klareren Formulierung: Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin
Anhang 2	<b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b> Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren. So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine,	<b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b>  Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.  In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.

	konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.	
Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>
Anhang 5	<p>Formatierungsfehler in</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: unterhalb Ziffer 1.12 Pantothersäure müssen die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbylpalmitat gelöscht werden</li> <li>Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Überschrift zwischen Kalziumhydroxid und Kalziummalat muss gelöscht werden</li> </ul>	
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. Bei der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zu "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktspezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind. Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p> <p>Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	Art. 4 Abs. 7 Anhang 6

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p> <p>Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30/31 LGV.</p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 4bis, Bst A und 4ter	Die Erhöhung der Transportdauer auf 6 Stunden ist aus unserer Sicht übertrieben (aktuell 2 Stunden), eine Heraufsetzung auf 4 Stunden reicht völlig aus. Zudem steht in Abs. 4bis nicht, wie/ob das Fahrzeug gekühlt werden muss.	...dauert maximal 4 Stunden Abs. 4ter ist entsprechend anzupassen
Art. 30, Abs. 1bis	Die Oberflächentemperatur darf 7°C nicht übersteigen (4bis, b). Wenn eine kontinuierliche Absenkung der Temperatur des Fleisches gewährt werden soll, so darf es höchstens bei 7°C weiterverarbeitet werden (es fehlt eine präzise Temperaturangabe)	Präzise Temperaturangabe
Art. 66 Anhang 1, Teil 3	Anhang 1, Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66, Abs.4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind. In welchem Gefäß sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1, Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäß für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.  Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf <u>herstellende</u> , <u>verarbeitende</u> oder <u>zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.	Anhang 1, Teil 3 – beibehalten – Geltungsbereich streichen – beibehalten Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3

Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66, Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks harmonisierten Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p> <p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung "schöner".</p>	Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.).</p> <p>Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b</p> <p>Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p>	Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden. Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10	Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.	Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung von Art. 10 Abs 1 Bst h der VHyMP in Verbindung mit der Anpassung des Artikels 32 Abs1 der Verordnung über tierische Lebensmittel (VLtH) wurde im Zusammenhang mit der «Legalisierung» der mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben diskutiert und soll nun umgesetzt werden, was wir sehr begrüßen. In den Erläuterungen zu beiden Verordnungsänderungen wird darauf nicht weiter eingegangen. Die mutter- ammengebundene Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben ist aus Sicht des Tierschutzes und der Tiergesundheit sehr zu begrüßen, war aber aufgrund der alten Formulierungen in beiden anfangs erwähnten Verordnungen streng genommen nicht legal. In Untersuchungen der ETH (Marion Zumbrohn, Edna Hillmann; Muttergebundene Kälberaufzucht beim Milchvieh, Masterarbeit 2012) können keine negativen Effekte auf die Lebensmittelhygiene und die Eutergesundheit nachgewiesen werden. Wir begrüßen darum auch aus diesem Grund die Anpassung. Die mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben wird auf Bio- und Demeter-Betrieben schweizweit bereits praktiziert und unseres Wissens auch toleriert.

Wenn das nur einmalige Melken aber einer qualitativen Käseproduktion im Wege stehen sollte, muss das mehrmalige Melken ggf. auf privatrechtlichem Weg eingefordert werden, analog zu den Abweichungen bei der Milchkühlung oder –filterung bei Emmentalerproduktion (u.ä.)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP). Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.	Es ist abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls ist in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (Produktarten 4 und 5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte aber in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.
Art. 14	Im Artikel 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen deklaratorischen Verweis auf die diesbezüglich geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.	Die Absätze 2 und 3 von Art. 14 TBDV sind zu streichen.  Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass der Begriff "öffentliche Bäder" bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen im Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck "Gemeinschaftsbäder" ersetzt werden sollte, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.
Anhang 4	Es besteht Verbesserungsbedarf für den Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind derzeitige Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere	Grundlegende Überarbeitung von Anhang 4 TBDV gemäss Bemerkungen links. Zeitnah eine Revision einleiten.

	<p>sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.</p> <p>Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.</p> <p>Es ist bedauerlich, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die nötigen Anpassungen genutzt wird.</p>	
--	--	--

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagene Neuregelung zur Durchführung nachträglicher grenztierärztlicher Kontrollen durch die zuständige kantonale Behörde im Falle einwandfreier Ware ohne vollständige Traces-Dokumentation wird zur Vermeidung von Food Waste ausserordentlich begrüsst (Art. 82 Abs. 2 EDAV-DS in Verbindung mit Art. 84 Abs. EDAV-DS).

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch dieselbe Klasse	"und Klasse" streichen
17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Sitzung vom

20. August 2019

Mitgeteilt den

20. August 2019

Protokoll Nr.

614

Eidgenössisches Departement  
des Innern (EDI)  
3003 Bern

Per E-Mail an:

[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Mai 2019 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir davon in dem von Ihnen zu Verfügung gestellten, beigeschlossenen Formular Gebrauch.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Beilage: Formular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur EDI  
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV**  
Denrées alimentaires et nutrition

## Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019 Vernehmlassung bis zum 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Dienststelle: Kanton Graubünden  
Kürzel der Firma / Organisation / Dienststelle: GR  
Adresse, Ort: Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit, Planaterrastrasse 11, 7001 Chur  
Ansprechperson: Dr. med. vet. Giochen Bearth  
Telefonnummer: 081 257 24 11  
E-mail: giochen.bearth@alt.gr.ch  
Datum: 15. August 2019

### Wichtige Hinweise :

1. Wir bitten Sie, das Format des Formulars nicht zu ändern.
2. **Bitte eine Linie pro Artikel verwenden.**
3. Bitte stellen Sie Ihre Meinung bis zum 26. August 2019 **im Word Format** an folgende Adresse zu: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3 ; Revision der Verordnungen 2019.....	3
2	BR : Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR : Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung .....	5
4	BR : Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) .....	9
5	BR : Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	18
6	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft. ....	24
7	EDI : Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	25
8	EDI : Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft.....	26
9	EDI : Verordnung über Getränke.....	28
10	EDI : Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	29
11	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten .....	30
12	EDI : Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel.....	31
13	EDI : Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	32
14	EDI : Verordnung über neuartige Lebensmittel.....	33
15	EDI : Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln .....	34
16	EDI : Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln .....	35
17	EDI : Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	36
18	EDI : Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	37
19	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	38
20	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	40
21	EDI : Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	41
22	EDI : Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	42
23	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	43
24	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	44

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019**

Der Kanton Graubünden begrüsst grundsätzlich die mit der vorgeschlagenen Revision einhergehenden Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket, soweit die geforderten Anpassungen und Ergänzungen der entsprechenden Bestimmungen in den verschiedenen Verordnungen vorgenommen werden.

Den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (VSFK) wird nur mit Vorbehalten zugestimmt. Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben sicherzustellen. Ansonsten droht Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst, und zudem wird dies von der Bevölkerung und den Konsumentinnen und Konsumenten erwartet, will heissen, geringere Anforderungen an diese Art der Tötung der Tiere würden nicht verstanden. Daneben muss auch die Ressourcenfrage geregelt sein – der grosse zusätzliche Vollzugsaufwand muss vergütet werden.

Die Anpassungen in der MNKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein. Die Kontrollplanung und -durchführung kann nur zielführend gestaltet werden, wenn eine effiziente Zusammenarbeit zwischen dem Veterinärdienst und der kantonalen Koordinationsstelle und allfälligen weiteren Behörden sichergestellt wird; das Bundesrecht ist somit entsprechend auszugestalten.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkung	Änderungsvorschlag (Text)
37	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b>            Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).            Nach Art. 37 Abs. 5 lit. b LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.</p> <p><b>Beurteilung</b>            Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.            Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.</p>	<p>Art. 37 Abs. 5 lit. b LGV muss gestrichen werden.            Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.</p>

### 3 BR: Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der genannten Verordnung an die Verordnung (EU) 2017/625 scheint unumgänglich. Immerhin wurde eine Projektgruppe geschaffen, um eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung der Kontrolleure und Inspektoren (SR 817.042) und des Begriffs des Assistenten bzw. des amtlichen Tierarztes (SR 916.402) zu schaffen. Tatsächlich schränkt das Verordnungsprojekt die Flexibilität der Kontrollen der Warenlose ziemlich ein und schafft ein abgeschottetes System, welches durch das BLV organisiert und mit den Kantonen finanziert werden muss. Deshalb ist es für die Effizienz nötig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
1 Abs. 1 Bst. a 2 Abs. 1 Bst. f 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen), zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen sind anzupassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	«andere amtliche Tätigkeiten» streichen. Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
7 Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichten Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht</p>	Art. 7 Abs. 2 LMVV ersatzlos streichen

	kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.	
13 Abs. 3	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.</p> <p>Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.</p>	Art. 13 Abs. 3 LMVV ersatzlos streichen
37 Abs. 8	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>
48 und 52	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen, Art. 52 anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien</p>

	<p><b>Beurteilung</b></p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	<p>für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>
23 - 36	<p>Gemäss den Erläuterungen befasst sich das 3. Kapitel sich mit den Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft und von Gebrauchsgegenständen. Diese Kontrollen werden von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) durchgeführt. Die Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln tierischer Herkunft werden in den EDAV-Verordnungen behandelt.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Die Differenzierung zwischen der Kontrolle pflanzlicher Lebensmittel (LMVV) und tierischer Lebensmittel (EDAV) geht aus Art. 23 - 36 nicht hervor.</p>	<p>Im 3. Kapitel deutlich machen, dass es sich mit der Kontrolle pflanzlicher Lebensmittel befasst.</p>

76, 87, 96	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Die Prüfungen zum amtlichen Fachassistenten, zum DAL und DLAL können beliebig oft wiederholt werden.</p> <p><b>Beurteilung</b> Eine beliebig häufige Wiederholung der Prüfung ist nicht zielführend und belastet die Prüfungskommission unnötig.</p>	Bei der bisherigen Regelung bleiben, dass die Prüfung einmal wiederholt werden kann.
83 Abs. 3	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Ein Mitglied der PK begleitet die schriftliche DAL-Prüfung.</p> <p><b>Beurteilung</b> Sollten alle praktischen DAL-Prüfungen durch ein PK-Mitglied begleitet werden müssen, führte das zu einem unverhältnismässigen Aufwand.</p>	«Ein Mitglied der PK <b>kann</b> die Prüfung begleiten.»
98 Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Wer vom Kanton als Kantonschemikerin oder Kantonschemiker oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter gewählt wird und noch nicht im Besitz des DLAL ist, darf bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 leiten.</p> <p><b>Beurteilung</b> Die Beschränkung auf Artikel 70 ergibt keinen Sinn.</p>	«Kantonschemikerinnen oder Kantonschemiker, die gemäss Absatz 1 eingestellt worden sind, dürfen bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 <b>und 79</b> leiten.

#### **4 BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Die vorliegende Revision der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände berücksichtigt insbesondere den internationalen Kontext, aber kaum die nationalen Entwicklungen im Bereich Kontrollen im Landwirtschaftsbereich (Revision der VKKL). Die MNKPV ist in keiner Weise auf die neue VKKL abgestimmt, weder im Aufbau der Verordnung, noch in Bezug auf Terminologie, Kontrollintervall und Kontrollmethodik. Die Koordination der Kontrollen nach MNKPV und VKKL wird an die kantonale Koordinationsstelle delegiert (Art. 11, Abs. 3), was korrekt ist. Die Grundkontrollen nach diesen zwei Verordnungen zu koordinieren wird auf diesen Grundlagen für die kantonalen Koordinationsstellen eine grosse Herausforderung darstellen.

Die Revision der MNKPV lässt den Verdacht aufkommen, dass der Vollzug in der Schweiz in ihrem Geltungsbereich gar nicht vereinheitlicht werden soll. Die Revision beinhaltet sehr viele Ausnahmen und vage Formulierungen, die zusätzlichen Interpretationsspielraum bieten. Das Resultat wird eine uneinheitliche Umsetzung in den Kantonen sein und damit ein uneinheitlicher Vollzug. Ist das zielführend?

Der Aufbau der MNKPV ist unlogisch bzw. schwer verständlich, da die verschiedenen Bereiche und Regelungen über die 25 Artikel und die dazugehörigen Anhänge verschachtelt und aufgeteilt sind. Beispiele sind in den Ausführungen zu einzelnen Artikeln aufgeführt.

Die Mindesthäufigkeit der Kontrollen wurden nur für den Bereich Hygiene in der pflanzlichen Primärproduktion auf acht Jahre gesenkt. Da diese Kontrollen oft mit dem ÖLN kombiniert werden, macht das Sinn. Störend ist aber, dass das Kontrollintervall für die anderen Bereiche nicht erhöht wurde. In der Umsetzung der verschiedenen Kontrollen und in der Koordination der Kontrollen nach VKKL und MNKPV wird dies zu grossen Herausforderungen führen. Ausserdem wird dieser Umstand einen hohen Erklärungs- und Kommunikationsbedarf bei den Betriebsleitern auslösen. Schade ist auch, dass die Vorgaben bezüglich Kontrollmethodik aus der VKKL (Fokuskontrollpunkte) in der MNKPV nicht übernommen wurden. Die Umsetzung der Fokuskontrollpunkte ermöglicht es, den administrativen Aufwand bei den Kontrollen zu reduzieren, ohne die Kontrolltiefe zu verlieren.

Es ist störend, dass eine bessere Abstimmung des nationalen Rechts im Bereich Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben nicht erreicht werden kann. Die Differenzen sind sehr gross. Um den Goodwill der Betriebsleiter nicht zu strapazieren, müssen die Kantone und die Kontrollstellen im Vollzug die Unzulänglichkeiten der MNKPV in der Umsetzung möglichst ausbügeln. Das ist mit viel Aufwand bei den Kontrollen und im Vollzug verbunden. Ein einheitliches Recht würde hier Abhilfe verschaffen.

Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden.

Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
2 Abs. 2 Bst. a Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren.
2 Abs. 2 Bst. h	<b>Inhalt der Neuregelung</b> Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).  <b>Beurteilung</b> Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.	Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.</i> Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.
3	Die Terminologie in der MNKPV stimmt in keiner Weise mit den Begriffen der VKKL überein. Dies wird in den Kantonen bei der Umsetzung, in der Koordination der Kontrollen sowie in der Durchführung der Kontrollen zwischen der Landwirtschaft und dem Veterinärwesen zwangsläufig zu Fragen und Miss-	Die Terminologie in der MNKPV ist mindestens für den Bereich Primärproduktion (Schnittmenge zwischen Landwirtschaft und Veterinärwesen) in der Terminologie in der VKKL anzupassen. Für diesen Bereich können Grundkontrollen und risikobasierte Kontrollen durchge-

	<p>verständnissen führen. Ausserdem wird dies zu einer sehr heterogenen Umsetzung in den verschiedenen Kantonen führen, da der Interpretationsspielraum sehr gross ist.</p> <p>Es wäre zielführend, dass VKKL, MNKPV und auch die harmonisierte Datenauswertung die gleichen Begriffe bezüglich der zusätzlichen Kontrollen verwenden.</p>	führt werden. Nachkontrollen, Verdachtskontrollen, Zwischenkontrollen sind immer auch risikobasierte Kontrollen.
3 Bst. g	<p>Verwaltungskontrolle: Es handelt sich hier um eine Kontrollmethodik und nicht um einen Kontrolltyp. Ausserdem sehen wir den Gewinn der Verwaltungskontrollen für den Betriebsleiter bzw. für den Vollzug nicht. Aus den einzelnen Kontrollbereichen nach Art. 10 müssen gewisse Kontrollpunkte bei jeder Kontrolle vor Ort überprüft werden.</p>	Ersatzlos streichen oder neu in Acontrol als Kontrollgrund führen.
6 Abs. 3	<p>Wenn die Kontrollen gemäss MNKPV und VKKL auf den Landwirtschaftsbetrieben tatsächlich aufeinander abgestimmt werden und entsprechend im Kanton koordiniert werden sollen, muss der MNKP für den Zeitraum von acht Jahren ausgelegt werden. Das Kontrollintervall nach VKKL beträgt neu für alle Kontrollbereiche acht Jahre.</p>	3 Der MNKP wird grundsätzlich für einen Zeitraum <b>von acht Jahren</b> erarbeitet.
7 Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p>	Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV streichen.



	Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.	
7 Abs. 3	"Die übrigen Betriebe" stellen in der gesamten Schweiz das gleiche Risiko dar oder eben auch kein Risiko. Im Hinblick auf die Koordinationsaufgaben würde eine einheitliche Bundesvorgabe wohl auch systemtechnisch einiges vereinfachen. Auf die Koordination der Kontrolle auf diesen Betrieben soll verzichtet werden. Diese Betriebe sollen nach den Kriterien im Art. 8 risikobasiert kontrolliert werden. Der Absatz ist deshalb in Art. 8 zu verschieben.	3 Die übrigen Betriebe werden risikobasiert nach den Kriterien im Art. 8 kontrolliert.
7 Abs. 5	Anhang 1 der MNKPV lässt ein kürzeres Intervall sowieso zu, da die maximale Zeitspanne definiert ist. Dies muss deshalb nicht nochmals erwähnt werden.	Ersatzlos streichen.
7 Abs. 6	Was ist unter schwer zugänglichen Gebieten zu verstehen? Gibt es in der Schweiz überhaupt noch solche Gebiete ausser vielleicht einzelne Sömmungsbetriebe? Die Formulierung lässt viel Interpretationsspielraum und führt damit zu einem uneinheitlichen Vollzug in der Schweiz.	Ersatzlos streichen.
7 Abs. 7	Diese Bestimmung widerspricht der Idee und dem Auftrag, welcher mit einer Grundkontrolle auszuführen ist. Mit der Grundkontrolle soll nach den Erläuterungen ein umfassendes Bild des Betriebs erstellt werden können. Wenn wichtige Elemente nicht überprüft werden konnten, wurde die Grundkontrolle zum falschen Zeitpunkt angesetzt. Wenn wichtige Elemente nach der Durchführung einer Grundkontrolle aus irgendeinem Grund nochmals überprüft werden sollen, soll dies mit einer risikobasierten Kontrolle und nicht mit einer Grundkontrolle (zusätzliche Kontrolle) geschehen. Dies entspricht der Logik und der Terminologie der VKKL.	7 Falls im Rahmen einer Grundkontrolle wichtige Elemente nicht überprüft werden konnten, wird im Allgemeinen eine risikobasierte Kontrolle durchgeführt.
8	Analog der VKKL sollen die Kriterien für risikobasierte Kontrollen aufgeführt werden und nicht die Art der Kontrollen. Die Kriterien müssen auf die VKKL abgestimmt sein.	Risikobasierte Kontrollen 1 Zusätzlich zu den Grundkontrollen werden risikobasierte Kontrollen durchgeführt. Sie werden aufgrund der folgenden Kriterien festgelegt: a. Mängel bei früheren Kontrollen; b. begründeter Verdacht auf Nichteinhaltung von Vorschriften; c. wesentliche Änderungen auf dem Betrieb; d. erhöhtes individuelles Risiko des Betriebs.

8 Bst. a	Es wird ausdrücklich begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	
8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung
9 Abs. 2	Die Formulierung ist unklar. Muss die privatrechtliche Kontrollstelle akkreditiert sein oder muss sie explizit die Kontrollbereiche nach Art. 10 im akkreditierten Bereich haben? In der VKKL ist geregelt, welche Kontrollbereiche nicht im Geltungsbereich der Akkreditierung sein müssen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass alle anderen Bereiche im Geltungsbereich der Akkreditierung sein müssen.	
11 Abs. 1	<p>Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.</p> <p>Diese Bestimmung widerspricht den Aufgaben und der Verantwortung der kantonalen Koordinationsstelle. Die einzelnen Vollzugsstellen können alleine gar nicht sicherstellen, dass auf den Betrieben, nach Möglichkeit nicht mehr als eine Grundkontrolle stattfindet. Der Veterinär kennt die Kontrollplanung der Landwirtschaft nicht und die Landwirtschaft kennt die Kontrollplanung des Veterinärs nicht. Diesen Überblick hat einzig und alleine die kantonale Koordinationsstelle. Deshalb ist diese Aufgabe und diese Verantwortung der kantonalen Koordinationsstelle zuzuweisen.</p>	<p>Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.</p> <p>1 Die <b>kantonalen Koordinationsstellen nach Art. 8 VKKL</b> achten bei der Organisation der Grundkontrollen darauf, dass die Betriebe grundsätzlich nicht mehr als einer Grundkontrolle pro Kalenderjahr unterzogen werden.</p>
11 Abs. 2	Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ...., müssen mit den Grundkontrollen nach ....

	<p>den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u>. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p> <p>Dieser Absatz widerspricht den Vorgaben von Abs. 1. Gemäss Abs. 1 muss die zuständige Vollzugsstelle sicherstellen, dass grundsätzlich nur eine Grundkontrolle pro Jahr auf dem Betrieb durchgeführt wird. Nach Art. 2 müssen die Kontrollen nach Art. 10 der MNKPV dennoch mit den Kontrollen im Geltungsbereich der VKKL koordiniert werden.</p>	<p>Wenn Abs. 1 nach unserem Vorschlag angepasst wird, würde die Formulierung im Abs. 2 stimmen, ansonsten nicht.</p>
11 Abs. 3	<p>Präzisierung: Die kantonalen Koordinationsstellen stellen nur die Koordination der Grundkontrollen nach Abs. 2 sicher, und nicht aller Kontrollen, die in der MNKPV aufgeführt sind.</p>	<p>3 Die kantonalen Kontrollkoordinationsstellen nach Art. 8 VKKL stellen die Koordination der <b>Grundkontrollen</b> nach Abs. 2 sicher.</p>
12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird.</p> <p>Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	<p>Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.</p>
13 Abs. 1 und 2	<p>Redaktionelle Anpassungen</p>	<p>1 ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt. 2 Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...</p>

13 Abs. 2	In der Formulierung hat es einen Fehler.	2 Die Häufigkeit <b>dieser Zwischenkontrollen</b> wird von der zuständigen Behörde risikobasiert festgelegt. Die Zwischenkontrolle hat keinen Einfluss auf die Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen.
14 Abs. 1	Unangemeldete Grundkontrollen im Bereich Primärproduktion erachten wir als wenig zielführend. Anlässlich dieser Grundkontrollen müssen viele Dokumente (auf drei Jahre: Futterzu-/verkäufe, Behandlungsjournal, Inventarliste, Begleitdokumente, Betriebsbesuche, Melkmaschinenservice, Euterkontrollen, Quellwasserprobe. Aktuell: Tierverzeichnisse, Pferdepässe, Sachkundenachweis) überprüft werden, welche oft nicht auffindbar sind, wenn der Kontrolleur unangemeldet auf dem Betrieb erscheint. Die Grundkontrollen sollen angemeldet durchgeführt werden. Wenn dabei der Verdacht besteht, dass der Betrieb die Richtlinien nicht einhält, sollen unangemeldete risikobasierte Kontrollen im Bereich Primärproduktion durchgeführt werden.	1 In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen <b>nach Art. 8</b> unangemeldet durchgeführt.
Art. 14 Abs. 2	Unangemeldete Kontrollen in der pflanzlichen Primärproduktion bringen keinen Mehrwert. Ausserdem erfolgen diese Kontrollen oft zusammen mit dem ÖLN. Die ÖLN-Kontrollen müssen angemeldet werden, da viele Aufzeichnungen überprüft werden müssen.	Ersatzlos streichen.
14 Abs. 3	Die Zahl der unangemeldeten Kontrollen berechnet sich wahrscheinlich nach der Gesamtzahl aller durchgeführten Kontrollen nach Art. 10 der MNKPV, mit Ausnahme der Verwaltungskontrollen.  Der Anteil der unangemeldeten Kontrollen muss pro Jahr erfüllt werden, und nicht über vier Jahre. Die Erfüllung des Anteils unangemeldeter Kontrollen über vier Jahre wäre ein Systemwechsel. Das ist kompliziert und wenig zielführend.	3 Die Zahl der unangemeldeten Kontrollen berechnet sich nach der Gesamtzahl aller durchgeführten Kontrollen nach Art. 10.
15	Unnütze doppelte Erfassungen sind zu vermeiden. Soweit aktuell alle Kontrollresultate in Acontrol migriert werden, ist eine zusätzliche Erfassung in Asan überflüssig.	Streichen von Art. 15 Abs. 1 Bst. b.
16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb „offensichtlich“ zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	«offensichtlich» streichen.
17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein	In Absprache mit den kantonalen Behörden kann das BLV

	Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	
Abs. 17 Abs. 3	Es ist unverständlich, dass die Kantone dennoch bei 20 Prozent der Kontrollen von en Vorgaben des Schwerpunktprogramms abweichen können. Bei welchen Kontrollen und in welchen Situationen dürfen die Kantone abweichen?	Abs. 3 ersatzlos streichen.
19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzu-beziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhö-rung der Kantone Daten,.....
20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen ein-gereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmungen etc.) sa-gen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren
25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird aus-drücklich begrüsst.	
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.1.1	Das Kontrollintervall auf acht Jahre zu erhöhen ist in Ordnung. Die Betriebe ohne offene Ackerfläche und ohne Spezialkulturen sollen von diesen Kontrol-len befreit werden, da es auf diesen Betrieben im Bereich pflanzliche Primär-produktion nichts zu kontrollieren gibt bzw. die Punkte bereits in der tieri-schen Primärproduktion abgedeckt sind.	Ganzjahresbetrieb mit pflanzlicher Produktion mit einer offenen Ackerfläche von über 1 Hektare oder mit über 50 Aren an Spezialkulturen (Kontrolle der pflanzlichen Produktion)
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.2	In den kantonalen Agrarinformationssystemen wird die jährliche Produktion der Fischhaltungen nicht geführt, sondern nur, welche Fischart der Betrieb hält. Die Auswahl der Betriebe nach jährlicher Produktion ist somit gar nicht möglich.	Für die Auswahl der Betriebe fehlt im Moment schlicht-weg die Datengrundlage.
Anhang 1, Liste 2 Ziff 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von einem Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) wird ausdrücklich begrüsst. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen. Allerdings bedarf es einer re-daktionellen Anpassung der Ziff. 2.10, da der Begriff «kein» missverstanden werden kann. Besser ist der Begriff «ausser».	2.10 Schlachthof, <b>ausser</b> Geflügelschlachthof, und Be-trieb mit ...
Anhang 1, Liste 3	Zeitspanne überall auf vier Jahre festlegen.	Ersetzen mit vier.

A 202, A 204, A 205		
Ergänzung : NFUP	<p>Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert.</p> <p>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</p>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend erwähnt stimmt der Kanton Graubünden der Hof- und Weideschlachtung unter der Voraussetzung zu, dass weitere Anpassungen im Verordnungstext vorgenommen werden.

Bei einer Einführung sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben – und wie von der Bevölkerung und Gesellschaft (Konsumentinnen und Konsumenten) erwartet – zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst. Auch Konsumentinnen und Konsumenten könnten sich als getäuscht oder als in die Irre geführt vorkommen.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können, begrüßen wir ausdrücklich, ist es nämlich eine absolute Notwendigkeit. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Bst. q und r	Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt bzw. präzisiert werden, so dass klargestellt ist, dass nur die Betäubung/Entblutung auf dem Hof oder der Weide, die weiteren Schlachtschritte jedoch nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen. Durch die Benutzung des Begriffs «Schlacht ung» wird suggeriert, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Dem ist aber nicht so, sondern nur die Betäubung/Tötung erfolgt dort. Deshalb ist der Begriff zwingend genauer zu definieren. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff «Hausschlachtung», welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet	<i>Hofschlacht ung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden.
Bst. k	Im Zusammenhang mit der Hof- und Weideschlachtung sollte der Begriff «mobile Schlachteinheit» in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies in Zukunft ein gängiges Modell sein wird: der erste Teil der Schlachtung, nämlich die Betäubung/Entblutung, erfolgt auf der Weide oder dem Hof, der zweite Teil in einer solchen mobilen Anlage. Dieses Modell fällt derzeit zwischen die bestehenden bzw. neu vorgesehenen Bewilligungstatbestände, sofern man es nicht bereits als «Schlachtbetrieb» gemäss Definition in der VSFK erachtet. Wichtig ist, dass die mobile Schlachthanlage die gleichen Voraussetzungen zu erfüllen hat wie andere Schlachtbetriebe. Die neuartige Erscheinung der mobilen Schlachteinheit	<i>Weideschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden.  <i>Bst k. Mobile Schlachteinheit:</i> Schlachtbetrieb: Betrieb zum Schlachten von Tieren oder zum Gewinnen von Fleisch von anderen Tieren als Säugetieren und Vögeln; eine mobile Schlachteinheit, in der nach dem Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand oder auf der Weide die weiteren Schlachtschritte stattfinden, gilt auch als Schlachtbetrieb.

	kann folglich so gelöst werden, dass man diese Erscheinung explizit per Definitionem als Schlachtbetrieb betrachtet, so dass die Bestimmungen für Schlachtbetriebe automatisch anwendbar sind.	
6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
9a Abs. 1	Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter vier Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen. Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner als vier Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.	...die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter vier Monaten.
9a Abs. 2 und 9a Abs. 2a (neu)	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachtanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsauflagen gemäss Bst. a. bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Die vorgeschlagene Formulierung/Regelung ist als ungenügend zurückzuweisen. Wird geprüft, welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung des BLV über den Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein und folglich klarerweise auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, so ist festzustellen, dass einerseits viele verschiedene Aspekte vom Entwurf nicht erfasst sind und andererseits verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a. bis c. als «Auflage» formuliert werden können. Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung, Anwendung finden und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Ohnehin ist festzuhalten, dass in der Verordnung keine «individuell konkrete Bewilligungsauflagen» zu formulieren sind, sondern die	2 Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. <i>Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn insbesondere</i> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die tierschutzrechtlichen Anforderungen an die Betäubung und Entblutung der Tiere eingehalten werden</li> <li>- die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden und</li> <li>- die Tiere nach dem Entbluten unmittelbar und höchstens innert 45 Minuten in einem zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb fertig geschlachtet werden.</li> </ul> <i>2a Die zuständige kantonale Behörde kann zur Sicherstellung des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene in der Bewilligung weitere Auflagen verfügen.</i>



	<p>generell-abstrakten Voraussetzungen für die Bewilligung; Auflagen werden im konkreten Einzelfall in der Verfügung formuliert. Zusammengefasst fehlen im Entwurf viele Voraussetzungen, und gemäss Formulierung wäre die Kompetenz für weitere Auflagen nicht gegeben.</p> <p>Dabei ist es ein Muss, dass alle Tierschutz- und Hygienevorgaben in Bezug auf das Schlachten bzw. auf das Betäuben/Entbluten auch für die Hof- und Weideschlachtung zu gelten haben. Das hohe Niveau diesbezüglich in unserem Land darf nicht ausgehöhlt werden. Das würde das Vertrauen in die Behörden schwächen und von der Bevölkerung nicht verstanden.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtungen die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen, und der Kanton darf überdies keine Auflage dazu machen. Das ist klar abzulehnen. Auch bei der Weideschlachtung haben zwar Jäger zu schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Des Weiteren ist fraglich, wer «Jäger» ist. Es ist keine Definition von Jäger vorhanden, und in der Schweiz gibt es viele verschiedene Jagdsysteme, weshalb die vorgeschlagene Regelung nicht zielführend ist. Im Kanton Graubünden gibt es bekanntlich viele Jäger, weshalb die Im Kanton ist jedes Jahr ein Patent für die Jagd zu lösen; für das Patent bedarf es einer Ausbildung und der Erfüllung der jährlichen Schiesspflicht (Treffsicherheit, Einschiessen der Waffe) – Jäger kann also nur derjenige sein, der im selben Jahr oder im Vorjahr des Weideschusses das Patent gelöst (und damit den jährlich zu erbringenden Nachweis der Treffsicherheit erbracht) hat. Wird auf den Begriff Jäger verzichtet und stattdessen auf den Begriff «fachkundige Person» gemäss Art. 177 TSchV abgestützt, so bleibt es im Ermessen der Behörde, wer als solche zu gelten hat – im Kanton z.B. ein Jäger, der in den letzten Jahren aktiv war und das Patent gelöst hatte.</p>	
--	---	--

	<p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht, wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt, per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Schliesslich ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb, der die restlichen Schlachtschritte vornimmt, so örtlich gelegen ist und so betrieben wird (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist (45 Minuten gemäss Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten). Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag von Abs. 2 und 2a.</p> <p>Zusammengefasst kommen als Auflagen im Sinn von Art. 9a Abs. 2a vor allem infrage</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt sind zu überprüfen und Sofortmassnahmen sicherzustellen</li> <li>- Zuhanden der Behörden ist schriftlich festzuhalten, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</li> <li>- Festhalten des Zeitpunkts der Betäubung und Entblutung im Begleitdokument</li> <li>- Auffangen des Stichbluts Verbringen in den Schlachtbetrieb zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb.</li> </ul> <p>Werden die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung des BLV über den Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf der Ebene von «Technischen Weisungen» ist</p>	
--	--	--

	nicht ausreichen und bietet vor allem nicht die genügende Rechtssicherheit, was aber in diesem vor allem auch emotionalen Thema wichtig ist.	
9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben muss im – auch gesellschaftlich heiklen – Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	Bei der Weideschlachtung muss <i>das Betäuben</i> und Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <i>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und Entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</i> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.
28 Abs. 1 und 2	Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüßen wir die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlacht tierkörpern und Teilen <i>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten</i> .
52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar und keinesfalls gerechtfertigt. Entsprechend ist der Begriff «Abschuss» durch «Betäubung» zu ersetzen, womit im Übrigen die Terminologie auch mit der Terminologie in der Definition (wo auch bei der Weideschlachtung von Betäubung gesprochen wird) in Einklang gebracht wird.	2. für die Schlacht tieruntersuchung bei Weide- und Hofschlachtungen und für die Anwesenheit während <i>des Betäubens</i> und Entblutens der Tiere bei dieser Schlachtung.
53 Abs. 1 Bst. i	Die Bestimmung muss im Sinn des obenstehenden Antrags zu Art. 9a Abs.3 ergänzt werden.	i. überwachen bei einer Weide- und Hofschlachtung <i>das Betäubung Entbluten</i> des Tiers.
60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlacht tier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schlacht tier; oder
60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerecht-	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.–

	fertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	
60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart). Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	5 Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung <del>unabhängig von der Tierart</del> zwischen drei und <del>sechs</del> -zehn Rappen pro...
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung. Die Gebühr muss aber auch für die Überwachung der Hofschlachtung gelten sowie für alle amtlichen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der mobilen Schlachteinheiten.	1 Die Kantone können für die Überwachung einer Weide- oder Hofschlachtung sowie für die amtlichen Aufgaben im Zusammenhang mit mobilen Schlachteinheiten eine Gebühr zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte und zwischen 60 und 100 Franken pro Stunde für die amtlichen Fleischassistentinnen und -assistenten Schlacht- und Fleischuntersuchung festsetzen.
61 Abs. 2	Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden, so wie in den Erläuterungen beschrieben.  Daneben muss diese Regel auch für die Gebühren gemäss Art. 61 Abs. 1 gelten. Es geht nicht an, dass ausserhalb von 6-18 Uhr geringere Gebühren erhoben werden dürfen als innerhalb dieser Zeiten.	2 Sie können ... Freitag, 6–18.00 Uhr höhere ... der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 sowie Artikel 61 Absatz 1 nicht ...
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt (SV; SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.

**6 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**7 EDI: Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 8 EDI: Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécanique</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes.</li> </ul> <p>Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch, um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</p>	Eine weniger negativ behaftete Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p> <p>In beiden Fällen wir befürchtet, dass sich die Gewinnung von Milch stillender Tiere negativ auf die Hygiene der Milch auswirken könnte.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	<p>Die Bedeutung der beiden Änderungen ist nicht gleichzusetzen und sollte daher getrennt behandelt werden:</p> <p>Die Änderung von VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H würde Monotraite ermöglichen (Einmal Melken pro Tag ohne paralleles Stillen), welches auf Alpen von Bedeutung sein kann und durch Agroscope untersucht wurde.</p> <p>Die Änderung von VLtH Art. 32 Abs. 1 hingegen betrifft die muttergestützte Kälberaufzucht mit den Auswirkungen auf die Hygiene der Milch. Wenn zur Verkehrsmilchproduktion paralleles Stillen nicht möglich sein soll, wäre es zielführend dies explizit so zu schreiben.</p>	
76 Abs. 1 (bisher)	<p>In Art. 76 VLtH wird bei der übrigen Kennzeichnung von Butter u. a. auf Art. 41 Abs. 1 verwiesen. Art. 41 Abs. 1 verlangt die Angabe des <b>Fettgehaltes im Milchanteil</b>.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Der <b>Fettgehalt im Milchanteil</b> ist etwas anderes als der <b>Milchfettgehalt</b>. Zum Beispiel wird für einen Joghurt der Fettgehalt im Milchanteil mit 3,5 % angegeben, d.h. die für den Joghurt verwendete Milch hat einen Fettgehalt von 3,5 %. Da für die Herstellung von Butter aber Rahm statt Milch verwendet wird (siehe Art. 74), ist für Butter die Angabe des Fettgehalts im Milchanteil unsinnig. Stattdessen wird in Art. 73 ein <b>Mindestmilchfettgehalt</b> in Butter und ähnlichen Erzeugnissen verlangt. Somit sollte Art. 76 korrekterweise heissen, dass in Abweichung zu Art. 41 Abs. 1 und in Anlehnung an Art. 73 anstelle des Fettgehaltes im Milchanteil der <b>Milchfettgehalt</b> als "Gramm pro Kilogramm", "Gramm pro 100 Gramm" oder als Prozentangabe ("%") anzugeben ist.</p>	<p>«In Abweichung von Art. 41 Abs. 1 ist der Milchfettgehalt in "Gramm pro Kilogramm", "Gramm pro 100 Gramm" oder als Prozentangabe ("%") anzugeben. Zusätzlich ist der Hinweis "vor Licht geschützt aufbewahren" anzubringen.»</p>



## 9 EDI: Verordnung über Getränke

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4 (bisher)	Die Bestimmungen für Mineralwasser sollten auch für offen abgegebenes Mineralwasser gelten. Der zweite Satz «Natürliches Mineralwasser kann als Zutat in einem Lebensmittel auch offen abgegeben werden» macht absolut keinen Sinn.	«Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für natürliches Mineralwasser, das a) in Behältnisse abgefüllt oder offen als Lebensmittel an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben wird; b) für die Verwendung als Zutat in einem Lebensmittel in Tankwagen transportiert wird.»
7 Abs. 3 (bisher)	Sätze zwei und drei sollten grammatikalisch zusammengefasst werden.	«Der Transport in Tankwagen ist nur gestattet für die Verwendung von natürlichem Mineralwasser als Zutat in einem Lebensmittel.»
9 Abs. 3 Bst. e und f	Die Revision sieht hier keine neue Bestimmung, sondern lediglich eine leicht angepasste Formulierung vor. Es ist nicht einzusehen, warum dies exklusiv für Calcium und Magnesium, aber nicht für die anderen Stoffe wie Natrium, Eisen, Fluor etc. gelten sollten.	Entweder bei der bisherigen Formulierung bleiben oder die Formulierung für alle unter Art. 9 Abs. 3 aufgeführten Mineralien ändern.
14 Abs. 2 (bisher)	<b>Inhalt der Neuregelung</b> Flaschen mit der Sachbezeichnung «Quellwasser» können unter dem gleichen Fantasienamen in den Handel gebracht werden, auch wenn die durch ihre Herkunft bedingte charakteristische mineralische Zusammensetzung unterschiedlich ist.  <b>Beurteilung</b> Diese Möglichkeit besteht auch für Mineralwasser, auch wenn sie im Kapitel 1 nicht explizit erwähnt wird (bspw. Mineralwasser SASKIA von Lidl mit ganz unterschiedlichen Quellorten wie Lönigen, Wörth etc.). Der bisherige Art. 14 Abs. 2 Satz 1 ist diesbezüglich falsch. Entscheidend ist aber, dass gemäss Art. 15 Abs. 1 analog zu natürlichem Mineralwasser für Quellwasser der Quellname und der Quellort angegeben werden müssen. Insofern ist Art. 14 Abs. 2 überflüssig.	Art. 14 Abs. 2 streichen
Anhang 2	Einführung der <b>Inkubationszeit</b> und -temperatur für Mineral- und Quellwasser. In der TBDV Anhang 1 wird für Trinkwasser indessen von <b>Bebrütungszeit</b> und -temperatur gesprochen.	In Analogie zu Trinkwasser Beibehaltung der Terminologie Bebrütungszeit und -temperatur

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

## 11 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4 Abs. 1 (bisher)	<p>«Bei getrockneten, verdünnten, verarbeiteten oder aus mehr als einer Zutat zusammengesetzten Lebensmitteln sind <b>die festgelegten Höchstgehalte</b> unter Berücksichtigung der nachfolgenden Kriterien zu bestimmen [...]»</p> <p><b>Beurteilung</b>  Wie soll man festgelegte Höchstgehalte bestimmen, wenn sie ja schon festgelegt sind. Sollte es nicht vielmehr heissen «... sind die festzulegenden Höchstgehalte [...] zu bestimmen»?  Zudem wird Art. 4 Abs. 1 durch Art. 5 Abs. 1 ad absurdum geführt, wonach Lebensmittel weder in Verkehr gebracht noch als Lebensmittelzutat verwendet werden dürfen, wenn sie einen Kontaminanten enthalten, der den Höchstgehalt nach den Anhängen 1-10 überschreitet.</p>	Art. 4 Abs. 1 präzisieren
Anhang 2 (bisher)	Unter der Summe der Aflatoxine wird an drei Positionen auf getrocknete Feigen Bezug genommen, und zwar einmal bei getrockneten Feigen (10 µg/kg) und zweimal bei Trockenobst (10 und 4 µg/kg). Eine Logik dahinter ist schwer erkennbar.	Die Darstellung der Höchstwerte für getrocknete Feigen präzisieren.
Anhang 3 (bisher)	Wie die diesjährige Schwerpunktprogramm SPP 2019_4 des BLV aufzeigte, wurde es versäumt, für Sportlernahrung Höchstgehalte betreffend Blei, Cadmium, Quecksilber etc. festzulegen.	In Anhang 3 Höchstwerte für Sportlernahrung festlegen

## 12 EDI: Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Aktualisierung dieser Verordnung, dies insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Vermehrung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln, was den Konsumenten leicht täuschen könnte.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
5 Abs. 1 Bst. c	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> «Bei gesundheitsbezogenen Angaben besteht die mündliche Informationspflicht nach Artikel 34 Absatz 1 Buchstaben a und b nur, sofern die gesundheitsbezogene Angabe schriftlich vorliegt.»</p> <p><b>Beurteilung</b> Schon des bisherige Art. 5 Abs. 1 Bst. c war schwer verständlich, und auch die neue Formulierung lässt offen, was eigentlich gemeint ist.</p>	Art. 5 Abs. 1 Bst. c streichen

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

**15 EDI: Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und 2 <sup>bis</sup>	Die Aufteilung führt zu einer Verschlechterung, da die in Abs. 2 erwähnten <b>sonstigen Stoffe</b> weder in Anhang 1 (Bst. a) aufgeführt werden noch zu den neuartigen Lebensmitteln (Bst. b) zu rechnen sind.	Art. 2 belassen, nicht aufteilen



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von sechs Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht zwei Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von vier Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4 <sup>bis</sup> 4h einsetzen. Abs. 4 <sup>ter</sup> streichen.
29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4 <sup>bis</sup> Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilen Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1 <sup>bis</sup> Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.
30 Abs. 1bis	In Europa beträgt die maximale Lufttemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <i>Lufttemperatur aber maximal 12°C<sub>e</sub></i>
32	Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten. - in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement à basse pression</i> , <i>abgekürzt</i> VSM - auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i> , MSM - auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes.	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.

	Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.	
54 Abs. 3 (bisher)	<p>Man darf Eier im Laden bis 21 Tage nach dem Legen abgeben (Art. 54 Abs. 3 HyV), das Mindesthaltbarkeitsdatum darf aber bis 28 Tage nach dem Legen lauten (Art. 92 Abs. 4 VLtH).</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Es ist nicht nachvollziehbar, warum trotz Festlegung einer maximalen Mindesthaltbarkeit zusätzlich noch eine maximale Abgabefrist definiert werden muss.</p>	Art. 54 Abs. 3 streichen

<b>20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir lehnen die Revision ab.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p>Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.</p> <p>VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H und VLtH Art. 32 Abs. 1:</p> <p>In beiden Fällen wird befürchtet, dass sich die Gewinnung von Milch stillender Tiere negativ auf die Hygiene der Milch auswirken könnte.</p> <p>Die Bedeutung der beiden Änderungen ist nicht gleichzusetzen und sollte daher getrennt behandelt werden:</p> <p>Die Änderung von VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H würde Monotraite ermöglichen (Einmal Melken pro Tag ohne paralleles Stillen), welches auf Alpen von Bedeutung sein kann und durch Agroscope untersucht wurde.</p> <p>Die Änderung von VLtH Art. 32 Abs. 1 hingegen betrifft die muttergestützte Kälberaufzucht mit den Auswirkungen auf die Hygiene der Milch. Wenn zur Verkehrsmilchproduktion paralleles Stillen nicht möglich sein soll, wäre es zielführend dies explizit so zu schreiben.</p>	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4 Abs. 5 (bisher)	Der bisherige Artikel 48 Absatz 2 LGV wird gestrichen, da bereits in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c LGV ausgeschlossen. Demnach gelten ortsfeste Wasserversorgungsanlagen wie Trinkwasserleitungen nun wieder als Bedarfsgegenstände, womit Artikel 4 Absatz 5 TBDV hinfällig wird.	Artikel 4 Absatz 5 TBDV streichen, eventuell diesbezüglich Anhang 2 TBDV anpassen (Parameter: Stoffe gemäss Anhang 2 der Bedarfsgegenständeverordnung)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Das Bund wird wegen einer Anpassung in der EU die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei den Kanton nach sich ziehen wird. Das ist stossend. Der Bund hat zu prüfen, ob im Gegenzug eine Entlastung der Kantone andernorts erfolgen kann.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse	"und Klasse" streichen
17 Abs. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Commentaire / remarques	Änderungsvorschlag (Text)

**per E-Mail**  
lmr@blv.admin.ch

Glarus, 20. August 2019  
Unsere Ref: 2019-293

**Vernehmlassung i. S. Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und verweisen gerne auf die beiliegende Stellungnahme vom 2. August 2019 des Amts für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Graubünden, das auch den Vollzug des Lebensmittelrechts im Kanton Glarus gewährleistet.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**



Dr. Andrea Bettiga  
Landammann



Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

Beilage:

- Stellungnahme ALT vom 2. August 2019

E-Mail an (PDF- und Word-Version): lmr@blv.admin.ch

versandt am: **20. Aug. 2019**



## Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019 Vernehmlassung bis zum 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Dienststelle: Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Graubünden  
Kürzel der Firma / Organisation / Dienststelle: ALT  
Adresse, Ort: Planaterrastrasse 11, 7001 Chur  
Ansprechperson: Dr. med. vet. Giochen Bearth  
Telefonnummer: 081 257 24 11  
E-mail: [giochen.bearth@alt.gr.ch](mailto:giochen.bearth@alt.gr.ch)  
Datum: 2. August 2019

### Wichtige Hinweise :

1. Wir bitten Sie, das Format des Formulars nicht zu ändern.
2. **Bitte eine Linie pro Artikel verwenden.**
3. Bitte stellen Sie Ihre Meinung bis zum 26. August 2019 **im Word Format** an folgende Adresse zu: [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3 ; Revision der Verordnungen 2019.....	3
2	BR : Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR : Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung .....	6
4	BR : Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) .....	10
5	BR : Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	20
6	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft. ....	25
7	EDI : Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	26
8	EDI : Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft.....	27
9	EDI : Verordnung über Getränke.....	29
10	EDI : Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	31
11	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten .....	32
12	EDI : Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel.....	33
13	EDI : Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	34
14	EDI : Verordnung über neuartige Lebensmittel.....	35
15	EDI : Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln .....	36
16	EDI : Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln .....	37
17	EDI : Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	38
18	EDI : Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	39
19	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	40
20	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	42
21	EDI : Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	43
22	EDI : Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	44
23	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	45
24	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	46

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit GR (ALT) begrüsst grundsätzlich die mit der vorgeschlagenen Revision gemachten Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket.

Trotz des Volumens des sich in der Vernehmlassung befindenden neuen Pakets Stretto 3 (464 Seiten) berücksichtigt das ALT alle wesentlichen Artikel der Verordnungen im Rahmen seines Verantwortungsbereichs.

Den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (VSFK) stimmt das ALT grundsätzlich zu. Der zu erwartende erhöhte Vollzugsaufwand kann aber mit den bestehenden Ressourcen nicht bedingt bewältigt werden.

Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Anpassungen in der MNKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein. Zusätzlich ist das ALT überzeugt, dass in diesem Bereich nur eine effiziente Zusammenarbeit mit der kantonalen Koordinationsstelle zielführend ist.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Das ALT ist definitionsgemäss gegen die Verwendung von genetisch veränderten Organismen und begrüsst die spezifische Kennzeichnung solcher Zusammensetzungen.

Ebenso müssen sich die Mindestgehalte an Fleisch einer bestimmten zugelassenen Gattung auf die Hamburger erstrecken. Es darf nicht die Möglichkeit bestehen, dass diese als Vegi-Burger deklariert werden, was Verwirrung stiften kann (Täuschung), siehe Bewilligung neuartiger Lebensmittel, Art. 16 & 17 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkung	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 37	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p>	<p>Art. 35 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.</p> <p>Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.</p>

	<p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.</p>	
--	--	--

### 3 BR: Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der genannten Verordnung an die Verordnung (EU) 2017/625 scheint unumgänglich. Immerhin wurde eine Projektgruppe geschaffen, um eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung der Kontrolleure und Inspektoren (SR 817.042) und des Begriffs des Assistenten bzw. des amtlichen Tierarztes (RS 916.402) zu schaffen. Bei den beiden oben Genannten handelt es sich um Verordnungen des Bundesrates. Tatsächlich schränkt das Verordnungsprojekt die Flexibilität der Kontrollen der Warenlose ziemlich ein und schafft ein abgeschottetes System, welches durch das BLV organisiert und mit den Kantonen finanziert werden muss. Deshalb ist es für die Effizienz nötig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. F, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	«andere amtliche Tätigkeiten» streichen. Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
Art. 7, Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig <b>Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen</b> sowie <b>Art und Anzahl ergriffener Sanktionen</b> veröffentlicht werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der</p>	Art. 7 Abs. 2 LMVV ersatzlos streichen



	<p>aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.</p>	
13, Abs. 3	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.</p> <p>Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.</p>	Art. 13 Abs. 3 LMVV ersatzlos streichen
37, Abs. 8	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>

	so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.	
48 und 52	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen, Art. 52 anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.	
23 - 36	<p>Gemäss den Erläuterungen befasst sich das 3. Kapitel sich mit den Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft und von Gebrauchsgegenständen. Diese Kontrollen werden von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) durchgeführt. Die Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln tierischer Herkunft werden in den EDAV-Verordnungen behandelt.</p> <p><b>Beurteilung</b> Die Differenzierung zwischen der Kontrolle pflanzlicher Lebensmittel (LMVV) und tierischer Lebensmittel (EDAV) geht aus Art. 23 - 36 nicht hervor.</p>	Im 3. Kapitel deutlich machen, dass es sich mit der Kontrolle pflanzlicher Lebensmittel befasst.
76, 87, 96	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Die Prüfungen zum amtlichen Fachassistenten, zum DAL und DLAL können beliebig oft wiederholt werden.</p> <p><b>Beurteilung</b> Eine beliebig häufige Wiederholung der Prüfung ist nicht zielführend und belastet die Prüfungskommission unnötig.</p>	Bei der bisherigen Regelung bleiben, dass die Prüfung einmal wiederholt werden kann.
83, Abs. 3	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Ein Mitglied der PK begleitet die schriftliche DAL-Prüfung.</p> <p><b>Beurteilung</b> Sollten alle praktischen DAL-Prüfungen durch ein PK-Mitglied begleitet werden müssen, führte das zu einem unverhältnismässigen Aufwand.</p>	«Ein Mitglied der PK <b>kann</b> die Prüfung begleiten.»
98, Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> Wer vom Kanton als Kantonschemikerin oder Kantonschemiker oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter gewählt wird und noch nicht im Besitz des DLAL ist, darf bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 leiten.</p> <p><b>Beurteilung</b> Die Beschränkung auf Artikel 70 ergibt keinen Sinn.</p>	«Kantonschemikerinnen oder Kantonschemiker, die gemäss Absatz 1 eingestellt worden sind, dürfen bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 <b>und 79</b> leiten.

#### **4 BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Die vorliegende Revision der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände berücksichtigt insbesondere den internationalen Kontext, aber kaum die nationalen Entwicklungen im Bereich Kontrollen im Landwirtschaftsbereich (Revision der VKKL). Die MNKPV ist in keiner Weise auf die neue VKKL abgestimmt, weder im Aufbau der Verordnung, noch in Bezug auf Terminologie, Kontrollintervall und Kontrollmethodik. Die Koordination der Kontrollen nach MNKPV und VKKL wird an die kantonale Koordinationsstelle delegiert (Art. 11, Abs. 3), was korrekt ist. Die Grundkontrollen nach diesen zwei Verordnungen zu koordinieren wird auf diesen Grundlagen für die kantonalen Koordinationsstellen eine grosse Herausforderung darstellen.

Die Revision der MNKPV lässt den Verdacht aufkommen, dass der Vollzug in der Schweiz in ihrem Geltungsbereich gar nicht vereinheitlicht werden soll. Die Revision beinhaltet sehr viele Ausnahmen und vage Formulierungen, die zusätzlichen Interpretationsspielraum bieten. Das Resultat wird eine uneinheitliche Umsetzung in den Kantonen sein und damit ein uneinheitlicher Vollzug. Ist das zielführend?

Der Aufbau der MNKPV ist unlogisch bzw. schwer verständlich, da die verschiedenen Bereiche und Regelungen über die 25 Artikel und die dazugehörigen Anhänge verschachtelt und aufgeteilt sind. Beispiele sind in den Ausführungen zu einzelnen Artikeln aufgeführt.

Die Mindesthäufigkeit der Kontrollen wurden nur für den Bereich Hygiene in der pflanzlichen Primärproduktion auf acht Jahre gesenkt. Da diese Kontrollen oft mit dem ÖLN kombiniert werden, macht das Sinn. Störend ist aber, dass das Kontrollintervall für die anderen Bereiche nicht erhöht wurde. In der Umsetzung der verschiedenen Kontrollen und in der Koordination der Kontrollen nach VKKL und MNKPV wird dies zu grossen Herausforderungen führen. Ausserdem wird dieser Umstand einen hohen Erklärungs- und Kommunikationsbedarf bei den Betriebsleitern auslösen.

Schade ist auch, dass die Vorgaben bezüglich Kontrollmethodik aus der VKKL (Fokuskontrollpunkte) in der MNKPV nicht übernommen wurden. Die Umsetzung der Fokuskontrollpunkte ermöglicht es, den administrativen Aufwand bei den Kontrollen zu reduzieren, ohne die Kontrolltiefe zu verlieren.

Es ist störend, dass eine bessere Abstimmung des nationalen Rechts im Bereich Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben nicht erreicht werden kann. Die Differenzen sind sehr gross. Um den Goodwill der Betriebsleiter nicht zu strapazieren, müssen die Kantone und die Kontrollstellen im Vollzug die Unzulänglichkeiten der MNKPV in der Umsetzung möglichst ausbügeln. Das ist mit viel Aufwand bei den Kontrollen und im Vollzug verbunden. Ein einheitlicheres Recht würde hier Abhilfe verschaffen.

Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden.

Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren.
2, Abs. 2, Bst. h	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p>	Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.</i> Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

Art. 3	<p>Die Terminologie in der MNKPV stimmt in keiner Weise mit den Begriffen der VKKL überein. Dies wird in den Kantonen bei der Umsetzung, in der Koordination der Kontrollen sowie in der Durchführung der Kontrollen zwischen der Landwirtschaft und dem Veterinärwesen zwangsläufig zu Fragen und Missverständnissen führen. Ausserdem wird dies zu einer sehr heterogenen Umsetzung in den verschiedenen Kantonen führen, da der Interpretationsspielraum sehr gross ist.</p> <p>Es wäre zielführend, dass VKKL, MNKPV und auch die harmonisierte Datenauswertung die gleichen Begriffe bezüglich der zusätzlichen Kontrollen verwenden.</p>	<p>Die Terminologie in der MNKPV ist mindestens für den Bereich Primärproduktion (Schnittmenge zwischen Landwirtschaft und Veterinärwesen) in der Terminologie in der VKKL anzupassen. Für diesen Bereich können Grundkontrollen und risikobasierte Kontrollen durchgeführt werden. Nachkontrollen, Verdachtskontrollen, Zwischenkontrollen sind immer auch risikobasierte Kontrollen.</p>
Art. 3, Bst. G	<p>Verwaltungskontrolle: Es handelt sich hier um eine Kontrollmethodik und nicht um einen Kontrolltyp. Ausserdem sehen wir den Gewinn der Verwaltungskontrollen für den Betriebsleiter bzw. für den Vollzug nicht. Aus den einzelnen Kontrollbereichen nach Art. 10 müssen gewisse Kontrollpunkte bei jeder Kontrolle vor Ort überprüft werden.</p>	<p>Ersatzlos streichen oder neu in Acontrol als Kontrollgrund führen.</p>
Art. 6, Abs. 3	<p>Wenn die Kontrollen gemäss MNKPV und VKKL auf den Landwirtschaftsbetrieben tatsächlich aufeinander abgestimmt werden und entsprechend im Kanton koordiniert werden sollen, muss der MNKP für den Zeitraum von acht Jahren ausgelegt werden. Das Kontrollintervall nach VKKL beträgt neu für alle Kontrollbereiche acht Jahre.</p>	<p>3 Der MNKP wird grundsätzlich für einen Zeitraum <b>von acht Jahren</b> erarbeitet.</p>
7, Abs. 2	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b></p> <p>Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p>	<p>Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV streichen.</p>

	<p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	
Art. 7, Abs. 3	<p>"Die übrigen Betriebe" stellen in der gesamten Schweiz das gleiche Risiko dar oder eben auch kein Risiko. Im Hinblick auf die Koordinationsaufgaben würde eine einheitliche Bundesvorgabe wohl auch systemtechnisch einiges vereinfachen.</p> <p>Auf die Koordination der Kontrolle auf diesen Betrieben soll verzichtet werden. Diese Betriebe sollen nach den Kriterien im Art. 8 risikobasiert kontrolliert werden. Der Absatz ist deshalb in Art. 8 zu verschieben.</p>	3 Die übrigen Betriebe werden risikobasiert nach den Kriterien im Art. 8 kontrolliert.
Art. 7, Abs. 5	Anhang 1 der MNKPV lässt ein kürzeres Intervall sowieso zu, da die maximale Zeitspanne definiert ist. Dies muss deshalb nicht nochmals erwähnt werden.	Ersatzlos streichen.
Art. 7, Abs. 6	Was ist unter schwer zugänglichen Gebieten zu verstehen? Gibt es in der Schweiz überhaupt noch solche Gebiete ausser vielleicht einzelne Sömmerungsbetriebe? Die Formulierung lässt viel Interpretationsspielraum und führt damit zu einem uneinheitlichen Vollzug in der Schweiz.	Ersatzlos streichen.
Art. 7, Abs. 7	<p>Diese Bestimmung widerspricht der Idee und dem Auftrag, welcher mit einer Grundkontrolle auszuführen ist. Mit der Grundkontrolle soll nach den Erläuterungen ein umfassendes Bild des Betriebs erstellt werden können.</p> <p>Wenn wichtige Elemente nicht überprüft werden konnten, wurde die Grundkontrolle zum falschen Zeitpunkt angesetzt. Wenn wichtige Elemente nach der Durchführung einer Grundkontrolle aus irgendeinem Grund</p>	7 Falls im Rahmen einer Grundkontrolle wichtige Elemente nicht überprüft werden konnten, wird im Allgemeinen eine risikobasierte Kontrolle durchgeführt.

	nochmals überprüft werden sollen, soll dies mit einer risikobasierten Kontrolle und nicht mit einer Grundkontrolle (zusätzliche Kontrolle) geschehen. Dies entspricht der Logik und der Terminologie der VKKL.	
Art. 8	Analog der VKKL sollen die Kriterien für risikobasierte Kontrollen aufgeführt werden und nicht die Art der Kontrollen. Die Kriterien müssen auf die VKKL abgestimmt sein.	Risikobasierte Kontrollen 1 Zusätzlich zu den Grundkontrollen werden risikobasierte Kontrollen durchgeführt. Sie werden aufgrund der folgenden Kriterien festgelegt: a. Mängel bei früheren Kontrollen; b. begründeter Verdacht auf Nichteinhaltung von Vorschriften; c. wesentliche Änderungen auf dem Betrieb; d. erhöhtes individuelles Risiko des Betriebs.
Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	--
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung
Art. 9, Abs. 2	Die Formulierung ist unklar. Muss die privatrechtliche Kontrollstelle akkreditiert sein oder muss sie explizit die Kontrollbereiche nach Art. 10 im akkreditierten Bereich haben? In der VKKL ist geregelt, welche Kontrollbereiche nicht im Geltungsbereich der Akkreditierung sein müssen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass alle anderen Bereiche im Geltungsbereich der Akkreditierung sein müssen.	
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.



	<p>Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.</p> <p>Diese Bestimmung widerspricht den Aufgaben und der Verantwortung der kantonalen Koordinationsstelle. Die einzelnen Vollzugsstellen können alleine gar nicht sicherstellen, dass auf den Betrieben, nach Möglichkeit nicht mehr als eine Grundkontrolle stattfindet. Der Veterinär kennt die Kontrollplanung der Landwirtschaft nicht und die Landwirtschaft kennt die Kontrollplanung des Veterinärs nicht. Diesen Überblick hat einzig und alleine die kantonale Koordinationsstelle. Deshalb ist diese Aufgabe und diese Verantwortung der kantonalen Koordinationsstelle zuzuweisen.</p>	<p>1 Die <b>kantonalen Koordinationsstellen nach Art. 8 VKKL</b> achten bei der Organisation der Grundkontrollen darauf, dass die Betriebe grundsätzlich nicht mehr als einer Grundkontrolle pro Kalenderjahr unterzogen werden.</p>
Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u>. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p> <p>Dieser Absatz widerspricht den Vorgaben von Abs. 1. Gemäss Abs. 1 muss die zuständige Vollzugsstelle sicherstellen, dass grundsätzlich nur eine Grundkontrolle pro Jahr auf dem Betrieb durchgeführt wird. Nach Art. 2 müssen die Kontrollen nach Art. 10 der MNKPV dennoch mit den Kontrollen im Geltungsbereich der VKKL koordiniert werden</p>	<p>Die <u>Grundkontrollen</u>, die auf ....., müssen mit den Grundkontrollen nach ....</p> <p>Wenn Abs. 1 nach unserem Vorschlag angepasst wird, würde die Formulierung im Abs. 2 stimmen, ansonsten nicht.</p>
Art. 11, Abs. 3		

	Präzisierung: Die kantonalen Koordinationsstellen stellen nur die Koordination der Grundkontrollen nach Abs. 2 sicher, und nicht aller Kontrollen, die in der MNKPV aufgeführt sind.	3 Die kantonalen Kontrollkoordinationsstellen nach Art. 8 VKKL stellen die Koordination der <b>Grundkontrollen</b> nach Abs. 2 sicher.
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.
Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	<p>1 ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt.</p> <p>2 Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...</p>
Art. 13, Abs. 2	In der Formulierung hat es einen Fehler.	2 Die Häufigkeit <b>dieser Zwischenkontrollen</b> wird von der zuständigen Behörde risikobasiert festgelegt. Die Zwischenkontrolle hat keinen Einfluss auf die Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen.
Art. 14, Abs. 1	Unangemeldete Grundkontrollen im Bereich Primärproduktion erachten wir als wenig zielführend. Anlässlich dieser Grundkontrollen müssen viele Dokumente (auf 3 Jahre: Futterzu-/verkäufe, Behandlungsjournal, Inventarliste, Begleitdokumente, Betriebsbesuche, Melkmaschinenservice, Euterkontrollen, Quellwasserprobe. Aktuell: Tierverzeichnisse, Pferdepässe, Sachkundenachweis) überprüft werden, welche oft nicht auffindbar sind,	1 In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen <b>nach Art. 8</b> unangemeldet durchgeführt.

	wenn der Kontrolleur unangemeldet auf dem Betrieb erscheint. Die Grundkontrollen sollen angemeldet durchgeführt werden. Wenn dabei der Verdacht besteht, dass der Betrieb die Richtlinien nicht einhält, sollen unangemeldete risikobasierte Kontrollen im Bereich Primärproduktion durchgeführt werden.	
Art. 14, Abs. 2	Unangemeldete Kontrollen in der pflanzlichen Primärproduktion bringen keinen Mehrwert. Ausserdem erfolgen diese Kontrollen oft zusammen mit dem ÖLN. Die ÖLN-Kontrollen müssen angemeldet werden, da viele Aufzeichnungen überprüft werden müssen.	Ersatzlos streichen.
Art. 14, Abs. 3	Die Zahl der unangemeldeten Kontrollen berechnet sich wahrscheinlich nach der Gesamtzahl aller durchgeführten Kontrollen nach Art. 10 der MNKPV, mit Ausnahme der Verwaltungskontrollen.  Der Anteil der unangemeldeten Kontrollen muss pro Jahr erfüllt werden, und nicht über vier Jahre. Die Erfüllung des Anteils unangemeldeter Kontrollen über vier Jahre wäre ein Systemwechsel. Das ist kompliziert und wenig zielführend.	3 Die Zahl der unangemeldeten Kontrollen berechnet sich nach der Gesamtzahl aller durchgeführten Kontrollen nach Art. 10.
Art. 15	Unnütze doppelte Erfassungen sind zu vermeiden. Soweit aktuell alle Kontrollresultate in Acontrol migriert werden, ist eine zusätzliche Erfassung in Asan überflüssig.	Streichen von Art. 15 Abs. 1 Bst. b.
Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb „offensichtlich“ zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	«offensichtlich» streichen.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	In Absprache mit den kantonalen Behörden kann das BLV

Abs. 17, Abs. 3	Es ist unverständlich, dass die Kantone dennoch bei 20 Prozent der Kontrollen von en Vorgaben des Schwerpunktprogramms abweichen können. Bei welchen Kontrollen und in welchen Situationen dürfen die Kantone abweichen?	Abs. 3 ersatzlos streichen.
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmungen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird von uns begrüsst.	--
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.1.1	Das Kontrollintervall auf acht Jahre zu erhöhen ist in Ordnung. Die Betriebe ohne offene Ackerfläche und ohne Spezialkulturen sollen von diesen Kontrollen befreit werden, da es auf diesen Betrieben im Bereich pflanzliche Primärproduktion nichts zu kontrollieren gibt bzw. die Punkte bereits in der tierischen Primärproduktion abgedeckt sind.	Ganzjahresbetrieb mit pflanzlicher Produktion mit einer offenen Ackerfläche von über 1 Hektare oder mit über 50 Aren an Spezialkulturen (Kontrolle der pflanzlichen Produktion)
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.2	In den kantonalen Agrarinformationssystemen wird die jährliche Produktion der Fischhaltungen nicht geführt, sondern nur, welche Fischart der Betrieb	Für die Auswahl der Betriebe fehlt im Moment schlichtweg die Datengrundlage.

	hält. Die Auswahl der Betriebe nach jährlicher Produktion ist somit gar nicht möglich.	
Anhang 1, Liste 2 Ziff 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen Cave: Formulierung kann missverstanden werden, anpassen: „nicht“ ersetzen durch „ausser“	2.10 Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016 (VSFK) <sup>21</sup>
Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Zeitspanne überall auf 4 Jahre festlegen.	Ersetzen mit 4.
Ergänzung : NFUP	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert. Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Dieser Entwurf wurde durch die Rechtsabteilung des BLV in Zusammenarbeit mit der ständigen Kommission für Lebensmittelsicherheit im Veterinärdienst, erarbeitet.

Von der Mehrheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte wird die Einführung der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung begrüsst. Eine Minderheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hat sich aber primär aus Ressourcengründen dagegen ausgesprochen.

Bei einer Einführung sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können begrüssen wir ausdrücklich. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

<p>Art. 3 Bst. q und r</p>	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlacht ung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet</p> <p>Weiter sollte der Begriff "mobile Schlachthanlage" in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem mobile Schlachthanlagen so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt</p>	<p><i>Hofschlacht ung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weideschlacht ung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p> <p>Bst s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb stattfindet.</p>
----------------------------	--	--

Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
Art. 9a Abs. 1	Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen. Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.	, die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
Art. 9a Abs. 2	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a. bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a. bis c. als Auflage formuliert werden. Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und	Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt: a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u> 1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1 <sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 20084 betäubt <u>und entblutet</u> werden. 2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen <u>und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> entblutet werden.</u> 3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritts überprüft</u>

	<p>die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schiessen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und so betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p>	<p><u>und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></p> <p>4. <u>muss zuhanden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachtierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	--	--



	Werden die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.	
Art. 9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlacht ung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.
Art. 28 Abs. 1 & 2	Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüßen wir die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlacht tierkörpern und Teilen <u>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.</u>
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen

Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlachttier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schlachttier; oder
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart). Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	<sup>5</sup> Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung <del>unabhängig von der Tierart</del> zwischen drei und <del>sechs</del> zehn Rappen pro
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)	Beide Textentwürfe klären.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.

**6 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**7 EDI: Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 8 EDI: Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	<p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p> <p>In beiden Fällen wird befürchtet, dass sich die Gewinnung von Milch stillender Tiere negativ auf die Hygiene der Milch auswirken könnte.</p> <p>Die Bedeutung der beiden Änderungen ist nicht gleichzusetzen und sollte daher getrennt behandelt werden:</p> <p>Die Änderung von VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H würde Monotraite ermöglichen (Einmal Melken pro Tag ohne paralleles Stillen), welches auf Alpen von Bedeutung sein kann und durch Agroscope untersucht wurde.</p> <p>Die Änderung von VLtH Art. 32 Abs. 1 hingegen betrifft die muttergestützte Kälberaufzucht mit den Auswirkungen auf die Hygiene der Milch. Wenn zur Verkehrsmilchproduktion paralleles Stillen nicht möglich sein soll, wäre es zielführend dies explizit so zu schreiben.</p>	
76, Abs. 1 (bisher)	<p>In Art. 76 VLtH wird bei der übrigen Kennzeichnung von Butter u. a. auf Art. 41 Abs. 1 verwiesen. Art. 41 Abs. 1 verlangt die Angabe des <b>Fettgehaltes im Milchanteil</b>.</p> <p><b>Beurteilung</b></p> <p>Der <b>Fettgehalt im Milchanteil</b> ist etwas anderes als der <b>Milchfettgehalt</b>. Z. B. wird für einen Joghurt der Fettgehalt im Milchanteil mit 3.5 % angegeben, d.h. die für den Joghurt verwendete Milch hat einen Fettgehalt von 3.5 %. Da für die Herstellung von Butter aber Rahm statt Milch verwendet wird (siehe Art. 74), ist für Butter die Angabe des Fettgehalts im Milchanteil unsinnig. Stattdessen wird in Art. 73 ein <b>Mindestmilchfettgehalt</b> in Butter und ähnlichen Erzeugnissen verlangt. Somit sollte Art. 76 korrekterweise heissen, dass in Abweichung zu Art. 41 Abs. 1 und in Anlehnung an Art. 73 anstelle des Fettgehaltes im Milchanteil der <b>Milchfettgehalt</b> als "Gramm pro Kilogramm", "Gramm pro 100 Gramm" oder als Prozentangabe ("%") anzugeben ist.</p>	<p>«In Abweichung von Art. 41 Abs. 1 ist der Milchfettgehalt in "Gramm pro Kilogramm", "Gramm pro 100 Gramm" oder als Prozentangabe ("%") anzugeben. Zusätzlich ist der Hinweis vor "Licht geschützt aufbewahren" anzubringen.»</p>

## 9 EDI: Verordnung über Getränke

### Allgemeine Bemerkungen

keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4 (bisher)	Die Bestimmungen für Mineralwasser sollten auch für offen abgegebenes Mineralwasser gelten. Der zweite Satz «Natürliches Mineralwasser kann als Zutat in einem Lebensmittel auch offen abgegeben werden» macht absolut keinen Sinn.	«Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für natürliches Mineralwasser, das a) in Behältnisse abgefüllt oder offen als Lebensmittel an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben wird; b) für die Verwendung als Zutat in einem Lebensmittel in Tankwagen transportiert wird.»
7, Abs. 3 (bisher)	Sätze zwei und drei sollten grammatikalisch zusammengefasst werden.	«Der Transport in Tankwagen ist nur gestattet für die Verwendung von natürlichem Mineralwasser als Zutat in einem Lebensmittel.»
Art. 9 Abs. 3 Bst. e und f	Die Revision sieht hier keine neue Bestimmung, sondern lediglich eine leicht angepasste Formulierung vor. Es ist nicht einzusehen, warum dies exklusiv für Calcium und Magnesium, aber nicht für die anderen Stoffe wie Natrium, Eisen, Fluor etc. gelten sollten.	Entweder bei der bisherigen Formulierung bleiben oder die Formulierung für alle unter Art. 9 Abs. 3 aufgeführten Mineralien ändern.
14, Abs. 2 (bisher)	<b>Inhalt der Neuregelung</b> Flaschen mit der Sachbezeichnung «Quellwasser» können unter dem gleichen Fantasienamen in den Handel gebracht werden, auch wenn die durch ihre Herkunft bedingte charakteristische mineralische Zusammensetzung unterschiedlich ist.  <b>Beurteilung</b> Diese Möglichkeit besteht auch für Mineralwasser, auch wenn sie im Kapitel 1 nicht explizit erwähnt wird (bspw. Mineralwasser SASKIA von Lidl mit ganz unterschiedlichen Quellorten wie Löningen, Wörth etc). Der bisherige Art. 14 Abs. 2 Satz 1 ist diesbezüglich falsch. Entscheidend ist aber, dass gemäss Art. 15 Abs. 1 analog zu natürlichem Mineralwasser für Quellwasser der Quellname und der Quellort angegeben werden müssen. Insofern ist Art. 14 Abs. 2 überflüssig.	Art. 14 Abs. 2 streichen

Anhang 2	Einführung der <b>Inkubationszeit</b> und -temperatur für Mineral- und Quellwasser. In der TBDV Anhang 1 wird für Trinkwasser indessen von <b>Bebrütungszeit</b> und -temperatur gesprochen.	In Analogie zu Trinkwasser Beibehaltung der Terminologie Bebrütungszeit und -temperatur
----------	--	---



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 11 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 4 Abs. 1 (bisher)	<p>«Bei getrockneten, verdünnten, vearbeiteten oder aus mehr als einer Zutat zusammengesetzten Lebensmitteln sind <b>die festgelegten Höchstgehalte</b> unter Berücksichtigung der nachfolgenden Kriterien zu bestimmen [...]»</p> <p><b>Beurteilung</b> Wie soll man festgelegte Höchstgehalte bestimmen, wenn sie ja schon festgelegt sind. Sollte es nicht vielmehr heissen «... sind die festzulegenden Höchstgehalte [...] zu bestimmen»? Zudem wird Art. 4 Abs. 1 durch Art. 5 Abs. 1 ad absurdum geführt, wonach Lebensmittel weder in Verkehr gebracht noch als Lebensmittelzutat verwendet werden dürfen, wenn sie einen Kontaminaten enthalten, der den Höchstgehalt nach den Anhängen 1-10 überschreitet.</p>	Art. 4 Abs. 1 präzisieren
Anhang 2 (bisher)	Unter der Summe der Aflatoxine wird an drei Positionen auf getrocknete Feigen Bezug genommen, und zwar einmal bei getrockneten Feigen (10 µg/kg) und zweimal bei Trockenobst (10 und 4 µg/kg). Eine Logik dahinter ist schwer erkennbar.	Die Darstellung der Höchstwerte für getrocknete Feigen präzisieren.
Anhang 3 (bisher)	Wie die diesjährige Schwerpunktprogramm SPP 2019_4 des BLV aufzeigte, wurde es versäumt, für Sportlernahrung Höchstgehalte betreffend Blei, Cadmium, Quecksilber etc. festzulegen.	In Anhang 3 Höchstwerte für Sportlernahrung festlegen

## 12 EDI: Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Aktualisierung dieser Verordnung, dies insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Vermehrung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln, was den Konsumenten leicht täuschen könnte.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 5 Abs. 1 Bst. c	<p><b>Inhalt der Neuregelung</b> «Bei gesundheitsbezogenen Angaben besteht die mündliche Informationspflicht nach Artikel 34 Absatz 1 Buchstaben a und b nur, sofern die gesundheitsbezogene Angabe schriftlich vorliegt.»</p> <p><b>Beurteilung</b> Schon des bisherige Art. 5 Abs. 1 Bst. c war schwer verständlich, und auch die neue Formulierung lässt offen, was eigentlich gemeint ist.</p>	Art. 5 Abs. 1 Bst. c besser streichen

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**15 EDI: Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und 2 <sup>bis</sup>	Die Aufteilung führt zu einer Verschlechterung, da die in Abs. 2 erwähnten <b>sonstigen Stoffe</b> weder in Anhang 1 (Bst. a) aufgeführt werden noch zu den neuartigen Lebensmitteln (Bst. b) zu rechnen sind.	Art. 2 belassen, nicht aufteilen

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4bis 4h einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4bis Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilen Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1bis Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.
Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <u>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</u>

Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement à basse pression</i>, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.
54, Abs. 3 (bisher)	<p>Man darf Eier im Laden bis 21 Tage nach dem Legen abgeben (Art. 54 Abs. 3 HyV), das Mindesthaltbarkeitsdatum darf aber bis 28 Tage nach dem Legen lauten (Art. 92 Abs. 4 VLtH).</p> <p><b>Beurteilung</b> Es ist nicht nachvollziehbar, warum trotz Festlegung einer maximalen Mindesthaltbarkeit zusätzlich noch eine maximale Abgabefrist definiert werden muss.</p>	Art. 54 Abs. 3 streichen

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p>Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.</p> <p>VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H und VLtH Art. 32 Abs. 1:</p> <p>In beiden Fällen wir befürchtet, dass sich die Gewinnung von Milch stillender Tiere negativ auf die Hygiene der Milch auswirken könnte.</p> <p>Die Bedeutung der beiden Änderungen ist nicht gleichzusetzen und sollte daher getrennt behandelt werden:</p> <p>Die Änderung von VHyMP Art. 10 Abs. 1 Bst. H würde Monotraite ermöglichen (Einmal Melken pro Tag ohne paralleles Stillen), welches auf Alpen von Bedeutung sein kann und durch Agroscope untersucht wurde.</p> <p>Die Änderung von VLtH Art. 32 Abs. 1 hingegen betrifft die muttergestützte Kälberaufzucht mit den Auswirkungen auf die Hygiene der Milch. Wenn zur Verkehrsmilchproduktion paralleles Stillen nicht möglich sein soll, wäre es zielführend dies explizit so zu schreiben.</p>	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
4, Abs. 5	Der bisherige Artikel 48 Absatz 2 LGV wird gestrichen, da bereits in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c LGV ausgeschlossen. Demnach gelten ortsfeste Wasserversorgungsanlagen wie Trinkwasserleitungen nun wieder als Bedarfsgegenstände, womit Artikel 4 Absatz 5 TBDV hinfällig wird.	Artikel 4 Absatz 5 TBDV streichen, eventuell diesbezüglich Anhang 2 TBDV anpassen (Parameter: Stoffe gemäss Anhang 2 der Bedarfsgegenständeverordnung)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen.  
Das Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei den Kanton nach sich ziehen wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse	"und Klasse" streichen
Art. 17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Commentaire / remarques	Änderungsvorschlag (Text)



Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

lmr@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen  
Schwarzbürgstrasse 165  
3003 Bern

Liestal, 20. August 2019

**Vernehmlassung zu Verordnungen des Lebensmittelrechts;  
Stellungnahme des Kantons Basel-Landschaft**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Basel-Landschaft wurde zur Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts eingeladen.

Der Kanton Basel-Landschaft bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Er begrüsst die geplanten Anpassungen grundsätzlich und äussert sich zur Vorlage mit der beiliegenden Stellungnahme samt Anträgen in der von Ihnen gewünschten tabellarischen Form.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Kanton Basel-Landschaft  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VGD BL  
Adresse, Ort : Bahnhofstrasse 5, 4410 Liestal  
Kontaktperson : Dr. Peter Brodmann / Dr. Thomas Bürge  
Telefon : 061 552 20 07  
E-Mail : [peter.brodmann@bl.ch](mailto:peter.brodmann@bl.ch) / [thomas.buerge@bl.ch](mailto:thomas.buerge@bl.ch)  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	17
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	18
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	19
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	21
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	22
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	23
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	24
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	25
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	26
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	27
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	28
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	29
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	30
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	31
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	32

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
<p>Wir bedanken uns zur Möglichkeit der Stellungnahme. Der Kanton Basel-Landschaft begrüsst grundsätzlich die die mit der vorgeschlagenen Revision gemachten Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket.</p>	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
33 Abs.1	Alte Fassung belassen; die Definition entspricht nur einer Teilmenge der Definition in Art. 31	
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Wir sind der Meinung es benötigt diese Regelung nicht. Man sollte eher die Regelung bezüglich Definitionen offene und vorverpackte Lebensmittel (Art. 2 LGV) im Sinne einer guten Konsumenteninformation (Zweckartikel LMG) anpassen	
40	neue Formulierung ist weniger klar als alte; alte Fassung belassen	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zweckdienlich ist. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien die Ausnahme sein und nicht zum Regelfall werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. F, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	«andere amtliche Tätigkeiten» streichen. Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
Art. 5	Titel passt nicht	"Einfuhrmeldung" statt "Organisation" schreiben
Art. 6 Bst. b	Merkmale von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenstände ist zu wenig klar	"Auswirkungen auf die Eigenschaften und Beschaffenheit von Lebensmitteln..."
Art.7	Umfang und Detaillierung der Berichterstattung ist zu hoch. Der Aufwand für die beteiligten Ämter steigt massiv.	Art. 7 Abs 2: Punkte b, c und d sind ersatzlos zu streichen
Art. 10	Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. a handelt es sich um Sendungen, nicht um Chargen	Chargen durch Sendungen ersetzen oder Chargen in Klammern einfügen
Art. 13 Abs. 3	Audits der zuständigen Behörden: Der Aufwand für nicht akkreditierte Behörden steigt massiv. Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.	Art. 13 Abs. 3 ist zu streichen
Art. 14 Abs. 1 Bst b.1.	Was ist gemeint mit ... "und der anderen Orte unter Verantwortung der Betriebe ihrer Umgebung"?	bitte klarer formulieren

Art. 22 Bst. f	Was ist gemeint mit ... und gegebenenfalls die Mangelhaftigkeit der anwendbaren technischen Normen?	bitte klarer formulieren
Art. 35 Abs. 1 Bst. a	Die kantonalen Vollzugsbehörden können nicht bescheinigen, dass die spezifischen Anforderungen des Bestimmungslandes eingehalten werden. Es kann nur bescheinigt werden, dass die spezifischen Anforderungen des schweizerischen Lebensmittelrechts eingehalten werden.	statt "des Bestimmungslandes" "des schweizerischen Lebensmittelrechts"
Art. 35 Abs. 2 Bst. a	dies ist nicht möglich	bitte ersatzlos streichen
Art. 45 Abs. 1	Gemäss Art. 48 Laboratorien betreiben die Kantone spezialisierte und akkreditierte Laboratorien zur Untersuchung der Proben.	Die zuständigen Behörden mit Kantone ersetzen
Art. 45	Der Begriff Diagnose muss erläutert werden.	
Art. 48	Zu starke Einschränkungen für Probenahme und Analysen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.	Art. 48 Abs 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 3	Was ist gemeint mit "Regeln oder Protokolle"? Im Abs. 2 ist von Methoden die Rede.	
Art. 52 Abs. 1	Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht	streichen von "sofern die Methoden nach Anhang 4 nichts anderes vorsehen.
53 Abs. 2	Die Vertretung der verantwortlichen Person sollte ebenfalls verpflichtet sein mitzuwirken, da die verantwortliche Person nicht dauernd anwesend sein muss.	Die Vollzugsbehörden können von der verantwortlichen Person oder ihrer anwesenden Vertretung Auskünfte, Belege und Unterlagen verlangen und sie verpflichten, bei der Probenahme mitzuwirken
Art. 66 Abs. 1	Die Reihenfolge der Funktionen ist unlogisch.	Unter a zuerst den amtl. Fachassistenten und unter b den amtl. Prüfleiter.

	Da es auch für den Stv. KC. in Art. 89 Voraussetzungen definiert sind, bräuchte es evt. auch diese Funktion.	Evt. Stv. KC aufnehmen
Art. 67	Vorsitz der Prüfungskommission ist nicht geregelt	Art. 67, Abs. 3 Die Leiterin oder der Leiter der Abteilung LM und Ernährung des BLV führt den Vorsitz der PK.
79 Abs. 1	LMI eventualiter unter DLAL (Art. 89 ff) aufführen und hier streichen	Das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) ist Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit als Lebensmittelkontrolleurin oder Lebensmittelkontrolleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter.
79 Abs. 2	Ausnahmen nicht nötig für LMK und LMI, da diese bereits eine Ausbildung mit Prüfung absolviert haben.	Art. 79 Abs. 2 In Ausnahmefällen darf die Tätigkeit als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter auch eine Person ausüben, die nicht über ein DAL verfügt, sofern das BLV dem zustimmt und die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: ....
Art. 79 Abs. 2 Bst a	Es ist nicht einsichtig, weshalb dieses Kriterium einzuhalten ist. Zudem regen wir an; Art. 79 Abs. 2 als Art. 122 Abs. 4 bei den Übergangsbestimmungen anzuführen.	ersatzlos streichen.
Art. 89 Abs. 3	Es ist zu prüfen, ob stellvertretende KantonschemikerIn und LebensmittelinspektorIn unter Abs. 3 aufzuzählen sind	Abs. 3 Die Tätigkeit als stellvertretende Kantonschemikerin oder stellvertretender Kantonschemiker sowie als Lebensmittelinspektorin oder Lebensmittelinspektor setzt den Erwerb des DLAL voraus
Art. 93 Abs. 2 Bst. e	Verfügen von Massnahmen aufgrund von Inspektions- und Laborergebnissen	bitte "Laborergebnissen" ergänzen.
Art. 116 Abs. 2	Es ist nicht ersichtlich wieso für die Gebühren, die die Kantone erheben können, Höchstbeträge pro Probenahme, für Inspektionen und für Probenuntersuchungen definiert werden. Eine vergleichbare Beschränkung gibt es für die Bundesbehörde auch nicht. Eine Beschränkung des Stundenansatzes wie bei der Bundesbehörde wäre eher angemessen.	Abs. 2 ersatzlos streichen. Allenfalls ersetzen mit dem Satz: «Der Stundenansatz darf 300 Franken nicht überschreiten».
Art. 122 Abs. 4	Fehlt nicht generell eine Übergangsfrist um bereits im Vollzug tätigen intern geschulten Mitarbeitern, die vorhaben das DAL oder DLAL zu absolvieren, die Möglichkeit zu geben bis zum Abschluss des Diploms vollzugsrelevante Berichte zu unterschreiben?	Für die Verordnung im Allgemeinen eine Übergangsfrist von 3 Jahren vorsehen.



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Die Unterscheidung der Kontrollen in Grundkontrollen, Zwischenkontrollen und zufällige Kontrollen entspricht nicht unserer Praxis und ist nicht zweckdienlich. Erstaunlich ist, dass die MNKPV den Zweck haben soll zu gewährleisten, dass nur sichere Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die die gesetzlichen Anforderungen erfüllen, auf den Markt kommen. Bis dato sind wir davon ausgegangen, dass dies der Zweck des LMG und seiner untergeordneten Verordnungen ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1	Die MNKPV kann nicht den gleichen Zweck haben wie das LMG.	Streichen von "Dieser soll gewährleisten, dass nur sichere Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die die gesetzlichen Anforderungen erfüllen, auf den Markt kommen."
Art. 1 Abs. 2 Bst.c	In allen Rechtstexten zum Lebensmittelrecht spricht man von Inspektionen. Zumindest sollte hier klargestellt werden, dass Kontrollen von Prozessen, Prozesskontrolle, und Inspektionen als Synonyme verwendet werden.	
Art. 2 Abs. 2 B. Bst. a & Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Für die Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist die Vollzugskompetenz nicht eindeutig festgelegt. Zudem sind in der Schweiz seit 2006 die Zuständigkeiten der Behörden sehr heterogen geregelt.	
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht bilden keine eigene Kategorie, sondern gehören als Unterkategorie zu f. Lebensmittel	Bst. h streichen
Art. 3 Bst. c,e, f, h	Die Unterscheidung in Grundkontrollen, Verdachtskontrollen, Zwischenkontrollen und zufällige Kontrollen ist rein akademisch und entspricht nicht unserer Praxis.	Vereinfachen; Bst. e, f, und h streichen.
Art. 5 Bst. a	Bei der Mittelzuweisung kann es sich nur um Bundesmittel handeln, ansonsten die Finanzhoheit der Kantone unnötigerweise tangiert würde.	bitte präzisieren
Art. 5 Bst. d	ein Thema, welches mit "etwaig" beginnt, gehört nicht in eine Verordnung! Zudem ist deren Sinn dieser Bestimmung absolut unklar, da dies mit Bst. e abgehandelt werden kann.	
Art. 5 Bst e	Bereits in Bst.c geregelt	streichen
Art. 5 Bst g, h und i	Diese Bestimmungen werden in der LMVV (resp. in den analogen Verordnungen der Primär- und Sekundärkontrolle) und nicht in der MNKV geregelt.	Bst. g, h, i streichen
Art. 5 Bst. l	Der Sinn dieser Bestimmung ist uns unklar.	bitte streichen

Art. 6 Abs. 5 Bst. d	Es ist unklar was gemeint ist. Sind dies Ergebnisse der von Drittstaaten durchgeführten Kontrollen in der Schweiz, in der EU oder irgendwo auf dem Globus?	Bst. d streichen
Art. 7 Abs. 2	Die Unterscheidung in verschiedene Kontrollkategorien, insbesondere die Kategorie "zusätzliche Kontrollen" macht keinen Sinn.	Art. 7 Abs. 2 streichen
Art. 7 Abs. 5 und 6	Warum soll die Primärproduktion vor Kontrollen geschützt werden? Betrieb weiss nach einer durchgeführten Kontrolle, in welchem Zeitraum keine Kontrolle mehr stattfinden darf. Sind Verdachtskontrollen noch möglich?	bitte präzisieren
Art. 7 Abs. 7	Den Sinn dieser Bestimmung verstehen wir nicht. Eine Grundkontrolle ist gemäss Art. 3 Bst. c definiert.	Art. 7 Abs. 7 streichen
Art. 8	Dieser Artikel ist völlig verwirrend; während Art. 3 noch unterscheidet zwischen Grundkontrollen, Zwischenkontrollen, Verdachtskontrollen, Verwaltungskontrollen und zufällige Kontrollen belehrt uns Art. 8, dass Nachkontrollen und Verdachtskontrollen, nicht jedoch Zwischenkontrollen und Verwaltungskontrollen zu den zusätzlichen Kontrollen zu zählen sind.	Art. 8 bitte streichen.
Art. 9 Abs. 2	Es ist u.E. nicht einsichtig, weshalb die Akkreditierungspflicht für die amtlichen Inspektionsdienste per 1.5.2017 aufgehoben wurde und für privatrechtliche Inspektionsstellen nun in der MNKPV wieder eingeführt wird.	Art. 9 Abs. 2 streichen
Art. 11 Abs.1 Bst. d	Da wir den Sinn von Art. 7 Abs. 7 nicht verstehen, plädieren wir für eine Streichung dieser Bestimmung.	Art. 11 Abs.1 Bst. d bitte streichen.
Art. 12	Diese Bestimmung ist politisch heikel. Schon heute besteht bei der Bevölkerung der Eindruck, dass in der Tierzucht zu wenig kontrolliert wird.	Maximalintervall auf 4 Jahre festsetzen.
Art. 13	Der Begriff Zwischenkontrolle braucht es nicht (siehe Kommentar zu art. 3)	Art. 13 streichen.
Art. 14 Abs. 2	nur noch Artikel 7; Artikel 8 streichen	Verweis auf Art. 8 bitte streichen
Art. 14 Abs. 3, 4	Den Sinn dieser Regelungen verstehen wir nicht.	Art. 14 Abs. 3, 4 bitte streichen.
Art. 15	Die Erfassung der Kontrolldaten muss an anderer Stelle als im NKPV geregelt werden, wie in Art. 15 beschrieben. Dieser Verweis auf bereits bestehende Bestimmungen ist "doppelt gemoppelt"	Art. 15 bitte streichen; der Inhalt ist bereits an anderer Stelle geregelt
Art. 17 Abs. 3	Diese Bestimmung erstaunt! Entweder diese Bestimmung wird gestrichen oder Art. 18 wird in Abs. 2 Bst. c (neu) entsprechend ergänzt.	Art. 17 Abs. 3 entweder streichen oder Art. 18 Abs. 2 Bst c (neu) entsprechend ergänzen

Art. 18 Abs. 2 Bst c (neu)		
Art. 20 Bst. d	Was ist mit Zwangsmassnahmen gemeint? Bitte präzisieren.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Den Bestimmungen zur Hof- und Weitertötung («Schlachtung») zwecks Fleischgewinnung stimmen wir zu. Im heutigen urbanen Umfeld ist das Bedürfnis nach möglichst naturnahem Umgang mit Schlachtvieh legitim. Dem Tierschutz wird Rechnung getragen, indem Einzeltiere nicht aus der Herde isoliert und durch Schlachtviehtransporte gestresst werden. Die Einpferchung der Tiere in neuem Umfeld und neben fremden Artgenossen kurz vor der Schlachtung kann vermieden werden. Gerade diese Situation garantiert eine tierschutzkonforme Tötung der Tiere, dadurch, dass der Tierhalter vor Ort ist und die Tiere professionell betäubt und entblutet werden.

Die Begrifflichkeiten müssen aber unzweideutig geklärt werden. Bei der vorgeschlagenen Revision geht es nicht primär um Weideschlachtung (jedoch nicht vollends auszuschliessen durch mobile Schlachthanlagen), sondern um Tötung zwecks Gewinnung eines Schlachttierkörpers im Schlachtbetrieb. Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können begrünnen wir ausdrücklich. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	Unzweideutige Definitionen sind nötig	Hoftötung und Weidetötung zur Fleischgewinnung Möglichkeit der Mobilen Schlachthanlage einführen
Art. 9a Abs. 2	Auflagen einer Bewilligung unvollständig	Auflagemöglichkeiten klarer formulieren
Art. 28 Abs. 1 & 2	Wir begrünnen die Wiedereinführung der Schlachtieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrünnen wir die Schlachtieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlachtieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht Nachvollziehbar	Für die Schlachtieruntersuchung bei Hofschlachtungen



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
12 Abs. 9	Es wird hier eine neue Bewilligung für Sammelstellen und Gerbereien für die Abgabe von Rohstoffen für Gelatine eingeführt. Die zuständige Behörde dürfte die kantonale Lebensmittelkontrolle sein. Trotz Spezifikationen in Art. 12 Abs. 9 Bst. a bis c ist unklar, ob es noch weitere Kriterien an diese Betriebe gibt.	Bitte Bewilligungsverfahren für diese Art Betriebe präzisieren.



<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2, Teil B (Tabelle)	Bemerkungen zum Höchstwert für Aflatoxin B1 in Trockenobst beziehen sich nicht auf Trockenobst sondern nur auf Feigen, die ausgenommen sind. Die Bemerkungen müssten sich aber auf Trockenobst beziehen.	Bemerkungen wie folgt ändern: Ausgenommen getrocknete Feigen sowie Trockenobst, welches vor dem Verzehr [...]

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. e	Nicht nachzuvollziehen, wieso LM mit Hinweis auf den Gluten- oder Lactosegehalt allg. von der Pflicht der Nährwertkennzeichnung ausgenommen werden	Bst. e streichen
Art. 5 Abs. 1 Bst. f	<p>Es handelt sich gemäss unserer Auffassung nicht um eine Präzisierung, sondern um eine Änderung geltendes Rechts. Folgende Gründe sprechen gegen diese Änderung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Seit vielen Jahren sind allergene Verunreinigungen auch im Offenverkauf zu deklarieren. Die vorgeschlagene Nicht-Deklaration von grossen (&gt; 0.1%) allergenen Kontaminationen könnte für Allergiker eine grössere Gefahr bedeuten. Ab 0.1% reagiert ein entsprechend sensibilisierter Allergiker allergisch, egal ob es sich um eine nicht deklarierte Zutat gemäss Rezeptur oder eine grosse Verunreinigung handelt.</li> <li>2. Der Vollzug wird mit der neuen Regelung massiv erschwert. Findet ein kantonales Labor analytisch mehr als 0.1% (= sehr viel) eines nicht deklarierten Allergens in einem Produkt im Offenverkauf (z.B. vom Marktstand, Bäcker, Metzger), kann es nicht beanstanden, ohne davor einen grossen Abklärungsaufwand mit dem zuständigen Betrieb betreiben zu haben, da es ja vielleicht „nur“ eine grosse Kontamination ist. Nicht immer ist eine Vorababklärung im Betrieb möglich. Kantonale Laboratorien werden in der Folge den Offenverkauf nicht mehr oder nicht mehr mit gleichem Aufwand kontrollieren können, was wiederum eine Verschlechterung für den Allergiker bedeuten würde.</li> <li>3. Es fallen immer mehr Produkte unter „offene Ware“, sogar vorverpackte kurze Zeit haltbare Produkte, z.B. gemäss Infoschreiben über offen in Verkehr gebrachte LM. Konsumenten (darunter Allergiker) können somit offene und vorverpackte Ware nicht mehr eindeutig unterscheiden.</li> </ol>	Bst. f streichen oder eventualiter die Deklarationspflicht von allergenen Verunreinigung nur bei offenen LM, die in Gastrobetrieben (Restaurants, Catering) angeboten werden, ausnehmen.
Anhang 1 Punkt 19	In der Verordnung ist die Analysemethode (Kjeldahl) für die Bestimmung des Eiweissgehaltes durch die Definition von Eiweiss vorgegeben. Der Faktor	

	6.25 ist allerdings nicht für alle LM-Kategorien biochemisch korrekt. Es fragt sich, ob der Gesetzgeber das bewusst so genau definiert um die Methode zu vereinheitlichen.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 29 Abs. 3	Warum sind nun doch nur Einzelhandelsbetriebe von der Ausnahme begünstigt? Grossbetriebe, welche in der Regel über bessere technische Einrichtungen sowie das nötige Fachwissen verfügen, werden benachteiligt.	Art. 29 Abs. 3 Ersatzlos streichen.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 82	Art. 82 regelt lediglich grenztierärztlich kontrollpflichtige Sendungen, die im Schiffsverkehr auf dem Rhein und an Flughäfen ohne zugelassene Grenzkontrollstelle eingeführt werden. Solche Sendungen können allerdings auch auf anderen Verkehrswegen in die Schweiz eingeführt werden, sofern sie in der EU ohne Durchführung der vorgeschriebenen grenztierärztlichen Kontrolle umgeladen wurden (z.B. vom Containerschiff auf LKW oder Bahn). Von Art. 82 werden solche Sendungen nicht erfasst, Massnahmen müssen nach Art. 84 (Formelle Einfuhrbedingungen nicht erfüllt) getroffen werden.	
Art. 82 Abs. 2	Abs. 2 verweist für die <u>Rückweisung, Verarbeitung oder Behandlung</u> auf die Art. 70 und 71. Sind für die zuständigen kantonalen Behörden auch andere Massnahmen nach Art. 71 Abs. 5 möglich (z.B. Nachreichen von Handelsdokumenten gemäss Art. 6 Entscheidung 2007/275 EG)? Die gewählte Formulierung ist diesbezüglich unklar.	2 Bei Tierprodukten kann die zuständige kantonale Behörde die Beschlagnahme, die Rückweisung, die Verarbeitung, die Behandlung, die Einziehung der gesamten Sendung oder andere Massnahmen verfügen. Für die Rückweisung, Verarbeitung Behandlung oder andere Massnahmen gelten die Artikel 70 und 71 sinngemäss. Allfällige nachträgliche grenztierärztliche Kontrollen müssen vorgängig mit der entsprechenden Grenzkontrollstelle abgesprochen werden. Eingezogene Sendungen werden von der zuständigen kantonalen Behörde nach der VTNP entsorgt, oder eine solche Entsorgung wird angeordnet.



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## **Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Bundesamt für  
Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Abteilung Lebensmittel  
und Ernährung  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

20. August 2019

### **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Die Regelungsdichte und –vielfalt, welche dieses Paket beinhaltet, ist höher als erforderlich. Eine vollständige Umsetzung der neuen Vorgaben würde zu erheblichen Mehrkosten für die Kantone führen, insbesondere beim Veterinärdienst. Damit die Revision umsetzbar ist, müssen wirkungsorientiert ausgewählte Schwerpunkte gesetzt werden.

#### **Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK)**

Den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung stimmen wir, mit den in der Beilage festgehaltenen Änderungsvorschlägen, zu. Falls Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht werden soll, sind Anpassungen der Bestimmungen zwingend, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten.

Stundenansätze für amtliche Verrichtungen werden nicht vom Bund vorgegeben, sondern durch den Kanton festgelegt. Somit werden Gebühren nach Zeitaufwand gemäss den Stundenansätzen nach kantonalem Recht verrechnet.

#### **Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind heute kaum noch in gentechnikfreier Qualität verfügbar. Deshalb soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln gefüttert wurden, die aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen gewonnen wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese heute nicht mehr in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik

hergestellt» eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die vorgeschlagene Auslobung würde zu einer groben Konsumententäuschung führen und soll deshalb nicht ermöglicht werden.

#### **Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV)**

Die Einheit der Untersuchung, der Inspektion und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung (Lebensmittelkontrolle) ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit der Behörde. Bei einer örtlichen und organisatorischen Trennung würden weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung der heute selbstverständlichen Abläufe notwendig werden und Mehrkosten entstehen. Mehrkosten wären auch die Folge, wenn die vom Gesetzgeber mit der Revision des Lebensmittelgesetzes erst vor kurzem abgeschaffte Pflicht der Akkreditierung der Lebensmittel- und Trinkwasserinspektorate nach der Norm ISO/IEC 17020 durch eine obligatorische externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung ersetzt und so wieder eingeführt würde.

Die in der LMVV neu vorgesehenen Vorgaben, dass die Kantone regelmässig die Art, Anzahl und Ergebnisse der amtlichen Kontrollen, die festgestellten Verstösse, die ergriffenen Massnahmen sowie die ergriffenen Sanktionen veröffentlichen müssten, ist nicht zielführend. Mit diesen Vorgaben würden sinnfreie Datenberge generiert, welche lediglich die Verwaltungskosten steigern, jedoch weder bessere Transparenz noch Qualität bewirken würden. Die bereits heute bestehenden gesetzlichen Vorgaben für die Berichterstattung der Lebensmittelkontrolle sind aus unserer Sicht wirksam und ausreichend.

Für eine risikobasierte Kontrolle von Lebensmitteln ist es unumgänglich, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben im Detailhandel für eine Reihe von Lebensmitteln verunmöglicht. Die neuen Vorschriften würden zudem zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.

#### **Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss den Erläuterungen zur Revision soll neu auch die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden gemäss Landwirtschaftsrecht von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts» würde die Arbeit der Lebensmittelkontrolle unnötig erschwert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Weitere Einzelheiten finden Sie in der beiliegenden Tabelle.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Fürst  
Landammann

sig. Andreas Eng  
Staatsschreiber

Beilage: Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Solothurn  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SO  
Adresse, Ort : Lebensmittelkontrolle Solothurn, Werkhofstrasse 5, 4509 Solothurn  
Kontaktperson : Dr. Martin Kohler, Kantonschemiker  
Telefon : +41 32 627 24 03  
E-Mail : martin.kohler@ddi.so.ch  
Datum : 20. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	9
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	18
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	24
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	30
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	31
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	35
9	EDI: Getränkeverordnung .....	36
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	37
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	39
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	40
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	43
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	44
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	45
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	47
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	52
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	54
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	55
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	58
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	59
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	60
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	62
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	63

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Die Regelungsdichte und –vielfalt, welche dieses Paket beinhaltet, ist höher als erforderlich. Eine vollständige Umsetzung der neuen Vorgaben würde zu **erheblichen Mehrkosten** für die Kantone führen, insbesondere beim Veterinärdienst. **Damit die Revision umsetzbar ist, müssen wirkungsorientiert ausgewählte Schwerpunkte gesetzt werden.**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind heute kaum noch in gentechnikfreier Qualität verfügbar. Deshalb soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem **Label «ohne Gentechnik hergestellt»** auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln gefüttert wurden, die aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen gewonnen wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese heute nicht mehr in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. **Die vorgeschlagene Auslobung würde zu einer groben Konsumententäuschung führen und soll deshalb nicht ermöglicht werden.**

Die **Einheit der Untersuchung, der Inspektion und des Vollzugs** unter einer organisatorischen Leitung (Lebensmittelkontrolle) ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit der Behörde. Bei einer örtlichen und organisatorischen Trennung würden weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung der heute selbstverständlichen Abläufe notwendig werden und Mehrkosten entstehen.

Mehrkosten wären auch die Folge, wenn die vom Gesetzgeber mit der Revision des Lebensmittelgesetzes erst **vor kurzem abgeschaffte Pflicht der Akkreditierung der Lebensmittel- und Trinkwasserinspektorate** nach der Norm ISO/IEC 17020 durch eine obligatorische externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung ersetzt und so **wieder eingeführt** würde.

Die in der LMVV **neu vorgesehenen Vorgaben**, dass die Kantone **regelmässig die Art, Anzahl und Ergebnisse der amtlichen Kontrollen, die festgestellten Verstösse, die ergriffenen Massnahmen sowie die ergriffenen Sanktionen veröffentlichen** müssten, ist **nicht zielführend**. Mit diesen Vorgaben würden sinnfreie Datenberge generiert, welche lediglich die Verwaltungskosten steigern, jedoch weder bessere Transparenz noch Qualität bewirken würden. Die bereits heute bestehenden gesetzlichen Vorgaben für die Berichterstattung der Lebensmittelkontrolle sind aus unserer Sicht wirksam und ausreichend.

Für eine **wirksame Kontrolle** von Lebensmitteln ist es **unumgänglich**, dass die Vollzugsorgane **mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen** können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben im Detailhandel für eine Reihe von Lebensmitteln verunmöglicht. Die neuen Vorschriften würden zudem zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüßen. Gemäss den Erläuterungen zur Revision soll neu auch die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette sichergestellt werden. Die **Kontrollen von Bezeichnungen** werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der **unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts»** würde die Arbeit der Lebensmittelkontrolle unnötig erschwert.

Den vorgeschlagenen **Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung** stimmen wir, mit den in der Beilage festgehaltenen Änderungsvorschlägen, zu. Falls Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht werden soll, sind jedoch **Anpassungen** der Bestimmungen zwingend, um das **Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene** vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber den Veterinärdiensten.

Die **Anpassungen in der MNKPV** schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

**"Ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)**

### Inhalt der Neuregelung

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

### Beurteilung

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

### Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.	Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).



	<p>Diese Änderung bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z. B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.</p>	<p>Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).</p> <p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: siehe dort</p>
Art. 30 / 31	<p>Definition GVO-Erzeugnisse</p> <p>Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p>
Art. 37 Abs. 4 Bst. c	<p>Gemäss Erläuterung wird an der aktuellen Regelung von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL festgehalten.</p> <p>Es fehlen Wörter. Der aktuelle Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL ist zu übernehmen.</p>	<p>Der aktuelle Wortlaut von Art. 7 Abs. 8 Bst. c VGVL ist zu übernehmen.</p> <p>"1. Nach Artikel 31 bewilligt worden <i>sind</i>, oder 2. nach schweizerischem Recht mit erlaubten landwirtschaftlichen Hilfsstoffen oder Ausgangsprodukten produziert <i>werden dürfen</i>, ..."</p>
Art. 37 Abs. 5	<p>Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "<i>ohne Gentechnik hergestellt</i>" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.</p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden</p>	<p>Absatz ist ersatzlos zu streichen</p>

	<p>falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p> <p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, <i>Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"</i>) durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.</p>	
Art. 38 Abs. 2 Bst. a und b	<p>Es wird begrüsst, dass die Terminologie von Begriffen harmonisiert wird. Der vorgeschlagene Ausdruck "andere Substanz" passt in diesem Kontext nicht.</p> <p>Es wird empfohlen, die Ausdrücke "Nährstoff" und "andere Substanz" durch den zusammenfassenden Begriff "Lebensmittelbestandteil" zu ersetzen (analog Art. 31 Abs. 1 LIV).</p>	Anpassungsempfehlung unter Bst. a und b: "... der <i>Lebensmittelbestandteil</i> , das Lebensmittel oder die Lebensmittelkategorie..."
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48	<p>Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst.</p> <p>Diese Streichung bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via "Fast Track" revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.</p>	
Art. 72 Erläuterungen	Die Definition von öffentlichen Duschen sollte in der West- wie in der Deutschschweiz die Gleiche sein. Die deutsche Version der Erläuterung des Artikels 72 LGV sollte der französischen Version angepasst werden.	Der deutsche Text der Erläuterungen sollte folgendermassen geändert werden:

		<p>Das neue Lebensmittelgesetz erfasst allerdings nur Wasser für den menschlichen Gebrauch in Anlagen, die der Allgemeinheit oder einem berechtigten Personenkreis dienen und nicht ausschliesslich einem privaten Personenkreis zugänglich sind (Art. 5 Bst. i nLMG).</p> <p>Beispiele hierfür sind das Dusch- und Badewasser in öffentlichen Schwimm- und Hallenbädern, Spa-Landschaften, Spitälern, Pflegeheimen oder Hotels. Nicht darunter fallen Duschen in Privathaushalten.</p>
--	--	---

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

#### **Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

#### **Beurteilung**

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich. In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### **Antrag**

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

## **Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

### **Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

#### **Beurteilung**

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.

Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

#### **Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen** sowie **Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

#### **Beurteilung**

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

#### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

## **Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### **Beurteilung**

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### **Antrag**

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

- d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### **Beurteilung**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

**Antrag.**

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der "Krise" nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die eine Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag gute Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar. (NB: In der Verordnung (EU) 2017/625 vom 15. März 2017, auf die für weitere Definitionen verwiesen wird (Art. 2 Abs. 2), ist ebenfalls keine Definition aufgeführt.	Definition der Krise nach aktueller LMVV ist zu übernehmen.
Art. 7 Abs. 2 Bst. c	<p>Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt). Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.</p> <p>Nicht nur die Lebensmittelkontrolle, sondern auch der Veterinärdienst lehnt diese Bestimmungen ab. Die Erhebung von vergleichbaren Daten ist äusserst aufwändig und die Aussagekraft betreffend die Wirksamkeit des Vollzugs ist beschränkt. Fehlinterpretationen und Folgeaufwand für den Vollzug (Fragen aus der Öffentlichkeit, politische Vorstösse etc.) verursachen einen erheblichen Aufwand, während die Wirkung der Vollzugstätigkeit nicht</p>	Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen

	verbessert werden kann. Die dafür benötigten Ressourcen sind bei den kantonalen Veterinärämtern nicht vorhanden bzw. gehen bei einer Umsetzung zu Lasten des Vollzugs. Als wirksameres und effizienteres Instrument erachten wir Systemaudits (siehe Bemerkungen zu Artikel 20 NKPV), deren Resultate von zentraler Stelle veröffentlicht und kommentiert werden.	
Art. 13	<p>Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden.</p> <p>Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.</p>	Art. 13 Abs. 3 ist zu überarbeiten, mindestens Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen
Art. 16	<p>Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.</p> <p>Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt!</p> <p>Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat.</p> <p>Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.</p>	Der letzte Satz in Abs. 3 ist zu ersetzen: "Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln."



Art. 37 Abs. 8	<p>Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.</p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>
Art. 39	<p>Art. 39 gibt dem BLV die Möglichkeit der Weiterbeförderung von Sendungen vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Warenuntersuchung. Dies muss aber auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. Entsprechend ist die Bestimmung anzupassen.</p> <p>Da durch die Weiterbeförderung den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 muss dafür entsprechend ergänzt werden.</p>	<p>Art. 39 Abs. 1 <i>Das BLV kann in Ausnahmefällen die Weiterbeförderung der Sendung...</i></p> <p>Einfügen Art. 44 Abs. 3: <i>Für Sendungen die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch entstehenden Kontrollaufwandes.</i></p>
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs. 2	Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4	<p>Art. 48 Abs. 1 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und</p>	<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	<p>Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 64	Ein Abs. 6, in dem gefordert wird, dass das Kontrollpersonal sein Wissen auf dem aktuellsten Stand halten muss (vgl. Erläuterungen) gibt es nicht. Diese Forderung ist in Abs. 1 formuliert.	Die Erläuterungen sind anzupassen
Art. 65 Abs. 2	Die Finanzierung wird in Art. 1 sowohl für die Ausbildung als auch für die Schulungen (=Weiterbildung; vgl. Art. 64) geregelt. Die ungedeckten Sachkosten der Schulungen müssen ebenfalls geregelt werden.	Art. 65 Abs. 2 ist zu ergänzen: Ungedeckte Sachkosten der Ausbildungen <b>und Schulungen</b> werden ...
Art. 70	Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen

	<p>eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden.</p> <p>Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben, gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren "ernannt", wenn sie keine Prüfung machen sollen.</p>	
Art. 75	Für den Fachassistenten werden Prüfungsnoten festgelegt, ohne diese entsprechend Art. 85 für den DAL, festzulegen.	Abs. 2bis ist analog Art. 85 (DAL) wie folgt zu ergänzen: Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3.
Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese "Übergangsregelung" tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art. 79 Abs. 2 ist zu überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 3	<p>Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder.</p> <p>Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.</p>	<p>Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden:</p> <p><i>"....Ein Mitglied der PK <u>kann</u> die Prüfung begleiten."</i></p>
Art. 95 Abs. 1	Die Prüfungsbereiche sind in Art. 91 Absatz 2 (nicht Absatz 1) geregelt.	Absatz 2 ist durch Absatz 1 zu ersetzen
Art. 105	Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. (vgl. auch Art. 16)	Art. 105 ist mit Bst. d zu ergänzen: "d. ein vermuteter Krankheitsausbruch im Zusammenhang mit Lebensmitteln vorliegt."
Art. 107	Es fehlt ein Titel (vgl. Art. 104 aLMVV: Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung).	Art. 107 ist mit einem Titel zu ergänzen

Art. 116	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 113 aLMVV)	Art. 116 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Für die Erhebung der Gebühren soll Artikel 119 vorbehalten bleiben. Dieser bezieht sich allerdings auf die Aktualisierung der Anhänge durch das BLV. Gemeint ist wohl eher vorbehaltlich Art. 117 (analog zu aLMVV).	Korrektur mit „...vorbehalten bleibt Artikel 117.“
Art. 118	Es fehlt ein Titel	Art. 118 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 119	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 115 aLMVV)	Art. 119 ist mit einem Titel zu ergänzen
Anhang 1 und 2	Die Anhänge 1 und 2 (verstärkte Kontrollen) brauchen regelmässige Aktualisierungen. Eine Lösung wäre wie bei Anhang 2 VPRH -> Publikation auf BLV-Homepage. Zudem sollte wo relevant beim «Risiko» die Vorgabe der zu untersuchenden Analyten präzisiert werden (z.B. inkl. Dithiocarbamatfungiziden)	Regelung in Art. 37: halbjährliche Aktualisierung der Anhänge 1 und 2  Anhang 1 analog zu 669/2009 Analyten präzisieren
Anhang 4	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 4	Anhang 4 ist ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist Anhang 4 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.
Anhang 5	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 5	Anhang 5 ist ersatzlos zu streichen

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüßen. Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen.

### Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)

#### Inhalt der Neuregelung

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

#### Beurteilung

Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" würde die Arbeit der Lebensmittelkontrolle unnötig erschwert. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### Antrag

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: *geschützte **Kennzeichnungen** von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.*

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

Aus Sicht des Veterinärdienstes sollte zudem grundsätzlich eine Prüfung und Abstimmung der verwendeten Begrifflichkeiten und Bestimmungen in der VKKL und der MNKPV erfolgen, damit unnötige Formulierungsunterschiede korrigiert werden können, um Missverständnissen vorzubeugen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist. Es bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und in Form von technischen Weisungen. Die Umsetzung ist aktuell aufgrund fehlender Bestimmungen nicht möglich und es sind realistische Übergangsbestimmungen festzulegen. Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden. Was das Kapitel 11 des

Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

### **Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.

#### **Beurteilung**

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

#### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" würde die Arbeit der Lebensmittelkontrolle unnötig erschwert. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anpassen: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i> ....</li> <li>2. Sachverhalt "gemäss Landwirtschaftsrecht" konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i></li> </ol>

	<p>Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst.	<p>Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.</p>	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren.
Art. 3, Bst. d bis g	<p>Nachkontrolle, Verdachtskontrolle, Zwischenkontrolle und Verwaltungskontrolle sind Elemente innerhalb der Gruppe der "Risikobasierten Kontrollen" und entsprechend in den Begriffen so zu bezeichnen.</p>	<p>d. Nachkontrolle: risikobasierte Kontrolle als.....</p> <p>e. Vedachtskontrolle: risikobasierte Kontrolle als.....</p> <p>f. Zwischenkontrolle: risikobasierte Kontrolle als.....</p> <p>g. Verwaltungskontrolle: risikobasierte Kontrolle als.....</p>
Art. 3 Bst. h	<p>Die Definition ist obsolet (vgl. Art. 7 Abs. 2).</p>	Art. 3 Bst. h ist zu streichen
Art. 7 Abs. 2	<p>Es sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht.</p> <p>Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu</p>	<p>Art. 7 Abs. 2 ist zu streichen oder wie folgt formulieren: Zu den Grundkontrollen nach Absatz 1 können zufällige Kontrollen gemäss Artikel 3 Buchstabe h durchgeführt werden.</p>

	kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.	
Art. 7 und 8	Artikel 7 und 8 sind zwingend analog zu gliedern, wie in der ab 1.1.2020 geltenden VKKL (SR 910.15). Eine klare Strukturierung in "Grundkontrollen" und "Risikobasierte Kontrollen" ist vorzunehmen. Unter Artikel 8 alle "Risikobasierten Kontrollen" (Art. 3 Bst. d bis g) aufzuführen und somit Art. 12 und Art. 13. streichen	Art. 8 mit "Risikobasierte Kontrollen" bezeichnen.  Unter Artikel 8 die Anforderungen aus Art. 12 und Art. 13 einfügen.
Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche bzw. konzeptionelle Klärung
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
Art. 11 Abs. 2	Der Verordnungstext suggeriert, dass sämtliche Kontrollen (TSch, TVK, TAM) mit den Grundkontrollen sowie untereinander (Nach-, Zwischen-, Verdachtskontrollen) zu koordinieren sind. Dies ist nicht umsetzbar. Grundkontrollen sind nach VKKL zu koordinieren. Alle anderen Kontrollen	Die Grundkontrollen, die auf den in Artikel 10 Absatz 1 genannten Verordnungen basieren, müssen mit den Grundkontrollen nach Artikel 1 Absatz 2 VKKL koordiniert werden.



	können nicht koordiniert werden, da die Vollzugsbehörden sonst in ihrer Tätigkeit gelähmt wären. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine «Muss»-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man jede Kontrolle untereinander abspricht. Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt. Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.	
Art. 12	Die Inkraftsetzung dieser Bestimmung ist auf später zu verschieben, da eine Umsetzung aufgrund fehlender Ausführungsbestimmungen aktuell nicht möglich ist. Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können. Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.	Inkrafttreten erst bei Vorliegen der Ausführungsbestimmungen zuzüglich Zeitspanne, worin sich die Kantone vollzugstechnisch umorientieren können.
Art. 14	Die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen ist korrekt formuliert und so auch mit kleinem Aufwand umsetzbar.	Ausdrückliche Zustimmung.
Art. 17 Abs. 1	Schwerpunktprogramme sollen auch in anderen Fachbereichen als dem Tierschutz durchgeführt werden. Deshalb nicht die Tierschutzbehörde sondern allgemein die kantonale Behörde benennen	In Absprache mit der kantonalen Behörde...
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte	Präzisieren

	Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Die Nachverfolgung sollte hier verbessert werden. Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	
Art. 25	Datum Inkrafttreten	Mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL abstimmen.
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird begrüsst.	
Anhang 1, Liste 2 Ziff. 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen. Cave: Formulierung kann missverstanden werden, anpassen: „nicht“ ersetzen durch „ausser“	2.10 Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016
Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Zeitspanne überall auf 4 Jahre festlegen.	Ersetzen mit 4.
Ergänzung : NFUP	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert. Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen es, dass gesetzliche Grundlagen für die Möglichkeit zur Weide- und Hofschlachtung geschaffen werden. Diese beiden neuen Möglichkeiten der Schlachtung generieren jedoch für zahlenmässig wenige Tiere einen sehr hohen zusätzlichen Aufwand für den Veterinärdienst. So muss nun zwingend für jedes einzelne zu schlachtende Tier ein Vertreter des Veterinärdienstes vor Ort fahren (STU und allenfalls Überwachung Betäubung/Entblutung). Es ist deshalb sehr zu begrüssen, dass der zusätzliche Aufwand in Rechnung gestellt werden kann. Dies sollte jedoch nicht nur bei der Weideschlachtung, sondern auch bei der Hofschlachtung möglich sein. Es sollte zudem möglich sein, die Schlachtstage der Weide- und Hofschlachtungen ausser durch die Gebühren, ebenfalls durch den Veterinärdienst vorgegebene Tage in der Bewilligung zu steuern. Es wäre ansonsten sehr schwierig, die aufwändigen Weide- und Hofschlachtungen am Montagmorgen nebst den Kleinbetrieben zu bedienen, was schon heute zu sehr grossen Engpässen führt.

Die Hofschlachtung soll gemäss Entwurf für alles Schlachtvieh (Rind, Schwein, Schafe/Ziegen, Pferde, Lamas/Alpacas, etc.) möglich sein, die STU muss vorgängig auf dem Bauernhof durchgeführt werden, bei der Betäubung/Entblutung muss keine Amtsperson vor Ort sein und in den Bewilligungsvoraussetzungen im Entwurf sind unserer Meinung keine Voraussetzungen zu finden, welche nicht durch den Grossteil sämtlicher Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz erfüllt werden könnten. Deswegen wird befürchtet, dass dadurch eine beträchtliche Anzahl Bauernbetriebe in Zukunft ihre Tiere auf dem Hof geschlachtet haben möchte, was für den Veterinärdienst einen erheblichen Mehraufwand generieren würde, welcher jedoch nicht annähernd kostendeckend betrieben werden könnte (für STU für Hofschlachtung kann gemäss Art. 60 Abs. 4 nur 30 Fr. erhoben werden, unabhängig dem Weg und der Zeit). Um die Anzahl der Betriebe mit Hofschlachtungen in einem bewältigbaren Mass zu halten, müssen entweder die Bewilligungsvoraussetzungen angepasst werden oder aber es muss auch bei der Hofschlachtung eine Möglichkeit geben, die effektiv anfallenden Kosten weiter zu verrechnen.

Bei einer Einführung sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet.</p>	<p><b>Hofschlachtung:</b> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><b>Weideschlachtung:</b> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p>

	Weiter sollte der Begriff "mobile Schlachthanlage" in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem «mobile Schlachthanlagen» so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt	Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen. Bst s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet
Bst. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.  Im Grossbetrieb zeigt sich, dass nebst der Betäubungseinrichtung, den Arbeitsplätzen für die Fleischkontrolle und den Kühlräumen auch die Stallungen das Nadelöhr für die Schlachtfrequenz sein können. Somit ist auch die Kapazität der Stallungen relevant für die Bemessung der Schlachtfrequenz.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie.  Sie berücksichtigt dabei insbesondere die Kapazität der Stallungen, die Betäubungseinrichtungen, die Arbeitsplätze für die Fleischkontrolle sowie die Kapazität der Kühlräume.
Art. 9 Abs. 2 a	Die Präzisierung, dass nebst den verunfallten Tieren auch die kranken Tiere ausserhalb von bewilligten Schlachthanlagen geschlachtet werden darf, wird begrüsst. Damit wird der Artikel an die Realität angepasst. Jedoch müsste auch hier von Betäuben und Entbluten gesprochen werden	Betäuben und Entbluten von krankem und verunfalltem.....
Art. 9a Abs. 1	Die Hofschlachtung soll für sämtliches Schlachtvieh möglich sein, also auch für Schweine, Schafe, Ziegen, Kameliden, etc. Es ist zu befürchten, dass damit viele (Klein)Tierhalter ihre Schweine, Schafe und Ziegen auf dem Hof möchten schlachten lassen, was einen sehr grossen Aufwand für den Veterinärdienst bedeuten würde. Abgesehen davon bezweifeln wir, dass diese Tierhalter flächendeckend Techniken und Hygienemassnahmen beherrschen, was den Vollzugsaufwand zusätzlich erhöht.  Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.  Es ist nicht einzusehen, warum handzahme Rinder nicht durch Bolzenschuss auf der Weide betäubt werden können. Das Risiko ist nicht grösser als dass ein jagdlicher Fehlschuss passieren kann.	Die Hofschlachtung ist zulässig für Tiere der Rindergattung sowie Pferde. Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Rinder unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Handzahme Rinder können durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt werden.  ...die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.

	<p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	
Art. 9a Abs. 2	<p>In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a bis c als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung),</p>	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <u>und entblutet</u> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person <u>nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden.</u></li> <li>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></li> <li>4. <u>muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></li> </ol> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein</u></p>

	<p>Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendjemand ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung muss eine fachkundige Person schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist aber nicht gefordert. Z. B. haben Jäger den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum ausschachten örtlich so gelegen ist und betrieben wird (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Der Veterinärdienst hat mit Hof- und Weideschlachtungen im Vergleich zu normalen Schlachtungen im Schlachtbetrieb einen Mehraufwand. Schon heute gibt es an bestimmten Tagen (v.a. Montag) Engpässe von Amtspersonen. Da Hof- und Weideschlachtungen besonders aufwändig sind, d.h. für wenige Tiere ein überdurchschnittlicher Aufwand betrieben werden muss, muss der Veterinärdienst eine Möglichkeit haben, die Schlachtstage der Hof- und Weideschlachtungen zu steuern. Deshalb braucht es für Hof- und Weideschlachtungen eine Möglichkeit in der Bewilligung, dass diese nur an für den Veterinärdienst organisierbaren Tagen stattfinden können.</p>	<p><u>zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlacht tierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p> <p>d. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter kann verpflichtet werden, die Hof- und Weideschlachtungen nur an bestimmten Wochentagen durchzuführen.</u></p>
--	---	--

	<p>Werden die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.</p> <p>In der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK) wird unter Art. 9 a neu die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung aufgeführt. Gemäss Absatz 2 Bst. a müssen die Tiere «unter sicheren Bedingungen» durch einen Jäger oder eine Jägerinnen geschossen werden. Jäger und Jägerinnen müssen gemäss Art. 15 und 16 des JSG, SR 922.0, eine Jagdhaftpflichtversicherung abschliessen, bei welcher jedoch (in der Regel) nur jagdliche Handlungen versichert sind. Das Schiessen von Rindern ist keine jagdliche Handlung.</p>	<p>Die Haftungsfrage muss geklärt sein, bevor Jäger oder Jägerinnen Rinder auf einer Weide erlegen.</p>
Art. 9a Abs. 3	<p>Die Betäubung und Entblutung bei einer Hofschlachtung darf durch fachkundige Personen durchgeführt werden. Diese sind nicht zwingend Metzger. Somit wird es bei der Hofschlachtung vermehrt Nicht-Metzger geben, welche ausschliesslich wenige Male pro Jahr Betäubungen und Entblutungen durchführen. Dies bietet eine Gefahr für Fehlschüsse oder schlechtes Ausbluten, was aus tierschützerischer Sicht problematisch ist. Deshalb ist es auch bei der Hofschlachtung angezeigt, dass die Betäubung und Entblutung durch einen ATA überwacht werden muss. Auch bei der Hofschlachtung muss ein Vertreter des Veterinärdienstes für die STU auf den Hof gehen, weshalb die der STU folgende Überwachung der Betäubung und Entblutung ein kleiner Zusatzaufwand ist.</p>	<p>Hof- und Weidebetäubung und –entblutung sind regelmässig amtlich zu überwachen.</p>
Art. 28 Abs. 1 & 2	<p>Wir begrüssen die Wiedereinführung der Schlachttieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüssen wir die Schlachttieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).</p>	<p>Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.</p>
Art. 53 Abs. 1 Bst. i	<p>Siehe Bemerkung bei Art. 9a Abs. 3</p>	<p>i. überwachen bei einer <u>Hof- bzw. Weideschlachtung</u> <u>die Betäubung bzw. den Abschuss</u> und das Entbluten</p>

		des Tieres.
Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlachttier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schlachttier; oder
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Die Festlegung der Stundenansätze für amtliche Verrichtungen ist kantonale Hoheit.	Nach Zeitaufwand richtet sich die Gebühr für die amtliche Untersuchung unabhängig von der Tierart nach den kantonalen Grundsätzen.
Art. 61 Abs. 1	Kostendeckende Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung begrüssen wir ausdrücklich, jedoch in einer Muss-Formulierung, damit eine Rechtsgleichheit herrscht. Die Hofschlachtung muss ebenfalls kostendeckend verrechnet werden können. Alternativ, um können hier auch fixe Gebühren festgelegt werden, die dem hohen Aufwand annähernd gerecht werden (z.B. 80 – 150, je nach den gegebenen Umständen)	Die Kantone verrechnen für die Überwachung einer <u>Hof- bzw.</u> Weideschlachtung die Aufwendungen gemäss den kantonalen Stundenansätzen
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 05.00-18.00 h angepasst werden.	Zeiten entsprechend anpassen.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1,500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt aufschieben.



## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in der Amtlichen Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung dieser verarbeiteten Lebensmittel schwierig.	Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.
Anhang 2	Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?	Die jeweiligen Übergangsfristen sind zu regeln

**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten. Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.	Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.

	Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-> Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -> bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).	Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM. In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen: <i>"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt."</i>
Art. 21	Es wird auf den falschen Anhang verwiesen. Es muss Anhang 4 statt Anhang 1 heissen.	Die Nährwertkennzeichnung kann den durchschnittlichen Gehalt der Stoffe nach Anhang <b>4</b> je Portion ...
Art. 22a, Informationen über Säuglingsnahrung	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint es aber mehr so zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist so nicht vorgesehen. In diesem Kontext ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren. Sind Apotheken oder Drogerien auch damit gemeint?	Anpassung Titel 5. Abschnitt wie folgt: Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern  Zudem ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Der Begriff "Polyole" ist durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" zu ersetzen.
Art. 35 a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Der Verweis ist anzupassen (-> Absatz 2).
Art. 35 a Abs. 6 und 7	Zur besseren Verständlichkeit Abs. 6 und 7 evtl. präzisieren.	Abs. 6 und 7 sind zu präzisieren. Ergänzung wie Abs. 6: "Die Angaben <i>zu Stoffen</i> ..." Abs. 7: " <i>Stoffangaben</i> ..."
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung steht bereits unter Art. 4 Abs. 2 und ist deshalb hier zu streichen.	Abs. 2 ist zu streichen.

Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 3	<p>Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.</p> <p>Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Aufführen von einzelnen abweichenden Bestimmungen stehen. Bei Art. 35 a geht es auch um die Nährwertdeklaration.</p>	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35 a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35 a aufzuführen.
Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	<p>Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler</p> <p>Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.</p> <p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher hat es für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gegeben (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden, ist hier eine Ergänzung nötig: Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p> <p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> ist zu streichen und die Bestimmung ist unter Art. 3 aufzuführen.</p>
Anhang 9 Ziffer 1.1	<p>Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich</p>	<p>Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-&gt; ESPGHAN).</p>

	handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).	
Anhang 10	Die vorgesehenen Anpassungen unter den Anmerkungen machen so keinen Sinn. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.	Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von: "Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet</i> oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers <i>zubereitet</i> werden."
Anhang 12	<p>Es sollten die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sein.</p> <p>Calcium Im Vergleich zur VNem fehlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Im Vergleich zur VNem fehlt folgende Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Werden dazu keine Angaben mehr aufgeführt, so ist eine Ergänzung unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE nötig.</p>	<p>Calcium Ergänzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> <p>Silicium Ergänzung der Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).</p>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von viande séparée mécaniquement à basse pression, abgekürzt VSM</li> <li>- auf Englisch von mechanically separated meat, MSM</li> </ul> <p>Auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber Separatorenfleisch gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</p>	Eine markt-taugliche Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säureoder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig. Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft v. a. französische und italienische Version.
Art. 33 Abs. 1 Bst. b	Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke (z.B. Eistee) vorgesehen) wird auch damit begründet, dass QUID das dann schon regle. Da es sich aber um kleine Mengen Extrakt handelt, wird die Industrie argumentieren, QUID sei nicht vorgeschrieben. So wird die Information ganz rausfallen. Vorschlag: Artikel umformulieren, so dass er nur für Fertiggetränke gilt.	<sup>1</sup> Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV ist anzugeben: b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee und Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten oder Konzentraten der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter.
Art. 66	Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.	Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziffer 10 aufgeführten Stoffen sein. Die Ziffer 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen ergänzt werden und nicht ersetzt.	10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe einschliesslich Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringingehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 bis	Die neue Formulierung ist missverständlich, da sich die «sonstigen Stoffe» nicht in Anhang 1 befinden.	2 Zulässig ist der Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen nach Anhang 1;



Art. 3	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder eines sonstigen Stoffes im Zutatenverzeichnis wird nicht eingegangen. Es gilt nicht automatisch die VZVM, weil diese gemäss Art. 1 Abs. 3 VZVM nicht für Nahrungsergänzungsmittel gilt.	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen ist einzugehen. Evtl. Verweis auf Art. 6 VZVM.
Anhang 5	In Anhang 5 sind gar keine "sonstige Stoffe" aufgeführt. Der Titel ist nicht zutreffend.	Entweder muss in Anhang 5 die zulässige Form(en) von Lactulose aufgeführt werden oder der Titel ist anzupassen: Zulässige Verbindungen der Vitamine und Mineralstoffe.

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid nicht vorgesehen ist.</p> <p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, so dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind darum zu hoch. Z.B. für Chips ist das 90ste Perzentil in der CH sicher tiefer als 750 ppb. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein, so dass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1) vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p>	<p>Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>«Richtwerte» sollten tiefer gesetzt werden (z.B. beim 90. Perzentil in der CH Daten oder beim 50. Perzentil der EU Daten).</p>
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	Gar nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist.
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben scheinen von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein: Nach wie vor unklar und nicht geregelt ist: was passiert mit geschützten Health Claims, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetzelttes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>

Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.	Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Nicht vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Definitionen fehlen: was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Industrie verwendet dann einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz). Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert: Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 %. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist! Ein Vergleich mit weiteren Marken/Produkten ist auch nicht nötig (Art. 30 LIV), es geht nur um das eigene Produkt. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig extrem zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden, und der Gehalt dann wieder «gesenkt» wird um die Reduktion auszuloben.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.

	Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.	
Anhang 5 Teil C	Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.
Anhang 9 Ziff. 19	<p>Grundsätzlich wurde die „Befreiung“ von der obligatorischen zur Nährwertdeklaration der EU abgeschrieben. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziff. 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein grosser Unterschied zwischen Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen ... abgegeben werden (einschliesslich handwerklich hergestellter Lebensmittel) und handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden.</p> <p>Ziff. 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziff. 19 Anhang V 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Damit erübrigt sich auch ein vorgesehene Informationsschreiben zum Thema „handwerklich hergestellte Lebensmittel“.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	Anhang 9 Ziff. 19 analog der Anhang V Ziff. 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung der Pilzliste als Positivliste ist im Hinblick des Aufbaus des Lebensmittelrechts die konsequente Folge. Die Streichung wird jedoch auf Grund der Fülle der Pilzarten im Sinn der Klarheit bedauert. Daher wird das in den Erläuterungen in Aussicht gestellte Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze sehr begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste werden Fussnoten direkt in Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden;
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Streichung E 311 und E 312 aus den Anhängen 1a und 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Der Kommentar in den Erläuterungen ist entsprechend anzupassen.
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	Süssungsmittel in Kategorie weiterhin zulassen, z.B.: E 950 Acesulfam K 1700 Nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte
Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1	Es soll der neue Zusatzstoff "niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose" (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmittel in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen	Anhang 1a mit dem Eintrag E 463a - niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC) ergänzen.



	<p>werden. Gemäss der zitierten EFSA-Bewertung von 2018 handelt es sich hierbei nicht um Hydroxypropylcellulose (E 463). Gemäss der Verordnung EU 231/2012 handelt es sich um den Zusatzstoff E 463°. Dieser ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet, also kann er auch nicht in der Anwendungsliste Anhang 3 aufgeführt werden.</p> <p>Interessant ist, dass auch in der EU die Verwendung von E 463a nicht zulässig scheint.</p>	
--	---	--

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen</p>	In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).

	Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?	Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <i>Anhängen 1 und 2</i> "
Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Art. 2 <sup>bis</sup> ist zu streichen.
Art. 2	Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-> Artikel 2bis) oder direkt unter Art. 2 (-> in diesem Fall Erweiterung Titel). Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?	Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separaten Artikel (-> Artikel 2bis) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen).	Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen. "Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des

	<p>Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend.</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p>	<p>Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht:</p> <p>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</p>
Art 6. Abs. 1	<p>Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben. Macht das Sinn? Aus Sicht des Konsumenten ist doch «Kalium» auch besser verständlich als «Kaliumsalze der Orthophosphorsäure»?</p>	<p>Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.</p>
Art. 6 Abs. 1bis	<p>Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen.</p> <p>Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem).</p> <p>Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	<p>Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.</p>
Anhang 1	<p><b>Verbot Anreicherung diverser Mineralstoffe und Vitamine</b> (wie Magnesium, Zink, Fluorid, Vitamin K und Nicotinsäure)</p> <p>Das Verbot der Anreicherung von Lebensmitteln mit diversen Mineralstoffen und Vitaminen gemäss VZVM wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung nur noch bei Milchersatzprodukten zugelassen. Die Einschränkung hinsichtlich Calcium ist nochmals zu überdenken (z.B. in Zusammenhang mit Veganern).</p>	<p>Verbot der Zugabe einzelner Stoffe (wie Magnesium oder Einschränkung bei Calcium auf Milchersatzprodukte) nochmals überdenken und, wo vertretbar, anpassen.</p>
Anhang 1	<p>Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird "Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg" aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die</p>	<p>Vorschlag einer klareren Formulierung: Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin</p>

	Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.	
Anhang 2	<p><b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b></p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p><b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b></p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>
Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>

Anhang 5	<p>Formatierungsfehler in</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: unterhalb Ziffer 1.12 Pantothensäure müssen die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbyl-palmitat gelöscht werden</li> <li>• Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Überschrift zwischen Kalziumhydroxid und Kalziummalat muss gelöscht werden</li> </ul>	
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. Bei der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zu "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktspezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind.</p> <p>Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p>	Wie bisher ist die vollständige Liste in Anhang 6 beizubehalten.

	<p>Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	
--	--	--



## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse</p> <p>Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p> <p>Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30/31 LGV.</p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben, sofern keine eindeutigen wissenschaftlichen Daten das Gegenteil beweisen können. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die dieses Vorgehen wählen, in kleinräumigen Strukturen würden eine maximale Transportzeit von 4 Stunden ausreichen.	Für Abs. 4bis 4h einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	Zerteilen statt zerlegen
Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: Raumtemperatur aber maximal 12°C.
Art. 32	Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten. - in der französischen Version spricht man von viande séparée mécaniquement à basse pression, abgekürzt VSM - auf Englisch von mechanically separated meat, MSM  Auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber Separatorenfleisch gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.	Eine markt-taugliche Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.
Art. 66 Anhang 1, Teil 3	Anhang 1, Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66, Abs.4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.	Anhang 1, Teil 3 - beibehalten - Geltungsbereich streichen - beibehalten Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3

	<p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1, Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf <u>herstellende</u>, <u>verarbeitende</u> oder <u>zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p>	
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66, Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks harmonisierten Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen? Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung "schöner".</p>	Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.). Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.</p>

Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7	Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien. Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).	Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden. Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10	Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.	Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p>Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) ist der genaue Grund dieser Anpassung nicht ersichtlich.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch kann theoretisch somit auch aus Milch von Kühen, welche gleichzeitig ein Kalb aufziehen, gewonnen werden. Wenn dies mit dieser Änderung beabsichtigt ist, würden wir es begrüßen, wenn es auch so benannt würde. Abgesehen davon müssten dann auch weitere Anpassungen getätigt werden, um bestimmten Qualitätsanforderungen z.B. in der Käseproduktion gerecht zu werden.</p>	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	<p>Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP).</p> <p>Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.</p>	<p>Es ist abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls ist in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (Produktarten 4 und 5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte aber in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.</p>
Art. 14	<p>Im Artikel 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen deklaratorischen Verweis auf die diesbezüglich geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.</p>	<p>Die Absätze 2 und 3 von Art. 14 TBDV sind zu streichen.</p> <p>Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass der Begriff "öffentliche Bäder" bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen im Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck "Gemeinschaftsbäder" ersetzt werden sollte, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.</p>

Anhang 4	<p>Es besteht Verbesserungsbedarf für den Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind derzeitige Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.</p> <p>Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.</p> <p>Es ist bedauerlich, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die nötigen Anpassungen genutzt wird.</p>	<p>Grundlegende Überarbeitung von Anhang 4 TBDV gemäss Bemerkungen links. Zeitnah eine Revision einleiten.</p>
----------	---	--



## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagene Neuregelung zur Durchführung nachträglicher grenztierärztlicher Kontrollen durch die zuständige kantonale Behörde im Falle einwandfreier Ware ohne vollständige Traces-Dokumentation wird zur Vermeidung von Food Waste ausserordentlich begrüsst (Art. 82 Abs. 2 EDAV-DS in Verbindung mit Art. 84 Abs. EDAV-DS).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



Genève, le 21 août 2019

## Le Conseil d'Etat

3782-2019

Département fédéral de l'intérieur  
Monsieur Alain Berset  
Conseiller fédéral  
Inselgasse 1  
3003 Berne

**Concerne : révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires (projet Stretto 3)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre courrier du 2 mai 2019, concernant l'objet mentionné sous rubrique, nous est bien parvenu et a retenu toute notre attention.

Notre Conseil salue globalement la révision de ce paquet d'ordonnances qui vise à harmoniser le droit suisse relatif aux denrées alimentaires et aux objets usuels avec le droit européen, à suivre les connaissances et les avancées scientifiques du domaine et à gommer certaines imprécisions issues de la refonte complète du droit en la matière intervenue en 2017.

La plupart des modifications proposées nous paraît aller dans le sens d'une meilleure protection des consommateurs, tout en restant très pragmatique, et permet également plus de souplesse pour les autorités d'exécution.

Notre Conseil relève cependant quatre points majeurs qui nécessitent une modification ou tout du moins une clarification.

### 1. Fréquence de contrôle des entreprises

Tout d'abord, la nouvelle ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels prévoit des contrôles aléatoires dans 2 % des entreprises en sus des contrôles de base des établissements soumis au devoir d'annonce selon des fréquences fixes définies dans l'ordonnance. Le système déjà en œuvre dans les cantons, et bien entendu à Genève, reprend les fréquences minimales de contrôle susmentionnées, mais tient en plus compte d'une analyse de risques permettant de réduire encore la durée entre deux contrôles. Nous estimons ce système largement suffisant pour la sécurité alimentaire et ne voyons pas la plus-value que représenteraient des contrôles supplémentaires pour des établissements dont les fréquences de base se situent entre deux et quatre ans. La mise en œuvre de cette nouvelle exigence nécessiterait en outre des ressources en personnel supplémentaires alors que notre canton a déjà consenti à des efforts en ce sens à la suite de la création de cette nouvelle ordonnance en 2017. Par conséquent, nous proposons que cette disposition soit restreinte aux entreprises dont les

fréquences de contrôle sont supérieures à 4 ans, comme dans le cadre de la production primaire par exemple.

## **2. Méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillons**

Par ailleurs, les nouvelles obligations figurant dans l'ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OELDAI) ou l'ordonnance sur les contaminants (OCont) tendant à l'utilisation de certaines méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillons ont pour conséquence que le contrôle d'échantillons par sondage dans le commerce de détail devient impossible et que la fraude alimentaire s'en trouve encouragée. En effet, il est important pour le contrôle de denrées alimentaires que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage sur le front de vente en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs chez des grossistes n'est plus possible. Par ce biais, on tolère que des échantillons individuels ne répondant pas aux exigences légales soient commercialisés sans qu'il puisse être possible de prendre des mesures pour protéger les consommatrices et les consommateurs, ce qui est une diminution inacceptable de la sécurité alimentaire. De même, pour ce qui est des méthodes d'analyse, l'autorité d'exécution officielle doit, pour la sécurité alimentaire et la prévention de la fraude alimentaire, avoir la possibilité d'utiliser des méthodes d'analyse alternatives validées et de prendre des mesures appropriées à partir des résultats obtenus par ces méthodes. Or, il est notoire que l'usage obligatoire d'une seule méthode d'analyse profite à une certaine criminalité. Ce qui n'est pas vérifiable avec la méthode prescrite ne peut être identifié : les progrès analytiques sont ainsi entravés et la fraude alimentaire est encouragée. Ces nouvelles dispositions doivent être supprimées.

## **3. Bonnes pratiques de l'ordonnance sur l'hygiène**

Notre Conseil soutient, sous réserve, la proposition de supprimer les valeurs indicatives microbiologiques pour le contrôle des bonnes pratiques de l'ordonnance sur l'hygiène, ces dernières étant dorénavant reprises dans les guides de bonnes pratiques de fabrication des diverses branches de production. En effet, nous estimons que les exigences de ces guides ne sont pas clairement applicables à certains types de commerces. Par exemple, il serait envisageable que le guide de la restauration et de l'hôtellerie ne s'applique pas à des stands produisant des denrées alimentaires dans des manifestations publiques, à des food trucks, à des take aways ou encore, à des produits prêts à la consommation fabriqués sur place et vendus en grande distribution. Des produits fabriqués et vendus dans certains types de commerces ne seraient alors pas soumis aux mêmes règles d'hygiène que la restauration, ce qui créerait non seulement une brèche importante dans la sécurité alimentaire, mais également une inégalité de traitement entre des entreprises. Des exemples concrets sont illustrés dans le formulaire de réponse annexé. Par conséquent, notre Conseil demande que des dispositions supplémentaires soient prises afin que le niveau de qualité actuel lié aux bonnes pratiques de fabrication des denrées alimentaires ne soit pas péjoré, quel que soit le type de commerce concerné.

## **4. Information sur les champignons**

Enfin, concernant l'abolition du principe de liste positive pour les champignons dans la législation, cette mesure doit absolument s'accompagner d'une mise à disposition d'aides pour les petites entreprises qui n'ont ni les connaissances ni les ressources humaines ou financières pour faire des évaluations toxicologiques. On pense, par exemple, à la mise à disposition d'informations sur le site de l'office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV). En effet, ces denrées alimentaires sont particulières, notamment en raison de la forte toxicité de certaines espèces et des connaissances requises

pour les identifier. Des erreurs dans ce domaine sont réelles et peuvent être très lourdes de conséquences.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

A stylized, handwritten signature in dark ink, consisting of several vertical strokes and a horizontal crossbar.

Michèle Rigetti

Le président :

A handwritten signature in dark ink, featuring a large, circular initial followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Antonio Hodgson

Annexe mentionnée

Copie à : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Canton de Genève
Sigle entreprise / organisation / service	: Direction générale de la santé (DGS)
Adresse, lieu	: Rue Adrien-Lachenal 8 – 1207 Genève
Interlocuteur	: Dr Patrick EDDER
N° de téléphone	: 022 546 56 00
E-mail	: <a href="mailto:patrick.edder@etat.ge.ch">patrick.edder@etat.ge.ch</a>
Date	: 28.08.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	8
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	10
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	11
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	12
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	13
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	14
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	15
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	16
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	17
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	18
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	19
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	20
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	21
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	22
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	23
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	25
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	26
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public .....	27
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	28
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	29

## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Le Conseil d'Etat salue globalement la révision de ce paquet d'ordonnances qui vise à harmoniser le droit suisse relatif aux denrées alimentaires et aux objets usuels avec le droit européen, à suivre les connaissances et avancées scientifiques du domaine et à gommer certaines imprécisions issues de la refonte complète du droit en la matière intervenue en 2017. La plupart des modifications proposées nous paraît aller dans le sens d'une meilleure protection des consommateurs, tout en restant très pragmatiques, et permet également plus de souplesse pour les autorités d'exécution. Le Conseil d'Etat relève cependant quatre points majeurs qui nécessitent selon nous une modification ou tout du moins une clarification.

Premièrement, l'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels prévoit des contrôles aléatoires dans 2 % des entreprises en sus des contrôles de base des établissements soumis au devoir d'annonce selon des fréquences fixes définies dans l'ordonnance. Le système déjà en œuvre dans les cantons et bien entendu à Genève, reprend déjà les fréquences minimales de contrôle susmentionnées mais tient en plus compte d'une analyse de risques permettant de réduire encore la durée entre deux contrôles. Nous estimons ce système largement suffisant pour la sécurité alimentaire et ne voyons pas la plus-value que représenterait des contrôles supplémentaires pour des établissements dont les fréquences de base se situent entre deux et quatre ans.

Les nouvelles obligations figurant dans l'ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaire (OEIDA) ou l'ordonnance sur les contaminants (OCont) d'utiliser certaines méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillons ont pour conséquence que le contrôle d'échantillons par sondage dans le commerce de détail devient impossible et la fraude alimentaire est encouragée. Ces nouvelles dispositions doivent être supprimées.

Le Conseil d'Etat soutient **sous réserve** la proposition de supprimer les valeurs indicatives microbiologiques pour le contrôle des bonnes pratiques de l'ordonnance sur l'hygiène, ces dernières étant dorénavant reprises dans les guides de bonnes pratiques de fabrication des diverses branches de production. En effet, nous estimons que les exigences de ces guides ne sont pas clairement applicables à certains types de commerces, ce qui crée non seulement une brèche importante dans la sécurité alimentaire mais également une inégalité de traitement entre des entreprises. Par conséquent, le Conseil d'Etat demande que des dispositions supplémentaires soient prises afin que le niveau de qualité actuel lié aux bonnes pratiques de fabrication des denrées alimentaires ne soit pas péjoré, quel que soit le type de commerce concerné.

Enfin, concernant l'abolition du principe de liste positive pour les champignons dans la législation, cette mesure doit absolument s'accompagner d'une mise à disposition d'aides pour les petites entreprises qui n'ont ni les connaissances, ni les ressources humaines ou financières pour faire des évaluations toxicologiques. On pense par exemple à la mise à disposition d'informations sur le site de l'OSAV. En effet, ces denrées alimentaires sont particulières, notamment en raison de la forte toxicité de certaines espèces et des connaissances requises pour les identifier. Des erreurs dans ce domaine sont réelles et peuvent être très lourdes de conséquences.



## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

Pas de remarques particulières. L'approche proposée pour la déclaration des produits sans OGM nous paraît pragmatique tout en conservant un niveau de protection contre la tromperie suffisante.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 37 al. 4 let c chiffre 2	Le libellé n'est pas très clair et difficilement compréhensible.	Reformuler de manière plus compréhensible
Art. 38 al. 2 et 3	L'OSAV peut autoriser des allégations de santé en principe non admise. Même si cette disposition est reprise du droit déjà en vigueur, celle-ci devrait être supprimée. En effet, soit le DFI autorise une allégation de santé et celle-ci est de facto admise, soit elle la refuse. Cette disposition crée de la confusion et laisse à croire que l'OSAV peut autoriser des allégations contraires au droit en vigueur.	Supprimer l'alinéa 2

### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires

#### Remarques générales

L'OELDAI a été revue en profondeur en révisant tous les devoirs, obligations, qualités requises mais également les droits des autorités d'exécution de la législation alimentaire liés à l'accomplissement de leurs tâches légales. La nouvelle ordonnance s'oriente également sur le nouveau règlement européen UE 2017/625 concernant les contrôles officiels. Près de la moitié des dispositions existantes relatives à la formation des autorités de contrôles ont été revues. Ces dernières seront désormais mieux adaptées aux besoins des cantons tout en maintenant un très haut niveau de qualité. La nouvelle ordonnance instaure aussi de nouvelles fonctions (assistants officiels, directeur d'étude officiel) qui permettront plus de souplesse dans le dispositif d'exécution de la législation.

En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton. L'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, sous une même direction organisationnelle, représentent une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en suisse. Force que nos collègues européens nous envient. Elle est conjointement responsable de l'efficacité et de la capacité d'agir rapidement pour nos autorités. En adaptant les terminologies et les processus au règlement d'exécution européen, on adopte, sans raison impérieuse, un système européen lourd et dans le même temps, on procède à une séparation claire entre l'exécution et les activités de laboratoire. Dans l'OELDAI, de nouvelles dispositions ont été introduites, p. ex. l'art. 46 OELDAI qui stipule que les autorités compétentes doivent être informées immédiatement si une infraction à la législation alimentaire est mise en évidence par des résultats d'analyse. En Suisse, jusqu'à présent, la personne responsable des opérations analytiques était elle-même chargée d'ordonner les mesures d'exécution nécessaires. L'information produite par les autorités compétentes suit un processus opérationnel automatique et efficace étant donné qu'elle circule au sein de la même unité organisationnelle. Dans l'OELDAI, les cas particuliers doivent désormais être réglementés jusque dans les moindres détails. Il est ainsi à craindre que des exigences administratives supplémentaires ne soient imposées aux autorités de contrôle visant à garantir l'application des procédures de manière correcte. Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Cela doit être clairement indiqué au minimum dans les commentaires en tant que message politique sans équivoque. Nous serions très favorables à l'introduction d'un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale », une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.

L'article 48, respectivement l'annexe 4, fixe une méthode de prélèvement d'échantillons représentatifs pour le contrôle des marchandises concernant certains contaminants. Des dispositions analogues figurent dans l'ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants (OCont). Or, il est important pour le contrôle de denrées alimentaires que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage dans le commerce de détail serait impossible en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs chez des grossistes, ce qui rendrait tout contrôle impossible sur le front de vente pour les autorités d'exécution. Par ce biais, on tolère que des échantillons individuels ne répondant pas aux exigences légales soient commercialisés sans qu'il puisse être possible de prendre des mesures pour protéger les consommatrices et les consommateurs, ce qui est une diminution inacceptable de la sécurité alimentaire. De même pour ce qui est des méthodes d'analyse, l'autorité d'exécution officielle doit, pour la sécurité alimentaire et la prévention de la fraude alimentaire, avoir la possibilité d'utiliser des méthodes d'analyse alternatives validées et de prendre des mesures appropriées à partir des résultats obtenus par ces méthodes. Comme l'on montré plusieurs exemples par le passé, l'usage obligatoire d'une méthode d'analyse profite à une certaine criminalité. Ce qui n'est pas vérifiable avec la méthode prescrite ne peut être identifié : les progrès analytiques sont ainsi entravés et la fraude alimentaire est encouragée.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7 al. 2	<p>Les autorités doivent rendre accessibles au grand public des informations pertinentes sur l'organisation et la réalisation des contrôles. En particulier, doivent être régulièrement publiés la nature, le nombre et le résultat des contrôles officiels, la nature et le nombre d'infractions constatées, la nature et le nombre de mesures prises, ainsi que la nature et le nombre de sanctions prises. Dans cette ordonnance, l'ampleur et les déterminations légales des informations à publier au moins une fois par an, en tant qu'exigences destinées aux autorités, sont discutables. Certes, il est fait référence à la possibilité d'une publication (commune) dans le cadre du rapport prévu à l'art. 21 de l'ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels (RS 817.032), qui garde toutefois un caractère très général et qui ne doit absolument pas répondre (et ne répond pas) à ces exigences. Les autorités ont un devoir de transparence et d'information qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le titre « transparence » pour les exigences visées à l'art. 7 al. 2 OELDAI est inconvenant. Le devoir d'information ne peut être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignants. De pseudos informations dénuées de sens sont générées sous cette forme ce qui augmente bel et bien les coûts administratifs, sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée.</p>	Supprimer
Art. 22	<p>La communication systématique à l'OSAV de toutes les contestations de jouets avec le degré de détail requis dans cet article est totalement disproportionnée et génère un travail supplémentaire considérable pour les cantons. Pourquoi instaurer une telle communication uniquement pour les jouets alors que la Suisse n'est même pas intégrée au système RAPEX</p>	Supprimer
Art. 37	<p>En ce qui concerne les tâches administratives de l'OSAV énumérées à l'art. 37 al. 8, il manque une dernière étape qui oblige l'OSAV à informer les autorités cantonales compétentes sur le résultat des contrôles renforcés. Ce flux d'informations est toutefois important pour éviter les doublons. C'est la seule façon d'éviter que des marchandises déjà contrôlées à la frontière par les autorités cantonales le soient une deuxième fois par des contrôles renforcés.</p>	<p>Compléter l'art. 37 al. 8 OELDAI par une let. d supplémentaire : d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.</p>



Art. 48	Voir commentaire sous remarques générales	Supprimer l'art. 48 et l'annexe 4 sans solution de remplacement, adapter l'art. 52. Préciser éventuellement l'art. 48 et l'annexe 4, ainsi que l'art. 52, quant à la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant et quant au fait que seuls soient exigés des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes
Art. 64	L'alinéa 6 relatif à la formation continue obligatoire a été oublié dans la version française.	Ajouter l'alinéa 6
Art. 66 et 79	Le terme "directeur d'étude officiel" ne veut rien dire en français.	Remplacer par "chef de laboratoire" ou "responsable de laboratoire"
Art. 81 et 82	Il est impératif que la formation pour le diplôme fédéral en contrôle des denrées alimentaires (DCAL) puisse se faire également en français et les examens dans une des trois langues nationales. De mauvaises expériences ont été rencontrées lors du système précédent où les 80% des formations étaient données en allemand uniquement. Ceci est rédhibitoire pour les candidats romands surtout pour le DCAL nécessitant seulement un CFC comme formation préalable.	Ajouter un alinéa précisant que les formations sont garanties au minimum en allemand et en français, et que les examens peuvent être passés en allemand, en français ou en italien.
Art. 90	La formation théorique préalable nécessaire pour l'obtention du DCAL doit être un master de manière à ne pas péjorer la classification de fonction des adjoints dans les cantons et permettre à ces derniers de pouvoir devenir "chimiste cantonal". Un simple bachelor pourrait devenir bloquant et la porte ouverte à ce que des chimistes cantonaux soient nommés par les cantons sans avoir les prérequis nécessaires et créer des situations embarrassantes.	Remplacer "Bachelor of sciences" par "Masters of Sciences"
Art. 101	Les autorités d'exécution des cantons romands fonctionnant en réseau, les dispositions relatives aux échanges de données entre cantons sont beaucoup trop restrictives et limitent notre collaboration intercantonale. Il est absolument nécessaire de prévoir une modification de cet article de manière le bon fonctionnement du réseau de collaboration romand.	Rajouter un alinéa: <i>Si des cantons, dans le cadre d'un accord intercantonal, gèrent des données personnelles dans une base commune, les dispositions de l'al. 1 ne s'appliquent qu'aux échanges avec des cantons qui ne sont pas liés par cet accord.</i>

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

Globalement le Conseil d'Etat soutient l'adoption de la nouvelle ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels. Cependant, un point particulier reste très problématique : l'article 7 alinéa 2 prévoit des contrôles aléatoires dans 2 % des entreprises en sus des contrôles de base des établissements soumis au devoir d'annonce selon des fréquences fixes définies dans l'ordonnance. Le système déjà en œuvre dans les cantons et bien entendu à Genève, reprend déjà les fréquences minimales de contrôle susmentionnées mais tient en plus compte d'une analyse de risques permettant de réduire encore la durée entre deux contrôles. Nous estimons ce système largement suffisant pour la sécurité alimentaire et ne voyons pas la plus-value que représenteraient des contrôles supplémentaires pour des établissements dont les fréquences de base se situent déjà entre deux et quatre ans. La mise en œuvre de cette nouvelle exigence nécessiterait en outre des ressources en personnel supplémentaires alors que le Conseil d'Etat a déjà consenti à des efforts en ce sens suite à la création de cette nouvelle ordonnance en 2017.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2 al. 2 lett h	L'OPCNP prévoit des contrôles tout au long de l'ensemble de la chaîne alimentaire. La complète intégration de la production agricole primaire doit être saluée. Selon les observations relatives à la révision, l'ajout de l'art. 2 al. 2 let. h de l'OPCNP vise à assurer le contrôle des désignations (appellations) conformément au droit agricole tout au long de la chaîne alimentaire (traçabilité). Les contrôles des désignations sont, selon le droit agricole, exécutés par les organes cantonaux de contrôle des denrées alimentaires en vertu de la législation alimentaire (protection contre la tromperie). L'extension imprécise du champ d'application aux « désignations du droit agricole » créera, pour ainsi dire, une agence de vigilance qui générera des coûts supplémentaires considérables sans valeur ajoutée, situation qui n'avait guère été prévue. Ce serait la motion parlementaire de Geraldine Savary (18.4411, « Responsables des contrôles privés. Renforcement prévu de la lutte contre la fraude dans le domaine des désignations protégées des produits agricoles ») qui, avant la décision parlementaire définitive, serait implémentée en tant que tâche de contrôle de l'Etat au lieu d'être mise en œuvre au niveau privé. Le champ d'application de l'OPCNP pour les désignations conformes au droit agricole doit se limiter à l'étiquetage.	Remplacer par : <i>protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole.</i>  De plus, la mention générale « selon le droit agricole » n'est pas suffisamment claire. Les désignations en droit agricole doivent être précisées
Art. 7 al. 2	Voir dans les remarques générales	Supprimer l'alinéa ou le restreindre aux contrôles de la production primaire

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

L'abattage sur le lieu de vie des animaux de rente est souhaité de plus en plus tant par les agriculteurs que par les consommateurs. La proposition d'abattage à la ferme proposée et le cadre fixée pour sa réalisation est saluée par le SCAV. Cette solution permet un assouplissement des conditions actuelles répondant aux souhaits des consommateurs tout en essayant d'impacter au minimum les ressources en personnel des services vétérinaires cantonaux (processus d'autorisation), les candidats vétérinaires dans le contrôle des viandes se faisant de plus en plus rares. De l'autre côté, déléguer cette mission aux vétérinaires non officiels est un pas en arrière dans la sécurité alimentaire qui nous paraît dangereux. Le service vétérinaire suisse a professionnalisé le contrôle des viandes il y a une dizaine d'années justement dans le but d'éviter les conflits d'intérêts récurrents.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 9a al 3	En cas d'abattage au pré, un vétérinaire officiel doit surveiller le tir et la saignée des animaux, tandis qu'en cas d'abattage à la ferme ainsi que d'ailleurs également en cas de tir et de saignée de gibier d'élevage dans la nature (bisons, p.ex.), aucune surveillance est imposée. Ceci crée une inégalité de traitement.	En cas d'abattage à la ferme et d'abattage au pré, un vétérinaire officiel doit surveiller le tir et la saignée des animaux.
Art. 52 al. 3, let. b	Pour des raisons évidentes de conflit d'intérêt, il n'est pas possible que le vétérinaire traitant non officiel puisse également être celui responsable du contrôle des animaux dans une mission de contrôle des viandes et/ou du contrôle lors du tir et de la saignée des animaux.	A supprimer



**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Le Conseil d'Etat n'est pas opposé à un mode de fonctionnement permettant un rapprochement plus rapide des limites maximales de résidus avec celles fixées dans le droit européen afin de garantir un niveau de sécurité comparable en Suisse. Néanmoins, il s'interroge sur le processus de consultation qui sera ensuite mise en place pour les futures modifications de ces valeurs maximales. En effet, si un processus de révision simplifié est obtenu par ce système, il convient tout de même d'informer les cantons et les milieux concernés des changements effectués ou envisagés.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 2	Voir sous remarques générales	

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Les modifications prévues permettent d'adapter le droit suisse au droit européen. Notamment, un nouvel article a été introduit pour aligner les exigences portant sur les informations en matière d'alimentation des nourrissons et des enfants en bas âge ayant pour but principal de promouvoir l'allaitement au sein.

Commentaires / remarques		Proposition de modification (texte)
Article		
Art. 22a	Il n'est pas clair si les exigences visant à promouvoir l'allaitement au sein s'appliquent uniquement à la publicité et brochures d'information ou également à l'étiquetage de produits alimentaire tel que les laits maternisés.	Introduire une définition de "matériel à caractère informatif"



8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale		
Remarques générales		
Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 18 al. 1 let c chiffre 1 à 3	Le fait d'indiquer dans la dénomination spécifique et dans la liste des ingrédients le mélange de deux jus permet effectivement d'informer le consommateur de manière transparente. Mais alors pourquoi conserver cette spécificité pour le mélange de jus de pommes et de poires ? Soit, ce n'est pas nécessaire et l'ensemble de la lettre c peut être abrogée, soit il faut conserver l'entier.	Supprimer l'ensemble de la lettre c
Art. 66	La suppression totale de l'article 66 permettra l'utilisation d'arômes sans qu'ils apparaissent dans la dénomination spécifique. La liste des ingrédients n'étant pas obligatoire pour les boissons avec une teneur en alcool supérieure à 1.2%, cela signifie que des arômes pourront être ajoutés dans de la bière sans qu'ils soient déclarés! Cela ne va pas dans le sens de la protection du consommateur.	Conserver les alinéas 2 et 3 de l'article 66

10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires		
Remarques générales		
Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



# 11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants

## Remarques générales

Selon de précédents contacts avec l'OSAV, des valeurs maximales pour le perchlorate dans les fruits et légumes devaient être introduites lors de cette modification. Or ce n'est toujours pas le cas. La culture de légumes est sensible dans le canton de Genève en raison d'une contamination de la nappe phréatique de l'Arve. Des mesures ont été prises envers les producteurs selon les recommandations de l'OSAV. Une reprise des valeurs figurant dans le document "*Statement as regards the presence of perchlorate in food endorsed by the Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed on 10 March 2015*" permettrait de mieux formaliser ces mesures et serait très utiles. Dès lors, il serait adéquat d'ajouter des valeurs maximales pour le perchlorate dans les denrées alimentaires.

A l'instar de ce qui est proposé pour l'OPOVA et afin de simplifier la consultation, il serait souhaitable que les valeurs maximales des annexes soient consultables en ligne sur le site web de l'OSAV avec la mise à disposition d'un outil de recherche simple et efficace.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe	Difficile de retrouver une valeur maximale spécifique dans les ~40 pages d'annexe	Mise à disposition d'un outil de recherche en ligne des valeurs maximales comme cela est prévu pour les résidus de pesticides.

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires

### Remarques générales

Les consommateurs accordent une grande importance aux informations sur les denrées alimentaires et il est particulièrement important de définir précisément dans quelles conditions les informations peuvent ne pas être présentes comme dans le cas de la vente en vrac. Toutefois, les améliorations apportées dans cette ordonnance manquent de clarté.

Commentaires / remarques		Proposition de modification (texte)
Art. 5 al. 1 let. c,	"c. les allégations de santé visées à l'art. 34, al. 1, let. a et b, sont à fournir par oral uniquement si l'allégation de santé existe sous forme écrite" La phrase n'est pas claire	Remplacer par "Les allégations de santé... peuvent être fournies oralement à condition qu'elles existent sous forme écrite"
Art. 5, al. 1, let. d	La phrase semble incomplète en finissant avec : " d. les mentions relatives aux ingrédients visés à l'art. 10 qui peuvent provoquer des allergies ou d'autres réactions indésirables peuvent être fournies oralement uniquement :"	Rajouter les conditions pour lesquelles les informations sur les allergènes peuvent être données uniquement oralement, actuellement énoncées sous art. 5 al. 1 let d <b>chiffres 1 et 2 OIDA</b>

### 13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible

#### Remarques générales

La suppression des listes positives visent à faciliter la commercialisation des denrées alimentaires. La modification suit ce principe en supprimant la liste des champignons comestibles pouvant être commercialisés comme denrées alimentaires. Les champignons ne sont cependant pas des denrées alimentaires comme les autres en raison de la forte toxicité de certaines espèces et des connaissances requises pour les identifier. Il existe donc un risque non négligeable que de petits importateurs ou distributeurs se lancent dans ce type de commerce sans pouvoir s'appuyer sur une liste de champignon dont on est sûr qu'ils sont sans dangers. De manière générale, la mise à disposition (par exemple sur le site internet) de listes positives pour les plantes et pour les champignons dont on sait de manière sûre qu'ils ne présentent pas de danger pour la santé sont absolument nécessaires pour les petites entreprises qui n'ont ni les connaissances ni les ressources humaines ou financières de faire des évaluations toxicologiques. Des erreurs dans ce domaine peuvent être très lourdes de conséquences.

La notion d'extraits de plantes ou autres produits végétaux est de plus en plus d'actualité et leur utilisation peut présenter des risques de santé publique important. Il serait judicieux d'intégrer un alinéa ou un article sur l'utilisation d'extraits et de définir à partir de quand une demande d'autorisation en tant que nouvel aliment est nécessaire. L'utilisation des extraits de cannabis est un parfait exemple des difficultés rencontrées dans ce domaine. Pas de remarques sur les autres modifications.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 31 et annexe 4	Voir commentaire ci-dessus.	

14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires		
Remarques générales		
Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires		
Remarques générales		
Pas de remarques ou commentaires		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires		
Remarques générales			
Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires			
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)	

17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires

Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Il est pragmatique de ne tolérer que de faibles traces d'OGM non autorisés en Suisse, mais autorisés dans l'UE dans les produits d'importation, car il est toujours possible que ces denrées soient involontairement contaminées par ces OGM. Par-contre, le conseil d'Etat souhaite que ces exceptions ne soient tolérées que pour des OGM autorisés dans l'UE et ne soit pas plus tard étendues à des OGM provenant d'autres pays. Nous relevons cependant que l'application de l'article 32 ODAIOUs relatif à apporter la preuve que des mesures appropriées ont été prises pour éviter la présence de matériel OGM est totalement utopique pour des produits d'importation et que les autorités d'exécution n'auront aucun moyen de les contrôler.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

## 19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires

### Remarques générales

Le Conseil d'Etat soutient la présente révision de l'ordonnance sur l'hygiène (OHyg) qui vise une adaptation au droit européen, notamment au niveau des exigences relatives à la congélation de la viande et de ses produits dérivés, les conditions de transport des carcasses ou de leurs parties, et à la production de collagène.

Cependant, cette nouvelle OHyg comprend une modification importante pour laquelle notre gouvernement a une réticence majeure : la suppression des valeurs indicatives microbiologique pour le contrôle des bonnes pratiques, ces dernières étant dorénavant reprises dans les guides de bonnes pratiques de fabrication des diverses branches de production. Ce point est le principal bémol de cette révision, car les exigences de ces guides ne sont pas clairement applicables à certains types de commerces. Des produits fabriqués et vendus dans certains types de commerces ne seraient alors pas soumis aux mêmes règles d'hygiène que la restauration, ce qui crée non seulement une brèche importante dans la sécurité alimentaire mais également une inégalité de traitement entre des entreprises de fabrication des denrées alimentaires.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 1 partie 3	<p>Voir remarques générales. Le processus d'élaboration et de révision des guides de bonnes pratiques n'est pas satisfaisant, or ces derniers sont censés être utilisés comme base minimale par les autorités cantonales d'exécution. Par ailleurs, il y a de nombreux domaines d'activité pour lesquels il n'existe pas de guides. Dans certaines situations, la représentativité des éditeurs du guide vis-à-vis de la branche est également insuffisante pour appliquer ensuite à l'ensemble des établissements de tout le pays.</p> <p>Surtout, le champ d'application de ces guides n'est généralement pas clairement défini. Est-ce qu'un importateur de fromage est soumis au guide Fromarte ? Est-ce que le Guide de la restauration s'applique à des préparations de plats prêts à la consommation à la Coop, la Migros, dans un Tea-room d'une boulangerie ? Est-ce que le guide de la restauration s'applique à un stand, à un food truck ? Qu'en est-il de productions particulières pour lesquels il n'y a pas de guide BPF, comme par exemple une fabrication de denrées alimentaires vegan à base de produits végétaux ?</p> <p>Aucune valeur microbiologique ne serait applicable en dehors des critères de sécurité!</p> <p>L'abandon de l'annexe 1 partie 3 nous paraît prématurée sans que ces questions soient clarifiées car la conséquence serait que certains types de commerces ne se verraient appliquer aucune valeur indicative microbiologique pour le contrôle des bonnes pratiques alors que d'autres oui. Ceci serait également une perte importante pour la sécurité alimentaire.</p>	<p>Conserver l'annexe 1 partie 3 pour les établissements pour lesquels un guide de bonne pratique de fabrication n'existe pas ou ne s'applique pas.</p>



	<p>sachant que le taux de contestation des plats prêts à la consommation ou des denrées traitées par la chaleur, prêtes à la consommation, froides ou chaudes se situe entre 25-30%.</p> <p>Le fait que certains de ces guides, qui contiendraient donc dorénavant les bases légales applicables en matière de critères microbiologiques, soient payant pose également la question de l'accès aux bases légales applicables.</p> <p>Par conséquent, le Conseil d'Etat ne partage pas du tout l'avis que cette annexe est désormais superflue.</p>	
<p>Annexe 1 partie 2 Ch. 2.5.2</p>	<p>Qu'en est-il pour les entreprises de production de jus de fruits utilisant un traitement bactéricide? Avec l'abrogation de la partie 3 de l'annexe et le fait qu'il n'existe pas de guide de bonnes pratiques pour cette branche, ces produits ne sont donc plus soumis à aucune valeur microbiologique hormis les critères de sécurité. C'est une inégalité de traitement flagrante par rapport à d'autres productions.</p>	<p>Abroger uniquement si réintégration de l'annexe 1 partie 3.</p>

20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux		
Remarques générales		
Aucune remarque		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière		
Remarques générales		
Aucune remarque		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public		
Remarques générales		
Le Conseil d'Etat salue l'introduction d'une valeur maximale à 4 ug/L pour le perchlorate dans l'eau potable		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 65	L'OSAV s'arroge le droit de réduire la fréquence des contrôles si l'importation ou le transit d'animaux et de produits comporte un faible risque de police des épizooties ou d'hygiène des denrées alimentaires. Nous ne pouvons que saluer cet assouplissement des dispositions légales en vue d'une analyse permanente des risques et espérons qu'une telle souplesse sera également donnée aux autorités compétentes cantonales lors de prochaines modifications des différentes législations dans le domaine vétérinaire et des denrées alimentaires.	

24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège		
Remarques générales			
Aucune remarque			
Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)	



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Canton de Genève  
Sigle entreprise / organisation / service : Direction générale de la santé (DGS)  
Adresse, lieu : Rue Adrien-Lachenal 8 – 1207 Genève  
Interlocuteur : Dr Patrick EDDER  
N° de téléphone : 022 546 56 00  
E-mail : [patrick.edder@etat.ge.ch](mailto:patrick.edder@etat.ge.ch)  
Date : 28.08.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	8
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	10
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	11
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	12
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	13
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	14
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	15
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	16
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	17
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	18
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	19
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	20
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	21
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	22
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	23
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	25
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	26
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	27
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	28
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	29

## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Le Conseil d'Etat salue globalement la révision de ce paquet d'ordonnances qui vise à harmoniser le droit suisse relatif aux denrées alimentaires et aux objets usuels avec le droit européen, à suivre les connaissances et avancées scientifiques du domaine et à gommer certaines imprécisions issues de la refonte complète du droit en la matière intervenue en 2017. La plupart des modifications proposées nous paraît aller dans le sens d'une meilleure protection des consommateurs, tout en restant très pragmatiques, et permet également plus de souplesse pour les autorités d'exécution. Le Conseil d'Etat relève cependant quatre points majeurs qui nécessitent selon nous une modification ou tout du moins une clarification.

Premièrement, l'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels prévoit des contrôles aléatoires dans 2 % des entreprises en sus des contrôles de base des établissements soumis au devoir d'annonce selon des fréquences fixes définies dans l'ordonnance. Le système déjà en œuvre dans les cantons et bien entendu à Genève, reprend déjà les fréquences minimales de contrôle susmentionnées mais tient en plus compte d'une analyse de risques permettant de réduire encore la durée entre deux contrôles. Nous estimons ce système largement suffisant pour la sécurité alimentaire et ne voyons pas la plus-value que représenterait des contrôles supplémentaires pour des établissements dont les fréquences de base se situent entre deux et quatre ans.

Les nouvelles obligations figurant dans l'ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaire (OELDAI) ou l'ordonnance sur les contaminants (OCont) d'utiliser certaines méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillons ont pour conséquence que le contrôle d'échantillons par sondage dans le commerce de détail devient impossible et la fraude alimentaire est encouragée. Ces nouvelles dispositions doivent être supprimées.

Le Conseil d'Etat soutient **sous réserve** la proposition de supprimer les valeurs indicatives microbiologique pour le contrôle des bonnes pratiques de l'ordonnance sur l'hygiène, ces dernières étant dorénavant reprises dans les guides de bonnes pratiques de fabrication des diverses branches de production. En effet, nous estimons que les exigences de ces guides ne sont pas clairement applicables à certains types de commerces, ce qui crée non seulement une brèche importante dans la sécurité alimentaire mais également une inégalité de traitement entre des entreprises. Par conséquent, le Conseil d'Etat demande que des dispositions supplémentaires soient prises afin que le niveau de qualité actuel lié aux bonnes pratiques de fabrication des denrées alimentaires ne soit pas péjoré, quel que soit le type de commerce concerné.

Enfin, concernant l'abolition du principe de liste positive pour les champignons dans la législation, cette mesure doit absolument s'accompagner d'une mise à disposition d'aides pour les petites entreprises qui n'ont ni les connaissances, ni les ressources humaines ou financières pour faire des évaluations toxicologiques. On pense par exemple à la mise à disposition d'informations sur le site de l'OSAV. En effet, ces denrées alimentaires sont particulières, notamment en raison de la forte toxicité de certaines espèces et des connaissances requises pour les identifier. Des erreurs dans ce domaine sont réelles et peuvent être très lourdes de conséquences.

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

Pas de remarques particulières. L'approche proposée pour la déclaration des produits sans OGM nous paraît pragmatique tout en conservant un niveau de protection contre la tromperie suffisante.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 37 al. 4 let c chiffre 2	Le libellé n'est pas très clair et difficilement compréhensible.	Reformuler de manière plus compréhensible
Art. 38 al. 2 et 3	L'OSAV peut autoriser des allégations de santé en principe non admise. Même si cette disposition est reprise du droit déjà en vigueur, celle-ci devrait être supprimée. En effet, soit le DFI autorise une allégation de santé et celle-ci est de facto admise, soit elle la refuse. Cette disposition crée de la confusion et laisse à croire que l'OSAV peut autoriser des allégations contraires au droit en vigueur.	Supprimer l'alinéa 2

**Remarques générales**

L'OELDAI a été revue en profondeur en révisant tous les devoirs, obligations, qualités requises mais également les droits des autorités d'exécution de la législation alimentaire liés à l'accomplissement de leurs tâches légales. La nouvelle ordonnance s'oriente également sur le nouveau règlement européen UE 2017/625 concernant les contrôles officiels. Près de la moitié des dispositions existantes relatives à la formation des autorités de contrôles ont été revues. Ces dernières seront désormais mieux adaptées aux besoins des cantons tout en maintenant un très haut niveau de qualité. La nouvelle ordonnance instaure aussi de nouvelles fonctions (assistants officiels, directeur d'étude officiel) qui permettront plus de souplesse dans le dispositif d'exécution de la législation.

En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton. L'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, sous une même direction organisationnelle, représentent une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en suisse. Force que nos collègues européens nous envient. Elle est conjointement responsable de l'efficacité et de la capacité d'agir rapidement pour nos autorités.

En adaptant les terminologies et les processus au règlement d'exécution européen, on adopte, sans raison impérieuse, un système européen lourd et, dans le même temps, on procède à une séparation claire entre l'exécution et les activités de laboratoire. Dans l'OELDAI, de nouvelles dispositions ont été introduites, p. ex. l'art. 46 OELDAI qui stipule que les autorités compétentes doivent être informées immédiatement si une infraction à la législation alimentaire est mise en évidence par des résultats d'analyse. En Suisse, jusqu'à présent, la personne responsable des opérations analytiques était elle-même chargée d'ordonner les mesures d'exécution nécessaires. L'information produite par les autorités compétentes suit un processus opérationnel automatique et efficace étant donné qu'elle circule au sein de la même unité organisationnelle. Dans l'OELDAI, les cas particuliers doivent désormais être réglementés jusque dans les moindres détails. Il est ainsi à craindre que des exigences administratives supplémentaires ne soient imposées aux autorités de contrôle visant à garantir l'application des procédures de manière correcte. Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Cela doit être clairement indiqué au minimum dans les commentaires en tant que message politique sans équivoque. Nous serions très favorables à l'introduction d'un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale », une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.

L'article 48, respectivement l'annexe 4, fixe une méthode de prélèvement d'échantillons représentatifs pour le contrôle des marchandises concernant certains contaminants. Des dispositions analogues figurent dans l'ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants (OCont). Or, il est important pour le contrôle de denrées alimentaires que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage dans le commerce de détail serait impossible en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs chez des grossistes, ce qui rendrait tout contrôle impossible sur le front de vente pour les autorités d'exécution. Par ce biais, on tolère que des échantillons individuels ne répondant pas aux exigences légales soient commercialisés sans qu'il puisse être possible de prendre des mesures pour protéger les consommatrices et les consommateurs, ce qui est une diminution inacceptable de la sécurité alimentaire. De même pour ce qui est des méthodes d'analyse, l'autorité d'exécution officielle doit, pour la sécurité alimentaire et la prévention de la fraude alimentaire, avoir la possibilité d'utiliser des méthodes d'analyse alternatives validées et de prendre des mesures appropriées à partir des résultats obtenus par ces méthodes. Comme l'on montré plusieurs exemples par le passé, l'usage obligatoire d'une méthode d'analyse profite à une certaine criminalité. Ce qui n'est pas vérifiable avec la méthode prescrite ne peut être identifié : les progrès analytiques sont ainsi entravés et la fraude alimentaire est encouragée.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7 al. 2	<p>Les autorités doivent rendre accessibles au grand public des informations pertinentes sur l'organisation et la réalisation des contrôles. En particulier, doivent être régulièrement publiés la nature, le nombre et le résultat des contrôles officiels, la nature et le nombre d'infractions constatées, la nature et le nombre de mesures prises, ainsi que la nature et le nombre de sanctions prises. Dans cette ordonnance, l'ampleur et les déterminations légales des informations à publier au moins une fois par an, en tant qu'exigences destinées aux autorités, sont discutables. Certes, il est fait référence à la possibilité d'une publication (commune) dans le cadre du rapport prévu à l'art. 21 de l'ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels (RS 817.032), qui garde toutefois un caractère très général et qui ne doit absolument pas répondre (et ne répond pas) à ces exigences. Les autorités ont un devoir de transparence et d'information qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le titre « transparence » pour les exigences visées à l'art. 7 al. 2 OELDAI est inconvenant. Le devoir d'information ne peut être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignants. De pseudos informations dénuées de sens sont générées sous cette forme ce qui augmente bel et bien les coûts administratifs, sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée.</p>	Supprimer
Art. 22	<p>La communication systématique à l'OSAV de toutes les contestations de jouets avec le degré de détail requis dans cet article est totalement disproportionnée et génère un travail supplémentaire considérable pour les cantons. Pourquoi instaurer une telle communication uniquement pour les jouets alors que la Suisse n'est même pas intégrée au système RAPEX</p>	Supprimer
Art. 37	<p>En ce qui concerne les tâches administratives de l'OSAV énumérées à l'art. 37 al. 8, il manque une dernière étape qui oblige l'OSAV à informer les autorités cantonales compétentes sur le résultat des contrôles renforcés. Ce flux d'informations est toutefois important pour éviter les doublons. C'est la seule façon d'éviter que des marchandises déjà contrôlées à la frontière par les autorités cantonales le soient une deuxième fois par des contrôles renforcés.</p>	<p>Compléter l'art. 37 al. 8 OELDAI par une let. d supplémentaire :</p> <p>d. Il informe les autorités cantonales de contrôle compétentes des résultats des contrôles renforcés.</p>



Art. 48	Voir commentaire sous remarques générales	Supprimer l'art. 48 et l'annexe 4 sans solution de remplacement, adapter l'art. 52. Préciser éventuellement l'art. 48 et l'annexe 4, ainsi que l'art. 52, quant à la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant et quant au fait que seuls soient exigés des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes
Art. 64	L'alinéa 6 relatif à la formation continue obligatoire a été oublié dans la version française.	Ajouter l'alinéa 6
Art. 66 et 79	Le terme "directeur d'étude officiel" ne veut rien dire en français.	Remplacer par "chef de laboratoire" ou "responsable de laboratoire"
Art. 81 et 82	Il est impératif que la formation pour le diplôme fédéral en contrôle des denrées alimentaires (DCAL) puisse se faire également en français et les examens dans une des trois langues nationales. De mauvaises expériences ont été rencontrées lors du système précédent où les 80% des formations étaient données en allemand uniquement. Ceci est rédhibitoire pour les candidats romands surtout pour le DCAL nécessitant seulement un CFC comme formation préalable.	Ajouter un alinéa précisant que les formations sont garanties au minimum en allemand et en français, et que les examens peuvent être passés en allemand, en français ou en italien.
Art. 90	La formation théorique préalable nécessaire pour l'obtention du DCAL doit être un master de manière à ne pas péjorer la classification de fonction des adjoints dans les cantons et permettre à ces derniers de pouvoir devenir "chimiste cantonal". Un simple bachelor pourrait devenir bloquant et la porte ouverte à ce que des chimistes cantonaux soient nommés par les cantons sans avoir les prérequis nécessaires et créer des situations embarrassantes.	Remplacer "Bachelor of sciences" par "Masters of Sciences"
Art. 101	Les autorités d'exécution des cantons romands fonctionnant en réseau, les dispositions relatives aux échanges de données entre cantons sont beaucoup trop restrictives et limitent notre collaboration intercantonale. Il est absolument nécessaire de prévoir une modification de cet article de manière le bon fonctionnement du réseau de collaboration romand.	Rajouter un alinéa: <i>Si des cantons, dans le cadre d'un accord intercantonal, gèrent des données personnelles dans une base commune, les dispositions de l'al. 1 ne s'appliquent qu'aux échanges avec des cantons qui ne sont pas liés par cet accord.</i>

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

Globalement le Conseil d'Etat soutient l'adoption de la nouvelle ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels. Cependant, un point particulier reste très problématique : l'article 7 alinéa 2 prévoit des contrôles aléatoires dans 2 % des entreprises en sus des contrôles de base des établissements soumis au devoir d'annonce selon des fréquences fixes définies dans l'ordonnance. Le système déjà en œuvre dans les cantons et bien entendu à Genève, reprend déjà les fréquences minimales de contrôle susmentionnées mais tient en plus compte d'une analyse de risques permettant de réduire encore la durée entre deux contrôles. Nous estimons ce système largement suffisant pour la sécurité alimentaire et ne voyons pas la plus-value que représenteraient des contrôles supplémentaires pour des établissements dont les fréquences de base se situent déjà entre deux et quatre ans. La mise en œuvre de cette nouvelle exigence nécessiterait en outre des ressources en personnel supplémentaires alors que le Conseil d'Etat a déjà consenti à des efforts en ce sens suite à la création de cette nouvelle ordonnance en 2017.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2 al. 2 lett h	L'OPCNP prévoit des contrôles tout au long de l'ensemble de la chaîne alimentaire. La complète intégration de la production agricole primaire doit être saluée. Selon les observations relatives à la révision, l'ajout de l'art. 2 al. 2 let. h de l'OPCNP vise à assurer le contrôle des désignations (appellations) conformément au droit agricole tout au long de la chaîne alimentaire (traçabilité). Les contrôles des désignations sont, selon le droit agricole, exécutés par les organes cantonaux de contrôle des denrées alimentaires en vertu de la législation alimentaire (protection contre la tromperie). L'extension imprécise du champ d'application aux « désignations du droit agricole » créera, pour ainsi dire, une agence de vigilance qui génèrera des coûts supplémentaires considérables sans valeur ajoutée, situation qui n'avait guère été prévue. Ce serait la motion parlementaire de Géraldine Savary (18.4411, « Responsables des contrôles privés. Renforcement prévu de la lutte contre la fraude dans le domaine des désignations protégées des produits agricoles ») qui, avant la décision parlementaire définitive, serait implémentée en tant que tâche de contrôle de l'État au lieu d'être mise en œuvre au niveau privé. Le champ d'application de l'OPCNP pour les désignations conformes au droit agricole doit se limiter à l'étiquetage.	Remplacer par : <i>protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole</i> .  De plus, la mention générale « selon le droit agricole » n'est pas suffisamment claire. Les désignations en droit agricole doivent être précisées
Art. 7 al .2	Voir dans les remarques générales	Supprimer l'alinéa ou le restreindre aux contrôles de la production primaire

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

L'abattage sur le lieu de vie des animaux de rente est souhaité de plus en plus tant par les agriculteurs que par les consommateurs. La proposition d'abattage à la ferme proposée et le cadre fixée pour sa réalisation est saluée par le SCAV. Cette solution permet un assouplissement des conditions actuelles répondant aux souhaits des consommateurs tout en essayant d'impacter au minimum les ressources en personnel des services vétérinaires cantonaux (processus d'autorisation), les candidats vétérinaires dans le contrôle des viandes se faisant de plus en plus rares.

De l'autre côté, déléguer cette mission aux vétérinaires non officiels est un pas en arrière dans la sécurité alimentaire qui nous paraît dangereux. Le service vétérinaire suisse a professionnalisé le contrôle des viandes il y a une dizaine d'années justement dans le but d'éviter les conflits d'intérêts récurrents.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 9a al 3	En cas d'abattage au pré, un vétérinaire officiel doit surveiller le tir et la saignée des animaux, tandis qu'en cas d'abattage à la ferme ainsi que d'ailleurs également en cas de tir et de saignée de gibier d'élevage dans la nature (bisons, p.ex.), aucune surveillance est imposée. Ceci crée une inégalité de traitement.	En cas d'abattage à la ferme et d'abattage au pré, un vétérinaire officiel doit surveiller le tir et la saignée des animaux.
Art. 52 al. 3, let. b	Pour des raisons évidentes de conflit d'intérêt, il n'est pas possible que le vétérinaire traitant non officiel puisse également être celui responsable du contrôle des animaux dans une mission de contrôle des viandes et/ou du contrôle lors du tir et de la saignée des animaux.	A supprimer

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Le Conseil d'Etat n'est pas opposé à un mode de fonctionnement permettant un rapprochement plus rapide des limites maximales de résidus avec celles fixées dans le droit européen afin de garantir un niveau de sécurité comparable en Suisse. Néanmoins, il s'interroge sur le processus de consultation qui sera ensuite mise en place pour les futures modifications de ces valeurs maximales. En effet, si un processus de révision simplifié est obtenu par ce système, il convient tout de même d'informer les cantons et les milieux concernés des changements effectués ou envisagés.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 2	Voir sous remarques générales	

## **7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

### **Remarques générales**

Les modifications prévues permettent d'adapter le droit suisse au droit européen. Notamment, un nouvel article a été introduit pour aligner les exigences portant sur les informations en matière d'alimentation des nourrissons et des enfants en bas âge ayant pour but principal de promouvoir l'allaitement au sein.

<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>
Art. 22a	Il n'est pas clair si les exigences visant à promouvoir l'allaitement au sein s'appliquent uniquement à la publicité et brochures d'information ou également à l'étiquetage de produits alimentaire tel que les laits maternisés.	Introduire une définition de "matériel à caractère informatif"

**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

**9 DFI : ordonnance sur les boissons**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 18 al. 1 let c chiffre 1 à 3	Le fait d'indiquer dans la dénomination spécifique et dans la liste des ingrédients le mélange de deux jus permet effectivement d'informer le consommateur de manière transparente. Mais alors pourquoi conserver cette spécificité pour le mélange de jus de pommes et de poires ? Soit, ce n'est pas nécessaire et l'ensemble de la lettre c peut être abrogée, soit il faut conserver l'entier.	Supprimer l'ensemble de la lettre c
Art. 66	La suppression totale de l'article 66 permettra l'utilisation d'arômes sans qu'ils apparaissent dans la dénomination spécifique. La liste des ingrédients n'étant pas obligatoire pour les boissons avec une teneur en alcool supérieure à 1.2%., cela signifie que des arômes pourront être ajoutés dans de la bière sans qu'ils soient déclarés! Cela ne va pas dans le sens de la protection du consommateur.	Conserver les alinéas 2 et 3 de l'article 66

<b>10</b>	<b>DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires</b>
-----------	--

<b>Remarques générales</b>
----------------------------

Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires
--

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------



## 11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants

### Remarques générales

Selon de précédents contacts avec l'OSAV, des valeurs maximales pour le perchlorate dans les fruits et légumes devaient être introduites lors de cette modification. Or ce n'est toujours pas le cas. La culture de légumes est sensible dans le canton de Genève en raison d'une contamination de la nappe phréatique de l'Arve. Des mesures ont été prises envers les producteurs selon les recommandations de l'OSAV. Une reprise des valeurs figurant dans le document "*Statement as regards the presence of perchlorate in food endorsed by the Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed on 10 March 2015*" permettrait de mieux formaliser ces mesures et serait très utiles. Dès lors, il serait adéquat d'ajouter des valeurs maximales pour le perchlorate dans les denrées alimentaires.

A l'instar de ce qui est proposé pour l'OPOVA et afin de simplifier la consultation, il serait souhaitable que les valeurs maximales des annexes soient consultables en ligne sur le site web de l'OSAV avec la mise à disposition d'un outil de recherche simple et efficace.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe	Difficile de retrouver une valeur maximale spécifique dans les ~40 pages d'annexe	Mise à disposition d'un outil de recherche en ligne des valeurs maximales comme cela est prévu pour les résidus de pesticides.

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires

### Remarques générales

Les consommateurs accordent une grande importance aux informations sur les denrées alimentaires et il est particulièrement important de définir précisément dans quelles conditions les informations peuvent ne pas être présentes comme dans le cas de la vente en vrac. Toutefois, les améliorations apportées dans cette ordonnance manquent de clarté.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 5 al. 1 let. c,	"c. les allégations de santé visées à l'art. 34, al. 1, let. a et b, sont à fournir par oral uniquement si l'allégation de santé existe sous forme écrite" La phrase n'est pas claire	Remplacer par "Les allégations de santé... peuvent être fournies oralement à condition qu'elles existent sous forme écrite"
Art. 5, al. 1, let. d	La phrase semble incomplète en finissant avec : " d. les mentions relatives aux ingrédients visés à l'art. 10 qui peuvent provoquer des allergies ou d'autres réactions indésirables peuvent être fournies oralement uniquement :"	Rajouter les conditions pour lesquelles les informations sur les allergènes peuvent être données uniquement oralement, actuellement énoncées sous art. 5 al. 1 let d <b>chiffres 1 et 2 OIDA</b>

### 13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible

#### Remarques générales

La suppression des listes positives visent à faciliter la commercialisation des denrées alimentaires. La modification suit ce principe en supprimant la liste des champignons comestibles pouvant être commercialisés comme denrées alimentaires. Les champignons ne sont cependant pas des denrées alimentaires comme les autres en raison de la forte toxicité de certaines espèces et des connaissances requises pour les identifier. Il existe donc un risque non négligeable que de petits importateurs ou distributeurs se lancent dans ce type de commerce sans pouvoir s'appuyer sur une liste de champignon dont on est sûr qu'ils sont sans dangers. De manière générale, la mise à disposition (par exemple sur le site internet) de listes positives pour les plantes et pour les champignons dont on sait de manière sûre qu'ils ne présentent pas de danger pour la santé sont absolument nécessaires pour les petites entreprises qui n'ont ni les connaissances ni les ressources humaines ou financières de faire des évaluations toxicologiques. Des erreurs dans ce domaine peuvent être très lourdes de conséquences.

La notion d'extraits de plantes ou autres produits végétaux est de plus en plus d'actualité et leur utilisation peut présenter des risques de santé publique important. Il serait judicieux d'intégrer un alinéa ou un article sur l'utilisation d'extraits et de définir à partir de quand une demande d'autorisation en tant que nouvel aliment est nécessaire. L'utilisation des extraits de cannabis est un parfait exemple des difficultés rencontrées dans ce domaine.

Pas de remarques sur les autres modifications.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 31 et annexe 4	Voir commentaire ci-dessus.	

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

<b>15</b>	<b>DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires</b>
-----------	--

Remarques générales
---------------------

Pas de remarques ou commentaires
----------------------------------

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

<b>16</b>	<b>DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires</b>
-----------	--

<b>Remarques générales</b>
----------------------------

Les modifications proposées n'amènent pas de remarques ou commentaires
--

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Article**

**Commentaires / remarques**

**Proposition de modification (texte)**

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées****Remarques générales**

Il est pragmatique de ne tolérer que de faibles traces d'OGM non autorisés en Suisse, mais autorisés dans l'UE dans les produits d'importation, car il est toujours possible que ces denrées soient involontairement contaminées par ces OGM. Par-contre, le conseil d'Etat souhaite que ces exceptions ne soient tolérées que pour des OGM autorisés dans l'UE et ne soit pas plus tard étendues à des OGM provenant d'autres pays. Nous relevons cependant que l'application de l'article 32 ODAIOUs relatif à apporter la preuve que des mesures appropriées ont été prises pour éviter la présence de matériel OGM est totalement utopique pour des produits d'importation et que les autorités d'exécution n'auront aucun moyen de les contrôler.

**Article****Commentaires / remarques****Proposition de modification (texte)**



## 19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires

### Remarques générales

Le Conseil d'Etat soutient la présente révision de l'ordonnance sur l'hygiène (OHyg) qui vise une adaptation au droit européen, notamment au niveau des exigences relatives à la congélation de la viande et de ses produits dérivés, les conditions de transport des carcasses ou de leurs parties, et à la production de collagène.

Cependant, cette nouvelle OHyg comprend une modification importante pour laquelle notre gouvernement a une réticence majeure : la suppression des valeurs indicatives microbiologique pour le contrôle des bonnes pratiques, ces dernières étant dorénavant reprises dans les guides de bonnes pratiques de fabrication des diverses branches de production. Ce point est le principal bémol de cette révision, car les exigences de ces guides ne sont pas clairement applicables à certains types de commerces. Des produits fabriqués et vendus dans certains types de commerces ne seraient alors pas soumis aux mêmes règles d'hygiène que la restauration, ce qui crée non seulement une brèche importante dans la sécurité alimentaire mais également une inégalité de traitement entre des entreprises de fabrication des denrées alimentaires.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 1 partie 3	<p>Voir remarques générales. Le processus d'élaboration et de révision des guides de bonnes pratiques n'est pas satisfaisant, or ces derniers sont censés être utilisés comme base minimale par les autorités cantonales d'exécution. Par ailleurs, il y a de nombreux domaines d'activité pour lesquels il n'existe pas de guides. Dans certaines situations, la représentativité des éditeurs du guide vis-à-vis de la branche est également insuffisante pour appliquer ensuite à l'ensemble des établissements de tout le pays.</p> <p>Surtout, le champ d'application de ces guides n'est généralement pas clairement défini. Est-ce qu'un importateur de fromage est soumis au guide Fromarte ? Est-ce que le Guide de la restauration s'applique à des préparations de plats prêts à la consommation à la Coop, la Migros, dans un Tea-room d'une boulangerie ? Est-ce que le guide de la restauration s'applique à un stand, à un food truck ? Qu'en est-il de productions particulières pour lesquels il n'y a pas de guide BPF, comme par exemple une fabrication de denrées alimentaires vegan à base de produits végétaux ? Aucune valeur microbiologique ne serait applicable en dehors des critères de sécurité!</p> <p>L'abandon de l'annexe 1 partie 3 nous paraît prématurée sans que ces questions soient clarifiées car la conséquence serait que certains types de commerces ne se verraient appliquer aucune valeur indicative microbiologique pour le contrôle des bonnes pratiques alors que d'autres oui. Ceci serait également une perte importante pour la sécurité alimentaire,</p>	Conserver l'annexe 1 partie 3 pour les établissements pour lesquels un guide de bonne pratique de fabrication n'existe pas ou ne s'applique pas.

	<p>sachant que le taux de contestation des plats prêts à la consommation ou des denrées traitées par la chaleur, prêtes à la consommation, froides ou chaudes se situe entre 25-30%.</p> <p>Le fait que certains de ces guides, qui contiendraient donc dorénavant les bases légales applicables en matière de critères microbiologiques, soient payant pose également la question de l'accès aux bases légales applicables. Par conséquent, le Conseil d'Etat ne partage pas du tout l'avis que cette annexe est désormais superflue.</p>	
Annexe 1 partie 2 Ch. 2.5.2	<p>Qu'en est-il pour les entreprises de production de jus de fruits utilisant un traitement bactéricide? Avec l'abrogation de la partie 3 de l'annexe et le fait qu'il n'existe pas de guide de bonnes pratiques pour cette branche, ces produits ne sont donc plus soumis à aucune valeur microbiologique hormis les critères de sécurité. C'est une inégalité de traitement flagrante par rapport à d'autres productions.</p>	Abroger uniquement si réintégration de l'annexe 1 partie 3.

<b>20</b>	<b>DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux</b>
-----------	---

<b>Remarques générales</b>
----------------------------

<b>Aucune remarque</b>
------------------------

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

<b>21</b>	<b>DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière</b>
-----------	---

<b>Remarques générales</b>
----------------------------

<b>Aucune remarque</b>
------------------------

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Le Conseil d'Etat salue l'introduction d'une valeur maximale à 4 ug/L pour le perchlorate dans l'eau potable

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
---------	--------------------------	-------------------------------------

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 65	L'OSAV s'arroe le droit de réduire la fréquence des contrôles si l'importation ou le transit d'animaux et de produits comporte un faible risque de police des épizooties ou d'hygiène des denrées alimentaires. Nous ne pouvons que saluer cet assouplissement des dispositions légales en vue d'une analyse permanente des risques et espérons qu'une telle souplesse sera également donnée aux autorités compétentes cantonales lors de prochaines modifications des différentes législations dans le domaine vétérinaire et des denrées alimentaires.	

**24**      **CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

**Aucune remarque**

<b>Article</b>	<b>Commentaire / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>
----------------	--------------------------------	--



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Schaffhausen, Departement des Innern  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KT SH, DI  
Adresse, Ort : Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen  
Kontaktperson : Dr. Kurt Seiler  
Telefon : 052 632 74 80  
E-Mail : kurt.seiler@ktsh.ch  
Datum : 31.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	15
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	16
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	17
9	EDI: Getränkeverordnung .....	18
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	19
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	20
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	21
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	22
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	23
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	24
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	25
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	27
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	28
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	29
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	31
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	32
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	33
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	34
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	35

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
<p>Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.</p>	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	<p>In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.</p> <p>Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).</p> <p>Der Vorschlag bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z.B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.</p>	<p>Es wird ein eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste) beantragt.</p> <p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: vgl. Tabelle 9 unten.</p>
Art 31 Abs. 5	Es wird begrüsst, dass künftig auch Fermenterprodukte den Bestimmungen über neuartige Lebensmittel unterstellt werden.	
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48	Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 wird begrüsst.	Die Streichung von Art. 48 Abs. 2 bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via "Fast Track" revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets- einer Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden werden massiv steigen. Damit verbunden werden auch die Verwaltungskosten steigen. Weiter erfolgt aufgrund der Anpassung an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist. Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, sollte die organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht zum Regelfall werden. Dies muss aus den Kommentaren als unmissverständliche Botschaft erkennbar werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 2	Die Festlegung und der Umfang der mindestens jährlich zu veröffentlichenden Informationen als Anforderungen an die Behörden in dieser Verordnung sind fragwürdig. Es wird auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und die in Art. 7 gemachten Anforderungen bei Weitem nicht erfüllt oder erfüllen muss. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden Pseudoinformationen generiert, welche die Verwaltungskosten steigern ohne dabei die in Art. 7 Abs. 2 geforderte Transparenz zu schaffen.	Art. 7 Abs. 2 LMVV ersatzlos streichen
Art. 13 Abs. 3	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrates und des Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden aufgehoben haben.	Art. 13 Abs. 3 LMVV ersatzlos streichen
Art. 19 Abs. 4	Vollzugsbehörden von Bund und Kanton arbeiten mit unterschiedlichen Datenbanken. Um die Identifikation einzelner Betriebe in den Fällen von Überschneidungen der Tätigkeiten im Vollzug zu vereinfachen, ist der Bewilligungsnummer auch - sofern vorhanden - die UID hinzuzufügen.	Art 19 ist mit einem Absatz oder an geeigneter Stelle wie folgt zu ergänzen: Der Bewilligungsnummer ist die UID hinzuzufügen. Vgl. auch Kommentar.
Art. 37 Abs. 8	In Art. 37 Abs. 8 werden die Aufgaben nach Abschluss verstärkter Kontrollen bei der Ein- oder Durchfuhr bestimmter Lebensmittel festgelegt. Bei der Aufzählung der Aufgaben ging vergessen, die für den Betrieb zuständigen	Ergänzung Art. 37 Abs. 8 mit zusätzlichem Bst. d:

	kantonale Behörden über das Kontrollergebnis zu informieren. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft werden.	d. Es informiert die zuständige kantonale Kontrollstelle über das Kontrollergebnis.
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs. 2	Die hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen.
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48  Art. 52	<p>Art. 48 respektive Anhang 4 legen für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Demnach sind Einzelproben und Proben nach einem Stichprobenplan nicht möglich. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 ausschliesslich möglich, wenn die Methoden nach Anhang 4 nichts anderes vorsehen.</p> <p>Für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumenten ist es wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahme im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen auch aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos trotz der unsicheren Stichprobe sicher ist. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf die europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und im Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Betrugereien mit Lebensmitteln der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Der analytische Fortschritt wird sonst behindert und Betrugereien im Zusammenhang mit Lebensmitteln würden damit gefördert.</p>	Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos streichen Art. 52 ist anpassen.

Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren), die verbindlich ist für ein akkreditiertes Labor.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 70	<p>Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Dies erfolgt in Art. 79 Abs. 2 für Lebensmittelinspektorin oder Lebensmittelinspektor, als Lebensmittelkontrolleurin oder Lebensmittelkontrolleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter.</p> <p>Für amtliche Fachassistenten fehlt eine solche Bestimmung. Eine solche Regelung ist unbedingt auch für die amtlichen Fachassistenten einzuführen. Art. 70 muss daher entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden.</p> <p>Es kann nicht sein, dass eine Person, die in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt, diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf.</p>	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) zu ergänzen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion wird begrüsst. Die Anpassungen in der MNKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend, trotzdem sind verschiedene Formulierungen anzupassen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Gemäss den Erläuterungen soll durch die Ergänzung in Art. 2 Abs. 2 Bst. h die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt. Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.	Art. 2 Abs. 2 Bst. h.  1. Anpassen: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i> 2. Sachverhalt "gemäss Landwirtschaftsrecht" konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i>
Art. 7 Abs. 2	Zu den Grundkontrollen mit festgelegten Kontrollfrequenzen sollen bei rund 2% der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Damit soll gemäss Erläuterungen sichergestellt werden, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst. Solche signalbasierten Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Vorliegend wird aber mit dem Wortlaut in Art. 7 Abs. 2 eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen	Art. 7 Abs. 2 und Art. 3 Bst. h streichen.

	Absicht entspricht. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 umfassend abgehandelt.	
Art. 8 Bst. a	Es wird ausdrücklich begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	
Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass alle Kontrollen nach TSchV, TAMV, etc. unter einander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien, also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass jede Kontrolle abgesprochen wird. Es sind zudem ja nur Vorgaben zur Häufigkeit von Grundkontrollen pro Jahr in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Grundkontrollen sind, wie auch in der VKKL festgelegt, umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen sind aus genannten Gründen nicht zu koordinieren.</p>	<p>In Art. 11 Abs. 2 ist das Wort Kontrolle an entsprechenden Stellen durch Grundkontrolle zu ersetzen:</p> <p>Die <u>Grundkontrollen</u>, die auf ..., müssen mit den Grundkontrollen nach ...</p>
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe bevor solche überhaupt eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen für die Einführung der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über deren Wirkung und den für die Behörden resultierenden Aufwand, die Kontrolldatenerfassung, den Informationsfluss und die Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	<p>Bestimmung soll zu späterem Zeitpunkt in Kraft treten. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.</p>



Art. 14	Die neue Anforderung, dass 40% der tierischen Primärproduktionskontrollen und 10% der pflanzlichen Primärproduktionskontrollen unangemeldet durchgeführt werden müssen, verlangt mehr Kontrollaufwand bei den Kantonen. Es ist eine angemessene Übergangszeit zu gewähren	Antrag: Für die Umsetzung von Art. 14 ist eine zweijährige Übergangszeit zu gewähren.
Anhang 1, Liste 2 Ziff 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) wird begrüsst. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen.- Achtung: Formulierung kann missverstanden werden, deshalb soll sie angepasst werden: „kein“ ist durch „ausser“ zu ersetzen	Liste 2 Ziff 2.10 ist wie folgt anzupassen: Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016
Anhang 1 Liste 3 B404	Betriebe mit Traubenverarbeitung zur Weinherstellung sind nach einheitlichen Grundsätzen zu kontrollieren. Es besteht ein Widerspruch zur Weinverordnung (SR. 916.140), die eine Kontrolle von sechs Jahren verlangt wird.	Antrag: der Kontrollrhythmus für Kellereien ist einheitlich auf vier Jahre festzusetzen.
<b>Ergänzung : NFUP</b>	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert. <b>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</b>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Dieser Entwurf wurde durch die Rechtsabteilung des BLV in Zusammenarbeit mit der ständigen Kommission für Lebensmittelsicherheit im Veterinärdienst erarbeitet. Bei einer Einführung sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen einzelner Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können, wird ausdrücklich begrüsst. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar; Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten abgeändert werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen. Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet.</p> <p>Weiter sollte der Begriff "mobile Schlachthanlage" in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte das Problem «mobile Schlachthanlagen» so gelöst werden, dass die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt werden.</p>	<p>Bst. q <i>Hofschlachtung</i>: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weideschlachtung</i>: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden. Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p> <p>Ergänzung: Bst. s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.</p>
Art. 9a° Abs. 1	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Es wird die korrekte Einordnung von</p>	<p>Art. 9a Abs. 1 soll wie folgt ergänzt werden: ...die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.</p>

	<p>Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a beantragt, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere unter 4 Monaten ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	
<p>Art. 9a° Abs. 2</p>	<p>In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist indes als ungenügend zurückzuweisen.</p> <p>Prüft man, welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide alles angewendet werden müssen, könnten verschiedene Aspekte gemäss vorgeschlagenen Entwurf nicht mehr als Auflage formuliert werden. Dass diese Bestimmungen per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden sollen, im Bedarfsfall aber im Rahmen einer Bewilligung gestützt darauf keine Auflagen formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden. Die im Entwurf erwähnten Normen beziehen sich nämlich nur darauf. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 der Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten. Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Im weiteren ist nicht nachvollziehbar, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, den Entblutungsschnitt aber irgendjemand ausführen kann. Der Kanton darf keine Auflage dazu machen. Das darf nicht sein. Auch bei der Weideschlachtung muss eine fachkundige Person schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist aber nicht gefordert. Z.B. haben Jäger den</p>	<p>Art. 9a Abs. 2 ist wie folgt abzuändern und zu ergänzen:</p> <p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden;</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person nach Artikel 177 Absatz 1bis TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden;</li> <li>3. muss der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden;</li> <li>4. muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten;</li> </ol> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird; Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein;</p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere</p>

	<p>Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt die Dokumentationspflicht in Bezug auf Betäubung, Entblutung (wer betäubt und wer entblutet?) und Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst b ist dahingehend zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb, der die Schlachtung zu Ende führen soll, örtlich so gelegen und betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung) wird, dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten sie keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p>	<p>muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
Art. 9a° Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlachttieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p>	<p>Ergänzung von Art. 9a Abs. 3 (allenfalls Einführen eines oder zwei neuer entsprechender Absätze):</p> <p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden.</p> <p>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen. Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.</p>
Art. 28 Abs. 1	<p>Die Wiedereinführung der Schlachttieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand wird ausdrücklich begrüsst. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüsst wird die Möglichkeit der Schlachttieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).</p>	<p>Art. 28 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen (oder allenfalls eigenen Artikel formulieren für Kompetenz Bestandestierarzt an geeigneter Stelle):</p> <p>Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.</p>
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	<p>Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlachttieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine</p>	<p>Art. 52 Abs. 3 Bst. b ist wie folgt zu ergänzen:</p>

	diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen und ...
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	Art. 60 Abs. 4 Bst a. ist wie folgt abzuändern: a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 61 Abs. 2	Die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen, wird begrüsst. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00- 18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)	Gesetzestext und Erläuterungen müssen übereinstimmen. Textentwürfe sind gemäss Kommentar zu bereinigen.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da auch kaum rechtsverbindliche Verarbeitungsfaktoren vorliegen, wird eine Beurteilung dieser in Anhang 1 nicht mehr geführten, verarbeiteten Lebensmittel schwierig.</p> <p>Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt.</p> <p>Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen im europäischen Recht für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung gestellt werden.</p>	Vgl. Kommentar

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig, Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	<p>Art. 32 Abs. 1 ist wie folgt abzuändern (vgl. auch Kommentar):</p> <p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals täglich vorgenommene / regelmässiges Melken gewonnene....</p>



**9 EDI: Getränkeverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 32 Abs. 3	vgl. Kommentar zu Art. 14 Abs. E- LGV in Tabelle 2 oben.	Betrifft v.a. französische und italienische Version. Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden. .

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV in Tabelle 3 oben.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1 und 2	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetzeltes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss. Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 20164 über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH), ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol> <p>Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3. soll aufgrund Änderung Anpassungsantrag vorstehend wie folgt abgeändert werden: Artikel 17 findet keine Anwendung.</p>

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15          EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und II Abs. 2	<p>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</p> <p>Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.</p>	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	<p>Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen). Es ist aber wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend. Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p> <p>Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben. Macht das Sinn? Aus Sicht des Konsumenten ist doch «Kalium» auch besser verständlich als «Kaliumsalze der Orthophosphorsäure»?</p>	<p>Art. 6 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:</p> <p>"Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht:</p> <p>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</p>
Anhang 2	<p>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse,</p>	Es wird beantragt, Anhang 2 VZVM, nicht zu öffnen und als geschlossene Liste im Sinne der Kommentare beizubehalten. In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.



	<p>Obst, Fleisch), alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten werden soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain ist zu überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>
--	---	---

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der Leitlinie „Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe“ (GVG) gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt der Branche angehören.

Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66 Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks Harmonisierung des Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p> <p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung "schöner".</p>	Art. 66 Abs. 4 ist mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. ein Rückruf gemäss Art. 84 LGV durchgeführt werden. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.).</p> <p>Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist entsprechend anzupassen.</p>	Art. 71 Abs. 1 Bst. b ist wie folgt anzupassen: Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7 und	<p>Anhang 1 Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66 Abs. 4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden?</p>	<p>Anhang 1 Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– beibehalten</li> <li>– Geltungsbereich streichen</li> <li>– Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3 beibehalten</li> </ul>

<p>Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10</p>	<p>Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1 Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1 Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die Einschränkung auf <u>herstellende</u>, <u>verarbeitende</u> oder <u>zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p> <p>Gemäss den Erläuterungen soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Indes wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p> <p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden. Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p> <p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist</p>
--------------------------------	---	---

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de l'intérieur  
Monsieur le Conseiller fédéral  
Alain Berset  
Inselgasse 1  
3003 Berne

*Document PDF et Word à :*  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

*Fribourg, le 20 août 2019*

## **Révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir consulté au sujet de la révision citée en titre. Il se rallie à la prise de position du Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (SAAV).

Cependant, le Conseil d'Etat émet des craintes par rapport aux ressources nécessaires pour la mise en œuvre de la révision. Selon les estimations du SAAV, les nouvelles dispositions nécessitent environ 1 EPT supplémentaire. Cette augmentation s'ajoute aux ressources supplémentaires pour la mise en œuvre de la révision LARGO, entrée en vigueur en 2017. Le Conseil d'Etat est conscient que l'adaptation du droit sur les denrées alimentaires au droit européen est inévitable mais il fait appel au Conseil fédéral pour veiller à limiter les besoins en ressources supplémentaires pour les cantons.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos remarques, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Jean-Pierre Siggen  
Président



Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat

**Annexe**

—  
Formulaire prise de position SAAV



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : LSVW

Adresse, Ort : Impasse de la Colline 4, 1762 Givisiez

Kontaktperson : Dr. Grégoire Seitert und Dr. Claude Ramseier

Telefon : 026 305 80 00

E-Mail : [Gregoire.Seitert@fr.ch](mailto:Gregoire.Seitert@fr.ch)

Datum : 10. July 2019

Formatiert: Italienisch (Schweiz)

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	10
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	17
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	20
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	21
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	22
9	EDI: Getränkeverordnung .....	24
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	25
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten.....	26
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	27
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	28
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel.....	29
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	30
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	31
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	32
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	33
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	34
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	36
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	37
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	38
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	39
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	40

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Das LSVW begrüsst dieses Projekt und unterstützt uneingeschränkt sowohl die unten aufgeführten Stellungnahmen des Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) als auch des Verbandes der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS).

Die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) begrüsst es, dass die nötigen Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket in die Vernehmlassung geschickt werden.

Aufgrund des Volumens des sich in der Vernehmlassung befindenden neuen Pakets Stretto 3 (464 Seiten) konzentriert sich die VSKT auf die wesentlichen Artikel der Verordnungen im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs.

Die VSKT begrüsst die Anpassungen grundsätzlich.

Den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (VSFK) stimmt die Mehrheit der VSKT zu. Eine Minderheit lehnt sie aber aus Gründen des zu erwartenden hohen Vollzugsaufwands ab. Dieser kann mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden.

Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Anpassungen in der NKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein.

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) ist als zuständige Vollzugsbehörde von der geplanten Änderung unmittelbar betroffen. Er präzisiert dass mit dieser Revision, nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017, eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt wird. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Formatiert: Deutsch (Schweiz)

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die VSKT ist definitionsgemäss gegen die Verwendung von genetisch veränderten Organismen und begrüsst die spezifische Kennzeichnung solcher Zusammensetzungen.

Ebenso müssen sich die Mindestgehalte an Fleisch einer bestimmten zugelassenen Tiergattung auf die Hamburger erstrecken. Es darf nicht die Möglichkeit bestehen, dass diese als Vegi-Burger deklariert werden, was Verwirrung stiften kann (Täuschung), siehe Bewilligung neuartiger Lebensmittel, Art. 16 & 17 LGV.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37	Die Bezeichnung GVO-frei führt, so wie vorgeschlagen, zu einer Täuschung der Konsumenten, weil damit Ausnahmen erlaubt werden obwohl GVO-Stoffe enthalten sind und darauf trotzdem GV-frei steht.	Art. 37 streichen.
37 Abs. 5	<p>Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass verschiedene Futtermittelzusätze durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen werden und kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln, welche solche GVO-Futtermittelzusätze enthalten, gefüttert wurden.</p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr</p>	<p>Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.</p> <p>Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.</p>

	<p>möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p> <p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.</p>	



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der genannten Verordnung an die Verordnung (EU) 2017/625 scheint unumgänglich. Immerhin wurde eine Projektgruppe geschaffen, um eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung der Kontrolleure und Inspektoren (SR 817.042) und des Begriffs des Assistenten bzw. des amtlichen Tierarztes (RS 916.402) zu schaffen. Bei den beiden oben Genannten handelt es sich um Verordnungen des Bundesrates. Tatsächlich schränkt das Verordnungsprojekt die Flexibilität der Kontrollen der Warenlose ziemlich ein und schafft ein abgeschottetes System, welches durch das BLV organisiert und mit den Kantonen finanziert werden muss. Deshalb ist es für die Effizienz nötig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien erfolgt, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.

Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert auch dass die LMVV – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen wurden. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. als Beispiel können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. F, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich immer um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	«andere amtliche Tätigkeiten» streichen.  Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Ausbildungsstamm für die beiden Ausbildungen, welcher vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
13 Abs. 3	Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass die Behörden zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen haben oder sich einem externen Audit unterziehen müssen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden. Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.	Art. 13 Abs. 3 LMVV ersatzlos streichen
7 Abs. 2	Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass die Behörden der Öffentlichkeit Zugang zu relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen gewähren müssen. Insbesondere sollen regelmässig <b>Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen</b> sowie <b>Art und Anzahl ergriffener Sanktionen</b> veröffentlicht werden. Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der	Art. 7 Abs. 2 LMVV ersatzlos streichen

	<p>Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.</p>	
37 Abs. 8	<p>Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt werden.</p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>
48	<p>Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass Art. 48 LMVV, respektive Anhang 4 für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren festlegt. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen, Art. 52 anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	<p>Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	
--	--	--

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist. Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden. Schliesslich, was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 weiter ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion Zuständigkeiten besser definieren.
Art. 2 Abs. 2 lit. h	Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass der Geltungsbereich der MNKPV auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden soll (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV). Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten	Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: <b>geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.</b> Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

	<p>ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Geraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p>	
Art. 7 Abs. 2	<p>Zu starke Differenzierung der zufälligen Kontrolle, zusätzliche 2% streichen.</p> <p>Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) präzisiert dass, gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV, zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden sollen.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>Art. 7 Abs. 2: ... können zufällige Kontrollen durchgeführt werden</p> <p>Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV streichen.</p>

Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	--
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
Art. 11 Abs. 2	Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit demjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen weitgehend so gemacht werden, eine Muss-Formulierung ist jedoch ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen im der Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u> . Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt. Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren.	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ....., müssen mit den Grundkontrollen nach ....
Art. 12	Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in	Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.

	<p>die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	
Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	<p>1 ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt.</p> <p>2 Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...</p>
Art. 14	Die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen ist korrekt formuliert und so auch mit kleinem Aufwand umsetzbar.	Ausdrückliche Zustimmung.
Art. 15	<p>Unnütze doppelte Erfassungen sind zu vermeiden.</p> <p>Soweit aktuell alle Kontrollresultate in Acontrol migriert werden, so ist eine zusätzliche Erfassung in Asan überflüssig.</p>	Streichen von Art. 15 Abs. 1 Bst. b.
Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb offensichtlich zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	«offensichtlich» streichen.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen	In Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden kann das BLV



	Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe? Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit.	Präzisieren
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird von uns begrüsst.	--
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.1.1	In der sich in der Vernehmlassung befindlichen Version, <i>Ganzjahresbetrieb mit pflanzlicher Produktion</i> <del>mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von über 5 Hektaren oder mit 50 Aren an Spezialkulturen (Kontrolle der pflanzlichen Produktion).</del> Zur Klärung, grüne Felder zu kontrollieren bringt keinen grossen Nutzen.	Die fünf Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche im Text von Ziffer 1.1.1 streichen
Anhang 1, Liste 1, Ziff.	Geltendes Recht, <i>Ganzjahresbetrieb mit mehr als 0,2 Standardarbeitskräften und mehr als drei</i>	Begriff der 0.2 SAK in den Text von Ziff. 1.1.2 einfügen

1.1.2	<p><i>Grossvieheinheiten.</i></p> <p>Die Löschung des Begriffs SAK wird die Vollzugsbehörden mit Kontrollen von nicht gewerblichen und sehr kleinen Betrieben überlasten, ineffizient.</p> <p>In der VKKL (RS 910.15) existieren die 0.2 SAK, aber nicht die 3 GV</p>	
Anhang 1, Liste 2 Ziff 2.10	<p>Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen</p> <p>Cave: Formulierung kann missverstanden werden, anpassen: „nicht“ ersetzen durch „ausser“</p>	2.10 Schlachthof, <del>kein</del> ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016 (VSFK) <sup>21</sup>
Anhang 1, Liste 2, Ziff. 2.10, 2.11 und Liste 3 A 104, A 105, A 106	Die Zeitspanne dieser Kontrollen muss aufgrund einer Risikoanalyse bestimmt werden können und nicht jährlich, siehe auch VSFK.	Die Zeitspanne 1 streichen und durch risikobasierte Häufigkeit, aber maximal 2 Jahre ersetzen
Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Zeitspanne überall auf 4 Jahre festlegen.	Ersetzen mit 4.
Änderung des geltenden Rechts, MiPV	Es wird vermerkt, dass in der Milchprüfungsverordnung die Absätze 4 bis 6 modifiziert werden und Abs. 4 aufgehoben wird! Faktisch ist es damit nicht mehr möglich, für die Kontrolle eine akkreditierte Organisation zu mandatieren (?).	Art. 14 Abs. 4 MiPV bestehen lassen (SR 916.351.0)
Ergänzung : NFUP	<p>Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert.</p> <p>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</p>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

--	--	--

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Dieser Entwurf wurde durch die Rechtsabteilung des BLV in Zusammenarbeit mit der ständigen Kommission für Lebensmittelsicherheit im Veterinärdienst, erarbeitet.

Grundsätzlich wird die Einführung der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung begrüsst. Eine Minderheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hat sich aber primär aus Ressourcengründen dagegen ausgesprochen.

Die Möglichkeit zur Hof- oder Weideschlachtung (ist als Schlachtung zu verstehen = Tötung und Entbluten im Herkunftsbestand und Überführung der Schlachttierkörper und der Innereien in einen bewilligten Schlachthof) ermöglicht die erweiterte Nutzung von Nutztieren als Nischenprodukte.

Die Aspekte der Gebühren bezüglich dieser neuen Schlachtmethode müssen unbedingt entsprechend angepasst werden (es ist schon der Fall im Absatz Stundenansatz), genau wie die Höhe der Spesen für Tätigkeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Art. 63 Abs. 5). Dies wertet das Schlachten zu Geschäftszeiten auf und macht es attraktiver.

Tatsächlich wählen viele Schlachthöfe mit niedriger Kapazität gleichzeitig das Zeitfenster von 3.00 h bis 8.00 h / 12.00 h, was die Ressourceninvestitionen des Staats wesentlich belastet. Schliesslich ist die Grenze von 1'500 Schlachteinheiten schon sehr grosszügig und hoch und entspricht zum Beispiel 6'000 Schweinen / Jahr oder 12'000 Schafen über 12 Monaten / Jahr.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet</p>	<p><i>Hofschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weideschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p>
Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie

Art. 9a Abs. 1	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	, die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
Art. 9a Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p>	<p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u></p> <p>Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.</p>
Art. 28 Abs. 1 & 2	<p>Wir begrüssen die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüssen wir die Schlacht tieruntersuchung durch den nichtamtlichen Tierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der nichtamtlichen Tierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).</p>	<p>Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.</p>
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	<p>Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:</p>	<p>Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlacht tierkörpern und Teilen <u>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.</u></p>

Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.	Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen
Art. 60 Abs. 3 Bst. A	Der Satz „pro Schlacht tier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schacht tier; oder
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüßen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüßen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)	Beide Textentwürfe klären.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt aufschieben.

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF) und in die Änderungen integrieren.
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir zweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.	

<b>9 EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Aktualisierung dieser Verordnung, dies insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Vermehrung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln, was den Konsumenten leicht täuschen könnte.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>13      EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4bis 4h einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4bis Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilen Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1bis Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.
Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <u>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</u>

Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	<p>Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF) und in die Änderungen integrieren.</p>

20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten		
Allgemeine Bemerkungen		
Keine Bemerkungen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion		
Allgemeine Bemerkungen		
Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) zweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.



<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen.  
Das Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was ein Ressourcendefizit bei den Kanton potenziell machen wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse	"und Klasse" streichen
Art. 17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen

24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen		
Allgemeine Bemerkungen		
Keine Bemerkungen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Nidwalden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Gesundheits- und Sozialdirektion NW  
Adresse, Ort : Engelbergstrasse 34, Postfach 1243, 6371 Stans  
Kontaktperson : Volker Zaugg  
Telefon : 041 620 08 84  
E-Mail : volker.zaugg@nw.ch  
Datum : 20.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen z.B. in der Tierschutzverordnung sollten klarstellen, dass es sich um Schlachtungen handelt, bei denen das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb und die weiteren unverzüglichen Schlachtschritte in einer im Voraus benannten, bewilligten Schlachtanlage beendet werden. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutz- und Hygieneanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:

1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung betäubt und entblutet werden.
  2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person nach Artikel 177 Absatz 1bis TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden.
  3. muss der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und gegebenenfalls notwendige Sofortmassnahmen sichergestellt werden.
  4. muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen. Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen sowie der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.
- Es ist fraglich, ob der zu erwartende hohe Vollzugsaufwand mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden kann

### Antrag

Die Definitionen und Bedingungen der Hof- und Weideschlachtungen sind klar zu formulieren. Kostendeckende Gebühren für die Überwachung der Hof- und Weideschlachtung sind zwingend festzulegen, ebenso die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren verrechnen zu können.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Keine Täuschung bei der Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt"

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114; sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") hat in dieser Form keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

#### Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss ersatzlos gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

#### **Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist grundsätzlich zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Jedoch erweisen sich die Parallelitäten und Abhängigkeiten der MNKPV mit der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL) hinsichtlich Kontrollplanung und -koordination zunehmend als störend (ineffizient), dies nicht nur unter dem Aspekt der asynchronen Anpassungsrhythmen dieser Rechtsgrundlagen, sondern auch hinsichtlich der fachlichen Abhängigkeiten und Begrifflichkeiten. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine Agence de Vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### **Antrag**

Die Begrifflichkeiten zwischen MNKPV und VKKL müssen abgestimmt werden. Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" basiert nicht auf einem genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

#### **Kein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer eben solchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

#### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs.3 Bst. b	Die Fussnote bezieht sich auf die Pflanzenschutzverordnung, PSV (SR 916.20) vom 27.10.2010	a. Von Prozessen gemäss der Pflanzenschutzverordnung vom 27. Oktober 2010
Art. 3, Bst. c, h	<b>Es ist zwingend erforderlich, dass die Begrifflichkeiten zwischen MNKPV und VKKL abgestimmt/harmonisiert werden</b> , um vor lauter Bäumen den Wald nicht aus den Augen zu verlieren: Der Begriff "Zufällige Kontrolle" ist insofern irreführend, da bezüglich der Koordination der Grundkontrolle (bisher) immer von einer zufälligen Auswahl ausgegangen wurde: Hier ist abschliessend zu klären, ob die Grundkontrollen künftig einem starren/planbaren Kontrollrhythmus unterworfen werden.	
Art. 3, Bst. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollte für die Primärproduktion / landwirtschaftliche Betriebe wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
Art. 3, Bst. g	Bei der Verwaltungskontrolle handelt es sich um eine Kontrollmethode und nicht um einen Kontrolltyp. Das Gegenstück zur Verwaltungskontrolle stellt die Kontrolle vor Ort dar, wie beschrieben. Jede der aufgeführten Kontrollen kann (zumindest teilweise) als Verwaltungskontrolle und/oder als vor Ort-Kontrolle durchgeführt werden. Es wäre denkbar, dass die Kontrolle (analog angemeldet/unangemeldet) mit einem Status (vor Ort/administrativ) versehen würde.	streichen
Art. 6, Abs. 1	Wir begrüssen die Absicht, dass der MNKP gemeinsam mit den zuständigen kantonalen Vollzugsbehörden erarbeitet werden soll. Es ist zu beachten, dass nebst der Veterinärbehörde auch die landwirtschaftliche Vollzugsbehörde miteinbezogen wird. Das war bisher kaum der Fall!	
Art. 6, Abs.3	In diversen Bereichen ist der Kontrollrhythmus auf 8 Jahre ausgelegt. Es stellt sich somit die Frage, ob die Erarbeitung (MNKP) nicht sinnvollerweise auch auf 8 Jahre ausgelegt werden soll.	...Zeitraum von 8 Jahren....
Art. 7, Abs. 2	Grundsätzlich macht es Sinn "zusätzliche" Grundkontrollen vorzunehmen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Prioritär sollten diese Kontrollen dort durchgeführt werden, wo ein Risiko bestehen könnte.	Diesen Absatz zwingend mit der VKKL Art. 4 abstimmen/harmonisieren (Begrifflichkeit und Häufigkeit)
Art. 7, Abs. 3	Die "Übrigen Betriebe" (unter Cut off) stellen überall das gleiche Risiko dar. Im Hinblick auf die Koordinationsaufgabe und auch bezüglich Verständnis würde eine einheitliche Bundesvorgabe wohl auch systemtechnisch einiges vereinfachen.	Einheitliches Vorgehen (Intervall) festlegen und vorgeben.
Art. 8	Siehe Kommentar zu Art. 7 Abs. 2	

Art. 9	Textlich abstimmen mit Art. 7 (VKKL)	
Art. 11, Abs.1 Bst. b	Verwaltungskontrollen sind kein Kontrolltyp, sondern eine Kontrollmethode.	Streichen
Art. 12	Verwaltungskontrollen sind kein Kontrolltyp, sondern eine Kontrollmethode. Eine Verwaltungskontrolle kann immer nur einen Bereich einer Kontrolle abdecken und wird nie eine vor Ort-Kontrolle vollständig ersetzen können.	Streichen
Art. 14	Das ist eine ziemlich komplizierte Formulierung und überhaupt nicht "harmonisiert" (missverständlich): Vereinfachen: es gibt generell einen %-satz für Grundkontrollen und einen %-satz für alle übrigen Kontrollen, dann sind auch Abs. 3 und Abs. 4 obsolet.	
Art. 15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht und vertraulich behandelt werden.	
Anhang 1 Liste 1	Mit der Definition Ganzjahresbetrieb unter Ziff. 1.1.1 wird eine zusätzliche Betriebskategorie geschaffen, nebst den DZ-Betrieben (0,2 SAK), den Strukturdatenbetrieben (1 ha LN, 30 a Spezialkulturen, 10 a geschützter Anbau) und den übrigen Betrieben gemäss Tierseuchenverordnung	Überprüfen und abgleichen mit der VKKL und vorab mit den Datenerhebungsvorgaben (sind diese Daten auch wirklich nach einheitlichem Erfassungsmodus bekannt?)
Anhang1 Liste 3	Wir begrüssen die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserei mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Änderung VPrP	Art. 3 der Änderungsvorschlag geht in die richtige Richtung (gleiche Basis wie Statistik) Bei Abs. 2 Bst c ist der Begriff "kleine Mengen" klärungsbedürftig	In diesem Zusammenhang ist auch die Begrifflichkeit melde- respektive registrierungspflichtig (Veterinärrecht) zu klären und zu harmonisieren (siehe auch Bemerkung zu Anhang 1 Liste 1)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Erfüllung des Postulats Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachten wir die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die eine tierische Herkunft andeuten, zu verbieten sind.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden ausdrücklich begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

**E-Mail**

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

T direkt 041 728 35 01  
martin.pfister.rr@zg.ch  
Zug, 23. August 2019  
GD GDS 6 / 179

**Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 lud das Eidgenössische Departement des Innern die Kantone ein, zur Änderung von verschiedenen Verordnungen des Lebensmittelrechts Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug entnehmen Sie dem beiliegenden Auswertungsfeld. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Gesundheitsdirektion

Martin Pfister  
Statthalter

Beilage:  
Auswertungsfeld (Word-Dokument)

Kopie an:  
– lmr@blv.admin.ch  
– Volkswirtschaftsdirektion  
– Amt für Verbraucherschutz





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Zug  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ZG  
Adresse, Ort : Zugerstrasse 50a, 6312 Steinhausen  
Kontaktperson : Mattias Fricker, Kantonschemiker  
Telefon : 041 723 74 72  
E-Mail : [mattias.fricker@zg.ch](mailto:mattias.fricker@zg.ch)  
Datum : 23. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	17
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Die untenstehenden Ausführungen stützen sich namentlich auf die Stellungnahmen des Verbands der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) und der Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT).	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Konsumentinnen und Konsumenten würden getäuscht, sollten auch solche Lebensmittel mit dem Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" bezeichnet werden dürfen.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung würde der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37 Abs. 5	Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.	Streichung.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. F, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	Streichung des Zusatzes «andere amtliche Tätigkeiten».  Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
Art. 13 Abs. 3	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.  Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.	Streichung.
Art. 7 Abs. 2	Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden.  Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichten Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss	Streichung.

	<p>(und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. Die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren.</p>	
Art. 48 und Anhang 4	<p>Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	Streichung.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden übersichtlich durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden. Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Die Regelung des Anteils an unangemeldeten Kontrollen in Art. 14 ist verwirrend. Auf Rückfrage beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) wurde die Aussage gemacht, dass der Anteil an unangemeldeten Kontrollen über vier Jahre gesamthaft und nicht pro Jahr erfüllt werden muss. Dies wäre ein kompletter Systemwechsel und nicht auf die VKKL abgestimmt.

Die Durchführung von unangemeldeten Grundkontrollen im Bereich Primärproduktion erachten wir als problematisch und kaum praktikabel. Während diesen Kontrollen sind sehr viele Dokumente und Aufzeichnungen zu überprüfen, welche bei einer unangemeldeten Kontrolle durch den Bewirtschafter zusammengesucht werden müssen. Der Zeitaufwand für eine solche Kontrolle würde deutlich ansteigen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet.  Auch besteht in der Schweiz seit 2006 weiterhin ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren.
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des	"Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht" ersetzen mit "geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht".

	Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.	
Art. 7 Abs. 2 und Art. 3 Bst. h	<p>Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören bereits jetzt zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	Streichung.
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung.
Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da	"Ausnahmen sind möglich." ersetzen durch " Davon



	<p>diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.</p>	<p>abgewichen werden kann:"</p>
Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass alle Kontrollen nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend.</p> <p>Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.</p>	<p>"Die Kontrollen, die auf den in Artikel 10 Absatz 1 genannten Verordnungen basieren, müssen mit den Kontrollen nach (...)" Die beiden Wörter Kontrollen durch Grundkontrollen ersetzen.</p>
Art. 15 Abs. 1 Bst. b	<p>Unnütze doppelte Erfassungen sind zu vermeiden.</p> <p>Soweit aktuell alle Kontrollresultate in Acontrol migriert werden, ist eine zusätzliche Erfassung in Asan überflüssig.</p>	<p>Streichung.</p>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Art. 3 Bst. q und r	Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.	<p>Hofschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Weideschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p>
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen.	
Art. 9a Abs. 1	<p>Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.</p> <p>Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.</p>	Antrag: Art. 9a Abs. 1 ist zu streichen.
Art. 9a Abs. 2 Bst. a	<p>Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine «fachkundige Person» nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung (TSchV) vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.</p> <p>In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i. V. m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtungen angezeigt.</p>	<p>Antrag a: Art. 9a Abs. 2 Bst. a ist folgendermassen zu ändern: «Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach <del>Art. 177 Absatz 1<sup>bis</sup></del> Art. 177 Abs. 2 i. V. m. Art. 197 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt werden.»</p> <p>Antrag b: Art. 9a Abs. 2 Bst. a ist folgendermassen zu ergänzen: «Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.»</p>

--	--	--

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 29 Abs. 4 <sup>bis</sup> Bst. a und 4 <sup>ter</sup>	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4 <sup>bis</sup> 4h einsetzen. Abs. 4 <sup>ter</sup> streichen.



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

**Elektronisch an:**  
lmr@blv.admin.ch

Sarnen, 12. August 2019/wg

**Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts;  
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu Verordnungen des Lebensmittelrechts.

Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden. Wir nehmen zu diesem Revisionsvorhaben wie folgt Stellung:

**Die Bedingungen der Hof- und Weideschlachtung müssen klar umschrieben sein**

Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen z.B. in der Tierschutzverordnung sollten klarstellen, dass es sich um Schlachtungen handelt, bei denen das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb und die weiteren unverzüglichen Schlachtschritte in einer im Voraus benannten, bewilligten Schlachthanlage beendet werden. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutz- und Hygieneanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:

1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis der Tierschutzverordnung betäubt und entblutet werden;
2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person nach Artikel 177 Absatz 1bis TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden;
3. muss der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und gegebenenfalls notwendige Sofortmassnahmen sichergestellt werden.

4. muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen. Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen sowie der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.

Es ist fraglich, ob der zu erwartende hohe Vollzugsaufwand mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden kann.

#### **Antrag**

Die Definitionen und Bedingungen der Hof- und Weideschlachtungen sind klar zu formulieren. Kostendeckende Gebühren für die Überwachung der Hof- und Weideschlachtung sind zwingend festzulegen, ebenso die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren verrechnen zu können.

#### **Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt"**

Wir begrüssen grundsätzlich die Kennzeichnung "ohne GVO hergestellt". Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

Von Seiten des fachlich zuständigen Laboratoriums der Urkantone (LdU) gibt es hingegen Bedenken, dass verschiedene Futtermittelzusätze kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind. Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" nach Ansicht des LdU eine im Grundsatz falsche Angabe. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114; sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") hat nach Ansicht des LdU in dieser Form keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

#### **Antrag**

Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.

Sollte die Kennzeichnung nicht eingeführt werden, so müsse eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellte Produkte eingeführt werden.

#### **Keine Trennung der amtlichen Vollzugsbehörde vom amtlichen Labor**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form in der Schweiz nicht vorliegt und für die Schweiz auch nicht notwendig ist. Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz bereits die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. Die Information an die zuständige Behörde ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich. In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### **Antrag**

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Einleitend ist ein Artikel einzufügen, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

### **Keine Erhöhung der Vollzugskosten**

Die Kosten der kantonalen Vollzugsbehörden steigen aufgrund der zusätzlichen Anforderungen in der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) massiv. Mit Art. 13 Abs. 3 LMVV wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

### **Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV muss ersatzlos gestrichen werden.

### **Keine Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen**

Die Behörden haben gemäss Art. 7 Abs. 2 LMVV der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden. Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss. Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren.

### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

### **Stichprobenkontrollen im Detailhandel und Analysen gegen Lebensmittelbetrug**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung in Art. 48 LMVV würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Lebensmittelbetrug der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Lebensmittelbetrug gefördert.

### **Antrag**

Art. 48 LMVV und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen.

Art. 52 LMVV ist anpassen.

Allenfalls sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

### **Sicherstellung der fachlichen Kompetenz der Vollzugsbehörden**

In der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) sind die Ausbildungs- und Schulungsanforderungen an die mit der amtlichen Kontrolle betrauten Personen festgelegt. Darin



wird festgeschrieben, dass das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) die Voraussetzung ist für die Wahl oder die Anstellung als Lebensmittelinspektor/in oder als Lebensmittelkontrolleur/in. Dabei werden für die anspruchsvollere Tätigkeit als Lebensmittelinspektor/in keine höheren Anforderungen mehr gefordert bzw. die bisherigen Anforderungen gelten jetzt für die Funktion des Kantonschemikers. Die Ausbildungsanforderungen für den Kantonschemiker fallen damit komplett weg.

#### **Antrag**

Für die in der Verordnung aufgeführten Funktionen (Lebensmittelkontrolleur/in, Lebensmittelinspektor/in und Kantonschemiker) sollen für die Ausübung der amtlichen Tätigkeit angepasste spezifische Ausbildungs- und Schulungsanforderungen auf dem bisherigen Niveau festgelegt werden.

#### **Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist grundsätzlich zu begrüßen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Jedoch erweisen sich die Parallelitäten und Abhängigkeiten der MNKPV mit der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL) hinsichtlich Kontrollplanung und -koordination zunehmend als störend (ineffizient), dies nicht nur unter dem Aspekt der asynchronen Anpassungsrhythmen dieser Rechtsgrundlagen, sondern auch hinsichtlich der fachlichen Abhängigkeiten und Begrifflichkeiten. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine Agence de Vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### **Antrag**

Die Begrifflichkeiten zwischen MNKPV und VKKL müssen abgestimmt werden. Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" basiert nicht auf einem genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

#### **Kein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

#### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

#### **Erweiterung der Deklaration in der Lebensmittelinformationsverordnung**

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli usw. sind nicht mehr zuzulassen. Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

**Verweis auf Stellungnahme des VKCS und VSKT**

Aufgrund der umfangreichen Revision im Verordnungsrecht verzichten wir auf eine detaillierte Stellungnahme und verweist auf die Stellungnahmen des Verbandes der Kantonschemiker (VKCS) und des Verbandes Schweizer Kantonstierärzte (VSKT).

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Maya Büchi-Kaiser  
Landstatthalter

Brief als Word-Version per Email an:

lmr@blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur EDI  
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV**  
Denrées alimentaires et nutrition

## Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019 Vernehmlassung bis zum 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Dienststelle: Kantonstierarzt der Urkantone, Laboratorium der Urkantone  
Kürzel der Firma / Organisation / Dienststelle: VdU  
Adresse, Ort: Föhneneichstr. 15, 6440 Brunnen  
Ansprechperson: Dr. Andreas Ewy, Kantonstierarzt  
Telefonnummer: 041 825 41 51  
E-mail: andreas.ewy@laburk.ch  
Datum: 23. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, das Format des Formulars nicht zu ändern.
2. **Bitte eine Linie pro Artikel verwenden.**
3. Bitte stellen Sie Ihre Meinung bis zum 26. August 2019 **im Word Format** an folgende Adresse zu: [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 37 02  
[Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3 ; Revision der Verordnungen 2019.....	3
2	BR : Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	3
3	BR : Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung .....	4
4	BR : Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) .....	5
5	BR : Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	9
6	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft. ....	14
7	EDI : Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI : Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI : Verordnung über Getränke.....	16
10	EDI : Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI : Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI : Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel.....	17
13	EDI : Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI : Verordnung über neuartige Lebensmittel.....	18
15	EDI : Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln .....	18
16	EDI : Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln .....	18
17	EDI : Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI : Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	20
20	EDI : Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI : Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI : Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	22
23	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	23
24	BR : Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	23

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung bezüglich des Projektes Stretto 3; Revision der Verordnungen 2019

Wir begrüßen grundsätzlich die mit der vorgeschlagenen Revision gemachten Anpassungen an das vorangegangene LARGO-Verordnungspaket. Aufgrund des Volumens des sich in der Vernehmlassung befindenden neuen Pakets Stretto 3 (464 Seiten) konzentrieren wir uns auf die wesentlichen Artikel der Verordnungen im Rahmen unseres Verantwortungsbereichs.

Den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Hof- und Weideschlachtung (VSFK) stimmt die Mehrheit der VSKT zu. Eine Minderheit lehnt sie aber aus Gründen des zu erwartenden hohen Vollzugsaufwands ab. Dieser kann mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Wenn die Hof- und Weideschlachtung künftig ermöglicht wird, sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Anpassungen in der MNKPV schliessen die Lücken zwischen der geänderten VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkung	Änderungsvorschlag (Text)

### 3 BR: Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der genannten Verordnung an die Verordnung (EU) 2017/625 scheint unumgänglich. Immerhin wurde eine Projektgruppe geschaffen, um eine gemeinsame Grundlage für die Ausbildung der Kontrolleure und Inspektoren (SR 817.042) und des Begriffs des Assistenten bzw. des amtlichen Tierarztes (RS 916.402) zu schaffen. Bei den beiden oben Genannten handelt es sich um Verordnungen des Bundesrates. Tatsächlich schränkt das Verordnungsprojekt die Flexibilität der Kontrollen der Warenlose ziemlich ein und schafft ein abgeschottetes System, welches durch das BLV organisiert und mit den Kantonen finanziert werden muss. Deshalb ist es für die Effizienz nötig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 1 Abs. 1 Bst. a und Art. 2 Abs. 1 Bst. F, 48, 64-98	Der Zusatz «andere amtliche Tätigkeiten» schliesst ein, dass ein gemäss SR 916.402 ordnungsgemäss ausgebildeter amtlicher Tierarzt des öffentlichen Veterinärdienstes, z. B. der grenztierärztliche Dienst (Kontrolle und Probenahmen) zusätzlich die Ausbildungen der genannten Verordnung absolvieren muss, was faktisch ineffizient ist. In Europa handelt es sich offensichtlich um den amtlichen Tierarzt. Die vorgesehenen Ausbildungen anpassen und für den amtlichen Tierarzt DLAL analog anwenden.	«andere amtliche Tätigkeiten» streichen. Artikel zu den Ausbildungen zum amtlichen Tierarzt analog zum Lebensmittelinspektor gestalten (LIVI / D DLAL) und Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Ausbildung, welche ausserdem vereint im Bundesamt (BLV) durchgeführt wird.
Art. 7 Abs. 2 Bst b, c, d	Diese Bestimmungen lehnen wir ab. Die Erhebung von vergleichbaren Daten ist äusserst aufwändig und die Aussagekraft betreffend der Wirksamkeit des Vollzugs ist beschränkt. Die dafür benötigten Ressourcen sind bei den kantonalen Veterinärämtern nicht vorhanden bzw. gehen bei einer Umsetzung zu Lasten des Vollzugs. Als wirksames und effizienteres Instrument erachten wir Systemaudits (s. Bemerkungen zu Artikel 20 NKPV).	Bst. b,c und d streichen

#### 4 BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)

##### Allgemeine Bemerkungen

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Die nationalen Rückstandskontrollpläne (NRKP) sollten ebenfalls in das vorliegende Projekt integriert werden.

Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	In der pflanzlichen Primärproduktion die Zuständigkeiten besser definieren.
Art. 7 Abs. 2	Zu starke Differenzierung der zufälligen Kontrolle, zusätzliche 2% streichen	Art. 7 Abs. 2: ... können zufällige Kontrollen durchgeführt werden
Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	--
Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden soll, und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	Textliche Klärung

Art. 11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle wo abgewichen wird darzustellen.	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
Art. 11 Abs. 2	Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen nur schwerlich umzusetzen sein, eine Muss-Formulierung ist ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen unter den Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u> . Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und in dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt. Zusammengefasst: Grundkontrollen sind wie auch in der VKKL festgelegt umfassend zu koordinieren – weitere Kontrollen können nicht koordiniert werden.	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ....., müssen mit den Grundkontrollen nach ....
Art. 12	Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.  Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen noch nicht gegeben; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind	Inkrafttreten später. Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.



	<p>auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	
Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	<p>1 ... nach Artikel 3 Buchstaben f durchgeführt.</p> <p>2 Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...</p>
Art. 14	Die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen ist korrekt formuliert und so auch mit kleinem Aufwand umsetzbar.	Ausdrückliche Zustimmung.
Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb „offensichtlich“ zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	«offensichtlich» streichen.
Art. 17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich z. B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	In Absprache mit den kantonalen <del>Tierschutz</del> Behörden kann das BLV
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, mit einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	<p>Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Welche Stufe?</p> <p>Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen</p>	Präzisieren

	<p>eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.</p> <p>Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.</p>	
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird von uns begrüsst.	--
Anhang 1, Liste 2 Ziff 2.10	<p>Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen</p> <p>Cave: Formulierung kann missverstanden werden, anpassen: „nicht“ ersetzen durch „ausser“</p>	2.10 Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016
Anhang 1, Liste 3 A 202, A 204, A 205	Zeitspanne überall auf 4 Jahre festlegen.	Ersetzen mit 4.
Ergänzung : NFUP	<p>Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund finanziert.</p> <p>Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene finanziert werden.</p>	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Dieser Entwurf wurde durch die Rechtsabteilung des BLV in Zusammenarbeit mit der ständigen Kommission für Lebensmittelsicherheit im Veterinärdienst, erarbeitet.

Von der Mehrheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte wird die Einführung der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung begrüsst. Eine Minderheit der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hat sich aber primär aus Ressourcengründen dagegen ausgesprochen.

Bei einer Einführung sind zwingend Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben und wie von der Bevölkerung erwartet, zu gewährleisten. Ansonsten droht ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

Die Möglichkeit, kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei der Hof- und Weideschlachtung erheben zu können begrüssen wir ausdrücklich. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit für Leistungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten höhere Tarife verrechnen zu können. Die Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten stellt für die Veterinärbehörden eine sehr grosse organisatorische und personelle Herausforderung dar und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind unabdingbar.

Art. 3 Bst. q  
und r

Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.

Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet

Weiter sollte der Begriff "mobile Schlachthanlage" in den Definitionen aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass dies ein gängiges Modell sein wird. Mit der Bewilligungspflicht für den Tierhalter ist dieses Modell nicht abgedeckt. Allenfalls könnte man das Problem «mobile Schlachthanlagen» so lösen, dass man die Bestimmungen für Schlachtbetriebe als anwendbar erklärt

*Hofschlachtung:* Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.

*Weideschlachtung:* Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.

Alternativ: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.

Bst s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.

Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
Art. 9a Abs. 1	Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen. Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.	...die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
Art. 9a Abs. 2	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a bis c als Auflage formuliert werden. Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen	Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt: a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u> 1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1 <sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. 2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person nach Artikel 177 Absatz 1 <sup>bis</sup> TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden.

	<p>finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendjemand ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung muss eine fachkundige Person schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist aber nicht gefordert. Z. B. haben Jäger den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p>	<p>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></p> <p>4. <u>muss zuhanden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	--	---

	<p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p> <p>Werden die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.</p>	
Art. 9a Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p>	<p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlacht ung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.</p>
Art. 28 Abs. 1 & 2	<p>Wir begrüßen die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand ausdrücklich. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls begrüßen wir die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).</p>	<p>Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.</p>
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	<p>Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen:</p>	<p>Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlacht tierkörpern und Teilen <u>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.</u></p>
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	<p>Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist</p>	<p>Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen</p>

	nicht nachvollziehbar.	
Art. 60 Abs. 3 Bst. a	Der Satz „pro Schlachttier;“ muss noch am Ende mit einem „oder“ ergänzt werden.	pro Schachttier; oder
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart). Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	5Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung <del>unabhängig von der Tierart</del> zwischen drei und <del>sechs</del> zehn Rappen pro
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	
Art. 61 Abs. 2	Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)	Beide Textentwürfe klären.

Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt aufschieben.

<b>6 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

<b>7 EDI: Verordnung über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>



## 8 EDI: Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf lässt zu offen, welche anderen Behandlungen als unter Bst a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Analog VTNP Anh. 5 Ziff. 33: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal täglich zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals tägliches, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Die alte Formulierung behalten.</p>

	<p>Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP.</p> <p>Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	
--	--	--

<b>9 EDI: Verordnung über Getränke</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Änderungsvorschlag (Text)</b>

**11 EDI: Verordnung über die Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**12 EDI: Verordnung betreffend die Information über Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüßen die Aktualisierung dieser Verordnung, dies insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Vermehrung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln, was den Konsumenten leicht täuschen könnte.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**15 EDI: Verordnung über die zulässigen Zusatzstoffe in Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen in Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. A und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4bis 4h einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4bis Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilen Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1bis Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.

Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug.	Präzisierung: <u>Raumtemperatur aber maximal 12°C.</u>
Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine schmeichelhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren.

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die Alte. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht lassen.

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen.

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Änderungsvorschlag (Text)



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutgeheissen.  
Der Bund wird die Importunternehmen in TRACES nicht mehr registrieren, was eine Ressourcenbelastung bei den Kanton nach sich ziehen wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch die selbe Klasse	"und Klasse" streichen
Art. 17 Ziff. 3	Es ist sprachlich anzupassen: die sich "als" anmeldepflichtige Personen registrieren lassen wollen	"als" ergänzen

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen****Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen.

Artikel	Commentaire / remarques	Änderungsvorschlag (Text)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Konferenz der Landwirtschaftsämtler der Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KOLAS  
Adresse, Ort :  
Kontaktperson :  
Telefon :  
E-Mail :  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Wir beziehen uns im Folgenden nur auf jene Verordnungsänderungen, von denen die Landwirtschaft direkt betroffen ist.

Für uns ist wichtig, dass insbesondere die Erfassung von lebensmittelverarbeitenden Betrieben nach einheitlichen Kriterien und in entsprechenden Bundessystem Acontrol erfasst werden. Der neu verlangte höhere Anteil unangemeldeter Kontrollen wird für die mit dem Vollzug betrauten kantonalen Stellen deutlich aufwendiger. Es ist deshalb wichtig, dass für die Anpassung der entsprechenden Kontrollprozesse die notwendige Übergangs- und Anpassungszeit gewährt wird. Wir fordern mindestens zwei Jahre.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Neuregelung betreffend gentechnisch veränderte Lebensmittel ausdrücklich. Insbesondere begrüßen wir die Möglichkeit zur Deklaration von Lebensmitteln mit dem Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" und die gemäss Art. 37 Abs. 4 Bst. a 2. Punkt (& Art. 37 Abs. 5 Bst. b) vorgesehene Ausnahmen zu den Futtermittelzusätzen. Diese Ausnahme ist notwendig, da die Futtermittelzusätze heute (prozessbedingt) z.T. gar nicht mehr aus "gentechnikfreier" Produktion bezogen werden können. Gleiches gilt grundsätzlich auch für Tierarzneimittel, die bereits heute zu einem bedeutenden Anteil mithilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen hergestellt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31 Abs. 5	Es ist zu begrüßen, dass künftig auch Fermenterprodukte den Bestimmungen über neuartige Lebensmittel im Sinne der Artikel 15-19 LGV unterstellt werden.	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19 Abs 4	Damit in den verschiedenen Datenbanken bei Kanton und Bund die Betriebe eindeutig indentifiziert werden können, ist als eindeutige Nummer die UID zu verwenden. Darauf basierend kann die Bewilligung erteilt werden.	Antrag: Als Bewilligungsnummer soll die UID verwendet werden.

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

- Die Begriffe sind zwischen VKKL und MNKPV nicht abgestimmt. Die Begriffe werden in der MNKPV anders verwendet als in der VKKL. Das ist unverständlich und wird in der Umsetzung, in der Koordination und in der Durchführung der Kontrollen zwischen Landwirtschaft und Veterinärwesen zwangsläufig zu Missverständnisse führen.
- Die Regelung des Anteils an unangemeldete Kontrollen im Artikel 14 ist sehr verwirrend. Auf Rückfrage beim BLV ist zusätzlich die Aussage gefallen, dass der Anteil an unangemeldete Kontrollen über 4 Jahre gesamthaft und nicht pro Jahr erfüllt werden muss. Dies wäre ein kompletter Systemwechsel und überhaupt nicht auf die VKKL abgestimmt.
- Die Durchführung von unangemeldeten Grundkontrollen im Bereich Primärproduktion erachten wir als höchst problematisch und kaum praktikabel. Auf diesen Kontrollen sind sehr viele Dokumente und Aufzeichnungen zu überprüfen, welche bei einer unangemeldeten Kontrolle durch den Bewirtschafter zusammengesucht werden müssen. Der Zeitaufwand für eine solche Kontrolle würde deutlich ansteigen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3	Die Buchstaben und Begriffe entsprechen nicht denjenigen in der VKKL. Das verwirrt.	Die Begriffe der NKPV müssten denjenigen der VKKL angepasst werden.
3 Bst. g / Art. 12	"Verwaltungskontrolle": Hier geht es nicht um einen Kontrolltyp, sondern um eine Methodik. Hinsichtlich Kontrollkoordination ist die Verbindung mit Art. 12 kaum oder nur mit unnötigem Zusatzaufwand vollziehbar: Die Koordinationsstelle gibt den Auftrag vor (Grundkontrolle). Wie der Auftrag umgesetzt wird ist Sache des Vollzuges. Dass dieser aber die Typisierung der Kontrolle "abändert" ist kaum sinnvoll umsetzbar.	Es wäre denkbar, dass die Kontrolle (analog angemeldet/unangemeldet) mit einem Status versehen würde.
6 Abs. 3	Viele Kontrollen passieren heute im 8jahres-Rhythmus (BLW).	MNKP für 8 Jahre auslegen.
7	Welche Betriebe betroffen sind (Abs. 1) und Regeln für zusätzliche Kontrollen (Abs. 2) sind auch in der VKKL und der NKPV geregelt. Wann weitere Zusatzkontrollen anzuordnen sind (Abs. 4, 5, 6 und 7) dürfen den anderen Regeln nicht widersprechen.  Absatz 2 gehört thematisch zum Art. 8	Verzicht auf eigene Zusatzregeln über andere Kontrollen als ordentliche Grundkontrollen. Konkret: Verzicht auf Artikel 7.  Art. 7 Abs. 2 zum Art. 8 verschieben.
7 Abs. 3	"Die übrigen Betriebe" stellen überall das gleiche Risiko dar. Im Hinblick auf die Koordinationsaufgaben würde eine einheitliche Bundesvorgabe wohl auch systemtechnisch einiges vereinfachen.	Eine einheitliche Bundes-Vorgabe ist anzustreben.
8	Regeln für Zusatzkontrollen gibt es auch in der VKKL und der NKPV. Diese Regeln hier dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 8, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.

8	Begriffe, die in Art. 3 eingeführt werden, werden nicht konsequent angewendet. Zudem entsprechen sie nicht denjenigen der VKKL, Art. 4, Abs 1, Bst. a – d.	Abgleich mit Art. 3, resp. VKKL (s. Kommentar zu Art. 3).
9	Die Thematik zur Delegation von Kontrollen ist in der VKKL und der NKPV bereits geregelt. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 9, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen, oder Text 1:1 aus VKKL übernehmen.
11	Die Regeln für die Koordination der Kontrolle sind in der VKKL und der NKPV bereits geregelt. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 11, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen, oder Text 1:1 aus VKKL übernehmen.
12	Der Begriff "Verwaltungskontrolle" ist neu und soll exklusiv für die tierische Primärproduktion gelten (dann erst noch nach ganz komplizierten Bedingungen)...	Verzicht auf Artikel 12 da "andere Kontrollarten" bereits heute etabliert sind, der Begriff nur für ein sehr enges Fachgebiet gültig sein sollte und die legale Anwendung erst noch fast nicht eintreffen wird. Oder zeigt mir die Koordinationsstelle, die das im Griff hat!
13	Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 13, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.
14	Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 14, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.
Art. 14	Die neue Anforderung, dass 40% der tierischen Primärproduktionskontrollen und 10% der pflanzlichen Primärproduktionskontrollen unangemeldet durchgeführt werden müssen, verlangt mehr Kontrollaufwand bei den Kantonen. Es ist eine angemessene Übergangszeit zu gewähren	Antrag: Für die Umsetzung von Art. 14 ist eine zweijährige Übergangszeit zu gewähren.
14	Es ist unklar, was als unangemeldet gilt. Gelten kurzfristige telefonische Anmeldungen als unangemeldet? „Unangemeldet“ sollte genau definiert werden, damit der Vollzug einheitlich ist.	Als unangemeldet gilt eine Kontrolle, bei welcher die Kontrollperson ohne jegliche Anmeldung, auch ohne kurzfristige Anmeldung, auf dem Betrieb eintrifft.
14	Das ist ziemlich komplizierte Formulierung und überhaupt nicht "harmonisiert" (missverständlich)	Vereinfachen: es gibt generell einen %-satz für Grundkontrollen und einen %-satz für alle übrigen Kontrollen, dann sind auch Abs. 3 und Abs. 4 obsolet.
15	Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 15, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.
Art. 15	Das Zusammenführen aller Kontrollergebnisse in Acontrol ist sinnvoll. Es ist wichtig, dass auch alle lebensmittelrechtlichen Daten schweizweit im gleichen System geführt werden.	Antrag: Es sind sämtliche Daten, welche über lebensmittelverarbeitende Betriebe erhoben werden, auf Acontrol zu erfassen. Dies trifft auch auf vor- und nachgelagerte Betriebe der Landwirtschaft zu.
16	Ist schon in der NKPV und der VKKL thematisiert. Diese Regeln dürfen den anderen nicht widersprechen.	Verzicht auf Artikel 16, oder Landwirtschaftsbetriebe davon ausnehmen.
17	Solche Aktionen sind schwer koordinierbar und noch schwerer auswertbar. Gerne können wir dazu die Erfahrungen aus dem Programm	Auf dieses Instrument ist zu verzichten. Schwerpunkte können im Rahmen der Grundkontrollen analog Fokus-



	"Schwerpunktkontrolle qualitativer Tierschutz Schweine" beziehen.	Kontroll-Punkten gebildet werden.
Art. 17 Abs. 2	Es wird begrüsst, dass der Termin für den Inhalt eines Schwerpunktprogramms bereits am 30. Juni des Vorjahres feststeht.	
20-22	Das sind Bundesaufgaben. Für die Kantone entstehen dadurch keine zusätzlichen Umtriebe. Mit der Einhaltung der VKKL und der NKPV sind die Anforderungen an den MNKPV erfüllt.	Feststellung in der Verordnung ergänzen.
B404	Betriebe mit Traubenverarbeitung zur Weinherstellung sind nach einheitlichen Grundsätzen zu kontrollieren. Es besteht ein Widerspruch zur Weinverordnung (SR. 916.140) wo eine Kontrolle von sechs Jahren verlangt wird.	Antrag: der Kontrollrhythmus für Kellereien ist einheitlich auf vier Jahre festzusetzen.
Anhang 1 Liste 1	Grundsatz auf 8 Jahre erhöhen i.O Cut off-Anpassung: braucht noch vertiefte Prüfung mit der heutigen Regelung und der Abstimmung auf VKKL	Mit der Cut-off-Regelung ist auch die bisher unklare Situation mit den "Betrieben" unter dem Cut-off zu standardisieren (Art. 7 Abs. 3). Es kann nicht sein, dass bei so vielen Regelungen für diese Gruppe kein Standard definiert werden kann. Sie stellen überall das gleiche oder eben gar kein Risiko dar.
VPrP	Art. 3 der Änderungsvorschlag geht in die richtige Richtung (gleiche Basis wie Statistik). Bei Abs 2 Bst c ist der Begriff "kleine Mengen" klärungsbedürftig.	In diesem Zusammenhang ist auch die Begrifflichkeit melde- respektive registrierungspflichtig (Veterinärrecht) zu klären und zu harmonisieren.

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1bis 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 13 Abs 2	Dass bei sehr leicht verderblichen Lebensmitteln, die nach kurzer Zeit eine unmittelbare Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen können, neu anstelle des Mindesthaltbarkeitsdatums das Verbrauchsdatum angegeben Werden muss, ist sinnvoll.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

## per E-Mail

An das  
Eidgenössische Departement des Innern  
lmr@blv.admin.ch  
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 20. August 2019

## **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts** Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 wurde die Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden. Wir nehmen zu diesem Revisionsvorhaben wie folgt Stellung:

### **Die Bedingungen der Hof- und Weideschlachtung müssen klar umschrieben sein**

Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen z.B. in der Tierschutzverordnung sollten klarstellen, dass es sich um Schlachtungen handelt, bei denen das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb erfolgen und die weiteren unverzüglichen Schlachtschritte in einer im Voraus benannten, bewilligten Schlachthanlage beendet werden. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutz- und Hygieneanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:

1. Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TSchV, SR 455.1) betäubt und entblutet werden.
2. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine fachkundige Person nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV geschossen und durch eine fachkundige Person entblutet werden.
3. Es müssen der Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und gegebenenfalls notwendige Sofortmassnahmen sichergestellt werden.
4. Zuhanden der Behörden muss schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen. Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen sowie der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.

Es ist fraglich, ob der zu erwartende hohe Vollzugsaufwand mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden kann.

#### *Antrag*

Die Definitionen und Bedingungen der Hof- und Weideschlachtungen sind klar zu formulieren. Kostendeckende Gebühren für die Überwachung der Hof- und Weideschlachtung sind zwingend festzulegen, ebenso die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren verrechnen zu können.

#### **Keine Täuschung bei der Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt»**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach dem neuen Art. 37 Abs. 5 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, obwohl die Tiere mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 20. Juni 2014 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0) grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114; sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt») hat in dieser Form keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des LMG durch das Parlament bedingen.

#### *Antrag*

Art. 37 Abs. 5 LGV neu muss ersatzlos gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

#### **Keine Trennung der amtlichen Vollzugsbehörde vom amtlichen Labor**

Aufgrund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form in der Schweiz nicht vorliegt und für die Schweiz auch nicht notwendig ist. Im Grundsatz besteht im LMG bereits die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. neu Art. 46 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV), welche vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. Die Information an die zuständige Behörde ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich. In der

LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### *Antrag*

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht zum Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Einleitend ist ein Artikel einzufügen, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien «in der Regel» gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

#### **Keine Erhöhung der Vollzugskosten**

Die Kosten der kantonalen Vollzugsbehörden steigen aufgrund der zusätzlichen Anforderungen in der LMVV massiv. Mit neu Art. 13 Abs. 3 LMVV wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im LMG eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

#### *Antrag*

Art. 13 Abs. 3 LMVV neu muss ersatzlos gestrichen werden.

#### **Keine Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen**

Die Behörden haben gemäss neu Art. 7 Abs. 2 LMVV der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden. Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan vom 16. Dezember 2016 (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss. Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in neu Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel «Transparenz» zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern, ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren.

#### *Antrag*

Art. 7 Abs. 2 LMVV neu ist ersatzlos zu streichen.

#### **Stichprobenkontrollen im Detailhandel und Analysen gegen Lebensmittelbetrug**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung in neu Art. 48 LMVV würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des



vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B., dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Lebensmittelbetrug der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Lebensmittelbetrug gefördert.

#### *Antrag*

Art. 48 LMVV neu und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen.

Art. 52 LMVV neu ist anzupassen.

Allenfalls sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

#### **Sicherstellung der fachlichen Kompetenz der Vollzugsbehörden**

In der LMVV sind die Ausbildungs- und Schulungsanforderungen an die mit der amtlichen Kontrolle betrauten Personen festgelegt. Darin wird festgeschrieben, dass das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) die Voraussetzung ist für die Wahl oder die Anstellung als Lebensmittelinspektor/in oder als Lebensmittelkontrolleur/in. Dabei werden für die anspruchsvollere Tätigkeit als Lebensmittelinspektor/in keine höheren Anforderungen mehr gefordert bzw. die bisherigen Anforderungen gelten jetzt für die Funktion des Kantonschemikers. Die Ausbildungsanforderungen für den Kantonschemiker fallen damit komplett weg.

#### *Antrag*

Für die in der Verordnung aufgeführten Funktionen (Lebensmittelkontrolleur/in, Lebensmittelinspektor/in und Kantonschemiker) sollen für die Ausübung der amtlichen Tätigkeit angepasste spezifische Ausbildungs- und Schulungsanforderungen auf dem bisherigen Niveau festgelegt werden.

#### **Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist grundsätzlich zu begrüßen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Jedoch erweisen sich die Parallelitäten und Abhängigkeiten der MNKPV mit der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL) hinsichtlich Kontrollplanung und -koordination zunehmend als störend (ineffizient), dies nicht nur unter dem Aspekt der asynchronen Anpassungsrhythmen dieser Rechtsgrundlagen, sondern auch hinsichtlich der fachlichen Abhängigkeiten und Begrifflichkeiten. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts» wird sozusagen eine «Agence de Vigilance» geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich

der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### *Antrag*

Die Begrifflichkeiten zwischen MNKPV und VKKL müssen abgestimmt werden. Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» basiert nicht auf einem genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

#### **Kein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht («... können zufällige Kontrollen ... stattfinden») entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr fünf Prozent und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

#### *Antrag*

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Bei Fragen steht Ihnen Kantonschemiker Daniel Imhof, Tel. 041 819 41 41, [daniel.imhof@laburk.ch](mailto:daniel.imhof@laburk.ch), gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Kaspar Michel  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber



Eidgenössisches Departement des Innern  
3003 Bern

21. August 2019 (RRB Nr. 735/2019)

**Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts  
(«Stretto 3»; Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 haben Sie uns die Entwürfe zu Verordnungsänderungen des Lebensmittelrechts (Projekt «Stretto 3») zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

**1. Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV, SR 817.02)**

**Antrag:** Art. 37 Abs. 5 LGV sei wegzulassen und auf die Umsetzung der Motion Bourgeois 15.4114 «Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung ›ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt‹» in dieser Form zu verzichten.

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. werden nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z. B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, selbst wenn die Tiere mit Futtermitteln, die gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten, gefüttert wurden.

Eine solche Auslobung wäre inhaltlich nicht korrekt und führte zu einer Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» das Futter bzw. dessen Bestandteile tatsächlich ohne Gentechnik hergestellt wurden.

Mit der ausdrücklichen Zulassung einer solchen falschen Auslobung würde der Grundsatz des Täuschungsschutzes gemäss Lebensmittelgesetz (Art. 2 und 18 LMG, SR 817.0) verletzt. Die Umsetzung der von den eidgenössischen Räten angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, «Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung ›ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt‹») in dieser Form auf Verordnungsstufe hätte somit keine gesetzliche Grundlage; sie würde vorab eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen. Art. 37 Abs. 5 LGV ist deshalb wegzulassen.

## **2. Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV, SR 817.042)**

### **2.1 Einheit der amtlichen Laboratorien und der amtlichen Vollzugsbehörden**

**Antrag:** In der LMVV oder zumindest in den Erläuterungen zur vorliegenden Verordnungsänderung sei festzuhalten, dass die amtlichen Laboratorien und die Kontrollbehörden eine organisatorische Einheit bilden können und die internen Abläufe entsprechend ausgestaltet sein dürfen.

Die Anpassungen der LMVV an das europäische Recht und das europäische Vollzugssystem könnten so verstanden werden, dass eine organisatorische Trennung zwischen den amtlichen Laboratorien und den Vollzugsbehörden, die für die Kontrolle der der Lebensmittelgesetzgebung unterstellten Betriebe zuständig sind, erforderlich ist. Neben Art. 59 LMVV könnte zum Beispiel der vorgeschlagene Art. 46 LMVV so verstanden werden. Nach Art. 46 Abs. 1 LMVV haben die amtlichen Laboratorien die zuständigen Vollzugsbehörden zu unterrichten, wenn eine Analyse problematische Ergebnisse liefert. Die Vollzugsbehörden haben dann weitere Massnahmen zu ergreifen.

Die zwingende organisatorische Trennung von amtlichen Laboratorien und Vollzugsbehörden würde zu einer unnötigen zusätzlichen Bürokratisierung infolge Sicherstellung des Informations- und Kenntnisflusses sowie infolge weiterer Schnittstellen führen. Dies gilt es zu vermeiden. Die heutige Einheit der amtlichen analytischen Untersuchungen und des Vollzugs des Lebensmittelrechts bzw. die Unterstellung der beiden Bereiche unter eine organisatorische Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Systems im Vergleich zur EU. Sie bewirkt, dass die Behörden rasch und effizient handeln können. Insofern besteht kein Grund, mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung das umständliche europäische System durch die Hintertür zu übernehmen und eine Trennung zwischen Labor und Vollzug einzuführen.

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll deshalb ausdrücklich festgehalten werden, dass die Kontrollbehörden und Laboratorien eine organisatorische Einheit bilden können und die internen Abläufe entsprechend ausgestaltet sein dürfen.

### **2.2 Steigender Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV**

Die LMVV soll totalrevidiert werden und dabei eine neue Struktur erhalten. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) würden damit massiv steigen. Beispielhaft werden im Folgenden die Anforderungen an die Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt:

**Antrag:** Art. 7 Abs. 2 LMVV sei wegzulassen und Abs. 3 wie folgt anzupassen:

«<sup>3</sup>Die Informationen nach Absatz 2 können mit dem Jahresbericht nach Artikel 21 der Verordnung vom ... über den nationalen Kontrollplan veröffentlicht werden.»



Wir unterstützen den Grundsatz gemäss Art. 7 Abs. 1 LMVV, wonach die Behörden die Öffentlichkeit mindestens einmal jährlich über die Organisation und die Durchführung der Kontrollen informieren. Eine allgemeine Informationspflicht besteht bereits heute und wird in der Praxis auch umgesetzt. Jedoch lehnen wir die Regelung von Art. 7 Abs. 2 LMVV ab, welche die Informationsinhalte sehr detailliert vorschreibt («a. Art, Anzahl und Ergebnis der amtlichen Kontrollen; b. Art und Anzahl der festgestellten Verstösse; c. Art und Anzahl der Fälle, in denen die zuständigen Behörden Massnahmen gemäss [...] ergriffen haben» usw.). Der Aufwand, um diese Informationen bereitzustellen, wäre sehr gross und würde durch das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigt. Zudem wäre die Informationstätigkeit zu starr bzw. erfolgte zu wenig situationsbezogen. Die Möglichkeit, die Informationen nach Abs. 2 im Jahresbericht gemäss der Verordnung über den nationalen Kontrollplan zu veröffentlichen (vgl. Abs. 3), ändert nichts an der Problematik: Auch bei Nutzung dieses Publikationsmittels wären die Inhalte nach Abs. 2 mit grossem Aufwand bereitzustellen.

Es ist deshalb nicht sinnvoll, die Informationspflicht mit verbindlichen Inhaltskatalogen zu konkretisieren. Vielmehr sollen die Behörden situationsbezogen darüber informieren können, was im betreffenden Jahr von allgemeinem Interesse ist. Deshalb sollte Art. 7 Abs. 2 LMVV weggelassen und Abs. 3 wie beantragt angepasst werden.

**Antrag:** Art. 13 Abs. 3 LMVV sei wegzulassen.

Gemäss dem vorgeschlagenen Art. 13 LMVV müssen die Behörden zur Gewährleistung der Pflichten nach der LMVV interne Audits durchführen oder sich einem externen Audit unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV zudem einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung oder eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrates und der eidgenössischen Räte, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung gerade diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

### **2.3 Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

**Antrag:** Art. 37 Abs. 8 LMVV sei mit einem zusätzlichen Bst. d zu ergänzen:

«d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.»

Art. 37 Abs. 8 LMVV legt die Aufgaben des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) nach Abschluss von verstärkten Kontrollen bei der Einfuhr und Durchfuhr von Lebensmitteln im Luftverkehr fest. Bei diesen Aufgaben fehlt die Information der zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis des BLV. Dieser Informationsfluss ist von grosser Bedeutung, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Er kann verhindern, dass bereits an der Grenze kontrollierte Ware, die nicht beanstandet wurde, nochmals durch kantonale Stellen überprüft wird. Zudem können so Betriebe mit Mängeln in der Selbstkontrolle bereits beim Importprozess identifiziert werden.

## **2.4 Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren (Art. 48 und 52 LMVV)**

**Antrag:** Art. 48 und Anhang 4 LMVV sowie die analogen Bestimmungen in der VHK seien wegzulassen und Art. 52 LMVV sei im Sinne der nachfolgenden Begründung anpassen. Eventualiter seien Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben unterhalb der repräsentativen Probenahme nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

Im vorgeschlagenen Art. 48 LMVV und Anhang 4 werden einerseits bestimmte Methoden für die Überprüfung von Waren auf unerwünschte Stoffe (Kontaminanten) festgelegt. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV nur dann möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK, SR 817.022.15).

Diese Regelung ist abzulehnen: Zwecks Erhaltung der Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Lebensmittelbetrügen müssen die Laboratorien die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und auf der Grundlage der so erhaltenen Erkenntnisse entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden kriminelle Machenschaften durch die Festlegung einer bestimmten Analysenmethode stark erleichtert. Was mit den vorgeschriebenen Methoden nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Lebensmittelbetrug gefördert.

Andererseits werden die Vollzugsbehörden mit den Verweisungen in Anhang 4 auf europäische Verordnungen (z. B. EU VO 401/2006) zur Vornahme von repräsentativen Probenahmen verpflichtet. Bei solchen Probenahmen stimmt die erhobene Menge in ihren Eigenschaften mit denen des gesamten Warenloses überein. Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln jedoch wichtig, dass die Vollzugsbehörde mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge prüfen kann. Dies nicht zuletzt deshalb, weil häufig keine Mengen vorhanden sind, die eine repräsentative Probenahme erlauben oder die Probenahme solcher grosser Mengen zu unverhältnismässigen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und damit zu einer Kostensteigerung im Handel führen würden. Selbst wenn eine Stichprobe die rechtlichen Anforderungen an repräsentative Probenahmen nicht erfüllt, kann es sinnvoll sein, gestützt darauf im Sinne des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen zu ergreifen. Beispielsweise könnte die Inverkehrbringerin oder der Inverkehrbringer verpflichtet werden, zu belegen, dass das ganze Warenlos trotz der unsicheren Stichprobe sicher ist. Mit der vorgeschlagenen Regelung würde dies verunmöglicht.

## **3. Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV, SR 817.032)**

### **3.1 Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)**

**Antrag:** Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV sei in dem Sinn zu ändern, dass der Geltungsbereich der MNKPV für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kontrolle des Täuschungsschutzes eingeschränkt wird. Zudem sei der Begriff «gemäss Landwirtschaftsrecht» zumindest in den Erläuterungen zu konkretisieren.

Die Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht (z. B. «bio» oder geschützte Ursprungsbezeichnungen von Käse) werden heute von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle nur hinsichtlich des Täuschungsschutzes gemäss Lebensmittelgesetz (Art. 18 LMG) überprüft. Neu soll gemäss den Erläuterungen zur Verordnungsrevision durch die Ergänzung von Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der ganzen Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Dies würde jedoch eine Ausdehnung der bisherigen Kontrolltätigkeit über den Täuschungsschutz hinaus bedeuten. Beispielsweise müsste neu überprüft werden, ob die spezifischen Vorgaben des Landwirtschaftsrechts zur Bezeichnung mit «bio» eingehalten werden, was massive Mehrkosten ohne nennenswerten Mehrwert verursachen würde und kaum beabsichtigt war. Damit würde überdies die Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid umgesetzt, und zwar nicht auf privater Ebene, sondern sogar im Sinne einer staatlichen Kontrollaufgabe. Schliesslich ist die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» zu unbestimmt und müsste zumindest in den Erläuterungen präzisiert werden.

### **3.2 Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)**

**Antrag:** Art. 7 Abs. 2 MNKPV sei so zu überarbeiten, dass keine Pflicht zur Vornahme zusätzlicher Kontrollen besteht, solche jedoch durchgeführt werden können.

Eventualiter: Falls die Anzahl der zusätzlichen Kontrollen reglementiert wird, sei festzuhalten, auf welchen Zeitraum (z. B. innerhalb eines Jahres) sich diese bezieht.

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV müssen zusätzlich zu den Grundkontrollen bei rund 2% der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Dies steht vorab im Widerspruch zu den Erläuterungen, die ausführen, dass zufällige Kontrollen stattfinden «können». Solche bereits heute etablierten, unverzichtbaren Zwischenkontrollen sollen sicherstellen, dass sich die Betriebe nicht zu stark am rechtlich vorgeschriebenen Kontrollrhythmus orientieren. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV jedoch eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtendem Umfang eingeführt. Unklar bleibt dabei, innerhalb welchen Zeitraumes 2% der Betriebe zusätzlich zu kontrollieren sind. Falls dies jährlich erfolgen soll, entspräche dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Gesamtkontrollen um ungefähr 5% und führte zu einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die bisherige Praxis, wonach zusätzliche Kontrollen ohne starre Vorgabe durchgeführt werden können, hat sich bewährt. Entsprechend ist die Formulierung von Art. 7 Abs. 2 MNKPV in dem Sinne anzupassen, dass keine zwingende Steigerung der Anzahl Kontrollen resultiert und die Vollzugsorgane flexibel bleiben.

## **4. Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (SR 817.190)**

Sollen Hof- und Weideschlachtungen über den Eigengebrauch hinaus erlaubt werden, sind Anpassungen und Ergänzungen der vorgeschlagenen Bestimmungen zwingend, um zu gewährleisten, dass insbesondere der Tierschutz und die Hygiene vergleichbar sind mit denjenigen in Kleinschlachtbetrieben und dass den Erwartungen der Bevölkerung entsprochen wird.



## 5. Abkürzungen

**Antrag:** Es sei für sämtliche neuen Verordnungen eine offizielle Abkürzung einzuführen.

Es gibt nicht für alle Verordnungen eine offizielle Abkürzung, was das Zitieren der jeweiligen Erlasse insbesondere in längeren Texten erschwert.

## 6. Verweis auf das Vernehmlassungsformular

Bezüglich der Details verweisen wir auf das beiliegende Vernehmlassungsformular.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli







Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Zürich  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ZH  
Adresse, Ort :  
Kontaktperson : Dr. Nadine Gerber  
Telefon : 043 244 72 39  
E-Mail : nadine.gerber@kl.zh.ch  
Datum : 12. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) .....	3
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung (LMVV) .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan (NKP, neu MNKP) .....	11
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK) .....	16
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft (VPRH) .....	20
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf (VLBE) .....	21
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) .....	23
9	EDI: Getränkeverordnung .....	25
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel (VNem) .....	27
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK) .....	29
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung (LIV) .....	31
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz (VLpH) .....	33
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	34
15	EDI: Zusatzstoffverordnung (ZuV) .....	36
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen (VZVM) .....	38
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	41
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel (VGVL) .....	42
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln (HyV) .....	43
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten (VHyS) .....	45
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	46
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV) .....	47
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten (EDAV-DS) .....	49
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	50

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2	Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, dies ist aber gemäss Erläuterungen zur VHK bei Acrylamid nicht vorgesehen. (siehe Bemerkungen zu Art. 5a/b und Anhang 11 VHK).	Es sei ein neuer Begriff einzuführen (z.B. Signalwert, Zielwert) oder «Richtwert» anders zu definieren.
Art. 14 Abs. 2	In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht nachvollziehbar, warum «Erdnussbutter» auf Deutsch zulässig, aber der genauso gängige Begriff «burro d'arachidi» auf Italienisch nicht zulässig sein soll. Ein einheitlicher Vollzug ist nicht gewährleistet und Rechtsungleichheit durch Diskriminierung bestimmter Sprachvarianten voraussehbar.  Diese Änderung bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Verordnung des EDI über Getränke. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen z.B. die Möglichkeit zur Verwendung des Begriffs «Lait d'amande» / «Latte di mandorla» aufnehmen.	Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung). Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).  Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: siehe dort
Art. 31 Abs. 1	Art. 2 VGVL, in dem der Begriff «GVO-Erzeugnis» bisher definiert wurde, soll gestrichen werden. Die Begründung ist, dass der Begriff bereits im bisherigen Art. 31 Abs. 1 LGV definiert sei. Die beiden Definitionen sind jedoch nicht deckungsgleich. Durch die geplante Streichung von Art. 2 VGVL würde insbesondere die Umschreibung wegfallen, dass auch solche Organismen GVO-Erzeugnisse sind, die aus einer Kreuzung von GVO mit anderen Organismen hervorgehen (Art. 2 Bst. d VGVL). Damit würde die Streichung von Art. 2 VGVL auch die Regulierung der Pflanzenzüchtung tangieren, wo es eine Reihe neuer Verfahren gibt, in denen Pflanzen entstehen, die aus einer Kreuzung zwischen gentechnisch veränderten und nicht gentechnisch veränderten Pflanzen hervorgehen.	Es sei sicherzustellen, dass keine Lücken bei der Regulierung neuer Züchtungsverfahren entstehen. Entsprechend sei entweder der bisherige Art. 2 VGVL zu belassen oder im bisherigen Art. 31 Abs.1 LGV sei die Regelung des bisherigen Art. 2 Bst. d zu ergänzen.
Art. 31 Abs. 5	Auch gereinigte, durch genetisch veränderte Organismen (GVO) gewonnene Lebensmittel sollen nicht als neuartige Lebensmittel deklariert werden dürfen. Sie sind mit GVO hergestellt worden. Wissenschaftliche Langzeitstudien zu den Reinigungsverfahren sind mutmasslich noch keine vorhanden.	Art. 31 Abs. 5 Bst. c sei wegzulassen.

Art. 37	<p>Tierische Lebensmittel, die mit/durch GVO hergestellt wurden (Futtermittelzusatzstoffe), dürfen trotzdem als GVO-frei bezeichnet werden. Dies ist eine falsche Angabe, die zu einer Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten führt. Zudem wird der Vollzug schwierig, zumal es bisher keine Liste von Futtermittelzusätzen im Sinne des vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b Ziff. 2 gibt.</p> <p>Auch das Handelshemmnis wird dadurch nicht beseitigt. Bei pflanzlichen Produkten muss nach wie vor eine GVO-Variante bewilligt worden sein, damit diese als «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden dürfen (Art. 37 Abs. 4 Bst. c LGV). In der EU gibt es diese Vorschrift nicht, daher werden viele Produkte wie z.B. Chiasamen als «ohne GVO» ausgelobt. Solche Produkte sind in der Schweiz nach wie vor zu beanstanden. Wenn ein Handelshemmnis abgebaut werden soll, müsste deshalb der vorgeschlagene Art. 37 Abs. 4 Bst. c gestrichen werden.</p>	<p>Art. 37 Abs. 5 LGV sei wegzulassen und auf die Umsetzung der Motion 15.4114 in dieser Form zu verzichten.</p> <p>Eventualiter sei Art. 37 Abs. 4 Bstlit. c LGV wegzulassen.</p>
Art. 40	<p>Die Änderung der Sachüberschrift bedingt auch eine Anpassung von Art. 2 Abs. 1 Ziff. 19: Definition «Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate» muss ersetzt werden durch eine Definition von «Zwischenhandel», die auch fertige Produkte umfasst.</p>	<p>Art. 2 Abs. 1 Ziff. 19 sei anzupassen: «<i>Zwischenhandel</i>: Handel mit Erzeugnissen wie Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten sowie Lebensmittel, die nicht zur unmittelbaren Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind.»</p>
Art. 48 und 49	<p>Ortsfeste Wasserversorgungsanlagen wie Trinkwasserleitungen gelten wieder als Bedarfsgegenstände, und im Gegenzug sind Antiquitäten neu explizit ausgenommen.</p> <p>Grundsätzlich wird diese Präzisierung begrüsst. Dies hat allerdings zur Folge, dass für Trinkwasserkontakmaterialien nicht nur die Bestimmungen der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV, SR 817.022.11) gelten, sondern auch die Bestimmungen der Bedarfsgegenständeverordnung (SR 817.023.21), was zu Ungereimtheiten führen kann. Insbesondere könnten Nachweise der Eignung von Trinkwasserkontakmaterialien zur Verwendung in Wasserversorgungsanlagen mit den gleichen</p>	<p>Gleichzeitig mit der Streichung des heutigen Art. 48 Abs. 2 LGV sei in Art. 1 der Bedarfsgegenständeverordnung folgende Abgrenzung vorzunehmen: «Die Anforderungen an Materialien und Gegenstände im Kontakt mit Trinkwasser (Trinkwasserkontakmaterialien) sind separat geregelt; es gelten die Bestimmungen gemäss der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV).»</p>

	<p>Prüfbedingungen wie für übrige Lebensmittelkontaktmaterialien erbracht werden, was in der EU nicht der Fall ist.</p>	<p>Eventualiter sei auch eine Abgrenzung in Art. 48 LGV vorzunehmen:  <i>«Trinkwasserkontaktmaterialien: Materialien und Gegenstände im Kontakt mit Trinkwasser (Trinkwasserkontaktmaterialien) sind Gebrauchsgegenstände, die dazu bestimmt sind oder bei denen erwartet werden kann, dass sie bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung in Wasserversorgungsanlagen mit Trinkwasser in Berührung kommen.»</i></p> <p>Folglich sei Art. 49 Abs. 4 LGV mit einem zusätzlichen Buchstaben zu ergänzen:  <i>«d. die Verwendung von Trinkwasserkontaktmaterialien»</i></p>
Art. 48 Abs. 2	<p>Neben den Antiquitäten, die neu explizit ausgenommen werden sollen, finden sich weitere Ausnahmen in der Bedarfsgegenständeverordnung (Art. 1 Abs. 2 der Bedarfsgegenständeverordnung). Alle Ausnahmen sollten in der gleichen Verordnung geregelt sein.</p>	<p>Die Ausnahmen gemäss Art. 1 Abs. 2 der Bedarfsgegenständeverordnung seien in Art. 48 Abs. 2 oder in einen zusätzlichen Absatz von Art. 48 LGV zu übertragen.</p>
Art. 72, Erläuterungen	<p>Die Definition von öffentlichen Duschen sollte in der West- wie in der Deutschschweiz die gleiche sein. Die deutsche Version der Erläuterung des Art. 72 LGV sollte der französischen Version angepasst werden.</p>	<p>Der deutsche Text der Erläuterungen zu Art. 72 sei zu ändern:</p> <p><i>«Das neue Lebensmittelgesetz erfasst allerdings nur Wasser für den menschlichen Gebrauch in Anlagen, die der Allgemeinheit oder einem berechtigten Personenkreis dienen und nicht ausschliesslich einem privaten Personenkreis zugänglich sind (Art. 5 Bst. i nLMG).</i></p> <p>Beispiele hierfür sind das Dusch- und Badewasser in öffentlichen Schwimm- und Hallenbädern, Spa-Landschaften, Spitälern, Pflegeheimen oder Hotels. Nicht darunter fallen Duschen in Privathaushalten.»</p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung (LMVV)

#### Allgemeine Bemerkungen

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 16 Erläuterungen	<p>Der Art. 16 LMVV wurde erweitert mit Erkrankungen durch Badewasser- und Duschwasser. Das Lebensmittelrecht ist bezüglich Legionelleninfektionsquellen auf Gebrauchsgegenstände wie das Dusch- und Badewasser beschränkt. In Art. 16 wird deshalb nur von Ausbruchsabklärungen in Zusammenhang mit Dusch- und Badewasser gesprochen.</p> <p>Im Vollzugsalltag werden Kantonschemikerinnen und -chemiker sowie Kantonsärztinnen und -ärzte in der Regel nicht mit Ausbrüchen von Erregern aus Dusch- und Badewasser konfrontiert, sondern mit gehäuften Legionellosefällen, deren Ursache unklar ist. Gemäss Erfahrungen im In- und Ausland können Legionellosefälle durch Dusch- oder Badewasser aber auch durch Kühltürme oder Klimaanlage verursacht werden. Die Abklärung im Zusammenhang mit Legionellosefällen sollte deshalb möglichst offen umschrieben sein und sich nicht nur auf das Bade- und Duschwasser beschränken. Art. 15 des Epidemiengesetzes (EpG, SR 818.101) kann als rechtliche Grundlage für erweiterte Abklärungen bei Legionelloseerkrankungen dienen. In den Erläuterungen sollte auf diese Möglichkeit hingewiesen werden.</p>	<p>Die Erläuterungen zu Art. 16 seien wie folgt anzupassen:</p> <p>«Gemäss Erfahrungen aus dem In- und Ausland können Legionelleninfektionen durch verschiedene Quellen wie Kühltürme, Klimaanlage, Duschen, Whirlpools usw. verursacht werden. Dies sollte bei der Ursachenabklärung von gehäuften Legionellosefällen berücksichtigt werden. Die Kantonsärztinnen und -ärzte können sich auf Art. 15 des EpG berufen, um auch Kontrollmessungen in Kühltürmen, Klimaanlage oder anderen als Quellen in Frage kommenden Einrichtungen zu veranlassen.»</p>
Art. 2	<p>Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem in der LMVV könnten so ausgelegt werden, dass eine organisatorisch klare Trennung zwischen den amtlichen Laboratorien und den Vollzugsbehörden, die für die Kontrolle der Lebensmittelgesetzgebung unterstellten Betriebe zuständig sind, erforderlich ist. Neben Art. 59 LMVV könnte zum Beispiel der vorgeschlagene Art. 46 LMVV Ausdruck davon sein.</p>	<p>In der LMVV oder zumindest in deren Erwägungen sei festzuhalten, dass die amtlichen Laboratorien und die Kontrollbehörden eine organisatorische Einheit bilden können und die internen Abläufe entsprechend ausgestaltet sein dürfen.</p>

	<p>Ist aktuell in der Schweiz die für die Analytik des amtlichen Laboratoriums zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich, müssten gemäss Entwurf bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die amtlichen Laboratorien die zuständigen Kontrollbehörden unmittelbar informieren, die sodann allfällige Beanstandungen aussprechen. Zudem wären diese beiden Arbeitsbereiche auch in organisatorischer Hinsicht zu trennen. Dies würde zu einer unnötigen zusätzlichen Bürokratisierung infolge Sicherstellung des Informations- und Kenntnisflusses sowie infolge weiterer Schnittstellen führen.</p> <p>Die heutige Einheit der amtlichen analytischen Untersuchungen und des Vollzugs des Lebensmittelrechts unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Systems im Vergleich zur EU. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden. Insofern besteht kein Grund, mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung das umständliche europäische System via Hintertür zu übernehmen und eine Trennung zwischen Vollzug und Labor einzuführen.</p> <p>Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll deshalb ausdrücklich festgehalten werden, dass die Kontrollbehörden und Laboratorien eine organisatorische Einheit bilden können und die internen Abläufe entsprechend ausgestaltet sein dürfen.</p>	
Art. 7 Abs. 2 und 3	<p>Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen (Art. 7 Abs. 1 LMVV). Gemäss Art. 7 Abs. 2 LMVV sollen insbesondere regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen sowie Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, der ergriffenen Massnahmen und Sanktionen veröffentlicht werden.</p> <p>Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan (MNKPV,</p>	<p>Art. 7 Abs. 2 sei wegzulassen und Abs. 3 sei wie folgt anzupassen:</p> <p>«<sup>3</sup> Die Informationen <del>nach Absatz 2</del> können mit dem Jahresbericht nach Artikel 21 der Verordnung vom ...<sup>17</sup> über den nationalen Kontrollplan veröffentlicht werden.»</p>

	<p>SR 817.032) verwiesen (Art. 7 Abs. 3 LMVV), der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss und auch nicht erfüllt. Zudem müssten auch bei der Nutzung dieses Publikationsmittels die Inhalte nach Abs. 2 mit grossem Aufwand bereitgestellt werden.</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie in der Praxis bereits nachkommen. Die Informationspflicht kann jedoch nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form müssten sinnlose Informationen aufbereitet werden, welche die Verwaltungskosten steigern, ohne Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen und Abs. 3 entsprechend angepasst werden.</p>	
Art. 13 Abs. 3	<p>Gemäss dem vorgeschlagenen Art. 13 LMVV müssen die Behörden zur Gewährleistung der Pflichten nach der LMVV interne Audits durchführen oder sich einem externen Audit unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV zudem einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.</p> <p>Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung oder eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrates und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung gerade diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.</p>	Art. 13 Abs. 3 sei wegzulassen.
Art. 37 Abs. 8	<p>Art. 37 Abs. 8 LMVV legt die Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen bei der Einfuhr und Durchfuhr von Lebensmitteln im Luftverkehr fest. Bei diesen Aufgaben fehlt die Information der zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis des BLV. Dieser Informationsfluss ist von grosser Bedeutung, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Er kann verhindern, dass bereits an der Grenze kontrollierte Ware, die nicht beanstandet wurde, nochmals durch kantonale Stellen überprüft wird. Zudem können so Betriebe mit Mängeln in der Selbstkontrolle bereits beim Importprozess identifiziert werden.</p>	Art. 37 Abs. 8 sei durch einen Bst. d zu ergänzen: «d. Es informiert die kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.»



Art. 39 und 44	<p>Art. 39 gibt dem BLV die Möglichkeit der Weiterbeförderung von Sendungen vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Warenuntersuchung. Dies muss aber auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. Ansonsten entstehen den kantonalen Vollzugsbehörden zusätzliche Aufwendungen, die vermeidbar wären. Entsprechend ist die Bestimmung anzupassen.</p> <p>Da durch die Weiterbeförderung den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 ist entsprechend mit einem Abs. 3 zu ergänzen.</p>	<p>Art. 39 Abs. 1 sei wie folgt zu ergänzen: «Das BLV kann <i>in Ausnahmefällen</i> die Weiterbeförderung der Sendung ...»</p> <p>Es sei ein Art. 44 Abs. 3 zu ergänzen: «<sup>3</sup> Für Sendungen die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch entstehenden Kontrollaufwandes.»</p>
Art. 46	<p>Dieser Artikel ist Ausdruck von der allenfalls geplanten Trennung zwischen Labor und Vollzug. Danach sind bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden von den amtlichen Laboratorien unmittelbar zu informieren. In der Schweiz ist aktuell die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. In Zukunft müsste der Informationsfluss gemäss Art. 46 erfolgen, was mit weiteren umständlichen administrativen Anforderungen zur Sicherstellung reibungsloser Abläufe und der Vermeidung von Schnittstellen verbunden wäre.</p>	
Art. 48 und 52, Anhang 4	<p>Im vorgeschlagenen Art. 48 LMVV und Anhang 4 werden einerseits bestimmte Methoden für die Überprüfung von Waren auf unerwünschte Stoffe (Kontaminanten) festgelegt. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV nur dann möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK, SR 817.022.15).</p> <p>Diese Regelung ist abzulehnen: Zwecks Erhaltung der Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Lebensmittelbetrügen müssen die Laboratorien die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und auf der Grundlage der so erhaltenen Erkenntnisse entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 LMVV sowie die analogen Bestimmungen in der VHK seien wegzulassen und Art. 52 LMVV im Sinne der nachfolgenden Begründung anpassen.</p> <p>Eventualiter seien Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben unterhalb der repräsentativen Probenahme nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	<p>kriminelle Machenschaften durch die Festlegung einer bestimmten Analysenmethode stark erleichtert. Was mit den vorgeschriebenen Methoden nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Lebensmittelbetrug gefördert.</p> <p>Andererseits werden die Vollzugsbehörden mit den Verweisen in Anhang 4 auf europäische Verordnungen (z.B. EU VO 401/2006) zur Vornahme von repräsentativen Probenahmen verpflichtet. Bei solchen Probenahmen stimmt die erhobene Menge in ihren Eigenschaften mit denen des gesamten Warenloses überein. Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln jedoch wichtig, dass die Vollzugsbehörde mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge prüfen kann. Dies nicht zuletzt deshalb, weil häufig keine Mengen vorhanden sind, die eine repräsentative Probenahme erlauben, oder die Probenahme solch grosser Mengen zu unverhältnismässigen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und damit zu einer Kostensteigerung im Handel führen würden. Selbst wenn eine Stichprobe die rechtlichen Anforderungen an repräsentative Probenahmen nicht erfüllt, kann es sinnvoll sein, basierend darauf im Sinne des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen zu ergreifen. Beispielsweise könnte die Inverkehrbringerin oder der Inverkehrbringer verpflichtet werden, zu belegen, dass das ganze Warenlos trotz der unsicheren Stichprobe sicher ist. Mit der vorgeschlagenen Regelung würde dies verunmöglicht.</p>	
Anhang 1 und 2	<p>Die Anhänge 1 und 2 (verstärkte Kontrollen) brauchen regelmässige Aktualisierungen. Eine Lösung wäre die Publikation auf der BLV-Homepage (analog zu Anhang 2 VPRH).</p> <p>Zudem sollte – wo relevant – beim «Risiko» die Vorgabe der zu untersuchenden Analyten präzisiert werden (z.B. inkl. Dithiocarbamatfungiziden).</p>	<p>In Art. 37 sei die halbjährliche Aktualisierung der Anhänge 1 und 2 festzulegen.</p> <p>In Anhang 1 seien analog zu 669/2009 die Analyten zu präzisieren.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan (NKP, neu MNKP)

### Allgemeine Bemerkungen

Die in der geltenden Fassung der NKPV bestehenden Lücken wurden durch die neue Gliederung grundsätzlich geschlossen, was sehr begrüsst wird. Die nachstehenden Anträge sind jedoch zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Das Inkrafttreten der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen muss auf später festgesetzt werden, weil die Umsetzung nicht bereit ist und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2	<p>Die Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht (z.B. «bio» oder geschützte Ursprungsbezeichnungen von Käse) werden heute von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle nur hinsichtlich des Täuschungsschutzes gemäss Lebensmittelgesetz (Art. 18 LMG) überprüft. Neu soll gemäss den Erläuterungen zur Verordnungsrevision durch die Ergänzung von Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der ganzen Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Dies würde jedoch eine Ausdehnung der bisherigen Kontrolltätigkeit über den Täuschungsschutz hinaus bedeuten. Beispielsweise müsste neu überprüft werden, ob die spezifischen Vorgaben des Landwirtschaftsrecht zur Bezeichnung mit «bio» eingehalten werden, was massive Mehrkosten ohne nennenswerten Mehrwert generieren würde und kaum beabsichtigt war. Damit würde überdies die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid umgesetzt, und zwar nicht auf privater Ebene, sondern sogar im Sinne einer staatlichen Kontrollaufgabe.</p> <p>Schliesslich ist die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» zu unbestimmt und müsste zumindest in den Erwägungen präzisiert werden.</p>	<p>Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV sei in dem Sinn zu ändern, dass der Geltungsbereich der MNKPV für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kontrolle des Täuschungsschutzes eingeschränkt wird. Zudem sei der Begriff «gemäss Landwirtschaftsrecht» zumindest in den Erwägungen zu konkretisieren.</p>

Art. 7 Abs. 2	<p>Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV müssen zusätzlich zu den Grundkontrollen bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Dies steht vorab im Widerspruch zu den Erläuterungen, die ausführen, dass zufällige Kontrollen stattfinden «können».</p> <p>Solche bereits heute etablierten, unverzichtbaren Zwischenkontrollen sollen sicherstellen, dass sich die Betriebe nicht zu stark am rechtlich vorgeschriebenen Kontrollrhythmus orientieren. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV jedoch eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtendem Umfang eingeführt. Unklar bleibt dabei, innerhalb welchen Zeitraumes zwei Prozent der Betriebe zusätzlich zu kontrollieren sind. Falls dies jährlich erfolgen soll, entspräche dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Gesamtkontrollen um ungefähr fünf Prozent und führte zu einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die bisherige Praxis, wonach zusätzliche Kontrollen ohne starre Vorgabe durchgeführt werden können, hat sich bewährt. Entsprechend ist die Formulierung des Art. 7 Abs. 2 MNKPV in dem Sinn anzupassen, dass keine zwingende Steigerung der Anzahl Kontrollen resultiert und die Vollzugsorgane flexibel bleiben.</p>	<p>Art. 7 Abs. 2 MNKPV sei so zu überarbeiten, dass keine bestimmte Pflicht zur Vornahme zusätzlicher Kontrollen besteht, solche jedoch durchgeführt werden können. Falls die Anzahl der zusätzlichen Kontrollen reglementiert wird, sei festzuhalten, auf welchen Zeitraum (z.B. innerhalb eines Jahres) sich diese bezieht.</p>
Art. 8 Bst. d	<p>Es ist verwirrend, dass der Begriff «Zwischenkontrollen» nur für die Primärproduktion verwendet werden soll und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden sollen (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).</p>	<p>Die Begrifflichkeiten seien im Sinne der Begründung zu klären.</p>
Art. 11 Abs. 1	<p>Bei den Verwaltungskontrollen gemäss Art. 12 stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben und es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist deshalb eine Formulierung zu wählen mit «davon abgewichen werden kann» oder es sind die Ausnahmen und separat die Fälle, wo abgewichen wird, darzustellen.</p>	<p>Art. 11 Abs. 1 sei wie folgt zu ändern:  «<sup>1</sup> [Satz 1 unverändert.]  <i>Davon abgewichen werden kann:</i>  [Bst. a bis d unverändert.]</p>

Art. 11 Abs. 2	<p>Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach der Tierschutzverordnung (TSchV), der Tierarzneimittelverordnung (TAMV) usw. untereinander und mit denjenigen nach VKKL zu koordinieren seien, d.h. Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinäramtes dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen weitgehend so gehandhabt werden, eine Muss-Formulierung ist jedoch ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination von Kontrollen der Behörden nach der VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass <u>jede Kontrolle</u> untereinander abgesprochen wird. Es sind zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und dem vorliegenden Entwurf enthalten, sodass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt.</p> <p>Zusammengefasst: Nur die Grundkontrollen sind – wie auch in der VKKL festgelegt – umfassend zu koordinieren.</p>	<p>Art. 11 Abs. 2 sei zu ändern:  «<sup>2</sup> Die <i>Grundkontrollen</i>, die auf ..., müssen mit den <i>Grundkontrollen</i> nach ...»</p>
Art. 12	<p>Wie Verwaltungskontrollen überhaupt wirksam erfolgen und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen, bevor solche eingeführt werden können.</p> <p>Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann sie Verwaltungskontrollen einführt, was dem Nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird. Fachlich sind die Voraussetzungen zum Einführen der Kontrollen in Erarbeitung; dazu laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand für die Behörden, Kontrolldatenerfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben.</p>	<p>Art. 12 sei später als am 1. Mai 2020 in Kraft zu setzen.</p>

Art. 13 Abs. 1 und 2	Redaktionelle Anpassungen	Art. 13 Abs. 1 und 2 seien wie folgt zu ändern: « <sup>1</sup> ... nach Artikel 3 Buchstabe f durchgeführt.» « <sup>2</sup> Die Häufigkeit dieser Kontrollen wird von ...»
Art. 14	Die Berechnung der unangemeldeten Kontrollen ist korrekt formuliert und so auch mit kleinem Aufwand umsetzbar.	Zustimmung.
Art. 15	Wir begrüßen die Verankerung von Asan als Geschäftsverwaltungssystem in der MNKP ausdrücklich. Dies ermöglicht eine weitere Harmonisierung der Vollzugsdaten und fördert das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Vollzug.	Zustimmung.
Art. 16	Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL formuliert werden, weshalb der Begriff «offensichtlich» wegzulassen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.	Der Begriff «offensichtlich» sei wegzulassen.
Art. 17 Abs. 1	Die Sachbezeichnung des Artikels lautet «Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion». Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der Primärproduktion durchgeführt werden. Angesichts von StAR drängt sich z.B. ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	Art. 17 Abs. 1 sei zu ändern: « <sup>1</sup> In Absprache mit den kantonalen <i>Behörden</i> kann das BLV ...»
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, einzubeziehen.	Art. 19 Abs. 1 sei zu ergänzen: « <sup>1</sup> Das BLW und das BLV erfassen <i>nach Anhörung der Kantone</i> Daten, ...»
Art. 20 Bst. d	Es bestehen Unklarheiten, insbesondere: Die Massnahmen welcher Stufe sind damit gemeint?	Art. 20 Bst. d sei im Sinne der Begründung zu präzisieren.

	Da die Wirksamkeit des Systems beurteilt werden soll, sollten dies die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein, d.h. BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Die Nachverfolgung sollte hier verbessert werden. Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmungen usw.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden.	Das Datum des Inkrafttretens sei mit demjenigen der VKKL abzustimmen.
Anhang 1 Liste 2 Ziff. 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen), begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen. Die Formulierung kann jedoch missverstanden werden, weshalb «nicht» durch «ausser» zu ersetzen ist.	Anhang 1 Liste 2 Ziff. 2.10 sei zu ändern: «2.10 Schlachthof, <del>kein</del> ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016 (VSFK)»
Anhang 1 Liste 2, Ziff. 2.10	Wir beurteilen ein höheres Intervall als vorgeschlagen als richtig. Dieses soll jedoch nicht gänzlich gestrichen, sondern auf zwei Jahre erhöht werden. Ein Wert muss sein, auch wegen internationalen Verpflichtungen.	Das Intervall sei auf zwei Jahre zu erhöhen.

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK)

### Allgemeine Bemerkungen

Die unterbreitete Vorlage stellt nicht sicher, wie in den Erläuterungen zwar statuiert, dass Tierschutz und Hygiene umfassend eingehalten sein müssen. Es fehlen Eckwerte, die Auflagekompetenzen sind abschliessend und zu eng formuliert, die Dokumentation fehlt und die Überwachung ist ungenügend vorgegeben.

Es braucht – soll die Weide- und Hofschlachtung ermöglicht werden – verschiedene Anpassungen und Ergänzungen. Die Erläuterungen fallen zu knapp aus und sind zu ergänzen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	<p>Als Definition ist der Bezug zum Herkunftsbestand nicht geeignet und ungenügend, da Bestand «Herde» bzw. «eine epidemiologische Einheit von Tieren» bedeutet. In Art. 9a soll dann der Tierhalter eine Bewilligung dafür erhalten können. Mit Bezug auf die Art. 2, 6, 11 und 11a Verordnung über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (SR 910.91) soll der Betrieb Bezugspunkt für eine allfällige Bewilligung sein, was schon in den Definitionen gemäss Art. 3 Bst. q und r festgehalten sein muss.</p> <p>In den Erläuterungen ist dies auszuführen, sodass nicht erst durch Auflagen in Art. 9a erahnt werden kann, was der Unterschied ist.</p> <p>Es ist mit Bezug auf die Verordnung des BLV über den Tierschutz beim Schlachten (VTSchS) vom 12. August 2010 auszuführen (z.B. Bezug auf Anhang 6 Ziff. 1.5 für Weideschlachtung).</p>	<p>Art. 3 Bst. q und r seien zu ändern:</p> <p>«q. Hofschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbetrieb stattfindet.</p> <p>r. Weideschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbetrieb stattfindet.»</p>
Art. 6 Abs. 3	Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie (zumindest bei Schwein und Rind) muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da die je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle unterschiedlich ausfallen kann.	<p>Art. 6 Abs. 3 sei zu ergänzen:</p> <p>«<sup>3</sup> ... für jede bewilligte Tierart <u>und bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie.</u>»</p>



Art. 9a Abs. 1	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Jungtierverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zucht-Schalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	<p>Art. 9a Abs. 1 sei zu ergänzen:</p> <p>«<sup>1</sup> ..., die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zucht-Schalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.»</p>
Art. 9a Abs. 2	<p>In den Erläuterungen wird zwar festgehalten, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man, welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter Bst. a bis c als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzaufgaben und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 der Verordnung über den Tierschutz beim Schlachten, die sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p>	<p>Art. 9a Abs. 2 sei zu ändern:</p> <p>«<sup>2</sup> <u>Tierhalterinnen oder Tierhalter</u>, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p> <p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <u>und entblutet</u> werden.</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen <u>und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> entblutet</u> werden.</li> <li>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritt überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></li> <li>4. <u>muss zuhanden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im</u></li> </ol>

	<p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweisen. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schießen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet, diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht, wer betäubt und wer entblutet und wer den Betäubungs- und Entblutungserfolg überprüft. Die Selbstkontrolle ist nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p> <p>In Bst. b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung zu präzisieren sei, dass der zum fertig schlachten bestimmte Schlachtbetrieb ausreichend nahe gelegen ist und adäquat betrieben wird (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender, sonstiger Schlachtung). Nur so ist das zeitnahe Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich und kann die Lebensmittelhygiene gewährleistet werden. Zu ergänzen ist zudem, dass der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten kann die Fleischkontrolleurin bzw. der Fleischkontrolleur keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen (z.B. Notwendigkeit einer Mikrobiologischen Fleischuntersuchung [MFU]).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p>	<p><u>Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></p> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahe Ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlacht tierkörpern in den Schlachtbetrieb gebracht wird.»</p>
--	---	---

	Sollen die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK aufgenommen werden, muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung über den Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene von (für Externe unverbindliche) technischen Weisungen ist nicht ausreichend.	
Art. 9a Abs. 3	Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.	Art. 9a Abs. 3 sei zu ergänzen: « <sup>3</sup> Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und Entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u> »
Art. 60 Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die Schlacht tieruntersuchung (STU) und Fleischuntersuchung (FU) bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	Art. 60 Abs. 4 Bst. a sei zu ändern: «a. Tier der Rindergattung        7.50    12.–.»

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft (VPRH)

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Änderungen, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bezüglich Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und vor allem schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zur EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein).</p> <p>In der EU wird der Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 mit den Verarbeitungsfaktoren «negativ priorisiert», d.h., es sind nur wenige Verarbeitungsfaktoren vorhanden und Ergänzungen des Anhangs finden kaum statt. Eine rechtsichere Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln ist oft kaum möglich, da Verarbeitungsfaktoren für viele Matrices fehlen oder nur als indikative Werte in Datenbanken zu finden sind (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung).</p> <p>Deshalb beantragen wir für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln, dass entweder entsprechende Rückstandshöchstgehalte (RHG) oder Verarbeitungsfaktoren festgelegt werden (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination).</p>	Es seien in Anhang 1 (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufzunehmen, eventualiter seien Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung zu stellen.
Anhang 2	Es fragt sich, wie die Übergangsfristen aufgrund der Revision des Anhangs 2 zu handhaben sind bzw. gehandhabt werden.	Es seien die Übergangsfristen anzugeben.

**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln lehnen wir in dieser Form ab. Zwar begrüßen wir den Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (Tolerierbare höchste Tagesaufnahmemenge, UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringerinnen und Inverkehrbringer, abzustellen. Dass dies korrekt umgesetzt werden kann bzw. von den Marktteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht ausgenützt wird, ist jedoch zu bezweifeln. So wird das Wegfallen der Höchstwerte fast mit Sicherheit zu sehr überdosierten Produkten auf dem Markt führen (auf dem US-Markt bereits angetroffen). Wenn der Trend zu veganer Ernährung anhält, ist es eine Frage der Zeit, bis z.B. überhöhdosierte Produkte mit Vitamin B12 angeboten werden. Wie in der Praxis ein einzelnes Lebensmittel mit (zu) hoher Vitamindosierung gestützt auf Art. 7 und Art. 27 LMG vom Markt verbannt werden kann, ist fraglich. Dies bedingt eine umfassende Marktanalyse, was die Vollzugsbehörden mit grossen Aufwendungen belastet. Im Sinne des Gesundheitsschutzes schlagen wir vor, die Höchstwerte wie bisher beizubehalten (siehe auch Detailbemerkung zu Anhang 11). Nach oben offene Dosierungen sowie das Verbot der Zugabe einzelner Stoffe in der VLBE sowie der VNem und der VZVM (siehe jeweils dort) sind daher abzulehnen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 21 Abs. 1	Es wird auf den falschen Anhang verwiesen. Es muss Anhang 4 statt Anhang 1 heissen.	Art. 21 Abs. 1 sei zu ändern: « <sup>1</sup> Die Nährwertkennzeichnung kann den durchschnittlichen Gehalt der Stoffe nach <u>Anhang 4</u> je Portion ...».
Art. 22a	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint aber mehr zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist vorliegend jedoch nicht vorgesehen.  Es fehlt eine Definition für «Gesundheitswesen» (z.B. auch Apotheken und Drogerien?).	Der Titel des 5. Abschnittes sei zu ändern: «Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern»  Der Begriff «Gesundheitswesen» sei zumindest in den Erläuterungen zu definieren.
Anhang 11	Die Problematik der angepassten Höchstmengen sei an 2 Beispielen durchgespielt. Die Vitamine D und E dürfen Sportlerprodukten (nach	Die Höchstwerte in der VLBE, VNem und VZVM seien auf dem bisherigen Niveau zu belassen.

VLBE), Nahrungsergänzungsmitteln (nach VNem) und allgemeinen Lebensmitteln (nach VZVM) zugegeben werden. Die Höchstmengen pro Tagesration sind die folgenden:

	Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)
VLBE (Sportlerprodukte)	60	75
VNem	60	75
VZVM	20	25
Summe	140	175
UL	100	300

Wenn man zusätzlich die Toleranzen für Übervitaminisierungen (um Verluste ausgleichen zu können) berücksichtigt (+50 %), werden diese Zahlen nochmals viel höher. Zudem ist die Annahme, dass nicht gleichzeitig Sportlerprodukte und Nahrungsergänzungsmittel konsumiert werden (gemäss Erläuterungen zur VLBE) aus der Luft gegriffen. Es ist sicher nicht auszuschliessen, dass Konsumentinnen und Konsumenten sich nach dem Motto «viel hilft viel» zu hohe Mengen zu sich nehmen (zumal gemäss den Erläuterungen bei Vitamin E schon unterhalb des UL Probleme auftreten können). Der UL wird überschritten und der Gesundheitsschutz ist nicht mehr gewährleistet.

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH)

### Allgemeine Bemerkungen

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern, als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12 Abs. 6 Bst. c	Der vorliegende Entwurf definiert zu wenig genau, welche anderen Behandlungen als unter Bst. a und b genannt zugelassen sind. Die Bezeichnung «andere Behandlung» ist zu weit gefasst und ist deshalb zu konkretisieren.	Art. 12 Abs. 6 Bst. c sei analog Anhang 5 Ziff. 33 VTNP zu formulieren: «[...] die in einem [anderen] Verfahren hergestellt werden, bei dem gewährleistet ist, dass das Rohmaterial einer Säure- oder Laugenbehandlung unterzogen und danach abgespült wird. Gelatine ist durch Erhitzen mit anschliessender Reinigung durch Filtrieren und Sterilisieren zu extrahieren.»
Art. 32 Abs. 1, Art. 33 Abs. 1	Eine Anpassung von Art. 32 Abs. 1 VLtH in Verbindung mit der Anpassung von Art. 10 Abs. 1 Bst. h der VHyMP wurde im Zusammenhang mit der «Legalisierung» der mutter- oder ammengebundenen Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben in Branchen- und Fachkreisen diskutiert. In den Erläuterungen zu beiden Verordnungsänderungen wird darauf nicht weiter eingegangen. Die mutter- oder ammengebundene Kälberaufzucht auf Milchviehbetrieben ist aus Sicht des Tierschutzes und der Tiergesundheit zu begrüssen, war aber aufgrund der alten Formulierungen in beiden anfangs erwähnten Verordnungen nicht zulässig. In Untersuchungen der ETH (Marion Zumbronn, Edna Hillmann; Muttergebundene Kälberaufzucht beim Milchvieh,	Es seien die Anpassungen im Sinne der Begründung vorzunehmen und dabei auszuschliessen, dass bei laktierenden Tieren nur einmal pro Tag die Milch aus dem Euter entfernt werden darf.

	<p>Masterarbeit 2012) können keine negativen Effekte auf die Lebensmittelhygiene und die Eutergesundheit nachgewiesen werden. Auch wenn Langzeitstudien fehlen, kann von ausreichender mikrobiologischer Qualität solcher Milch ausgegangen werden. Wenn dem im Einzelfall nicht so sein sollte, wird dies in der Überwachung der Milch durch regelmässige Proben erkannt, und es greifen die bestehenden Hygienenormen.</p> <p>Die neu vorgeschlagene Bestimmung stellt de facto nicht eine Klärung der Definition dar, sondern eine Änderung: Neu dürfen Teilgemelke von Kühen abgeliefert werden, an denen auch ein Kalb säugt. Diese haben in der Regel eine andere Zusammensetzung, da die Milchrestmenge, die im Euter zurückbleibt, bei solchen Kühen höher ist. Die gemolkene Milch hat dadurch einen geringeren Fettanteil. Zudem ist das Management aufwendig, wenn die Hygiene sichergestellt werden soll. Der Änderung kann zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p> <p>Die neue Formulierung lässt aber auch zu, dass eine Kuh nur einmal pro Tag gemolken wird, was aus physiologischer Sicht einem milchproduzierenden Tier nicht zumutbar ist. Durch die verringerte Anzahl an Melkungen herrscht stetig ein sehr hoher Euterinnendruck, der für das Tier schmerzhaft ist. Diese Tatsache lässt sich auch anhand von Ultraschalluntersuchungen bei Kühen mit verlängerter Zwischenmelkzeit belegen.</p> <p>Bei einer Neuformulierung dieses Absatzes ist dann gegebenenfalls zu prüfen, ob die Formulierungen noch für alle Tierarten gelten, oder ob die Bestimmungen für Kuhmilch gesondert aufzuführen sind.</p>	
33 Abs. 1	Die Ergänzung der jeweiligen Art der Milch (Büffel, Ziegen, Schafe usw.) sollte beibehalten werden, da diese dem Konsumenten eine klare Abgrenzung ermöglicht. Dies ist unabhängig vom Fettgehalt.	Die Ergänzung der jeweiligen Art der Milch (Büffel, Ziegen, Schafe usw.) sei beizubehalten.
Art. 64 Abs. 1	Die Hitzebehandlung ist zwingend auch bei Käseerzeugnissen anzugeben. Dass Käseerzeugnisse eine UHT-Behandlung erfahren, ist jedoch nicht praxisüblich. Die Behandlungsart muss folglich aufgeführt sein.	Die Behandlungsart sei aufzuführen.



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	Hier ist evtl. eine Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja-, Mandel-, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft vor allem die französische und italienische Version.
Art. 33 Abs. 1 Bst. b	Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke [z.B. Eistee] vorgesehen) wird auch damit begründet, dass der Leitfaden zur Umsetzung der mengenmässigen Angaben von Zutaten (QUID) dies dann regle. Da es sich aber um kleine Mengen Extrakt handelt, wird die Industrie argumentieren, dass QUID nicht vorgeschrieben sei. So wird die Information voraussichtlich ganz wegfallen. Der Artikel sei deshalb beizubehalten und so umzuformulieren, dass er nur für Fertiggetränke gilt.	Art. 33 Abs. 1 Bst. b sei nicht wegzulassen und zu ändern: «b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee und Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten oder Konzentraten der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter.»
Art. 66	Die Streichung des gesamten Artikels wird in den Erläuterungen mit der Allgemeinverfügung für Gueuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder braucht es weiterhin die bisherigen Anforderungen an die Kennzeichnung (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen).	Art. 66 Abs. 2 und 3 seien nicht wegzulassen.
Anhang 3 Teil B Ziff. 10	Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziff. 10 aufgeführten Stoffen sein. Ziff. 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen ergänzt und nicht ersetzt werden.	Anhang 3 Teil B Ziff. 10 sei zu ändern: «10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe <u>einschliesslich Proteinen pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen</u> , die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringingehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der

		Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern»
--	--	---

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel (VNem)

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln lehnen wir in dieser Form ab. Zwar begrüssen wir den Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (Tolerierbare höchste Tagesaufnahmemenge, UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer, abzustellen. Dass dies korrekt umgesetzt werden kann bzw. von den Marktteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht ausgenutzt wird, ist jedoch zu bezweifeln. So wird das Wegfallen der Höchstwerte fast mit Sicherheit zu sehr überdosierten Produkten auf dem Markt führen (auf dem US-Markt bereits angetroffen). Wenn der Trend zu veganer Ernährung anhält, ist es eine Frage der Zeit, bis z.B. überhochdosierte Produkte mit Vitamin B12 angeboten werden. Wie in der Praxis ein einzelnes Lebensmittel mit (zu) hoher Vitamindosierung gestützt auf Art. 7 und Art. 27 LMG vom Markt verbannt werden kann, ist fraglich. Dies bedingt eine umfassende Marktanalyse, was die Vollzugsbehörden mit grossen Aufwendungen belastet. Im Sinne des Gesundheitsschutzes schlagen wir vor, die Höchstwerte wie bisher beizubehalten (siehe auch Detailbemerkung zu Anhang 1). Nach oben offene Dosierungen sowie das Verbot der Zugabe einzelner Stoffe in der VLBE sowie der VNem und der VZVM (siehe jeweils dort) sind daher abzulehnen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)																		
Anhang 1	<p>Die Problematik der angepassten Höchstmengen sei an 2 Beispielen durchgespielt. Die Vitamine D und E dürfen Sportlerprodukten (nach VLBE), Nahrungsergänzungsmitteln (nach VNem) und allgemeinen Lebensmitteln (nach VZVM) zugegeben werden. Die Höchstmengen pro Tagesration sind die folgenden:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vitamin D (µg)</th><th>Vitamin E (mg)</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>VLBE (Sportlerprodukte)</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VNem</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VZVM</td><td>20</td><td>25</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>140</td><td>175</td></tr> <tr> <td>UL</td><td>100</td><td>300</td></tr> </tbody> </table> <p>Wenn man zusätzlich die Toleranzen für Übervitaminisierungen (um Verluste ausgleichen zu können) berücksichtigt (+50 %), werden diese Zahlen nochmals viel höher. Zudem ist die Annahme, dass nicht gleichzeitig Sportlerprodukte und Nahrungsergänzungsmittel konsumiert werden (gemäss Erläuterungen zur VLBE) aus der Luft gegriffen. Es ist sicher nicht auszuschliessen, dass Konsumentinnen und Konsumenten sich nach dem</p>		Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)	VLBE (Sportlerprodukte)	60	75	VNem	60	75	VZVM	20	25	Summe	140	175	UL	100	300	Die Höchstwerte in der VLBE, VNem und VZVM seien auf dem bisherigen Niveau zu belassen.
	Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)																		
VLBE (Sportlerprodukte)	60	75																		
VNem	60	75																		
VZVM	20	25																		
Summe	140	175																		
UL	100	300																		

	<p>Motto «viel hilft viel» zu hohe Mengen zu sich nehmen (zumal gemäss den Erläuterungen bei Vitamin E schon unterhalb des UL Probleme auftreten können). Der UL wird überschritten und der Gesundheitsschutz ist nicht mehr gewährleistet.</p>	
--	---	--

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK)

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (TM; wie früher in der Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich. Siehe dazu auch die Verwirrung beim mehrmaligen Wechsel beim TM-Bezug vom Höchstgehalt von Aflatoxin B1 in Getreidebeikost.	Die bisherige Regelung sei beizubehalten.
Art. 5a/5b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>1) Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, dies ist aber gemäss Erläuterungen zur VHK bei Acrylamid nicht vorgesehen.</p> <p>2) Der Vollzug der Art. 5a und 5b (bzw. das Konzept von Verordnung [EU] 2017/2158) erfordert spezialisierte Inspektionen, da die Einhaltung der Verfahrenspraxis überprüft werden muss. Dies stellt eine zusätzliche Last für die Kantone dar.</p> <p>3) Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, also dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind deshalb zu hoch, z.B. für Chips ist das 90. Perzentil in der Schweiz sicher tiefer als 750 ppb. Die Richtwerte könnten in der Schweiz anders als in der EU gesetzt werden, weil die eigentlichen Bestimmungen zur Selbstkontrolle gleichbleiben. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll, wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein,</p>	<p>1) Es sei ein neuer Begriff einzuführen (z.B. Signalwert, Zielwert) oder «Richtwert» anders zu definieren. Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>2) Die Erläuterungen zu Art. 5a und 5b seien zu ergänzen mit: «Der Vollzug der Artikel 5a und 5b (bzw. das Konzept von Verordnung [EU] 2017/2158) erfordert spezialisierte Inspektionen, da die Einhaltung der Verfahrenspraxis überprüft werden muss. Dazu sind bei den Kantonen zusätzliche Ressourcen nötig.»</p> <p>3) Die «Richtwerte» seien tiefer anzusetzen (z.B. beim 90. Perzentil in der CH-Daten oder beim 50. Perzentil der EU-Daten).</p>

	<p>sodass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1 vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamidgehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p> <p>4) Es wurde versäumt alternative Mittel zur Senkung der Acrylamidexposition zu berücksichtigen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Regelung des Gehaltes an reduzierenden Zuckern in Kartoffeln für bestimmte Anwendungen</li> <li>- Höchstwerte für Chips</li> <li>- Asparaginasepflicht bei Verwendung von Ammoniumbicarbonat.</li> </ul>	<p>4) Es seien zusätzliche gesetzliche Bestimmungen zur Senkung der Acrylamidexposition einzufügen.</p>
Anhang 9 Teil C	<p>Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.</p>	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung (LIV)

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen grundsätzlich die Teilrevision dieser Verordnung, insbesondere im Hinblick auf den derzeitigen Anstieg der Zahl an vegetarischen und veganen Lebensmitteln, welche die Verbraucherinnen und Verbraucher leicht irreführen können.

Die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben scheinen von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein. So ist nach wie vor unklar und nicht geregelt, was mit geschützten Health Claims passiert, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Der Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	Art. 19 Abs. 2 Bst. b sei zu ändern: «b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziff. 12 LGV;»
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royal) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die tierischen Produkte seien mit «Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile und Bienenprodukte» zu umschreiben.
Art. 42a	<p>Art. 42a ist nicht nachvollziehbar und es stellen sich diverse Fragen zum Vollzug, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen?</li> <li>- Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</li> </ul> <p>Zudem fehlen Definitionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Industrie verwendet dann einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz).</li> <li>- Was heisst «darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden»?</li> </ul>	Art. 42a sei wegzulassen.

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</li> </ul> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt bzw. die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert:</p> <p>Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziff. 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 %. Mit dem vorgeschlagenen Art. 42a könnten insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und würden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist!</p> <p>Ein Vergleich mit weiteren Marken/Produkten ist auch nicht nötig (Art. 30 LIV), es geht nur um das eigene Produkt. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig extrem zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden und der Gehalt dann wieder «gesenkt» wird, um die Reduktion auszuloben.</p> <p>Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird die Konsumentin bzw. der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.</p>	
--	---	--



### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz (VLpH)

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung der Pilzliste als Positivliste ist im Hinblick auf den Aufbau des Lebensmittelrechts eine konsequente Folge. Die Streichung wird jedoch auf Grund der Fülle der Pilzarten im Sinn der Klarheit bedauert. Daher wird das in den Erläuterungen in Aussicht gestellte Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze sehr begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2	Aus Sicht der Biosicherheit ist es wichtig, dass durch GVO hergestellte und in Verkehr gebrachte Fermenterprodukte frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Wenn der Bund jetzt mit dem vorgeschlagenen Art. 31 Abs. 5 LGV plant, das Inverkehrbringen solcher Fermenterprodukte neu dem Bewilligungsverfahren für neuartige Lebensmittel zu unterstellen, sollte er dem Nachweis der Abwesenheit der GVO und ihrer rekombinanten DNA mehr Gewicht geben. Gegenwärtig verweist ein Bewilligungsformular <sup>1</sup> des BLV auf eine Anleitung <sup>2</sup> der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA), in der wiederum ein Verweis auf eine Leitlinie <sup>3</sup> der EFSA enthalten ist, wo vermerkt ist, dass Gesuchstellende den Nachweis der Abwesenheit der GVO sowie der rekombinanten DNA erbringen sollten. Aus unserer Sicht sollte der Nachweis auf Stufe Verordnung eingefordert werden.	Die enthaltenen Anforderungen an die Angaben, die bei Gesuchen um Bewilligung neuartiger Lebensmittel eingereicht werden müssen, seien um einen Punkt zu ergänzen: Neu sei für Fermenterprodukte, die durch GVO hergestellt worden sind, vorzuschreiben, dass Gesuchstellende einen Nachweis einreichen müssen, der die Abwesenheit der GVO und ihrer rekombinanten DNA in den Produkten belegt.
Anhang bzw. Erläuterung zu Chiasamen	Die Erläuterung ist missverständlich. Das BLV schafft eine eigene Kategorie für Chiasamen; gemäss Erläuterung gilt diese explizit nicht für Chiasamenöl. Dieses ist gemäss EU-Novelfood-Liste aber zulässig. Evtl. bräuchte es hier eine Klarstellung.	
Spezifikation Chiasamen Anhang	Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470.  Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).	Der Anhang sei wie folgt zu ändern: «Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90–97 % Protein: 15–26 % Fett: 18–39 % Kohlenhydrate (*): 18–43 %

<sup>1</sup> <https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/rechts-und-vollzugsgrundlagen/bewilligung-und-meldung/bewilligung.html>

<sup>2</sup> <https://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2193>

<sup>3</sup> <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/sp.efsa.2018.EN-1381>

	<p>Chiasamen enthalten nur um 4.5 g KH / 100 g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Rohfaser (**): 18–43 %  Asche: 3–7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).  (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.»</p>
--	--	---

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung (ZuV)

### Allgemeine Bemerkungen

**Anhang 3:** In Teil B, Anwendungsliste werden die Fussnoten direkt in die Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

**Anhang 3:** In Teil B, Anwendungsliste wurde dort, wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind, die Gruppe I nach hinten verschoben, sodass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III usw.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b Abs. 1 Bst. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis (ZuV) die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV sind die Einzelbezeichnungen <u>und</u> E-Nummern zu verwenden. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Art. 9b Abs. 1 Bst. b sei zu ändern: «b. Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen <u>und/oder</u> die E-Nummern zu verwenden;»
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	E 311 und E 312 seien aus den Anhängen 1a und 2 wegzulassen.
Anhang 3, Teil B, Ziff. 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Keine Änderung nötig.
Anhang 3, Teil B, Ziff. 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die	Süssungsmittel seien in einer Kategorie weiterhin zuzulassen, z.B.:

	Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	E 950   Acesulfam K   1700   Nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte
Anhang 3, Teil B, Ziff. 17.1	Es soll der neue Zusatzstoff «niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose» (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmitteln in fester Form (Ziff. 17.1) zugelassen werden. Gemäss der zitierten EFSA-Bewertung von 2018 handelt es sich hierbei nicht um Hydroxypropylcellulose (E 463). Gemäss der Verordnung EU 231/2012 handelt es sich um den Zusatzstoff E 463a. Dieser ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet, also kann er auch nicht in der Anwendungsliste Anhang 3 aufgeführt werden. Interessant ist, dass auch in der EU die Verwendung von E 463a nicht zulässig scheint.	Anhang 1a sei mit dem Eintrag E 463a – niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC) zu ergänzen.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen (VZVM)

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln lehnen wir in dieser Form ab. Zwar begrüßen wir den Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (Tolerierbare höchste Tagesaufnahmemenge, UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer, abzustellen. Dass dies korrekt umgesetzt werden kann bzw. von den Marktteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht ausgenutzt wird, ist jedoch zu bezweifeln. So wird das Wegfallen der Höchstwerte fast mit Sicherheit zu sehr überdosierten Produkten auf dem Markt führen (auf dem US-Markt bereits angetroffen). Wenn der Trend zu veganer Ernährung anhält, ist es eine Frage der Zeit, bis z.B. überhochdosierte Produkte mit Vitamin B12 angeboten werden. Wie in der Praxis ein einzelnes Lebensmittel mit (zu) hoher Vitamindosierung gestützt auf Art. 7 und Art. 27 LMG vom Markt verbannt werden kann, ist fraglich. Dies bedingt eine umfassende Marktanalyse, was die Vollzugsbehörden mit grossen Aufwendungen belastet. Im Sinne des Gesundheitsschutzes schlagen wir vor, die Höchstwerte wie bisher beizubehalten (siehe auch Detailbemerkung zu Anhang 1).

Nach oben offene Dosierungen sowie das Verbot der Zugabe einzelner Stoffe in der VLBE sowie der VNem und der VZVM (siehe jeweils dort) sind daher abzulehnen.

Auch das Verbot der Anreicherung mit diversen Mineralstoffen wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung ausschliesslich bei Milchersatzprodukten zugelassen. Für Veganerinnen und Veganer ist dies dann der einzige Weg zu Calcium zu gelange. Sie müssen quasi zwingend solche Produkte konsumieren, da andere calciumangereicherte Lebensmittel nicht mehr erhältlich sein werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 <sup>bis</sup>	Die neue Formulierung ist missverständlich, da sich die «sonstigen Stoffe» nicht in Anhang 1 befinden.	Abs. 2 und 2 <sup>bis</sup> seien zu ändern: « <sup>2</sup> Zulässig ist der Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen nach Anhang 1;» « <sup>2bis</sup> Für die sonstigen Stoffe gelten die Einschränkungen nach Anhang 2.»
Art. 4 Abs. 4 und Anhang 8	Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Wie strikt das dann künftig umsetzbar sein wird, wird sich zeigen (Diskussionen mit Herstellern, Importeuren von Lebensmitteln wurden bereits geführt). Ganz prinzipiell ist die Regelung für Vitamine, die nur zu +50 % überdosiert werden dürfen, sowohl für Hersteller als auch die Lebensmittelkontrolle bei niedrigen Gehalten nicht praktikabel. Beispielsweise ist bei einem in einem Getränk noch signifikanten Gehalt an Vitamin D von 0.375 µg / 100 ml	Es sei die früher in Art. 4 der VO über den Zusatz von essenziellen Nährstoffen geltende Regelung wieder einzuführen (max. 300 % NRV in Tagesration bzw. bei Vit. A max. 200 %).

	Vitamin (7.5 % der NRV) ein maximaler Gehalt von 0.5625 µg/100 ml Vitamin D tolerabel. Das ist viel wenig. Bei einem lichtempfindlichen Vitamin wie Vitamin B12 ist der enge Toleranzbereich nur sehr schlecht einhaltbar.																			
Art 6. Abs. 1	Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben. Dies ist nicht sinnvoll. Aus Sicht der Konsumentin bzw. des Konsumenten ist «Kalium» auch besser verständlich als «Kaliumsalze der Orthophosphorsäure».	Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so sei im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder die Trivialnahmen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.																		
Anhang 1	Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird «Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg» aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.	Vitamin A sei wie folgt zu formulieren: «Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin»																		
Anhang 1	<p>Die Problematik der angepassten Höchstmengen sei an 2 Beispielen durchgespielt. Die Vitamine D und E dürfen Sportlerprodukten (nach VLBE), Nahrungsergänzungsmitteln (nach VNem) und allgemeinen Lebensmitteln (nach VZVM) zugegeben werden. Die Höchstmengen pro Tagesration sind die folgenden:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vitamin D (µg)</th><th>Vitamin E (mg)</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>VLBE (Sportlerprodukte)</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VNem</td><td>60</td><td>75</td></tr> <tr> <td>VZVM</td><td>20</td><td>25</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>140</td><td>175</td></tr> <tr> <td>UL</td><td>100</td><td>300</td></tr> </tbody> </table> <p>Wenn man zusätzlich die Toleranzen für Übervitaminisierungen (um Verluste ausgleichen zu können) berücksichtigt (+50 %), werden diese Zahlen nochmals viel höher. Zudem ist die Annahme, dass nicht gleichzeitig Sportlerprodukte und Nahrungsergänzungsmittel konsumiert werden (gemäss Erläuterungen zur VLBE) aus der Luft gegriffen. Es ist sicher nicht auszuschliessen, dass Konsumentinnen und Konsumenten sich nach dem</p>		Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)	VLBE (Sportlerprodukte)	60	75	VNem	60	75	VZVM	20	25	Summe	140	175	UL	100	300	Die Höchstwerte in der VLBE, VNem und VZVM seien auf dem bisherigen Niveau zu belassen.
	Vitamin D (µg)	Vitamin E (mg)																		
VLBE (Sportlerprodukte)	60	75																		
VNem	60	75																		
VZVM	20	25																		
Summe	140	175																		
UL	100	300																		

	Motto «viel hilft viel» zu hohe Mengen zu sich nehmen (zumal gemäss den Erläuterungen bei Vitamin E schon unterhalb des UL Probleme auftreten können). Der UL wird überschritten und der Gesundheitsschutz ist nicht mehr gewährleistet.	
Anhang 5	In Anhang 5 sind gar nicht «sonstige Stoffe» aufgeführt. Der Titel ist deshalb nicht zutreffend.	Entweder sei(en) in Anhang 5 die zulässige Form(en) von Lactulose aufzuführen oder der Titel ist anzupassen: «Zulässige Verbindungen der Vitamine und Mineralstoffe»
Anhang 5	Formatierungsfehler	Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: Unterhalb Ziff. 1.12 Pantothersäure seien die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbylpalmitat zu löschen. Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Die Überschrift zwischen Kalziumhydroxid und Kalziummalat sei zu löschen.



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 und Anhang 6	<p>Die Liste der Lebensmittel, in denen Aromen nicht zulässig sind, umfasst nur noch Produkte für Säuglinge. Die restlichen Lebensmittel wurden mit der Begründung gestrichen, dass diese jeweils in produktspezifischen Verordnungen geregelt seien.</p> <p>Das ist nur teilweise richtig. Für Produkte wie Milch, Fleisch, Eiprodukte, Brot oder Teigwaren gibt es keine explizite Regelung zum Einsatz von Aromen; Könnten demnach in diesen Produkten künftig Aromen eingesetzt werden?</p>	Klarstellung im Sinne der Begründung

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel (VGVL)

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, aufgehoben	Siehe Kommentar zu Art. 31 Abs. 1 LGV.	Siehe Antrag zu Art. 31 Abs. 1 LGV.
Art. 6a	Mit einer Änderung von Art. 6a VGVL will der Bund erreichen, dass in der EU als Lebensmittel bewilligte GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können. Aus Sicht der Biosicherheit ist hierzu kritisch anzumerken, dass mit der Einfuhr von Lebensmitteln, die Spuren tolerierter GVO enthalten, auch Samen von gentechnisch veränderten Pflanzen eingeführt werden könnten, die hierzulande in der Umwelt überleben und Wildpopulationen aufbauen. Daher soll das BAFU vor einer Tolerierung die Umweltgefährdung der GVO prüfen (Art. 6a Abs. 2 VGVL), dass GVO von problematischen Pflanzenarten wie Raps nur in <i>nicht</i> vermehrungsfähiger Form toleriert werden.	Bei der Vereinfachung der Tolerierung nicht bewilligter GVO in Lebensmitteln sei sicherzustellen, dass GVO von Pflanzenarten, die in der Umwelt der Schweiz Wildpopulationen aufbauen können, ausschliesslich in <i>nicht</i> vermehrungsfähiger Form toleriert werden.
Art. 7	Die Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe werden im Verordnungstext nicht mehr explizit erwähnt. Dies entspricht den vorgängig angepassten Verordnungen, steht jedoch im Widerspruch zur gängigen Praxis und den Ansprüchen der Konsumentinnen und Konsumenten der Schweiz.	
Art. 7 Abs. 8, aufgehoben	Siehe Kommentar zu Art. 37 LGV.	Siehe Antrag zu Art. 37 LGV.

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln (HyV)

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der Leitlinie «Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe» (GVG-Leitlinie) gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn sie nicht direkt dieser Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4 <sup>bis</sup> , Art. 30 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Terminologie anpassen gemäss Art. 3 Bst. n VSFK. Der Begriff «zerlegen» ist durch «zerteilen» zu ersetzen.	<p>Art. 29 Abs. 4<sup>bis</sup> sei zu ändern:            «<sup>4bis</sup> Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilten Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: ...»</p> <p>Art. 30 Abs. 1<sup>bis</sup> sei zu ändern:            «<sup>1bis</sup> Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile <del>zerlegte</del> zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4<sup>bis</sup> befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.»</p>
Art. 66 Abs. 4	Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV werden sämtliche Richtwerte aller genehmigten Branchenleitlinien in einem	Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der

	<p>Informationsschreiben des BLV zusammengefasst und zwecks harmonisierten Vollzugs öffentlich zugänglich gemacht.</p> <p>Nicht klar ist, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der «Guten Verfahrenspraxis» (GVP) der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten. Wie ist z.B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p>	<p>Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, die entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen (es sein denn, sie befolgen ein dem Betrieb angepasstes, äquivalentes Konzept der guten Verfahrenspraxis nach Art. 66 Abs. 5 HyV mit eigenen, plausiblen Richtwerten).</p>
<p>Anhang 1 Teil 3 Ziff. 3.2.3 und 3.2.7</p>	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV soll Anhang 1 Teil 3 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG-Leitlinie übernommen. In der GVG-Leitlinie nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollten die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG-Leitlinie übernommen werden.</p> <p>Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p>
<p>Anhang 1 Teil 3 Ziff. 3.2.8 bis 3.2.10</p>	<p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.</p>

<b>20      EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten (VHyS)</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Vgl. hier die Detailanmerkungen zur Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (Art 32 Abs. 1).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Das bisherige Verbot in Abs. 1 Bst. h sei beizubehalten und insofern zu ergänzen, dass die mutter- und ammengebundene Aufzucht zulässig sein soll. Bei einer Streichung würden viele Landwirtschafts- und Alpbetriebe aus arbeitswirtschaftlichen Gründen auf das Einmalmelken umstellen. Dies ist abzulehnen, weil hoher Euterinnendruck mit Schmerzen verbunden ist und sich die Milchqualität dadurch verschlechtern würde.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h sei beizubehalten und wie folgt zu ergänzen:  «h. Milch von Tieren, die weniger als zweimal pro Tag gemolken werden; ausgenommen sind einmalige Gemelke pro Tag von Tieren, die Jungtiere säugen.»

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV)

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	<p>Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als «Verarbeitungshilfsmittel» im Sinn der LGV bzw. als «Produkte, die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in Verkehr gebracht werden» vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP).</p> <p>Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z.B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.</p>	<p>Es sei abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls sei in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (PA4 und PA5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sei in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung zu erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.</p>
Art. 14	<p>In Art. 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen deklaratorischen Verweis auf die diesbezüglich geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.</p>	<p>Art. 14 Abs. 2 und 3 TBDV seien wegzulassen.</p> <p>Der Begriff «öffentliche Bäder» sei bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen durch «Gemeinschaftsbäder» zu ersetzen.</p>

	<p>Der Begriff «öffentliche Bäder» sollte zudem bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen in Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck «Gemeinschaftsbäder» ersetzt werden, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.</p>	
<p>Anhang 4 Liste 5</p>	<p>Es sollte Klarheit geschaffen werden, ob die Zudosierung von Silberionen für die Legionellenprävention in Hausinstallationen ein zugelassenes Verfahren ist oder nicht.</p> <p>Die Vertreiber von Silberionenzudosierungsanlagen können argumentieren, dass die Silberionenzudosierung nicht ein Desinfektionsverfahren ist und somit keine Zulassung als Biozid benötigt. Deshalb sollte in der Liste 5 der Begriff «Desinfektion» durch den umfassenderen Begriff «mikrobiologische Aufbereitung» ersetzt werden.</p>	<p>Der Titel sei abzuändern: «Liste der Stoffe zur mikrobiologischen Aufbereitung von Trinkwasser»</p> <p>Der Begriff «Desinfektion» sei durch «mikrobiologische Aufbereitung» zu ersetzen.</p>



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten (EDAV-DS)**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Die Änderungen werden mit nachfolgenden Präzisierungen gutheissen.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 4c Bst. h	Gehört etwas einer Art an, ist es automatisch auch dieselbe Klasse.	Art. 4c Bst. h sei zu ändern: «h. ... und die der gleichen Art <del>und Klasse</del> angehören oder ...»
Art. 17 Abs. 3	Sprachliche Anpassung.	Art. 17 Abs. 3 sei zu ändern: «..., die sich <u>als</u> anmeldepflichtige Personen ...»

<b>24</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

Die Änderungen werden gutgeheissen.
-------------------------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Bundesamt für Lebensmittel-  
sicherheit und Veterinärwesen

Per E-Mail an: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

21. August 2019

RRB-Nr.:	869/2019
Direktion	Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Unser Zeichen	2019.GEF.750
Ihr Zeichen	
Klassifizierung	Nicht klassifiziert



## **Vernehmlassung des Bundes: Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts. Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass im Bereich des Lebensmittelrechts ein permanenter Revisionsbedarf besteht, ansonsten neue Handelshemmnisse gegenüber der EU entstehen und der Gesundheits- und Täuschungsschutz nicht mehr vollumfänglich gewährleistet sind. Mit den Neuerungen in der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) werden jedoch europäische Begrifflichkeiten und Abläufe und somit Harmonisierungen an das umständliche europäische System übernommen, die nicht zwingend nötig wären. Dies führt zu einer klaren Trennung von Vollzug einerseits und Labor andererseits. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer einzigen organisatorischen Leitung ist jedoch eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit. Es ist zu befürchten, dass mit den Neuerungen weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

Neben der Harmonisierung mit dem EU-Recht werden im Rahmen dieser Revision auch die Motion Bourgeois 15.4114 «Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung (ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt)», die Motion Munz 17.3715 «Tierhaltungskontrollen effizienter gestalten», die Motion Munz 18.3849 «Vermarktung von Milch aus muttergebundener Kälberauf-

zucht» und das Postulat Vogler 17.3418 «Die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen» im Lebensmittelrecht umgesetzt.

Der Regierungsrat lehnt die Regelung ab, welche es - in Umsetzung der Motion Bourgeois - neu ermöglicht, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Der Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" stellt in diesen Fällen eine Täuschung der Konsumenten dar.

Ebenso lehnt der Regierungsrat die Umsetzung des Postulats Vogler ab. Zum einen muss kritisch hinterfragt werden, ob eine korrekte Betäubung und Tötung von Schlachttieren auf Höfen und Weiden überhaupt tierschutzkonform möglich ist. Zum andern ist eine Schlachtung auf Höfen und Weiden auch aus Gründen der Lebensmittelhygiene abzulehnen. Zu berücksichtigen ist zudem der zu erwartende hohe Vollzugsaufwand. Die Ressourcensituation bei den Veterinärbehörden ist bereits jetzt äusserst angespannt. Weitere Bewilligungs- und Kontrollaufgaben können mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Insgesamt bringt die Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung keine Verbesserung für das Tierwohl oder die lokale Vermarktung.

Für die weitergehende Begründung und die weiteren Anträge wird auf das beigelegte Formular verwiesen.

Der Regierungsrat dankt für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident

Christoph Ammann

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Beilage: Antwortformular (als docx- und pdf-Datei)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## **Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019**

### **Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation / Amt	: Regierungsrat des Kantons Bern
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt	: BE
Adresse, Ort	: Postgasse 68, Postfach, 3000 Bern 8
Kontaktperson	: Otmar Deflorin, Amtsvorsteher Kantonales Laboratorium
Telefon	: 031 633 11 11
E-Mail	: <a href="mailto:info.kl@gef.be.ch">info.kl@gef.be.ch</a>
Datum	: 21. August 2019

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	12
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	13
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	14
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	14
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	14
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	14
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	14
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	14
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	15
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	15
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	16
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	16
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	16
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	16

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass im Bereich des Lebensmittelrechts ein permanenter Revisionsbedarf besteht, ansonsten neue Handelshemmnisse gegenüber der EU entstehen und der Gesundheits- und Täuschungsschutz nicht mehr vollumfänglich gewährleistet ist. Mit den Neuerungen in der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) werden jedoch europäische Begrifflichkeiten und Abläufe und somit Harmonisierungen an das umständliche europäische System übernommen, die nicht zwingend nötig wären. Dies führt zu einer klaren Trennung von Vollzug einerseits und Labor andererseits. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer einzigen organisatorischen Leitung ist jedoch eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit. Es ist zu befürchten, dass mit den Neuerungen weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

Neben der Harmonisierung mit dem EU-Recht werden im Rahmen dieser Revision auch die Motion Bourgeois 15.4114 «Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung <ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt>», die Motion Munz 17.3715 «Tierhaltungskontrollen effizienter gestalten», die Motion Munz 18.3849 «Vermarktung von Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht» und das Postulat Vogler 17.3418 «Die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen» im Lebensmittelrecht umgesetzt.

Der Regierungsrat lehnt die Regelung ab, welche in Umsetzung der Motion Bourgeois es neu ermöglicht, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Der Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" stellt in diesen Fällen eine Täuschung der Konsumenten dar.

Ebenso lehnt der Regierungsrat die Umsetzung des Postulats Vogler ab. Zum einen muss kritisch hinterfragt werden, ob eine korrekte Betäubung und Tötung von Schlachttieren auf Höfen und Weiden überhaupt tierschutzkonform möglich ist. Zum andern ist eine Schlachtung auf Höfen und Weiden auch aus Gründen der Lebensmittelhygiene abzulehnen. Zu berücksichtigen ist zudem der zu erwartende hohe Vollzugsaufwand. Die Ressourcensituation bei den Veterinärbehörden ist bereits jetzt äusserst angespannt. Weitere Bewilligungs- und Kontrollaufgaben können mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Insgesamt bringt die Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung keine Verbesserung für das Tierwohl oder die lokale Vermarktung.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

In Umsetzung der Motion (15.4114) Bourgeois «Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"» soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass in diesen Fällen der Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine Täuschung der Konsumenten darstellt und lehnt die Regelung ab.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
35 Abs. 5	Der Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" ist eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes <sup>1</sup> grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist. Die Umsetzung der Motion Bourgeois in dieser Form bedingt daher nach Ansicht des Regierungsrats zunächst eine Anpassung der formell-gesetzlichen Grundlage.	Streichen.

<sup>1</sup> Vgl. Art. 1 des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2014 über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG; SR 817.0)



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

##### Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien

Aufgrund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist. Zwar besteht im Lebensmittelgesetz die Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium. Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die die Schweiz von den anderen europäischen Ländern beneidet wird. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Artikel 46 LMVV, der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher das für die Analytik zuständige Amt selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information innerhalb der organisatorischen Einheit ist selbstverständlich. In der LMVV werden neu Spezialfälle bis ins kleinste Detail geregelt. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden. Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Der Regierungsrat ist daher der Ansicht, dass einleitend ein Artikel eingefügt wird, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
7 Abs. 2	Damit die Information der Öffentlichkeit über den Stand der Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist, sollen die zuständigen Behörden für eine Veröffentlichung der Informationen über die amtlichen Kontrollen und deren Ergebnisse sorgen. Dabei sollen regelmässig Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen veröffentlicht werden. Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Um eine bessere Übersicht zu gewinnen und die Effizienz zu steigern soll es zwar möglich sein, diese Berichterstattung im Rahmen nationaler Berichte vorzunehmen. Der Verweis auf die Artikel 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan ist jedoch sehr allgemein gehalten ist und erfüllt diese	Streichen.

	Anforderungen bei Weitem nicht. Mit den in Artikel 7 Absatz 2 festgelegten Anforderungen wird keine Transparenz geschaffen. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden Informationen zur Verfügung gestellt, welche zwar die Verwaltungskosten steigern, jedoch keine Transparenz schaffen oder einen Mehrwert generieren. Deshalb ist die Bestimmung zu streichen. Ein wirksameres und effizienteres Instrument sind Systemaudits (vgl. Art. 20 NKPV).	
37 Abs. 8	Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen, ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.	Ergänzen:  <i>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</i>
48 (Anhang 4) und 52	Für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten werden repräsentative Probenahmeverfahren festgelegt. Ausnahmen sind ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind (Art. 52 LMVV). Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK <sup>2</sup> ). Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein. So muss beispielsweise der Inverkehrbringer belegen, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe. Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK	Artikel 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen. Artikel 52 anpassen.  Eventualiter sind Artikel 48 und Anhang 4 sowie Artikel 52 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

<sup>2</sup> Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 über die Höchstgehalte für Kontaminanten (Kontaminantenverordnung, VHK; SR 817.022.15)

	<p>angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	
--	---	--

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan (MNKPV)

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 2 Bst. h	<p>Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion (PrP) ist zu begrüssen. Durch diese Ergänzung soll die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen.</p> <p>Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p>	<p>Einschränken:</p> <p><i>h. geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.</i></p> <p>Die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" bezieht sich nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>

	Daher ist der Geltungsbereich für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung einzuschränken. Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.	
7 Abs. 2 und 3 Bst. h	<p>Zusätzlich zu den Grundkontrollen sollen zufällige Kontrollen mit festgelegter Kontrollfrequenz bei rund 2 % der Betriebe durchgeführt werden. Mit Zwischenkontrollen soll sichergestellt werden, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren.</p> <p>Es wird ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird aber mit der Regelung eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in 2 % der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die 2 % der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Artikel 8 umfassend abgehandelt. Die neue Regelung sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und sind ersatzlos zu streichen.</p>	Streichen.
8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	
8 Bst. d	Es ist verwirrend, dass der Begriff "Zwischenkontrollen" nur für die PrP verwendet werden und dass zusätzliche risikobasierte Kontrollen in anderen Betrieben nach Art. 7 Abs. 5 gehandhabt werden (Erhöhung der Grundkontrollfrequenz).	

12 Abs. 2	Eine Verwaltungskontrolle sollte nur eine Grundkontrolle ersetzen können, so dass das Intervall der physischen Grundkontrolle maximal 8 Jahre beträgt. Der Betrieb bleibt damit im regulären Rhythmus.	
15 Abs. 1 Bst. b	Die Verankerung von Asan als Geschäftsverwaltungssystem wird begrüsst. Dies ermöglicht eine weitere Harmonisierung der Vollzugsdaten.	
17 Abs. 1	Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme den Tierschutz betreffen. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR drängt sich beispielsweise ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	Anpassen:  <i><sup>1</sup> In Absprache mit den kantonalen Behörden kann das BLV in einem Schwerpunktprogramm diejenigen Kontrollbereiche festlegen, die während der Kontrollen vertieft zu prüfen sind.</i>
19 Abs. 1 und Abs. 2 Bst c.	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, einzubeziehen.	Ergänzen:  <i><sup>1</sup> Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten, die es ermöglichen, von Lebensmitteln ausgehende Gefahren zu erkennen und zu beschreiben, Expositionen zu bewerten und mit diesen Gefahren zusammenhängende Risiken einzuschätzen.</i>
20 Bst. d	Der Jahresbericht soll unter anderem die ergriffenen Massnahmen zur Sicherstellung einer wirksamen Umsetzung des mehrjährigen nationalen Kontrollplans (MNKP), einschliesslich der Zwangsmassnahmen und ihrer Auswirkungen beinhalten. Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden. Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Aufsicht sein: BLK-Audits und die von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne und die getroffenen Massnahmen. Die Nachverfolgung sollte hier verbessert werden. Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren.
Anhang 1, Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird begrüsst.	
Anhang. 1, Liste 2, Ziffer 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von einem Jahr gilt, wird begrüsst. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen. Die Formulierung kann jedoch missverstanden werden, weshalb sie anzupassen ist.	Ziffer 2.10 anpassen:  <i>2.10 Schlachthof, ausser Geflügelschlachthof, und Betrieb mit geringer Kapazität gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016 (VSFK)</i>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die mit der Revision der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vorgeschlagene Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung lehnt der Regierungsrat ab:

Einerseits ist kritisch zu hinterfragen, ob eine korrekte Betäubung und Tötung von Schlachttieren auf Höfen und Weiden überhaupt tierschutzkonform möglich ist. Für eine tierschutzkonforme Tötung der Schlachttiere braucht es geeignete Einrichtungen. Erhebungen der Bundeseinheit für die Lebensmittelkette und eigene Vollzugserfahrungen haben gezeigt, dass die korrekte Betäubung und Tötung der Schlachttiere selbst in bestens dafür eingerichteten Schlachthanlagen eine Herausforderung darstellt. Weiter ist die Änderung auch aus Gründen der Lebensmittelhygiene abzulehnen. Um die Auswanderung von Keimen vom Darm in das Muskelfleisch zu verhindern, müssen Schlachttiere möglichst rasch nach der Betäubung und Entblutung ausgeweidet werden. Zeitverzögerungen, wie sie beim Transport vom Hof in ein Schlachthaus unweigerlich vorkommen, sind vor diesem Hintergrund einer guten Schlachthygiene abträglich. Nicht zuletzt wird die Änderung auch aus Gründen des zu erwartenden hohen Vollzugsaufwands abgelehnt. Die Ressourcensituation bei den Veterinärbehörden ist bereits jetzt äusserst angespannt. Weitere Bewilligungs- und Kontrollaufgaben können mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden. Im Kanton Bern existieren rund 135 bewilligte Schlachthanlagen, die über das ganze Kantonsgebiet verteilt sind. Es ist somit durchaus möglich, Tiere lokal und ohne lange Transportwege zu schlachten. Die Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung bringt diesbezüglich keine Verbesserung für das Tierwohl oder die lokale Vermarktung. Soll an der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung festgehalten werden, sind die nachfolgenden Bemerkungen zu berücksichtigen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3 Bst. q und r	Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sind zu ergänzen. So ist klargestellt, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen. Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden sollte, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof oder auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet.	<p>Präzisieren:</p> <p><i>q. Hofschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand und die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</i></p> <p><i>r. Weideschlachtung: Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbestand und die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</i></p> <p>Eventualiter: Begriffe durch Hofbetäubung, Weidebetäubung ersetzen.</p>
3	Der Begriff "mobile Schlachthanlage" ist aufzunehmen. Weitere Schlachtschritte dürfen nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden.	<p>Ergänzen:</p> <p><i>s. Mobile Schlachthanlage: Mobile Einheit, in der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand stattfindet.</i></p>

9a Abs. 2	<p>Neben Tierhaltern sollten insbesondere Betreiber von mobilen Schlachthanlagen eine Bewilligung benötigen. Um den Vollzug zu harmonisieren, sollten die Rahmenbedingungen in einer Amtsverordnung geregelt werden.</p> <p>Neben der Bewilligung sollte auch die Kontrolle der bewilligten Hof- und Weideschlachtungen geregelt werden.</p>	<p>Ergänzen:</p> <p><i>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen, sowie Betreiber von mobilen Schlachthanlagen bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. Das BLV regelt die Rahmenbedingungen in einer Amtsverordnung.</i></p> <p>Ergänzen.</p>
9a Abs. 2 Bst. b	<p>Es muss festgelegt werden, innert welcher Frist die Tiere im Schlachtbetrieb weiterbearbeitet werden müssen. Nach Artikel 10 VHyS<sup>3</sup> ist bei Tieren, die später als 45 Minuten nach dem Betäuben und Entbluten ausgeweidet wurden, eine mikrobiologische Fleischuntersuchung zu veranlassen. Das Ausweiden hat deshalb auch bei Hof- und Weideschlachtung innert 45 Minuten zu erfolgen.</p>	
28 Abs. 1 und 2	<p>Die Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung für Rinder im Herkunftsbestand wird ausdrücklich begrüsst. Dies erleichtert die Organisation der Fleischkontrolle insbesondere in Kleinbetrieben. Ebenfalls wird die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren begrüsst. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen. Dies ist im Gesetzestext zu ergänzen.</p>	<p>Ergänzen um einen dritten Satz:</p> <p><sup>2</sup> [...] Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.</p>
52 Abs. 3 Bst. b	<p>Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Ergänzen:</p> <p><i>3. Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen.</i></p>
60 Abs. 3 Bst. a	<p>Der Teilsatz „pro Schlacht tier;“ ist mit einem „oder“ zu ergänzen.</p>	<p>Ergänzen:</p> <p><i>a. pro Schlacht tier; oder</i></p>
60 Abs. 4	<p>Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen bei den Gebühren senken. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem</p>	<p>Ändern:</p> <p><sup>4</sup>...a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-</p>

<sup>3</sup> Verordnung des EDI vom 23. November 2005 über die Hygiene beim Schlachten (VHyS; SR 817.190.1)

	Alter unterteilt werden. Wie bei allen anderen Tierkategorien sollte ein einziger Tarif festgelegt werden, der den Kantonen den nötigen Spielraum zur Aufwandüberwälzung lässt.	
60 Abs. 5	Der Verrechnung nach Kilogramm Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad). Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart). Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.	Ändern:  <i><sup>5</sup> Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung zwischen drei und zehn Rappen pro Kilogramm.</i>
61 Abs. 1	Die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung werden begrüsst.	
61 Abs. 2	Die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen, wird begrüsst. Allerdings wird im Gesetzestext als Arbeitszeit 06.00-20.00 Uhr festgehalten, in den Erläuterungen dagegen 06.0h.-18.00 Uhr. Die Arbeitszeiten sind im Gesetzestext anzupassen.	Anpassen:  <i><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–18.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. [...]</i>

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen



<b>8</b>	<b>EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>9</b>	<b>EDI: Getränkeverordnung</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>10</b>	<b>EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>11</b>	<b>EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>12</b>	<b>EDI: Lebensmittelinformationsverordnung</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>13</b>	<b>EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>14</b>	<b>EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>15</b>	<b>EDI: Zusatzstoffverordnung</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>16</b>	<b>EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>17</b>	<b>EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

<b>18</b>	<b>EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>
Allgemeine Bemerkungen	
Keine Bemerkungen	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
29 Abs. 4 <sup>bis</sup>	Die Terminologie ist anzupassen gemäss Art. 3 Bst. n. VSFK. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	Anpassen:  <i>4<sup>bis</sup> Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile zerteilten Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</i>
30 Abs. 1 <sup>bis</sup>		Anpassen:  <i>1<sup>bis</sup> Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.</i>

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

<b>21</b>	<b>EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
<b>Keine Bemerkungen</b>	

<b>22</b>	<b>EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
<b>Keine Bemerkungen</b>	

<b>23</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
<b>Keine Bemerkungen</b>	

<b>24</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
<b>Keine Bemerkungen</b>	

(Versand per Mail)  
Eidg. Departement des Innern  
Bundesamt für Lebensmittelsi-  
cherheit und Veterinärwesen  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

6-5-4 / GR

Bern, 26. August 2019

## **Vernehmlassung von Verordnungen des Lebensmittelrechts: Stellungnahme der GDK**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) beschränkt sich in seiner Stellungnahme auf gesundheitspolitische Aspekte und äussert sich wie folgt.

### **Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV), Art. 37 Abs. 5 Bst. b: «ohne Gentechnik hergestellt» trotz GVO-Futtermittelzusätzen**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin 12). Nach Art. 37 Abs. 5 Bst. b LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, obwohl die Tiere Futter mit gentechnisch veränderten Futtermittelzusätzen zu sich genommen haben.

Die GDK stellt sich aus zwei Gründen klar gegen diese Bestimmung.

Einerseits ist der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» im Grundsatz eine falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Erwartung von Konsumentinnen und Konsumenten, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt», auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer Konsumententäuschung. Die GDK stellt sich gegen entsprechende Falschinformationen, welche aus ihrer Sicht den Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes verletzt. Dies gilt auch, wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Andererseits ist die GDK nicht damit einverstanden, dass die vom Parlament angenommene Motion von Jacques Bourgeois ([15.4114](#), Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt») im Rahmen von Verordnungsrevisionen umgesetzt wird. Die Motion hat in dieser Form keine gesetzliche Grundlage und würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

**Fazit:** Auf Art. 37 Abs. 5 LGV ist aus diesen Gründen zu verzichten.

### **Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV): Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien**

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit der Behörden. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

**Fazit:** Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche Botschaft erkennbar werden. Zudem bitten wir um einen einleitenden Artikel, welcher die organisatorische Einheit von amtlichen Laboratorien und Vollzugsbehörden «in der Regel» festhält.

### **LMVV, Art. 7 Abs. 2 und Art. 13 Abs. 3: Steigender Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden werden massiv steigen, was in der Folge zu höheren kantonalen Verwaltungskosten führt. Um die Mehraufwände in sachgerechten Grenzen zu halten, fordert die GDK den Verzicht auf folgende Bestimmungen:

- **Berichterstattung zu amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV):** Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen (Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen sowie Art und Anzahl ergriffener Sanktionen) sind fragwürdig. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden Pseudoinformationen generiert, welche die Verwaltungskosten steigern, ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Art. 7 Abs. 2 LMVV ist deshalb zu streichen.
- **Externe Audits für Inspektionsdienste (Art. 13 Abs. 3 LMVV):** Die Bestimmung widerspricht dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden aufgehoben haben. Es fehlt somit auch eine gesetzliche Grundlage im Lebensmittelgesetz, weshalb Art. 13 Abs. 3 LMVV ebenfalls zu streichen ist.

**Fazit:** Die GDK fordert den Verzicht auf die beiden Bestimmungen Art. 7 Abs. 2 und Art. 13 Abs. 3 LMVV.

**Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV), Art. 3 Bst. h und Art. 7 Abs. 2: Zufällige Kontrollen**

Gemäss Art. 3 Bst. h und Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden. Begründet wird dies damit, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren.

Diese Absicht wird begrüsst, wie auch der Grundsatz, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die Grundkontrollen beschränken müssen. Signalbasierte zusätzliche Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Mit Art. 7 Abs. 2 wird jedoch eine weitere Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt. Bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren würde dies eine Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr fünf Prozent bedeuten – und eine ebensolche Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt.

**Fazit:** Die Bestimmungen für zufällige Kontrollen gemäss Art. 3 Bst. h und Art. 7 Abs. 2 MNKPV sind in dieser Form unnötig und deshalb ersatzlos zu streichen.

**Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK), Art. 3 und Art. 9a: Ergänzungen zur Gewährleistung des Tierschutzes und der Hygiene**

Wird daran festgehalten, die Hof- und Weideschlachtung in der VSFK zu regeln, sind zwingend Anpassungen und Ergänzungen vorzunehmen, um das Niveau des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben zu gewährleisten. Die GDK geht davon aus, dass die Konsumentinnen und Konsumenten diese Voraussetzungen erwarten und befürchtet ansonsten ein Vertrauensverlust gegenüber dem Veterinärdienst.

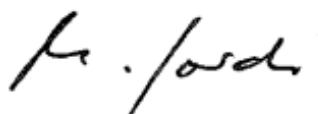
**Fazit:** Wir verweisen zu VSFK auf die Stellungnahme der Vereinigung der Kantonstierärztinnen und -tierärzte (VSKT) und unterstützen insbesondere die geforderten Anpassungen zu Art. 3 und Art. 9a.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

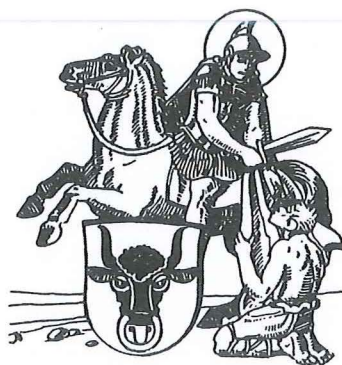
Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Hanselmann'.

Regierungsrätin Heidi Hanselmann  
Präsidentin GDK

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Jordi'.

Michael Jordi  
Generalsekretär



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)  
Lebensmittel und Ernährung  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

### Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Sie erhalten unsere Antworten zusammengefasst im beiliegenden Formular.

Altdorf, 26. August 2019



Im Namen des Regierungsrats  
Der Landammann      Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli

Beilage

- Antwortformular





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Uri  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Kt. UR  
Adresse, Ort : Klausenstrasse 4, 6460 Altdorf  
Kontaktperson : Amt für Gesundheit  
Telefon : 041 875 21 51  
E-Mail : ds.gsud@ur.ch  
Datum : 22. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung (LMVV) .....	5
4	BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) .....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	12
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37 Abs. 5	<p>Grundsätzlich begrüßen wir, dass mit dieser Verordnungsänderung Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne genetisch veränderte Organismen (GVO) hergestellt» eingeführt werden. Dies erhöht einerseits die Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten und bringt andererseits einen Mehrwert für die einheimische Landwirtschaft.</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es jedoch neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» anzupreisen, obwohl die Tiere mit Futtermitteln gefüttert wurden, die solche GVO-Futtermittelzusätze beinhalten. Denn verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar (z. B. Vitamin B12). Dies bedeutet im Grundsatz eine Täuschung oder Falsch-Information der Konsumentinnen und Konsumenten. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p>	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung (LMVV)

#### Allgemeine Bemerkungen

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem ist eine organisatorisch Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien vorgesehen, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.	Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien <u>nicht der Regelfall</u> werden. Es soll einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.
Artikel 13, Absatz 3	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.	Ersatzlos streichen
Art. 7 Abs. 2	Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichten Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung	Ersatzlos streichen

	<p>über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).</p> <p>Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.</p>	
Art. 37 Abs. 8	<p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>
Art. 48 und 52	<p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben,</p>	<p>Art. 48 und Anhang 4 ersatzlos streichen, Art. 52 anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	<p>validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	
--	--	--

#### 4 BR: Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)

##### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden.

Die Parallelität/Abhängigkeiten der Rechtsgrundlagen MNKPV und VKKL erweisen sich hinsichtlich Kontrollplanung und –koordination zunehmend als störend (ineffizient). Dies nicht nur unter dem Aspekt der asynchronen Anpassungsrhythmen dieser Rechtsgrundlagen, sondern auch hinsichtlich der fachlichen Abhängigkeiten (Begrifflichkeiten) und letztlich der jeweiligen technischen Umsetzung (Datenverwaltungssysteme).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüssen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.	Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: <b>geschützte Kennzeichnungen von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.</b> Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.
Art. 2, Abs.3 Bst. b	Die Fussnote bezieht sich auf die Pflanzenschutzverordnung, PSV (SR 916.20) vom 27.10.2010	a. Von Prozessen gemäss der Pflanzenschutzverordnung vom 27. Oktober 2010
Art. 3, Bst. c, h	Es ist zwingend erforderlich, dass die Begrifflichkeiten zwischen MNKPV und VKKL abgestimmt/harmonisiert werden, um vor lauter Bäumen den Wald nicht aus den Augen zu verlieren: Der Begriff "Zufällige Kontrolle" ist insofern irreführend, da bezüglich der Koordination der Grundkontrolle (bisher) immer von einer zufälligen Auswahl ausgegangen wurde: Hier ist abschliessend zu klären, ob die Grundkontrollen künftig einem starren/planbaren Kontrollrhythmus unterworfen werden.	



Art. 3, Bst. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollte für die Primärproduktion / landwirtschaftliche Betriebe wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
Art. 3, Bst. g	Bei der Verwaltungskontrolle handelt es sich um eine Kontrollmethode und nicht um einen Kontrolltyp. Das Gegenstück zur Verwaltungskontrolle stellt die Kontrolle vor Ort dar, wie beschrieben. Jede der aufgeführten Kontrollen kann (zumindest teilweise) als Verwaltungskontrolle und/oder als vor Ort-Kontrolle durchgeführt werden. Es wäre denkbar, dass die Kontrolle (analog angemeldet/unangemeldet) mit einem Status (vor Ort/administrativ) versehen würde.	streichen
Art. 6, Abs. 1	Wir begrüssen die Absicht, dass der MNKP gemeinsam mit den zuständigen kantonalen Vollzugsbehörden erarbeitet werden soll. Es ist zu beachten, dass nebst der Veterinärbehörde auch die landwirtschaftliche Vollzugsbehörde miteinbezogen wird. Das war bisher kaum der Fall!	
Art. 7, Abs. 2	In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar. Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... <b>können</b> zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit <b>zusätzlicher</b> Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der <b>zufälligen</b> Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.	Art. 7 Abs. 2 und Art. 3 Bst. h streichen
	Verwaltungskontrollen sind kein Kontrolltyp, sondern eine Kontrollmethode.	Streichen

Art. 11, Abs.1 Bst. b	Verwaltungskontrollen sind kein Kontrolltyp, sondern eine Kontrollmethode. Eine Verwaltungskontrolle kann immer nur einen Bereich einer Kontrolle abdecken und wird nie eine vor Ort-Kontrolle vollständig ersetzen können.	Streichen
Art. 12	Das ist eine ziemlich komplizierte Formulierung und überhaupt nicht «harmonisiert» (missverständlich): Vereinfachen: es gibt generell einen %-satz für Grundkontrollen und einen %-satz für alle übrigen Kontrollen, dann sind auch Abs. 3 und Abs. 4 obsolet.	
Art. 14	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht und diese vertraulich behandelt werden.	
Art. 15, Abs. 2	Mit der Definition Ganzjahresbetrieb unter Ziff. 1.1.1 wird eine zusätzliche Betriebskategorie geschaffen, nebst den DZ-Betrieben (0,2 SAK), den Strukturdatenbetrieben (1 ha LN, 30 a Spezialkulturen, 10 a geschützter Anbau) und den übrigen Betrieben gemäss Tierseuchenverordnung	
Anhang 1 Liste 1	Wir begrüssen die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserei mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Anhang1 Liste 3	Wir begrüssen die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserei mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Erfüllung des Postulats Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachten wir die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung (LIV)

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli usw. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern  
Bundesgasse 3  
3000 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 22. August 2019

## **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken für Ihr Schreiben vom 2. Mai 2019 und die Gelegenheit, zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts Stellung nehmen zu können. Gern äussern wir uns wie folgt:

Die Änderungen stehen im Gesamtkontext der Weiterführung des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (SR 817.0). Die Grundausrichtung unterstützen wir. Vorbehalten haben wir insbesondere gegen folgende geplante und in dieser Vernehmlassung zur Diskussion stehenden Änderungen:

- Die in Art. 37 Abs. 3 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (SR 817.02; abgekürzt LGV) vorgesehene Anpreisung von Lebensmitteln tierischer Herkunft als «Ohne Gentechnik hergestellt» – obwohl den Tieren GVO-Futtermittelzusätze verfüttert wurden – stellt eine rechtlich legitimierte Konsumententäuschung dar, die abzulehnen ist.
- Die in der totalrevidierten Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (abgekürzt LMVV) beschriebene organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien ist verwirrend, entspricht nicht den schweizerischen Verhältnissen und stellt das bewährte, effiziente und fachkompetente Schweizer System der Lebensmittelkontrolle, in dem die amtlichen Laboratorien Teil der Vollzugsbehörden sind, in Frage.
- Eine Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren verunmöglicht die Stichprobenkontrolle im Detailhandel, was den Konsumentenschutz schwächt und Food Fraud fördert. Diese in den Art. 48 mit Anhang 4 und Art. 52 LMVV vorgesehenen Änderungen sind abzulehnen, da damit die Lebensmittelkontrolle berechenbar wird und Tür und Tor für Konsumententäuschungen öffnet.
- Zusätzliche zufällige Kontrollen (neben den risikobasierten Grundkontrollen), wie sie neu in Art. 7 Abs. 2 der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für



die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (abgekürzt MNKPV) von den Vollzugsbehörden gefordert werden, stellen einen zusätzlichen Aufwand für die Kantone dar, ohne dass ein Nutzen ersichtlich wäre. Zudem widerspricht der Ansatz der *zufälligen Kontrollen* dem Grundsatz von Art. 30 Abs. 1 des Lebensmittelgesetzes (SR 817.0; abgekürzt LMG), wonach die amtlichen Kontrollen risikobasiert durchzuführen sind.

- Die mit der Teilrevision der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (SR 817.190; abgekürzt VSFK) vorgeschlagene Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung lehnt das Gesundheitsdepartement ab, da die korrekte Betäubung nur schwer sicherzustellen ist, geeignete Einrichtungen fehlen, im Kanton St.Gallen kurze Transportwege zu Schlachtlokalen vorhanden sind und die Lebensmittelhygiene auf der Weide schwer eingehalten werden kann. Zudem würde die Weideschlachtung einen beträchtlichen zusätzlichen Vollzugsaufwand mit sich bringen.
- Die Streichung der mikrobiologischen Höchstwerte in Teil 3 im Anhang 1 der Hygieneverordnung EDI (SR 817.024.1; abgekürzt HyV) bringt eine Rechtsunsicherheit mit sich, die durch die Beibehaltung des aktuellen Teils 3 und die rechtliche Einordnung der Höchstwerte aus den Branchenleitlinien umgangen werden könnte. Daher ist diese Streichung abzulehnen.

Einzelheiten zu den vorgenannten und zu weiteren Aspekten wollen Sie dem Anhang zu dieser Vernehmlassungsantwort entnehmen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann  
Präsidentin

Canisius Braun  
Staatssekretär



**Beilage:**  
Anhang

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
[vernehmlassungen@blv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@blv.admin.ch)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen St.Gallen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AVSV  
Adresse, Ort : Blarerstrasse 2  
Kontaktperson : Dr. Pius Kölbener, Kantonschemiker, und Dr. Albert Fritsche, Kantonstierarzt  
Telefon : 058 229 28 00  
E-Mail : [pius.koelbener@sg.ch](mailto:pius.koelbener@sg.ch)  
Datum : 6. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	15
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	22
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	28
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	29
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	32
9	EDI: Getränkeverordnung .....	33
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	34
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	35
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	37
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	39
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	40
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	42
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	43
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	46
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	48
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	49
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	52
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	53
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	54
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	55
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	56

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen stehen im Gesamtkontext der Weiterführung des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Die Grundausrichtung unterstützen wir.

Neben Anmerkungen zu technischen Details, die wir in die Liste eingetragen haben, machen wir Vorbehalte geltend gegen folgende geplante und in dieser Vernehmlassung zur Diskussion stehenden Änderungen, die es Wert sind speziell hervorgehoben zu werden:

- Die in Art. 37 Abs. 3 LGV vorgesehene Anpreisung von Lebensmittel tierischer Herkunft als «Ohne Gentechnik hergestellt» – obwohl den Tieren GVO-Futtermittelzusätze verfüttert wurden – stellt eine rechtlich legitimierte Konsumententäuschung dar, die abzulehnen ist.
- Die in der LMVV beschriebene organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, ist verwirrend, entspricht nicht den schweizer Verhältnissen und stellt das bewährte, effiziente und fachkompetente Schweizer System der Lebensmittelkontrolle, in dem die amtlichen Laboratorien Teil der Vollzugsbehörden sind, in Frage.
- Eine Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren verunmöglicht die Stichprobenkontrolle im Detailhandel, was den Konsumentenschutz schwächt und Food Fraud fördert. Diese in den Art. 48 mit Anhang 4 und Art. 52 LMVV vorgesehenen Änderungen sind abzulehnen, da damit die Lebensmittelkontrolle berechenbar wird und Tür und Tor für Konsumententäuschungen öffnet.
- Zusätzliche zufällige Kontrollen (neben den risikobasierten Grundkontrollen), wie sie neu in Art. 7 Abs. 2 MNKPV von den Vollzugsbehörden gefordert werden, stellen einen zusätzlichen Aufwand für die Kantone dar, ohne dass ein Nutzen ersichtlich wäre. Zudem widerspricht der Ansatz der *zufälligen Kontrollen* dem Grundsatz von Art. 30 Abs. 1 LMG, wonach die amtlichen Kontrollen risikobasiert durchzuführen sind.
- Die mit der Revision der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK) vorgeschlagene Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung lehnt das Gesundheitsdepartement ab, da die korrekte Betäubung nur schwer sicherzustellen ist, geeignete Einrichtungen fehlen, im Kanton St.Gallen kurze Transportwege zu Schlachtlokalen vorhanden sind und die Lebensmittelhygiene auf der Weide schwer eingehalten werden kann. Zudem würde die Weideschalchtung einen beträchtlichen zusätzlichen Vollzugsaufwand mit sich bringen.
- Die Streichung der mikrobiologischen Höchstwerte in Teil 3 im Anhang 1 der HyV bringt eine Rechtsunsicherheit mit sich, die durch die Beibehaltung des aktuellen Teil 3 und die rechtliche Einordnung der Höchstwerte aus den Branchenleitlinien umgangen werden könnte. Daher ist diese Streichung abzulehnen.

Vertiefte Begründungen zu den hier gemachten Anmerkungen sind bei den einzelnen Verordnungen aufgeführt.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)

### Allgemeine Bemerkungen

#### «Ohne Gentechnik hergestellt» trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)

##### Inhalt der Neuregelung

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

##### Beurteilung

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt») durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

##### Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn «Erdnussbutter» auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff «burro d'arachidi» auf Italienisch nicht zulässig sein soll.	Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung). Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).

	Diese Änderung bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z. B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.	Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: siehe dort
Art. 30 / 31	Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.	Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.
Art. 37 Abs. 5	Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12). Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist. Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt») durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Offenverkauf: Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln (wie Fleisch oder Patisseriewaren), die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.

	<p>Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	
Art. 48	<p>Die vorgesehene Anpassung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst.</p> <p>Die Streichung der Bestimmung, dass Trinkwassereleitungen keine Bedarfsgegenstände sind, bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via «Fast Track» revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.</p>	

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

##### **Inhalt der Neuregelung**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist, da die amtlichen Laboratorien Teil der Vollzugsbehörden sind.

##### **Beurteilung**

Die Einheit des Vollzugs bestehend aus der amtlichen analytischen Laboruntersuchung (Produktkontrolle) und der Betriebsinspektion (Prozesskontrolle) unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz, Kompetenz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz ist bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich, was auch Sinn macht, da bei ihr die Fachkompetenz am grössten ist. Die gemäss Art. 46 LMVV geforderte Information der zuständigen Behördenregelt ein Selbstgespräch, eröffnet aber gleichzeitig die Möglichkeit die Produkt- und Prozesskontrolle in einzelnen Kantonen voneinander zu trennen, was einem einheitlichen Vollzug über die Kantone zu wider läuft.

In der LMVV soll jetzt der organisatorische Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen an eine überflüssige Trennung von Laboruntersuchung und Inspektion zur «Quasi-Sicherstellung» selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

##### **Antrag**

Um das bewährte, effiziente und auf Fachkompetenz gründende Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.

Wir würden es ausserordentlich begrüessen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien «in der Regel» gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

### **Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

#### **Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)**

##### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

##### **Beurteilung**

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.

Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

##### **Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

#### **Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

##### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen** sowie **Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

##### **Beurteilung**

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel «Transparenz» zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

##### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.



## **Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### **Beurteilung**

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### **Antrag**

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

- d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### **Beurteilung**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z.B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

**Antrag**

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der «Krise» nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die eine Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag gute Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar.	Definition der Krise nach Art. 2 Abs. 1 BSt. c beibehalten: <i>Krise</i> : unvorhersehbare Situation, die eine tatsächliche oder wahrgenommene, unmittelbare oder künftige Bedrohung von beachtlichem Umfang beinhaltet und in der die Lebensmittelsicherheit gefährdet ist oder umfangreiche Täuschungen festgestellt werden;
Art. 7 Abs. 2 Bst. c	Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt). Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel «Transparenz» zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.	Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen
Art. 11 Bst. b	Die Anforderung von Bst. b ist in Bst. a bereits enthalten.	streichen
Art. 13	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs-	Art 13 Abs. 3 ist zu überarbeiten, mindestens Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen

	bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.	
Art. 16	<p>Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.</p> <p>Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt!</p> <p>Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat.</p> <p>Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.</p>	<p>Der letzte Satz in Abs. 3 sei durch folgenden zu ersetzen:</p> <p>«Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.»</p>
Art. 22	Gemäss der Einleitung müssen alle Beanstandungen von Spielzeug dem BLV gemeldet werden. Nicht jede Nichtkonformität bedeutet, dass die Sicherheitsanforderungen nicht eingehalten werden und vom Spielzeug eine Gefahr ausgeht. Daher kann Bst. c nicht immer übermittelt werden.	Einleitungssatz ersetzen durch: Die kantonalen Vollzugsbehörden übermitteln dem BLV im Falle einer Beanstandung von Spielzeug und wenn durch das Spielzeug eine Gefahr für die Gesundheit ausgehen kann folgende Informationen.
Art. 37 Abs. 8	<p>Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.</p> <p>Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.</p>	<p>Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:</p> <p>d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.</p>

Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs.2	Dir hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt. Daher stellt diese Ausformulierung eine überflüssige Redundanz dar.	Absätze sind ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4	<p>Art. 48 Abs 1 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.

	Validierung von Verfahren) Die Akkreditierung nach dieser Norm ist gemäss Art. 45 Abs. 1 Bst. e LMVV für alle amtlichen Untersuchungslaboratorien verbindlich. So stellt dieser Absatz und Anhang 5 eine verzichtbare Redundanz dar.	
Art. 70	Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden. Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben, gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren «ernannt», wenn sie keine Prüfung machen sollen.	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen
Art. 75	Für den Fachassistenten werden Prüfungsnoten festgelegt, ohne diese wie in Art. 85 für den DAL, festzulegen.	Abs. 2bis ist analog Art. 85 (DAL) wie folgt zu ergänzen: Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3.
Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese «Übergangsregelung» tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art. 79 Abs. 2 ist zu überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 3	Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder. Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.	Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden: «....Ein Mitglied der PK kann die Prüfung begleiten.»
Art. 90 Abs 1 Bst a	Voraussetzung für die Erlangung des DLAL soll ein Masterdiplom in einem naturwissenschaftlichen Studium sein, so wie dies Art. 89 für die Tätigkeit eines Kantonschemikers fordert. Neben einer fachlich hochstehenden Grundausbildung muss angestrebt werden, dass bei der Neubesetzung von KC-Stellen mehr Bewerber und Bewerberinnen vorhanden sind als bis anhin. Da macht es für die Lebensmittelkontrolle Schweiz wenig Sinn Fachkräfte mit	Art. 90 Abs. 1 Bst a soll lauten: ein Master of Science im naturwissenschaftlichen Bereich

	dem DLAL auszubilden, die sich aber als KC nicht bewerben können. Auf der andern Seite ist es wichtig das Ausbildungsniveau hochzuhalten, weshalb ein abgeschlossenes Master-Studium zu recht verlangt wird. Dies auch deshalb weil fachliche Spezialgebiete auch in Zukunft im Selbststudium erarbeitet werden müssen, um den Anforderungen des Berufsalltags gewachsen zu sein.	
Art. 91	In der Ausbildung zum DLAL fehlen die Bereiche Toxikologie, Epidemiologie und Risikokommunikation. Es ist wichtig diese Bereiche explizit zu schulen, da Kenntnisse in diesen Bereichen nicht über die Routine-Arbeit abgedeckt sind (die Eintrittswahrscheinlichkeit von solch 'schwierigen' Fällen ist tief), und die Tragweite von Fällen, in denen diese Kenntnisse gefordert sind, potentiell gross ist.	neuer Absatz: Die Bewerberin oder der Bewerber muss in den folgenden Fachgebieten Leistungs- oder Prüfungsnachweise einer Hochschule, einer anderen Institution oder einer gemeinsamen Ausbildung von Bund und Kantonen erbringen: <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Toxikologie in den Bereichen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände</li> <li>b. Epidemiologie</li> <li>c. Kommunikation</li> </ul> Art. 95 ist entsprechend anzupassen
Art. 98	Abs. 2. Es wird auf Art. 70 verwiesen. Sollte dies ein Link auf Art. 72 sein?	
Art. 105	Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. (vgl. auch Art. 16)	Art. 105 ist mit Bst. d zu ergänzen: «d. ein vermuteter Krankheitsausbruch im Zusammenhang mit Lebensmitteln vorliegt.»
Anhang 4	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 4	Anhang 4 ist ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist Anhang 4 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.
Anhang 5	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 5	Anhang 5 ist ersatzlos zu streichen



## **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Anpassungen in der Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV) schliessen die Lücken zwischen der VKKL und der bisherigen NKPV weitgehend; verschiedene Formulierungen müssen jedoch angepasst werden, um zielführend zu sein. Die neue Gliederung ist übersichtlich, was sehr begrüsst wird.

Die Neuregelungen ermöglichen es, die Ressourcen vermehrt risikobasiert einzusetzen. Nach unserer Einschätzung führt die Anpassung aber kaum, wie in den Erläuterungen angeführt, zu einer Entlastung der Kantone.

Die nachstehenden Anträge bitten wir zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollen die Begriffe und die weiteren Bestimmungen, die analog in der VKKL und der MNKPV vorkommen müssen, nochmals auf unnötige Formulierungsabweichungen überprüft werden, um Missverständnissen vorzubeugen. Dies betrifft auch die Begriffe zu den einzelnen Kontrolltypen. Die Festlegung der Möglichkeit zu Verwaltungskontrollen ist verfrüht, weil die Daten für die Umsetzung nicht bereit sind und ein vergleichbares Vorgehen für den Nationalen Kontrollplan unabdingbar ist.

Bei den unangemeldeten Kontrollen, sollte zwischen Tierschutzkontrollen und Kontrollen Primärproduktion unterschieden werden. Im Tierschutz ist die hohe Zahl an unangemeldeten Kontrollen gerechtfertigt, nicht in der Primärproduktionskontrolle. Hier ist die Anwesenheit des Tierhalter unabdingbar. Die Prozentzahlen sind für die Kontrollen der Tiergesundheit, der Futtermittel, der Tierarzneimittel in der Primärproduktion zu hoch und führen dazu, dass man oft auf Betrieben unangemeldet erscheint und keine Kontrolle machen kann, da niemand da ist und man keinen Zugang zu den relevanten Daten hat.

Für die Übermittlung der Vollzugsdaten ist in ASAN eine elektronische Schnittstelle zu den kantonalen Geschäftsabwicklungssystemen zu schaffen, wie dies für die Kontrolldaten zu Acontrol bereits der Fall.

Die nationalen Fremdstoffuntersuchungspläne (NFUP) sollten ebenfalls in die vorliegende Verordnung integriert werden sowie die Verantwortlichkeiten und Finanzierung geklärt werden.

Was das Kapitel 11 des Landwirtschaftsübereinkommens betrifft, so ist unseres Wissens die pflanzliche Primärproduktion nicht Teil des Abkommens und die Schweiz kann sich die Frage stellen, ob die Risikoanalyse eine so strikte Anwendung rechtfertigt. Wir unterstützen jedoch eine einheitliche

Kontrollregelung für die erste Stufe der pflanzlichen Lebensmittelproduktion in der Schweiz und möchten, dass die Zuständigkeit für den Vollzug in der Verordnung verpflichtend für alle Kantone der Lebensmittelkontrollbehörde zugewiesen wird.

### **Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

#### **Beurteilung**

Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts» wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### **Antrag**

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: *geschützte **Kennzeichnungen** von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.*

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

### **Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.

#### **Beurteilung**

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.



Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht («... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden») entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

Das gleiche gilt für die Zwischenkontrollen im Bereich der Primärproduktion (Art. 8 Bst. d). Diese Kontrollart ist zu streichen und dafür gemäss Art. 7 Abs. 5 den Vollzugsbehörden die Möglichkeit zu geben, auch im Primärproduktionsbereich nach Risikoüberlegungen die Zeitspanne der Grundkontrollfrequenz zu verkürzen.

### Antrag

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen. Art. 8 Bst. d streichen und in Art. 7 Abs. 5 ~~«ausser im Bereich der Primärproduktion»...~~

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 10 Abs. 1 Bst. c	Die Zuständigkeit bezüglich der Überprüfung und Kontrolle der Pflanzengesundheit ist weder in der Verordnung über die Primärproduktion noch im LMG klar bezeichnet. Auch besteht in der Schweiz seit 2006 ein ziemlich uneinheitliches Mosaik an zuständigen Vollzugsbehörden.	Für die pflanzliche Primärproduktion die Zuständigkeit in der Verordnung verbindlich für alle Kantone festlegen. Vorschlag: Lebensmittelkontrollbehörde
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf «Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts» wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, «Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen») vor dem	1. Anpassen: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i> .... 2. Sachverhalt «gemäss Landwirtschaftsrecht» konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i>

	<p>abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung «gemäss Landwirtschaftsrecht» nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	
Art. 3 Bst. h	Die Definition ist obsolet (vgl. Art. 7 Abs. 2).	Art. 3 Bst. h ist zu streichen
Art. 7 Abs. 2	<p>Es sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht («... können zufällige Kontrollen ... stattfinden») entspricht.</p> <p>Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone. Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.</p>	Art. 7 Abs. 2 ist zu streichen.
Art. 7 Bst. 5	Siehe Erklärung zu Art. 8 Bst. d	<del>Ausser im Bereich der Primärproduktion können die....</del> streichen
Art. 8 Bst. a	Es wird begrüsst, dass eine Nachkontrolle nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Behebung der Mängel verfügt wurde. Dies ermöglicht eine effiziente und schlanke Vollzugstätigkeit.	--

Art. 8 Bst. d	Es ist verwirrend, für ein einheitliches Kontrollsystem über alle Bereiche kontraproduktiv und in der Sache unnötig, die Kontrollart «Zwischenkontrollen» nur für die PrP Bereich einzuführen. Es genügt, wenn wie in den andern Kontrollbereichen und Betriebsarten risikobasierte Kontrollen in anderen nach Art. 7 Abs. 5 (Erhöhung der Grundkontrolle) auch im Primärproduktionsbereich gemacht werden können. Ausnahme streichen, Siehe Art. 7 Bst. a	Kontrollart «Zwischenkontrolle» streichen
11 Abs. 1	Bei den Verwaltungskontrollen stellt das Abweichen keine Ausnahme dar, da diese nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden können, sondern sich aus mehreren Teilprüfungen zu verschiedenen Zeitpunkten zusammensetzen, wie auch in Art. 12 postuliert wird. Ebenso muss eine zufällige Kontrolle zufällig bleiben. Es handelt sich nicht um eine Ausnahme. Es ist eine Formulierung zu wählen, wie z.B. «davon abgewichen werden kann...»	Erster Satz wie vorgeschlagen. Davon abgewichen werden kann: a. bis d.
11 Abs. 2	Es wird im Entwurf statuiert, dass <u>alle Kontrollen</u> nach TSchV, TAMV, etc. untereinander und mit demjenigen nach VKKL zu koordinieren seien. Also Grundkontrollen und alle Formen der zusätzlichen Kontrollen. Im Zuständigkeitsbereich des Veterinärdienstes selber dürfte dies aus verwaltungsökonomischen Gründen weitgehend so gemacht werden, eine Muss-Formulierung ist jedoch ressourcentreibend. Zudem ist es für die Koordination aller Kontrollen nach VKKL schlicht weder technisch möglich, noch mit vertretbarem Aufwand machbar, noch kann es inhaltlich gewollt sein, dass man <u>jede Kontrolle untereinander abspricht</u> . Es sind ja zudem nur Vorgaben zur Häufigkeit pro Jahr zu Grundkontrollen in der VKKL und dem vorliegenden Entwurf enthalten, so dass der Zweck der weitergehenden Koordination fehlt. Zusammengefasst: Lediglich die Grundkontrollen sind wie auch in der KVVl festgelegt umfassend zu koordinieren.	Die <u>Grundkontrollen</u> , die auf ...., müssen mit den Grundkontrollen nach ....
12	Wie Verwaltungskontrollen in der Primärproduktion überhaupt wirksam erfolgen können und dann in die Kontrollkoordination eingebaut werden können, bedarf weiterer Ausführungen auf Verordnungsstufe und technischer Ausführungen bevor solche eingeführt werden können.  Die vorliegende Kann-Formulierung ermöglicht es jeder kantonalen Vollzugsbehörde selber zu bestimmen, wann es Verwaltungskontrollen einführt, was dem nationalen Kontrollplan nicht gerecht wird.	Inkrafttreten später, Das BLV bestimmt den Zeitpunkt.

	<p>Es laufen zurzeit umfassende Projektarbeiten. Diese sind auszuwerten und es bedarf der eingehenden Diskussion mit den Vollzugsbehörden über Wirkung, Aufwand, Eaternfassung, Informationsfluss und Entlastung der Primärproduktionsbetriebe.</p> <p>Somit wird beantragt, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung auf später zu verschieben; die Kompetenz dafür kann dem BLV übertragen werden.</p>	
Art. 14, Abs. 1	<p>Bei den unangemeldeten Kontrollen, sollte zwischen Tierschutzkontrollen und Kontrollen der Primärproduktion unterschieden werden. Im Tierschutz ist die hohe Zahl an unangemeldeten Kontrollen gerechtfertigt, nicht in den Primärproduktionskontrolle. Hier ist in die Anwesenheit des Tierhalter unabdingbar. Die Prozentzahlen sind für die Kontrollen der Tiergesundheit, der Futtermittel, der Tierarzneimittel in der Primärproduktion zu hoch und führen dazu, dass man oft auf Betrieben unangemeldet erscheint und keine Kontrolle machen kann, da niemand da ist und man keinen Zugang zu den relevanten Daten hat.</p>	<p>Für die Kontrollen der Tiergesundheit, der Futtermittel, der Tierarzneimittel in der Primärproduktion werden mindestens 20 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 10 Prozent der Grundkontrollen.</p> <p>Für den Kontrollbereich Tierschutz sind die vorgeschlagenen 40% bzw. 20% gerechtfertigt.</p>
Art. 15	<p>Es ist unverständlich, dass in Abs. 1 nur die Primärproduktion erwähnt wird und als Informationssysteme lediglich Acontrol und ASAN aufgeführt werden. Ziel muss ein Datenaustausch von Bund und Kantonen mit effizienten und brauchbaren Schnittstellen der Informationssysteme</p>	<p>Anpassung von Abs. 2: Das BLW und das BLV legen in Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden fest, welche Daten in welchem Umfang an den Bund geliefert werden und stellen den Kantonen geeignete elektronische Schnittstellen zur Verfügung.</p>
Art. 15, Abs 1, Bst b	<p>Für die Übermittlung der Vollzugsdaten ist in ASAN eine elektronische Schnittstelle zu den kantonalen Geschäftsabwicklungssystemen zu schaffen, wie dies für die Kontrolldaten zu Acontrol bereits der Fall.</p>	<p>Das BLV sorgt dafür, dass für die Übermittlung eine elektronische Schnittstelle zu ASAN geschaffen wird. Bis zur Schaffung der Schnittstellen können diese auch auf konventionellem Weg übermittelt werden. Das BLV bestimmt die minimalen Daten und das Format, welche übermittelt werden müssen.</p>
Art. 16	<p>Der Wortlaut muss in Übereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Art. 7 VKKL stehen, weshalb «offensichtlich» zu streichen ist. Auch inhaltlich ist dieses Adjektiv überflüssig, da erkannte Mängel zu melden sind.</p>	<p>« offensichtlich » streichen.</p>
Art. 17	<p>Tierschutzbehörde mit Fachstelle ersetzen, da dies der korrekte Ausdruck nach Art. 33 Tierschutzgesetz ist.</p>	<p>... der kantonalen Fachstelle für Tierschutz kann das BLV ...</p>
Art. 17 Abs. 1	<p>Der Titel des Artikels lautet „Schwerpunktprogramme in der tierischen Primärproduktion“. Diese soll das BLV in Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden festlegen, was impliziert, dass Schwerpunktprogramme nur den Tierschutz betreffen können. Schwerpunktprogramme sollten jedoch für sämtliche Bereiche der PrP durchgeführt werden. Angesichts von STAR</p>	<p>In Absprache mit den kantonalen Tierschutzbehörden kann das BLV</p>

	drängt sich zB ein Schwerpunktprogramm bezüglich Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz in der Kälbermast auf.	
Art. 19 Abs. 1 und Abs. 2 Bstc. c	Da die Daten durch die kantonalen Vollzugsbehörden erhoben werden, sind sie in den Entscheid darüber, welche Daten wie zu erheben sind, einzubeziehen.	Ergänzen: Das BLW und das BLV erfassen nach Anhörung der Kantone Daten,.....
Art. 20 Bst. d	Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Auf welcher Stufe (BLV Oberaufsicht, Vollzug der Kantone, Betriebe, Konsumentensicherheit, Tierwohl, Tiergesundheit national... ..) sind Aussagen zur Wirksamkeit der Massnahmen zu machen? Wir meinen, die Wirksamkeit des Systems sollte beurteilt werden: Es sollten deshalb die Massnahmen auf Stufe Oberaufsicht sein: BLK Audits und von den Kantonen eingereichte Massnahmenpläne / getroffene Massnahmen. Nachverfolgung sollte hier verbessert werden.  Daten auf Stufe Vollzug (Anzahl Verfügungen, Beschlagnahmen etc.) sagen wenig über die Wirksamkeit aus.	Präzisieren
Art. 25	Das Inkrafttreten ist mit demjenigen der VKKL gleichzeitig vorzusehen, um weitere Lücken zu vermeiden. Vorzugsweise auf einen Jahresbeginn und nicht mitten im Jahr. Die Koordination der Kontrollen erfolgt jeweils über ein Jahr und beginnt nicht am 1. Mai.	Abstimmen mit dem Datum des Inkrafttretens der VKKL und Festlegung auf einen Jahresanfang, 1. Januar 2021.
Anh. 1 Liste 1	Die Begrenzung des Cut-Off auf 3 GVE unabhängig von den SAK wird von uns begrüsst.	--
Anh. 1 Liste 2 Ziff 2.10	Die Änderung, wonach für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität neu nicht mehr die Mindestkontrollfrequenz von 1 Jahr gilt (Frequenz von Kanton zu bestimmen) begrüssen wir. Sie ermöglicht eine risikogerechte Planung und Durchführung der Inspektionen. Die Formulierung ist jedoch sehr schwerfällig und könnte missverstanden werden, anpassen: „kein“ ersetzen durch „ausser“	2.10 Schlachthof, <del>kein</del> ausser <u>Geflügelschlachthof-und Betriebe mit geringer Kapazität</u> gemäss Artikel 3 Buchstabe m der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vom 16. Dezember 2016 (VSFK) <sup>21</sup>
Ergänzung : NFUP	Die Probenahmepläne des nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogrammes NFUP 2020, basierend auf der Richtlinie 96/23/EG, werden nicht mehr durch den Bund teilfinanziert. Daher sollte im vorliegenden Entwurf der Verordnung bestimmt werden, wer und wie ab 2020 die NFUP auf nationaler Ebene beschlossen und finanziert werden.	Anhang 2 MNKPV mit den NFUP 2020 ergänzen und die Ermittlung des Verteilungsschlüssels der Finanzierung festlegen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die mit der Revision der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK) vorgeschlagene Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung lehnen wir aus mehreren Gründen ab. Einerseits ist kritisch zu hinterfragen, ob eine korrekte Betäubung und Tötung von Schlachttieren auf Höfen und Weiden überhaupt tierschutzkonform möglich ist. Für eine tierschutzkonforme Tötung der Schlachttiere braucht es geeignete Einrichtungen. Erhebungen der Bundeseinheit für die Lebensmittelkette und eigene Vollzugserfahrungen haben gezeigt, dass die korrekte Betäubung und Tötung der Schlachttiere selbst in bestens dafür eingerichteten Schlachthanlagen eine Herausforderung darstellt. Weiter ist die Änderung auch aus Gründen der Lebensmittelhygiene abzulehnen. Um die Auswanderung von Keimen vom Darm in das Muskelfleisch zu verhindern, müssen Schlachttiere möglichst rasch nach der Betäubung und Entblutung ausgeweidet werden. Zeitverzögerungen, wie sie beim Transport vom Hof in ein Schlachtlokal unweigerlich vorkommen, sind vor diesem Hintergrund einer guten Schlachthygiene abträglich.

Nicht zuletzt lehnen wir die Änderung auch aus Gründen des zu erwartenden hohen Vollzugsaufwands ab. Die Ressourcensituation bei den Veterinärbehörden ist bereits jetzt angespannt. Weitere Bewilligungs- und Kontrollaufgaben können mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigt werden.

Im Kanton St.Gallen existieren rund 65 bewilligte Schlachthanlagen, die über das ganze Kantonsgebiet verteilt sind. Es ist somit durchaus möglich, Tiere lokal und ohne lange Transportwege zu schlachten. Die Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung bringt diesbezüglich keine Verbesserung für das Tierwohl bzw. die lokale Vermarktung.

Soll an der Möglichkeit zur Hof- und Weideschlachtung festgehalten werden, bitten wir um Berücksichtigung unserer Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln. Anpassung und Ergänzung der Bestimmungen sind zwingend vorzunehmen, um das Niveau insbesondere des Tierschutzes und der Hygiene vergleichbar mit demjenigen in Kleinschlachtbetrieben zu gewährleisten.

Der Vorschlag der neuen VSFK enthält verschiedene Punkte, welche fachlich nachvollzogen werden können und auch in der Vollzugspraxis begrüsst werden. In der Einteilung der Schlachtbetriebe nach Gross- oder Kleinschlachtbetrieb ist es als zielführend und ist in sich konsistent, wenn ebenfalls Jungtiere der Schweinegattung aufgenommen werden (s. Art. 3 Bst. m).

Indessen gilt es zu beachten, dass mit der Änderung der Alterskategorie der Rinder (Erhöhung Kategorienunterteilung von 6 Wochen auf 8 Monate) die Gebühren gemindert werden. Konnte bis anhin als Beispiel eine Kälberschlachtung (Tier über 6 Wochen) mit max. Fr. 12.00 verrechnet werden, so wird neu max. eine Gebühr von Fr. 8.00 möglich sein. Dies hat umso mehr eine grosse Bedeutung, dass die Schlachtkälber in den allermeisten Fällen jünger als 8 Monate sind und diese Gebühreneinbussen in Kantonen mit vielen Kälberschlachtungen somit erheblich sind.

Die Änderungen betr. Erfassung und Übermittlung von Kontrolldaten finden insoweit nur Zustimmung, wenn die Datenabbildungen im System (Fleko+) entsprechend gesichert ist. Der Zugriff durch Dritte darf erst erfolgen, wenn das System einwandfrei funktioniert. Dies ist bei der Inkraftsetzung der Verordnung zu berücksichtigen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. m	Es ist nachvollziehbar, dass zur Definition der Betriebskategorien (Unterteilung Gross-/Kleinschlachtbetriebe) die Alterseingrenzung gemacht wird zur Schlachtung von Lämmern und Gitzi. In Konsequenz müsste	Die Jungtierkategorie (Spanferkel) ist ebenfalls aufzunehmen. Dies als Beispiel anhand eines zu nennenden Schlachtgewichts (Vorschlag 40 kg).

	<p>ebenfalls eine Eingrenzung gemacht werden, welche Alterskategorien bei den Schweinen noch als Spanferkel gelten.</p> <p>Mit der vorgeschlagenen Änderungen würden 5 Spanferkeln weiterhin als eine GVE gelten und was im Vergleich zu Lämmern / Gitzi nicht nachvollziehbar ist. /RTh, MSe, 5.6.</p>	
Art. 3 Bst q und r	<p>Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen sollten ergänzt werden, so dass klargestellt ist, dass die weiteren Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage durchgeführt werden dürfen.</p> <p>Insgesamt stellt sich die Frage, ob bei diesen Begriffen das Wort "Schlachtung" nicht ersetzt werden soll, da die Begriffe suggerieren, dass der ganze Schlachtprozess auf dem Hof bzw. auf der Weide stattfindet. Zudem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem landläufigen Begriff "Hausschlachtung", welcher eine Schlachtung für die private häusliche Verwendung bezeichnet</p>	<p><i>Hofschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weideschlachtung:</i> Schlachtung, bei der das Betäuben und Entbluten der Tiere auf einer Weide im Herkunftsbestand, die weiteren Schlachtschritte in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p>Alternativ: Begriffe durch «Hofbetäubung, Weidebetäubung» ersetzen.</p>
Art. 6 Abs. 3	Die Anpassung von diesem nach geltendem Recht verbindlichen Passus wird begrüsst. Nicht nur die Frequenz pro Tierart, sondern auch pro Tierkategorie zumindest bei Schwein und Rind muss mit der Betriebsbewilligung festgelegt werden können, da je nach Betäubungseinrichtung und wegen der Fleischkontrolle dies unterschiedlich ausfallen kann.	... für jede bewilligte Tierart, bei Rind und Schwein für jede Tierkategorie
9a Abs. 1 :	<p>Bei der Weideschlachtung ist der Abschuss auf Distanz von Jungtieren unter 4 Monaten mit zu hohen Risiken für Fehlschüsse wegen deren Grösse und Aktivität nahe der Mutter oder im Kälberverband verbunden und deshalb aus Sicht des Tierschutzes abzulehnen.</p> <p>Zudem systematisch nicht mehr korrekt eingeordnet ist die Weideschlachtung von Gehegewild (vgl. Art. 9 Abs. 3). Wir beantragen die korrekte Einordnung von Zuchtschalenwild der Familie der Cervidae und Bisons in Art. 9a, da kein Unterschied zur Handlung beim Rind besteht. Der Abschuss auf der Weide wird heute schon mit der Wildtierhaltebewilligung geregelt. Generell sollen Tiere kleiner 4 Monate ausgenommen werden, was anhand der Geburtsmeldungen auch gut überprüfbar ist.</p>	, die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.
9a Abs. 2	In den Erläuterungen wird zwar statuiert, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelhygiene bei der Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide mit anschliessendem Verbringen in eine benannte Schlachthanlage gegeben sein müssen. Dies soll durch Bewilligungsaufgaben gemäss Bst. a. bis c sichergestellt werden. Die vorgeschlagene Aufzählung ist abschliessend. Eine solche Formulierung ist	<p>Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde.</p> <p>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt:</p>

	<p>als ungenügend zurückzuweisen. Prüft man welche Artikel der VSFK, der Tierschutzverordnung, der Verordnung Tierschutz beim Schlachten und der Verordnung des EDI über die Hygiene beim Schlachten für die Betäubung und Entblutung generell und zusätzlich speziell in einem bewilligten Schlachtbetrieb gegeben sein müssen und sinngemäss auch für die Betäubung und Entblutung auf dem Hof oder der Weide angewendet werden müssen, können verschiedene Aspekte im vorgeschlagenen Entwurf nicht unter a. bis c. als Auflage formuliert werden.</p> <p>Dass sie per se, also ausserhalb der Bewilligung Anwendung finden, und im Bedarfsfall keine Auflagen dazu formuliert werden können, kann nicht Meinung des Gesetzgebers sein. Zusammengefasst fehlt im Entwurf generell die Kompetenz zu Tierschutzauflagen und verschiedene Bestimmungen finden nicht einmal Anwendung, da die Hofschlachtung und die Weideschlachtung nicht in einem bewilligten Schlachtbetrieb stattfinden und die Normen sich nur darauf beziehen. Es sind dies beispielsweise Art. 8 und 9 Verordnung Tierschutz beim Schlachten, welche sich ausschliesslich an den Betreiber von Schlachthanlagen richten.</p> <p>Der Auditbericht der BLK zur Fleischkontrolle in Schlachtbetrieben von 2018 zeigt für Kleinschlachtbetriebe auf, dass die Betäubung und Entblutung öfters Mängel aufweist. Umso mehr müssen für Hof- und Weideschlachtung die sichernden Voraussetzungen an Ausrüstung (z.B. Ersatzgerät, Wartung), Personal und nachvollziehbarer Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs gegeben sein.</p> <p>Ein weiterer Mangel der Vorlage ist, dass die Fachkundigkeit nach Art. 177 Abs. 1bis TSchV bei der Hofschlachtung nur für die Betäubung gegeben sein muss, der Entblutungsschnitt kann irgendwer ausführen und der Kanton darf keine Auflage dazu machen, was nicht sein darf. Auch bei der Weideschlachtung haben Jäger zwar zu schiessen, die Fachkundigkeit zum Entbluten ist nicht gefordert. Jäger haben z.B. den Bruststich beim Muni nirgends gelernt und sind nach Entwurf nicht verpflichtet diesen auszuführen.</p> <p>Weiter fehlt gänzlich die Dokumentationspflicht wer betäubt und wer entblutet und zur Überprüfung des Betäubungs- und Entblutungserfolgs. Die Selbstkontrolle ist ja nur für bewilligte Schlachtbetriebe vorgeschrieben. Dies sind jedoch wichtige Anforderungen, die es gilt per Auflage sicherzustellen, um dem Tierschutz und auch dem Konsumentenvertrauen gerecht zu werden.</p>	<p>a. <u>Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die Tierschutzanforderungen an die Betäubung und Entblutung eingehalten werden. Insbesondere:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. müssen bei der Hofschlachtung die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008<sup>4</sup> betäubt und entblutet werden.</li> <li>2. müssen bei der Weideschlachtung die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> entblutet werden.</li> <li>3. muss der <u>Betäubungserfolg, die ausreichende Entblutung sowie der Todeseintritts überprüft und die Sofortmassnahmen sichergestellt werden.</u></li> <li>4. <u>muss zuhänden der Behörden schriftlich festgehalten werden, welche Personen im Einzelfall die Betäubung und Entblutung vornehmen; Zudem sind Mängel und Sofortmassnahmen nachvollziehbar schriftlich festzuhalten.</u></li> </ol> <p>b. Die Tiere müssen nach dem Entbluten in einen zum Voraus bestimmten Schlachtbetrieb, <u>der ein zeitnahes ausschachten ermöglicht</u>, transportiert werden, in dem die Schlachtung beendet wird. <u>Auf dem Begleitdokument muss der Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung festgehalten sein.</u></p> <p>c. Die Tierhalterin oder der Tierhalter muss gewährleisten, dass die hygienischen Anforderungen an die Schlachtung eingehalten werden; insbesondere muss sie oder er dafür sorgen, dass das Stichblut aufgefangen und zusammen mit den Schlachttierkörpern in den Schlachtbetrieb verbracht wird.</p>
--	--	--



	<p>Bst b ist zu ergänzen, dass in der Bewilligung der Hof- oder Weideschlachtung derjenige Schlachtbetrieb zum fertig schlachten so örtlich gelegen und so betrieben (z.B. kein Grossschlachtbetrieb mit laufender sonstiger Schlachtung), dass das aus hygienischen Gründen nötige baldige Ausnehmen der Tiere überhaupt möglich ist. Zu ergänzen ist zudem, dass Zeitpunkt der Betäubung und Entblutung zuhanden der Fleischkontrolle des Schlachtbetriebs auf dem Begleitdokument aufgeführt sein muss, ansonsten er keinen korrekten Entscheid zur Fleischuntersuchung treffen kann (z.B. Notwendigkeit einer MFU).</p> <p>Aus all dem ergibt sich der nebenstehende Formulierungsvorschlag.</p> <p>Sollen die notwendigen Bestimmungen zum Tierschutz aus systematischen Gründen nicht in die VSFK muss die Tierschutzverordnung oder die Verordnung Tierschutz beim Schlachten mit einem entsprechenden Abschnitt ergänzt werden. Das Festhalten der Bestimmungen alleine auf Ebene Technische Weisungen ist nicht ausreichend.</p>	
Art. 9a Abs. 3	<p>Eine mindestens jährliche Überwachung der Hofschlachtung muss ergänzt werden. Angesichts der Probleme der korrekten Betäubung und Entblutung in Kleinschlachtbetrieben, muss im gesellschaftlich heiklen Bereich der Hofschlachtung eine behördliche Überwachung auch vorgegeben sein. Der Aufwand dazu ist begrenzt, da dies zeitlich mit der Schlacht tieruntersuchung zusammen erfolgen kann.</p>	<p>Bei der Weideschlachtung muss der Abschuss und das Entbluten der Tiere von einer amtlichen Tierärztin oder einem amtlichen Tierarzt überwacht werden. <u>Bei der Hofschlachtung muss sie oder er das Betäuben und entbluten jährlich stichprobenweise überwachen.</u> Die Dokumentation der Überwachung muss präzisiert sowie die Weiterleitung der Information in den Schlachtbetrieb bzw. zur Fleischkontrolle sichergestellt werden.</p>
Art. 9a Abs. 2 Bst. b	<p>Es muss festgelegt werden, innert welcher Zeit die Tiere im Schlachtbetrieb weiterbearbeitet / ausgenommen werden müssen. Nach Art. 10 VHyS ist bei Tieren, die später als 45 min nach dem Betäuben und Entbluten ausgeweidet wurden, eine MFU zu veranlassen. Das Ausweiden muss deshalb auch bei Hof- und Weideschlachtung innert max. 45 min erfolgen.</p>	<p>Das Ausweiden muss innerhalb von 45 Minuten erfolgen.</p>

Art. 28 Abs. 1 und 2	<p>Die Anpassung der Möglichkeit der STU von Rindern im Heimbestand kann im Nachvollzug zu den Bestimmungen der EU nachvollzogen werden. . Dennoch gilt es aus der Fleischkontrollpraxis die kritische Anmerkung zu machen, dass der Aufwand mit einer Entschädigung von max. Fr. 30.00 nicht abgegolten ist und andererseits die Möglichkeit wegfällt, im Rahmen der STU im Schlachtbetrieb auch Elemente des Tiertransportes zu überwachen. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird die Qualität der STU beim Rind schlechthin geschmälert.</p> <p>Wir begrüssen jedoch die Schlacht tieruntersuchung durch den Bestandestierarzt bei verunfallten und kranken Tieren. Damit wird das Recht an die schweizweit gängige Praxis angepasst. Der Bestandestierarzt muss in diesen Fällen, wie in den Erläuterungen erwähnt, die Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit beurteilen (in Rechtstext ergänzen).</p>	Bei verunfalltem und krankem Schlachtvieh muss die Schlachttauglichkeit und die Transportfähigkeit beurteilt und auf der Gesundheitsbescheinigung bestätigt werden.
Art. 38 Abs. 2 Bst. h	Im Rahmen der sich im Ausbau befindenden verschiedenen Stichprobenprogramme (Tierseuchen, Rückstände, Fleko) in den Schlachthöfen ist dieser Absatz zu ergänzen: Die Schlachtbetriebe sollen ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen müssen.	Die für die amtlichen Probenahmen notwendige technische Infrastruktur zur Verfügung stellen und bei der Untersuchung von Schlacht tierkörpern und Teilen <u>uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.</u>
Art. 44	Die Formulierung betr. dem Einsatz von Betriebspersonal für Hilfstätigkeiten wird begrüsst. Ebenfalls zielführend ist die Konkretisierung, dass der amtliche Tierarzt nur im Grossbetrieb während der ganzen Schlachtdauer anwesend ist, nicht im Betrieb mit geringer Kapazität.	
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte sollen auch die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen durchführen dürfen. Eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nicht nachvollziehbar.	3. Für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen
Art. 60, Abs. 4	Die Erhöhung der Altersgrenze für die Gebührenkategorie Kalb von 6 Wochen auf 8 Monate wird die Einnahmen in Kantonen mit vielen Kälberschlachtungen bei den Gebühren senken. Hierbei ist auch zu bedenken, dass beinahe alle Schlachtkälber jünger als 8 Monate sind. Dies steht im Gegensatz zu den Erläuterungen, welche nicht nachvollziehbar festhalten, dass keine Mindereinnahmen aus dieser Änderung entstehen. Dies ist angesichts des Aufwands für die STU und FU bei den Kälbern nicht gerechtfertigt. Die Gebühren bei der Rindergattung sollten nicht nach dem Alter unterteilt werden. Es sollte wie bei allen anderen Tierkategorien ein einziger Tarif festgelegt werden.	a. Tier der Rindergattung 7.50 - 12.-
Art. 60 Abs. 5	Der Verrechnung nach kg Schlachtgewicht und nach Zeitaufwand sollten die gleichen Grundsätze zugrunde liegen (Kostendeckungsgrad).	Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung <del>unabhängig von der Tierart</del> zwischen drei und <del>sechs</del> zehn Rappen pro

	<p>Entsprechend ist bei der Verrechnung nach Schlachtgewicht die Gebühr / kg SG von der Tierart abhängig (unterschiedlicher Aufwand je kg SG je nach Tierart).</p> <p>Zudem ist in kleineren Grossbetrieben mit Schlachtungen verschiedener Tierarten, insbesondere mit vielen Schafen, der Aufwand grösser als 6 Rp / kg SG. Der Rahmen sollte deshalb weiter festgelegt werden (bis 10 Rp). Ein weiterer Rahmen bei der Verrechnung nach kg SG steht auch in Einklang mit der Weite des Rahmens bei der Verrechnung je Tier.</p>	
Art. 61 Abs. 1	Wir begrüssen die kostendeckenden Gebühren für die Überwachung der Weideschlachtung.	--
Art. 61	<p>Wir begrüssen die Möglichkeit, für Leistungen ausserhalb der Arbeitszeiten höhere Gebühren zu verrechnen. Die Arbeitszeiten sollten jedoch auf 06.00-18.00 h angepasst werden. Achtung: Divergenz zw. Rechtstext und Erläuterungen (18 h bzw. 20 h)</p> <p>Indessen gilt es auch zu beachten, dass es durchaus Betriebe gibt, welche ebenfalls am Samstag regelmässig schlachten, was auch ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten zu werten ist.</p>	Entsprechend müssten die Zeiten (06.00 bis 18.00) geändert und die Umschreibung «ausserhalb der Arbeitszeiten» ergänzt werden um den Wochentag Samstag.
Ergänzung: Änderung des geltenden Rechts	Art. 3 der Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt, SV (SR 916.341) und Art. 3 VSFK haben nicht dieselben Grenzwerte an Einheiten.	Anpassen von Artikel 3 SV an die Limite von 1'500 von Art. 3 Bst. m VSFK.
Anpassungen TVD-VO und ISVET-VO	Zugriffsrecht zu STU-/FU-Daten darf erst erfolgen, wenn FleKo+ einwandfrei funktioniert und so ausgelegt ist, dass die Erfassung der zusätzlichen Daten ohne wesentlichen Zusatzaufwand möglich ist.	Inkrafttreten auf einen späteren Zeitpunkt aufschieben.

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu den Regelungen der EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	<p>Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung von Rückständen in verarbeiteten Lebensmittel schwierig. Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.</p>	<p>Festlegen von Pestizid-Höchstgehalten oder von Verarbeitungsfaktoren in verarbeiteten Lebensmitteln.</p>

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
34 Abs. 1	Formulierung unglücklich (auch wenn dies so in der VO (EU) 2017/1798 ähnlich formuliert wurde): <i>Die Anforderungen gelten für gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche oder nach Zubereitung gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers vermarktet werden</i>	Letzten Satz umformulieren; Vorschlag: Die Anforderungen gelten für gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche vermarktet oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers zubereitet werden.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes «Polyole» sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck «mehrwertige Alkohole» verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Der Begriff «Polyole» ist durch den Ausdruck «mehrwertige Alkohole» zu ersetzen.
Art. 35a Abs. 3	Der Bezug auf Artikel 23 Abs. 2 LIV ist nach unserem Verständnis nicht korrekt. Der Bezug muss Art. 23 Abs. 1 Bst. a-e (entsprechend Artikel 30 Absatz 2 Buchstaben a bis e der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011) lauten.	Zusätzlich zu den Angaben nach Art. 23 Absatz 1 Bst. a-e LIV kann der Inhalt der obligatorischen Nährwertdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung durch Folgendes ergänzt werden.
Art. 35a Abs. 3 Bst. c	Der im Art. 35 Abs. 3 Bst. c genannte Bezug zu Artikel 34 Absatz 3 existiert nicht! Der Bezug muss auf Artikel 34 Absatz 2 lauten.	die Menge der dem Erzeugnis gemäss Artikel 34 Absatz 2 zugesetzten Stoffe.
Art. 35a Abs. 6 und 7	In den Absätzen 6 und 7 wird mit dem Wortlaut «dieses Anhangs» jeweils ein Rückbezug auf Anhang 11 LIV hergestellt. Der Wortlaut «dieses Anhangs» sollte durch den leichter verständlichen Wortlaut «des genannten Anhangs» (analog Text EU) ersetzt werden.	«dieses Anhangs» ersetzen durch «des genannten Anhangs»
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 3	Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.  Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Aufführen von einzelnen abweichenden Bestimmungen stehen. Bei Art. 35 a geht es auch um die Nährwertdeklaration.	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35 abis, sondern am Anfang von Art. 35 a aufzuführen.

Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Gemäss Erläuterung sollen die Stoffe nach Anhang 4 VZVM (Verbotsliste) für alle in der VLBE umschriebenen Kategorien von Lebensmitteln, einschliesslich der Lebensmittel für Sportlerinnen und Sportler, verboten sein. Diese Anforderung kann entsprechend nicht im Kapitel 5 unter Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup> genannt werden. Die Anforderung stellt eine Allgemeine Anforderung dar und ist entsprechend unter Art. 3 unterzubringen.	Absatz streichen und Inhalt unter Art. 3 aufführen
Art. 40 Abs. 5	Die wissenschaftliche Sinnhaftigkeit der Ausweitung des isotonischen Osmolaritätsbereiches von 270-290 auf 260-290 kann nicht beurteilt werden. Zu beachten ist aber, dass der vorgeschlagene Wortlaut von Art. 40 Abs. 5 die Bereiche für Isoton (260-290) und Hypoton (260 oder weniger) nicht klar voneinander abgrenzt. Ein Getränk mit Osmolarität von 260 mmol pro Liter kann sowohl als isoton als auch als hypoton bezeichnet werden. Damit hypotone Getränke keine (unnötige) Veränderung der Anforderung erfahren, ist der Bereich für isoton entsprechend zu präzisieren.	Getränke mit einer Osmolarität von mehr als 260 bis 290 mmol pro Liter können als isoton, Getränke mit einer Osmolarität von 260 mmol oder weniger können als hypoton bezeichnet werden.
Anhang 1	Die Fussnote 6 bezüglich Cystin ist sachlogisch (Cystein???) nicht korrekt und sollte entsprechend geprüft und korrigiert werden.	
Anhang 9	Der erste Abschnitt unter Ziff 1.1 hat bezüglich der letzten Zeile (und 2.2) ein unschöne Blocksatzformatierung.	
Anhang 9 Ziffer 1.1	Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die «Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft» verwiesen. Eine konkrete Angabe, um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).	Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-> ESPGHAN).
Anhang 10 Anmerkung	Die Anmerkung «Die Angaben beziehen sich auf .....» sollte in analoger Weise wie unter Art. 34 Abs. 1 vermerkt angepasst werden.	
Anhang 10 Ziff. 2.2	In der Tabelle zu Ziffer 2.2 ist das Anforderungsschema für Aminosäuren im Sinne eines Referenzproteins aufgeführt. Es wäre zweckmässig wenn – wie in der bisherigen Verordnung – der Aminosäureindex klar definiert ist und zudem Kriterien für den Aminosäureindex festgeschrieben werden.	
Anhang 10 Ziff. 6 und Tabelle	In Ziffer 6 Abschnitt 1 wird auf Tabelle 1 verwiesen. Die Tabelle ist nicht entsprechend kodiert.  Die Eintragungen der Tabelle sind alphabetisch aufgeführt. Dadurch werden Vitamine und Mineralstoffe durcheinandergewürfelt. Wir erachten eine nach Vitaminen und Mineralstoffen (siehe Titel) strukturierte Tabelle als zweckmässiger.	Anstelle «Tabelle 1» sollte es heissen «gemäss untenstehender Tabelle»

Anhang 12	Der Stoff Lycopin sollte aus dem Anhang gestrichen sein. Dies ist nicht der Fall. Unter Ziff. 3.2 ist der Stoff noch als «Lycopin aus Tomaten» aufgeführt.	«Lycopin aus Tomaten» aus Liste der Ziff. 3.2 streichen
-----------	--	---

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch, um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine vorteilhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
Art. 32 Abs. 1	<p>Die neue Definition ist unklar. Offenbar ist es nicht mehr nötig Tiere mehr als einmal <u>täglich</u> zu melken. Dennoch muss dieses Melken sicherlich regelmässig erfolgen und nicht nur einmalig in einem unbestimmten Zeitraum.</p> <p>Wir bezweifeln, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die alte Fassung. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tieren gewonnen werden, siehe auch Art. 10 VHyMP. Der Änderung kann nur zugestimmt werden, wenn Transparenz über die Gehalte herrscht und die Vorgaben der VHyMP in allen Teilen eingehalten werden.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmals <u>tägliches</u>, regelmässiges Melken gewonnene....</p> <p>Wir würden dies begrüßen, wenn die alte Formulierung beibehalten würde.</p>



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
8 Abs. 3	<p>Art. 4 Abs. 3 der RL 2009/54/EG <u>untersagt</u> explizit die Desinfizierung und den Zusatz keimhemmender Stoffe mit Ausnahme des in Abs. 2 ausdrücklich vorgesehenen Versetzens oder Wiederversetzens mit Kohlensäure, welche u.U. dann auch bakteriostatische Wirkung entfalten kann.</p> <p>Dies geht inhaltlich über die Formulierung von Art 8 Abs. 2 Bst. e Nr. 3 der Getränkeverordnung des EDI hinaus, die Behandlungen, «welche nicht der hygienischen Verbesserung <u>eines an der Quelle nicht einwandfreien natürlichen Mineralwassers dienen</u>», nicht gestattet. Eine zusätzliche Desinfektionsmassnahme eines Wassers, welches z.B. an der Quelle zwar für AMK den mikrobiologischen Höchstwert-Anforderungen der Verordnung entspricht, aber einen leicht erhöhten AMK-Wert von <math>0 &lt; x &lt; 100</math> KBE/ml aufweist, wäre dem Wortlaut nach aber möglich.</p>	<p>Art. 8 Abs. 3 Getränkeverordnung des EDI beibehalten oder Art 8 Abs. 2 Bst. e Nr. 3 so formulieren, dass Desinfektions-/Hygienisierungsschritte grundsätzlich unabhängig von der mikrobiologischen Ausgangsqualität des Mineralwassers untersagt werden. Ggf. wie in der EU-Richtlinie keimhemmende Wirkung zugesetzten Kohlendioxids ausdrücklich berücksichtigen (ausnehmen).</p>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

- Die zugelassenen täglichen Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in NEM und angereicherten Lebensmitteln wurden anhand eines neuen Höchstmengenkonzeptes (→ tolerable Upper Intake level) ermittelt – wo nötig – angepasst. Die (teils merklichen) Anpassungen sind soweit beurteilbar zu begrüssen. Zu bemerken ist, dass die sehr differenzierte Ableitung der Höchstmengen den allgemeinen Bestrebungen nach einer harmonisierten Höchstmengenliste für Vitamine und Mineralstoffe entgegensteht.
- Chlorid und Phosphat sind nicht mehr als Zusatz, sondern nur noch als Begleitungen zulässig, da sie ernährungsphysiologisch nicht relevant sind. Die Erläuterung (keine ernährungsphysiologische Relevanz) steht bezüglich Chlorid im Widerspruch zu dem für Chlorid zulässigen HealthClaim «Chlorid trägt durch die Bildung von Magensäure zu einer normalen Verdauung bei»; Anforderung an eine Chloridquelle (→ signifikante Menge) muss erfüllt sein.
- In den Erläuterungen wird zwar ausdrücklich darauf verwiesen, dass die neuen Höchstgehalte unter andem auf Grundlage der Publikation des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) «Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln» (2018) beruhe, allerdings weichen die in der Publikation empfohlenen Höchstmengenvorschläge teils deutlich von denen im Verordnungsentwurf ab, ohne dass dies nachvollziehbar in den Begründungen erläutert wird. So weist das BfR in der Publikation z.B. beim Vitamin D darauf hin, dass Vitamin D-Präparate mit Dosierungen von mehr als 20µg/Tag gemäss BfArm/BVL als Arzneimittel anzusehen sind. Gleichwohl wird dieser bis anhin auch in der aktuellen VNem geltende Höchstwert im Verordnungsentwurf auf 60µg erhöht.  
Da in den Erläuterungen für die neu festgelegten Höchstgehalte im Verordnungsentwurf keine näheren Angaben zur Herleitung erfolgen, können diese und die Abweichungen zu den Werten in der oben genannten Publikation nicht kommentiert werden. Gleiches gilt für die Nichtverwendung der vom deutschen BfR empfohlenen Warnhinweise (z.B. für Niacin, Bor)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Teil A 1 Vitamine: Niacin	Unklar, ob die Höchstmenge von 600 mg als Summe aus den möglichen Substanzen Nicotinamid, Nicotinsäure sowie den beiden Hexanicotinaten zu verstehen ist oder sich nur auf Nicotinamid als Einzelsubstanz beziehen soll und die als Höchstmenge für Nicotinsäure und Inositolhexanicotinat (Summe) genannten 10 mg Teil der Höchstmenge von 600 mg Niacin sein sollen oder isoliert für sich stehen.	Je nach Absicht den Höchstmengen beigefügte Ergänzung klarer ausformulieren

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid nicht vorgesehen ist.</p> <p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, so dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind darum zu hoch. Z.B. für Chips ist das 90ste Perzentil in der CH sicher tiefer als 750 ppb. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein, so dass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1) vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p>	<p>Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>«Richtwerte» sollten tiefer gesetzt werden (z.B. beim 90. Perzentil in der CH Daten oder beim 50. Perzentil der EU Daten).</p>
Art. 5a Abs. 3	Gemäss der Verordnung ist bei Überschreitung des Richtwertes die GHP nicht erfüllt und es sind Korrekturmassnahmen zu treffen. Gemäss den Erläuterungen soll aber nur dann eine Beanstandung ausgesprochen werden, wenn durch den Betrieb keine Massnahmen ergriffen wurden. Diese beiden Interpretationen stehen im Widerspruch. Gemäss den Erläuterungen wäre die GHP trotz Überschreitung des Richtwertes, durch die Umsetzung der Massnahmen, eingehalten.	Streichen oder Anpassen der Erläuterungen
Art. 8a	Die Übergangsfrist bezieht sich nur auf Produkte und nicht auch auf die Einhaltung der GHP. Es ist unklar, wenn der Betrieb keine Unterlagen zu Untersuchungen auf Acrylamid vorlegen kann, ob dies unter die Übergangsfrist fällt (nicht Produkt bezogen, sondern Prozessbezogen).	Geltungsbereich der Übergangsfrist klären
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich	Gar nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist.

	besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung «in Stücken» ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetzeltes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss. Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: «a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar.»</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar.»</li> </ol>
Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	<p>Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.</p>	<p>Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: «3. Artikel 17 findet keine Anwendung.»</p>

Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Nicht vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Definitionen fehlen: was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Industrie verwendet dann einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz). Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert: Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 %. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist! Ein Vergleich mit weiteren Marken/Produkten ist auch nicht nötig (Art. 30 LIV), es geht nur um das eigene Produkt. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig extrem zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden, und der Gehalt dann wieder «gesenkt» wird um die Reduktion auszuloben.</p> <p>Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung der Pilzliste als Positivliste ist im Hinblick des Aufbaus des Lebensmittelrechts die konsequente Folge. Die Streichung wird jedoch auf Grund der Fülle der Pilzarten im Sinn der Klarheit bedauert. Daher wird das in den Erläuterungen in Aussicht gestellte Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze sehr begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 Abs. 2	Mit Zusammenführung von Anhang 1 und Anhang 2 zu einem einzigen Anhang wurde Art. 6 Abs. 1 angepasst. Angepasst werden muss aber auch das «Wording» in Art. 6 Abs. 2.	Das BLV: a. Führt <b>den Anhang</b> nach, wenn ein neuartiges Lebensmittel die Anforderungen nach Art. 17 Absatz 1 LGV erfüllt; b. ....
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck «als solche» zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck «als solche» zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: «Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden.»</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: «Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden...»</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p>



	Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.	(**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden;
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Streichung E 311 und E 312 aus den Anhängen 1a und 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wiederaufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	Süssungsmittel in Kategorie weiterhin zulassen, z.B.: E 950 Acesulfam K 1700 Nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit sämtliche Lebensmittel (mit Ausnahme der in Anhang 3 genannten oder speziell geregelten Lebensmittel) mit sonstigen Stoffen (offene Liste) zu versetzen ist nicht wünschenswert. Vor allem die Anreicherung einer Vielzahl von Lebensmitteln mit Coffein läuft Art. 2 Abs. 1 Bst. b (Volksgesundheit) zu wider. Wie lange wird es wohl dauern bis die neue Coffein Produktelinie «Hallo Wach» – wir haben für Sie Brot, Konfitüre, Fertigsuppen, etc. im Angebot – etabliert sein wird. Zudem ist zu erwarten, dass es vermehrt zu aufwendigen Rechtsstreitigkeiten bei der Beurteilung der Sicherheit von sonstigen Stoffen im Falle unüblich hoher Dosierungen (für deren Rechtfertigung fasst immer eine Literatur gefunden wird) kommt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?</p>	<p>In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).</p> <p>Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.</p>
Art. 4	Die Mindestmengen nicht mehr auf die Tagesration zu beziehen, sondern nur auf die signifikante Menge entsprechend Anhang 2 Teil A Ziffer 2 LIV, macht Sinn. Die hierzu gegebene Erläuterung ist jedoch sachlogisch nicht nachvollziehbar.	Erläuterung anpassen
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	<p>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</p> <p>Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.</p>	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	Die unterschiedliche Behandlung der Kennzeichnungsanforderungen von Mineralstoffen und sonstigen Stoffen (→ Verbindungsform) gegenüber Vitaminen (→ Trivialname, Verbindungsform oder Beides) schafft auf der einen Seite die Möglichkeit die Zutatenliste für die Konsumentenschaft	1 Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis

	<p>«verständlicher» zu gestalten. Wir schätzen den «Mehrwert» als gering ein. Mit Schaffung der erleichterten Vitamindeklaration wird auf der anderen Seite die Kontrollaufgabe des Vollzugs erschwert. Anhand der Angabe «Niacin» kann in einem supplementierten Lebensmittel nur noch analytisch geprüft werden, ob die erlaubte Verbindungsform (Nicotinamid) oder eine nicht erlaubte Verbindungsform (z.B. Nicotinsäure) eingesetzt wurde.</p> <p>→ Wir plädieren für die <b>Beibehaltung der bisherigen Kennzeichnungspflicht</b> für Mineralstoffe, Vitamine und sonstigen Stoffe (→ Verbindungsform)</p> <p>→ Andernfalls sollte Art. 6 Abs. 1 verständlicher formuliert werden.</p>	<p>der Zutaten des Lebensmittels wie folgt darauf hinzuweisen:</p> <p>a Bezeichnung der Verbindung im Falle von Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</p> <p>b Bezeichnung des Trivialnames, der Verbindung oder beides im Falle von Vitaminen</p>
Art. 6 Abs. 1bis	<p>Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem). Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	<p>Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.</p>
Anhang 1	<p>Anhang 1 ist fehlerhaft.</p>	<p>Anstelle «Vitamin A(Beta-Carotin)» sollte es heissen: «Vitamin A» oder «Vitamin A (Beta-Carotin)».</p> <p>Anstelle «Folsäure/» sollte es heissen «Folsäure/Folat»</p>
Anhang 2	<p>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle «Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr» mit «allerlei» sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können «Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr» zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel «Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen» beizubehalten.</p>
Anhang 2	<p>Bezug auf Artikel ist fehlerhaft</p>	<p>Anstelle von «(Art. 2 Abs. 2bis und 5 sowie 4 Abs. 1 und 2)» sollte es heissen:</p>

		«(Art. 2 Abs. 2bis und 5 sowie Art. 4 Abs. 1 und 3)»
Anhang 5	<p>Im Anhang 5 wurden die (bisherigen) sonstigen Stoffe gestrichen. Jedoch fehlt die Aufnahme des im Anhang 2 aufgeführten sonstigen Stoffes Lactulose.</p> <p>Das Layout in Anhang 5 ist unzureichend. Der Tabellenkopf « Nummer Bezeichnung» erscheint teilweise in der laufenden Seite und nicht zu Beginn jeder Seite. Zudem ist L-Ascorbyl-6-palmitat auf S. 6 (korrekt) jedoch auch auf S. 7 (nicht korrekt) genannt.</p>	Lactulose in Anhang 5 aufnehmen

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktspezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind.</p> <p>Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p>	Wie bisher ist die vollständige Liste in Anhang 6 beizubehalten.

	Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.	

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören. Das ganze Vorgehen wird erhebliche Rechtsunsicherheiten für Lebensmittelproduzenten und Kontrollorgane mit sich bringen, weshalb wir eine Beibehaltung von Teil 3 im Anhang bevorzugen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4bis Bst. a und 4ter	Für den Transport von Schlachttierkörpern, welche zur Warmzerlegung bestimmt sind, scheint uns die Transportzeit von 6 Stunden übertrieben. Die aktuelle Version sieht 2 Stunden vor. Meist sind es kleine Metzgereien, die so vorgehen, weshalb eine maximale Transportzeit von 4 Stunden allemal ausreicht.	Für Abs. 4bis Bst. a: 4 statt 6 Stunden einsetzen. Abs. 4ter streichen.
Art. 29 Abs. 4bis, Art. 30 Abs. 1bis,	Terminologie anpassen gemäss VSFK Art. 3 Bst. n. Der Begriff "zerlegen" ist durch "zerteilen" zu ersetzen.	4bis Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile <del>zerlegten</del> zerteilten Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1bis Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile zerteilte Schlachttierkörperhälften können vor dem Erreichen der in Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a genannten Temperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, wenn sie gemäss der Ausnahmeregelung nach Artikel 29 Absatz 4bis befördert wurden. In diesem Fall muss das Fleisch bei einer Lufttemperatur <del>zerlegt</del> zerteilt und entbeint werden, die eine kontinuierliche Senkung der Temperatur des Fleisches gewährleistet. Sobald das Fleisch <del>zerlegt</del> zerteilt und gegebenenfalls verpackt ist, muss es auf die Temperatur nach Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe a abgekühlt werden.
Art. 30 Abs. 1 bis	In Europa beträgt die maximale Raumtemperatur 12° Celsius. Die Formulierung ist nicht präzise genug. Wir beantragen, dass die ungenaue Bezeichnung «Lufttemperatur, welche...» ersetzt wird durch eine maximal zulässige Raumtemperatur, welche das Abkühlen der Schlachtkörper sicherstellt. Für den Vollzug und die Betriebe ist dies einfacher.	Präzisierung: Raumtemperatur von maximal 12°C.

Art. 32	<p>Angesichts der verschiedenen Übersetzungen besteht eine unterschiedliche Wahrnehmung des Konsumenten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der französischen Version spricht man von <i>viande séparée mécaniquement</i> à basse pression, <i>abgekürzt</i> VSM</li> <li>- auf Englisch von <i>mechanically separated meat</i>, MSM</li> <li>- auf Deutsch gibt es keine Abkürzung und das Empfinden des Kunden gegenüber <i>Separatorenfleisch</i> gibt ein schlechtes Bild dieses Produktes. Deshalb und angesichts der wöchentlichen Volumen an Fleisch, um die es sich handelt, sollte auch auf Deutsch eine Abkürzung wie MSM (english) verwendet werden können.</li> </ul>	Eine vorteilhaftere Terminologie und eine Abkürzung für Separatorenfleisch auf Deutsch evaluieren z. B. mechanisch separiertes Fleisch (MSF) oder mechanisch entbeintes Fleisch (MEF).
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, werden sämtliche Richtwerte aller genehmigten Branchenleitlinien in einem Informationsschreiben des BLV zusammengefasst und zwecks harmonisiertem Vollzug öffentlich zugänglich gemacht.</p> <p>Nicht klar ist, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GHP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p>	Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbestriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.). Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b</p> <p>Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden</p>
Anhang I, Teil 1	f) Es wird die Fussnote 14, nicht 15 ersetzt	korrekt ersetzen
Anhang I, Teil 1	Tabelle und Fussnote 15: der Klarheit halber müsste Fussnote 15 bei den «Analytischen Referenzmethoden» auf jeder Seite im Tabellenkopf aufgeführt sein. So wie es jetzt dasteht, muss die neueste Fassung der Norm nur für Lebensmittelkategorie 1.1 angewandt werden.	Korrigieren
Anhang I, Teil 3	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden jedoch nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden.</p> <p>Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere</p>

	<p>(Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p> <p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p> <p>Die Aufhebung des Teils 3 von Anhang 1 ist in gewissen Fällen problematisch: z.B. wenn Werte für das gleiche Produkt in verschiedenen Branchenleitlinien unterschiedlich sind, oder wenn eine Produktgruppe in der Leitlinie nicht genannt ist: Beispiel: in der Fromarteleitlinie sind «Käseerzeugnisse» (erwähnt in Art. 64 VLtH) nicht aufgeführt, und damit auch nicht die mikrobiologischen Kriterien dafür. Diese könnten auch unterschiedlich sein, je nachdem es sich um Erzeugnisse aus Rohmilchkäse, pasteurisiertem oder thermisiertem Käse handelt.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf <u>herstellende</u>, <u>verarbeitende</u> oder <u>zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p> <p>Anmerkung: In der Fromarte Branchenleitlinie werden zur Zeit noch Methoden nach SLMB vorgeschrieben, was jedoch seit dem 1. Mai 2017 nicht mehr konform ist. Das Beispiel zeigt wie lange in Zukunft auf Anpassungen gewartet werden muss</p>	<p>Anhang 1, Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– beibehalten! Oder mindestens jene Kategorien, die von keiner Leitlinie beschrieben werden</li> <li>– Pt.3.1 Geltungsbereich streichen</li> </ul>



## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Der Revisionsvorschlag beinhaltet wenige Änderungen zur Begriffsnomenklatur bzw. wenige Konkretisierungen. Mit der Neuunterteilung der Alterskategorien bei Rindern entstehen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Durchführung der Fleischkontrolle. Die jedoch zu beachtenden Auswirkungen auf die Gebühren führen wir unter dem Abschnitt zur Revision der VSFK aus.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ziff. 2.3 Abs. 6	Die Anpassung wird begrüsst und es ist somit der Schluss zu ziehen, dass Labmägen von Kälbern auch in nachgelagerten Lebensmittelbetrieben weiterverarbeitet werden können – dies kommt dem Bedürfnis der Praxis nach	
Ziff. 1.1.5 (Anhang 7)	Die Konkretisierung wird zustimmend aufgenommen – jedoch erscheint die Formulierung unschön.	hochgradige akute Veränderungen mit Störung des Allgemeinbefindens aufgrund von entzündlichen Erkrankungen, namentlich <del>Entzündungen an</del> folgenden <del>Orten</del> <u>Organsystemen</u> :

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wir haben Vorbehalte bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	Analog zu Art. 32 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft (SR 817.022.108) bezweifeln wir, dass die neue Definition der Milch so hygienisch ist wie die alte Formulierung. Tatsächlich spricht der Gesetzgeber nicht mehr vom ganzen Gemelk und die Milch könnte somit auch aus Milch stillender Tiere gewonnen werden, was zum Beispiel für eine Käseproduktion von hoher Qualität nicht möglich ist.	Art. 10 Abs. 1 Bst. h in seiner aktuellen Version nach geltendem Recht belassen

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





# LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)  
Département fédéral de l'intérieur  
Palais fédéral  
3003 Berne

## Révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous avoir consulté au sujet de la révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires et vous prions de trouver en annexe, sous forme électronique, les différents points de notre prise de position.

Nous saluons la mise en consultation des adaptations nécessaires suite à l'adoption du volumineux paquet d'ordonnances liées à la loi sur les denrées alimentaires et les objets usuels de 2014. Vu l'ampleur de la consultation, nous vous renvoyons au tableau annexé pour notre appréciation détaillée des textes proposés. Les ordonnances pour lesquelles aucune remarque n'est émise sont acceptées telles quelles. Nous nous bornons ci-après à revenir sur les éléments à nos yeux les plus importants.

Différents additifs pour l'alimentation animale sont obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés et sont difficilement disponibles dans une qualité exempte d'OGM ou ne sont même plus fabriqués sans recours au génie génétique (p. ex. vitamine B12). Selon l'article 37, alinéa 5 ODAIOUs, il devrait être désormais admis que des denrées alimentaires d'origine animale portent la mention « produit sans recours au génie génétique », bien que les animaux aient été nourris avec des aliments contenant des additifs issus d'OGM.

Même s'il n'est pas possible de renoncer complètement à l'utilisation de ces produits parce qu'ils ne sont pas disponibles sans recours au génie génétique, la mention explicite « produit sans recours au génie génétique » est, dans ce cas, une indication fondamentalement erronée. Par cette mention, les consommateurs s'attendent à juste titre à ce que l'alimentation animale et ses composants aient également été élaborés sans recours au génie génétique. Cette mention revient à tromper foncièrement les consommateurs ; autoriser expressément cette mention erronée constitue une violation fondamentale de l'article définissant les buts de la loi sur les denrées alimentaires. Il convient dès lors de renoncer à la transposition de la motion Bourgeois sous cette forme ; une autre proposition doit être faite.

L'ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OELDAI), contrairement à d'autres ordonnances du paquet de révision, a fait l'objet d'une restructuration fondamentale et d'une révision complète. L'ampleur et le niveau de détail des exigences imposées aux autorités cantonales d'exécution (et donc également les coûts administratifs des cantons) sont appelés à augmenter considérablement.

Les autorités doivent, selon le texte proposé, rendre accessibles au grand public des informations pertinentes sur l'organisation et la réalisation des contrôles. En particulier, doivent être régulièrement publiés la nature, le nombre et le résultat des contrôles officiels, la nature et le nombre des infractions constatées, la nature et le nombre des mesures prises ainsi que la nature et le nombre des sanctions prises. Ces exigences destinées aux autorités sont discutables. Les autorités ont un devoir de transparence et d'information, qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le devoir d'information ne peut pas être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignants qui, de plus, augmentent bel et bien les coûts administratifs sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée. C'est pourquoi, l'art. 7 al. 2 OELDAI doit être supprimé.

En raison des nombreuses adaptations liées au règlement européen et au système d'exécution européen, une séparation organisationnelle claire entre les autorités d'exécution et les laboratoires officiels est proposée, qui, sous cette forme, n'est pas adaptée à la Suisse. En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton. Toutefois, l'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, placées sous une même direction organisationnelle, représentent une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en Suisse. Elle est un élément majeur de l'efficacité et de la capacité d'agir rapidement dans notre canton.

En adaptant les terminologies et les processus au règlement d'exécution européen, on adopte un système lourd, dans le même temps que l'on procède à une séparation entre les tâches d'exécution et les activités de laboratoire. Dans l'OELDAI, de nouvelles dispositions ont été introduites, par exemple l'article 46, qui stipulent que les autorités compétentes doivent être informées immédiatement si une infraction à la législation alimentaire est mise en évidence par des résultats d'analyse. En Suisse, jusqu'à présent, la personne responsable des opérations analytiques était elle-même chargée d'ordonner les mesures d'exécution nécessaires. L'information produite par les autorités compétentes suit un processus opérationnel automatique et efficace étant donné qu'elle circule au sein de la même unité organisationnelle. Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Nous demandons dès lors d'introduire un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale » une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.

L'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels (OPCNP) doit être précisée et amendée en de nombreux points. Nous vous renvoyons à l'annexe pour le détail.

Finalement, nous saluons expressément la nouvelle possibilité de mise à mort des animaux à la ferme ou au pré en vue de leur abattage.

Réitérant nos remerciements de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 28 août 2019

Au nom du Conseil d'État :

*Le président,*  
A. RIBAUD

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



Annexe : 1 questionnaire



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : République et canton de Neuchâtel  
Sigle entreprise / organisation / service : NE  
Adresse, lieu : Château, 2000 Neuchâtel  
Interlocuteur : Dr Yann Berger, chimiste cantonal  
N° de téléphone : 032 889 68 30  
E-mail : [yann.berger@ne.ch](mailto:yann.berger@ne.ch)  
Date : 21 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	7
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	10
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	11
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	12
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	13
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	14
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	15
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	16
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	17
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	18
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	19
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	20
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	21
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	22
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	23
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	24
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	25
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public .....	26
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	27
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	28

<b>1</b>	<b>Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019</b>
Remarques générales	
La République et canton de Neuchâtel salue la mise en consultation des adaptations nécessaires suite à l'adoption du volumineux paquet d'ordonnances liées à la loi sur les denrées alimentaires et les objets usuels de 2014.	

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

Différents additifs pour l'alimentation animale sont obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés et sont difficilement disponibles dans une qualité exempte d'OGM ou ne sont même plus fabriqués sans recours au génie génétique (p. ex., vitamine B12).

Selon l'art. 37 al. 5 ODAIOUs, il devrait être désormais possible que des denrées alimentaires d'origine animale portent la mention « produit sans recours au génie génétique », bien que les animaux aient été nourris avec des aliments contenant des additifs issus d'OGM.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
37 al. 5	<p>Même s'il n'est pas possible de renoncer complètement à l'utilisation de ces produits parce qu'ils ne sont pas disponibles sans recours au génie génétique, la mention explicite « produit sans recours au génie génétique » est, dans ce cas, une indication fondamentalement erronée. Par cette mention « produit sans recours au génie génétique », les consommateurs s'attendent à juste titre à ce que l'alimentation animale et ses composants aient également été élaborés sans recours au génie génétique. Cette mention revient à tromper foncièrement les consommateurs. Les consommatrices et les consommateurs sont mal informés, de sorte qu'une décision d'achat éclairée n'est plus possible.</p> <p>Autoriser expressément cette mention erronée constitue une violation fondamentale de l'article définissant les buts de la loi sur les denrées alimentaires même si l'utilisation de tels additifs issus d'OGM est inévitable.</p> <p>La transposition, par le Conseil fédéral, de la motion de Jacques Bourgeois votée par le Parlement (15.4114, Dispositions utiles pour l'étiquetage « produit sans recours au génie génétique ») n'a aucune base légale sous cette forme. Cela nécessiterait une adaptation de la loi sur les denrées alimentaires par le Parlement.</p>	<p>L'art. 37 al. 5 ODAIOUs doit être supprimé.</p> <p>Il convient de renoncer à la transposition de la motion sous cette forme.</p>

### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires

#### Remarques générales

En raison de nombreuses adaptations au règlement européen et au système d'exécution européen, il existe une séparation organisationnelle claire entre les autorités d'exécution et les laboratoires officiels, qui sous cette forme n'est pas obligatoire pour la Suisse.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7 al. 2	Les autorités ont un devoir de transparence et d'information qu'elles respectent d'ailleurs volontiers. Le titre « transparence » pour les exigences visées à l'art. 7 al. 2 OELDAI est inconvenant. Le devoir d'information ne peut être garanti par des listes de vérification et des cahiers des charges contraignantes. De pseudos informations dénuées de sens sont générées sous cette forme ce qui augmente bel et bien les coûts administratifs, sans pour autant créer de la transparence ou de la valeur ajoutée.	L'art. 7 al. 2 OELDAI doit être supprimé
Art.13 al. 3	Avec cette disposition, l'autorité compétente doit obligatoirement effectuer des audits internes ou faire effectuer des audits. Il manque, à cet égard, une base légale dans la loi sur les denrées alimentaires. En outre, cela est contraire à la volonté du Conseil fédéral et du Parlement fédéral qui, avec la nouvelle législation alimentaire de 2014, ont même abrogé cette obligation d'audit ou d'accréditation pour les autorités d'exécution (contrairement à l'obligation d'accréditation pour les laboratoires officiels).	Supprimer l'art.13 al. 3 OELDAI sans solution de remplacement.
p. ex. l'art. 45 et 46	En principe, la loi sur les denrées alimentaires prévoit la possibilité juridique d'une séparation organisationnelle et locale entre l'autorité d'exécution cantonale et le laboratoire officiel désigné par le canton. L'entité officielle responsable des examens analytiques et celle responsable de l'exécution, sous une même direction organisationnelle, représente une force exceptionnelle pour l'application de la législation alimentaire en Suisse. Force que les pays européens nous envient. Cette structure est conjointement le moteur de l'efficience et de la capacité d'agir rapidement pour nos autorités.	Afin de conserver un système d'exécution suisse éprouvé, efficace et peu coûteux, la séparation organisationnelle entre les autorités d'exécution et les laboratoires ne doit pas devenir la norme. Cela doit être clairement indiqué au minimum dans les commentaires en tant que message politique sans équivoque. Nous serions très favorables à l'introduction d'un article préliminaire, stipulant que les laboratoires officiels forment « en règle générale », une unité organisationnelle unique avec l'autorité d'exécution.



	Il est ainsi à craindre que des exigences administratives supplémentaires ne soient imposées aux autorités de contrôle visant à garantir l'application des procédures de manière correcte.	
Art. 48	Il est important pour le contrôle de denrées alimentaires remises aux consommatrices et consommateurs que les autorités d'exécution puissent également contrôler de petites quantités d'un lot du commerce en prélevant des échantillons par sondage. Avec la réglementation proposée, pour certaines analyses et denrées alimentaires spécifiques, le prélèvement par sondage serait impossible en dehors des prélèvements d'échantillons représentatifs dans le commerce de détail.	Supprimer l'art. 48 et l'annexe 4 sans solution de remplacement
Art. 52	Des exceptions sont uniquement possibles selon l'art. 52 OELDAI si aucune méthode n'est prévue.	Préciser éventuellement l'art. 48 et l'annexe 4, ainsi que l'art. 52, quant à la possibilité de prélever des échantillons par sondage (aléatoire) comme auparavant et quant au fait que seuls soient exigés des critères de performance pour les méthodes, et non pas l'usage de méthodes contraignantes.

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2 al. 2 let. a et art. 10 al. 1 let. c	Le contrôle de la production primaire végétale n'est pas clairement attribué à une autorité dans l'ordonnance sur la production primaire. Aussi en Suisse et depuis 2006, une mosaïque assez hétérogène des autorités en charge de l'application persiste.	Mieux définir qui fait quoi en production primaire végétale
Art. 2 al. 2 let. h	Les contrôles des désignations sont, selon le droit agricole, exécutés par les organes cantonaux de contrôle des denrées alimentaires en vertu de la législation alimentaire (protection contre la tromperie). L'extension imprécise du champ d'application aux « désignations du droit agricole » créera, pour ainsi dire, une agence de vigilance qui génèrera des coûts supplémentaires considérables sans valeur ajoutée, situation qui n'avait guère été prévue.	Le champ d'application de l'OPCNP pour les désignations conformes au droit agricole doit se limiter à l'étiquetage. Art. 2 al. 2 let. h OPCNP : <i>protection des désignations sur l'étiquetage des denrées alimentaires selon le droit agricole</i> . De plus, la mention générale « selon le droit agricole » n'est pas suffisamment claire. Les désignations en droit agricole doivent être précisées.
Art. 3 let. h	Cf Art. 7 al. 2	Cf Art. 7 al. 2
Art. 7 al. 2	L'art. 7 al. 2 de l'OPCNP introduit un type et un volume de contrôles supplémentaires obligatoires, ce qui ne correspond pas à l'intention raisonnable décrite dans les explications (« ...des contrôles aléatoires <b>peuvent</b> avoir lieu... »). Si le législateur prévoit effectivement des contrôles aléatoires supplémentaires tous les ans à hauteur de deux pour cent des exploitations (le présent projet ne fixant pas la durée pendant laquelle ces deux pour cent d'exploitations doivent être contrôlés), cela correspondrait, pour une fréquence de contrôle moyenne fixée à quatre ans, à une augmentation du nombre de contrôles d'environ 5 % et à une augmentation équivalente des coûts pour les cantons.	Supprimer l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP.

Annexe 1, liste 2, ch. 2.10, 2.11	Ces contrôles doivent pouvoir se faire sur un intervalle dépendant d'une analyse du risque et non chaque année, voir aussi OAbCV.	Biffer l'intervalle 1 et remplacer par fréquence basée sur analyse du risque
Modification du droit en vigueur, OCL	Il est prévu que l'ordonnance sur le contrôlé du lait soit modifiée à l'article 14, alinéas 4 à 6 et que l'alinéa 4 soit abrogé ! Dès lors, il ne serait plus possible de mandater un organisme accrédité .	Maintenir l'article 14 al. 4 OCL (RS 916.351.0)
Complément : NFUP	Les plans d'échantillonnages de résidus NFUPs 2020 (nationales Fremdstoffuntersuchungsprogramm) se basant sur la directive européenne 96/23/CE, ne seront plus financés par la Confédération. Aussi, il convient de déterminer dans le présent projet d'ordonnance par qui et comment seront financés les NFUPs dès 2020 au niveau national.	Préciser le mode de financement du NFUP dès 2020.

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

La possibilité de procéder à des activités d'abattage sur les fermes ou aux prés (comprendre sous abattage, tuer et saigner sur l'exploitation et acheminer carcasses et viscères dans un établissement d'abattage autorisé) doit permettre et rendre possibles certaines activités de niche qui tiennent enfin totalement compte du bien-être animal. De par le stress et la peur incommensurable qu'ils génèrent, le transport d'animaux et leur détention à l'abattoir jusqu'à leur mise à mort constitue une entorse aux principes de l'article 1 LPA. Nous saluons expressément la possibilité nouvellement offerte de mise à mort à l'extérieur des établissements d'abattage.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art.9 al.2 let.c	Nous saluons la possibilité de réaliser des abattages à la ferme ou au pré.	
Art.9a al.1	L'abattage au pré ne doit pas être réservé uniquement aux bovins mais doit être possible pour tous les animaux de boucherie.	Supprimer
Art. 9a al.3 et Art. 53 al.1 let.i	Un vétérinaire officiel doit également surveiller l'abattage à la ferme.	En cas d'abattage à la ferme ou au pré, un vétérinaire officiel doit surveiller le tir, la saignée et la mort effective.

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale		
Remarques générales		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 32 al. 1	Nous saluons la nouvelle définition du lait. Le lait peut ainsi être obtenu d'animaux allaitant un veau (ou tout autre bébé de mammifère).	-

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Selon le rapport les modifications de l'annexe 9 sur les pratiques œnologiques se basent sur la dernière version du Règlement CE/606/2009 publiée dans le Journal officiel de la Communauté Européenne du 28 février 2018. Cependant depuis, ce Règlement a été entièrement révisé par le Règlement délégué CE/934/2019 publiée dans le Journal officiel de la Communauté Européenne du 7 juin 2019. L'annexe 9 devra donc être adapté à cette révision totale notamment en termes du fonds et de la forme.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 72	Il est regrettable qu'une procédure formelle d'autorisation temporaire pour l'utilisation d'autres pratique œnologique ne figure plus. Cette procédure est prévue par l'ancien et le nouveau règlement européen (art. 4) et existait dans l'ancien droit suisse.	Ajouter l'ancien alinéa 2 : L'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) peut, sur demande, autoriser d'autres pratiques ou traitements œnologiques à des fins d'expérimentation. L'autorisation est accordée pour un volume et une période déterminés, au terme de laquelle le bénéficiaire doit remettre à l'OSAV un rapport détaillé présentant l'utilisation et les résultats de la pratique ou du traitement autorisé.
Annexe 9 pt.50	L'adjonction de dioxyde de carbone aux vins au moyen de contacteurs membranaires doit aussi s'appliquer aux vins mousseux gazéifiés et aux vin pétillant gazéifiés en cohérence avec l'ancien et nouveau droit de l'UE.	Modifier la conditions d'utilisation : Ne s'applique pas à l'adjonction de dioxyde de carbone pour le vin mousseux et le vin pétillant.
Appendice 5 de l'annexe 9	Attention à la formulation de l'al. 2 qui est fausse. Selon l'OIV et l'UE la diminution maximale du titre alcoométrique volumique acquis ne peut dépasser 20% du total.	La diminution du titre alcoométrique volumique acquis ne peut être supérieure à 20 % du titre initial et...
Appendice 7 de l'annexe 9	Prescriptions : le vin sera préalablement traiter par le froid doit être modifié selon la fiche OIV et l'ancien droit de l'UE.	le vin peut être préalablement traité par le froid.



**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art.10 al.1 let.h	Nous saluons la nouvelle définition du lait. Le lait peut ainsi être obtenu d'animaux allaitant un veau (ou tout autre bébé de mammifère).	-

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung dieser verarbeiteten Lebensmittel schwierig.	Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.
Anhang 2	Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?	Die jeweiligen Übergangsfristen sind zu regeln



**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten. Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.	Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.

	Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-> Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -> bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).	Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM. In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen: <i>"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt."</i>
Art. 21	Es wird auf den falschen Anhang verwiesen. Es muss Anhang 4 statt Anhang 1 heissen.	Die Nährwertkennzeichnung kann den durchschnittlichen Gehalt der Stoffe nach Anhang 4 je Portion ...
Art. 22a, Informationen über Säuglingsnahrung	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint es aber mehr so zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist so nicht vorgesehen. In diesem Kontext ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren. Sind Apotheken oder Drogerien auch damit gemeint?	Anpassung Titel 5. Abschnitt wie folgt: Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern  Zudem ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Der Begriff "Polyole" ist durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" zu ersetzen.
Art. 35 a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Der Verweis ist anzupassen (-> Absatz 2).
Art. 35 a Abs. 6 und 7	Zur besseren Verständlichkeit Abs. 6 und 7 evtl. präzisieren.	Abs. 6 und 7 sind zu präzisieren. Ergänzung wie Abs. 6: "Die Angaben zu Stoffen..." Abs. 7: "Stoffangaben..."
Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung steht bereits unter Art. 4 Abs. 2 und ist deshalb hier zu streichen.	Abs. 2 ist zu streichen.

Art. 35 a <sup>bis</sup> Abs. 3	<p>Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.</p> <p>Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem vor dem Aufführen von einzelnen abweichenden Bestimmungen stehen. Bei Art. 35 a geht es auch um die Nährwertdeklaration.</p>	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35 a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35 a aufzuführen.
Art. 35b	<p>cpv. 2 -&gt;</p> <p>In deroga al capoverso 1, l'indicazione nutrizionale «fibre aggiunte» può essere utilizzata per i sostituti dell'intera razione alimentare giornaliera per il controllo del peso, a condizione che il contenuto di fibre alimentari del prodotto non sia superiore o uguale a 10 g.</p>	<p>Modificare in</p> <p>..., a condizione che il contenuto di fibre alimentari del prodotto sia uguale o superiore a 10 g.</p>
Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	<p>Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler</p> <p>Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.</p> <p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher hat es für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gegeben (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden, ist hier eine Ergänzung nötig:</p> <p>Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p> <p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll:</p> <p>Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> ist zu streichen und die Bestimmung ist unter Art. 3 aufzuführen.</p>

Ziffer 1.1	Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).	Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-> ESPGHAN).
Allegato 9	Tabella 3.2 Sali minerali -> tabella non è più in ordine alfabetico (Rame, Fosforo)	Rimettere in ordine alfabetico
Anhang 10	Die vorgesehenen Anpassungen unter den Anmerkungen machen so keinen Sinn. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.	Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von: "Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet</i> oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers <i>zubereitet</i> werden."
Allegato 10	Errori ortografici 4. Grassi: 4.1 ac. linoleico - min. 11g/giorno; 4.2 ac. Alfa- <u>linoleico</u> min. 1,4g/giorno	Correggere 4. Grassi: 4.1 ac. linoleico - min. 11g/giorno; 4.2 ac. Alfa- <u>linolenico</u> min. 1,4g/giorno
Allegato 11	Non si capisce il senso della prima frase del commento « <i>si raccomanda che le quantità di calcio superiori a 800mg al giorno siano assunte insieme alla vitamina D per facilitare l'assimilazione del calcio nelle ossa</i> » perché non vedo dove una tale indicazione è stata inserita nel testo di legge	chiarire
Anhang 12	Es sollten die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sein.  Calcium Im Vergleich zur VNem fehlen: <ul style="list-style-type: none"> <li>Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> Silicium Im Vergleich zur VNem fehlt folgende Verbindung: <ul style="list-style-type: none"> <li>organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin	Calcium Ergänzung: <ul style="list-style-type: none"> <li>Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul> Silicium Ergänzung der Verbindung: <ul style="list-style-type: none"> <li>organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin

	Werden dazu keine Angaben mehr aufgeführt, so ist eine Ergänzung unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE nötig.	Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).
--	---	---

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 3	Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft v. a. französische und italienische Version.
Art. 33 Abs. 1 Bst. b	Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke (z.B. Eistee) vorgesehen) wird auch damit begründet, dass QUID das dann schon regle. Da es sich aber um kleine Mengen Extrakt handelt, wird die Industrie argumentieren, QUID sei nicht vorgeschrieben. So wird die Information ganz rausfallen. Vorschlag: Artikel umformulieren, so dass er nur für Fertiggetränke gilt.	<sup>1</sup> Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV ist anzugeben: b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee und Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten oder Konzentraten der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter.
Art. 66	Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.	Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziffer 10 aufgeführten Stoffen sein. Die Ziffer 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen ergänzt werden und nicht ersetzt.	10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe einschliesslich Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringingehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 bis	Die neue Formulierung ist missverständlich, da sich die «sonstigen Stoffe» nicht in Anhang 1 befinden.	2 Zulässig ist der Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen nach Anhang 1;



Art. 3	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder eines sonstigen Stoffes im Zutatenverzeichnis wird nicht eingegangen. Es gilt nicht automatisch die VZVM, weil diese gemäss Art. 1 Abs. 3 VZVM nicht für Nahrungsergänzungsmittel gilt.	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen ist einzugehen. Evtl. Verweis auf Art. 6 VZVM.
Allegato 1	<b>Allegato 1 Parte A e B:</b> l'elenco NON è più in ordine alfabetico come lo era nel vecchio	Mettere in ordine alfabetico
Allegato 1	«L- metionina + L-cisteina» nella versione italiana manca «+ L-cisteina». In tedesco i.O	correggere
Anhang 5	In Anhang 5 sind gar keine "sonstige Stoffe" aufgeführt. Der Titel ist nicht zutreffend.	Entweder muss in Anhang 5 die zulässige Form(en) von Lactulose aufgeführt werden oder der Titel ist anzupassen: Zulässige Verbindungen der Vitamine und Mineralstoffe.

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid nicht vorgesehen ist.</p> <p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, so dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind darum zu hoch. Z.B. für Chips ist das 90ste Perzentil in der CH sicher tiefer als 750 ppb. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein, so dass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1) vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p>	<p>Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>«Richtwerte» sollten tiefer gesetzt werden (z.B. beim 90. Perzentil in der CH Daten oder beim 50. Perzentil der EU Daten).</p>
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	Gar nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist.
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben scheinen von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein: Nach wie vor unklar und nicht geregelt ist: was passiert mit geschützten Health Claims, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetzelttes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>

Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.	Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Nicht vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Definitionen fehlen: was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Industrie verwendet dann einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz). Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert: Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften, nämlich eine Reduktion um 30 %. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist! Ein Vergleich mit weiteren Marken/Produkten ist auch nicht nötig (Art. 30 LIV), es geht nur um das eigene Produkt. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig extrem zucker-/salzreiche Versionen verkauft werden, und der Gehalt dann wieder «gesenkt» wird um die Reduktion auszuloben.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.

	Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.	
Anhang 5 Teil C	Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.
Anhang 9 Ziff. 19	<p>Grundsätzlich wurde die „Befreiung“ von der obligatorischen zur Nährwertdeklaration der EU abgeschrieben. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziff. 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein grosser Unterschied zwischen Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen ... abgegeben werden (einschliesslich handwerklich hergestellter Lebensmittel) und handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden.</p> <p>Ziff. 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziff. 19 Anhang V 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Damit erübrigt sich auch ein vorgesehene Informationsschreiben zum Thema „handwerklich hergestellte Lebensmittel“.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	Anhang 9 Ziff. 19 analog der Anhang V Ziff. 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung der Pilzliste als Positivliste ist im Hinblick des Aufbaus des Lebensmittelrechts die konsequente Folge. Die Streichung wird jedoch auf Grund der Fülle der Pilzarten im Sinn der Klarheit bedauert. Daher wird das in den Erläuterungen in Aussicht gestellte Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze sehr begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste werden Fussnoten direkt in Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden;
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Streichung E 311 und E 312 aus den Anhängen 1a und 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Der Kommentar in den Erläuterungen ist entsprechend anzupassen.
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	Süssungsmittel in Kategorie weiterhin zulassen, z.B.: E 950 Acesulfam K 1700 Nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte
Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1	Es soll der neue Zusatzstoff "niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose" (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmittel in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen	Anhang 1a mit dem Eintrag E 463a - niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC) ergänzen.



	<p>werden. Gemäss der zitierten EFSA-Bewertung von 2018 handelt es sich hierbei nicht um Hydroxypropylcellulose (E 463). Gemäss der Verordnung EU 231/2012 handelt es sich um den Zusatzstoff E 463°. Dieser ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet, also kann er auch nicht in der Anwendungsliste Anhang 3 aufgeführt werden.</p> <p>Interessant ist, dass auch in der EU die Verwendung von E 463a nicht zulässig scheint.</p>	
--	---	--

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde das Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen</p>	In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).

	Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?	Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <i>Anhängen 1 und 2</i> "
Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Art. 2 <sup>bis</sup> ist zu streichen.
Art. 2	Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-> Artikel 2bis) oder direkt unter Art. 2 (-> in diesem Fall Erweiterung Titel). Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?	Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separaten Artikel (-> Artikel 2bis) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen).	Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen. "Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des

	<p>Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend.</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p>	<p>Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht:</p> <p>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</p>
Art 6. Abs. 1	<p>Für Vitamine dürfen Trivialnamen und/oder Verbindungsnamen (chemische Bezeichnung) verwendet werden. Für Mineralstoffe und sonstige Stoffe mit ernährungsbezogener/physiologischer Wirkung ist aber der Verbindungsname weiterhin vorgeschrieben. Macht das Sinn? Aus Sicht des Konsumenten ist doch «Kalium» auch besser verständlich als «Kaliumsalze der Orthophosphorsäure»?</p>	<p>Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung oder den Trivialnamen und die zugesetzten lebenden Bakterienkulturen hinzuweisen.</p>
Art 6. Abs. 1	<p>Nella versione in italiano manca una parola:</p> <p>Art. 6 cpv. 1: Se a una derrata alimentare vengono aggiunti <u>una vitamina</u>, un sale minerale o un'altra sostanza che ha effetti nutrizionali o fisiologici, questi composti aggiunti devono essere indicati nell'elenco degli ingredienti della derrata alimentare in questione.</p>	<p>Aggiungere "una vitamina"</p>
Art. 6 Abs. 1bis	<p>Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen.</p> <p>Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem).</p> <p>Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	<p>Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.</p>
Anhang 1	<p><b>Verbot Anreicherung diverser Mineralstoffe und Vitamine</b> (wie Magnesium, Zink, Fluorid, Vitamin K und Nicotinsäure)</p> <p>Das Verbot der Anreicherung von Lebensmitteln mit diversen Mineralstoffen und Vitaminen gemäss VZVM wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung nur noch bei Milchersatzprodukten zugelassen. Die Einschränkung hinsichtlich Calcium ist nochmals zu überdenken (z.B. in Zusammenhang mit Veganern).</p>	<p>Verbot der Zugabe einzelner Stoffe (wie Magnesium oder Einschränkung bei Calcium auf Milchersatzprodukte) nochmals überdenken und, wo vertretbar, anpassen.</p>

Anhang 1	<p>Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird "Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg" aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.</p>	Vorschlag einer klareren Formulierung: Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin
Anhang 2	<p><b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b></p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren.</p> <p>So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p><b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b></p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>
Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden.</p> <p>Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen.</p> <p>Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>

	Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.	
Anhang 5	<p>Formatierungsfehler in</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: unterhalb Ziffer 1.12 Pantothersäure müssen die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbyl-palmitat gelöscht werden</li> <li>• Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Überschrift zwischen Kalziumhydroxid und Kalziummalat muss gelöscht werden</li> </ul>	
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. Bei der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zu "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktespezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind.</p> <p>Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p>	Wie bisher ist die vollständige Liste in Anhang 6 beizubehalten.

	<p>Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	
--	--	--



## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse</p> <p>Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p> <p>Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30/31 LGV.</p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass der Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen werden soll. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 66 Anhang 1, Teil 3	<p>Anhang 1, Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66, Abs.4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind.</p> <p>In welchem Gefäss sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es würde vielmehr Sinn machen, Anhang 1, Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäss für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.</p> <p>Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende Einschränkung auf <u>herstellende</u>, <u>verarbeitende</u> oder <u>zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.</p>	<p>Anhang 1, Teil 3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- beibehalten</li> <li>- Geltungsbereich streichen</li> <li>- beibehalten Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3</li> </ul>
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66, Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks harmonisierten Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen? Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle</p>	<p>Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.</p>

	<p>Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung "schöner".</p>	
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.). Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b</p> <p>Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden.</p> <p>Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10	<p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.</p>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	<p>Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP).</p> <p>Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.</p>	<p>Es ist abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls ist in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (Produktarten 4 und 5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte aber in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.</p>
Art. 14	<p>Im Artikel 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen deklaratorischen Verweis auf die diesbezüglich geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.</p>	<p>Die Absätze 2 und 3 von Art. 14 TBDV sind zu streichen.</p> <p>Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass der Begriff "öffentliche Bäder" bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen im Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck "Gemeinschaftsbäder" ersetzt werden sollte, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.</p>

Anhang 4	<p>Es besteht Verbesserungsbedarf für den Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind derzeitige Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.</p> <p>Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.</p> <p>Es ist bedauerlich, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die nötigen Anpassungen genutzt wird.</p>	<p>Grundlegende Überarbeitung von Anhang 4 TBDV gemäss Bemerkungen links. Zeitnah eine Revision einleiten.</p>
----------	---	--

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagene Neuregelung zur Durchführung nachträglicher grenztierärztlicher Kontrollen durch die zuständige kantonale Behörde im Falle einwandfreier Ware ohne vollständige Traces-Dokumentation wird zur Vermeidung von Food Waste ausserordentlich begrüsst (Art. 82 Abs. 2 EDAV-DS in Verbindung mit Art. 84 Abs. EDAV-DS).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



T +41 31 326 66 04  
E urs.scheuss@gruene.ch

Bundesamt für Lebensmittel-  
sicherheit und Veterinärwesen

3003 Bern

22. August 2019

## Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern. Die GRÜNEN beschränken sich dabei auf die vorgeschlagene Änderung der Auslobung „ohne Gentechnik hergestellt“ und die Bestimmung zur Toleranzgrenze für nicht bewilligte gentechnisch veränderte Organismen (GVO).

### Gentechnikfrei-Auslobung (Artikel 37 Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung)

Die GRÜNEN lehnen die vorgeschlagene Lockerung der Auslobung „ohne Gentechnik hergestellt“ ab. Aus Sicht der GRÜNEN ist die Auslobung „ohne Gentechnik hergestellt“ täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Gemäss Vernehmlassungsunterlagen soll die Auslobung „ohne Gentechnik hergestellt“ aber neu auch bei durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe zulässig sein. Dies lehnen die GRÜNEN ab.

### Toleranzgrenze (Artikel 6a Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel)

Die technische Nachweisgrenze für GVO liegt bei 0,1 Massenprozent. Es ist für die GRÜNEN nicht nachvollziehbar, weshalb die heute geltende Toleranzgrenze von 0,5 Prozent nicht entsprechend gesenkt wird. Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem hohen Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet. Mit dem aktuellen Toleranzwert fehlt zudem eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum, wo ebenfalls eine Toleranzgrenze von 0,1 Prozent gilt. Aus diesem Grund fordern die GRÜNEN die Einführung der GVO-Toleranzgrenze von 0,1 Prozent.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die geplante Revision anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Regula Rytz  
Präsidentin

Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär

Grüne / Les Verts / I Verdi  
Waisenhausplatz 21 | 3011 Bern

Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern  
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen  
3003 Bern

Per E-Mail an: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

23. August 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts.

Unsere Stellungnahme können Sie den ausgefüllten Fragebogen auf den folgenden Seiten entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrätin Kathrin Bertschy und Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen  
Parteipräsident



Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Grünliberale Partei Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : glp  
Adresse, Ort : Monbijoustrasse 30, 3011 Bern  
Kontaktperson : Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion  
Telefon : 079 560 56 63  
E-Mail : ahmet.kut@parl.ch  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
<p>Die Grünliberalen begrüssen im Grundsatz, dass das schweizerische Lebensmittelrecht an das geänderte EU-Recht angepasst werden soll, um Handelshemmnisse abzubauen. Ebenfalls zu begrüssen sind Vereinfachungen der administrativen Prozesse.</p> <p>Nicht einverstanden sind die Grünliberalen mit verschiedenen Anpassungsvorschlägen im Bereich der gentechnisch veränderten Lebensmittel (GVO-Lebensmittel). Es wird hierzu auf die untenstehenden Bemerkungen verwiesen.</p>	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
31	<p>Lebensmittel, die in einem geschlossenen System durch GVO veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, dann aber vom Mikroorganismus abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden (sog. Fermenterprodukte), gelten in der EU nicht als GVO-Erzeugnisse und unterstehen grundsätzlich der Regelung über neuartige Lebensmittel („Novel Food“) und somit dem entsprechenden Bewilligungsverfahren. Gemäss Vorentwurf soll diese Regelung auch ins Schweizer Recht übernommen werden.</p> <p>Die Grünliberalen sind damit einverstanden, fordern aber gleichzeitig, dass für die Konsumentinnen und Konsumenten Transparenz über die entsprechenden Lebensmittel geschaffen wird, beispielsweise durch eine öffentliche Liste der Fermenterprodukte. Zudem ist in der Verordnung oder einem anderen geeigneten Erlass zu regeln, mit welchen Verfahren die Hersteller von Fermenterprodukten die Abwesenheit von GVO-Organismen nachweisen müssen.</p>	
37	<p>Gemäss Vorentwurf wird für Lebensmittel tierischer Herkunft der Hinweis „ohne Gentechnik hergestellt“ oder ein gleichbedeutender Hinweis vorgeschlagen. Das ist irreführend, da der Hinweis angebracht werden kann, obschon bei der Produktion GVO eingesetzt werden (heute bereits erlaubt für Tierarzneimittel aus GVO, künftig <i>zusätzlich</i> erlaubt für durch GVO-hergestellte Futtermittelzusatzstoffe).</p> <p>Die Grünliberalen beantragen daher, bei Lebensmitteln tierischer Herkunft nur darauf hinzuweisen, dass das Tier ohne GVO-Futtermittel gefüttert wurde, ohne eine darüber hinausgehende Anpreisung der GVO-Freiheit. Das würde für die Konsumentinnen und Konsumenten die Transparenz verbessern.</p>	<p>Einleitungssatz Absatz 4:</p> <p>“Lebensmittel pflanzlicher Herkunft können mit dem Hinweis “ohne Gentechnik hergestellt“ und Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Hinweis „ohne GVO-Futtermittel gefüttert“ versehen werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: ... „</p>




### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
6a	<p>Gemäss Vorentwurf sollen Lebensmittel, welche Spuren von bis zu 0.5 % GVO enthalten und in der EU bewilligt sind, in Zukunft in der Schweiz in einem vereinfachten Verfahren zugelassen werden.</p> <p>Die Grünliberalen lehnen diese Aufweichung ab. Es ist in diesem sensiblen Bereich wichtig, dass die Gesundheitsgefährdung weiterhin von einer Schweizer Behörde geprüft wird.</p>	<p>Art. 6a Abs. 1 Bst. c Ziff. 2 VGVL streichen (inkl. Folgeanpassungen):</p> <p><del>„Die Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, enthalten oder daraus gewonnen wurden, sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und nach dieser Verordnung vergleichbar ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.“</del></p>



**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Parti socialiste suisse  
Sigle entreprise / organisation / service : PS  
Adresse, lieu : Theaterplatz 4, 3011 Berne  
Interlocuteur : Jacques Tissot  
N° de téléphone : +41 31 329 69 62  
E-mail : [jacques.tissot@pssuisse.ch](mailto:jacques.tissot@pssuisse.ch)  
Date : 26.08.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	7
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	8
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	11
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	12
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	13
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	14
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	15
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	16
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	17
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	18
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	19
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	20
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	21
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	22
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	23
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	25
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	26
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	27
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	28
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	29
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	30



## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant la révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires ainsi que de nous avoir transmis les documents y afférents. Ci-dessous, nous nous bornerons à exprimer quelques remarques générales portant, à notre sens, sur les points les plus cruciaux du projet « Stretto 3 ».

La présente révision du droit alimentaire vise, d'une part, à assurer la protection sanitaire des consommateurs en Suisse et, d'autre part, à harmoniser certaines règles avec celles de l'Union européenne (UE) de manière à éliminer les barrières commerciales. Le Parti socialiste suisse (PS) défend depuis toujours le principe selon lequel la Suisse doit rester un espace sans organisme génétiquement modifié (OGM). Les citoyennes et citoyens suisses ont confirmé ce principe en 2005 en acceptant très clairement l'initiative populaire fédérale « Pour des aliments produits sans manipulations génétiques ». Pour le PS, il n'existe donc aucune raison valable de s'écarter de ce principe. Le fait que la Suisse se passe d'OGM constitue au contraire un label de qualité, tant pour la production agricole que pour l'industrie agroalimentaire. C'est un avantage qu'il convient de préserver. Aussi le PS se montre-t-il notamment sceptique quant à l'étiquetage prévu par le projet – lequel va vraisemblablement duper les consommateurs/trices – ou à la procédure simplifiée pour admettre en Suisse les denrées contenant des traces d'OGM autorisés dans l'UE.

D'une manière générale, le PS déplore le fait que la déclaration nutritionnelle complète ne soit toujours pas de mise pour toutes les denrées alimentaires en Suisse, contrairement au droit européen. Les indications sur les quantités de sucre et d'acides gras saturés sont des informations pertinentes pour la santé des personnes. D'un point de vue de la santé publique et dans le contexte de la lutte contre les maladies non transmissibles, il existe donc un intérêt prépondérant à renforcer l'information des consommateurs/trices. Le PS estime par ailleurs que la déclaration nutritionnelle devrait devenir plus intelligible, accessible et moins trompeuse. De nombreuses denrées alimentaires peuvent se vanter de contenir des vitamines ou des fibres ajoutées bien que les produits en question ne contribuent pas à une alimentation saine et équilibrée. Ce genre d'étiquetage devrait à tout prix être restreint. Un étiquetage tel que le « Nutri-Score » français aurait par contre l'avantage de permettre aux consommateurs/trices d'évaluer facilement et rapidement la valeur nutritionnelle d'un produit.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
15, al. 2a 31, al. 3 et 5	<p>Sur le principe, le PS ne s'oppose pas à la proposition du Conseil fédéral de considérer les produits obtenus en fermentateurs comme nouvelle sorte de denrées alimentaires d'un point de vue légal. Pour ce faire, il faut que les conditions suivantes soient réunies :</p> <p><b>a) Garantir la transparence</b> : l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) devrait tenir une liste des produits obtenus en fermentateurs par des OGM, qui peuvent être mis en circulation en Suisse. Cela doit permettre aux consommateurs/trices d'obtenir une vue d'ensemble sur ce type de produits. Il n'existe aujourd'hui pas d'obligation d'étiqueter les produits issus d'OGM, et cela n'est pas non plus prévu dans la présente révision. L'OSAV tient actuellement une liste des produits obtenus en fermentateurs grâce à des OGM. En outre, selon la législation en vigueur, les autorisations pour ce type de produits doivent être publiées dans la Feuille officielle suisse du commerce (art. 5 ODAIGM). Ce n'est pas le cas des nouvelles sortes de denrées alimentaires. L'OSAV publie une liste des nouveaux aliments autorisés dans l'US sur son site Internet, toutefois l'on n'y reconnaît pas les produits OGM car ils ne sont pas marqués comme tels.</p> <p><b>b) La sécurité alimentaire doit être prioritaire</b> : pour ce faire, les exigences à l'égard des documents liés à la procédure d'autorisation de mise sur le marché de produits obtenus en fermentateurs ou de nouvelles sortes de produits issus d'OGM devraient figurées dans l'ordonnance. Contrairement aux produits OGM où ces exigences sont clairement réglementées dans l'ordonnance pertinente, les nouvelles sortes de denrées alimentaires sont réglées au niveau de documents de l'administration.</p> <p><b>c) La biosécurité doit gagner en importance</b> : les produits obtenus en fermentateurs sont uniquement sans danger pour l'environnement s'ils sont exempts d'OGM et de leur ADN recombinant. Aussi faut-il que la Confédération émette des prescriptions sur les méthodes par</p>	

	<p>lesquelles les fabricant-e-s doivent démontrer l'absence d'OGM et de leur ADN recombinant dans leurs produits. Il n'existe actuellement aucune disposition ni réglementation y relative. Cela permettrait de garantir avec une grande probabilité que les substances ont été obtenues en milieu confiné, séparées des micro-organismes génétiquement modifiés, épurées et chimiquement définies.</p> <p>En ce qui concerne l'autorisation des produits qui sont ou contiennent des OGM ou ont été obtenus suite à un croisement avec OGM, celle-ci ne devrait pas seulement être accordée lorsque tout risque peut être exclu pour l'environnement uniquement, mais également pour les humains et les animaux.</p>	
37	<p>Le PS rejette la proposition d'adaptation de la réglementation pour la mention « produit sans recours au génie génétique ». Celle-ci pourrait davantage induire en erreur les consommateurs/trices sur la nature des produits. Comme l'insinue le Conseil fédéral dans son rapport explicatif, les denrées alimentaires sans OGM sont privilégiées en Suisse. Or, il considère qu'il y a lieu d'assouplir les conditions préalables à l'étiquetage des denrées alimentaires d'origine animale avec ladite mention. Ainsi, le Conseil fédéral compte également autoriser l'utilisation de cette mention lorsque l'animal ayant fourni la matière première a reçu des additifs pour l'alimentation animale issus d'OGM, en sus de médicaments vétérinaires OGM.</p> <p>Le PS estime que les règles concernant l'étiquetage sont trop floues et qu'un tel label s'avère difficile à cerner. En effet, toutes les denrées alimentaires issues de la production indigènes sont exemptes d'OGM, il serait difficile pour les consommateurs/trices de comprendre la signification d'une telle mention. Par ailleurs, le cahier des charges et les directives de différents labels suisses (bio, IP) proscrivent l'usage d'OGM. En raison de l'ordonnance sur l'agriculture biologique, ces produits ne peuvent pas être étiquetés comme étant sans OGM. Cela pourrait ainsi prêter à confusion.</p> <p>De surcroît, la mention est d'autant plus trompeuse que tout le processus de production ne renonce pas forcément au génie génétique. Certes, les additifs alimentaires ne contiennent eux-mêmes pas d'OGM, mais leur production a nécessité des OGM. Cette distinction n'est pas totalement claire aux yeux</p>	

	<p>des consommateurs/trices et ces derniers pourraient être trompé-e-s sur la marchandise.</p> <p>L'ordonnance ne prévoit aucune prescription relative à la forme que peut prendre l'étiquetage. Pis, elle laisse aux fabricant-e-s une plus forte marge de manœuvre sur la formulation, ce qui accroît considérablement les risques de tromperie. Si le Conseil fédéral souhaite malgré tout autoriser un étiquetage, la mention devrait uniquement concerner les plantes fourragères.</p> <p>Enfin, la motion Bourgeois 15.4114 demande une adaptation du droit suisse aux pays voisins. Néanmoins, le rapport explicatif indique clairement qu'il n'existe pas de réglementation européenne concernant la mise en avant de la renonciation (partielle ou complète) au génie génétique dans la production de denrées alimentaires et que certains Etats membres affichent des législations différentes. Il est difficilement justifiable que la réglementation soumise à notre appréciation s'oriente sur une sélection de pays voisins.</p>	
--	--	--

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

Le Conseil fédéral profite de la révision pour revoir les conditions relatives à l'abattage à la ferme et l'abattage au pré. Ce souhait découle de la volonté de certain-e-s détenteurs/trices d'animaux, qui souhaitent épargner aux animaux le stress du transport et de l'abattage industriel. Le PS peut tout à fait apporter son soutien à cette réglementation. Ainsi, seules les premières étapes de l'abattage – étourdissement et saignée – pourront être exécutées dans l'exploitation, tandis que la transformation de la carcasse devra toujours se poursuivre dans un abattoir autorisé. Il faudra que cette possibilité se déroule dans un cadre garantissant la sécurité alimentaire et la protection des animaux.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
3, let. a	Selon cette disposition, les lapins domestiques ne sont pas considérés comme du bétail de boucherie, mais comme « animaux ». Ainsi, la saignée des lapins n'est pas réglée au sens de l'art. 19 de l'ordonnance de l'OSAV sur la protection des animaux lors de leur abattage. Il faut édicter une réglementation : soit les lapins doivent être considérés comme du bétail de boucherie ou alors il faut que la saignée telle qu'elle est réglée dans ladite ordonnance doive être valable pour les lapins aussi.	
6. al. 5	Dans le droit en vigueur, l'autorisation d'exploiter peut être retirée sous certaines conditions. Nous demandons un alinéa supplémentaire afin que l'autorisation d'exploiter soit dans tous les cas retirée en cas de récidive et de manquement grave contre les prescriptions relatives à la protection des animaux.	
9, al. 2, let. a et c	Nous soutenons la possibilité d'abattre les animaux à la ferme et au pré tant que les prescriptions strictes relatives à la protection des animaux sont respectées.	
9a, al. 1	Le PS considère que la volaille domestique, les lapins domestiques, le gibier d'élevage et les oiseaux coureurs pourraient également être soumis à la réglementation afin de leur éviter un transport douloureux vers l'abattoir. A ce moment, il conviendrait évidemment de fixer les règles d'abattage différenciées, adéquates et respectueuses de l'espèce concernée.	
28, al. 1 et 2	Nous soutenons le fait que le contrôle avant l'abattage des bœufs puisse être effectué <i>ante mortem</i> dans le troupeau de provenance.	
44, al. 2	Ces dernières années, certains épisodes graves ont mis en exergue les lacunes au niveau des contrôles des petits et moyens établissements d'abattage. C'est pourquoi nous demandons qu'un vétérinaire officiel soit	

	présent durant toute la durée de l'abattage pour éviter les mauvais traitements et les souffrances animales.	
51, al. 3	Un facteur important dans l'analyse des risques représente également le respect de la loi sur la protection des animaux et des ordonnances y afférentes. Nous demandons que cet article soit complété d'une lettre correspondante.	



**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
32, al. 1	<p>Le PS salue cette modification, qui résulte de la motion Munz 18.3849. Jusqu'à présent, la formulation « de la traite complète » empêchait la commercialisation de lait provenant de vaches allaitantes, qui passe pour être obtenu d'une manière particulièrement respectueuse des animaux.</p> <p>Toutefois, le terme "normale" en ce qui concerne la sécrétion mammaire laisse une marge d'interprétation inutile et non voulue, si bien qu'il devrait être supprimé.</p> <p>Le mode de production du lait (robot, salle de traite, système d'aspiration, vaches allaitantes) ne doit pas jouer de rôle dans la définition du lait. Il est juste important qu'il respecte dans tous les cas les exigences en matière d'hygiène.</p>	

**9 DFI : ordonnance sur les boissons**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
2	La révision propose de biffer cet article contenant la définition des produits OGM pour motif que ces derniers sont déjà définis à l'art. 31, al. 1 ODAIOUs. Néanmoins, les deux définitions ne sont pas identiques. De surcroît, les croisements entre les plantes non OGM et OGM ne seraient plus automatiquement classés comme OGM. Cela pourrait avoir une incidence sur la réglementation des produits non OGM. Pour ces deux raisons, le PS rejette l'abrogation de cet article dans l'ODAIGM.	
6a	<p>Lorsque des denrées alimentaires sont importées en Suisse, il existe toujours un risque que celles-ci aient été contaminées par des produits OGM. La Suisse tolère aujourd'hui les résidus de seulement cinq produits OGM jusqu'à une limite de 0,5 % masse. De plus, pour être toléré en Suisse, il faut qu'un résidu d'OGM ait été évalué par des autorités étrangères qui suivent une procédure comparable à celle exécutée en Suisse pour l'utilisation dans les denrées alimentaires et que l'OSAV ait exclu tout danger pour la santé en l'état actuel de la science.</p> <p>Afin d'adapter la législation suisse au droit européen et supprimer les obstacles au commerce, le Département fédéral de l'intérieur (DFI) souhaite modifier les règles relatives à la tolérance de résidus d'OGM. La révision soumise à l'appréciation du PS crée les conditions pour que les traces d'OGM admis dans l'UE comme denrées alimentaires puissent être tolérées plus facilement en Suisse. De cette manière, la Suisse tolérerait la présence de résidu d'une cinquantaine de produits OGM. En revanche, le DFI ne compte pas adapter la limite tolérée à celle de l'UE, qui se situe à 0,1 % masse. Ces adaptations sont inacceptables de l'avis du PS, qui conteste les affirmations du rapport explicatif selon lequel la présente révision n'entraînerait aucune augmentation des traces d'OGM dans les matières premières ou dans les denrées alimentaires en Suisse.</p> <p>L'argument principal avancé par le rapport explicatif a trait à des préoccupations relevant du gaspillage alimentaire. Ainsi, l'on craint de devoir jeter des denrées alimentaires livrées en Suisse et contenant des traces de</p>	

	<p>produits OGM tolérés dans l'UE. Or, il n'existe aucun indice concret aujourd'hui démontrant qu'un tel scénario se soit déroulé ces dernières années. Par ailleurs, sur la période 2011-2017, la grande majorité des échantillons contenant des OGM non autorisés ou tolérés provenait des Etats-Unis et non de l'UE.</p> <p>Les importateurs/trices et les producteurs/trices sont tenu-e-s de faire le nécessaire afin de prévenir toute contamination par les OGM. Si la limite tolérée est plus élevée en Suisse que dans l'UE, l'on émet un mauvais signal à l'endroit des acteurs/trices concerné-e-s. Or, avec l'adaptation de la liste des produits tolérés, la révision entraînerait un risque accru de contamination. Le PS considère que les motifs sont insuffisants et rejette fermement cette nouvelle réglementation.</p>	
6a, al. 1	<p>Le DFI compte simplifier la procédure pour la tolérance des OGM. Par conséquent, l'OSAV ne devrait pas contrôler si les OGM représentent un danger pour la santé dans l'éventualité où une autorité étrangère aurait jugé, dans le cadre d'une procédure comparable à celle fixée par la législation suisse, les OGM appropriés pour être utilisés dans les denrées alimentaires. Le DFI ne motive pas cette adaptation, ce pourquoi le PS manifeste son désaccord vis-à-vis de la modification de pratique de l'OSAV planifiée. Dans les faits, la procédure d'examen des dangers pour la santé devrait être identique, et non pas simplement « comparable ».</p>	

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexes 5 et 6	Les engagements volontaires pris par la branche pour éviter la blancheur de la viande de veau ne fonctionnent guère dans la pratique. Nous exigeons un examen de la teneur en hémoglobine du sang et non de la teneur en fer.	



**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Verband der Kantonschemiker der Schweiz  
Association des chimistes cantonaux de Suisse  
Associazione dei chimici cantonali svizzeri

Dr. Alda Breitenmoser  
Kantonschemikerin  
Amt für Verbraucherschutz  
Obere Vorstadt 14  
5000 Aarau

**per E-Mail:** [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch) an:  
Herr Bundesrat Alain Berset  
Eidgenössisches Departement des Innern  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Aarau, 19. August 2019

**Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts:  
Stellungnahme des Verbandes der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2017 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) ist als zuständige Vollzugsbehörde von der geplanten Änderung unmittelbar betroffen. Er äussert sich zu dieser Vorlage wie folgt:

**A. Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV)**

**1 "ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)**

**1.1 Inhalt der Neuregelung**

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

**1.2 Beurteilung**

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten

Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

### 1.3 Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

## **B. Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV)**

### **2 Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

#### 2.1 Inhalt der Neuregelung

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

#### 2.2 Beurteilung

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich.

In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### 2.3 Antrag

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden.



Wir würden es ausserordentlich begrüßen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

### 3 Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

#### 3.1 Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)

##### 3.1.1 Inhalt der Neuregelung

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

##### 3.1.2 Beurteilung

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

##### 3.1.3 Antrag

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

#### 3.2 Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)

##### 3.2.1 Inhalt der Neuregelung

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen** sowie **Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

##### 3.2.2 Beurteilung

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

##### 3.2.3 Antrag

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

## **4 Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

### *4.1 Inhalt der Neuregelung*

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### *4.2 Beurteilung*

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### *4.3 Antrag*

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

- d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **5 Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### *5.1 Inhalt der Neuregelung*

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### *5.2 Beurteilung*

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.

Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.

### *5.3 Antrag.*

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach



wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

### **C. Verordnung über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan für die Lebensmittelkette und die Gebrauchsgegenstände (MNKPV)**

## **6 Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)**

### **6.1 Inhalt der Neuregelung**

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

### **6.2 Beurteilung**

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüßen. Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

### **6.3 Antrag**

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: *geschützte **Kennzeichnungen** von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht*.

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

## **7 Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)**

### **7.1 Inhalt der Neuregelung**

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.

### **7.2 Beurteilung**

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufäl-

lige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, in-  
nert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer  
durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um unge-  
fähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorge-  
schlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV)  
sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen wer-  
den.

### 7.3 Antrag

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Detaillierte Bemerkungen zu den geplan-  
ten Verordnungsrevisionen erhalten Sie in der von Ihnen gewünschten tabellarischen Form.

Freundliche Grüsse



Dr. med. vet. Alda Breitenmoser  
Kantonschemikerin  
Vorsitz Kommission Recht VKCS

Beilage:                      Detaillierte Stellungnahme in Tabellenform

Kopie per e-Mail an:      Mitglieder des VKCS

Repubblica e Cantone Ticino  
Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 43 20  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Signor Consigliere federale  
Alain Berset  
Direttore del Dipartimento federale  
degli interni (DFI)  
3003 Berna

*Invio per posta elettronica a:  
lmr@blv.admin.ch*

### **Procedura di consultazione: revisione delle ordinanze del diritto sulle derrate alimentari - presa di posizione del Consiglio di Stato del Canton Ticino**

Stimato Consigliere federale,  
Signore e Signori,

Con lettera del 2 maggio 2019 è stato dato avvio alla consultazione sulla revisione delle ordinanze in materia di legislazione alimentare, revisione denominata "Stretto III". A seguito dell'entrata in vigore della legislazione alimentare riveduta il 1° maggio 2017, l'obiettivo di questa revisione è di perseguire un'armonizzazione ulteriore con la legislazione europea. Inoltre, tre mozioni devono essere recepite nella legislazione alimentare.

Il Consiglio di Stato del Canton Ticino formula in merito a tale revisione considerazioni di portata generale nei capitoli A-C e considerazioni relative a ogni ordinanza nei capitoli D (general) e E (di dettaglio) con l'allegata tabella.

#### **A. Ordinanza sulle derrate alimentari (ODerr)**

- 1. "Ottenuto senza ricorso alla tecnologia genetica" anche per additivi derivati da OGM destinati all'alimentazione animale: necessità di precisazione per evitare inganni (art. 37 ODerr)**

##### *1.1 Contenuto della nuova normativa*

Diversi additivi per mangimi sono ottenuti da microrganismi geneticamente modificati e sono difficilmente disponibili in qualità priva di OGM o non sono più nemmeno più prodotti senza



l'uso dell'ingegneria genetica (ad es. vitamina B12). Secondo il proposto art. 37 cpv. 5 ODerr, le derrate alimentari di origine animale dovrebbero in futuro poter essere etichettate come "ottenuto senza ricorso alla tecnologia genetica", sebbene gli animali siano stati alimentati con alimenti contenenti additivi derivati da OGM. Attualmente invece un'indicazione di questo genere è ammessa solo se nella fabbricazione di derrate alimentari si è completamente rinunciato all'utilizzo della tecnologia genetica (art. 37 cpv. 2 ODerr).

### *1.2 Valutazione*

Anche se non è possibile rinunciare completamente all'uso di questi prodotti perché non sono disponibili senza l'uso dell'ingegneria genetica, la menzione esplicita "ottenuto senza ricorso alla tecnologia genetica" è, in questo caso, un'indicazione fundamentalmente errata. Con questo riferimento a "prodotti senza l'uso della tecnologia genetica", i consumatori si aspettano giustamente che anche i mangimi e i loro componenti siano stati sviluppati senza l'uso dell'ingegneria genetica. Ciò equivale a fuorviare i consumatori in modo sostanziale. I consumatori sono scarsamente informati, per cui una decisione di acquisto qualificata non è più possibile. Consentire espressamente questa menzione erronea è una violazione dell'articolo che definisce le finalità della legge sui prodotti alimentari, anche se l'uso di tali additivi derivati da OGM è inevitabile.

D'altro canto, apprezziamo l'impegno del mondo agricolo svizzero nel rinunciare all'impiego della tecnologia genetica nell'utilizzo di alimenti per animali privi di OGM, pur essendo inevitabile il ricorso ad additivi per alimenti per animali OGM. Condividiamo altresì che questo impegno debba essere valorizzato per rapporto a prodotti importati che possono fregiarsi del label "privo di OGM" perché nei relativi Stati di produzione questa indicazione è ammessa anche per derrate alimentari di origine animale ottenute utilizzando additivi per alimenti per animali derivati da microrganismi geneticamente modificati.

Riteniamo tuttavia che il recepimento da parte del Consiglio federale della mozione di Jacques Bourgeois votata dal Parlamento (15.4114, Disposizioni utili per l'etichettatura "ottenuto senza ricorrere alla tecnologia genetica") non possa venir attuato nella forma proposta poiché, al di là del minor rigore nella legislazione di altri Stati, risulterebbe ingannevole per il consumatore. Occorre a nostro avviso una formulazione più dettagliata che riservi l'utilizzo di additivi OGM.

### *1.3 Proposta*

L'art. 37 cpv. 5 ODerr deve essere soppresso. Si dovrebbe quindi rinunciare alla trasposizione della mozione in questa forma.

Si invita semmai a valutare la precisazione dell'indicazione "ottenuto senza ricorso alla tecnologia genetica" con la riserva "fatto salvo l'utilizzo di additivi per alimenti per animali non disponibili senza manipolazioni genetiche."

## ***B. Ordinanza sull'esecuzione della legislazione alimentare (OELDerr)***

- 1. Separazione delle autorità ufficiali di attuazione dai laboratori ufficiali: sacrifichiamo la nostra efficienza**

### *1.1 Contenuto della nuova normativa*

A causa di numerosi adeguamenti del regolamento europeo e del sistema europeo di esecuzione, nei Paesi europei esiste una chiara separazione organizzativa tra le autorità di esecuzione e i laboratori ufficiali, che in questa forma non è obbligatoria per la Svizzera.

### *1.2 Valutazione*

In linea di principio, la legge sulle derrate alimentari prevede la possibilità giuridica di una separazione organizzativa e locale tra l'autorità cantonale di esecuzione e il laboratorio ufficiale designato dal cantone. L'organo ufficiale responsabile dei controlli analitici e l'organo responsabile dell'attuazione, sotto la stessa direzione organizzativa, rappresentano tuttavia un punto di forza eccezionale per l'applicazione della legislazione alimentare in Svizzera. Il sistema svizzero gode di buona reputazione a livello europeo, poiché garante di efficienza e della capacità di agire rapidamente in caso di crisi.

Adeguando la terminologia e i processi al regolamento di attuazione europeo, si adotta un sistema europeo complesso senza motivi imperativi e, allo stesso tempo, si opera una chiara separazione tra esecuzione e attività di laboratorio. Nell'OELDerr sono state introdotte nuove disposizioni, ad es. l'articolo 46, che prevede che le autorità competenti siano immediatamente informate se una violazione della legislazione alimentare emerge da risultati analitici. In Svizzera, finora, la persona responsabile delle operazioni analitiche è stata incaricata di ordinare le necessarie misure di attuazione. Le informazioni prodotte dalle autorità competenti seguono un processo operativo automatico ed efficiente perché rimangono all'interno della stessa unità organizzativa.

Nell'OELDerr, i casi particolari devono ora essere regolamentati nei minimi dettagli. Vi è pertanto il rischio che alle autorità di vigilanza possano essere imposti ulteriori obblighi amministrativi per garantire la corretta applicazione delle procedure.

### *1.3 Proposta*

Per mantenere un sistema di esecuzione svizzero collaudato, efficiente ed economico, la separazione tra autorità di esecuzione e laboratori non deve diventare la norma. Questo deve essere chiaramente indicato almeno nei commenti come un messaggio politico inequivocabile.

Appoggiamo con forza l'introduzione di un articolo preliminare, secondo il quale i laboratori ufficiali formano "di norma", un'unica unità organizzativa con l'autorità di esecuzione.

## **2. La portata e il livello di dettaglio delle mansioni elencate nell'OELDerr sono in aumento: aumentano anche i costi.**

L'OELDerr, a differenza di altre ordinanze del pacchetto di revisione, ha subito una revisione completa. La portata e il livello di dettaglio dei requisiti posti alle autorità cantonali di esecuzione aumentano notevolmente: di conseguenza aumentano anche i costi amministrativi a carico dei Cantoni. I requisiti per i servizi d'ispezione e rendicontazione possono essere citati a titolo di esempio.

## *2.1 Reintroduzione di verifiche esterne a livello dei servizi di controllo (art. 13 cpv. 3 OELDerr).*

### *2.1.1 Contenuto della nuova normativa*

Per accertare che le disposizioni della presente ordinanza vengano rispettate, le autorità competenti predispongono audit interni o da parte di soggetti esterni (art. 13). Tali audit dovrebbero svolgersi in modo trasparente ed essere sottoposti a un esame da parte di un ufficio indipendente.

### *2.1.2 Valutazione*

In virtù di questa disposizione, l'autorità competente deve effettuare o far effettuare audit interni. A tale riguardo, non esiste una base giuridica nella legge sulle derrate alimentari. Inoltre, ciò è contrario alla volontà del Consiglio federale e del Parlamento federale che, con la nuova legislazione sulle derrate alimentari del 2014, avevano addirittura abrogato l'obbligo di revisione o di accreditamento per le autorità di esecuzione (a differenza dell'obbligo di accreditamento per i laboratori ufficiali).

### *2.1.3 La proposta*

Sopprimere l'articolo 13 capoverso 3 OELDerr senza soluzione alternativa.

## *2.2 Pseudo trasparenza dei controlli ufficiali (art. 7 cpv. 2 OELDerr)*

### *2.2.1 Contenuto della nuova normativa*

Le autorità devono mettere a disposizione del pubblico le informazioni pertinenti sull'organizzazione e l'attuazione dei controlli. In particolare, sono pubblicati regolarmente la natura, il numero e i risultati dei controlli ufficiali, la natura e il numero d'infrazioni constatate, la natura e il numero di misure adottate e la natura e il numero di sanzioni comminate.

### *2.2.2 Valutazione*

In questa ordinanza, la portata e le determinazioni legali delle informazioni da pubblicare almeno una volta all'anno, come requisito per le autorità, sono discutibili. È vero che si fa riferimento alla possibilità di una pubblicazione (comune) nell'ambito del rapporto di cui all'articolo 21 dell'ordinanza sul piano di controllo nazionale per la filiera alimentare e gli oggetti d'uso quotidiano (RS 817.032), che è tuttavia di natura molto generale e che non deve soddisfare (e non soddisfa) questi requisiti.

Le autorità hanno il dovere di trasparenza e di informazione che rispettano volentieri. Il titolo "trasparenza" per i requisiti di cui all'art. 7 cpv. 2 OELDerr non è appropriato. L'obbligo di fornire informazioni non può essere garantito da liste di controllo e specifiche vincolanti, in una forma per di più che fa aumentare i costi amministrativi, senza creare trasparenza o valore aggiunto.

### 2.2.3 La proposta

Sopprimere l'articolo 7, paragrafo 2, OELDerr senza soluzione alternativa.

## 3. Mancanza di informazioni durante i controlli rafforzati (art. 37 OELDerr)

### 3.1 Contenuto della nuova normativa

I compiti dell'USAV, a seguito dei controlli rafforzati, sono definiti nell'art. 37 cpv. 8 OELDerr.

### 3.2 Valutazione

Per quanto riguarda i compiti amministrativi dell'USAV di cui all'art. 37 cpv. 8, manca un ultimo passo che impone all'USAV di informare le autorità cantonali competenti in merito all'esito dei controlli rafforzati. Riteniamo questo flusso d'informazioni importante per evitare doppioni. Solo in questo modo si evita che le merci già controllate alla frontiera dalle autorità cantonali possano essere controllate una seconda volta con controlli più rigorosi.

### 3.3 Proposta

Completare l'art. 37 cpv. 8 OELDerr con una lettera complementare d:

d. Informa le competenti autorità cantonali di controllo dei risultati dei controlli rafforzati.

## 4. Definizione di metodi di analisi e di campionamento: il controllo dei campioni mediante campionamento nel commercio al dettaglio diventa impossibile e si incoraggiano le frodi alimentari (artt. 48 e 52 OELDerr, OCont).

### 4.1 Contenuto della nuova normativa

L'articolo 48 OELDerr, rispettivamente l'allegato 4, stabilisce un metodo per il prelievo di campioni rappresentativi per il controllo delle merci relative a determinati contaminanti. Sono possibili eccezioni ai sensi dell'art. 52 OELDerr solo se non è previsto alcun metodo. L'ordinanza sui tenori massimi di contaminanti (OCont) contiene disposizioni analoghe

### 4.2 Valutazione

Ai fini del controllo dei prodotti alimentari, al momento della consegna ai consumatori, è importante che le autorità preposte all'applicazione della legge possano controllare anche piccole quantità di una partita commerciale prelevando campioni in modo aleatorio. Con il regolamento proposto, per alcune analisi e per alcuni prodotti alimentari specifici, il campionamento non sarebbe possibile fatta eccezione del prelievo di campioni rappresentativi nel commercio al dettaglio. Se un campione non rappresentativo non soddisfa i requisiti di legge, deve essere possibile adottare misure appropriate con l'obiettivo di garantire una protezione

## 2.3 Proposta

Stralciare l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP.

### **D. Altre considerazioni generali per ogni ordinanza (se non formulate nei capitoli A-C) – Numerazione come da tabella allegata**

#### **2. Ordinanza sulle derrate alimentari e oggetti d'uso (ODerr)**

Vedi sopra (A)

#### **3. Ordinanza sull'esecuzione della LDerr (OELDerr)**

Vedi sopra (B)

#### **4. Ordinanza sul piano nazionale di controllo (OPCN)**

Vedi sopra (C)

#### **5. Ordinanza concernente la macellazione e il controllo delle carni (OMCC)**

Nessuna osservazione

#### **6. Ordinanza del DFI concernente i livelli massimi per i residui di antiparassitari nei o sui prodotti di origine vegetale e animale (OAOVA)**

Le modifiche sono opportune, in particolare il processo di revisione semplificata dell'Allegato 2 (sul sito web della BLV invece che nella Raccolta Ufficiale). Ciò facilita e, soprattutto, velocizza l'aggiornamento dell'allegato e riduce le discrepanze con l'UE.

#### **7. Ordinanza del DFI sulle derrate alimentari destinate alle persone con particolari esigenze nutrizionali (ODPPE)**

L'approccio che si concentra principalmente sul livello di assunzione superiore tollerabile (UL), ovvero la responsabilità o l'autoregolamentazione dei produttori, è in linea con la filosofia della nuova legislazione alimentare. Tuttavia, la corretta adozione di questo regolamento non è garantita senza misure di accompagnamento. L'abolizione dei valori massimi comporterà probabilmente un notevole sovradosaggio dei prodotti sul mercato.

Anche se questo sovradosaggio non costituisce un pericolo per la salute, si individua comunque un certo potenziale ingannevole se un prodotto sembra essere dieci volte migliore di un altro prodotto che ha lo stesso effetto sul consumatore, ad esempio a causa di un sovradosaggio 10 volte superiore.



genera costi aggiuntivi massicci senza valore aggiunto. Ciò corrisponde agli intendimenti formulati con la mozione parlamentare di Géraldine Savary (18.4411, "Ufficiale di controllo privato"), che prima della decisione parlamentare finale sono tuttavia stati attuati -invece che a livello privato- come compiti di controllo statale.

### *1.3 Proposta*

Il campo di applicazione dell' OPNC deve essere limitato all'etichettatura delle denominazioni previste dalla legge agricola. Art. 2 cpv. 2 let. h OPNC: **etichettatura** protetta dei prodotti alimentari conformemente alla legislazione agricola.

Inoltre, l'espressione generale "nel diritto agricolo" non si riferisce a una situazione sufficientemente concreta. Devono essere specificate le denominazioni agricole.

## **2. Ulteriori controlli casuali, oltre ai controlli di base: un'ulteriore mansione casuale per gli organismi di controllo? (Art. 7 cpv. 2 OPNC)**

### *2.1 Contenuto della nuova normativa*

Ai sensi dell'art. 7 cpv. 2 OPNC, oltre ai controlli di base, devono essere effettuati controlli a campione con una frequenza fissata secondo l'ordinanza in circa il 2 per cento delle aziende agricole.

### *2.2 Valutazione*

Nelle spiegazioni relative alla revisione dell'OPNC, si afferma che vengono effettuati controlli casuali supplementari, affinché i gestori delle aziende interessate non facciano eccessivo affidamento sulla frequenza dei controlli di cui all'allegato 1. Questo principio non può che essere accolto con favore, così come i controlli non dovrebbero essere limitati esclusivamente ai controlli di base stabiliti dall'OPCNP. Tali controlli supplementari sono essenziali, basati su indicatori chiari e inclusi nel sistema fisso di controlli alimentari ufficiali.

Tuttavia, l'art. 7 cpv. 2 dell'OPCNP introduce un tipo e un volume di controlli obbligatori supplementari, che non corrisponde all'intenzione ragionevole descritta nelle spiegazioni ("...possono essere effettuati controlli casuali..."). Se il legislatore prevede ogni anno controlli casuali supplementari per il due per cento delle aziende agricole (il presente progetto non stabilisce il periodo durante il quale questo due per cento delle aziende agricole deve essere controllato), ciò corrisponderebbe, per una frequenza media di controllo di quattro anni, a un aumento del numero di controlli di circa il 5 per cento e ad un aumento equivalente dei costi per i Cantoni.

Inoltre, l'articolo 8 dell'OPCNP affronta in modo esauriente anche la possibilità di effettuare controlli supplementari. L'art. 7 cpv. 2 della proposta di OPCNP, così come la definizione di controllo casuale (art. 3 lettera h OPCNP) sono superflui in questa forma e contraddicono il sistema di controllo.

sanitaria preventiva, ad esempio se la persona responsabile dell'immissione del prodotto sul mercato dimostra che il lotto di merci è sicuro nonostante un campione dubbio.

In questo contesto non ha senso un riferimento sistematico e obbligatorio alla normativa europea che prevede un campionamento significativo di campioni rappresentativi (ad esempio, il regolamento (CE) n. 401/2006). Analogamente, anche la OCont deve essere adattata e allineata con l'OELDerr. I nuovi requisiti comporterebbero un'altra perdita di merci e danni all'attività oggetto del prelievo e, di conseguenza, un aumento dei costi sia per le attività commerciali sia per quelle responsabili dell'esecuzione dei controlli.

Analogamente, per quanto riguarda i metodi, l'autorità ufficiale di esecuzione deve avere la possibilità, per la sicurezza alimentare e la prevenzione delle frodi alimentari, di utilizzare metodi alternativi convalidati e di adottare misure appropriate sulla base dei risultati ottenuti con tali metodi. Come hanno dimostrato diversi esempi del passato, chi non rispetta le regole è agevolato dalla presenza di un metodo di analisi prescritto. In tal caso, ciò che non può essere rilevato con il metodo prescritto non può essere individuato: il progresso analitico è ostacolato e le frodi alimentari sono incoraggiate.

#### *4.3 Proposta*

Sopprimere l'articolo 48 e l'allegato 4 senza alternative, adattare l'articolo 52. In alternativa, precisare eventualmente l'articolo 48 e l'allegato 4, nonché l'articolo 52, per quanto riguarda la possibilità di prelevare campioni in modo casuale -come in precedenza- e il fatto che sono richiesti solo criteri di rendimento per i metodi e non l'uso di metodi vincolanti.

### ***C. Ordinanza sul piano di controllo nazionale pluriennale per la catena alimentare e gli utensili***

#### **1. Controlli delle denominazioni secondo la legislazione agricola lungo l'intera catena alimentare? (Art. 2 cpv. 2 lett. OPNC)**

##### *1.1 Contenuto delle nuove regole*

Il campo d'applicazione dell'OPNC deve essere esteso ai controlli nel settore delle denominazioni conformemente al diritto agricolo lungo l'intera filiera alimentare (art. 2 cpv. 2 lett. h OPNC).

##### *1.2 Valutazione*

L'OPNC copre i controlli lungo l'intera catena alimentare. La completa integrazione della produzione agricola primaria deve essere accolta con favore. Secondo i commenti sulla revisione, l'aggiunta dell'art. 2 cpv. 2 lettera h OPNC ha lo scopo di garantire il controllo delle denominazioni conformemente al diritto agricolo lungo la catena alimentare (rintracciabilità). I controlli delle denominazioni sono effettuati, conformemente al diritto agricolo, dalle autorità cantonali di controllo delle derrate alimentari in conformità alla legislazione sulle derrate alimentari (protezione contro gli inganni). Con l'estensione non specifica del campo di applicazione alle "designazioni del diritto agricolo" si crea, per così dire, un'agenzia di vigilanza che

genera costi aggiuntivi massicci senza valore aggiunto. Ciò corrisponde agli intendimenti formulati con la mozione parlamentare di Géraldine Savary (18.4411, "Ufficiale di controllo privato"), che prima della decisione parlamentare finale sono tuttavia stati attuati -invece che a livello privato- come compiti di controllo statale.

### *1.3 Proposta*

Il campo di applicazione dell' OPNC deve essere limitato all'etichettatura delle denominazioni previste dalla legge agricola. Art. 2 cpv. 2 let. h OPNC: **etichettatura** protetta dei prodotti alimentari conformemente alla legislazione agricola.

Inoltre, l'espressione generale "nel diritto agricolo" non si riferisce a una situazione sufficientemente concreta. Devono essere specificate le denominazioni agricole.

## **2. Ulteriori controlli casuali, oltre ai controlli di base: un'ulteriore mansione casuale per gli organismi di controllo? (Art. 7 cpv. 2 OPNC)**

### *2.1 Contenuto della nuova normativa*

Ai sensi dell'art. 7 cpv. 2 OPNC, oltre ai controlli di base, devono essere effettuati controlli a campione con una frequenza fissata secondo l'ordinanza in circa il 2 per cento delle aziende agricole.

### *2.2 Valutazione*

Nelle spiegazioni relative alla revisione dell'OPNC, si afferma che vengono effettuati controlli casuali supplementari, affinché i gestori delle aziende interessate non facciano eccessivo affidamento sulla frequenza dei controlli di cui all'allegato 1. Questo principio non può che essere accolto con favore, così come i controlli non dovrebbero essere limitati esclusivamente ai controlli di base stabiliti dall'OPCNP. Tali controlli supplementari sono essenziali, basati su indicatori chiari e inclusi nel sistema fisso di controlli alimentari ufficiali.

Tuttavia, l'art. 7 cpv. 2 dell'OPCNP introduce un tipo e un volume di controlli obbligatori supplementari, che non corrisponde all'intenzione ragionevole descritta nelle spiegazioni ("...possono essere effettuati controlli casuali..."). Se il legislatore prevede ogni anno controlli casuali supplementari per il due per cento delle aziende agricole (il presente progetto non stabilisce il periodo durante il quale questo due per cento delle aziende agricole deve essere controllato), ciò corrisponderebbe, per una frequenza media di controllo di quattro anni, a un aumento del numero di controlli di circa il 5 per cento e ad un aumento equivalente dei costi per i Cantoni.

Inoltre, l'articolo 8 dell'OPCNP affronta in modo esauriente anche la possibilità di effettuare controlli supplementari. L'art. 7 cpv. 2 della proposta di OPCNP, così come la definizione di controllo casuale (art. 3 lettera h OPCNP) sono superflui in questa forma e contraddicono il sistema di controllo.

## 2.3 Proposta

Stralciare l'art. 7 al. 2 OPCNP et l'art. 3 let. h OPCNP.

### **D. Altre considerazioni generali per ogni ordinanza (se non formulate nei capitoli A-C) – Numerazione come da tabella allegata**

#### **2. Ordinanza sulle derrate alimentari e oggetti d'uso (ODerr)**

Vedi sopra (A)

#### **3. Ordinanza sull'esecuzione della LDerr (OELDerr)**

Vedi sopra (B)

#### **4. Ordinanza sul piano nazionale di controllo (OPCN)**

Vedi sopra (C)

#### **5. Ordinanza concernente la macellazione e il controllo delle carni (OMCC)**

Nessuna osservazione

#### **6. Ordinanza del DFI concernente i livelli massimi per i residui di antiparassitari nei o sui prodotti di origine vegetale e animale (OAOVA)**

Le modifiche sono opportune, in particolare il processo di revisione semplificata dell'Allegato 2 (sul sito web della BLV invece che nella Raccolta Ufficiale). Ciò facilita e, soprattutto, velocizza l'aggiornamento dell'allegato e riduce le discrepanze con l'UE.

#### **7. Ordinanza del DFI sulle derrate alimentari destinate alle persone con particolari esigenze nutrizionali (ODPPE)**

L'approccio che si concentra principalmente sul livello di assunzione superiore tollerabile (UL), ovvero la responsabilità o l'autoregolamentazione dei produttori, è in linea con la filosofia della nuova legislazione alimentare. Tuttavia, la corretta adozione di questo regolamento non è garantita senza misure di accompagnamento. L'abolizione dei valori massimi comporterà probabilmente un notevole sovradosaggio dei prodotti sul mercato.

Anche se questo sovradosaggio non costituisce un pericolo per la salute, si individua comunque un certo potenziale ingannevole se un prodotto sembra essere dieci volte migliore di un altro prodotto che ha lo stesso effetto sul consumatore, ad esempio a causa di un sovradosaggio 10 volte superiore.

Per avere una misura dell'entità dei dosaggi "ragionevoli", sia i produttori sia l'autorità di controllo hanno bisogno di un elenco uniforme, che potrebbe essere pubblicato, ad esempio, in una lettera informativa. Tali elenchi sono già stati pubblicati da alcuni Stati membri dell'UE ai quali si potrebbe fare riferimento. L'esperienza ha dimostrato che l'abolizione dei limiti e il trasferimento di responsabilità alle imprese stesse comporta un certo grado di incertezza giuridica. Il riferimento o la pubblicazione di un elenco dei dosaggi faciliterebbe notevolmente questa transizione per l'industria e gli organismi preposti all'applicazione, in quanto i produttori saprebbero fino a quali dosaggi non sarebbero tenuti a fornire ulteriori chiarimenti e sarebbe più facile individuare i prodotti per i quali sarebbe opportuno un esame approfondito delle misure di autocontrollo. Poiché questo elenco non è un obbligo giuridico, l'idea di base del concetto di quantità massima non verrebbe messa in discussione.

Inoltre, studi condotti negli ultimi anni in Svizzera non hanno evidenziato un'acuta carenza di vitamine e minerali per la popolazione. Non vi è quindi alcuna ragione per calcolare il dosaggio sulla base di due unità al giorno. Questo al fine di ottenere i più alti dosaggi possibili. Piuttosto, il calcolo del dosaggio dovrebbe essere basato su tre unità al giorno provenienti da fonti diverse (il che non è insolito a causa di studi diversi), senza conseguenze sull'assunzione di vitamine e minerali da parte della popolazione.

**8. Ordinanza del DFI sulle derrate alimentari di origine animale (ODOA)**

Nessuna osservazione

**9. Ordinanza del DFI sulle bevande**

Nessuna osservazione

**10. Ordinanza del DFI sugli integratori alimentari**

Vedi osservazioni al punto 7 (ODPPE)

**11. Ordinanza del DFI sui tenori massimi di contaminanti (Ordinanza sui contaminanti, OCont)**

Nessuna osservazione

**12. Ordinanza del DFI concernente le informazioni sulle derrate alimentari (OID)**

Le disposizioni relative alle indicazioni sulla salute non sembrano essere interessate dalla revisione, nonostante la necessità di farlo. Non è chiaro cosa succede alle indicazioni sulla salute protette che sono state approvate da un'azienda solo dopo la scadenza del periodo di protezione.

**13. Ordinanza del DFI sulle derrate alimentari di origine vegetale, i funghi e il sale commestibile (ODOV)**

La cancellazione dell'elenco dei funghi come lista positiva è la conseguenza logica per quanto riguarda la struttura della legislazione alimentare. La soppressione è

tuttavia deplorata in termini di chiarezza a causa dell'abbondanza di specie di funghi. Pertanto, la lettera informativa con l'elenco dei funghi commestibili finora consentiti, promessa nelle spiegazioni, è molto apprezzata.

**14. Ordinanza del DFI sui nuovi tipi di derrate alimentari**

Nessuna osservazione

**15. Ordinanza sugli additivi (OAdd)**

Allegato 3: nella parte B, elenco delle applicazioni, le note a piè di pagina sono integrate direttamente nella colonna Osservazioni. Questo rende il documento ancora più confuso e più lungo di prima. Come in precedenza, le note a piè di pagina devono essere annotate in una colonna separata e riportate esplicitamente alla fine. Allegato 3: nella parte B, elenco delle applicazioni, dove sono consentiti gruppi di additivi in singole categorie alimentari, l'ordine non è più corretto. L'ordine logico (gruppo I, gruppo II, gruppo III, ecc.) dovrebbe essere nuovamente rispettato.

**16. Ordinanza del DFI sull'aggiunta di vitamine, sali minerali e altre sostanze alle derrate alimentari (OAVM)**

Vedi osservazioni al punto 7 (ODPPE).

**17. Ordinanza del DFI sugli aromi e gli ingredienti alimentari con proprietà aromatizzanti nelle e sulle derrate alimentari (Ordinanza sugli aromi)**

Nessuna osservazione.

**18. Ordinanza del DFI concernente le derrate alimentari geneticamente modificate (ODerrGM)**

Lo stralcio e il trasferimento della caratterizzazione "senza ingegneria genetica" all'ODerr non è comprensibile.

**19. Ordinanza del DFI sui requisiti igienici per il trattamento delle derrate alimentari (Ordinanza del DFI sui requisiti igienici, ORI)**

È comprensibile che l'allegato 1, parte 3, sia soppresso dopo l'approvazione delle linee guida per una Buona Prassi Operativa prodotte dalle associazioni economiche. Tuttavia, la lettera d'informazione annunciata nelle note esplicative sulla modifica dell'ORI con i valori guida raccolti deve essere pubblicata il più presto possibile. In particolare, deve sottolineare esplicitamente che i valori delle linee guida settoriali si applicano in linea di principio a tutte le imprese alimentari che fabbricano o manipolano prodotti corrispondenti, anche se non appartengono direttamente a questo settore.

**20. Ordinanza del DFI concernente l'igiene nella macellazione (OIgM)**

Nessuna osservazione

**21. Ordinanza del DFI concernente l'igiene nella produzione lattiera (OIgPL)**

Nessuna osservazione



**22. Ordinanza del DFI sull'acqua potabile e sull'acqua per piscine e docce accessibili al pubblico (OPPD)**

Nessuna osservazione

**23. Ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Paesi terzi (OITE-PT)**

Nessuna osservazione

**24. Ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Stati membri dell'UE, Islanda e Norvegia (OITE-UE)**

Nessuna osservazione

**E. Considerazioni di dettaglio per ogni ordinanza**

Le nostre osservazioni dettagliate sulle revisioni previste per le singole ordinanze sono riportate nel modulo ufficiale, che viene presentato in forma tabellare come allegato. Dato che il Consiglio di Stato condivide la presa di posizione dell'Associazione dei Chimici Cantionali Svizzeri (ACCS/VKCS) viene qui allegata la rispettiva tabella in lingua tedesca modificata in alcune posizioni (p.es. tipicità della lingua italiana). Resta riservata la precisazione rilevata al punto A del presente scritto.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, Signor Consigliere federale, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

Il Presidente:



Christian Vitta

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Allegati:

- Rückmeldeformular VKCS zur Vernehmlassung Projekt Stretto III; Revision Verordnungsrecht

Copia a:

- Divisione della salute pubblica ([dss-dsp@ti.ch](mailto:dss-dsp@ti.ch));
- Laboratorio cantonale ([dss-lc@ti.ch](mailto:dss-lc@ti.ch));
- Ufficio del veterinario cantonale ([dss-uvc@ti.ch](mailto:dss-uvc@ti.ch));
- Divisione dell'economia ([dfe-de@ti.ch](mailto:dfe-de@ti.ch));
- Sezione dell'agricoltura ([dfe-sa@ti.ch](mailto:dfe-sa@ti.ch));
- Deputazione ticinese alle camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch)).
- Pubblicazione in internet



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt	: Verband der Kantonschemiker der Schweiz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt	: VKCS
Adresse, Ort	: Amt für Verbraucherschutz, Obere Vorstadt 14, 5000 Aarau
Kontaktperson	: Dr. Alda Breitenmoser, Präsidentin Kommission Recht VKCS
Telefon	: +41 62 835 30 21
E-Mail	: alda.breitenmoser@ag.ch
Datum	: 19. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	17
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	20
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	21
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	22
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	27
9	EDI: Getränkeverordnung .....	28
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	30
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	32
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	33
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	36
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	37
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	38
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	40
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	45
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	47
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	48
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	51
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	52
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	53
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	55
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	56

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 wurde die Anhörung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Stretto III) eröffnet. Mit dieser Revision soll nach dem Inkrafttreten des revidierten Lebensmittelrechts am 1. Mai 2017 eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt werden. Zudem sollen drei Motionen im Lebensmittelrecht umgesetzt werden.

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) ist als zuständige Vollzugsbehörde von den geplanten Änderungen unmittelbar betroffen. Er bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussert sich nachfolgend zu den einzelnen Verordnungen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

**"Ohne Gentechnik hergestellt" trotz GVO-Futtermittelzusätzen – mit vorsätzlicher Täuschung angepriesen (Art. 37 LGV)**

### Inhalt der Neuregelung

Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.

### Beurteilung

Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.

Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.

Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament bedingen.

### Antrag

Art. 37 Abs. 5 LGV muss gestrichen werden.

Auf die Umsetzung der Motion in dieser Form ist zu verzichten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	<p>In der mehrsprachigen Schweiz sind Produkte häufig in drei Sprachvarianten gekennzeichnet. Es ist nicht zielführend, wenn "Erdnussbutter" auf Deutsch, aber der genauso gängige Begriff "burro d'arachidi" auf Italienisch nicht zulässig sein soll.</p> <p>Diese Änderung bedingt auch eine Anpassung von Art. 32 Abs. 3 der</p>	<p>Ein Begriff, der gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU auf Deutsch, Italienisch oder Französisch zulässig ist, soll in allen drei Sprachvarianten verwendet werden dürfen (übliche Bezeichnung).</p> <p>Umsetzung: eigener Anhang mit zulässigen Begriffen in drei Amtssprachen; alternativ Informationsschreiben (analog Fischliste).</p>

	<p>Getränkeverordnung. Die dort festgelegten Bestimmungen zur Sachbezeichnung von Soja-, Mandel- und Getreidedrinks müssen die Möglichkeit zur Verwendung von z. B. des Begriffs "Lait d'amande / Latte di mandorla" aufnehmen.</p>	<p>Anpassung/Aufhebung von Art. 32 Abs. 3 Getränkeverordnung: siehe dort</p>
Art. 30 / 31	<p>Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p>
Art. 37 Abs. 5	<p>Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).</p> <p>Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "<i>ohne Gentechnik hergestellt</i>" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden.</p> <p>Auch wenn auf den Einsatz solcher Erzeugnisse nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, weil diese nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind, so ist in diesen Fällen der ausdrückliche Hinweis "ohne Gentechnik hergestellt" eine im Grundsatz falsche Angabe. Es entspricht der berechtigten Konsumentenerwartung, dass im Falle einer Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" auch tatsächlich das Futter bzw. dessen Bestandteile nicht mit Gentechnik hergestellt wurden. Die Auslobung führt zu einer groben Konsumententäuschung. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden falsch informiert, so dass auch ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist.</p> <p>Mit der ausdrücklichen Zulassung dieser falschen Auslobung wird der Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes grundlegend verletzt, auch wenn der Einsatz solcher GVO-Futtermittelzusätze unvermeidbar ist.</p> <p>Die Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, <i>Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"</i>) durch den Bundesrat in dieser Form hat keine gesetzliche Grundlage. Sie bedingt eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes durch das Parlament.</p>	<p>Absatz ist ersatzlos zu streichen</p>

Art. 38 Abs. 2 Bst. a und b	<p>Es wird begrüsst, dass die Terminologie von Begriffen harmonisiert wird. Der vorgeschlagene Ausdruck "andere Substanz" passt in diesem Kontext nicht.</p> <p>Es wird empfohlen, die Ausdrücke "Nährstoff" und "andere Substanz" durch den zusammenfassenden Begriff "Lebensmittelbestandteil" zu ersetzen (analog Art. 31 Abs. 1 LIV).</p>	Anpassungsempfehlung unter Bst. a und b: "... der <i>Lebensmittelbestandteil</i> , das Lebensmittel oder die Lebensmittelkategorie..."
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Angabe Verbrauchsdatum bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln</p> <p>Bei nicht vorverpackten leicht verderblichen Lebensmitteln die auf Wunsch der Konsumentenschaft am Ort der Abgabe umhüllt oder vorverpackt werden, soll neu das Verbrauchsdatum stehen.</p> <p>Abgesehen davon, dass die Formulierung (und die Logik) in dieser Form sehr missverständlich ist und von den wenigsten verstanden werden wird (die Ziffer, auf die verwiesen wird, beschreibt ausdrücklich "vorverpackte" Lebensmittel; die Datierungsvorschrift betrifft aber ausschliesslich die Ausnahmeregelung der "nicht vorverpackten" und dennoch umhüllten Lebensmittel) ist diese Neuregelung weder umsetzbar noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit und belastet KMU über Gebühr.</p> <p>Diese Neuregelung ist weder zweckmässig noch vollziehbar. Zudem liefert sie keinen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit.</p>	Art. 39 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen.
Art. 48	<p>Die vorgesehene Anpassung von Art. 48 Abs. 2 wird ausdrücklich begrüsst.</p> <p>Diese Streichung bedarf zusätzlich einer Anpassung der Bedarfsgegenständeverordnung, welche nicht im Rahmen dieser Vernehmlassung, sondern via "Fast Track" revidiert wird. Die betreffenden Änderungsanträge erfolgen via diese Revision.</p>	

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

#### **Trennung der amtlichen Vollzugsbehörden von den amtlichen Laboratorien – wir opfern unsere Effizienz**

#### **Inhalt der Neuregelung**

Auf Grund zahlreicher Anpassungen an die europäische Verordnung und das europäische Vollzugssystem erfolgt eine organisatorisch klare Trennung zwischen Vollzugsbehörden und amtlichen Laboratorien, die in dieser Form für die Schweiz nicht zwingend ist.

#### **Beurteilung**

Im Grundsatz besteht im Lebensmittelgesetz die rechtliche Möglichkeit einer örtlichen und organisatorischen Trennung zwischen kantonaler Vollzugsbehörde und dem durch den Kanton bezeichneten amtlichen Laboratorium.

Die Einheit der amtlichen analytischen Untersuchung und des Vollzugs unter einer organisatorischen Leitung ist eine herausragende Stärke des schweizerischen Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung, um die wir auch von unseren europäischen Kollegen beneidet werden. Sie ist mitverantwortlich für die Effizienz und die schnelle Handlungsfähigkeit unserer Behörden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten und der Abläufe an die europäische Vollzugsverordnung wird das umständliche europäische System ohne zwingenden Grund übernommen und eine klare Trennung zwischen Vollzug und Labor eingeführt. Es werden Bestimmungen eingeführt wie z.B. Art. 46 LMVV der vorgibt, dass bei der analytischen Feststellung eines Verstosses gegen die Lebensmittelgesetzgebung die zuständigen Behörden unmittelbar zu informieren sind. In der Schweiz war bisher die für die Analytik zuständige Person selber auch für die Anordnung der notwendigen Vollzugsmassnahmen verantwortlich. Die Information der zuständigen Behörden ist ein Selbstgespräch und innerhalb der organisatorischen Einheit selbstverständlich. In der LMVV soll jetzt der Spezialfall bis ins kleinste Detail geregelt werden. Es ist zu befürchten, dass damit weitere administrative Anforderungen zur Sicherstellung selbstverständlicher Abläufe auf die Kontrollbehörden zukommen werden.

#### **Antrag**

Um das bewährte, effiziente und kostengünstige Schweizer Vollzugssystem zu erhalten, soll eine organisatorische Trennung zwischen Vollzugsbehörden und Laboratorien nicht der Regelfall werden. Dies muss mindestens in den Kommentaren als unmissverständliche politische Botschaft erkennbar werden. Wir würden es ausserordentlich begrüssen, wenn einleitend ein Artikel eingefügt würde, der festlegt, dass die amtlichen Laboratorien "in der Regel" gemeinsam mit der Vollzugsbehörde eine organisatorische Einheit bilden.

#### **Umfang und Detaillierungsgrad der Aufgaben in der LMVV steigt – die Kosten auch**

Die LMVV wurde – im Gegensatz zu anderen Verordnungen des Revisionspakets – einer grundsätzlichen Umstrukturierung und Totalrevision unterzogen. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Anforderungen an die kantonalen Vollzugsbehörden (und damit auch die kantonalen Verwaltungskosten) werden damit massiv steigen. Beispielhaft können die Anforderungen an Inspektionsdienste und an die Berichterstattung angeführt werden:

## **Externe Audits für Inspektionsdienste werden wieder eingeführt (Art. 13 Abs. 3 LMVV)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben zur Gewährleistung der Pflichten nach dieser Verordnung interne Audits durchzuführen oder sich einem externen Audit zu unterziehen. Die Audits müssen nach Art. 13 Abs. 3 LMVV einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden.

### **Beurteilung**

Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage.

Zudem widerspricht dies dem Willen des Bundesrats und des eidgenössischen Parlaments, die mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben haben.

### **Antrag**

Art. 13 Abs. 3 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

## **Pseudotransparenz der amtlichen Kontrollen (Art. 7 Abs. 2 LMVV)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Die Behörden haben der Öffentlichkeit relevante Informationen über Organisation und Durchführung der Kontrollen zugänglich zu machen. Insbesondere sollen regelmässig **Art, Anzahl und Ergebnis amtlicher Kontrollen, Art und Anzahl der festgestellten Verstösse, Art und Anzahl der ergriffenen Massnahmen** sowie **Art und Anzahl ergriffener Sanktionen** veröffentlicht werden.

### **Beurteilung**

Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt).

Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.

### **Antrag**

Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen.

## **Fehlende Information bei verstärkten Kontrollen (Art. 37 LMVV)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt.

### **Beurteilung**

Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.

### **Antrag**

Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d:

- d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.

## **Festlegung von Probenahme- und Untersuchungsverfahren – die Stichprobenkontrolle im Detailhandel wird verunmöglicht und Food Fraud gefördert (Art. 48 und 52 LMVV, VHK)**

### **Inhalt der Neuregelung**

Art. 48 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).

### **Beurteilung**

Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.

Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen. Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird



gefördert.

### Antrag

Art. 48 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anzupassen.

Eventualiter sind Art. 48 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Es ist nicht einsehbar, weshalb in Art. 2 der Begriff der "Krise" nicht mehr definiert wird, andererseits aber in fast jeder Konstellation die Bewältigung einer Krise eine Zweckbestimmung für die Bearbeitung von Personendaten (Art. 99) und den Austausch von Daten (Art. 101 – 106) darstellt. Es mag gute Gründe für die Streichung der Definition gegeben haben, sie sind aber nicht erkennbar. (NB: In der Verordnung (EU) 2017/625 vom 15. März 2017, auf die für weitere Definitionen verwiesen wird (Art. 2 Abs. 2), ist ebenfalls keine Definition aufgeführt.	Definition der Krise nach aktueller LMVV ist zu übernehmen.
Art. 7 Abs. 2	Der Umfang und die rechtliche Festlegung der mindestens jährlich zu veröffentlichen Informationen als Anforderung an die Behörden sind in dieser Verordnung fragwürdig. Es wird zwar auf die Möglichkeit einer (gemeinsamen) Veröffentlichung im Rahmen des Berichts gemäss Art. 21 der Verordnung über den nationalen Kontrollplan (SR 817.032) verwiesen, der aber sehr allgemein gehalten ist und diese Anforderungen bei Weitem nicht erfüllen muss (und erfüllt). Die Behörden haben eine Pflicht zur Transparenz und zur Information, der sie übrigens gerne nachkommen. Für die in Art. 7 Abs. 2 LMVV festgelegten Anforderungen wirkt der Titel "Transparenz" zynisch. Die Informationspflicht kann nicht mit verpflichtenden Checklisten und Anforderungskatalogen sichergestellt werden. In dieser Form werden sinnfreie Pseudoinformationen generiert, welche zwar die Verwaltungskosten steigern ohne aber Transparenz zu schaffen oder einen Mehrwert zu generieren. Deshalb muss Art. 7 Abs. 2 LMVV gestrichen werden.	Art. 7 Abs. 2 LMVV ist ersatzlos zu streichen
Art. 7 Abs. 2 Bst. c	<i>Eventualantrag, falls Art. 7 Abs. 2 nicht ersatzlos gestrichen wird:</i> Verstösse gegen die Lebensmittelgesetzgebung sind nach Art. 33 LMG zu benennen (beanstanden). Gemäss Art. 34 – 36 LMG sind im Falle von Beanstandungen Massnahmen anzuordnen. Deshalb ist eine getrennte	Art. 7 Abs. 2 Bst. c ist ersatzlos zu streichen

	Meldepflicht von Art und Anzahl für Beanstandungen (Art. 7 Abs. 2 Bst. b) sowie für Massnahmen (Art. 7 Abs. 2 Bst. c) sinnlos – die Anzahl der Beanstandungen sollte der Anzahl angeordneter Massnahmen entsprechen.	
Art. 7 Abs. 2 Bst. d	<i>Eventualantrag, falls Art. 7 Abs. 2 nicht ersatzlos gestrichen wird:</i> Die Vollzugsbehörden haben nicht die Kompetenz, Sanktionen nach Art. 63 – 65 LMG zu verhängen und sie können deshalb auch nicht darüber informieren.	Art. 7 Abs. 2 Bst. d ist ersatzlos zu streichen
Art. 13	Mit dieser Bestimmung wird neu eine externe Auditierung bzw. eine unabhängig (extern) geprüfte interne Auditierung vorgeschrieben, welche gewährleisten sollten, dass die Vorgaben dieser Verordnung eingehalten werden. Dazu fehlt im Lebensmittelgesetz eine gesetzliche Grundlage. Zudem widerspricht dies dem Willen des eidgenössischen Parlaments, das mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung 2014 eben diese Auditierungs- bzw. Akkreditierungspflicht für Vollzugsbehörden (im Gegensatz zur Akkreditierungspflicht für amtliche Laboratorien) aufgehoben hat.	Art 13 Abs. 3 ist zu überarbeiten, mindestens Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen
Art. 16	Gemäss Kommentar zur Totalrevision soll mit Art. 16 erreicht werden, dass die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten durchführen kann, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln.  Die im Kommentar vorgeschlagene Absicht wird begrüsst. Sie wird aber leider in Art. 16 der LMVV nicht präzise umgesetzt! Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. Unnötigerweise wird in Abs. 3, der die Aufgaben der Kantonschemikerin oder des Kantonschemikers im Falle eines Krankheitsausbruchs festlegt, die Aussage von Abs. 2 wiederholt, dass die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt Abklärungen im medizinischen Bereich durchzuführen hat. Es geht vorliegend nicht um Abklärungen im medizinischen Bereich. Im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln sind Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und	Der letzte Satz in Abs. 3 ist zu ersetzen: "Dies beinhaltet auch Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei Konsumentinnen und Konsumenten, um die Ursache des lebensmittelbedingten Krankheitsausbruchs zu ermitteln."

	Konsumenten zwar vielfach Abklärungen bei Patientinnen und Patienten, die sich aber auf den nicht-medizinischen Bereich beziehen. Dazu muss der Datenaustausch der für die Abklärungen notwendigen Patientendaten ermöglicht werden.	
Art. 22	Die Meldung von Beanstandungen ohne Gesundheitsgefährdung ist nicht zielführend.	Der Artikel ist wie folgt anzupassen: Die kantonalen Vollzugsbehörden übermitteln dem BLV im Falle einer Beanstandung von Spielzeug, das die Gesundheit gefährden kann, folgende Informationen:
Art. 23 – 36, Erläuterungen	Gemäss den Erläuterungen befasst sich das 3. Kapitel sich mit den Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft und von Gebrauchsgegenständen. Diese Kontrollen werden von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) durchgeführt. Die Kontrollen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Lebensmitteln tierischer Herkunft werden in den EDAV-Verordnungen behandelt.  Beurteilung Die Differenzierung zwischen der Kontrolle pflanzlicher Lebensmittel (LMVV) und tierischer Lebensmittel (EDAV) geht aus Art. 23 - 36 nicht hervor.	In den Erläuterungen ist die Einschränkung "pflanzlicher Herkunft" ersatzlos zu streichen.
Art. 37 Abs. 8	Die Aufgaben des BLV nach Abschluss verstärkter Kontrollen werden in Art. 37 Abs. 8 LMVV abschliessend festgelegt. Bei den abschliessend aufgeführten administrativen Aufgaben des BLV nach Abschluss von verstärkten Kontrollen ging die Information der für den Betrieb zuständigen kantonalen Behörden über das Kontrollergebnis vergessen. Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen ist dieser Informationsfluss wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass bereits an der Grenze durch verstärkte Kontrollen überprüfte Ware durch kantonale Stellen nochmals überprüft wird.	Ergänzung von Art. 37 Abs. 8 LMVV mit zusätzlichem Bst. d: d. Es informiert die zuständigen kantonalen Kontrollstellen über das Kontrollergebnis.
Art. 39	Art. 39 gibt dem BLV die Möglichkeit der Weiterbeförderung von Sendungen vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Warenuntersuchung. Dies muss aber auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden. Entsprechend ist die Bestimmung anzupassen. Da durch die Weiterbeförderung den kantonalen Vollzugsstellen Kontrollaufwendungen entstehen, müssen diese wiederum die Möglichkeit erhalten, Gebühren dafür einzufordern. Art. 44 muss dafür entsprechend ergänzt werden.	Art. 39 Abs. 1 <i>Das BLV kann in Ausnahmefällen die Weiterbeförderung der Sendung...</i>  Einfügen Art. 44 Abs. 3: <i>Für Sendungen die gemäss Art. 39 weiterbefördert werden dürfen, erheben die zuständigen kantonalen Stellen eine Gebühr zur Deckung des dadurch</i>

		<i>entstehenden Kontrollaufwandes.</i>
Art. 45 Abs. 1 Bst. a – d und Abs.2	Dir hier beschriebenen Forderungen werden auch durch die EN ISO/IEC 17025 an ein Laboratorium gestellt.	Absätze sind ersatzlos zu streichen
Art. 46 Abs. 2	Auf Prüfberichten von akkreditierten Laboratorien nach EN ISO/IEC 17025 wird auf die eingesetzten Verfahren hingewiesen.	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4	<p>Art. 48 Abs 1 LMVV respektive Anhang 4 legt für die Überprüfung von Waren auf bestimmte Kontaminanten repräsentative Probenahmeverfahren fest. Ausnahmen sind gemäss Art. 52 LMVV ausschliesslich möglich, wenn keine Methoden vorgesehen sind. Analoge Bestimmungen finden sich in der Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten (VHK).</p> <p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wie verschiedene Beispiele in der Vergangenheit zeigen, werden Kriminelle durch die</p>	<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

	Festlegung einer vorgeschriebenen Analysenmethode geradezu herausgefordert. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.	
Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5	Die in Anhang 5 beschriebenen Merkmale der Analysenmethoden sind eine Forderung gemäss EN ISO/IEC 17025 (vgl. 7.2 Auswahl, Verifizierung und Validierung von Verfahren). Die Akkreditierung nach dieser Norm ist gemäss Art. 45 Abs. 1 Bst. e LMVV für alle amtlichen Untersuchungslaboratorien verbindlich, So stellt dieser Absatz und Anhang 5 eine verzichtbare Redundanz dar.	Art. 48 Abs. 5 und Anhang 5 sind ersatzlos zu streichen.
Art. 64, Erläuterungen	Ein Abs. 6, in dem gefordert wird, dass das Kontrollpersonal sein Wissen auf dem aktuellsten Stand halten muss (vgl. Erläuterungen) gibt es nicht. Diese Forderung ist in Abs. 1 formuliert.	Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen
Art. 65 Abs. 2	Die Finanzierung wird in Art. 1 sowohl für die Ausbildung als auch für die Schulungen (=Weiterbildung; vgl. Art. 64) geregelt. Die ungedeckten Sachkosten der Schulungen müssen ebenfalls geregelt werden.	Art. 65 Abs. 2 ist zu ergänzen: Ungedeckte Sachkosten der Ausbildungen <b>und Schulungen</b> werden ...
Art. 70	Es ist im Grundsatz sinnvoll, erfahrene Berufsleute (und die Prüfungsstellen) mit einer Ausnahme- oder Übergangsregelung zu entlasten. Für amtliche Fachassistenten muss diese Regelung unbedingt ebenfalls eingeführt werden (analog Art. 79 Abs. 2) und Art. 70 muss entsprechend mit einem zweiten Absatz ergänzt werden. Es kann nicht sein, dass jemand, der in einem Spezialgebiet seit Jahren Kontrollen kompetent durchführt (ob dies dem geltenden Recht entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich), diese Tätigkeit in Zukunft ohne Prüfung nicht mehr durchführen darf, wenn dies für amtliche Prüfleiter möglich ist. So würden – als vorhersehbarer Ausweg – Personen, die bisher Tätigkeiten sozusagen als amtliche Fachassistenten ausgeübt haben, gezwungenermassen zu Lebensmittelkontrolleuren "ernannt", wenn sie keine Prüfung machen sollen.	Art. 70 ist mit Absatz zur Ausnahmeregelung (analog Art. 79 Abs. 2) ergänzen
Art. 75	Für den Fachassistenten werden Notenschnitte für bestandene Prüfungen definiert, ohne eine Notenskala entsprechend Art. 85 Abs. 3 für den DAL festzulegen.	Abs. 2 ist analog Art. 85 (DAL) wie folgt zu ergänzen: Die Notenskala richtet sich nach Art. 85 Abs. 3.

Art. 79 Abs. 2	Für erfahrene amtliche Prüfleiterinnen und Prüfleiter ist diese Regelung unbestritten. Es stellt sich aber die Frage, ob man diese "Übergangsregelung" tatsächlich auch für Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelkontrolleure einführen will. Für diese Funktionen waren bereits bisher klare Regelungen vorhanden. Es besteht kein Grund für eine Übergangsregelung.	Art. 79 Abs. 2 ist zu überarbeiten, so dass Lebensmittelkontrolleure und –inspektoren ausgenommen sind.
Art. 83 Abs. 1	Der praktische Teil der Diplomprüfung für das DAL soll sich auch auf die Grundlagen der Analytik gemäss Art. 81 Abs. 2 Bst. g erstrecken. Dieser Aspekt spiegelt sich einerseits nicht in Art. 83 Abs. 2 wider, andererseits stellt sich auch die Frage, ob es Sinn macht, bei zukünftigen Inspektionsorganen eine praktische Prüfung in den Grundlagen der Analytik abzunehmen.	Art. 83 Abs. 1 ist wie folgt anzupassen: Der praktische Teil der Diplomprüfung erstreckt sich auf die Bereiche nach Art. 81 Abs. 2 Buchstaben e-f und dauert mindestens zwei Stunden.
Art. 83 Abs. 3	Die Begleitung jeder praktischen Prüfung für das DAL durch ein Mitglied der PK wäre ein zu grosser Aufwand für die PK-Mitglieder. Müsste jede praktische Prüfung für das DAL von einem Mitglied der PK begleitet werden, ist nach Berechnung des BLV der Aufwand für die Mitglieder der PK auf 7-10 Tage pro Jahr zu beziffern, was eindeutig zu hoch ist. Zudem wurden bis anhin diese praktischen Prüfungen problemlos ohne Beteiligung der PK durchgeführt.	Der letzte Satz von Art. 83 Abs. 3 LMVV muss wie folgt angepasst werden: <i>"....Ein Mitglied der PK <u>kann</u> die Prüfung begleiten."</i>
Art. 93 Abs. 2 Bst. e	Die Ergänzung "aufgrund von Inspektionsergebnissen" schränkt in diesem Kontext zu stark ein. Denn die Prüfung umfasst auch die lebensmittelrechtliche Beurteilung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.	Die Ergänzung "aufgrund von Inspektionsergebnissen" ist ersatzlos zu streichen.
Art. 95 Abs. 1	Die Prüfungsbereiche sind in Art. 91 Absatz 2 (nicht Absatz 1) geregelt.	Absatz 2 ist durch Absatz 1 zu ersetzen
98, Abs. 2	<b>Inhalt der Neuregelung</b> Wer vom Kanton als Kantonschemikerin oder Kantonschemiker oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter gewählt wird und noch nicht im Besitz des DLAL ist, darf bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 leiten.  Beurteilung Die Beschränkung auf Artikel 70 ergibt keinen Sinn.	«Kantonschemikerinnen oder Kantonschemiker, die gemäss Absatz 1 eingestellt worden sind, dürfen bis zum Erhalt des Diploms keine Ausbildung gemäss Artikel 70 <b>und 79</b> leiten.»

Art. 105	Abklärungen zum Lebensmittelkonsum bei den Konsumentinnen und Konsumenten setzen im Falle eines Krankheitsausbruchs im Zusammenhang mit Lebensmitteln die Kenntnis von gewissen Patientendaten voraus. (vgl. auch Art. 16)	Art. 105 ist mit Bst. d zu ergänzen: "d. ein vermuteter Krankheitsausbruch im Zusammenhang mit Lebensmitteln vorliegt."
Art. 107	Es fehlt ein Titel (vgl. Art. 104 aLMVV: Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung).	Art. 107 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 113 aLMVV)	Art. 116 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 116	Für die Erhebung der Gebühren soll Artikel 119 vorbehalten bleiben. Dieser bezieht sich allerdings auf die Aktualisierung der Anhänge durch das BLV. Gemeint ist wohl eher vorbehaltlich Art. 117 (analog zu aLMVV).	Korrektur mit „...vorbehalten bleibt Artikel 117.“
Art. 118	Es fehlt ein Titel	Art. 118 ist mit einem Titel zu ergänzen
Art. 119	Es fehlt ein Titel (fehlt auch schon bei Art. 115 aLMVV)	Art. 119 ist mit einem Titel zu ergänzen
Anhänge 1 und 2	Die Anhänge 1 und 2 (verstärkte Kontrollen) brauchen regelmässige Aktualisierungen. Eine Lösung wäre wie bei Anhang 2 VPRH -> Publikation auf BLV-Homepage. Zudem sollte wo relevant beim «Risiko» die Vorgabe der zu untersuchenden Analyten präzisiert werden (z.B. inkl. Dithiocarbamatfungiziden)	Regelung in Art. 37: halbjährliche Aktualisierung der Anhänge 1 und 2  Anhang 1 analog zur Verordnung (EG) 669/2009 Analyten präzisieren
Anhang 4	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 4	Anhang 4 ist ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist Anhang 4 so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.
Anhang 5	Vgl. Bemerkungen zu Art. 48 Abs. 5	Anhang 5 ist ersatzlos zu streichen

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Die MNKPV umfasst Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Die vollständige Integration der landwirtschaftlichen Primärproduktion ist zu begrüßen.

### Kontrollen von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette? (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV)

#### Inhalt der Neuregelung

Der Geltungsbereich der MNKPV soll auf Kontrollen im Bereich der Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der gesamten Lebensmittelkette erweitert werden (Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV).

#### Beurteilung

Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.

#### Antrag

Der Geltungsbereich der MNKPV muss für Bezeichnungen nach Landwirtschaftsrecht auf die Kennzeichnung eingeschränkt werden. Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV: *geschützte **Kennzeichnungen** von Lebensmitteln gemäss Landwirtschaftsrecht.*

Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.

### Zusätzliche zufällige Kontrollen neben den Grundkontrollen – ein zufälliger zusätzlicher Auftrag an die Kontrollorgane? (Art. 7 Abs. 2 MNKPV)

#### Inhalt der Neuregelung

Gemäss Art. 7 Abs. 2 MNKPV sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.



## Beurteilung

In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.

Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 MNKPV aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... **können** zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht. Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.

Die Möglichkeit **zusätzlicher** Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der **zufälligen** Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und können ersatzlos gestrichen werden.

## Antrag

Art. 7 Abs. 2 MNKPV und Art. 3 Bst. h MNKPV sind zu streichen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. h	<p>Gemäss Erläuterungen zur Revision soll durch die Ergänzung mit Art. 2 Abs. 2 Bst. h MNKPV die Kontrolle von Bezeichnungen gemäss Landwirtschaftsrecht entlang der Lebensmittelkette (Rückverfolgbarkeit) sichergestellt werden. Die Kontrollen von Bezeichnungen werden – gemäss Landwirtschaftsrecht – von den Organen der kantonalen Lebensmittelkontrolle gemäss der Lebensmittelgesetzgebung (Täuschungsschutz) vollzogen. Mit der unspezifischen Ausdehnung des Geltungsbereichs auf "Bezeichnungen des Landwirtschaftsrechts" wird sozusagen eine agence de vigilance geschaffen, was massive Mehrkosten ohne Mehrwert generiert und kaum beabsichtigt war. Damit würde die parlamentarische Motion von Géraldine Savary (18.4411, "Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen") vor dem abschliessenden Parlamentsentscheid statt auf privater Ebene sogar als staatliche Kontrollaufgabe umgesetzt.</p> <p>Zudem bezieht sich die allgemeine Bezeichnung "gemäss Landwirtschaftsrecht" nicht auf einen genügend konkreten Sachverhalt. Die landwirtschaftsrechtlichen Bezeichnungen sind zu konkretisieren.</p>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Anpassen: <i>geschützte <b>Kennzeichnungen</b> von Lebensmitteln</i> ....</li><li>2. Sachverhalt "gemäss Landwirtschaftsrecht" konkretisieren: <i>Abschliessende Aufzählung, um welche landwirtschaftsrechtlichen Erlasse es sich hier handelt.</i></li></ol>

Art. 3 Bst. h	Die Definition ist obsolet (vgl. Art. 7 Abs. 2).	Art. 3 Bst. h ist zu streichen
Art. 7 Abs. 2	<p>Es sollen zusätzlich zu den Grundkontrollen mit in der Verordnung festgelegter Kontrollfrequenz bei rund zwei Prozent der Betriebe zufällige Kontrollen durchgeführt werden.</p> <p>In den Erläuterungen zur Revision der MNKPV wird ausgeführt, dass mit Zwischenkontrollen sichergestellt werden soll, dass sich die Betriebe nicht zu stark an den Kontrollhäufigkeiten orientieren. Dies wird begrüsst und es wird auch ausdrücklich begrüsst, dass sich die Kontrollen nicht ausschliesslich auf die in der MNKPV festgelegten Grundkontrollen beschränken müssen. Solche signalbasierten zusätzlichen Kontrollen gehören zum festen Instrumentarium der amtlichen Lebensmittelkontrolle und sind unverzichtbar.</p> <p>Vorliegend wird mit Art. 7 Abs. 2 aber eine zusätzliche Kontrollart mit verpflichtender Menge eingeführt, was nicht der in den Erläuterungen beschriebenen sinnvollen Absicht ("... können zufällige Kontrollen ... stattfinden") entspricht.</p> <p>Falls der Gesetzgeber sich tatsächlich jährlich zusätzliche zufällige Kontrollen in zwei Prozent der Betriebe vorstellt (im vorliegenden Entwurf wird nicht festgelegt, innert welcher Zeitdauer die zwei Prozent der Betriebe zu kontrollieren sind), entspricht dies bei einer durchschnittlichen Kontrollfrequenz von vier Jahren einer Steigerung der Anzahl Kontrollen um ungefähr 5 % und einer ebensolchen Kostensteigerung für die Kantone.</p> <p>Die Möglichkeit zusätzlicher Kontrollen wird in Art. 8 MNKPV umfassend abgehandelt. Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 2 MNKPV sowie die Definition der zufälligen Kontrolle (Art. 3 Bst. h MNKPV) sind in dieser Form unnötig, widersprechen dem Kontrollsystem und sind ersatzlos zu streichen.</p>	Art. 7 Abs. 2 ist zu streichen.
Art. 8	In den Definitionen nach Art. 3 NKP-VO sind die Aussagen von Art. 8 bereits enthalten.	Art. 8 ist ersatzlos zu streichen

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen sind zweckmässig, insbesondere der vereinfachte Revisionsprozess bez. Anhang 2 (RHG neu auf BLV-Internetseite anstatt in Amtl. Sammlung). So kann der Anhang einfacher und v.a. schneller aktualisiert werden und es entstehen weniger Diskrepanzen zu den Regelungen der EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Leider fallen im Anhang 1 mit der Aktualisierung ein paar verarbeitete Erzeugnisse weg (Kürbiskernöl, Getreideprodukte, Trockengemüse, Trockenobst und Wein). Da Verarbeitungsfaktoren kaum vorliegen, wird eine Beurteilung von Rückständen in verarbeiteten Lebensmittel schwierig. Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln werden entweder entsprechende RHG oder Verarbeitungsfaktoren benötigt (für jede Matrix-Wirkstoff Kombination). Es ist uns bewusst, dass die EU den Anhang VI der EU-Verordnung 396/2005 (=Verarbeitungsfaktoren) nicht prioritär behandelt. Für eine rechtssichere Beurteilung verarbeiteter Lebensmittel sind Verarbeitungsfaktoren unabdingbar. Diese fehlen für viele Matrices oder es sind nur indikative Werte in Datenbanken zu finden (z.B. BfR-Datensammlung zu Verarbeitungsfaktoren). Darum wäre wünschenswert, dass (viel) mehr verarbeitete Lebensmittel aufgenommen werden oder aber, dass Verarbeitungsfaktoren zur Verfügung stehen.	Für die Beurteilung von verarbeiteten Lebensmitteln Festlegen von Pestizid-Höchstgehalten in verarbeiteten Lebensmitteln oder von Verarbeitungsfaktoren.
Anhang 2	Wie werden die Übergangsfristen bei Aktualisierungen des Anhangs 2 gehandhabt?	Die jeweiligen Übergangsfristen sind zu regeln

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Umsetzung dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser sei, als ein anderes Produkt, welches für die Konsumentin oder den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde der Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 und 4	Aktuell gilt die VZVM nicht für Lebensmittel für Sportler (Art. 1 Abs. 3 Bst. b VZVM). Gemäss dem Änderungsvorschlag der VZVM soll die VZVM neu für sämtliche Lebensmittelkategorien der VLBE nicht mehr gelten. Aus diesem Grunde müssen einzelne Bestimmungen der VZVM, die weiterhin für alle Lebensmittel der VLBE gelten sollen, unter Art. 3 oder 4 angegeben werden.	Sofern die VZVM neu für alle Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll: Verweis auf spezifische Artikel der VZVM, die auch für die Lebensmittel der VLBE gelten sollen.

	Anhang 4 VZVM müsste deshalb beispielsweise unter Art. 3 erfasst werden (-> Ausnahme in Anhang 4 ist Lactulose -> bei Lebensmitteln für Sportler erlaubt).	Dies betrifft u.a. Anhang 4 VZVM. In diesem Sinne ist auch die vorgesehene Bestimmung unter Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup> nicht dort, sondern unter Art. 3 aufzuführen: <i>"Die Stoffe nach Anhang 4 VZVM sind verboten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt."</i>
Art. 22a, Informationen über Säuglingsnahrung	Der Artikel ist so formuliert, als seien die Hersteller/Vertreiber geradezu verpflichtet, solche Materialien zu erstellen. Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint es aber mehr so zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird. Dies ist so nicht vorgesehen. In diesem Kontext ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren. Sind Apotheken oder Drogerien auch damit gemeint?	Anpassung Titel 5. Abschnitt wie folgt: Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern  Zudem ist der Begriff «Gesundheitswesen» besser zu spezifizieren.
Art. 35 Abs. 2 Bst. g	Anstelle des Begriffes "Polyole" sollte wie bei Anhang 1 Ziffer 17 (Begriffsbestimmungen) LIV, Art. 23. Abs. 1 LIV, Anhang 2 Teil B LIV sowie Anhang 11 und 12 LIV der Ausdruck "mehrwertige Alkohole" verwendet werden. Die Verwendung der Begriffe sollte in der Lebensmittelgesetzgebung einheitlich sein.	Der Begriff "Polyole" ist durch den Ausdruck "mehrwertige Alkohole" zu ersetzen.
Art. 35a Abs. 3 Bst. c	Der Verweis ist falsch. Es gibt keinen Absatz 3.	Der Verweis ist anzupassen (-> Absatz 2).
Art. 35a Abs. 6 und 7	Zur besseren Verständlichkeit Abs. 6 und 7 evtl. präzisieren.	Abs. 6 und 7 sind zu präzisieren. Ergänzung wie Abs. 6: "Die Angaben <i>zu Stoffen</i> ..." Abs. 7: " " <i>Stoffangaben</i> ..."
Art. 35a <sup>bis</sup> Abs. 2	Abs. 2 ist eine grundsätzliche Vorschrift, die für alle Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf gilt. Die Bestimmung steht bereits unter Art. 4 Abs. 2 und ist deshalb hier zu streichen.	Abs. 2 ist zu streichen.
Art. 35a <sup>bis</sup> Abs. 3	Unter Abs. 3 steht, dass alle in der Nährstoffdeklaration bei Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung aufgeführten Nährstoffe die Anforderungen nach dem 11. Abschnitt LIV erfüllen müssen.  Es handelt sich somit um eine grundsätzliche Vorschrift, die von der Logik her bereits unter Art. 35 a aufgeführt werden sollte. Sie sollte dort zudem	Abs. 3 ist nicht unter Art. 35a <sup>bis</sup> , sondern am Anfang von Art. 35a aufzuführen.

	<p>vor dem Aufführen von einzelnen Bestimmungen über geltende Abweichungen stehen.</p> <p>Bei Art. 35a geht es auch um die Nährwertdeklaration.</p>	
Art. 35b	<p>Betrifft italienische Version:</p> <p>cpv. 2 -&gt;</p> <p>In deroga al capoverso 1, l'indicazione nutrizionale «fibre aggiunte» può essere utilizzata per i sostituti dell'intera razione alimentare giornaliera per il controllo del peso, a condizione che il contenuto di fibre alimentari del prodotto non sia superiore o uguale a 10 g.</p>	<p>Modificare in</p> <p>..., a condizione che il contenuto di fibre alimentari del prodotto sia uguale o superiore a 10 g.</p>
Art. 38 Abs. 1 Bst b. Ziffer 1	<p>Zusatz von neuartigen Stoffen bei Lebensmitteln für Sportler</p> <p>Die Anwendungsbedingungen / Höchstgehalte für neuartige Stoffe werden in der Unionsliste der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 hauptsächlich für Nahrungsergänzungsmittel geregelt, nicht aber für Lebensmittel für Sportler, da im Gegensatz zur Schweiz in der EU diese Lebensmittelkategorie nicht geregelt ist.</p> <p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden sollen, ist an dieser Stelle eine Ergänzung nötig. Bisher wurden für solche Stoffe eigentlich immer die gleichen Anforderungen wie für Nahrungsergänzungsmittel festgelegt (Höchstgehalte pro Tagesration und Art der Verbindung). Aus diesem Grunde ist eine Ergänzung angebracht, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Verwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht spezielle Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p>	<p>Sofern die neuartigen Stoffe nicht mehr explizit in den Anhängen 11 und 12 aufgeführt werden, ist hier eine Ergänzung nötig:</p> <p>Verweis, dass für die neuartigen Stoffe die gleichen Höchstmengen bzw. Anwendungsbedingungen wie für Nahrungsergänzungsmittel gelten, falls für Lebensmittel für Sportler nicht explizit Anwendungsbedingungen festgelegt sind.</p> <p>Siehe auch Angaben unter Anhang 11 und 12.</p>
Art. 38 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Neu soll in einem separaten Artikel bei Lebensmitteln für Sportler explizit angegeben werden, dass die Stoffe nach Anhang 4 VZVM verboten sind. Die Stoffe in Anhang 4 VZVM sind nicht nur bei Lebensmitteln für Sportler, sondern bei allen Lebensmitteln für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf nicht zulässig. Deshalb gehört diese Bestimmung hier unter Art. 3 dieser Verordnung. Sie ist unter Art. 3 nötig, da die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll (siehe Art. 1 Abs. 3 VZVM).</p>	<p>Sofern die VZVM neu für sämtliche Lebensmittel der VLBE nicht mehr gelten soll:</p> <p>Art. 38 Abs. 1<sup>bis</sup> ist zu streichen und die Bestimmung ist unter Art. 3 aufzuführen.</p>

Art. 40 Abs. 5	Der vorgeschlagene Wortlaut grenzt nicht klar iso- und hypotonische Getränke voneinander ab. Ein Getränk mit Osmolarität von 260 mmol pro Liter kann sowohl als isoton als auch als hypoton bezeichnet werden.	Art. 40 Abs. 5 ist entsprechend zu korrigieren.
Anhang 9 Ziffer 1.1	Im Zusammenhang mit Erzeugnissen für Frühgeborene wird neu auf die "Ernährungsempfehlungen der Wissenschaftsgemeinschaft" verwiesen. Eine konkrete Angabe, um welche Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt, fehlt. Die Wissenschaftsgemeinschaft sollte verbindlich in der Verordnung aufgeführt werden (und nicht nur in den Erläuterungen).	Konkrete Angabe (z.B. in Fusszeile), um was für eine Wissenschaftsgemeinschaft es sich handelt (-> ESPGHAN).
Allegato 9	Betrifft italienische Version: Tabella 3.2 Sali minerali -> tabella non è più in ordine alfabetico (Rame, Fosforo)	Rimettere in ordine alfabetico
Anhang 10	Die vorgesehenen Anpassungen unter den Anmerkungen machen so keinen Sinn. Das Wort "vermarktet" steht am falschen Ort.	Entweder die Angaben so belassen wie in aktueller Verordnung oder Anpassungen im Sinne von: "Die Angaben beziehen sich auf gebrauchsfertige Lebensmittel, die als solche <i>vermarktet</i> oder gemäss den Anweisungen der Herstellerin oder des Herstellers <i>zubereitet</i> werden."
Allegato 10	Betrifft italienische Version: Errori ortografici 4. Grassi: 4.1 ac. linoleico - min. 11g/giorno; 4.2 ac. Alfa- <u>linoleico</u> min. 1,4g/giorno	Correggere 4. Grassi: 4.1 ac. linoleico - min. 11g/giorno; 4.2 ac. Alfa- <u>linolenico</u> min. 1,4g/giorno
Anhang 11, Erläuterung	Für die nachfolgende Erläuterung: "Es wird empfohlen, Calciummengen von mehr als 800 mg pro Tag zusammen mit Vitamin D einzunehmen, um die Calciumaufnahme in den Knochen zu fördern" findet sich nirgends in der Gesetzgebung eine Grundlage.	Der Fehler ist in der Gesetzgebung oder in den Erläuterungen anzupassen.
Anhang 12	Es sollten die gleichen Verbindungen wie in der VNem zulässig sein.  Calcium Im Vergleich zur VNem fehlen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul>	Calcium Ergänzung: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Calcium-Phosphoryl-Oligosaccharide</li> <li>• calciumhaltige Rotalgen oder Maerl</li> </ul>



	<p>Silicium</p> <p>Im Vergleich zur VNem fehlt folgende Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin</p> <p>Werden dazu keine Angaben mehr aufgeführt, so ist eine Ergänzung unter Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE nötig.</p>	<p>Silicium</p> <p>Ergänzung der Verbindung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>organisches Silicium (Monomethylsilantriol)</li> </ul> <p>Astaxanthin, Flavonoide, Lycopin</p> <p>Die Verbindungen zu diesen Stoffen weiterhin aufführen oder Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE ergänzen (siehe Anpassungsvorschlag unter Art. 38 Abs. 1 VLBE).</p>
--	--	---

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19, Abs. 1, Erläuterungen	<p>In der <b>Erläuterung</b> wird geschrieben: <i>Um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden, wird die Verpflichtung zur Angabe der Produktionsmethode und der Fanggerätekategorie auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 in Absatz 1 eingeschränkt.</i></p> <p>Effektiv entspricht dieser Bezug auf die EU-Verordnung aber einer <b>Erweiterung</b>. In der bisherigen Verordnung betraf die Regelung nur "Fischereierzeugnisse", neu werden gemäss Anhang I Buchstabe c und e zusätzlich Weichtiere und wirbellose Wassertiere sowie Algen und Tange dazu gehören. Dies entspricht also nicht einer Einschränkung.</p>	<p>Änderung in der <b>Erläuterung</b>:</p> <p>Um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden, wird die Verpflichtung zur Angabe der Produktionsmethode und der Fanggerätekategorie auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 in Absatz 1 präzisiert.</p>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 (bisher)	Die Bestimmungen für Mineralwasser sollten auch für offen abgegebenes Mineralwasser gelten. Der zweite Satz «Natürliches Mineralwasser kann als Zutat in einem Lebensmittel auch offen abgegeben werden» macht absolut keinen Sinn.	«Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für natürliches Mineralwasser, das a) in Behältnisse abgefüllt oder offen als Lebensmittel an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben wird; b) für die Verwendung als Zutat in einem Lebensmittel in Tankwagen transportiert wird. »
Art. 7, Abs. 3 (bisher)	Sätze zwei und drei sollten grammatikalisch zusammengefasst werden.	«Der Transport in Tankwagen ist nur gestattet für die Verwendung von natürlichem Mineralwasser als Zutat in einem Lebensmittel»
Art. 9 Abs. 3 Bst. e und f	Die Revision sieht hier keine neue Bestimmung, sondern lediglich eine leicht angepasste Formulierung vor. Es ist nicht einzusehen, warum dies exklusiv für Calcium und Magnesium, aber nicht für die anderen Stoffe wie Natrium, Eisen, Fluor etc. gelten sollten.	Entweder bei der bisherigen Formulierung bleiben oder die Formulierung für alle unter Art. 9 Abs. 3 aufgeführten Mineralien ändern.
Art. 32 Abs. 3	Ggf. Anpassung oder Streichung nötig, je nachdem wie die Ausnahmen traditioneller Bezeichnungen vegetarischer Milchalternativen (Soja, Mandel, Getreidedrinks) in Art. 14 Abs. 2 LGV umgesetzt werden.	Betrifft v. a. französische und italienische Version.
Art. 33 Abs. 1 Bst. b	Die Streichung der Pflicht zur Angabe des Extraktgehaltes (war ursprünglich nur für Fertiggetränke (z.B. Eistee) vorgesehen) wird auch damit begründet, dass QUID das dann schon regle. Da es sich aber um kleine Mengen Extrakt handelt, wird die Industrie argumentieren, QUID sei nicht vorgeschrieben. So wird die Information ganz rausfallen. Vorschlag: Artikel umformulieren, so dass er nur für Fertiggetränke gilt.	<sup>1</sup> Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV ist anzugeben: b. bei Fertiggetränken auf Basis von Zutaten wie Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln, Tee und Guarana, Kräutern oder Früchten oder von deren Extrakten oder Konzentraten der Anteil an Extrakt in Massenprozent oder bei trinkfertigen Erzeugnissen in Gramm pro Liter.
Art. 39 Abs. 1 Bst. a	Die Ausnahmeregelung, dass kein Hinweis auf den erhöhten Coffeingehalt nötig ist für Getränke, die auf Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teeextrakt basieren, und bei denen der Begriff «Kaffee» oder «Tee» in der Sachbezeichnung	Anpassen: a bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 30 mg/l und höchstens 150 mg/l: zumindest der

	<p>vorkommt (analog LIV Anhang 2, Teil B, Kapitel 4), fehlt für die Getränkekategorie mit einem Koffeingehalt zwischen 30 und 150 mg/l.</p> <p>In der alten Verordnung über alkoholfreie Getränke (vor 1.5.2017) wurde in Art. 34 Abs. 1 Bst. c der Ausnahmetatbestand (Kaffee oder Tee in der Sachbezeichnung) über beide Coffeingehaltbereiche 30-150 mg/l und grösser 150 mg/l gestellt.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für stärker koffeinhaltige Getränke diese Ausnahme geltend gemacht werden kann, handelt es sich bei der fehlenden Ausnahmeregelung wohl um einen Fehler, der entsprechend korrigiert werden sollte.</p> <p>NB: In der EU gibt es keine Regelung über diese Kennzeichnung unterhalb 150 mg/l.</p>	<p>Hinweis «coffeinhaltig» <i>mit Ausnahme von Getränken, die auf Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teeextrakt basieren, und die in der Sachbezeichnung einen Hinweis auf «Kaffee» oder «Tee» enthalten;</i></p>
Art. 66	<p>Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.</p>	<p>Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.</p>
Anhang 2	<p>Einführung der Inkubationszeit und -temperatur für Mineral- und Quellwasser. In der TBDV Anhang 1 wird für Trinkwasser indessen von Bebrütungszeit und -temperatur gesprochen.</p>	<p>In Analogie zu Trinkwasser Beibehaltung der Terminologie Bebrütungszeit und -temperatur</p>
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	<p>Neu wird zur Herstellung von Fruchtsaft die Behandlung mit Erbsenproteinen zugelassen. Dies soll aber gemäss Erläuterungen ergänzend zu den bereits jetzt in Ziffer 10 aufgeführten Stoffen sein. Die Ziffer 10 muss deshalb zum bisherigen Wortlaut mit den Erbsenproteinen ergänzt werden und nicht ersetzt.</p>	<p>10. chemisch inerte Adsorptionsstoffe einschliesslich Proteine pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 in Einklang stehen und dazu verwendet werden, den Limonoid- und Naringengehalt des Zitrussafts zu verringern, ohne hierdurch den Gehalt an limonoiden Glucosiden, Säure, Zucker (einschliesslich der Oligosaccharide) oder Mineralien erheblich zu vermindern</p>

**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde der Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder eines sonstigen Stoffes im Zutatenverzeichnis wird nicht eingegangen. Es gilt nicht automatisch die VZVM, weil diese gemäss Art. 1 Abs. 3 VZVM nicht für Nahrungsergänzungsmittel gilt.	Auf die Kennzeichnung von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen ist einzugehen. Evtl. Verweis auf Art. 6 VZVM.

Allegato 1	Betrifft italienische Version: <b>Allegato 1 Parte A e B:</b> l'elenco NON è più in ordine alfabetico come lo era nel vecchio	Mettere in ordine alfabetico
Allegato 1	Betrifft italienische Version: «L- metionina + L-cisteina» nella versione italiana manca «+ L-cisteina». In tedesco i.O	correggere

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a/b und Anhang 11 (Massnahmen zur / Überprüfung der Einhaltung der guten Verfahrenspraxis bez. Acrylamid)	<p>Richtwerte werden gemäss Art. 2 Abs. 2 LGV als Höchstwerte definiert. Höchstwertüberschreitungen bedingen eine Beanstandung des Produktes, was aber gemäss den Erläuterungen bei Acrylamid nicht vorgesehen ist.</p> <p>Erste Erfahrungen mit den EU-Richtwerten haben gezeigt, dass diese als Höchstwerte interpretiert werden, so dass bei Einhaltung keine Massnahmen durch die Betriebe nötig seien. Die Richtwerte sind darum zu hoch. Z.B. für Chips ist das 90ste Perzentil in der CH sicher tiefer als 750 ppb. Wenn den Betrieben und Vollzugsämtern klar werden soll wie das Konzept der Richtwerte funktioniert, müssen diese viel tiefer sein, so dass sie nicht mit Höchstwerten verwechselt werden können. Eine Überschreitung lässt (wie schon unter 1) vermerkt) keine Beanstandung des Produktes zu. Ebenso bedeutet eine Unterschreitung des Richtwertes nicht, dass der Betrieb alle Möglichkeiten zur Reduktion des Acrylamid-Gehaltes bereits ausgeschöpft hat.</p>	<p>Neuen Begriff statt Richtwert verwenden (z.B. Signalwert, Zielwert). Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Art. 2 LGV.</p> <p>«Richtwerte» sollten tiefer gesetzt werden (z.B. beim 90. Perzentil in der CH Daten oder beim 50. Perzentil der EU Daten).</p>
Anhang 2, Ochratoxin A in Trockenobst (übriges)	Die erneute Definition des Höchstgehaltes von Ochratoxin A in Trockenobst bezogen auf die Trockenmasse (wie früher in der FIV) bringt einen erheblichen Mehraufwand für die Beurteilung, aber keinen wesentlich besseren Gesundheitsschutz. Zudem ist dieser TM-Bezug im Vergleich zu den allermeisten Mykotoxin-Höchstwerten unüblich.	Nicht ändern, so belassen wie es aktuell ist.
Anhang 9 Teil C	Grundsätzlicher Hinweis: Vorgaben, bezüglich Probenahme und Analytik dürfen nicht dazu führen, dass die Lebensmittelkontrolle nur noch Massnahmen bei repräsentativ gezogenen Mustern und aufgrund normierter Untersuchungsverfahren anordnen kann. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Art. 48 LMVV.	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. a Ziffer 1	<p>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentenschaft und auch nicht im Sinne der parlamentarischen Diskussionen sowie der Forderung der Landwirtschaft.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.</p> <p>Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>
Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.	<p>Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."</p>



Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Schreibfehler im Satz sollte korrigiert werden (Wort «gelten» streichen).	b. bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV
Art. 40	Umständliche und unvollständige (z.B. fehlt Gelee Royale) Beschreibung der tierischen Produkte.	Die Beschreibung sollte wie folgt lauten: Milchprodukte, Eier und Eierbestandteile, Bienenprodukte;
Art. 42a	<p>Nicht vollziehbar. Wer überprüft die neuen und alten Rezepturen? Wer kontrolliert, wie lange die Verpackungsversion verkauft wird?</p> <p>Definitionen fehlen: was sind typische sensorische Eigenschaften von Salz und Zucker (Hersteller verwenden einfach Traubensaftkonzentrat wegen dem Aroma oder verzuckert die Stärke während der Herstellung, sehr beliebt bei Babynahrung ohne Zuckerzusatz). Was heisst "darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden"? Abfüllen während eines Jahres? Zeitdauer zwischen Rezepturentwicklung und Verpackungsdruck zählt dazu? Lange haltbare Produkte sind dann sehr lange im Handel. Oder gibt es dann Food Waste, weil man die Produkte entsorgen muss?</p> <p>Mit den neuen Vorgaben werden bestehende Bestimmungen ausser Kraft gesetzt respektive die Vorgaben für die Auslobung einer Salz- und Zuckerreduktion verwässert: Für die Auslobungen einer Zucker- oder Salzreduktion (Anhang 13 Ziffer 32 LIV) gelten bereits deutlich strengere Vorschriften. Dank Art. 42a können insbesondere zuckerreiche Frühstücksflocken und Süssgetränke von erleichterten Bedingungen profitieren und werden dem Konsumenten als «gesund» verkauft, obwohl die Zuckerreduktion marginal ist!</p> <p>Ein Sticker wie «neue Rezeptur» ist bereits jetzt möglich. So wird der Konsument informiert, dass das Produkt anders schmeckt.</p>	Artikel 42a ist ersatzlos zu streichen.
Anhang 5 Teil C	<p>Fussnote 25 zu modifizierter Stärke Die Angaben in der Fusszeile sind nicht mehr klar. Der Begriff "modifizierte Stärke" wird als Funktionsklasse angesehen. Deshalb sollte in der Fussnote der Ausdruck "Funktionsklasse" analog der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Nr. 1169/2011 (Anhang VII Teil C) durch die spezifische Bezeichnung ersetzt werden.</p>	Der Begriff "Funktionsklasse" ist durch den Begriff "Einzelbezeichnung" zu ersetzen.

<p>Anhang 9 Ziff. 19</p>	<p>Grundsätzlich wurde die „Befreiung“ von der obligatorischen Nährwertdeklaration von der EU übernommen. Die ersten 18 Ziffern entsprechen fast wörtlich dem 19 Ziffern umfassenden Anhang V der Verordnung (EU) 1169/2011. Unter Ziff. 19 wird in Anhang 9 LIV durch eine Umformulierung jedoch eine unnötige Diskrepanz zur EU geschaffen.</p> <p>Es besteht ein grosser Unterschied zwischen Lebensmitteln, die direkt in kleinen Mengen von Erzeugnissen ... abgegeben werden (einschliesslich handwerklich hergestellter Lebensmittel) und handwerklich hergestellten Lebensmitteln, die durch die Herstellerin oder den Hersteller direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten ... abgegeben werden.</p> <p>Ziff. 19 Anhang 9 LIV sollte von Ziff. 19 Anhang V 1169/2011 – mit den notwendigen schweizerischen Anpassungen (Verbraucher → Konsumenten) – übernommen werden. Damit erübrigt sich auch ein vorgesehene Informationsschreiben zum Thema „handwerklich hergestellte Lebensmittel“.</p> <p>Aus dieser Differenz ergeben sich auch Folgeprobleme in Bezug auf die Übertragbarkeit von Urteilen in der EU. Die Argumentation von Gerichten in der EU stützt sich auf die Mengen – und nicht auf die handwerkliche Herstellung (vgl. z.B. LG München, Urteil 20.6.2017, 1 HK O 3051/17).</p>	<p>Anhang 9 Ziff. 19 analog der Anhang V Ziff. 19 der Verordnung (EU) 1169/2011 formulieren.</p>
	<p>Die Vorgaben zu gesundheitsbezogenen Angaben scheinen von der Revision trotz Bedarf nicht betroffen zu sein: Nach wie vor unklar und nicht geregelt ist: was passiert mit geschützten Health Claims, die nur für die Nutzung durch eine Firma zugelassen wurden, wenn die Schutzfrist abgelaufen ist (Bsp. Kakaoflavonole/Barry Callebaut).</p>	

## 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung der Pilzliste als Positivliste ist im Hinblick des Aufbaus des Lebensmittelrechts die konsequente Folge. Die Streichung wird jedoch auf Grund der Fülle der Pilzarten im Sinn der Klarheit bedauert. Daher wird das in den Erläuterungen in Aussicht gestellte Informationsschreiben mit der Auflistung der bisher zugelassenen Speisepilze sehr begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang	<p>Verwendungszweck Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Kennzeichnung Chiasamen Analog der bisherigen Bestimmungen ist es zum besseren Verständnis angebracht, den Ausdruck "als solche" zu ergänzen.</p> <p>Der Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen darf nicht zulässig sein, da beim Offenverkauf dieser Ware die Massnahmen zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes nicht umsetzbar sind.</p> <p>Die Spezifikation im Entwurf der Verordnung entspricht nicht den Vorgaben im Anhang, Tabelle 2 der <a href="#">DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</a>.</p> <p>Es fehlt zudem die folgende Information gemäss Verordnung 2017/2470: (*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p>Chiasamen enthalten nur um 4.5g KH/100g, der Rest besteht aus Nahrungsfasern. Diese Präzisierung ist wichtig, ansonsten gibt es Beanstandungen, weil die Chiasamen (vermeintlich) nicht den Vorgaben entsprechen.</p>	<p>Verwendungszweck Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zudem dürfen Chiasamen auch unverarbeitet als solche an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden."</p> <p>Kennzeichnung Ergänzung zum besseren Verständnis: "Zusätzlich ist für Chiasamen, die als solche unverarbeitet an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden..."</p> <p>Auf den Offenverkauf von unverarbeiteten Chiasamen ist zu verzichten. Der entsprechende Abschnitt in Anhang 2 ist ersatzlos zu streichen.</p> <p>Chiasamen weisen folgende Zusammensetzung auf: Trockenmasse: 90-97 % Protein: 15-26 % Fett: 18-39 % Kohlenhydrate (*): 18-43 % Rohfaser (**): 18-43 % Asche: 3-7 %</p> <p>(*) Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). (**) Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste werden Fussnoten direkt in Spalte Bemerkungen integriert. Das macht das Dokument noch unübersichtlicher und länger als bisher. Fussnoten sollten wieder wie bis anhin in einer eigenen Spalte vermerkt und am Schluss explizit ausgeführt werden.

Anhang 3: in Teil B, Anwendungsliste wurde dort wo Gruppen von Zusatzstoffen in einzelnen Lebensmittelkategorien zulässig sind die Gruppe I nach hinten verschoben, so dass die Reihenfolge nicht mehr korrekt ist. Es sollte zwingend die logische Reihenfolge (Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III etc.) wieder eingehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9b, Abs. 1 lit. b	(nicht in Stretto III vorgesehen) Korrektur fehlt: gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. a der EU-Verordnung 1333/2008 sind im Zutatenverzeichnis die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden. Gemäss ZuV ausschliesslich die E-Nummern. Wenn dieser Absatz nicht korrigiert wird, haben wir weiterhin eine Abweichung zum EU-Zusatzstoffrecht.	Die Bestandteile mit den festgelegten Bezeichnungen in mengenmässig absteigender Reihenfolge; für Zusatzstoffe sind die Einzelbezeichnungen und/oder die E-Nummern zu verwenden;
Anhang 1a und Anhang 2	Gemäss den Erläuterungen sollen Octylgallat (E 311) und Dodecylgallat (E 312) nicht mehr zulässig sein. In den Anhängen sind die Zusatzstoffe aber nach wie vor gelistet. E 311 und E 312 müssen konsequent aus der ZuV entfernt werden.	Streichung E 311 und E 312 aus den Anhängen 1a und 2
Anhang 3, Teil B, Ziffer 5.2 und 5.3	Steviolglycoside sollen neu für diese Lebensmittelkategorien zugelassen werden. Sie sind aber bereits (ZuV, Stand 1. Mai 2017) jetzt zulässig, eine Anpassung ist nicht nötig.	Der Kommentar in den Erläuterungen ist entsprechend anzupassen.
Anhang 3, Teil B, Ziffer 7.2	Mit der Streichung der Kategorie «feine Backwaren für besondere Ernährungszwecke» werden Süssungsmittel in solchen Lebensmitteln nicht mehr zulässig sein. Das kann nicht Sinn der Regelung sein. Die Süssungsmittel sind wieder aufzunehmen (z.B. durch eine Regelung wie andernorts mit der Einschränkung «nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte»).	Süssungsmittel in Kategorie weiterhin zulassen, z.B.: E 950 Acesulfam K 1700 Nur brennwertverminderte oder ohne Zuckerzusatz hergestellte Produkte

Anhang 3, Teil B, Ziffer 17.1	Es soll der neue Zusatzstoff "niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose" (L-HPC) in Nahrungsergänzungsmitteln in fester Form (Ziffer 17.1) zugelassen werden. E 463a ist in der ZuV nicht in Anhang 1a der zulässigen Zusatzstoffe gelistet. Dies muss ergänzt werden.	Anhang 1a mit dem Eintrag E 463a - niedrig substituierte Hydroxypropylcellulose (L-HPC) ergänzen.
-------------------------------	---	---

**Allgemeine Bemerkungen**

Das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln wird im Grundsatz begrüsst.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, steht in Übereinstimmung mit der Philosophie des neuen Lebensmittelrechts.

Die korrekte Übernahme dieser Regelung ist aber ohne flankierende Massnahmen nicht garantiert.

So wird das Wegfallen der Höchstwerte wohl zu erheblich überdosierten Produkten auf dem Markt führen.

Auch wenn diese Überdosierung keine Gesundheitsgefährdung mit sich bringt, so orten wir doch ein gewisses Täuschungspotential, wenn ein Produkt aufgrund der z.B. 10-fachen Überdosierung den Anschein erweckt, dass es auch zehnmal besser ist, als ein anderes Produkt, welches für den Konsumenten die gleiche Wirkung entfaltet.

Um hierzu einen Massstab zu haben, wie hoch die «sinnvollen» Dosierungen liegen, haben sowohl Hersteller als auch Vollzugsorgane einen Bedarf an einer einheitlichen Liste, welche zum Beispiel über ein Infoschreiben publiziert werden könnte.

Solche Listen sind bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten herausgegeben worden, auf welche verwiesen werden könnte.

Der Wegfall von Limiten und die Transferierung in die Eigenverantwortung der Betriebe bringt erfahrungsgemäss eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich.

Der Verweis auf oder die Publikation einer Dosierungsliste würde diesen Übergang für die Branche und die Vollzugsorgane erheblich erleichtern, indem die Hersteller wüssten, bis zu welchen Dosierungen sie keine zusätzlichen Abklärungen treffen müssten und der Vollzug jene Produkte einfacher identifizieren könnte, bei welchen eine vertiefte Überprüfung der Selbstkontrollmassnahmen angezeigt ist.

Da es sich bei dieser Liste nicht um gesetzliche Vorgaben handelt, würde der Grundgedanke des Höchstmengenkonzeptes damit auch nicht in Frage gestellt.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1 Abs. 3 Bst. b	<p>Neu sollen alle Lebensmittelkategorien unter Art. 2 der VLBE nicht mehr in den Geltungsbereich der VZVM fallen (momentan sind es nur die Lebensmittel für Sportler).</p> <p>In diesem Fall ist es wichtig, in der VLBE unter Art. 3 (allgemeine Anforderungen), Art. 4 (Kennzeichnung) oder unter den spezifischen</p>	In der VLBE unter Art. 3, Art. 4 oder bei Bedarf unter den spezifischen Bestimmungen angeben, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten (z.B. Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 VZVM oder Anhang 4 VZVM).

	Bestimmungen aufzuführen, welche Bereiche der VZVM auch für die Lebensmittel der VLBE gelten. Dies dürften beispielsweise bestimmte Kennzeichnungsvorschriften unter Art. 6 oder der Anhang 4 VZVM sein. Wie steht es mit den lebenden Bakterienkulturen? Sind diese bei allen Lebensmittelkategorien der VLBE erlaubt?	Siehe auch Bemerkungen unter Art. 3 und 4 VLBE.
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen. Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <i>Anhängen 1 und 2</i> "
Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen. Aus diesem Grunde ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.  Begründung siehe unter allgemeine Bemerkungen und Anhang 2.	Art. 2 <sup>bis</sup> ist zu streichen.
Art. 2	Analog zu Art. 2 bezüglich dem Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ist es angebracht, auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen einzugehen: Entweder in einem vergleichbaren Artikel (-> Artikel 2bis) oder direkt unter Art. 2 (-> in diesem Fall Erweiterung Titel). Dürfen allen Lebensmitteln lebende Bakterienkulturen zugesetzt werden? Oder gibt es wie bei den Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen Ausnahmen (siehe Anhang 3)?	Vorschlag: Entweder unter Art. 2 (in diesem Fall müsste Titel erweitert werden) oder in einem separatem Artikel (-> Artikel 2bis) auf den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen eingehen.
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben Die Streichung des Anhangs 8 hat zur Folge, dass aus «hard law» (Regelung in der Verordnung) «soft law» (Regelung nach Infoschreiben BLV 2017/7 und Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte) wird. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 ist beizubehalten.
Art. 6 Abs. 1	Neu wird nicht mehr auf die Kennzeichnung von Vitaminen im Zutatenverzeichnis eingegangen (dies im Gegensatz zu Mineralstoffen und sonstigen Stoffen). Es ist wichtig zu wissen, was bei Vitaminen als Sachbezeichnung in der	Auf die Kennzeichnung der Vitamine im Zutatenverzeichnis ist nach wie vor einzugehen. "Wird einem Lebensmittel ein Vitamin, Mineralstoff oder ... zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des



	<p>Zutatenliste aufzuführen ist. Die Angaben in den Erläuterungen sind nicht ausreichend.</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis auch die Bezeichnungen nach Anhang 10 Teil A LIV toleriert, so ist direkt darauf zu verweisen.</p>	<p>Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen."</p> <p>Werden bei Vitaminen im Zutatenverzeichnis anstelle der Verbindungen auch die Bezeichnungen wie "Vitamin C" toleriert, so ist beispielsweise folgende Ergänzung angebracht:</p> <p>"Bei Vitaminen kann im Verzeichnis der Zutaten anstelle der Verbindung auch die Bezeichnung nach Anhang 10 Teil A LIV angegeben werden."</p>
Art 6. Abs. 1	<p>Betrifft italienische Version:</p> <p>Nella versione in italiano manca una parola:</p> <p>Art. 6 cpv. 1: Se a una derrata alimentare vengono aggiunti <u>una vitamina</u>, un sale minerale o un'altra sostanza che ha effetti nutrizionali o fisiologici, questi composti aggiunti devono essere indicati nell'elenco degli ingredienti della derrata alimentare in questione.</p>	<p>Aggiungere "una vitamina"</p>
Art. 6 Abs. 1bis	<p>Auf die Kennzeichnung von lebenden Bakterienkulturen im Zutatenverzeichnis wird eingegangen.</p> <p>Sie unterscheidet sich leicht von den Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln für Sportler (Art. 40 Abs. 3 VLBE) und Nahrungsergänzungsmitteln (Art. 3 Abs. 6 VNem).</p> <p>Es ist sinnvoll, die Kennzeichnungsvorschrift einheitlich zu handhaben.</p>	<p>Die Kennzeichnungsvorschriften der lebenden Bakterienkulturen in der Zutatenliste sollten einheitlich sein. Die Angabe unter Art. 6 1bis in diesem Sinne überprüfen und evtl. anpassen.</p>
Anhang 1	<p><b>Verbot Anreicherung diverser Mineralstoffe und Vitamine</b> (wie Magnesium, Zink, Fluorid, Vitamin K und Nicotinsäure)</p> <p>Das Verbot der Anreicherung von Lebensmitteln mit diversen Mineralstoffen und Vitaminen gemäss VZVM wird mit dem Gesundheitsschutz begründet. Bei Calcium wird die Anreicherung nur noch bei Milchersatzprodukten zugelassen. Die Einschränkung hinsichtlich Calcium ist nochmals zu überdenken (z.B. in Zusammenhang mit Veganern).</p>	<p>Verbot der Zugabe einzelner Stoffe (wie Magnesium oder Einschränkung bei Calcium auf Milchersatzprodukte) nochmals überdenken und, wo vertretbar, anpassen.</p>
Anhang 1	<p>Als zulässige Höchstmenge für Vitamin A wird "Vitamin A (beta-Carotin) = 3.2 mg" aufgeführt. Dieser Wert bezieht sich auf die Menge an beta-Carotin, da Lebensmittel nur mit diesem angereichert werden dürfen (vgl. Anhang 5). Die jetzige Formulierung kann aber auch als Höchstmenge für die Bezugsverbindung Retinol für Vitamin A missverstanden werden. Es muss</p>	<p>Vorschlag einer klareren Formulierung: Vitamin A – 3.2 mg beta-Carotin</p>

	daher klarer formuliert werden, dass sich die Menge auf beta-Carotin bezieht.	
Anhang 2	<p><b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b></p> <p>Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren. So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p><b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b></p> <p>Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.</p> <p>In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>
Anhang 2	<p>Bisher sind u.a. Cholin und Betain in der Liste aufgeführt. Sie sollen gestrichen werden. Die Begründungen in den Erläuterungen zu Cholin und Betain sind nochmals zu überdenken.</p> <p>Cholin sei gemäss Erläuterungen nur in Nahrungsergänzungsmitteln und evtl. Lebensmitteln für Sportler zulässig. Dies ist somit ein Grund mehr, wieso Anhang 2 als geschlossene Liste beibehalten soll. Wäre Anhang 2 eine offene Liste, so könnte Cholin ohne weiteres bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden. Wir fragen uns aber, weshalb Cholin seit 2014 als sonstiger Stoff mit 550 mg pro Tagesdosis bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr zugesetzt werden kann.</p> <p>Solange Betain in der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel noch nicht aufgenommen ist, ist Betain weiterhin in Anhang 2 anzugeben.</p>	<p>Bei Cholin und Betain überprüfen, ob diese Stoffe bei Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr weiterhin eingesetzt werden dürfen. Falls ja: Stoffe in Anhang 2 mit Höchstmengen aufführen.</p>
Anhang 5	<p>Formatierungsfehler in</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liste der zulässigen Verbindungen für Vitamine: unterhalb Ziffer 1.12 Pantothersäure müssen die Überschrift und der Eintrag L-Ascorbyl-palmitat gelöscht werden</li> <li>Liste der zulässigen Mineralstoffverbindungen: Überschrift zwischen</li> </ul>	

	Kalziumhydroxid und Kalziummalat muss gelöscht werden	
Anhang 5	<p>Calcium</p> <p>Unter Calcium wird "fossiles Korallenpulver oder Scleratinia" aufgeführt. Bei der VNem hingegen steht im Anhang 2 unter Calcium "calciumhaltige Rotalgen oder Maerl". Es gibt auch Unterschiede bei der Fusszeile.</p>	<p>Calcium</p> <p>Bei Calcium die Diskrepanzen zu "fossilem Korallenpulver oder Scleratinia" und "calciumhaltigen Rotalgen oder Maerl" (inklusive Angabe Fusszeile) in der VZVM, VNem und VLBE bereinigen.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 7 Anhang 6	<p>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Es ist vorgesehen, in der Liste alle aufgeführten Lebensmittel zu streichen - mit Ausnahme der dort erwähnten Kindernährmittel.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden, stimmt so nicht. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Gemäss dem aktuellen Anhang 6 sind beispielsweise bei Teigwaren und Brot keine Aromen erlaubt. In der VLpH hingegen sind gemäss den Definitionen dieser Lebensmittel die Zutaten nicht abschliessend festgelegt (Art. 70 und Art. 74 VLpH). D.h. es könnten auch Aromen verwendet werden, wenn es die aktuelle Liste in Anhang 6 nicht gäbe. Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktspezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden). Die Angaben in den produktspezifischen Verordnungen sind bezüglich der Aromen nicht vollständig.</p> <p>Ferner können die produktspezifischen Verordnungen im Widerspruch mit dem verbleibenden Anhang 6 stehen. Das Streichen aller Produkte in Anhang 6 mit Ausnahme der aufgeführten Kindernährmittel kann so interpretiert werden, dass nun - abgesehen dieser Kindernährmittel - bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind.</p> <p>Eine solche Öffnung führt in manchen Fällen zur Täuschung (zum Beispiel Aromen in Fleisch, um gewisse unangenehme Gerüche/Geschmäcker zu maskieren etc.).</p>	Wie bisher ist die vollständige Liste in Anhang 6 beizubehalten.

	<p>Aus diesen Gründen ist die bisherige Liste im Anhang 6 mit dem Aufführen der aktuellen Lebensmittelgruppen nach wie vor nötig und beizubehalten. Die Liste ist zudem sowohl für die Unternehmen als auch für den Vollzug ein übersichtliches Hilfsmittel.</p>	
--	--	--

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Streichung und Überführung der Kennzeichnung «ohne Gentechnik» in die LGV ist nicht nachvollziehbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Definition GVO-Erzeugnisse Art. 2 VGVL wird aufgehoben. Entsprechend sind GVO-Erzeugnisse in der LGV zu definieren. Eine entsprechende Definition fehlt in Art. 30 LGV.</p> <p>Art. 31 LGV regelt das Bewilligungsverfahren für GVO-Erzeugnisse (Novel Food); die Definition für diese Produktkategorie ist hier falsch platziert.</p>	<p>Die Definition von GVO-Erzeugnissen ist analog Art. 2 VGVL ist in einem zusätzlichen Absatz in Art. 30 LGV aufzuführen.</p> <p>Siehe auch Änderungsvorschlag unter Art. 30/31 LGV.</p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass die Werte in Anhang 1 Teil 3 nach Genehmigung der GVG Leitlinie gestrichen nicht mehr aufgeführt werden sollen. Jedoch muss das in den Erläuterungen zur Änderung der HyV angekündigte Informationsschreiben mit den gesammelten Richtwerten möglichst bald veröffentlicht werden. Insbesondere muss darin explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen, auch wenn Sie nicht direkt dieser Branche angehören. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit die Werte aus Anhang 1 Teil 3 entfernt werden können.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup>	In Art. 29 Abs. 4 <sup>bis</sup> wird präzisiert, dass in Abs. 1 Bst. a die <b>Kerntemperatur</b> gemeint ist. Aus Art. 29 Abs. 1 geht dies nicht hervor.	Art. 29 Abs. 1 präzisieren: «Fleisch und dessen Verarbeitungserzeugnisse müssen nach der Schlachtung oder nach der Herstellung schnellstmöglich auf folgende <b>Kerntemperaturen</b> abgekühlt und auf diesen gehalten werden ...»
Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup> Und Art. 30, Abs. 1 <sup>bis</sup>	Die Formulierung <b>zerlegen</b> stellt eine Inkongruenz zur VSFK dar: im Schlacht- oder Wildbearbeitungsbetrieb darf nur bis maximal Sechstel <b>zerteilt</b> werden, erst in einem Zerlegebetrieb darf zerlegt werden.  Statt <b>zerlegt</b> soll der Begriff <b>zerteilt</b> verwendet werden	Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup> Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile zerteilte Schlachttierkörperhälften...  Art. 30, Abs. 1 <sup>bis</sup> Schlachttierkörper, Schlachttierkörperhälften oder -viertel oder in höchstens drei Teile zerteilte Schlachttierkörperhälften können...
Art. 66 Anhang 1, Teil 3	Anhang 1, Teil 3, welcher bis anhin Richtwerte zur Beurteilung der guten Verfahrenspraxis enthielt, soll gestrichen werden. Jedoch wird in Art. 66, Abs.4 erwähnt, dass das BLV Richtwerte festlegen kann, falls diese nicht in den Branchenleitlinien erfasst sind. In welchem Gefäß sollen diese Richtwerte festgelegt werden? Es wäre sinnvoller, Anhang 1, Teil 3 zu erhalten und als zukünftig mögliches Gefäß für Richtwerte des BLV beizubehalten. Damit würde die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch schnell Richtwerte festzulegen.  Die Einleitung bzw. der Geltungsbereich für die Anwendbarkeit von Anhang 1, Teil 3 muss dazu noch angepasst werden. Die zurzeit geltende	Anhang 1, Teil 3 – beibehalten – Geltungsbereich streichen – beibehalten Produktkategorien 3.2.7 und 3.2.3

	Einschränkung auf <u>herstellende, verarbeitende oder zubereitende</u> Einzelhandelsbetriebe (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 LGV) ist eine unnötige (ungewollte?) Einschränkung, die kaum begründbar ist. Die Richtwerte sind auf Lebensmittel aus allen Betrieben anwendbar.	
Art. 66 Abs. 4	<p>Gemäss Art. 66, Abs. 4 wird das BLV ein Informationsschreiben mit den zusammengefassten Richtwerten aus den Branchenleitlinien veröffentlichen zwecks harmonisierten Vollzugs.</p> <p>Aus der HyV oder den Branchenleitlinien geht jedoch nicht hervor, ob die mikrobiologischen Richtwerte zur Überprüfung der GVP der genehmigten Branchenleitlinie für alle Betriebe oder nur für die Betriebe der jeweiligen Branche gelten.</p> <p>Wie ist z. B. Lachs, erhoben in einem Restaurant, zu beurteilen?</p> <p>Im geplanten Informationsschreiben muss explizit darauf hingewiesen werden, dass die Werte der Branchenleitlinien grundsätzlich für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche entsprechende Produkte herstellen oder damit umgehen.</p> <p>Von der Rechtsetzung her wäre eine rechtliche Grundlage zu dieser Anforderung "schöner".</p>	Art. 66 Abs. 4 ergänzen mit dem Hinweis, dass die in Branchenleitlinien festgelegten Werte für alle Lebensmittelbetriebe gelten, welche die entsprechenden Produkte herstellen oder damit umgehen.
Art. 71	<p>Gemäss Art. 71 HyV muss bei der Überschreitung eines Lebensmittelsicherheitskriteriums immer eine Rücknahme bzw. Rückruf durchgeführt werden gemäss Art. 84 LGV. Art. 84 LGV erwähnt aber die Gesundheitsgefährdung, welche auf Grund von Art. 7 LMG und Art. 8 LGV evaluiert werden muss.</p> <p>Dieser Interpretationsspielraum soll auch in Art. 71 widerspiegelt werden (z.B. Salmonella in rohem Pouletfleisch mit Warnhinweis auf Packung etc.).</p> <p>Art. 71, Abs. 1 Bst. B HyV ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>Art. 71, Abs. 1 Bst. b</p> <p>Bei unbefriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Untersuchung der Lebensmittelsicherheitskriterien in Anhang 1 Teil 1 muss das Produkt oder die Partie Lebensmittel nach Artikel 84 LGV <del>vom Markt genommen oder zurückgerufen werden</del> beurteilt werden.</p>
Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.3 und 3.2.7	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der HyV, soll Teil 3 von Anhang 1 mit den Richtwerten zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis in Einzelhandelsbetrieben aufgehoben werden, da sämtliche Richtwerte dieses Anhangs in Branchenleitlinien verankert seien.</p> <p>Es wurden nicht alle Richtwerte in die GVG übernommen. In der GVG nicht abgebildet sind die Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.3 (Genussfertige, offen ausgegebene Getränke aus Automaten) und 3.2.7 (Genussfertige Lebensmittel, ausser schimmelgereifte).</p>	<p>Während bei verschimmelten Produkten (bis anhin Ziff. 3.2.7) eine Beurteilung nach Art. 7 LMG und Art. 8 LGV möglich ist, sollte die Werte gemäss Ziff. 3.2.3 bei der nächsten Revision in die GVG übernommen werden.</p> <p>Andernfalls muss aufgezeigt werden, wie entsprechende Produkte zu beurteilen sind (Verweis auf andere Branchenleitlinie, Einteilung in bereits vorhandene GVG Kategorie usw.).</p>



<p>Anhang 1 Teil 3 Ziffer 3.2.8 bis 3.2.10</p>	<p>Für Fleischerzeugnisse gekocht sind bis anhin 3 Produktkategorien in der HyV vorhanden: Ziff. 3.2.8 für ganze, 3.2.9 für geschnittene oder portionierte und 3.2.10 für in der Packung pasteurisierte Fleischerzeugnisse. In der GVG wird nur eine entsprechende Kategorie geführt.</p>	<p>Bei den Fleischerzeugnissen muss in der GVG präzisiert werden, dass für alle bisherigen Produktkategorien gemäss Ziff. 3.2.8, 3.2.9 und 3.2.10 die Leitlinie des Schweizer Fleischfachverbandes zu berücksichtigen ist.</p>
--	---	--

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 10	<p>Über die Artikel 4 und 10 TBDV wird sichergestellt, dass Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen bzw. Desinfektionsmittel für Badewasser über eine Zulassung nach der Biozidprodukteverordnung (VBP, SR 813.12) verfügen müssen, weil sie andernfalls als "Verarbeitungshilfsmittel" im Sinn der LGV bzw. als "Produkte die ausschliesslich nach der Lebensmittelgesetzgebung in der Verkehr gebracht werden" vom Geltungsbereich der VBP grundsätzlich ausgeschlossen sind (Art. 1a Ziff. 3 Bst. e bzw. Bst. a VBP).</p> <p>Ob neben der Zulassungspflicht auch die weiteren Anforderungen für Biozidprodukte nach der VBP (z. B. Kennzeichnung, Sorgfaltspflicht, Werbevorschriften) für diese Produkte anwendbar sind, bleibt unklar.</p>	<p>Es ist abzuklären, ob Desinfektionsmittel für die Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen grundsätzlich vom Geltungsbereich von der VBP ausgenommen sein sollen, da in der VBP selbst dann für solche Produkte spezifische Produktarten definiert werden (PA4 und PA5 bzw. PA2). Gegebenenfalls ist in der TBDV klarzustellen, dass neben der Zulassungspflicht auch die übrigen Anforderungen nach der VBP für Desinfektionsmittel zur Aufbereitung von Trinkwasser und den Schutz von Trinkwasseranlagen (Produktarten 4 und 5) bzw. zur Desinfektion von Badewasser (PA2) anzuwenden sind. Bezüglich dieser zusätzlichen Anforderungen sollte aber in der TBDV nur ein (deklaratorischer) Verweis auf die Biozidprodukteverordnung erfolgen, um Doppelspurigkeiten und Unklarheiten bezüglich Vollzugszuständigkeit zu vermeiden.</p>
Art. 14	<p>Im Artikel 14 TBDV werden Anforderungen an das Personal in öffentlich zugänglichen Bädern geregelt. Hierbei handelt es sich um einen deklaratorischen Verweis auf die diesbezüglich geltenden Bestimmungen des Chemikalienrechts nach Art. 7 der ChemRRV (SR 814.81) und der Verordnung des EDI über die Fachbewilligung des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31). Diese Bestimmungen der Chemikaliengesetzgebung sollten daher nicht gleichzeitig Bestandteil der Lebensmittelgesetzgebung sein. In der TBDV ist deshalb nur ein Komfortverweis auf die Notwendigkeit einer chemikalienrechtlichen Fachbewilligung erforderlich (Abs. 1). Die Präzisierungen in den Absätzen 2 und 3 sind chemikalienrechtlich ebenfalls bereits geregelt und sollten in der TBDV nicht wiederholt werden.</p>	<p>Die Absätze 2 und 3 von Art. 14 TBDV sind zu streichen.</p> <p>Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass der Begriff "öffentliche Bäder" bezüglich des Erfordernisses von Fachbewilligungen im Art. 14 TBDV durch den im Chemikalienrecht verwendeten Ausdruck "Gemeinschaftsbäder" ersetzt werden sollte, um etwaige Unterschiede im Geltungsbereich zu vermeiden.</p>

Anhang 4	<p>Es besteht Verbesserungsbedarf für den Anhang 4 der TBDV. Grund dafür sind derzeitige Unklarheiten im Zusammenhang mit den Listen des Anhangs 4, die in der Trinkwasserbranche zu unterschiedlichem Rechtsverständnis der betreffenden Bestimmungen und bei den kantonalen Lebensmittelkontrollstellen zu Vollzugs-Unsicherheiten führen. Insbesondere sollten die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1, 2 und 3) sowie Liste 6 hinsichtlich Verwendung von Silber grundlegend überarbeitet werden.</p> <p>Ferner ist es für die Eindeutigkeit der Bestimmungen wichtig, dass der Begriff «Aufbereitung» künftig analog der EU-Trinkwasserrichtlinie (Wort-Entsprechung: treatment) und der Broschüre «Anerkannte Aufbereitungsverfahren für Trinkwasser» verwendet wird.</p> <p>Es ist bedauerlich, dass die Revisionsetappe Stretto 3 nicht für die nötigen Anpassungen genutzt wird.</p>	Grundlegende Überarbeitung von Anhang 4 TBDV gemäss Bemerkungen links. Zeitnah eine Revision einleiten.
----------	---	---

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Die vorgeschlagene Neuregelung zur Durchführung nachträglicher grenztierärztlicher Kontrollen durch die zuständige kantonale Behörde im Falle einwandfreier Ware ohne vollständige Traces-Dokumentation wird zur Vermeidung von Food Waste ausserordentlich begrüsst (Art. 82 Abs. 2 EDAV-DS in Verbindung mit Art. 84 Abs. EDAV-DS).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)  
Herr Bundesrat Alain Berset  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Brugg, 22. August 2019

Zuständig:	Steiner Barbara
Sekretariat:	Bommer Julia
Dokument:	Begleitbrief Stellungnahme

per elektronischen Versand an  
lmr@blv.admin.ch

## **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 2. Mai 2019 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

### **Grundsätzliche Erwägungen**

Viele der Bestimmungen, die Sie mit diesem Verordnungspaket zur Änderung vorschlagen, betreffen die Deklaration von Lebensmitteln und damit ganz direkt die Information, welche die Konsumenten über die Lebensmittel erhalten. Der SBV fordert, dass die Deklaration die Möglichkeit bietet, möglichst umfassend die Mehrwerte, welche die Landwirtschaft täglich erbringt, auch auszuloben – seien es die freiwilligen Bestrebungen wie die GVO-freie Fütterung, aber auch die strengen gesetzliche Vorgaben wie die Tierschutzbedingungen.

Aus Sicht der Landwirtschaft muss den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben werden, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» oder ein anderer gleichbedeutender Hinweis nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des SBV eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

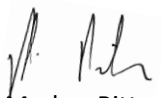


Seite 2|2

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen gemäss dem ausgefüllten Formular berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizer Bauernverband**



Markus Ritter  
Präsident



Jacques Bourgeois  
Direktor

Beilage: ausgefülltes Formular Stellungnahme SBV (Word)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Brauerei-Verband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SBV  
Adresse, Ort : Engimattstrasse 11, Postfach 2124  
Kontaktperson : Christoph Lienert  
Telefon : 044 221 26 28  
E-Mail : christoph.lienert@getraenke.ch  
Datum : 22. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

#### **1. Übergangsfristen:**

Eine Übergangsfrist von 1 Jahr nach Inkrafttreten einiger Verordnungen ist in der Praxis nicht umsetzbar. Für so umfassende Umstellungen muss eine deutlich längere Übergangsfrist eingeräumt werden, damit die Änderungen umgesetzt werden. So könnten erhebliche Zusatzkosten für die Hersteller eingespart werden, die ansonsten die Schweizer Produkte verteuern würden.

Dementsprechend beantragen wir die Übergangsfrist der Verordnungen auf mind. 3 Jahre zu verlängern.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4. Titel Art. 64 – 98		falsche Titelnummerierung: 44 statt 4

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

kein Kommentar.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

kein Kommentar (hier verweisen wir auf die Ausführungen des Schweizerischen Fleisch-Fachverbandes)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Hier schliessen wir uns der Meinung des Schweizerischen Fleisch-Fachverbandes an: "Zwischen der Schweiz und der EU sind für einige Pestizide unterschiedliche Rückstandshöchstgehalte vorgesehen, die sich den Erläuterungen zufolge auf international anerkannten Studien abstützen liessen und zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten notwendig seien. Für uns nicht nachvollziehbar ist, weshalb dieser klassische Swiss Finish zur Umsetzung gelangen soll, zumal wir die Anforderungen an die Gesundheit in der Schweiz und in der EU als nicht unterschiedlich beurteilen. Zwecks Vermeidung von potenziellen Handelshemmnissen beantragen wir daher, die Äquivalenz mit den betreffenden EU-Vorgaben anzustreben, indem die Schweiz ihre Höchstwerte für Pestizidrückstände an diejenige der EU anpasst.

Des Weiteren fragen wir uns, wie bei der vorgesehenen Inkraftsetzung der vorliegenden Verordnung mit Pestizidrückständen bei länger als der Übergangsfrist von einem Jahr (Art. 13b) gelagerter Ware umzugehen ist bzw. ob bei Änderungen von Rückstandshöchstwerten allenfalls die Möglichkeit für eine generell längere Übergangsfrist besteht. "

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 35a Abs. 3	<p>Möglichkeit zur Ergänzung der obligatorischen Nährwertdeklaration (Art. 23 Abs. 2 LIV):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Menge an Bestandteilen von Fett und KH</li> <li>• Menge der Stoffe nach Anh. 1</li> <li>• Menge der nach Art. 34 Abs. 3 zugesetzten Stoffe</li> </ul>	<p>Fehler, Redundanz? Fett und KH bereits über Big 7 abgedeckt.</p> <p>Änderung ist unklar.</p> <p>Art. 34 Abs. 3 existiert nicht, weder vor noch nach der Revision. Ist Art. 34 Abs. 2 gemeint?</p>
Art. 40 Abs. 5	<p>Kennzeichnung (betr. Isotonische Getränke):</p> <p>Isoton: Osmolarität bisher zwischen 270 und 290 mmol/l, neu Untergrenze bei 260 mmol</p> <p>"Die Spannbreite ist aber immer noch sehr eng gefasst, was es vor allem auch bei alkoholfreien Bieren sehr schwer macht, die Isotonie auszuloben. Vor LARGO war die Isotonie folgendermassen definiert: <i>Getränke mit einer Osmolarität von 250–340 mOsmol pro Liter können als isoton bezeichnet werden.</i>"</p>	<p>Anpassung:</p> <p>"Getränke mit einer Osmolarität von 250–340 mmol pro Liter können als isoton, Getränke mit einer Osmolarität von 260 mmol pro Liter oder weniger können als hypoton bezeichnet werden."</p>
Anh. 10		fehlerhafte Durchnummerierung der Titel
Anh. 11		<p>Hinweis in den Erläuterungen: «Es wird empfohlen, Calciummengen von mehr als 800 mg pro Tag zusammen mit Vitamin D einzunehmen, um die Calciumaufnahme in den Knochen zu fördern.» – im revidierten Gesetzestext nicht nachvollziehbar!</p>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
kein Kommentar		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	Das Wasser kann aus mehreren Quellen stammen (Abs. 1), seine physikalisch-chemische Zusammensetzung muss aber konstant bleiben (neuer Abs. 3). → Einverstanden	
Art. 10 Abs. 1	"Auf den Behältnissen sind zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 <sup>1</sup> betreffend die Information über Lebensmittel (LIV) der Ort des Quellaustritts <b>und</b> der Name der Quelle anzugeben."	Anpassen: "Auf den Behältnissen sind zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 <sup>1</sup> betreffend die Information über Lebensmittel (LIV) der Ort des Quellaustritts <b>oder</b> der Name der Quelle anzugeben."
10 Abs. 3	Der Vorschlag schränkt den Text in Bezug auf die neue Definition stärker ein, führt aber zu Problemen bei Eigenmarken, bei denen Wasser aus verschiedenen Quellen für unterschiedliche Eigenmarken verwendet werden kann.  Analog zur Regelung in der EU nach Art 8 Abs 2 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1</a>  «Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.»	Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.
Art. 63 Abs. 1	Ergänzung der Begriffsumschreibung mit «nicht gemälztem Getreide».	Bemerkung: "oder" muss explizit als "und/oder" verstanden werden.

Art. 65 Abs. 2	<p>Wir haben innerhalb des Schweizer Brauerei-Verbandes lange Diskussionen über diesen Absatz geführt. Einige wollten den Absatz ganz streichen, da er nur Definitionen für drei Bierstile enthält und es auf dem Markt eine grosse Anzahl weiterer Bierstile gibt. Andere wollten genau aus diesem Grund den Absatz mit weiteren Sachbezeichnungen/Bierstilen ergänzen.</p> <p>Wiederum ist uns aufgefallen, dass die Definitionen in diesem Absatz nicht mit den Kategorien im Biersteuergesetz übereinstimmen. Wäre hier eine Anpassung sinnvoll?</p> <p>Ebenfalls ist zu bedenken, dass sich die Schweizer Brauereien an den international gängigen Bierstildefinitionen orientieren, welche auch in verschiedenen Bierwettbewerben so festgehalten sind (z. B. Swiss Beer Award). Es stellt sich auch hier die Frage, ob dieser Absatz vor diesem Hintergrund überhaupt einen Nutzen hat.</p>	Vor diesem Hintergrund beantragen wir eine allfällige Anpassung der Kategorien an das Biersteuergesetz (Artikel 11).

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Übergangsfrist von 1 Jahr ist zu knapp bemessen. Wir schlagen eine Übergangsfrist von mind. 3 Jahren vor.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5b		Es ist nicht nachvollziehbar, wozu es den Art. 5b braucht. Er ist weitgehend zu Art. 5a redundant.
Anh. 3	Blei in Wein ausgedehnt auf Apfel-, Birnen- und Obstweine	Weshalb werden Apfel- und Birnenwein separat erwähnt? Weshalb fallen solche Produkte nicht automatisch unter Obstwein? Sprachlicher Fehler: Bindestrich bei Birnen fehlt.

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2 <sup>bis</sup> (neu)	Für die Angabe der obligatorischen Angaben sind nebst der Verpackung oder den an diesen befestigten Etiketten mit den heutigen technischen Möglichkeiten grundsätzlich auch weitere Alternativen wie QR-Codes, Leporellos, etc. denkbar. Diese sollten ebenfalls genutzt werden können.	Ergänzen mit neuen technologischen Möglichkeiten
Art. 4, Abs. 5, Bst. c	Angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich all die Angaben in der Praxis mit der Zeit überhaupt noch sinnvoll platzieren lassen, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Angesichts des Aufwandes für all die Etiketten über ganze Sortimente hinweg sein an dieser Stelle auch die Frage erlaubt, ob bzw. inwieweit den mündigen Konsumenten nicht zugemutet werden darf, die betreffenden Informationen bei Interesse bei den übrigen Angaben nachzuschauen.	Streichen
Art. 42a	Eine wirksame Kontrolle durch den Vollzug wird kaum möglich sein, weil der Aufwand nicht unbedeutend ist. Missbräuche sind zu erwarten.	Antrag: gesamten Art. 42a streichen



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anh. 2		Offensichtlicher Fehler: Titel der Gruppe V a) muss «E 200 – E 202: Sorbinsäure – Sorbate (SA)» lauten statt «E 200 – E 203: Sorbinsäure – Kaliumsorbat (SA)»
Anh. 3 Teil B	Zuckerkulöre (E 150a-d) für breakfast sausages nicht mehr erwähnt	Fehler? In den Erläuterungen ist keine entsprechende Streichung erwähnt.
Anh. 3 Teil B	Zulassung von Thaumatin (E 957)	Fehler? Im Titel der Erläuterungen ist aus unerklärlichen Gründen auch Kategorie 15 erwähnt.
Anh. 3 Teil B	Ausweitung der Zulassung von Polyglycerin-Polyricinoleat (E 476)	Fehler? Im Titel der Erläuterungen ist aus unerklärlichen Gründen auch Kategorie 15 erwähnt.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die Übergangsfrist von 1 Jahr ist zu knapp bemessen. Wir schlagen eine Übergangsfrist von mind. 3 Jahren vor.

Zu Vitaminen: Für Vitamine und Mineralien sollten nicht die chemischen Namen verwendet werden müssen sondern die im Volksmund gängigen Trivialnamen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und 2bis  und:  Anh. 5	Präzisierung: «klarere» Differenzierung zwischen Anh. 1 (geschlossene Liste) und Anh. 2 (offene Liste, nur noch Verwendungsbed. beschrieben)	Neue Darstellung ist unlogisch, da der einleitende Satz zu Abs. 2 auch die sonstigen Stoffe aufführt, ohne dass diese im Anhang 1 enthalten sind.  Nachdem die sonstigen Stoffe in diesem Anhang gestrichen wurden, ist nicht nachvollziehbar, weshalb nicht auch der Titel angepasst wird.

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anh. 6	Lesbarkeit verschlechtert...	Gemäss Erläuterungen keine inhaltliche Änderung, da entsprechende Regelungen in den produktspezifischen Verordnungen zu finden sind. Allerdings muss den Erläuterungen dahingehend widersprochen werden, dass sich das Verbot der Aromatisierung nicht direkt aus den vertikalen Verordnungen erschliesst. Und es ist nicht einzusehen, weshalb man nicht für alle Lebensmittel, für welche keine Aromatisierung vorgesehen ist, das gleiche Verfahren anwendet (die EU als Begründung ist in diesem Fall nicht opportun).

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 66 Abs. 4 resp. Anhang 1 Teil 3	Wenn keine Branchenrichtwerte vorliegen, kann das BLV selbst mikrobiologische Richtwerte festlegen.	Wenn diese mikrobiologischen Richtwerte durch das BLV festgelegt werden, soll diese Information in verbindlicher und praktikabler Weise veröffentlicht werden (Vergleich gewisse Anhänge der Bedarfsgegenstände-Verordnung)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

E-Mail: [info@gсли.ch](mailto:info@gсли.ch)

Eidgenössisches Departement des Inneren EDI  
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV  
Lebensmittel und Ernährung

Herisau, 08.07.19

**Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht  
Vernehmlassung bis 26. August 2019**

**Stellungnahme Gesellschaft Schweizerischer Lebensmittelinspektorinnen und  
Lebensmittelinspektoren (GSLI)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Fristgerecht reichen wir unsere Stellungnahme zur Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht ein.

Die GSLI hat sich in Bezug auf Ihre Statuten und der Vertretung der Interessen der Gesellschaft darauf berufen, Stellung zur neuen Lebensmittelvollzugsverordnung zu nehmen.

Wir hoffen auf eine faire Berücksichtigung und Prüfung unserer Anliegen zum Wohle der Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüssen



Stefan Dennler  
Präsident



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Gesellschaft Schweizer Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelinspektoren  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GSLI  
Adresse, Ort : Ramsenburgweg 26, 9100 Herisau  
Kontaktperson : Stefan Dennler  
Telefon : +41 58 229 28 21  
E-Mail : [stefan.dennler@sg.ch](mailto:stefan.dennler@sg.ch)  
Datum : 09. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Die Gesellschaft Schweizer Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelinspektoren (GSLI) nimmt lediglich in der Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 Stellung zur Lebensmittelvollzugsverordnung. In dieser Verordnung ist die Funktion Lebensmittelinspektor als Titel direkt betroffen. Im Weiteren möchten wir darauf aufmerksam machen, dass die GSLI nicht auf der Adressatenliste berücksichtigt wurde und fordern die Aufnahme der GSLI in die Adressatenliste.

Die GSLI ist bestrebt die Lebensmittelsicherheit sowie auch die Sicherheit von Gebrauchsgegenständen stets hoch zu halten.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen****1. Auswirkungen der Revision der Lebensmittelvollzugsverordnung auf die GSLI bzw. auf die Bezeichnung Lebensmittelinspektorin und Lebensmittelinspektor:**

Im Grundsatz wird festgeschrieben, dass das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) die Voraussetzung für die Wahl oder die Anstellung als Lebensmittelinspektorin oder Lebensmittelinspektor oder als Lebensmittelkontrolleurin oder Lebensmittelkontrolleur vorausgesetzt wird. Der Lebensmittelvollzug ist eine sehr vielseitige und auch anspruchsvolle Aufgabe. Zukünftig werden die Aufgaben noch komplexer werden. Umso wichtiger ist es, dass gut ausgebildete MitarbeiterInnen diesen Aufgaben gerecht werden können. Die Aufteilung in KontrolleurInnen und InspektorInnen hat sich nach unserer Meinung bewährt und bestätigt. Die GSLI setzt sich soweit des möglichen dafür ein, dass diese Berufsbezeichnung LMI weiter bestehen soll und dies in der abgeänderten Verordnung festgehalten wird. Dazu haben wir folgende Bemerkungen:

- Die Funktion und die Ausbildung einer Lebensmittelinspektorin bzw. eines Lebensmittelinspektors entsprechen grundsätzlich dem dem Modul DLAL. Die Lebensmittelinspektorinnen und Lebensmittelinspektoren nehmen Tätigkeiten in Bezug auf die Bewertung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenstände, EU Recht und Trinkwasserversorgungen bereits heute wahr. Diese Tätigkeiten sind in der neuen Ausbildung für das Modul DAL nicht vorgesehen.
- Die Terminologie von Lebensmittelinspektorinnen und – Inspektoren sowie von Lebensmittelkontrolleurinnen und – Kontrolleuren gemäss Art. 49 LMG soll beibehalten werden. Demzufolge muss sich die Ausbildung in der Lebensmittelvollzugsverordnung analog zu den Funktionsbezeichnungen unterscheiden. Dies auch um eine Harmonisierung im Vollzug bezüglich Ausbildungsniveau auf Stufe LMI sicherzustellen.
- In der neuen Lebensmittelvollzugsverordnung sind im Anhang 8 die einzelnen Funktionen des amtlichen Fachassistenten beschrieben. Die Funktionen für die Lebensmittelinspektorinnen und –Inspektoren sowie für Lebensmittelkontrolleurinnen und- Kontrolleure sind nicht beschrieben.

**Forderung der GSLI:**

- Das neue Ausbildungsmodul DLAL entspricht der Funktion einer Lebensmittelinspektorin bzw. eines Lebensmittelinspektors. Um die Lebensmittelsicherheit und die Sicherheit von Gebrauchsgegenständen auch in Zukunft auf dem bestehenden Niveau halten zu können ist die Ausbildung bzw. das Modul DLAL dem jetzigen und zukünftigen Lebensmittelinspektorendiplom gleichzustellen. Im Vergleich dazu entspricht die vorhergehende Ausbildung (Food Safety – Universität) einen Aufwand von 160 Tage (Anzahl Stunden inklusive Heimstudium und Praxisausbildung intern/extern). In den neuen Ausbildungsmodulen erreicht man eine Anzahl von 136 Tage (DAL und DLAL zusammen). Hinzu kommen noch 25 Tage für Betriebsinspektionen, sowie 5 bis 10 tägige ausserkantonale Inspektionsbegleitungen für einen harmonisierten Vollzug. In der Summe betrachtet hat man für das DLAL eine vergleichbare Anzahl von Stunden aufzuwenden wie in der vorhergehenden Ausbildung zur Lebensmittelinspektorin bzw. Lebensmittelinspektor (Food Safety). Zusammengefasst entsprechen die neuen Module DAL und DLAL inhaltlich der Universitätsausbildung (Food Safety).
- Für die Ausbildung einer Kantonschemikerin bzw. Kantonschemiker wären unserer Meinung nach, zusätzliche Module wie

**Personalführung etc. anzubieten.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
67	Vorsitz der Prüfungskommission ist unklar	Art. 67, Abs. 3 Die Leiterin oder der Leiter der Abteilung Lebensmittel und Ernährung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) führt den Vorsitz der Prüfungskommission (PK).
79	Abs. 2 Ausnahmen nicht nötig, Qualitäts-Einbussen nicht akzeptabel Prüfleiter gemäss den Umständen akzeptabel.	<p>Art. 79 Abs. 1 Das eidgenössische Diplom für die amtliche Lebensmittelkontrolle (DAL) ist Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit als Lebensmittelkontrolleurinn oder Lebensmittelkontrolleur oder als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter.</p> <p>Art. 79 Abs. 2 In Ausnahmefällen darf die Tätigkeit als amtliche Prüfleiterin oder amtlicher Prüfleiter auch eine Person ausüben, die nicht über ein DAL verfügt, sofern das BLV dem zustimmt und die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Die Person erreicht das ordentliche Pensionsalter in spätestens zehn Jahren.</li> <li>b. Die Person ist während der vorangehenden zehn Jahre beruflich im Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung tätig gewesen.</li> </ul>
89	Änderung Abs. 3	Abs. 3 Die Tätigkeit als stellvertretender Kantonschemikerin oder stellvertretender Kantonschemiker sowie als Lebensmittelinspektorinn oder als Lebensmittelinspektor setzen der Erwerb des DLAL voraus.
90	Abs. 3 neu als Abs. 4 (vgl. bestehende Verordnung / Art. 71, Abs. 1, lit. b, Ziff. 1).	Abs. 3 Für die Tätigkeit als Lebensmittelinspektorinn sowie als Lebensmittelinspektor kann der Nachweis der Theoretischen Vorbildung durch eine abgeschlossene Berufslehre mit 5 jähriger Berufserfahrung in einem Betrieb der Lebensmittel- oder Gebrauchsgegenständeherstellung, der Lebensmittel-

		<p>oder Gebrauchsgegenständeuntersuchung oder des Vollzugs der Lebensmittel- oder Gebrauchsgegenständegesetzgebung erbracht werden.</p> <p>Abs. 4: In Ausnahmefällen kann der Nachweis der theoretischen Vorbildung auch durch andere Bachelor-Studienabschlüsse erbracht werden. Über die Anerkennung entscheidet das BLV auf Antrag der PK.</p>
93 Abs. 2	Die Aufgaben des praktischen Teils entsprechen der heutigen Tätigkeit eines LMI. Somit entspricht das DLAL den heutigen Anforderungen eines LMI.	
122 Abs. 1	Bisherige Ausbildung 11 Module (grösserer Umfang als neues DAL/DLAL zusammen), bestehendes LMI Diplom muss demzufolge als DLAL bewertet werden.	Abs. 1 Das Eidgenössische Lebensmittelchemikerdiplom und das eidgenössische Lebensmittelinspektorendiplom sind dem DLAL, das Eidgenössische Lebensmittelkontrolleurendiplom ist dem DAL gleichgestellt.

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15      EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Monsieur  
Alain BERSET, Conseiller fédéral  
Département fédéral de l'intérieur DFI  
Secrétariat général SG-DFI  
Inselgasse 1  
3003 BERNE

Paudex, le 11 juillet 2019  
HE/ H/1/5/Cons/2/19.08

## **Consultation relative à la révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Vous nous donnez la possibilité de nous prononcer dans le cadre de la consultation mentionnée en titre et nous vous en remercions. Cette consultation porte sur des modifications profondes du droit alimentaire puisque vingt-six textes sont révisés comme l'ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIU) ainsi que vingt-cinq autres dont la liste se trouve annexée à la présente. Nous vous transmettons ci-après notre prise de position.

### **1. Considérations générales**

Le droit sur les denrées alimentaires a été entièrement révisé au 1<sup>er</sup> mai 2017 mais il est adapté en permanence pour rester en conformité avec le droit européen, faute de quoi de nouveaux obstacles au commerce avec l'Union européenne (UE) surgissent. En l'occurrence, la présente révision vise une nouvelle harmonisation plus étendue avec le droit de l'UE.

De plus, elle répond et met en œuvre les interventions parlementaires suivantes : la motion Bourgeois 15.4114 « Des règles pertinentes pour l'étiquetage sans OGM/sans génie génétique », la motion Manz 17.3715 « Augmenter l'efficacité des contrôles ayant trait à la détention des animaux », la motion Munz 18.3849 « Commercialisation du lait de vaches allaitantes » et le postulat Vogler 17.3418 « Pour l'autorisation de l'abattage à la ferme au-delà de l'usage personnel ».

La révision du droit sur les denrées alimentaires proposée est plus importante qu'il n'y paraît au premier abord alors que celle déjà opérée en 2017 l'était tout autant, ce qui soumet l'industrie agro-alimentaire et la production agricole indigène à des changements qui peuvent être conséquents et ne s'inscrivent pas tous dans la simplification des procédures de contrôles ainsi que celles purement administratives.

### **2. Appréciation sur les nouvelles dispositions**

Nous reprenons ci-après les principaux éléments qui appellent un commentaire de notre part.

## **2.1 Ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAI) :**

En Suisse et à titre de précaution, les consommateurs privilégient les denrées alimentaires sans OGM. Notre pays a ainsi pris la décision de nourrir les animaux de rente avec des aliments sans OGM. Ainsi, le cadre juridique suisse est strict mais pour autant, il ne permet pas de mettre l'accent sur la production sans OGM et d'en faire la publicité pour les denrées alimentaires d'origine animale, car des additifs pour l'alimentation animale (par ex. vitamines et acides aminés obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés) sont souvent utilisés. Il est impossible de renoncer totalement à de tels produits, car ceux qui sont obtenus sans recours au génie génétique ne sont pas toujours disponibles. Ainsi, les exigences relatives à la mention « produit sans recours au génie génétique » doivent être rapprochées de celles des pays voisins sans pour autant être plus restrictives que nos partenaires, afin d'éviter les obstacles au commerce et de favoriser l'exportation de nos produits.

Dans ce domaine particulier, le droit européen laisse une certaine souplesse. On constate que tous les pays n'appliquent pas la même approche dans la manière d'étiqueter les biens de consommation. La Suisse pourrait s'aligner sur les exemples les plus libéraux et permissifs, sans risque pour la santé des consommateurs.

## **2.2 Ordonnance du DFI sur les boissons:**

Pour le vin, nous saluons la reconnaissance de nouvelles pratiques œnologiques. L'annexe 9 comporte six pratiques œnologiques supplémentaires, ainsi que les appendices correspondants, afin de respecter les engagements pris dans l'Accord agricole I entre la Suisse et l'Union Européenne de 2002.

## **2.3 Ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OEL-DAI)**

Cette ordonnance s'appuyait sur les règlements (CE) n° 882/20041 et (CE) n° 854/20042 mais désormais, elle s'oriente sur le nouveau règlement (UE) 2017/625 concernant les contrôles officiels en termes de contenu, de structure et de terminologie. C'est pourquoi certains articles ou contenus ont été groupés différemment par rapport à la version précédente. S'agissant du contenu, la partie consacrée à la formation des autorités d'exécution a été profondément révisée, plus de la moitié des dispositions existantes ayant été modifiées.

Nous saluons l'assouplissement des dispositions relatives à l'utilisation de méthodes validées décidé pour accélérer la lutte contre les nouveaux risques chimiques ou microbiologiques. Pour les organisations internationales, seuls ISO et Codex sont mentionnés nommément. Dans le cas d'ISO, la mention porte cependant également sur d'autres organisations internationales reconnues comme l'Organisation Internationale de la vigne et du vin, ce qui nous réjouit pour cette organisation digne de reconnaissance dans ce secteur important de l'économie agricole.

## **2.4 Ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes (OAbCV)**

L'art. 61 est étendu dans le but de permettre aux services officiels de fixer des émoluments plus élevés pour des prestations effectuées en dehors des heures habituelles de bureau et durant les fins de semaines. Rappelons ici que pour le citoyen ordinaire, le poste d'achat de viande en Suisse pèse très lourd et que la pression exercée par l'importation et le tourisme d'achat pèse déjà suffisamment le secteur de la boucherie indigène. L'Union professionnelle suisse de la viande (UPSV) réagit très négativement face à cette nouvelle disposition et nous la soutenons pour en demander sa suppression. Les tâches régaliennes de contrôle en général et pour la viande en particulier doivent être assumées par le budget public, car au final le montant de l'émolument serait payé par le consommateur ce qui renchérirait encore la viande suisse dans un marché déjà difficile face aux produits importés.

\* \* \* \* \*

Les modifications et adaptations concernant les autres ordonnances en lien avec le droit sur les denrées alimentaires n'appellent pas de commentaires particuliers de notre part.

## **3. Conclusions**

Malgré une révision profonde en 2017, les modifications proposées sont conséquentes et pèseront d'un poids certain sur l'économie helvétique sur les plans administratif, financier

(émoluments nouveaux) et procédurier (contrôles) et ce, dans de nombreuses filières alimentaires. A ce titre, nous demandons qu'une analyse soit faite pour que la facilitation et le soulagement administratif soient mieux pris en considération afin de décharger au maximum nos entreprises des nouvelles contraintes. Dans le respect de l'Accord bilatéral agricole du 21 juin 1999 entre la Suisse et l'Union européenne d'une part et dans l'adoption de notre législation à celle de l'UE d'autre part, le droit suisse doit permettre aussi de renforcer la dynamique entrepreneuriale, l'orientation sur le marché, la responsabilisation et la capacité d'innovation du secteur alimentaire. Dans cet esprit, nous acceptons globalement les modifications proposées sous réserve des remarques développées plus haut.

\* \* \* \* \*

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre très haute considération.

CENTRE PATRONAL  
Philippe Herminjard  


## ANNEXE :

### Liste des ordonnances modifiées dans le projet de révision du droit alimentaire de mai 2019 :

- Ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIUOs).
- Ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OELDAI).
- l'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels (OPCNP).
- Ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes,
- Ordonnance du DFI sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale (OPOVA).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers (OBNP).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine animale (ODAIAn),
- Ordonnance du DFI sur les boissons.
- Ordonnance sur les compléments alimentaires (OCAI).
- Ordonnance du DFI sur les teneurs maximales en contaminants (Ordonnance sur les contaminants, OCont).
- Ordonnance du DFI concernant l'information sur les denrées alimentaires (OIDAI).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible (ODAI OV).
- Ordonnance du DFI sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires,
- Ordonnance du DFI sur les additifs admis dans les denrées alimentaires (Ordonnance sur les additifs, OAdd).
- Ordonnance du DFI sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires (OASM).
- Ordonnance du DFI sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires (Ordonnance sur les arômes).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées (ODAIGM).
- Ordonnance du DFI sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires (OHyg).
- Ordonnance du DFI concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux.
- Ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière (OHyPL).
- Ordonnance du DFI sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessible au public (OPBD).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers (OITE-PT).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège (OITE-UE).

## ANNEXE :

### Liste des ordonnances modifiées dans le projet de révision du droit alimentaire de mai 2019 :

- Ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIUOs).
- Ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OELDAI).
- l'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels (OPCNP).
- Ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes,
- Ordonnance du DFI sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale (OPOVA).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers (OBNP).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine animale (ODAIAn),
- Ordonnance du DFI sur les boissons.
- Ordonnance sur les compléments alimentaires (OCAI).
- Ordonnance du DFI sur les teneurs maximales en contaminants (Ordonnance sur les contaminants, OCont).
- Ordonnance du DFI concernant l'information sur les denrées alimentaires (OIDAI).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible (ODAI OV).
- Ordonnance du DFI sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires,
- Ordonnance du DFI sur les additifs admis dans les denrées alimentaires (Ordonnance sur les additifs, OAdd).
- Ordonnance du DFI sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires (OASM).
- Ordonnance du DFI sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires (Ordonnance sur les arômes).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées (ODAIGM).
- Ordonnance du DFI sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires (OHyg).
- Ordonnance du DFI concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux.
- Ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière (OHyPL).
- Ordonnance du DFI sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessible au public (OPBD).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers (OITE-PT).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège (OITE-UE).



EKAH c/o BAFU, 3003 Bern

---

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV

[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bern, 26. Juni 2019

## **Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts: Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidg. Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich EKAH hat die Vernehmlassungsunterlagen zu Stretto 3 an ihren Sitzungen vom 17. Mai und 24. Juni 2019 diskutiert und entschieden, dazu Stellung zu nehmen.

Vorab hält die EKAH fest, dass sie auf der offiziellen Verteilerliste des BLV nicht aufgeführt ist. Sie wurde dementsprechend über die Eröffnung der Vernehmlassung auch nicht direkt informiert. Nach Art. 4 Abs. 2 lit. e VIG muss die EKAH in Vernehmlassungen, die ihren Mandatsbereich betreffen, begrüsst werden. Als Teil der Bundesverwaltung ist sie zudem in ihrem Mandatsbereich auch in Ämterkonsultationen einzubeziehen. Dies war ebenfalls unterlassen worden. Die Kommission erwartet, dass bei künftigen Vorlagen die rechtlichen Vorgaben bei Ämterkonsultationen und Vernehmlassungen eingehalten werden.

Bei «Stretto 3» geht es hauptsächlich um eine Anpassung der Lebensmittelverordnungen an EU-Recht und damit verbunden um einzelne Lockerungen der Vorschriften für Lebens- und Futtermittel, die mit bzw. aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden. Für die EKAH sind drei Aspekte der Vorlage von besonderer Bedeutung:

### **- Fermenterprodukte: GVO oder neuartige Lebensmittel?**

Fermenterprodukte sind Produkte aus dem Bioreaktor, z.B. Vitamin B12. Stoffe im Fermenter werden mittels GVO Mikroorganismen gewonnen, dann vom GVO getrennt, gereinigt und chemisch definiert. Sie gelten in der EU nicht als GVO-Erzeugnisse, sondern als «durch GVO hergestellt». Sie unterstehen daher, anders als in der Schweiz, nicht dem Gentechnikrecht, sondern der Regelung über neuartige Lebensmittel und dem entsprechenden, etwas weniger anspruchsvollen Bewilligungsverfahren. In der Schweiz müssen sie bis anhin für die Inverkehrbringung ein GVO-Bewilligungsverfahren durchlaufen, was von der Industrie und dem Handel als unbefriedigend erachtet wird. Vorgesehen ist daher eine Anpassung an die EU-Regelung: Auch in der Schweiz sollen Fermenterprodukte als neuartige Lebensmittel eingestuft und bezüglich Bewilligung entsprechend behandelt werden.

- **Toleranz von GVO**

Bisher wurden in der Schweiz lediglich Rückstände von 5 GVO Erzeugnissen bis zu einer totalen Menge von 0,5 Massenprozent toleriert (Mais NK603, Mais GA21, Mais 1507, Mais 59122 und Soja MON89788). Dagegen werden in der EU rund 50 Erzeugnisse (Mais, Soja, Raps) als Lebensmittel bewilligt. Wegen Problemen mit der Warenflusstrennung sollen Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können. Gegenwärtig präsentiert sich die Situation so, dass bei unzulässiger Kontamination beim Import entweder eine GVO-Bewilligung für das Inverkehrbringen des Lebensmittels beantragt, die Ware vernichtet oder in die EU re-exportiert werden muss. Neu soll nur noch die Umweltgefährdung geprüft werden, nicht mehr die Gesundheitsgefährdung, sofern diese durch eine ausländische Behörde auf vergleichbare Weise bereits getestet worden ist. Dies soll für alle in der EU bewilligten GVO-Erzeugnisse gelten.

- **Regelung der Kennzeichnungspflicht (Art. 37 LGV)**

In Umsetzung der Motion Bourgeois 15.4114 soll es neu möglich sein, Erzeugnisse (wie Joghurt) auch dann als "ohne Gentechnik hergestellt" kennzeichnen zu können, wenn bei der Produktion von tierischen Produkten GVO-Futtermittelzusätze wie Vitamine und Aminosäuren eingesetzt wurden, die nachweislich in gentechnikfreier Qualität nicht kontinuierlich verfügbar sind. Diese Zusätze müssen für die bedarfsgerechte Versorgung der Tiere erforderlich sein. Diese Änderung ermöglicht Schweizer Produzenten, ihre Produkte gleich darzustellen, wie dies Hersteller in Deutschland oder Österreich heute schon können.

Die EKAH nimmt zu diesen drei Punkten einstimmig wie folgt Stellung:

- Die vorgesehenen pragmatischen Anpassungen bezüglich Fermenterprodukten und Toleranz von GVO werden aus ethischer Sicht als unproblematisch erachtet.
- Mit Blick auf die vorgeschlagene Kennzeichnungsregelung lehnt die EKAH die Formulierung «ohne GVO/Gentechnik hergestellt» ab. Buchstäblich verstanden ist diese Formulierung falsch und irreführend. Die Formulierung «GVO-frei» hält sie hingegen für nicht problematisch.

Für die Berücksichtigung unserer Überlegungen und den künftigen selbstverständlichen Einbezug der EKAH in Vorlagen, die ihren Mandatsbereich betreffen, danken wir Ihnen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Für die Eidgenössische Ethikkommission für die  
Biotechnologie im Ausserhumanbereich EKAH



Prof. Klaus Peter Rippe  
Präsident EKAH



Ariane Willemsen  
Geschäftsleiterin EKAH





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

**ENTWURF 25.07.2019/MS**

**Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht  
Vernehmlassung bis 26. August 2019**

**Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation / Amt : Geiser AG Schlieren  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : -  
Adresse, Ort : Rietbachstrasse 11, CH 8952 Schlieren, Schweiz  
Kontaktperson : Martin Schreiber  
Telefon : 044 7381142  
E-Mail : [m.schreiber@geiserag.ch](mailto:m.schreiber@geiserag.ch)  
Datum : 20.08.2019

**Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	23
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	24
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	24

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor Wyss, sehr geehrte Damen und Herren

Die Geiser AG Schlieren bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Da die fleischverarbeitende Branche nur in Teilbereichen von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen ist, erlauben wir uns, uns auch nur zu denjenigen Punkte zu äussern, die unseren Sektor direkt betreffen. In einzelnen Fällen äussern wir uns im Rahmen der vorliegenden Revision auch zu bereits bestehenden Vorgaben.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, beurteilen wir materiell insbesondere die vorgeschlagenen Anpassungen beim Tiefgefrieren von Fleisch mit der Ausnahme des Einzelhandels, die Möglichkeit der Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand auch wieder bei Tieren der Rindviehgattung, die beabsichtigte Erleichterung bei den Temperaturvorgaben beim Transport von Schlachtkörpern und den genannten Teilen davon, den pragmatischen Ansatz bei der GVO-Deklaration wie auch die Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, als positiv.

Für eine Berücksichtigung unserer Argumente im Rahmen Ihrer Entscheidungsfindung sind wir Ihnen schon im Voraus dankbar und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

*\* Die in der vorliegenden Stellungnahme aufgeführten männlichen Formen schliessen immer auch die weibliche mit ein.*

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Obwohl bislang von der Thematik wenig betroffen, erachten wir die nun vorgesehene Angleichung an die EU in Bezug auf die neu mögliche Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» als durchaus positiv zu wertende Beseitigung eines gewichtigen Nachteils für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs. 3 und 4	Die Zitierung von EU-Verordnungen macht die Übersichtlichkeit für die Anwender – vor allem aus der Praxis – nahezu unmöglich. Vor allem unter Berücksichtigung der doch sehr umfangreichen Fussnoten wäre eine direkte Aufführung der unter Abs. 3 und 4 fallenden Begriffe zielführender.	Aufführen der unter den Abs. 3 und 4 umschriebenen bzw. referenzierten Begriffsdefinitionen direkt in der Verordnung
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4, Bst. a, Ziffer 2 und Abs. 5	Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Dies ist insbesondere auch für Lebensmittel tierischer Herkunft wichtig, für deren Produktion der Einsatz von GVO-Futtermittelzusatzstoffen bzw. GVO-Tierarzneimittel, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, notwendig war. Die grosse Bedeutung ergibt sich deshalb, weil neu die Möglichkeit bestehen soll, bei der Deklaration die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» zu verwenden und damit ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt zu schaffen.	Geiser AG Schlieren begrüsst dies

Art. 39, Bst. d	Die Angabe des Verbrauchsdatums für am Ort der Abgabe umhüllte oder verpackte oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackte, leicht verderbliche Lebensmittel bedarf nach unserer Auffassung keiner besonderen Regelung. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass in der LIV, Art. 13, Abs. 2 bereits festgehalten ist (vgl. auch entsprechenden Vorbehalt bei Art. 13, LIV), dass für kühl zu haltende Lebensmittel das Verbrauchsdatum anzugeben ist. Auch ist nicht nachvollziehbar, weshalb mit Art. 39b, Bst. d eine spezifischere Bestimmung mit der LGV auf der Stufe einer Bundesratsverordnung festgehalten wird, während die allgemeinere Vorgabe in der LIV auf der Stufe einer Departementsverordnung geregelt werden soll.	Streichen
Art. 81, Abs. 3	Die Möglichkeit der Standardisierung von bestimmten Probe- und Analyseverfahren ist im Sinne der Vergleichbarkeit zu begrüßen. Im Sinne des Kosten- bzw. Aufwandmanagements zuhanden der Praxis sind diese zwingend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu unterordnen, d.h. das Optimum und nicht das Maximum hat im Vordergrund zu stehen.	«... Probenahmeverfahren <u>dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgend</u> für verbindlich erklären.»

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Nachdem die LMVV aktuell einer Totalrevision unterzogen wird, haben wir uns erlaubt, verschiedene im Rahmen von «Largo» eingebrachte Punkte erneut einzubringen, zumal uns deren Einbezug unverändert als adäquat erscheint.

Auch aus unserer Sicht bleibt der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen unbestritten. Deren Ausgestaltung muss sich jedoch vermehrt nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit ausrichten und darf keinesfalls zu zusätzlichen Aufwendungen – seien diese zeitlicher Art oder mit der Erhebung von (zusätzlichen) Gebühren verbunden – führen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Es ist für die Geiser AG Schlieren nicht nachvollziehbar, weshalb den kontrollierten Betrieben nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden soll.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug (siehe auch Kommentar zu Art. 12)	«... Verordnung sowie <u>einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen</u> zu gewährleisten...»
Art. 31, Abs. 2	Im Zusammenhang mit der Rückweisung von Sendungen den Vorgaben von Art. 30, Abs. 1, Bst. b zufolge stellt sich die Frage, ob diese nur beim vollständigen Fehlen der Begleitdokumente nach Art. 86, Abs. 2, LGV oder auch beim unkorrekten Vorliegen einzelner Angaben zur Anwendung gelangt.	Präzisieren

Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe neben der Beanstandung selbst aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: <u>«Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.»</u>
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht einzusehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur teilweise erfolgt (vgl. Abs. 1).	Streichen
Art. 119, Abs. 3 (neu)	Aus unserer Sicht ist bei einer Änderung der Anhänge der Einbezug der betroffenen Kreise zwingend. Auch sollten die schlussendlich vorgenommenen Anpassungen aktiv kommuniziert werden, da eine andauernde Holschuld seitens der Betriebe angesichts all der diversen Anhänge schlichtweg illusorisch ist.	Ergänzen: <u>«Es hört hierzu die betroffenen Kreise der Wirtschaft an und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen des jeweiligen Anhangs aktiv.»</u>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Integration der Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung ausdrücklich in der Hoffnung, dass damit besser über kurz denn lang endlich die ungleich langen Spiesse zwischen Primärproduktion und dem Lebensmittelsektor möglichst minimiert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7, Abs. 5 und 6	Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die zuständigen Vollzugsbehörden im Gegensatz zu all den übrigen Bereichen die Kontrollintervalle für die Primärproduktion risikobasiert nicht kürzen bzw. in schwer zugänglichen Gebieten nicht erhöhen können.	« <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion können die...</del> »
Art. 8, Bst. d	Bst. d würde sich bei der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Anpassung zu Art. 7 wohl erübrigen	Streichen
4. Abschnitt (Art. 10-17)	Die vorliegende Revision würde die gute Gelegenheit darstellen, die Kontrollen zwischen Land- und Ernährungswirtschaft endlich zu vereinheitlichen. Mit der Integration der betreffenden Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung wurde zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, ausreichend ist dies aber noch lange nicht.	Streichen bzw. Bestimmungen der ganzen Verordnung an die übrige Lebensmittelkette anpassen



## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Als Vertreter der wohl am meisten von der VSFK betroffenen Branche stellen wir seitens der Geiser AG Schlieren verschiedene Erleichterungen für die schlachtenden Betriebe fest, von der wohl die nach BSE wieder beabsichtigte Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung von Tieren der Rindviehgattung auch im Herkunftsbestand im Vordergrund stehen dürfte.

Leider wird diese positive Entwicklung durch die Schaffung von Ungleichheiten bei der Einführung der Hof- und Weideschlachtung im Vergleich zu den Anforderungen für Metzgereien (vor allem in baulicher und hygienischer Hinsicht) unterminiert.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1, Abs. 2	Wir begrüssen ausdrücklich, dass neu auch die Verarbeitung von Schlacht tierkörpern im Herkunftsbestand in den Geltungsbereich der VSFK fallen soll.	-
Art. 3, Bst. q und r	Eine Definition der Hof- bzw. der Weideschlachtung macht nur unter dem Vorbehalt zu Art. 9a Sinn.	Überprüfen
Art. 3, Bst. r	Gemäss Art. 9a, Abs. 1 ist die Weideschlachtung nur für Tiere der Rinder gattung zulässig	Ergänzen: «... <i>Entbluten der Tiere <u>der Rindergattung</u> auf ....</i> »
Art. 9, Abs. 2, Bst a	Die Ausweitung der Möglichkeiten von Krankschlachtungen ausserhalb des Schlachtbetriebes, wenn der Transport dem lebenden Tier nicht zugemutet werden kann.	Die Geiser AG Schlieren begrüsst diese Regelung.

Art. 28, Abs. 1	Die der EU folgend neue Möglichkeit, künftig auch bei Schlachtvieh die Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbestand durchführen zu können, wird ausdrücklich begrüsst, erhöht sie doch die seit langem geforderte Flexibilität in Bezug auf die frühmorgendlichen Schlachtungen.	-
Art. 28, Abs. 2	Ebenso heissen wir im Sinne des Tierschutzes die neue Möglichkeit gut, dass neu auch ein Bestandestierarzt bei verunfalltem oder krankem Schlachtvieh die Schlachttieruntersuchung durchführen bzw. die Schlacht- und Transporttauglichkeit bestätigen kann.	-
Art. 61, Abs. 1	Die Ansätze der Überwachung der Weideschlachtung entsprechen wohl denjenigen von Art. 60, Abs. 6, Bst. a. Auch sie werden unter dem unter Art. 9a aufgeführten Vorbehalt beurteilt.	-
Art. 63a	Nachdem auf der Basis des Agrarpaketes 2017 nebst den Tierhaltern und den Schlachtbetrieben auch die Abtretungsempfänger nach Art. 16, Abs. 1 <sup>bis</sup> der TVD-Verordnung über die Tierverkehrsdatenbank (TVD) Einsicht in ausgewählte Schlachtdaten wie die neutrale Qualitätseinstufung, Schlachtgewicht und L*-Wert erhalten, macht nach unserer Beurteilung die neu vorgeschlagene Möglichkeit der Einsichtnahme in die Fleko-Daten in Bezug auf die Ergebnisse der Schlachttieruntersuchung wie auch diejenigen der Fleischuntersuchung, die die Genusstauglichkeit betreffen, durchaus Sinn.	-

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die unterschiedlichen Rückstandshöchstgehalte zwischen der EU und der Schweiz können beim Import zu Problemen führen.

	<p>„Spezifische schweizerische Beschränkungen bei einigen wenigen Rückstandshöchstwerten lassen sich auf international anerkannte Studien abstützen und sind zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten notwendig“.</p> <p>Dies führt dazu, dass Lieferanten, welche die CH aus der EU beliefern nicht die Schweizer Gesetzgebung bestätigen können.</p> <p>Hier wäre eine Liste der WENIGEN Rückstandshöchstwerte bezogen auf die Lebensmittel sinnvoll! Auch sollte geprüft werden, ob die Werte von den Laboratorien analysiert werden können (einhalten der Bestimmungsgrenze).</p> <p>Beispiel: Pestizidrückstände bei Weizen; Wirkstoff Fluoroglycofen darf in der EU der Wert von 0.01 mg/kg nicht überschritten werden in der Schweiz liegt der Wert bei 0.005 mg/kg. Es wurde kein Labor gefunden, welches bis zur Bestimmungsgrenze von 0.005 mg/kg analysieren kann.</p>	<p>Die Geiser AG beantragt, dass die Schweiz sich bei den Pestizidrückständen an die EU anpasst.</p>																		
	<table><thead><tr><th>Wirkstoff</th><th>Fett-löslich</th><th>EU-Code</th><th>Lebensmittel</th><th>RHG mg/kg</th><th>Bemerkungen</th></tr></thead><tbody><tr><td>"</td><td></td><td>0252000</td><td>Spinat und verwandte Arten (Blätter)</td><td>0.01 (*)</td><td>ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure</td></tr><tr><td>1.4</td><td colspan="5">Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.</td></tr></tbody></table>	Wirkstoff	Fett-löslich	EU-Code	Lebensmittel	RHG mg/kg	Bemerkungen	"		0252000	Spinat und verwandte Arten (Blätter)	0.01 (*)	ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure	1.4	Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.					<p>Hier wäre eine Präzisierung angebracht: Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass der Wert <b>ebenfalls</b> die Bestimmungsgrenze ist.</p>
Wirkstoff	Fett-löslich	EU-Code	Lebensmittel	RHG mg/kg	Bemerkungen															
"		0252000	Spinat und verwandte Arten (Blätter)	0.01 (*)	ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure															
1.4	Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.																			

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Geiser AG äussert sich folglich nur zu den Aspekten, die das Lebensmittel Fleisch betreffen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 4, Abs. 4	Bei der Deklaration von Separatorenfleisch stellen wir in der Wahrnehmung des Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet.	Auch für den deutschen Begriff «Separatorenfleisch» soll eine entsprechende Abkürzung evaluiert und vorgesehen werden, z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff soll auch entsprechend in der Deklaration verwendet werden können.
Art. 10, Abs. 10 und Art. 19, Abs. 7	Der Verzicht auf den <u>Warnhinweis</u> beim Zusatz von Transglutaminase ist im Sinne einer geringfügigen administrativen Vereinfachung zu begrüßen.	-
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
Art. 19, Abs. 1	Anstelle des Verweises auf die in Anhang I, Bst. a-c und e der EU-Verordnung 1379/2013 aufgeführten Fischerzeugnisse wäre für den hiesigen Anwender deren konkretes Aufführen in der VLtH weitaus zielführender. Die damit verbundene Anpassung an die EU-Gesetzgebung aus Äquivalenzgründen wird hingegen begrüsst.	-
Art. 104	Die Anpassung der Anhänge sollte durch das BLV nicht nur isoliert aufgrund des Standes von Wissenschaft und Technik sowie dem Recht der wichtigsten Handelspartner erfolgen können. Als ebenso bedeutend erachten wir eine Rücksprache mit den betreffenden Branchen sowie die aktive Kommunikation der vorgenommenen Änderungen durch das BLV.	Ergänzen: «..... der Schweiz an. <u>Dazu nimmt es Rücksprache mit den betroffenen Branchen und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen direkt.</u> »

## **9 EDI: Getränkeverordnung**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## **10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## **11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Auch im Rahmen der vorliegenden Revision der LIV müssen wir feststellen, dass im Bereich der Deklaration nebst einigen nicht unbedeutenden Erleichterungen zusätzliche Anforderungen vorgesehen sind, die die Komplexität der ganzen Kennzeichnungsvorgaben für die Geiser AG Schlieren noch zusätzlich erhöhen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	Gerade im Online-Handel ist zum Zeitpunkt des Kaufentscheides bei Lebensmitteln mit wechselnden Provenienzen oftmals noch nicht klar, welche Herkunft das ausgelieferte Produkt jeweils konkret hat. Daher sollte bei online-Angeboten die Möglichkeit geschaffen werden, dass online die in Frage kommenden Herkünfte aufgelistet werden können, wenn gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die konkrete Herkunftsangabe auf dem schlussendlich zugestellten Produkt erfolgt. Auf diese Art und Weise kann einerseits die Transparenz gegenüber den Konsumenten gewährleistet werden, andererseits bleiben die betroffenen Unternehmen mit einem vertretbaren Aufwand handlungsfähig.	Neu: <u>«Bei wechselnden Provenienzen eines Lebensmittels bzw. von Zutaten, der Herkunft zu deklarieren ist, können online die Angaben nach Abs. 1, Bst. g, h und i sämtliche in Frage kommenden Firmen und Produktionsländer umfassen. Gleichzeitig ist online der Hinweis „Die konkrete Herkunftsangabe erfolgt auf dem zugestellten Produkt innerhalb der online angegebenen Möglichkeiten“ anzubringen.»</u>
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Angabe sämtlicher verbotener Produktionsmethoden gemäss Landwirtschaftlicher Deklarationsverordnung (LDV) wie auch der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich all die Angaben in der Praxis mit der Zeit überhaupt noch sinnvoll platzieren lassen, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Während die Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung anscheinend einer Angleichung an die EU-Gesetzgebung gleichkommt, entspricht die vorgesehene Verschärfung der LDV ganz klar einem Swiss Finish. Angesichts des Aufwandes für all die Etiketten über ganze Sortimente hinweg sein an dieser Stelle auch die Frage erlaubt, ob bzw. inwieweit den mündigen Konsumenten nicht zugemutet werden darf, die betreffenden Informationen bei Interesse bei den übrigen Angaben nachzuschauen.	Streichen

Ergänzung Art. 4	<p>Laut Geiser AG Schlieren soll der Artikel 4 wie folgt ergänzt werden:          «Aus Platzgründen ist eine Verwendung einer «faltbaren Etikette, Bsp: Leporello» gestattet. Es muss auf der sichtbaren Seite ein Hinweis erfolgen, dass sich weitere Pflichtangaben im Inneren der Etikette befinden»          Siehe hierzu ALS Stellungnahme Nr. 2012/10          Beschluss:          Bei mehrseitigen Etiketten, bei denen aus Platzgründen die Angabe verpflichtender Kennzeichnungselemente auf den inneren Seiten fortgesetzt werden muss und <u>kein verbaler Hinweis</u> darauf auf der direkt sichtbaren Vorderseite zu finden ist, sind diese Angaben als verdeckt im Sinne von § 3 Abs.3 LMKV zu beurteilen.          Dies bedeutet, dass ein verbaler Hinweis, wie oben beschrieben, auf die äussere Etikette muss</p>	Laut Geiser AG Schlieren soll dieser neue Artikel zugefügt werden
Art. 5, Abs. 1	<p>Die vorgeschlagene Präzisierung bei Bst. a, im Offenverkauf die schriftliche Herkunftsdeklaration bei frischem und verarbeitetem Fleisch nur auf Stücke wie Steaks und Koteletts zu beschränken, begrüssen wir ausdrücklich. Nicht nachvollziehbar für uns ist jedoch, dass in den Erläuterungen nun auch wieder Geschnetzeltes explizit aufgeführt wird, nachdem von Seiten des BLV anscheinend erst Mitte April 2019 gegenüber einem Branchenteilnehmer per Mail noch schriftlich zugesichert wurde, dass der Begriff «Stücke» nach Art. 17 der LIV nur einzelne Stücke bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts umfasse und somit feiner zerkleinertes Fleisch, d.h. auch Geschnetzeltes, aber auch Ragout und Gehacktes, von diesem Begriff <u>nicht</u> erfasst würden. Diesen Widerspruch gilt es nun seitens der vernehmlassenden Behörden im Sinne der ursprünglich beabsichtigten Erleichterung definitiv zu klären! Dies auch unter dem Aspekt, dass gerade für Unternehmen mit mehreren Schlacht-, Zerlege- bzw. Produktionsbetrieben bei feiner zerkleinertem Fleisch wie Ragout, Geschnetzeltes bzw. Gehacktes die Angabe des einzelnen Betriebes eine in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbare Herausforderung darstellt!</p> <p>Die vorgeschlagene Erleichterung bei Bst. c, dass bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln die mündliche Informationspflicht bei nährwert-bezogenen Angaben, auch wenn diese schriftlich vorliegen, neu entfallen soll, wird befürwortet.</p>	<p>Präzisieren des Begriffs «Stücke» im Zusammenhang mit Fleisch in Anlehnung an die vom BLV Mitte April 2019 gemachten Ausführungen (vgl. auch Kommentar und Antrag zu Art. 17)</p> <p>-</p>



Art. 17, Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu)	Aufgrund der verschiedenen Handelsbeziehungen eines Unternehmens mit anderen Marktteilnehmenden kann durchaus der Fall eintreten, dass dieses einzelne Rindfleischstücke aus unterschiedlichen Schlacht- und/oder Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland bezieht. Dies lässt die Angabe der jeweiligen Bewilligungsnummern auf den jeweiligen Etiketten zu einem sehr komplexen, äusserst kostenintensiven und damit praktisch unmöglichen Unterfangen werden. Es ist daher die Möglichkeit zu schaffen, dass ein Unternehmen für Rindfleischstücke mehrere Bewilligungsnummern von Schlacht- bzw. Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland gleichzeitig angeben kann.	Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) <u>«Für einzelne Stücke Rindfleisch können die Bewilligungsnummern von mehreren Schlacht- und Zerlegebetrieben desselben Herkunftslandes gleichzeitig auf derselben Etikette angegeben werden.»</u>
Art. 17, Abs. 8 (neu)	Der Begriff «Stücke» sollte zwecks Schaffung von Klarheit für die Praxis konkret umschrieben werden. Wie bereits im Kommentar zu Art. 5 erwähnt, sollte dieser so präzisiert werden, wie dies vom BLV im April 2019 per Mail an einen Branchenteilnehmer bereits entsprechend festgehalten wurde.	Abs. 8 (neu): <u>«Der Begriff Stücke umfasst hierbei einzelne Stücke Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts. Feiner zerkleinertes Fleisch wird von diesem Begriff nicht erfasst.»</u>
Art. 19, Abs. 2, Bst. b	Die Erweiterung der Ausnahme der Warenlosangabe auf sämtliche im Offverkauf angebotene Lebensmittel ist auch aus unserer Sicht sinnvoll.	-
Art. 42	Die Möglichkeit der Angabe über die Reduktion der Menge an zugesetztem Zucker bzw. zugesetztem Salz in der Rezeptur eines Lebensmittels ist zu begrüssen.	Die Geiser AG Schlieren begrüsst diesen Artikel
Anhang 2, Teil A, Ziffer 3	Der Hinweis, dass nebst der Bestrahlung von Lebensmitteln auch diejenige der einzelnen Zutaten zu deklarieren ist, ist auf den ersten Blick wohl verfänglich, in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar (z.B. Gewürze mit wechselnden Provenienzen).	Streichen bzw. keine Änderung zur geltenden Version: <del>«... versehen sein. Wird eine bestrahlte Zutat verwendet, so muss die Sachbezeichnung im Zutatenverzeichnis mit diesem Hinweis ergänzt werden.»</del>
Anhang 2, Teil B, Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. In der Praxis gibt es hierzu oftmals unterschiedliche Auffassungen zum Begriff des «Produktes», werden hier teilweise das angebotene Lebensmittel als solches, teilweise aber auch das Datum des Einfrierens der «ältesten»	Präzisieren: <u>«..... in Fällen, in denen das Lebensmittel in der angebotenen Form mehr als einmal eingefroren wurde»</u>

	Zutat verstanden. Gerade letzteres ist in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar, weshalb sich eine entsprechende Präzisierung geradezu aufdrängt.	
Anhang 13, Ziffer 20.1	Die Grenze von 0.12 g Natrium pro 100 mg bzw. 100 ml sollte auf 0.2 g erhöht werden, um so für weitere Lebensmittel die Möglichkeit der Auslobung «natriumarm» bzw. «kochsalzarm» zu schaffen. Damit liesse sich bei vielen betroffenen Branchen ein zusätzlicher, freiwilliger Anreiz schaffen, um den Kochsalzgehalt der jeweiligen Lebensmittel im Rahmen des Möglichen, d.h. unter der Berücksichtigung von Aspekten wie Sensorik, Haltbarkeit, Farbgebung, etc. weiter abzusenken.	Ändern: <i>«nicht mehr als <u>0.2 g</u> Natrium oder der ...»</i>

### **13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehenden Punktes bezüglich Speisesalz auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

### **14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

siehe untenstehende Kommentare zu Anhang 3

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Kap. A, Ziffer 8	Bei den auf traditionelle Weise gepökelten Fleischerzeugnissen, für die besondere Bestimmungen über Nitrite und Nitrate gelten, fehlt das Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc. mit einer Höchstmenge von 250 mg/kg Nitrat. Wir beantragen daher unter Ziffer 8.3.4.2 entsprechend eine neue Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen aufzunehmen.	Ergänzung mit neuer Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen: E 251 – E 252 Nitrate 250 mg/kg Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehend genannten Punktes auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6, Abs. 1 <sup>bis</sup>	Mit der neu gewählten Formulierung für den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen (Probiotika) ist davon auszugehen, dass Starterkulturen, die aus prozesstechnischen Gründen bei der Herstellung eingesetzt werden (z.B. Käse, div. Rohwürste und Rohpökelwaren) nicht unter die vorgeschlagene Formulierung fallen.	Präzisieren

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen bzw. siehe untenstehende Kommentare (vgl. auch Kommentar zu Art. 31 und 37 der LGV)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2 und Art. 6a, Abs. 2	Als Aussenstehende ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die Kriterien für die Überprüfung einer Umweltgefährdung nicht an die Vorgaben der EU angeglichen werden bzw. am gesonderten Verfahren durch das BAFU festgehalten wird.	Überprüfen
Art. 6a	Die Bestrebungen, Spuren bis max. 0.5 Massenprozent von in der EU als Lebensmittel als GVO zugelassenen Lebensmitteln im vereinfachten Verfahren zu tolerieren, wird im Sinne des Pragmatismus und der Verhältnismässigkeit befürwortet.	-

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, begrüsst die Geiser AG Schlieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup>	-	Seitens Geiser AG Schlieren sollte die Einleitung angepasst werden: «Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile zerlegte Schlachttierkörper-hälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen sowie von <u>Innereien derselben</u> kann erfolgen,
Art. 32, Abs. 6	Nachdem die vollständige Einhaltung der mikrobiologischen Kriterien nach Anhang 1 der HyV in der Praxis einer grossen Herausforderung gleichkommt, ist die in Anlehnung an die EU-Gesetzgebung neu vorgesehene Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die genannten mikrobiologischen Kriterien nicht zu erfüllen mag, zur Herstellung von ausschliesslich hitzebehandelten Lebensmitteln dennoch verwenden zu können, ausdrücklich zu begrüssen. Die Eingrenzung auf ausschliesslich nach Art. 21 der LGV bewilligte Betriebe könnte im Einzelfall aber dennoch zu Schwierigkeiten führen.	Diese Neuformulierung wird von der Geiser AG Schlieren ausdrücklich begrüsst.

<b>20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine besonderen Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SBC  
Adresse, Ort : Seilerstrasse 9, 3001 Bern  
Kontaktperson : Urs Wellauer  
Telefon : 031 388 14 14  
E-Mail : [u.wellauer@swissbaker.ch](mailto:u.wellauer@swissbaker.ch)  
Datum : 20. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	20
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	21
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	22
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	23
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	24
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	25
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	26
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	27
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	28
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	29
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	30
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	31

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Vertreter des Schweizerischen Bäcker-Confiseurmeister-Verband (SBC) und seinen Mitgliedern danken wir Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu Stretto3.

Einmal mehr sieht sich die Lebensmittelwirtschaft mit einem umfassenden Revisionspaket konfrontiert, welche mehrheitlich unter dem Aspekt, Anpassungen an das EU-Recht begründet wird, dies mit dem Wissen darum, dass eine Äquivalenz mit dem EU-Recht für den handwerklichen Bäcker-Confiseure eigentlich nicht notwendig ist. Mit der Schaffung der Äquivalenz zum EU-Recht wird der ganzen Nahrungsmittelkette in immer kürzerer Kadenz ein zunehmender Mehraufwand beschert, hinzu kommt die Tatsache, dass die EU-Regelungen nicht gerade benutzerfreundlich dargestellt werden. Beispielsweise erwähnt sind die von der EU verabschiedeten Richtwerte zu Acrylamid, wo die Farbe von Backwaren gleichzeitig mit mehr oder weniger Acrylamid gleichgesetzt wird, was aus unserer Sicht falsch ist, da verschiedene Voraussetzungen für die Acrylamidbildung erfüllt sein müssen.

Wir ersuchen das BLV, dass bei der Übernahme von neuen EU-Bestimmungen, die Verhältnismässigkeit gewahrt bleibt und eine Ausweitung von administrativen Auflagen, welche in letzten Jahren für die KMU-Betriebe ein erdrückendes Mass angenommen haben, zu verzichten. Des Weiteren wünschen wir uns, dass bei der Übernahme von EU-rechtlichen Bestimmungen in schweizerisches Recht, der Benutzerfreundlichkeit hohe Bedeutung beigemessen wird, was im Kern zu mehr Rechtssicherheit führt, dies nicht nur im Interesse der gewerblichen Lebensmittelbetriebe, sondern auch im Interesse der Vollzugsorgane.

Anstelle einer Zunahme von administrativen Auflagen durch die Behörden zu fördern, gilt es die Verantwortung der Inverkehrbringer in Erinnerung zu rufen, welche unabhängig der Betriebsgrösse nur Lebensmittel in den Verkehr bringen dürfen, die sicher sind!

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und schon jetzt für die Berücksichtigung unserer Argumente/Anliegen

Freundliche Grüsse  
Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband

Urs Wellauer, Direktor SBC

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Änderung Bewilligungsverfahren für fermentierte Produkte (GVO-Erzeugnisse) und Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» (Umsetzung der Motion Bourgeois) ist aus unserer Sicht als positiv zu Werten

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 3 und 4	Wie schon bei Largo kritisiert, ist die Zitierung von EU-Verordnungen in der Verordnung/Fussnoten nicht Anwenderfreundlich. Eine direkte Aufführung der unter Abs. 3 und 4 fallenden Begriffe wäre zielführender.	überprüfen
Art. 39, Bst. d	<p>Die spezifische Angabe des Verbrauchsdatum für leicht verderbliche, d.h. zu kühl zu haltende Lebensmittel, die am Ort der Abgabe umhüllt oder verpackt oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackt werden, erachten wir als unnötig.</p> <p>Es ist für den SBC nicht nachvollziehbar, weshalb mit Art. 39b, Bst. d eine spezifischere Bestimmung mit der LGV auf der Stufe einer Bundesratsverordnung festgehalten wird, während die allgemeinere Vorgabe in der LIV auf der Stufe einer Departementsverordnung geregelt werden soll.</p> <p>Von der Ausgestaltung neuer Regelungen, welche in den meisten Fällen auch eine Erhöhung des administrativen Aufwandes zur Folge hat, ist zwingend abzusehen!</p>	<p>Überprüfen</p> <p>Anstelle eines ständig anzupassenden Verbrauchsdatums sollte für den Offenverkauf ein pauschaler Hinweis in unmittelbarer Nähe zu den leichtverderblichen Produkten möglich sein.</p> <p>Eine mündliche oder schriftliche Auskunft am POS ist sicherzustellen, <i>Beispiel: gekühlt aufbewahren und spätestens innerhalb von 12 Std. nach Erwerb konsumieren</i></p>
Art. 81, Absatz 3	Die Möglichkeit der Standardisierung von bestimmten Probe- und Analyseverfahren ist im Sinne der Vergleichbarkeit zu begrüßen. Im Sinne des Kosten- bzw. Aufwandmanagements zuhanden der Praxis sind diese zwingend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu unterordnen, d.h. das Optimum und nicht das Maximum hat im Vordergrund zu stehen.	«... <u>Probenahmeverfahren dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgend</u> für verbindlich erklären.»

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Der Zweck der amtlichen Kontrollen bleibt unbestritten. Deren Ausgestaltung muss jedoch vermehrt risikobasiert und verhältnismässig ausgerichtet sein. Zusätzliche Kontrolltätigkeiten dürfen nicht mit einer Erhebung von neuen Gebühren verbunden sein.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 6 (neu)	Für die Kleinbetriebe sind die amtlichen Kontrollen im Verhältnis gesehen sehr aufwendig, dies auch in zeitlicher Hinsicht. Es sollte daher eine erleichterte Kontrolle geschaffen werden, welche basierend auf den Branchenleitlinie/ Selbstkontrolle erfolgt.	neu: <i>«Kleine Lebensmittelbetriebe, können in vereinfachter Form kontrolliert werden.»</i>
Art. 9 Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben sollte immer eine Kopie der Kontrollaufzeichnungen zugestellt werden, dies gegebenenfalls auch in elektronischer Form.	neu: Die kontrollierten Betriebe erhalten eine Kopie (d.h. auf Verlangen streichen)
Art 12.	Der SBC erachtet eine Koordination des Vollzuges in den einzelnen Kantonen zwecks Gleichbehandlung der kontrollierten Betriebe über die Kantons Grenzen hinweg als elementar. Wir begrüssen die Möglichkeit der Schaffung von Weisungen durch das BLV zur Koordination des Vollzuges über die Kantons Grenzen hinweg ausdrücklich. Es soll unabhängig der Kantone in allen Betrieben mit derselben Latte, gemessen werden, dafür hat der SBC die Grundlagen mit der Leitlinie geschaffen.  Eine übermässige administrativen Bürde sowohl für die kantonalen Behörden und die dafür zugezogenen Unternehmen gilt es zu vermeiden.	Eine Gleichbehandlung wird ausdrücklich erwünscht, dies basierend auf der Leitlinie für eine gute Verfahrenspraxis.
Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug (siehe auch Kommentar zu Art. 12)	<u>Verordnung sowie einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen zu gewährleisten...</u>

2. Kapitel (Art. 14-22)	Der Grundsatz, dass amtliche Kontrollen einer Notwendigkeit entsprechen, steht auch aus unserer Sicht ausser Frage. Angesichts der Vielfalt und der Menge der damit verbundenen Tätigkeiten muss der Fokus jedoch vermehrt auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit ausgelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.	
Art. 14	Gemäss Erläuterungen ist es den Vollzugsbehörden freigestellt, auch nur selektiv ausgewählte Punkte zu kontrollieren. Nach welchen Kriterien diese Auswahl erfolgt, bleibt jedoch im Dunkeln. Ebenso unklar bleibt, ob eine amtliche Kontrolle immer die Untersuchung der von den Betrieben durchgeführten Kontrollen und der Ergebnisse in Kombination mit einer Inspektion zu enthalten hat oder ob diese auch einzeln möglich sind.	Überprüfen
Art. 28	Im Gegensatz zu Art. 23, Abs. 3 der aktuell geltenden Verordnung mit Inkraftsetzung per 16.12.2016 fehlt der Verweis auf die neu nummerierten Art. 49 bis 60 zur Durchführung der Probenahme	Überprüfen
Art. 31, Abs. 2	Im Zusammenhang mit der Rückweisung von Sendungen den Vorgaben von Art. 30, Abs. 1, Bst. b zufolge stellt sich die Frage, ob diese nur beim vollständigen Fehlen der Begleitdokumente nach Art. 86, Abs. 2, LGV oder auch beim unkorrekten Vorliegen einzelner Angaben zur Anwendung gelangt.	Präzisieren
Art. 53, Abs. 2	Der allfällige Zwang von Warenbesitzern, nötigenfalls bei der Proben-erhebung durch die Kontrollorgane mitzuwirken, ist fragwürdig, zumal dies der Qualität bzw. der Objektivität der gezogenen Proben nicht unbedingt förderlich sein dürfte.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe neben der Beanstandung selbst aus Gründen der Transparenz auch	Neuer Absatz:

	der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass dieser selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	„Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.“
Art. 61-63	Der Sinn von Ringuntersuchungen sehen wir durchaus, doch als Aussenstehende können wir zu wenig beurteilen, welche finanziellen, Konsequenzen laborübergreifende Vergleichstests haben. Wir appellieren an das Prinzip der Verhältnismässigkeit, sowenig wie möglich, soviel wie notwendig. Die Schweizer Referenzlaboratorien in das Kontrollsystem der EU eingebunden werden.	Überprüfen
Art. 71 und Art. 80, Abs. 1	Es ist störend, dass amtliche Fachassistenten bzw. Lebensmittelinspektoren nicht zwingend einen Nachweis einer beruflichen Grundausbildung in der Lebensmittelherstellung erbringen müssen. Es ist zu befürchten, dass mit dem fehlenden Praxisbezug, die Kompetenzen sowie die Glaubwürdigkeit in die Kontrollorgane leidet. Anstelle von Praktikern werden immer mehr «Theoretiker» rekrutiert, welche mangels Bezug zu den Lebensmitteln/Prozessen Beanstandungen vornehmen, welche nicht LM-Sicherheitsrelevant sind, dies wird immer wieder von Mitglieder bemängelt.	<i>« Die Vorbildung muss zwingend eine berufliche Grundbildung enthalten, ev. mit eidgenössischem Abschluss. Eine fünfjährige <u>Berufserfahrung</u>» wird vorausgesetzt!</i>
5. Kapitel (Art. 99-110)	Ohne auf die Details einzugehen, gehen wir gemäss Art. 59 und 60 LMG davon aus, dass zwischen den einzelnen Behördenstellen und allenfalls Dritten nur Personendaten bekannt gegeben werden, die der Empfänger für die Ausübung der gesetzlichen Aufgaben unbedingt benötigt. Uns fehlen jedoch Sanktionsmassnahmen innerhalb der Behörden für den Fall, dass diese Vorgaben missachtet werden.	Ergänzen mit Sanktionsmassnahmen, falls die betreffenden Vorgaben nicht eingehalten werden
Art. 105 <sup>bis</sup> (neu)	Für den Fall, dass Kontrollen zu gerichtlichen Verfahren mit einem Schuldspruch führen und damit die Unschuldsvermutung nicht mehr gilt, so ist der Name des Schuldigen auf Nachfrage hin dem Anfrager bekannt zu geben. Nur so lässt sich vermeiden, dass – wie heute zum Teil der Fall – in gewissen Fällen ein Generalverdacht auf ähnliche, im näheren Umfeld gelegenen	<i>«Art. 105<sup>bis</sup>: Bekanntgabe von Daten bei Verurteilungen» (neu)</i>  <i>«Falls Kontrollen zu gerichtlichen Verfahren mit einem <u>Schuldspruch</u> führen, so sind der Name des Schuldigen</i>

	Betriebe mit entsprechend negativen Konsequenzen für diese aufgebaut wird, wofür sie nichts können.	<u>sowie das Urteil auf Nachfrage hin dem Anfrager bekannt zu geben.»</u>
Art. 111, Abs. 2	Wir begrüssen den Grundsatz, dass amtliche Kontrollen an sich gebührenfrei sind, ausser wenn sie zu Beanstandungen oder zur Inanspruchnahme einer Dienstleistung der Bundesbehörden geführt haben. Nach unserer Auffassung sollten jedoch auch geringfügige Beanstandungen wie z.B. Formalitäten keine Kontrollgebühren auslösen.	Ergänzen: «... zu Beanstandungen geführt haben, <u>die ausschliesslich eine Gesundheitsgefährdung, eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten, eine erwiesenermassene Absicht und/oder eine Wiederholung beinhalten.»</u>
Anhang 9	Die Obergrenzen der Gebühren des Bundes für Inspektionen (max. Fr. 4'000.-), Probenuntersuchungen (max. Fr. 6'000.- pro Probe) sowie für Bewilligungen gemäss LGV bzw. für neuartige Lebensmittel (je max. Fr. 50'000.-) grenzt an Abzockerei.  Bei den Gebühren, muss das Prinzip der Verhältnismässigkeit gewahrt bleiben.	Anpassen: - Punkt 1.3: höchstens 1000 Franken pro Inspektion - Punkt 1.4: höchstens 1000 Franken pro Probe - Punkt 2.1: 200-2'000 Franken - Punkt 2.2: 200-2'000 Franken



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Integration der Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung ausdrücklich in der Hoffnung, dass damit besser über kurz denn lang endlich die ungleich langen Spiesse zwischen Primärproduktion und dem Lebensmittelsektor möglichst minimiert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 und Anhang 1 und	Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die zuständigen Vollzugsbehörden im Gegensatz zu all den übrigen Bereichen die Kontrollintervalle für die Primärproduktion risikobasiert nicht kürzen bzw. in schwer zugänglichen Gebieten nicht erhöhen können. Es gibt immer mehr Betriebe welche Paralandwirtschaft betreiben und aus den Primärprodukten Nahrungsmittel produzieren, welche direkt ab Hof verkauft werden.	« <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion</del> können die...» Wir wünschen ausdrücklich, dass bei Betrieben mit Primärproduktion und derselben Marktausrichtung wie gewerbliche Betriebe, eine Gleichbehandlung erfolgt.  In beiden Fällen sind die Kontrollfrequenzen risikobasiert festzulegen.
Art. 8, Bst. d	Bst. d würde sich bei der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Anpassung zu Art. 7 wohl erübrigen	Streichen
Art. 10 bis 17	Gleichlange Spiesse für alle! Die vorliegende Revision sollte zum Ziel haben, die Kontrollen zwischen Land- und Ernährungswirtschaft endlich zu vereinheitlichen. Mit der Integration der betreffenden Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung wurde zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, ist aber nach wie unbefriedigend und Wettbewerbsverzerrend!	Streichen bzw. die Bestimmungen der ganzen Verordnung an die übrige Lebensmittelkette anpassen

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Mangels Betroffenheit, keine Anmerkungen des SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Angleichung der Rückstandshöchstgehalte (RHG) an das Recht der Europäischen Union (EU) und die Gewährleistung eines vergleichbaren Sicherheitsniveaus in der Schweiz was zu begrüßen ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 2 – 7	Wir unterstützen die Einführung von Einfuhrtoleranzen für spezifische Rückstandshöchstgehalte ausdrücklich für jene Fälle, in denen dieser Wert mit der Guten Anwendungspraxis (GAP) im Herkunftsland übereinstimmt. Die Kompetenz für die Festlegung der Werte soll beim BLV liegen	Anpassungen übernehmen

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Betriebe, welche Produkte für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf produzieren werden sich speziell mit dem Thema der Kennzeichnung auseinandersetzen müssen. Das handwerkliche Bäcker-Confiseur-Gewerbe nimmt dazu keine Stellung.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 19 Abs. 7	Wir begrüßen, dass die Verpflichtung zur Angabe der Produktionsmethode und der Fanggerätekategorie aufgehoben wurde.	

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen des SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Anmerkungen des SBC**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Richtwerte für Acrylamid, z.B. 50 µg/kg bzw. 100 µg/kg für weiches Brot auf Weizenbasis

Es ist etwas befremdend, dass die angekündigten Massnahmen, welche gemäss den Hinweisen auf das Informationsschreiben des BLV zu erwarten sind nicht schon vorliegen, diese sollte den betroffenen Kreisen eigentlich vor dem Ende der Vernehmlassungsfrist vorliegen!

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a	<p>Mit der Einführung der EU-Richtwerten für Acrylamid werden die «grösseren» Lebensmittelbetriebe dazu verpflichtet, kostspielige Analysen in den Prozesskontrollen einzubeziehen, einschliesslicher Pflicht zur schriftlicher Dokumentation.</p> <p>Zwar begrüssen wir die Überlegungen, dass Einzelhandelsbetriebe sowie Betriebe, welche den lokalen Einzelhandel direkt beliefern nur Acrylamidmindernde Massnahmen vorlegen müssen. Die vom BLV vorgegeben Erleichterung ist jedoch keine Garantie dafür, dass Kleinbetriebe von einem kostspieligen Acrylamid-Monitoring verschont bleiben.</p> <p>Die Wahl der Getreidesorten bei der Mahlpostenzusammensetzung sowie erntebedingte Schwankungen können dazu führen, dass Backmehle enzymaktiver sind oder nicht, was die Bildung von Acrylamid beim Backprozess positiv/negativ beeinflussen kann. Aufgrund von natürlichen Schwankungen bei den Rohstoffen ist ein Acrylamidmonitoring wenig zielführend, freut die Labors und verteuert unnötig die Produkte!</p> <p>Bäckereien welche Frischbackwaren anbieten, welche durch die Konsumenten fertig gebacken werden, müssen heute schon mit einer Backanleitung versehen sein. Die Anleitung muss so ausformuliert sein, dass sich bei der Fertigstellung genussfähige Produkte ergeben, was auch im Interesse der Frischbackwarenproduzenten ist. Jeder der halbwegs etwas von backen versteht, weiss, dass es bei den Angaben von Temperaturen/Backzeiten grosse Abweichungen geben kann. Der Konsument ist mündig genug und bäckt seine Produkte nach seinem Gusto aus. Es ist falsch, die Farbe von Backwaren gleichzeitig mit mehr Acrylamid gleichzusetzen, da wie erwähnt verschiedene Faktoren für eine Acrylamidbildung erfüllt sein müssen.</p>	<p>Der SBC wünscht die Berücksichtigung der nebenstehenden Punkte im Informationsschreiben des BLV. Dieses soll den betroffenen Kreisen frühzeitig d.h. nicht erst mit Inkrafttreten der Verordnungsanpassung per 1.5.2020 zugestellt werden.</p> <p>Die am runden Tisch eingeworfene Idee einer Farbskala auf einer Verpackung anzubringen ist falsch und fördert nur den Food-Waste!</p> <p>80 bis 90% der Konsumentinnen und Konsumenten wissen damit nichts anzufangen, verunsichern diese nur und werfen das Produkt bei farblichen Abweichungen fort.</p>



	Um eine vermeindliche Acrylamid-Reduktion zu erwirken, muss der Fokus vielmehr auf die Getreidesorten/Züchtung gelegt werden, welche Sorten Anbauen/Züchten, welche weniger Asparaginsäure einlagern. Es dauert ca. 15 Jahre, bis eine neue Weizensorte mit den gewünschten backtechnischen Eigenschaften in der Sortenliste aufgenommen werden kann.	
Art. 5b	Die Analysen des Acrylamidgehaltes sind eine kostspielige Angelegenheit, trotz den formulierten Erleichterungen für die Einzelhandelsbetriebe kann nicht ausgeschlossen werden, dass lokale Abnehmer von Brot und Backwaren, (Retailer) dies auch von Kleinstbetrieben einfordern, eine Kostenüberwälzung auf das Produkt ist nicht möglich!	Für Einzelhandelsbetriebe muss eine generell gültige Ausnahmeregelung formuliert werden, welche diese Betriebsgruppe von der Pflicht einer Probennahme und Analyse grundsätzlich befreit!
Anhang 11, Teil A	<p>Für eine erfolgreiche Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen ist es zentral, dass das in Aussicht gestellte Informationsschreiben Klarheit schafft, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.</p> <p>Betroffene Lebensmittel von Acrylamid Richtwerten. Unter Begriff «Brot» werden zwei Richtwerte aufgeführt, dies ist verwirrend.</p>	Anstelle von zwei Richtwerten ist für «Brot» nur einen Richtwert, d.h. 100 µg/kg festzulegen.

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5 Abs. 1 Bst. E	Wir begrüßen die Erleichterung, dass bei Lebensmitteln mit den Hinweisen «glutenfrei», «sehr geringer Glutengehalt», «laktosefrei» oder «laktosearm» im Offenverkauf keine Nährwertdeklaration erforderlich wird.	
Art. 13 Abs. 2	<p>Belegte Brötchen, welche im lokalen Einzelhandelsbetrieben abgegeben werden, werden überwiegend vor Ort produziert und im Offenverkauf abgegeben. Der Verzehr erfolgt oft direkt oder unmittelbar nach dem Kauf, d.h. innert 12 Std. <b>Im Offenverkauf noch vor der Abgabe an die Kunden noch das Verbrauchsdatum anzubringen ist realitätsfremd.</b></p> <p>Die am runden Tisch eingebrachte 24. Std. Regelung, zwischen Verpackung und Angabe ist absurd und fördert eine staatlich verordnete Lebensmittelverschwendung. Produkte können je nach aw-Wert und Zusammensetzung eine deutlich längere Haltbarkeit aufweisen, daher ist eine zeitliche Limitierung von 24. Std. unsinnig! Hier gilt die Verantwortung der Inverkehrbringer, welche nur Lebensmittel in den Verkehr bringen dürfen, die sicher sind!</p>	<p>Präzisieren</p> <p>Lokale Einzelhandelsbetriebe, d.h. der Offenverkauf ist von dieser Pflicht auszunehmen.</p>
Art. 19 Abs 2 Bst. b	Der SBC begrüsst die Erweiterung der Ausnahme von der Pflicht der Warenlosangabe, dies auf alle Produkte im Offenverkauf angebotenen Lebensmittel.	Übernehmen
Art 42a	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker oder zugesetztem Salz zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn: u.a. die Reduktion des zugesetzten Zuckers oder zugesetzten Salzes gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</p> <p>a. «neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker»; b. «neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz».</p>	<p>Wir lehnen die «Zuckerlipolitik» durch das BLV entschieden ab. Art. 42a ist ersatzlos zu streichen</p> <p>Eine Reduktion von 5% auf Salz sowie Zucker anzuwenden ist falsch. Eine Salzreduktion von 5% fällt</p>

	<p>Einen Hinweis auf «neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz» kann für den Konsumenten eine Motivation sein, das Produkt nicht zu kaufen, da es als «fade» eingestuft wird!</p> <p>Mit der Möglichkeit zur Auslobung am POS will man die Ernährungswirtschaft offenbar motivieren, den Salz- und Zuckergehalt step by step zu reduzieren. Die Befristung auf ein Jahr ruft automatisch nach erneuten Kontrollen durch den Vollzug, dies lehnen wir entschieden ab.</p> <p>Zucker wie Salz haben bei der Herstellung von Backwaren eine technologische Bedeutung und können nicht unbegrenzt reduziert werden.</p> <p>Mit einer beharrlichen Verteufelung von Salz und Zucker will man dem Konsumenten den Genuss von Lebensmitteln madig machen. Der SBC will ein gutes und schmackhaftes Brot, schleichende Strategien, welche ein fades Brot zum Ziel haben oder den Genusswert der Konditoreiwaren mindern, lehnt der SBC entschieden ab.</p>	<p>sensorisch/teigrheologisch stärker ins Gewicht, als dies beim Zucker der Fall ist.</p>
Anhang 2	<p>Wir beantragen, dass im Falle von ionisierten Gewürzen als Zutaten eines Lebensmittels auf diese Angabe verzichtet werden kann, wenn der Anteil dieser Gewürze insgesamt weniger als 0.5% der Masse des Lebensmittels ausmacht. (= analoge Regelung wie die Toleranz von max. 0.5-Massen-% für GVO)</p>	<p>Verzicht auf eine Deklaration der "Ionisierung", wenn die ionisierten Zutaten (Gewürze) &lt;0.5% der Lebensmittelmasse ausmachen</p>
Anhang 14	<p>Ergänzende gesundheitsbezogene Angaben bei Hafer-Beta-Glucan sowie bei Linolsäure wurden angepasst. Information an die Konsumentinnen und Konsumenten, dass sich die positive Wirkung bei einer täglichen Aufnahme von 10 g Linolsäure einstellt.</p>	<p>Wir begrüßen die Möglichkeit einer positiven Auslobung/ Wirkung bei einer täglichen Aufnahme</p>

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

Allgemeine Bemerkungen  
Keine Anmerkungen des SBC

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Keine Anmerkungen des SBC**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	Der SBC begrüsst den Entscheid, dass infolge ungenügender Datenlage, das Calciumsorbat (E203) seit dem 12.08.2018 aus der Liste der zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffe gestrichen wurde	

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen des SBC**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

Allgemeine Bemerkungen  
Keine Anmerkungen des SBC

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Der SBC steht der Gentechnologie grundsätzlich ablehnend gegenüber. Brot und Backwaren werden durch die Konsumenten in eine enge Beziehung zwischen Natürlichkeit und Genuss gestellt. Lebensmittel, Ausgangsprodukte oder Hilfsstoffe, welche mit Zuhilfenahme der Gentechnologie entwickelt worden sind und in den Lebensmittelkreislauf gelangen sind dem Bäcker-Confiseur-Gewerbe suspect.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6a, Abs. 1, Bst. a	Einer Vereinfachung, dass damit Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassene GVO-Lebensmittel in der CH vereinfacht toleriert, bzw. zugelassen werden, steht der SBC ablehnend gegenüber!	Überprüfen
Art. 6a, Abs. 4	<p>Beispiel Enzyme: «Kontakt mit sensibilisierenden Stoffen»            Enzyme sind proteinhaltig, mit dem Einsatz von gentechnisch veränderten Bakterienstämmen, welche u. a. auch in der Enzymtechnologie Anwendung finden, nimmt auch der Einsatz modifizierter Enzyme in den Backmehlen/Backmitteln zu. Diese sensibilisierenden Stoffe bedeuten bei einer Dauerexposition ein gesundheitliches Risiko für die Bäcker, was seitens nicht hinreichend widerlegt werden kann.</p> <p>Für eine Risiokabschätzung sind nicht nur die mit dem Lebensmittel aufgenommene Enzym entscheidend, sondern auch die Risiken, welche durch eine dauernde Exposition mit diesen vorhanden sind.</p> <p>Für eine abschliessende Beurteilung sind zwingend auch die arbeitsmedizinischen Aspekte einzubeziehen.</p>	Überprüfen

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen durch den SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen durch den SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen****Keine Anmerkungen durch den SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen durch den SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Anmerkungen durch den SBC**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Anmerkungen durch den SBC**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Prométerre, Ass. vaudoise de promotion des métiers de la terre  
Sigle entreprise / organisation / service : Prométerre  
Adresse, lieu : Jordils 1, 1000 Lausanne 6  
Interlocuteur : Ch. Aeberhard, adj. de direction  
N° de téléphone : 021/614.24.36  
E-mail : c.aeberhard@prometerre.ch  
Date : 20 août 2019

Le Directeur :

Le Président :

Luc Thomas

Claude Baehler

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels.....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	6
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	10
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	11
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	12
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	13
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	14
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	15
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	16
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	17
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	18
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	19
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	20
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	21
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	22
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	23
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	24
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	25
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	26
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	27
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	28

## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Prométerre n'a pas d'objection de principe aux adaptations nécessitées par l'évolution du droit et des normes européennes, en tant qu'elles sont de nature à faciliter nos exportations de produits agricoles de haute qualité et valeur ajoutée, et non pas à faciliter l'importation de produits bas de gamme. Dans le contexte de la mise en œuvre de la Stratégie Qualité agro-alimentaire, il n'y a pas lieu d'entreprendre des dérégulations qui n'ont pour finalité que de faciliter les importations de produits le plus souvent de basse qualité (suppression d'exceptions au principe du Cassis de Dijon, notification en guise de contrôle).

Prométerre salue favorablement les modifications de l'ODAIU et de l'OIDAI qui visent à accroître la transparence envers les consommateurs en matière de modes de production interdits ou non désirés (OGM) en Suisse, en permettant ainsi à la production indigène de se démarquer loyalement des piètres conditions prévalant pour certaines denrées alimentaires issue de la concurrence étrangère. Avec les discussions en cours visant à conclure de nouveaux accords facilitant les importations de denrées alimentaires dans notre pays (AELE-Mercosur ; Indonésie ; ALE avec les USA, etc.), il devient indispensable d'assurer en contrepartie une complète transparence pour les consommateurs, tant au sujet de la provenance véritable des produits importés, que concernant leurs modes de production ou de détention des animaux, en particulier lorsque ceux-ci sont strictement interdits sur notre territoire. A cet effet, il faut aussi envisager d'élargir à tous les aliments importés le champ d'application de l'ordonnance relative à la déclaration de produits agricoles issus de modes de production interdits en Suisse à toutes les denrées alimentaires (Ordonnance agricole sur la déclaration, OAgrD) du 26 novembre 2003, qui se limite aujourd'hui à la viande et aux oeufs.

Les efforts de simplification et de facilitation pour la commercialisation directe (vente en vrac, abattage à la ferme, contrôles des viandes) sont aussi bienvenus. Prométerre soutient les propositions de coordination accrue OCPN et OCCEA en matière de contrôles dans la production primaire, tout en regrettant que soient maintenus deux textes « concourants », pas mis à jour en continu, pour régler séparément le dispositif de contrôles des mêmes entreprises de la production primaire.

En matière d'abattage des animaux et de contrôle des viandes, Prométerre se satisfait de la nouvelle réglementation de l'abattage au pré ou à la ferme et se réjouit de l'allègement des exigences pour les contrôles ante mortem, même si la réduction des coûts nécessiterait de réduire encore davantage la chasse gardée des vétérinaires en la matière. Enfin, toujours dans le contexte du corporatisme vétérinaire, Prométerre s'oppose à une différenciation des émoluments du contrôle des viandes selon les horaires de travail qui prêterait surtout l'exploitation des abattoirs sis dans les régions périphériques.

En résumé, les modifications du droit alimentaire, dont la densité normative est extrême et quasiment impénétrable pour ceux dont ce n'est pas le métier principal, devraient davantage concourir à un véritable allègement réglementaire pour les producteurs primaires et transformateurs artisanaux indigènes, de sorte à renforcer leur capacité concurrentielle et à augmenter la valeur ajoutée qui leur revient, sans pour autant faciliter les importations au détriment de la qualité, de la traçabilité réelle et de la transparence pour les consommateurs.

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels ODAIOUs

### Remarques générales

Prométerre salue favorablement les modifications qui visent à accroître la transparence envers les consommateurs en matière de méthodes de production interdites en Suisse. De même, Prométerre soutient la possibilité enfin donnée aux producteurs suisses d'indiquer que leurs produits sont issus d'une production exempte d'OGM. Il est important pour l'agriculture suisse que prévalent, d'une part des conditions d'étiquetage identiques à celles appliquées à ses concurrents étrangers, et d'autre part permettant à la production indigène de se démarquer vis-à-vis de conditions de production qu'une grande partie des consommateurs rejetteraient s'ils avaient l'occasion de le savoir en toute clarté.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
15, al. 2, let. a	Favorable	
31, al. 5	Favorable	
37, al. 4	Favorable	
39	À modifier en maintenant la formulation « produits carnés » (au lieu de « viande »), pour garder l'obligation d'indiquer la provenance de la viande, y compris pour les produits transformés contenant de la viande.	« produits carnés »
90	Modification à supprimer : facilitation injustifiée au vu des risques encourus.	

### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires OELDAI

#### Remarques générales

Il est positif d'améliorer la formation du personnel et les processus techniques nécessaires à une application correcte du droit alimentaire. Mais il est tout aussi important de multiplier le nombre et l'engagement personnel des intervenants et des contrôleurs là où ils font défaut, soit sur les fronts de vente principaux, dans la restauration hors domicile, les marchés de revendeurs, la grande distribution et l'industrie alimentaire, plutôt qu'à la ferme ou dans les exploitations de la production primaire où la densité des contrôles est déjà fort développée.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels OPCNP

##### Remarques générales

Nous saluons le fait que la révision soit faite de façon coordonnée avec l'OCCEA.

Nous pouvons cependant déplorer le fait que ces deux bases légales distinctes traitent du même sujet (les contrôles), qui concernent très souvent les mêmes personnes (les agriculteurs), qu'elles sont liées par des références connexes mais que finalement, elles ne sont pas mises à jour en même temps ! Il serait beaucoup plus judicieux d'avoir le tout dans une et une seule même base légale. Pour illustrer la difficulté induite par ce partage, on peut citer l'exemple de l'art. 7 OCCEA, al 4 (qui entre en vigueur au 1.1.2020) qui renvoie à l'art. 2 OPCN al 2 dans son ancienne version alors que dans la nouvelle actuellement en consultation on trouve les domaines de contrôle à l'art. 10 !

La notion de prévention des risques qui justifie ces contrôles n'est pas assez mise en avant (art. 1). Les analyses de laboratoire de produits primaires ne permettent pas toujours d'appréhender des erreurs de processus (hygiène). Dans ce sens, les programmes prioritaires (art. 17) pourraient être étendus à la production primaire végétale.

Le projet de partager les rubriques du contrôle de la production primaire végétale en deux parties (Généralités / Protection des plantes) est une piste à explorer. Cela s'inscrit parfaitement dans le concept de *contrôle partiel* (voir ci-dessous).

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 3, let d	Reprendre la formulation de l'OCCEA (art. 5) pour les exploitations agricoles qui prévoit un contrôle additionnel dans l'année calendaire, plutôt que dans les 3 à 4 mois, ce qui n'a pas beaucoup de sens dans certaines situations.	Contrôle additionnel dans l'année
Art. 3, let g  Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2  Annexe 3 chi 1.1 à 1.6	L'introduction d'une notion de <u>contrôle administratif</u> va théoriquement dans le bon sens. Cela permet d'adapter le rythme des contrôles en fonction des risques. Cependant, les dispositions sont contraignantes et n'apportent qu'un allègement tout relatif : 1 seul contrôle sur place est potentiellement remplacé par un ou plusieurs contrôles « à distance », avec ou sans participation directe du détenteur d'animaux. En outre, il est difficile de s'assurer à distance, donc sans se rendre sur place qu'« aucun changement important dans l'entreprise n'a eu lieu », ce qui est une condition pour effectuer cette substitution.  Il serait plus judicieux d'offrir la possibilité de répartir certains des domaines de contrôles cités dans l'annexe 3 chi 1.1 à 1.6 sur un intervalle de 8 ans.	Art. 3 let g : <del>contrôle administratif; méthode de contrôle qui consiste en la vérification de données administratives d'une entreprise sans visite sur site</del> ; contrôle partiel : contrôle qui ne comprend qu'une partie des domaines de contrôles selon l'annexe 3 chi 1.1 à 1.6

Art. 11, al. 1a	L'exploitant concerné doit être informé et être présent lors des contrôles. Il s'agit d'appliquer le principe cardinal du droit d'être entendu.	Pas de contrôle valable en l'absence de l'exploitant.
Art 12	Voir ci-dessus	Art. 12 Contrôles <del>administratifs</del> partiels 1 Dans la production primaire animale, un contrôle <del>administratif</del> partiel selon l'art. 3, let. g peut remplacer un contrôle de base si l'autorité compétente a tout au plus relevé des manquements de faible importance lors des deux contrôles de base précédents et si aucun changement important dans l'entreprise n'a eu lieu. 2 Les contrôles <del>administratifs</del> partiels peuvent être effectués au maximum sur une période de 8 années consécutives.
Art. 14 al 2	Imposer 10% de contrôle sans préavis est irréaliste dans le concept de contrôles combinés mis en place en vertu de l'art 7 OPPr al 2. (RS 916.020). Et surtout, cela n'est pas nécessaire car cela n'apporte aucune crédibilité supplémentaire au contrôle. Par contre, cela va générer beaucoup de travail et gaspiller les moyens à disposition.	<del>2 Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
Art. 14 al 3	Le calcul de la proportion du nombre de contrôle sans préavis ne peut se faire que sur des contrôles réalisés ! Il n'existe pas d'alternative réaliste (par exemple sur un nombre de contrôle programmés). L'alinéa inutile est à biffer.	<del>3 Le nombre de contrôles effectués sans préavis se calcule sur la base du nombre total des contrôles effectués.</del>
Art. 14 al 4	Si le concept de contrôles administratifs est remplacé (cf la suggestion ci-dessus de le remplacer par des contrôles partiels), l'alinéa est 4 est inutile.	<del>4 Les contrôles administratifs ne sont pas pris en compte dans le calcul du nombre de contrôles à effectuer sans préavis.</del>
Art. 15, al 2	La transmission et l'utilisation des données recueillies doivent être portées à la connaissance de l'exploitant de l'entreprise concernée et traitées confidentiellement. Leur transmission aux médias, individuelle ou de masse, même anonymisée, et sous une forme permettant d'identifier les personnes ou les communes concernées doit être expressément interdite par la législation, faute de violer la législation sur la protection des données.	Cultiver dans l'OPCN la même discrétion qu'avec les infractions constatées et sanctionnées par les chimistes cantonaux.
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)

Annexe 4, chi 3	Il manque la correction citée en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	<p>La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitation très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>Art. 3, al. 2 OPPr</p> <p>2 La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:</p> <p>a. la surface de l'exploitation est inférieure <del>à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de <del>cultures protégées</del> surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 1 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer.	

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

Prométerre n'est pas opposée à la réglementation prévue pour l'abattage au pré ou dans les exploitations, tout en soulignant la difficulté d'être à la fois assez strict quant aux conditions d'hygiène et de traitement des animaux, et suffisamment simple à appliquer par les rares intéressés.

En matière d'abattage des animaux et de contrôle des viandes, Prométerre se réjouit de l'allègement des exigences pour les contrôles ante mortem, même si l'objectif continu de réduction des coûts nécessiterait de réduire encore davantage les chasses gardées des vétérinaires en la matière. Enfin, toujours dans un contexte de corporatisme vétérinaire, Prométerre s'oppose à une différenciation des émoluments du contrôle des viandes selon les horaires de travail qui prêterait surtout l'exploitation des abattoirs sis dans les régions périphériques, et donc les producteurs de ces régions.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 61, al 2	A supprimer, car la plupart des abattoirs commencent tôt et l'éloignement du lieu de départ du contrôleur fera à coup sûr augmenter les émoluments du seul fait des distances à parcourir.	Supprimer l'alinéa 2



**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale OPOVA**

**Remarques générales**

Prométerre estime que des limites maximales identiques doivent s'appliquer en Suisse et dans l'UE, sous réserve des substances qui sont interdites de manière autonome dans chacun de leur territoire.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale ODAIAn****Remarques générales**

Prométerre s'oppose à un nivellement par le bas de la qualité des produits suisses, à l'image de ce qui est prévu pour le fromage fondu. Cela est en contradiction flagrante avec la Stratégie Qualité mise sur pied pour l'économie agro-alimentaire.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 62, al. 1, 4 et 5	Refus des nouvelles exigences allégées pour le fromage fondu.	Maintien des dispositions actuellement en vigueur.
Art. 63		

**9 DFI : ordonnance sur les boissons**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires OIDA

### Remarques générales

Prométerre salue favorablement les modifications qui visent à accroître la transparence envers les consommateurs en matière de modes de production interdits en Suisse, en permettant ainsi à la production indigène de se démarquer loyalement des piètres conditions prévalant pour certaines denrées alimentaires issue de la concurrence étrangère. Avec les discussions en cours visant à conclure de nouveaux accords facilitant les importations de denrées alimentaires dans notre pays (AELE-Mercosur ; Indonésie ; ALE avec les USA, etc.), il devient indispensable d'assurer en contrepartie une complète transparence pour les consommateurs, tant au sujet de la provenance véritable des produits importés, que concernant leurs modes de production ou de détention des animaux, en particulier lorsque ceux-ci sont strictement interdits sur notre territoire.

Prométerre est aussi favorable aux dispositions qui allègent les obligations d'indication pour la vente en vrac, à condition que celle-ci soit accompagnée par du personnel de vente capable de donner les informations requises. Par contre, pour éviter des assertions confondantes pour les consommateurs, l'utilisation de termes propres aux denrées d'origine animale ne doit pas pouvoir être autorisée pour désigner des produits de substitution d'origine végétale ou minérale. Enfin les allégations relatives à la santé devraient être rendues possibles aussi pour les produits naturels.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 6, al 1bis (nouveau) Annexe 1 ch 4	Aucune utilisation de termes désignant usuellement des denrées d'origine animale pour les produits de substitution d'origine végétale.	Al. 1bis : Toute désignation de denrées alimentaires « végétarienne » ou « végane » au moyen de termes ou de désignations usités pour des denrées d'origine animale est interdite. »
Annexe 14	Elargir les allégations de santé aux produits naturels, tels les pommes, le lait, les légumes, etc.	

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière****Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Néant

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Brunnenmeister Verband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SBV  
Adresse, Ort : Allmendstrasse 15, 6062 Wilen (Sarnen)  
Kontaktperson : Walter Schuler  
Telefon : 079 418 90 56  
E-Mail : [schuler@brunnenmeister.ch](mailto:schuler@brunnenmeister.ch)  
Datum : 14.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 Ziffer 1.3	Es sind nur Höchstwerte für das Verteilnetz, nicht aber für die Hausinstallationen definiert. Im Art. 2, werden unter den Buchstaben f und g die beiden Begriffe Verteilnetz und Hausinstallationen klar definiert.	In den Hausinstallationen müssen die die gleichen Höchstwerte eingehalten werden wie im Verteilnetz, da sonst das Verteilnetz, respektive die Wasserversorgung durch zurückfliessen oder zurücksaugen von Wasser aus Hausinstallationen verunreinigt werden kann. Der Anhang 1 ist mit der Ziffer 1.4 in Hausinstallationen zu ergänzen.

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : GastroSuisse, Verband für Hotellerie und Restauration  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Blumenfeldstrasse 20, 8046 Zürich  
Kontaktperson : Severin Hohler, Leiter Wirtschaftspolitik  
Telefon : 044 377 52 50  
E-Mail : [severin.hohler@gastrosuisse.ch](mailto:severin.hohler@gastrosuisse.ch)  
Datum : 20.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

- GastroSuisse vertritt als grösster gastgewerblicher Arbeitgeberverband mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden und fördert das Image, die Berufsausbildung sowie die Qualität der Branche.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren, streben die Hotellerie und Restauration auch im schwierigen Umfeld ein attraktives Preis-/Leistungsverhältnis an. Unter anderen Faktoren gilt es
  - wo immer möglich Kosten für vermeidbare Aufwendungen einzusparen;
  - einen hohen Qualitätsstandard zu wahren und anzubieten.Den Gesundheitsschutz der Gäste erachten wir dabei als eine primäre und selbstverständliche Verpflichtung.
- Mit der Definition einer guten Verfahrenspraxis im Gastgewerbe leistet die Branche einen wichtigen Beitrag, um ein hohes Qualitätsniveau mit optimalem Aufwand zu erzielen. Die Leitlinie hat sich bisher bewährt und soll weiter optimiert werden. Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese Entwicklung auch im Umfeld der aktuellen Revision ohne fundamentale Änderungen weiterverfolgt werden kann.
- GastroSuisse hofft, dass die vom BLV in Aussicht gestellten Kommunikationsmittel bald vollständig zur Verfügung stehen, ebenso die Stammbblätter zu den genehmigten Branchenleitlinien.
- Unser Hauptanliegen am vorliegenden Revisionspaket („Stretto 3“) ist, dass **keine zusätzlichen Hürden für offen in Verkehr gebrachte Lebensmittel** geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere:
  - die Verbrauchsdatumsangabe bei leicht verderblichen, offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln (Ablehnung der Einführung von Art. 39 Abs. 2 Bst d LGV)
  - die schriftliche Herkunftsangabe bei Tieren (Präzisierung notwendig Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV)
  - keine Verpflichtung mehr zum Verweis auf unbeabsichtigte Vermischungen nach Art. 11 Abs. 5 LIV (Unterstützung der Streichung von Art. 5 Abs. 1 Bst. f LIV)
  - keine Verpflichtung zum Hinweis auf die tägliche Höchstmenge bei unverarbeiteten Chiasamen (Streichung Anhang „Chiasamen“ Bst. 1 und 2 unter „Kennzeichnung“ Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel)
  - das angekündigte Infoschreiben des BLV zum Thema Acrylamid, Offenverkauf und handwerklich hergestellte Lebensmittel (28. Mai in Bern).



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 3 und 4	Verweise aus EU-Verordnungen sind nicht benutzerfreundlich und sollten daher mit den ausformulierten Bestimmungen ergänzt werden.	Präzisierung
Art. 14 Abs. 2	Verweise aus EU-Verordnungen sind nicht benutzerfreundlich und sollten daher mit den ausformulierten Bestimmungen ergänzt werden.	Präzisierung
Art. 37	GastroSuisse begrüsst die Anpassung.	Unterstützung
Art. 39 Abs. 2 Bst d	GastroSuisse lehnt die Einführung der Angabe des Verbrauchsdatums von leicht verderblichen, offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln ab. Eine solche Regelung bedingt einen grossen Mehraufwand. Die Angabe des Verbrauchsdatums wird zudem in verschiedenen Verordnungen auf Departementsstufe geregelt.	Ablehnung
Art. 81 Abs. 3	GastroSuisse begrüsst grundsätzlich die Ausweitung einer verbindlichen Erklärung des EDI von Analyse- auch auf Probenahmeverfahren im Sinne der Vergleichbarkeit. Dabei soll dies jedoch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit untergeordnet sein.	„... Probenahmeverfahren <i>dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit</i> folgend für verbindlich erklären.“
Art. 85a	GastroSuisse befürwortet die Präzisierung.	Unterstützung

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse begrüsst die Möglichkeit, zur Vollzugsverordnung Stellung zu nehmen. Sie bezieht sich jedoch nur auf die für die Gastronomie relevanten Bereiche.  
Die Branche stellt mit der Branchenleitlinie (vom BLV genehmigt) und der Umsetzungshilfe (zur Genehmigung eingereicht) Hilfsmittel zur Umsetzung des Lebensmittelrechts zur Verfügung. Sie erwartet, dass dadurch ein einheitlicher Vollzug möglich ist und kantonale Unterschiede wegfallen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2	Der Begriff „Inspektion“ wird nicht mehr definiert.	Beibehaltung der Definition des Begriffs „Inspektion“
Art. 3 Abs. 6 (neu)	Für die der Lebensmittelgesetzgebung unterstellten KMUs sind die amtlichen Kontrollen im Verhältnis gesehen sehr aufwendig. Es sollte daher für diese die Möglichkeit von erleichterten Kontrollen geschaffen werden, wobei auch diese über eine Selbstkontrolle verfügen müssen.	neu: «Lebensmittelbetriebe, die nach Art. 21 der LGV nicht bewilligungspflichtig sind, können in vereinfachter Form kontrolliert werden.»
Art. 4 Abs. 1 Bst. g	Nebst der Grösse des Betriebs sollte auch Anzahl und Art der Konsumenten berücksichtigt werden.	„Grösse des Betriebs <u>sowie Anzahl und Empfindlichkeit möglicherweise betroffener Konsumenten.</u> “
Art. 7	GastroSuisse begrüsst die Einführung des Artikels.	Unterstützung
Art. 9 Abs. 3	Der Kontrollbericht sollte ohne Verlangen zur Verfügung gestellt werden.	„...stellen den kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie der...“
Art. 11	Der Titel des Artikels ist irreführend.	Titel: „Meldepflicht der Kantone bei akuten Gesundheitsgefährdungen“
Art. 12	GastroSuisse begrüsst die beabsichtigte Koordination des Vollzugs über die Kantonsgrenzen hinweg. Dabei gilt es zu vermeiden, dass die Koordination des Vollzugs zu einer übermässigen administrativen Bürde für die kantonalen Behörden und die dafür zugezogenen Unternehmen wird.	Überprüfen
Art. 14 Abs. 1 Bst. b	Der Begriff „Inspektion“ wird nicht definiert. Die Gliederung entspricht nicht den Prioritäten. Priorität sollte die Überprüfung der Selbstkontrolle, der verantwortlichen Person und die Ausbildung der Mitarbeitenden haben.	- Definition „Inspektion“ -Gliederung gemäss Priorität
Art 14 Abs. 1 Bst. e	GastroSuisse begrüsst, dass der Vollzug die Anwendung von Branchenleitlinien prüfen kann. Wir erwarten, dass es keine zusätzlichen Anforderungen zu den Branchenleitlinien gibt.	
Art. 15	Die Schwelle von „mindestens zwei Fällen“ erscheint sehr tief.	...„Krankheit oder Infektion <u>in mehreren</u> Fällen“
Art. 16	Eine derart stringente Formulierung der Massnahmen ist nicht verhältnismässig. Die kantonalen Behörden sollten nach eigenem Ermessen zweckmässig handeln können.	

Art. 60 Abs. 1	Wird eine Probe nicht beanstandet, sollte die Vergütung des Wertes der Probe ohne Verlangen zur Verfügung gestellt werden.	„...so hat die Vollzugsbehörde <del>auf Verlangen</del> der Warenbesitzerin ...“
Art. 61-63	Es gilt zu überprüfen, welche finanziellen, personellen und administrativen Aufwendungen mit der Betrauung der Funktion als Referenzlaboratorien entstehen. Hier appellieren wir an das Prinzip der Verhältnismässigkeit.	Überprüfen
Art. 116 Abs. 4	Dass in besonders leichten Fällen auf das Erheben einer Gebühr verzichtet wird, wird begrüsst. Allerdings sollte definiert sein, was unter „besonders leichten Fällen“ zu verstehen ist.	Präzisierung: „...auf Gebühren kann verzichtet werden, wenn: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Gesundheitsgefährdung und keine Täuschungsgefahr bestehen</li> <li>• Kein absichtliches Handeln vorliegt</li> <li>• Es sich nicht um wiederholte Vorkommnisse handelt“</li> </ul>
Art. 119, Abs. 3 (neu)	Bei einer Änderung der Anhänge ist der Einbezug der betroffenen Kreise zwingend. Auch sollten die schlussendlich vorgenommenen Anpassungen aktiv kommuniziert werden, da eine andauernde Holschuld seitens der Betriebe angesichts all der diversen Anhänge schlichtweg illusorisch ist.	Ergänzen: <u>«Es hört hierzu die betroffenen Kreise der Wirtschaft an und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen des jeweiligen Anhangs aktiv.»</u>
Anhang 9	Die Obergrenzen der Gebühren des Bundes für Inspektionen (max. Fr. 4'000.-), Probenuntersuchungen (max. Fr. 6'000.- pro Probe) sowie für Bewilligungen gemäss LGV bzw. für neuartige Lebensmittel (je max. Fr. 50'000.-) sind zu hoch und widersprechen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit.  Es braucht zusätzliche Kriterien, um die Gebühr transparenter festzulegen.	Anpassen: - Punkt 1.3: <u>höchstens 1'000 Franken pro Inspektion</u> - Punkt 1.4: <u>höchstens 1'000 Franken pro Probe</u> - Punkt 2.1: <u>200-2'000 Franken</u> - Punkt 2.2: <u>200-2'000 Franken</u>  Präzisierung

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse begrüsst einen nationalen Kontrollplan, welcher auch die Primärproduktion mit einschliesst. Ziel sollte es sein, die Lebensmittelsicherheit entlang der ganzen Wertschöpfungskette zu gewährleisten. Dabei sollten für alle Branchen die gleichen Regeln gelten. Die Ungleichheiten zwischen der Primärproduktion und dem Lebensmittelbereich sollten reduziert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 Abs. 1	Der Kontrollplan stellt eine Standortbestimmung für die Lebensmittelsicherheit dar. Es wäre zu begrüessen, wenn die betroffenen Kreise die Möglichkeit hätten, ihre Erfahrungen und Meinungen einzubringen.	Ergänzung: „ <i>Den interessierten Kreisen wird eine Anhörung gewährt.</i> “
Art. 7 Abs. 5 und 6	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Primärproduktion von den Regelungen ausgenommen ist. Das entspricht nicht einer risikobasierten Betrachtung.	„Die zuständigen Vollzugsbehörden können...“
Art. 8 Bst. d	Bei der Berücksichtigung der Änderung von Art. 7 Abs. 5 und 6 würde der Buchstabe d wegfallen.	Streichen
Art. 13 Abs.2	Wahrscheinlich ist nicht „dieser zwischen diesen Kontrollen“ gemeint. Ist nun gemeint: „Die Häufigkeit dieser Zwischenkontrollen...“ oder „die Häufigkeit zwischen diesen Kontrollen wird von der zuständigen Behörde...“?	Redaktionelle Überarbeitung
Anhänge	Die Risikobasiertheit der Kontrollfrequenzen ist nicht nachvollziehbar. Im Bereich der Urproduktion müssen erfahrungsgemäss gleich strenge Massstäbe angesetzt werden wie in der Verarbeitungsstufe.	Überprüfung der Kontrollfrequenzen anhand einer fundierten Risikomethodik.

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse unterstützt die Stellungnahme des Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang I	Verweise aus EU-Verordnungen sind nicht benutzerfreundlich und sollten daher mit den ausformulierten Bestimmungen ergänzt werden.	Präzisierung

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Stellungnahme von GastroSuisse beschränkt sich auf die Bereiche, die die Gastronomie betreffen. Bei den Aspekten, die sich um Fleisch handeln, unterstützen wir die Stellungnahme des SFF.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10, Abs. 10	GastroSuisse befürwortet die Aufhebung dieser Regelung.	Unterstützung
Art. 19 Abs. 1	Verweise aus EU- Verordnungen sind nicht benutzerfreundlich und sollten daher mit den ausformulierten Bestimmungen ergänzt werden.	Präzisierung
Art. 61 bis 64	Auf eine Reduktion des Käseanteils in Schmelzkäse ist im Sinne des Täuschungsschutzes zu verzichten.	



**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a Abs. 2	Neben dem Einzelhandel muss auch die Gastronomie/Hotellerie von der Aufzeichnungspflicht befreit werden.	<p>Hauptantrag: Art. 5a gesamthaft streichen</p> <p>Eventualantrag: Art. 5a „Davon ausgenommen sind <u>Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung</u>, Einzelhandelsbetriebe und Betriebe...“</p>
Art 5b Abs. 2	Auch hier braucht es eine Präzisierung, dass Gastronomie und Hotellerie ausgenommen sind.	<p>Hauptantrag: Art. 5b gesamthaft streichen</p> <p>Eventualantrag: „... die die betroffenen Lebensmittel herstellen und als Einzelhandelsbetrieb <i>oder als Betrieb der Gemeinschaftsverpflegung</i> tätig sind...“</p>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 6 (neu)	Gerade im Online-Handel ist zum Zeitpunkt des Kaufentscheides bei Lebensmitteln mit wechselnden Provenienzen oftmals noch nicht klar, welche Herkunft das ausgelieferte Produkt jeweils konkret hat. Daher sollte bei online-Angeboten die Möglichkeit geschaffen werden, dass online die in Frage kommenden Herkünfte aufgelistet werden können, wenn gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die konkrete Herkunftsangabe auf dem schlussendlich zugestellten Produkt erfolgt. Auf diese Art und Weise kann einerseits die Transparenz gegenüber den Konsumenten gewährleistet werden, andererseits bleiben die betroffenen Unternehmen mit einem vertretbaren Aufwand handlungsfähig.	Neu: <u>«Bei wechselnden Provenienzen eines Lebensmittels bzw. von Zutaten, deren Herkunft zu deklarieren ist, können online die Angaben nach Abs. 1, Bst. g, h und i sämtliche in Frage kommenden Firmen und Produktionsländer umfassen. Gleichzeitig ist online der Hinweis „Die konkrete Herkunftsangabe erfolgt auf dem zugestellten Produkt innerhalb der online angegebenen Möglichkeiten“ anzubringen.»</u>
Art. 4 Abs. 5	Die Erfassung dieser zusätzlichen Angaben erscheint weder praxistauglich noch sinnvoll. Diese Überladung von Informationen könnte die Konsumentin oder den Konsumenten verwirren. Ausserdem sind die Angaben bereits auf der Verpackung aufgeführt und können bei Interesse eingesehen werden. Dem durch die Änderung entstehenden Aufwand steht kein entsprechender Nutzen gegenüber.	Streichung
Art. 5 Abs. 1 Bst. a	Es stellt sich die Frage nach der Definition von „verarbeitet“. Wo liegt beispielsweise die Abgrenzung zu Fleischzubereitung/Fleischerzeugnis resp. Fischereierzeugnis? Beispiel: Bei einem panierten Schnitzel, das vom Metzger bezogen wird, muss die Herkunft nicht angegeben werden (Fleischzubereitung). Was ist mit einem Schnitzel, das im Betrieb aus frischem Fleisch hergestellt wird?	Präzisierung
Art. 5 Abs. 1 Bst. c	Die Erleichterung wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 5 Abs. 1 Bst. e	Das Wegfallen der Nährwertdeklaration wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 5 Abs. 1 Bst. f	Die Erleichterung wird begrüsst.	Unterstützung

Art. 17 Abs. 8	GastroSuisse begrüsst die Präzisierung des SFF zum Begriff „Stücke“.	<i>„Der Begriff Stücke umfasst hierbei einzelne Stücke Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts. Feiner zerkleinertes Fleisch wird von diesem Begriff nicht erfasst.“</i>
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Unklare Formulierung mit einem redaktionellen Anpassungsvorschlag.	„bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV <del>gelten</del> “
Art. 40 Abs. Bst. c	Bei einer lacto-vegetarischen Ernährung müsste der Einsatz von Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin analog zu Bst. a und b ebenfalls erlaubt sein.	„«lacto-vegetarisch» oder «lacto-vegetabil», wenn sie weder Zutaten noch Verarbeitungshilfsstoffe tierischer Herkunft enthalten, mit Ausnahme von Milch, Milchbestandteilen Honig, <u>Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin, das aus Wolle von lebenden Schafen gewonnen wird;</u> “
Art 42a	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Möglichkeit der entsprechenden Angabe auf ein Jahr begrenzt wird.	Überprüfung

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang „Chiasamen“	Die Verpflichtung zum Hinweis auf die tägliche Höchstmenge bei unverarbeiteten Chiasamen, die offen an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden, ist mit einem grossen Mehraufwand verbunden und nicht praxistauglich.	Streichung Bst. 1 und 2 unter “Kennzeichnung” im Anhang «Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel» (Art. 6 Abs. 1)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse unterstützt die Stellungnahme des SFF.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse unterstützt die Stellungnahme des SFF.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 9	Der Verweis auf die betreffende EU-Verordnung ist nicht benutzerfreundlich. Wie bereits an anderen Stellen erwähnt, erwarten wir auch bei der Verwendung von Raucharomen, dass die für deren Herstellung vorausgesetzten Bedingungen explizit in der vorliegenden Verordnung aufgeführt werden.	Ausformulierte Übernahme von Art. 5 Abs. 1 und 2 der EU-Verordnung 2065/2003 in das Schweizerische Lebensmittelverordnungsrecht

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 4 Abs. 2 und Art. 6a Abs. 2	Im Sinne einer Abstimmung des VGVL auf die Vorgaben der EU ist nicht verständlich, weshalb sich die Kriterien für die Überprüfung einer Umweltgefährdung weiterhin nach dem gesonderten Verfahren des BAFU richten.	Überprüfen
Art. 6a	Im Sinne der Verhältnismässigkeit begrüsst GastroSuisse die Bestrebungen, Spuren bis max. 0.5 Massenprozent von in der EU als GVO zugelassenen Lebensmitteln im vereinfachten Verfahren zu tolerieren.	Unterstützung

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse begrüsst das Informationsschreiben mit den zusammengefassten mikrobiologischen Richtwerten für die Überprüfung der guten Verfahrenspraxis. Es muss aber zeitnah zur Verfügung stehen.

Bei den Bestimmungen für Fleisch und daraus hergestellten Erzeugnissen unterstützt GastroSuisse die Stellungnahme des SFF.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 1	Die Möglichkeit der Abweichung von den allgemeinen Hygienevorschriften für die direkte Abgabe an die Konsumenten und die Herstellung von traditionellen Lebensmitteln begrüssen wir, zumal damit Kleinbetriebe auf allen Stufen der Lebensmittelkette erfasst werden. Da im Einzelfall auch einzelne Kunden beliefert werden, die Lebensmittel erst ihrerseits an die Konsumenten abgeben oder nochmals weiterverkaufen, sollte die Ausnahme nicht nur ausschliesslich, sondern für die überwiegende Abgabe direkt an die Konsumenten vorgesehen werden.	Anpassen: - Bst. a: «... <u>Produzenten, die überwiegend selbst</u> ....» - Bst. b: «... <u>Lebensmittel überwiegend an</u> ....»
Art. 22 Abs. 2	Die Vorgabe, dass Betriebsangestellte, die für die Entwicklung und Anwendung des HACCP-Konzeptes zuständig sind, in allen Fragen zu diesem zu schulen sind, geht zu weit. Die Schulung sollte sich auf die für den Betrieb relevanten Bereiche beziehen.	Ergänzen «... <u>zuständig sind, in den für den Betrieb relevanten Bereichen der Anwendung des HACCP-Konzeptes</u> ....»
Art. 68 Abs. 3	Mit der genauen Festlegung der Probenahme-Häufigkeit übernehmen die Behörden die Verantwortung für das Ausmass der analytischen Selbstkontrolle. Zudem trägt die Bestimmung der Forderung nach Risikobasiertheit zu wenig Rechnung. Stattdessen sollte festgelegt werden, dass die verantwortliche Person einen Probenahme-Plan festlegt, welcher der Risikosituation angemessen ist.  Die Erweiterung der wöchentlichen Probenahme zur mikrobiologischen Untersuchung der Schlachtkörperoberflächen stellt gerade für kleine bzw. gelegentlich schlachtende Betriebe eine massive zusätzliche Belastung dar, die es angesichts des schon heute sehr schwierigen Umfeldes unbedingt zu vermeiden gilt.	Redaktionelle und inhaltliche Bereinigung

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse unterstützt die Stellungnahme des SFF.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

GastroSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Hebammenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SHV  
Adresse, Ort : Rosenweg 25c 3007 Bern  
Kontaktperson : Andrea Weber-Käser, Geschäftsführerin SHV  
Telefon : 031 332 63 40  
E-Mail : a.weber@hebamme.ch  
Datum : 19.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Schweizerische Hebammenverband (SHV) ist der Berufsverband der rund 3200 Hebammen in der Schweiz. Er setzt sich ein für die Belange der angestellten und der freipraktizierenden Hebammen ein. Stillen erachtet er als sehr wichtig und Stillberatung gehört zur täglichen Arbeit der Hebamme. Des halb danken wir für die Möglichkeit, uns an der Vernehmlassung beteiligen zu können. Muttermilch weist im Vergleich zu Ersatzprodukten nachweislich gesundheitliche Vorteile auf und ist die optimale Ernährung für einen Säugling schlechthin. Allerdings sieht sich der SHV seit Längerem mit diversen Problemen konfrontiert. Zum Beispiel wird das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung gemäss Art. 41 LGV vielfach umgangen. Zudem werden auch die Vorgaben der VLBE, wonach Folgenahrung in der Kennzeichnung und Werbung deutlich von Säuglingsanfangsnahrung unterscheidbar sein muss, weitgehend nicht eingehalten. Verwechslungen und das indirekte Werben von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, was sowohl gemäss Schweizer als auch EU-Recht untersagt wäre, gehören zur Tagesordnung.

Der SHV bedauert es ausdrücklich, dass es der Bund im Rahmen der vorliegenden Revision unterlassen hat, die weiteren anpassungsbedürftigen Bestimmungen zu revidieren. Es hätte sich im Zuge des Revisionsprozesses angeboten, sich nicht nur auf den Nachvollzug von neuem EU-Recht zu beschränken, sondern auch die weiteren Probleme rund um die Kennzeichnung und Werbung von Säuglingsanfangsnahrung anzugehen und die entsprechenden revisionsbedürftigen Bestimmungen zu konkretisieren bzw. zu ändern.

Zu denken ist dabei etwa Art. 7 Abs. 6 VLBE, wonach die Kennzeichnung gewährleisten muss, dass Säuglingsanfangsnahrung eindeutig von Folgenahrungen unterschieden werden kann und jede Verwechslungsgefahr ausgeschlossen ist, insbesondere durch Text, Bilder und verwendete Farben. Dies gilt sinngemäss auch für die Werbung (Art. 9 VLBE). Diese Vorgaben werden zurzeit überhaupt nicht eingehalten. Gleiches gilt im Übrigen für Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, die für die Ernährungsanforderungen von Säuglingen entwickelt wurden (Art. 30 Bst. c VLBE). Die indirekte Werbung von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, für welche keinerlei Werbebeschränkungen bestehen, kann kaum eingedämmt werden. Daher hätte der SHV erwartet, dass der Bund die Konsequenzen aus der Nichteinhaltung dieser Bestimmungen gezogen und das Werbeverbot in Art. 41 LGV im Zuge dieser Revision auch auf Folgenahrung ausgedehnt hätte.

Ein weiteres Beispiel ist Art. 20 VLBE, welcher die Kennzeichnung von sogenannter Beikost regelt. Viele Beikostprodukte werden auf dem Etikett als «Schoppenzusätze» für den Abendschoppen und zur besseren Sättigung beworben. Gemäss den Ernährungsempfehlungen der pädiatrischen Ernährungskommission soll Beikost mit dem Löffel angeboten werden und nicht als Flüssignahrung aus der Flasche oder dem Becher getrunken werden (S. 6). Die Kennzeichnung und Werbung dieser Produkte steht dieser Expertenempfehlung diametral entgegen. Auch hier wären mehrere Konkretisierungen zwingend nötig zum Schutz der Säuglinge. Namentlich müsste in geeigneter Art und Weise untersagt werden, dass Beikostprodukte als Schoppenzusätze gekennzeichnet bzw. beworben werden und dass ein Schoppenbild oder -piktogramm auf der Verpackung abgedruckt ist. Im Übrigen wäre auch ein zwingender Hinweis auf den Verpackungen wünschenswert, dass Beikost bzw. das entsprechende Produkt nicht als Ersatz für Muttermilch während der ersten sechs Lebensmonate verwendet werden darf. Auch hier hat es der Bund verpasst, die praxisrelevanten Probleme anzugehen und die nötigen Revisionen zu vollziehen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
22a Abs. 4	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf (VLBE) wurde Artikel 22a nVLBE eingefügt, um die Anforderungen an die Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern mit dem entsprechenden Artikel der delegierten Verordnung (EU) 2016/127 in Einklang zu bringen. Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 bestimmt namentlich, dass objektive und übereinstimmende Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern verfügbar gemacht werden müssen, wozu auch die Planung, Bereitstellung, Aufmachung und Verteilung von Informationen und deren Kontrolle gehört. Die Absätze 2 und 3 des Art. 22 nVLBE entsprechen sodann fast wortwörtlich Art. 11 Abs. 2 der EU-Verordnung 2016/127. Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 legt sodann fest, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Material für Information und Ausbildung durch Hersteller und Vertreiber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Material und Geräte können den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, dürfen jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitsversorgungssystem verteilt werden.</p> <p>Gemäss Art. 41 LGV ist die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung ausserhalb von wissenschaftlichen Publikationen, also die kommerzielle Publikumswerbung, verboten. Wie bereits erwähnt umgehen die Nahrungsmittelhersteller und -konzerne dieses Verbot mit verschiedenen Mitteln. So werden insbesondere Nahrungsprodukte für Säuglinge über sechs Monate, für welche keinerlei Werbeeinschränkungen bestehen, oft mit fast identischer Verpackung angeboten wie Produkte für Säugling unter sechs Monaten. Faktisch wird damit das geltende Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung untergraben und umgangen. Hierzu ist eine Motion (17.3661) von Nationalrätin Yvonne Feri (Präsidentin Stillförderung Schweiz) in den eidgenössischen Räten hängig, welche das Werbeverbot auf Folgenahrungen bis zum Alter von zwölf Monaten ausdehnen will mit dem Ziel, das Stillen besser zu schützen.</p> <p>Der Schutz und die konsequente Förderung des Stillens muss auch in Bezug auf die Revision der VLBE angemessene Beachtung finden. Das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung wird auch dadurch umgangen, indem an</p>	<p>Die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber darf die Förderung des Stillens nicht behindern und nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV erfolgen. Die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, ist nicht erlaubt. Das Informationsmaterial kann den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, darf jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen. Material und Geräte dürfen nur über das Gesundheitswesen verteilt werden.</p>

	<p>namentlich Mütter-Väterberatungsstellen zusätzlich zu Informationsmaterial über Säuglingsnahrung Geräte bzw. Give-aways (Kugelschreiber, Waage, Mützen, Plüschtier, Spielzeug usw.) mit dem Namen, dem Firmenzeichen (Logo), einer Handelsmarke oder einem konkreten Produkt abgegeben werden.</p> <p>Hier setzt die nVLBE an, indem sie festlegt, dass kostenloses Informationsmaterial und kostenlose Geräte (Give-aways) den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen können, jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitswesen verteilt werden dürfen (Art. 22a Abs. 4 nVLBE). In Bezug auf das kostenlose Informationsmaterial, welches inhaltlich den Anforderungen von Art. 22a Abs. 1 bis 3 nVLBE entsprechen muss, hat der SHV nichts einzuwenden. Hingegen ist der Entwurf in Bezug auf die Give-aways, welche eine grosse Werbewirkung zu erzielen vermögen, ungenügend und muss zwingend angepasst werden.</p> <p>Wie bereits dargelegt besteht das Problem insbesondere darin, dass Give-aways – also Geschenke – abgegeben werden. Indem auf diesen Geräten auf einen bestimmten Hersteller oder Vertreiber hingewiesen wird, z.B. mit dem Namen (z.B. Hipp), dem Logo, einem vergleichbaren Produkt usw., erzielen die Hersteller oder Vertreiber von Säuglingsanfangsnahrung einen unzulässigen Werbeeffect für Säuglingsanfangsnahrung. Dem Werbeverbot gemäss Art. 41 LGV ist Nachdruck zu verleihen, indem auch diese (indirekten) Werbeeffecte zu untersagen sind. Art. 22a Abs. 4 nVLBE ist demnach dahingehend anzupassen, dass die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, nicht erlaubt ist.</p> <p>Mit dem Zusatz, wonach auf kostenlosen Geräten auch Aufmachungen nicht erlaubt sind, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führen, wird die Umgehung der Regelung verhindert. Mit dieser Regelung ist es somit z.B. nicht möglich, den Namen oder das Logo eines «Babyclubs», welcher keine eigene Handelsmarke ist, aber zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt (z.B. aptaclub), auf das Give-away abzudrucken. Dadurch kann auch verhindert werden, dass Hersteller ebensolche</p>	
--	--	--

	<p>Clubs oder ähnliche Gebilde zur Umgehung der neuen Regelung gemäss Art. 22a nVLBE entwickeln.</p> <p>Der SHV weist darüber hinaus darauf hin, dass Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 vorsieht, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber entweder nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Der Bund hat soweit ersichtlich Letzteres gewählt. Was genau die Leitlinien des BLV für die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber sind, geht weder aus der nVLBE noch den Erläuterungen dazu hervor und bleibt somit gänzlich unklar. Der äusserst schwammige Einführungssatz, wonach die kostenlose Verteilung durch Hersteller und Vertreiber die Förderung des Stillens nicht beeinflussen darf, genügt den Anforderungen an solche Leitlinien offensichtlich nicht.</p> <p>Der SHV regt an, die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV zuzulassen. Indem eine vorgängige Überprüfung der Geräte und Informationsmaterialien eingeführt wird, können dieselben einer wirkungsvollen Kontrolle, wie sie Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 fordert, unterzogen werden. Dadurch wird das zurzeit bestehende Missbrauchspotential stark eingeschränkt. Stillförderung Schweiz weiss um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der durch die zwingende behördliche Kontrolle entsteht. Vor dem Hintergrund, dass es sich beim Stillen um die nachweislich beste Methode der Säuglingsernährung handelt, die wirkungsvolle Kontrolle schlussendlich dem Schutz der Säuglinge dient und die kostenlose Verteilung nur auf Wunsch des BLV erfolgen kann, hält sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen und ist zudem sachlich gerechtfertigt.</p> <p>Der Bundesrat hat in seiner Antwort zur Motion Feri (17.3661) festgehalten, dass die Umsetzung der Werbeeinschränkungen (insbesondere in Bezug auf indirekte Werbung) in der Schweiz aktuell noch nicht optimal sei. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen werde daher die Hersteller für eine striktere Beachtung dieser Vorgaben sensibilisieren und die</p>	
--	--	--

	<p>Kantone zu einem konsequenteren Vollzug auffordern. Erst wenn dieses Vorgehen die Situation nicht verbessern würde, fasse der Bundesrat eine Werbebeschränkung für Folgenahrung ins Auge.</p> <p>Die Situation hat sich nach dem Dafürhalten des SHV überhaupt nicht verbessert. Im vorliegenden Entwurf geht es zwar nicht um die Ausdehnung des Werbeverbots auf Folgenahrung. Art. 22a nVLBE behandelt aber im Kern dieselbe Problematik, nämlich die Information über Säuglingsanfangsnahrung sowie die Bewerbung derselben. Daher ist der Bundesrat nun in der Pflicht, entsprechend zu handeln und die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung zielführend und entsprechend den Forderungen des SHV einzuschränken.</p> <p>Aus diesen Gründen ist Art. 22a Abs. 4 nVLBE gemäss dem beantragten Änderungsvorschlag anzupassen.</p>	

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Emmi Schweiz AG  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Emmi  
Adresse, Ort : Landenbergstrasse 1, 6002 Luzern  
Kontaktperson : Volker Baroke  
Telefon :  
E-Mail : volker.baroke@emmi.com  
Datum : 16.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	<u>98</u>
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	<u>109</u>
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	<u>1140</u>
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	<u>1244</u>
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	<u>1342</u>
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	<u>1413</u>
9	EDI: Getränkeverordnung .....	<u>1846</u>
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	<u>1948</u>
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten.....	<u>2049</u>
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	21
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	<u>2425</u>
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel.....	<u>2526</u>
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	<u>2627</u>
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	<u>2728</u>
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	<u>2930</u>
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	<u>3032</u>
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	<u>3335</u>
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	<u>3437</u>
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	<u>3538</u>
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	<u>3739</u>
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	<u>3840</u>
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen ....	<u>3941</u>

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

#### Übergangsfristen

Bei der letzten Lebensmittelrechtsrevision LAGRO wurden aufgrund einer Regulierungsfolgenabschätzung für materielle Anpassungen eine Übergangsfrist von 4 Jahren eingesetzt. In der Revision Stretto 3 ist hierfür nur noch 1 Jahr vorgesehen, was wir eindeutig als zu kurz erachten. Wir fordern daher auch für Stretto 3 eine Übergangsfrist für materielle Anpassungen von 4 Jahren um die finanziellen Auswirkungen der Revision in Grenzen zu halten. Dieser Antrag gilt für alle Verordnungen und ist nicht mehr explizit erwähnt.

#### Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) ~~im~~ direkt in den Verordnungen und nicht in einem Informationsschreiben geregelt werden. Zumindest die Grundanforderungen an derartige Produkte müssen verbindlich definiert sein. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen.

Als Möglichkeit werden zwei Varianten vorgeschlagen:

1. Nur die gesetzlich definierten Begriffe nach Art. 9 Abs. 4 VLtH (und allfällig weitere Artikel) sind geschützt. Sämtliche anderen Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, dürfen auch mit dem Zusatz «vegetarisch» oder «vegan» verwendet werden (z.b. vegetarische Milch, veganer Käse). Voraussetzung ist, dass die Begriffe stets in direktem Zusammenhang mit der Angabe «vegetarisch» oder «vegan» benutzt werden.
2. Es sind keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden (z.b. Cashewella oder Erbsenproteinaufstrich). Zudem darf mittels eines Hinweises angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

#### Allgemeiner Hinweis

Wir würden begrüßen, wenn die in der Gesetzgebung zitierten EU Verordnungen an entsprechender Stelle verlinkt würden.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Um zwischen den Erzeugnissen („durch“ und „aus GVO hergestellt“) unterscheiden zu können, schlagen wir eine klare Begriffsdefinition in Art. 2 LGV vor. In den Erläuterungen ist zudem klarzustellen, dass mit der Änderung die in der EU als Novel Food bewilligten Fermenterprodukte mit Inkrafttreten der Revision auch in der Schweiz als bewilligt gelten (Verweis auf den Anhang der Verordnung über neuartige Lebensmittel). Die in der Schweiz für solche Produkte aktuell bestehenden GVO Bewilligungen werden im Gegenzug aus der GVO-Liste gestrichen.

~~Die Ebenso ausdrücklich wird die~~ Möglichkeit zur Angabe einer **Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft**, ~~wird ausdrücklich begrüsst und Sie~~ fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU abgebaut.

Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 2 Abs 1	<p>Es werden in der LGV die beiden Begriffe „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ und „GVO-Erzeugnisse“ verwendet. Dies führt teilweise zu Unklarheiten oder Verwechslungen.</p> <p>Diese Erzeugnisse sollten bei den Begriffen klar definiert werden und dann entsprechend in den Vorschriften verwendet werden.</p> <p>Der neue Begriff „GVO-Erzeugnisse“ grenzt sich nicht klar von den bewilligungspflichtigen „GVO-Lebensmitteln“ ab. Wir schlagen deshalb vor, klar zwischen „gentechnisch veränderten Lebensmitteln“, die als GVO-Lebensmittel bewilligungspflichtig sind, und „Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind“ und keine GVO-Lebensmittel, sondern neuartige Lebensmittel sind, zu unterscheiden.</p>	<p><b>NEU Ziffer 32</b>  <i>Gentechnisch veränderte Lebensmittel: Lebensmittel, die GVO enthalten, daraus bestehen oder hergestellt werden;</i>  <i>„hergestellt aus GVO“ vollständig oder teilweise aus GVO abgeleitet, aber keine GVO enthaltend oder daraus bestehend.</i></p> <p><b>NEU Ziffer 33</b>  <i>Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt werden: Zutaten, Zusatzstoffe, Verarbeitungshilfsstoffe, Enzyme und</i></p>

	<p>Entsprechend Erwägung 16 Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 sollte eine GVO Bewilligung für Lebensmittel erforderlich sein, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</p> <p>Der Begriff „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ ist an die Definitionen der Verordnung (EG) Nr. 1129/2008 angeglichen, um hier Handelshemmnisse zu vermeiden.</p>	<p>andere Stoffe, wenn sie in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden und von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind</p>
Art 14 Abs 2	<p>Wir begrüßen grundsätzlich, dass hier eine Angleichung an das europäische Recht erfolgen soll. Allerdings bezweifeln wir, dass die im Beschluss der Kommission 2010/791/EU <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791</a> aufgezählten Begriffe allesamt auch in der Schweiz (aufgrund ihrer traditionellen Verwendung) bekannt sind. Daher sollten erstens sicherlich nur diejenigen Begriffe übernommen werden, welche in einer der drei Schweizer Landessprachen aufgeführt sind. Aber auch bei diesen hat es Begriffe darunter, welche in der Schweiz nicht geläufig sind. So wird z.B. der Begriff „Milchmargarine“ in der Schweiz nicht verwendet und würde den Konsumenten wohl täuschen. Wir beantragen daher den Erlass einer Schweiz-spezifischen Regelung in einem Anhang oder in einem Informationsschreiben. In einem solchen Informationsschreiben könnte auch gleich die Kennzeichnung von Imitatprodukten geregelt werden.</p>	<p>Entweder: ...; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen <a href="#">gemäss Anhang X. in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU</a>.</p> <p>Oder: ...; <a href="#">das Bundesamt regelt allfällige Ausnahmen vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU</a>.</p>
Art 15 Abs 2	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>2 nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <p>a. Gentechnisch veränderte Lebensmittel; <a href="#">ausgenommen solche aus Artikel 31 Abs. 5.</a></p>
<a href="#">Art 15 Abs 2 Bst a</a>	<a href="#">Die Möglichkeit zur Angabe einer Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft wird ausdrücklich</a>	<a href="#">Wir unterstützen den Vorschlag</a>

Art. 31 Abs 3 und 5 Art. 33 Abs. 1 Einleitungssatz Art. 37	<u>begrüssst und fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt geschafft. Die Mehrleistung der schweizerischen Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche durch den faktisch vollständigen Verzicht auf die Verwendung der Gentechnik soll besser kommuniziert und angepriesen werden dürfen. Der vorgeschlagene Entwurf ist aus unserer Sicht ausgereifter als frühere Vorlagen betreffend die Kennzeichnung von Produkten aus nicht gentechnisch veränderten Organismen.</u>	
31 Abs 1 und 1bis	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	
Art 31 Abs 3	<p>Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.</p> <p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.</p>	<p>Handelt es sich um Lebensmittel, die <b>vermehrungsfähige</b> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <b>erteilt die Bewilligung kann die Bewilligung verweigern</b>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.</p>
Art 31 Abs. 5	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>Für <b>GVO-Erzeugnisse</b> Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt sind, gelten die Artikel 15-19. <del>–wenn sie:</del></p> <p><del>a. durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden;</del></p> <p><del>b. in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 20125 hergestellt wurden; und</del></p> <p><del>c. von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</del></p>
Art 33 Abs 1	<p>Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)</p> <p>Eine GVO Dokumentationspflicht für Fermenterprodukte macht keinen Sinn, für diese besteht eine Novel food Dokumentation.</p>	<p>Wer <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> <b>Lebensmittel, die GVO-Erzeugnisse sind oder solche enthalten:</b></p>

Formatiert: Schriftfarbe: Blau

	Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen	
36 Abs. 2bis	Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit sowie die Hinweise zur Bestrahlung und GVO.	Abs. 2bis (neu) Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken; vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c. und lit. i. sowie die Angaben nach LIV Art 3 Abs 4.
37 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	1 Auf GVO ist hinzuweisen bei: a. <del>Lebensmitteln, die GVO-Erzeugnisse sind</del> gentechnisch veränderten Lebensmitteln; b. Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Mikroorganismen enthalten; c. Verarbeitungshilfsstoffen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch veränderte Lebensmittel sind; d. Mikroorganismen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch verändert sind.
37 Abs. 4	Widerspruch in Formulierung Aus Abs. 4 lit. a Ziff. 2 „vorbehältlich Absatz 5“ ergibt sich ein Widerspruch zu Abs. 5 „Die Voraussetzung von Absatz 4 Buchstabe a Ziffer 2 gilt nicht für...“  Absatz 4 „wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind“ nachfolgende Formulierung verbessern, „und“ zwischen Buchstabe b. und c.	4 lit. a Ziff. 2 <del>vorbehältlich Absatz 5</del> <del>5 Die Voraussetzungen von Absatz 4 Buchstabe a Ziffer 2 gilt nicht für</del> Zugelassen sind zusätzlich zu Absatz 4...
38 Abs. 3	Verweis unklar	

Formatiert: Schriftfarbe: Blau

		Artikel 3 gilt für dieses Verfahren nicht. Das Verfahren nach Art. 32 und 33 LIV findet Anwendung.
Art 39	Diese Vorschrift ist im Handel nicht umsetzbar und daher ganz zu streichen. Produkte im Offenverkauf werden offensichtlich zum zeitnahen Verbrauch abgegeben. Der Handel hat weiterhin die Verantwortung dafür, dass er nur frische Produkte dem Kunden zum Verbrauch anbietet.	<p>Streichen</p> <p><del>a. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Verbrauchsdatum.</del></p> <p><b>Eventualantrag:</b> In jedem Fall sind schriftlich anzugeben:</p> <p>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Datum der Abgabe an den Konsumenten.</p>
Art 40	<p>Zwischenhandel</p> <p>Im Zwischenhandel müssen die Angaben so gehalten sein, dass die Lebensmittel gesetzeskonform zusammengesetzt und gekennzeichnet werden können.</p> <p>Präzisierung des Begriffs Zwischenhandel</p>	<p>Art. 40 <del>Zwischenhandel</del> Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten</p> <p><del>Im Zwischenhandel müssen die Angaben</del> Im Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten, die nicht direkt zur Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen die Angaben so gehalten sein, dass die daraus hergestellten Lebensmittel gesetzeskonform zusammengesetzt und gekennzeichnet werden können.</p>

3      BR: Lebensmittelvollzugsverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



4      BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

5      BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p><b>HALTUNG VON FROMARTE</b></p> <p>Mit der Änderung von Art. 32 Abs. 1 soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht vermarktet werden kann. Ein Teil der Konsumentenschaft empfindet die muttergebundene Kälberaufzucht, bei welcher das Kalb bei der Kuh säugt und die Kuh gleichwohl regelmässig gemolken wird, als besonders tierfreundlich und fragt entsprechende Produkte nach. Die vorgeschlagene Änderung der Definition von Milch in der VLtH ist aber äusserst problematisch.</p> <p>Die gesetzliche Vorgabe, nach welcher das ganze Gemelk mit unverändertem Gehalt abgeliefert werden muss, ist der Tatsache geschuldet, dass sich der Fettgehalt der Milch während des Melkens stark verändert. Der grösste Teil des Milchfettes wird von der Kuh erst am Ende des Melkvorgangs abgesondert. Zwischenzeitliches Säugen des Kalbes führt dazu, dass die Zusammensetzung der gemolkenen Milch verändert ist und abhängig vom System der muttergebundenen Kälberaufzucht stark schwanken kann.</p> <p>Bei der heute vielerorts verbreiteten Bezahlung der Rohmilch nach ihrem Fett- und Eiweissgehalt wird der monatliche Gehaltszuschlag üblicherweise auf der Basis von monatlich zwei Gehaltsbestimmungen bzw. zwei bis acht Gemelken berechnet. Bei Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht besteht wegen der Schwankungen im Gehalt die Gefahr der Täuschung des Milchkäufers, ausser der Milchkäufer analysiert den Milchgehalt bei jeder Milcheinlieferung, was sich für den Milchproduzenten wegen des erhöhten Kontrollaufwands negativ auf den Milchpreis auswirken dürfte. In jedem Fall sollte der Milchproduzent den Milchkäufer informieren müssen, wenn er ein Kalb bei gemolkenen Kühen (und desgleichen bei anderen Säugetierarten) säugen lässt. Zu beachten ist weiter, dass in der Schweiz nicht alle Milchkäufer die Milch nach Gehalt bezahlen und dass darum der Gehalt dieser Milch beim Milcheingang gar nicht analysiert wird.</p> <p>Die muttergebundene Kälberaufzucht ist für die traditionelle Käseherstellung kritisch, da gewerbliche Käseereien Gehaltsanalysen der Kessimilch in der</p>	<p><sup>4</sup> Milch ist das <u>vollständige und unveränderte Gemelk</u> durch ein oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der normalen Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a, <u>wie es von richtig genährten Tieren durch regelmässiges, ununterbrochenes und vollständiges Ausmelken gewonnen wird.</u></p> <p><i>Sollte das Inverkehrbringen von Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht rechtlich zugelassen werden, muss gleichzeitig gesetzlich vorgegeben werden, dass bei Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht der Gehalt von mindestens sechzehn Gemelken pro Monat bei der Milcheinlieferung bzw. Milchsammlung bestimmt werden muss.</i></p> <p>-</p>

	<p>Regel in einem externen Labor machen lassen müssen und die Fettstandardisierung der Kessmilch nicht kurzfristig korrigieren können. Schwankungen im Gehalt aufgrund muttergebundener Kälberaufzucht dürften zu unerwünschten Schwankungen im Fettgehalt (FIT) der Käse führen. Diese Problematik ist bei industriell verarbeiteter Milch weniger gegeben, da bei diesen Produkten die Milch meist gemäss dem im Produktionsprozess gemessenen Gehalt standardisiert wird. Allgemein bekannt ist, dass eine Erhöhung der Melkfrequenz zu einer deutlichen Erhöhung freier Fettsäuren in der Milch führt. Uns sind demgegenüber keine Studien bekannt, die den Einfluss der Kombination von Säugen und Melken auf die Fettschädigung der Milch untersucht haben. Da nicht auszuschliessen ist, dass die muttergebundene Kälberaufzucht zu einer stärkeren Fettpaltung führt, darf eine Änderung des Art. 32 Abs. 1, welche eine muttergebundene Kälberaufzucht zulässt, keinesfalls ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlagen eingeführt werden. Auch die Problematik der Fettschädigung dürfte in erster Linie die traditionelle Rohmilchkäseherstellung betreffen, da bei der industriellen Milchverarbeitung die Milch üblicherweise einer Hitzebehandlung unterzogen wird (Inaktivierung der Lipase) und dadurch keine Probleme zu erwarten sind. Hinsichtlich des Einflusses der muttergebundenen Kälberaufzucht auf die Eutergesundheit sowie mikrobiologisch-hygienischer Auswirkungen ist die wissenschaftliche Datenlage gering und es finden sich in der Literatur widersprüchliche Ergebnisse. Allgemein wird von den Lebensmittelherstellern und ihren Lieferanten eine hygienisch einwandfreie Produktionsweise erwartet. Das Einspeicheln der Zitzen während dem Säugen bei gleichzeitigem Melken dürfte für viele Konsumentinnen und Konsumenten nicht der Idealvorstellung einer hygienischen Milchproduktion entsprechen. Wir finden es unverantwortlich, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, ohne dass gleichzeitig in der VHyMP zumindest für das Reinigen der Euter explizite Anforderungen aufgenommen werden.</p>	
36 Abs. 5	<p>In der Schweiz haben Vollmilch und standardisierte Vollmilch zwei verschiedene Sachbezeichnungen. Wenn Milch als Zutat in einem Lebensmittel eingesetzt wird, wäre demzufolge diese Bezeichnung im Verzeichnis der Zutaten zu verwenden.</p> <p>In der Praxis wird bei der Herstellung von Milchprodukten in den meisten Fällen standardisierte Vollmilch verwendet, jedoch nicht als solche in der Zutatenliste deklariert.</p>	<p>neu</p> <p>5 Im Verzeichnis der Zutaten zusammengesetzter Lebensmittel können Vollmilch und standardisierte Vollmilch gemäss Art. 33 Abs.1 Bst. a und b als Vollmilch oder Milch angegeben werden.</p>

	Antrag: "Legalisierung" der heutigen Praxis, mit einer Präzisierung im Text, welche die Deklaration von Standardisierter Vollmilch als "Vollmilch" oder "Milch" erlaubt	
Art. 52 Abs.2 Bst a-d bestehender Artikel	<p>Käse wird in Festigkeits- und Fettgehaltsstufen eingeteilt. Die Einteilung der Festigkeitsstufe erfolgt nach dem Gehalt des fettfreien Wasseranteils (wff) in der Käsemasse. Beim Reifen verliert der Käse durch Verdunstung Wasser und lang gereifte Käse können dadurch einen wff Gehalt erhalten, der eine Einteilung in eine andere Festigkeitsstufe nötig macht. Bei Sortenkäse führt eine solche Änderung zur Verwirrung da die Festigkeitsstufe mit der Bezeichnung des Käses verbunden wird. Je kleiner die Käsestücke sind, desto grösser ist die Auswirkung. Die meisten Beanstandungen der Vollzugsbehörden sind diesbezüglich bei geriebenen Käsen, da bei diesen Produkten die Oberfläche sehr gross ist.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, die Bandbreite der einzelnen Festigkeitsangaben überlappend zu gestalten und verweisen auf analoge Regelungen in der KäseVO (Deutschland).</p>	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <p>a. extra-hart bis 500 g/kg;  b. hart mehr als <del>500</del> 480 und bis 540 g/kg;  c. halbhart mehr als <del>540</del> 520 und bis 650 g/kg;  d. weich mehr als <del>650</del> 630 g/kg.</p>
Art. 61, Art. 62, Abs. 1, 4, 5 Art. 63	<p><i>Schmelzkäse und Streichschmelzkäse</i></p> <p>Die Schweiz ist ein Käseland. Hierzulande wurde auch der Schmelzkäse erfunden. Der Revisionsvorschlag würde zur Verschlechterung der gesamten Qualität von Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sowie einer Zunahme von billiger Importware führen, daher soll auf eine Anpassung an das EU-Recht verzichtet werden.</p> <p>Das Streichen der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse in Artikel 61 Absatz 2 sowie für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung in Absatz 3 führt z.B. dazu, dass Schmelzkäse u.a. mit pflanzlichem Fett und anderen Zutaten (Stärke) oder Füllstoffen versehen werden könnte und so an Qualität verlieren würde. Ein solches Produkt entspricht nicht mehr den qualitativen Ansprüchen, die die Schweizer Konsumenten gewohnt sind.</p> <p>Auch wenn im Ausland und auch in der EU hier effektiv tiefere Anforderungen bestehen als in der Schweiz, sind unseren Traditionen folgend die Vorgaben zu den in Schmelzkäse und -zubereitungen zugelassenen Zutaten, die Anforderungen an die Käsetrockenmasse und die Anforderungen an solche Produkte mit geschützten Bezeichnungen beizubehalten.</p>	Auf dem jetzigen Niveau belassen, nicht ändern. Keine Anpassung an neue Gesetzgebung.





9 EDI: Getränkeverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
39 Abs.1 Bst b	<p>Der Warnhinweis ist anzubringen, wenn die Anforderungen in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV erfüllt sind. Der Begriff "basieren" wird in Fachkreisen unterschiedlich interpretiert. Dies haben wir aufgrund einer Beanstandung eines unserer Produkte in der EU erfahren. Es ist unklar ob mit "basieren" der wertgebende Bestandteil gemeint, der namensgebende Bestandteil oder gar der mengenmässig grösste Anteil gemeint ist?</p> <p>Die Anforderung in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV ist mit zwei Bedingungen verknüpft. Es ist eine <b>UND</b> Verknüpfung und daher müssen beide Bedingungen eingehalten sein damit der Warnhinweis "Erhöhter Koffeingehalt. Für Kinder und schwangere oder stillende Frauen nicht empfohlen" angegeben werden muss. Wie die erste Bedingung "Getränke mit Ausnahme denjenigen Getränken, die auf Kaffee, Tee oder auf Kaffee- oder Tee-Extrakt <u>basieren</u>" zu verstehen bei einem zuckerhaltigen Getränk?</p> <p>Der Begriff "basiert" ist in der Lebensmittelgesetzgebung nicht definiert. In Fachkreisen streitet man sich darüber, wie dieser zu interpretieren ist.</p> <p>Dieser Anforderung ist zu präzisieren.</p>	<p>1. Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV2 sind anzugeben:</p> <p>a. bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 30 mg/l und höchstens 150 mg/l: zumindest der Hinweis «coffeinhaltig»; ausgenommen sind Erzeugnisse, <b>deren Koffeingehalt ausschliesslich durch den Zusatz von Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teextrakt stammt</b>, und bei denen der Begriff "Kaffee" oder "Tee" in der Sachbezeichnung vorkommt;</p>

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 5 Bst. c	<p>Neu muss im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung die Mengenangabe gemacht werden. Dies ist je nach Gebinde nicht möglich z.B. wenn eine konische Form vorliegt. Zudem sind die Rechtstexte zur Mengenangaben in der EU nicht harmonisiert.</p> <p>Unklar ist, was mit "im selben Sichtfeld" gemeint ist und bedeutet einen Mehraufwand für die Produzenten. Zudem haben die Konsumenten keinen Mehrwert dadurch, da die Mengenangaben auf jedem vorverpackten Lebensmittel und gut leserlich aufgedruckt ist.</p>	Absatz ist ersatzlos zu streichen
Art 42 a	<p>Wir begrüßen die Möglichkeit einer Auslobung und Belohnung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p> <p>Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant</p> <p>Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können</p>	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker, <del>oder</del> zugesetztem Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Reduktion nicht mit anderen Zuckerarten, <del>Stärkehydrolysaten, Honig, Sirupe und Fruchtsäfte</del>, oder Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren durchgeführt wird</del></li> <li>Die Reduktion des zugesetzten Zuckers, <del>oder</del> Salzes <del>oder der gesättigten Fettsäuren</del> gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</li> </ol> <p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li><del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausloben.</del></li> <li>Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <del>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</del> verwendet.</li> </ol>

		<p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker“</li> <li>b. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz“</li> <li>c. „neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren/mit x% weniger zugesetzten gesättigten Fettsäuren“</li> <li>•</li> </ul>
<p>Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV</p> <p>(Gleicher Antrag wie in der Verordnung über Getränke Art. 39 Abs.1 Bst b)</p>	<p>Der Warnhinweis ist anzubringen, wenn die Anforderungen in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV erfüllt sind. Der Begriff "basieren" wird in Fachkreisen unterschiedlich interpretiert. Dies haben wir aufgrund einer Beanstandung eines unserer Produkte in der EU erfahren. Es ist unklar ob mit "basieren" der wertgebende Bestandteil gemeint, der namensgebende Bestandteil oder gar der mengenmässig grösste Anteil gemeint ist?</p> <p>Die Anforderung in Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV ist mit zwei Bedingungen verknüpft. Es ist eine <b>UND</b> Verknüpfung und daher müssen beide Bedingungen eingehalten sein damit der Warnhinweis "Erhöhter Koffeingehalt. Für Kinder und schwangere oder stillende Frauen nicht empfohlen" angegeben werden muss. Wie die erste Bedingung "Getränke mit Ausnahme denjenigen Getränken, die auf Kaffee, Tee oder auf Kaffee- oder Tee-Extrakt <u>basieren</u>" zu verstehen bei einem zuckerhaltigen Getränk?</p> <p>Der Begriff "basiert" ist in der Lebensmittelgesetzgebung nicht definiert. In Fachkreisen streitet man sich darüber, wie dieser zu interpretieren ist.</p> <p>Dieser Anforderung ist zu präzisieren.</p>	<p>Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV ist zu präzisieren</p> <p>Getränke mit Ausnahme derjenigen Getränke, <b>deren Koffeingehalt ausschliesslich durch den Zusatz von</b> Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teextrakt kommt, und bei denen der Begriff "Kaffee" oder "Tee" in der Sachbezeichnung vorkommt und die:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zur Aufnahme in unverarbeitetem Zustand bestimmt sind und Koffein <del>aus beliebiger Quelle</del> in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt; oder</li> <li>b) konzentriert oder getrocknet sind und nach der Rekonstruktion Koffein <del>aus beliebiger Quelle</del> in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt.</li> </ul>
Anhang 13	<p>Auf dem Markt gibt es verschiedene Produkte mit dem Hinweis „low carb“ oder „kohlenhydratarm“. An welchen Vorgaben diese Angabe zu messen ist, ist im Vollzug unklar.</p> <p>Die Zulassung einer entsprechenden nährwertbezogenen Angabe würde hier Klarheit bringen: ein solcher Claim könnte analog den anderen Claims, unterteilt in feste und flüssige Lebensmittel, aufgebaut werden, wobei der zulässige Kohlenhydrat-Gehalt bei festen Lebensmittel doppelt so hoch wie bei den flüssigen Lebensmittel sein sollte. Gemäss den Empfehlungen der SGE für eine Zufuhr von Kohlenhydrate von 250 g pro Tag, davon max. 50 g</p>	<p><i>Kohlenhydratarm wenn das Produkt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- im Falle von festen Lebensmitteln im Vergleich zum entsprechenden Normalerzeugnis mindestens um die Hälfte herabgesetzt ist und höchstens 12.5 g pro 100 g</li> <li>- im Falle von flüssigen Lebensmitteln im Vergleich zum entsprechenden Normalerzeugnis mindestens um die Hälfte herabgesetzt und höchstens 6.25 g pro 100 ml</li> </ul>

	<p>in Form von zugesetztem Zucker und der Tatsache, dass „Zuckerarm“ bei festen Lebensmitteln nicht mehr als 5 g Zucker pro 100 g bedeutet, schlagen wir als Bedingung für die Verwendung einer Angabe „kohlenhydratarm“ einen Ansatz 10% von 250g Kohlenhydrate mit einem Zuschlag von einem Faktor von 2 vor.</p> <p>Alternativ ist anzustreben, dass das BLV für die Verwendung der Angabe „kohlenhydratarm“ oder „Low carb“ eine Interpretationshilfe erstellt.</p>	

13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



15 EDI: Zusatzstoffverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich begrüsst Emmi den Wechsel des bisher am Bedarf orientierten Höchstmengenkonzepts. Nach der aber verhältnismässig kurzen Zeit, seit der die Packungen in der Deklaration aufgrund der Anpassung der obligatorischen Angaben überarbeitet wurden, erscheint eine Revision, die wiederum zu einer Überarbeitung von Rezepturen und Deklarationen führt, verfrüht. Zudem erscheinen uns das Vorgehen zur Ermittlung der vorgeschlagenen Höchstmengen, die in einem Verhältnis von 3:1 berechnet wurden, nicht ausreichend wissenschaftlich begründet zu sein. Auch ist das Abstützen auf Verzehrdaten aus dem benachbarten Ausland nicht nachvollziehbar und die Berechnungen sollten sich auf Schweizer Verzehrdaten abstützen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
6 Abs 1	In den Erläuterungen zu den Änderungen betreffend Art 6 heisst es, dass hinfort auch die Trivialnamen für Vitamine verwendet werden dürfen. Dies ist sehr zu begrüßen, weil dies die Darstellung vereinfacht und es eine wesentlich konsumentenfreundlichere Praxis ist. Allerdings ist die vorgeschlagene Neufassung des Art. 6 nicht geeignet, diese Änderung zu verdeutlichen. Zudem muss bei den zugesetzten Mineralstoffen weiterhin die Verbindung angegeben werden. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, die Mineralstoffe von der neu geschaffenen Möglichkeit der Angabe der Trivialnamen auszunehmen.	<i>Für Vitamine und Mineralstoffe, die einem Lebensmittel zugesetzt werden, dürfen auch die im Anhang 1 gelisteten Bezeichnungen verwendet werden.</i>  <del>Wird einem Lebensmittel ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen.</del>
Anhang 1	Neue Höchstmengen werden abgelehnt	Beibehaltung der bestehenden Höchstmengen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen
Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung	Präzisierung: Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert. Im Sinne einer Harmonisierung der Begriffe sollte hier Tagesration verwendet werden und nicht Tagesdosis	„....Höchstmenge pro Tagesrationdesis...“
Anhang 8	Nicht streichen, wenn Höchstmengen erhalten bleiben	<i>Nicht streichen, wenn die Höchstmengen erhalten bleiben</i>
Anhang 1	"nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte" bei Kalzium unklar formuliert  In Anhang 1 steht bei der Höchstmenge für Kalzium die Bemerkung "Nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte. Es ist unklar was mit	

	<p>"Ersatzprodukten" gemeint ist. Sind damit die Milchprodukte auf pflanzlicher Basis gemeint? Wenn dem so wäre, dürften Milchprodukten (Kap. 11 VLtH) kein Kalzium zugesetzt werden. In der bestehenden VO war eine Höchstmenge bis 1000mg erlaubt. In den Erläuterungen wird auf diese wesentliche Änderung nicht eingegangen. Eine Reduktion des Höchstwertes von 1000mg (bisher) auf neu 700mg erscheint aufgrund des neuen Höchstmengenkonzeptes verhältnismässig. Die Bemerkung "Nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte" ist unklar und entspricht nicht der heutigen Praxis.</p>	<p>Der Zusatz bei der Höchstmengenangabe für Kalzium "Nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte" ist zu streichen.</p>
--	---	---

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	<p>Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt sind" (siehe Anmerkungen zur LGV)</p> <p>Auszug aus der EU GVO-Verordnung:  <i>Diese Verordnung sollte Lebensmittel und Futtermittel abdecken, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung. Ebenso fallen Lebensmittel und Futtermittel, die mithilfe eines genetisch veränderten technischen Hilfsstoffes hergestellt wurden, nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</i></p>	<p>Diese Verordnung regelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. das Bewilligungsverfahren für <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel</a>;</li> <li>b. die Voraussetzungen, unter denen nicht bewilligte pflanzliche <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel</a> toleriert werden;</li> <li>c. die besondere Kennzeichnung und Anpreisung für <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel</a>;</li> <li>d. die Pflicht zur Dokumentation für <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel und GVO-Erzeugnisse</a>;</li> </ul> <p>die Trennung des Warenflusses für Erzeugnisse, die GVO sind oder <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel</a> enthalten.</p>
Art 3	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das Gesuch um Bewilligung eines <a href="#">gentechnisch veränderten Lebensmittels</a> ist dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) in einer Amtssprache oder in Englisch einzureichen
Art 4	<p>Prüfung der Unterlagen</p> <p>1 Das BLV prüft das Gesuch und erstellt einen Bericht. Es berücksichtigt dabei die Beurteilungen ausländischer Behörden, sofern diese ein Verfahren angewendet haben, das mit demjenigen nach der LGV und nach dieser Verordnung vergleichbar ist.</p> <p>2 Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen Umweltgefährdung. Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.</p> <p>= Präzisierung und Berücksichtigung Beurteilung ausländischer Behörden</p>	"...potenziellen Umweltgefährdung <a href="#">im Falle von vermehrungsfähigen GVO...</a> "

	Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO (-Spuren) beschränkt werden. Nur dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU	
Art 6a	<p>Toleranzen</p> <p>Wir begrüßen es, dass die Schweizer Gesetzgebung jener der EU angenähert wird. Da jedoch für die in der EU zugelassenen GVO in der Schweiz ein Maximalwert von 0.5% gelten soll und nicht wie in der EU 0.9% wird es auch weiterhin einen Unterschied zur EU-Gesetzgebung geben. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es unseres Erachtens keinen Grund für diesen Unterschied. Häufig können Lieferanten aus dem Ausland ohne einen besonderen Zusatzaufwand die Einhaltung der Schweizer Gesetzgebung bezüglich GVO-Spuren nicht garantieren. So besteht auch in Zukunft das Risiko, dass Rohmaterialien geliefert werden, welche nach EU-Gesetzgebung konform sind, in Produkten für den Schweizer Markt aber nicht eingesetzt werden dürfen. Mit einer vollständigen Angleichung an die EU (max. 0.9% für zugelassene GVO, so wie dies auch bereits für die heute in der Schweiz zugelassenen GVO gilt) würde dies den Einsatz von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich vereinfachen.</p>	die Anteile den Wert von <del>0.5</del> 0.9 Massenprozent,...
7 Abs.1 und 2	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	<p>Lebensmittel und Zusatzstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind, sind mit dem Hinweis «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» oder «aus genetisch verändertem X hergestellt» zu kennzeichnen</p> <p>Verarbeitungshilfsstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind und als solche abgegeben werden, sind mit einem Hinweis nach Absatz 1 zu kennzeichnen</p>
Art 7 Abs. 8	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	a. die Tatsache, dass das Lebensmittel ein <b>gentechnisch verändertes Lebensmittel</b> ist;

		d. die Namen und die Adressen der Personen, die das <a href="#">gentechnisch veränderte Lebensmittel</a> abgeben, und der Personen, die es entgegennehmen
Anhang 2	<p>Wir begrüßen die Angleichung an EU-Recht. Da die Übernahme der in den Erläuterungen aufgeführten GVO etwas Zeit in Anspruch nehmen wird und möglicherweise auch nicht alle GVO bewilligt werden, wäre für den Rechtsanwender eine Übersicht über die zugelassenen und nicht bewilligten GVO hilfreich, um Abweichungen gegenüber dem EU-Recht einfacher feststellen zu können. Hierzu würden wir es begrüßen, wenn diese Informationen auf der BLV-Website publiziert werden könnten (analog den Novel Food-Listen).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul>	Publikation der Informationen zu bewilligten und abgewiesenen GVO auf der BLV-Website (analog Novel Food).

PFS später

<b>19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p><u>HALTUNG VON FROMARTE</u></p> <p>Für die Herstellung von Konsummilch oder anderen Milchprodukten ist wichtig, dass die Milch von Tieren stammt, die regelmässig und mindestens zweimal täglich gemolken werden. Die Umstellung auf einmal tägliches Melken am Ende der Laktationsperiode verstärkt die gegenüber der Normalmilch ohnehin schon feststellbaren Veränderungen in altmelker Milch markant. Altmelke Milch und eben erst recht übermalte Milch (Milch von nur einmal täglich gemolkenen Tieren) ist für die Verarbeitung untauglich und geschmacklich verändert. Der Art. 10 Abs. 1 Bst. h darf deshalb keinesfalls aufgehoben werden.</p> <p>Sowohl sehr lange Zwischenmelkzeiten als auch relativ kurze Zwischenmelkzeiten geben Probleme bei der Milchverarbeitung, insbesondere bei der Herstellung von Rohmilchkäse. Sinnvollerweise und in Berücksichtigung der technischen Fortschritte (Roboter melken) sollten im Artikel 10 zusätzlich minimale und maximale Zwischenmelkzeiten festgelegt werden.</p> <p>Sollte beabsichtigt sein, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, so muss die VHyMP unbedingt mit Angaben ergänzt werden, die die zulässigen Systeme der muttergebundenen Kälberaufzucht spezifizieren, welche die Milchverarbeitung nicht negativ beeinflussen. Die Auswirkungen der möglichen Systeme (Kurzzeitsäugen oder Langzeitsäugen, restriktives oder unbegrenztes Säugen, Säugen unmittelbar vor oder nach dem Melken, Säugen mit zeitlichem Abstand vor oder nach dem Melken, zeitlich unbegrenzter Kuh-Kalb-Kontakt und damit unbegrenztes, unregelmässiges Säugen, kontrolliertes oder unkontrolliertes Absetzen der Jungtiere) sind vorgängig wissenschaftlich zu evaluieren.</p> <p>Im Weiteren verweisen wir auf unsere Bemerkungen und Änderungsvorschläge zur VLtH Art. 32 Abs. 1.</p>	<p><u>h. Milch von Tieren, die weniger als zweimal pro Tag gemolken werden;</u></p> <p><u>i. Milch von Tieren mit einer Zwischenmelkzeit von weniger als 7.5 Stunden oder mehr als 14 Stunden. Die durchschnittliche Anzahl Melkungen aller Tiere einer Herde innerhalb von 24 Stunden darf nicht über 2.5 liegen.</u></p> <p><i>Bei allfälliger Zulassung von Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht sind zusätzliche Anforderungen an das Säugeregime und an die Euterreinigung festzulegen. Zudem muss bei muttergebundener Kälberaufzucht der Milchkäufer davon in Kenntnis gesetzt werden und sein explizites Einverständnis eingeholt werden.</i></p>
Art 14, Abs. 6	<p>Die gesetzliche Vorgabe ist, dass Milch innerhalb von 48 Stunden zum Verarbeitungsbetrieb abtransportiert werden muss (Art. 14 Abs. 6 VHYMP). Bis Ende April 2017 hatte diese Regelung keine Bedeutung für Milch anderer Tierarten. Mit der Revision des Lebensmittelrechtes vom 16. Dezember 2016,</p>	<p><b>Art. 14</b> Kühlen und Lagern der Milch</p> <p><sup>6</sup> Das erste Gemelk darf bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb höchstens 48 Stunden gelagert werden. <u>Für Milch anderer Tierarten sind die Fristen</u></p>

	<p>welche per 1. Mai 2017 in Kraft gesetzt wurde, wurde jedoch die Definition von Milch vom vormaligen alleinigen Bezug auf die Kuh (Art. 26 Abs. 1 VO des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft) auf andere Säugetierarten ausgeweitet (Art. 32 Abs. 1 VLtH). Somit gelten die gleichen gesetzlichen Anforderungen an die Abholung von Ziegenmilch wie für Kuhmilch.</p> <p>Auf EU-Ebene gibt es keine gesetzliche Regelung zum Mindestintervall, in welcher Milch aller Nutztierarten auf den Milchproduktionsbetrieben abgeholt werden muss. In der EU-Verordnung NR. 853/2004 über die spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs ist dazu nichts enthalten. Sie beinhaltet nur Anforderungen an die Kühlung der Milch, welche zwischen täglicher und nicht-täglicher Abholung unterscheidet. Auf Nachfrage bei anderen Molkereien in Deutschland und den Niederlanden liegen (zumindest in diesen beiden Ländern) auch auf einzelstaatlicher Ebene dazu keine Vorgaben über einen minimalen Abholrhythmus von Rohmilch auf den Betrieben vor.</p> <p>Die Umstellung auf einen zweitägigen Abholrhythmus bei Milch anderer Tierarten wie z.B. Ziegenmilch würde zu einer Verdoppelung der Logistikkosten für diese Milcharten führen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten aus Milch anderer Tierarten gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten deutlich verschlechtern. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses wertschöpfungsstarken Nischenmarktes wäre in Frage gestellt.</p> <p>Die Verordnungen sollten so angepasst werden, dass Milch anderer Tierarten bezüglich Mindestintervall der Abholung auf dem Produktionsbetrieb gegenüber der Kuhmilch wieder differenziert behandelt und die Beibehaltung der heutigen Praxis ermöglicht wird.</p>	<p>zwischen Milchproduzent und Milchkäufer festzulegen. Die Lebensmittelsicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.</p>

<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Berner Fachhochschule, Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BFH-HAFL  
Adresse, Ort : Länggasse 85, 3052 Zollikofen  
Kontaktperson : Bruno Durgiai  
Telefon : 031 910 21 45  
E-Mail : Bruno.Durgiai@bfh.ch  
Datum : 29.7.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27



<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Stellungnahme zur Streichung von Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe h der VHyMP: (Es darf nur Milch von Kühen abgegeben werden darf, welche mindestens zweimal pro Tag gemolken werden).

Wir unterstützen diese Streichung ausdrücklich:

Aus unserer Sicht ist diese Aufhebung des Verbots von Ein-Mal-Täglichem-Melken (ETM) überfällig, bedeutet dieser Artikel doch im heutigen ökonomisch, ökologisch und sozial schwierigen Umfeld eine schwer wiegende Einschränkung des unternehmerischen Handlungsspielraums für verantwortungsbe-  
wusste, innovative und marktorientierte Milchproduzenten.

Zwei- oder gar dreimaliges Melken macht in der Regel bei hoher Milchleistung und gutem Milchpreis Sinn. Andererseits kann bei Tieren mit tieferer, weitgehend auf eigenem Grundfutter basierenden Milchleistungen sowie bei attraktiven Zuerwerbsmöglichkeiten die Umstellung auf nur ein Mal tägliches Melken aus arbeits- und betriebswirtschaftlicher Sicht ebenfalls angebracht sein. In einer globalisierten Milchmarkt-Welt mit entsprechendem Druck auf die Produzenten sollten auf dieser Stufe nicht strengere Vorschriften gelten als in Nachbarländern.

Klar ist, dass unter ETM die Zellzahlen (zumindest vorübergehend bei einer Umstellung von zwei- auf einmaliges Melken) ansteigen. Weil die zulässigen somatischen Zellzahlen in der Milch je nach Verwendung der Milch klar definiert sind und abnehmerseitig Überschreitungen sanktioniert werden, ist die Milch- bzw. Produktqualität in der Schweiz mit der Aufhebung des Artikels nicht gefährdet.

In mehrjährigen Untersuchungen (2016-2018) auf einer Alp im Graubünden hat die HAFL in der zweiten Hälfte des Alpsommers die Auswirkungen von ETM von der Weidetechnik über das Tierwohl bis zu Milch- und Käsequalität wissenschaftlich basiert und praxisorientiert untersucht. Die detaillierten Auswertungen sind im Gange – es zeichnen sich bereits interessante Ergebnisse ab, die nicht nur für die Alpwirtschaft wichtige Erkenntnisse liefern. Nach Inkrafttreten der neuen Verordnung werden wir unsere Erfahrungen zu Einsatzmöglichkeiten, Planung und Umsetzung von ETM in Veranstaltungen und Merkblättern interessierten Milchproduzenten weitergeben können.

Klar bestätigt hat der Alpversuch der HAFL mit ETM Ergebnisse von Studien, dass Ein-Mal-am-Tag-Melken für das Tierwohl bei nicht zu hohen Milchleistungen vorteilhaft sein kann. Bezüglich Potential zur Verbreitung von ETM zeichnet sich ab, dass ETM im Schweizer Mittelland kaum interessant sein dürfte. Unter den speziellen natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie im Berggebiet häufig vorkommen, kann der (zeitweilige) Einsatz von ETM die Chance erhöhen, dass Bauernfamilien die kulturlandschaftsangepasste, umwelt- und tiergerechte Milchproduktion nicht zugunsten der auch touristisch weit weniger attraktiven Mutterkuhhaltung aufgeben.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)


**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme der Schweizer Allianz Gentechfrei

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Allianz Gentechfrei  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SAG  
Adresse, Ort : Hottingerstrasse 32, 8032 Zürich  
Kontaktperson : Zsofia Hock, Paul Scherer  
Telefon : 0442622563/77  
E-Mail : [z.hock@gentechfrei.ch](mailto:z.hock@gentechfrei.ch), [p.scherer@gentechfrei.ch](mailto:p.scherer@gentechfrei.ch)  
Datum : 16.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	S.2.
2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel	S.6.

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15. Abs 2a/Art.31 Abs 3 und 5 im Allgemeinen	<p>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</li> </ul> <p>Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zur Zeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGVL). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> <li>2. <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe</li> </ul> </li> </ol>	

	<p><b>Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</b></p> <p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VGVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b></p> <p>⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
<b>Artikel 31 Absatz 3</b>	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<p><b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u></p>
<b>Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c</b>	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<p><b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b></p> <p><u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u></p>

<b>Artikel 37</b>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung</b>  Als Angleichung an unsere Nachbarländer soll neu eine Auslobung «Gentechnikfrei» möglich sein, auch wenn neben GVO-Tierarzneimitteln durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe sind (=Fermenterprodukte) den Futtermitteln zugefügt werden.</p> <p><b>Wir sind der Meinung, dass ein solches Label für die Konsumenten nicht durchschaubar ist und nicht zugeordnet werden kann. Zudem sollte der Begriff «Gentechnikfrei» nicht verwässert werden. Dies könnte zu einer Konsumententäuschung führen. Deswegen lehnen wir die vorgeschlagene Auslobung ab.</b></p> <p><b>Unsere ablehnende Haltung lassen sich mit den folgenden Argumenten begründen:</b>  -Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.  -Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte für Verwirrung sorgen.  -Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.  -Die Bio-Branche verwendet keine GVO-Futtermittelzusätze. Diese sind entweder verboten (zB. Aminosäure) oder es konnten immer Alternativen gefunden werden. KonsumentInnen könnten getäuscht werden, wenn die Verwendung dieser Zusätze möglich wird. Ebenso verwirrend könnte die Kennzeichnung Bio UND Gentechfrei sein.  -Die Auslobung «Gentechnikfrei» erachten wir als täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion</p>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung führt zu Verwirrung und Täuschung der KonsumentInnen. Deshalb lehnen wir die Auslobung ab.</b></p> <p><b>Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</b></p> <p><b>Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</b></p>
-------------------	--	---

	<p>von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Zwar enthalten die Futtermittelzusätze selbst keine GVO, für deren Herstellung wurden aber GVOs eingesetzt. Dieser Unterschied ist für vielen Konsumenten nicht klar und könnte daher als Täuschung empfunden werden.</p> <p>-Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</p> <p>-Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</p> <p>-Da die Verordnung keine genauen Vorschriften zur formalen Gestaltung der Auslobung vorsieht, besteht viel Spielraum für jegliche Art von Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen könnten. Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</p>	
<p><b>Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel</b></p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozess beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	Das BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben.	Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen Umweltgefährdung <u>Auswirkung auf die Umwelt</u> . Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<p><b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze. Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn: a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>

<b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</li> <li>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.  <i><b>Argument 1:</b> Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i>  Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.  <b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b> Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen</li> </ol>	<p><b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>
---	---	---



	<p>Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln eines allfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</p>

		<p>3. Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.</p>
<p><b>Streichung von Artikel 2</b></p>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGVL.</b></p> <p>⇒ <b>Dagegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGVL ergänzt werden.</b></p> <p><b>- Nach einer Streichung des Artikels 2 VGVL wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>- Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGVL erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGVL. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGVL ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Garçoa / Akert und Brechbühl GmbH  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Garçoa  
Adresse, Ort : Butzenstrasse 60, 8038 Zürich  
Kontaktperson : Franziska Akert  
Telefon : 078 947 44 36  
E-Mail : [franziska.akert@garcoa.ch](mailto:franziska.akert@garcoa.ch)  
Datum : 18.6.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
9	EDI: Getränkeverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	4
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Revision des Verordnungsrechts 2019 hat schwerwiegende Folgen auch für gewerbliche Betriebe, die teilweise existenziell sein können. Wir möchten Sie deshalb bitten, diese nochmals zu überdenken.

Als Kakaobohnenverarbeiterin und Schokoladenmacherin von ausschliesslich dunklen Schokoladen sind wir besonders von der Änderung der Cadmium-Höchstgehalte in der Verordnung über Höchstgehalte von Kontaminanten betroffen. Für unsere dunklen single-origin Tafelschokoladen (Kakaogehalt > 75%) verwenden wir nur Kakaobohnen und Rohrohrzucker aus 4 Provenienzen (Ghana, Indien, Norden Peru, Amazonas Peru). Dabei sind Transparenz, direkte und faire Handelbeziehungen zentrale Elemente. Gemäss Laboranalysen der Kakaobohnen, sind unsere Kakaopartner im Norden Perus, welche eine spezielle alte Criollo-Kakaosorte auf Vulkanischen Böden anbauen, stellenweise betroffen von hohen Cd Gehalten in den Kakaobohnen. Die gesetzlichen Änderungen würden uns zwingen, die langjährige Partnerschaft mit diesen Kakaoproduzenten abubrechen und eine Geschäftstragende Schokoladensorte aus unserem Sortiment zu nehmen. Dies hätte nicht nur für uns schwerwiegende Folgen, sondern auch für die Schokoladenliebhaberinnen. Einerseits wurde die besagte Schokoladensorte bereits mehrmals mit internationalen Preisen ausgezeichnet und andererseits, tragen wir mit der Verarbeitung von raren speziellen Kakaosorten zur Erhaltung der Diversität im Kakaoanbau und im Schokoladenerlebnis bei. Die gesetzlichen Änderungen haben somit mehrere einschränkende Folgen für die landwirtschaftliche Diversität und für die geschmackliche Diversität von qualitativ hochwertigen Genusschokolade.

Wir möchten Sie daher bitten, die Höchstwerte für dunkle Spezialitätenschokoladen nochmals zu überdenken und deren Folgen nochmals abzuschätzen.

Wir bedanken uns im Voraus für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen  
Franziska Akert

## 2 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3	<p>Die Cd-Höchstgehalte für dunkle Schokoladen mit einem Kakaoanteil von &gt;70% sind unserer Auffassung nach zu niedrig gehalten. Dies führt dazu, dass gewisse Kakaoanbaugebiete (z.B. mit vulkanischen Böden) unverschuldet gestraft werden und einzelne Kakao, bzw. Schokoladensorten nicht mehr produziert werden können. Diese Kakaoproduzenten können ihren Kakao nicht mehr absetzen, was existenzielle Folgen für ganze Kakaoanbaugebiete haben kann wie z.B. in der Region Piura Peru. Andererseits führen die Grenzwerte dazu, dass spezielle Kakaosorten aus den betroffenen Regionen nur noch in Mischungen verarbeitet werden können und somit eine Verwässerung der geschmacklichen Vielfalt und es ggf. zu einer Irreführung der Konsumenten führen kann.</p> <p>Die neuen Grenzwerte erscheinen uns zudem sehr hochgegriffen, wenn es um dunkle intensive Schokoladen geht, die im Normalfall nicht in rauen Mengen verzehrt werden.</p>	<p>Alternativen prüfen wie beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grenzwerte nur für Kakaoprodukte, die in grossen Mengen verzehrt werden</li> <li>- Warnungshinweise für kritische Zielgruppen</li> <li>- ...</li> </ul>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Swiss Testing Labs  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : STL  
Adresse, Ort : Belpstrasse 41, 3007 Bern  
Kontaktperson : Christian Hodler  
Telefon : 031 381 64 54  
E-Mail : christian.hodler@hsp-ag.ch  
Datum : 12. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27



<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	
<p>Siehe unsere Bemerkungen unter Ziffer 5. Für die Einführung einer Meldepflicht der Labors fehlt eine gesetzliche Grundlage. Zudem ist der Auftragnehmer verpflichtet nach den Weisungen des Auftraggebers zu handeln und dessen Interessen in guten Treuen zu wahren. Das Labor hat keinen staatlichen Auftrag. Der Auftraggeber muss somit vollumfänglich für das Produkt und die damit allenfalls verbundenen administrativen und rechtlichen Belange verantwortlich bleiben. Diese Grundsätze dürfen auch aus Gründen der Wettbewerbsneutralität nicht unterlaufen werden.</p>	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19a Abs. 1 Abs. 2	<p>Gemäss Artikel 55a LGV besteht bereit die Verpflichtung der Lebensmittelbetriebe, Ergebnisse und isolierte Stämme aufzubewahren, sowie diese den Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Das ist ausreichend. Eine generelle Verpflichtung der Labore zur Weiterleitung von Proben ans Referenzlabor, wie es Art. 19a der VSFK vorsieht, käme einer Labor-Meldepflicht gleich, wofür keine rechtliche Grundlage besteht. Ausserdem entstünden dadurch Mehrkosten bei den rechtunterworfenen Schweizer Laboratorien, die auf den Kunden abgewälzt werden müssten, und es würden so ein Marktnachteil für inländische Laboratorien geschaffen gegenüber ausländischen, nicht schweizerischem Recht unterworfenen Laboratorien.</p> <p>Darüber hinaus ist auch, neben den technischen Schwierigkeiten, <i>Campylobacter</i> Isolate überlebensfähig zu versenden, die mit den Isolaten bezweckte Überwachung der Antibiotikaresistenz (als Begründung des Probenversands durch die Labore laut Art. 19a Abs. 2) wenig zweckmässig, da Isolate auf Schlachttierkörpern auch durch Kreuzkontamination aus Umwelt des Schlachthofs oder andern Schlachtkörpern, eines anderen Primärbetriebes übertragen werden können. Die Resistenzerhebung dieser Isolate gibt also lediglich einen grossen Überblick über eine generelle Resistenzlage aus Umwelt (inklusive Mensch) und inländischen wie ausländischen Tieren. Sie kann nicht dazu verwendet werden, Aussagen über Prävalenzen in der Schweizer Tierhaltung zu machen, noch können damit regionale oder betriebsspezifische Rückschlüsse zu Prävalenzen gezogen werden.</p> <p>Der Art. 19a bringt somit für den zu erwartenden Aufwand keinen deutlichen Nutzen, welcher nicht einfacher mit gezielten Untersuchungsstudien gemacht werden können, für deren Beschaffung der Isolate die rechtliche Grundlage bereits existiert.</p>	<p>Den gesamten Art. 19a streichen.</p> <p><del>Art. 19a Pflicht der Laboratorien</del></p> <p><del>1 Die Laboratorien, die von den Betrieben für die Untersuchungen nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a bis beauftragt worden sind, müssen Proben, bei denen Campylobacter- und Salmonellen Stämme nachgewiesen worden sind, an das zuständige Referenzlabor weiterleiten.</del></p> <p><del>2 Das Referenzlabor verwendet die Proben für die Überwachung der Antibiotikaresistenzen.</del></p>


**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stillförderung Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Schwarztorstrasse 87, 3007 Bern  
Kontaktperson : Christine Brennan  
Telefon : 031 381 49 66  
E-Mail : christine.brennan@stillfoerderung.ch  
Datum : 15. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen**

Stillförderung Schweiz setzt sich seit Langem für den Schutz und die konsequente Förderung des Stillens ein. Muttermilch weist im Vergleich zu Ersatzprodukten nachweislich gesundheitliche Vorteile auf und ist die optimale Ernährung für einen Säugling. Allerdings sieht sich Stillförderung Schweiz seit Längerem mit diversen Problemen konfrontiert. Zum Beispiel wird das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung gemäss Art. 41 LGV vielfach umgangen. Zudem werden auch die Vorgaben der VLBE, wonach Folgenahrung in der Kennzeichnung und Werbung deutlich von Säuglingsanfangsnahrung unterscheidbar sein muss, weitgehend nicht eingehalten. Verwechslungen und das indirekte Bewerben von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, was sowohl gemäss Schweizer als auch EU-Recht untersagt wäre, gehören zur Tagesordnung.

Stillförderung Schweiz bedauert es ausdrücklich, dass es der Bund im Rahmen der vorliegenden Revision unterlassen hat, die weiteren anpassungsbedürftigen Bestimmungen zu revidieren. Es hätte sich im Zuge des Revisionsprozesses angeboten, sich nicht nur auf den Nachvollzug von neuem EU-Recht zu beschränken, sondern auch die weiteren Probleme rund um die Kennzeichnung und Bewerbung von Säuglingsanfangsnahrung anzugehen und die entsprechenden revisionsbedürftigen Bestimmungen zu konkretisieren bzw. zu ändern.

Zu denken ist dabei etwa Art. 7 Abs. 6 VLBE, wonach die Kennzeichnung gewährleisten muss, dass Säuglingsanfangsnahrung eindeutig von Folgenahrungen unterschieden werden kann und jede Verwechslungsgefahr ausgeschlossen ist, insbesondere durch Text, Bilder und verwendete Farben. Dies gilt sinngemäss auch für die Werbung (Art. 9 VLBE). Diese Vorgaben werden zurzeit überhaupt nicht eingehalten. Gleiches gilt im Übrigen für Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, die für die Ernährungsanforderungen von Säuglingen entwickelt wurden (Art. 30 Bst. c VLBE). Die indirekte Bewerbung von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, für welche keinerlei Werbebeschränkungen bestehen, kann kaum eingedämmt werden. Daher hätte Stillförderung Schweiz erwartet, dass der Bund die Konsequenzen aus der Nichteinhaltung dieser Bestimmungen gezogen und das Werbeverbot in Art. 41 LGV im Zuge dieser Revision auch auf Folgenahrung ausgedehnt hätte.

Ein weiteres Beispiel ist Art. 20 VLBE, welcher die Kennzeichnung von sogenannter Beikost regelt. Viele Beikostprodukte werden auf dem Etikett als «Schoppenzusätze» für den Abendschoppen und zur besseren Sättigung beworben. Gemäss den Ernährungsempfehlungen der pädiatrischen Ernährungskommission soll Beikost mit dem Löffel angeboten werden und nicht als Flüssignahrung aus der Flasche oder dem Becher getrunken werden (S. 6). Die Kennzeichnung und Bewerbung dieser Produkte steht dieser Expertenempfehlung diametral entgegen. Auch hier wären mehrere Konkretisierungen zwingend nötig zum Schutz der Säuglinge. Namentlich müsste in geeigneter Art und Weise untersagt werden, dass Beikostprodukte als Schoppenzusätze gekennzeichnet bzw. beworben werden und dass ein Schoppenbild oder -piktogramm auf der Verpackung abgedruckt ist. Im Übrigen wäre auch ein zwingender Hinweis auf den Verpackungen wünschenswert, dass Beikost bzw. das entsprechende Produkt nicht als Ersatz für Muttermilch während der ersten sechs Lebensmonate verwendet werden darf. Auch hier hat es der Bund verpasst, die praxisrelevanten Probleme anzugehen und die nötigen Revisionen zu vollziehen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
22a Abs. 4	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf (VLBE) wurde Artikel 22a nVLBE eingefügt, um die Anforderungen an die Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern mit dem entsprechenden Artikel der delegierten Verordnung (EU) 2016/127 in Einklang zu bringen. Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 bestimmt namentlich, dass objektive und übereinstimmende Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern verfügbar gemacht werden müssen, wozu auch die Planung, Bereitstellung, Aufmachung und Verteilung von Informationen und deren Kontrolle gehört. Die Absätze 2 und 3 des Art. 22 nVLBE entsprechen sodann fast wortwörtlich Art. 11 Abs. 2 der EU-Verordnung 2016/127. Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 legt sodann fest, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Material für Information und Ausbildung durch Hersteller und Vertreiber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Material und Geräte können den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, dürfen jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitsversorgungssystem verteilt werden.</p> <p>Gemäss Art. 41 LGV ist die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung ausserhalb von wissenschaftlichen Publikationen, also die kommerzielle Publikumswerbung, verboten. Wie bereits erwähnt umgehen die Nahrungsmittelhersteller und -konzerne dieses Verbot mit verschiedenen Mitteln. So werden insbesondere Nahrungsprodukte für Säuglinge über sechs Monate, für welche keinerlei Werbeeinschränkungen bestehen, oft mit fast identischer Verpackung angeboten wie Produkte für Säugling unter sechs Monaten. Faktisch wird damit das geltende Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung untergraben und umgangen. Hierzu ist eine Motion (17.3661) von Nationalrätin Yvonne Feri (Präsidentin Stillförderung Schweiz) in den eidgenössischen Räten hängig, welche das Werbeverbot auf Folgenahrungen bis zum Alter von zwölf Monaten ausdehnen will mit dem Ziel, das Stillen besser zu schützen.</p> <p>Der Schutz und die konsequente Förderung des Stillens muss auch in Bezug auf die Revision der VLBE angemessene Beachtung finden. Das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung wird auch dadurch umgangen, indem an</p>	<p>Die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber darf die Förderung des Stillens nicht behindern und nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV erfolgen. Die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, ist nicht erlaubt. Das Informationsmaterial kann den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, darf jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen. Material und Geräte dürfen nur über das Gesundheitswesen verteilt werden.</p>

	<p>namentlich Mütter-Väterberatungsstellen zusätzlich zu Informationsmaterial über Säuglingsnahrung Geräte bzw. Give-aways (Kugelschreiber, Waage, Mützen, Plüschtier, Spielzeug usw.) mit dem Namen, dem Firmenzeichen (Logo), einer Handelsmarke oder einem konkreten Produkt.</p> <p>Hier setzt die nVLBE an, indem sie festlegt, dass kostenloses Informationsmaterial und kostenlose Geräte (Give-aways) den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen können, jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitswesen verteilt werden dürfen (Art. 22a Abs. 4 nVLBE). In Bezug auf das kostenlose Informationsmaterial, welches inhaltlich den Anforderungen von Art. 22a Abs. 1 bis 3 nVLBE entsprechen muss, hat Stillförderung Schweiz nichts einzuwenden. Hingegen ist der Entwurf in Bezug auf die Give-aways, welche eine grosse Werbewirkung zu erzielen vermögen, ungenügend und muss zwingend angepasst werden.</p> <p>Wie bereits dargelegt besteht das Problem insbesondere darin, dass Give-aways – also Geschenke – abgegeben wird. Indem auf diesen Geräten auf einen bestimmten Hersteller oder Vertreiber hingewiesen wird, z.B. mit dem Namen (z.B. Hipp), dem Logo, einem vergleichbaren Produkt usw., erzielen die Hersteller oder Vertreiber von Säuglingsanfangsnahrung einen unzulässigen Werbeeffect für Säuglingsanfangsnahrung. Dem Werbeverbot gemäss Art. 41 LGV ist Nachdruck zu verleihen, indem auch diese (indirekten) Werbeeffecte zu untersagen sind. Art. 22a Abs. 4 nVLBE ist demnach dahingehend anzupassen, dass die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, nicht erlaubt ist.</p> <p>Mit dem Zusatz, wonach auf kostenlosen Geräten auch Aufmachungen nicht erlaubt sind, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führen, wird die Umgehung der Regelung verhindert. Mit dieser Regelung ist es somit z.B. nicht möglich, den Namen oder das Logo eines «Babyclubs», welcher keine eigene Handelsmarke ist, aber zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt (z.B. aptaclub), auf das Give-away abzudrucken. Dadurch kann auch verhindert werden, dass Hersteller ebensolche</p>	
--	--	--

	<p>Clubs oder ähnliche Gebilde zur Umgehung der neuen Regelung gemäss Art. 22a nVLBE entwickeln.</p> <p>Stillförderung Schweiz weist darüber hinaus darauf hin, dass Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 vorsieht, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber entweder nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Der Bund hat soweit ersichtlich Letzteres gewählt. Was genau die Leitlinien des BLV für die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber sind, geht weder aus der nVLBE noch den Erläuterungen dazu hervor und bleibt somit gänzlich unklar. Der äusserst schwammige Einführungssatz, wonach die kostenlose Verteilung durch Hersteller und Vertreiber die Förderung des Stillens nicht beeinflussen darf, genügt den Anforderungen an solche Leitlinien offensichtlich nicht.</p> <p>Stillförderung Schweiz regt an, die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV zuzulassen. Indem eine vorgängige Überprüfung der Geräte und Informationsmaterialien eingeführt wird, können dieselben einer wirkungsvollen Kontrolle, wie sie Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 fordert, unterzogen werden. Dadurch wird das zurzeit bestehende Missbrauchspotential stark eingeschränkt. Stillförderung Schweiz weiss um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der durch die zwingende behördliche Kontrolle entsteht. Vor dem Hintergrund, dass es sich beim Stillen um die nachweislich beste Methode der Säuglingsernährung handelt, die wirkungsvolle Kontrolle schlussendlich dem Schutz der Säuglinge dient und die kostenlose Verteilung nur auf Wunsch des BLV erfolgen kann, hält sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen und ist zudem sachlich gerechtfertigt.</p> <p>Der Bundesrat hat in seiner Antwort zur Motion Feri (17.3661) festgehalten, dass die Umsetzung der Werbeeinschränkungen (insbesondere in Bezug auf indirekte Werbung) in der Schweiz aktuell noch nicht optimal sei. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen werde daher die Hersteller für eine striktere Beachtung dieser Vorgaben sensibilisieren und die</p>	
--	--	--

	<p>Kantone zu einem konsequenteren Vollzug auffordern. Erst wenn dieses Vorgehen die Situation nicht verbessern würde, fasse der Bundesrat eine Werbebeschränkung für Folgenahrung ins Auge.</p> <p>Die Situation hat sich nach dem Dafürhalten von Stillförderung Schweiz überhaupt nicht verbessert. Im vorliegenden Entwurf geht es zwar nicht um die Ausdehnung des Werbeverbots auf Folgenahrung. Art. 22a nVLBE behandelt aber im Kern dieselbe Problematik, nämlich die Information über Säuglingsanfangsnahrung sowie die Bewerbung derselben. Daher ist der Bundesrat nun in der Pflicht, entsprechend zu handeln und die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung zielführend und entsprechend den Forderungen von Stillförderung Schweiz einzuschränken.</p> <p>Aus diesen Gründen ist Art. 22a Abs. 4 nVLBE gemäss dem beantragten Änderungsvorschlag anzupassen.</p>	

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15        EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Greenpeace Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Badenerstrasse 171, 8036 Zürich  
Kontaktperson : Philippe Schenkel  
Telefon : 044 447 41 07  
E-Mail : philippe.schenkel@greenpeace.org  
Datum : 12.08.19

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	S.2.
2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel	S.6.

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15. Abs 2a/Art.31 Abs 3 und 5 im Allgemeinen	<p>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</li> </ul> <p>Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zur Zeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGV). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> <li> <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</li> </ul> </li> </ol>	

	<p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VgVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b>  ⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
<b>Artikel 31 Absatz 3</b>	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
<b>Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c</b>	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b> <u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u>

<b>Artikel 37</b>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung</b></p> <p>Als Angleichung an unsere Nachbarländer soll neu eine Auslobung «Gentechnikfrei» möglich sein, auch wenn neben GVO-Tierarzneimitteln durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe sind (=Fermenterprodukte) den Futtermitteln zugefügt werden.</p> <p><b>Wir sind der Meinung, dass ein solches Label für die Konsumenten nicht durchschaubar ist und nicht zugeordnet werden kann. Zudem sollte der Begriff «Gentechnikfrei» nicht verwässert werden. Dies könnte zu einer Konsumententäuschung führen. Deswegen lehnen wir die vorgeschlagene Auslobung ab.</b></p> <p><b>Unsere ablehnende Haltung lassen sich mit den folgenden Argumenten begründen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</li> <li>-Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte für Verwirrung sorgen.</li> <li>-Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>-Die Bio-Branche verwendet keine GVO-Futtermittelzusätze. Diese sind entweder verboten (zB. Aminosäure) oder es konnten immer Alternativen gefunden werden. KonsumentInnen könnten getäuscht werden, wenn die Verwendung dieser Zusätze möglich wird. Ebenso verwirrend könnte die Kennzeichnung Bio UND Gentechfrei sein.</li> <li>-Die Auslobung «Gentechnikfrei» erachten wir als täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Zwar enthalten die</li> </ul>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung führt zu Verwirrung und Täuschung der KonsumentInnen. Deshalb lehnen wir die Auslobung ab.</b></p> <p><b>Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</b></p> <p><b>Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</b></p>
-------------------	--	---

	<p>Futtermittelzusätze selbst keine GVO, für deren Herstellung wurden aber GVOs eingesetzt. Dieser Unterschied ist für vielen Konsumenten nicht klar und könnte daher als Täuschung empfunden werden.</p> <p>-Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</p> <p>-Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</p> <p>-Da die Verordnung keine genauen Vorschriften zur formalen Gestaltung der Auslobung vorsieht, besteht viel Spielraum für jegliche Art von Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen könnten. Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</p>	
<p><b>Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel</b></p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozess beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben.	Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen <del>Umweltgefährdung</del> <u>Auswirkung auf die Umwelt</u> . Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<p><b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn:</p> <p>a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>

<p><b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b></p>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</li> <li>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.  <i><b>Argument 1:</b> Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i>  Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.  <b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b> Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen</li> </ol>	<p><b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>
--	---	---

	<p>Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln einesallfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</p> <p>3. Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das</p>

		mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGVL.</b></p> <p>⇒ <b>Dagegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGVL ergänzt werden.</b></p> <p><b>- Nach einer Streichung des Artikels 2 VGVL wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>- Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGVL erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGVL. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGVL ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : apisuisse  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Jakob Signer-Strasse 4, 9050 Appenzell  
Kontaktperson : Sonia Burri-Schmassmann  
Telefon : 079 594 16 65  
E-Mail : [presidence@abeilles.ch](mailto:presidence@abeilles.ch)  
Datum : 9. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
11	<p>Generell: Generell gut formuliert. Kleinstimker sollten aber davor geschützt werden, einmal pro Jahr oder sogar noch häufiger kontrolliert zu werden. Imkern ist für viele eine Freizeitbeschäftigung – die Anzahl Kontrollen sollte darum für Imker/innen mit weniger als z.B. 25 Völkern beschränkt werden, z.B. im Maximum 1 Primärkontrolle (Grundkontrolle) alle 3 Jahre. Wir schlagen darum vor, einen zusätzlichen Abschnitt zu ergänzen (4)</p> <p>Zu 1a) Im Falle von Bienenständen ist die Anwesenheit der Imker/innen in jedem Fall zwingend erforderlich</p>	<p><b>Art. 11</b> Koordination der Kontrollen</p> <p>1 Die zuständigen Vollzugsbehörden achten bei der Organisation der Grundkontrollen in ihrem Zuständigkeitsbereich darauf, dass die Betriebe grundsätzlich nicht mehr als einer Grundkontrolle pro Kalenderjahr unterzogen werden. Ausnahmen sind möglich:</p> <p>a. für Kontrollen, bei denen die Anwesenheit der Bewirtschafterin oder des Bewirtschafters nicht erforderlich ist;</p> <p>b. für Verwaltungskontrollen nach Artikel 3 Buchstabe g;</p> <p>c. für zufällige Kontrollen nach Artikel 3 Buchstabe h;</p> <p>d. wenn bei den Kontrollen nach Artikel 7 Absatz 7 wichtige Elemente nicht überprüft werden konnten.</p> <p><u>4 Bei Kleinstbetrieben (z.B. bei Imkern weniger als 25 Bienenvölkern) ist die Anzahl Grundkontrollen auf maximal eine alle 4 Jahre zu beschränken.</u></p>
13, Abs. 2	Sprachliche Korrektur	<p>2 Die Häufigkeit <del>dieser</del> zwischen diesen Kontrollen wird von der zuständigen Behörde risikobasiert festgelegt. Die Zwischenkontrolle hat keinen Einfluss auf die Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen.</p>
12	Verwaltungskontrollen sind im Falle der Freizeit-Imker/innen nicht zielführend und auch nicht wünschenswert. Der im Vorfeld angekündigte Besuch vor Ort ist dort unerlässlich.	<p><b>Art. 12</b> Verwaltungskontrollen</p> <p>1 In der tierischen Primärproduktion kann eine Verwaltungskontrolle nach Artikel 3 Buchstabe g anstelle einer Grundkontrolle durchgeführt werden, falls die zuständige Behörde bei den zwei vorhergehenden Grundkontrollen höchstens geringfügige Mängel festgestellt hat und im Betrieb keine wesentlichen Änderungen erfolgt sind.</p> <p>2 Verwaltungskontrollen können während höchstens 8 aufeinanderfolgenden Jahren vorgenommen werden.</p> <p><u>3 Verwaltungskontrollen kommen nur für hauptberufliche Betriebe in Frage.</u></p>
14	Unangemeldete Kontrollen sind im Falle von Imker/innen nicht erfolgversprechend. Da es sich bei ihnen fast ausschliesslich um Freizeitimker handelt, würden Kontrolleure vor Ort niemanden antreffen.	<p><b>Art. 14</b> Zahl der unangemeldeten Kontrollen</p> <p>1 In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen <u>in hauptberuflichen Betrieben</u> nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <u>In Freizeitbetrieben sind keine unangemeldeten Kontrollen durchzuführen.</u></p> <p>2 In der pflanzlichen Primärproduktion werden 10 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt.</p>

		<p>3 Die Zahl der unangemeldeten Kontrollen berechnet sich nach der Gesamtzahl aller durchgeführten Kontrollen.</p> <p>4 Bei der Berechnung der unangemeldet durchzuführenden Kontrollen werden die Verwaltungskontrollen nicht berücksichtigt.</p>
Anhang 1 Maximale Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen Liste 1 (1.3)	Es ist sinnvoll, in Bienenhaltungen mindestens alle 8 Jahre eine Kontrolle Primärproduktion durchzuführen. Offenbar gilt diese Zeitspanne aber nur für Bienenhaltungen mit mehr als 40 Bienenstöcken. Wie ist das zeitliche Intervall für die Mehrheit der Imker/innen mit weniger als 40 Völkern? Liegt die Verantwortung dafür beim Kanton? Wenn ja, erachten wir es dennoch als sinnvoll auch für Kleinimkereien ein maximales Kontrollintervall festzulegen (beispielsweise ebenfalls 8 Jahre oder etwas länger).	1.3 Bienenhaltung <del>mit mehr als 40 Bienenstöcken</del> 8

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : AGU Beratungsgesellschaft für Umwelt- und Qualitätsmanagement mbH  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AGU GmbH  
Adresse, Ort : Kreuzstr. 20, 64839 Münster-Altheim  
Kontaktperson : Claudia Wagner  
Telefon : +49 6071 6000-16  
E-Mail : claudia.wagner@agu-muenster.de  
Datum : 08.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	3
2	EDI: Getränkeverordnung .....	4
3	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	5
4	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	6
5	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	7
6	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	8
7	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	9

# 1 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3 Buchstabe c	Verweist auf Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe b der Verordnung, dieser steht jedoch nicht in Zusammenhang	Verweis korrigieren (analog EU wäre Art. 8 Satz 1 korrekt)
Art. 21 Abs. 2	Verweist im neuen Entwurf nur auf Art. 21 Abs. 1. Darf der prozentuale Anteil bei Vitaminen und Mineralstoffen nach Art. 20 Abs. 1 Buchstabe c nicht angegeben werden?	Zusätzlich zu den Zahlenangaben nach Absatz 1 und Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe c kann im Rahmen der Nährwertkennzeichnung...
Anhang 11 und Anhang 12	Der zusätzliche Hinweis "Provitamin A" bei $\beta$ -Carotin ist in Anhang 11 der VLBE und der VNem enthalten, nicht aber in Anhang 12 oder Anhang 1 der VLBE oder im Anhang der VZVM (dort zudem "Beta-Carotin"). Es sollte eine einheitliche Schreibweise für $\beta$ -Carotin verwendet werden.	$\beta$ -Carotin
Anhang 9, Anhang 10, Anhang 11	Die Schreibweise von Calcium sollte vereinheitlicht werden. In den genannten Anhängen wird die Schreibweise "Kalzium" verwendet. In Anhang 1 und Anhang 12 hingegen "Calcium".	Calcium

## 2 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 18 Abs. 1 Buchstaben d und f	Gemäss Buchstabe d ist bei Fruchtsaft die Zugabe von fruchtsaiteigenen Restaurationsaromen erlaubt. Laut Buchstabe f ist die Wiederherstellung von Aromen, die mit geeigneten physikalischen Verfahren aus derselben Fruchtart gewonnen werden, erlaubt. Restaurationsaromen sind Erzeugnisse, die bei der Verarbeitung der Früchte mittels geeigneter physikalischer Verfahren gewonnen werden. Es ist daher kein Unterschied zwischen den zwei Anforderungen erkennbar.	Redundanz streichen
Art. 33 Abs. 2	Es ist nicht klar, ob der Ursprung des betreffenden Mineralwassers in der Sachbezeichnung des Erfrischungsgetränks oder in der Sachbezeichnung des Mineralwassers im Zutatenverzeichnis genannt werden darf.	
Art. 34 Abs. 2	Schreibfehler „Furchtsaftgetränk“; korrekt „Fruchtsaftgetränk“	
Art. 39 Abs. 1 Bst. b	Bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 150mg/l ist der Coffeingehalt anzugeben und zusätzlich die Angaben nach Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV. Die Angaben nach Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV gelten für Getränke, die nicht auf Kaffee, Tee oder entsprechenden Extrakten basieren und beinhalten einen Warnhinweis gefolgt vom Koffeingehalt. Der Coffeingehalt ist demnach bei Getränken, die nicht auf Kaffee, Tee oder entsprechenden Extrakten basieren, zweimal anzugeben.	bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 150 mg/l, die von den Angaben nach Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV ausgenommen sind: der Coffeingehalt;

### 3 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 18 Abs. 1	Die Einheit zur Angabe des Alkoholgehaltes unterscheidet sich in der deutschen („% vol“) (ohne Punkt) und französischen Sprachfassung („% vol.“) (mit Punkt). Die Angabe der Einheit sollte in allen Sprachfassungen identisch sein.	
Art. 42	Laktosearm und laktosefrei sind nicht in Anführungszeichen angeführt, es wird daher nicht deutlich, ob die Hinweise wörtlich zu verwenden sind. In Art. 22 Abs. 3 Buchstabe b sind die Hinweise hingegen in Anführungszeichen genannt. Analog zu Art. 41 sollten die Hinweise «laktosearm» und «laktosefrei» in Anführungszeichen gesetzt werden.	
Anhang 10 Teil A	Wie werden diese Vitamine im Zutatenverzeichnis bzw. in der Nährwerttabelle korrekt angegeben? Am Beispiel Thiamin: - ausschliessliche Angabe von «Thiamin» ? - ausschliessliche Angabe von «Vitamin B1» ? - Angabe beider Begriffe «Thiamin (Vitamin B1)» ? Im Entwurf der VZVM in Anhang 5 wird nur noch jeweils eine der Bezeichnungen genannt.	



#### 4 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 2	Ganz oder teilweise gehärtetes Öl und Fett muss als solches bezeichnet werden, wie «Sonnenblumenöl gehärtet» oder «Speiseöl, teilweise gehärtet». Gemäß der LIV lautet der Hinweis bei ganz gehärteten Ölen/Fetten «ganz gehärtet», im Beispiel der VLpH lediglich «gehärtet». Die Vorgaben sollten harmonisiert werden.	
Art. 12 Abs. 3	Die Forderung der Angabe im gleichen Hauptsichtfeld findet sich in der französischen Sprachfassung nicht wieder. Die Vorgaben sollten in allen Sprachen identisch sein.	
Art. 75 Abs. 2	Die angeführten Beispiele beziehen sich nicht nur auf Brote mit Spezialmehl, sondern auch auf Brote mit weiteren Zutaten.	«Brot mit Spezialmehl und Brot mit weiteren Zutaten muss entsprechend bezeichnet werden, [...]»

## 5 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 a und Anhang 3 Kategorie 17	Gemäß den Erläuterungen soll L-HPC in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen werden. Im Verordnungsentwurf findet sich diese Zulassung nicht wieder.	
Art. 9	Auf der Verpackung müssen gemäß Artikel 3 LIV unter anderem ein Verzeichnis der Zutaten nach den Vorgaben der LIV und zusätzlich nach Art. 9 Buchstabe c ZuV die Bestandteile nach den dort festgelegten Vorgaben aufgeführt werden. Dies läuft auf eine doppelte Aufführung der Zutaten/Bestandteile hinaus. Die Vorgabe ist zudem nicht mit dem EU-Recht harmonisiert. Art. 9 Buchstabe c ZuV sollte nicht als zusätzlich Angabe zu Art. 3 LIV gelten, sondern als besondere Vorgabe zur Bezeichnung der Zutaten.	

**6 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 1 und Anhang 5	Die Schreibweise von Calcium sollte vereinheitlicht werden. In den genannten Anhängen wird die Schreibweise "Kalzium" verwendet. In der VNem und in Teilen der VLBE hingegen "Calcium".	Calcium

**7 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 3 Teil B	Der Eintrag zu FL-Nr. 21.001 ist im Verordnungsentwurf nicht korrekt eingetragen.	



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique (ASGG)

Sigle entreprise / organisation / service : ASGG

Adresse, lieu : Faubourg Philippe-Suchard 21, 2017 Boudry

Interlocuteur : Luigi D'Andrea

N° de téléphone : 077 400 70 43

E-mail : l.dandrea@stopogm.ch

Date :

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	8
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	9
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	10
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	11
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	12
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	13
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	14
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	15
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	16
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	17
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	18
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	19
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	20
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	21
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	22
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	23
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	28
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	29
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	30
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public .....	31
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	32
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	33

## **1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019**

### Remarques générales

Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs,

L'ASGG remercie le Département fédéral de l'intérieur (DFI) de l'avoir associé à la procédure d'audition sur la révision du droit alimentaire 2019. Veuillez trouver nos commentaires ci-dessous.

Notre prise de position est bilingue et ne concerne que les ordonnances suivantes :

2 - CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels – voir en page 4

18 - DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées - voir en page 23

Bien cordialement,  
Luigi D'Andrea, secrétaire exécutif

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

#### Nourri sans OGM

L'ASGG demande d'introduire un étiquetage « nourri sans OGM » pour les denrées d'origine animale et de maintenir « sans recours au génie génétique » aux conditions actuelles pour les denrées d'origine végétale. Etendre simplement l'appellation « sans recours au génie génétique » aux denrées issues d'animaux nourris avec des vitamines ou tout autre auxiliaire produit par génie génétique serait trompeuse pour les consommateurs.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 15, al. 2, let. a	<p><b>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</b></li> </ul> <p>Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zur Zeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGV). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> <li>2. <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung</b></li> </ul> </li> </ol>	<p><u><a href="#">OSAV publie et actualise une liste des substances autorisées en désignant clairement celles issues du génie génétique.</a></u></p>



	<p><b>geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</b></p> <p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VgVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b></p> <p>⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
Art. 31, al. 1	<p><b>Régime d'autorisation : définition des produits OGM</b></p> <p>La définition des OGM devrait être identique à celle utilisée dans l'art. 2 de l'Ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées.</p> <p>L'ASGG propose donc de compléter celle de l'ODAIous ou d'y introduire une référence à l'art. 2 ODAIGM.</p>	<p>La mise sur le marché de denrées alimentaires ou d'additifs qui sont des OGM, qui contiennent de tels organismes, qui sont obtenus à partir d'OGM ou <u>qui sont issus d'un croisement entre OGM ou d'un croisement entre OGM et d'autres organismes (produits OGM)</u> et qui sont destinées à être remises aux consommateurs est soumise à l'autorisation de l'OSAV.</p> <p>Ou :</p> <p>La mise sur le marché de denrées alimentaires qui sont des OGM, qui contiennent de tels organismes ou qui en sont issues (<u>produits OGM selon art. 2 ODAIGM</u>) et qui sont destinées à être remises aux consommateurs est soumise à</p>

		l'autorisation de l'OSAV.
Art. 31, al. 3	<b>Autorisation des denrées alimentaires GM</b> L'autorisation d'une denrée alimentaire GM doit seulement être accordée si tout risque pour l'être humain, les animaux et l'environnement peut être exclu, en cohérence avec art. 6 de la Loi sur le génie génétique. Se limiter à l'environnement n'est pas suffisant de l'avis de l'ASGG	...L'OSAV accorde l'autorisation si, en l'état des connaissances scientifiques, tout risque pour <u>les êtres humains, les animaux et</u> l'environnement peut être exclu.
Art. 31, al. 5, let c	<b>Produit épuré</b> La notion de produit OGM « épuré » doit être définie. Le degré d'épuration doit être fixé à 100%, par respect des consommateurs.	<b>Ajouter :</b> <u>Epuré : le produit ne contient aucune trace d'organismes génétiquement modifiés</u>
Art. 33 al. 1	<b>Version française à améliorer</b>  <b>Erreur dans le rapport :</b> il est fait mention d'un alinéa 1bis qui n'existe pas.	Lorsque des denrées alimentaires sont des produits OGM ou <u>lorsqu'ils en</u> contiennent <del>de tels organismes</del>
Art. 37 al. 4	<b>« Sans OGM »</b> L'ASGG est favorable à ce que les consommateurs soient informés si une denrée d'origine animale a été obtenue sans aliments issus de plantes génétiquement modifiées. Toutefois, « produit sans recours au génie génétique » ne décrit pas la réalité si l'animal a mangé des additifs obtenus par génie génétique. Pour cette raison, l'ASGG préfère « <b>nourri sans OGM</b> » comme en France ou encore « <b>issu d'animaux nourris sans OGM</b> ». Le potentiel de tromperie des consommateurs est moindre.  L'ASGG propose donc de séparer l'étiquetage des denrées d'origine animale « nourri sans OGM » de celui des denrées d'origine végétale « produit sans recours au génie génétique ». <p><b>Pour plus de transparence, nous demandons également la publication accessible de la liste des vitamines, enzymes, etc. issus d'OGM qui sont autorisés en alimentation animale.</b></p> L'étiquetage ne doit toutefois pas donner l'impression que le produit est supérieur à un produit issu de l'agriculture biologique. Pour cette raison, il serait important d'autoriser les produits bio à porter également une mention « <b>nourri sans OGM</b> » adaptée à cette situation. <p><b>Etiquetage positif « Avec OGM » souhaité</b>  Pour rappel : l'ASGG préférerait évidemment un étiquetage positif qui ferait</p>	Les denrées alimentaires <u>d'origine végétale</u> peuvent porter la mention « produit sans recours au génie génétique » <u>et les denrées d'origine animale peuvent porter la mention « nourri sans OGM »</u> ou « <u>issu d'animaux nourris sans OGM</u> » lorsqu'elles satisfont aux exigences suivantes :

	plus de sens ; c'est-à-dire encore l'obligation d'informer les consommateurs si un animal a été affouragé avec des plantes génétiquement modifiées, c'est à dire un étiquetage « <b>nourri avec OGM</b> » obligatoire.	
Art. 37, al. 5	<p><b>Spécification des conditions au « nourri sans OGM »</b></p> <p>Voir ci-dessus : Pour plus de transparence, l'ASGG demande la publication de la liste des vitamines, enzymes, etc. issus d'OGM qui sont autorisés en alimentation animale, ainsi que l'information des consommateurs.</p>	<p>La condition fixée à l'al. 4, let. a, ch. 2 ne s'applique pas aux :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. médicaments vétérinaires ;</li> <li>b. additifs pour l'alimentation animale <ul style="list-style-type: none"> <li>1. obtenus par le procédé décrit dans l'art. 31, al. 5 ;</li> <li>2. manifestement disponibles seulement en ayant recours au génie génétique ; et</li> <li>3. nécessaires pour couvrir les besoins des animaux afin de garantir leur santé et leur protection ; et</li> <li>4. <u>inscrits dans la liste xx de l'OSAV</u></li> </ul> </li> </ul>

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**9 DFI : ordonnance sur les boissons**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées

### Remarques générales

#### Pas d'OGM dans les champs ni dans les assiettes des citoyens

Les consommateurs suisses ne veulent pas d'OGM ni dans leurs champs ni dans leurs assiettes. L'ASGG est régulièrement contactée à ce sujet par des consommateurs et des agriculteurs. Ces derniers ne veulent pas d'une banalisation des aliments obtenus avec des procédés de génie génétique, que ce soient avec des anciennes ou des nouvelles techniques de génie génétique. Ils veulent être clairement informés sur ce qu'ils mangent ou ce qu'ils plantent.

Pour cette raison, l'ASGG refuse la possibilité d'accorder quasi automatiquement une tolérance pour des OGM sinon interdits en Suisse.

Cette tolérance serait une porte d'entrée importante d'OGM en Suisse avec des implications potentiellement considérables pour la contamination de l'environnement par certaines plantes comme le colza par exemple ou alors une contamination plus importante des filières alimentaires. Lorsque l'on souhaite garder des filières alimentaires ou un environnement le moins contaminé possible, la dernière chose à faire est de relever le seuil de tolérance.

Pour rappel, du colza GM non autorisé avec un seuil de tolérance quasi nul avait été retrouvé dans l'environnement en Suisse en 2012. Il est certain que la multiplication des variétés autorisées et l'augmentation des seuils de tolérances entrainera une contamination plus importante de l'environnement et des filières alimentaires avec obligation pour les cantons et la Confédération d'agir. Ceci entrainera des coûts importants que personne ne voudra assumer.

La reprise automatique des variétés autorisés par l'UE et évaluée par l'AESA n'est pas acceptable. L'AESA est régulièrement critiquée pour les conflits d'intérêt de ses membres. L'administration doit renforcer l'évaluation sanitaire et environnementale en intégrant des expertises scientifiques indépendantes et non pas en abandonnant l'évaluation sanitaire à d'autres. Le dernier rapport de l'OFAG sur l'évaluation sanitaire va dans ce sens et pas du tout dans le sens d'une validation automatique des évaluations européennes qui souffrent de nombreux travers.

[https://www.blw.admin.ch/dam/blw/fr/dokumente/Nachhaltige%20Produktion/Gentechnologie/Risikobewertung%20GVO.pdf.download.pdf/Rapport\\_OFAG\\_OGM\\_Risk\\_assessment\\_111218\\_f.pdf](https://www.blw.admin.ch/dam/blw/fr/dokumente/Nachhaltige%20Produktion/Gentechnologie/Risikobewertung%20GVO.pdf.download.pdf/Rapport_OFAG_OGM_Risk_assessment_111218_f.pdf)

La reprise automatique des évaluations européennes sabrerait encore un peu plus la confiance des citoyens dans les offices fédéraux chargés d'assurer leur sécurité alimentaire et d'assurer la volonté populaire = pas d'OGM dans les champs ni dans les assiettes.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2	<b>Produits OGM</b> Contrairement à ce que disent les explications, l'art. 31 al.1 ODAIOUs et l'art. 2 ODAIGM ne sont en réalité pas identiques. L'art. 2 ODAIGM est plus détaillé et comprend notamment les croisements. Il est indispensable pour écarter tout risque de tromperie. Cet aspect est important pour les consommateurs. <b>La FRC demande donc de maintenir l'article 2 actuel et de compléter également la définition dans l'art.</b>	<b>Maintenir l'article.</b>  Les produits OGM sont des denrées alimentaires, <b>y compris</b> des additifs ou des auxiliaires technologiques qui:

	<p><b>31, al. 1 ODAIOUs pour être cohérent.</b></p> <p>Il n'est pas logique de ne plus mentionner les additifs et les auxiliaires, car selon l'ODAIIOUs les deux ne sont pas des denrées alimentaires. Ne pas les mentionner spécialement, donne l'impression qu'ils sont laissés de côté. Les mentionner montre qu'ils sont effectivement couverts par l'ordonnance, dans et hors d'une denrée composée.</p>	<p>a. sont des organismes génétiquement modifiés (OGM);</p> <p>b. contiennent des OGM;</p> <p>c. ont été obtenus à partir d'OGM;</p> <p><b>d. sont issus d'un croisement entre OGM ou d'un croisement entre OGM et d'autres organismes.</b></p>
Art. 4, al. 1	<p><b>Examen du dossier</b></p> <p>Les citoyens s'attendent à ce que les autorités suisses évaluent les OGM de manière indépendante. L'EFSA est régulièrement critiquée pour les conflits d'intérêt de ses membres. Une reprise automatique des évaluations de l'EFSA ne ferait qu'accroître la suspicion des citoyens et accroître le manque de confiance de ces derniers dans les offices fédéraux et dans l'évaluation sanitaire et environnementale.</p>	<p>Il tient compte <u>des évaluations d'experts indépendants, ainsi que</u> des évaluations des autorités étrangères pour autant qu'elles aient suivi une procédure comparable à celle fixée par l'ODAIIOUs et par la présente ordonnance.</p>
Art. 4, al. 2	<p>Les citoyens attendent de la part de l'OFEV qu'il évalue les risques et les effets sur l'environnement ; puis fasse des recommandations afin de préserver les écosystèmes. Pour certains OGM, les données sont aujourd'hui suffisantes pour prédire certains effets et dommages ainsi que calculer les risques. Nous pensons que l'utilisation du vocabulaire correct et scientifique fait du sens dans une ordonnance (à savoir utilisation des mots : risque, dommage)</p>	<p>L'OFEV évalue <b>les risques et les dommages liés à une potentielle introduction d'OGM dans l'environnement</b> <del>les aspects d'une potentielle mise en danger l'environnement.</del> Cette évaluation est intégrée au rapport de l'OSAV.</p>
<p><b>Artikel 6a</b></p> <p><b>Absatz 1</b></p> <p><b>Buchstabe a</b></p>	<p><b>Toleranzgrenze</b></p> <p>Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn:</p> <p>a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>

	<p>Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	
<p><b>Art. 6a</b> <b>al. 1</b> <b>let. c</b></p>	<p>L'ASGG est opposée au changement proposé qui a comme conséquence une tolérance quasi automatique de tous les OGM autorisés dans l'UE. Cela ne va pas dans le sens de la volonté populaire qui ne souhaitent pas d'OGM dans les champs ni dans les assiettes. Les pays de l'UE ne connaissent d'ailleurs pas ce principe de tolérance pour les denrées alimentaires OGM. L'introduire en Suisse diminuerait la souveraineté juridique suisse sur ses denrées alimentaires et donnerait un mauvais signal.</p> <p>Par ailleurs, rares sont les pays de l'UE dans lesquels des OGM sont cultivés. L'argument avancé concernant des problèmes lors de l'importation ne concerne donc à priori pas des produits de l'UE, c'est-à-dire du principal partenaire commercial de la Suisse.</p> <p>L'argument de destruction obligatoire de marchandises est également un mauvais argument pour les consommateurs car selon une enquête auprès des grossistes, pendant les quatre dernières années, il n'y aurait pas eu de destruction d'aliments en provenance de l'UE due à une contamination avec des OGM. Par ailleurs, rien n'interdit de renvoyer la marchandise ou, encore mieux, d'effectuer les contrôles avant l'importation (comme le font p.ex. les principaux distributeurs suisses).</p> <p><b>Toutefois : si malgré tout le texte devait être maintenu, la FRC demande de remplacer le mot « comparable » par « identique » afin de remplir les attentes des consommateurs à la sécurité selon les procédures suisses et non selon celles d'autres législations.</b></p>	<p><b>biffer</b>  <del>les quantités de denrées alimentaires qui sont des plantes génétiquement modifiées, qui en contiennent ou qui sont issues de celles-ci ont été évaluées par une autorité étrangère selon une procédure comparable à celle fixée par l'ODAI</del> <del>OUS et par la présente ordonnance, appropriées pour être utilisées dans les denrées alimentaires.</del></p> <p><b>Si notre demande de biffer l'alinéa devait ne pas être acceptée, nous demandons la modification suivante :</b></p> <p>les <del>quantités de</del> denrées alimentaires qui sont des plantes génétiquement modifiées, qui en contiennent ou qui sont issues de celles-ci ont été évaluées par une autorité étrangère selon une procédure <del>comparable</del> <u>identique</u> à celle fixée par l'ODAI  OUS et par la présente ordonnance, appropriées pour être utilisées dans les denrées alimentaires.</p>
<p><b>Artikel 6a</b> <b>Absatz 4 und</b> <b>Anhang 2</b></p>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <p>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>	

	<p>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></p> <p>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</p> <p>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b>  Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.</p> <p><b>Argument 1:</b> <i>Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i></p> <p>Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.</p> <p><b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b></p> <p>Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln einesallfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit</i></p>	
--	---	--

	<p><i>der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
Art. 7	<p><b>Etiquetage</b></p> <p>Nous demandons de maintenir les additifs pour plus de clarté.</p>	<p>Les denrées alimentaires, <b>dont les additifs</b>, qui sont des produits OGM doivent porter l'indication «produit à partir de X<sup>4</sup> génétiquement modifié»</p>

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : UNICEF Schweiz und Liechtenstein  
Adresse, Ort : Pfingstweidstrasse 10  
Kontaktperson : Nicole Hinder  
Telefon : +41 44 317 22 36  
E-Mail : [n.hinder@unicef.ch](mailto:n.hinder@unicef.ch)  
Datum : 31.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen**

UNICEF Schweiz und Liechtenstein setzt sich seit Jahren für den Schutz und die konsequente Förderung des Stillens ein. Mittels der Initiative «Babyfreundliche Spitäler» findet man seit Jahren einen direkten Zugang zu Neugeborenen und Müttern um das Stillen zu fördern. UNICEF Schweiz und Liechtenstein unterstützt grundsätzlich die Forderungen von Stillförderung Schweiz: Muttermilch weist im Vergleich zu Ersatzprodukten nachweislich gesundheitliche Vorteile auf und ist die optimale Ernährung für einen Säugling. Allerdings sieht sich Stillförderung Schweiz seit Längerem mit diversen Problemen konfrontiert. Zum Beispiel wird das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung gemäss Art. 41 LGV vielfach umgangen. Zudem werden auch die Vorgaben der VLBE, wonach Folgenahrung in der Kennzeichnung und Werbung deutlich von Säuglingsanfangsnahrung unterscheidbar sein muss, weitgehend nicht eingehalten. Verwechslungen und das indirekte Werben von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, was sowohl gemäss Schweizer als auch EU-Recht untersagt wäre, gehören zur Tagesordnung.

Man bedauert ausdrücklich, dass es der Bund im Rahmen der vorliegenden Revision unterlassen hat, die weiteren anpassungsbedürftigen Bestimmungen zu revidieren. Es hätte sich im Zuge des Revisionsprozesses angeboten, sich nicht nur auf den Nachvollzug von neuem EU-Recht zu beschränken, sondern auch die weiteren Probleme rund um die Kennzeichnung und Bewerbung von Säuglingsanfangsnahrung anzugehen und die entsprechenden revisionsbedürftigen Bestimmungen zu konkretisieren bzw. zu ändern.

Zu denken ist dabei etwa Art. 7 Abs. 6 VLBE, wonach die Kennzeichnung gewährleisten muss, dass Säuglingsanfangsnahrung eindeutig von Folgenahrungen unterschieden werden kann und jede Verwechslungsgefahr ausgeschlossen ist, insbesondere durch Text, Bilder und verwendete Farben. Dies gilt sinngemäss auch für die Werbung (Art. 9 VLBE). Diese Vorgaben werden zurzeit überhaupt nicht eingehalten. Gleiches gilt im Übrigen für Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, die für die Ernährungsanforderungen von Säuglingen entwickelt wurden (Art. 30 Bst. c VLBE). Die indirekte Bewerbung von Säuglingsanfangsnahrung mit Hilfe von Folgenahrung, für welche keinerlei Werbebeschränkungen bestehen, kann kaum eingedämmt werden. Daher hätte Stillförderung Schweiz erwartet, dass der Bund die Konsequenzen aus der Nichteinhaltung dieser Bestimmungen gezogen und das Werbeverbot in Art. 41 LGV im Zuge dieser Revision auch auf Folgenahrung ausgedehnt hätte.

Ein weiteres Beispiel ist Art. 20 VLBE, welcher die Kennzeichnung von sogenannter Beikost regelt. Viele Beikostprodukte werden auf dem Etikett als «Schoppenzusätze» für den Abendschoppen und zur besseren Sättigung beworben. Gemäss den Ernährungsempfehlungen der pädiatrischen Ernährungskommission soll Beikost mit dem Löffel angeboten werden und nicht als Flüssignahrung aus der Flasche oder dem Becher getrunken werden (S. 6). Die Kennzeichnung und Bewerbung dieser Produkte steht dieser Expertenempfehlung diametral entgegen. Auch hier wären mehrere Konkretisierungen zwingend nötig zum Schutz der Säuglinge. Namentlich müsste in geeigneter Art und Weise untersagt werden, dass Beikostprodukte als Schoppenzusätze gekennzeichnet bzw. beworben werden und dass ein Schoppenbild oder -piktogramm auf der Verpackung abgedruckt ist. Im Übrigen wäre auch ein zwingender Hinweis auf den Verpackungen wünschenswert, dass Beikost bzw. das entsprechende Produkt nicht als Ersatz für Muttermilch während der ersten sechs Lebensmonate verwendet werden darf. Auch hier hat es der Bund verpasst, die praxisrelevanten Probleme anzugehen und die nötigen Revisionen zu vollziehen.

Des Weiteren fordert UNICEF Schweiz und Liechtenstein eine umfassende und einheitliche Information der Eltern bezüglich des Stillens auch nach Verlassen des Spitals. Es ist nicht unüblich, dass das Neugeborene und die Mutter bereits nach drei Tagen das Spital verlassen können und somit sollen die Eltern umfassend informiert sein, damit ein guter Start in die Stillzeit sichergestellt ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
22a Abs. 4	<p>Gemäss den Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf (VLBE) wurde Artikel 22a nVLBE eingefügt, um die Anforderungen an die Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern mit dem entsprechenden Artikel der delegierten Verordnung (EU) 2016/127 in Einklang zu bringen. Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 bestimmt namentlich, dass objektive und übereinstimmende Informationen über die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern verfügbar gemacht werden müssen, wozu auch die Planung, Bereitstellung, Aufmachung und Verteilung von Informationen und deren Kontrolle gehört. Die Absätze 2 und 3 des Art. 22 nVLBE entsprechen sodann fast wortwörtlich Art. 11 Abs. 2 der EU-Verordnung 2016/127. Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 legt sodann fest, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Material für Information und Ausbildung durch Hersteller und Vertreiber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Material und Geräte können den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, dürfen jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitsversorgungssystem verteilt werden.</p> <p>Gemäss Art. 41 LGV ist die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung ausserhalb von wissenschaftlichen Publikationen, also die kommerzielle Publikumswerbung, verboten. Wie bereits erwähnt umgehen die Nahrungsmittelhersteller und -konzerne dieses Verbot mit verschiedenen Mitteln. So werden insbesondere Nahrungsprodukte für Säuglinge über sechs Monate, für welche keinerlei Werbeeinschränkungen bestehen, oft mit fast identischer Verpackung angeboten wie Produkte für Säugling unter sechs Monaten. Faktisch wird damit das geltende Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung untergraben und umgangen. Hierzu ist eine Motion (17.3661) von Nationalrätin</p>	<p>Die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertreiber darf die Förderung des Stillens nicht behindern und nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV erfolgen. Die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, ist nicht erlaubt. Das Informationsmaterial kann den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen, darf jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen. Material und Geräte dürfen nur über das Gesundheitswesen verteilt werden.</p>

	<p>Yvonne Feri (Präsidentin Stillförderung Schweiz) in den eidgenössischen Räten hängig, welche das Werbeverbot auf Folgenahrungen bis zum Alter von zwölf Monaten ausdehnen will mit dem Ziel, das Stillen besser zu schützen.</p> <p>Der Schutz und die konsequente Förderung des Stillens muss auch in Bezug auf die Revision der VLBE angemessene Beachtung finden. Das Werbeverbot für Säuglingsanfangsnahrung wird auch dadurch umgangen, indem an namentlich Mütter-Väterberatungsstellen zusätzlich zu Informationsmaterial über Säuglingsnahrung Geräte bzw. Give-aways (Kugelschreiber, Waage, Mützen, Plüschtier, Spielzeug usw.) mit dem Namen, dem Firmenzeichen (Logo), einer Handelsmarke oder einem konkreten Produkt.</p> <p>Hier setzt die nVLBE an, indem sie festlegt, dass kostenloses Informationsmaterial und kostenlose Geräte (Give-aways) den Namen oder das Firmenzeichen der Geberfirma tragen können, jedoch keine besondere Handelsmarke für Säuglingsanfangsnahrung erwähnen und nur über das Gesundheitswesen verteilt werden dürfen (Art. 22a Abs. 4 nVLBE). In Bezug auf das kostenlose Informationsmaterial, welches inhaltlich den Anforderungen von Art. 22a Abs. 1 bis 3 nVLBE entsprechen muss, hat Stillförderung Schweiz nichts einzuwenden. Hingegen ist der Entwurf in Bezug auf die Give-aways, welche eine grosse Werbewirkung zu erzielen vermögen, ungenügend und muss zwingend angepasst werden.</p> <p>Wie bereits dargelegt besteht das Problem insbesondere darin, dass Give-aways – also Geschenke – abgegeben wird. Indem auf diesen Geräten auf einen bestimmten Hersteller oder Vertreiber hingewiesen wird, z.B. mit dem Namen (z.B. Hipp), dem Logo, einem vergleichbaren Produkt usw., erzielen die Hersteller oder Vertreiber von Säuglingsanfangsnahrung einen unzulässigen Werbeeffect für Säuglingsanfangsnahrung. Dem Werbeverbot gemäss Art. 41 LGV ist Nachdruck zu verleihen, indem auch diese (indirekten) Werbeeffecte zu untersagen sind. Art. 22a Abs. 4 nVLBE ist demnach dahingehend anzupassen, dass die kostenlose Verteilung von Geräten, welche den Namen, das Firmenzeichen oder eine Aufmachung der Geberfirma, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt, tragen oder eine besondere Handelsmarke für Säuglingsnahrung erwähnen, nicht erlaubt ist.</p>	
--	--	--



	<p>Mit dem Zusatz, wonach auf kostenlosen Geräten auch Aufmachungen nicht erlaubt sind, welche zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führen, wird die Umgehung der Regelung verhindert. Mit dieser Regelung ist es somit z.B. nicht möglich, den Namen oder das Logo eines «Babyclubs», welcher keine eigene Handelsmarke ist, aber zu Verwechslungsgefahr mit Säuglingsanfangsnahrung führt (z.B. aptaclub), auf das Give-away abzudrucken. Dadurch kann auch verhindert werden, dass Hersteller ebensolche Clubs oder ähnliche Gebilde zur Umgehung der neuen Regelung gemäss Art. 22a nVLBE entwickeln.</p> <p>UNICEF Schweiz und Liechtenstein weist darüber hinaus darauf hin, dass Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung 2016/127 vorsieht, dass die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertrieber entweder nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung der zuständigen nationalen Behörde oder im Rahmen der von dieser Behörde für solche Fälle festgelegten Leitlinien erfolgen darf. Der Bund hat soweit ersichtlich Letzteres gewählt. Was genau die Leitlinien des BLV für die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertrieber sind, geht weder aus der nVLBE noch den Erläuterungen dazu hervor und bleibt somit gänzlich unklar. Der äusserst schwammige Einführungssatz, wonach die kostenlose Verteilung durch Hersteller und Vertrieber die Förderung des Stillens nicht beeinflussen darf, genügt den Anforderungen an solche Leitlinien offensichtlich nicht.</p> <p>UNICEF Schweiz und Liechtenstein regt an, die erste Variante zu wählen und die kostenlose Verteilung von Geräten oder Informationsmaterial durch Hersteller und Vertrieber nur auf Wunsch und mit der schriftlichen Genehmigung des BLV zuzulassen. Indem eine vorgängige Überprüfung der Geräte und Informationsmaterialien eingeführt wird, können dieselben einer wirkungsvollen Kontrolle, wie sie Art. 11 Abs. 1 der EU-Verordnung 2016/127 fordert, unterzogen werden. Dadurch wird das zurzeit bestehende Missbrauchspotential stark eingeschränkt. Stillförderung Schweiz weiss um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der durch die zwingende behördliche Kontrolle entsteht. Vor dem Hintergrund, dass es sich beim Stillen um die nachweislich beste Methode der Säuglingsernährung handelt, die wirkungsvolle Kontrolle schlussendlich dem Schutz der Säuglinge dient und die kostenlose Verteilung nur auf Wunsch des BLV erfolgen kann, hält sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen und ist zudem sachlich gerechtfertigt.</p>	
--	--	--

	<p>Der Bundesrat hat in seiner Antwort zur Motion Feri (17.3661) festgehalten, dass die Umsetzung der Werbeeinschränkungen (insbesondere in Bezug auf indirekte Werbung) in der Schweiz aktuell noch nicht optimal sei. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen werde daher die Hersteller für eine striktere Beachtung dieser Vorgaben sensibilisieren und die Kantone zu einem konsequenteren Vollzug auffordern. Erst wenn dieses Vorgehen die Situation nicht verbessern würde, fasse der Bundesrat eine Werbebeschränkung für Folgenahrung ins Auge.</p> <p>Die Situation hat sich nach dem Dafürhalten von Stillförderung Schweiz überhaupt nicht verbessert. Im vorliegenden Entwurf geht es zwar nicht um die Ausdehnung des Werbeverbots auf Folgenahrung. Art. 22a nVLBE behandelt aber im Kern dieselbe Problematik, nämlich die Information über Säuglingsanfangsnahrung sowie die Bewerbung derselben. Daher ist der Bundesrat nun in der Pflicht, entsprechend zu handeln und die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung zielführend und entsprechend den Forderungen der Stillförderung Schweiz einzuschränken.</p> <p>Aus diesen Gründen ist Art. 22a Abs. 4 nVLBE gemäss dem beantragten Änderungsvorschlag anzupassen.</p>	
--	---	--

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15      EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Apothekerverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : pharmaSuisse  
Adresse, Ort : Stationsstrasse 12, 3097 Liebefeld  
Kontaktperson : Marcel Mesnil  
Telefon : 031 978 58 58  
E-Mail : Marcel.Mesnil@pharmaSuisse.org  
Datum : 25. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Das neue Höchstmengenkonzept geht von einem angereichertem Lebensmittel pro Tag aus, was aus Sicht von pharmaSuisse nicht gerechtfertigt ist. Der Anteil an angereicherten Lebensmitteln nimmt tendenziell zu, was in der Berechnung der Höchstmengen berücksichtigt werden sollte, weshalb für die Berechnung der Höchstmengen von mehr als einem angereichertem Lebensmittel pro Tag ausgegangen werden sollte. Die Annahme von einem Nahrungsergänzungsmittel ist unseres Erachtens vertretbar.

Weiter ist unseres Erachtens aus gesundheitlicher Sicht problematisch, dass für Schwangere und für Kinder nicht ausreichend gesonderte Höchstwerte ausgewiesen werden. Deshalb sollen diese gesondert ausgewiesen werden.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : EFBS  
Adresse, Ort : c/o BAFU, 3003 Bern  
Kontaktperson : Isabel Hunger-Glaser  
Telefon : 058 463 03 55  
E-Mail : [isabel.hunger-glaser@efbs.admin.ch](mailto:isabel.hunger-glaser@efbs.admin.ch)  
Datum : 23. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die EFBS begrüsst es, dass Fermenterprodukte nicht mehr ein Bewilligungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen durchlaufen müssen, sondern als neuartige Lebensmittel gehandhabt werden. Sie stimmen daher den Anpassungen der entsprechenden Artikel zu (Art. 15 Abs. 2 Bst. a, Art. 31 Abs. 5 und Art. 33 Abs. 1).

Es wird jedoch angemerkt, dass in der italienischen Version des erläuternden Berichtes zur LGV (S. 2 und 4) von «fermentatori» die Rede ist, was eher dem deutschen Begriff «Fermentator» und nicht dem Wort «Fermenterprodukt» entspricht, und folglich eher ein Behältnis bezeichnet, in dem eine Fermentation stattfinden kann. Diese Übersetzung sollte überprüft werden.

Kritisch äussert sich die EFBS dagegen zur Kennzeichnungspflicht für GVO-Erzeugnisse und der Ausweitung der Voraussetzungen, unter denen ein Lebensmittel mit dem Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» versehen werden darf. Wie bei früheren Gelegenheiten bereits festgehalten, hält sie eine solche Kennzeichnung für eine Täuschung der Konsument\*innen, da durch GVO-hergestellte Futtermittelzusatzstoffe sowie gentechnisch veränderte Tierarzneimittel dennoch zugelassen sind und somit nicht der ganze Produktionsprozess gentechnikfrei erfolgt. Vorzuziehen wäre aus Sicht der EFBS beispielsweise eine Kennzeichnung «ohne GVO-Futtermittel hergestellt». Es sollte nur gekennzeichnet werden dürfen, was tatsächlich deklariert werden kann. Für Art. 37. Abs. 4 sollte daher eine andere Formulierung gewählt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37 Abs. 4	Die Formulierung "ohne Gentechnik hergestellt" suggeriert, dass im ganzen Produktionsprozess auf Gentechnik verzichtet wird. Dies entspricht aber nicht den Tatsachen, da Tierarzneimittel und Futtermittelzusätze / Fermenterprodukte eingesetzt werden dürfen. Aus Sicht der EFBS ist dies eine Täuschung der Konsument*innen.	"Ohne Gentechnik hergestellt" ersetzen durch "ohne GVO-Futtermittel hergestellt" oder «Produkt ist GVO-frei» oder eine entsprechende Bezeichnung, die effektiv dem entspricht, was sie verspricht.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die EFBS begrüsst die neue Bestimmung, dass Spuren von GVO-Erzeugnissen, die in der EU als Lebensmittel zugelassen sind, einfacher toleriert werden können.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6a, Abs. 2	Aus Sicht der EFBS ist eine Umweltbeurteilung durch das BAFU nur dann nötig, wenn es sich um vermehrungsfähiges Material handelt und somit Auswirkungen auf die Umwelt nicht ausgeschlossen werden können.	Änderung unterstrichen: Handelt es sich um geringe Anteile von Lebensmitteln, die <u>vermehrungsfähige</u> gentechnisch veränderte Pflanzen sind oder enthalten [...].
Art. 7, Abs. 1	Die EFBS hält nur die Kennzeichnung «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» für sinnvoll, auch wenn das EU-Recht beide Kennzeichnungen vorsieht. «Genetisch verändert» ist aus Sicht der EFBS nicht präzise genug, umfasst eigentlich sämtliche heutigen Kulturpflanzen und nicht die verwendete Technik.	Änderung gestrichen: Lebensmittel, die GVO-Erzeugnisse sind, sind mit dem Hinweis «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» oder <del>«aus genetisch verändertem X hergestellt»</del> zu kennzeichnen.
Erläuternder Bericht	Zwei der auf der Liste der tolerierten Materialien nach Anhang 2 VGVL aufgeführten GVO sind auf der für die Erweiterung in Frage kommenden Liste von in der EU bewilligten GVO aufgeführt (Mais 1507, Mais 59122), die anderen dagegen nicht (Mais NK603, Mais GA21, Soja MON89788).	Überprüfen, dass die Liste vollständig und kongruent ist.

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bleiker Roland  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Eggberg, 9630 Wattwil  
Kontaktperson :  
Telefon :  
E-Mail : roli\_bleiker@hotmail.com  
Datum : 12.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 .....	3
2BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan .....	6
5BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	7
6EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9EDI: Getränkeverordnung .....	11
10EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz.....	16
14EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	19
17EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	20
18EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

<b>2</b>	<b>BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung</b>
----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

<b>4</b>	<b>BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die  
Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

<b>6</b>	<b>EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>

<b>7</b>	<b>EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>



**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen



<b>10</b>	<b>EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft,  
Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen



**15      EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

<b>16</b>	<b>EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>
32 Absatz 2 c	Alter des ersten Gemelks bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb ist auf 56 Stunden zu erhöhen. Bis anhin 48 Stunden ist veraltet (1988) und angesichts der neuen Kühlanlagen (Milchtänke) obsolet.

<b>22</b>	<b>EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen



**24**      **BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen

Posteingang

10.7.2019

Georges Morard  
Rte de Villars d'Avry 62  
1645 Le Bry  
Président de l'Association Romande  
des Distillateurs à Façon ARDIS  
Tél. prof. 026 411 17 29  
Natel 079 380 57 60

Le Bry. 3 juillet 2019

Recommandé  
Office fédéral de la sécurité alimentaire  
Et des affaires vétérinaires OSAV  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

Concerne: Révision droit alimentaire,  
valeur limite méthanol gentiane jaune

Madame, Monsieur,  
Suite à notre lettre du 19 mars 2019 et à votre réponse du 13 mai 2019, nous vous prions  
d'enregistrer notre collaboration et notre participation à la révision du droit alimentaire.

Ni l'association romande composée de 30 sociétés de distillerie, ni ses membres individuels  
n'ont été consultés lors de la précédente révision et comme le relève votre lettre du 13 mai  
2019, aucune dérogation n'a été prévue pour l'eau de vie de gentiane.

Force est de constater que malgré le soin apporté en phase préparatoire et lors de la  
distillation (avec passe et repasse ou avec des alambics à colonne de rectification) les teneurs  
en méthanol restent très élevées et ne peuvent respecter la nouvelle valeur. Cela est  
techniquement impossible, la matière première étant ce qu'elle est.

Nous regrettons cette situation tout en comprenant le rôle de l'OSAV, mais diminuer de  
moitié la valeur limite (20 g/L AA à 10 g/L AA.) porte un coup dur à une activité de micro-  
économie locale et de savoir-faire ancestral vieux de près de 200 ans.

**Au vu de ce qui précède, nous vous demandons de revenir à la valeur limite à 20 g/L AA.**

Depuis plusieurs années, nous étudions les propriétés de racine de gentiane en pratiquant des  
analyse de fermentation et de produits fini. A cet effet l'Ecole de Changins représentée par le  
Dr. Benoît Bach qui nous lit en copie vous fera parvenir son rapport d'analyse en temps voulu.

Tout en restant à disposition et en vous remerciant par avance de prendre en considération notre demande, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos cordiales salutations.

Pour l'Association Romande des Distillateurs à Façon ARDIS

Georges Morard, Président

gle

~~Dominique Bonny~~, membre du comité

eur Christian Richard  
enoît Bach

Copie pour info à : Laboratoire cantonal VD Monsieur Chrisian Richard  
Ecole de Changins Mr. Le Dr. Benoît Bach



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Demeter Verband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Demeter Schweiz  
Adresse, Ort : Burgstrasse 6, 4410 Liestal  
Kontaktperson : Aline Haldemann  
Telefon : 061 706 96 46  
E-Mail : a.haldemann@demeter.ch  
Datum : 3. Juli 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA endlich mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Wir begrüssen die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) verkehrsfähig ist.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist ersatzlos zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.

--	--	--



**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Remo Jutzeler / Sponser Sport Food AG  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SPON  
Adresse, Ort : Fürtistrasse 5, 8832 Wollerau  
Kontaktperson : Remo Jutzeler  
Telefon : 043 888 1818  
E-Mail : r.jutzeler@sponser.ch  
Datum : 25.05.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 (oder als neuer Art./Abs. einzuführen) "Probenerhebungen bei Inverkehrbringern"	<p>In der Lebensmittelindustrie als auch beim Vollzug ergeben sich seit Jahren immer wieder Rechtsunsicherheiten, aufgrund von Zuständigkeitsfragen und unterschiedlicher Rechtsauslegung der kantonalen Vollzugsbehörden, anlässlich von Probennahmen und Beanstandungen auf dem Markt bei Inverkehrbringern. Diesem unnötigen, oft ärgerlichen Missstand, kann sehr einfach mit einer im Gesetz verankerten Zuständigkeitsbestimmung begegnet werden, so wie es der VKCS in einer interkantonalen Vereinbarung seit Jahren unverbindlich vereinbart hat.</p> <p>Die mit dieser Revision einer Gesamtüberarbeitung gleichkommende Überarbeitung ist der geeignete Zeitpunkt für diese überfällige Anpassung an die Vollzugspraxis und erhöht die Rechtssicherheit für Vollzug und Industrie massgeblich.</p>	<p>Zuständig für die Lebensmittelkontrolle ist die Vollzugsbehörde, in deren Bereich sich das Domizil nach Handelsregistereintrag der verantwortlichen Person/Firma befindet. Als verantwortlich gilt diejenige Person/Firma, deren Adresse auf einer Lebensmittel/Werbung angegeben ist. Sind keine oder mehrere Adressen angegeben, ist prioritär der inländische Produzent, sekundär der Importeur verantwortlich. Sind diese nicht ohne weiteres eruierbar, gilt die Firma der Probennahme als verantwortlich. Bei bewilligten Betrieben gilt das Identitätskennzeichen.</p> <p>Beanstandungen von Lebensmitteln durch eine nicht zuständige Vollzugsbehörde, welche nach einer Probenahme bei einem Inverkehrbringer resultieren, sind der zuständigen Vollzugsbehörde gemäss obiger Definition zur Bearbeitung zuzustellen.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 40 Abs.1 (oder als neuer Art./Abs. einzuführen) "Probenerhebungen bei Inverkehrbringern"	<p>In der Lebensmittelindustrie als auch beim Vollzug ergeben sich seit Jahren immer wieder Rechtsunsicherheiten, aufgrund von Zuständigkeitsfragen und unterschiedlicher Rechtsauslegung der kantonalen Vollzugsbehörden, anlässlich von Probennahmen und Beanstandungen auf dem Markt bei Inverkehrbringern. Diesem unnötigen, oft ärgerlichen Missstand, kann sehr einfach mit einer im Gesetz verankerten Zuständigkeitsbestimmung begegnet werden, so wie es der VKCS in einer interkantonalen Vereinbarung seit Jahren unverbindlich vereinbart hat.</p> <p>Die mit dieser Revision einer Gesamtüberarbeitung gleichkommende Überarbeitung ist der geeignete Zeitpunkt für diese überfällige Anpassung an die Vollzugspraxis und erhöht die Rechtssicherheit für Vollzug und Industrie massgeblich.</p>	<p>Zuständig für die Lebensmittelkontrolle ist die Vollzugsbehörde, in deren Bereich sich das Domizil nach Handelsregistereintrag der verantwortlichen Person/Firma befindet. Als verantwortlich gilt diejenige Person/Firma, deren Adresse auf einer Lebensmittel/Werbung angegeben ist. Sind keine oder mehrere Adressen angegeben, ist prioritär der inländische Produzent, sekundär der Importeur verantwortlich. Sind diese nicht ohne weiteres eruierbar, gilt die Firma der Probennahme als verantwortlich. Bei bewilligten Betrieben gilt das Identitätskennzeichen.</p> <p>Beanstandungen von Lebensmitteln durch eine nicht zuständige Vollzugsbehörde, welche nach einer Probenahme bei einem Inverkehrbringer resultieren, sind der zuständigen Vollzugsbehörde gemäss obiger Definition zur Bearbeitung zuzustellen.</p>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 34 Abs2	Es ist völlig offen formuliert, was "allgemein anerkannte wissenschaftliche Daten" sein sollen, was der Willkür und Rechtsunsicherheit Tür und Tor öffnet. Das Verbot nährwert- und gesundheitsbezogener Angaben gem. Art. 35b verhindert jegliche Täuschung bereits. In der aktuell vorgesehenen Formulierung werden jegliche Variation, Innovation und auch Produktdifferenzierung für die Industrie als auch die Konsumenten verhindert.	Abs.2 ersatzlos streichen
Art.40 Abs. 5	Der Osmolaritätsbereich von 260-290 mmol/l ist technisch immer noch sehr eng gehalten, und sollte auf 260-300 mmol/l ausgeweitet werden. Dies kann auch ernährungsphysiologisch ohne Weiteres vertreten werden.	Anpassung des Bereichs "...von 260-300 mmol pro Liter..."
Anhang 10, Ziff 6	Die Tageshöchstmenge an Magnesium ist mit 250 mg viel zu tief und in deutlichem Widerspruch zur Idee eines Lebensmittels zum vollständigen Ersatz der Ernährung ("Tagesration"). Dieser Wert kam belegterweise durch historische Fehlinterpretationen der zuständigen Arbeitsgruppen zustande. Es sollte unbedingt eine max. Menge gemäss den üblichen DACH-Empfehlungen und der geltenden NRV für Magnesium im Bereich von 375 mg eingesetzt werden.	Max. erlaubte Magnesiummenge auf 375 mg erhöhen, Mindestmenge auf 250 mg erhöhen
Anhang 11	Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (zb. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es ist unsinnig, wenn z.b. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, und aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet.	Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (zb. ab 30, 50 oder 100%NRV).
Anhang 11	L-Citrullin ist doppelt geführt (1 x unter 2.1 Aminosäuren und 1 x unter 2.2)	Löschen der Doppelnennung
Anhang 11	Die Aminosäuren L-Cystein und L-Cystin sowie L-Glutamin und L-Glutaminsäure sind separat genannt, mit identischen Tageshöchstmengen. Es sollte klargestellt werden, dass diese Mengen als Summe und nicht kumulativ gelten.	Präzisierung analog EPA+DHA, dass die Tageshöchstmengen für die beiden Aminosäurenpaare als Summe gelten.
Anhang 11	In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES gelten 2000 mg als Tageshöchstmenge, und Länder wie z.B. DE, BE kennen gar keine Tageshöchstmenge. Im selben Geiste wie das Höchstmengenprinzip für Vit/Min, wo keine Grenzwerte	Erhöhung der Tageshöchstmenge auf 2000 mg für L-Carnitin oder keine Festsetzung.

	<p>gesetzt werden, wo keine Sicherheitsbedenken, sollte dies auch für L-Carnitin gelten oder zumindest eine Angleichung an EU-Länder zwecks gleichen Marktchancen für die Lebensmittelindustrie vorgenommen werden. Es liegt damit dieselbe Situation vor wie für Q10, wo das BLV ebenfalls mit der Zulässigkeit einer höheren Tagesdosis in anderen EU-Ländern argumentiert.</p>	
Anhang 11	<p>Die Tageshöchstmenge für Coffein ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körperlsgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Dies ist an sich auch richtig, wird doch eine der zugelassenen gesundheitsbezogenen Aussagen (<a href="https://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2053">https://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2053</a>) als auch die Sicherheit für Koffein auf einer solchen individuellen Dosierung begründet. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht: <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p>	<p>Erhöhung der zulässigen Tageshöchstmenge auf 400 mg, max. 200 mg pro empfohlene Verzehrsmenge/Portion.</p>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (zb. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es ist unsinnig, wenn z.b. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, und aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet.	Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (zb. ab 30, 50 oder 100%NRV).
Anhang 1	Die Tageshöchstmenge für Coffein ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körperlsgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Dies ist an sich auch richtig, wird doch eine der zugelassenen gesundheitsbezogenen Aussagen ( <a href="https://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2053">https://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2053</a> ) als auch die Sicherheit für Koffein auf einer solchen individuellen Dosierung begründet. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht: <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a>	Erhöhung der zulässigen Tageshöchstmenge auf 400 mg, max. 200 mg pro empfohlene Verzehrsmenge/Portion.
Anhang 11	In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES gelten 2000 mg als Tageshöchstmenge, und Länder wie z.B. DE, BE kennen gar keine Tageshöchstmenge. Im selben Geiste wie das Höchstmengenprinzip für Vit/Min, wo keine Grenzwerte gesetzt werden, wo keine Sicherheitsbedenken, sollte dies auch für L-Carnitin gelten oder zumindest eine Angleichung an EU-Länder zwecks gleichen Marktchancen für die Lebensmittelindustrie vorgenommen werden. Es liegt damit dieselbe Situation vor wie für Q10, wo das BLV ebenfalls mit der Zulässigkeit einer höheren Tagesdosis in anderen EU-Ländern argumentiert.	Erhöhung der Tageshöchstmenge auf 2000 mg für L-Carnitin oder keine Festsetzung.



**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 6 Abs.1 und 1bis, Ziff 1	Ziffer 1 widerspricht inhaltlich der Erläuterung. Gemäss Gesetzesartikel-Entwurf <u>muss</u> die verwendete Vit-/Min-Verbindung in den Zutaten angegeben ("hingewiesen"?) werden, in den Erläuterungen wird dem widersprochen	Korrektur des Artikel-Entwurfs im Sinne der Erläuterung.

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

Allgemeine Bemerkungen: **Kommentare betreffen die GVO Verordnung – Korrektur mit copy/paste gemacht** (ruo)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs.2	Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO( Spuren) beschränkt werden. Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU.	Ergänzung von Ziff 2: "...potenziellen Umweltgefährdung im Falle von vermehrungsfähigen GVO. Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert. Im Fall von nicht vermehrungsfähigen GVO erübrigt sich eine Beurteilung einer Umweltgefährdung. Das BAFU und das BLV beurteilt in diesem Fall die Unterlagen in alleiniger Kompetenz."
Art. 6 Abs.1 Bst.a	In der EU besteht eine Toleranz für eine Kontamination mit GVO-Spuren bewilligter Sorten von 0.9%. Es ist nicht ersichtlich, wieso das BLV nun auf eine Angleichung an die EU-Gesetze plädiert, gleichzeitig aber nur 0.5% Spuren tolerieren will. Damit wird das Problem nicht sauber eliminiert, auch wenn üblicherweise nie Spuren über 0.5% gefunden werden.	Änderung von 0.5% auf 0.9 Massenprozent.

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

Allgemeine Bemerkungen **Text von Punkt 17 hier eingefügt** (ruo)

Artikel			Kommentar Bemerkung
Art. 4, Abs.2	Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO(-Spuren) beschränkt werden. Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU.	Ergänzung von Ziff 2: "...potenziellen Umweltgefährdung im Falle von vermehrungsfähigen GVO. Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert. Im Fall von nicht-vermehrungsfähigen GVO erübrigt sich eine Beurteilung einer Umweltgefährdung. Das BAFU und das BLV beurteilt in diesem Fall die Unterlagen in alleiniger Kompetenz."	
Art. 6 Abs.1 Bst.a	In der EU besteht eine Toleranz für eine Kontamination mit GVO-Spuren bewilligter Sorten von 0.9%. Es ist nicht ersichtlich, wieso das BLV nun auf eine Angleichung an die EU-Gesetze plädiert, gleichzeitig aber nur 0.5% Spuren tolerieren will. Damit wird das Problem nicht sauber eliminiert, auch wenn üblicherweise nie Spuren über 0.5% gefunden werden.	Änderung von 0.5% auf 0.9 Massenprozent.	

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SVGW  
Adresse, Ort : Grütlistrasse 44, 8027 Zürich  
Kontaktperson : André Olschewski  
Telefon : 044 288 33 67  
E-Mail : a.olschewski@svgw.ch  
Datum : 02.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herrn

Wir möchten Ihnen für die Möglichkeit danken, an der Anhörung zum Revisionspaket «Stretto 3» teilzunehmen und unsere Stellungnahmen einzureichen. Als Vertreter der Wasserversorgungsbranche haben wir einen Änderungswunsch zur LGV, und zwar zur vorgeschlagenen Streichung von Art. 48 Abs.2. Wir begrüssen, dass eine Anpassung dieses Absatzes vorgeschlagen wird, sehen es aber als problematisch an, den Absatz vollständig und ersatzlos zu streichen. Stattdessen schlagen wir eine neue Formulierung für Art. 48 Abs. 2 vor.

Im Rahmen des Revisionspaketes Stretto 3 werden zudem Anpassungen der TBDV vorgeschlagen. Diese Anpassungen erachten wir als sinnvoll. Wir bedauern jedoch, dass im Rahmen von Stretto 3 nicht auch der Anhang 4 der TBDV überarbeitet wird. Die Listen des Anhangs 4 enthalten unseres Erachtens einige Inkonsistenzen und Unklarheiten und sollten daher dringend revidiert werden. Insbesondere die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1 bis 3) sollten vervollständigt werden (es fehlen z.B. die Verfahren Belüftung/Gasaustausch, Adsorption, Sedimentation oder biologische Verfahren). Auch sollte klarer zwischen Verfahren und Anwendungsbeispielen unterschieden werden. So sollte z.B. die Entfluoridierung nicht als Verfahren geführt werden, sondern unter «Bemerkungen und Beispiele» zum Verfahren «Ionenaustausch». Wichtig wäre zudem, die Frage der Verwendbarkeit von Silber und Silbersalzen (Liste 6) zu klären. Hier sollte einerseits ein Abgleich mit den gemäss Biozidverordnung genehmigten Wirkstoffen vorgenommen und andererseits der zulässige Verwendungszweck von Silber/Silberverbindungen genau umschrieben werden. Wir würden es sehr begrüssen, wenn die Überarbeitung des Anhang 4 der TBDV in einer nächsten Revisionsrunde angegangen werden könnte, und würden Sie gerne dabei unterstützen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
48	<p>Durch die Streichung des ursprünglichen Art. 48 Abs. 2 «Nicht als Bedarfsgegenstände gelten ortsfeste Wasserversorgungsanlagen wie Trinkwasserleitungen» würden neu Materialien respektive Produkte in Kontakt mit Trinkwasser als <b>Bedarfsgegenstände</b> gelten. Damit würden für die Verwendung solcher Trinkwasserkontaktmaterialien nicht nur die allgemeinen Bestimmungen der TBDV (Art. 4 Abs. 5) gelten, sondern auch vollumfänglich die Bestimmungen der Bedarfsgegenständeverordnung. Darauf wird auch im Art. 1 Abs. 2 Buchstabe c verwiesen, wo es heisst: «...; auf die Verwendung, Inbetriebnahme, Anwendung oder Installation von Gebrauchsgegenständen, die zugleich Bauprodukte im Sinne des BauPG sind, finden jedoch die technischen lebensmittelrechtlichen Vorschriften Anwendung.» Die Bedarfsgegenständeverordnung ist aber erstellt worden, unter der Voraussetzung, dass Trinkwasserkontaktmaterialien keine Bedarfsgegenstände sind, weswegen spezifische Anforderungen an diese und Prüfverfahren für diese fehlen. Folglich müsste entweder die Bedarfsgegenständeverordnung überarbeitet und an Trinkwasserkontaktmaterialien angepasste Regelungen aufgenommen werden oder es müsste eine Abgrenzung auf Ebene der LGV vorgenommen werden. Die zweite Variante ist einfacher umzusetzen, weswegen wir hierfür einen Änderungsvorschlag machen.</p> <p>Falls es aus juristischen Gründen nicht möglich ist, auf Ebene der LGV die Abgrenzung vorzunehmen, sollte Art. 1 «Gegenstand und Geltungsbereich» der Bedarfsgegenständeverordnung durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt werden: «Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Trinkwasser in Berührung zu kommen (Trinkwasserkontaktmaterialien), sind separat geregelt; es gelten die Anforderungen gemäss TBDV.»</p>	<p>Den ursprünglichen Art 48 Abs. 2 «Nicht als Bedarfsgegenstände gelten ortsfeste Wasserversorgungsanlagen wie Trinkwasserleitungen» nicht ersatzlos streichen, sondern ersetzen durch: «Materialien und Gegenstände in Kontakt mit Trinkwasser sind Bedarfsgegenstände; diese fallen aber nicht unter die Regelungen der Bedarfsgegenständeverordnung, sondern sie werden separat geregelt.»</p> <p>Der neu vorgeschlagene Art. 48 Abs. 2 «Nicht als Bedarfsgegenstände gelten Materialien und Gegenstände, die als Antiquität abgegeben werden» würde somit zu Art. 48 Abs. 3</p>




### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15      EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 4	<p>Wie unter "Allgemeinen Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3" bereits ausgeführt, sollte unseres Erachtens der Anhang 4 der TBDV dringend revidiert werden, denn die Listen dieses Anhangs enthalten einige Inkonsistenzen und Unklarheiten.</p> <p>Listen 1, 2 und 3: Die Listen der zulässigen Verfahren (Listen 1 bis 3) sollten vervollständigt werden (es fehlen z.B. die Verfahren Belüftung/Gasaustausch, Adsorption, Sedimentation oder biologische Verfahren). Auch sollte klarer zwischen Verfahren und Anwendungsbeispielen unterschieden werden. So sollte z.B. die Entfluoridierung nicht als Verfahren geführt werden, sondern unter «Bemerkungen und Beispiele» zum Verfahren «Ionenaustausch».</p> <p>Liste 6 – Silber und Silbersalze: Wichtig wäre auch, die Frage der Verwendbarkeit von Silber und Silbersalzen (Liste 6) zu klären. Hier sollte einerseits ein Abgleich mit den gemäss Biozidverordnung genehmigten Wirkstoffen vorgenommen und andererseits der zulässige Verwendungszweck von Silber/Silberverbindungen genau umschrieben werden.</p> <p>Der SVGW würde es sehr begrüßen, wenn die Überarbeitung des Anhang 4 der TBDV in einer nächsten Revisionsrunde angegangen werden könnte, und würde Sie gerne dabei unterstützen.</p>	Baldiges Einleiten der Revision des Anhangs 4

--	--	--

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : HotellerieSuisse  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : HS  
Adresse, Ort : Monbijoustrasse 130, 3001 Bern  
Kontaktperson : Chantal Skupin, Bettina Baltensperger  
Telefon : 031 370 43 37; 031 370 43 48  
E-Mail : chantal.skupin@hotelleriesuisse.ch; bettina.baltensperger@hotelleriesuisse.ch  
Datum : 22. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

HotellerieSuisse dankt Ihnen für die Einladung, zum Revisionspaket («Stretto 3») Stellung zu nehmen. Gerne unterbreiten wir Ihnen im Folgenden unsere Position.

HotellerieSuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Seit 1882 steht HotellerieSuisse gemeinsam mit seinen rund 3'000 Mitgliedern, davon über 2'000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft. Allein die klassische Hotellerie, als standortgebundene Exportbranche und Rückgrat des Tourismus, erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von über 7,5 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. Gemäss Satellitenkonto 2017 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 44 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von über 18 Mrd. Franken – was einem Anteil von 2,9 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den fünf wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Die Mitgliederbetriebe von HotellerieSuisse verfügen über zwei Drittel des diesbezüglichen Schweizer Bettenangebotes und generieren damit rund drei Viertel der entsprechenden Logiernächte. Als Dachverband von 13 regionalen Verbänden ist HotellerieSuisse in allen Landesteilen und Sprachregionen präsent und beschäftigt rund 100 Mitarbeitende.

HotellerieSuisse unterstützt die Vorlage im Grundsatz, legt aber Wert darauf, dass die Umsetzung der neuen Bestimmungen nicht zu überhöhten Kosten und einem massiven Anstieg der Bürokratie für die Unternehmen führt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die einzelnen Unternehmen sind nicht wirklich abzuschätzen.

Das Projekt bringt zwar teilweise deutliche Erleichterungen, aber auch neue Probleme und Einschränkungen. Im Bereich des Vollzugs der einschlägigen Bestimmungen müssen die Branchenleitlinien genügen und es dürfen keine zusätzlichen Anforderungen an die Betriebe gestellt werden. Das revidierte Lebensmittelrecht trat erst 2017 in Kraft. Erneut wird nun eine umfangreiche Revision durchgeführt, mit dem Ziel, die einschlägige Gesetzgebung ans EU-Recht anzupassen. Dieses Ziel kann HotellerieSuisse unterstützen, denn so können Wettbewerbsverzerrungen korrigiert und Handelshemmnisse abgebaut werden.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anträge und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

HotellerieSuisse

Handwritten signature of Claude Meier in black ink.

Claude Meier  
Direktor

Handwritten signature of Christophe Hans in black ink.

Christophe Hans  
Leiter Wirtschaftspolitik

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 3 lit. a Fussnote und 4 lit. e	Eine direkte Aufführung der Bestimmungen aus der EU-Verordnung mit einem Verweis auf diese wäre übersichtlicher und benutzerfreundlicher.	Eine benutzerfreundlichere Lösung finden.
Art. 5 Abs. 2 Bst. a	Der neue Text ist unverständlich.	Verständlicher formulieren. Textvorschlag: Eine Bewilligung erlischt, wenn deren Gegenstand/ Inhalt in einer Verordnung zugelassen wird.
Art. 14 Abs. 2	Der Benutzerfreundlichkeit wegen ist es sinnvoll hier den Katalog sämtlicher Ausnahmen in all unseren Landessprachen direkt in der Verordnung aufzulisten und lediglich als Zusatz einen Verweis auf den EU Kommissions-Beschluss zu machen	Ausnahmekatalog in Verordnung auflisten.
Art. 31 Abs. 5, Art. 37 Abs. 4 und Abs. 5	HotellerieSuisse begrüsst diese Anpassungen/ Angleichungen an das EU-Recht, damit wird ein grosser Nachteil schweizerischer Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU aus der Welt geschafft.	Unterstützung
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Die beabsichtigte Regelung geht zu weit und stellt einen unverhältnismässigen Mehraufwand dar. Dass für kühl zu haltende Lebensmittel das Verbrauchsdatum anzugeben ist, wird in der LIV festgehalten und reicht damit aus.	Streichen
Art. 85a	HotellerieSuisse befürwortet diese Präzisierung, welche für Klarheit sorgt.	Unterstützung

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Branche stellt mit der Branchenleitlinie (vom BLV genehmigt) und der Umsetzungshilfe (zur Genehmigung eingereicht) Hilfsmittel zur Umsetzung des Lebensmittelrechts zur Verfügung. Sie erwartet, dass dadurch ein einheitlicher Vollzug möglich ist und kantonale Unterschiede wegfallen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2	Es ist nicht ersichtlich, weshalb der Begriff "Inspektion" nicht mehr definiert wird, kommt er doch in der Verordnung wiederholt zur Anwendung.	Beibehaltung der Definition des Begriffs "Inspektion".
Art. 4 Abs. 1 Bst. g	Nebst der Grösse des Betriebs sollte auch Anzahl und Art der Konsumenten berücksichtigt werden.	<i>"Grösse des Betriebs <u>sowie Anzahl und Empfindlichkeit möglicherweise betroffener Konsumenten.</u>"</i>
Art. 7	Transparenz der amtlichen Kontrollen wird begrüsst	Unterstützung
Art. 9 Abs. 3	Die kantonalen Vollzugsbehörden sollten der verantwortlichen Person weiterhin automatisch und ohne Verlangen eine Kopie des Berichts zur Verfügung stellen.	Änderungsvorschlag: Die Kontrollbehörden stellen den kontrollierten Betrieben eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung (...)
Art. 11	Die Überschrift des Artikels könnte der Klarheit halber konkreter formuliert werden.	Änderungsvorschlag: Meldepflicht
Art. 12 Abs. 3	Die Möglichkeit Weisungen zur Koordination des Vollzuges zu erlassen wird begrüsst. Dadurch darf es jedoch nicht zu einer übermässigen administrativen Bürde für die kantonalen Behörden und die dafür zugezogenen Unternehmen kommen.	Überprüfen
Art. 14	Dass es den Vollzugsbehörden freigestellt werden soll, auch nur selektiv ausgewählte Punkte zu kontrollieren, ist sinnvoll.	Unterstützung
Art. 14 Abs. 1 Bst. b	Die Gliederung entspricht nicht den Prioritäten. Priorität sollte die Überprüfung der Selbstkontrolle, der verantwortlichen Person und die Ausbildung der Mitarbeitenden haben.	Gliederung gemäss Priorität

Art. 14 Abs. 1 Bst. e	HotellerieSuisse begrüsst, dass der Vollzug die ordnungsgemässe Anwendung von Branchenleitlinien prüfen kann. Wir erwarten, dass es keine zusätzlichen Anforderungen zu den Branchenleitlinien gibt.	
Art. 16	Trotz Anerkennung des Gesundheitsschutzes als oberstes Gebot, sollte auch hier ein Handlungs- bzw. Ermessensspielraum eingebaut werden, welcher je nach Schwere der Krankheit/Lebensmittelvergiftung bzw. des fraglichen Erregers weniger weitgehende Massnahmen zulässt.	Hinzufügen eines weiteren Absatzes, welcher einen Ermessensspielraum vorsieht für weniger gravierende Fälle.
Art. 60 Abs. 1	Bei einer nicht beanstandeten Probe sollte der Ankaufswert der Ware für den Warenbesitzer ohne Verlangen vergütet werden und gleichzeitig auch der Probenahmerapport und der Analysebericht mitgeliefert werden.	Vergütung des Ankaufswerts und Lieferung des Probenahmerapports und des Analyserapports ohne Verlangen.
Art. 116 Abs. 4	Es wird begrüsst, dass in besonders leichten Fällen auf das Erheben einer Gebühr verzichtet wird. Der Rechtssicherheit wegen sollte im Artikel jedoch eine beispielhafte, nicht abschliessende Aufzählung solcher besonders leichten Fälle aufgelistet werden.	Ergänzen „...auf Gebühren kann verzichtet werden, wenn: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Gesundheitsgefährdung und keine Täuschungsgefahr bestehen</li> <li>• Kein absichtliches Handeln vorliegt</li> <li>• Es sich nicht um wiederholte Vorkommnisse handelt“</li> </ul>
Art. 119 Abs. 3 (neu)	Aus unserer Sicht ist bei einer Änderung der Anhänge der Einbezug der betroffenen Kreise zwingend. Auch sollten die schlussendlich vorgenommenen Anpassungen aktiv kommuniziert werden, da eine andauernde Holschuld seitens der Betriebe angesichts all der diversen Anhänge schlichtweg illusorisch ist.	Ergänzen: <u>«Es hört hierzu die betroffenen Kreise der Wirtschaft an und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen des jeweiligen Anhangs aktiv.»</u>
Anhang 9	Die Höchstbeträge für Inspektionen, Probenuntersuchungen und Bewilligungen gemäss LGV erscheinen sehr hoch.	Herabsetzen der Obergrenzen der Gebühren.

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

HotellerieSuisse begrüsst einen nationalen Kontrollplan, welcher auch die Primärproduktion miteinschliesst. Die Lebensmittelsicherheit sollte entlang der ganzen Wertschöpfungskette gewährleistet sein. Die Ungleichheiten zwischen der Primärproduktion und dem Lebensmittelbereich sollten reduziert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 Abs. 1	Der Kontrollplan stellt eine Standortbestimmung für die Lebensmittelsicherheit dar. Es wäre zu begrüessen wenn die Praxisbetroffenen Kreise die Möglichkeit hätte, ihre Erfahrungen und Meinungen einzubringen.	Ergänzung: "Den interessierten Kreisen wird eine Anhörung gewährleistet."
Art. 7 Abs. 5 und 6	Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Primärproduktion von den Regelungen ausgenommen ist. Das entspricht nicht einer risikobasierten Betrachtung.	"Die zuständigen Behörden können ..."
Art. 8 Bst. d	Bei der Berücksichtigung der Änderung von Art. 7 Abs. 5 und 6 würde der Buchstabe d wegfallen	Streichen
Art. 13 Abs. 2	Wahrscheinlich ist nicht "dieser zwischen diesen Kontrollen" gemeint. Ist nun gemeint: "Die Häufigkeit dieser Zwischenkontrollen " oder "die Häufigkeit zwischen diesen Kontrollen wird von der zuständigen Behörde..."?	Redaktionelle Berichtigung
Anhänge	Die Risikobasiertheit der Kontrollfrequenzen ist nicht nachvollziehbar. Im Bereich der Urproduktion müssen erfahrungsgemäss gleich strenge Massstäbe angesetzt werden wie in der Verarbeitungsstufe.	Überprüfung der Kontrollfrequenzen anhand einer fundierten Risikomethodik.



**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 10	Die Streichung des Warnhinweises wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 61 bis 64	Der Qualität und dem Täuschungsschutz wegen ist auf eine Reduktion des Käseanteils in Schmelzkäse zu verzichten.	Überprüfen

**9 EDI: Getränkeverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a Abs. 2	Die Hotellerie und Gastronomie muss ebenfalls von der Aufzeichnungspflicht befreit werden.	Streichen  Eventualiter: „Davon ausgenommen sind <u>Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung</u> , Einzelhandelsbetriebe und Betriebe...“
Art. 5b Abs. 2	Auch hier müssen die Hotellerie und Gastronomie ausgenommen sein.	Streichen. Eventualiter: „... die die betroffenen Lebensmittel herstellen und als Einzelhandelsbetrieb <u>oder als Betrieb der Gemeinschaftsverpflegung</u> tätig sind...“

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 5	Durch diese zusätzlichen Angaben entsteht ein Dschungel an Informationen, was bei den Konsumenten für Verwirrung sorgt.	Streichen
Art. 5 Abs. 1 Bst. a	Die Abgrenzung Fleischzubereitung zu Fleischerzeugnis sollte der Klarheit halber präzisiert werden.	Präzisierung
Art. 5 Abs. 1 Bst. c	Die Erleichterung wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 5 Abs. 1 Bst. e	Die Erleichterung wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 5 Abs. 1 Bst. f	Die Erleichterung wird begrüsst.	Unterstützung
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Die Formulierung ist nicht klar.	Anpassungsvorschlag: «bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV <del>gelten</del> »
Art. 40 Abs. 1 Bst. c	Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin müssten hier ebenfalls als Ausnahme hinzugefügt werden.	«lacto-vegetarisch» oder «lacto-vegetabil», wenn sie weder Zutaten noch Verarbeitungshilfsstoffe tierischer Herkunft enthalten, mit Ausnahme von Milch, Milchbestandteilen Honig, <u>Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin, das aus Wolle von lebenden Schafen gewonnen wird.</u> “
Art. 42a	Die Ermöglichung eines Hinweises, dass die Menge von Zucker oder Salz in einem Produkt herabgesetzt wurde wird begrüsst. Diese Möglichkeit zur Information sollte auch bei einer Reduktion von Fett möglich sein.	Überprüfen





**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 31	Es wird begrüsst, dass die Liste der zulässigen Speisepilze entsprechend der Abschaffung des Positivprinzips nicht mehr abschliessend geregelt ist.	Unterstützung

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang «Chiasamen»	Die Verpflichtung zur Angabe der täglichen Höchstmenge bei unverarbeiteten Chiasamen, welche offen an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden, stellt einen grossen Mehraufwand dar und ist nicht praxistauglich.	Streichung Bst. 1 und 2 unter “Kennzeichnung”

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

hotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.		



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

HotellerieSuisse verzichtet auf eine Stellungnahme.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Eidg. Kommission für Konsumentenfragen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : EKK  
Adresse, Ort :  
Kontaktperson : Pascale Pichonnaz  
Telefon : 026 300 8029  
E-Mail : pascal.pichonnaz@unifr.ch  
Datum : 23.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die Eidg. Kommission für Konsumentenfragen (EKK) **begrüss**t es, dass das Lebensmittelrecht laufend angepasst wird, um den Gesundheits- und Täuschungsschutz weiterhin zu gewährleisten.

Die EKK **beschränkt sich** in ihrer Stellungnahme auf die Umsetzung der Motion 15.4114, welche sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» verlangt. Zu den übrigen Änderungen, die vorwiegend technischer Natur sind, äussert sich die EKK nicht.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37	<p>Die EKK steht der geplanten Änderung <b>ablehnend</b> gegenüber.</p> <p>Auch wenn in der Nutztierfütterung auf den Einsatz von Futtermittelzusätzen, die mithilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, nicht vollumfänglich verzichtet werden kann, entspricht die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» bei diesen Produkten nicht den Tatsachen und stellt aus Sicht der EKK eine grobe Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten dar. Diese werden falsch informiert, so dass ein qualifizierter Kaufentscheid nicht mehr möglich ist. Die geplante Legalisierung dieser falschen Angabe läuft damit deutlich dem Zweck des Lebensmittelgesetzes (Art. 1 Abs. c und d) zuwider und ist mit diesem nicht vereinbar. Die Wahlfreiheit von Konsumentinnen und Konsumenten wird dadurch untergraben.</p> <p>Aus Sicht der EKK dient die Auslobung auf besagten Produkten nicht zur Information der Konsumentinnen und Konsumenten, sondern führt vielmehr zu Verwirrung und Desinformation</p> <p>Auch erscheint es der EKK der Zeitpunkt für die geplante Lockerung als sehr ungünstig. In der Schweiz läuft das GVO-Moratorium in gut einem Jahr aus, zudem arbeitet der Bund an der Einordnung der neuen Methoden im biomolekularen Bereich (Genome Editing). Entsprechend dürfte demnächst sowieso eine Anpassung der Gentechnik-Gesetzgebung nötig werden. Jetzt eine neue Deklarationsmöglichkeit einzuführen, ist aus Sicht der EKK nicht zielführend.</p>	<p>Auf eine derartige Umsetzung der Motion von Jacques Bourgeois (15.4114) ist zu verzichten. Art. 35 Abs. 5 LGV ist zu streichen.</p>

### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**EINGEGANGEN**

12. Juli 2019

Registratur GS EDI

Eingang Papier am:  
15. JULI 2019  
BLV REC  
Elektronisch erfasst!

Monsieur  
Alain Berset, Conseiller fédéral  
Département fédéral de l'intérieur DFI  
Secrétariat général SG-DFI  
Inselgasse 1  
3003 BERNE

Paudex, le 11 juillet 2019  
HE/ H/1/5/Cons/2/19.08

## **Consultation relative à la révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Vous nous donnez la possibilité de nous prononcer dans le cadre de la consultation mentionnée en titre et nous vous en remercions. Cette consultation porte sur des modifications profondes du droit alimentaire puisque vingt-six textes sont révisés comme l'ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIU) ainsi que vingt-cinq autres dont la liste se trouve annexée à la présente. Nous vous transmettons ci-après notre prise de position.

### **1. Considérations générales**

Le droit sur les denrées alimentaires a été entièrement révisé au 1<sup>er</sup> mai 2017 mais il est adapté en permanence pour rester en conformité avec le droit européen, faute de quoi de nouveaux obstacles au commerce avec l'Union européenne (UE) surgissent. En l'occurrence, la présente révision vise une nouvelle harmonisation plus étendue avec le droit de l'UE.

De plus, elle répond et met en œuvre les interventions parlementaires suivantes : la motion Bourgeois 15.4114 « Des règles pertinentes pour l'étiquetage sans OGM/sans génie génétique », la motion Manz 17.3715 « Augmenter l'efficacité des contrôles ayant trait à la détention des animaux », la motion Munz 18.3849 « Commercialisation du lait de vaches allaitantes » et le postulat Vogler 17.3418 « Pour l'autorisation de l'abattage à la ferme au-delà de l'usage personnel ».

La révision du droit sur les denrées alimentaires proposée est plus importante qu'il n'y paraît au premier abord alors que celle déjà opérée en 2017 l'était tout autant, ce qui soumet l'industrie agro-alimentaire et la production agricole indigène à des changements qui peuvent être conséquents et ne s'inscrivent pas tous dans la simplification des procédures de contrôles ainsi que celles purement administratives.

### **2. Appréciation sur les nouvelles dispositions**

Nous reprenons ci-après les principaux éléments qui appellent un commentaire de notre part.

Route du Lac 2  
1094 Paudex  
Case postale 1215  
1001 Lausanne  
T +41 (0)58 796 33 00  
F +41 (0)58 796 33 11  
info@centrepatronal.ch

Kapellenstrasse 14  
Postfach  
3001 Bern  
T +41 (0)58 796 99 09  
F +41 (0)58 796 99 03  
cpbern@centrepatronal.ch

www.centrepatronal.ch



### **2.1 Ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIUOs) :**

En Suisse et à titre de précaution, les consommateurs privilégient les denrées alimentaires sans OGM. Notre pays a ainsi pris la décision de nourrir les animaux de rente avec des aliments sans OGM. Ainsi, le cadre juridique suisse est strict mais pour autant, il ne permet pas de mettre l'accent sur la production sans OGM et d'en faire la publicité pour les denrées alimentaires d'origine animale, car des additifs pour l'alimentation animale (par ex. vitamines et acides aminés obtenus à partir de micro-organismes génétiquement modifiés) sont souvent utilisés. Il est impossible de renoncer totalement à de tels produits, car ceux qui sont obtenus sans recours au génie génétique ne sont pas toujours disponibles. Ainsi, les exigences relatives à la mention « produit sans recours au génie génétique » doivent être rapprochées de celles des pays voisins sans pour autant être plus restrictives que nos partenaires, afin d'éviter les obstacles au commerce et de favoriser l'exportation de nos produits.

Dans ce domaine particulier, le droit européen laisse une certaine souplesse. On constate que tous les pays n'appliquent pas la même approche dans la manière d'étiqueter les biens de consommation. La Suisse pourrait s'aligner sur les exemples les plus libéraux et permissifs, sans risque pour la santé des consommateurs.

### **2.2 Ordonnance du DFI sur les boissons:**

Pour le vin, nous saluons la reconnaissance de nouvelles pratiques œnologiques. L'annexe 9 comporte six pratiques œnologiques supplémentaires, ainsi que les appendices correspondants, afin de respecter les engagements pris dans l'Accord agricole I entre la Suisse et l'Union Européenne de 2002.

### **2.3 Ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OEL-DAI)**

Cette ordonnance s'appuyait sur les règlements (CE) n° 882/20041 et (CE) n° 854/20042 mais désormais, elle s'oriente sur le nouveau règlement (UE) 2017/625 concernant les contrôles officiels en termes de contenu, de structure et de terminologie. C'est pourquoi certains articles ou contenus ont été groupés différemment par rapport à la version précédente. S'agissant du contenu, la partie consacrée à la formation des autorités d'exécution a été profondément révisée, plus de la moitié des dispositions existantes ayant été modifiées.

Nous saluons l'assouplissement des dispositions relatives à l'utilisation de méthodes validées décidé pour accélérer la lutte contre les nouveaux risques chimiques ou microbiologiques. Pour les organisations internationales, seuls ISO et Codex sont mentionnés nommément. Dans le cas d'ISO, la mention porte cependant également sur d'autres organisations internationales reconnues comme l'Organisation Internationale de la vigne et du vin, ce qui nous réjouit pour cette organisation digne de reconnaissance dans ce secteur important de l'économie agricole.

### **2.4 Ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes (OAbCV)**

L'art. 61 est étendu dans le but de permettre aux services officiels de fixer des émoluments plus élevés pour des prestations effectuées en dehors des heures habituelles de bureau et durant les fins de semaines. Rappelons ici que pour le citoyen ordinaire, le poste d'achat de viande en Suisse pèse très lourd et que la pression exercée par l'importation et le tourisme d'achat pèse déjà suffisamment le secteur de la boucherie indigène. L'Union professionnelle suisse de la viande (UPSV) réagit très négativement face à cette nouvelle disposition et nous la soutenons pour en demander sa suppression. Les tâches régaliennes de contrôle en général et pour la viande en particulier doivent être assumées par le budget public, car au final le montant de l'émolument serait payé par le consommateur ce qui renchérirait encore la viande suisse dans un marché déjà difficile face aux produits importés.

\* \* \* \* \*

Les modifications et adaptations concernant les autres ordonnances en lien avec le droit sur les denrées alimentaires n'appellent pas de commentaires particuliers de notre part.

## **3. Conclusions**

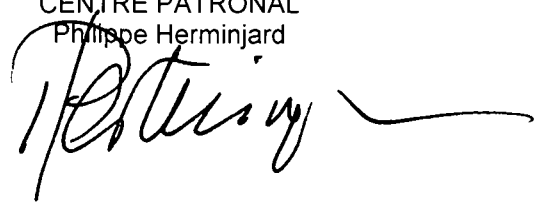
Malgré une révision profonde en 2017, les modifications proposées sont conséquentes et pèseront d'un poids certain sur l'économie helvétique sur les plans administratif, financier

(émoluments nouveaux) et procédurier (contrôles) et ce, dans de nombreuses filières alimentaires. A ce titre, nous demandons qu'une analyse soit faite pour que la facilitation et le soulagement administratif soient mieux pris en considération afin de décharger au maximum nos entreprises des nouvelles contraintes. Dans le respect de l'Accord bilatéral agricole du 21 juin 1999 entre la Suisse et l'Union européenne d'une part et dans l'adoption de notre législation à celle de l'UE d'autre part, le droit suisse doit permettre aussi de renforcer la dynamique entrepreneuriale, l'orientation sur le marché, la responsabilisation et la capacité d'innovation du secteur alimentaire. Dans cet esprit, nous acceptons globalement les modifications proposées sous réserve des remarques développées plus haut.

\* \* \* \* \*

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre très haute considération.

CENTRE PATRONAL  
Philippe Herminjard

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Herminjard', followed by a long horizontal flourish.

## ANNEXE :

### Liste des ordonnances modifiées dans le projet de révision du droit alimentaire de mai 2019 :

- Ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels (ODAIOUTs).
- Ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires (OELDAI).
- l'ordonnance sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels (OPCNP).
- Ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes,
- Ordonnance du DFI sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale (OPOVA).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers (OBNP).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine animale (ODAIAn),
- Ordonnance du DFI sur les boissons.
- Ordonnance sur les compléments alimentaires (OCAI).
- Ordonnance du DFI sur les teneurs maximales en contaminants (Ordonnance sur les contaminants, OCont).
- Ordonnance du DFI concernant l'information sur les denrées alimentaires (OIDAI).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible (ODAIIOV).
- Ordonnance du DFI sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires,
- Ordonnance du DFI sur les additifs admis dans les denrées alimentaires (Ordonnance sur les additifs, OAdd).
- Ordonnance du DFI sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires (OASM).
- Ordonnance du DFI sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires (Ordonnance sur les arômes).
- Ordonnance du DFI sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées (ODAIGM).
- Ordonnance du DFI sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires (OHyg).
- Ordonnance du DFI concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux.
- Ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière (OHyPL).
- Ordonnance du DFI sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessible au public (OPBD).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers (OITE-PT).
- Ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège (OITE-UE).

Pierre STRUDER  
Office Fédéral de la Sécurité Alimentaire et des  
Affaires Vétérinaires  
Schwarzeneggstrasse 155  
3003 Berne

Eingang Papier am:  
30. AUG. 2019  
BLV  
Elektronisch erfasst!

LME

Changins, le 23 août 2019

**Concerne : teneurs en méthanol sur la gentiane jaune**

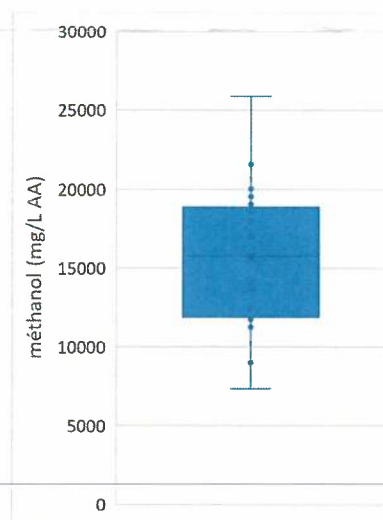
Monsieur,

Je reprends contact avec vous pour donner suite aux différents échanges qu'ont pu avoir les producteurs d'eau-de-vie de racines de gentiane et l'Office Fédéral de la Sécurité Alimentaire et des Affaires Vétérinaires, concernant le problème de concentration en méthanol dépassant les normes de la réglementation.

Dans ce cadre, nous avons cherché à établir où se situait la teneur en méthanol sur ce type de production. Les ouvrages de référence avaient déjà établi des valeurs se situant entre 16 et 20 g/L AA (Tanner et Brunner, 1982).

En complément de ces informations, nous avons pu également mener une campagne d'analyse (juillet 2019) concernant 23 échantillons impliquant plus d'une douzaine de producteurs. La concentration moyenne retrouvée dans les échantillons dosés est de 15.64 g/L AA (+/- 4.54). La répartition des différents échantillons analysés est présentée sur la figure ci-contre.

Au vu de ces données, il serait essentiel de prendre en compte la particularité de la production de cette eau-de-vie dans l'établissement d'une valeur maximale adaptée comme cela peut être déjà le cas pour d'autres type d'eaux de vie (abricot, prune, etc...)



Je me tiens à votre disposition pour tout complément d'information,

Cordialement,

Benoit BACH  
professeur d'œnologie et des boissons distillées

**Hes-so**

Haute Ecole Spécialisée  
de Suisse occidentale

Fachhochschule Westschweiz

University of Applied Sciences and Arts  
Western Switzerland

Changins | Route de Duillier 50 | Case postale 1148 | 1260 Nyon | Suisse  
+41 22 363 40 50 | info@changins.ch | www.changins.ch

Haute école de viticulture et œnologie | école supérieure de technicien/ne vitivinicole | école du vin



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : BLV  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort :  
Kontaktperson : Jacqueline Javor Qvortrup  
Telefon :  
E-Mail : [jacqueline.javorqvortrup@blv.admin.ch](mailto:jacqueline.javorqvortrup@blv.admin.ch)  
Datum : 28.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Alle Änderungsvorschläge sind mit dem Vorstand VKCS oder einer üPK abgesprochen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
66a/79	Der Begriff amtlicher Prüfleiter ist falsch auf französisch und italienisch übersetzt	Scheint eine schwierige Sache zu sein; es gibt Vorschläge von KC TI und KC GE, die beim Sprachdienst des BLV liegen
68c	Anpassung der Themen/Fächer für die Prüfungen und Lernziele; nicht a- f, sondern	..Buchstabe a – g....
75b/85/6b	Die Mindestnote sollte heissen: 3.0, nicht 3	3.0
88/2	Es ist Ziffer 3.1.3, nicht 3.1.2	Ziffer 3.1.3
81	<p>Die Ausbildung wird ja von den KC PLUS dem BLV durchgeführt, das muss auch so stehen.</p> <p>Die Teilnehmenden müssen sich auch für die Kurse anmelden, nicht nur für die Prüfungen. Wenn Kurse einzeln besucht werden können, dann muss ihre Gültigkeit definiert werden.</p> <p>→ Gelb ist das was neu ist.</p>	<p><sup>1</sup> Die Ausbildung für das DAL dauert mindestens drei Monate. <del>Sie steht unter der Leitung einer Kantonschemikerin oder eines Kantonschemikers.</del></p> <p><sup>2</sup> Sie umfasst die folgenden Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Grundlagen des Lebensmittelrechts;</li> <li>b. Lebensmittelmikrobiologie, Lebensmittel- und Betriebshygiene;</li> <li>c. Warenkunde und Lebensmitteltechnologie;</li> <li>d. Kennzeichnungen und Anpreisungen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen;</li> <li>e. Beurteilung der Selbstkontrolle unter Einschluss der guten Verfahrenspraxis sowie der HACCP-Grundsätze gemäss <i>Codex Alimentarius</i><sup>1</sup>;</li> <li>f. Betriebsinspektionen, Schulung für den Aussendienst, amtliche Probenahme;</li> <li>g. Grundlagen der Analytik.</li> </ul> <p><sup>3</sup> Sie wird durchgeführt vom BLV sowie Kantonschemikerinnen oder Kantonschemikern und richtet sich nach den Vorgaben nach Anhang xy.</p> <p><sup>4</sup> Die Anmeldung für die Ausbildung ist schriftlich ans BLV zu richten.</p> <p><sup>5</sup> Die Gebühren für die Ausbildung richten sich nach Anhang 9 Ziffer 4.1.</p>

<sup>1</sup> <http://www.fao.org/fao-who-codexalimentarius/codex-texts/all-standards/en/> : CAC/RCPI-1969, General Principles of Food Hygiene, zuletzt geändert 2003

84	<p>Die Teilnehmenden müssen sich auch für die Kurse anmelden, nicht nur für die Prüfungen. Wenn Kurse einzeln besucht werden können, dann muss ihre Gültigkeit definiert werden.</p> <p>➔ Gelb ist das was neu ist.</p>	<p><sup>1</sup> Die Bewerberin oder der Bewerber für die Diplomprüfung meldet sich schriftlich beim BLV an.</p> <p><sup>2</sup> Der Anmeldung sind beizulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. ein Lebenslauf mit einer Beschreibung der Ausbildung und des beruflichen Werdegangs;</li> <li>b. die Nachweise über die erfolgreichen Abschlüsse der Vor- und Ausbildung.</li> </ul> <p><sup>3</sup> Die Nachweise der Ausbildung nach Art 81 Absatz 2 dürfen nicht mehr als 10 Jahre zurückliegen.</p> <p><sup>4</sup> Das BLV entscheidet auf Antrag der PK über die Zulassung zur Prüfung.</p> <p><sup>5</sup> Die Prüfungsgebühr nach Anhang 9 Ziffer 3.1 muss vor der Prüfung bezahlt werden.</p>
91	<p>Die Teilnehmenden müssen sich auch für die Kurse anmelden, nicht nur für die Prüfungen. Wenn Kurse einzeln besucht werden können, dann muss ihre Gültigkeit definiert werden.</p> <p>➔ Gelb ist das was neu ist.</p>	<p><sup>1</sup> Die Ausbildung für das DLAL umfasst die folgenden Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Bewertung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen;</li> <li>b. Risikoanalyse in den Bereichen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände;</li> <li>c. in der Schweiz und international anwendbares Recht in den Bereichen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände;</li> <li>d. Trinkwasserversorgung.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Sie wird durchgeführt vom BLV sowie Kantonschemikerinnen oder Kantonschemikern und richtet sich nach den Vorgaben nach Anhang xy.</p> <p><sup>3</sup> Die Anmeldung für die Ausbildung ist schriftlich ans BLV zu richten.</p> <p><sup>4</sup> Die Gebühren für die Ausbildung richten sich nach Anhang 9 Ziffer 4.2.</p>
94		<p><sup>1</sup> Die Bewerberin oder der Bewerber für die Diplomprüfung meldet sich schriftlich beim BLV an.</p> <p><sup>2</sup> Der Anmeldung sind beizulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. ein Lebenslauf mit einer Beschreibung der Ausbildung und des beruflichen Werdegangs;</li> </ul>

		<p>b. die Nachweise über die erforderlichen Abschlüsse des <del>das</del> DAL, <del>sowie über</del> die theoretische Vorbildung und die Ausbildung.</p> <p><sup>3</sup> Die Nachweise der Ausbildung nach Art 91 Absatz 1 dürfen nicht mehr als 10 Jahre zurückliegen.</p>
91/1d	Der Begriff Trinkwasserversorgung anpassen zu Trinkwasser	Trinkwasser
92/1	Gendgerechte Sprache	Ausbildungsleitenden
92/3b	Testat streichen	<p><sup>1</sup> Der theoretische Teil der Diplomprüfung wird von der PK abgenommen oder an die Ausbildungsleiter der Bereiche nach Artikel 91 Absatz 1 delegiert.</p> <p><sup>2</sup> Er erstreckt sich auf die Bereiche nach Artikel 91 Absatz 1.</p> <p><sup>3</sup> Er erfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. in den Bereichen nach Artikel 91 Absatz 1 Buchstaben b-d schriftlich oder mündlich mit einem Prüfungs- oder Leistungsnachweis;</li> <li>b. <del>im Bereich von Artikel 91 Absatz 1 Buchstabe a mit einem Testat.</del></li> </ul>
93/2e	Auf Grund von Inspektionsergebnissen streichen	<p><sup>1</sup> Der praktische Teil der Diplomprüfung wird von der PK abgenommen. Die PK kann die Abnahme an einen Kantonschemiker oder eine Kantonschemikerin delegieren.</p> <p><sup>2</sup> Der praktische Teil umfasst je mindestens eine Aufgabe zu den folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. lebensmittelrechtliche Beurteilung eines Lebensmittels;</li> <li>b. lebensmittelrechtliche Beurteilung eines Gebrauchsgegenstands;</li> <li>c. Trinkwasserversorgung;</li> <li>d. Kennzeichnung von Lebensmitteln oder Gebrauchsgegenständen;</li> <li>e. <del>Verfügung von Massnahmen aufgrund von Inspektionsergebnissen.</del></li> <li>f. Verfassen einer Strafanzeige.</li> </ul>
94/4	Es ist nicht 3.2, sondern 3.2.1	3.2.1

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Union Suisse des Oenologues
Sigle entreprise / organisation / service	: USOE
Adresse, lieu	: La Vy-Neuve 3C, 1287 Laconnex
Interlocuteur	: Simone de Montmollin
N° de téléphone	: +41-79-691 4092
E-mail	: <a href="mailto:simone.demontmollin@usoe.ch">simone.demontmollin@usoe.ch</a>
Date	: 22 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	6
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	7
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	8
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	9
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	10
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	11
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	12
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	13
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	14
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	15
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	16
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	17
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	18
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	19
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	20
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	21
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	22
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	23
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public .....	24
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	25
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	26

## **1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019**

Remarques générales:

1. De manière générale, certaines modifications suscitent des interrogations sur la mise en oeuvre des contrôles qui en découlera. Le principe de proportionnalité dans l'appréciation des mesures de contrôle devra être respecté.
2. Seules les demandes de corrections figurent ci-après:  
DFI : ordonnance sur les boissons
3. Nous vous prions en outre de tenir compte de notre remarque soulevée lors de précédents échanges et relative à la casse cuivreuse: en oenologie nous parlons de casse cuivreuse et non de casse cuprique.

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**9 DFI : ordonnance sur les boissons**

**Remarques générales**

<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>
<b>art 72</b>	Nous notons la disparition de la possibilité d'autoriser temporairement, dans un but de recherche ou d'essais, des pratiques oenologiques non admises. Il s'agirait de prévoir ce cas de figure utile à la pratique, notamment au regard des enjeux environnementaux à relever par la branche.	
<b>Annexe 9</b>		
<b>point 50</b>	Ajouter du dioxyde de carbone à l'aide de contacteur membranaire doit être possible aussi sur les vins mousseux gazéifiés ainsi que sur les vins pétillants gazéifiés. Le droit UE le prévoit. (voir courrier du 25 juillet 2017)	Cette disposition doit être corrigée comme suit: "Ne s'applique pas à l'adjonction de dioxyde de carbone pour le vin mousseux et le vin pétillant"

<b>10</b>	<b>DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires</b>
-----------	--

<b>Remarques générales</b>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Spirituosenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SSV  
Adresse, Ort : Riedstrasse 14, 8953 Dietikon  
Kontaktperson : Gilbert Brülisauer, Zentralsekretär  
Telefon : 031 312 41 41  
E-Mail : [ssv@rbz.ch](mailto:ssv@rbz.ch)  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

<b>2            BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Das BLV stützt sich auf eine europäische Verordnung 2017/625. In Bezug auf die Spirituosen erwähnt das BLV nur die Verordnung 110/2008.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Spirituosen sind nur indirekt betroffen – die Alkoholgesetzgebung kennt eine strengere Regelung

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>5            BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Die Spirituosen sind nicht betroffen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Die Spirituosen sind nicht betroffen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 15	Diverse Fehler müssen korrigiert werden	<p>d. Die Definition "Kastanienbrand" existiert nicht mehr. Ergo muss auch der Höchstalkoholgehalt gestrichen werden.</p> <p>k. Ergänzen mit "Eierlikör" und "Avocadolikör" 15% vol Angesichts der Tatsache, dass die Definitionen im Teil 2, Kapitel 10 enthalten sind, gibt es keinen Grund einige dieser Bezeichnungen in kursiver Schrift aufzuführen.</p> <p>Die Alkoholgehalte einiger Produkte sind im Teil 2, Kapitel 10 bereits aufgeführt:  Honignektar  Maraschino  Guignolet  Rumpunch  Sloe Gin  Berenburg  Pastis de Marseille  Mistra  Sambucca</p>
Art. 148 Anis	Dieser Artikel ist schlecht platziert	<p>Dieser Artikel sollte zwischen den Artikeln 146 Pastis und 147 Absinth platziert sein</p> <p><u>Vorschlag:</u>  Art. 146 Pastis  Art. 147 Anis  Art. 148 Absinth</p>

Art. 120	Es ist falsch, das Verbot der Aromatisierung auf die Spirituosen der Artikel 122 bis 136 zu beschränken. Damit kommt man a contrario zum Schluss, dass die Aromatisierung für alle anderen Spirituosen erlaubt ist – z.B. Himbeerbrand...! – was nicht der Fall ist.	<u>Vorschlag:</u> Die Aromatisierung ist für die Spirituosen der Artikel 122 bis 136, 140 bis 142 und 147 verboten																		
Art. 121	Das Beschränken der Färbung (mit Karamel) auf die Spirituosen der Artikel 122 bis 136 ist irreführend. Man kommt damit a contrario zum Schluss, dass die Färbung für die Spirituosen der Artikel 137 bis 155 erlaubt ist.	<u>Vorschlag:</u> Das Färben von Spirituosen ist - ausgenommen gegenteilige Bestimmungen - auf folgende Spirituosen beschränkt: a. Das Färben der Spirituosen der Artikel 122 bis 129 ist ausschliesslich durch Zufügen von Karamel erlaubt. b. Das Färben der Spirituosen der Artikel 130 bis 136 sowie 139 und 140 ist verboten. c. Das Färben der übrigen Spirituosen ist nach Massgabe der spezifischen Bestimmungen der einzelnen Kategorien erlaubt.																		
Art. 119	In der Revision 2016 wurde der Artikel 119 auf den Absatz 1 gekürzt. Damit wurden die Höchstwerte für die Süssung „vergessen“	<u>Vorschlag:</u> Art. 119, Abs. 2 (neu) Die Süssung der in den Artikeln 122 ff definierten Spirituosen ist im Anhang 16 geregelt.  Anhang 16 (neu) Die Süssung gemäss Art. 119 Abs. 2 ist folgendermassen beschränkt: <table><tr><td>Whisky</td><td>0 g/l</td></tr><tr><td>Wodka</td><td>8 g/l</td></tr><tr><td>Getreidespirituose, -brand, -geist</td><td>10 g/l</td></tr><tr><td>Brand aus Apfel- Birnenwein</td><td>15 g/l</td></tr><tr><td>Obstbrand</td><td>18 g/l</td></tr><tr><td>Bierbrand, Brantwein, Tresterbrand</td><td></td></tr><tr><td>Drusenbrandd, Rum, Topinambourg</td><td>20 g/l</td></tr><tr><td>Honigbrand</td><td>20 g/l</td></tr><tr><td>Weinbrand, Brandy</td><td>35 g/l</td></tr></table>	Whisky	0 g/l	Wodka	8 g/l	Getreidespirituose, -brand, -geist	10 g/l	Brand aus Apfel- Birnenwein	15 g/l	Obstbrand	18 g/l	Bierbrand, Brantwein, Tresterbrand		Drusenbrandd, Rum, Topinambourg	20 g/l	Honigbrand	20 g/l	Weinbrand, Brandy	35 g/l
Whisky	0 g/l																			
Wodka	8 g/l																			
Getreidespirituose, -brand, -geist	10 g/l																			
Brand aus Apfel- Birnenwein	15 g/l																			
Obstbrand	18 g/l																			
Bierbrand, Brantwein, Tresterbrand																				
Drusenbrandd, Rum, Topinambourg	20 g/l																			
Honigbrand	20 g/l																			
Weinbrand, Brandy	35 g/l																			
Art. 130	Anpassung der französischen Version an die deutsche Version	(...) la distillation d'un fruit <u>frais</u> , charnu ou d'un moût de ce fruit, <u>en présence ou non de noyaux</u> , (...)																		

Art. 140	<p>Präzisierung zur genauen Abgrenzung zwischen Obstbrand und Geist (Art. 141)</p> <p>Zur Anpassung an EU Verordnung 110/2008 und 2019/787 muss folgender Abs. 3 (neu) ergänzt werden</p>	<p>(...) durch Einmischen von in Abs. 2 genannten Früchten oder Beeren, <u>vergoren oder unvergoren</u>, in Ethylalkohol (...)</p> <p>Der Hinweis „durch Mazeration oder Destillation gewonnen“ muss</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. im selben Sichtfeld wie der Hinweis „-brand (unter Voranstellung der Bezeichnung der Frucht), und</li> <li>b. in derselben Schriftart, Grösse und Farbe erscheinen.</li> </ul>
----------	---	---

<b>10      EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	<p><u>Beispiel</u> aus der Praxis: ein Brenner hat zweierlei Kirsch. Der eine weist einen zu hohen Ethylcarbamat-Gehalt auf, der andere einen sehr tiefen. Durch Vermischung beider Kirsch, entsteht ein Endprodukt, welches einen korrekten Ethylcarbamat-Gehalt aufweist.</p> <p>Das <u>Problem</u>: der Kirsch mit dem zu hohen Ethylcarbamat-Gehalt gilt als Zutat und darf nicht mit einem anderen Kirsch vermischt werden, weil er einen Kontaminanten enthält, der den Höchstwert in den Anhängen 1 bis 10 überschreitet.</p> <p><u>Bemerkung</u>: Ziel der Kontaminantenverordnung ist die Produktesicherheit und die Wahrung der Gesundheit der Konsumenten. Ausschlaggebend muss somit sein, ob das ENDPRODUKT den Höchstwert überschreitet.</p> <p>Die Spirituosen sind somit ein Ausnahmeprodukt, welche eine gesonderte Regelung verlangen</p>	<p><u>Vorschlag</u>: Schaffung eines Anhangs 11, der nur für die Spirituosen Geltung hat (zurzeit in Anhang 9 geregelt) und sich auf Ethylcarbamat und Methanol beschränkt.</p> <p>Die Spirituose mit einem zu hohen Kontaminantengehalt, welche zur Absenkung des Gehaltes noch mit einer anderen Spirituose vermischt werden muss, muss in der Alkoholbuchhaltung sowie auf dem Behälter klar als "Zwischenprodukt" gekennzeichnet sein, um zu vermeiden, dass sie in diesem Zustand in den Verkehr gebracht wird.</p>
Anhang 9	<p>Dieser Anhang betrifft die Spirituosen nicht direkt, betrifft sie jedoch indirekt (Ethylcarbamat, Methanol usw.)</p> <p><u>Ungereimtheit</u>: zurzeit liegt der Höchstwert für Blausäure (Hydrogencyanid) bei 70 mg/l. Der Höchstwert von Ethylcarbamat liegt bei 1 mg/l.</p> <p><u>Problem</u>: bei 70 mg Blausäure ist die Einhaltung des Ethylcarbamat-Höchstwertes unmöglich</p>	<p>Überarbeitung der Konkordanz zwischen den einzelnen Höchstwerten. Gerne stehen wir für ein diesbezügliches Gespräch zur Verfügung.</p>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 42a (neu)	Alkoholische Getränke dürfen keine Hinweise auf gesundheitsfördernde Eigenschaften verwenden.	Die im neuen Artikel 42 a gegebene Möglichkeit, auf eine Änderung des Rezeptes hinzuweisen (z.B. weniger Zucker), muss auch für Spirituosen erlaubt sein.
	Deklaration Rohstoffe: Heute ist das Herkunftsland des Rohstoffes (jedes Land) verlangt. Bei Lebensmitteln ist der kleinste geografische Raum möglich (z.B. Europa oder EU). Bei Spirituosen sollte dies auch möglich sein. Beispiel: Kirsch aus mehreren Ländern aufgrund der Ernteschwankungen ergibt bei jeder Produktionscharge andere Herkunftsangaben.	Für Spirituosen muss auch eine Rohstoffbezeichnung, nach dem kleinsten geografischen Raum angegeben werden können.

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 1	Rhabarber-Wurzel war stets eine in der Spirituosenherstellung verwendete Zutat. Nun figuriert die Rhabarberwurzel seit einiger Zeit in der Liste der unzulässigen Zutaten. Viele Bitter-Liköre enthalten Rhabarberwurzel	<u>Vorschlag:</u> Ausnahmeregelung für Spirituosen (für gewisse Spirituosen zulässig)

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Leitfaden zur Prüfung der Zulässigkeit eines Zusatzstoffes	Die Spirituosen gehören in die Kategorie 14.2.6.	Die zur Verwendung zugelassenen Zutaten müssen neu überarbeitet werden

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Diese Verordnung stützt sich nur teilweise auf die europäische Verordnung 2065/2003 (Rauchgeschmack). Es wäre angezeigt, auch die übrigen Regelungen zu übernehmen. Heute ist diese Verordnung nur schwer verständlich

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>18      EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>19      EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Betrifft die Spirituosen nicht		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Betrifft die Spirituosen nicht		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Betrifft die Spirituosen nicht

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Betrifft die Spirituosen nicht

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>24</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

Betrifft die Spirituosen nicht
--------------------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : St. Galler Bauernverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SGBV  
Adresse, Ort : Magdenauerstr. 2, 9230 Flawil  
Kontaktperson : Lukas Kessler  
Telefon : 071 394 20 15  
E-Mail : [lukas.kessler@bauern-sg.ch](mailto:lukas.kessler@bauern-sg.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	12
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	22
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	23
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	23



## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der SGBV begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

Im Übrigen unterstützen wir die Stellungnahme des Schweizer Bauernverbands.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SGBV begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der SGBV fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welchen tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem SGBV ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Der SGBV schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des SGBV eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der SGBV geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der SGBV nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht des SGBV akzeptabel	---

Art. 31 Abs 5	Der SGBV begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	<p>Der SGBV begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des SGBV wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des SGBV nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der SGBV ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des SGBV ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des SGBV daher nicht verhältnismässig.	Der SGBV lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem SGBV ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort “unverzüglich” soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des SGBV nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der SGBV lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der SGBV unterstützt diese Änderung	



**3      BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Artikel**

**Kommentar / Bemerkungen**

**Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)**

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der SGBV begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der SGBV die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen



	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9 EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den SGBV sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der SGBV fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der SGBV fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)  <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lbly</u></i></p>
Anhang 14	<p>Bemerkung</p> <p>Der SGBV bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.</p>	



<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Der SGBV begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

**Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht**  
**Vernehmlassung bis 26. August 2019**  
*(für SFF verlängert bis 30. August 2019)*

**Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Fleisch-Fachverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SFF  
Adresse, Ort : Sihlquai 255, Postfach 1977, 8031 Zürich  
Kontaktperson : Ruedi Hadorn  
Telefon : 044 / 250 70 60  
E-Mail : r.hadorn@sff.ch  
Datum : 28. August 2019

**Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	8
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	14
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	15
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	21
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	21
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	22
9	EDI: Getränkeverordnung .....	24
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	24
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	25
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	26
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	32
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	32
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	33
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	34
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	34
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	35
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	36
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	40
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	41
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	41
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	42
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	42

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor Wyss, sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) bedankt sich in seiner Funktion als Branchenorganisation für die fleischverarbeitende Branche, die rund 24'000 Mitarbeitende umfasst, für die Möglichkeit zur Stellungnahme\*. Da die fleischverarbeitende Branche nur in Teilbereichen von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen ist, erlauben wir uns, uns auch nur zu denjenigen Punkten zu äussern, die unseren Sektor direkt betreffen. Die Beurteilung der übrigen Anpassungsvorschläge überlassen wir den jeweils betroffenen und für die jeweiligen Fragestellungen kompetenteren Kreisen. In einzelnen Fällen äussern wir uns im Rahmen der vorliegenden Revision auch zu bereits bestehenden Vorgaben bzw. zu einzelnen, bereits 2015 im Rahmen von Largo eingebrachten Aspekten, die bislang leider nicht Eingang in die jeweiligen Verordnungen gefunden haben, aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen aber gleichwohl einer Änderung bedürfen.

Generell halten wir fest, dass die vorliegende Revision ein sehr breites Spektrum enthält, das von gewichtigen Erleichterungen bis hin zu massiven Erschwernissen und zusätzlichen Belastungen reichen, die im Einzelfall ein klares «No Go» bedeuten und zwingend weitere Schritte in politischer Hinsicht bedingen würden. Mit der «kleinen» Revision des Lebensmittelverordnungsrechtes wird eine wohl eine weitere Angleichung des schweizerischen Rechts an dasjenige der EU zwecks Abbau von Handelshemmnissen sowie der Gewährleistung eines vergleichbaren Schutzes der Schweizer Konsumenten angestrebt, was wir vom Grundsatz her wohl nachvollziehen können – dies auch im Wissen darum, dass eine Äquivalenz mit dem EU-Recht für den inländischen Markt eigentlich nicht notwendig ist. Gerade in einer Zeit, in welcher in der Öffentlichkeit und in der Politik der Abbau der administrativen Belastungen und Vereinfachungen breit diskutiert wird, ist es für uns jedoch völlig unverständlich, wenn bei der konkreten Rechtssetzung zusätzliche, schweizspezifische Erschwernisse im Sinn eines «Swiss Finish» eingeführt werden sollen. Dies auch deshalb, weil diese die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Lebensmittelwirtschaft in Anbetracht des bereits heute hohen, generellen Kostenniveaus unseres Landes noch mehr beeinträchtigen würden.

Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr erachten wir für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturanpassung erfordern, zu kurz. Im Rahmen von «Largo» wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass vorgenommen, die zeigte, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von vier Jahren klar abnehmen. Wir verlangen daher auch für das vorliegende, materielle Verordnungspaket «Stretto 3» eine generelle Übergangsfrist von vier Jahren – eine generelle Forderung, die wir im Folgenden bei den einzelnen Verordnungen jeweils nicht nochmals explizit aufführen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, beurteilen wir materiell insbesondere die vorgeschlagenen Anpassungen beim Tiefgefrieren von Fleisch mit der Ausnahme des Einzelhandels, die Möglichkeit der Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbestand auch wieder bei Tieren der Rindviehgattung, die beabsichtigte Erleichterung bei den Temperaturvorgaben beim Transport von Schlachtkörpern und den genannten Teilen davon, den pragmatischen Ansatz bei der GVO-Deklaration wie auch die Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleich-



wohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, als positiv. Wünschenswert wäre hierzu jedoch eine Erweiterung um weitere Konservierungsarten mit einem zur Erhitzung vergleichbaren Effekt zwecks Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit wie auch eine Überprüfung der Situation, dass Bezeichnungen mit dem Begriff «Separatorenfleisch» für hochwertiges, im Niederdruckverfahren gewonnenes Rohmaterial aufgrund der fehlenden Kundenakzeptanz dazu führen, dass dieses nicht mehr dem menschlichen Konsum zugeführt, sondern über den Pet-Kanal abgewertet werden müsste. Umgekehrt bedauern wir jedoch, dass bei der Verwendung von fleischspezifischen Begriffen in Kombination mit veganen und vegetarischen Speisen wie auch der andauernden Bevorteilung der Primärproduktion auch in lebensmittelrechtlichen Fragen die dringend notwendigen Anpassungen auch im Rahmen der vorliegenden Revision noch immer nicht vorgenommen werden. Klar ablehnend stehen wir den zusätzlichen Verschärfungen bei der Kennzeichnung sowie der verstärkten Benachteiligung vor allem der gewerblichen Metzgereien gegenüber, wobei sich letztere auf die ungleich langen Spiesse im Vergleich zur Hof- und Weideschlachtung und insbesondere auf die Ausweitung und Erhöhung der Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung bezieht. Letzteres stellt aus Sicht des SFF den eigentlichen Knackpunkt der vorliegenden Revision auch im Sinne eines «Swiss Finish» dar und dürfte für viele kleine, oftmals dezentral gelegene schlachtende Betriebe (inkl. der damit verbundenen Arbeitsplätze) gar zur Existenzfrage werden! Dies ist umso unverständlicher, dienen doch auch die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung dem Zweck der Lebensmittelsicherheit, deren Kontrollen im Grundsatz Art. 58 des Lebensmittelgesetzes folgend bei keinen bzw. geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei sind. Umso mehr nicht nachvollziehbar und realitätsfern ist daher der nun zusätzlich vorgeschlagene Paradigmenwechsel von einem Gebührenansatz hin zu einer Flexibilisierung mit unterschiedlichen Beurteilungskriterien und einer maximalen Verdoppelung der Gebühren für Arbeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeit. Im Interesse seiner Mitglieder wird der SFF diese Anpassung, sollte sie trotz unserer äusserst berechtigten Einwände dennoch Eingang ins Lebensmittelverordnungsrecht finden, in Frontalopposition sowohl in der Öffentlichkeit wie auch auf politischer Ebene bekämpfen.

Für eine Berücksichtigung unserer Argumente im Rahmen Ihrer Entscheidungsfindung sind wir Ihnen schon im Voraus dankbar und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Schweizer Fleisch-Fachverband SFF  
Der Präsident                      Der Direktor

sign. Dr. Ivo Bischofberger    sign. Dr. Ruedi Hadorn  
alt Ständerat

*\* Die in der vorliegenden Stellungnahme aufgeführten männlichen Formen schliessen immer auch die weibliche mit ein.*

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Obwohl bislang von der Thematik wenig betroffen, erachten wir die nun vorgesehene Angleichung an die EU in Bezug auf die neu mögliche Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» als durchaus positiv zu wertende Beseitigung eines gewichtigen Nachteils für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Hingegen erachten wir die spezifische Angabe des Verbrauchsdatum für leicht verderbliche, d.h. zu kühl zu haltende Lebensmittel, die am Ort der Abgabe umhüllt oder verpackt oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackt werden, als unnötig. Generell ist bei der Ausgestaltung der neu vorgesehenen Regelungen von einer weiteren Ausdehnung des administrativen Aufwandes im Hinblick auf die Anwendbarkeit in der Praxis zwingend abzusehen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs. 3 und 4	Die Zitierung von EU-Verordnungen macht die Übersichtlichkeit für die Anwender – vor allem aus der Praxis – nahezu unmöglich. Vor allem unter Berücksichtigung der doch sehr umfangreichen Fussnoten wäre eine direkte Aufführung der unter Abs. 3 und 4 fallenden Begriffe zielführender.	Aufführen der unter den Abs. 3 und 4 umschriebenen bzw. referenzierten Begriffsdefinitionen direkt in der Verordnung, allenfalls unter paralleler Beibehaltung der bereits vorgesehenen Referenzierungen
Art. 14, Abs. 2	Die Möglichkeit der Angabe der Sachbezeichnung von umschriebenen Lebensmitteln nur für den Fall, dass diese der Umschreibung bzw. den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen, ist im Grundsatz zu begrüßen. Diese muss aber zwingend auch Anwendung finden im Falle, dass fleischspezifische Begriffe in Kombination mit vegetarischen bzw. veganen Speisen verwendet werden (vgl. auch Kommentar und Antrag zu Art. 40 der LIV)	Überprüfen
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4, Bst. a, Ziffer 2 und Abs. 5	Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Dies ist insbesondere auch für Lebensmittel tierischer Herkunft wichtig, für deren Produktion der Einsatz von GVO-Futtermittelzusatzstoffen bzw. GVO-Tierarzneimittel, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt	-

	und chemisch definiert wurden, notwendig war. Die grosse Bedeutung ergibt sich deshalb, weil neu die Möglichkeit bestehen soll, bei der Deklaration die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» zu verwenden und damit ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt zu schaffen.	
Art. 36, Abs. 2 <sup>bis</sup> (neu)	Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Wie bereits schon früher vorgeschlagen denken wir konkret an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.	Neu: «Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken; vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 Bst. c. und Bst. i. sowie die Angaben zur Rückverfolgbarkeit.»
Art. 39, Abs. 2, Bst. d	Die Angabe des Verbrauchsdatums für am Ort der Abgabe umhüllte oder verpackte oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackte, leicht verderbliche Lebensmittel ist nach unserer Beurteilung in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbar. Auch bedarf sie keiner besonderen Regelung, nachdem in der LIV, Art. 13, Abs. 2 ja bereits festgehalten ist (vgl. auch entsprechenden Vorbehalt bei Art. 13, LIV), dass für kühl zu haltende Lebensmittel das Verbrauchsdatum anzugeben ist. Überdies ist nicht nachvollziehbar, weshalb mit Art. 39b, Bst. d eine spezifischere Bestimmung mit der LGV auf der Stufe einer Bundesratsverordnung festgehalten wird, während die allgemeinere Vorgabe in der LIV auf der Stufe einer Departementsverordnung geregelt werden soll.	Streichen

<p>Art. 44, Abs. 1, Bst. c (neu) (in 2. Priorität allenfalls auch in der LIV in Art. 3 unter neuem Abs. 6 platzieren)</p>	<p>Gerade im Online-Handel ist zum Zeitpunkt des Kaufentscheides (vielfach bis zwei Wochen vor der Anlieferung) bei Lebensmitteln mit wechselnden Provenienzen oftmals noch nicht klar, welche Herkunft das ausgelieferte Produkt jeweils konkret hat. Daher sollte bei online-Angeboten die Möglichkeit geschaffen werden, dass online die in Frage kommenden Herkünfte aufgelistet werden können, wenn gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die konkrete Herkunftsangabe auf dem schlussendlich zugestellten Produkt erfolgt. Alternativ wäre auch die Sicherstellung der betreffenden Informationen über eine Hotline (z.B. Telefon, Internet) denkbar, über die die gewünschte Information durch den einzelnen Kunden konkret und direkt nachgefragt werden kann. Auf diese Art und Weise würde einerseits die Transparenz gegenüber den Konsumenten gewährleistet, andererseits blieben die betroffenen Unternehmen mit einem vertretbaren Aufwand handlungsfähig.</p>	<p>Neu: <u>«Bei wechselnden Provenienzen eines Lebensmittels bzw. von Zutaten, deren Herkunft zu deklarieren ist, können online die Angaben nach Art. 3, Abs. 1, Bst. g, h und i, LIV sämtliche in Frage kommenden Firmen und Produktionsländer umfassen. Gleichzeitig ist online der Hinweis «Die konkrete Herkunftsangabe erfolgt auf dem zugestellten Produkt innerhalb der online angegebenen Möglichkeiten“ anzubringen.» oder die Auskunft anderweitig zur Verfügung zu stellen.</u></p> <p>Alternativ: Analog zur bereits bestehenden Regelung bei Schnittsalat wäre zu prüfen, ob für die Angabe der Herkunft allenfalls die Angabe des äusseren geographischen Bereiches der in Frage kommenden Produktionsländer unabhängig vom Produkt als ausreichend anerkannt werden könnte.</p>
<p>Art. 81, Abs. 3</p>	<p>Die Möglichkeit der Standardisierung von bestimmten Probe- und Analyseverfahren ist im Sinne der Vergleichbarkeit zu begrüßen. Im Sinne des Kosten- bzw. Aufwandmanagements zuhanden der Praxis sind diese zwingend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu unterordnen, d.h. das Optimum und nicht das Maximum hat im Vordergrund zu stehen.</p>	<p><u>«... Probenahmeverfahren dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgend für verbindlich erklären.»</u></p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Nachdem die LMVV aktuell einer Totalrevision unterzogen wird, haben wir uns erlaubt, verschiedene im Rahmen von «Largo» eingebrachte Punkte erneut einzubringen, zumal uns deren Einbezug unverändert als adäquat erscheint.

Auch aus unserer Sicht bleibt der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen unbestritten. Deren Ausgestaltung muss sich jedoch vermehrt nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit ausrichten und darf keinesfalls zu zusätzlichen Aufwendungen – seien diese zeitlicher Art oder mit der Erhebung von (zusätzlichen) Gebühren verbunden – führen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	Für die der Lebensmittelgesetzgebung unterstellten KMU's sind die amtlichen Kontrollen im Verhältnis gesehen sehr aufwendig. Es sollte daher für diese die Möglichkeit von erleichterten Kontrollen geschaffen werden, wobei auch diese über eine Selbstkontrolle verfügen müssen.	neu: <i>«Lebensmittelbetriebe, die nach Art. 21 der LGV nicht bewilligungspflichtig sind, können in vereinfachter Form kontrolliert werden.»</i>
Art. 7, Abs. 2 und 3	Mit dem vorgeschlagenen Informationssystem zur Transparenz der amtlichen Kontrollen befürchten wir, dass sich dieses rasch in die Richtung eines öffentlichen Prangersystems bewegt, was es in jedem Falle zu vermeiden gilt. Daher ist die Anonymität der jeweils kontrollierten Unternehmen zwingend zu gewährleisten.	Überprüfen hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben der Datenschutzgesetzgebung
Art. 9, Abs. 3	Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb den kontrollierten Betrieben nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden soll. Da diese sowieso erfolgen, ist deren generelle Weiterleitung an die kontrollierten Betriebe ein Leichtes.	<i>«... kontrollierten Betrieben auf Verlangen eine Kopie...»</i>
Art. 12	Wir erachten eine Koordination des Vollzuges in den einzelnen Kantonen zwecks Gleichbehandlung der kontrollierten Betriebe über die Kantons-grenzen hinweg als besonders wichtig bzw. gar zwingend. Gerade deshalb begrüssen wir die Möglichkeit der Schaffung von Weisungen durch das BLV zur Koordination des Vollzuges über die Kantonsgrenzen hinweg ausdrück-lich. Umgekehrt gilt es jedoch zu vermeiden, dass die Koordination des	Gewährleistung der Gleichbehandlung der kontrollierten Betriebe über die Kantonsgrenzen hinweg

	Vollzugs zu einer übermässigen administrativen Bürde sowohl für die kantonalen Behörden und die dafür zugezogenen Unternehmen wird.	
Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug (siehe auch Kommentar zu Art. 12)	«... <i>Verordnung sowie einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen zu gewährleisten...</i> »
2. Kapitel (Art. 14-22)	Der Grundsatz, dass amtliche Kontrollen einer Notwendigkeit entsprechen, steht auch aus unserer Sicht ausser Frage. Angesichts der Vielfalt und der Menge der damit verbundenen Tätigkeiten muss der Fokus jedoch vermehrt auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit ausgelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.	-
Art. 14	Gemäss Erläuterungen ist es den Vollzugsbehörden freigestellt, auch nur selektiv ausgewählte Punkte zu kontrollieren. Nach welchen Kriterien diese Auswahl erfolgt, bleibt jedoch im Dunkeln. Ebenso unklar bleibt, ob eine amtliche Kontrolle immer die Untersuchung der von den Betrieben durchgeführten Kontrollen und der Ergebnisse in Kombination mit einer Inspektion zu enthalten hat oder ob diese auch einzeln möglich sind.	Überprüfen
Art. 19, Abs. 4	Je nach Ausgangslage ist die Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Liste nebst der bestehenden Liste der bewilligten Betriebe neu auch für die gemeldeten Betriebe schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufzuschalten wäre.	Überprüfen
Art. 28	Im Gegensatz zu Art. 23, Abs. 3 der aktuell geltenden Verordnung mit Inkraftsetzung per 16.12.2016 fehlt der Verweis auf die neu nummerierten Art. 49 bis 60 zur Durchführung der Probenahme	Überprüfen

Art. 31, Abs. 2	Im Zusammenhang mit der Rückweisung von Sendungen den Vorgaben von Art. 30, Abs. 1, Bst. b zufolge stellt sich die Frage, ob diese nur beim vollständigen Fehlen der Begleitdokumente nach Art. 86, Abs. 2, LGV oder auch beim unkorrekten Vorliegen einzelner Angaben zur Anwendung gelangt.	Präzisieren
Art. 48, Abs. 4	Für den Fall, dass für Laboruntersuchungen noch keine validierten Methoden auf wissenschaftlicher Basis vorliegen, ist die Aussagekraft der betreffenden Ergebnisse für die Anordnung von weiterführenden Massnahmen nach unserer Beurteilung schon im Vorherein begrenzt. Diesem Umstand gilt es bei allenfalls angeordneten Korrekturvorgaben im konkreten Einzelfall unbedingt Rechnung zu tragen.	Präzisieren
Art. 53, Abs. 2	Der allfällige Zwang von Warenbesitzern, nötigenfalls bei der Probenerhebung durch die Kontrollorgane mitzuwirken, ist fragwürdig, zumal dies der Qualität bzw. der Objektivität der gezogenen Proben nicht unbedingt förderlich sein dürfte.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe neben der Beanstandung selbst aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: <u>«Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.»</u>
Art. 60, Abs. 2	Beim Ziehen mehrerer Proben ist es durchaus möglich, dass mehrere Proben wohl einen Ankaufswert unter 10 Franken haben, die Gesamtsumme über alle Proben hinweg jedoch deutlich darüber liegt. Die Limite von 10 Franken ist daher nicht auf die einzelne Probe zu beziehen; vielmehr soll der Warenwert der nicht beanstandeten Proben gruppiert ab 10 Franken vergütet werden.	Präzisieren: <u>«Gemeinsam gezogene, nicht beanstandete Proben mit einem Gesamt-Ankaufswert unter 10 Franken werden nicht vergütet.»</u>
Art. 61-63	Als Aussenstehende können wir zu wenig beurteilen, welche finanziellen, personellen und infrastrukturmässigen Aufwendungen mit der Betrauung der Funktion als Referenzlaboratorien und der damit verbundenen Aufgaben wie	Überprüfen

	<p>z.B. laborübergreifende Vergleichstests schlussendlich haben. Auch hier appellieren wir an das Prinzip der Verhältnismässigkeit.</p> <p>Von zentraler Bedeutung bleibt aus unserer Sicht die Einbindung der Schweizer Referenzlaboratorien in das Kontrollsystem der EU.</p>	
Art. 64, Abs. 5	Nebst amtlichen Tierärzten erachten wir für die Durchführung der Kontrolle von Zerlegebetrieben auch die amtlichen Fachassistenten als kompetent.	<p>Ergänzen:</p> <p>«.... über ein Fähigkeitszeugnis als amtliche Tierärztin, amtlicher Tierarzt, <u>amtliche Fachassistentin oder amtlicher Fachassistent</u> nach der Verordnung ....»</p>
Art. 71 und Art. 80, Abs. 1	Wir bedauern, dass amtliche Fachassistenten bzw. Lebensmittelinspektoren als Vorbildung nicht explizit eine berufliche Ausbildung in der Lebensmittel- oder Gebrauchsgegenständeherstellung, -verarbeitung oder -handel nachweisen müssen, sondern dass diese allgemeiner Natur sein kann. Wir befürchten damit, dass darunter der Praxisbezug bei den zukünftigen Betriebskontrollen leidet, wie dies aus unserem Mitgliederkreis uns gegenüber verschiedentlich bemängelt wird.	<p>Ergänzen:</p> <p>«....<u>entsprechender Berufserfahrung oder abgeschlossener beruflicher Grundbildung in der Lebensmittel- oder Gebrauchsgegenständeherstellung, -verarbeitung oder -handel.</u>»</p>
5. Kapitel (Art. 99-110)	Ohne auf die Details einzugehen, gehen wir gemäss Art. 59 und 60 LMG davon aus, dass zwischen den einzelnen Behördenstellen und allenfalls Dritten nur Personendaten bekannt gegeben werden, die der Empfänger für die Ausübung der gesetzlichen Aufgaben unbedingt benötigt. Uns fehlen jedoch Sanktionsmassnahmen innerhalb der Behörden für den Fall, dass diese Vorgaben missachtet werden.	Ergänzen mit Sanktionsmassnahmen, falls die betreffenden Vorgaben nicht eingehalten werden
Art. 105 <sup>bis</sup> (neu)	<p>Für den Fall, dass Kontrollen zu gerichtlichen Verfahren mit einem Schuldspruch führen und damit die Unschuldsvermutung nicht mehr gilt, so ist der Name des Schuldigen auf Nachfrage hin dem Anfrager bekannt zu geben. Nur so lässt sich vermeiden, dass – wie heute zum Teil der Fall – in gewissen Fällen ein Generalverdacht auf ähnliche, im näheren Umfeld gelegenen Betriebe mit entsprechend negativen Konsequenzen für diese aufgebaut wird, wofür sie nichts können.</p>	<p>«Art. 105<sup>bis</sup>: Bekanntgabe von Daten bei Verurteilungen» (neu)</p> <p>«<u>Falls Kontrollen zu gerichtlichen Verfahren mit einem Schuldspruch führen, so sind der Name des Schuldigen sowie das Urteil auf Nachfrage hin dem Anfrager bekannt zu geben.</u>»</p>



Art. 111, Abs. 2	Wir begrüssen den Grundsatz, dass amtliche Kontrollen an sich gebührenfrei sind, ausser wenn sie zu Beanstandungen oder zur Inanspruchnahme einer Dienstleistung der Bundesbehörden geführt haben. Nach unserer Auffassung sollten jedoch auch geringfügige Beanstandungen wie z.B. Formalitäten keine Kontrollgebühren auslösen.	Ergänzen: «.... zu Beanstandungen geführt haben, <u>die ausschliesslich eine Gesundheitsgefährdung, eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten, eine erwiesenermassene Absicht und/oder eine Wiederholung beinhalten.</u> »
Art. 112, Abs. 3	Im Zusammenhang mit der Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen ist eine entsprechende Ausnahme vorzusehen oder dann der gesamte Absatz zu streichen (vgl. auch Kommentar zu Art. 60 u. 61, VSFK).	Streichen oder explizite Ausnahme für die Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen vorsehen
Art. 116, Abs. 1	Gemäss diesem Absatz sind die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung, die erwiesenermassen ebenfalls unter die amtlichen Kontrollen fallen, beim Ausbleiben von Beanstandungen gebührenfrei.	Überprüfen
Art. 116, Abs. 2	Die Obergrenzen der Gebühren für Inspektionen (max. Fr. 4'000.-) und für Probenuntersuchungen (max. Fr. 6'000.- pro Probe) sind stark übertrieben und widersprechen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit.	Anpassen: - Bst. b: <u>höchstens 1'000 Franken pro Inspektion</u> - Bst. c: <u>höchstens 1'000 Franken pro Probe</u>
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht einzusehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur teilweise erfolgt (vgl. Abs. 1).	Streichen
Art. 119, Abs. 3 (neu)	Aus unserer Sicht ist bei einer Änderung der Anhänge der Einbezug der betroffenen Kreise zwingend. Auch sollten die schlussendlich vorgenommenen Anpassungen aktiv kommuniziert werden, da eine andauernde Holschuld seitens der Betriebe angesichts all der diversen Anhänge schlichtweg illusorisch ist.	Ergänzen: « <u>Es hört hierzu die betroffenen Kreise der Wirtschaft an und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen des jeweiligen Anhangs aktiv.</u> »
Anhang 9	Die Obergrenzen der Gebühren des Bundes für Inspektionen (max. Fr. 4'000.-), Probenuntersuchungen (max. Fr. 6'000.- pro Probe) sowie für	Anpassen: - <u>Punkt 1.3: höchstens 1'000 Franken pro Inspektion</u>

	Bewilligungen gemäss LGV bzw. für neuartige Lebensmittel (je max. Fr. 50'000.-) sind stark übertrieben und widersprechen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Punkt 1.4: höchstens <u>1'000 Franken</u> pro Probe</i></li> <li>- <i>Punkt 2.1: 200-<u>2'000</u> Franken</i></li> <li>- <i>Punkt 2.2: 200-<u>2'000</u> Franken</i></li> </ul>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Integration der Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung ausdrücklich in der Hoffnung, dass damit besser über kurz denn lang endlich die ungleich langen Spiesse zwischen Primärproduktion und dem Lebensmittelsektor möglichst minimiert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7, Abs. 5 und 6	Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die zuständigen Vollzugsbehörden im Gegensatz zu all den übrigen Bereichen die Kontrollintervalle für die Primärproduktion risikobasiert nicht kürzen bzw. in schwer zugänglichen Gebieten nicht erhöhen können.	« <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion</del> können die...»
Art. 8, Bst. d	Bst. d würde sich bei der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Anpassung zu Art. 7 wohl erübrigen	Streichen
Art. 12	Es ist für uns unverständlich, weshalb nur für die tierische Primärproduktion, nicht aber für die nachgelagerten Stufen, die Möglichkeit von Verwaltungskontrollen anstelle der Grundkontrollen geschaffen werden soll. Wir fordern diesbezüglich klar gleich lange Spiesse für den gesamten Lebensmittel-sektor.	« <del>In der tierischen Primärproduktion</del> <u>Es</u> kann eine Verwaltungskontrolle...»
4. Abschnitt (Art. 10-17)	Die vorliegende Revision würde die gute Gelegenheit darstellen, die Kontrollen zwischen Land- und Ernährungswirtschaft, insbesondere wenn es sich um gleiche Aktivitäten handelt, endlich zu vereinheitlichen und damit die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen aus der Welt zu schaffen. Mit der Integration der betreffenden Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung wurde zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, ausreichend ist dies aber noch lange nicht.	Streichen bzw. Bestimmungen der ganzen Verordnung an die übrige Lebensmittelkette anpassen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Als Vertreter der wohl am meisten von der VSFK betroffenen Branche stellen wir seitens des SFF verschiedene Erleichterungen für die schlachtenden Betriebe fest, von der wohl die nach BSE wieder beabsichtigte Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung von Tieren der Rindviehgattung auch im Herkunftsbestand sowie die nicht dauernd notwendige Präsenz des amtlichen Tierarztes bei Schlachtungen in Schlachtbetrieben mit geringer Kapazität im Vordergrund stehen dürften.

Leider wird diese positive Entwicklung durch die Schaffung von Ungleichheiten bei der Einführung der Hof- und Weideschlachtung im Vergleich zu den Anforderungen für Metzgereien (vor allem in baulicher und hygienischer Hinsicht), vor allem aber durch die massive Verteuerung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung durch die Erweiterung auf Ansätze nach Zeitaufwand bzw. pro kg Fleisch einerseits, andererseits aber auch durch die Möglichkeit die Ansätze für Arbeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeit bis maximal den doppelten Höchstarifen anzuheben, unterminiert. Dieser Frontalangriff auf die schlachtenden Betriebe ist ein klares «No Go» für die fleischverarbeitende Branche und müsste bei einem Festhalten seitens der zuständigen Behörden im Sinne eines Swiss Finish auch auf politischer Ebene bzw. über das eidgenössische Parlament mit allen Kräften massivst bekämpft werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1, Abs. 2	Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass die VSFK mit Ausnahme der privaten häuslichen Verwendung für sämtliche Schlachtungen und/oder Verarbeitungen zu gelten hat und zwar auch unabhängig davon, ob diese ganz oder teilweise im Herkunftsbestand erfolgen. Die vorgeschlagene Erweiterung nur um die Verarbeitung im Herkunftsbestand ist aus unserer Sicht nicht ausreichend.	<i>«Sie gilt nicht für die Schlachtung zur privaten häuslichen Verwendung; <del>bei Schlachtvieh, Hausgeflügel, Hauskaninchen, Gehegewild und Laufvögeln gilt sie jedoch nur dann nicht, wenn die Schlachtung und die Verarbeitung des Schlacht tierkörpers im Herkunftsbestand erfolgt.</del>»</i>
Art. 3, Bst. k	Die Definition des Schlachtbetriebs als Betrieb «zum Gewinnen von Fleisch von anderen Tieren als Säugetieren und Vögeln» ist sprachlich verwirrend und ergibt keinen Sinn.	Überprüfen und verständlich formulieren
Art. 3, Bst. m	Bei der Überprüfung der Kongruenz mit der Landwirtschaftsgesetzgebung haben wir festgestellt, dass die im Rahmen von «Largo» erfolgte Erhöhung der Anzahl Schlachteinheiten von 1'200 auf 1'500 für Schlachtbetriebe mit geringer Kapazität in der Schlachtviehverordnung SV, Art. 3, Abs. 1 in Bezug auf die neutrale Qualitätseinstufung noch nicht vorgenommen wurde.	Anpassen von Art. 3, Abs. 1, Schlachtviehverordnung: 1'200 durch 1'500 Schlachteinheiten ersetzen

Art. 3, Bst. n	Die Definition des Zerlegens eines Tieres bei der Schlachtung in maximal Sechstel ist zu ungenau formuliert, da unklar bleibt, ob die bei der Schlachtung anfallenden Teile ebenfalls den Anteilen der Zerlegung zugerechnet werden (vgl. Kopf, Darmpaket, Sigel, Füsse und dergleichen). Wenn die Anzahl der Anteile spezifiziert werden sollte, dann müssten sich diese auf den ausgenommenen Schlachtkörper und nicht auf den gesamten Tierkörper beziehen.	Anpassen: «... maximal ein Sechstel <u>des ausgenommenen Schlachtkörpers</u> sowie Enthäuten ....»
Art. 3, Bst. q und r	Eine Definition der Hof- bzw. der Weideschlachtung macht nur unter dem Vorbehalt zu Art. 9a Sinn.	Überprüfen
Art. 3, Bst. r	Gemäss Art. 9a, Abs. 1 ist die Weideschlachtung nur für Tiere der Rindergattung zulässig	Ergänzen: «... <i>Entbluten der Tiere der Rindergattung auf ....</i> »
Art. 6, Abs. 3	Die Erweiterung der Festlegung der Schlachtfrequenz nebst der stündlichen auf eine tageweise wird aus den in den Erläuterungen aufgeführten Gründen ebenfalls begrüsst.	-
Art. 9, Abs. 2, Bst a	Die Ausweitung der Möglichkeiten von Krankschlachtungen ausserhalb des Schlachtbetriebes, wenn der Transport dem lebenden Tier nicht zugemutet werden kann, ist zu begrüssen. Allenfalls ist explizit auf die Zuständigkeit nach Art. 28, Abs. 2 hinzuweisen.	Überprüfen
Art. 9, Abs. 2, Bst c	Der Einbezug der Hof- bzw. der Weideschlachtung macht nur unter dem Vorbehalt zu Art. 9a Sinn.	Überprüfen
Art. 9a	Sowohl für die Weide- wie auch die Hofschlachtung ist eine Bewilligung des zuständigen kantonalen Veterinäramtes vorgesehen, deren Einhaltung sämtlicher Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelsicherheit vorausgesetzt wird. Damit wird im Gegensatz zu den Schlachtbetrieben ein Paradigmenwechsel hin zu einer ergebnisorientierten Überprüfung vollzogen, während für die Schlachtbetriebe gemäss Art. 1 und 3 bzw. den Anhängen 1 und 3 der Verordnung über die Hygiene und das Schlachten (VHyS) spezifische Anforderungen an die Ausstattung und Hygiene der Räumlichkeiten und Einrichtungen (z.B. Handwaschgelegenheiten, Oberflächenbeschaffenheit von Böden und Wänden, Auffangen des Blutes) gestellt werden.	Überprüfen der baulichen und hygienischen Vorgaben an die Schlachtbetriebe in Richtung einer ergebnisorientierten Kontrolle, um so gleich lange Spiesse mit der Hof- und Weideschlachtung zu schaffen

Art. 9a, Abs. 2, Bst. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine «fachkundige Person» nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann. In Schlachtbetrieben hingegen muss das zuständige Personal über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung für die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177, Abs. 2 in Verbindung mit Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist im Sinne von gleich langen Spiessen daher auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Ergänzen: Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> <u>2 in Verbindung mit Art. 197, TSchV</u> betäubt <u>und entblutet</u> werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. <u>Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</u>
Art. 28, Abs. 1	Die der EU folgend neue Möglichkeit, künftig auch bei Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand durchführen zu können, wird ausdrücklich begrüsst, erhöht sie doch die seit langem geforderte Flexibilität in Bezug auf die frühmorgendlichen Schlachtungen.	-
Art. 28, Abs. 2	Ebenso heissen wir im Sinne des Tierschutzes die neue Möglichkeit gut, dass neu auch ein Bestandestierarzt bei verunfalltem oder krankem Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung durchführen bzw. die Schlacht- und Transporttauglichkeit bestätigen kann.	-
Art. 29, Abs. 4	Aufgrund der Besonderheiten der Jagd ist es einerseits verständlich, wenn sich der amtliche Tierarzt beim Fehlen von Organen bei der Fleischuntersuchung auf die Angaben des Jägers oder der Jägerin und der fachkundigen Person abstützen kann. Andererseits stellt sich die Frage der Gleichbehandlung bei Metzgereien, wenn aus irgendeinem Grund ein einzelnes oder mehrere Organe für die Fleischuntersuchung ebenfalls nicht mehr zur Verfügung stehen.	Überprüfen
Art. 44, Abs. 1 <sup>bis</sup>	Die Möglichkeit, Betriebspersonal mit einer Ausbildung als amtliche Fachassistenten Schlacht tier- und Fleischuntersuchung für die entsprechenden Aufgaben in Geflügel- und Kaninchenschlachtbetrieben einzusetzen, wird begrüsst. Es stellt sich jedoch die Frage, weshalb diese Möglichkeit nicht auch bei der Schlachtung der übrigen Tierarten geschaffen wird.	Überprüfen
Art. 44, Abs. 2	Gerade für Betriebe mit geringer Kapazität stellt die neue, an die EU angelehnte Bestimmung, dass ein amtlicher Tierarzt nicht mehr während der	-

	gesamten Dauer der Schlachtung anwesend sein muss, eine grosse Erleichterung dar. Wir heissen diese neue Möglichkeit daher ausdrücklich gut.	
Art. 52, Abs. 3, Bst. b	In Analogie zu den Schlachtbetrieben mit geringer Kapazität können wir unter Vorbehalt von Art. 9a die Möglichkeit, bei der Weideschlachtung nichtamtliche, aber entsprechend qualifizierte Tierärzte bei der Schlacht tieruntersuchung sowie zur Überwachung des Abschusses und des Entblutens der Tiere der Rindergattung einzusetzen, durchaus nachvollziehen. Dies auch unter dem Aspekt, dass die Rekrutierung der erforderlichen Anzahl von amtlichen Tierärzten und Tierärztinnen für die Schlacht tier- und die Fleischuntersuchung in einzelnen Kantonen anscheinend mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist.	-
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen nach Art. 58 des Lebensmittelgesetzes gebührenfrei bleiben. Hier müsste es eigentlich das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Gebührenungerechtigkeit endlich aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen, da klares «No Go»  Eventualantrag: Art. 60 zumindest gemäss Version der VSFK vom 1. Mai 2017 belassen
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	In Bezug auf die Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung soll nun ein für die Schweizer Fleischwirtschaft völlig inakzeptabler Paradigmenwechsel vollzogen werden, in dem die betreffenden Gebühren nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlacht tier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden sollen. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz in Zukunft denn konkret zur Anwendung gelangt. Dies lässt bei der praktischen Umsetzung im Alltag einen Wildwuchs und leider auch eine gewisse Willkür befürchten, die beide die notwendige Rechtssicherheit vermissen und eine massive Verteuerung für die einzelnen Schlachtbetriebe befürchten lassen bzw. auch ein unkalkulierbares Kostenrisiko bedeuten würde, was absolut inakzeptabel wäre. Dies stünde auch im Gegensatz zur EU-Kontrollverordnung 2017/625, gemäss welcher ab 14.12.2019 Gebührenerleichterungen zumindest für die kleinen Metzgereien, aber auch eine vermehrte Gebührentransparenz zur Anwendung gelangen	

Art. 60, Abs. 4	<p>wird. Demzufolge darf die neue Gesetzgebung mit unterschiedlicher Berechnungsmethoden im Sinne eines Swiss Finish unter keinen Umständen zu höheren, nicht nachvollziehbaren Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung führen. Zudem muss die Höhe der Gebühren in Analogie zur EU transparent und auch zwischen den Kantonen vergleichbar werden.</p> <p>Auch ist mit der gewählten Formulierung von Art. 60, Abs. 4 zu wenig klar, ob die bisherigen Ansätze pro Tier nur noch für die Schlachttieruntersuchung gelten und die Fleischuntersuchung generell pro kg Fleisch abgerechnet wird. Dies würde für die Schlachtbetriebe einen zusätzlichen Aufwand für die Erhebung und Übermittlung der besagten Fleischmengen bedeuten.</p>	
<p>Art. 61, Abs. 1</p> <p>Art. 61, Abs. 2</p>	<p>Die Ansätze der Überwachung der Weideschlachtung entsprechen wohl denjenigen von Art. 60, Abs. 6, Bst. a. Auch sie werden unter dem unter Art. 9a aufgeführten Vorbehalt beurteilt.</p> <p>Hier besteht ein klarer Widerspruch zwischen dem vorgeschlagenen Verordnungstext und den Erläuterungen. Dies deshalb, weil Art. 60 mit «Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung» und Art. 61 mit «Übrige Gebühren» betitelt sind, was in Art. 61 de facto Bereiche von Art. 60 ausschliesst. Gemäss Erläuterungen ist jedoch das Gegenteil der Fall, indem die erwähnten Ansätze auch für Tätigkeiten im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Montag – Freitag, 6.00 – 18.00 Uhr) Geltung erlangen sollten.</p> <p>Angesichts der bereits sehr schwierigen Situation gerade für viele gewerbliche Schlachtbetriebe in abgelegenen Gebieten würde der durch Abs. 2 bedingte massive Kostenschub wohl das Aus für viele dezentral gelegene Schlachtbetriebe (inkl. der damit verbundenen Arbeitsplätze) bedeuten, die gerade angesichts der Regionalität und der kurzen Transportwege jedoch klar im Interesse breiter Konsumentenkreise liegen. Bei einem weiteren Festhalten des Bundes an der nun vorgeschlagenen Lösung wie auch dem durch die Neuerungen in Art. 60 bedingten Kostenschub müsste davon ausgegangen werden, dass die zusätzliche Belastung und damit das Aus für viele gewerbliche Schlachtbetriebe das eigentliche Ziel der vernehmlassenden Behörden ist. In diese Sinne wäre zumindest zu erwarten, dass dieses Ziel seitens der zuständigen Behörden offen und nicht in derart verkappter Form kommuniziert würde!</p>	<p>-</p> <p>Streichen, da absolutes und mit allen legitimen Mitteln zu bekämpfendes «No Go»!</p>



Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	Überprüfen
Art. 63a	Nachdem auf der Basis des Agrarpaketes 2017 nebst den Tierhaltern und den Schlachtbetrieben auch die Abtretungsempfänger nach Art. 16, Abs. 1 <sup>bis</sup> der TVD-Verordnung über die Tierverkehrsdatenbank (TVD) Einsicht in ausgewählte Schlachtdaten wie die neutrale Qualitätseinstufung, Schlachtgewicht und L*-Wert erhalten, macht nach unserer Beurteilung die neu vorgeschlagene Möglichkeit der Einsichtnahme in die Fleko-Daten in Bezug auf die Ergebnisse der Schlachttieruntersuchung wie auch diejenigen der Fleischuntersuchung, die die Genussstauglichkeit betreffen, durchaus Sinn.	-

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Zwischen der Schweiz und der EU sind für einige Pestizide unterschiedliche Rückstandshöchstgehalte vorgesehen, die sich den Erläuterungen zufolge auf international anerkannten Studien abstützen liessen und zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten notwendig seien. Für uns nicht nachvollziehbar ist, weshalb dieser klassische Swiss Finish zur Umsetzung gelangen soll, zumal wir die Anforderungen an die Gesundheit in der Schweiz und in der EU als nicht unterschiedlich beurteilen. Zwecks Vermeidung von potenziellen Handelshemmnissen beantragen wir daher, die Äquivalenz mit den betreffenden EU-Vorgaben anzustreben, indem die Schweiz ihre Höchstwerte für Pestizidrückstände an diejenige der EU anpasst.

Des Weiteren fragen wir uns, wie bei der vorgesehenen Inkraftsetzung der vorliegenden Verordnung mit Pestizidrückständen bei länger als der Übergangsfrist von einem Jahr (Art. 13b) gelagerter Ware umzugehen ist bzw. ob bei Änderungen von Rückstandshöchstwerten allenfalls die Möglichkeit für eine generell längere Übergangsfrist besteht.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Nachdem die hauptsächlichen Anpassungen in der VLtH die Bestimmungen zu Käseerzeugnissen und die Anforderungen an die Rohstoffe zur Herstellung von Gelatine und Kollagen umfassen, überlassen wir die konkrete Stellungnahme hierzu direkt den betroffenen Kreisen. Der SFF äussert sich folglich nur zu den Aspekten, die das Lebensmittel Fleisch betreffen.

Generell stellen wir jedoch fest, dass im Bereich von Käse und Milchprodukten verschiedene verschärfte Bestimmungen aus Äquivalenzgründen zur EU abgebaut werden sollen. Wir begrüssen diese Erleichterungen im Grundsatz ebenfalls, vermissen diese im selben Ausmass jedoch für den Fleischsektor. Im Zusammenhang mit der Definition von weichsepariertem Fleisch («Baaderfleisch», «3 mm-Fleisch») halten wir fest, dass wir uns in der vorliegenden Stellungnahme einzig und alleine auf den aktuellen Stand beziehen im Bewusstsein, dass vor kurzem neue Gutachten erstellt wurden und auch in der EU (z.B. Deutschland) erneute Diskussionen anstehen, die in naher Zukunft eine generelle Neubeurteilung des Begriffes «Separatorenfleisch» erfordern dürfte.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2	Mit dem Begriff «frisches Fleisch» soll eigentlich unbearbeitetes Fleisch beschrieben werden. Da solches auch gefroren, gekühlt bzw. gereift sein kann, dürften in der Praxis Missverständnisse mit dem Begriff «frisch» nicht auszuschliessen sein. Der Begriff «frisch» sollte demzufolge gestrichen und durch «unverarbeitet» ersetzt werden.	Ersetzen: Begriff «frisches Fleisch» durch «unverarbeitetes Fleisch» austauschen
Art. 4, Abs. 4	Bei der Kennzeichnung von Separatorenfleisch besteht eine Diskrepanz zwischen den einzelnen Sprachversionen, indem im Gegensatz zum deutschen Begriff für denjenigen in Französisch (VSM), Englisch (MSM) wie auch Italienisch (CSM) jeweils eine entsprechende Abkürzung in der Gesetzgebung vorgesehen ist.	Anpassen: Auch für den deutschen Begriff «Separatorenfleisch» ist eine entsprechende Abkürzung vorzusehen wie z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff soll dann auch in der Deklaration entsprechend eingesetzt werden können.
Art. 8, Abs. 1	Die Präzisierung auf frisches (bzw. unverarbeitetes, siehe oben) Fleisch im Gegensatz zum übergreifenden Begriff Fleisch nach Art. 4, Abs. 1 stellt de facto eine Eingrenzung der Rohstoffauswahl für Separatorenfleisch dar, die in der Praxis auf der Basis der bisherigen Erfahrungen und Diskussionen erneut zu grossen Unklarheiten führen dürfte.	Anpassen: «... nur aus <del>frischem</del> Fleisch nach Art. 4, Abs. 2 1 ...»

Art. 9, Abs. 3	Die Angabe von fleischfremden, nicht üblichen Zutaten in der Sachbezeichnung von Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen erachten wir als überflüssig, zumal die betreffenden Zutaten bereits in der Zutatenliste selber aufzuführen sind. Auch ist der Begriff «nicht üblich» unterschiedlich interpretierbar, so dass z.B. unklar bleibt, ob ein Hackbraten roh in der Sachbezeichnung als «Fleischzubereitung mit Paniermehl» zu deklarieren wäre. Ob dies der gewünschten Transparenz förderlich wäre, muss ernsthaft bezweifelt werden.	Streichen
Art. 10, Abs. 10 und Art. 19, Abs. 7	Der Verzicht auf den Warnhinweis beim Zusatz von Transglutaminase ist im Sinne einer geringfügigen administrativen Vereinfachung zu begrüßen.	-
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
Art. 19, Abs. 1	<p>Aus Bst. b. «die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts nach Anhang 3» geht nicht klar hervor, dass diese Forderung nur für Erzeugnisse aus Wildfang und Binnenfischerei, nicht aber für solche aus Aquakultur gilt. Zudem ist die Angabe nach der Fangmethode generell für die Erzeugnisse Algen und Tange in Frage zu stellen, da diese bekanntlich nicht gefangen werden (vgl. neuen Verweis auf Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2019). Aus diesem Grund kann eine Aussage wie «Algen <u>gefangen</u> im Südpazifik.» gar nicht zutreffend sein.</p> <p>Anstelle des Verweises auf die in Anhang I, Bst. a-c und e der EU-Verordnung 1379/2013 aufgeführten Fischerzeugnisse wäre für den hiesigen Anwender deren konkretes Aufführen in der VLtH weitaus zielführender. Die damit verbundene Anpassung an die EU-Gesetzgebung aus Äquivalenzgründen wird hingegen begrüsst.</p>	<p>Streichen der Algen und Tange:  <i>«Die Etikettierung von Erzeugnissen nach Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2013 muss zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV folgende Angaben enthalten:»</i></p> <p>Präzisieren Bst. b:  <i>«Die Kategorie des für den Fang von Erzeugnissen aus <u>Wildfang und Binnenfischerei</u> eingesetzten Geräts nach Anhang 3»</i></p> <p>Überprüfen</p>

Art. 104	Die Anpassung der Anhänge sollte durch das BLV nicht nur isoliert aufgrund des Standes von Wissenschaft und Technik sowie dem Recht der wichtigsten Handelspartner erfolgen können. Als ebenso bedeutend erachten wir eine Rücksprache mit den betreffenden Branchen sowie die aktive Kommunikation der vorgenommenen Änderungen durch das BLV.	Ergänzen: «..... der Schweiz an. <u>Dazu nimmt es Rücksprache mit den betroffenen Branchen und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen direkt.</u> »

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mit Ausnahme der untenstehenden Thematik mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6, Teil B	Bekanntlich ist die Räucherung von Fleisch und Fleischerzeugnissen nach traditioneller Art wie z.B. im Bauernrauch weniger einfach steuerbar und überdies von sehr vielen Faktoren wie GHP, Klima, Zeit, Abtrocknung, etc. abhängig und kann rasch einmal zu einer Überschreitung der bestehenden, vergleichsweise tiefen Höchstgehalte für geräucherte Fleischwaren von 2 µg/kg für Benzo(a)pyren) bzw. von 12 µg/kg für die Summe von Benzo(a)pyren, Benz(a)anthracen, Benzo(b)fluoranthren und Chrysen (PAK 4) führen. Demgegenüber bestehen für wärmebehandelte und für den Verkauf an die Konsumentenschaft vorgesehene Fleischwaren entsprechende Höchstgehalte von 5 bzw. 30 µg/kg, die vergleichsweise höher sind. Aufgrund der Tatsache, dass uns keine wissenschaftlichen Daten in Bezug auf eine Gesundheitsgefährdung in diesen Bereichen bekannt sind und derzeit auch innerhalb der EU im Rahmen der Diskussionen um eine Änderung der EU-Verordnung 1881/2006 die Möglichkeit der Erteilung von unbefristeten Ausnahmeregelungen für traditionell geräucherte Fleischprodukte erörtert wird, beantragen wir die Höchstgehalte für Benzo(a)pyren bzw. PAK 4 von geräuchten auf diejenigen für wärmebehandelte Fleischwaren anzuheben und diese damit für die Fleischwaren zu vereinheitlichen.	<p>Änpassen:</p> <p>«Benzo(a)pyren <u>5</u> µg/kg <i>Fleisch u Fleischerzeugnisse wärmebehandelt oder geräuchert»</i></p> <p>«Benzo(a)pyren, Benz(a)anthracen, Benzo(b)fluoranthren und Chrysen <u>30</u> µg/kg <i>Fleisch u Fleischerzeugnisse wärmebehandelt oder geräuchert»</i></p>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Auch im Rahmen der vorliegenden Revision der LIV müssen wir feststellen, dass im Bereich der Deklaration nebst einigen nicht unbedeutenden Erleichterungen zusätzliche Anforderungen vorgesehen sind, die die Komplexität der ganzen Kennzeichnungsvorgaben für das einzelne Unternehmen noch zusätzlich erhöhen. Umgekehrt vermissen wir jedoch konkrete Vorschläge, wenn es um die Verwendung von fleischspezifischen Begriffen in Kombination mit vegetarischen bzw. veganen Speisen geht, die Verwendung eines Best before-Datums anstelle des Mindesthaltbarkeits- bzw. Verbrauchsdatums zur Reduktion von Food Waste in die Praxis umzusetzen ist oder wenn der Einsatz von neuen Hilfsmitteln im Rahmen der Digitalisierung (z.B. Zulässigkeit der Verwendung von QR-Codes, Herkunftsangaben im Online-Verkauf) oder anderweitiger Alternativen (z.B. Angabe von Informationsvorgaben in Faltprospekten wie Leporellos) zur Diskussion bzw. vor der Umsetzung steht.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Die Definition der Begriffe erst in Anhang 1 erschwert die Lesbarkeit. Eine direkte Integration in Art. 2 wäre zweckdienlicher.	Begriffsbestimmungen von Anhang 1 direkt in Art. 2 übertragen
Art. 3, Abs. 6 (neu)	vgl. Kommentar zu Art. 44, Abs. 1 der LGV	vgl. Antrag zu Art. 44, Abs. 1 der LGV
Art. 4, Abs. 2 <sup>bis</sup> (neu)	Für die Angabe der obligatorischen Angaben sind nebst der Verpackung oder den an diesen befestigten Etiketten mit den heutigen technischen Möglichkeiten grundsätzlich auch weitere Alternativen wie QR-Codes, Leporellos, etc. verfügbar. Diese sollten ebenfalls genutzt werden können.	Ergänzen mit neuen technologischen Möglichkeiten:
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Angabe sämtlicher verbotener Produktionsmethoden gemäss Landwirtschaftlicher Deklarationsverordnung (LDV) wie auch der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich all die Angaben in der Praxis mit der Zeit überhaupt noch sinnvoll platzieren lassen, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Auch erachten wir die entsprechenden Angaben auf den hierzulande, im Unterschied zur EU üblichen Unterbahnnetiketten als ausreichend; ansonsten würde eine schlichtweg	Streichen

	<p>unnötige Doppelspurigkeit auf gesetzlicher Basis festgeschrieben, wenn dieselbe Forderung auch auf die entsprechenden Oberbahnetiketten ausgeweitet würde.</p> <p>Während die Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung anscheinend einer Angleichung an die EU-Gesetzgebung gleichkommt, entspricht die vorgesehene Verschärfung der LDV ganz klar einem Swiss Finish. Angesichts des Aufwandes für all die Etiketten über ganze Sortimente hinweg sein an dieser Stelle auch die Frage erlaubt, ob bzw. inwieweit den mündigen Konsumenten nicht zugemutet werden darf, die betreffenden Informationen bei Interesse bei den übrigen Angaben nachzuschauen.</p>	
Art. 5, Abs. 1	<p>Die vorgeschlagene Präzisierung bei Bst. a, im Offenverkauf die schriftliche Herkunftsdeklaration bei frischem und verarbeitetem Fleisch nur auf Stücke wie Steaks und Koteletts zu beschränken, begrüssen wir ausdrücklich. Nicht nachvollziehbar für uns ist jedoch, dass in den Erläuterungen nun auch wieder Geschnetzeltes explizit aufgeführt wird, nachdem von Seiten des BLV anscheinend erst Mitte April 2019 gegenüber einem Branchenteilnehmer per Mail noch schriftlich zugesichert wurde, dass der Begriff «Stücke» nach Art. 17 der LIV nur einzelne Stücke bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts umfasse und somit feiner zerkleinertes Fleisch, d.h. auch Geschnetzeltes, aber auch Ragout und Gehacktes, von diesem Begriff <u>nicht</u> erfasst würden. Diesen Widerspruch gilt es nun seitens der vernehmlassenden Behörden im Sinne der ursprünglich beabsichtigten Erleichterung definitiv zu klären! Dies auch unter dem Aspekt, dass für Unternehmen mit mehreren Schlacht-, Zerlege- bzw. Produktionsbetrieben bei feiner zerkleinertem Fleisch wie Ragout, Geschnetzeltes bzw. Gehacktes die Angabe des einzelnen Betriebes eine in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbare Herausforderung darstellt – eine Problematik, die bei den vorgenannten Produkten in verarbeiteter Form noch in verschärfter Form auftreten dürfte! Aus demselben Grund begrüssen wir umgekehrt den Verzicht auf die schriftliche Herkunftsdeklaration bei den anderen Fleischzubereitungen und -erzeugnissen, zumal diese gerade bei den nicht gewachsenen Produkten wie z.B. Bräte nicht zu bewältigen wäre.</p> <p>Die vorgeschlagene Erleichterung bei Bst. c, dass bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln die mündliche Informationspflicht bei nährwert-bezogenen Angaben, auch wenn diese schriftlich vorliegen, neu entfallen soll, wird befürwortet.</p>	<p>Präzisieren des Begriffs «Stücke» im Zusammenhang mit Fleisch in Übereinstimmung zu Art. 17, Abs. 8 (neu), LIV</p> <p>-</p>



	Die Aufteilung des bisherigen Bst. d neu in Bst. d und f trägt auch nach unserer Beurteilung zu einer besseren Klarheit bei (auch was den nicht mehr notwendigen Hinweis zum Einsatz von Transglutaminase betrifft).	-
Art. 9, Abs. 1; Bst. d, Ziffer 2	Die zwingende Deklaration der Fluoridierung bzw. Jodierung von Speisesalz – im vorliegenden Fall für Käse und Milchprodukte – kann in der Praxis dazu führen, dass aufgrund der notwendigen Deklaration auf die Verwendung von Salzen mit den entsprechenden Anreicherungen verzichtet wird. Ob die vorgesehene Kennzeichnung unter diesem Aspekt dann wirklich im Sinne der Volksgesundheit ist, darf zumindest an dieser Stelle angezweifelt werden.	Überprüfen
Art. 13	<p>In Bezug auf die Food Waste-Thematik stellt sich, auch in Anlehnung an das vom Bundesrat gutgeheissene Postulat Masshardt (19.3483). «Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln», nach wie vor die Frage, ob anstelle des Mindesthaltbarkeits- bzw. dem Verbrauchsdatum der aktuellen Zeit entsprechend nicht endlich der Schritt zu einem «Best before»-Datum gemacht werden sollte. Dies deshalb, weil sich die Konsumentinnen und Konsumenten damit nach dem Ablauf der bisher geltenden Daten den weiteren Konsum der betreffenden Lebensmittel in Eigenverantwortung überlegen müssen und nicht einfach die Lebensmittel fortwerfen bzw. der Lebensmittelverschwendung beim Überschreiten der jeweiligen Datumsangabe wie bislang Vorschub leisten.</p> <p>Die vorgeschlagene Formulierung, dass die Angabe des Verbrauchsdatums für die sehr leicht verderblichen Lebensmittel erforderlich ist, könnte auch dahingehend interpretiert werden, dass dies auch im Offenverkauf vonnöten wäre. Eine solche Vorgabe wäre jedoch völlig realitätsfremd und in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbar.</p> <p>Nebst der Möglichkeit der Angabe eines «Best before»-Datums ist zur Reduktion von Food Waste zudem anzustreben, eine Doppeldatierung im Hinblick auf die zusätzliche Möglichkeit des Angebotes des jeweiligen Produktes in gefrorener Form zu schaffen.</p>	<p>Der Begriff des «Best before»-Datums sollte in Art. 2 (bzw. Anhang 1) gemäss linksstehendem Kommentar noch zusätzlich definiert werden</p> <p>Abs. 1: <i>«Auf Lebensmitteln muss das <u>Best before</u>-Datum angegeben werden.»</i></p> <p>Abs. 2: Zumindest dahingehend präzisieren, dass der Offenverkauf hierbei <u>nicht</u> eingeschlossen ist</p> <p>Abs. 3 (neu): <i>«<u>Wird ein Lebensmittel nebst der gekühlten auch in gefrorener Form angeboten oder bis spätestens zum Best before-Datum eingefroren, so kann dies für den Fall einer ununterbrochener Gefrierlagerung mit derselben Etikette wie folgt zusätzlich gekennzeichnet werden:</u> „Durch das Tiefgefrieren auf mindestens -18°C in der</i></p>

		<u>Frist bis zum Ablauf des Best before-Datums verlängert sich die Haltbarkeit um X Monate.“»</u>
Art. 16, Abs. 3	Die einseitige Benachteiligung der Zutaten tierischer Herkunft als einzelne Kategorie durch eine zwingende Herkunftsangabe bereits ab 20% ist für uns noch immer nicht nachvollziehbar.	Streichen
Art. 17, Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu)	Aufgrund der verschiedenen Handelsbeziehungen eines Unternehmens mit anderen Marktteilnehmenden kann durchaus der Fall eintreten, dass dieses einzelne Rindfleischstücke aus unterschiedlichen Schlacht- und/oder Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland bezieht. Dies lässt die Angabe der jeweiligen Bewilligungsnummern auf den jeweiligen Etiketten zu einem sehr komplexen, äusserst kostenintensiven und damit praktisch unmöglichen Unterfangen werden. Es ist daher die Möglichkeit zu schaffen, dass ein Unternehmen für Rindfleischstücke mehrere Bewilligungsnummern von Schlacht- bzw. Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland gleichzeitig angeben kann.	Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) <u>«Für einzelne Stücke Rindfleisch können die Bewilligungsnummern von mehreren Schlacht- und Zerlegebetrieben desselben Herkunftslandes gleichzeitig auf derselben Etikette angegeben werden.»</u>
Art. 17, Abs. 8 (neu)	Der Begriff «Stücke» sollte zwecks Schaffung von Klarheit für die Praxis konkret umschrieben werden. Wie bereits im Kommentar zu Art. 5 erwähnt, sollte dieser so präzisiert werden, wie dies vom BLV im April 2019 per Mail an einen Branchenteilnehmer bereits entsprechend festgehalten wurde.	Abs. 8 (neu): <u>«Der Begriff Stücke umfasst hierbei einzelne Stücke Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts. Feiner zerkleinertes Fleisch wird von diesem Begriff nicht erfasst.»</u>
Art. 19, Abs. 2, Bst. b	Die Erweiterung der Ausnahme der Warenlosangabe auf sämtliche im Offenverkauf angebotene Lebensmittel ist auch aus unserer Sicht sinnvoll.	-
Art. 39	Am aktuellen Beispiel von Nutri-Score zeigt sich seitens der zuständigen Behörden ein besonderes Verständnis des Begriffes «Freiwilligkeit». Dies deshalb, weil in der Einladung zum 3. Runden Tisch vom 2.7.2019 festgehalten wurde, dass eine Teilnahme nur dann möglich ist, wenn sich das betreffende Unternehmen im Vorhinein zur Übernahme von Nutri-Score verpflichtet. Dieses doch eher seltsam anmutende Verständnis zeigt auf, dass der eigentlich klare Begriff der «Freiwilligkeit» anscheinend einer Präzisierung zuhanden der Behörden bedarf.	Überprüfen

<p>Art. 40</p>	<p>Für die genauen Spezifikationen, welche Zutaten und welche Verarbeitungsstoffe für die Anerkennung als vegetarische bzw. vegane Lebensmittel zulässig bzw. nicht zulässig sein sollen, erachten wir uns als falschen Ansprechpartner.</p> <p>Hingegen können wir nicht nachvollziehen, weshalb die vorliegende Revision nicht genutzt wurde, um die Verwendung von fleischspezifischen Begriffen in Kombination mit vegetarischen und veganen Speisen zu regeln. Dies auch unter dem Aspekt, dass der Ausschuss Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des Europäischen Parlaments einem entsprechenden Vorschlag mit der Vorgabe, dass es sich bei den betreffenden Produkten um tierische Produkte zu handeln habe, bereits zugestimmt hat: Dieser ist nun noch dem neuen EU-Parlament zur abschliessenden Beschlussfassung vorzulegen.</p>	<p>-</p> <p>Hauptantrag: Ausarbeitung einer verbindlichen Regelung bei der Verwendung von fleischspezifischen Begriffen in Kombination mit vegetarischen bzw. veganen Speisen.</p> <p>Eventualantrag: neuer Absatz 3: <i>«Nicht zulässig ist die Verwendung der Begriffe „vegetarisch“ und „vegetabil“ in Kombination mit (Sach-)Bezeichnungen von tierischen Lebensmitteln bzw. von Fachbegriffen der jeweiligen Branchen.»</i></p>
<p>Art. 42a</p>	<p>Die Möglichkeit der Angabe über die Reduktion der Menge an zugesetztem Zucker bzw. zugesetztem Salz in der Rezeptur eines Lebensmittels ist auf den ersten, aber nur auf den ersten Blick im Ansatz nachvollziehbar. Unter dem Gesichtspunkt, dass wohl ein gewisser Gewöhnungseffekt bei einer vorgenommenen Geschmacksänderung eintritt, die betreffende Reduktion aller Voraussicht nach auch weiterhin bestehen bleibt, wird die nur auf ein Jahr begrenzt vorgesehene Möglichkeit der entsprechenden Angabe unverständlich. Ebenso verhält es sich, dass bei der freiwilligen Massnahme die Möglichkeit ausgeschlossen wird, den vorgenommenen Reduktionsumfang der Zutat direkt auszuloben. Zudem geben wir generell zu bedenken, dass eine Reduktion des Salzgehaltes um 5% sensorisch wesentlich stärker ausfällt als eine 5%-ige Verminderung des Zuckergehaltes.</p> <p>Wir vermuten mit der Neueinführung von Art. 42a die Absicht der Schaffung einer gesetzlichen Basis für die unablässige Weiterführung der Salz- und Zuckerstrategie des Bundes, die bei einzelnen Produktgruppen aus hygienischen, technologischen, aber auch sensorischen Gründen schon heute an klare Grenzen stösst und die von einzelnen Branchen bereits vorgenommenen Reduktionen auf freiwilliger Basis ungenügend berücksichtigt. Unter diesem Aspekt ist die Einführung von Art. 42a vollumfänglich abzulehnen.</p>	<p>Hauptantrag: gesamten Art. 42a streichen</p> <p>Eventualantrag:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassen von Abs. 2, Bst. b: <i>Sie darf einen Reduktionsumfang von mind. 5% ausloben.</i></li> <li>- Streichen von Abs. 2, Bst. c <del><i>Sie darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden.</i></del></li> <li>- Anpassen von Abs. 3: <i>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie:</i> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. <del>«neues Rezept mit [X%*] weniger zugesetztem Zucker»</del></li> <li>b. <del>«neues Rezept mit [X%*] weniger zugesetztem Salz»</del></li> </ul> </li> </ul> <p style="text-align: right;"><i>* optional</i></p>

Anhang 2, Teil A, Ziffer 2	Für Lebensmittel, die tiefgefroren und aufgetaut abgegeben werden, ist anstelle des vorgesehenen Hinweises «aufgetaut» zu überlegen, ob der Hinweis «nicht wieder einfrieren» angebracht wäre. Damit erhalten die Konsumenten einen Hinweis, dass das Produkt aufgetaut ist und gleichzeitig einen solchen, dass dieses nicht noch einmal eingefroren werden sollte.	Anpassen: «... der Hinweis <u>“nicht wieder einfrieren”</u> hinzuzufügen.»
Anhang 2, Teil A, Ziff. 2, Bst. c	In Zusammenhang mit dem Auftauen ist der Begriff der «negativen Auswirkungen» zu vage formuliert.	Präzisieren
Anhang 2, Teil A, Ziffer 3	Der Hinweis, dass nebst der Bestrahlung von Lebensmitteln auch diejenige der einzelnen Zutaten zu deklarieren ist, ist auf den ersten Blick wohl verfänglich, in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar (z.B. Gewürze mit wechselnden Provenienzen). In Analogie zur GVO-Deklaration sollte auch im Falle der Bestrahlung von Zutaten die Bestrahlung nur dann anzugeben sein, wenn die Summe der betreffenden Zutaten mehr als 0.5% der Masse des Lebensmittels ausmacht.	Streichen bzw. keine Änderung zur geltenden Version: «... versehen sein. Wird eine bestrahlte Zutat verwendet, so muss <del>die Sachbezeichnung im Zutatenverzeichnis mit diesem Hinweis ergänzt werden</del> <u>die Bestrahlung nur dann deklariert werden, wenn die Summe der betreffenden Zutaten mehr als 0.5% der Masse des Lebensmittels ausmacht.</u> »
Anhang 2, Teil B, Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. In der Praxis gibt es hierzu oftmals unterschiedliche Auffassungen zum Begriff des «Produktes», werden hier teilweise das angebotene Lebensmittel als solches, teilweise aber auch das Datum des Einfrierens der «ältesten» Zutat verstanden. Gerade letzteres ist in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar, weshalb sich eine entsprechende Präzisierung geradezu aufdrängt und zwar dahingehend, dass einerseits nicht von «Produkt», sondern von «Lebensmittel» gesprochen wird und andererseits klar präzisiert wird, dass es sich dabei um das betreffende Lebensmittel in der angebotenen Form handelt.	Präzisieren: «..... in Fällen, in denen das <del>Produkt</del> <u>Lebensmittel in der angebotenen Form</u> mehr als einmal eingefroren wurde»
Anhang 13, Ziffer 20.1	Die Grenze von 0.12 g Natrium pro 100 mg bzw. 100 ml sollte auf 0.2 g erhöht werden, um so für weitere Lebensmittel die Möglichkeit der Auslobung «natriumarm» bzw. «kochsalzarm» zu schaffen. Damit liesse sich bei vielen betroffenen Branchen ein zusätzlicher, freiwilliger Anreiz schaffen, um den Kochsalzgehalt der jeweiligen Lebensmittel im Rahmen des Möglichen, d.h. unter der Berücksichtigung von Aspekten wie Sensorik, Haltbarkeit, Farbgebung, etc. weiter abzusenken.	Ändern: «nicht mehr als <u>0.2 g Natrium</u> oder der ...»

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehenden Punktes bezüglich Speisesalz auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 93, Abs. 5 (neu)	Aufgrund des Einsatzes von Nitritpökelsalz bei diversen Pökel- und Wurstwaren sollte dieses ebenfalls explizit aufgeführt werden.	Abs. 5 (neu): <u>«Als Nitritpökelsalz (NPS) darf Speisesalz bezeichnet werden, dem durch dafür zugelassene Betriebe max. 0.6% Natrium- oder Kaliumnitrit zugesetzt wird. Dieses ist nach Möglichkeit durch den Hersteller farblich unterscheidbar zu machen.»</u>

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen bzw. siehe untenstehende Kommentare zu Anhang 3

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Kap. A, Ziffer 8	<p>In Analogie zu unserer Bemerkung zu Art. 4, Abs. 2 der VLtH sollte im Titel von Ziffer 08.1 der Begriff «frisches Fleisch» durch «unverarbeitetes Fleisch» ersetzt werden.</p> <p>Der in Anlehnung an die EU neu mögliche Zusatz von Phosphaten als Stabilisatoren und Feuchthaltemittel für gefrorene vertikale Fleischspiesse («Kebap») unter Ziffer 08.2 wird ebenfalls befürwortet.</p> <p>Generell störend ist, dass für den Geltungsbereich des Einsatzes der einzelnen Zusatzstoffe unverändert nicht auf schweizerische, sondern – wahrscheinlich dem Codex alimentarius folgend – auf europäische Produkte abgestellt wird. Damit kann zwar dem Ziel der Äquivalenz zur EU entsprochen werden, der Praktikabilität bzw. der Umsetzung hierzulande ist dies aber keinesfalls förderlich.</p> <p>Bei den auf traditionelle Weise gepökelten Fleischerzeugnissen, für die besondere Bestimmungen über Nitrite und Nitrate gelten, fehlt das Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc. mit einer Höchstmenge von 250 mg/kg Nitrat. Wir beantragen daher unter Ziffer 8.3.4.2 entsprechend eine neue Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen aufzunehmen.</p>	<p>Titel zu Ziffer 8.1 «<u>Unverarbeitetes</u> Fleisch, ausgenommen Fleischzubereitungen»</p> <p>-</p> <p>Überprüfen</p> <p>Ergänzung mit neuer Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen: E 251 – E 252 Nitrate 250 mg/kg Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc.</p>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehend genannten Punktes auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6, Abs. 1 <sup>bis</sup>	Mit der neu gewählten Formulierung für den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen (Probiotika) ist davon auszugehen, dass Starterkulturen, die aus prozesstechnischen Gründen bei der Herstellung eingesetzt werden (z.B. Käse, div. Rohwürste und Rohpökelwaren) nicht unter die vorgeschlagene Formulierung fallen.	Präzisieren
Art. 6, Abs. 3 und 4	Aufgrund eines Praxisfalls, in welchem ein Betrieb infolge der Zugabe von Rework (mit jodiertem Kochsalz) in ein Cervelas-Brät (Rezeptur mit nicht-jodiertem Salz) aufgrund der Nicht-Deklaration von «Kochsalz jodiert» eine Busse von mehreren hundert Franken zu vergegenwärtigen hatte, stellt sich die Frage, ob für die Jodierung bzw. Fluoridierung von Speisesalz, Kochsalz oder Salz ein Toleranz- bzw. Höchstwert eingefügt werden können, ab welchem die entsprechende Deklaration erst vorgegeben wird.	Überprüfen im Hinblick auf einzelne Zutaten

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehend genannten Punktes auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 9	Wie bereits an anderer Stelle erwähnt erwarten wir auch bei der Verwendung von Raucharomen, dass die für deren Herstellung vorausgesetzten Bedingungen explizit in der vorliegenden Verordnung aufgeführt und nicht einfach auf die betreffende EU-Verordnung verwiesen wird.	Übernahme von Art. 5, Abs. 1 und 2 der EU-Verordnung 2065/2003 in das schweizerische Lebensmittelverordnungsrecht

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen bzw. siehe untenstehende Kommentare (vgl. auch Kommentar zu Art. 31 und 37 der LGV)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2 und Art. 6a, Abs. 2	Als Aussenstehende ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die Kriterien für die Überprüfung einer Umweltgefährdung nicht an die Vorgaben der EU angeglichen werden bzw. am gesonderten Verfahren durch das BAFU festgehalten wird.	Überprüfen
Art. 6a	Die Bestrebungen, Spuren bis max. 0.5 Massenprozent von in der EU als Lebensmittel als GVO zugelassenen Lebensmitteln im vereinfachten Verfahren zu tolerieren, wird im Sinne des Pragmatismus und der Verhältnismässigkeit ausdrücklich befürwortet. Hingegen ist nicht nachvollziehbar, weshalb im Rahmen der Äquivalenz mit der EU hierzulande nicht gleich auch der Maximalwert von 0.9 Massenprozent zur Anwendung gelangen soll.	Anpassen: «die Anteile den Wert von <del>0.5</del> <u>0.9</u> Massenprozent,...»



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Im Sinne der Vermeidung von Food Waste wie auch der Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Ernährungswirtschaft heissen wir die vorgeschlagenen Anpassungen in Bezug auf die Ausnahme des Einzelhandels von den Bestimmungen zum Tiefgefrieren von Fleisch, die Temperaturvorgaben beim Transport von Schlachtkörpern und den genannten Teilen davon wie auch die Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, ausdrücklich gut. Hingegen beurteilen wir die Vorgabe der wöchentlichen mikrobiologischen Probenahme für gelegentlich schlachtende bzw. kleine Schlachtbetriebe als unverhältnismässig.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1, Abs. 2	Nach wie vor unverständlich bleibt, weshalb der Primärproduktion auch in der HyV ein Sonderstatus zugestanden wird. Mit der vorliegenden Revision ist nun der Moment gekommen, diese Ungleichbehandlung auszumerzen, zumal es schlussendlich für die Endproduktehygiene entscheidend ist, dass diese einwandfrei ist und nicht, auf welcher Stufe allfällige Abweichungen verursacht werden. Demzufolge sind die Bestimmungen der HyV denjenigen der Verordnung über die Primärproduktion nicht unter-, sondern überzuordnen.	Ändern: <i>«Die spezifischen Anforderungen der Verordnung vom 23.11.2005 über die Primärproduktion gelten nur unter Einhaltung der vorliegenden HyV.»</i>
Art. 2, Abs. 1	Die Möglichkeit der Abweichung von den allgemeinen Hygienevorschriften für die direkte Abgabe an die Konsumenten und die Herstellung von traditionellen Lebensmitteln begrüssen wir, zumal damit Kleinbetriebe auf allen Stufen der Lebensmittelkette erfasst werden. Da im Einzelfall auch einzelne Kunden beliefert werden, die Lebensmittel erst ihrerseits an die Konsumenten abgeben oder nochmals weiterverkaufen, sollte die Ausnahme nicht nur ausschliesslich, sondern für die überwiegende Abgabe direkt an die Konsumenten vorgesehen werden.	Anpassen: - Bst. a: <i>«...<u>Produzenten, die überwiegend selbst</u> ....»</i> - Bst. b: <i>«...<u>Lebensmittel überwiegend an</u> ....»</i>
Art. 8	Der Begriff „falls erforderlich“ bezüglich der Vorrichtungen zum Waschen von Lebensmitteln ist für uns zu vage formuliert. Er sollte im Hinblick auf einen vereinheitlichten kantonalen Vollzug und damit einer Klärung präziser ausformuliert werden.	Präzisieren <i>«... müssen, <u>falls gemäss der einheitlichen Handhabung durch den kantonalen Vollzug erforderlich</u>, geeignete ...»</i>

Art. 17, Abs. 2	Die Trennung von rohen, nicht genussfertigen und genussfertigen Lebensmitteln sollte explizit durch das Verpacken ermöglicht und dahingehend präzisiert werden.	Präzisieren «... <u>getrennt oder in verpackter Form</u> aufzubewahren. ....»
Art. 22, Abs. 2	Die Vorgabe, dass Betriebsangestellte, die für die Entwicklung und Anwendung des HACCP-Konzeptes zuständig sind, in allen Fragen zu diesem zu schulen sind, geht zu weit. Die Schulung sollte sich auf die für den Betrieb relevanten Bereiche beziehen	Ergänzen «... <u>zuständig sind, in den für den Betrieb relevanten Bereichen</u> der Anwendung des HACCP-Konzeptes ....»
Art. 29, Abs. 3	Nach den intensiven Diskussionen der Fleischwirtschaft mit den zuständigen Bundesbehörden begrüssen wir die in Analogie zur EU vorgesehene Ausnahme ausdrücklich, Einzelhandelsbetriebe von den Vorgaben beim Tiefgefrieren explizit auszunehmen und stattdessen die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit über die Selbstkontrolle im Einzelbetrieb sicherzustellen, ausdrücklich. Ohne diese Anpassung hätten sich sowohl in Bezug auf Food Waste, aber auch der Vermeidung von bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten in der Praxis grosse Probleme ergeben, so z.B. beim Rückschub von zu viel bestellten Mengen an den Lieferanten (z.B. bei Aktionen oder Grillartikeln, wenn das Wetter schlechter ausfällt als prognostiziert) oder bei der Weiterverwendung von Fleisch aus dem Offenverkauf durch Tiefgefrieren und Marinieren, zumal letzteres im Zusammenhang mit dem Tiefgefrieren ja nicht als ausreichende Verarbeitung gilt.	-
Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup>	Als äusserst positiv erachten wir die Tatsache, dass für den Transport von Schlachttierhälften bzw. den genannten Teilen davon nicht mehr zwingend vorgängig auf eine Kerntemperatur von 7°C abgekühlt werden muss, sondern neu eine Oberflächentemperatur von max. 7°C vorgegeben wird. In diesem Kontext zusätzlich anzustreben ist, dass diese Bestimmung auch auf den Transport von Innereien der betreffenden Tierarten ausgedehnt wird. Hingegen werten wir die neu vorgesehene, sehr detaillierte Regelung für den Transport von Schlachttierhälften bzw. den genannten Teilen davon von Rinder, Schafen, Ziegen oder Schweinen als übertrieben und vor allem aus administrativen Gründen, aber auch aufgrund der unverhältnismässigen Anforderungen an die Aufzeichnungsmöglichkeiten im Transportfahrzeug als äusserst, wenn nicht gar zu aufwendig. Nicht nachvollziehbar ist für uns	Streichen von Bst. a bis h und Anpassen der Einleitung: « <u>Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile zerlegte Schlachttierkörperhälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen sowie von Innereien derselben kann erfolgen, bevor die in Absatz 1 Buchstabe a vorgegebene Kerntemperatur erreicht ist. Während des Transportes darf auf den zu transportierenden Fleischteilen und Innereien eine Oberflächentemperatur von 7°C nicht überschritten werden.</u> »

<p>Art. 29, Abs. 4<sup>ter</sup></p>	<p>zudem die Festlegung einer maximalen Transportdauer im Inland von sechs Stunden; entscheidender erachten wir vielmehr die Einhaltung einer maximalen Oberflächentemperatur von 7°C unabhängig von der Transportdauer. Mit derselben Begründung, aber auch zwecks Vermeidung unnötiger Transporte lehnen wir auch die Vorgabe, dass die Beförderung auf jeweils einen Schlachtbetrieb begrenzt werden soll (Bst. f), ab.</p> <p>Zudem müsste für grenzüberschreitende Transporte in die EU die entsprechenden Bedingungen der EU-Verordnung 2017/1981 explizit in die HyV aufgenommen und nicht einfach ein entsprechender Hinweis auf die vorgenannte EU-Verordnung angebracht werden. Diese Absicht erstaunt im Falle von Transporten von über 6 Stunden noch mehr, vor allem wenn diese im Inland erfolgen würden, was wohl selten bis nie zutreffen dürfte.</p>	<p>Überprüfen</p>
<p>Art. 32, Abs. 6 (neu)</p>	<p>Nachdem die vollständige Einhaltung der mikrobiologischen Kriterien nach Anhang 1 der HyV in der Praxis einer grossen Herausforderung gleichkommt, ist die in Anlehnung an die EU-Gesetzgebung neu vorgesehene Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die genannten mikrobiologischen Kriterien nicht zu erfüllen mag, zur Herstellung von ausschliesslich hitzebehandelten Lebensmitteln dennoch verwenden zu können, ausdrücklich zu begrüssen. Die Eingrenzung auf ausschliesslich nach Art. 21 der LGV bewilligte Betriebe könnte im Einzelfall aber dennoch zu Schwierigkeiten führen.</p> <p>Auch geben wir zu bedenken, dass es nebst der Hitzebehandlung auch weitere technologische Verfahren gibt, die dem Hürdenprinzip folgend die Lebensmittelsicherheit bzw. die mikrobiologische Qualität des betreffenden Lebensmittels zu gewährleisten vermögen. Dabei denken wir etwa an die Pökellung durch die Zugabe von Nitritpökelsalz (NPS), die Abtrocknung auf einen a<sub>w</sub>-Wert &lt; 0.92 oder auch die Konservierung mittels Fermentation / pH-Absenkung.</p>	<p>Abs. 6 (neu)  <i>«Separatorenfleisch, das die mikrobiologischen Kriterien gemäss Anhang 1 nachweislich nicht erfüllt, darf nur zur Herstellung von <del>hitzebehandelter</del> Fleischerzeugnissen in Lebensmittelbetrieben verwendet werden, die nach Artikel 21 LGV bewilligt sind. <u>Das jeweils angewandte Herstellungsverfahren muss die Lebensmittelsicherheit des Endprodukts jederzeit gewährleisten.</u>»</i></p>
<p>Art. 66, Abs. 4</p>	<p>Die Möglichkeit für das BLV, zusätzliche mikrobiologische Richtwerte auf dem Rechtsetzungsweg zu schaffen, ist zu wenig präzise formuliert, kann dies doch nur für den Fall des generellen Nicht-Vorhandenseins von Branchenleitlinien verstanden werden. Gemäss den Erläuterungen soll dies aber auch bis hinunter zum einzelnen Parameter möglich sein, was sich beim</p>	<p>Präzisieren bzw. letzten Satz streichen  <i>«zu untersuchen. <del>Hat die Branche keine mikrobiologischen Richtwerte festgelegt, so kann das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Richtwerte festlegen.</del>»</i></p>

	Vorhandensein von Branchenleitlinien nach unserer Beurteilung eigentlich erübrigen sollte.	
Art. 68, Abs. 3	Die Erweiterung der wöchentlichen Probenahme zur mikrobiologischen Untersuchung der Schlachtkörperoberflächen stellt gerade für kleine bzw. gelegentlich schlachtende Betriebe eine massive zusätzliche Belastung dar, die es angesichts des schon heute sehr schwierigen Umfeldes unbedingt zu vermeiden gilt.	Ergänzen: «.... <i>Schlachtbetriebs mit Ausnahme derjenigen mit geringer Kapazität nach Art. 3, Bst. m, VSFK oder eines Lebensmittelbetriebes</i> ....»
Anhang 1, Teil 2.1	Der Titel «Fleisch und Fleischerzeugnisse» ist unvollständig. Es müssen auch die Fleischzubereitungen ergänzt werden, zumal diese in Ziffer 2.1.9 ja auch explizit genannt werden .	Ergänzen Titel: « <i>Fleisch, Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse</i> »

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen bzw. siehe untenstehende Kommentare zu den einzelnen Anhängen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhänge 5 und 6	Die Anhebung der Altersgrenze von Kälbern von 6 Wochen auf 8 Monate bezogen auf die Fleischhygiene ist aus Gründen der Äquivalenz zur EU-Gesetzgebung zwar nachvollziehbar. Im Hinblick auf den Umgang mit der hierzulande in der Praxis üblichen Altersgrenze von 160 Tagen sind auf den ersten Blick jedoch Verwechslungen und Unklarheiten bei einer Nennung des Begriffes «Kälber» leider vorprogrammiert. In diesem Sinne scheint uns die gewählte Variante mit «Tiere der Rindergattung, die älter bzw. jünger als acht Monate sind» sinnvoll zu sein.	-
Anhang 7, Ziffer 1.1.5, Bst. b	Die Erweiterung der Genussuntauglichkeit von ganzen Schlachtkörpern wegen Störungen des Allgemeinbefindens bedingt durch Entzündungen nicht mehr nur des Herzbeutels, sondern auch des Herzes, wird in den Erläuterungen nicht weiter begründet und ist daher für uns so nicht nachvollziehbar.	Überprüfen

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : swiss granum  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Belpstrasse 26, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Stephan Scheuner  
Telefon : 031 385 72 76  
E-Mail : [scheuner@swissgranum.ch](mailto:scheuner@swissgranum.ch)  
Datum : 16.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts und benutzen gerne die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir bedanken uns im Voraus für die Berücksichtigung unserer Argumente. Als Branchenorganisation verweisen wir vorab darauf, dass die in swiss granum vertretenen Organisationen der Produktion, der Sammelstellen und des Handels sowie der ersten und zweiten Verarbeitungsstufe ihre Stellungnahmen zur Vorlage teilweise auch direkt abgeben werden.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die Durchführung der Runden Tische zur GVO-Revision, zu Acrylamid sowie des Höchstmengenmodells. Die zusätzlichen Informationen und den Austausch haben wir sehr geschätzt.

Unsere wichtigsten Positionen im Überblick:

- Die vorgeschlagene Verordnungsänderung, mit der die Motion Bourgeois „Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung „ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt“ umgesetzt werden soll, wird begrüsst. Diese soll spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt werden.
- Berücksichtigung der Hinweise von swiss granum bei der Ausgestaltung des Informationsschreibens des BLV zur Reduktion von Acrylamid. Dieses soll den betroffenen Kreisen frühzeitig zugestellt werden.

Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

swiss granum



Fritz Glauser, Präsident



Stephan Scheuner, Direktor

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Swiss granum begrüsst die vorgeschlagene Verordnungsänderung, mit der die Motion Bourgeois „Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung „ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt“ umgesetzt werden soll. Diese soll spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt werden, damit die Möglichkeit zur Auslobung der GVO-freien Fütterung genutzt werden kann. Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein, was mit entsprechenden Mehrkosten verbunden ist. Diese neue Bestimmung ermöglicht es, diesen Mehrwert am Verkaufspunkt in Wert setzen zu können.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15, Abs. 2, Bst. a		Anzustreben ist eine Liste der zugelassenen Stoffe / Produkte im Anhang
Art. 31, Abs. 5		Anzustreben ist eine Liste der zugelassenen Stoffe / Produkte im Anhang
Art. 37, Abs. 4	Bezüglich der lückenlosen Dokumentation soll, solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden, im Sinne der administrativen Vereinfachung kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.	
Art. 39, Abs. 2, Bst. d	Die spezifische Angabe des Verbrauchsdatum für leicht verderbliche, d.h. zu kühl zu haltende Lebensmittel, die am Ort der Abgabe umhüllt oder verpackt oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackt werden, erachten wir als unnötig. Die Konsumenten wissen, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist.	Anstelle eines ständig anzupassenden Verbrauchsdatums sollte für den Offenverkauf ein pauschaler Hinweis in unmittelbarer Nähe zu den leichtverderblichen Produkten möglich sein.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Aus unserer Sicht bleibt der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen unbestritten. Deren Ausgestaltung muss sich jedoch vermehrt nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit ausrichten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Kontrollierten Betrieben soll immer und nicht nur auf Verlangen eine Kopie der Kontrollaufzeichnungen zugestellt werden, gegebenenfalls auch in elektronischer Form.	„... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...“
Art. 12	Wir begrüssen eine koordinierende Rolle des BLV für den Vollzug durch die Kantone. Unabhängig vom Kanton soll in den Betrieben nach gleichen Massstäben gemessen werden.	
Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug	«... Verordnung sowie <b>einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen</b> zu gewährleisten...»
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann	Neuer Absatz: „ <b>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</b> “

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 1, Liste 1	Swiss granum begrüsst die Senkung der Mindesthäufigkeit der Hygienekontrollen in der pflanzlichen Primärproduktion von 4 auf 8 Jahren sowie die vorgeschlagene Unterscheidung von tierischer und pflanzlicher Produktion.	

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 3, Abs. 2, Bst. I und Art. 7, Abs. 1	Wir unterstützen die vorgeschlagene Einführung von Einfuhrtoleranzen für spezifische Rückstandshöchstgehalte, sofern im anderen Land eine gute Pflanzenschutzpraxis oder Biozidpraxis besteht.	

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wir bedanken uns für den Runden Tisch zum Thema Acrylamid, der uns half, die Absichten des BLV zu verstehen und zu interpretieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a	<p>Das BLV stellt ein Informationsschreiben in Aussicht, welches geeignete Massnahmen zur Reduktion von Acrylamid in Lebensmitteln beinhaltet. Diese orientieren sich an der Verordnung (EU) 2017/2158. Aus dieser wird ersichtlich, dass die Verminderung von Acrylamid resp. dessen Vorstufen nicht nur die Lebensmittelhersteller sondern insbesondere auch die vorgelagerten Partner der Wertschöpfungskette und namentlich die Produzenten betrifft. Daher weisen wir auf die nachstehenden Sachverhalte hin, denen bei der Ausgestaltung des Informationsschreibens Rechnung zu tragen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es ist falsch, die Farbe von Backwaren gleichzeitig mit mehr Acrylamid gleichzusetzen, da verschiedene Faktoren (z.B. Getreidesorte, Backtemperaturen, Backzeiten, etc.) die Acrylamidbildung beeinflussen.</li> <li>• Die Wahl der Getreidesorten bei der Vermahlung sowie erntebedingte Schwankungen bei den Rohstoffen können dazu führen, dass Backmehle enzymaktiver oder weniger enzymaktiv sind, was die Bildung von Acrylamid beim Backprozess positiv oder negativ beeinflussen kann.</li> <li>• In der Sortenprüfung von swiss granum und Agroscope zur Erstellung der Listen empfohlener Sorten ist die Thematik Acrylamid resp. deren Vorstufen aktuell nicht enthalten. D.h. es gibt keine systematische Beurteilung der heute empfohlenen Weizensorten bezogen auf diese Inhaltsstoffe.</li> <li>• Sollten aufgrund der von den Lebensmittelbetrieben getroffenen Massnahmen entsprechende Untersuchungen notwendig werden, können diese nicht von heute auf morgen aufgebaut und umgesetzt werden. Darüber hinaus wären diese mit entsprechendem Aufwand verbunden.</li> </ul>	<p>Swiss granum wünscht die Berücksichtigung der nebenstehenden Punkte im Informationsschreiben des BLV. Dieses soll den betroffenen Kreisen frühzeitig d.h. nicht erst mit Inkrafttreten der Verordnungsanpassung per 1.5.2020 zugestellt werden.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf Seite 5 der Erläuterungen des BLV zur VHK ist aufgeführt, dass durch die Einführung von Richtwerten für Acrylamid kaum Mehraufwand zu erwarten sei. Hierbei ist nicht berücksichtigt, dass die von den Lebensmittelbetrieben getroffenen Massnahmen sich nicht nur auf dieselben beschränken sondern die ganze Wertschöpfungskette betreffen können.</li> </ul>	
Anhang 2, Teil B	<p>Swiss granum begrüsst die Streichung des Höchstgehalts für Getreidekörner und die dadurch verbundene Anpassung an die Begriffe und Bestimmungen der EU.</p> <p>Darüber hinaus weisen wir in Bezug auf Mutterkorn auf folgende Sachverhalte hin, die jedoch nicht Gegenstand dieser Vernehmlassung sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU sind zurzeit Diskussionen rund um eine mögliche Festlegung von Grenzwerten für Mutterkorn-Alkaloide im Gange. Dies würde alle Marktpartner entlang der Wertschöpfungskette (Produzenten, Erfassungsstufe, Mühlen, Bäcker) vor grosse Herausforderungen stellen.</li> <li>• Für swiss granum ist es daher zentral, dass vor der Festlegung eines allfälligen Grenzwertes im Schweizer Lebensmittelrecht zuerst ein Überblick erarbeitet werden müsste.</li> <li>• Ein solcher Grenzwert müsste zudem für die Branchenpartner handhabbar sein. Insbesondere müsste eine Überprüfung mittels eines Schnelltests möglich sein. Die entsprechende Analysetechnologie ist jedoch heute nicht vorhanden.</li> <li>• Nur so ist es für die Branche möglich, Massnahmen entlang der Wertschöpfungskette zur bestmöglichen Reduktion ergreifen und umsetzen zu können.</li> </ul>	
Anhang 11, Teil A	<p>Für eine erfolgreiche Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen ist es zentral, dass das in Aussicht gestellte Informationsschreiben Klarheit schafft, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.</p>	

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Wir verweisen auf die Stellungnahmen unserer Mitgliederorganisationen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22      EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen
----	--

Allgemeine Bemerkungen
------------------------

Keine Bemerkungen
-------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Spiritsuisse  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Gurzelngasse 27, 4500 Solothurn  
Kontaktperson : P. Platzer  
Telefon :  
E-Mail : pplatzer@spiritsuisse.ch  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für  
Lebensmittelsicher-  
heit und  
Veterinärwesen  
BLV  
Schwarzenburgstra-  
sse 155, 3003  
Bern  
Tel. +41 58 463 37  
02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 .....	4
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung.....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan .....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft .....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung.....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion.....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26

24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen.....	27
----	---	----

1 <b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen

<b>2</b>	<b>BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung</b>
----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>3</b>	<b>BR: Lebensmittelvollzugsverordnung</b>
----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



<b>4      BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>5            BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

9 EDI: Getränkeverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
62	Wir unterstützen diese Streichung. Wie Erfahrungen im Ausland zeigen, gibt diese Information keinen "Mehrwert". Es lässt sich niemand davon beeinflussen.	
39 Abs. 1 a/b	Diese Präzisierung ist notwendig, da es in der Vergangenheit immer wieder zu Unsicherheiten kam.	

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
42a	Wir unterstützen diesen Vorschlag. Die Angabe sollte mindestens 2 Jahre möglich sein. Heute schon werden die Konsumenten mit Informationen überflutet. Deshalb wird es schwierig sein, solche Informationen "durchzubringen"	c. während zwei Jahren seit...
4 Abs. 5 c	Es ist richtig, dass man in dieser Verordnung auf die Mengenangabeverordnung hinweist. Nicht nötig bzw. störend ist der Hinweis auf das Sichtfeld. Es ist unmöglich alles in das Sichtfeld zu integrieren, was gesetzlich vorgeschrieben ist.	Streichung "Sichtfeld"

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>14</b>	<b>EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>20</b>	<b>EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen
----	--

Allgemeine Bemerkungen
------------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : aha! Allergiezentrum Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : aha!  
Adresse, Ort : Scheibenstrasse 20, 3014 Bern  
Kontaktperson : Brigitte Baru  
Telefon : 031 359 90 54  
E-Mail : [brigitte.baru@aha.ch](mailto:brigitte.baru@aha.ch)  
Datum : 10.05.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5, Abs. 1 Bst. 1	<p>Wir danken dem BLV, dass die Frage, ob unbeabsichtigte Vermischungen im Offenverkauf deklariert werden müssen oder nicht, nun eindeutig im geltenden Recht beantwortet wird.</p> <p>Als Patientenorganisation mit viel Erfahrung in der Weiterbildung von Personal im Offenverkauf, vorwiegend der Gastronomie, befürchten wir aber, dass der momentan formulierte Vorschlag dazu führen könnte, dass das Personal den Personen mit Allergien und Intoleranzen auch auf eindeutige Nachfrage keine Auskunft mehr gibt zu möglichen unbeabsichtigten Vermischungen in ihren Gerichten und Produkten. Sie könnten damit argumentieren, dass sie dazu rechtlich nicht verpflichtet sind.</p> <p>Für Allergiker mit schweren Reaktionen würde das zu einer noch grösseren Einschränkung bei der Ausser-Haus-Verpflegung führen. Dies ist aus unserer Sicht unbedingt zu vermeiden.</p> <p>Uns ist auch bewusst, dass es für Betriebe mit Offenverkauf schwierig ist, über alle möglicherweise vorkommenden unbeabsichtigten Vermischungen Auskunft zu geben. Allergiker sind aber auf korrekte Informationen angewiesen. Ihnen helfen auch Auskünfte wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Brot ohne Nüsse wurde im selben Backofen gebacken wie das mit Nüssen.</li> <li>- Für die Zubereitung der Suppe wird eine Bouillon mit einem Hinweis auf unbeabsichtigte Vermischungen mit Sellerie verwendet.</li> <li>- Wir verarbeiten keine Erdnüsse in unserem Restaurant und verwenden auch keine Produkte mit Erdnüssen oder unbeabsichtigten Vermischungen mit Erdnüssen.</li> </ul> <p>So können betroffene Personen das für sie individuelle Risiko abschätzen, und entscheiden, ob sie ein Lebensmittel kaufen möchten oder ein Gericht konsumieren möchten.</p>	<p>Bisher: Auf unbeabsichtigte Vermischungen nach Artikel 11 Absatz 5 muss nicht hingewiesen werden.</p> <p><b>Vorschlag neu:</b> Auf unbeabsichtigte Vermischungen nach Artikel 11 Absatz 5 muss auf Nachfrage mündlich hingewiesen werden.</p>

	Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, dass keine Deklaration über alle 14 Allergene für unbeabsichtigte Vermischungen vorgeschrieben ist. Aber für <b>konkrete Anfragen</b> von Betroffenen zu einzelnen Auslösern sollen Informationen erhältlich sein, so dass die Betroffenen und Angehörigen sich für oder gegen den Verzehr einer Speise/eines Lebensmittels entscheiden können. Wir schlagen deshalb, einen Zusatz resp. eine Änderung zur vorgeschlagenen Formulierung vor.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Nestlé Schweiz S.A.  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : NCH  
Adresse, Ort : Case Postale 352, 1800 Vevey  
Kontaktperson : Tanja Landrove  
Telefon : 021 924 52 15 / 079 615 31 91  
E-Mail : [tanja.landrove@ch.nestle.com](mailto:tanja.landrove@ch.nestle.com)  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	10
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	11
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	12
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	17
9	EDI: Getränkeverordnung .....	19
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	21
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten.....	28
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	29
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	33
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	34
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	35
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	37
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	40
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	41
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	44
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	45
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	46
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	48
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	49
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	50

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

**Einleitend möchten wir dem BLV für sein Bestreben danken, das Schweizer Lebensmittelrecht, unter Aufrechterhaltung des heutigen hohen Niveaus des Gesundheitsschutzes, laufend mit der EU-Lebensmittelgesetzgebung zu harmonisieren, um so technische Handelshemmnisse abzubauen.**

**Insbesondere begrüssen wir dabei die Neuregelung und Anpassung an das EU Recht im Bereich der sogenannten «Fermenterprodukte».** Solche Stoffe, die in einem geschlossenen System durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt, aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel zu evaluieren trägt klar dazu bei, den Produzenten in der Schweiz dieselben Voraussetzungen zu gewährleisten wie jenen in der EU.

In den Erläuterungen sollte dabei klargestellt werden, dass die in der EU bereits bewilligten Fermenterprodukte mit Inkrafttreten der Revision auch in der Schweiz als bewilligt gelten. Andernfalls würde das heute bestehende technische Handelshemmnis 'de facto' beibehalten und das Ziel der Gleichstellung in- und ausländischer Produzenten verfehlt.

Des Weiteren, um klar zwischen den Erzeugnissen „durch“ und „aus GVO hergestellt“ unterscheiden zu können, schlagen wir eine entsprechende Begriffsdefinition in Art. 2 LGV vor.

**Ein Höchstmengenkonzept für Nahrungsergänzungsmittel basierend auf dem Gesundheitsschutz anstelle des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts erachten wir als sinnvollen Ansatz.** Für die Anreicherung von normalen Lebensmitteln scheint uns hingegen dieses Prinzip unpassend, da ein übermässiger Konsum von Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Stoffen durch solche Lebensmittel kaum realistisch ist.

Bezüglich der Festlegung der einzelnen Höchstwerte, insbesondere der Auswahl, welche Publikationen für die Berechnung der Höchstwerte in Betracht gezogen wurden, können wir nicht immer nachvollziehen. SANI hat hierzu einen ausführlichen Vorschlag erarbeitet, den wir voll und ganz unterstützen. Siehe dazu auch unsere Bemerkungen zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel und zur Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen zu Lebensmitteln.

**Ebenfalls schätzen wir die vorgeschlagene neue Regelung zur Anpreisung von Rezepturverbesserungen.** Dies ist ein klarer Anreiz für die Schweizer Firmen, Rezepturverbesserung im Bereich bestimmter Nährstoffe wie Zucker und Salz weiter voranzutreiben und damit die Ernährungsstrategie des Bundes zu stärken.

**Als unrealistisch bewerten wir hingegen die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr.** Der vorliegende Verordnungstext hat zur Folge, dass Rezepturanpassungen und Deklarationsänderungen erforderlich sind. Innerhalb so kurzer Frist ist dies absolut unmöglich und würde enorme Vernichtungs-Kosten zur Folge haben. Wie im Rahmen der Regulierungs-Folgenabschätzung anlässlich der letzten Revision «LARGO» aufgezeigt, nehmen die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich ab. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket «Stretto III» generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 1	<p>Es werden in der LGV die beiden Begriffe „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ und „GVO-Erzeugnisse“ verwendet. Dies führt teilweise zu Unklarheiten oder Verwechslungen.</p> <p>Diese Erzeugnisse sollten bei den Begriffen klar definiert und dann entsprechend in den Vorschriften einheitlich verwendet werden.</p> <p>Der Begriff „GVO-Erzeugnisse“ grenzt sich nicht klar von den bewilligungspflichtigen „GVO-Lebensmitteln“ ab. Wir schlagen deshalb vor, klar zwischen „gentechnisch veränderten Lebensmitteln“ (die als GVO-Lebensmittel bewilligungspflichtig sind) und „Erzeugnissen, die durch gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind“ (und keine GVO-Lebensmittel, sondern neuartige Lebensmittel sind) zu unterscheiden.</p> <p>Entsprechend Erwägung 16 Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 sollte eine GVO Bewilligung für Lebensmittel erforderlich sein, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</p> <p>Der Begriff „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ ist an die Definitionen der Verordnung (EG) Nr. 1129/2008 angeglichen, um hier Handelshemmnisse zu vermeiden.</p>	<p><b>NEU Ziffer 32</b>  <i>Gentechnisch veränderte Lebensmittel:</i> Lebensmittel, die GVO enthalten, daraus bestehen oder hergestellt werden; „hergestellt aus GVO“ vollständig oder teilweise aus GVO abgeleitet, aber keine GVO enthaltend oder daraus bestehend.</p> <p><b>NEU Ziffer 33</b>  <i>Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt werden:</i> Zutaten, Zusatzstoffe, Verarbeitungshilfsstoffe, Enzyme und andere Stoffe, wenn sie in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden und von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</p>
Art. 15 Abs 1 Bst b, c, d und i	b.- e: Anpassung an den EU-Verordnungstext um eine Verwechslung mit «durch Mikroorganismen hergestellt» zu vermeiden	b. Lebensmittel, die aus Mikroorganismen, Pilzen oder Algen bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden;

	<p>i. Beheben eines Verweis-Fehlers (Verweis auf Bst g und nicht auf Bst. f) und Übernahme der EU Formulierung.</p> <p>In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass das Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und dass «Fermenterprodukte, die in der EU rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.“</p>	<p>c. Lebensmittel, die aus Materialien mineralischen Ursprungs bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden;</p> <p>d. Lebensmittel, die aus Pflanzen oder ihren Teilen bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel, die eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben und aus Pflanzen oder einer Vielzahl von Pflanzen der gleichen Gattung bestehen, daraus isoliert oder hergestellt wurden mittels:</p> <p>e. Lebensmittel, die aus Tieren oder aus Teilen von Tieren bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel aus Tieren, die mit herkömmlichen, vor dem 15. Mai 1997 angewendeten Zuchtverfahren gezüchtet wurden, sofern diese Lebensmittel eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben;</p> <p>i. Vitamine, Mineralstoffe und andere Stoffe, <b>sofern</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Herstellungsverfahren, das vor dem 15. Mai 1997 nicht zur Lebensmittelerzeugung eingesetzt wurde, gemäss Buchstabe g dieses Absatzes angewandt wurde oder</li> <li>2. sie technisch hergestellte Nanomaterialien enthalten oder daraus bestehen,</li> </ol>
15 Abs. 2 Bst a und	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>2 nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <p>a. Gentechnisch veränderte Lebensmittel; <b>ausgenommen solche aus Artikel 31 Abs. 5.</b></p>
		Kein Antrag

<p>15 Abs. 2 Bst b Ziff 1-3</p>	<p>In den Erläuterungen ist klarzustellen, dass durch GVO hergestellte Enzyme, Zusatzstoffe und Aromen in der CH ohne Bewilligung (Antrag) in Verkehr gebracht werden können, sofern sie den CH Vorschriften (resp. den EU Vorschriften für Zusatzstoffe und Aromen) entsprechen.</p> <p>Art. 15 Abs. 2 LGV regelt: Nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. gentechnisch veränderte Lebensmittel;</li> <li>b. Lebensmittel, die verwendet werden als: <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Lebensmittelenzyme gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 27 Absatz 4 Buchstabe b erlassenen Vorschriften über technologische Verfahren und technische Hilfsstoffe in Lebensmitteln,</li> <li>2. Zusatzstoffe gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Zusatzstoffe in oder auf Lebensmitteln,</li> <li>3. Lebensmittelaromen gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Aromen</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Enzyme in der CH (Art. 7 VtVtH):</b> Lebensmittelenzyme dürfen als solche in Verkehr gebracht und Lebensmitteln gemäss GHP zugesetzt werden.</p> <p>2 Sie dürfen unter den folgenden Bedingungen verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Das Enzym ist in der vorgeschlagenen Menge für Konsumentinnen und Konsumenten und aufgrund der bekannten wissenschaftlichen Daten gesundheitlich unbedenklich.</li> <li>b. Für die Verwendung des Enzyms besteht eine hinreichende technologische Notwendigkeit.</li> <li>c. Durch die Verwendung des Enzyms werden die Konsumentinnen und Konsumenten nicht getäuscht, insbesondere hinsichtlich der Frische, der Qualität und der Beschaffenheit der verwendeten Zutaten sowie der Natürlichkeit, des Herstellungsverfahrens oder dem Nährwert des Erzeugnisses.</li> </ul> <p><b>Zusatzstoffe in der CH (Art. 2 Abs. 5 ZuV)</b> Ein Antrag ist nicht erforderlich für Zusatzstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen.</p>	
-------------------------------------	--	--

	<b>Aromen in der CH (Art. 6 Abs. 3 Aromenverordnung):</b> Ein Antrag nach Absatz 1 ist nicht erforderlich für Aromen oder Ausgangsstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen. Spezifische Anwendungsbeschränkungen bleiben vorbehalten.	
31 Abs 1 und 1bis	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	1 Das Inverkehrbringen von <del>Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden (GVO-Erzeugnisse) und Das Inverkehrbringen von</del> gentechnisch veränderten <del>Lebensmitteln</del> , die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.
31 Abs. 3	Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.  Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGV („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr, dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.	Handelt es sich um Lebensmittel, die <del>vermehrungsfähige</del> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <del>erteilt die Bewilligung kann die Bewilligung verweigern</del> , wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.
31 Abs. 5	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	Für <del>GVO-Erzeugnisse</del> Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt sind, gelten die Artikel 15-19. <del>„wenn sie:</del> <del>a. durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden;</del> <del>b. in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden; und</del> <del>c. von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</del>



31 Abs. 5	In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass dieses Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und „in der EU bewilligte Fermenterprodukte mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.“	
33 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV) Eine GVO Dokumentationspflicht für Fermenterprodukte macht keinen Sinn, für diese besteht eine Novel food Dokumentation. Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.	Wer <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> <b>Lebensmittel, die GVO-Erzeugnisse sind oder solche enthalten:</b>
37 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	1 Auf GVO ist hinzuweisen bei: a. <b>Lebensmitteln, die GVO-Erzeugnisse sind gentechnisch veränderten Lebensmitteln;</b> b. Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Mikroorganismen enthalten; c. Verarbeitungshilfsstoffen, die als solche abgegeben werden und <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind; d. Mikroorganismen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch verändert sind.

<b>3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## **5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## **6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüßen den vorgeschlagenen vereinfachten Revisionsprozess, der neu die immer wieder aufgetretene Nicht-Äquivalenzen zwischen dem EU-Recht und dem CH-Recht verhindern soll.

In den Erläuterungen wird auf die „noch bestehenden spezifischen CH Abweichungen“ hingewiesen, es wäre zu begrüßen, wenn das BLV hier ausführen könnte, welche das sind.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

#### Mahlzeitenersatzprodukte/Tagesrationen:

Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können.

Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:

Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.

Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&from=EN>. Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden, nämlich:

Anhang 14 LIV – Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Gliederungstitel 5. Abschnitt	Der neu aufgenommene Artikel 22a entspricht Art. 6 der EU-Verordnung Nr. 2016/127. Diese Verordnung gilt nur für Säuglingsanfangs- und Folgenahrung, nicht aber für Beikost. Die aufgeführten Hinweise zum Stillen machen für Beikost auch keinen Sinn, da diese als Ergänzung zum Stillen bestimmt ist und das Stillen nicht ersetzen soll bzw. kann. Der Geltungsbereich soll im Gliederungstitel (analog 4. Abschnitt) oder in Art. 22a präzisiert werden.	Geltungsbereich im Gliederungstitel und/oder Wortlaut in Art. 22a präzisieren.
22a	Die Schweizer Hersteller beachten bei der Information über Produkte für Säuglinge und Kleinkinder die gesetzlichen Vorgaben und den in der Branche aufgestellten Verhaltenskodex sowie die Beschlüsse des paritätisch aufgestellten Codex Panels zur Auslegung dieser Regelungen.	Art.. 22a ist ganzheitlich zu streichen.  Alternativ Art. 22a Abs. 1 <del>Das Informationsmaterial von Herstellern und Vertreibern beinhaltet die Empfehlungen</del>

	<p>Die mit diesem Artikel neu eingeführten Verpflichtungen zu weitergehenden Informationen ist für den Zweck der Förderung des Stillens innerhalb der ersten 6 Lebensmonate nicht begründet und daher nicht verhältnismässig.</p> <p>Absatz 1 – Die Hersteller dieser Produkte und Mitglieder von SANI halten die Empfehlungen des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern für irreführend, da in den Empfehlungen die gesetzlich umschriebenen Produkte Folgenahrungen und Beikost als „nicht erforderlich“ angesehen werden. Die Getreidebeikost wird in den Empfehlungen nicht mal erwähnt. Ausserdem wird die vorgeschriebene Qualität der Beikost-Rohmaterialien (besondere Anforderungen an zugelassene Pestizidrückstände aufgrund der „jungen Bevölkerungsgruppe“ für diese Produkte sowie Anforderungen an die Hygiene, etc ) nicht berücksichtigt, wenn wie hier hausgemachte Beikost empfohlen wird. In diesem Fall können diese Sicherheitskriterien eben nicht garantiert werden. Bei den Empfehlungen handelt es sich insofern nicht um „durch allgemein anerkannte wissenschaftliche Daten“ belegte Ernährungsanforderungen gemäss Erwägung 4 und auch nicht um objektive und übereinstimmende Informationen nach Art. 11 Abs. 1 Verordnung EU 2016/127.</p> <p>Die Übernahme der Absatz 2 – 4 entspricht den Vorgaben in Art. 11 Abs. 2-3 EU Verordnung und führt zu einer Harmonisierung mit dem EU-Recht. Grundsätzlich sind die Mitglieder von SANI der Auffassung, dass diese weiteren Pflicht-Informationen und entsprechende Informationsverbote bereits in der Schweiz umgesetzt werden. Sie sind zum grossen Teil Gegenstand der Beschlüsse des Codex Panels und werden von dieser unabhängigen Stelle überwacht.</p> <p>Eine Einführung dieser Verpflichtungen erscheint daher nicht notwendig.</p> <p>Für das eigentliche Ziel dieser Vorgabe, nämlich der gewollten „Förderung des Stillens“, verweisen wir auf die in der EU Verordnung Erwägung 22 erwähnten Schlussfolgerungen des Rates zu Ernährung und körperlicher Bewegung, welche die Mitgliedstaaten zur <b>Förderung und Unterstützung einer adäquaten Stillzeit</b> auffordert. Auch in der Schweiz erreicht der gesetzlich garantierte Mutterschutz von 14 Wochen nicht die von der WHO geforderten 6 Monate Stillzeit. Solange dieses praktische Problem nicht</p>	<p><del>des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern</del> ist zu streichen, solange das BLV nicht nachweisen kann, dass es sich bei den Ernährungsempfehlungen, die von einem Konsum von Folgenahrungen und Beikost eindeutig abraten, um wissenschaftlich begründete Daten handelt.</p>
--	---	--

	gelöst ist, werden berufstätige Mütter vor Ablauf der erforderlichen Stillzeit ihre Säuglinge abstillen müssen!	
32-35b	Die Streichung der „Mahlzeitenersatzprodukte“ entspricht nicht dem EU-Recht. Solche Produkte dürfen noch vermarktet werden, wenn sie die Zusammensetzung erfüllen, die die Verwendung einer entsprechenden gesundheitsbezogenen Angabe (siehe Anmerkungen zur LIV) erfüllen. Solche Produkte dürfen als „Mahlzeitenersatz“ oder „Produkt für eine gewichtskontrollierende Ernährung“ bezeichnet werden. Dies sollte zur Verständlichkeit in den Erläuterungen zur VLBE hier klargestellt werden.	
Anhang 4	Referenzwerte für die Nährwertkennzeichnung von Getreidebeikost und anderer Beikost Die Referenzwerte für Folgenahrung und Beikost für Säuglinge und Kleinkinder weichen für viele Nährstoffe voneinander ab, obwohl die Nährstoffbedürfnisse der Kinder im Alter von 6 bis 36 Monaten die gleichen sind, unabhängig, welches Lebensmittel sie konsumieren	Streichen der letzten Kolonne " <del>Getreidebeikost und andere Beikost</del> " in der Tabelle des Anhang 4, VLBE und Änderung des Titels der Kolonne " <del>Folgenahrung</del> " in " <del>Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost</del> ".
Anhang 5 Ziffer 4.1	Fettgehalt pro 100 kcal/kJ für Getreidebeikost nach Art. 19 Abs. 1 Bst. a – Der Unterschied zu Produkten nach Art. 19 Abs. 1 Bst. b (3.3g Fett/100kcal vs. 4.5g Fett/100kcal) ist nicht begründet. Wissenschaftlicher Hintergrund für die Unterscheidung des Fett-Höchstwertes ist nicht klar. Bei Beigabe von Säuglingsanfangsnahrung zu Getreidebeikost wird der Höchstwert von 3.3g Fett pro 100kcal zubereitetes Produkt ev. überschritten. Damit werden bewährte Schweizer Produkte limitiert, die aktuellen Anforderungen sollten beibehalten werden.	4.1 Bei den in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Produkten darf der Fettgehalt höchstens <del>0,8</del> <b>1,1 g/100 kJ (3,3-4,5 g/100 kcal)</b> betragen. 4.2 Die in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b genannten Produkte dürfen einen Fettgehalt von höchstens 1,1 g/100 kJ (4,5 g/100 kcal) aufweisen.



## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)						
36 Abs. 5	<p>In der Schweiz haben Vollmilch und standardisierte Vollmilch zwei verschiedene Sachbezeichnungen. Wenn Milch als Zutat in einem Lebensmittel eingesetzt wird, wäre demzufolge diese Bezeichnung im Verzeichnis der Zutaten zu verwenden.</p> <p>In der Praxis wird bei der Herstellung von Milchprodukten in den meisten Fällen standardisierte Vollmilch verwendet, jedoch nicht als solche in der Zutatenliste deklariert.</p> <p>Antrag: "Legalisierung" der heutigen Praxis, mit einer Präzisierung im Text, welche die Deklaration von Standardisierter Vollmilch als "Vollmilch" oder "Milch" erlaubt</p>	5 Im Verzeichnis der Zutaten zusammengesetzter Lebensmittel können Vollmilch und standardisierte Vollmilch gemäss Art. 33 Abs.1 Bst. a und b als Vollmilch oder Milch angegeben werden.						
83 Abs.2 Bst b	<p>Voir Directive 2001/114/EC , Annexe I (Dénomination et Définition des produits),</p> <p>2. a) Lait en poudre riche en matières grasses ou poudre de lait riche en matières grasses : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 42 % de matières grasses.</p> <p>b) Lait en poudre entier ou poudre de lait entier : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 26 % et moins de 42 % de matières grasses.</p> <p>c) Lait en poudre partiellement écrémé ou poudre de lait partiellement écrémé</p> <p>Le lait déshydraté dont la teneur en matières grasses est, en poids, supérieure à 1,5 % et inférieure à 26 %.</p> <p>d) Lait en poudre écrémé ou poudre de lait écrémé</p> <p>====&gt; lait en poudre semi-écrémé / demi-écrémé non défini (idem CH)</p> <p>MAIS:</p> <p>Annexe II (Dénominations particulières de certains produits énumérés à l'Annexe I):</p> <p>f) En langue française "lait demi-écrémé en poudre", en langue néerlandaise "halfvolle melkpoeder" et en langue anglaise "semi-skimmed milk powder" ou</p>	<p><sup>2</sup> Milchpulver muss folgende Fettgehalte aufweisen:</p> <table><tr><td>a. Magermilchpulver</td><td>höchstens 15 g/kg;</td></tr><tr><td>b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der Fettgehalt zwischen 140 und 160 g/kg liegt</td><td>mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;</td></tr><tr><td>c. Vollmilchpulver</td><td>mindestens 260 g/kg und weniger als 420 g/kg;</td></tr></table>	a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;	b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der Fettgehalt zwischen 140 und 160 g/kg liegt	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;	c. Vollmilchpulver	mindestens 260 g/kg und weniger als 420 g/kg;
a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;							
b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der Fettgehalt zwischen 140 und 160 g/kg liegt	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;							
c. Vollmilchpulver	mindestens 260 g/kg und weniger als 420 g/kg;							

	"dried semi-skimmed milk" désignent le produit défini à l'annexe I, point 2 c), dont la teneur en matières grasses est comprise entre 14 % et 16 %.	<div> d. Milchpulver mit hohem Fettgehalt, fettangereichertes Milchpulver oder Rahmpulver </div>	<div> mindestens 420 g/kg </div>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
9 Abs 2	Weitere Anpassung der Wortlaute an die EU Gesetzestexte in den verschiedenen Sprachen sowie Harmonisierung innerhalb der 3 Sprachen der Schweizer Gesetzestexte.	<p><b>Französischer Text:</b></p> <p>a. "Oligominérale ou faiblement minéralisé" si la teneur en sels minéraux, calculée comme résidu fixe, ne dépasse pas 500 mg/l;</p> <p>g. «ferrugineuse ou contient du fer» si la teneur en fer bivalent dépasse 1 mg/l;</p> <p><b>Deutscher Text:</b></p> <p>g. «eisenhaltig oder enthält Eisen», wenn der Gehalt an zweiwertigem Eisen mehr als 1 mg/l beträgt;</p> <p>h. «fluoridhaltig oder enthält Fluor», wenn der Fluoridgehalt mehr als 1 mg/l beträgt;</p> <p><b>Italienischer Text:</b></p> <p>a. "Oligominerale o leggermente mineralizzata o debolmente mineralizzata" se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, non supera 500 mg per litro;</p> <p>b. «Minimamente mineralizzata o molto debolmente mineralizzata» se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, non supera 50 mg per litro;</p> <p>c. «Ricca in sali minerali o fortemente mineralizzata» se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, è superiore a 1500 mg per litro;</p>

		<p>e. «calcica <b>o contenente calcio</b> » se il tenore di calcio è superiore a 150 mg per litro;</p> <p>f. «magnesica <b>o contenente magnesio</b>» se il tenore di magnesio è superiore a 50 mg per litro;</p> <p>g. «ferruginosa <b>o contenente ferro</b>» se il tenore di ferro bivalente è superiore a 1 mg per litro;</p> <p>h. «<b>Fluorata o</b> contenente fluoruri» se il tenore di fluoro è superiore a 1 mg per litro;</p>
10 Abs. 3	<p>Der Vorschlag schränkt den Text in Bezug auf die neue Definition stärker ein, führt aber zu Problemen bei Eigenmarken, bei denen Wasser aus verschiedenen Quellen für unterschiedliche Eigenmarken verwendet werden kann.</p> <p>Analog zur Regelung in der EU nach Art 8 Abs 2  <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1</a></p> <p>«Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.»</p>	<p><b>Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.</b></p>
Anhang 2 Ziff.2 Bst A	<p>Die chemischen Kriterien für natürliches Mineralwasser sind nicht mit der EU harmonisiert für Bor, Nitrat, Fluor und Chrom:</p> <p>Aktuell in der CH:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bore 1 mg/l</li> <li>• Nitrate 40 mg/l</li> <li>• Fluor 1.5 mg/l</li> <li>• Chrome (VI) 20 µg/l</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bore P.M. (*) - (*) La limite maximale pour le bore sera fixée si nécessaire, après avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments et sur proposition de la Commission avant le 1er janvier 2006.</li> <li>• Nitrates 50 mg/l</li> <li>• Fluor: pas de valeur limite, mais fluorures: 5.0 mg/l</li> <li>• Chrome (VI): pas de valeur limite</li> </ul>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir unterstützen die neue Orientierung des Höchstmengenkonzepts am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts und setzen uns für die Einführung und Umsetzung von neuen Höchstmengen auf dieser Grundlage ein.

Wissend, dass damit die Schweiz der EU vorausgeht ist es jedoch wichtig, dass im Falle einer Festlegung von Höchstmengen innerhalb der EU auch in der Schweiz entsprechend umgesetzt werden.

#### Verzehrsdaten, Aufteilung Nahrungsergänzungsmittel und angereicherte Lebensmittel

Das vorgeschlagene Höchstmengenkonzept bestehend aus ULs und Verzehrsmengen ist nachvollziehbar und wird auch in anderen gängigen Modellen so gehandhabt. Auch die Einteilung in die drei verschiedenen Mikronährstoff-Gruppen je nach Überdosierungs-Risiko (Stoffe ohne Höchstmenge; Stoffe mit Höchstmenge, da geringes Risiko einer Überdosierung; kritische Stoffe mit Risiko Überdosierung) halten wir für sinnvoll.

Allerdings ist die für die Festsetzung der Höchstmengen vorgenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 nicht wissenschaftlich begründet und insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrsdaten nicht nachvollziehbar.

Das BLV hat Daten aus der deutschen Nationalen Verzehrs-Studie II, 2008 verwendet. Wir verstehen, dass in der Schweiz (noch) keine ausreichenden Verzehrsdaten vorliegen und halten das Ausweichen auf die deutschen Daten grundsätzlich für vertretbar.

Werden aber die deutschen Verzehrsdaten als Grundlage herangezogen, ist die vorgeschlagene Aufteilung eines Verzehrs in angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmitteln / Sportlernahrung im Verhältnis 1:3 nicht begründet. So wurde nämlich nach Kapitel 5.1 der Verzehrsstudie der Konsum von angereicherten Lebensmittel in den Verzehrsdaten der „normalen Ernährung“ bereits berücksichtigt:

*„Bei der Ermittlung der Nährstoffzufuhr muss berücksichtigt werden, dass Lebensmittel zunehmend mit Vitaminen und Mineralstoffen angereichert werden. Die bei der Berechnung verwendete BLS-Version (s. Kap. 3.3) trägt teilweise dieser Entwicklung Rechnung. Die Anreicherungen mit Vitaminen und Mineralstoffen wurden bei Multivitaminensäften, Cerealien (z. B. Cornflakes), Milchmischgetränken mit Kakao, Sojaprodukten (Sojadrink, -dessert) sowie Proteindrinks mit erfasst. Daneben war außerhalb des BLS eine Recherche von Nährstoffdaten für Energiepulver sowie Formuladiäten notwendig.“*

Ähnlich berücksichtigen auch andere nationale Studien (z.B. North/South Ireland Food Consumption Survey, 2001)<sup>1</sup> bei den Verzehrsdaten die angereicherten Lebensmittel bereits, lediglich Nahrungsergänzungsmittel werden separat betrachtet.

Zudem belegen verschiedene Studien, dass angereicherte Lebensmittel nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtkonsums ausmachen, so dass diese nicht überproportional in den Verzehrsdaten gewichtet werden sollten.

Godfrey et al. (2004)<sup>2</sup> haben den Anteil von angereicherten Lebensmitteln in Europa untersucht. Die Daten haben gezeigt, dass:

<sup>1</sup> www.iuna.net, IUNA 2001; Flynn, personal communication 2007

<sup>2</sup> Godfrey, D. and Richardson, D. P. 2002. Vitamins and minerals for health. British Food Journal 104 (11): 913–933.

- 75% der in Europa konsumierten Lebensmittel (inkl. Getränke) sind selten oder nie angereichert
- angereicherte Lebensmittel selten zu mehr als 3% der Gesamternährung pro Kopf beitragen (Ausnahme sind Länder mit Pflichtanreicherung z.B. bei Mehl in Grossbritannien)
- es selbst bei Personen mit einem hohen Konsum an angereicherten Lebensmitteln unwahrscheinlich ist, dass mehr als 10% deren Ernährung aus angereicherten Produkten besteht

Hennessy et al. (2013)<sup>3</sup> kommen zum Schluss, dass:

- die totale Zufuhr an Mikronährstoffen (inklusive angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel) von Personen mit hohem Konsum (P95 der Zufuhr) bei Erwachsenen und Kindern den EFSA UL nicht übersteigt.

Für Nahrungsergänzungsmittel und auch für Lebensmittel für Sportler, die zusätzlich zur normalen Ernährung konsumiert werden, erachten wir ein „UL-Konzept“ als sinnvoll, nicht aber für angereicherte Lebensmittel, die zur „normalen Ernährung“ gehören.

Entsprechend sollte die künstliche Aufteilung in 3:1 wegfallen und die Range „normale Ernährungszufuhr“ bis „UL“ voll durch Nahrungsergänzungsmittel bzw. Sportler-Lebensmittel ausgeschöpft werden können. Die Höchstmengen für Nahrungsergänzungsmittel und Sportlerlebensmittel sind dementsprechend nach oben zu korrigieren.

### **Vorgeschlagene Höchstmengen**

Für einzelne Vitamine und Mineralstoffe, insbesondere auch die vom BLV als „Spezialfälle“ bezeichneten Stoffe, wurden aus unserer Sicht schwer nachvollziehbare Höchstmengen gewählt.

Grundsätzlich ist die vorgeschlagene Basierung auf die von der EFSA oder IOM festgelegten ULs sinnvoll. Zusätzlich sollten auch die Resultate der UK Expert Group on Vitamins and Minerals (EVM, 2003)<sup>4</sup> beachtet werden. Dieses wissenschaftliche Komitee hat basierend auf der UL Methode „Safe Upper Level“-Werte ausgearbeitet, welche eine langfristige Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln berücksichtigen.

### **Deklaration**

Die Festlegung von Höchstmengen hat zur Folge, dass nach dem Informationsschreiben 2017/7 Toleranzen für die Nährwertdeklaration durch den Verweis auf den EU Toleranzen Leitfaden (2012) eine Überdosierung zum Ausgleich von Gehaltsverlusten über die Zeit nicht mehr erlaubt ist.

Das hat zur Folge, dass die Deklaration von Höchstmengen tatsächlich nur dann möglich ist, wenn garantiert werden kann, dass die Gehalte bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum nicht abnehmen. Da dies heute nur für einzelne Stoffe der Fall ist und insbesondere im EU-Ausland keine Höchstmengen festgelegt sind, ergibt sich aus dem EU Leitfaden und der Festlegung von Höchstmengen für Schweizer Inverkehrbringen ein Wettbewerbsnachteil, wenn die Höchstmengen inklusive einer Toleranz nach oben im Ausland zugelassen sind. Um dieses praktische Problem zu lösen, schlagen wir für eine weitere Regelung der Deklaration in der Form von „Deklarationshöchstmengen“ vor, die hier die Rechtslage für Anwender und Vollzug klarer macht.

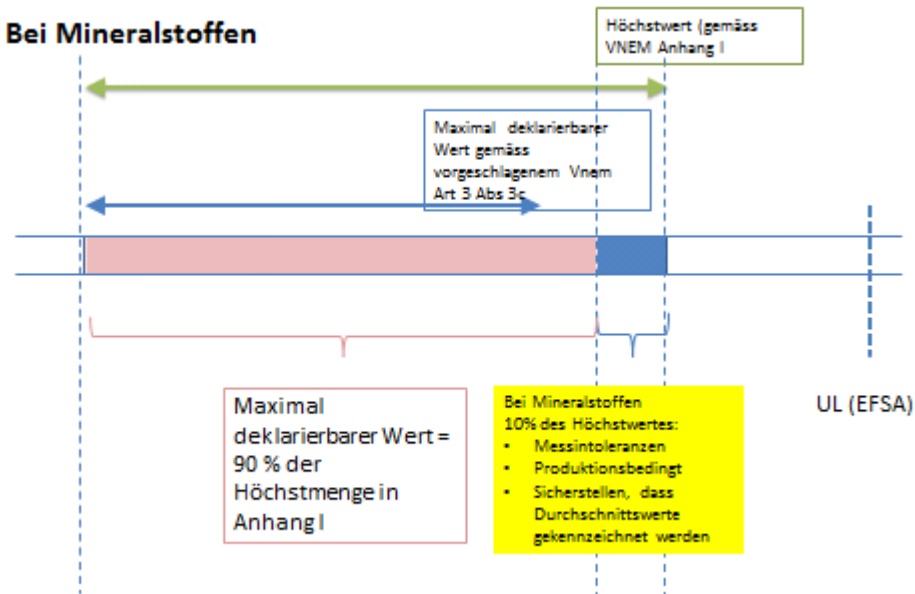
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	--

<sup>3</sup> Hennessy, A., Walton, J. and Flynn, A. 2013. The impact of voluntary food fortification on micronutrient intakes and status in European countries: a review. Proceedings of the Nutrition Society. doi: 10.1017/S002966511300339X.

<sup>4</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

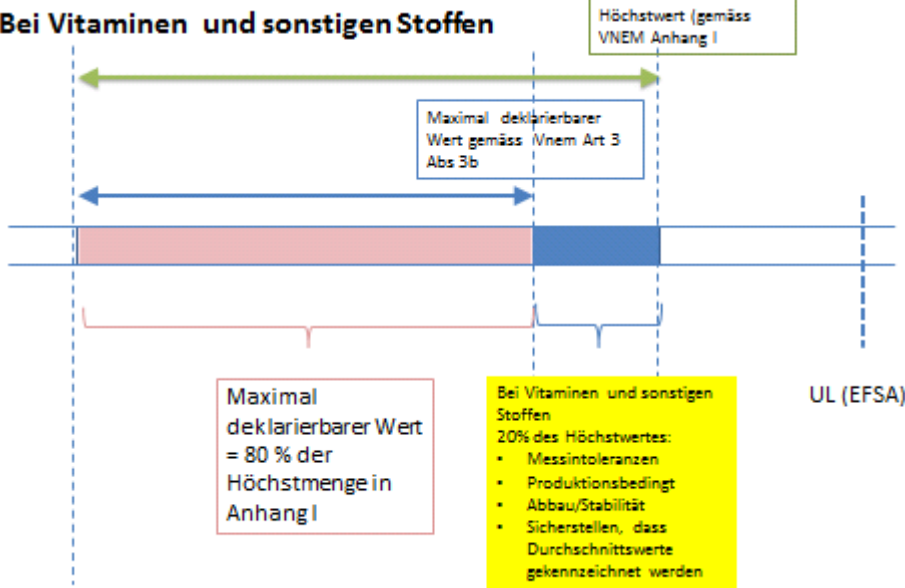
3 Abs.3	<p><b><u>Toleranzen, Überdosierung und Messunsicherheit</u></b></p> <p>Mit dem Wechsel zu LARGO wurde in der Schweiz die Möglichkeit der 300-fachen Überdosierung aufgegeben und neu gelten nach dem Informationsschreiben 2017/7 auch für Nahrungsergänzungsmittel die Werte nach dem EU Toleranzen Leitfaden (2012). Trotz technologischer Fortschritte bei der Herstellung und Standardisierung sind für das Einhalten von bestimmten Gehalten im Rahmen der Toleranzen bis Ende der Haltbarkeit Überdosierungen, insbesondere bei Vitaminen, nötig. Die Stabilität wird unter anderem durch den Herstellungs- und Lagerungsprozess beeinflusst, aber auch durch die Interaktion gewisser Stoffe innerhalb des Produktes. Die Stabilität der einzelnen Stoffe variiert stark. Hinzu kommen Messunsicherheiten, welche auch innerhalb der Toleranzen berücksichtigt werden müssen.</p> <p>Da sich die Höchstmenge am Gesundheitsschutz orientieren, ist es wichtig, dass diese auch bei einer Überdosierung zu keinem Zeitpunkt des Produktlebenszyklus überschritten werden. Insofern ist die Höchstmenge in jedem Fall verbindlich und darf auch nicht gemäss den Toleranzen im EU Leitfaden überschritten werden. Obwohl dies gemäss dem EU-Guidance Dokument bereits heute der Fall sein sollte, wird dies vom Vollzug nicht einheitlich gehandhabt und diese Rechtslage scheint im Markt unklar.</p> <p>Produkte mit deklarierten Gehalten gleich den Höchstwerten sind aufgrund unserer Erfahrungswerte für Vitamine, aber auch nicht für Mineralstoffe, Aminosäuren und sonstige Stoffe rechtlich nicht zulässig. Eine derartige Praxis weist entweder auf eine zu niedrige Konzentration des Stoffs im Endprodukt hin (EU Leitfaden Toleranz wird systematisch nach unten ausgereizt, die Werte sind keine Durchschnittswerte und verletzen damit Art.3 Abs.3 VNem) oder ist ein Zeichen für eine Überdosierung und kann somit ein Gesundheitsrisiko darstellen. Um klare Grundlagen für die Anwender und für den Vollzug, insbesondere auch bei reinen Etikettenkontrollen von Online- und Importware, zu schaffen, schlagen wir folgendes Modell für die Deklaration der Gehalte vor („<b>Deklarationshöchstmengen</b>“).</p> <p>Bei den <b><u>Mineralstoffen</u></b> spielen lediglich Mess-Toleranzen und Produktionsschwankungen eine Rolle, da Mineralstoffe stabil sind. Diese Schwankungen müssen bei der Deklaration mit einem <b>Abschlag von 10% auf die jeweilige Höchstmenge</b> berücksichtigt werden:</p>	<p>Bei der Kennzeichnung ist auf den Gehalt an Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen zum Zeitpunkt der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten hinzuweisen. <b>Dabei gilt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Die angegebenen Werte müssen sich auf Durchschnittswerte nach Artikel 26 Absatz 4 LIV stützen.</li> <li>b) Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen dürfen maximal 80% der in Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</li> <li>c) Bei Mineralstoffen dürfen maximal 90% der im Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</li> </ul>
---------	--	--

### Bei Mineralstoffen



**Vitamine und auch Aminosäuren und sonstige Stoffe sind oxidationsempfindlich und bieten nach grundsätzliche Stabilitätsprobleme.**  
 Um die Angaben auf den Verpackungen einhalten zu können, müssen diese Schwankungen bei der Deklaration mit einem **Abschlag von 20% auf die jeweilige Höchstmenge** berücksichtigt werden:



	<p><b>Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen</b></p>  <p>Für die Höchstmengen von <b>Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe</b> folgt daraus, dass diese um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt.</p>	
<p>Anhang 1, Teil A - Zusammenfassung</p>	<p>Basierend auf den Kommentaren der SANI zu den einzelnen Höchstwerten unterstützen wir folgende Änderungen der Höchstwerte:</p>	<p><b>1 Vitamine</b>          Beta-Carotin (Provitamin A) 9,6 mg          Biotin keine          Folsäure <del>750</del> 1000 µg          Niacin <del>600</del> 800 mg; 10 mg als Nicotinsäure und Inositolhexanicotinat (Summe)          Pantothersäure keine          Riboflavin (Vitamin B2) keine          Thiamin (Vitamin B1) keine          Vitamin A 1000 µg          Vitamin B6 <del>15</del> 20 mg          Vitamin B12 keine          Vitamin C <del>750</del> 1000 mg          Vitamin D <del>60</del> 80 µg          Vitamin E <del>75</del> 270 mg</p>

		Vitamin K <del>75</del> 225 µg . <b>2 Mineralstoffe</b> Bor 1 mg Calcium 1000 mg Chrom <del>480</del> 250 µg Eisen <del>24</del> 28 mg Jod <del>200</del> 267 µg Kalium <del>2250</del> 3000 mg Kupfer 2 mg Magnesium 350 mg Mangan 4 mg Molybdän <del>300</del> 400 µg Selen <del>465</del> 220 µg Silicium keine Zink <del>40</del> 20 mg
Anhang 1, Teil B	Als Folge von den vorgeschlagenen Deklarationshöchstmengen in Art. 3 Abs. 3 VNem (siehe oben) für Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe, müssten die Höchstmengen für diese Stoffe um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt. Bereits heute sind noch nach der alten geltenden Rechtslage Produkte auf dem Schweizer Markt, die bis zu diesen Höhen überdosiert sind, um die deklarierten Mengen einhalten zu können. Ein Sicherheitsproblem besteht nicht. Der Vorschlag dient ausschliesslich der Verhinderung einer unnötigen Anpassung von Rezepturen aufgrund der Beachtung des EU Toleranz Leitfadens.	<b>1 Aminosäuren</b> L-Arginin <del>2500</del> 3125 mg L-Citrullin <del>4000</del> 1250 mg L-Glutamin <del>40</del> 12.5 g Glycin <del>5</del> 6.25 g L-Histidin <del>600</del> 750 mg L-Isoleucin <del>4200</del> 1500 mg L-Leucin <del>2400</del> 3000 mg L-Lysin <del>4800</del> 2250 mg L-Methionin + L-Cystein (Summe) <del>900</del> 1125 mg L-Ornithin <del>2000</del> 2500 mg L-Phenylalanin + L-Tyrosin (Summe) <del>4500</del> 1875 mg L-Threonin <del>900</del> 1125 mg L-Tryptophan <del>240</del> 300 mg L-Valin <del>4600</del> 2000 mg <b>2 Sonstige Stoffe, ohne Aminosäuren</b> Alpha-Linolensäure (n-3) <del>2000</del> 2500 mg Beta-Alanin <del>3,2</del> 4 g Betain <del>4500</del> 1875 mg Carotinoid Lutein <del>40</del> 12.5 mg Carotinoid Zeaxanthin <del>2</del> 2.5 mg

		<p> Cholin <del>550</del> 687.5 mg  Chondroitinsulfat <del>500</del> 625 mg  Coenzym NADH <del>20</del> 25 mg  Coenzym Q 10 <del>200</del> 250 mg  Coffein <del>200-250</del> mg; oder 3 mg/kg  Körpergewicht  Docosahexaensäure (DHA) <del>250</del> 1000 mg / 450 mg Für schwangere und stillende Frauen.  Eicosapentaensäure (EPA) 562.5 mg  Eicosapentaensäure (EPA) +  Docosahexaensäure (DHA) (als Summe)  (langkettige n-3) <del>3000</del> 5000 mg / <del>450</del> 562.5 mg  Für schwangere und stillende Frauen.  Glucosamin <del>750</del> 937.5 mg  Hesperidin <del>430</del> 537.5 mg  Inositol <del>4000</del> 1250 mg  Isoflavone <del>50</del> 62.5 mg (bezogen auf das Aglykon)  Katechine, Epigallocatechingallat (EGCG) <del>90</del> 112.5 mg (berechnet als EGCG)  konjugierte Linolsäure (CLA) <del>3</del> 3.75 g  Kreatin <del>3</del> 3.75 g  L-Carnitin <del>4000-1250</del> mg  Lactase keine  Lactulose <del>40</del> 12.5 g  Lebende Bakterienkulturen keine Linolsäure (n-6) <del>40</del> 12.5 g  Methylsulfonylmethan (MSM) <del>4000</del> 1250 mg  Oligomere Proanthocyanidine (OPC) <del>450</del> 187.5 mg  Taurin <del>4000</del> 1250 mg  Wasserlösliches Tomatenkonzentrat (WSTC I) <del>3</del> 3.75 g  Wasserlösliches Tomatenkonzentrat (WSTC II) <del>450</del> 187.5 mg </p>
--	--	--

## **11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die heutigen divergierenden Anforderungen an die Herkunftskennzeichnung von Rohstoffen der Schweiz und der EU schaffen Handelshemmnissen und verunmöglichen Herstellern und Importeuren, gleichzeitig die Vorgaben der Schweiz und der EU einzuhalten.

Die Verwendung der in der Schweiz obligatorischen Produktionslands-Angabe des Gesamtproduktes («hergestellt in») löst in der EU die Kennzeichnungspflicht für Zutaten nach Art. 26 Abs. 3 LMIV aus, wenn die Herkunft einer sog. primären Zutat (d.h. einer Zutat, die mehr als 50% vom Gesamtprodukt ausmacht oder die üblicherweise mit der Bezeichnung des Lebensmittels assoziiert wird) nicht mit der Herkunft des Gesamtprodukts übereinstimmt.

Gemäss Schweizer Recht (Art. 16 LIV) ist eine solche Kennzeichnungspflicht hingegen nicht obligatorisch, wenn die Aufmachung des Produkts nicht darauf schliessen lässt, dass die Zutat eine Herkunft hat, die nicht zutrifft. In diesem Sinn sind auch exotische Zutaten wie z.B. Kakao, ausgenommen. Weitere Fälle, in denen diesbezüglich das schweizerische und das europäische Recht auseinanderklaffen, können sich z.B. mit Blick auf Schweizer Nuss-Schokolade, Bündner Nusstorten, etc. zeigen.

Um für den Heim- und den Exportmarkt nicht zwei verschiedene Verpackungen für „Swissness“-Lebensmittel verwenden zu müssen, sollten Angaben gemäss Art. 26 Abs. 3 LMIV auch auf Verpackungen angebracht werden können, die im Schweizer Markt vertrieben werden. Gemäss Art. 39 Abs. 2 LIV müssen freiwillige Angaben über Lebensmittel nach Art. 3 LIV (wozu laut Buchstabe b auch die Herkunft mengenmässig wichtiger Zutaten zählt) jedoch die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Die Erläuterungen zur LIV relativieren den Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 LIV zwar mit der Ergänzung, dass die entsprechenden Anforderungen „grundsätzlich“ eingehalten werden müssen. Dabei wird auf die Täuschungsgefahr verwiesen; was dies mit Blick auf Sachverhalte wie die oben Beschriebenen heisst, bleibt aber offen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Neuer Absatz 16 Abs. 3 bis	<p>Stretto 3 will mittels Harmonisierung Handelshemmnisse verhindern. Würde Art. 39 Abs. 2 LIV ausnahmslos auf die oben erwähnten Fälle angewendet, würde dies zu neuen Handelshemmnissen führen. Dieses Hemmnis ist mit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 am 28. Mai 2018 akut geworden. Gleichzeitig würde ein weiteres Hemmnis zur Verwendung der Herkunftsbezeichnung Schweiz geschaffen.</p> <p>Der vorliegende Vorschlag ändert nichts daran, dass das Schweizer Recht im Anwendungsfall von Art. 16 Abs. 1 – 3 LIV deutlich restriktivere Vorgaben an die Angabe der Herkunft der Zutaten macht als das europäische Recht im</p>	<p>Liegt kein Anwendungsfall von Absatz 1 oder Absatz 3 vor, können bei der freiwilligen Angabe der Herkunft einer Zutat ein Land, ein übergeordneter geografischer Raum oder der Hinweis, dass die Zutat eine andere Herkunft hat als das Lebensmittel (z.B. «Herkunft: Nicht EU/EWR» oder «Herkunft: Nicht Schweiz») aufgeführt werden.</p> <p><b>Eventualantrag:</b> Präzisierung in den Erläuterungen, dass eine freiwillige Zutaten-Herkunftsangabe unter dem Vorbehalt des Täuschungsverbots die in Art. 16 LIV</p>

	<p>Anwendungsfall von Art. 26 Abs. 3 LMIV resp. der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 vom 28. Mai 2018 in der EU.</p> <p>Immerhin stellt der Zusatz für freiwillige Deklarationen jedoch sicher, dass dieselbe Verpackungsdeklaration gleichzeitig für die Schweiz und den EU-Raum möglich bleibt. Damit bleibt der EU-Marktzugang für Schweizer Hersteller zwar nach wie vor eingeschränkt, jedoch in geringerem Ausmass, als ohne diesen zusätzlichen Absatz.</p>	<p>vorgeschriebenen Vorgaben an eine obligatorische Angabe nicht einhalten muss, womit sichergestellt wird, dass die Deklaration eines Lebensmittels gleichzeitig die Vorgaben des Schweizer Rechts und diejenigen der LMIV erfüllen kann.</p>
42a	<p>Wir begrüßen die Möglichkeit einer Auslobung und Belohnung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p> <p>Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant</p> <p>Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können</p> <p>-</p>	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker, <del>oder</del> zugesetztem Salz <b>oder gesättigten Fettsäuren</b> zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Reduktion nicht mit anderen Zutaten kompensiert wird, die die typischen sensorischen Eigenschaften von Zucker, <del>oder</del> Salz <b>oder gesättigten Fettsäuren</b> aufweisen; und</li> <li>Die Reduktion des zugesetzten Zuckers, <del>oder</del> Salzes <b>oder der gesättigten Fettsäuren</b> gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</li> </ol> <p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li><del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausloben.</del></li> <li>Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <b>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</b> verwendet.</li> </ol> <p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>„neues Rezept <b>mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker</b>“</li> <li>„neues Rezept mit weniger <b>zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz</b>“</li> </ol>

		c. „neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren/mit x% weniger zugesetzten gesättigten Fettsäuren“
Anhang 2 Teil A Ziffer 3	Der Hinweis, dass nebst der Bestrahlung von Lebensmitteln auch diejenige der einzelnen Zutaten zu deklarieren ist, ist nicht EU-kompatibel, in der Praxis nicht umsetzbar (z.B. Gewürze mit wechselnden Provenienzen) und deshalb zu streichen.	Streichen bzw. keine Änderung zur geltenden Version: «... versehen sein. <del>Wird eine bestrahlte Zutat verwendet, so muss die Sachbezeichnung im Zutatenverzeichnis mit diesem Hinweis ergänzt werden.</del> »
Anhang 5, Teil C, Bst. 1 (nur frz. Version)	Die Terminologie für «Schmelzsalze» ist nicht harmonisiert mit der EU. Zur besseren Harmonisierung wäre es wichtig, auch den Begriff «sels émulsifiants» benutzen zu dürfen.	Antioxydants Amidon modifié Poudre à lever Acidifiant Émulsifiant Correcteur d'acidité Colorant Agent moussant Affermissant Antimoussant Humectant <b>Sels de fonte ou sels émulsifiants</b> Agent de charge Stabilisant Gélifiant Édulcorant Exhausteur de goût Gaz propulseur Séquestrant Antiagglomérant Conservateur Agent d'enrobage Agent de traitement de la farine Épaississant
Anhang 14, Claim zu Weizenkleie	Zusatzanforderung für die Verwendung des Claims “Weizenkleie trägt zur Erhöhung des Stuhlvolumens bei” im Vergleich zur EU ( <i>Die Angabe darf nur für Lebensmittel verwendet werden, die einen hohen Gehalt an diesem</i>	Die Angabe darf nur für Lebensmittel verwendet werden, die einen hohen Gehalt an diesem Ballaststoff nach Anhang 13 Ziffer 25 dieser Verordnung haben <del>und die eine tägliche Verzehrsmenge von 10 g Weizenkleie</del>

	<p><i>Ballaststoff gemäß der im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 aufgeführten Angabe HOHER BALLASTSTOFFGEHALT haben.)</i></p> <p>→ Die Formulierung der EU übernehmen, Zusatzanforderung streichen.</p>	<p><del>gewährleisten</del>. Damit die Angabe zulässig ist, sind die Konsumentinnen und Konsumenten darüber zu unterrichten, dass sich die positive Wirkung bei einer täglichen Aufnahme von mindestens 10 g Weizenkleie einstellt.</p>
<p>Anhang 14, Claim zu Vit. B6 (<i>nur frz. Version</i>)</p>	<p>Anpassung des Wortlauts an jenen für den Claim zu Niacin (Vit. B3)</p> <p>→ Die Formulierung der EU übernehmen</p>	<p>La vitamine B6 contribue à des fonctions <del>psychologiques</del> psychiques normales.</p>
<p>Anhang 14</p>	<p>Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können. Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:</p> <p>Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.</p> <p>Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN</a></p> <p>Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden.</p>	<p>Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413</p>



### **13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

## **14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Der Wortlaut betreffend die Übertragung von Zusatzstoffen ist nicht mit der EU harmonisiert. Übernahme des Wortlauts von Artikel 18, VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008	<p>Übertragung von Zusatzstoffen (Carry-over)</p> <p>(1) Ein Lebensmittelzusatzstoff darf enthalten sein</p> <p>a) in einem zusammengesetzten Lebensmittel, das nicht in Anhang II aufgeführt ist, falls der Zusatzstoff in einer der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist;</p> <p>b) in einem Lebensmittel mit zugesetzten Lebensmittelzusatzstoffen, -enzymen oder -aromen, falls der Zusatzstoff</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>i) nach dieser Verordnung im Lebensmittelzusatzstoff, -enzym oder -aroma zugelassen ist und</li> <li>ii) durch den Lebensmittelzusatzstoff, das Lebensmittelenzym oder das Lebensmittelaroma in das Lebensmittel übertragen worden ist und</li> <li>iii) in dem endgültigen Lebensmittel keine technische Funktion erfüllt;</li> </ul> <p>c) in einem Lebensmittel, das ausschließlich für die Zubereitung eines zusammengesetzten Lebensmittels verwendet wird, sofern Letzteres dieser Verordnung genügt.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt nur in ausdrücklichen Ausnahmefällen für Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost sowie diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder gemäß der Richtlinie 89/398/EWG.</p> <p>(3) Wird ein Lebensmittelzusatzstoff in einem Lebensmittelaroma, -zusatzstoff oder -enzym einem Lebensmittel zugefügt und erfüllt in diesem Lebensmittel</p>

		<p>eine technische Funktion, so gilt er nicht als Lebensmittelzusatzstoff des zugefügten Lebensmittelaromas, -zusatzstoffes oder -enzym, sondern als Zusatzstoff dieses Lebensmittels und muss somit den vorgegebenen Bedingungen für die Verwendung in diesem Lebensmittel genügen.</p> <p>(4) Unbeschadet des Absatzes 1 sind als Süßungsmittel verwendete Lebensmittelzusatzstoffe in zusammengesetzten Lebensmitteln ohne Zuckerzusatz, in brennwertverminderten zusammengesetzten Lebensmitteln, in zusammengesetzten Lebensmitteln für kalorienarme Ernährung, in nicht kariogenen zusammengesetzten Lebensmitteln und in zusammengesetzten Lebensmitteln mit verlängerter Haltbarkeit zugelassen, sofern das Süßungsmittel für eine der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist.</p>
--	--	--

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die künstliche Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist basierend auf den verwendeten Verzehrdaten nicht begründet (siehe Bemerkungen zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel).

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass das Deutsche Angebot demjenigen der Schweiz gleicht und die Daten aus der Deutschen Nationalen Verzehrs Studie in etwa mit dem Schweizer Konsum an angereicherten Lebensmitteln übereinstimmen. Da diese Verzehrdaten die angereicherten Lebensmittel miteinschliessen, müssen angereicherte Lebensmittel nicht im Rahmen eines Höchstmengenkonzepts separat betrachtet werden. Neue Höchstmengen oder gar Verbote von gewissen Stoffen in der Anreicherung würden die Ernährung in der Schweiz dann verändern. Dann könnte in Zukunft aber auch nicht mehr auf die Verzehrdaten aus Deutschland zurückgegriffen werden.

Zudem belegen verschiedene Studien, dass angereicherte Lebensmittel nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtkonsums ausmachen, so dass diese nicht überproportional in den Verzehrdaten gewichtet werden sollten.

Godfrey et al. (2004)<sup>5</sup> haben den Anteil von angereicherten Lebensmitteln in Europa untersucht. Die Daten haben gezeigt, dass:

- 75% der in Europa konsumierten Lebensmittel (inkl. Getränke) sind selten oder nie angereichert
- angereicherte Lebensmittel selten zu mehr als 3% der Gesamternährung pro Kopf beitragen (Ausnahme sind Länder mit Pflichtanreicherung z.B. bei Mehl in Grossbritannien)
- es selbst bei Personen mit einem hohen Konsum an angereicherten Lebensmitteln unwahrscheinlich ist, dass mehr als 10% deren Ernährung aus angereicherten Produkten besteht

Hennessy et al. (2013)<sup>6</sup> kommen zum Schluss, dass:

- die totale Zufuhr an Mikronährstoffen (inklusive angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel) von Personen mit hohem Konsum (P95 der Zufuhr) bei Erwachsenen und Kindern den EFSA UL nicht übersteigt.

### Höchstmengen in angereicherten Lebensmitteln

Gemäss den Aufzeichnungen des Lebensmittelverband Deutschland (vormals BLL) (2017/2018)<sup>7</sup> werden die gängigen angereicherten Lebensmittel jeweils mit 20-50% des NRV an Vitaminen versetzt, bei den Mineralstoffen liegt die Dosierung noch tiefer (was wohl auch durch die sensorischen Eigenschaften bedingt ist → z.B. metallischer Geschmack). Eine Höchstmenge existiert in Deutschland nicht.

Die meisten, üblicherweise zur Anreicherung verwendeten Vitamine, sowie Eisen gehören zur ersten Gruppe (ohne Höchstmenge) und zweiten Gruppe des BLV-Höchstmengenkonzepts (kein Höchstwert oder grosser Abstand zwischen Aufnahme gemäss Verzehrstudie und dem UL). Lediglich Vitamin A,

<sup>5</sup> Godfrey, D. and Richardson, D. P. 2002. Vitamins and minerals for health. British Food Journal 104 (11): 913–933.

<sup>6</sup> Hennessy, A., Walton, J. and Flynn, A. 2013. The impact of voluntary food fortification on micronutrient intakes and status in European countries: a review. Proceedings of the Nutrition Society. doi: 10.1017/S002966511300339X.

<sup>7</sup> Zahlen aus dem Euromonitor, [www.Euromonitor.com](http://www.Euromonitor.com), aus Präsentationen des BLL, Fachgruppe NEM an das BMEL, 2017/2018

Calcium und Magnesium gehören zur Gruppe, welche im BLV-Vorschlag nicht mehr für angereicherte Lebensmittel erlaubt wären – die Anreicherung mit diesen Stoffen ist jedoch innerhalb der Produktgruppe verbreitet.

Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen und trotzdem eine zu hohe Anreicherung zu vermeiden, schliessen wir uns dem SANI Vorschlag an, die **Höchstmenge für angereicherte Lebensmittel bei Stoffen der Gruppe 1 und 2 auf 100% NRV pro Tagesration festzulegen und bei der dritten Gruppe auf 30% NRV pro Tagesration**. Somit könnten für sämtliche angereicherten Lebensmittel die nährwertbezogenen Angaben „Quelle von ...“ und „hoher Gehalt an...“ bzw. „reich an...“ gemäss LIV Anhang 13 weiterhin erfüllt werden und zugleich ein möglicher „Wildwuchs“ bei der Dosierung der Anreicherung vermieden werden.

Zusätzlich hätte das BLV bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten zum Konsum in der Schweiz weiterhin die Möglichkeit über die Anpassung der Tagesration zu intervenieren.

Die Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in angereicherten Lebensmittel wären also **bedarfsorientiert**. Im Gegensatz zur VNem müssen hier demnach die **Toleranzen gemäss EU Leitfaden auch noch oben erlaubt** sein. D.h.: der maximal deklarierte Wert liegt bei 100% respektive 30% NRV, effektiv kann aber bis zu +45/50% dieses Wertes im Produkt gemessen werden, um Abbauraten und Messunsicherheiten gerecht zu werden. Dies sollte in den Erläuterungen (oder ggf. als Bemerkung im Anhang 1) festgehalten werden, um eine einheitliche Handhabung und einen fairen Vollzug zu gewährleisten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
6 Abs. 1bis	Die Erläuterungen führen aus, mit Abs. 1 <sup>bis</sup> die Regelung für lebende Bakterienkulturen eindeutiger formuliert wurde. Allerdings war die bestehende Formulierung eingeschränkt auf die Kulturen mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung. Die neue Formulierung könnte im Gegensatz so interpretiert werden, dass sie für sämtliche Bakterienkulturen gilt. Dies ist nicht die Idee. Vielmehr geht es darum, bei Probiotika etc. die konkrete Kultur anzugeben, nicht aber sämtliche Straterkulturen für Käse, Rohwürste und Rohpökelwaren.	Werden einem Lebensmittel lebende Bakterienkulturen <b>mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung</b> zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten auf die spezifische wissenschaftliche Nomenklatur hinzuweisen.
Anhang 1	Höchstmenge für angereicherte Lebensmittel bei Stoffen der Gruppe 1 und 2 auf 100% NRV pro Tagesration festlegen und bei der dritten Gruppe auf 30% NRV pro Tagesration (siehe allgemeine Bemerkungen oben).	<b>1 Vitamine</b> Vitamin A 240 µg <del>Vitamin A(Beta-Carotin)</del> 3.2 mg Vitamin D <del>20</del> 5 µg Vitamin E <del>25</del> 12 mg Vitamin K 22.5 µg Vitamin C 80 mg Vitamin B1 oder Thiamin <del>keine</del> 1.1mg Vitamin B2 oder Riboflavin <del>keine</del> 1.4mg Niacin oder Vitamin PP <del>200</del> 16 mg

	<p>Der Zusatz, dass Kalzium nur in Milchersatzprodukten erlaubt sei, ist unbegründet und aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und sollte deshalb entfallen. Zusätzlich würde sich hier die Frage der Definition von "Ersatzprodukten für Milch und Milchprodukten" stellen, was aus unserer Sicht zu einer unklaren Rechtslage beiträgt</p>	<p>Vitamin B6 <del>5</del> 1.4 mg  Folsäure/ <del>250</del> 200 µg  Vitamin B12 <del>keine</del> 2.5mg  Biotin <del>keine</del> 50 µg  Pantothensäure <del>keine</del> 6 mg  <b>2 Mineralstoffe</b>  Kalzium <del>700</del> 240 mg <del>Nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte</del>  Eisen <del>7</del> 14 mg  Iod <del>200</del> 150 µg  Selen 55 µg  Chrom <del>60</del> 40 µg  Molybdän <del>400</del> 50 µg  Kalium <del>750</del> 2000 mg  Kupfer 0.3 mg  Magnesium 112.5 mg  Mangan 0.6 mg  Zink 3 mg</p>
Anhang 1	<p>Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert. Im Sinne einer Harmonisierung der Begriffe sollte hier Tagesration verwendet werden und nicht Tagesdosis</p>	<p>„....Höchstmenge pro Tages<del>ration</del>dosis...“</p>
Anhang 1	<p>Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.</p>	<p>Präzisierung: Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)</p>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss den Anmerkungen zur LGV muss die Begriffsanpassung “gentechnisch veränderte Lebensmittel” vs “Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt sind” auch in dieser Verordnung vollumfänglich umgesetzt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
1	<p>Begriffsanpassung “gentechnisch veränderte Lebensmittel” vs “Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt sind” (siehe Anmerkungen zur LGV)</p> <p>Auszug aus der EU GVO-Verordnung:  <i>Diese Verordnung sollte Lebensmittel und Futtermittel abdecken, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung. Ebenso fallen Lebensmittel und Futtermittel, die mithilfe eines genetisch veränderten technischen Hilfsstoffes hergestellt wurden, nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</i></p>	<p>Diese Verordnung regelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>das Bewilligungsverfahren für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Voraussetzungen, unter denen nicht bewilligte pflanzliche <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> toleriert werden;</li> <li>die besondere Kennzeichnung und Anpreisung für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Pflicht zur Dokumentation für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Trennung des Warenflusses für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>.</li> </ol>
3	Begriffsanpassung “gentechnisch veränderte Lebensmittel” vs “GVO-Erzeugnisse”	Das Gesuch um Bewilligung eines <b>gentechnisch veränderten Lebensmittels</b> ist dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) in einer Amtssprache oder in Englisch einzureichen
4 Abs. 2	Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO (-Spuren) beschränkt werden. Nur dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU.	"...potenziellen Umweltgefährdung <b>im Falle von vermehrungsfähigen GVO...</b> "

5 Abs.1	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> den Anforderungen nach Artikel 31 Absatz 2 LGV genügt.
5 Abs.5 Bst. b	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	der begründete Verdacht besteht, dass das bewilligte <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> die Gesundheit oder die Umwelt gefährden kann
6	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Die Inhaberin der Bewilligung hat dem BLV neue Erkenntnisse über mögliche Gesundheits- oder Umweltgefährdungen durch das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> unverzüglich zu melden
6 Abs.1 Bst. a	Wir begrüßen es, dass die Schweizer Gesetzgebung jener der EU angenähert wird. Da jedoch für die in der EU zugelassenen GVO in der Schweiz ein Maximalwert von 0.5% gelten soll und nicht wie in der EU 0.9% wird es auch weiterhin einen Unterschied zur EU-Gesetzgebung geben. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es unseres Erachtens keinen Grund für diesen Unterschied. Häufig können Lieferanten aus dem Ausland ohne einen besonderen Zusatzaufwand die Einhaltung der Schweizer Gesetzgebung bezüglich GVO-Spuren nicht garantieren. So besteht auch in Zukunft das Risiko, dass Rohmaterialien geliefert werden, welche nach EU-Gesetzgebung konform sind, in Produkten für den Schweizer Markt aber nicht eingesetzt werden dürfen. Mit einer vollständigen Angleichung an die EU (max. 0.9% für zugelassene GVO, so wie dies auch bereits für die heute in der Schweiz zugelassenen GVO gilt) würde dies den Einsatz von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich vereinfachen.	a. die Anteile den Wert von <del>0.5</del> 0.9 Massenprozent,...
7 Abs.1 und 2	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	1. Lebensmittel und Zusatzstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind, sind mit dem Hinweis «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» oder «aus genetisch verändertem X hergestellt» zu kennzeichnen

		<p>2. Verarbeitungshilfsstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind und als solche abgegeben werden, sind mit einem Hinweis nach Absatz 1 zu kennzeichnen</p>
<p>8 Abs. 1 Bst. a und d</p>	<p>Begriffsanpassung “gentechnisch veränderte Lebensmittel” vs “GVO-Erzeugnisse”</p>	<p>a. die Tatsache, dass das Lebensmittel ein <b>gentechnisch verändertes Lebensmittel</b> ist;</p> <p>d. die Namen und die Adressen der Personen, die das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> abgeben, und der Personen, die es entgegennehmen.</p>

## **19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## **20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 14, Abs. 6	<p>Die gesetzliche Vorgabe ist, dass Milch innerhalb von 48 Stunden zum Verarbeitungsbetrieb abtransportiert werden muss (Art. 14 Abs. 6 VHYMP). Bis Ende April 2017 hatte diese Regelung keine Bedeutung für Milch anderer Tierarten. Mit der Revision des Lebensmittelrechtes vom 16. Dezember 2016, welche per 1. Mai 2017 in Kraft gesetzt wurde, wurde jedoch die Definition von Milch vom vormals alleinigen Bezug auf die Kuh (Art. 26 Abs. 1 VO des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft) auf andere Säugetierarten ausgeweitet (Art. 32 Abs. 1 VLtH). Somit gelten die gleichen gesetzlichen Anforderungen an die Abholung von Ziegenmilch wie für Kuhmilch.</p> <p>Auf EU-Ebene gibt es keine gesetzliche Regelung zum Mindestintervall, in welcher Milch aller Nutztierarten auf den Milchproduktionsbetrieben abgeholt werden muss. In der EU-Verordnung NR. 853/2004 über die spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs ist dazu nichts enthalten. Sie beinhaltet nur Anforderungen an die Kühlung der Milch, welche zwischen täglicher und nicht-täglicher Abholung unterscheidet. Auf Nachfrage bei anderen Molkereien in Deutschland und den Niederlanden liegen (zumindest in diesen beiden Ländern) auch auf einzelstaatlicher Ebene dazu keine Vorgaben über einen minimalen Abholrhythmus von Rohmilch auf den Betrieben vor.</p> <p>Die Umstellung auf einen zweitägigen Abholrhythmus bei Milch anderer Tierarten wie z.B. Ziegenmilch würde zu einer Verdoppelung der Logistikkosten für diese Milcharten führen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten aus Milch anderer Tierarten gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten deutlich verschlechtern. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses wertschöpfungsstarken Nischenmarktes wäre in Frage gestellt.</p> <p>Die Verordnungen sollten so angepasst werden, dass Milch anderer Tierarten bezüglich Mindestintervall der Abholung auf dem Produktionsbetrieb</p>	<p><b>Art. 14</b> Kühlen und Lagern der Milch</p> <p><sup>6</sup> Das erste Gemelk darf bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb höchstens 48 Stunden gelagert werden. Für Spezialmilchen (wie z.B. NOP, kosher etc.) sowie für Milch anderer Tierarten sind die Fristen zwischen Milchproduzent und Milchkäufer festzulegen. Die Lebensmittelsicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.</p>

	gegenüber der Kuhmilch wieder differenziert behandelt und die Beibehaltung der heutigen Praxis ermöglicht wird.	

## **22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Daniel Collé
Sigle entreprise / organisation / service	: Fédération suisse des spiritueux / Président d'honneur
Adresse, lieu	: chemin de Planta 41; 1223 Genève
Interlocuteur	: Daniel Collé
N° de téléphone	: 022.784.26.21
E-mail	: <a href="mailto:daniel.colle@bluewin.ch">daniel.colle@bluewin.ch</a>
Date	: 26 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	6
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	7
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	8
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	9
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	10
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	11
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	15
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	16
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	17
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	18
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	19
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	20
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	21
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	22
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	23
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	24
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	25
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	26
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	27
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	28
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	29

<b>1</b>	<b>Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019</b>
Remarques générales	

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

La correction proposée en partie II de cette ordonnance doit être refusée, voir l'ordonnance sur les boissons (art. 62).

La modification de l'OPPEtr doit être supprimée.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales.

**Mettre sur un pied d'égalité les spiritueux élaborés en Suisse avec les spiritueux de l'UE.**

**Proposition : Reprendre intégralement le nouveau règlement No 2019/787 de l'UE comme chapitre 10 de l'ordonnance!**

**Cela obligerait cependant de revoir aussi quelques autres ordonnances qui ne sont pas prévues dans la révision Stretto.**

**A envisager lors d'une révision spécifique.**

**Il n'y a pas de correspondance à 100 % entre l'ordonnance actuelle en français et celle en allemand : textes à revoir puisque les uns lisent (et appliquent) l'ordonnance en allemand et les autres par rapport au français!**

**Ci-dessous quelques commentaires des articles actuels.**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
62	Indication complémentaire pour les boissons alcooliques sucrées Cet article a été introduit dans l'ODAI en 2002 avec des arguments de protection de la santé et des jeunes (voir les argumentations des révisions 2002, 2005, 2014), en 2016 lors de la dernière révision il n'y a eu aucune discussion sur cet article ou sur sa justification. Cela n'a rien à voir avec le principe de Cassis de Dijon et il n'y a eu aucune demande de modification à cet égard.	Maintien de l'article
66	Il est proposé d'abroger cet article. Cela clarifiera l'usurpation de dénominations spécifiques des "bières aromatisées à la tequila" en ce sens que cette dénomination ne pourra plus être trompeuse dans sa rédaction, elle devra suivre les principes de l'OIDAI.	abrogation
119, al. 2	Selon cet article, TOUTES les boissons spiritueuses peuvent être édulcorées sans restriction ou limitation. C'est une aberration! Il faut au moins revenir à la version 2013/2014 de l'ordonnance. Une autre solution serait de simplement renvoyer les limites de l'édulcoration des spiritueux à une nouvelle annexe (plus facilement modifiable ultérieurement).	L'édulcoration des boissons spiritueuses est réglée conformément à l'annexe 16 (nouvelle).

	La question des bonificateurs reste ouverte. Dans l'optique actuelle de la législation sur les denrées alimentaires où tout est autorisé sauf si c'est interdit, ces derniers sont donc autorisés sans être définis ou limités. Cet aspect n'est pas harmonisé dans l'UE, c'est donc à chaque Etat-membre de légiférer sous la formule vague de traitements traditionnels.	
Annexe 16 (nouvelle)		<p>L'édulcoration au sens de l'art. 119, al. 2 est limitée comme suit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Whisky 0 g/l</li> <li>- Vodka 8 g/l</li> <li>- Boisson spiritueuse de céréales</li> <li>- Eau-de-vie de céréales, Geist 10 g/l</li> <li>- Eau-de-vie de cidre et de poire 15 g/l</li> <li>- Eau-de-vie de fruits, eau-de-vie de (nom du fruit, baie) obtenue par macération et distillation 18 g/l</li> <li>- Eau-de-vie de bière, eau-de-vie de vin, eau-de-vie de marc, eau-de-vie de marc de raisin, eau-de-vie de lie, rhum, topinambour,</li> <li>- Eau-de-vie de miel, 20 g/l</li> <li>- (exclusivement avec du miel)</li> <li>- Brandy Weinbrand 35 g/l</li> </ul>
120	La limitation introduite ne correspond à rien, c'est une erreur de l'OSAV qui montre sa méconnaissance des boissons spiritueuses nationales.	Modifier dans le sens de la FSS
121	Même commentaire, même conclusion	Modifier selon la demande de la FSS
130, 140 et 141	Revoir les textes allemand et français pour une meilleure rédaction et traduction	
138	Revoir le texte, ajouter le Kümmel dans le titre de l'article	Carvi, aquavit, Kummel
139b (nouveau)	Ajouter un article définissant la vodka aromatisée (voir R 2019/787) pour régler la question des nouvelles vodkas présente sur le marché et plus ou moins faussement dénommée liqueur	<p>1. La vodka aromatisée est une vodka à laquelle a été conféré un arôme prédominant autre que celui de la matière première, elle peut être édulcorée, aromatisée ou colorée, elle peut faire l'objet d'assemblage et être vieillie.</p>

		2. La vodka aromatisée peut être dénommée "vodka à (nom de l'arôme prédominant)".
144, al 3	Modifier le texte	Le gin distillé <b>doit</b> ...
157, al. 1	La 2 <sup>ème</sup> phrase de cet alinéa doit être revue car le terme "wasser" n'est pas utilisé en français	Elle peut être également dénommée en allemand "wasser", ce terme étant rédigé dans sa formulation allemande "-wasser" et associée au nom du fruit ou de la baie.
157, al. 6	Texte redondant, à simplifier la rédaction en français	
Annexe 15	<p>Cette annexe comporte des erreurs, elle doit être adaptée.</p> <p>Par ailleurs, il n'y a pas de raison d'écrire certaines dénominations en italique car elles figurent comme catégories de boissons spiritueuses dans la section 2 du chapitre 10.</p> <p>Certaines teneurs en alcool sont mentionnées pour des "catégories" non définies, c'est insuffisant, car ces dénominations font l'objet dans le règlement de l'UE de définitions précises en complément de la définition générale de liqueur et elles sont usuelles en Suisse telles par exemple le marasquin et la sambucca. A définir. Voir ci-dessous.</p>	<p>d. supprimer "eau-de-vie de châtaigne"</p> <p>k. ajouter "liqueur à base d'œufs ou advocaat, avocat ou advokat"</p>
152 a	Sambucca : voir l'art. 36 du R 2019/787	La sambucca est une liqueur non colorée, additionnée d'un distillat d'anéthol naturel de 1 à 2 g/l et d'une teneur minimale en sucre de 350 g/l
152 b	Marasquin : voir l'art. 37 du r 2019/787	Le marasquin est une liqueur incolore obtenue par l'addition d'un distillat de marasques ou de cerises et d'une édulcoration minimale de 250 g/l
150, al. 1bis (nouveau)	<p>Terme composé des boissons spiritueuses, notamment dans le cas des liqueurs.</p> <p>Exemple: cognac à l'orange, cognac aux œufs, Cherry-Brandy et autres liqueurs de kirsch ou de poires, etc...</p> <p>Voir la rédaction de l'art. 78, version 2005 OBAIc.</p> <p>L'aromatisation peut être un distillat.</p>	<p>La teneur en alcool d'une liqueur dénommée d'après une catégorie de boisson spiritueuse énumérée à la section 2, telles cognac aux œufs, liqueur de kirsch, punch au rhum, etc..., doit provenir uniquement de cette boisson spiritueuse.</p> <p>Variante : " ... doit provenir majoritairement de cette boisson spiritueuse."</p>

150 bis	<p>La question de la dénomination "vieille" ou "vieux" doit être précisée une fois pour toute !</p> <p>Ce type de boisson spiritueuse est une liqueur. Bien que le terme "vieux" soit défini à l'art. 159, cette notion n'est pas contrôlable en Suisse.</p> <p>Il faut donc établir une définition retenant la teneur en sucre et l'origine de l'aromatisation.</p>	<p>Les boissons spiritueuses portant le terme "vieux" ou "vieille" suivi du nom du fruit ou de la matière première utilisée sont des liqueurs dont la teneur minimale en sucre exprimée en sucre inverti est de 20 g/l et dont la teneur en alcool provient majoritairement d'un distillat du fruit ou de la matière première évoquée.</p>
---------	--	--



**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants****Remarques générales**

L'annexe 9 doit être adaptée aux règlements de l'UE, notamment les teneurs en méthanol et la liste des boissons spiritueuses.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires****Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
42a	Cet article doit être applicable aux boissons spiritueuses. Créer une exception à l'interdiction des allégations de santé pour les boissons spiritueuses	

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Les listes d'application sont incomplètes ou comportent des erreurs depuis 2016, l'OSAV devrait mettre un point d'honneur à réviser aussi les versions françaises des ordonnances qu'il adopte.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Il serait très utile pour les branches de producteurs d'écrire cette ordonnance dans un langage compréhensible par des non chimistes !**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Coop Genossenschaft  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Thiersteinallee 14, Postfach 2550 Basel  
Kontaktperson : Salome Hofer  
Telefon : 061 336 59 98  
E-Mail : [salome.hofer@coop.ch](mailto:salome.hofer@coop.ch)  
Datum : 26. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	9
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	11
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	12
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	17
9	EDI: Getränkeverordnung .....	18
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	19
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	21
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	22
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	26
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	26
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	28
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	28
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	29
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	30
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	30
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	32
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	33
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	34
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	35
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	36

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Das Lebensmittelrecht ist für Coop bei ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten von grosser Bedeutung. Sowohl bei der Beschaffung, als auch im Verkauf und in den eigenen Produktionsbetrieben sind wir auf praktikable, möglichst eindeutige Regelungen angewiesen.

Drei Anliegen möchten wir an dieser Stelle einbringen:

- Die geplante Angabe des Verbrauchsdatums im Offenverkauf erachten wir als wenig praktikabel und sehr aufwändig in der Umsetzung. Vor allem aber bezweifeln wir, ob diese schriftliche Angabe für die Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber der bestehenden mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich einen Mehrwert bedeutet. Gemäss unseren Informationen gibt es in der EU keine solche Pflicht im Offenverkauf. Es ist unklar, weshalb mit dieser Vorgabe ein neuer Unterschied geschaffen werden soll.
- Höchstmengenkonzept für Vitamine und Mineralstoffe: Coop schliesst sich bezüglich des Höchstmengenkonzeptes der Haltung der Föderation Schweizer Nahrungsmittel-Industrien an. Sie begrüsst zwar den Paradigmenwechsel, die generelle Lockerung und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz. Das konkrete neue Konzept lehnt Coop aber ab.
- Übergangsfristen: Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 1	<p>Es werden in der LGV die beiden Begriffe „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ und „GVO-Erzeugnisse“ verwendet. Dies führt teilweise zu Unklarheiten oder Verwechslungen. Diese Erzeugnisse sollten bei den Begriffen klar definiert werden und dann entsprechend in den Vorschriften verwendet werden.</p> <p>Der neue Begriff „GVO-Erzeugnisse“ grenzt sich nicht klar von den bewilligungspflichtigen „GVO-Lebensmitteln“ ab. Wir schlagen deshalb vor, klar zwischen „gentechnisch veränderten Lebensmitteln“, die als GVO-Lebensmittel bewilligungspflichtig sind, und „Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind“ und keine GVO-Lebensmittel, sondern neuartige Lebensmittel sind, zu unterscheiden.</p> <p>Entsprechend Erwägung 16 Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 sollte eine GVO Bewilligung für Lebensmittel erforderlich sein, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</p> <p>Der Begriff „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ ist an die Definitionen der Verordnung (EG) Nr. 1129/2008 angeglichen, um hier Handelshemmnisse zu vermeiden.</p>	<p><b>NEU Ziffer 32</b>  <i>Gentechnisch veränderte Lebensmittel:</i> Lebensmittel, die GVO enthalten, daraus bestehen oder hergestellt werden; „hergestellt aus GVO“ vollständig oder teilweise aus GVO abgeleitet, aber keine GVO enthaltend oder daraus bestehend.</p> <p><b>NEU Ziffer 33</b>  <i>Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt werden:</i> Zutaten, Zusatzstoffe, Verarbeitungshilfsstoffe, Enzyme und andere Stoffe, wenn sie in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden und von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</p>

Art. 14 Abs. 2	Die zulässige Sachbezeichnung muss in allen Sprachen zulässig sein; z.B. ist die Liste bei Milchbezeichnungen in sich nicht schlüssig: Mandelmilch ist nicht zulässig, Latte di mandorla hingegen ist zulässig, Burro di arachidi ist nicht zulässig, Erdnussbutter hingegen ist zulässig.	
Art. 15 Abs. 2 lit. a	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV): In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass das Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und dass «Fermenterprodukte, die in der EU rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.»	2 nicht als neuartige Lebensmittel gelten: a. Gentechnisch veränderte Lebensmittel; <del>ausgenommen solche aus Artikel 31 Abs. 5.</del>
Art. 31 Abs. 5	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)  In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass das Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und dass «Fermenterprodukte, die in der EU rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.»	Für <del>GVO-Erzeugnisse</del> Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt sind, gelten die Artikel 15-19. <del>„wenn sie:</del> <del>a. durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden;</del> <del>b. in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung</del> <del>vom 9. Mai 20125 hergestellt wurden; und</del> <del>c. von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</del>
Art. 38 Abs. 3	Verweis auf Art. 3 unklar	Verordnungstext klarer formulieren.
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4, Bst. a, Ziffer 2 und Abs. 5	Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird seitens Coop begrüsst. Dies ist insbesondere auch für Lebensmittel tierischer Herkunft wichtig, für deren Produktion der Einsatz von GVO-Futtermittelzusatzstoffen bzw. GVO-Tierarzneimittel, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von	

	<p>diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, notwendig war. Die grosse Bedeutung ergibt sich deshalb, weil neu die Möglichkeit bestehen soll, bei der Deklaration die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» zu verwenden und damit ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU beseitigt wird. Coop möchte allerdings darauf hinweisen, dass hinsichtlich des Timings dieser Anpassung folgende Faktoren berücksichtigt werden müssen: Einerseits das laufende Gentech-Moratorium, durch das mit dem vorliegenden Vorschlag eigentlich eine Selbstverständlichkeit neu ausgelobt werden kann und anderseits der Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren, der noch nicht geklärt ist. Zudem ist aus Sicht von Coop der Umgang mit Produkten, die gemäss der Bio-Verordnung produziert wurden in diesem Zusammenhang klar zu regeln, resp. dürfen diese Produzenten keine Nachteile erfahren.</p>	
<p>Art. 39 Abs. 2 Bst. d</p>	<p>Dies führt bei Einzelhandelsbetrieben mit Offenverkauf zu einem zusätzlichen, unverhältnismässig grossen Aufwand. Zudem ist ein Fehlerpotential gegeben. Ob für die Konsumenten gegenüber der heutigen mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich ein Mehrwert generiert wird, ist fraglich. Auch ist unklar, ob die Gefahr von Food Waste mit oder ohne Datumsangabe grösser ist.</p> <p>Aus den Erläuterungen geht hervor, dass sich Art. 39 Abs. 2 lit. d LGV auf die auf Wunsch von Konsumentinnen und Konsumenten am Ort der Abgabe umhüllte oder verpackte oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackte Lebensmittel, die leicht verderblich sind, beziehen soll. Der vorgeschlagene Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 lit. d, LGV nimmt aber ganz generell Bezug auf Lebensmittel, die nach Art. 2, Abs. 1, Ziff. 11 als nicht vorverpackt gelten.</p> <p>Es ist unklar, ob beispielsweise bei einem Salatbuffet zum Selberschöpfen die Haltbarkeit schriftlich angegeben werden muss, auch wenn die Ware als "To-go" vor Ort vom Kunden abgepackt wird. Auch bei Selbstbedienungsrestaurants kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kunden die Waren</p>	<p>Streichung von Art. 39, Abs.2, Bst. d</p>

	selber abpacken und mitnehmen. Die Waagen für solche Buffets und ähnliches drucken keine Haltbarkeiten. Damit alle Waagen/Drucker programmiert werden könnten, wären Investitionen und eine Übergangsfrist von mehreren Jahren notwendig.	
Art. 40	Im Unterschied zu den Begriffen Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate, die in Art. 2 Abs. 1 Ziff. 19 definiert sind, ist der Begriff «Zwischenhandel» nicht definiert und wird zu Unklarheiten führen.	<p>Art. 40 Rohstoffe und Halbfabrikate  <i>«Die Angaben über Produkte wie Rohstoffe und Halbfabrikate, die nicht zur direkten Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen so gehalten sein...»</i></p> <p><del>«Die Angaben über Produkte wie Rohstoffe und Halbfabrikate, die nicht zur direkten Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen so gehalten sein...»</del></p>
Art. 44	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten.</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch-Chargen mit bis zu fünf möglichen Herkunftsländern, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p>	<p>Art. 44 Abs. 1 lit. a:  <i>Zum Zeitpunkt des Anbietens der Ware müssen alle lebensmittelrechtlich vorgeschriebenen Angaben verfügbar sein und auf dem Trägermaterial des Fernabsatzgeschäfts erscheinen oder durch andere geeignete Mittel, die eindeutig anzugeben sind, unentgeltlich bereitgestellt werden; ausgenommen sind das Haltbarkeitsdatum und das Warenlos. Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</i></p>

	<p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene.</p> <p>Weiter soll es möglich sein, Überraschungspakete bestehend aus verschiedenen Lebensmitteln online anzubieten (vgl. z.B. Too Good to Go). Über solche «Produktpakete» kann gerade nicht umfassend im Sinne von Art. 44 im Voraus informiert werden, da zum Zeitpunkt des Angebots der Inhalt eines solchen Pakets regelmässig nicht bekannt ist. Solche «Produktpakete» dienen der Verhinderung von Food Waste und finden grossen Anklang bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Für solche Pakete muss es genügen, wenn die Konsumenten im Zeitpunkt der Abgabe informiert werden.</p> <p>Auch Identitätskennzeichen von Lieferanten können je nach Bestellzeitpunkt variieren. Die Identitätskennzeichen sind analog Haltbarkeitsdatum und Warenlos von der Angabepflicht auszunehmen (vgl. Vorschlag in der rechten Spalte für eine Anpassung von Art. 44 Abs. 1 lit. a LGV).</p>	
Art. 48 Abs. 2	<p>Unklarer Wechsel von Trinkwasserleitungen zu Antiquitäten. Wie wird Antiquität definiert? Aus Art. 1 Abs. 3 Buchstabe c geht nicht klar hervor, dass dort Trinkwasserleitungen integriert sein sollen.</p>	<p>Definition Antiquität in den gesetzlichen Grundlagen einführen oder Verordnungstext klarer formulieren respektive Wort «Antiquität» ersetzen.</p>
Art. 81, Abs. 3	<p>Die Möglichkeit der Standardisierung von bestimmten Probe- und Analyseverfahren ist im Sinne der Vergleichbarkeit zu begrüssen. Im Sinne des Kosten- bzw. Aufwandmanagements zuhanden der Praxis sind diese zwingend dem Grundsatz der</p>	<p>«... <i>Probenahmeverfahren dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgend für verbindlich erklären.</i>»</p>

	Verhältnismässigkeit zu unterordnen, d.h. das Optimum und nicht das Maximum hat im Vordergrund zu stehen.	
Art. 90	<p>Voranmeldepflicht von Import-Sendungen die im Flugverkehr aus Drittländern die an den Flughäfen Zürich und Genf eintreffen: Wir respektieren im Grundsatz, dass hierfür die Regeln der EU übernommen werden müssen.</p> <p>Wir beantragen jedoch ein die Einrichtung eines elektronischen Meldesystems das Verspätungen der Sendungen - aufgrund von Flugnummern - automatisch berücksichtigt.</p>	<p>Einverstanden unter der Voraussetzung, dass ein benutzerfreundliches, internet-basiertes Anmeldesystem/Portal eingerichtet wird, welches auch automatische Funktionen enthält (z.B. Verspätungsmeldungen von Flügen). Das System soll dem Empfänger zudem frühzeitig mitteilen, ob, und wenn ja wo ein Augenschein der Ware erfolgen muss.</p> <p>Zudem sollte mit den Kontrollorganen der wichtigsten Lieferländer eine Akkreditierung/Anerkennung der Ausfuhr-Inspektionen angestrebt werden, welche eine erneute Kontrolle bei Ankunft der Erzeugnisse an den Schweizer Flughäfen unnötig machen.</p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9 Abs. 3	Es ist nicht ersichtlich, weshalb die schriftlichen Aufzeichnungen über amtliche Kontrollen dem betreffenden Betrieb erst auf Verlangen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies soll im Sinne der Transparenz unaufgefordert bzw. automatisch erfolgen. Weiter ist es nicht ersichtlich, weshalb die Ausstellung einer amtlichen Bescheinigung oder einer amtlichen Attestierung der Zurverfügungstellung der Aufzeichnungen im Wege stehen soll (lit. a). ist deshalb ersatzlos zu streichen. Weiter ist es unklar, welche Fälle der Anwendungsbereich von lit. b erfassen soll. Das kann	<sup>3</sup> Die Vollzugsbehörden stellen den kontrollierten Betrieben eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung.



	<p>von vornherein nur einen sehr engen Anwendungsbereich betreffen (die Interessen des kontrollierenden Betriebs an der Offenlegung dürften allfällige entgegenstehenden öffentliche Interessen oder Interessen Dritter an Geheimhaltung i.d.R. überwiegen) und nur in einem Verfahren geschehen, in welchem der kontrollierende Betrieb sich hat äussern können und seine Interessen angemessen berücksichtigt wurden. Diese Verfahren liegen sodann in der Zuständigkeit der jeweiligen Untersuchungs- bzw. Gerichtsbehörde und werden in Anwendung der entsprechenden Verfahrensvorschriften geführt. Somit ist auch lit. b überflüssig. Wir beantragen, Abs. 3 gemäss unserem Vorschlag in der rechten Spalte anzupassen.</p>	
Art. 12	Für die betroffenen Betriebe, insbesondere für national tätige Unternehmen ist es wichtig, dass der Vollzug in der ganzen Schweiz möglichst gleich ist.	Präzisierung; beispielsweise Relevanz (Risikobezogene Kontrollen) und Verhältnismässigkeit des Vollzugs durch die kantonalen Behörden.
Art. 45 Abs. 1 Bst. d		Die angemessene Frist für eine Resultatübermittlung ist einheitlich zu präzisieren.
Art. 48 Abs. 4	Dies könnte dazu führen, dass der Vollzug Methoden anwendet, die nicht ausreichend geprüft wurden.	Absatz streichen oder ergänzen: Mindestens eine laborinterne Validierung der Methode muss vorliegen.
Art. 51 Abs. 4	Die Homogenität in Bezug auf eine analytische Fragestellung ist dabei massgebend, ob eine einzelne Verpackung reicht oder nicht.	Bei inhomogenen Kontaminationen muss immer eine erweiterte Probenahme stattfinden. Ergänzung: Die Anzahl der zu erhebenden Einheiten muss sich am Untersuchungsziel orientieren.
Anhang 9 Punkt 1.5-1.7	Diese neuen Gebührenklassen führen im Eintretensfall zu unverhältnismässigen Kosten.	1.7: Streichen, da unverhältnismässig 1.5: Anpassung: Nur der Aufwand ist zu verrechnen.

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Es ist wichtig, dass sich die Hersteller und Anbieter auf seriöse amtliche Kontrollen verlassen können, um das Vertrauen gegenüber den Konsumenten zu erhalten. Diverse Skandale in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die bisherigen behördlichen Kontrollmechanismen nicht genügten, um «schwarze Schafe» beispielsweise in der tierischen Primärproduktion zu identifizieren. Dies hat nicht nur den Tieren, sondern auch den Fleischvermarkter geschadet.

Die Neuorganisation der Kontrollen ist demnach grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Erhöhung der unangemeldeten Kontrollen ist zielführend. Kritisch sehen wir die neue Form der «Verwaltungskontrollen», die acht Jahre lang einen Stallrundgang ersetzen kann (Art. 12).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 1	Bewilligte Schlachthöfe sollen grundsätzlich auch mobil sein können (z.B. in einem verstellbaren Container oder auf einem Lastwagen)	Ergänzung: <i>Die bewilligten Schlachthöfe können grundsätzlich auch mobil sein (Bsp. verstellbarere Container oder auf einem Lastwagen).</i>
Art.19a Abs. 1 Abs. 2	<p>Gemäss Artikel 55a LGV besteht bereit die Verpflichtung der Lebensmittelbetriebe, Ergebnisse und isolierte Stämme aufzubewahren, sowie diese den Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Das ist ausreichend. Eine generelle Verpflichtung der Labore zur Weiterleitung von Proben ans Referenzlabor, wie es Art. 19a der VSKF vorsieht, käme einer Labor-Meldepflicht gleich, wofür keine rechtliche Grundlage besteht.</p> <p>Ausserdem entstünden dadurch Mehrkosten bei den rechtsunterworfenen Schweizer Laboratorien, die auf den Kunden abgewälzt werden müssten, und es würden so ein Marktnachteil für inländische Laboratorien geschaffen gegenüber ausländischen, nicht schweizerischem Recht unterworfenen Laboratorien.</p> <p>Darüber hinaus ist auch, neben den technischen Schwierigkeiten, Campylobacter Isolate überlebensfähig zu versenden, die mit den Isolaten bezweckte Überwachung der Antibiotikaresistenz (als Begründung des Probenversands durch die Labore laut Art.1 19a Abs. 2) wenig zweckmässig, da Isolate auf Schlachttierkörpern auch durch Kreuzkontamination aus Umwelt des Schlachthofs oder andern Schlachtkörpern, eines anderen Primärbetriebes übertragen werden können. Die Resistenzenerhebung dieser Isolate gibt also lediglich einen grossen Überblick über eine generelle Resistenzlage aus Umwelt (inklusive Mensch) und inländischen wie ausländischen Tieren. Sie kann nicht dazu verwendet werden, Aussagen über Prävalenzen in der Schweizer Tierhaltung zu machen, noch können damit regionale</p>	<p>Den gesamten Art. 19a streichen.</p> <p><del>Art. 19a Pflicht der Laboratorien</del></p> <p><del>1-Die Laboratorien, die von den Betrieben für die Untersuchungen nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe abis beauftragt worden sind, müssen Proben, bei denen Campylobacter- und Salmonellen-Stämme nachgewiesen worden sind, an das zuständige Referenzlabor weiterleiten.</del></p> <p><del>2-Das Referenzlabor verwendet die Proben für die Überwachung der Antibiotikaresistenzen.</del></p>

	oder betriebsspezifische Rückschlüsse zu Prävalenzen gezogen werden. Der Art. 19a bringt somit für den zu erwartenden Aufwand keinen deutlichen Nutzen, welcher nicht einfacher mit gezielten Untersuchungsstudien gemacht werden könnte, für deren Beschaffung der Isolate die rechtliche Grundlage bereits existiert.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Aufgrund von Nicht-Äquivalenzen erfolgten viele amtliche Beanstandungen, weshalb ein beschleunigter Revisionsprozess dringend angestrebt werden sollte. Die Herausforderung wird darin bestehen, die Homepage up-to-date zu halten. Bei der Anwendung der Höchstwerte dürfen die allgemeinen Regeln der VPRH beachtet werden. Ein diesbezüglicher Hinweis auf der Internetseite des BLV wäre dafür für den Anwender von Vorteil. In den Erläuterungen wird auf die „noch bestehenden spezifischen CH Abweichungen“ hingewiesen, es wäre zu begrüßen, wenn das BLV hier ausführen könnte, welche das sind.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 1 Bst. d	Die Definition erklärt den Hintergrund für die Existenz von Einfuhrtoleranzen. Der Hintergrund fehlt in den technischen Detailvorschriften des Artikels 7. Zudem wird der Begriff neu 2x verwendet. Daher sollte die Definition erhalten bleiben.	Beibehaltung der bisherigen Version.
Anhang 2	Das ist ein Schritt zu besserer Zugänglichkeit für die Anwender und zu einer schnelleren Anpassung an EU-Recht. Die VPRH muss jedoch immer mitgelesen werden. Ein diesbezüglicher Hinweis auf der Internetseite ist von Vorteil.	Ergänzender Hinweis auf der Internet-Seite.

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	
Art. 40, Abs. 5	Masseinheit der Osmolarität ist osmol pro Liter (nicht mmol, das ist die Masseinheit der Molarität).	Änderung in osmol pro Liter	
Anhang 11	NEUES Höchstmengenkonzept siehe Anmerkungen zur VNEM Neue Höchstmengen werden abgelehnt	Beibehaltung der bestehenden Höchstmengen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen	
Anhang 11 und 12	Der Nährstoff Astaxanthin soll gestrichen werden, weil er in der VO über neuartige LM geregelt sein sollte (SR 817.022.2). Gemeint ist dann aber der Bezug auf die EU Novel Food Verordnung (EU) 2015/2283 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470. In letzterer ist Astaxanthin jedoch nur gelistet für Nahrungsergänzungsmittel. Das würde bedeuten, dass Astaxanthin in Lebensmitteln für Sportler nicht mehr zugelassen ist, es sei denn man liest Art 38.1.b.1 i.V.m. Art 37 b VLBE derart, dass Nahrungsergänzungsmittel genau diese Bedingungen erfüllen. Ähnlich ist es beim Lycopin (siehe unten).	Astaxanthin NICHT aus der Liste im Anhang 11 streichen  <b>Alternativ</b> an anderer Stelle explizit klären, dass die Zulassung eines Stoffes gemäss der EU Unionsliste (EU) 2017/2470 für Nahrungsergänzungsmittel auch als Zulassung für den Einsatz in Lebensmittel für Sportler nach Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE gilt.	
Anhang 11 und 12	<b>Carotinoid Lycopin</b> Der Nährstoff "Carotinoid Lycopin" soll gestrichen werden, da es als Novel food in der EU zugelassen ist. In den Erläuterungen heisst es: <i>"Das Carotinoid Lycopin musste aus dem Anhang 11 gestrichen werden. Gemäss der berichtigten Unionsliste der neuartigen Lebensmittel ist Lycopin aus Tomaten als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen und somit...."</i> Für Lycopin listet die Europäische Verordnung sowohl Nahrungsergänzungsmittel als auch <i>"Getränke zur Deckung der besonderen Erfordernisse bei intensiver Muskelanstrengung, insbesondere von Sportlern"</i> als zugelassene Lebensmittelkategorien. Das führt dazu, dass in der Schweiz	ANHANG 11	
		Carotinoid Lycopin	15 mg
		ANHANG 12	
		Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz <i>Blakeslea trispora</i>

	<p>Lycopin nur noch für genau diese Art Sportlerprodukte erlaubt ist. Eine solche Differenzierung gibt es in der Schweiz aber nicht. Insofern sollte hier eine Streichung von Lycopin in Anhang 11 VLBE nicht erfolgen. Zum anderen erlaubt die EU Unionsliste Lycopin aus drei Quellen: aus Tomaten, aus dem Pilz <i>Blakeslea trispora</i> und Lycopin aus Synthese. Dies sollte auch in der Schweiz gelten, siehe die letzte konsolidierte Fassung vom 16.4.2019 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE</a></p> <p>Grundsätzlich ist die Festlegung einer konkreten Höchstmenge für Lycopin von 15 mg zu begrüssen. Dies führt zu mehr Rechtssicherheit.</p> <p>Diese Festlegung kann mit einer Spezifizierung der zugelassenen Verbindung/Form in Anhang 2 verbunden werden oder offen bleiben, da dies mit der Zulassung neuartiger Formen auf die Unionsliste über die Verordnung über neuartige Lebensmittel erfolgt</p>	
Anhang 11	<p>Die Tageshöchstmenge für <b>Coffein</b> ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körpertgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht:</p> <p><a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p>	<p>Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge</p> <p>Coffein <del>200</del> 400 mg</p>
Anhang 11	<p><b>Carnitin</b> - In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES ist die Tageshöchstmenge 2000 mg, in Länder wie z.B. DE, BE gibt es gar keine Tageshöchstmenge. Wenn keine wissenschaftlich begründeten Sicherheitsbedenken bestehen, sollte für L-Carnitin eine Angleichung an EU-Länder, die einen höheren Wert vorsehen, vorgesehen werden. So wird in den Erläuterungen auch für die Anpassung des Tageshöchstwerts von Coenzym Q10 argumentiert.</p>	<p>Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge</p> <p>L-Carnitin <del>4000</del> 2000 mg</p>

Anhang 11	<p>Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (zb. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es führt zu widersprüchlichen Informationen, wenn z.B. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet.</p>	<p>Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (z.B. ab 100%NRV).</p>
Anhang 11	<p>L-Citrullin ist doppelt geführt (1 x unter 2.1 Aminosäuren und 1 x unter 2.2)</p> <p>Die Aminosäuren L-Cystein und L-Cystin sowie L-Glutamin und L-Glutaminsäure sind separat genannt, mit identischen Tageshöchstmengen. Es sollte klargestellt werden, dass diese Mengen als Summe und nicht kumulativ gelten.</p>	<p>Löschen der Doppelnennung Präzisierung analog EPA+DHA, dass die Tageshöchstmengen für die beiden Aminosäurenpaare als Summe gelten.</p>

**Allgemeine Bemerkungen**

Mit dem Infoschreiben 1/2019 hat das BLV die Definition von Separatorenfleisch unmissverständlich festgelegt. Dabei wird die Definition strikt gemäss Urteil EuGH 2014 ausgelegt: Dabei führt jegliches mechanische Ablösen von Fleisch von Geflügelteilstücken zu einer Klassifizierung als „Separatorenfleisch“, sofern das eingesetzte Verfahren die Muskelfaserstruktur stärker verändert als dies bei Schnittflächen der Fall ist. Aus Sicht von Coop wird der Begriff «Separatorenfleisch» dem hochwertigen, in Niederdruckverfahren hergestellten Rohmaterial nicht gerecht. Coop fürchtet, dass mit der Deklarationspflicht markante Mengen von heute in Geflügelfleischerzeugnissen eingesetztem Geflügelfleisch wegen fehlender Kundenakzeptanz zukünftig nicht mehr der menschlichen Ernährung zugeführt werden können und somit als Pet Food abgewertet werden müssten.

Insbesondere stellen wir bei der Deklaration von Separatorenfleisch in der Wahrnehmung der Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen, und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet. Coop beantragt deshalb, auch für den deutschen Begriff eine entsprechende Abkürzung zu evaluieren und vorzusehen, z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff sollte entsprechend in der Deklaration verwendet werden können. Wir sind überzeugt, dass dies hilft, die Menge an Food Waste bei Geflügelfleisch zu senken.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 2	Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe. Statt einer Kontrolle auf gesetzlicher Ebene sind Stichproben vor Ort und eine Überprüfung der Rohstoffe wirksamer.	Abs. 2 streichen und Buchstabe e neu formulieren: <i>«Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe.»</i>
Art. 18, Abs.1	Um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden, soll die Verpflichtung zur zusätzlichen Angabe des wissenschaftlichen Namens innerhalb der Sachbezeichnung auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 im Absatz 1 eingeschränkt werden.	Die Sachbezeichnung für Erzeugnisse nach Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2013 setzt sich zusammen aus:



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3	Die Bestimmung sollte beibehalten werden, da es mit dem jetzigen Text viel deutlicher ist, dass Desinfektionsbehandlungen verboten sind	Absatz 3 beibehalten.
Anhang 3, Teil B Ziffer 10	Die Behandlung von Fruchtsäften mit Proteinen pflanzlichen Ursprungs ist in der EU nicht zugelassen. Dennoch befürwortet Coop diese Änderung.	
Anhang 3, Teil B Ziffer 10	Nummerierungsfehler	Ziffer 10 besteht schon, müsste dies nicht dann 11 sein?

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

**Wir begrüßen den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts sowie die damit einhergehende generelle Überprüfung der Höchstmengen.**

Zurzeit lehnen wir das konkrete neue Höchstmengenkonzept aber aus den nachfolgenden Gründen ab:

- Erstens ist die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 nicht wissenschaftlich begründet und insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrdaten nicht nachvollziehbar. Effektiv gehen wir davon aus, dass massiv weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden und diese auch in den Verzehrdaten als Teil der normalen Ernährungszufuhr betrachtet werden.
- Einzelne neu festgesetzte Höchstmengen sind aus unserer Optik generell kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin E, Vitamin K, Calcium, Magnesium und Eisen unseres Erachtens auch im Vergleich zur heutigen Rechtslage keinen Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.
- Die Studie von Food Supplements Europe „Risk Management approaches to the setting of maximum levels of vitamins and minerals in food supplements for adults and for children aged 4-10 years“ <http://foodsupplementseurope.org/wp-content/themes/fse-theme/documents/publications-and-guidelines/fseriskmanagement.pdf> sollte beachtet werden.
- Eine komplette Neuordnung des ganzen Bereichs der Nahrungsergänzungsmittel und der angereicherten Lebensmittel würde bei den meisten Produkten zu Reformulierungen und Packungsänderungen führen, was wir ablehnen, bevor das Konzept nicht breiter abgestützt ist.

Begrüßt wird demgegenüber die Lockerung bei den fraglos unkritischen Stoffen. Diese sollte aus unserer Sicht bereits umgesetzt werden, da damit heute bestehende Systemfehler behoben werden können, ohne dass es negative Auswirkungen auf die Konsumenten oder die Hersteller hätte.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 Teil A		Aus der Anpassung ergibt sich ein Handelshemmnis für Importprodukte; Übergangsfrist notwendig



## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Für Kontaminanten, die in der Pestizid-VO geregelt sind, aber auch über Prozess und Umwelt eingetragen werden können und somit nicht aus der Anwendung stammen, fehlen aktuell die Grundlagen und konkrete Höchstgehalte/Regelungen. Dies betrifft Chlorat und Perchlorat. Ein Beispiel dafür ist das abgelaufene Infoschreiben 171 zu Perchloratrückständen aus 2013. Coop benötigt klare, verbindliche Vollzugsgrundlagen analog der EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1	Die Grundlage zu Kontaminanten fehlt. Mit Einführung der Definition analog EU wird die Grundlage geschaffen Stoffe wie Chlorat und Perchlorat in der VHK zu regeln. Entwürfe zur Regelung dieser Stoffe in der EU sind in Arbeit.	Ergänzung neuer Absatz 4 analog EU VO 315/93 Artikel 2
Art. 5, Bst. b	Aus der Formulierung geht nicht klar hervor, für wen der Artikel gilt und für wen nicht.- Es ist zudem nicht ersichtlich, weshalb eine Ausnahme nötig ist. Bei kleineren Betrieben, welche Kartoffeln verarbeiten oder Brot backen besteht auch ein Risiko. Bei kleinen Betrieben liesse sich allenfalls die Häufigkeit der Probenahme einschränken, aber die Überprüfung ganz ausnehmen, ist nicht angemessen. Es fehlt zudem eine klare Wegleitung, wie mit Produkten umzugehen ist, für die keine spezifischen Richtwerte bestehen (Gemüsechips, gefärbte Oliven). Es ist unklar, woran man sich orientieren soll und welches die Vollzugsgrundlage ist (heute wird auf Basis Kartoffelprodukte beanstandet).	Präzisierung; Ergänzender, allgemeiner Passus, dass bei weiteren Produkten die technologische Machbarkeit einer Reduktion nachgewiesen werden soll.

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten (vgl. Kommentar zu Art. 44 LGV).</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkunftsländer, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel</p>	<p>Art. 3 Abs. 6 (neu)</p> <p><i>Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</i></p>

	aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene.	
Art. 4 Abs. 1	Die Anforderungen für Pflichtangaben auf den Etiketten wachsen stetig mit jeder Gesetzesrevision. Damit wird es immer anspruchsvoller, alle Pflichtangaben anschaulich und kundenfreundlich im verfügbaren Sichtfeld unterzubringen. Mehrfachetiketten bieten eine gute Möglichkeit, den Konsumentinnen und Konsumenten Informationen über das Produkt platzsparend und lesefreundlich zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz von Mehrfachetiketten für die Deklaration von Pflichtangaben soll im Gesetzestext deshalb ausdrücklich erlaubt werden. Für Informationen zu einem Produkt soll zukünftig auch die Möglichkeit der digitalen Kommunikation geschaffen werden (z.B. via QR-Code)	Ergänzung zu Abs. 1 oder neuer Absatz: <i>«Der Einsatz von mehrseitigen Etiketten ist bei Platzmangel erlaubt, sofern die Konsumentinnen und Konsumenten mit einem gut sichtbaren Hinweis darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich weitere obligatorische Angaben auf den inneren Seiten der Etiketle befinden.»</i>
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Abs. c ist zu streichen, da bspw. das Gewicht bei fast allen Produkten auf der Vorderseite angegeben wird und die Sachbezeichnung auf der Rückseite. Zudem generiert die angedachte Vorgabe keinen Mehrwert für die Konsumenten und ist für einige Hersteller nicht umsetzbar.	Streichung Art.4 Abs. 5c; Die Möglichkeit, die Sachbezeichnung und die Mengenangabe im gleichen Sichtfeld anzubringen, soll freiwillig bleiben.
Art. 5, Abs. 1, Bst. a	Definition von Stücke von Fleisch und Fisch definieren Kleinere Teile als "Stücke" zu definieren, bedeutet extrem viel Mehraufwand für den Anbieter, führt aber weder zu einem grösseren Nutzen noch mehr Sicherheit für die Kunden.	Stücke für Fleisch sind nicht kleiner als Plätzli/Kotelett, Stücke für Fisch sind nicht kleiner als ganze Fische und Fischfilets zu definieren.
Art. 15 Abs. 2 Bst. b	Zwischen dem Landwirtschaftsrecht und dem Lebensmittelrecht besteht ein Widerspruch in Bezug auf die angestammten Flächen. In Art. 17, Abs. 2 LBV ist definiert, welche Flächen als angestammte Flächen im grenznahen Ausland als Teil von Schweizer Landwirtschaftsbetrieben gelten. Für die Flächen gelten die gleichen Bewirtschaftungsvorschriften wie für diejenigen Flächen, die auf Schweizer Territorialgebiet liegen. Die Swissness-Gesetzgebung anerkennt die angestammten Flächen ebenfalls bei der Berechnung der Selbstversorgungsgrade,	a. <i>pflanzliche Erzeugnisse, die in diesem Land geerntet worden sind; für pflanzliche Erzeugnisse, die von angestammten Flächen gemäss Art. 17, Abs. 2 LBV stammen gilt Herkunft Schweiz.</i>

	resp. deren Erzeugnisse als Herkunft Schweiz. Gleichzeitig schreibt die LIV vor, dass die Herkunft pflanzlicher Lebensmittel dem Ernteland entspricht. Das ergibt einen Widerspruch, dem man unseres Erachtens mit einer Ausnahmebestimmung begegnen muss.	
Art. 17 Abs. 1	Im Art. 17 Abs. 1 sollte auch die Definition von Fleisch bis zur Grösse von Plätzli/Kotelett übernommen werden: Bei der Angabe der Bewilligungsnummern des Schlachthofes und des Zerlegebetriebes ist es unbedingt notwendig, dass Mehrfachnennungen (max. 3) möglich sind. Dies ist unter anderem auch schon im EU-Recht so vorgesehen (Verordnung EU 275/2007). In der Praxis werden z.B. Schlachthälften aus mehreren Schlachtbetrieben an einen Zerlegebetrieb geliefert oder das Fleisch aus verschiedenen Zerlegebetrieben in einem Betrieb verarbeitet. Ohne Mehrfachnennungen würde sich das Sortiment vervielfachen und ein enormer Mehraufwand für Lagerung, Logistik, Produktionssysteme und Produktion würde ausgelöst.	Art 17 Abs. 1: «Für einzelne Stücke Rindfleisch müssen die Bewilligungsnummern des Schlachthofes ( <b>max. 3 Nennungen</b> ) und Zerlegebetriebes ( <b>max. 3 Nennungen</b> ) angegeben werden.»
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Das letzte Wort "gelten" ist nicht logisch in diesem Satz.	Wort "gelten" streichen.
Art. 40	Bei Swiss Veg sind die Anpassungen bereits umgesetzt. Allenfalls besteht Handlungsbedarf bei nicht-zertifizierten Produkten.	Es ist unklar, welche Produkte genau betroffen sind, und wie die Definitionen im Detail lauten.
Art. 40a	Dieser Artikel ist aus Sicht von Coop nicht kompatibel mit den bisherigen nährwertbezogenen Angaben.	
Art. 42	Der Artikel gehört inhaltlich nicht ins 3. Kapitel: Freiwillige Informationen über Lebensmittel, sondern in den 12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben, Thema vergleichende Nährwertangaben. Es handelt sich um einen Sonderfall einer vergleichenden Nährwertangabe.	Den Artikel in den 12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben verschieben.
Art. 42a	Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können.	Art. 42a sollte auch die Möglichkeit eröffnen, über Rezepturanpassungen betreffend Fett und gesättigten Fettsäuren zu informieren («neues Rezept mit weniger Fett», «neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren»)

Art. 42a, Abs. 2, Bst. c	Die Bedeutung der Bestimmung «Sie darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden» für langhaltbare Produkte (wie z.B. Suppenpulver) ist unklar und ohne Präzisierung schwer umsetzbar.	Es ist unklar, wie dieser Artikel auszulegen ist, respektive wie die Definition zu verstehen ist. Präzisierung der Bestimmung, z.B. mit dem Zusatz «Relevant ist das Produktionsdatum»
Art. 42 Abs. 2 Bst. b		Die Reduktion sollte auch in Prozenten angegeben werden können.
Anhang 2 Teil A Ziffer 2 Bst. c	Es geht aus dem Text nicht hervor, was der Gesetzgeber unter «negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder die Qualität des Lebensmittels» in diesem Zusammenhang versteht.	Präzisierung/Ergänzung von Ziffer 2 Bst c
Anhang 2 Teil B Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. Es soll präzisiert werden, dass mit «Produkt» das «Produkt in der angebotenen Form» gemeint ist.	Präzisieren: «..... in Fällen, in denen das Lebensmittel <b>in der angebotenen Form</b> mehr als einmal eingefroren wurde»
Anhang 13, Ziffer 20.1	Die Grenze von 0.12 g Natrium pro 100 mg bzw. 100 ml sollte auf 0.2 g erhöht werden, um so für weitere Lebensmittel die Möglichkeit der Auslobung «natriumarm» bzw. «kochsalzarm» zu schaffen. Damit liesse sich bei vielen betroffenen Branchen ein zusätzlicher, freiwilliger Anreiz schaffen, um den Kochsalzgehalt der jeweiligen Lebensmittel im Rahmen des Möglichen, d.h. unter der Berücksichtigung von Aspekten wie Sensorik, Haltbarkeit, Farbgebung, etc. weiter abzusenken.	Ändern: « <i>nicht mehr als <u>0.2 g Natrium</u> oder der ...</i> »
Anhang 13 Punkt 32.3		Ergänzung Zucker. Auch bei Zucker sollte bereits eine Auslobung ab einer Reduktion von 25% möglich sein.



### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang (Chiasamen)	Bei der letzten Revision wurden die Samen der Chia ( <i>Salvia hispanica</i> ), folgend «Chiasamen» genannt, aufgenommen. Sie dürfen ganz, gestampft oder gemahlen als Zutat in allen Lebensmitteln verwendet werden. Gemeint sind gemäss dem Wortlaut der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel ganze Chiasamen (gegebenenfalls gestampft oder gemahlen) und nicht etwa einzelne Fraktionen davon (z.B. Chiasamenöl oder Chiasamenproteinextrakt).	Aufnahme Chiaöl analog der DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470  Anpassung der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel

	Es gibt einen DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION vom 8. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chiaöl ( <i>Salvia hispanica</i> ) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates	
	Bei Chiasamen werden die Ballaststoffe zu den Kohlenhydraten hinzugezählt. Coop begrüsst die entsprechende Anpassung (in der Fussnote oder in der Spezifikation), damit dieser hohe Wert erklärbar ist.	Die unterschiedliche Berechnung der Kohlenhydrate in der Schweiz und in der EU und die unterschiedliche Definition von «Ballaststoffen» führen zu einem Handelshemmnis. Hier ist eine Angleichung notwendig: Fussnote bei Kohlenhydrate analog dem Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2354 ergänzen

15 EDI: Zusatzstoffverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen		
Allgemeine Bemerkungen		
Übernahme der Formulierung von fial zu Ablehnung neues Höchstmengenkonzept		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. A und 2bis, Anhang 1	Gemäss Erläuterungen soll bei den kritischen Nährstoffen, u.a. Magnesium, der Zusatz nur für Nahrungsergänzungsmittel, aber nicht mehr für Lebensmittel allgemein zulässig sein. Da sich jedoch Produkte mit entsprechendem Zusatz auf dem Markt befinden, müssten umfassende Anpassungen vorgenommen werden. Es liegt jedoch keine ausreichende Erklärung vor, weshalb Magnesium «kritisch» sein sollte.	Magnesium bleibt ein zulässiger Zusatz in Lebensmitteln.
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstmenge pro Tagesration Die Änderungen im Anhang 1 können zu einem Handelshemmnis für Importprodukte führen.

Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.	Präzisierung: <i>Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)</i>
Anhang 2	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 3 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstmenge pro Tages <del>ration</del>

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Coop erscheint eine generelle Anpassung des Prüfverfahrens des BAFU an jenes der EU sinnvoll.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 3	Das Tiefgefrieren von Fleisch soll für den Einzelhandel wieder ermöglicht werden, jedoch nicht für den Grosshandel. Dies ist problematisch, da mit der Möglichkeit des Tiefgefrierens von Fleisch im Grosshandel Überbestände sinnvoll verwertet werden und Food Waste verringert werden könnte.	Ergänzung: Fleisch und dessen Verarbeitungserzeugnisse, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unverzüglich tiefgefroren und andauernd tiefgefroren gelagert und transportiert werden. Vor dem Gefrieren ist erforderlichenfalls eine gewisse Reifungszeit zulässig. Einzelhandelsbetriebe <b>und Grosshandel</b> sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.
Art. 54 Abs.3	Es ist unklar, weshalb das Mindesthaltbarkeitsdatum auf max. 28 Tage festgesetzt (VLtH), die Eier aber nur während 21 Tagen abgegeben werden dürfen. Dies generiert unnötigen	Diese spezifische Vorgabe für eine einzelne Produktgruppe ist nicht mehr zeitgemäss und soll entsprechend angepasst werden.

	Foodwaste, da die Eier vor dem Ablauf des Haltbarkeitsdatums aus dem Verkauf genommen werden müssen.	
Art. 66	Wird von Coop sehr begrüsst.	
Anhang 1 Teil 3	Coop hält es für zweifelhaft, dass hier die Richtwerte aus Gesetzgebung wegfallen. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine Verschlechterung der Lebensmittelgesetzgebung in der Schweiz.	Beibehaltung der Richtwerte in der Gesetzgebung bis Aufnahme in den Branchenleitlinien erfolgt ist.
Anhang 1 Teil 1 Ziffer 1.20	Text der Fussnote nicht verständlich	Klarer formulieren.
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.1.9, Teil 2.1	Fleischerzeugnisse fehlen, Ziffer 2.1.9 betrifft nur Fleischzubereitungen	Titel Fleisch und Fleischerzeugnisse ist irreführend. Der Begriff «Fleischzubereitung» ist im Titel zu ergänzen. Die Fleischerzeugnisse fehlen in den Kategorien.
Anhang 1 Teil 2.1	Interpretation Fleisch und Fleischerzeugnisse	Titel korrigieren und ebenfalls ergänzen mit Fleischzubereitungen
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.5.2	Text Fussnote ist nicht verständlich	Fussnote klar formulieren.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Fachverband für Selbstmedikation  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ASSGP  
Adresse, Ort : Effingerstrasse 14, Postfach, 3011 Bern  
Kontaktperson : Martin Bangerter  
Telefon : 079 455 74 90  
E-Mail : m.bangerter@assgp.ch  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis → Anträge und Bemerkungen ASSGP

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 .....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan .....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft .....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## Allgemeine Bemerkungen

Die zugelassenen täglichen Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln wurden anhand eines neuen Höchstmengenkonzeptes ermittelt und - wo nötig - angepasst. Seitens **ASSGP begrüßen** wir, dass **auch zukünftig durch die Festlegung von Höchstmengen** bei Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen diesbezüglich **die Anwendungs- und Rechtssicherheit erhalten** bleibt.

Aus **unserer Sicht steht** der mit dem Lebensmittelrecht generell verfolgte **Zweck des Gesundheits- und Täuschungsschutzes** auch in diesem Punkt im **Vordergrund**. Dies **betrifft insbesondere** auch die **Abgrenzung** von **Produkten**, die **nach dem Lebensmittelrecht** beurteilt werden **von solchen**, die dem **Heilmittelrecht unterliegen**.

Die **zukünftig** angewendete **Methodik** zur **Ermittlung** der jeweiligen **Höchstmengen**, welche auf dem Konzept des «Tolerable Upper Intake Level» (UL) basiert, **führt bei einigen** Substanzen **dazu**, dass **keine Höchstmengen** mehr **festgelegt** werden, da diese auf Grund der neuen Beurteilung offensichtlich als unkritisch betrachtet werden. **Alle betroffenen** Substanzen werden **einerseits in Arzneimitteln** zur Verhütung oder Behandlung von Krankheiten, **andererseits auch in Nahrungsergänzungsmitteln** zur Ergänzung der normalen Ernährung, **in Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke** zum Diätmanagement bei einer Krankheit **sowie als Lebensmittelzusatz** zur Erhaltung oder Verbesserung des Nährwerts und/oder aus Gründen der Volksgesundheit **eingesetzt**. Der **Verzicht** auf die **Höchstmengenangabe** **führt dazu**, dass die **Abgrenzung** zwischen **Heil- und Lebensmitteln**, welche entsprechende Vitamine oder Mineralstoffe enthalten, **zukünftig** deutlich **problematischer** ist **als bisher**.

**Auch für Substanzen ohne explizit festgelegte Höchstmenge** gilt es **gemäss Lebensmittelgesetzgebung** eine «**impliziten Höchstmenge**» zu **beachten**. Denn sie **dürfen** in Lebensmitteln **ausschliesslich** in **Dosierungen** eingesetzt werden, **die** eine **ernährungsspezifische** oder **physiologische, nicht aber eine pharmakologische oder immunologische Wirkung** entfalten. **Anderenfalls** wären entsprechende Produkte **im Sinne des Lebensmittelgesetzes nicht sicher**, da sie unter den normalen Bedingungen ihrer Verwendung durch Konsumenten/-innen unter Umständen **gesundheitsschädlich** sein können. **Um** bei unseren Mitgliedern wie auch bei den Vollzugsorganen **unnötige Unsicherheiten** und **ineffiziente Diskussionen** zu **vermeiden**, soll **an den entsprechenden Stellen** in den **Verordnungen** darauf **hingewiesen** werden, **welche Grenzen** bei der **Dosierung** von **Vitaminen** und **Mineralstoffen** und **sonstigen Stoffen ohne festgelegte Höchstmenge zu berücksichtigen** sind. Diese **sollte** für die **empfohlene Tagesdosierung** eines Nährstoffes in einem **Lebensmittel** grundsätzlich in der **Grössenordnung** dessen liegen, **was auch mit einer gezielten Ernährung mit natürlichen Lebensmitteln** erreichbar ist, damit sie dem Zweck, die normale Ernährung zu ergänzen oder zum Diätmanagement bei Krankheiten oder Störungen zu dienen, erfüllen aber nicht der Behandlung von Krankheiten dienen. Entsprechende **Werte** für die **Abgrenzung** zwischen Heil- und Nahrungsmitteln sollen **vom BLV** und von **Swissmedic gemeinsam erarbeitet** und kommuniziert werden. Ansonsten würde die Hersteller potentiell zu klinischen Studien für das Inverkehrbringen von Nahrungsergänzungsmitteln gezwungen, was aus ethischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar wäre.

In diesem Sinne sind unsere **bei der VLBE, der VNem und der VZVM** nachfolgend eingebrachten **Anmerkungen** zu verstehen. Wir **bitten** Sie darum diese **in der definitiven Fassung** der jeweiligen Verordnungen zu **berücksichtigen** und danken Ihnen dafür im voraus.

Da sich **aufgrund** der geplanten **Anpassungen** signifikante **Änderungen** in der **Rezeptur** bestehender Produkte ergeben können, ist eine **allgemeine Übergangsfrist** von **vier Jahren** notwendig, **damit** betroffene Produkte **ohne unnötigen Aufwand und/oder** gar die **Vernichtung** von **Lagerbeständen** an die neuen Vorgaben **angepasst** werden können.

Wir haben zu den vernehmten Verordnungen ansonsten keine weiteren Anpassungen einzubringen und danken für die Möglichkeit zu den Vernehmlassungsvorschlägen Stellung nehmen zu dürfen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

7

**EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf****Allgemeine Bemerkungen**

Für eine ausführliche Begründung für den **Antrag** siehe unter «Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3»

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Anhang 11</b>	<b>Ergänzung in der Spalte «Warnhinweise (kursiv), Hinweis auf spezifische Zielgruppe, Verwendungsbedingungen»</b> bei allen Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, für welche keine Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrmenge festgelegt wird (→ Eintrag in der Spalte «für Erwachsene zugelassene Höchstmengen pro empfohlener täglicher Verzehrmenge» = «keine»).	<b>«Die Dosierung in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrmenge ist verboten. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrmenen sind in Anhang X festgelegt. »</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Für eine ausführliche Begründung für den **Antrag** siehe unter «Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3»

In **erster Priorität** beantragen wir die **Anpassung von Art. 2 Abs. 5**. Sollte dies nicht möglich sein, beantragen wir in **zweiter Priorität** die **Anpassung von Anhang 1**.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Art. 2 Abs 5</b>		Die in Anhang 1 festgelegten Höchstmengen für Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe dürfen pro empfohlene tägliche Verzehrsmenge nicht überschritten werden. <b>Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe für welche keine Höchstmenge festgelegt ist, dürfen nicht in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrsmenge eingesetzt werden. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmengen sind in Anhang X festgelegt.</b>
<b>Anhang 1</b>	<b>Ergänzung in der Spalte «Warnhinweise (kursiv), Verwendungsbedingungen»</b> bei allen Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, für welche keine Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge festgelegt wird (→ Eintrag in der Spalte «für Erwachsene zugelassene Höchstmengen pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge» = «keine»).	<b>«Die Verwendung in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrsmenge ist verboten» Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmengen sind in Anhang X festgelegt.</b>
Anhang 1	Es stellt sich bezüglich der neu vorgeschlagenen Höchstmenge für Magnesium von 350 mg anstelle von bisher 375 mg die Frage, ob diese geringfügige Änderung um 7% in Anbetracht des Aufwandes für die Anpassung der bereits im Markt verfügbaren Produkten wirklich	350mg 375mg



	sicherheitsrelevant ist. Wenn dies nicht der Fall ist schlagen wir vor die Höchstmenge für Magnesium wie bisher bei 375 mg zu belassen.	
--	---	--

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

16

**EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

Die ausführliche Begründung für den **Antrag** siehe unter «Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3»

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 2		Für den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen gelten pro Tagesration nach Anhang 7 die Höchstmengen nach Anhang 1
Anhang 1	Um eine Dosierung im pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Bereich ausschliessen zu können und mit Blick auf die Annahme zum durchschnittlichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln ist eine zulässige Höchstmenge für alle Vitamine und Mineralstoffe, welche Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen festzulegen. Diese soll für Vitamine und Mineralstoffe, welche gemäss Vorschlag keine Begrenzung haben würden, bei maximal 1% RDA liegen.	

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### **Korrigenda** Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : **aqua suisse** Schweizerische Vereinigung von Firmen für Wasser- und Schwimmbadtechnik  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Kapellenstrasse 14 3003 Bern  
Kontaktperson : Olivier Savoy  
Telefon : +41 58 796 99 58  
E-Mail : [info@aquasuisse.ch](mailto:info@aquasuisse.ch)  
Datum : 23.8.2019

### **Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	2
2	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	2

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Die aqua suisse bedankt sich für die Möglichkeit der Vernehmlassung zu Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019. Bitte berücksichtigen Sie die folgende Stellungnahme.</p> <p>Vielen Dank und freundliche Grüsse</p> <p><i>Olivier Savoy, Generalsekretär</i></p>

2 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 16 Abs. 1	Einverstanden mit der Aufhebung. Keine weiteren Bemerkungen.	

Anhang 2	Einverstanden mit der Änderung. <i>Für aqua suisse stellt sich die Frage, wie dieser Wert in Zukunft gemessen wird. Die Messung muss für den Schwimmbadbetreiber selber einfach möglich sein – ohne hohe Folgekosten.</i>	
----------	---	--

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

Per E-Mail an: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bern, 26. August 2019  
UF/CA

## **Revision Verordnungsrecht, Projekt Stretto 3 Stellungnahme zur Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die in oben erwähnter Angelegenheit laufende Anhörung und danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Nachfolgend nehmen wir gerne zur geplanten Revision Stellung.

### **Kommentare zu den einzelnen Bestimmungen: Verweis auf die Stellungnahme der fial**

Auf technischer Ebene unterstützt BISCOSUISSE die von der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial) gemachte Eingaben, soweit diese für die von unseren Mitgliedunternehmen hergestellten Lebensmittel relevant sind. Aus diesen Grund verzichten wir auf eine Wiederholung der Kommentare und Änderungsvorschläge und verweisen auf die detaillierte Stellungnahme der fial. Nachfolgend heben wir die für BISCOSUISSE und seine Mitgliedunternehmen wichtigsten Punkte hervor.

### **Grundsätzliche Befürwortung des Abbaus von Handelshemmnissen**

BISCOSUISSE begrüsst grundsätzlich die mit dem Projekt "Stretto 3" beabsichtigte weitere Harmonisierung mit dem europäischen Lebensmittelrecht sowie den daraus resultierenden Abbau von technischen Handelshemmnissen. Auf Schweizer Sonderregelungen, die über eine Harmonisierung mit dem EU-Recht hinausgehen und gleichzeitig für die Unternehmen erhebliche Zusatzbelastungen zur Folge haben können, soll hingegen wenn immer möglich verzichtet werden. Dies gilt namentlich für das vorgeschlagene Höchstmengenmodell für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln, das bei zahlreichen Produkten eine Anpassung der Verpackungen oder gar der Rezepturen zur Folge hat, während in anderen europäischen Ländern die gleichen Produkte weiterhin als sicher gelten und verkehrsfähig sind.

### **Einführung eines neuen Höchstmengenmodells für Vitamine und Mineralstoffe**

Mit der vorliegenden Revision soll das bisherige bedarfsorientierte Konzept für die Anreicherung von Lebensmitteln mit Vitaminen und Mineralstoffen sowie für Nahrungsergänzungsmittel ersetzt werden. BISCO-SUISSE begrüsst grundsätzlich den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz sowie die damit einhergehende generelle Überprüfung der Höchstmengen. Das vorgeschlagene Modell vermochte uns aber aus den in der fial-Stellungnahme ausführlich dargelegten Gründen nicht zu überzeugen, weshalb wir es in der vorliegenden Fassung ablehnen.

BISCOSUISSE unterstützt den Vorschlag der fial, dass Fachleute aus den betroffenen Branchen mit dem BLV gemeinsam an diesem Konzept weiterarbeiten und dass dieses in einer kommenden Revision eingebracht wird. Da kein dringender Handlungsbedarf gegeben ist, sollte die Zeit bis dahin genutzt werden, um zu einem gut abgestützten, wissenschaftlich basierten und von der Branche und dem Bund getragenen neuen Schweizer Konzept zu kommen. BISCOSUISSE möchte sich an diesem Prozess aktiv beteiligen.

Demgegenüber begrüssen wird die Aufhebung oder Anhebung der Höchstmengen für die fraglos unkritischen Stoffe. Dieser Teil des Konzepts könnte bereits umgesetzt werden, da dies keine negativen Auswirkungen auf die Konsumenten oder die Hersteller hätte.

### **Einführung von Richtwerten für Acrylamid in Lebensmitteln**

Die Übernahme der Richtwerte für Acrylamidgehalte in verschiedenen Produktgruppen gemäss der Verordnung (EU) 2017/2158 erfolgt im Zuge der Harmonisierung an das EU-Recht und im Sinne der Lebensmittelsicherheit, was wir begrüssen. In den Erläuterungen wird ein Informationsschreiben in Aussicht gestellt, in dem die geeigneten Massnahmen beschrieben werden sollen.

Die Mehrheit der Mitgliedunternehmen von BISCOSUISSE ist von dieser Neuerung betroffen, da sie Lebensmittel herstellen, die im Anhang 11 der Kontaminantenverordnung gelistet sind. Erste Erfahrungen von Unternehmen, die ihre Produkte in EU-Mitgliedstaaten exportieren und diese Anforderungen bereits heute erfüllen müssen, zeigen, dass die Umsetzung der EU-Verordnung 2017/2158 Schwierigkeiten bereitet. So sind beispielsweise die Begriffe "Kekse" und "ähnlich Kekse" und deren Abgrenzung unklar, was eine Zuordnung von konkreten Produkten erschwert (welcher Wert gilt z.B. für Salzgebäck oder für gefüllte Biberli?). Auch bei der Säuglingsnahrung ist der Geltungsbereich unklar, da die Verordnung diesbezüglich inkonsistent ist.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen ist es daher zentral, dass das in Aussicht gestellte Informationsschreiben im Sinne einer Wegleitung Klarheit schafft, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten. Für die detaillierten Änderungsanträge verweisen wir auf die fial-Stellungnahme.

### **Kennzeichnungspflicht der Herkunft von Zutaten**

Bereits im Rahmen der Anhörung zum Verordnungspaket "Largo" wurde auf die überschüssende Regulierung bei der Deklaration der Rohstoffherkunft hingewiesen. Mit diesen vom EU-Recht abweichenden Bestimmungen wurden neue Handelshemmnisse geschaffen. Nun steht in der EU die Inkraftsetzung einer Durchführungsverordnung zur Deklaration der Herkunft von Zutaten an, welche die Situation für Schweizer Hersteller weiter zu verschlechtern droht.

Die Verwendung einer Herkunftsangabe löst ab 1. April 2020 in der EU die Kennzeichnungspflicht für Zutaten nach Art. 26 Abs. 3 LMIV aus, wenn die Herkunft einer sog. primären Zutat (d.h. einer Zutat, die mehr als 50 % vom Gesamtprodukt ausmacht oder die üblicherweise mit der Bezeichnung des Lebensmittels assoziiert wird) nicht mit der Herkunft des Gesamtprodukts übereinstimmt.

Gemäss Schweizer Recht (Art. 16 LIV) ist eine solche Kennzeichnungspflicht hingegen nicht obligatorisch, wenn die Aufmachung des Produkts nicht darauf schliessen lässt, dass die Zutat eine Herkunft hat, die nicht zutrifft. In diesem Sinn sind auch exotische Zutaten, wie z.B. Kakao, ausgenommen. Damit ist die Hürde der Kennzeichnungspflicht im europäischen Recht zwar tiefer angesetzt als im Schweizer Recht. Wird die Pflicht aber ausgelöst, sind die Anforderungen an deren Einhaltung im europäischen Recht weniger restriktiv als im Schweizer Recht. So sind gemäss LMIV für die Herkunft der betreffenden Zutaten auch Negativangaben oder die Angabe von länderübergreifenden Regionen möglich, was im Schweizer Recht gemäss LIV nicht zulässig ist.

Um für den Heim- und den Exportmarkt nicht zwei verschiedene Verpackungen für "Swissness"-Lebensmittel verwenden zu müssen, sollten Angaben gemäss Art. 26 Abs. 3 LMIV auch auf Verpackungen angebracht werden können, die im Schweizer Markt vertrieben werden. Gemäss Art. 39 Abs. 2 LIV müssen freiwillige Angaben über Lebensmittel nach Art. 3 LIV (wozu laut Buchstabe b auch die Herkunft mengenmässig wichtiger Zutaten zählt) jedoch die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Die Erläuterungen zur LIV relativieren den Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 LIV zwar mit der Ergänzung, dass die entsprechenden Anforderungen "grundsätzlich" eingehalten werden müssen. Dabei wird auf die Täuschungsgefahr verwiesen; was dies mit Blick auf Sachverhalte wie die oben Beschriebenen heisst, bleibt aber offen.

Aus diesen Gründen unterstützen wir den Antrag der fial zur Schaffung eines neuen Artikels 16 Absatz 3bis der Lebensmittelinformationsverordnung:

*Liegt kein Anwendungsfall von Absatz 1 oder Absatz 3 vor, können bei der freiwilligen Angabe der Herkunft einer Zutat ein Land, ein übergeordneter geografischer Raum oder der Hinweis, dass die Zutat eine andere Herkunft hat als das Lebensmittel (z.B. «Herkunft: Nicht EU/EWR» oder «Herkunft: Nicht Schweiz») aufgeführt werden.*

*Eventualantrag: Präzisierung in den Materialien, dass eine freiwillige Zutaten-Herkunftsangabe unter dem Vorbehalt des Täuschungsverbots die in Art. 16 LIV vorgeschriebenen Vorgaben an eine obligatorische Angabe nicht einhalten muss, womit sichergestellt wird, dass die Deklaration eines Lebensmittels gleichzeitig die Vorgaben des Schweizer Rechts und diejenigen der LMIV erfüllen kann.*

Der vorliegende Vorschlag ändert nichts daran, dass das Schweizer Recht im Anwendungsfall von Art. 16 Abs. 1 – 3 LIV deutlich restriktivere Vorgaben an die Angabe der Herkunft der Zutaten macht als das europäische Recht im Anwendungsfall von Art. 26 Abs. 3 LMIV resp. die Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 vom 28. Mai 2018 in der EU. Immerhin stellt der Zusatz für freiwillige Deklarationen sicher, dass dieselbe Verpackungsdeklaration gleichzeitig für die Schweiz und den EU-Raum möglich bleibt. Damit bleibt der EU-Marktzugang für Schweizer Hersteller zwar nach wie vor eingeschränkt, jedoch in geringerem Ausmass, als ohne diesen zusätzlichen Absatz.

"Stretto 3" will mittels Harmonisierung Handelshemmnisse verhindern. Würde Art. 39 Abs. 2 LIV ausnahmslos auf die oben erwähnten Fälle angewendet, führte dies zu neuen Handelshemmnissen. Dieses Hemmnis ist mit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 am 28. Mai 2018 akut geworden. Gleichzeitig würde ein weiteres Hemmnis zur Verwendung der Herkunftsbezeichnung Schweiz geschaffen.

### **Angemessene Übergangsfristen: Verlängerung auf 4 Jahre**

Aufgrund der neuen Bestimmungen werden teilweise Anpassungen der Verpackungen oder sogar der Rezepturen erforderlich sein. Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für solche umfangreichen Änderungen zu kurz. Die anlässlich der letzten Revision "Largo" durch das Büro Bass durchgeführte Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) hat ergeben, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren deutlich abnehmen. Gleich wie die fial fordert daher auch BISCOSUISSE für das vorliegende Änderungspaket "Stretto 3" generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren, sofern es sich nicht um gesundheitsrelevanten Anpassungen handelt.

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und bitten Sie, unsere Anträge zu berücksichtigen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**BISCOSUISSE**

Urs Furrer  
Geschäftsführer

Claudine Allemann  
Projektleiterin



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Dipartimento federale dell'interno DFI  
**Ufficio federale della sicurezza alimentare e  
di veterinaria USAV**  
Derrate alimentari e nutrizione

## **Procedura di consultazione per il progetto Stretto 3; revisione delle ordinanze Procedura di consultazione fino al 26 agosto 2019**

### **Parere di**

Nome / azienda / organizzazione / ufficio: Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera Italiana

Abbreviazione dell'azienda / dell'organizzazione / dell'ufficio: ACSI

Indirizzo, luogo: Strada di Pregassona 33, 6963 Pregassona

Persona di contatto: Laura Regazzoni-Meli

Telefono: 091 922 97 55

E-mail: [acsi@acsi.ch](mailto:acsi@acsi.ch)

Data: 25.8.2019

### **Indicazioni importanti:**

1. Si prega di non modificare la formattazione del modulo.
2. **Utilizzare una nuova riga per ogni articolo dell'ordinanza.**
3. I pareri devono essere inviati in forma elettronica, come documento **Word**, entro il 26 agosto 2019 al seguente indirizzo e-mail: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Ufficio federale della sicurezza alimentare e  
di veterinaria USAV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Indice

1	Osservazioni generali sulla procedura di consultazione per Stretto 3; revisione delle ordinanze 2019 .....	3
2	CF: ordinanza sulle derrate alimentari e gli oggetti d'uso .....	6
3	CF: ordinanza concernente l'esecuzione della legislazione sulle derrate alimentari .....	8
4	CF: ordinanza sul piano di controllo nazionale della catena alimentare e degli oggetti d'uso .....	9
5	CF: ordinanza concernente la macellazione e il controllo delle carni .....	10
6	DFI: Ordinanza concernente i livelli massimi per i residui di antiparassitari nei o sui prodotti di origine vegetale e animale .....	11
7	DFI: ordinanza sulle derrate alimentari destinate alle persone con particolari esigenze nutrizionali .....	12
8	DFI: ordinanza sulle derrate alimentari di origine animale .....	14
9	DFI: ordinanza sulle bevande.....	15
10	DFI: ordinanza sugli integratori alimentari.....	16
11	DFI: ordinanza sui tenori massimi di contaminanti.....	18
12	DFI: ordinanza concernente le informazioni sulle derrate alimentari .....	19
13	DFI: ordinanza del sulle derrate alimentari di origine vegetale, i funghi e il sale commestibile .....	22
14	DFI: ordinanza sui nuovi tipi di derrate alimentari .....	23
15	DFI: ordinanza sugli additivi .....	24
16	DFI: ordinanza sull'aggiunta di vitamine, sali minerali e altre sostanze alle derrate alimentari .....	25
17	DFI: ordinanza sugli aromi e gli ingredienti alimentari con proprietà aromatizzanti nelle e sulle derrate alimentari .....	26
18	DFI: ordinanza concernente le derrate alimentari geneticamente modificate.....	27
19	DFI: ordinanza sui requisiti igienici per il trattamento delle derrate alimentari .....	28
20	DFI: ordinanza concernente l'igiene nella macellazione .....	29
21	DFI: ordinanza concernente l'igiene nella produzione lattiera .....	30
22	DFI: ordinanza sull'acqua potabile e sull'acqua per piscine e docce accessibili al pubblico .....	31
23	CF: ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Paesi terzi .....	32
24	CF: ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Stati membri dell'UE, Islanda e Norvegia .....	33



## 1 Osservazioni generali sulla procedura di consultazione per Stretto 3; revisione delle ordinanze 2019

### Osservazioni generali

Egregio Signor Consigliere Federale, Signore e Signori,  
l'Associazione delle consumatrici e dei consumatori della Svizzera italiana (ACSI), membro dell'Alleanza svizzera dei consumatori prende qui di seguito posizione nella consultazione per la revisione delle ordinanze sulle derrate alimentari e oggetti d'uso. L'ordinanza delle derrate alimentari e i regolamenti d'applicazione hanno lo scopo di proteggere la salute dei consumatori e proteggerli dall'inganno. Obiettivo della revisione è una miglior armonizzazione con le leggi europee nell'ambito della legislazione alimentare. Riteniamo necessario e utile questo adeguamento ma solo nella misura in cui consente di offrire maggiore protezione e sicurezza al consumatore in Svizzera, lasciando invariate le norme svizzere che dovessero tutelare maggiormente i consumatori rispetto a quelle applicate nell'Unione europea.

#### Protezione della salute dei consumatori

##### **1. Bevande alcoliche zuccherate**

L'ACSI chiede di non sopprimere l'informazione dettagliata e comprensibile sugli alcopops. Ridurre l'informazione su bibite alcoliche zuccherate, destinate prevalentemente ai giovani consumatori è in contraddizione con la [strategia nazionale dipendenze](#) che ha lo scopo di creare un contesto favorevole per diminuire l'accessibilità alle sostanze. Il rapporto 2016 ha mostrato un raddoppio del consumo cronico a rischio nel gruppo dei giovani adulti. Bisogna evitare misure che possono aumentare questa tendenza.

#### Protezione dall'inganno

L'ordinanza sulle derrate alimentari prevede a giusto titolo una protezione dall'inganno che permette una sana concorrenza sul mercato.

##### **1. Quadro per le indicazioni valorizzanti**

Vi sono svariate indicazioni che danno l'impressione di essere vantaggiose per i consumatori, ma senza beneficiare di una base legale. L'ACSI chiede maggior chiarezza in quest'ambito regolando le indicazioni valorizzanti come "naturale", "tradizionale", "fatto in casa" o "artigianale". Nell'ambito della Tavola rotonda del 28 maggio 2019, l'USAV ha scritto un inizio di definizione per il termine "artigianale" contrapponendolo a "produzione di massa" e dicendo che la produzione dovrebbe esser fatta parzialmente a mano e da un numero limitato di ausiliari. L'ACSI chiede che questo tipo di definizione sia fissato nelle lettere d'informazione in modo da poter essere una garanzia per il consumatore. L'ACSI è disponibile a partecipare volentieri alla riflessione preparatoria di questo tipo di documenti.

## **2. Dichiarazioni nutrizionali e di salute**

Contrariamente alle menzioni valorizzati indicate sopra, le dichiarazioni nutrizionali e di salute sono definite nell'ordinanza concernente l'informazione sulle derrate alimentari. Tuttavia le regole si riferiscono unicamente al nutrimento in questione, mentre i consumatori mangiano l'alimento intero che, grazie alla sua dichiarazione, dà l'impressione di essere salutare. L'ACSI chiede di introdurre finalmente un quadro legale che possa permettere di giudicare subito l'alimento intero grazie al suo profilo nutrizionale, lasciando in secondo piano la dichiarazione nutrizionale o di salute. Come primo passo - per correggere l'attuale situazione che consente ad esempio di poter vantare l'effetto positivo di vitamine aggiunte in una bibita molto zuccherata come un Energy Drink – si potrebbe rendere obbligatorio il Nutri-Score per tutti i prodotti che hanno una dichiarazione nutrizionale o di salute. L'ACSI chiede che questo sistema sia realizzato rapidamente per riequilibrare l'informazione ai consumatori.

### Informazioni necessarie per l'acquisto delle derrate alimentari

I consumatori si aspettano di poter sapere dalle dichiarazioni indicate per legge sulle derrate alimentari non solo quali siano gli ingredienti ma anche la loro provenienza e di comprendere le denominazioni dei prodotti indipendentemente dalla lingua nella quale viene indicato.

### **Dichiarazione dei valori nutrizionali completi**

Non è comprensibile perché la legislazione svizzera a differenza dall'UE permette nella dichiarazione obbligatoria di non indicare lo zucchero e gli acidi grassi saturi. Queste indicazioni sono rilevanti per la salute e permettono ai consumatori di sapere quali prodotti hanno zucchero aggiunto e quanto, visto che molti prodotti ne contengono in quantità rilevanti.

#### **1. Dichiarazione dell'utilizzo della tecnologia genetica nelle derrate alimentari**

Molti consumatori sono contrari a consumare derrate alimentari con componenti geneticamente modificate. Riteniamo inopportuno e fuorviante per i consumatori l'introduzione del paragrafo 5 proposto nell'articolo 37 Oderr per dare seguito alla mozione di Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt"). Se un componente di un alimento è stato prodotto con agenti modificati geneticamente deve essere dichiarato per non trarre in inganno il consumatore; eventualmente deve essere tralasciato ma non indicato in positivo, dichiarando che l'alimento non contiene componenti geneticamente modificate in modo esplicito.

#### **2. Dichiarazioni plurilingue delle derrate alimentari**

In Svizzera i consumatori si esprimono in 4 differenti lingue e le dichiarazioni sono espresse in tre lingue nazionali (tedesco, francese e italiano) sulle derrate alimentari. Riteniamo che un'armonizzazione con i termini delle derrate utilizzate dal diritto europeo non tenga sufficientemente conto della realtà multilingue svizzera nel contesto del mercato alimentare nelle differenti regioni. In Ticino molte derrate alimentari riportano la denominazione in italiano e in francese o tedesco. Non è pertanto ammissibile che con la modifica di legge le denominazioni siano differenti nelle due lingue riportate sullo stesso prodotto solo per l'adeguamento a quelle utilizzate in lingua italiana nell'UE. Molti termini ai quali il consumatore fa riferimento da tempo andrebbero persi. Le dichiarazioni delle derrate alimentari prodotte o importate in Svizzera e a disposizione dei consumatori dovrebbero essere parimenti indicate nelle 3 lingue se usualmente già adottate, come ad esempio il "burro d'arachidi" (Erdnussbutter, beurre de cacahuètes) che secondo il diritto europeo andrebbe rinominato diversamente solo nella lingua italiana (Art. 14 paragrafo 2).

## **Ordinanza sugli integratori alimentari (OIAL)**

### **Oderr Art.95/ OIAL Art. 4: Indicazioni non ammessi**

Riteniamo positiva la ripresa della direttiva 2002/46/CE nell'ordinanza revisionata per una maggior chiarezza a vantaggio del consumatore: riteniamo infatti fuorvianti le diciture o le allusioni che possono indurre i consumatori a pensare che un'alimentazione equilibrata e variata non possa da sola garantire un corretto apporto nutrizionale in Svizzera e che sia necessaria l'assunzione di integratori nutrizionali per raggiungere tale scopo.

Ringraziamo per la considerazione e cordialmente salutiamo.

Per l'ACSI:  
Evelyne Battaglia-Richi  
Presidente

## 2 CF: ordinanza sulle derrate alimentari e gli oggetti d'uso

### Osservazioni generali

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 14 cpv. 2	<p><sup>2</sup> Le derrate alimentari possono essere unicamente designate tramite la denominazione specifica di una derrata alimentare specificata se corrispondono alla specificazione e ai requisiti ad essa associati.</p> <p>Commento: le denominazioni devono essere riportate nelle 3 lingue nazionali in modo identico e non diverso per lingua.</p>	Le denominazioni permesse dalla direttiva UE, allegato 1 della direttiva 2010/791/EU, dovrebbero poter essere utilizzate in tutte le lingue nazionali indipendentemente da come sono indicate nella direttiva ossia "burro d'arachidi" figura in tedesco ma non in italiano sulla direttiva UE ma dovrebbe restare permesso in Svizzera l'uso in tutte tre le lingue nazionali. Allo stesso modo dovrebbero essere adattati gli articoli nell'ordinanza per le bevande: ad esempio "latte di mandorla" dovrebbe valere nelle tre lingue quindi anche in tedesco e francese.
Art. 31, al. 5, let c	<p><b>Prodotto puro</b></p> <p>La menzione di prodotti OGM « puro » deve essere definita. Il grado di purezza deve essere fissato al 100% per rispetto ai consumatori.</p>	<p><b>Aggiungere :</b></p> <p><u>Puro : il prodotto non contiene nessuna traccia di organismi geneticamente modificati</u></p>
Art. 37, al. 5	<p><b>Specificazione delle condizioni « allevati senza OGM »</b></p> <p>Vedi sotto : Per maggiore trasparenza, ACSI chiede la pubblicazione della lista delle vitamine, enzimi, ecc. problematici per gli OGM che sono autorizzati nell'alimentazione degli animali, oltre all'informazione dovuta ai consumatori.</p>	<p>La condition fixée à l'al. 4, let. a, ch. 2 ne s'applique pas aux :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. médicaments vétérinaires ;</li> <li>b. additifs pour l'alimentation animale <ul style="list-style-type: none"> <li>1. obtenus par le procédé décrit dans l'art. 31, al. 5 ;</li> <li>2. manifestement disponibles seulement en ayant recours au génie génétique ; et</li> <li>3. nécessaires pour couvrir les besoins des animaux afin de garantir leur santé et leur protection ; et</li> <li>4. <u>iscrivere nella lista XX dell'USAV</u></li> </ul> </li> </ul>
Art. 39, al. 2, let. a	<p>Dichiarazione della provenienza nella vendita all'ingrosso</p> <p>AcSI considera favorevolmente la modifica.</p>	
II	<b>Modifiche dell'ordinanza sulla messa in commercio di prodotti</b>	II

<p>Art. 2, let.b, ch.1</p>	<p><b>fabbricati secondo prescrizioni straniere</b></p> <p><b>OPPEtr : alcopops</b></p> <p>L'ACSI si oppone decisamente alla soppressione dell'avvertimento specifico sull'etichetta delle bevande alcoliche zuccherate. All'apparenza sembrano bibite gasate senz'alcol e la loro commercializzazione si indirizza prevalentemente a un pubblico giovane non ancora abituato alle prescrizioni della legge alimentare. I marchi di queste bibite sono sovente anche sponsor di eventi dove ci sono molti giovani. Per L'ACSI è importante che l'indicazione che la bevanda contiene alcool nonché il grado alcolico siano informazioni ben visibili sulla parte frontale del prodotto (nella fascia della denominazione del prodotto).</p> <p>Le conseguenze sui consumatori dovrebbero anche essere valutate sotto il punto III Conseguenze.</p>	<p>Art. 2, let.b, ch.1</p>
--------------------------------	--	----------------------------

### 3 CF: ordinanza concernente l'esecuzione della legislazione sulle derrate alimentari

#### Osservazioni generali

##### Controlli indipendenti

L'indipendenza dei controllori delle derrate alimentari e degli oggetti d'uso è essenziale per i consumatori. ACSI accoglie con soddisfazione dunque che questo aspetto è citato all'inizio dell'ordinanza e che la formazione continua del personale responsabile dei controlli è incoraggiata e presa completamente a carico da Confederazione e Cantoni. ACSI chiede che venga inserita nella menzione indipendente anche il personale assistente ufficiale sia per la formazione che per la remunerazione.

##### Formazione continua

ACSI accoglie positivamente l'introduzione della formazione continua, ma l'organizzazione centralizzata non dovrà scoraggiare i chimici cantonali a partecipare o a ridurre il loro spirito analitico creativo sul terreno.

##### Acquisto di test anonimi

ACSI chiede l'introduzione della possibilità di acquistare test anonimi (p.e. su Internet) con lo scopo di rendere possibile controlli in una situazione più reale possibile.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art.3	<b>Imparzialità dei controlli</b> ACSI accoglie favorevolmente questo punto che interessa i consumatori in modo particolare.	
Art. 7	<b>Trasparenza dei controlli ufficiali</b> ACSI accoglie favorevolmente la trasparenza accresciuta sui risultati dei controlli destinati ai consumatori.	
Art. 105	<b>Scambio dati</b> ACSI chiede per maggior chiarezza di includere la Swissness nella lista delle denominazioni citate (OIPDSA)	d. che una designazione ai sensi degli art. 48 - 48b della legge sulla protezione dei marchi (LPM) non soddisfa le esigenze dell' OIPDSA

**4 CF: ordinanza sul piano di controllo nazionale della catena alimentare e degli oggetti d'uso**

**Osservazioni generali**

**Trasparenza sulle guide di buona pratica**

ACSI chiede per maggiore trasparenza anche la pubblicazione di guide di buona pratica per renderle accessibili al grande pubblico.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Lista 2	<b>Imprese attive a monte o al termine della produzione primaria</b>  ACSI approva l'inclusione in questa lista delle imprese che consegnano medicinali veterinari. La lotta contro i batteri resistenti deve effettivamente essere combattuta alla fonte, quindi anche negli allevamenti.	
Art. 11	<b>Annesso 4 ordinanza sulla produzione primaria</b>  <b>Guide di buona pratica</b> ACSI accoglie favorevolmente l'introduzione di guide di buona pratica nella produzione primaria. Chiede tuttavia che le guide siano pubbliche per creare la necessaria trasparenza e fiducia.	<u>Le guide della buona pratica sono pubblicate sul sito USAV.</u>

<b>5 CF: ordinanza concernente la macellazione e il controllo delle carni</b>		
<b>Osservazioni generali</b>		
<b>Nessuna osservazione aprticolare.</b>		
<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>



**6 DFI: ordinanza concernente i livelli massimi per i residui di antiparassitari nei o sui prodotti di origine vegetale e animale**

**Osservazioni generali**

**Nessuna osservazione particolare.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

## 7 DFI: ordinanza sulle derrate alimentari destinate alle persone con particolari esigenze nutrizionali

### Osservazioni generali

#### Concetto del dosaggio massimo ammissibile

ACSI accoglie positivamente il nuovo concetto del dosaggio massimo accettabile proposto per l'aggiunta di vitamine e sali minerali agli alimenti. L'approccio basato sul «Tolerable Upper Intake Level» (UL) che si basa sull'autocontrollo, corrisponde alle linee guida dell'ordinanza. Tuttavia esiste il rischio che togliere il limite massimo imposto, possa portare sul mercato prodotti sovradosati: anche se questo non corrisponde necessariamente a un rischio per la salute, esiste il rischio di un certo inganno del consumatore indotto a credere che questi prodotti arricchiti sovradosati siano migliori di altri.

Per indicare sia alle istanze di controllo che ai produttori una linea guida, chiediamo che venga dato loro un'indicazione su cosa si intende per dosaggio sensato. Diversi stati membri dell'UE lo hanno già fatto. Tale elenco non ha validità legale, ma fornisce supporti e indicazioni utili per gli attori coinvolti.

#### Rendere più visibile i vantaggi dell'allattamento

ACSI si rammarica che non sono state meglio precisate le indicazioni per gli alimenti della prima infanzia e per i neonati, che possono evidenziare più chiaramente i vantaggi dell'allattamento come forma naturale e salutare di alimentazione per i neonati.

Sono invece più chiare per i consumatori che desiderano perdere peso le indicazioni e dichiarazioni della razione giornaliera su prodotti per la riduzione del peso corporeo. ACSI lo accoglie positivamente.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 21	<b>Denominazione: Dichiarazione dei valori nutrizionali</b> ACSI è dispiaciuta che sarà ancora possibile elogiare vitamine e sali minerali negli alimenti della prima infanzia. Questi elogi possono dare adito a pensare che siano più vantaggiosi tali prodotti rispetto a quelli prodotti in casa o di prodotti simili senza aggiunte.  <b>Chiediamo che tali aggiunte siano semplicemente indicate nell'elenco ingredienti ma non figurino sulla parte frontale come elogio al prodotto.</b>	<b>Art. 21 nuovo</b>  1. <b>Vitamine e sali minerali aggiunti non devono essere elogiati sulla parte frontale della confezione del prodotto.</b>
Art. 22a	<b>Materiale informativo di produttori e distributori</b> Le madri che allattano necessitano sostegno e informazioni per allattare a lungo con successo i loro bambini. In particolare all'inizio se sorgono difficoltà nell'allattamento sono fondamentali sostegno e consulenza, che però sembra manchino ancora visto che solo la metà delle madri allatta pienamente il proprio bambino fino al 4° mese.	

	ACSI è scettica sul fatto che le informazioni dei produttori e dei distributori mettano sufficientemente in evidenza che allattare è la soluzione migliore rispetto ai prodotti sostitutivi dell'allattamento – vi è da parte loro un evidente interesse commerciale e appare evidente che la formulazione rimane ambigua. Il senso dell'ordinanza UE Art.11 cpv.3 sembra esprimere che tale materiale può essere distribuito solo con l'accordo dell'autorità.	
Art. 22a, Abs 1	ACSI ritiene insufficiente la dicitura che i produttori e distributori devono riprendere le raccomandazioni dell'USAV. Il materiale dovrebbe, a nostro avviso, essere visionato e autorizzato dall'USAV sulla correttezza dei contenuti.	1 Il materiale informativo di produttori e distributori che contiene raccomandazioni per l'alimentazione dei lattanti e di prima infanzia <b>viene esaminato dall'USAV.</b>
Art. 22a, Abs 2	Riteniamo necessario una precisazione che l'informazione contenga le indicazioni nei paragrafi a - d.	2 Questo materiale scritto o audiovisivo che concerne l'alimentazione dei lattanti e della prima infanzia e si rivolge a donne in gravidanza o madri di neonati o bambini piccoli deve contenere informazioni su <b>tutti i seguenti</b> punti:
Art. 22a, Abs 3	Da indicare sia l'uso inappropriato che superfluo: aggiungere al cpv. 3	E soprattutto la messa in pericolo della salute tramite uso inappropriato <b>o superfluo</b> dell'uso di prodotti sostitutivi per lattanti e della prima infanzia
Art. 22a, Abs 4	Il logo e il nome dell'impresa non devono essere collegabili all'USAV, alla Confederazione o a un'istituzione sanitaria o un ospedale.	
Annesso 11	<b>Quantità massime di vitamine, sali minerali ecc.</b> ACSI dubita che i consumatori assumano un solo prodotto arricchito al giorno come integratore o per sportivi. Il nuovo sistema dei dosaggi massimi ammessi, si basa sull'indicazione della messa in guardia obbligatoria per informare i consumatori. <b>Riteniamo necessario indicare obbligatoriamente questa avvertenza nella lingua del luogo di vendita.</b>	Avvertenza: menzione concernente i gruppi d'utenza specifici, condizioni d'utilizzo, <b>da redigere nella lingua del luogo di vendita.</b>
Annesso 11 sodio	<b>Quantità massima di sodio</b> ACSI osserva un consumo frequente di bevande sportive da giovani o persone che praticano sport occasionalmente al posto dell'acqua minerale abituale. Il rischio sarebbe di assorbire troppo sodio se il dosaggio massimo del sodio viene soppresso. Chiediamo dunque di mantenere questo limite.	Mantenimento del quantitativo massimo di sodio

**8 DFI: ordinanza sulle derrate alimentari di origine animale**

**Osservazioni generali**

**Nessuna osservazione.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

## 9 DFI: ordinanza sulle bevande

### Osservazioni generali

#### Alcopops

ACSI si pronuncia assolutamente contro la proposta di sopprimere le informazioni dettagliate sul contenuto di alcool e zucchero nelle bevande alcoliche zuccherate (alcopops). Questa informazione deve essere data a protezione della salute dei giovani consumatori e dovrebbe prevalere sul principio Cassis-de-Dijon.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 62	<b>Indicazioni supplementari per bevande alcoliche zuccherate</b>  L'indicazione che la bevanda contiene alcol e il grado alcolico sono informazioni importanti da rendere ben visibili sulla parte frontale del prodotto (nella fascia della denominazione del prodotto). Eccezioni rispetto al principio Cassis-de-Dijon sono sensate, se vengono fatte per la protezione della salute dei giovani consumatori. ACSI chiede dunque il mantenimento dell'articolo.	Mantenere l'articolo.

## 10 DFI: ordinanza sugli integratori alimentari

### Osservazioni generali

#### Concetto del dosaggio massimo ammissibile

ACSI accoglie positivamente il nuovo concetto del dosaggio massimo accettabile proposto per l'aggiunta di vitamine e Sali minerali agli alimenti. L'approccio basato sull'«Tolerable Upper Intake Level» (UL) che si basa sull'autocontrollo, corrisponde alle linee guida dell'ordinanza. Tuttavia esiste il rischio che togliere il limite massimo imposto, possa portare sul mercato prodotti sovradosati anche se questo non corrisponde necessariamente a un rischio per la salute bensì il rischio di un certo inganno del consumatore che questi prodotti arricchiti sovradosati siano migliori di altri.

Per indicare sia alle istanze di controllo che ai produttori una linea guida, chiediamo che venga dato loro un'indicazione su cosa si intende per dosaggio sensato. Diversi stati membri dell'UE lo hanno già fatto. Tale elenco non ha validità legale, ma fornisce supporti e indicazioni utili per gli attori coinvolti. Inoltre gli studi effettuati negli ultimi anni in Svizzera non hanno mostrato carenze acute di vitamine e sali minerali nella popolazione in generale. Non ci sembra pertanto necessario utilizzare per il calcolo il dosaggio di due unità al giorno per poter così raggiungere livelli molto elevati nei dosaggi. Dovrebbe basarsi piuttosto su 3 unità giornaliere il dosaggio massimo tenendo anche presente che la copertura avviene da varie fonti alimentari. Non produrrà una carenza di approvvigionamento con vitamine e sali minerali nella popolazione in Svizzera.

#### Assunzione di integratori giornalieri dubbiosi

I nuovi calcoli presuppongono l'assunzione di un solo integratore al giorno. Questo presupposto non corrisponde a quanto indicato in alcuni studi in Svizzera Trends in vitamin, mineral and dietary supplement use in Switzerland. The CoLaus study ; P. Marques-Vidal, P. Vollenweider, G. Waeber 2017, hanno mostrato che molti consumatori assumono più di un prodotto al giorno.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 3, cpv. 7, p. f	I nuovi calcoli presumono che una persona assuma un solo prodotto integratore al giorno. Questo non corrisponde sempre al vero. Occorre un'indicazione chiara sul prodotto che, nel caso fosse contenuto il dosaggio massimo ammissibile, è sconsigliato assumere altri integratori alimentari contemporaneamente.	f. Se un prodotto integratore contiene la dose massima ammissibile di vitamine e sali minerali, deve essere indicato sulla confezione che è sconsigliato assumere altri integratori.
Art. 3, cpv. 7, p. e	<b>Indicazioni chiare</b> Per essere certi che le indicazioni siano comprese da tutti i consumatori, devono essere scritte nella lingua del luogo di vendita.	e. le indicazioni di messa in guardia per gruppi specifici di popolazione o le indicazioni d'uso devono essere riportate nella lingua della regione di vendita.


**11 DFI: ordinanza sui tenori massimi di contaminanti****Osservazioni generali****Nessun osservazione.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>



## 12 DFI: ordinanza concernente le informazioni sulle derrate alimentari

### Osservazioni generali

#### Diritto all'informazione

L'informazione è indispensabile ai consumatori per gli alimenti con cognizione di causa. Questo diritto all'informazione è riconosciuto con l'articolo 1 p.d dell'ordinanza sulle derrate alimentari e oggetti d'uso. Tra i criteri di scelta principali dei consumatori figura l'indicazione di provenienza dei prodotti e il valore nutrizionale. ACSI chiede informazioni complete, facilmente comprensibili, scritte in grandezza leggibile e affidabili in questo ambito.

#### Nutri-score

Il sondaggio svolto dall'Alleanza svizzera dei consumatori ha evidenziato che essi prediligono a maggioranza il Nutri-score quale indicazione nutrizionale sulla parte frontale degli imballaggi (FoP). ACSI salterebbe favorevolmente un'introduzione del Nutri-score in Svizzera su tutti i prodotti affinché siano paragonabili tra di loro dai consumatori. L'etichettatura con il Nutri-score dovrebbe essere per lo meno disciplinata chiaramente per evitare il diffondersi di vari sistemi di valutazione FoP in Svizzera, che creerebbero confusione invece di chiarezza nei consumatori.

#### Inquadramento di diciture poco chiare sugli imballaggi

Delle aggiunte sulla parte frontale degli imballaggi possono far credere che i prodotti siano migliori di quelli naturali o che siano naturali pur essendo elaborati industrialmente, rischiando di trarre in inganno il consumatore nel ritenere un prodotto più indicato di un altro.

Secondo l'art.1,p.c dell'ordinanza delle derrate alimentari e oggetti d'uso, il consumatore deve essere protetto dall'inganno.

ACSI chiede di meglio definire queste denominazioni che alludono a valori nutrizionali o di salute, fissando definizioni per le denominazioni del tipo "fatto in casa", "artigianale", "locale" presentati in occasione della tavola rotonda e concernenti i prodotti artigianali.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 4, al. 5 p.b	<b>Modalità di produzione vietati in Svizzera</b> ACSI accoglie con favore l'obbligo di dichiarazione di tutte le modalità di produzione vietate in Svizzera direttamente nello stesso campo visivo della denominazione specifica.	
Art. 4, al. 5 p.c	<b>Dichiarazione della quantità</b> ACSI è favorevole all'indicazione.	c. La menzione delle quantità secondo le prescrizioni dell'ordinanza del 5 settembre sulle dichiarazioni delle quantità
Art. 5, al. 1, p.a	<b>Indicazione della provenienza della carne nella vendita all'ingrosso</b> ACSI accoglie con favore questo chiarimento che deve essere esteso per analogia al prosciutto, carne secca, coppa, ecc. come anche a hamburger,	Rapporto: rivedere la spiegazione includendo chiaramente il prosciutto, la carne secca, ecc.

	<p>polpette, o kebab, che vengono venduto al consumatore come pezzo intero e vanno quindi inclusi con questa logica.</p> <p>I consumatori chiedono di conoscere la provenienza della carne anche nella vendita all'ingrosso essendo un criterio di scelta importante.</p>	
Art. 15, al. 4	<p><b>Paese di produzione</b></p> <p>Non è comprensibile perché i consumatori ora devono essere meno informati che nel 1995 quando sono state nettamente migliorate le tecniche della tracciabilità dei prodotti. L'Eurobarometro dell'aprile 2019 ha mostrato che la provenienza delle derrate alimentari è il primo criterio di scelta dei consumatori.</p> <p>ACSI chiede dunque di limitare l'autorizzazione a indicare una zona geografica più vasta unicamente per i casi dove la provenienza non può essere determinata con precisione e se l'impresa è in grado di giustificare la pertinenza di questa indicazione più vasta.</p>	<p><u>Se il produttore prova che il paese di produzione non può essere determinato con precisione, è possibile indicare, al posto del paese, una zona geografica più vasta che concerne effettivamente la derrata alimentare trasformata (p.e. "UE", "America del Sud "ecc.)</u></p>
Art. 16, al. 3	<p><b>Provenienza degli ingredienti di origine animale</b></p> <p>I consumatori citano come primo criterio di scelta nell'Eurobarometro 2019 la provenienza. Questa vale soprattutto per gli alimenti di origine animale. Per togliere ogni rischio di inganno e per rendere più chiara l'informazione, ACSI chiede di indicare in ogni caso la provenienza degli ingredienti di origine animale.</p>	<p>Per deroga all' art. 1, p. a, la provenienza dell'animale o dove sono presenti ingredienti di origine animale menzionati nell'art. 1 ODAIAn<sup>1</sup> deve essere <b>sempre</b> dichiarato se la parte nel prodotto finale è del 20% o più della sua massa totale.</p>
Art. 22, al. 2	<p><b>Dichiarazione nutrizionale corta</b></p> <p>Il tenore in zuccheri aggiunti e grassi saturi è importante ai fini della salute dei consumatori e dovrebbe essere sempre indicato. Dare la possibilità ai produttori di non menzionare queste informazioni non è coerente con il regolamento UE 1169/2011 e non è un segnale positivo verso i produttori.</p> <p>ACSI chiede di abrogare questa disposizione.</p>	<p>abrogare</p>
Art. 42a	<p><b>Informazione sul cambiamento della ricetta di una derrata alimentare</b></p> <p>La possibilità di elogiare una riduzione del 5% di zucchero aggiunto sugli imballaggi non è un vantaggio per il consumatore, soprattutto se si tratta di una minima riduzione non significativa. Questa indicazione è stata rifiutata dal parlamento europeo nel 2012.</p> <p><b>ACSI chiede di concentrare la comunicazione sul tenore di zucchero o sale effettivamente contenuto nella derrata alimentare per permettere</b></p>	

	<b>una reale comparazione dei prodotti.</b>	
Annesso 2, parte A, cpv. 3	<b>irradiato</b> <b>ACSI accoglie favorevolmente questo chiarimento.</b>	
Annesso 14	<b>Alimenti sostitutivi per la perdita di peso</b> ACSI accoglie con favore queste indicazioni soprattutto per non incitare giovani consumatrici a voler modificare il loro peso.	
Annesso 14	<b>DHA</b> Ad ACSI crede che queste indicazioni possono indurre a credere che il latte di proseguimento sia migliore per il lattante rispetto a proseguire con l'allattamento. ACSI chiede di aggiungere una menzione che l'allattamento naturale è la scelta preferenziale e apporta le stesse sostanze nutritive.	Avvertimento se la dicitura è utilizzata per un latte di proseguimento : <b>L'allattamento materno apporta ugualmente DHA al lattante.</b>

**13 DFI: ordinanza del sulle derrate alimentari di origine vegetale, i funghi e il sale commestibile**

**Osservazioni generali**

**Nessun commento.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**14 DFI: ordinanza sui nuovi tipi di derrate alimentari****Osservazioni generali****Elenco dei prodotti autorizzati, notamente dei prodotti ottenuti con OGM**

I consumatori devono avere una visione d'insieme su tutte le derrate alimentari che sono state autorizzate già in passato, anche se i prodotti sono diventati inevitabili. Questa vale psoprattutto per i microelementi geneticamente modificati (vitamine ecc.). E' essenziale per il consumatore che le derrate alimentari, le sostanze ausiliarie, additivi prodotti grazie all'OGM siano sempre sottoposti all'autorizzazione e chiaramente indicati nell'elenco degli ingredienti come prodotti derivati da OGM.

ACSI chiede la pubblicazione semplice e facilmente accessibile dal grande pubblico di un'elenco esaustivo delle derrate alimentari autorizzate e una chiara identificazione dei prodotti ottenuti mediante OGM.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)

**15 DFI: ordinanza sugli additivi**

**Osservazioni generali**

**Nessuna osservazione.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**16 DFI: ordinanza sull'aggiunta di vitamine, sali minerali e altre sostanze alle derrate alimentari**

**Osservazioni generali**

**Nessuna osservazione.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**17 DFI: ordinanza sugli aromi e gli ingredienti alimentari con proprietà aromatizzanti nelle e sulle derrate alimentari**

**Osservazioni generali**

**Nessuna osservazione.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>



**18 DFI: ordinanza concernente le derrate alimentari geneticamente modificate**

**Osservazioni generali**

**Indicazioni chiare su OGM**

I consumatori vogliono essere informati con chiarezza su ciò che si ritrovano nel piatto. Vogliono sapere se gli alimenti sono ottenuti mediante tecniche di modifica OGM e non desiderano una banalizzazione e tolleranza in questo ambito con un'autorizzazione quasi automatica di tecnologie di modifica genetica finora vietate in Svizzera.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Art. 2	<b>Prodotti OGM</b> Per togliere ogni rischio di inganno del consumatore in questo ambito importante, soprattutto per quanto concerne gli incroci, ACSI chiede di mantenere l'attuale articolo e di completare la definizione nell'articolo 31 al.1 dell'Ordinanza sulle derrate alimentari e oggetti d'uso per essere coerente.	<b>Mantenere l'articolo.</b>  I prodotti OGM sono derrate alimentari, <u>compreso</u> additivi o sostanze ausiliarie tecnologiche che: <ul style="list-style-type: none"> <li>a. sono organismi geneticamente modificate (OGM);</li> <li>b. contengono OGM;</li> <li>c. sono ottenuti a partire da OGM;</li> <li>d. <b>sono ottenuti da un incrocio tra OGM o da un incrocio tra OGM e altri organismi</b></li> </ul>
Art. 4, al. 1	<b>Esame dei dossier</b> I consumatori si attendono che le autorità valutino l'OGM in modo indipendente.	Essi tengono conto delle valutazioni di esperti <b>indipendenti nonché</b> delle valutazioni degli esperti esteri per quanto hanno seguito una procedura di valutazione comparabile a quella fissata nell'ordinanza sulle derrate alimentari e dalla presente ordinanza.
Art. 4, al. 2	I consumatori si attendono da parte dell'UFAM che venga valutato l'effetto sull'ambiente e siano indicate le raccomandazioni per preservare gli ecosistemi.	L'UFAM valuta gli aspetti di un potenziale <b>effetto sull'ambiente</b> . Questa valutazione viene integrata ai rapporti dell'USAV:
Art. 7	<b>Etichettatura</b> ACSI chiede di mantenere più chiarezza negli additivi.	Le derrate alimentari, <b>anche additivi</b> , che sono dei prodotti OGM, devono portare l'indicazione "prodotto a partire da X <sup>4</sup> geneticamente modificati»

**19 DFI: ordinanza sui requisiti igienici per il trattamento delle derrate alimentari**

**Osservazioni generali**

**Nessun commento.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**20 DFI: ordinanza concernente l'igiene nella macellazione**

**Osservazioni generali**

**Nessun commento.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**21 DFI: ordinanza concernente l'igiene nella produzione lattiera**

**Osservazioni generali**

**Nessun commento.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**22 DFI: ordinanza sull'acqua potabile e sull'acqua per piscine e docce accessibili al pubblico**

**Osservazioni generali**

**Nessun commento.**

<b>Articolo</b>	<b>Commento / Osservazioni</b>	<b>Proposta di modifica (testo proposto)</b>

**23 CF: ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Paesi terzi**

**Osservazioni generali**

**Sicurezza di alimenti importati**

ACSI sostiene la richiesta della SKS: nell'importazione di derrate alimentari da paesi terzi, deve essere applicato il principio della massima sicurezza. Eccezioni devono essere concesse con prudenza e motivate. Tali eccezioni non devono trarre in inganno i consumatori o implicare un rischio per la salute.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)

**24 CF: ordinanza concernente l'importazione, il transito e l'esportazione di animali e prodotti animali nel traffico con Stati membri dell'UE, Islanda e Norvegia**

**Osservazioni generali**

Nesun commento.

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Vereinigung der Ei Vermarkter  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VEV  
Adresse, Ort : c/o f&f SA/AG, Sentmatte 1, CH-6247 Schötz  
Kontaktperson : Mario Hodel  
Telefon : +41 41 925 85 74  
E-Mail : [mario.hodel@ffsaag.com](mailto:mario.hodel@ffsaag.com)  
Datum : 22.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37, Abs. 4	Wir begrüßen es, dass mit diesem Verordnungspaket die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass die Tiere, in unserem Bereich „Legehennen“, GVO-frei gefüttert werden.  Das Beibringen einer „lückenlosen Dokumentation“ soll jedoch verhältnismässig ausgestaltet werden/sein.	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 92 Abs. 4	<p>Gemäss LIV ist das Mindesthaltbarkeitsdatum das Datum, bis zu dem ein Lebensmittel bei richtiger Aufbewahrung seine spezifischen Eigenschaften behält.</p> <p>Bei professioneller Aufbewahrung könnten Eier gut zwei bis drei Monate gelagert werden.</p> <p>Die Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft vom 23. November 2005, Stand 01.01.2014, enthielt keine spezifische Anforderung für das Mindesthaltbarkeitsdatum bei Eiern. Üblich war in der Branche bis anhin ein Mindesthaltbarkeitsdatum von 31 Tagen ab Legedatum.</p> <p>Ein grosser Teil der Detailhandelspackungen sind mit der sachdienlichen Information für Konsumentinnen und Konsumenten „Empfehlung: Eier im Kühlschrank aufbewahren“ ausgestattet.</p> <p>Das Beschränken des Mindesthaltbarkeitsdatums auf 28 Tage nach dem Legen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• führt und fördert unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste).</li> <li>• trägt objektiv betrachtet nicht zu einer höheren Lebensmittelsicherheit bei.</li> <li>• und entbehrt nach unserem Kenntnisstand einer wissenschaftlichen Grundlage.</li> </ul> <p>Seit Jahren ist in der Branche die Deklaration eines Mindesthaltbarkeitsdatums von 31 Tage Usanz. Die paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels PAKO befürchtet, dass die Reduktion auf 28 Tage unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste) fördert. Gerne würde sich die Branche mit Ihnen austauschen, wie eine Deklaration gestaltet werden kann, um Lebensmittelverschwendung möglichst zu vermeiden.</p>	<p>Mindesthaltbarkeit auf 31 Tage festlegen resp. die heutigen Fristen beibehalten.</p>


**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 57 Abs. 7	<p>Flüssig-Ei kann, ohne dass eine unmittelbare Gefahr besteht und die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet wird, durchwegs nach z.B. 5 oder 10 Tagen einer Behandlung unterzogen werden, wenn es bei einer Temperatur von <math>\leq 4\text{ °C}</math> gelagert wird.</p> <p>Für die Eiverarbeitungsbetriebe besteht die Notwendigkeit für eine Ausnahme, das Flüssig-Ei innert 48h behandeln zu müssen. Praxis-Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>am Freitag um 09h00 wird für einen Kunden 1000 KG Eigelb getrennt und pasteurisiert.</li> <li>für das aus der Eiweiss-Eigelb-Trennung anfallende Eiweiss besteht am Tag der Trennung keine Verwendung. Es wird bei <math>\leq 4\text{ °C}</math> zwischengelagert.</li> <li>das zwischengelagerte Eiweiss wird am Dienstag der Folgeweche hitzebehandelt und in Verkehr gebracht.</li> <li>um Nachkontaminationen zu vermeiden, werden <b>behandelte</b> Eiprodukte stets direkt nach der Behandlung in die Kunden-spezifischen Gebinde (Container à 300 bis 1000 KG, Pack/Beutel à 1 bis 10 KG) abgefüllt.</li> <li>wegen kurzen Haltbarkeiten bei Flüssig-Eiprodukten bestellen die Kunden sehr kurzfristig, z.B. Tag 1 auf 3.</li> <li>behandelte Eiprodukte werden aus obgenannten Gründen nicht zwischengelagert, sondern stets Kunden-spezifisch hergestellt.</li> </ul> <p><b>Variante 1:</b> Nicht hitzebehandeltes Flüssig-Eiweiss wird u.a. für die Herstellung von Meringues verwendet. Es gilt sicherzustellen, dass diese Hersteller die Verordnung einhalten und erfüllen können.</p> <p><b>Variante 2:</b> die Ausnahme zur Behandlung innert 48h wird eingeschränkt auf die Eiverarbeitungsbetriebe.</p>	<p><b>Variante 1:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>nicht für die unmittelbare Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, und wenn die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol> <p><b>Variante 2:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>im Eiverarbeitungsbetrieb zwischengelagert und vor dem Inverkehrbringen einer Behandlung nach Abs. 4 unterzogen werden, und die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol>
Art. 57 Abs. 9	<p>Einzelhandelsbetrieben ist die Möglichkeit einzuräumen, im Detailhandel (z.B. Abholmärkte) erworbene Eiprodukte einzufrieren, dies analog von Art. 29 Abs. 3, 4bis und 4ter des Entwurfes.</p> <p>Mit der Ergänzung wird der Lebensmittelverschwendung Einhalt geboten.</p>	<p>Eiprodukte, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unmittelbar nach der Behandlung tiefgefroren werden. <b>Einzelhandelsbetriebe sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</b></p>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Eidgenössisches Departement des  
Innern EDI  
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

Bern, 26. August 2019  
SN

## **Verordnungspaket Stretto 3: Stellungnahme zur Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts (Verordnungspaket Stretto 3) Stellung zu nehmen. Gerne senden wir Ihnen nachfolgend unsere Bemerkungen zur geplanten Revision.

### **Grundsätzliche Befürwortung des Abbaus von Handelshemmnissen**

CHOCOSUISSE begrüsst die Bestrebungen des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), die umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht weiter voranzutreiben. Der Abbau von technischen Handelshemmnissen und die Vermeidung der Schaffung neuer Handelshemmnisse sind aus unserer Sicht sehr begrüssenswert. Dabei gilt es gleichzeitig, die durch die Revision bewirkte Belastung für die Hersteller von Lebensmitteln möglichst klein zu halten.

### **Verweis auf die fial-Stellungnahme**

Unsere Stellungnahme steht im Einklang mit der detaillierten Eingabe der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial). Wir verweisen daher auf diese Stellungnahme, die wir unterstützen, soweit sie Punkte betrifft, die auch für Schokolade relevant sind. Wir verzichten in unserer Stellungnahme auf eine detaillierte Wiederholung der fial-Eingaben und beschränken uns auf die für die Schweizer Schokoladeindustrie besonders relevanten Punkte.

### **Kennzeichnungspflicht der Herkunft von Zutaten**

CHOCOSUISSE hat bereits im Rahmen der Anhörung zum Verordnungspaket "Largo" auf die überschießende Regulierung bei der Deklaration der Rohstoffherkunft hingewiesen. Mit diesen vom EU-Recht abweichenden Bestimmungen wurden neue Handelshemmnisse geschaffen. Nun steht in der EU die Inkraftsetzung einer Durchführungsverordnung zur Deklaration der Herkunft von Zutaten an, welche die Situation für Schweizer Hersteller weiter zu verschlechtern droht.

Die Verwendung einer Herkunftsangabe löst ab 1. April 2020 in der EU die Kennzeichnungspflicht für Zutaten nach Art. 26 Abs. 3 LMIV aus, wenn die Herkunft einer sog. primären Zutat (d.h. einer Zutat, die mehr als 50% vom Gesamtprodukt ausmacht oder die üblicherweise mit der Bezeichnung des Lebensmittels assoziiert wird) nicht mit der Herkunft des Gesamtprodukts übereinstimmt.

Gemäss Schweizer Recht (Art. 16 LIV) ist eine solche Kennzeichnungspflicht hingegen nicht obligatorisch, wenn die Aufmachung des Produkts nicht darauf schliessen lässt, dass die Zutat eine Herkunft hat, die nicht zutrifft. In diesem Sinn sind auch exotische Zutaten, wie z.B. Kakao, ausgenommen. Damit ist die Hürde der Kennzeichnungspflicht im europäischen Recht zwar tiefer angesetzt als im Schweizer Recht. Wird die Pflicht aber ausgelöst, sind die Anforderungen an deren Einhaltung im europäischen Recht weniger restriktiv als im Schweizer Recht. So sind gemäss LMIV für die Herkunft der betreffenden Zutaten auch Negativangaben oder die Angabe von länderübergreifenden Regionen möglich, was im Schweizer Recht gemäss LIV nicht zulässig ist.

Um für den Heim- und den Exportmarkt nicht zwei verschiedene Verpackungen für "Swissness"-Lebensmittel verwenden zu müssen, sollten Angaben gemäss Art. 26 Abs. 3 LMIV auch auf Verpackungen angebracht werden können, die im Schweizer Markt vertrieben werden. Gemäss Art. 39 Abs. 2 LIV müssen freiwillige Angaben über Lebensmittel nach Art. 3 LIV (wozu laut Buchstabe b auch die Herkunft mengenmässig wichtiger Zutaten zählt) jedoch die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Die Erläuterungen zur LIV relativieren den Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 LIV zwar mit der Ergänzung, dass die entsprechenden Anforderungen "grundsätzlich" eingehalten werden müssen. Dabei wird auf die Täuschungsgefahr verwiesen; was dies mit Blick auf Sachverhalte wie die oben Beschriebenen heisst, bleibt aber offen.

Aus diesen Gründen unterstützen wir den Antrag der fial zur Schaffung eines neuen Artikels 16 Absatz 3bis der Lebensmittelinformationsverordnung:

*Liegt kein Anwendungsfall von Absatz 1 oder Absatz 3 vor, können bei der freiwilligen Angabe der Herkunft einer Zutat ein Land, ein übergeordneter geografischer Raum oder der Hinweis, dass die Zutat eine andere Herkunft hat als das Lebensmittel (z.B. «Herkunft: Nicht EU/EWR» oder «Herkunft: Nicht Schweiz») aufgeführt werden.*

*Eventualantrag: Präzisierung in den Materialien, dass eine freiwillige Zutaten-Herkunftsangabe unter dem Vorbehalt des Täuschungsverbots die in Art. 16 LIV vorgeschriebenen Vorgaben an eine obligatorische Angabe nicht einhalten muss, womit sichergestellt wird, dass die Deklaration eines Lebensmittels gleichzeitig die Vorgaben des Schweizer Rechts und diejenigen der LMIV erfüllen kann.*

Der vorliegende Vorschlag ändert nichts daran, dass das Schweizer Recht im Anwendungsfall von Art. 16 Abs. 1 – 3 LIV deutlich restriktivere Vorgaben an die Angabe der Herkunft der Zutaten macht als das europäische Recht im Anwendungsfall von Art. 26 Abs. 3 LMIV resp. die Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 vom 28. Mai 2018 in der EU. Immerhin stellt der Zusatz für freiwillige Deklarationen sicher, dass dieselbe Verpackungsdeklaration gleichzeitig für die Schweiz und den EU-Raum möglich bleibt. Damit bleibt der EU-Marktzugang für Schweizer Hersteller zwar nach wie vor eingeschränkt, jedoch in geringerem Ausmass, als ohne diesen zusätzlichen Absatz.

"Stretto 3" will mittels Harmonisierung Handelshemmnisse verhindern. Würde Art. 39 Abs. 2 LIV ausnahmslos auf die oben erwähnten Fälle angewendet, würde dies zu neuen Handelshemmnissen führen. Dieses Hemmnis ist mit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 am 28. Mai 2018 akut geworden. Gleichzeitig würde ein weiteres Hemmnis zur Verwendung der Herkunftsbezeichnung Schweiz geschaffen. Davon wäre die Schweizer Schokoladeindustrie besonders betroffen, da die Schweizer Herkunftsbezeichnung im hart umkämpften internationalen Markt als wichtiges Unterscheidungsmerkmal gilt und deshalb auf den meisten Schweizer Schokoladeprodukten verwendet wird.

### **Einführung von neuen Höchstwerten für Cadmium in Schokolade und Kakaopulver**

CHOCOSUISSE begrüsst die Tatsache, dass das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) bei der Festlegung der neuen Höchstwerte für Cadmium in Schokolade und Kakaopulver sowohl EU-Recht nachvollzogen, als auch die vom Codex Alimentarius empfohlenen Höchstwerte berücksichtigt hat. Die EU-Werte wurden bereits im Mai 2014 festgelegt, der Codex Alimentarius stützt demgegenüber auf aktuelle Daten ab und ist deshalb zu bevorzugen. CHOCOSUISSE weist in diesem Zusammenhang zudem auf die noch laufende Diskussion innerhalb des Codex Alimentarius betreffend die Festlegung von Cadmium-Höchstwerten für Schokolade mit < 30 % Gesamtkakaotrockenmasse hin. Sobald für diese Kategorie eine Einigung zustande kommt, ist auch hier eine entsprechende Anpassung der nun festzulegenden Höchstwerte angezeigt.

Die Festlegung von Cadmium-Höchstwerten darf nicht isoliert als Massnahme des Gesundheitsschutzes betrachtet werden. Vermeintlich gut gemeinte, tiefe Höchstwerte bringen keinen Mehrwert mit Blick auf den Gesundheitsschutz, sondern gefährden vor allem den Marktzugang der Kakaoproduzentenländer und bedrohen damit die Existenz von zahlreichen Kakaobäuerinnen und Kakaobauern. Insbesondere gewisse lateinamerikanische Länder, wo der Kakao auf vulkanischen Böden wächst, die natürlicherweise stärker mit Cadmium belastet sind, sind hier betroffen. Unverhältnismässig tief angesetzte Höchstwerte würden damit auch langjährige Nachhaltigkeitsbestrebungen der Eidgenossenschaft und zahlreicher Akteure der Schweizer Schokoladeindustrie schwächen.

### **Verlängerung der Übergangsfrist auf mindestens 4 Jahre**

Aufgrund der neuen Bestimmungen werden teilweise Anpassungen der Verpackungen oder sogar der Rezepturen erforderlich sein. Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für solche umfangreichen Änderungen zu kurz. Die anlässlich der letzten Revision "Largo" durch das Büro Bass durchgeführte Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) hat ergeben, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren deutlich abnehmen. Gleich wie die fial fordert daher auch CHOCOSUISSE für das vorliegende Änderungspaket "Stretto 3" generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren, sofern es sich nicht um gesundheitsrelevanten Anpassungen handelt.

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und bitten Sie, unsere Anträge zu berücksichtigen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**CHOCOSUISSE**

Urs Furrer  
Direktor

Sevan Nalbandian  
Vizedirektor



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GST  
Adresse, Ort : Brückfeldstrasse 18, 3012 Bern  
Kontaktperson : Gaëtan Hasdemir  
Telefon : 031 307 35 35  
E-Mail : [gaetan.hasdemir@gstsvs.ch](mailto:gaetan.hasdemir@gstsvs.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	12
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
	Allgemeine Bemerkungen
	Keine



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37	<p>Dass in Zukunft Lebensmittel tierischer Herkunft auch dann mit dem Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» versehen werden können, wenn während der Produktion Futtermittelzusatzstoffe verwendet wurden, lehnt die GST entschieden ab. Aus wettbewerbsmässiger Sicht müssen sich Schweizer Produkte gerade dadurch von ausländischen bzw. importierten Produkten abheben, dass bei deren Herstellung über die gesamte Produktionskette hinweg vollumfänglich auf die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen verzichtet wurde. Dasselbe soll weiterhin für Futtermittelzusatzstoffe gelten, die durch GVO gewonnen/bearbeitet wurden. Die Wettbewerbsnachteile gegenüber unseren Nachbarnsländern können etwa dadurch ausgeglichen werden, dass die betreffenden Produkte entsprechend gekennzeichnet werden, z.B. mit dem Hinweis «ohne jegliche GVO-Futtermittelzusatzstoffe hergestellt». Darüber hinaus handelt es sich nicht um einen EU-flächendeckenden Wettbewerbsnachteil, da diesbezüglich (noch) kein Gemeinschaftsrecht besteht.</p>	Streichung Art. 37 Abs. 5 lit. b Ziff. 2

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die GST begrüsst grundsätzlich die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtung. Es ist aber wichtig, dass sowohl bei der Hof- wie auch der Weideschlachtung die Würde und Gesundheit des Tieres gewahrt wird. Tierschutzrechtliche Aspekte müssen daher zwingend berücksichtigt werden. Weiter begrüsst die GST die Möglichkeit der bewilligten Hof- und Weideschlachtung nur unter dem Vorbehalt, dass die hohen Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit und –hygiene eingehalten werden können. Diesbezüglich gibt die GST zu bedenken, dass nach jeder Schlachtung die Auswanderung von Darmkeimen und –bakterien in das Muskelfleisch verhindert werden muss und hierfür die Schlachttiere möglichst rasch nach der Betäubung und Entblutung in einer geeigneten Einrichtung fachmännisch ausgeweidet werden müssen. Daher ist es unerlässlich, dass die Schlachttiere auch im Rahmen der Hof- und Weideschlachtung innerhalb der bereits heute geltenden Frist von 45min seit Betäubung ausgenommen und verarbeitet werden. Bei einer Hof- oder Weideschlachtung kann eine solche zeitnahe Verarbeitung je nach Entfernung zur nächstgelegenen Schlachteinrichtung aufgrund der transportbedingten Zeitverzögerung im Einzelfall nicht immer gewährleistet werden. Dieser Aspekt (Nähe des Hofes zum nächstgelegenen Schlachtlokal) ist im konkreten Einzelfall bei der Bewilligungserteilung nach Ansicht der GST als «Bewilligungsvoraussetzung» zwingend zu berücksichtigen.

Schliesslich weist die GST darauf hin, dass die Bewilligung von Hof- und Weideschlachtung bei den Kantonen mit einem bestimmten Vollzugsaufwand verbunden sein wird (Bewilligungs- und Kontrollaufgaben). Die Hof- und Weideschlachtung könnte daher finanz- und ressourcenschwache Kantone noch zusätzlich belasten. Die GST würde es somit begrüssen, wenn ein Konzept zur Unterstützung dieser Kantone bei der Bewältigung ihrer Vollzugsaufgaben im Zusammenhang mit der Hof- und Weideschlachtung erarbeitet würde.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Art. 3 Bst. q und r</b>	Die Definitionen der Hof- und Weideschlachtungen müssen präzisiert werden, so dass aus ihnen klar hervorgeht, dass die nach der Betäubung notwendigen Schlachtschritte nur in einer bewilligten Schlachthanlage vorgenommen werden dürfen. Der Begriff der «Schlachtung» sollte daher ersetzt werden durch jenen der «Betäubung». Nur so ist klar, dass nur der Prozess der Betäubung auf der Weide bzw. auf dem Hof stattfinden darf.	<p><i>Hofbetäubung:</i> Schritt im Schlachtprozess, bei welchem das Tier im Herkunftsbetrieb betäubt und entblutet wird, die weiteren Schlachtschritte anschliessend in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p> <p><i>Weidebetäubung:</i> Schritt im Schlachtprozess, bei welchem das Tier auf einer Weide im Herkunftsbetrieb betäubt und entblutet wird, die weiteren Schlachtschritte anschliessend in einer bewilligten Schlachthanlage stattfinden.</p>

<p><b>Art. 9 Abs. 2 Bst. a</b></p>	<p>Die Formulierung ist missverständlich. Eine Schlachtung ausserhalb eines bewilligten Schlachtbetriebes soll sowohl für kranke wie auch für verunfallte Tiere möglich sein. In der aktuellen Fassung könnte das «und» absurderweise suggerieren, dass das Tier krank «und» verunfallt sein muss, damit es ausserhalb eines bewilligten Schlachtbetriebes geschlachtet werden kann. Der Wortlaut muss daher nach Ansicht der GST in Übereinstimmung mit Art. 28 Abs. 2 krank «oder» verunfallt lauten.</p>	<p><sup>2</sup> Ausserhalb von bewilligten Schlachtbetrieben sind zulässig:</p> <p>a. Schlachtungen von krankem <del>und</del> <b>oder</b> verunfalltem Schlachtvieh, wenn der Transport dem lebenden Tier nicht zumutbar ist;</p>
<p><b>Art. 9 Abs. 2 Bst. c</b></p>	<p>Grundsätzlich begrüsst die GST die bewilligte Hof- und Weideschlachtung. Es ist aber unabdingbar, dass sämtliche Aspekte des Tierschutzes und der Lebensmittelsicherheit berücksichtigt werden. Insbesondere gilt es die Schlacht tieruntersuchung auch im Rahmen der Hof- und Weideschlachtung entsprechend zu gewährleisten. Deshalb ist es nach Ansicht der GST auch erforderlich, dass insbesondere für die Weideschlachtung eine technische Beurteilung und Weisung erfolgt. Es braucht für die Weideschlachtung bezüglich der beim Kugelschuss verwendeten Apparatur (Art der Schusswaffe, Kaliber, Munitionsart) und des Abschusses (Schusstechnik, Schussdistanz, Wundballistik im Ziel, Verhalten bei Fehlschuss etc.) klare gesetzliche Rahmenbedingungen und technische Weisungen. Nur so kann ein tierschutzgerechter Kugelschuss gewährleistet werden. Dies bedingt, dass vor der Infraktsetzung der revidierten VSFK eine ballistische und technische Beurteilung erfolgt, wobei allenfalls Untersuchungen, Erkenntnisse und technische Spezifikationen aus der Grosswildjagd herangezogen werden können. Die GST begrüsst zudem, dass bei der Weideschlachtung nur entsprechend ausgebildete Jägerinnen und Jäger den Kugelschuss durchführen können und eine amtliche Tierärztin oder ein amtlicher Tierarzt anwesend sein muss.</p> <p>Schliesslich stellt sich noch die Frage, ob eine Weideschlachtung zwingend per Kugelschuss erfolgen muss, oder aus tierschutzrechtlichen Aspekten zwecks Betäubung nicht ein Bolzenschuss gar geeigneter wäre.</p>	

<p><b>Art. 9a Abs. 1</b></p>	<p>Eine Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ist nach Ansicht der GST nur dann nachvollziehbar, wenn sich diese auf wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse stützen lässt. Dass bei Schweinen und kleinen Wiederkäuern die Herde bei einem Abschuss von einzelnen Tieren - im Gegensatz zu Tieren der Rindergattung - einem erhöhten Stresspegel ausgesetzt werden, ist nach Ansicht der GST wissenschaftlich nicht belegt. Zumindest lässt das BLV offen, auf welche wissenschaftlichen Daten sich seine Erläuterungen dazu stützen lassen. Dies dürfte in der Praxis allerdings nicht relevant sein, da Schweine und Kleinwiederkäuer kaum auf der Weide betäubt werden.</p> <p>Aus Apsekten des Tierschutzes muss aber Folgendes berücksichtigt werden: Aufgrund der starken Aktivität des Jungtieres in der Nähe des Muttertieres bzw. des Kälberverbandes und aufgrund dessen geringeren Grösse ist der Distanzschuss bei Jungtieren mit einem erhöhten Risiko für Fehlschüsse verbunden. Aus Sicht des Tierschutzes sind Jungtiere unter vier Monaten von der Weideschlachtung auszunehmen, auf jeden Fall aber nicht durch einen Distanz-, sondern allenfalls mit einem aufgesetzten Schuss zu töten.</p> <p>Die bestehende Gesetzesvorlage reiht zudem Gehegewild in Art. 9 Abs. 3 ein. Systematisch korrekt wäre aber eine Einordnung von Zuchtschalenwild und Bisons in Art. 9a. Dies sollte entsprechend angepasst werden.</p>	<p><sup>1</sup> [...] die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung, für Bisons und Zuchtschalenwild, ausgenommen Tiere unter 4 Monaten.</p>
------------------------------	---	---

<p><b>Art. 9a Abs. 2 lit. a</b></p>	<p>In Schlachtbetrieben muss das für die Betäubung und das Ausbluten zuständige Personal über eine fachspezifische, berufsunabhängige Ausbildung nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen. Diese Anforderungen sind auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt. Die GST lehnt daher die tieferen Anforderungen an die Fachkundigkeit der zuständigen Person bei der Hofschlachtung im aktuellen Verordnungsentwurf ab (vgl. Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV).</p> <p>Im Übrigen erachtet die GST die Auflagen nach Art. 9a Abs. 2 als ungenügend bzw. nicht konkret genug. Es müssen mindestens auf Verordnungsstufe klare Auflagen zu den Tierschutzanforderungen sowohl für die <b>Betäubung wie auch Entblutung</b> aufformuliert werden. Auch müssen die Anforderungen an die Lebensmittelhygiene und an die diesbezüglich zu treffenden Massnahmen in der Form von klaren Bewilligungsvoraussetzungen ausformuliert werden (z. B. Massnahmen zur Überprüfung des Betäubungserfolgs, Todeseintritts und der Entblutung, Rapportierung, Begleitdokumente für Transport und weitere Schlachtschritte etc.). Die GST verweist diesbezüglich auf die Stellungnahme des VSKT.</p>	<p>Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <b>und entblutet</b> werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. <b>Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</b></p>
<p><b>Art. 28 Abs. 1</b></p>	<p>Erfahrungen aus Schlacht tieruntersuchungen haben gezeigt, dass viele tierschutzrelevante Aspekte der Schlachtung - von der Untersuchung über den Transport bis hin zur Schlachtung - durch die Schlacht tieruntersuchungen verbessert werden konnten. Die GST begrüsst daher, dass Schlacht tieruntersuchungen im Herkunftsbestand auch für Wiederkäuer bzw. für sämtliches Schlachtvieh durchgeführt werden können. Die Schlacht tieruntersuchung ist für eine tiergerechte Schlachtung und für die Gewährleistung des Tierschutzes unabdingbar.</p>	

<b>Art. 28 Abs. 2</b>	<p>Die GST begrüsst, dass bei der Schlachtung von krankem oder verunfalltem Schlachtvieh anstelle einer amtlichen Tierärztin oder eines amtlichen Tierarztes auch die Bestandestierärztin oder der Bestandestierarzt die Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand durchführen kann. Damit findet die schweizweit gängige Praxis nun Einzug in das Gesetz. In solchen dringenden Fällen und insbesondere in abgelegenen Regionen muss schnell gehandelt werden können. Daher ist es aus Effizienzgründen sinnvoll, wenn die Schlacht tieruntersuchung zeitnah durch die Bestandestierärztin oder den Bestandestierarzt durchgeführt werden kann.</p> <p>Sofern für die Bestandestierärztin eine Pflicht zur Bescheinigung der Schlachttauglichkeit und Transportfähigkeit bestehen soll, wünscht sich die GST eine klare Ausformulierung einer solchen Pflicht auf Bundesebene. Bestand, Umfang und Inhalt einer Bescheinigungspflicht sowie Ausstellungsberechtigung müssen klar ausformuliert sein.</p>	
<b>Art. 44 Abs. 2</b>	<p>Bereits heute entspricht es der Realität, dass in kleineren Betrieben nicht während der gesamten Schlachtung eine amtliche Tierärztin oder ein amtlicher Tierarzt anwesend ist. Auch wenn in Betrieben mit geringer Kapazität die Anwesenheit einer amtlichen Tierärztin oder eines amtlichen Tierarztes nicht zwingend erforderlich ist, muss nach Ansicht der GST auch in solchen Betrieben eine sporadische Kontrolle des Schlachtablaufs erfolgen.</p>	
<b>Art. 52 Abs. 3 Bst. b</b>	<p>Nach Ansicht der GST sollten nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte auch bei Hofschlachtungen die Schlacht tieruntersuchung durchführen dürfen. Für eine diesbezügliche Unterscheidung zwischen Hof- und Weideschlachtung gibt es keine sachlichen Gründe.</p>	<p><sup>3</sup> Der Kanton kann zusätzlich:  <sup>b</sup> nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte einsetzen für die folgenden Aufgaben, sofern sie für die Erfüllung der Aufgabe ausreichend qualifiziert sind  <b>3 für die Schlacht tieruntersuchung bei Hofschlachtungen (bzw. Hofbetäubungen)</b></p>



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9 EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15        EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Verband Schweizer Gemüseproduzenten  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VSGP  
Adresse, Ort : Belpstrasse 26, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Matija Nuic  
Telefon : 031 385 36 20  
E-Mail : [matija.nuic@gemuese.ch](mailto:matija.nuic@gemuese.ch)  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Der Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP) ist die Berufsorganisation der professionellen Gemüsegärtnerinnen und Gemüsegärtner, zählt über 2000 Mitglieder und vertritt deren Interessen unabhängig von ihrer Produktionsweise. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Projekt "Stretto 3" Stellung nehmen zu können.

Der VSGP begrüsst die für den Gemüsebau relevanten Änderungen mehrheitlich. Spezifische Rückmeldungen entnehmen Sie bitte der detaillierten Stellungnahme auf den folgenden Seiten.

Allgemein erachten wir den Verweis auf EU-Recht als unbefriedigend. Im Wissen, dass es sich hierbei um eine juristisch weitreichende Fragestellung handelt, möchten wir doch die Gelegenheit nutzen, die Thematik aus praktischer Perspektive zu beleuchten. Während die «Systematische Sammlung des Bundesrechts» anwenderfreundlich und übersichtlich gestaltet ist, stellt die Dokumentation des relativ häufig geänderten EU-Rechts in EURLEX für Anwenderinnen und Anwender doch eine gewisse Herausforderung dar. Da es sich bei den Verweisen auf EU-Recht vornehmlich um statische Verweise handelt, wäre eine Übernahme der relevanten Texte in die Verordnungen, bzw. deren Anhänge wünschenswert.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Hannes Germann  
Präsident

Matija Nuic  
Direktor

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 allgemein	Der VSGP lehnt den Verweis auf EU-Verordnungen ab, da sie einerseits nicht anwenderfreundlich sind, und im Falle einer Revision in der EU Anlass für Unsicherheiten darstellen.	Übernahme der Volltexte.
Art. 37 Abs. 4 und 5	Der VSGP begrüsst die Anpassung der Deklarationsmöglichkeiten ausdrücklich und fordert eine entsprechende Anwendung auf pflanzliche Produkte.	Art. 37, Abs. 5 b. Futtermittelzusätze und Hilfsstoffe im Pflanzenbau, die
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Der VSGP versteht grundsätzlich die Motive für die Anpassung. Wir erachten die Regelung aber als nicht notwendig und in der Praxis schwer anwendbar.	Bst. d streichen.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Der VSGP hat keine spezifischen Anmerkungen zur Vollzugsverordnung.

Wir erachten es aber als zwingend, dass Betriebe, auf welchen Kontrollen durchgeführt und Proben entnommen wurden, sämtliche Resultate lückenlos zugänglich gemacht werden. Nur so können die betrieblichen Abläufe verbessert werden.

Insgesamt ist es wünschenswert, dass der Vollzug in allen Kantonen gleichermassen gehandhabt wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10-17 und Anhang 1	Der VSGP begrüsst ausdrücklich, dass die Kontrollen in der Primärproduktion zwischen den Ämtern koordiniert werden. Wünschenswert wäre hier auch eine Koordination mit den Kontrollen der privatrechtlichen Label und Marken.	
4. VPrP Art. 11, Abs 3	Die Gemüsebranche verfügt mit SwissGAP bereits über einen etablierten Branchenstandard, welche auch die Bereiche Hygiene und Lebensmittelsicherheit umfasst. Dieser orientiert sich an internationalen Standards und sind für die meisten Produzenten verbindlich. Es ist nicht ersichtlich, wieso eine Branche, welche bereits über weitentwickelte Standards verfügt, nationale Leitlinien erarbeiten und diese von den Behörden prüfen lassen soll. Die Produktion ist dadurch nur mit zusätzlichen – im schlimmsten Fall abweichenden – Normen konfrontiert.	VPrP Art. 11 Abs. 6 (neu) Die Bestimmungen des 3. – 5. Abschnitts gelten nicht, wenn die Branche bereits über etablierte Leitlinien oder Standards für eine gute Hygienepraxis verfügt.

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Der VSGP begrüsst, dass die definierten Höchstwerte künftig nicht mehr im Anhang 3 publiziert werden. Durch die Publikation im Internet kann flexibler auf neue Erkenntnisse reagiert werden. Für die Produktion ist es aber entscheidend, dass sie rechtzeitig über Anpassungen informiert wird. Insbesondere bei der Reduktion von Grenzwerten, muss die Produktion genügend Zeit haben, die neuen Vorgaben umzusetzen (keine Senkungen während der Saison/Anbauzeit). Ebenso ist in diesem Fall sicherzustellen, dass die Entsprechenden Vorgaben zur PSM-Anwendung angepasst werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 1	Die einheimische Produktion ist vermehrt mit Bewilligungsrückzügen und fehlenden Neubewilligungen von Pflanzenschutzmitteln konfrontiert. Die Produktion wird dadurch erschwert, gegenüber importierten Produkten besteht ein weiterer Wettbewerbsnachteil. Um dem entgegenzuwirken und dem Wunsch der Schweizer Bevölkerung nach dem Verzicht von besonders risikoreichen Mitteln nachzukommen, fordert der VSGP eine Anpassung der Formulierung.	Art. 7 Abs. 1 1. Das BLV kann auf Begehren Einfuhrtoleranzen für Rückstände von in der Schweiz nicht vorgesehenen Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln oder Biozidprodukten festlegen, sofern die betroffenen pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse nicht auch in der Schweiz produziert werden.

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Der VSGP nimmt keine Stellung.</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Der VSGP nimmt keine Stellung.</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen****Der VSGP nimmt keine Stellung.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Der VSGP hat keine Anmerkungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	Der VSGP begrüsst die Präzisierungen.	
Art. 15	Der VSGP weist erneut darauf hin, dass die Regelung nach Art. 15 LIV nicht mit den Bestimmungen der Verordnung über die Verwendung von schweizerischen Herkunftsangaben für Lebensmittel (HasLV) einhergeht. Es ist weiterhin möglich, ein in der entsprechenden Frei- oder Grenzzone geerntetes Produkt mit einem Schweizerkreuz zu versehen, während als Herkunftsland nicht die Schweiz angegeben werden darf. Im Rahmen der letzten Revision wurde die Bestimmung zum Produktionsland dahingehend gelockert, dass nicht länger ein Land, sondern auch ein übergeordneter geografischer Raum als Produktionsort angegeben werden kann. In der Annahme, dass diese Änderung konform mit den Kundenerwartungen war, fordert der VSGP erneut, dass die LIV endlich im Sinne der Harmonisierung mit den Swissness-Bestimmungen angepasst wird.	Art. 15 Abs. 4bis (neu): Für die Angaben zum Produktionsland Schweiz gelten die Bestimmungen gemäss Art. 2 der Verordnung über die Verwendung von Schweizerischen Herkunftsangaben für Lebensmittel.

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen****Der VSGP hat keine Anmerkungen.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen****Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 3	Wir befürworten neben der bestehenden Zulassung von E300 (Ascorbinsäure) eine zusätzliche Zulassung von E501 (Kaliumcarbonat) als Stabilisator und Säureregulator für geschältes, zerkleinertes und/oder geschnittenes verzehrfertiges Obst und Gemüse, sowie für geschälte, ansonsten jedoch nicht weiter verarbeitete Kartoffeln ausdrücklich.	

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP hat keine Anmerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Der VSGP hat keine spezifischen Anmerkungen. Im Zusammenhang mit Art. 66 Abs. 4 verweisen wir auf die Stellungnahme unter 4. Verordnung über den nationalen Kontrollplan zu den Änderungen der VPrP.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen****Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	Die Gemüseproduktion bemüht sich, durch den Einsatz perchloratarmer Dünger, die Einträge in den Boden zu verhindern. Einen tiefen Höchstwert für Perchlorat im Wasser begrüßen wir ausdrücklich. Dadurch kann ausgeschlossen werden, dass Perchlorat durch die Bewässerung eingetragen wird.	

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Der VSGP nimmt keine Stellung.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Association des groupements et organisations romands de l'agriculture
Sigle entreprise / organisation / service	: AGORA
Adresse, lieu	: Avenue des Jordils 5, CP 1080, 1001 Lausanne
Interlocuteur	: Laurent Tornay (Président) / Loïc Bardet (Directeur)
N° de téléphone	: 021/614.04.77
E-mail	: l.bardet@agora-romandie.ch
Date	: Lausanne, le 26 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels.....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	6
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	7
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	8
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	9
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	10
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	12
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	13
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	14
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	15
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	16
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	17
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	18
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	19
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	20
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	21
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	22
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	23
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	24
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	25
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	26
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	27

<b>1</b>	<b>Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019</b>
Remarques générales	
<i>Se référer aux remarques spécifiques concernant chaque ordonnance.</i>	



## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

AGORA salue le fait que certains produits suisses ne soient plus préférentiels vis-à-vis de produits identiques importés en matière d'étiquetage. Nous soutenons le fait qu'il leur soit à l'avenir également possible de porter la mention « produit sans recours au génie génétique ».

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 39, al. 2, let. a	Si nous soutenons l'intégration des ratites dans cet article, nous nous opposons au remplacement « denrée alimentaire contenant de la viande » par le mot « viande » qui est beaucoup plus restrictif.	la provenance de l'animal pourvoyeur de la denrée alimentaire s'il s'agit <del>de la</del> <b>d'une denrée alimentaire contenant de la</b> viande d'ongulés domestiqués, de volaille domestique, de ratites ou de poisson ;

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière.*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

Afin d'œuvrer à la simplification administrative souhaitée par la branche, il est indispensable que ce plan de contrôle national réponde pleinement aux exigences de la coordination des contrôle pour la production primaire.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 11, al. 1, let. a	Afin d'être reconnu par tous et d'obtenir la crédibilité nécessaire, il est indispensable que l'exploitant soit informé et présent.	<del>qui ne requièrent pas la présence de l'exploitant;</del>
Art. 15	Les données relevées et saisies suite aux contrôles doivent rester propriétés de l'exploitant et donc n'osent être transmises à des tiers sans son accord.	

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

AGORA salue la mise en place d'une réglementation en matière d'abattage à la ferme et/ou au pré.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 9a, al. 1	Nous refusons que l'abattage au pré soit réservé aux bovins. Ceci doit être laissé à la responsabilité de l'exploitant et de la personne contrôlant l'abattage.	Il est permis d'abattre le bétail de boucherie à la ferme, <del>les animaux de l'espèce bovine</del> <b>et/ou</b> au pré.
Art. 9a, al. 2, let. a	La proposition de texte signifie des règles plus strictes en matière de personnel agréé pour les abattages à la ferme que lors des abattages à l'abattoir. Nous demandons que les prescriptions soient les mêmes pour tous.	lors de l'abattage à la ferme, les animaux sont fixés dans une installation appropriée et étourdis par une personne compétente au sens de l'art. 177, al. <b>2 ou 3</b> <del>4</del> <sup>bis</sup> , de l'ordonnance du 23 avril 2008 sur la protection des animaux ; lors de l'abattage au pré, les animaux sont tirés par un chasseur dans des conditions de sécurité.
Art. 61, al. 2	De nombreux abattoirs commencent à travailler avant 6h le matin. Il n'est pas normal que ceci entraîne des coûts supplémentaires de la part des cantons.	<del>Ils peuvent fixer des émoluments plus élevés pour des activités effectuées en dehors des heures de travail du lundi au vendredi entre 6 h 00 et 20 h 00. Ces émoluments ne doivent pas dépasser le double des émoluments maximaux visés à l'art. 60, al. 2, et al. 4 à 6.</del>

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

<b>7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque particulière</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

## 8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale

### Remarques générales

AGORA s'oppose aux assouplissements proposés en matière de fondue prête à l'emploi. Comme il s'agit d'une spécialité très helvétique, nous ne voyons pas la nécessité de suivre les standards étrangers. Nous nous opposons également aux assouplissements en matière de fromages fondus. Toutes ces modifications facilitent l'ajout d'autres ingrédients dans des produits transformés et diminuent les possibilités d'écoulement de fromages suisses.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 32, al. 1	Si nous saluons le fait de définir le lait de manière plus explicite que dans le texte actuel, nous considérons que le terme « normal » est inutile et amène de la confusion.	Le <i>lait</i> est le produit de la sécrétion mammaire <del>normale</del> d'un ou plusieurs animaux classés parmi les mammifères selon l'art. 2, let. a, et il est obtenu par une ou plusieurs traites.
Art. 59, al. 2	Voir remarques générales	<del>Abrogé</del> La fondue prête à l'emploi ne doit pas contenir plus de 30 g d'amidon par kilogramme.
Art. 60	Voir remarques générales	<del>Abrogé</del> Les fondues prêtes à l'emploi sont classées selon la teneur MG/ES: a. catégorie crème au moins 500 g/kg; b. catégorie grasse 400 à 499 g/kg; c. catégorie demi-grasse 200 à 399 g/kg.
Art. 61	Voir remarques générales	Le <i>fromage fondu</i> et le <i>fromage fondu à tartiner</i> sont des produits du fromage <del>et éventuellement d'autres ingrédients</del> , obtenus par fonte et émulsification, sous l'action de la chaleur et, en règle générale, de sels de fonte.
Art. 62, al. 1	Voir remarques générales	L'extrait sec (ES) du produit fini doit provenir à raison d'au moins <del>750</del> 500 g/kg de l'extrait sec du fromage.
Art. 62, al. 4	Voir remarques générales	<del>Abrogé</del> L'extrait sec doit être: a. pour la fonte de fromage à pâte extra-dure ou à pâte dure: égal ou supérieur à 500 g/kg; b. pour la fonte de fromage à pâte mi-dure: égal ou supérieur à 450 g/kg; c. pour la fonte de fromage à pâte molle: égal ou supérieur à 350 g/kg;

Art. 62, al. 5	Voir remarques générales	<p><del>Abrogé</del> L'extrait sec doit être:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. si la dénomination spécifique comprend une dénomination protégée selon l'ordonnance du 28 mai 1997 sur les AOP et les IGP ou selon un traité international contraignant pour la Suisse, seul le fromage en question peut être utilisé pour la fonte;</li> <li>b. si la dénomination spécifique comprend une indication de provenance selon la loi du 28 août 1992 sur la protection des marques, le mélange utilisé pour la fonte doit contenir au moins 750 g/kg de la variété citée. Le reste du fromage doit être comparable à la variété citée;</li> <li>c. pour toute autre dénomination de fromage, le mélange utilisé pour la fonte doit contenir plus de 500 g/kg du fromage en question.</li> </ul>
Art. 63, al. 2	Voir remarques générales	<p><del>Abrogé</del> L'extrait sec du produit fini doit provenir à raison d'au moins 500 g/kg de l'extrait sec du fromage.</p>
Art. 63, al. 2	Voir remarques générales	<p><del>Abrogé</del> Suivant la teneur MG/ES, le produit fini doit avoir la teneur en extrait sec suivante:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. pour une teneur MG/ES égale ou supérieure à 450 g/kg: au moins 400 g/kg;</li> <li>b. pour une teneur MG/ES inférieure à 450 g/kg: au moins 200 g/kg.</li> </ul>



<b>9 DFI : ordonnance sur les boissons</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque particulière</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

<b>10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque particulière</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

<b>11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque particulière</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires

### Remarques générales

AGORA salue le fait que l'indication « Issu d'un mode d'élevage non admis en Suisse » soit dorénavant mieux visible. Toutefois, nous souhaitons qu'un tel principe ne concerne pas uniquement l'élevage mais soit étendu aux différentes méthodes de production agricoles interdites en Suisse, par exemple l'utilisation de glyphosate pour terminer la maturité des céréales. Enfin, nous demandons que l'obligation de déclarer la provenance de la viande et des œufs soit généralisée et non pas limitée lorsque la part de viande ou d'œufs dans les produits transformés est supérieure à 20%.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
<b>Art. 3, al. 1, let. r</b> (nouveau)	Le consommateur doit également être informé lorsque des produits d'origine végétale sont issus de méthodes de production interdites en Suisse. Un bon exemple de ceci est la dessiccation des céréales à l'aide de glyphosate pratiquée dans de nombreux pays alors qu'elle est interdite en Suisse.	<b>la mention requise dans le cas des denrées alimentaires issues de méthodes de production interdites en Suisse.</b>
Art. 4, al. 5, let. b	Voir remarque ci-dessus	la déclaration relative à l'utilisation de modes de production interdits en Suisse selon l'art. 3 de l'ordonnance agricole du 26 novembre 2003 sur la déclaration <b>et l'art. 3, al. 1, let. o et r de la présente ordonnance.</b>
<b>Art. 6, al. 1<sup>bis</sup></b> (nouveau)	Eviter la tromperie des consommateurs est un des objectifs de base de cette ordonnance. Or, avec la progression de la consommation de produits « végétariens » ou « vegans », l'utilisation abusive de termes liés aux produits d'origine animale se développe en parallèle. Nous refusons cela.	<b>Les dénominations et descriptions de denrées alimentaires d'origine végétale ne doivent avoir aucun lien ni ne faire penser à des denrées alimentaires d'origine animale.</b>
Art. 16, al. 3	Nous demandons que l'obligation de déclarer la provenance de la viande et des œufs soit généralisée et non pas limitée lorsque la part de viande ou d'œufs dans les produits transformés est supérieure à 20%.	Par dérogation à l'al. 1, let. a, la provenance de l'animal dont sont issus les ingrédients d'origine animale mentionnés à l'art. 1 ODA/An17 doit <del>déjà</del> être déclarée <b>même</b> si la part de ceux-ci dans le produit fini est <b>inférieure à 50 de 20 % ou plus de sa masse.</b>

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

<b>15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque particulière</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

*Pas de remarque particulière*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

AGORA refuse la modification proposée quant à la tolérance de traces d'OGM dans les denrées alimentaires. Nous estimons que le contrôle de l'OSAV doit être maintenu. Il en va de la confiance des consommateurs suisses vis-à-vis de nos produits.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2	La législation actuelle spécifie que le croisement d'un OGM avec une plante non-OGM est un OGM. Nous refusons que cette clarification soit tracée de la législation.	<del>Abrogé</del> <b>Les produits OGM sont des denrées alimentaires, des additifs ou des auxiliaires technologiques qui:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>a. sont des organismes génétiquement modifiés (OGM);</b></li> <li><b>b. contiennent des OGM;</b></li> <li><b>c. ont été obtenus à partir d'OGM;</b></li> <li><b>d. sont issus d'un croisement entre OGM ou d'un croisement entre OGM et d'autres organismes.</b></li> </ul>
Art. 6a, al. 1, let. c, ch. 2	Voir remarques générales.	<del>les quantités de denrées alimentaires qui sont des plantes génétiquement modifiées, qui en contiennent ou qui sont issues de celles-ci ont été évaluées par une autorité étrangère selon une procédure comparable à celle fixée par l'ODAI OUs et par la présente ordonnance, appropriées pour être utilisées dans les denrées alimentaires.</del>

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Si AGORA comprend que la Directive n° 2017/1981 s'applique aux transports internationaux, il n'est pas normal que celle-ci permette des transports internes à la Suisse de plus de six heures. Il en va de la crédibilité de nos produits. Nous estimons qu'il n'y a aucune raison objective justifiant des transports de carcasses de plus de six heures à l'intérieur d'un territoire aussi petit que le nôtre.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 29, al. 4 <sup>ter</sup>	Voir remarques générales	Dans le cas des transports <del>de plus de six heures ou des transports</del> internationaux vers l'Union européenne, ce sont les conditions de transport définies à l'art. 1 du règlement (UE) n° 2017/1981 qui s'appliquent en ce qui concerne les températures pendant le transport de la viande.

<b>20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque générale</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

<b>21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<i>Pas de remarque générale</i>		
<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

*Pas de remarque générale*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23**      **CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

*Pas de remarque générale*

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

*Pas de remarque générale*

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)





## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Swiss Association of Nutrition Industries  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SANI  
Adresse, Ort : ab 1.9.2019 c/o Food Lex Dr. Karola Krell Zbinden, Effingerstrasse 6a, 3011 Bern  
Kontaktperson : Karola Krell Zbinden  
Telefon : 031 352 1188  
E-Mail : [karola.krell@mepartners.ch](mailto:karola.krell@mepartners.ch); karola.krell@foodlex.ch  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	11
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	12
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	13
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	14
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	15
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	28
9	EDI: Getränkeverordnung .....	29
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	30
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	51
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	53
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	56
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	57
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	58
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	60
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	66
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	67
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	70
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	71
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	72
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	73
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	74
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	75

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Mitglieder von SANI bedanken sich beim BLV für die Arbeiten zur Revision Stretto III und die Möglichkeit hierzu Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen insbesondere die drei folgenden Neuerungen, die mit dieser Revision im Schweizer Recht umgesetzt werden sollen:

- Die Abänderung der Regelung und Zulassung von „GVO Lebensmitteln“ und deren Spuren (LIV, Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel)
- Das neue Höchstmengenkonzept: Wir begrüßen die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts. **Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung und Umsetzung von neuen Höchstmengen auf der Grundlage des vorgeschlagenen UL-Konzepts mit dieser Revision** und stimmen den vorgeschlagenen Höchstmengen für die Gruppe 1 (unkritisch) und Gruppe 3 (kritisch) Stoffe zu. Für die Gruppe 2 Stoffe können wir die Berechnung auf Basis des vorgeschlagenen Split von 3:1 (Nahrungsergänzungsmittel:angereicherten Lebensmitteln) nicht nachvollziehen. Dieser kann auch nicht mit den angegebenen Verzehrdaten belegt werden, bei denen die angereicherten Lebensmitteln in der normalen Ernährung berücksichtigt werden; siehe dazu ausführlich unsere Bemerkungen zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel und in der Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, sowie die Übersicht in Beilage 1 und die Stellungnahme von Food Supplements Europe (Beilage 2)
- Die Möglichkeit zur Auslobung von Rezepturverbesserungen (LIV), ergänzt um die Möglichkeit, die entsprechende signifikante %-Reduktion auszuloben, nur diese Information ist für den Konsumenten interessant.

Die Festlegung von Höchstmengen hat zur Folge, dass nach dem Informationsschreiben 2017/7 Toleranzen für die Nährwertdeklaration durch den Verweis auf den EU Toleranzen Leitfaden (2012) eine Überdosierung zum Ausgleich von Gehaltsverlusten über die Zeit nicht mehr erlaubt ist. Das hat zur Folge, dass die Deklaration von Höchstmengen tatsächlich nur dann möglich ist, wenn garantiert werden kann, dass die Gehalte bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum nicht abnehmen. Da dies heute nur für einzelne Stoffe der Fall ist und insbesondere im EU-Ausland keine Höchstmengen festgelegt sind, ergibt sich aus dem EU Leitfaden und der Festlegung von Höchstmengen für Schweizer Inverkehrbringer ein Wettbewerbsnachteil, wenn die Höchstmengen inklusive einer Toleranz nach oben im Ausland zugelassen sind. Um dieses praktische Problem zu lösen, schlagen wir eine neue und weitere Regelung der Kennzeichnung orientiert an „**Deklarationshöchstmengen**“ vor, die hier die Rechtslage für Anwender und Vollzug klarer macht.

Die Festlegung der neuen **Höchstmengen für angereicherte Lebensmittel** (VZVM) auf der Grundlage einer Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 lehnen wir ab. Diese Aufteilung ist nicht mal durch die verwendeten Verzehrdaten begründet. Sie würde dazu führen, dass geschätzte Frühstücksgetränke und -cerealien, die seit Jahrzehnten sicher in der Schweiz verzehrt werden, nicht mehr verkehrsfähig wären. Gleichwohl begrüßen wir auch hier die **Festlegung von neuen bedarfsorientierten**

**Höchstmengen, die für die Einhaltung der Deklaration auch überdosiert werden dürften.** Da dieser Vorschlag signifikante Änderungen der Rezepturen zur Folge hätte, ist eine Übergangsfrist von 4 Jahren erforderlich.

Die Streichung der **Mahlzeiterersatzprodukte** aus den Schweizer Verordnungen lehnen wir ab. Wir sind der Ansicht, dass hier die europäische Regelung diese Produkte durch die Verordnung (EU) 2016/1413 übersehen wurde. Hier muss für eine Harmonisierung mit dem EU-Recht unbedingt eine Angleichung im Schweizer Recht, insbesondere in Anhang 14 LIV, erfolgen. In der Beilage 3 übersenden wir Ihnen dazu ein Statement von Specialised Nutrition Europe (SNE), in dem auch unser europäische Dachverband seine Bedenken zu der vorgeschlagenen Streichung darlegt.

Unsere Bemerkungen in dieser Stellungnahme beziehen sich auf die Abänderungen, die insbesondere die SANI Mitglieder betreffen.

**Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme der fial, die wir vollumfänglich unterstützen.**

Ebenso unterstützen wir die Stellungnahme von scienceindustries.

Abschliessend möchten wir allgemein anregen, dass in den verschiedenen Sprachfassungen auf eine einheitliche Schreibweise geachtet wird. Insbesondere gibt es bei der Schreibweise von „Koffein“ und „Kalzium“ Unterschiede, wobei diese mit „C“ oder mit „K“ geschrieben werden. Eine einheitliche Schreibweise würde die Rechtssuche erleichtern.

**Gerne stehen wir für eine ausführliche Erläuterung unseres Vorschlags für neue Höchstmengen oder sonstige Rückfragen zu unserer Eingabe zur Verfügung.**

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Karola Krell Zbinden, Geschäftsführerin

[www.sani.swiss](http://www.sani.swiss)



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Um zwischen den Erzeugnissen („durch“ und „aus GVO hergestellt“) unterscheiden zu können, schlagen wir eine klare Begriffsdefinition in Art. 2 LGV vor. In den Erläuterungen ist zudem klarzustellen, dass mit der Änderung die in der EU als Novel Food bewilligten Fermenterprodukte mit Inkrafttreten der Revision auch in der Schweiz als bewilligt gelten (Verweis auf den Anhang der Verordnung über neuartige Lebensmittel). Die in der Schweiz für solche Produkte aktuell bestehenden GVO Bewilligungen werden im Gegenzug aus der GVO-Liste gestrichen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 1	<p>Es werden in der LGV die beiden Begriffe „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ und „GVO-Erzeugnisse“ verwendet. Dies führt teilweise zu Unklarheiten oder Verwechslungen.</p> <p>Diese Erzeugnisse sollten bei den Begriffen klar definiert werden und dann entsprechend in den Vorschriften verwendet werden.</p> <p>Der neue Begriff „GVO-Erzeugnisse“ grenzt sich nicht klar von den bewilligungspflichtigen „GVO-Lebensmitteln“ ab. Wir schlagen deshalb vor, klar zwischen „gentechnisch veränderten Lebensmitteln“, die als GVO-Lebensmittel bewilligungspflichtig sind, und „Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind“ und keine GVO-Lebensmittel, sondern neuartige Lebensmittel sind, zu unterscheiden.</p> <p>Entsprechend Erwägung 16 Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 sollte eine GVO Bewilligung für Lebensmittel erforderlich sein, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</p>	<p><b>NEU Ziffer 32</b>  <i>Gentechnisch veränderte Lebensmittel:</i> Lebensmittel, die GVO enthalten, daraus bestehen oder hergestellt werden; „hergestellt aus GVO“ vollständig oder teilweise aus GVO abgeleitet, aber keine GVO enthaltend oder daraus bestehend.</p> <p><b>NEU Ziffer 33</b>  <i>Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt werden:</i> Zutaten, Zusatzstoffe, Verarbeitungshilfsstoffe, Enzyme und andere Stoffe, wenn sie in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden und von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</p>

	Der Begriff „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ ist an die Definitionen der Verordnung (EG) Nr. 1129/2008 angeglichen, um hier Handelshemmnisse zu vermeiden.	
15 Abs 1 Bst b, c, d und i	<p>b.- e: Anpassung an den EU-Verordnungstext um eine Verwechslung mit «durch Mikroorganismen hergestellt» zu vermeiden</p> <p>i. Beheben eines Verweis-Fehlers (Verweis auf Bst g und nicht auf Bst. f) und Übernahme der EU Formulierung.</p>	<p>b. Lebensmittel, die aus Mikroorganismen, Pilzen oder Algen bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden;</p> <p>c. Lebensmittel, die aus Materialien mineralischen Ursprungs bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden;</p> <p>d. Lebensmittel, die aus Pflanzen oder ihren Teilen bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel, die eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben und aus Pflanzen oder einer Vielzahl von Pflanzen der gleichen Gattung bestehen, daraus isoliert oder hergestellt wurden mittels:</p> <p>e. Lebensmittel, die aus Tieren oder aus Teilen von Tieren bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel aus Tieren, die mit herkömmlichen, vor dem 15. Mai 1997 angewendeten Zuchtverfahren gezüchtet wurden, sofern diese Lebensmittel eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben;</p> <p>i. Vitamine, Mineralstoffe und andere Stoffe, <del>sofern</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Herstellungsverfahren, das vor dem 15. Mai 1997 nicht zur Lebensmittelerzeugung eingesetzt wurde, gemäss Buchstabe g dieses Absatzes angewandt wurde oder</li> <li>2. sie technisch hergestellte Nanomaterialien enthalten oder daraus bestehen,</li> </ol>

	In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass das Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und dass «Fermenterprodukte, die in der EU rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.»	
15 Abs. 2 Bst a und	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	2 nicht als neuartige Lebensmittel gelten: a. Gentechnisch veränderte Lebensmittel; <del>ausgenommen solche aus Artikel 31 Abs. 5.</del>
15 Abs. 2 Bst b Ziff 1-3	<p>In den Erläuterungen ist klarzustellen, dass durch GVO hergestellte Enzyme, Zusatzstoffe und Aromen in der CH ohne Bewilligung (Antrag) in Verkehr gebracht werden können, sofern sie den CH Vorschriften (resp. den EU Vorschriften für Zusatzstoffe und Aromen) entsprechen.</p> <p>Art. 15 Abs. 2 LGV regelt: Nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. gentechnisch veränderte Lebensmittel;</li> <li>b. Lebensmittel, die verwendet werden als: <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Lebensmittelenzyme gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 27 Absatz 4 Buchstabe b erlassenen Vorschriften über technologische Verfahren und technische Hilfsstoffe in Lebensmitteln,</li> <li>2. Zusatzstoffe gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Zusatzstoffe in oder auf Lebensmitteln,</li> <li>3. Lebensmittelaromen gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Aromen</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Enzyme in der CH (Art. 7 VtVtH):</b> Lebensmittelenzyme dürfen als solche in Verkehr gebracht und Lebensmitteln gemäss GHP zugesetzt werden.</p> <p>2 Sie dürfen unter den folgenden Bedingungen verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Das Enzym ist in der vorgeschlagenen Menge für Konsumentinnen und Konsumenten und aufgrund der bekannten wissenschaftlichen Daten gesundheitlich unbedenklich.</li> </ul>	Kein Antrag

	<p>b. Für die Verwendung des Enzyms besteht eine hinreichende technologische Notwendigkeit.</p> <p>c. Durch die Verwendung des Enzyms werden die Konsumentinnen und Konsumenten nicht getäuscht, insbesondere hinsichtlich der Frische, der Qualität und der Beschaffenheit der verwendeten Zutaten sowie der Natürlichkeit, des Herstellungsverfahrens oder dem Nährwert des Erzeugnisses.</p> <p><b>Zusatzstoffe in der CH (Art. 2 Abs. 5 ZuV)</b>  Ein Antrag ist nicht erforderlich für Zusatzstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen.</p> <p><b>Aromen in der CH (Art. 6 Abs. 3 Aromenverordnung):</b>  Ein Antrag nach Absatz 1 ist nicht erforderlich für Aromen oder Ausgangsstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen. Spezifische Anwendungsbeschränkungen bleiben vorbehalten.</p>	
31 Abs 1 und 1bis	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>1 Das Inverkehrbringen von <del>Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden (GVO-Erzeugnisse)</del> und Das <del>Inverkehrbringen von</del> gentechnisch veränderten <del>Lebensmitteln</del>, die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.</p>
31 Abs. 3	<p>Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.</p> <p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese</p>	<p>Handelt es sich um Lebensmittel, die <del>vermehrungsfähige</del> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <del>erteilt die Bewilligung</del> kann die <del>Bewilligung</del> <del>verweigern</del>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.</p>



	aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.	
31 Abs. 5	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	Für <del>GVO-Erzeugnisse</del> Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt sind, gelten die Artikel 15-19. <del>„wenn sie:</del> <del>a. durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden;</del> <del>b. in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012<sup>5</sup> hergestellt wurden; und</del> <del>c. von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</del>
31 Abs. 5	In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass dieses Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und „in der EU bewilligte Fermenterprodukte mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.“	
33 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV) Eine GVO Dokumentationspflicht für Fermenterprodukte macht keinen Sinn, für diese besteht eine Novel food Dokumentation. Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.	Wer <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> <del>Lebensmittel, die GVO-Erzeugnisse sind oder solche enthalten:</del>
37 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	1 Auf GVO ist hinzuweisen bei: a. Lebensmitteln, die GVO-Erzeugnisse sind gentechnisch veränderten Lebensmitteln; b. Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Mikroorganismen enthalten; c. Verarbeitungshilfsstoffen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch veränderte Lebensmittel sind; d. Mikroorganismen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch verändert sind.
40	Der Begriff „Zwischenhandel“ ist nicht bekannt und unklar.	

	Bestehende Begriffe verwenden und Artikel präzisieren.	<p>Art. 40 Zwischenhandel Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten</p> <p><del>Im Zwischenhandel</del> Im Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten, die nicht direkt zur Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen die Angaben so gehalten sein, dass die daraus hergestellten Lebensmittel gesetzeskonform zusammengesetzt und gekennzeichnet werden können.</p>
--	--	--

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen****Mahlzeitenersatzprodukte/Tagesrationen:**

Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können.

Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:

Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.

Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&from=EN>  
Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden, nämlich:

Anhang 14 LIV – Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413

**Höchstmengen für Lebensmittel für Sportlerinnen und Sportler**

Wir begrüßen die Einführung neuer Höchstmengen auf Grundlage eines Sicherheitskonzepts und halten das Prinzip einer Gleichbehandlung des Konsums von Lebensmitteln für Sportler mit dem Konsum von Nahrungsergänzungsmittel für sinnvoll. Die vorgeschlagenen Höchstwerte für Stoffe der Gruppe 2 sollten angepasst werden. Siehe hierzu im Einzelnen unsere Bemerkungen zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel sowie nachfolgend die Bemerkungen zu weiteren Stoffen.

Die Festlegung von Höchstmengen führt auch hier insbesondere bei den Aminosäuren und sonstigen Stoffen zu der Problematik, dass diese aufgrund von Messunsicherheiten und Instabilität nicht erreicht und damit nicht deklariert werden dürften. Eine entsprechende Anpassung kann durch die Berücksichtigung von Deklarationshöchstmengen und einen entsprechenden Zuschlag bei den Höchstmengen erreicht werden, siehe Bemerkungen hier unten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

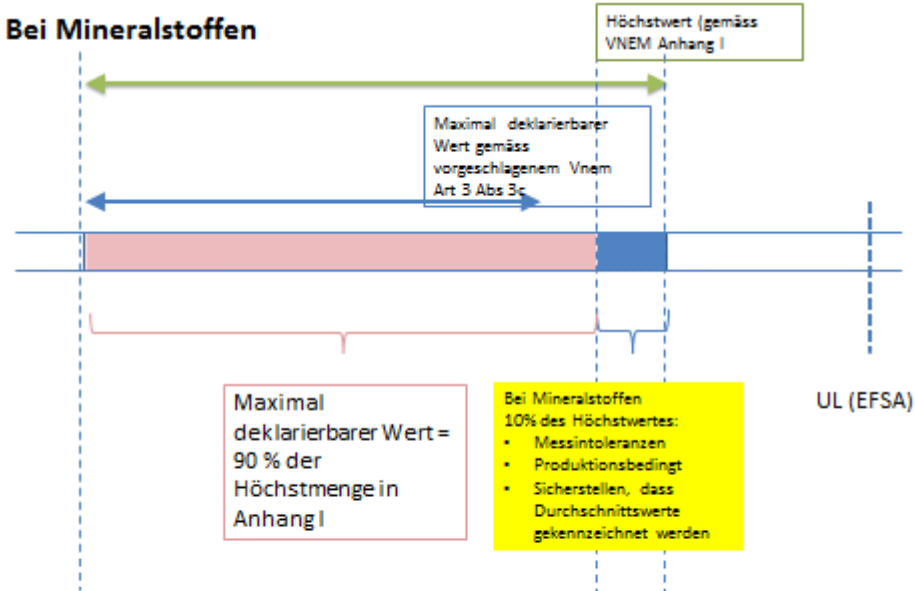
Gliederungstitel 5. Abschnitt	<p>Der neu aufgenommene Artikel 22a entspricht Art. 6 der EU-Verordnung Nr. 2016/127. Diese Verordnung gilt nur für Säuglingsanfangs- und Folgenahrung, nicht aber für Beikost. Die aufgeführten Hinweise zum Stillen machen für Beikost auch keinen Sinn, da diese als Ergänzung zum Stillen bestimmt ist und das Stillen nicht ersetzen soll bzw. kann.</p> <p>Der Geltungsbereich soll im Gliederungstitel (analog 4. Abschnitt) oder in Art. 22a präzisiert werden.</p>	Geltungsbereich im Gliederungstitel und/oder Wortlaut in Art. 22a präzisieren.
22a	<p>Die Schweizer Hersteller beachten bei der Information über Produkte für Säuglinge und Kleinkinder die gesetzlichen Vorgaben und den in der Branche aufgestellten Verhaltenskodex sowie die Beschlüsse des paritätisch aufgestellten Codex Panels zur Auslegung dieser Regelungen.</p> <p>Die mit diesem Artikel neu eingeführten Verpflichtungen zu weitergehenden Informationen ist für den Zweck der Förderung des Stillens innerhalb der ersten 6 Lebensmonate nicht begründet und daher nicht verhältnismässig.</p> <p>Absatz 1 – Die Hersteller dieser Produkte und Mitglieder von SANI halten die Empfehlungen des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern für irreführend, da in den Empfehlungen die gesetzlich umschriebenen Produkte Folgenahrungen und Beikost als „nicht erforderlich“ angesehen werden. Die Getreidebeikost wird in den Empfehlungen nicht mal erwähnt. Ausserdem wird die vorgeschriebene Qualität der Beikost-Rohmaterialien (besondere Anforderungen an zugelassene Pestizidrückstände aufgrund der „jungen Bevölkerungsgruppe“ für diese Produkte sowie Anforderungen an die Hygiene, etc.) nicht berücksichtigt, wenn wie hier hausgemachte Beikost empfohlen wird. In diesem Fall können diese Sicherheitskriterien eben nicht garantiert werden. Bei den Empfehlungen handelt es sich insofern nicht um „durch allgemein anerkannte wissenschaftliche Daten“ belegte Ernährungsanforderungen gemäss Erwägung 4 und auch nicht um objektive und übereinstimmende Informationen nach Art. 11 Abs. 1 Verordnung EU 2016/127.</p> <p>Die Übernahme der Absatz 2 – 4 entspricht den Vorgaben in Art. 11 Abs. 2-3 EU Verordnung und führt zu einer Harmonisierung mit dem EU-Recht. Grundsätzlich sind die Mitglieder von SANI der Auffassung, dass diese weiteren Pflicht-Informationen und entsprechende Informationsverbote bereits in der Schweiz</p>	<p>Art. 22a ist ganzheitlich zu streichen.</p> <p>Alternativ Art. 22a Abs. 1 <del>Das Informationsmaterial von Herstellern und Vertreibern beinhaltet die Empfehlungen des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern.</del> ist zu streichen, solange das BLV nicht nachweisen kann, dass es sich bei den Ernährungsempfehlungen, die von einem Konsum von Folgenahrungen und Beikost eindeutig abraten, um wissenschaftlich begründete Daten handelt.</p>



	<p>umgesetzt werden. Sie sind zum grossen Teil Gegenstand der Beschlüsse des Codex Panels und werden von dieser unabhängigen Stelle überwacht. Eine Einführung dieser Verpflichtungen erscheint daher nicht notwendig.</p> <p>Für das eigentliche Ziel dieser Vorgabe, nämlich der gewollten „Förderung des Stillens“, verweisen wir auf die in der EU Verordnung Erwägung 22 erwähnten Schlussfolgerungen des Rates zu Ernährung und körperlicher Bewegung, welche die Mitgliedstaaten zur <b>Förderung und Unterstützung einer adäquaten Stillzeit</b> auffordert. Auch in der Schweiz erreicht der gesetzlich garantierte Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen nicht die von der WHO geforderten 6 Monate Stillzeit. Solange dieses praktische Problem nicht gelöst ist, werden berufstätige Mütter vor Ablauf der erforderlichen Stillzeit ihre Säuglinge abstillen müssen!</p>	
32-35b	<p>Die Streichung der „Mahlzeitenersatzprodukte“ entspricht nicht dem EU-Recht. Solche Produkte dürfen noch vermarktet werden, wenn sie die Zusammensetzung erfüllen, die die Verwendung einer entsprechenden gesundheitsbezogenen Angabe (siehe Anmerkungen zur LIV) erfüllen. Solche Produkte dürfen als „Mahlzeitenersatz“ oder „Produkt für eine gewichtskontrollierende Ernährung“ bezeichnet werden. Dies sollte zur Verständlichkeit in den Erläuterungen zur VLBE hier klargestellt werden.</p>	
40	<p><b><u>Toleranzen, Überdosierung und Messunsicherheit</u></b></p> <p>Mit dem Wechsel zu LARGO wurde in der Schweiz die Möglichkeit der 3-fachen Überdosierung aufgegeben und neu gelten nach dem Informationsschreiben 2017/7 auch für Nahrungsergänzungsmittel die Werte nach dem EU Toleranzen Leitfaden (2012). Trotz technologischer Fortschritte bei der Herstellung und Standardisierung sind für das Einhalten von bestimmten Gehalten im Rahmen der Toleranzen bis Ende der Haltbarkeit Überdosierungen, insbesondere bei Vitaminen, nötig. Die Stabilität wird unter anderem durch den Herstellungs- und Lagerungsprozess beeinflusst, aber auch durch die Interaktion gewisser Stoffe innerhalb des Produktes. Die Stabilität der einzelnen Stoffe variiert stark. Hinzu kommen Messunsicherheiten, welche auch innerhalb der Toleranzen berücksichtigt werden müssen.</p> <p>Da sich die Höchstmenge am Gesundheitsschutz orientieren, ist es wichtig, dass diese auch bei einer Überdosierung zu keinem Zeitpunkt des</p>	<p>Neuer Absatz 2bis</p> <p>Bei der Kennzeichnung ist auf den Gehalt an Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen zum Zeitpunkt der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten hinzuweisen. Dabei gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Die angegebenen Werte müssen sich auf Durchschnittswerte nach Artikel 26 Absatz 4 LIV stützen.</li> <li>b) Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen dürfen maximal 80% der in Anhang 11 festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</li> </ul>

	<p>Produktlebenszyklus überschritten werden. Insofern ist die Höchstmenge in jedem Fall verbindlich und darf auch nicht gemäss der Toleranzen im EU Leitfaden überschritten werden. Obwohl dies gemäss dem EU-Guidance Dokument bereits heute der Fall sein sollte, wird dies vom Vollzug nicht einheitlich gehandhabt und diese Rechtslage scheint im Markt unklar.</p> <p>Produkte mit deklarierten Gehalten gleich den Höchstwerten sind aufgrund unserer Erfahrungswerte für Vitamine, aber auch für Mineralstoffe, Aminosäuren und sonstige Stoffe rechtlich nicht zulässig. Eine derartige Praxis weist entweder auf eine zu niedrige Konzentration des Stoffs im Endprodukt hin (EU Leitfaden Toleranz wird systematisch nach unten ausgereizt) oder ist ein Zeichen für eine Überdosierung und kann somit ein Gesundheitsrisiko darstellen.</p> <p>Um klare Grundlagen für die Anwender und für den Vollzug, insbesondere auch bei reinen Etikettenkontrollen von Online- und Importware, zu schaffen, schlagen wir folgendes Modell für die Deklaration der Gehalte vor („<b>Deklarationshöchstmengen</b>“).</p> <p>Bei den <b>Mineralstoffen</b> spielen lediglich Mess-Toleranzen und Produktionsschwankungen eine Rolle, da Mineralstoffe stabil sind. Diese Schwankungen müssen bei der Deklaration mit einem <b>Abschlag von 10% auf die jeweilige Höchstmenge</b> berücksichtigt werden:</p>	<p>c) Bei Mineralstoffen dürfen maximal 90% der im Anhang 11 festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</p>
--	---	--

## Bei Mineralstoffen



**Vitamine und auch Aminosäuren und sonstige Stoffe sind oxidationsempfindlich und bieten grundsätzliche Stabilitätsprobleme.** Um die Angaben auf den Verpackungen einhalten zu können, müssen diese Schwankungen bei der Deklaration mit einem **Abschlag von 20% auf die jeweilige Höchstmenge** berücksichtigt werden:

	<p><b>Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen</b></p> <p>Für die in Anhang 11 festgelegten Höchstmengen von Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe folgt daraus, dass diese um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt.</p>	
40 Abs. 5	Der Osmolaritätsbereich von 260-290 mmol/l ist technisch zu eng gehalten und sollte auf 260-300 mmol/l ausgeweitet werden. Dies kann auch ernährungsphysiologisch vertreten werden.	"...von 260- <del>290</del> 300 mmol pro Liter..."
Anhang 4	<p>Referenzwerte für die Nährwertkennzeichnung von Getreidebeikost und anderer Beikost</p> <p>Die Referenzwerte für Folgenahrung und Beikost für Säuglinge und Kleinkinder weichen für viele Nährstoffe voneinander ab, obwohl die Nährstoffbedürfnisse der Kinder im Alter von 6 bis 36 Monaten die gleichen sind, unabhängig, welches Lebensmittel sie konsumieren</p>	<p>Streichen der letzten Kolonne "<del>Getreidebeikost und andere Beikost</del>" in der Tabelle des Anhang 4, VLBE und Änderung des Titels der Kolonne "<del>Folgenahrung</del>" in "<del>Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost</del>".</p>

Anhang 5 Ziffer 4.1	Fettgehalt pro 100 kcal/kJ für Getreidebeikost nach Art. 19 Abs. 1 Bst. a – Der Unterschied zu Produkten nach Art. 19 Abs. 1 Bst. b (3.3g Fett/100kcal vs. 4.5g Fett/100kcal) ist nicht begründet. Wissenschaftlicher Hintergrund für die Unterscheidung des Fett-Höchstwertes ist nicht klar. Bei Beigabe von Säuglingsanfangsnahrung zu Getreidebeikost wird der Höchstwert von 3.3g Fett pro 100kcal zubereitetes Produkt ev. überschritten. Damit werden bewährte Schweizer Produkte limitiert, die aktuellen Anforderungen sollten beibehalten werden.	4.1 Bei den in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Produkten darf der Fettgehalt höchstens <del>0,8</del> <b>1,1 g/100 kJ (3,3-4,5 g/100 kcal)</b> betragen. 4.2 Die in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b genannten Produkte dürfen einen Fettgehalt von höchstens 1,1 g/100 kJ (4,5 g/100 kcal) aufweisen.
Anhang 10	Tageshöchstmenge <b>Magnesium</b> : der EU Wert ist nicht sachgerecht, die Tageshöchstmenge ist mit 150 mg viel zu tief und in deutlichem Widerspruch zur Idee eines Lebensmittels zum vollständigen Ersatz der Ernährung ("Tagesration"). Dieser Wert kam belegterweise durch historische Fehlinterpretationen der zuständigen Arbeitsgruppen zustande. Es sollte daher eine max. Menge gemäss den üblichen DACH-Empfehlungen und der geltenden NRV für Magnesium im Bereich von 375 mg eingesetzt werden.	Magnesium <del>250</del> <b>375</b> mg
Anhang 11	<b>NEUES Höchstmengenkonzept für Vitamine und Mineralstoffe gemäss Anmerkungen und Vorschlag zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b> unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen zu den einzelnen Aminosäuren und sonstigen Stoffen:	
Anhang 11 und 12	Der Nährstoff <b>Astaxanthin</b> soll gestrichen werden, weil er in der VO über neuartige LM geregelt sein sollte (SR 817.022.2). Gemeint ist dann aber der Bezug auf die EU Novel Food Verordnung (EU) 2015/2283 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470. In letzterer ist Astaxanthin jedoch nur gelistet für Nahrungsergänzungsmittel. Das würde bedeuten, dass Astaxanthin in Lebensmitteln für Sportler nicht mehr zugelassen ist, es sei denn man liest Art 38.1.b.1 i.V.m. Art 37 b VLBE derart, dass Nahrungsergänzungsmittel genau diese Bedingungen erfüllen. Ähnlich ist es beim Lycopin (siehe unten).	Astaxanthin NICHT aus der Liste im Anhang 11 streichen  <b>Alternativ</b> an anderer Stelle explizit klären, dass die Zulassung eines Stoffes gemäss der EU Unionsliste (EU) 2017/2470 für Nahrungsergänzungsmittel auch als Zulassung für den Einsatz in Lebensmittel für Sportler nach Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE gilt.
Anhang 11 und 12	<b>Carotinoid Lycopin</b>	<b>ANHANG 11</b> Carotinoid Lycopin  15 mg

	<p>Der Nährstoff "Carotinoid Lycopin" soll gestrichen werden, da es als Novel food in der EU zugelassen ist. In den Erläuterungen heisst es: " <i>Das Carotinoid Lycopin musste aus dem Anhang 11 gestrichen werden. Gemäss der berichtigten Unionsliste der neuartigen Lebensmittel ist Lycopin aus Tomaten als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen und somit....</i>"</p> <p>Für Lycopin listet die Europäische Verordnung sowohl Nahrungsergänzungsmittel als auch "Getränke zur Deckung der besonderen Erfordernisse bei intensiver Muskelanstrengung, insbesondere von Sportlern" als zugelassene Lebensmittelkategorien. Das führt dazu, dass in der Schweiz Lycopin nur noch für genau diese Art Sportlerprodukte erlaubt ist. Eine solche Differenzierung gibt es in der Schweiz aber nicht. Insofern sollte hier eine Streichung von Lycopin in Anhang 11 VLBE nicht erfolgen. Zum anderen erlaubt die EU Unionsliste Lycopin aus drei Quellen: aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora und Lycopin aus Synthese. Dies sollte auch in der Schweiz gelten, siehe die letzte konsolidierte Fassung vom 16.4.2019 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE</a></p> <p>Grundsätzlich ist die Festlegung einer konkreten Höchstmenge für Lycopin von 15 mg zu begrüssen. Dies führt zu mehr Rechtssicherheit.</p> <p>Diese Festlegung kann mit einer Spezifizierung der zugelassenen Verbindung/Form in Anhang 2 verbunden werden oder offen bleiben, da dies mit der Zulassung neuartiger Formen auf die Unionsliste über die Verordnung über neuartige Lebensmittel erfolgt</p>	<table><tr><td colspan="2">ANHANG 12</td></tr><tr><td>Zulässige Verbindung</td><td>Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora</td></tr></table>		ANHANG 12		Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora
ANHANG 12							
Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora						
Anhang 11	<p>Die Tageshöchstmenge für <b>Coffein</b> ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körpertgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht: <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p>	<p>Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge Coffein <del>200</del> 400 mg</p>					
Anhang 1	<p><b>DHA, EPA und DHA + EPA</b></p> <p>In der aktuellen Situation besteht eine Kollision von in der VNem, Anhang 1 VNEM aufgeführten Höchstmengen für DHA + EPA von 3000 mg und der Mindestmenge für die zugelassene gesundheitsbezogene gemäss LIV Anhang</p>	<table><tr><td colspan="2">ANHANG 1</td></tr><tr><td>EPA+ DHA</td><td><del>3000</del> 5000 mg</td></tr></table>		ANHANG 1		EPA+ DHA	<del>3000</del> 5000 mg
ANHANG 1							
EPA+ DHA	<del>3000</del> 5000 mg						

	<p>14 LIV „DHA und EPA tragen zur Aufrechterhaltung eines normalen Blutdrucks bei.“ für Lebensmittel, deren Konsum eine tägliche Aufnahme von 3 g DHA und EPA gewährleistet.</p> <p>Ebenso ist 450 mg die erlaubte Höchstmenge für Nahrungsergänzungsmittel für schwangere und stillende Frauen gemäss VNem Anhang 1 und gleichzeitig wäre es die Mindestanforderung für diverse Claims (für Fötus und Säugling) gemäss LIV Anhang 14 „wenn zusätzlich zu der für Erwachsene empfohlenen Tagesdosis an Omega-3-Fettsäuren (d. h. 250 mg DHA und EPA) täglich 200 mg DHA eingenommen werden“.</p> <p>Die festgelegten Höchstmengen, die eine Überdosierung zum Ausgleich von Verlusten und Messunsicherheiten nicht erlauben (Informationsschreiben 7/2017 und EU Toleranzen Leitfaden) erlauben damit in der Schweiz die Verwendung dieser gesundheitsbezogenen Angaben für DHA und DHA + EPA nicht.</p> <p>In LIV Anhang 14 ist bei den Claims für EPA und DHA in Einklang mit dem EU-Recht ein Warnhinweis erforderlich, dass die Gesamtzufuhr täglich 5 g nicht überschreiten darf. Dies ist ein Widerspruch zur derzeitigen Höchstmenge von 3000 mg gemäss VNEM Anhang 1. Die Höchstmenge sollte auf 5000 mg festgelegt werden.</p> <p>Für schwangere und stillende Frauen sollte eine Höchstmenge von 2700 mg erlaubt sein. Bis zu dieser Höhe konnte bei Schwangeren kein erhöhtes Blutungsrisiko festgestellt werden. Die Sicherheit sowohl der Kombination von EPA + DHA, als auch derjenigen von EPA und DHA alleine ist mit diesen Dosierungen gemäss EFSA gewährleistet:</p> <p><i>Supplemental intakes of EPA and DHA combined at doses up to 5g /day, and supplemental intakes of EPA alone up to 1.8 g/ day do not raise safety concerns for adults.</i></p> <p><i>Dietary recommendations for EPA and DHA based on cardiovascular risk considerations for European adults are between 250 and 500 mg/day .</i></p> <p><i>Supplemental intakes of DHA alone up to about 1g /day do not raise safety concerns for the general population. No data are available for DPA when consumed alone. (EFSA, 2012)<sup>1</sup></i></p>	DHA	2501000 mg
--	--	-----	------------

<sup>1</sup> <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815>

Anhang 11	<b>L-Carnitin</b> - In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES ist die Tageshöchstmenge 2000 mg, in Länder wie z.B. DE, BE gibt es gar keine Tageshöchstmenge. Wenn keine wissenschaftlich begründeten Sicherheitsbedenken bestehen, sollte für L-Carnitin eine Angleichung an EU-Länder, die einen höheren Wert vorsehen, vorgesehen werden. So wird in den Erläuterungen auch für die Anpassung des Tageshöchstwerts von Coenzym Q10 argumentiert.	Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge L-Carnitin <del>1000</del> 2000 mg
Anhang 11	Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (zb. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es führt zu widersprüchlichen Informationen, wenn z.B. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet.	Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (z.B. ab 100%NRV).
Anhang 11	L-Citrullin ist doppelt geführt (1 x unter 2.1 Aminosäuren und 1 x unter 2.2)	Löschen der Doppelnennung
Anhang 11 - Zusammenfassung	Unter Berücksichtigung dieser Anmerkungen und den weiteren Erläuterungen in der VNEM ergeben sich folgende Anpassungen.	<b>Vitamine</b> β-Carotin (Provitamin A) 9,6 mg Biotin keine Folsäure/Folacin <del>1000</del> µg Niacin 600 mg - wovon 10 mg als Nicotinsäure und Inositolhexanicotinat (Summe) Pantothersäure keine Riboflavin (Vitamin B2) keine Thiamin (Vitamin B1) keine Vitamin A <del>1000</del> 1200 µg Vitamin B6 <del>15</del> 20 mg Vitamin B12 keine Vitamin C <del>750</del> 1000 mg Vitamin D <del>60</del> 80 µg Vitamin E <del>75</del> 270 mg Vitamin K <del>75</del> 225 µg  <b>Mineralstoffe</b>



		<p>           Bor 1 mg            Chrom <del>480</del> 240 µg            Eisen <del>24</del> 28 mg            Jod 200 µg            Kalium <del>2250</del> 3000 mg            Kalzium 1000 mg            Kupfer 2 mg            Magnesium 350 mg            Mangan 4 mg            Molybdän <del>300</del> 400 µg            Natrium keine            Selen <del>465</del> 220 µg            Silicium keine            Zink <del>40</del> 20 mg         </p> <p><b>Aminosäuren</b></p> <p>           L-Alanin <del>500</del> 625 mg            L-Arginin <del>2500</del> 3125 mg            L-Citrullin <del>4000</del> 1250 mg            L-Cystein <del>240</del> 300 mg            L-Cystin <del>500</del> 625 mg            L-Glutamin <del>40</del> 12.5 g            L-Glutaminsäure <del>40</del> 12.5 g            Glycin <del>5</del> 6.25 g            L-Histidin <del>600</del> 750 mg            L-Isoleucin <del>1200</del> 1500 mg            L-Leucin <del>2400</del> 3000 mg            L-Lysin <del>1800</del> 2250 mg            L-Methionin + L-Cystein (Summe) <del>900</del> 1125 mg            L-Ornithin <del>2000</del> 2500 mg            L-Phenylalanin + L-Tyrosin (Summe) <del>1500</del> 1875 mg            L-Prolin <del>450</del> 187.5 mg            L-Threonin <del>900</del> 1125 mg            L-Tryptophan <del>240</del> 300 mg            L-Tyrosin <del>1200</del> 1500 mg            L-Serin <del>40</del> 50 mg            L-Valin <del>1600</del> </p>
--	--	--

		<p>2000 mg</p> <p><b>Sonstige Stoffe</b></p> <p>Astaxanthin 5 mg</p> <p>β-Alanin <del>3,2</del> 4 g</p> <p>Betain <del>4500</del> 1875 mg</p> <p>β-Hydroxy-β-methylbutyrat (HMB) <del>3200</del> 4000 mg</p> <p>Carotinoid Lutein <del>40</del> 12.5 mg</p> <p>Carotinoid Lycopin 18.75 mg</p> <p>Carotinoid Zeaxanthin <del>2</del> 2.5 mg</p> <p>Cholin <del>550</del> 687.5 mg</p> <p>Chondroitinsulfat <del>500</del> 625 mg</p> <p>L-Carnitin <del>4000</del> 2500 mg</p> <p>L-Carnosin <del>55</del> 68.75 mg</p> <p><del>L-Citrullin 1000 mg</del></p> <p>Coenzym NADH (Nicotinamidadenindinukleotid) <del>20</del> 25 mg</p> <p>Coenzym Q10 <del>200</del> 250 mg</p> <p>Coffein <del>200</del> 500 mg oder max. 3 mg/kg</p> <p>Körpergewicht</p> <p>Docosahexaensäure (DHA) <del>250</del> 1250 mg</p> <p>Eicosapentaensäure (EPA) + Docosahexaensäure (DHA) (als Summe) (langkettige n-3) <del>3000</del> 6250 mg</p> <p>Glucosamin <del>750</del> 937.5 mg</p> <p>Glucuronolacton <del>1200</del> 1500 mg</p> <p>Hesperidin <del>430</del> 537.5 mg</p> <p>Inositol <del>1000</del> 1250 mg</p> <p>Isoflavone <del>50</del> 62.5 mg (bezogen auf das Aglycon) Katechine, Epigallocatechingallat (EGCG) <del>90</del> 112.5 mg (berechnet als EGCG)</p> <p>konjugierte Linolsäure (CLA) <del>3</del> 3.75 g</p> <p>Kreatin <del>3</del> 3.75 g</p> <p>Lactulose <del>40</del> 12.5 g</p> <p>Lebende Bakterienkulturen nach nach Anhang 14 mind. 108 KBE (kolonienbildende Einheiten)</p> <p>α-Linolensäure (n-3) <del>2000</del> 2500 mg</p> <p>Linolsäure (n-6) <del>40</del> 12.5 g</p>
--	--	---

		Methylsulfonylmethan (MSM) <del>4000</del> 1250 mg Oligomere Proanthocyanidine (OPC) <del>450</del> 187.5 mg D-Ribose <del>4000</del> 1250 mg Taurin <del>4000</del> 1250 mg
--	--	---

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüßen den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts.

**Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung und Umsetzung von neuen Höchstmengen auf der Grundlage des vorgeschlagenen UL-Konzepts mit dieser Revision.**

Dies würde eine weitere Annäherung an die Produkte auf dem EU-Markt bringen. Wir gehen davon aus, dass im Falle einer Festlegung von Höchstmengen innerhalb der EU diese auch in der Schweiz umgesetzt werden würden. In der Zwischenzeit sollten die Höchstmengen in der Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel aber jetzt orientiert am Gesundheitsschutz und unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Möglichkeit von Cassis-de-Dijon-Bewilligungen aus dem Ausland angepasst werden.

Wir haben hierzu auch unsere europäischen Partnerorganisationen konsultiert und um Stellungnahme gebeten. Insbesondere konnten wir Empfehlungen von Food Supplements Europe, die einen Leitfaden „Risk Management approaches to the setting of maximum levels of vitamins and minerals in food supplements for adults and for children aged 4-10 years“ <http://foodsupplementseurope.org/wp-content/themes/fse-theme/documents/publications-and-guidelines/fseriskmanagement.pdf> erstellt haben, in unseren nachfolgenden Hinweisen und Vorschlägen berücksichtigen:

**Verzehrsdaten, Aufteilung NEM und angereicherte Lebensmittel**

Das vorgeschlagene Höchstmengenkonzept setzt sich aus zwei wichtigen Parametern zusammen: ULs und Verzehrsmengen. Dies ist nachvollziehbar und wird auch in anderen gängigen Modellen so gehandhabt. Auch die Einteilung in die drei verschiedenen Gruppen je nach Risiko einer zu hohen Exposition mit gewissen Mikronährstoffen (1. Gruppe Stoffe ohne Höchstmenge; 2. Gruppe Stoffe mit Höchstmenge, da geringes Risiko einer Überdosierung; 3. Gruppe kritische Stoffe mit Risiko Überdosierung) halten wir für sinnvoll.

Für die 2. Gruppe halten wir die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 für nicht wissenschaftlich begründet. Sie ist insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrsdaten nicht nachvollziehbar.

Das BLV hat Daten aus der deutschen Nationalen Verzehrs Studie II, 2008 verwendet. Wir verstehen, dass in der Schweiz (noch) keine ausreichenden Verzehrsdaten vorliegen und halten das Ausweichen auf die deutschen Daten grundsätzlich für vertretbar. Diese Daten beziehen sich nämlich auf einen ausreichend langen Zeitraum und sind mit anderen, ähnlich industrialisierten Ländern wie beispielsweise Grossbritannien oder Irland vergleichbar – alternativ käme nur eine (aufwendigere) Metadatenerfassung mehrerer europäischer Länder in Betracht.

Werden aber die deutschen Verzehrsdaten als Grundlage herangezogen, ist die vorgeschlagene Aufteilung eines Verzehrs in angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmitteln / Sportlernahrung im Verhältnis 3:1 nicht begründet. So wurde nämlich nach Kapitel 5.1 der Verzehrsstudie der Konsum von angereicherten Lebensmittel in den Verzehrsdaten der „normalen Ernährung“ bereits berücksichtigt:

*„Bei der Ermittlung der Nährstoffzufuhr muss berücksichtigt werden, dass Lebensmittel zunehmend mit Vitaminen und Mineralstoffen angereichert werden. Die bei der Berechnung verwendete BLS-Version (s. Kap. 3.3) trägt teilweise dieser Entwicklung Rechnung. Die Anreicherungen mit Vitaminen und Mineralstoffen wurden bei Multivitaminensäften, Cerealien (z. B. Cornflakes), Milchlischgetränken mit Kakao, Sojaprodukten (Sojadrink, -dessert) sowie Proteindrinks mit erfasst. Daneben war außerhalb des BLS eine Recherche von Nährstoffdaten für Energiepulver sowie Formuladiäten notwendig.“*

Ähnlich berücksichtigen auch andere nationale Studien (z.B. North/South Ireland Food Consumption Survey, 2001)<sup>2</sup> bei den Verzehrsdaten die angereicherten Lebensmittel bereits, lediglich Nahrungsergänzungsmittel werden separat betrachtet.

Zudem belegen verschiedene Studien, dass angereicherte Lebensmittel nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtkonsums ausmachen, so dass diese nicht überproportional in den Verzehrsdaten gewichtet werden sollten.

Godfrey et al. (2004)<sup>3</sup> haben den Anteil von angereicherten Lebensmitteln in Europa untersucht. Die Daten haben gezeigt, dass:

- 75% der in Europa konsumierten Lebensmittel (inkl. Getränke) sind selten oder nie angereichert
- angereicherte Lebensmittel selten zu mehr als 3% der Gesamternährung pro Kopf beitragen (Ausnahme sind Länder mit Pflichtanreicherung z.B. bei Mehl in Grossbritannien)
- es selbst bei Personen mit einem hohen Konsum an angereicherten Lebensmitteln unwahrscheinlich ist, dass mehr als 10% deren Ernährung aus angereicherten Produkten besteht

Hennessy et al. (2013)<sup>4</sup> kommen zum Schluss, dass:

- die totale Zufuhr an Mikronährstoffen (inklusive angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel) von Personen mit hohem Konsum (P95 der Zufuhr) bei Erwachsenen und Kindern den EFSA UL nicht übersteigt.

Auch Daten aus dem Euromonitor<sup>5</sup>, welche vom deutschen BLL (neu Lebensmittelverband Deutschland) dem BMEL vorgetragen wurden, zeigen, dass der Markt für angereicherte Lebensmittel zwischen 2011 und 2016 im Umsatz langsamer gewachsen als der Gesamtmarkt (insgesamt 4,6% gegenüber 8,7%). Entsprechend war der Marktanteil am Gesamtmarkt mit 4.4% leicht rückläufig. Mengenmässig ist sogar eine Stagnation des Marktes zu spüren, das Wachstum wird lediglich durch höhere Durchschnittspreise erzielt – dies zeigt die relativ geringe Bedeutung der angereicherten Lebensmittel im Gesamtvergleich.

**Für Nahrungsergänzungsmittel und auch für Lebensmittel für Sportler, die zusätzlich zur normalen Ernährung konsumiert werden, erachten wir ein „UL-Konzept“ als sinnvoll, nicht aber für angereicherte Lebensmittel, die zur „normalen Ernährung“ gezählt werden.**

**Auf dieser Grundlage ist der Wegfall von Höchstmengen für die 1. Gruppe gerechtfertigt.** Um das Streichen der Höchstmengen bei unkritischen Stoffen noch genauer zu begründen und den Einsatz im Vergleich zu Heilmitteln zu regeln, sollte in den Erläuterungen ein Hinweis wie „*Das Nicht-Festsetzen von Höchstmengen für unkritische Stoffe ändert nichts an der Voraussetzung, dass Lebensmittel, die diese enthalten, sicher sein müssen.*“ erfolgen.

**Für die 2. Gruppe** sollte die künstliche Aufteilung in 3:1 wegfallen und die komplette Range „BA (Aufnahme durch konventionelle Lebensmittel) bis UL“ als Massstab für die Höchstmengen von Nahrungsergänzungsmitteln bzw. Sportler-Lebensmitteln gelten und ausgeschöpft werden dürfen.

Das BLV schlägt für die Stoffe mit einem grossen R (Differenz zwischen UL und BA), nämlich der 2. Gruppe, folgende Aufteilung vor:

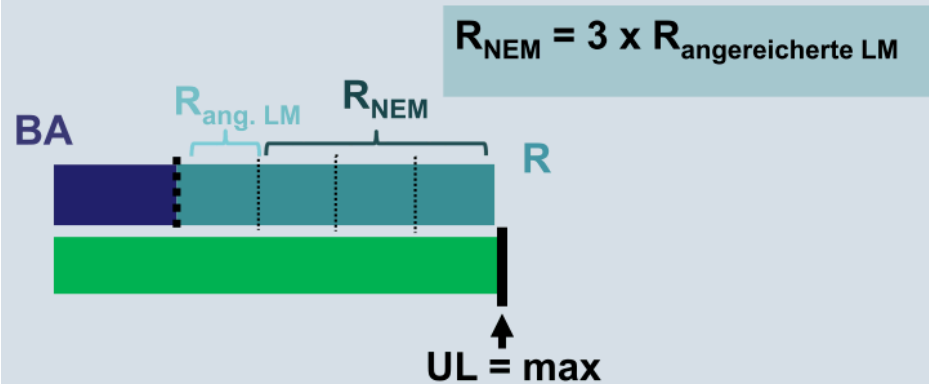
<sup>2</sup> www.iuna.net, IUNA 2001; Flynn, personal communication 2007

<sup>3</sup> Godfrey, D. and Richardson, D. P. 2002. Vitamins and minerals for health. British Food Journal 104 (11): 913–933.

<sup>4</sup> Hennessy, A., Walton, J. and Flynn, A. 2013. The impact of voluntary food fortification on micronutrient intakes and status in European countries: a review. Proceedings of the Nutrition Society. doi: 10.1017/S002966511300339X.

<sup>5</sup> Zahlen aus dem Euromonitor, [www.Euromonitor.com](http://www.Euromonitor.com), aus Präsentationen des BLL, Fachgruppe NEM an das BMEL, 2017/2018

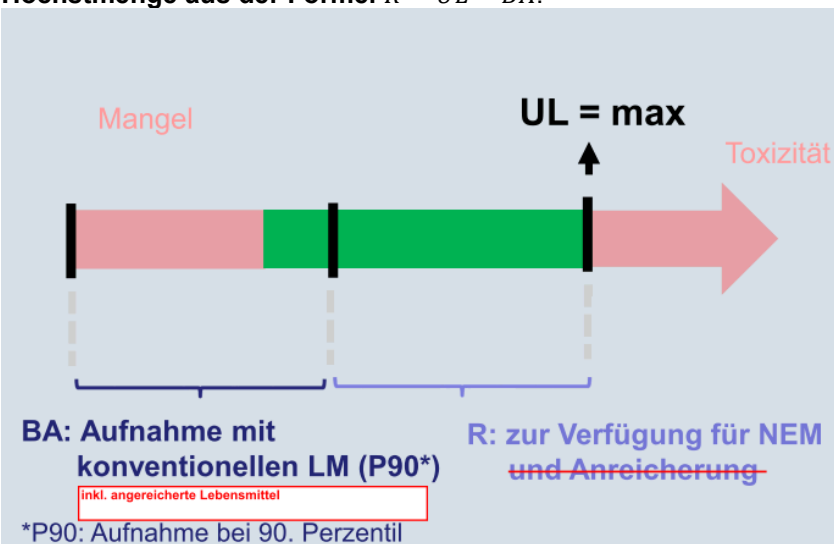
- Stoffe mit **grossem** Abstand  $UL-P\ 90$  verteilt **3:1** in NEM und angereicherte LM



$$R = 3 \times NEM + 1 \times \text{angereichertes LM}$$

$$= 3 \times \frac{UL-BA}{4} + 1 \times \frac{UL-BA}{4}$$

Beim **SANI-Vorschlag** sind die angereicherten Lebensmittel bereits in BA (Aufnahme mit konventionellen LM) enthalten und insofern ergibt sich die **Höchstmenge aus der Formel**  $R = UL - BA$ .





Die Höchstmengen für Stoffe der 2. Gruppe in Nahrungsergänzungsmitteln und Sportlerlebensmitteln sind dementsprechend nach oben zu korrigieren.

**Für die 3. Gruppe** wird genau diese Ausschöpfung von R vom BLV vorgeschlagen, hier sind für Nahrungsergänzungsmittel und Lebensmittel für Sportler keine Anpassungen erforderlich. Aufgrund der Berücksichtigung der angereicherten Lebensmittel im normalen Konsum in den Verzehrdaten sollten die Stoffe der 3. Gruppe aber in angereicherten Lebensmitteln weiterhin zugelassen werden. Zu den vorgeschlagenen Höchstmengen für die angereicherten Lebensmittel siehe unsere Anmerkungen zur VZVM.

### **Spezialfälle**

Für einzelne Vitamine und Mineralstoffe, insbesondere auch die vom BLV als „Spezialfälle“ bezeichneten Stoffe, wurden aus unserer Sicht schwer nachvollziehbare Höchstmengen gewählt.

Grundsätzlich ist die vorgeschlagene Basierung auf die von der EFSA oder IOM festgelegten ULs sinnvoll. Zusätzlich sollten auch die Resultate der UK Expert Group on Vitamins and Minerals (EVM, 2003)<sup>6</sup> beachtet werden. Dieses wissenschaftliche Komitee hat basierend auf der UL Methode „Safe Upper Level“-Werte ausgearbeitet, welche eine langfristige Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln berücksichtigen.

Zu den einzelnen Höchstmengen siehe unsere Bemerkungen zu Anhang 1.

### **Toleranzen, Überdosierung und Messunsicherheit**

Die Festlegung von Höchstmengen hat zur Folge, dass nach dem Informationsschreiben 2017/7 Toleranzen für die Nährwertdeklaration durch den Verweis auf den EU Toleranzen Leitfaden (2012) eine Überdosierung zum Ausgleich von Gehaltsverlusten über die Zeit nicht mehr erlaubt ist.

Das hat zur Folge, dass die Deklaration von Höchstmengen tatsächlich nur dann möglich ist, wenn garantiert werden kann, dass die Gehalte bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum nicht abnehmen. Da dies heute nur für einzelne Stoffe der Fall ist und insbesondere im EU-Ausland keine Höchstmengen festgelegt sind, ergibt sich aus dem EU Leitfaden und der Festlegung von Höchstmengen für Schweizer Inverkehrbringer ein Wettbewerbsnachteil, wenn die Höchstmengen inklusive einer Toleranz nach oben im Ausland zugelassen sind. Um dieses praktische Problem zu lösen, schlagen wir eine neue und weitere Regelung der Kennzeichnung orientiert an „**Deklarationshöchstmengen**“ vor, die hier die Rechtslage für Anwender und Vollzug klarer macht, siehe Bemerkungen zu Art. 3 Abs. 3.

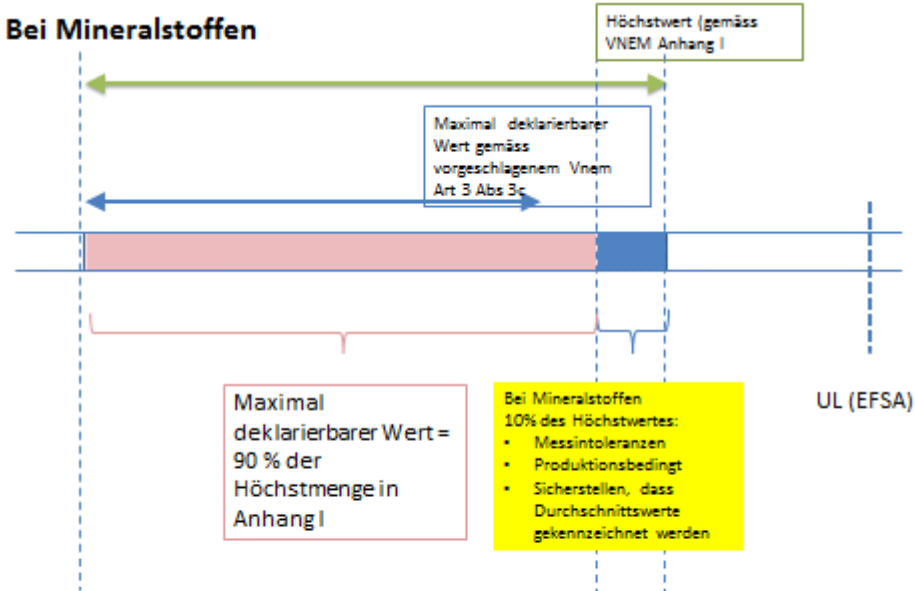
Für die in Anhang 1 festgelegten Höchstmengen von Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe folgt aus diesem Vorschlag, dass diese um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen führt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3 Abs.3	<b><u>Toleranzen, Überdosierung und Messunsicherheit</u></b> Mit dem Wechsel zu LARGO wurde in der Schweiz die Möglichkeit der 3-fachen Überdosierung aufgegeben und neu gelten nach dem Informationsschreiben 2017/7 auch für Nahrungsergänzungsmittel die Werte nach dem EU Toleranzen	Bei der Kennzeichnung ist auf den Gehalt an Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen zum Zeitpunkt der Abgabe an die

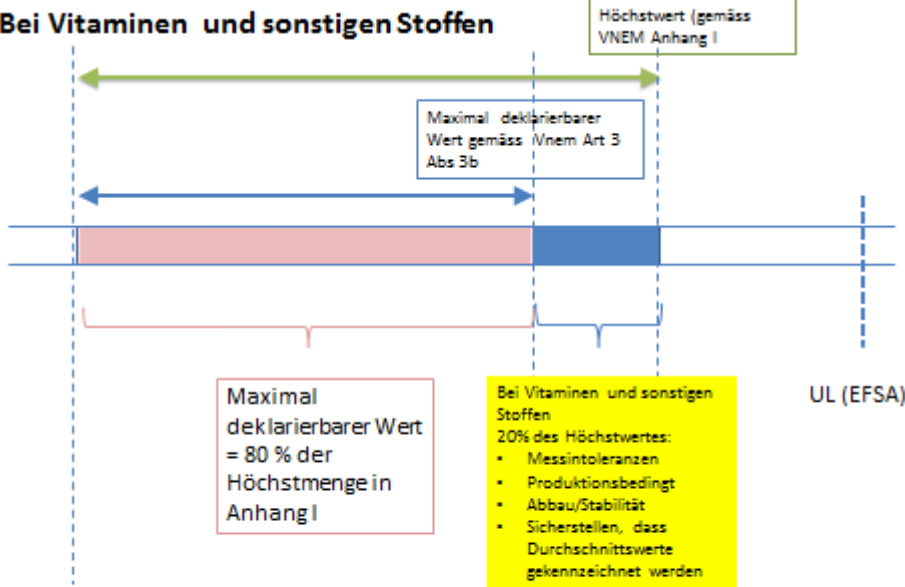
<sup>6</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

	<p>Leitfaden (2012). Trotz technologischer Fortschritte bei der Herstellung und Standardisierung sind für das Einhalten von bestimmten Gehalten im Rahmen der Toleranzen bis Ende der Haltbarkeit Überdosierungen, insbesondere bei Vitaminen, nötig. Die Stabilität wird unter anderem durch den Herstellungs- und Lagerungsprozess beeinflusst, aber auch durch die Interaktion gewisser Stoffe innerhalb des Produktes. Die Stabilität der einzelnen Stoffe variiert stark. Hinzu kommen Messunsicherheiten, welche auch innerhalb der Toleranzen berücksichtigt werden müssen.</p> <p>Da sich die Höchstmenge am Gesundheitsschutz orientieren, ist es wichtig, dass diese auch bei einer Überdosierung zu keinem Zeitpunkt des Produktlebenszyklus überschritten werden. Insofern ist die Höchstmenge in jedem Fall verbindlich und darf auch nicht gemäss der Toleranzen im EU Leitfaden überschritten werden. Obwohl dies gemäss dem EU-Guidance Dokument bereits heute der Fall sein sollte, wird dies vom Vollzug nicht einheitlich gehandhabt und diese Rechtslage scheint im Markt unklar.</p> <p>Produkte mit deklarierten Gehalten gleich den Höchstwerten sind aufgrund unserer Erfahrungswerte für Vitamine, aber auch für Mineralstoffe, Aminosäuren und sonstige Stoffe rechtlich nicht zulässig. Eine derartige Praxis weist entweder auf eine zu niedrige Konzentration des Stoffs im Endprodukt hin (EU Leitfaden Toleranz wird systematisch nach unten ausgereizt, die Werte sind keine Durchschnittswerte und verletzen damit Art.3 Abs.3 VNem) oder ist ein Zeichen für eine Überdosierung und kann somit ein Gesundheitsrisiko darstellen.</p> <p>Um klare Grundlagen für die Anwender und für den Vollzug, insbesondere auch bei reinen Etikettenkontrollen von Online- und Importware, zu schaffen, schlagen wir folgendes Modell für die Deklaration der Gehalte vor („<b>Deklarationshöchstmengen</b>“).</p> <p>Bei den <b>Mineralstoffen</b> spielen lediglich Mess-Toleranzen und Produktionsschwankungen eine Rolle, da Mineralstoffe stabil sind. Diese Schwankungen müssen bei der Deklaration mit einem <b>Abschlag von 10% auf die jeweilige Höchstmenge</b> berücksichtigt werden:</p>	<p>Konsumentinnen und Konsumenten hinzuweisen. <b>Dabei gilt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>d) Die angegebenen Werte müssen sich auf Durchschnittswerte nach Artikel 26 Absatz 4 LIV stützen.</li> <li>e) <b>Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen dürfen maximal 80% der in Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</b></li> <li>f) <b>Bei Mineralstoffen dürfen maximal 90% der im Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</b></li> </ul>
--	--	--

## Bei Mineralstoffen



**Vitamine und auch Aminosäuren und sonstige Stoffe sind oxidationsempfindlich und bieten grundsätzliche Stabilitätsprobleme.** Um die Angaben auf den Verpackungen einhalten zu können, müssen diese Schwankungen bei der Deklaration mit einem **Abschlag von 20% auf die jeweilige Höchstmenge** berücksichtigt werden:

	<p><b>Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen</b></p>  <p>Für die in Anhang 1 festgelegten Höchstmengen von Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe folgt daraus, dass diese um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt.</p>	
Anhang 1	<p><b>Vitamin A</b></p> <p>Wir begrüßen den Vorschlag des BLVs Vitamin A als Spezialfall zu behandeln und hier trotz Verzehrdaten, welche einen Konsum selbst oberhalb des ULs aufweisen, eine Supplementierung zuzulassen. Dies ist insbesondere richtig, da der Vitamin A Konsum sehr unterschiedlich in der Bevölkerung ausfällt, was sich aus den Verzehrdaten nicht unbedingt wieder gibt. Vor allem der Konsum von Leber trägt als einziges tierisches Lebensmittel zur Aufnahme von Vitamin A bei. Dies ist bereits 2006 von der EFSA so festgestellt worden und es wurden Massnahmen für die Tierfütterung eingebracht um Vitamin A Werte in Leber zu senken (EFSA, 2006)<sup>7</sup>. Der Konsum</p>	Vitamin A <del>4000</del> <b>1200µg</b>

<sup>7</sup> European Food Safety Authority. 2006. ULs for vitamins and minerals. Scientific Committee on Food. Scientific Panel on Dietetic Products, Nutrition and Allergies, Parma, Italy.

	<p>von Leber fällt in der Bevölkerung aber sehr unterschiedlich aus – bei vielen, insbesondere jungen, Konsumenten steht diese kaum auf dem Speiseplan, diese ergibt sich im Umkehrschluss auch aus den Bestrebungen von Proviande mit dem Konzept “Nose to Tail”. Auch der Konsum von Fischleber ist in der Schweiz weniger verbreitet als in anderen Ländern mit Meeranstoß.</p> <p>Im Jahr 2013 hat das Norwegian Scientific Committee for Food Safety (VKM) einen Höchstwert für die Supplementierung mit Vitamin A von 1500µg überprüft. Dabei wurde herausgefunden, dass bei den Erwachsenen welche keine Nahrungsergänzungsmittel zu sich nehmen weniger als 50% den empfohlenen Wert erreichten. Die Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln half den Wert zu erhöhen. Es wurde aufgrund der Datenlage beschlossen den Höchstwert für Nahrungsergänzungsmittel weiterhin bei 1500µg zu belassen.<sup>8</sup> Auch der EVM GL (EVM, 2003)<sup>9</sup> für die Langzeit Supplementierung liegt bei 1500µg. Weitere Höchstwerte in den umliegenden EU-Ländern (z.B. Belgien und Italien) liegen bei 1200µg Vitamin A/Tag.</p> <p>Aufgrund der Resultate der Studie aus Norwegen und der Schwierigkeit, bei diesem Stoff überhaupt einen Höchstwert festzulegen, sowie zum Vorbeugen möglicher Handelshemmnisse schlagen wir eine Anpassung der Höchstmenge für Vitamin A auf 1200µg vor.</p>	
Anhang 1, Teil A	<p><b>Vitamin E</b></p> <p>Die Anwendung des EFSA-ULs (300mg) wäre für uns nachvollziehbar und angesichts der deutschen Verzehrdaten würde der Höchstwert bei 270mg liegen. Das BLV verweist auf eine neue Studie hierzu, jedoch wird nicht klar, aus welcher Quelle diese stammt und ein festmachen an lediglich einer Studie sollte nicht als Grundlage für das Konzept dienen, insbesondere wenn EFSA und IOM Daten vorliegen. Der IOM-UL liegt bei 1000 mg und der EVM GL (EVM, 2003)<sup>10</sup> beträgt 530mg.</p>	<p><b>Höchstmenge</b></p> <p>Vitamin E: <del>75mg</del> 270mg</p>
Anhang 1, Teil A	<p><b>Vitamin K</b></p> <p>Der in Stretto III für Vitamin K berechnete Höchstwert gilt berechnungstechnisch als „Spezialfall“ und soll sich daher am Bedarf (NRV) orientieren. Für Vitamin K liegt kein UL vor. Es wird auf eine ungenügende Datenlage hingewiesen.</p>	<p><b>Höchstmenge</b></p> <p>Vitamin K: <del>75µg</del> 225µg</p>

<sup>8</sup> Norwegian Scientific Committee for Food Safety (VKM). 2013. Assessment of vitamin A and D in food supplements. 10 January 2013. Opinion of the Panel on Nutrition, Dietetic Products, Novel Food and Allergy. Doc. no.: 11-701-final. ISBN: 978-82-8259-067-9. Available at: <http://www.english.vkm.no/dav/c7d60d4a81.pdf>

<sup>9</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

<sup>10</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

	<p>Die Herabsetzung des Werts von 225 µg auf 75 µg ist aus den folgenden Gründen nicht nachvollziehbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der vom BLV vorgeschlagene Höchstwert basiert auf einer BfR Studie aus dem Jahre 2004. Gemäss dem BfR-Artikel von 2018 gelte der damals vorgeschlagene Höchstwert von 80 µg weiterhin als tolerabel, da seither keine unerwünschten Effekte bekannt geworden seien und keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. Aufgrund ungenügender Datenlage konnte bis anhin kein Upper Level abgeleitet werden. Allerdings können diverse andere Werte aus verschiedenen Quellen und anderen Ländern herbeigezogen werden.</li> <li>• Für Vitamine und Mineralstoffe, bei denen wegen einer ungenügenden Datenlage kein UL festgelegt werden konnte, hat die Expert group on vitamins and minerals of the Food Standard Agency (UK) (EVM, 2003)<sup>11</sup> einen sogenannten Guidance Level (GL) definiert. Dieser GL gibt einen approximativen Wert an, bis zu welchem – auch bei einer lebenslangen Zufuhr und ohne medizinische Überwachung - keine unerwünschten Nebenwirkungen zu erwarten sind (siehe allgemeine Informationen).</li> </ul> <p>Die für Vitamin K definierten GL lauten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 1000 µg / Tag für Erwachsene</li> <li>- 870 µg / Tag für 15-17-jährige</li> <li>- 670 µg / Tag für 11-14-jährige</li> <li>- 500 µg / Tag für 7-10-jährige</li> <li>- 370 µg / Tag für 4-6-jährige</li> <li>- 270 µg / Tag für 1-3-jährige</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vor kurzem – im Jahre 2018 – publizierte das Norwegian Scientific Committee for Food and Environment eine ausführliche Arbeit: „Assessment of dietary intake of vitamin K and maximum limits for vitamin K in food supplements“ (VKM 2008)<sup>12</sup>. In dieser Arbeit ging es darum, für Vitamin K eine Höchstmenge in NEM zu definieren. Dabei wurde folgendes Szenario für verschiedene mögliche Höchstmengen von Vitamin K dargestellt: <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Höchstmenge von 100-200 µg Vitamin K / Tag liegt unterhalb des GL von allen Altersgruppen.</li> </ul> </li> </ul>	
--	---	--

<sup>11</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

<sup>12</sup><https://vkm.no/download/18.18fcfdf1161d31d8fb92434f/1521019683082/Assessment%20of%20dietary%20intake%20of%20vitamin%20K%20and%20maximum%20limits%20for%20vitamin%20K%20in%20food%20supplements.pdf>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Höchstmenge von 300 µg Vitamin K / Tag überschreitet den GL für 1-3-jährige und liegt unterhalb des GL von allen anderen Altersgruppen.</li> <li>- eine Höchstmenge von 600 µg Vitamin K / Tag überschreitet den GL für alle Altersgruppen bis und mit 10 Jahren und liegt unterhalb des GL für alle Altersgruppen von 11 Jahren an und älter.</li> <li>- eine Höchstmenge von 800 µg Vitamin K / Tag überschreitet den GL für alle Altersgruppen bis und mit 14 Jahren und liegt unterhalb des GL für alle Altersgruppen von 15 Jahren an und älter.</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die für Vitamin K in anderen europäischen Ländern gültigen Höchstmengen betragen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Belgien: 210 µg / Tag</li> <li>- Dänemark: 624 µg / Tag</li> <li>- Italien: 180 µg / Tag</li> <li>- Norwegen (Höchstmenge werden zur Zeit neu evaluiert, siehe oben): 200 µg / Tag</li> </ul> </li> <li>• Für Patientinnen und Patienten, die Antikoagulantien einnehmen bestand bereits vor Stretto III ein Warnhinweis. Dieser ist auch weiterhin vorgesehen. Die Sicherheit von Vitamin K bei gesunden Personen ist mit dieser möglichen Wechselwirkung nicht tangiert.</li> </ul> <p>In Anbetracht dieser Überlegungen (Sicherheit, europäisches Umfeld) ist die in der Schweiz für NEM bis anhin gültige Höchstmenge für Vitamin K von 225 µg / Tag als absolut sicher und sinnvoll zu bezeichnen.</p>	
Anhang 1, Teil A	<p><b>Folsäure Schwangerschaft</b></p> <p>Der vorgeschlagene Wert für Folsäure liegt bei 750 µg und unterscheidet nicht mehr zwischen Schwangeren bzw. Frauen mit Kinderwunsch und der restlichen Bevölkerung.</p> <p>Eine aktuelle Studie von Obeid et al (2018)<sup>13</sup> zeigt allerdings, dass für die spezifische Zielgruppe der schwangeren Frauen / Frauen mit Kinderwunsch die bisherige Höchstmenge von 800 µg begründet ist. Diese randomisierte Studie untersuchte die Wirksamkeit der täglichen Supplementierung mit 400 oder 800</p>	<p><b>Höchstmenge</b></p> <p>Folsäure für Schwangere/Frauen mit Kinderwunsch: 800µg</p>

<sup>13</sup> Obeid R, Schön C, Wilhelm M, Pietrzik K, Pilz S. The effectiveness of daily supplementation with 400 or 800 µg/day folate in reaching protective red blood folate concentrations in non-pregnant women: a randomised trial. Eur J Nutr. 2018; 57(5): 1771-1780.

	<p>µg/Tag beim Erreichen der schützenden Folatkonzentration der roten Blutkörperchen (RBC) von &gt;906 nmol/L für nicht schwangere Frauen im reproduktiven Alter (WHO-Leitlinien, 2015, basierend auf Daly et al.)<sup>14</sup>. Die Serum- und RBC-Folatkonzentrationen stiegen nach der Supplementierung mit 400 µg/Tag Folsäure für vier bis sechs Wochen an, aber die meisten Frauen hatten immer noch Werte von RBC-Folat unter 906 nmol/L. Die höhere Folsäuremenge (800 µg/Tag) schien effektiver als 400 µg/Tag zu sein und der Folsäurezustand wurde innerhalb von vier bis acht Wochen verbessert. Dies ist besonders wichtig für Frauen mit einem RBC-Folatspiegel unter dem Bevölkerungsdurchschnitt.</p> <p>Typischerweise liegen die Bevölkerungsdurchschnitte für RBC-Folat bei 500-600 nmol/L in Deutschland, 460 nmol/L in den Niederlanden, 535 nmol/L in Großbritannien und 468 nmol/L in Irland. Obwohl die Werte bei Erwachsenen aus Ländern mit weit verbreiteter Anreicherung von Lebensmitteln tendenziell höher sind, war nur die Verwendung von 800 µg/Tag Folsäure in Nahrungsergänzungsmitteln mit dem Erreichen des empfohlenen Schwellenwerts von ≥ 906 nmol/L verbunden.</p> <p>Die Untersuchung von Obeid et al. liefert Basisdaten über die Studienpopulation: von den Frauen galten 6,1% nach der klassischen Definition als defizitär (RBC-Folat &lt; 340 nmol/L), während 88% einen Ausgangswert &lt; 906 nmol/L hatten, der mit einem hohen Risiko für Neuralrohrdefekte (NTDs) verbunden ist.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Beobachtungen über den Folsäure-Ernährungszustand von Frauen im gebärfähigen Alter und der typischen mittleren Aufnahme von Folsäure in Europa von 251 bis 398 µg/Tag erscheint ein Folsäuregehalt von 800 µg/Tag in Nahrungsergänzungsmitteln angemessener, da er eine Überlegenheit bei der Erhöhung des Folsäure-Status und der Verkürzung der Zeit, die benötigt wird, um einen optimalen RBC-Blutfolatspiegel zu erreichen, aufweist.</p> <p>Die Supplementierung mit 800 µg/Tag Folsäure hat sich als sicher erwiesen, dürfte den UL nicht überschreiten und den Zeitraum für das Erreichen der Schwelle von 906 nmol/L effektiv verkürzen (Brämwig et al. 2009)<sup>15</sup>. Dieser Schwellenwert ist wichtig, da das Risiko einer von NTD betroffenen Schwangerschaft bei Frauen mit einer RBC-Folatkonzentration von mehr als 906 nmol/L am geringsten ist.</p>	
--	--	--

<sup>14</sup> Daly L, Kirke P, Molloy A, Weir DG, Scott JM. Folate levels and neural tube defects. Implications for prevention. JAMA. 1995; 274: 1698-1702.

<sup>15</sup> Brämwig S, Prinz-Langenohl R, Lamers Y, Tobolski O, Wintergerst E, Berthold H, Pietrzik K. Supplementation with a multivitamin containing 800 µg folic acid shortens the time to reach the preventive red blood cell folate concentration in healthy women. Int J Vitam Nutr Res. 2009; 79: 61-70.



	<p>Wir beantragen daher für Schwangere die Beibehaltung der Höchstmenge von 800µg für Folsäure.</p> <p><u>Hinweis:</u> Dieser Antrag entfällt, wenn die Höchstmenge für Folsäure aus Stoff der 2. Gruppe nach SANI Vorschlag angepasst wird (Split 3:1 entfällt).</p>	
Anhang 1, Teil A	<p><b>Eisen für Schwangere und Stillende</b></p> <p>In Vernehmlassungsentwurf des BLV fehlt eine Angabe für die maximal zugelassene Eisenmenge für schwangere und stillende Frauen. Im Anhang 1 der Verordnung des EDI über Nahrungsergänzungsmittel (VNem) vom 16. Dezember 2016 war bis anhin für schwangere und stillende Frauen eine Höchstmenge von 30 mg Eisen festgelegt, welches im Produkt enthalten und auf der Etiketle ausgelobt werden durfte.</p> <p>Schwangere und stillende Frauen haben einen erhöhten Eisenbedarf. Die WHO empfiehlt für schwangere Frauen aktuell eine tägliche Zufuhr von Eisen zwischen 30-60 mg in Form von oralen Supplementen<sup>16</sup>.</p> <p>Milman et al.<sup>17</sup> kommen in ihrer Arbeit zum Schluss, dass schwangere Frauen in Industrieländern eine tägliche Eisenzufuhr von 30-40 mg, Schwangere in Entwicklungsländern 60 mg Eisen pro Tag supplementiert erhalten sollten.</p> <p>Wir beantragen daher, dass im Einklang mit der WHO-Empfehlung die bereits im Anhang 1 der Verordnung des EDI über Nahrungsergänzungsmittel (VNem) vom 16. Dezember 2016 festgelegte und zugelassene Höchstmenge von Eisen für schwangere und stillende Frauen auch wieder in die neue VNem aufgenommen wird. Da durch Art. 3 Abs. 3 nun klargestellt werden soll, dass die Höchstmenge nicht deklariert werden kann, 30 – 40 mg für Schwangere und Stillende jedoch empfohlen sind, schlagen wir eine Höchstmenge von 40 mg vor.</p>	<p><b>Höchstmenge</b></p> <p>Eisen für schwangere und stillende Frauen: 40 mg</p>
Anhang 1, Teil A	<p><b>Jod</b></p> <p>SANI begrüsst, dass für Jod die besondere Versorgungslage in der Schweiz berücksichtigt wurde und findet die vom BLV vorgeschlagenen Mengen</p>	

<sup>16</sup> Daily iron and folic acid supplementation during pregnancy, e-Library of Evidence for Nutrition Actions (eLENA), World Health Organisation (WHO), [www.who.int/elena/titles/daily\\_iron\\_pregnancy/en/](http://www.who.int/elena/titles/daily_iron_pregnancy/en/), Zugriff: 27.06.2019

<sup>17</sup> Milman N. Oral iron prophylaxis in pregnancy: Not too little and not too much! J Pregnancy 2012; 514345

	<p>nachvollziehbar und sinnvoll, auch im Hinblick auf die im Markt vorherrschende Jodanreicherung von Salz.</p> <p><u>Alternativ</u> schlagen wir aus Kohärenzgründen innerhalb unseres vorgeschlagenen Höchstmengenkonzepts vor, dass auch hier auf den Split (hier 1:1) zwischen Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln verzichtet wird und eine Höchstmenge von 400 µg in Nahrungsergänzungsmitteln (sowie Lebensmitteln für Sportler) angewendet wird. Für angereicherte Lebensmittel würde dann der NRV von 150 µg weiterhin gelten.</p>	
Anhang 1, Teil A	<p><b>Zink</b></p> <p>Die in Stretto III für Zink berechnete Höchstmenge gilt berechnungstechnisch als „Spezialfall“ und soll sich daher am Bedarf (NRV) orientieren. Die für die Verwendung von Zink in NEM berechnete Menge „R“ liege unter dem DACH-Referenz-Wert – und somit solle der Höchstwert für Zink maximal beim aktuellen DACH-Wert liegen.</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass in diesem Fall der UL des IOM und der GL (EVM, 2003)<sup>18</sup> bei der Berechnung von R ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Dies in Anbetracht von verschiedenen Diskussionen in Zusammenhang mit Wechselwirkungen und neuen Betrachtungen zum Referenzwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat 2019 die Referenzwerte für Zink überarbeitet und angehoben. Die empfohlene Zinkzufuhr wird neu in Abhängigkeit der Phytatzufuhr angegeben (DGE, 2019)<sup>19</sup>. <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine hohe Phytatzufuhr kann die Zinkaufnahme im Darm um bis zu 45% reduzieren. Viel Phytat enthält eine Ernährungsweise, die z.B. reich an Vollkorngetreide, Hülsenfrüchten oder Nüssen ist. Um eine ausreichende Zinkzufuhr auch bei einer hohen Phytatzufuhr zu gewährleisten, hat die DGE die empfohlene Zufuhr für diese Personen die empfohlene Zinkzufuhr deutlich auf 16 mg Zink (Männer) sowie 10 mg Zink (Frauen) angehoben.</li> <li>Zu den Bevölkerungsgruppen, die erfahrungsgemäss einen schlechten Versorgungszustand mit Zink aufweisen, gehören beispielsweise auch Vegetarier und Senioren. Gemäss einer Studie in akutgeriatrischen Universitätsklinik Basel wiesen rund 60% der</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Höchstmenge</b></p> <p>Zink: <del>40mg</del> 20mg</p>

<sup>18</sup> Expert Group on Vitamins and Minerals. Safe upper levels for vitamins and minerals. 2003; UK: Food Standards Agency. <https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf>

<sup>19</sup> <https://www.dge.de/wissenschaft/weitere-publikationen/faqs/zink/>

	<p>akut erkrankten Betagten bei Eintritt ins Spital einen Zinkmangel auf(Seiler, 2006)<sup>20</sup>.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Laut der deutschen Nationalen Verzehrs Studie (NVS II) wird die empfohlene Zinkzufuhr von vielen Personen nicht erreicht. Die Zinkzufuhr ist bei 32% der Männer und 21% der Frauen unzureichend. In der Altersgruppe ab 65 Jahren erreichen sogar 44% der Männer nicht die empfohlene Zufuhr für Zink. Zudem kommt noch, dass bei diesen Daten die Phytatzufuhr nicht berücksichtigt wurde.</li> <li>• Die langfristig tägliche tolerierbare Zink-Zufuhrmenge (UL) beträgt für Zink gemäss der EFSA 25 mg. <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grund für die Festlegung des UL-Wertes für Zink ist die seit langem bekannte Wechselwirkung von langfristig höheren Zinkgaben auf den Kupfer-Haushalt (Wirkung auf kupferhaltige Enzyme, Kupfermangel). Allerdings beginnen diese Wechselwirkungen von Zink auf den Kupfer-Stoffwechsel weder bei täglichen Zinkgaben von 25 mg (=UL) und auch nicht bei 30 mg (=NOAEL), sondern bei 40-50 mg / Tag. Dies zeigt eine Arbeit des US Departments of Health and Human Services (2005)<sup>21</sup>,: “the available studies of volunteers identify 40–50 mg supplemental zinc/day as the level at which subtle changes in copper containing enzymes begin to be seen. This effect level is supported by other studies that collectively identify a no-observed-adverse-effect level (NOAEL) of 30 mg supplemental zinc/day for changes in copper-containing enzyme levels in adult men.”</li> </ul> </li> </ul> <p>Diese Wechselwirkung von Zink und Kupfer besitzt allerdings im medizinischen Alltag keinerlei klinische Relevanz und wird zudem äusserst selten festgestellt. Es handelt sich um eine „milde und reversible Nebenwirkung“.</p> <p>Die Situation ist vergleichbar mit dem Spezialfall Magnesium: Der UL-Wert (EFSA) für Magnesium liegt bei 250 mg Magnesium / Tag. Der Wert wurde so angesetzt, da bei dieser Dosierung bereits laxative Effekte beobachtet werden können. Bei dieser Nebenwirkung handelt es sich ebenfalls um eine „milde und reversible Nebenwirkung“. Die bisher in NEM's zugelassene tägliche Maximalmenge beträgt 375 mg Magnesium (neu geplante Höchstmenge: 350 mg Magnesium). Diese Maximalmengen liegen also – trotz der milden Nebenwirkungen – deutlich über dem UL. Dies erachten wir als durchaus sinnvoll.</p>	
--	---	--

<sup>20</sup> Seiler W. Zinkmangel – oft verkannt bei alten Patienten, Ars Medici, 2006;17:807-810

<sup>21</sup> Toxicological Profile for Zinc, August 2005, S.1-352: <https://www.atsdr.cdc.gov/toxprofiles/tp60.pdf>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemäss einer Übersicht über die Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe liegt die Höchstmenge für Zink in Frankreich und Italien bei 15 mg, in Belgien bei 22.5 mg und in Norwegen bei 25 mg. Lediglich in Dänemark liegt die Höchstmenge bei 8 mg.</li> </ul> <p>Aufgrund der oben genannten Argumente halten wir es für vertretbar, bei Zink den UL von IOM von 40 mg anzuwenden und somit eine Höchstmenge von 20 mg festzulegen. Dies ist in Einklang mit anderen europäischen Ländern und dem GL von EVM (25 mg), trägt den bekannten Wechselwirkungen mit Kupfer Rechnung und verursacht allenfalls milde reversible Nebenwirkungen.</p>	
Anhang 1	<p>Die Tageshöchstmenge für <b>Coffein</b> ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körpertgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht:  <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p> <p><b>Relevante Textstellen aus dem EFSA Dokument</b></p> <p><i>Caffeine intakes from all sources up to 400 mg per day (about 5.7 mg/kg bw per day for a 70-kg adult) consumed throughout the day do not give rise to safety concerns for healthy adults in the general population, except pregnant women (see below).</i></p> <p><i>Pregnant women</i>  <i>Caffeine intakes from all sources up to 200 mg per day consumed throughout the day by pregnant women in the general population do not give rise to safety concerns for the fetus.</i>  <i>«Other common constituents of “energy drinks” at the doses commonly present in such beverages and/or moderate habitual alcohol consumption would not affect the safety of habitual caffeine consumption up to 400 mg per day.”</i></p>	<p><b>Höchstmenge</b>  Coffein <del>200</del> 400 mg</p>
Anhang 1	<p>Der Nährstoff <b>Astaxanthin</b> soll gestrichen werden, weil er in der VO über neuartige LM geregelt sein sollte (SR 817.022.2). Gemeint ist dann aber der Bezug auf die EU Novel Food Verordnung (EU) 2015/2283 in Verbindung mit der</p>	<p><b>Höchstmenge</b>  Astaxanthin 5 mg</p>

	Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470. In letzterer ist Astaxanthin jedoch nur gelistet für Nahrungsergänzungsmittel. Das würde bedeuten, dass Astaxanthin in Lebensmitteln für Sportler nicht mehr zugelassen ist, es sei denn man liest Art 38.1.b.1 i.V.m. Art 37 b VLBE derart, dass Nahrungsergänzungsmittel genau diese Bedingungen erfüllen. Ähnlich ist es beim Lycopin (siehe unten).	<b>Alternativ</b> an anderer Stelle explizit klären, dass die Zulassung eines Stoffes gemäss der EU Unionsliste (EU) 2017/2470 für Nahrungsergänzungsmittel auch als Zulassung für den Einsatz in Lebensmittel für Sportler nach Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE gilt.								
Anhang 1	<b>L-Carnitin</b> In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES ist die Tageshöchstmenge 2000 mg, in Länder wie z.B. DE, BE gibt es gar keine Tageshöchstmenge. Wenn keine wissenschaftlich begründeten Sicherheitsbedenken bestehen, sollte für L-Carnitin eine Angleichung an EU-Länder, die einen höheren Wert vorsehen, vorgesehen werden. So wird in den Erläuterungen auch für die Anpassung des Tageshöchstwerts von Coenzym Q10 argumentiert.	<b>Höchstmenge</b> L-Carnitin <del>4000</del> 2000 mg								
Anhang 1	<b>DHA, EPA und DHA + EPA</b> In der aktuellen Situation besteht eine Kollision von in Anhang 1 VNEM aufgeführten Höchstmengen für DHA + EPA von 3000 mg und der Mindestmenge für die zugelassene gesundheitsbezogene Angabe gemäss LIV Anhang 14 LIV „DHA und EPA tragen zur Aufrechterhaltung eines normalen Blutdrucks bei.“ für Lebensmittel, deren Konsum eine tägliche Aufnahme von 3 g DHA und EPA gewährleistet. Ebenso ist 450 mg derzeit die erlaubte Höchstmenge für Nahrungsergänzungsmittel für schwangere und stillende Frauen gemäss VNem Anhang 1 und gleichzeitig wäre es die Mindestanforderung für diverse Claims (für Fötus und Säugling) gemäss LIV Anhang 14 „wenn zusätzlich zu der für Erwachsene empfohlenen Tagesdosis an Omega-3-Fettsäuren (d. h. 250 mg DHA und EPA) täglich 200 mg DHA eingenommen werden“.  Die festgelegten Höchstmengen, die eine Überdosierung zum Ausgleich von Verlusten und Messunsicherheiten nicht erlauben (Informationsschreiben 7/2017 und EU Toleranzen Leitfaden) verhindern damit in der Schweiz die Verwendung dieser gesundheitsbezogenen Angaben für DHA und DHA + EPA.  In LIV Anhang 14 ist bei den Claims für EPA und DHA in Einklang mit dem EU-Recht ein Warnhinweis erforderlich, dass die Gesamtaufuhr täglich 5 g nicht überschreiten darf. Dies ist ein Widerspruch zur derzeitigen Höchstmenge von	<table><tr><td colspan="2"><b>ANHANG 1</b></td></tr><tr><td>EPA+ DHA als Summe</td><td><del>3000</del>5000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen</td></tr><tr><td>EPA</td><td>1800 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen</td></tr><tr><td>DHA</td><td><del>250</del>1000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen</td></tr></table>	<b>ANHANG 1</b>		EPA+ DHA als Summe	<del>3000</del> 5000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen	EPA	1800 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen	DHA	<del>250</del> 1000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen
<b>ANHANG 1</b>										
EPA+ DHA als Summe	<del>3000</del> 5000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen									
EPA	1800 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen									
DHA	<del>250</del> 1000 mg 450 mg für schwangere und stillende Frauen									

	<p>3000 mg gemäss VNEM Anhang 1. Die Höchstmenge sollte auf 5000 mg plus 20% Toleranz festgelegt werden.</p> <p>Für schwangere und stillende Frauen sollte eine Höchstmenge von 562.5 mg (450 mg plus 20% Toleranz) für EPA + DHA als Summe oder als Monopräparat erlaubt sein. Bis zu dieser Höhe konnte bei Schwangeren kein erhöhtes Blutungsrisiko festgestellt werden. Die Sicherheit sowohl der Kombination von EPA + DHA als auch derjenigen von EPA und DHA als Monopräparat ist mit diesen Dosierungen gemäss EFSA gewährleistet:</p> <p><i>Supplemental intakes of EPA and DHA combined at doses up to 5g /day, and supplemental intakes of EPA alone up to 1.8 g/ day do not raise safety concerns for adults.</i></p> <p><i>Dietary recommendations for EPA and DHA based on cardiovascular risk considerations for European adults are between 250 and 500 mg/day .</i></p> <p><i>Supplemental intakes of DHA alone up to about 1g /day do not raise safety concerns for the general population. No data are available for DPA when consumed alone . (EFSA, 2012)<sup>22</sup></i></p> <p>Auf jeden Fall sind für schwangere und stillende Frauen die Höchstmengen derart zu wählen, dass auch mit Monopräparaten von DHA die bei einer Dosierung von 450mg erlaubten Health Claims überhaupt erreicht werden können. Wir schlagen, 562.5 mg DHA vor – dies ergäbe bei unserem Vorschlag des maximal deklarierbaren Wertes eine auslobbare und deklarierbare Höchstmenge von 450mg.</p> <p>Für EPA-Monoprodukte (ohne möglichen Claim) sollten gleiche Werte angenommen werden, um Missverständnisse zu vermeiden.</p>									
Anhang 1 Anhang 2	<p><b>Carotinoid Lycopin</b></p> <p>Das Carotinoid Lycopin wurde aus diesem Anhang gestrichen mit der Begründung, es sei über die Unionsliste als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln auch in der Schweiz zugelassen.</p> <p>Das ist nicht ganz richtig. Es wird übersehen, dass Lycopin bereits vor dem 15. Mai 1997 in Nahrungsergänzungsmitteln auf dem EU Markt konsumiert wurde. Die EU Unionsliste erlaubt Lycopin aus drei Quellen: aus Tomaten, aus dem Pilz</p>	<table><tr><td>ANHANG 1</td><td></td></tr><tr><td>Carotinoid Lycopin</td><td>15 mg</td></tr><tr><td>ANHANG 2</td><td></td></tr><tr><td>Zulässige Verbindung</td><td>Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus</td></tr></table>	ANHANG 1		Carotinoid Lycopin	15 mg	ANHANG 2		Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus
ANHANG 1										
Carotinoid Lycopin	15 mg									
ANHANG 2										
Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus									

<sup>22</sup> <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815>

	<p>Blakeslea trispora und Lycopin aus Synthese. Nur die beiden letzteren sind in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen.</p> <p>Zum Beispiel ist Lycopene oleoresin from tomatoes für die Verwendung in Lebensmitteln in der Unionsliste gelistet, aber nicht für Nahrungsergänzungsmittel. Der Grund für diese Auslassung ist, dass Lycopin Oleoresin schon vor dem 15.05.1997 in Nahrungsergänzungsmitteln verwendet worden ist. Mit der vorgeschlagenen Streichung von Lycopin aus Anhang 1 würde für diese Form von Lycopin keine Höchstmenge mehr gelten.</p> <p>Grundsätzlich ist die Festlegung einer konkreten Höchstmenge für Lycopin von 15 mg zu begrüßen. Dies führt zu mehr Rechtssicherheit.</p> <p>Diese Festlegung kann mit einer Spezifizierung der zugelassenen Verbindung/Form in Anhang 2 verbunden werden oder offen bleiben, da dies mit der Zulassung neuartiger Formen auf die Unionsliste über die Verordnung über neuartige Lebensmittel erfolgt.</p>	<div>dem Pilz Blakeslea trispora</div>
Anhang 1	<p>Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (z.B. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es führt zu widersprüchlichen Informationen, wenn z.B. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet</p>	<p>Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (zb. ab 100%NRV).</p>
Anhang 1, Teil A - Zusammenfassung	<p>Aus den einleitenden Überlegungen zum Höchstmengenkonzept und den oben erwähnten Bemerkungen zu den einzelnen Stoffen ergeben sich <b>Abweichungen für die Höchstmengen der folgenden Vitamine und Mineralstoffe im Vergleich zu der Vorlage vom BLV</b> (siehe auch Übersicht im <u>Anhang</u> zu dieser Stellungnahme):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Folsäure (inklusive Folsäure für Schwangere – 800 µg)</li> <li>• Niacin</li> <li>• Vitamin A</li> <li>• Vitamin B6</li> <li>• Vitamin C</li> <li>• Vitamin D</li> <li>• Vitamin E</li> <li>• Vitamin K</li> <li>• Chrom</li> <li>• Eisen</li> </ul>	<p><b>1 Vitamine</b></p> <p>Beta-Carotin (Provitamin A) 9,6 mg</p> <p>Biotin keine</p> <p>Folsäure <del>750</del> 1000 µg</p> <p>Niacin <del>600</del> 800 mg; 10 mg als Nicotinsäure und Inositolhexanicotinat (Summe)</p> <p>Pantothensäure keine</p> <p>Riboflavin (Vitamin B2) keine</p> <p>Thiamin (Vitamin B1) keine</p> <p>Vitamin A <del>4000</del> 1200 µg</p> <p>Vitamin B6 <del>45</del> 20 mg</p> <p>Vitamin B12 keine</p> <p>Vitamin C <del>750</del> 1000 mg</p> <p>Vitamin D <del>60</del> 80 µg</p> <p>Vitamin E <del>75</del> 270 mg</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eisen</li> <li>• Eisen für Schwangere und Stillende</li> <li>• Kalium</li> <li>• Molybän</li> <li>• Selen</li> <li>• Zink</li> </ul>	Vitamin K <del>75</del> 225 µg . <b>2 Mineralstoffe</b> Bor 1 mg Calcium 1000 mg Chrom <del>480</del> 240 µg Eisen <del>24</del> 28 mg / 40 mg für Schwangere und Stillende Jod 200 µg Kalium <del>2250</del> 3000 mg Kupfer 2 mg Magnesium 350 mg Mangan 4 mg Molybdän <del>300</del> 400 µg Selen <del>465</del> 220 µg Silicium keine Zink <del>40</del> 20 mg
Anhang 1, Teil B	<p>Aus den einleitenden Überlegungen zum Höchstmengenkonzept, den oben erwähnten Bemerkungen zu den einzelnen Stoffen und als Folge von den vorgeschlagenen Deklarationshöchstmengen in Art. 3 Abs. 3 VNem (siehe oben) für Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe, ergeben sich <b>Abweichungen für die Höchstmengen bei allen Aminosäuren und sonstigen Stoffen im Vergleich zu der Vorlage vom BLV</b> (siehe auch Übersicht im <u>Anhang</u> zu dieser Stellungnahme). Die Höchstmengen für diese Stoffe müssen um 20% erhöht werden, damit die erforderliche Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt. Bereits heute sind noch nach der alten geltenden Rechtslage Produkte auf dem Schweizer Markt, die bis zu diesen Höhen überdosiert sind, um die deklarierten Mengen einhalten zu können. Ein Sicherheitsproblem besteht nicht. Der Vorschlag dient ausschliesslich der Verhinderung einer unnötigen Anpassung von Rezepturen aufgrund der Beachtung des EU Toleranz Leitfadens und Informationsschreibens des BLV.</p>	<b>1 Aminosäuren</b> L-Arginin <del>2500</del> 3125 mg L-Citrullin <del>4000</del> 1250 mg L-Glutamin <del>40</del> 12.5 g Glycin <del>5</del> 6.25 g L-Histidin <del>600</del> 750 mg L-Isoleucin <del>4200</del> 1500 mg L-Leucin <del>2400</del> 3000 mg L-Lysin <del>4800</del> 2250 mg L-Methionin + L-Cystein (Summe) <del>900</del> 1125 mg L-Ornithin <del>2000</del> 2500 mg L-Phenylalanin + L-Tyrosin (Summe) <del>4500</del> 1875 mg L-Threonin <del>900</del> 1125 mg L-Tryptophan <del>240</del> 300 mg L-Valin <del>4600</del> 2000 mg <b>2 Sonstige Stoffe, ohne Aminosäuren</b> Alpha-Linolensäure (n-3) <del>2000</del> 2500 mg Astaxanthin 5 mg Beta-Alanin <del>3,2</del> 4 g



		<p> Betain <del>4500</del> 1875 mg  Carotinoid Lutein <del>40</del> 12.5 mg  Carotinoid Lycopin 18.75 mg  Carotinoid Zeaxanthin <del>2</del> 2.5 mg  Cholin <del>550</del> 687.5 mg  Chondroitinsulfat <del>500</del> 625 mg  L-Carnitin <del>4000</del>-2500 mg  Coenzym NADH <del>20</del> 25 mg  Coenzym Q 10 <del>200</del> 250 mg  Coffein <del>200</del>-500 mg; oder 3 mg/kg Körpergewicht  Docosahexaensäure (DHA) <del>250</del> 1250 mg / 562.5 mg Für schwangere und stillende Frauen.  Eicosapentaensäure (EPA) 2250 mg / 562.5 mg Für schwangere und stillende Frauen  Eicosapentaensäure (EPA) + Docosahexaensäure (DHA) (als Summe) (langkettige n-3) <del>3000</del> 6250 mg / <del>450</del> 562.5 mg Für schwangere und stillende Frauen.  Glucosamin <del>750</del> 937.5 mg  Hesperidin <del>430</del> 537.5 mg  Inositol <del>4000</del> 1250 mg  Isoflavone <del>50</del> 62.5 mg (bezogen auf das Aglykon)  Katechine, Epigallocatechingallat (EGCG) <del>90</del> 112.5 mg (berechnet als EGCG)  konjugierte Linolsäure (CLA) <del>3</del> 3.75 g  Kreatin <del>3</del> 3.75 g  Lactase keine  Lactulose <del>40</del> 12.5 g  Lebende Bakterienkulturen keine Linolsäure (n-6) <del>40</del> 12.5 g  Linolsäure (n-6) <del>40</del> 12.5 g  Methylsulfonylmethan (MSM) <del>4000</del> 1250 mg  Oligomere Proanthocyanidine (OPC) <del>450</del> 187.5 mg  Taurin <del>4000</del> 1250 mg  Wasserlösliches Tomatenkonzentrat (WSTC I) <del>3</del> 3.75 g </p>
--	--	---

		Wasserlösliches Tomatenkonzentrat (WSTC II) <del>150</del> 187.5 mg
--	--	--

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 11 Teil A	<p>Die Begriffe oder Kategorien (v.a. Kaffeemittel, Säuglingsnahrung, Beikost, Kekse, ähnlich Kekse) sind nicht eindeutig. Zudem sollte anstelle der alphabetischen Aufzählung die Systematik und der Aufbau aus der EU-Verordnung übernommen werden (Anhang VI EU 2017/2158 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32017R2158">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32017R2158</a>). Ausserdem sind bezüglich der rechtlichen Begriffe diejenigen aus den Schweizer LM-Verordnungen zu verwenden.</p> <p>Eine Präzisierung der Begriffe ist auch deshalb erforderlich, weil bereits die zugrundeliegende EU-Verordnung Nr. 2017/2158 in sich nicht konsistent ist, v.a. bezüglich der "Säuglingsnahrung":</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Art. 1 (Geltungsbereich) wird "Säuglingsnahrung" nicht erwähnt, im Anhang IV (Richtwerte) hingegen schon.</li> <li>- Im Anhang IV (Richtwerte) ist "Säuglingsnahrung, Getreidebeikost für Säuglinge und Kleinkinder, ausgenommen Kekse und Zwieback (3)" als Kategorie aufgeführt, wobei auf die Definitionen in der EU-Verordnung Nr. 609/2013 verwiesen wird. Dort ist der Begriff "Säuglingsnahrung" jedoch nicht definiert.</li> <li>- In Anhang I der EU-Verordnung EU- Verordnung Nr. 2017/2158 werden Massnahmen für verschiedene Lebensmittelkategorien genannt, so z.B. für "III. Babykekse und Säuglingsgetreidekost" und "IX. Säuglingsnahrung in Gläsern (säurearme Lebensmittel auf Pflaumenbasis)". Dabei ist unklar, ob es sich um einen abschliessenden Massnahmenkatalog handelt oder lediglich um Beispiele.</li> </ul>	<p>Darstellung der Richtwerte in Anhang 11 Teil A gemäss Anhang VI Verordnung EU 2017/2158</p> <p>Präzisierung der Begriffe und Kategorien (v.a. Kaffeemittel, Säuglingsnahrung, Beikost, Kekse, ähnlich Kekse)</p> <p>Das in Aussicht gestellte Informationsschreiben zur Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen soll im Sinne einer Wegleitung Klarheit darüber geben, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.</p>


## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 5 Bst. c	<p>Diese Sichtfeldregelung wird von den Konsumenten in der Schweiz nicht gefordert. In der Schweiz werden Artikel, im Unterschied zu der EU, häufig mit Unterbahn- <u>und</u> Oberbahnnetiketten ausgezeichnet. Die Oberbahnnetikette ermöglicht dem Kunden einen schnellen Überblick über die wichtigsten Produkteigenschaften, u.a. sind die Mengenangaben prominent zusammen mit der Produktbezeichnung und dem Verbrauchsdatum präsentiert. Eine nochmalige Mengenabgabe auf der Unterbahnnetikette zusammen mit der Sachbezeichnung ist redundant und bringt dem Kunden keinen Mehrwert, i.B. da sich der Kunde beim Kaufentscheid in erster Linie an der Produkt- und nicht an der Sachbezeichnung orientiert.</p> <p>Die Möglichkeit, die Sachbezeichnung und die Mengenangabe im gleichen Sichtfeld anzubringen, soll freiwillig bleiben. Die vorgeschlagene Anpassung an das EU-Recht ist nicht erforderlich, ein Handelshemmnis ergibt sich aus dieser fehlenden Vorgabe im Schweizer Recht nicht.</p>	<p>Streichen</p> <p><del>e. die Mengenangaben nach den Vorschriften der Mengenangabeverordnung vom 5. September 2012.</del></p>
42a	<p>Wir begrüßen die Möglichkeit einer Auslobung und Belohnung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p>	<p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li>b. <del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausloben.</del></li> <li>c. Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <del>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</del>-verwendet.</li> </ul> <p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker“</li> <li>b. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz“</li> </ul>

	Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant	
Anhang 2	<p>Der Hinweis «kann bei übermässigem Verzehr abführend wirken» ist gemäss Art. 3 Abs. 7 VNem ist auch bei Nahrungsergänzungsmitteln erforderlich, wenn diese mehrwertige Alkohole enthalten. Da für Nahrungsergänzungsmittel eine fixe Tagesportion festgelegt ist und diese üblicherweise nur in kleinen Mengen konsumiert werden (20 g pro Tag oder deutlich weniger), erfolgt bei bestimmungsmässigem Gebrauch keine abführende Wirkung. Der Hinweis könnte umgekehrt sogar implizieren, dass durchaus mehr als die empfohlene Tagesdosis eingenommen werden kann, was je nach Dosierung der Inhaltsstoffe negative gesundheitliche Folgen haben könnte. Somit sollte der Hinweis bei Nahrungsergänzungsmitteln nicht angebracht werden müssen, wenn die damit zugeführte Menge Polyole eine bestimmte Menge nicht überschreitet. Dies in Analogie zu den Bestimmungen, die bei den Arzneimitteln angewendet werden, welche im Anhang 3a „Pharmazeutische Hilfsstoffe von besonderem Interesse“ der Arzneimittel-Zulassungsverordnung (AMZV) festgelegt sind. Gemäss diesem Anhang betragen die Schwellenwerte für die meisten Zuckeralkohole 10 g pro Tag.</p>	<p>Anpassung von Ziffer 2.4, Spalte "Angabe/Warnhinweis":  <i>"Bei Nahrungsergänzungsmitteln kann der Hinweis entfallen, wenn mit der Tagesdosis nicht mehr als 10 g Zuckeralkohole aufgenommen werden."</i></p>
Anhang 13	<p>Auf dem Markt gibt es verschiedene Produkte mit dem Hinweis „low carb“ oder „kohlenhydratarm“. An welchen Vorgaben diese Angabe zu messen ist, ist im Vollzug unklar.</p> <p>Die Zulassung einer entsprechenden nährwertbezogenen Angabe würde hier Klarheit bringen: ein solcher Claim könnte analog den anderen Claims, unterteilt in feste und flüssige Lebensmittel, aufgebaut werden, wobei der zulässige Kohlenhydrat-Gehalt bei festen Lebensmittel doppelt so hoch wie bei den flüssigen Lebensmitteln sein sollte. Gemäss den Empfehlungen der SGE für eine Zufuhr von Kohlenhydrate von 250 g pro Tag, davon max. 50 g in Form von zugesetztem Zucker und der Tatsache, dass „Zuckerarm“ bei festen Lebensmitteln nicht mehr als 5 g Zucker pro 100 g bedeutet, schlagen wir als Bedingung für die Verwendung einer Angabe „kohlenhydratarm“ einen</p>	<p><b>Kohlenhydratarm</b>  Die Angabe, ein Lebensmittel sei kohlenhydratarm, sowie jegliche Angabe, die für die Konsumentinnen und Konsumenten voraussichtlich dieselbe Bedeutung hat, ist nur zulässig, wenn das Produkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- im Falle von festen Lebensmitteln nicht mehr als 12.5 g Kohlenhydrate/ 100 g enthält;</li> <li>- im Falle von flüssigen Lebensmitteln nicht mehr als 6.25 g Kohlenhydrate/ 100 ml enthält.</li> </ul>

	<p>Ansatz 10% von 250g Kohlenhydrate mit einem Zuschlag von einen Sicherheitsfaktor von 2 vor.</p> <p><u>Alternativ</u> sollte für die Verwendung und Bewertung einer Angabe „kohlenhydratarm“ oder „Low carb“ eine Interpretationshilfe erstellt werden.</p>	
Anhang 14	<p>Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können. Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:</p> <p>Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.</p> <p>Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN</a></p> <p>Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden.</p>	Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Es wäre ein „Schweizer Vorteil“, wenn das Bewilligungsverfahren beim BLV für die Antragssteller transparent und mit nachvollziehbaren Timelines aufgebaut wäre.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Der Wortlaut betreffend die Übertragung von Zusatzstoffen ist nicht mit der EU harmonisiert. Übernahme des Wortlauts von Artikel 18, VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008	<p>Übertragung von Zusatzstoffen (Carry-over)</p> <p>(1) Ein Lebensmittelzusatzstoff darf enthalten sein</p> <p>a) in einem zusammengesetzten Lebensmittel, das nicht in Anhang II aufgeführt ist, falls der Zusatzstoff in einer der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist;</p> <p>b) in einem Lebensmittel mit zugesetzten Lebensmittelzusatzstoffen, -enzymen oder -aromen, falls der Zusatzstoff</p> <p style="padding-left: 40px;">i) nach dieser Verordnung im Lebensmittelzusatzstoff, -enzym oder -aroma zugelassen ist und</p> <p style="padding-left: 40px;">ii) durch den Lebensmittelzusatzstoff, das Lebensmittelenzym oder das Lebensmittelaroma in das Lebensmittel übertragen worden ist und</p> <p style="padding-left: 40px;">iii) in dem endgültigen Lebensmittel keine technische Funktion erfüllt;</p> <p>c) in einem Lebensmittel, das ausschließlich für die Zubereitung eines zusammengesetzten Lebensmittels verwendet wird, sofern Letzteres dieser Verordnung genügt.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt nur in ausdrücklichen Ausnahmefällen für Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost sowie diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder gemäß der Richtlinie 89/398/EWG.</p> <p>(3) Wird ein Lebensmittelzusatzstoff in einem Lebensmittelaroma, -zusatzstoff oder -enzym einem Lebensmittel zugefügt und erfüllt in diesem Lebensmittel</p>

		<p>eine technische Funktion, so gilt er nicht als Lebensmittelzusatzstoff des zugefügten Lebensmittelaromas, -zusatzstoffes oder -enzym, sondern als Zusatzstoff dieses Lebensmittels und muss somit den vorgegebenen Bedingungen für die Verwendung in diesem Lebensmittel genügen.</p> <p>(4) Unbeschadet des Absatzes 1 sind als Süßungsmittel verwendete Lebensmittelzusatzstoffe in zusammengesetzten Lebensmitteln ohne Zuckerzusatz, in brennwertverminderten zusammengesetzten Lebensmitteln, in zusammengesetzten Lebensmitteln für kalorienarme Ernährung, in nicht kariogenen zusammengesetzten Lebensmitteln und in zusammengesetzten Lebensmitteln mit verlängerter Haltbarkeit zugelassen, sofern das Süßungsmittel für eine der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist.</p>
Anhang 3, B	<p>In der Anwendungsliste haben sich Fehler eingeschlichen:</p> <p><u>Kategorie 13.1.3 Getreidebeikost und andere Beikost:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Werte vertauscht der beiden Anwendungsgebiete: mind. E300, E301, E302, E410, E412, E414, E415 und E440</li> </ul> <p><u>Kategorie 17.2 Nahrungsergänzungsmittel in flüssiger Form:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleiche Werte statt unterschiedliche: E955 Sucralose, E960 Steviolglycoside</li> <li>- Falscher Wert: E969 Advantam: 55 statt 35</li> </ul>	<p>Überprüfung der Werte in der Anwendungsliste und wo erforderlich, Korrektur.</p>

**Allgemeine Bemerkungen**

Die künstliche Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist für uns nicht nachvollziehbar und basierend auf den verwendeten Verzehrsdaten nicht begründet (siehe Bemerkungen zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel)

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass das Deutsche Angebot demjenigen der Schweiz ähnelt und die Daten aus der Deutschen Nationalen Verzehrs Studie in etwa mit dem Schweizer Konsum an angereicherten Lebensmitteln übereinstimmen. Da diese Verzehrsdaten die angereicherten Lebensmittel mit einschliessen, müssen angereicherte Lebensmittel nicht im Rahmen eines Höchstmengenkonzepts separat betrachtet werden. Neue Höchstmengen oder gar Verbote von gewissen Stoffen in der Anreicherung würden die Ernährung in der Schweiz verändern. Dann könnte in Zukunft aber auch nicht mehr auf die Verzehrsdaten aus Deutschland zurückgegriffen werden.

Zudem belegen verschiedene Studien, dass angereicherte Lebensmittel nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtkonsums ausmachen, so dass diese nicht überproportional in den Verzehrsdaten gewichtet werden sollten.

Godfrey et al. (2004)<sup>23</sup> haben den Anteil von angereicherten Lebensmitteln in Europa untersucht. Die Daten haben gezeigt, dass:

- 75% der in Europa konsumierten Lebensmittel (inkl. Getränke) sind selten oder nie angereichert
- angereicherte Lebensmittel selten zu mehr als 3% der Gesamternährung pro Kopf beitragen (Ausnahme sind Länder mit Pflichtanreicherung z.B. bei Mehl in Grossbritannien)
- es selbst bei Personen mit einem hohen Konsum an angereicherten Lebensmitteln unwahrscheinlich ist, dass mehr als 10% deren Ernährung aus angereicherten Produkten besteht

Hennessy et al. (2013)<sup>24</sup> kommen zum Schluss, dass:

- die totale Zufuhr an Mikronährstoffen (inklusive angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel) von Personen mit hohem Konsum (P95 der Zufuhr) bei Erwachsenen und Kindern den EFSA UL nicht übersteigt.

Auch Daten aus dem Euromonitor<sup>25</sup>, welche vom deutschen BLL (neu Lebensmittelverband Deutschland) dem BMEL vorgetragen wurden, zeigen, dass der Markt für angereicherte Lebensmittel zwischen 2011 und 2016 im Umsatz langsamer gewachsen als der Gesamtmarkt (insgesamt 4,6% gegenüber 8,7%). Entsprechend war der Marktanteil am Gesamtmarkt mit 4.4% leicht rückläufig. Mengenmässig ist sogar eine Stagnation des Marktes zu spüren, das Wachstum wird lediglich durch höhere Durchschnittspreise erzielt – dies zeigt die relativ geringe Bedeutung der angereicherten Lebensmittel im Gesamtvergleich.

**Höchstmengen in angereicherten Lebensmitteln**

<sup>23</sup> Godfrey, D. and Richardson, D. P. 2002. Vitamins and minerals for health. British Food Journal 104 (11): 913–933.

<sup>24</sup> Hennessy, A., Walton, J. and Flynn, A. 2013. The impact of voluntary food fortification on micronutrient intakes and status in European countries: a review. Proceedings of the Nutrition Society. doi: 10.1017/S002966511300339X.

<sup>25</sup> Zahlen aus dem Euromonitor, [www.Euromonitor.com](http://www.Euromonitor.com), aus Präsentationen des BLL, Fachgruppe NEM an das BMEL, 2017/2018

Gemäss den Aufzeichnungen des Lebensmittelverband Deutschland (vormals BLL) (2017/2018)<sup>26</sup> -siehe Tabellen unten- werden die gängigen angereicherten Lebensmittel jeweils mit 20-50% des NRV an Vitaminen versetzt, bei den Mineralstoffen liegt die Dosierung noch tiefer (was wohl auch durch die sensorischen Eigenschaften bedingt ist → z.B. metallischer Geschmack). Eine Höchstmenge existiert in Deutschland nicht.

---

<sup>26</sup> Zahlen aus dem Euromonitor, [www.Euromonitor.com](http://www.Euromonitor.com), aus Präsentationen des BLL, Fachgruppe NEM an das BMEL, 2017/2018

# Vitamine in TOP-Markenprodukten in DE

## Analyse: Bsp. Art und Menge (% NRV/Portion)



	A	D	E	C	B1	B2	B6	B12	Biotin	Folsäure	Panto	Niacin	Typical % RI/Serving
Hohes C	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	100%
Pulmoll				X									50%
Danone		X					X						30%
Cini Minis				X		X	X					X	~ 15%
Becel	X	X	X										25%
Capri Sonne			X	X	X		X	X	X			X	~ 30%
Nesquik			X	X	X		X			X	X	X	~ 15%
Em Eukal				X									50%
Powerade							X						9%
Kellogg's					X	X	X	X		X		X	~ 20%
Nimm 2			X	X	X	X	X	X		X	X	X	~ 9 - 60%
Actimel							X						30%
Häufigkeit	2	2	5	7	5	4	14	9	2	4	8	11	

- Am häufigsten wird mit **B-Vitaminen** angereichert, selten mit fettlöslichen Vitaminen.
- Bezogen auf die Referenzwerte zur Kennzeichnung (RI/NRV) wird meist im Bereich von **20 – 50 % NRV je Portion** angereichert. Energydrinks liegen teilweise darüber.

# Mineralstoff-angereicherte LM in Deutschland

## Auswertung der Tabellen



	Getränke	Lebensmittel
Produkte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 5 Marken/ 8 Produkte mit Umsatzangaben* (3 x Ca / 5 x Mg / 1 x Fe / 1 x Zn)</li> <li>• Ca. 35 Produkte PL/Others) (14 x Ca / 11 x Mg / 1 x K / 4 x Fe / 5 x Zn)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 10 Marken mit Umsatzangaben* (8 x Ca / 9 x Fe; z.T. kombiniert)</li> <li>• 19 Produkte (PL/Others) (14 x Ca / 2 x Mg / 7 x Fe / 2 x Zn; z.T. kombiniert)</li> </ul>
Segmente	Sportdrinks und Säfte (Ca + Mg), Milch-Alternativen (Ca)	Milchprodukte (Ca), Cerealien (Fe), wenig Produkte für Vegetarier sowie Süßwaren
Dosierung	überwiegend 15% NRV pro 100 ml bzw. pro Portion	ca. 15 – 30% NRV pro Portion (vom Hersteller definiert)

\* Umsatz / Marktanteil durch Euromonitor

16

Die meisten, üblicherweise zur Anreicherung verwendeten Vitamine, sowie Eisen gehören zur ersten Gruppe (ohne Höchstmenge) und zweiten Gruppe des Höchstmengenkonzepts (kein Höchstwert oder grosser Abstand zwischen Aufnahme gemäss Verzehrsstudie und dem UL). Lediglich Vitamin A, Calcium und Magnesium gehören zur Gruppe, welche im BLV-Vorschlag nicht mehr für angereicherte Lebensmittel erlaubt wären – die Anreicherung mit diesen Stoffen ist jedoch innerhalb der Produktgruppe verbreitet.

Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen und trotzdem eine zu hohe Anreicherung zu vermeiden, schlägt SANI vor, die **Höchstmenge für angereicherte Lebensmittel bei Stoffen der Gruppe 1 und 2 auf 100% NRV pro Tagesration festzulegen und bei der dritten Gruppe auf 30% NRV pro Tagesration**. Somit könnten für sämtliche angereicherten Lebensmittel die nährwertbezogenen Angaben „Quelle von ...“ und „hoher Gehalt an...“ bzw.

„reich an...“ gemäss LIV Anhang 13 weiterhin erfüllt werden und zugleich ein möglicher „Wildwuchs“ bei der Dosierung der Anreicherung vermieden werden.

Zusätzlich hätte das BLV bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten zum Konsum in der Schweiz weiterhin die Möglichkeit über die Anpassung der Tagesration zu intervenieren.

Da dieser Vorschlag signifikante Änderungen der Rezepturen zur Folge hätte, ist eine Übergangsfrist von 4 Jahren erforderlich.

Im Gegensatz zu den Höchstmengen in Nahrungsergänzungsmitteln sind die Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in angereicherten Lebensmitteln **bedarfsorientiert**! Im Gegensatz zur VNem müssen hier die **Toleranzen gemäss EU Leitfaden auch noch oben erlaubt** sein. D.h.: der maximal deklarierte Wert liegt bei 100% respektive 30% NRV, effektiv kann aber bis zu +45/50% dieses Wertes im Produkt gemessen werden, um Abbauraten und Messunsicherheiten gerecht zu werden.

Dies sollte in den Erläuterungen (oder ggf. als Bemerkung im Anhang 1) festgehalten werden, um eine einheitliche Handhabung und einen fairen Vollzug zu gewährleisten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.	Präzisierung: Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)
Anhang 1	<p><b>Jod</b></p> <p>SANI begrüsst, dass für Jod die besondere Versorgungslage in der Schweiz berücksichtigt wurde und findet die vom BLV vorgeschlagenen Mengen nachvollziehbar und sinnvoll, auch im Hinblick auf die im Markt vorherrschende Jodanreicherung von Salz.</p> <p>Alternativ schlagen wir aus Kohärenzgründen innerhalb unseres vorgeschlagenen Höchstmengenkonzepts vor, dass auch hier auf den Split (hier 1:1) zwischen Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln verzichtet wird und eine Höchstmenge von 400 µg in Nahrungsergänzungsmitteln (sowie Lebensmitteln für Sportler) angewendet wird. Für angereicherte Lebensmittel würde dann der NRV von 150 µg weiterhin gelten.</p>	
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert. Im Sinne einer Harmonisierung der Begriffe sollte hier Tagesration verwendet werden und nicht Tagesdosis	„....Höchstmenge pro Tages <del>ration</del> dosis...“
Anhang 1	Gemäss dem oben gemachten Vorschlag ( <b>Höchstmenge für angereicherte Lebensmittel bei Stoffen der Gruppe 1 und 2 auf 100% NRV pro</b>	<b>1 Vitamine</b> Vitamin A 240 µg



	<p><b>Tagesration festzulegen und bei der dritten Gruppe auf 30% NRV pro Tagesration)</b> würden die neuen Höchstmengen pro Tagesration wie folgt lauten:</p> <p>Der Zusatz, dass Kalzium nur in Milchersatzprodukten erlaubt sei, ist unbegründet und aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und sollte deshalb entfallen. Zusätzlich würde sich hier die Frage der Definition von "Ersatzprodukten für Milch und Milchprodukten" stellen, was aus unserer Sicht zu einer unklaren Rechtslage beiträgt.</p>	<p>Vitamin A (in Form von Beta-Carotin) 3.2 mg  Vitamin D <del>20</del> 5 µg  Vitamin E <del>25</del> 12 mg  Vitamin K 22.5 µg  Vitamin C 80 mg  Vitamin B1 oder Thiamin <del>keine</del> 1.1mg  Vitamin B2 oder Riboflavin <del>keine</del> 1.4mg  Niacin oder Vitamin PP <del>200</del> 16 mg  Vitamin B6 <del>5</del> 1.4 mg  Folsäure/ <del>250</del> 200 µg  Vitamin B12 <del>keine</del> 2.5mg  Biotin <del>keine</del> 50 µg  Pantothensäure <del>keine</del> 6 mg  <b>2 Mineralstoffe</b>  Calcium <del>700</del> 240 mg <del>Nur Ersatzprodukte für Milch und Milchprodukte</del>  Chrom <del>60</del> 40 µg  Eisen <del>7</del> 14 mg  Jod 200 µg  Kalium <del>750</del> 2000 mg  Kupfer 0.3 mg  Magnesium 112.5 mg  Mangan 0.6 mg  Molybdän <del>400</del> 50 µg  Selen 55 µg  Zink 3 mg</p>
Anhang 2	<p>Aufnahme von Coffein als zulässiger sonstiger Stoff.  Die Kennzeichnungspflicht nach Anhang 2 Teil B 4.2 LIV ist zu beachten.</p>	<p>Coffein 200 mg</p>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
1	<p>Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt sind" (siehe Anmerkungen zur LGV)</p> <p>Auszug aus der EU GVO-Verordnung:  <i>Diese Verordnung sollte Lebensmittel und Futtermittel abdecken, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung. Ebenso fallen Lebensmittel und Futtermittel, die mithilfe eines genetisch veränderten technischen Hilfsstoffes hergestellt wurden, nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</i></p>	<p>Diese Verordnung regelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>das Bewilligungsverfahren für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Voraussetzungen, unter denen nicht bewilligte pflanzliche <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> toleriert werden;</li> <li>die besondere Kennzeichnung und Anpreisung für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Pflicht zur Dokumentation für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Trennung des Warenflusses für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>.</li> </ol>
3	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das Gesuch um Bewilligung eines <b>gentechnisch veränderten Lebensmittels</b> ist dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) in einer Amtssprache oder in Englisch einzureichen
4 Abs. 2	Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO(-Spuren) beschränkt werden. Nur dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU.	"...potenziellen Umweltgefährdung <b>im Falle von vermehrungsfähigen GVO...</b> "

5 Abs.1	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> den Anforderungen nach Artikel 31 Absatz 2 LGV genügt.
5 Abs.5 Bst. b	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	der begründete Verdacht besteht, dass das bewilligte <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> die Gesundheit oder die Umwelt gefährden kann
6	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Die Inhaberin der Bewilligung hat dem BLV neue Erkenntnisse über mögliche Gesundheits- oder Umweltgefährdungen durch das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> unverzüglich zu melden
6 Abs.1 Bst. a	Wir begrüßen es, dass die Schweizer Gesetzgebung jener der EU angenähert wird. Da jedoch für die in der EU zugelassenen GVO in der Schweiz ein Maximalwert von 0.5% gelten soll und nicht wie in der EU 0.9% wird es auch weiterhin einen Unterschied zur EU-Gesetzgebung geben. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es unseres Erachtens keinen Grund für diesen Unterschied. Häufig können Lieferanten aus dem Ausland ohne einen besonderen Zusatzaufwand die Einhaltung der Schweizer Gesetzgebung bezüglich GVO-Spuren nicht garantieren. So besteht auch in Zukunft das Risiko, dass Rohmaterialien geliefert werden, welche nach EU-Gesetzgebung konform sind, in Produkten für den Schweizer Markt aber nicht eingesetzt werden dürfen. Mit einer vollständigen Angleichung an die EU (max. 0.9% für zugelassene GVO, so wie dies auch bereits für die heute in der Schweiz zugelassenen GVO gilt) würde dies den Einsatz von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich vereinfachen.	a. die Anteile den Wert von <del>0.5</del> <b>0.9</b> Massenprozent,...
7 Abs.1 und 2	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	1. Lebensmittel und Zusatzstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind, sind mit dem Hinweis «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» oder «aus genetisch verändertem X hergestellt» zu kennzeichnen

		2. Verarbeitungshilfsstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind und als solche abgegeben werden, sind mit einem Hinweis nach Absatz 1 zu kennzeichnen
8 Abs. 1 Bst. a und d	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	a. die Tatsache, dass das Lebensmittel ein <b>gentechnisch verändertes Lebensmittel</b> ist;  d. die Namen und die Adressen der Personen, die das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> abgeben, und der Personen, die es entgegennehmen.
Anhang 2	Wir begrüßen die Angleichung an EU-Recht. Da die Übernahme der in den Erläuterungen aufgeführten GVO etwas Zeit in Anspruch nehmen wird und möglicherweise auch nicht alle GVO bewilligt werden, wäre für den Rechtsanwender eine Übersicht über die zugelassenen und nicht bewilligten GVO hilfreich, um Abweichungen gegenüber dem EU-Recht einfacher feststellen zu können. Hierzu würden wir es begrüßen, wenn diese Informationen auf der BLV-Website publiziert werden könnten (analog den Novel Food-Listen).	Publikation der Informationen zu bewilligten und abgewiesenen GVO auf der BLV-Website (analog Novel Food).

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bell Schweiz AG

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : -

Adresse, Ort : Elsässerstrasse 174, Postfach 2356, 4056 Basel, Schweiz  
Kontaktperson : Christoph Schatzmann

Telefon : 058 326 2506  
E-Mail : [christoph.schatzmann@bellfoodgroup.com](mailto:christoph.schatzmann@bellfoodgroup.com)

Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	23
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	24
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	24

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor Wyss, sehr geehrte Damen und Herren

Die Bell Schweiz AG bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Da die fleischverarbeitende Branche nur in Teilbereichen von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen ist, erlauben wir uns, uns auch nur zu denjenigen Punkte zu äussern, die unseren Sektor direkt betreffen. In einzelnen Fällen äussern wir uns im Rahmen der vorliegenden Revision auch zu bereits bestehenden Vorgaben bzw. zu einzelnen, bereits 2015 im Rahmen von Largo eingebrachten Aspekten, die bislang leider nicht Eingang in die jeweiligen Verordnungen gefunden haben, aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen aber gleichwohl einer Änderung bedürfen, bspw. sollte das Thema der hochträchtigen Kühe aufgenommen werden.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, beurteilen wir materiell insbesondere die vorgeschlagenen Anpassungen beim Tiefgefrieren von Fleisch mit der Ausnahme des Einzelhandels, die Möglichkeit der Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbestand auch wieder bei Tieren der Rindviehgattung, die beabsichtigte Erleichterung bei den Temperaturvorgaben beim Transport von Schlachtkörpern und den genannten Teilen davon, den pragmatischen Ansatz bei der GVO-Deklaration wie auch die Möglichkeit Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, als positiv.

Für eine Berücksichtigung unserer Argumente im Rahmen Ihrer Entscheidungsfindung sind wir Ihnen schon im Voraus dankbar und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

*\* Die in der vorliegenden Stellungnahme aufgeführten männlichen Formen schliessen immer auch die weibliche mit ein.*

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Obwohl bislang von der Thematik wenig betroffen, erachten wir die nun vorgesehene Angleichung an die EU in Bezug auf die neu mögliche Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» als durchaus positiv zu wertende Beseitigung eines gewichtigen Nachteils für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs. 3 und 4	Die Zitierung von EU-Verordnungen macht die Übersichtlichkeit für die Anwender – vor allem aus der Praxis – nahezu unmöglich. Vor allem unter Berücksichtigung der doch sehr umfangreichen Fussnoten wäre eine direkte Aufführung der unter Abs. 3 und 4 fallenden Begriffe zielführender.	Aufführen der unter den Abs. 3 und 4 umschriebenen bzw. referenzierten Begriffsdefinitionen direkt in der Verordnung
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4, Bst. a, Ziffer 2 und Abs. 5	Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Dies ist insbesondere auch für Lebensmittel tierischer Herkunft wichtig, für deren Produktion der Einsatz von GVO-Futtermittelzusatzstoffen bzw. GVO-Tierarzneimittel, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, notwendig war. Die grosse Bedeutung ergibt sich deshalb, weil neu die Möglichkeit bestehen soll, bei der Deklaration die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» zu verwenden und damit ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt zu schaffen.	Bell Schweiz AG begrüsst dies

Art. 39, Bst. d	Die Angabe des Verbrauchsdatums für am Ort der Abgabe umhüllte oder verpackte oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackte, leicht verderbliche Lebensmittel bedarf nach unserer Auffassung keiner besonderen Regelung. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass in der LIV, Art. 13, Abs. 2 bereits festgehalten ist (vgl. auch entsprechenden Vorbehalt bei Art. 13, LIV), dass für kühl zu haltende Lebensmittel das Verbrauchsdatum anzugeben ist. Auch ist nicht nachvollziehbar, weshalb mit Art. 39b, Bst. d eine spezifischere Bestimmung mit der LGV auf der Stufe einer Bundesratsverordnung festgehalten wird, während die allgemeinere Vorgabe in der LIV auf der Stufe einer Departementsverordnung geregelt werden soll.	Streichen
Art. 81, Abs. 3	Die Möglichkeit der Standardisierung von bestimmten Probe- und Analyseverfahren ist im Sinne der Vergleichbarkeit zu begrüßen. Im Sinne des Kosten- bzw. Aufwandmanagements zuhanden der Praxis sind diese zwingend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu unterordnen, d.h. das Optimum und nicht das Maximum hat im Vordergrund zu stehen.	«... Probenahmeverfahren <u>dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgend</u> für verbindlich erklären.»



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Nachdem die LMVV aktuell einer Totalrevision unterzogen wird, haben wir uns erlaubt, verschiedene im Rahmen von «Largo» eingebrachte Punkte erneut einzubringen, zumal uns deren Einbezug unverändert als adäquat erscheint.

Auch aus unserer Sicht bleibt der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen unbestritten. Deren Ausgestaltung muss sich jedoch vermehrt nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit ausrichten und darf keinesfalls zu zusätzlichen Aufwendungen – seien diese zeitlicher Art oder mit der Erhebung von (zusätzlichen) Gebühren verbunden – führen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Es ist für die Bell Schweiz AG nicht nachvollziehbar, weshalb den kontrollierten Betrieben nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden soll.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug (siehe auch Kommentar zu Art. 12)	«... Verordnung sowie <u>einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen</u> zu gewährleisten...»
Art. 31, Abs. 2	Im Zusammenhang mit der Rückweisung von Sendungen den Vorgaben von Art. 30, Abs. 1, Bst. b zufolge stellt sich die Frage, ob diese nur beim vollständigen Fehlen der Begleitdokumente nach Art. 86, Abs. 2, LGV oder auch beim unkorrekten Vorliegen einzelner Angaben zur Anwendung gelangt.	Präzisieren

Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe neben der Beanstandung selbst aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: <u>«Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.»</u>
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht einzusehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur teilweise erfolgt (vgl. Abs. 1).	Streichen
Art. 119, Abs. 3 (neu)	Aus unserer Sicht ist bei einer Änderung der Anhänge der Einbezug der betroffenen Kreise zwingend. Auch sollten die schlussendlich vorgenommenen Anpassungen aktiv kommuniziert werden, da eine andauernde Holschuld seitens der Betriebe angesichts all der diversen Anhänge schlichtweg illusorisch ist.	Ergänzen: <u>«Es hört hierzu die betroffenen Kreise der Wirtschaft an und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen des jeweiligen Anhangs aktiv.»</u>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Integration der Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung ausdrücklich in der Hoffnung, dass damit besser über kurz denn lang endlich die ungleich langen Spiesse zwischen Primärproduktion und dem Lebensmittelsektor möglichst minimiert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7, Abs. 5 und 6	Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die zuständigen Vollzugsbehörden im Gegensatz zu all den übrigen Bereichen die Kontrollintervalle für die Primärproduktion risikobasiert nicht kürzen bzw. in schwer zugänglichen Gebieten nicht erhöhen können.	« <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion können die...</del> »
Art. 8, Bst. d	Bst. d würde sich bei der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Anpassung zu Art. 7 wohl erübrigen	Streichen
4. Abschnitt (Art. 10-17)	Die vorliegende Revision würde die gute Gelegenheit darstellen, die Kontrollen zwischen Land- und Ernährungswirtschaft endlich zu vereinheitlichen. Mit der Integration der betreffenden Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung wurde zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, ausreichend ist dies aber noch lange nicht.	Streichen bzw. Bestimmungen der ganzen Verordnung an die übrige Lebensmittelkette anpassen

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Als Vertreter der wohl am meisten von der VSFK betroffenen Branche stellen wir seitens der Bell Schweiz AG verschiedene Erleichterungen für die schlachtenden Betriebe fest, von der wohl die nach BSE wieder beabsichtigte Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung von Tieren der Rindviehgattung auch im Herkunftsbestand im Vordergrund stehen dürfte.

Leider wird diese positive Entwicklung durch die Schaffung von Ungleichheiten bei der Einführung der Hof- und Weideschlachtung im Vergleich zu den Anforderungen für Metzgereien (vor allem in baulicher und hygienischer Hinsicht) unterminiert.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1, Abs. 2	Wir begrüssen ausdrücklich, dass neu auch die Verarbeitung von Schlacht tierkörpern im Herkunftsbestand in den Geltungsbereich der VSFK fallen soll.	-
Art. 3, Bst. q und r	Eine Definition der Hof- bzw. der Weideschlachtung macht nur unter dem Vorbehalt zu Art. 9a Sinn.	Überprüfen
Art. 3, Bst. r	Gemäss Art. 9a, Abs. 1 ist die Weideschlachtung nur für Tiere der Rinder gattung zulässig	Ergänzen: «... <i>Entbluten der Tiere <u>der Rindergattung</u> auf ....</i> »
Art. 9, Abs. 2, Bst a	Die Ausweitung der Möglichkeiten von Krankschlachtungen ausserhalb des Schlachtbetriebes, wenn der Transport dem lebenden Tier nicht zugemutet werden kann.	Die Bell Schweiz AG begrüsst diese Regelung.

Art. 28, Abs. 1	Die der EU folgend neue Möglichkeit, künftig auch bei Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand durchführen zu können, wird ausdrücklich begrüsst, erhöht sie doch die seit langem geforderte Flexibilität in Bezug auf die frühmorgendlichen Schlachtungen.	-
Art. 28, Abs. 2	Ebenso heissen wir im Sinne des Tierschutzes die neue Möglichkeit gut, dass neu auch ein Bestandestierarzt bei verunfalltem oder krankem Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung durchführen bzw. die Schlacht- und Transporttauglichkeit bestätigen kann.	-
Art. 61, Abs. 1	Die Ansätze der Überwachung der Weideschlachtung entsprechen wohl denjenigen von Art. 60, Abs. 6, Bst. a. Auch sie werden unter dem unter Art. 9a aufgeführten Vorbehalt beurteilt.	-
Art. 63a	Nachdem auf der Basis des Agrarpaketes 2017 nebst den Tierhaltern und den Schlachtbetrieben auch die Abtretungsempfänger nach Art. 16, Abs. 1 <sup>bis</sup> der TVD-Verordnung über die Tierverkehrsdatenbank (TVD) Einsicht in ausgewählte Schlachtdaten wie die neutrale Qualitätseinstufung, Schlachtgewicht und L*-Wert erhalten, macht nach unserer Beurteilung die neu vorgeschlagene Möglichkeit der Einsichtnahme in die Fleko-Daten in Bezug auf die Ergebnisse der Schlacht tieruntersuchung wie auch diejenigen der Fleischuntersuchung, die die Genusstauglichkeit betreffen, durchaus Sinn.	-

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die unterschiedlichen Rückstandshöchstgehalte zwischen der EU und der Schweiz können beim Import zu Problemen führen.

	<p>„Spezifische schweizerische Beschränkungen bei einigen wenigen Rückstandshöchstwerten lassen sich auf international anerkannte Studien abstützen und sind zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten notwendig“.</p> <p>Dies führt dazu, dass Lieferanten, welche die CH aus der EU beliefern nicht die Schweizer Gesetzgebung bestätigen können.</p> <p>Hier wäre eine Liste der WENIGEN Rückstandshöchstwerte bezogen auf die Lebensmittel sinnvoll! Auch sollte geprüft werden, ob die Werte von den Laboratorien analysiert werden können (einhalten der Bestimmungsgrenze).</p> <p>Beispiel: Pestizidrückstände bei Weizen; Wirkstoff Fluoroglycofen darf in der EU der Wert von 0.01 mg/kg nicht überschritten werden in der Schweiz liegt der Wert bei 0.005 mg/kg. Es wurde kein Labor gefunden, welches bis zur Bestimmungsgrenze von 0.005 mg/kg analysieren kann.</p>	<p>Die Bell Schweiz beantragt, dass die Schweiz sich bei den Pestizidrückständen an die EU anpasst.</p>																		
	<table><thead><tr><th>Wirkstoff</th><th>Fett-löslich</th><th>EU-Code</th><th>Lebensmittel</th><th>RHG mg/kg</th><th>Bemerkungen</th></tr></thead><tbody><tr><td>"</td><td></td><td>0252000</td><td>Spinat und verwandte Arten (Blätter)</td><td>0.01 (*)</td><td>ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure</td></tr><tr><td>1.4</td><td colspan="5">Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.</td></tr></tbody></table>	Wirkstoff	Fett-löslich	EU-Code	Lebensmittel	RHG mg/kg	Bemerkungen	"		0252000	Spinat und verwandte Arten (Blätter)	0.01 (*)	ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure	1.4	Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.					<p>Hier wäre eine Präzisierung angebracht: Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass der Wert <b>ebenfalls</b> die Bestimmungsgrenze ist.</p>
Wirkstoff	Fett-löslich	EU-Code	Lebensmittel	RHG mg/kg	Bemerkungen															
"		0252000	Spinat und verwandte Arten (Blätter)	0.01 (*)	ausgenommen Spinat; inkl. freie Säure															
1.4	Ein * neben dem Rückstandshöchstgehalt in Spalte 5 bedeutet, dass dieser Wert eine Bestimmungsgrenze ist.																			

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die Bell Schweiz äussert sich folglich nur zu den Aspekten, die das Lebensmittel Fleisch betreffen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 4, Abs. 4	Bei der Deklaration von Separatorenfleisch stellen wir in der Wahrnehmung des Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet.	Auch für den deutschen Begriff «Separatorenfleisch» soll eine entsprechende Abkürzung evaluiert und vorgesehen werden, z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff soll auch entsprechend in der Deklaration verwendet werden können.
Art. 10, Abs. 10 und Art. 19, Abs. 7	Der Verzicht auf den <u>Warnhinweis</u> beim Zusatz von Transglutaminase ist im Sinne einer geringfügigen administrativen Vereinfachung zu begrüßen.	-
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
Art. 19, Abs. 1	Anstelle des Verweises auf die in Anhang I, Bst. a-c und e der EU-Verordnung 1379/2013 aufgeführten Fischerzeugnisse wäre für den hiesigen Anwender deren konkretes Aufführen in der VLtH weitaus zielführender. Die damit verbundene Anpassung an die EU-Gesetzgebung aus Äquivalenzgründen wird hingegen begrüsst.	-
Art. 104	Die Anpassung der Anhänge sollte durch das BLV nicht nur isoliert aufgrund des Standes von Wissenschaft und Technik sowie dem Recht der wichtigsten Handelspartner erfolgen können. Als ebenso bedeutend erachten wir eine Rücksprache mit den betreffenden Branchen sowie die aktive Kommunikation der vorgenommenen Änderungen durch das BLV.	Ergänzen: «..... der Schweiz an. <u>Dazu nimmt es Rücksprache mit den betroffenen Branchen und kommuniziert diesen die vorgenommenen Änderungen direkt.</u> »



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Auch im Rahmen der vorliegenden Revision der LIV müssen wir feststellen, dass im Bereich der Deklaration nebst einigen nicht unbedeutenden Erleichterungen zusätzliche Anforderungen vorgesehen sind, die die Komplexität der ganzen Kennzeichnungsvorgaben für die Bell Schweiz AG noch zusätzlich erhöhen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	Gerade im Online-Handel ist zum Zeitpunkt des Kaufentscheides bei Lebensmitteln mit wechselnden Provenienzen oftmals noch nicht klar, welche Herkunft das ausgelieferte Produkt jeweils konkret hat. Daher sollte bei online-Angeboten die Möglichkeit geschaffen werden, dass online die in Frage kommenden Herkünfte aufgelistet werden können, wenn gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die konkrete Herkunftsangabe auf dem schlussendlich zugestellten Produkt erfolgt. Auf diese Art und Weise kann einerseits die Transparenz gegenüber den Konsumenten gewährleistet werden, andererseits bleiben die betroffenen Unternehmen mit einem vertretbaren Aufwand handlungsfähig.	Neu: <u>«Bei wechselnden Provenienzen eines Lebensmittels bzw. von Zutaten, der Herkunft zu deklarieren ist, können online die Angaben nach Abs. 1, Bst. g, h und i sämtliche in Frage kommenden Firmen und Produktionsländer umfassen. Gleichzeitig ist online der Hinweis „Die konkrete Herkunftsangabe erfolgt auf dem zugestellten Produkt innerhalb der online angegebenen Möglichkeiten“ anzubringen.»</u>
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Angabe sämtlicher verbotener Produktionsmethoden gemäss Landwirtschaftlicher Deklarationsverordnung (LDV) wie auch der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich all die Angaben in der Praxis mit der Zeit überhaupt noch sinnvoll platzieren lassen, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Während die Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung anscheinend einer Angleichung an die EU-Gesetzgebung gleichkommt, entspricht die vorgesehene Verschärfung der LDV ganz klar einem Swiss Finish. Angesichts des Aufwandes für all die Etiketten über ganze Sortimente hinweg sein an dieser Stelle auch die Frage erlaubt, ob bzw. inwieweit den mündigen Konsumenten nicht zugemutet werden darf, die betreffenden Informationen bei Interesse bei den übrigen Angaben nachzuschauen.	Streichen

Ergänzung Art. 4	<p>Laut Bell Schweiz AG soll der Artikel 4 wie folgt ergänzt werden:</p> <p>«Aus Platzgründen ist eine Verwendung einer «faltbaren Etikette, Bsp: Leporello» gestattet. Es muss auf der sichtbaren Seite ein Hinweis erfolgen, dass sich weitere Pflichtangaben im Inneren der Etikette befinden»</p> <p>Siehe hierzu ALS Stellungnahme Nr. 2012/10</p> <p>Beschluss:</p> <p>Bei mehrseitigen Etiketten, bei denen aus Platzgründen die Angabe verpflichtender Kennzeichnungselemente auf den inneren Seiten fortgesetzt werden muss und <u>kein verbaler Hinweis</u> darauf auf der direkt sichtbaren Vorderseite zu finden ist, sind diese Angaben als verdeckt im Sinne von § 3 Abs.3 LMKV zu beurteilen.</p> <p>Dies bedeutet, dass ein verbaler Hinweis, wie oben beschrieben, auf die äussere Etikette muss</p>	Laut Bell Schweiz AG soll dieser neue Artikel zugefügt werden
Art. 5, Abs. 1	<p>Die vorgeschlagene Präzisierung bei Bst. a, im Offenverkauf die schriftliche Herkunftsdeklaration bei frischem und verarbeitetem Fleisch nur auf Stücke wie Steaks und Koteletts zu beschränken, begrüssen wir ausdrücklich. Nicht nachvollziehbar für uns ist jedoch, dass in den Erläuterungen nun auch wieder Geschnetzeltes explizit aufgeführt wird, nachdem von Seiten des BLV anscheinend erst Mitte April 2019 gegenüber einem Branchenteilnehmer per Mail noch schriftlich zugesichert wurde, dass der Begriff «Stücke» nach Art. 17 der LIV nur einzelne Stücke bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts umfasse und somit feiner zerkleinertes Fleisch, d.h. auch Geschnetzeltes, aber auch Ragout und Gehacktes, von diesem Begriff <u>nicht</u> erfasst würden. Diesen Widerspruch gilt es nun seitens der vernehmlassenden Behörden im Sinne der ursprünglich beabsichtigten Erleichterung definitiv zu klären! Dies auch unter dem Aspekt, dass gerade für Unternehmen mit mehreren Schlacht-, Zerlege- bzw. Produktionsbetrieben bei feiner zerkleinertem Fleisch wie Ragout, Geschnetzeltes bzw. Gehacktes die Angabe des einzelnen Betriebes eine in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbare Herausforderung darstellt!</p> <p>Die vorgeschlagene Erleichterung bei Bst. c, dass bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln die mündliche Informationspflicht bei nährwert-bezogenen Angaben, auch wenn diese schriftlich vorliegen, neu entfallen soll, wird befürwortet.</p>	<p>Präzisieren des Begriffs «Stücke» im Zusammenhang mit Fleisch in Anlehnung an die vom BLV Mitte April 2019 gemachten Ausführungen (vgl. auch Kommentar und Antrag zu Art. 17)</p> <p>-</p>

Art. 17, Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu)	Aufgrund der verschiedenen Handelsbeziehungen eines Unternehmens mit anderen Marktteilnehmenden kann durchaus der Fall eintreten, dass dieses einzelne Rindfleischstücke aus unterschiedlichen Schlacht- und/oder Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland bezieht. Dies lässt die Angabe der jeweiligen Bewilligungsnummern auf den jeweiligen Etiketten zu einem sehr komplexen, äusserst kostenintensiven und damit praktisch unmöglichen Unterfangen werden. Es ist daher die Möglichkeit zu schaffen, dass ein Unternehmen für Rindfleischstücke mehrere Bewilligungsnummern von Schlacht- bzw. Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland gleichzeitig angeben kann.	Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) <u>«Für einzelne Stücke Rindfleisch können die Bewilligungsnummern von mehreren Schlacht- und Zerlegebetrieben desselben Herkunftslandes gleichzeitig auf derselben Etikette angegeben werden.»</u>
Art. 17, Abs. 8 (neu)	Der Begriff «Stücke» sollte zwecks Schaffung von Klarheit für die Praxis konkret umschrieben werden. Wie bereits im Kommentar zu Art. 5 erwähnt, sollte dieser so präzisiert werden, wie dies vom BLV im April 2019 per Mail an einen Branchenteilnehmer bereits entsprechend festgehalten wurde.	Abs. 8 (neu): <u>«Der Begriff Stücke umfasst hierbei einzelne Stücke Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts. Feiner zerkleinertes Fleisch wird von diesem Begriff nicht erfasst.»</u>
Art. 19, Abs. 2, Bst. b	Die Erweiterung der Ausnahme der Warenlosangabe auf sämtliche im Offverkauf angebotene Lebensmittel ist auch aus unserer Sicht sinnvoll.	-
Art. 42	Die Möglichkeit der Angabe über die Reduktion der Menge an zugesetztem Zucker bzw. zugesetztem Salz in der Rezeptur eines Lebensmittels ist zu begrüssen.	Die Bell Schweiz AG begrüsst diesen Artikel
Anhang 2, Teil A, Ziffer 3	Der Hinweis, dass nebst der Bestrahlung von Lebensmitteln auch diejenige der einzelnen Zutaten zu deklarieren ist, ist auf den ersten Blick wohl verfänglich, in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar (z.B. Gewürze mit wechselnden Provenienzen).	Streichen bzw. keine Änderung zur geltenden Version: <del>«... versehen sein. Wird eine bestrahlte Zutat verwendet, so muss die Sachbezeichnung im Zutatenverzeichnis mit diesem Hinweis ergänzt werden.»</del>
Anhang 2, Teil B, Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. In der Praxis gibt es hierzu oftmals unterschiedliche Auffassungen zum Begriff des «Produktes», werden hier teilweise das angebotene Lebensmittel als solches, teilweise aber auch das Datum des Einfrierens der «ältesten»	Präzisieren: <u>«..... in Fällen, in denen das Lebensmittel in der angebotenen Form mehr als einmal eingefroren wurde»</u>

	Zutat verstanden. Gerade letzteres ist in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar, weshalb sich eine entsprechende Präzisierung geradezu aufdrängt.	
Anhang 13, Ziffer 20.1	Die Grenze von 0.12 g Natrium pro 100 mg bzw. 100 ml sollte auf 0.2 g erhöht werden, um so für weitere Lebensmittel die Möglichkeit der Auslobung «natriumarm» bzw. «kochsalzarm» zu schaffen. Damit liesse sich bei vielen betroffenen Branchen ein zusätzlicher, freiwilliger Anreiz schaffen, um den Kochsalzgehalt der jeweiligen Lebensmittel im Rahmen des Möglichen, d.h. unter der Berücksichtigung von Aspekten wie Sensorik, Haltbarkeit, Farbgebung, etc. weiter abzusenken.	Ändern: « <i>nicht mehr als <u>0.2 g</u> Natrium oder der ...</i> »

### **13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehenden Punktes bezüglich Speisesalz auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

### **14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

siehe untenstehende Kommentare zu Anhang 3

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Kap. A, Ziffer 8	Bei den auf traditionelle Weise gepökelten Fleischerzeugnissen, für die besondere Bestimmungen über Nitrite und Nitrate gelten, fehlt das Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc. mit einer Höchstmenge von 250 mg/kg Nitrat. Wir beantragen daher unter Ziffer 8.3.4.2 entsprechend eine neue Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen aufzunehmen.	Ergänzung mit neuer Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen: E 251 – E 252 Nitrate 250 mg/kg Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit mit Ausnahme des untenstehend genannten Punktes auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6, Abs. 1 <sup>bis</sup>	Mit der neu gewählten Formulierung für den Zusatz von lebenden Bakterienkulturen (Probiotika) ist davon auszugehen, dass Starterkulturen, die aus prozesstechnischen Gründen bei der Herstellung eingesetzt werden (z.B. Käse, div. Rohwürste und Rohpökelwaren) nicht unter die vorgeschlagene Formulierung fallen.	Präzisieren

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen bzw. siehe untenstehende Kommentare (vgl. auch Kommentar zu Art. 31 und 37 der LGV)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2 und Art. 6a, Abs. 2	Als Aussenstehende ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die Kriterien für die Überprüfung einer Umweltgefährdung nicht an die Vorgaben der EU angeglichen werden bzw. am gesonderten Verfahren durch das BAFU festgehalten wird.	Überprüfen
Art. 6a	Die Bestrebungen, Spuren bis max. 0.5 Massenprozent von in der EU als Lebensmittel als GVO zugelassenen Lebensmitteln im vereinfachten Verfahren zu tolerieren, wird im Sinne des Pragmatismus und der Verhältnismässigkeit befürwortet.	-



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können, begrüsst die Bell Schweiz AG.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 4 <sup>bis</sup>	-	Seitens Bell Schweiz AG sollte die Einleitung angepasst werden: «Der Transport von Schlachttierkörpern, -hälften oder -vierteln oder in drei Teile zerlegte Schlachttierkörper-hälften von Schafen, Ziegen, Rindern oder Schweinen sowie von <u>Innereien derselben</u> kann erfolgen,
Art. 32, Abs. 6	Nachdem die vollständige Einhaltung der mikrobiologischen Kriterien nach Anhang 1 der HyV in der Praxis einer grossen Herausforderung gleichkommt, ist die in Anlehnung an die EU-Gesetzgebung neu vorgesehene Möglichkeit, Separatorenfleisch, das die genannten mikrobiologischen Kriterien nicht zu erfüllen mag, zur Herstellung von ausschliesslich hitzebehandelten Lebensmitteln dennoch verwenden zu können, ausdrücklich zu begrüssen. Die Eingrenzung auf ausschliesslich nach Art. 21 der LGV bewilligte Betriebe könnte im Einzelfall aber dennoch zu Schwierigkeiten führen.	Diese Neuformulierung wird von der Bell Schweiz AG ausdrücklich begrüsst.

<b>20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine besonderen Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen****Allgemeine Bemerkungen**

Wie einleitend in den allgemeinen Bemerkungen festgehalten verzichten wir mangels Betroffenheit in Bezug auf die vorgeschlagenen Anpassungen auf eine Stellungnahme unsererseits und überlassen diese gerne den hierfür kompetenten Kreisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
---------	-------------------------	---



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : scienceindustries, Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SCIN  
Adresse, Ort : Nordstrasse 15, 8006 Zürich  
Kontaktperson : A. Bozzi / J. Lucht  
Telefon : +41 44 368 17 64 / +41 44 368 17 63  
E-Mail : [anna.bozzi@scienceindustries.ch](mailto:anna.bozzi@scienceindustries.ch) / [jan.lucht@scienceindustries.ch](mailto:jan.lucht@scienceindustries.ch)  
Datum : 26. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	8
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	21
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	22
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	24
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	25
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	26
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	27
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	28
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	29
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	31
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	32
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	33
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	34
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	35
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	36

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

#### Neues Höchstmengenmodell für Vitamine und Mineralstoffe

##### Allgemeine Haltung

Scienceindustries begrüsst grundsätzlich die Umstellung von einem reinen bedarfsorientierten Modell zu einem Modell, welches den Gesundheitsschutz ins Zentrum stellt. Ebenso begrüssen wir die Annäherung an unser europäisches Umfeld.

Das neue Höchstmengenkonzept setzt sich aus zwei wichtigen Parametern zusammen: «Tolerable Upper Intake Levels» (ULs) und Verzehrsmengen. Dies ist nachvollziehbar und wird grundsätzlich unterstützt. Auch die Einteilung in die drei verschiedenen Gruppen je nach Risiko einer zu hohen Exposition mit gewissen Mikronährstoffen halten wir für sinnvoll. Die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist hingegen für uns schlecht nachvollziehbar und wissenschaftlich auch nicht breit abgestützt. Das BLV hat Daten aus der deutschen Nationalen Verzehrs Studie II, 2008 verwendet. Wir verstehen, dass in der Schweiz (noch) keine ausreichenden Verzehrsdaten vorliegen und halten das Ausweichen auf die deutschen Daten grundsätzlich für vertretbar. Werden aber die deutschen Verzehrsdaten berücksichtigt, ist die vorgeschlagene Aufteilung eines Verzehrs in angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmitteln / Sportlernahrung im Verhältnis 1:3 nicht zu begründen. Effektiv gehen wir davon aus, dass weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden. Für Nahrungsergänzungsmittel sowie für Lebensmittel für Sportler, die zusätzlich zur normalen Ernährung konsumiert werden, erachten wir hingegen ein "UL-Konzept" als sinnvoll.

##### Höchstmengenangaben

Für einzelne Vitamine und Mineralstoffe wurden aus unserer Sicht nicht nachvollziehbare ULs gewählt. Grundsätzlich ist der vorgeschlagene Weg, sich auf die von der EFSA oder IOM festgelegten ULs zu stützen, sinnvoll. Zusätzlich sollten aber auch die Resultate der UK Expert Group on Vitamins and Minerals (EVM, 2003) beachtet werden. Dieses wissenschaftliche Komitee hat basierend auf der UL Methode "Safe Upper Level"-Werte ausgearbeitet, welche eine langfristige Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln berücksichtigen.

Scienceindustries unterstützt in diesem Anliegen die Anträge der Swiss Association of Nutrition Industries (SANI) und der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial).

##### Abgrenzung von Produkten, die nach dem Lebensmittelrecht beurteilt werden von solchen, die dem Heilmittelrecht unterliegen

Der neue Ansatz zur Ermittlung der jeweiligen Höchstmengen führt bei einigen Substanzen dazu, dass keine Höchstmengen mehr festgelegt werden, da diese auf Grund der neuen Beurteilung als unkritisch betrachtet werden. Alle betroffenen Substanzen werden einerseits in Arzneimitteln zur Verhütung oder Behandlung von Krankheiten, andererseits auch in Nahrungsergänzungsmitteln, in Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke zum Diätmanagement bei einer Krankheit sowie als Lebensmittelzusatz. Das Aufheben einer Höchstmenge für diese Stoffe führt dazu, dass die Abgrenzung zwischen Heil- und Lebensmitteln, welche entsprechende Vitamine oder Mineralstoffe enthalten, nicht mehr klar ist. Unser Meinung nach ist aber auch für diese Substanzen eine «impliziten Höchstmenge» zu beachten. Denn sie dürfen in Lebensmitteln ausschliesslich in Dosierungen verwendet werden, die eine ernährungsspezifische oder physiologische, nicht aber eine pharmakologische Wirkung entfalten. Scienceindustries unterstützt in diesem Punkt den

Vorschlag des Schweizerischer Fachverbands für Selbstmedikation ASSGP: Im Gesetz soll darauf hingewiesen werden, welche Grenzen bei der Dosierung von Vitaminen und Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ohne festgelegte Höchstmenge zu berücksichtigen ist. Dies insbesondere auch mit Hinblick auf die Sicherheit und Unbedenklichkeit des Konsums von Lebensmitteln (worunter u.a. auch die Nahrungsergänzungsmittel fallen) für alle Konsumenten.

### **Übergangsfristen**

Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir beantragen daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Eine Lockerung der bisherigen strengen Anforderungen für die Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» wird entschieden abgelehnt, da eine solche Kennzeichnung trotz des in der Praxis verbreiteten Einsatzes der Gentechnologie bei der Herstellung von Futtermittel-Zusatzstoffen eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten bedeuten würde. Der Vorschlag, dass mit Hilfe von GVO hergestellte Fermenterprodukte in der Schweiz neu den Bestimmungen für neuartige Lebensmittel unterstellt werden sollen, wird begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31 Abs. 3	<p>Gemäss den Erläuterungen leitet das BLV das Bewilligungsverfahren bei «...Produkten, die GVO sind oder solche enthalten, oder <u>die aus der Kreuzung mit GVO entstammen...</u>». Das kann so verstanden werden, dass neu auch Organismen einer GVO-Bewilligungspflicht unterstehen, die selber weder GVO sind oder solche enthalten, sofern irgendwann im Lauf der Züchtung einmal mit einem GVO gekreuzt wurden – unabhängig davon, ob der Organismus selber noch eine gentechnische Veränderung trägt. Das wäre z. B. bei Pflanzen der Fall, bei denen zum Zweck der beschleunigten Züchtung ein Transgen zur Blüh-Verfrühung eingekreuzt wurde, aber nach Abschluss der Kreuzungen wieder durch Segregation entfernt wurde. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Organismen ohne gentechnische Veränderung trotzdem einer GVO-Bewilligungspflicht unterstellt werden sollen.</p> <p>Im Text der Verordnung selber findet sich in Art. 31 Abs. 3 kein Hinweis auf eine GVO-Bewilligungspflicht für Lebensmittel, die keine GVO sind oder solche enthalten. Die Diskrepanz zwischen Verordnungstext und Erläuterungen führt zu Unklarheiten.</p>	Es muss in geeigneter Form klargestellt werden, dass für Lebensmittel, die keine GVO sind oder solche enthalten (z. B. Kreuzungsprodukte ohne gentechnische Veränderung) keine neue Bewilligungspflicht vorgesehen ist.
Art. 31 Abs. 5	Die Regelung, nach der mit Hilfe von GVO hergestellte Fermenterprodukte in der Schweiz neu den Bestimmungen für neuartige Lebensmittel unterstellt werden sollen und kein eigenes GVO-Bewilligungsverfahren mehr durchlaufen müssen (Regelung analog EU) ist sinnvoll und wird begrüsst. Dadurch wird der administrative Aufwand gesenkt, ohne dass Nachteile für den Gesundheitsschutz auftreten.	
Art. 37 Abs. 4		



	<p><b>«Mit dem Hinweis «ohne Gentechnik hergestellt» <u>oder einem anderen gleichbedeutenden Hinweis</u> können Lebensmittel versehen werden...».</b></p> <p>Die Ermöglichung «gleichbedeutender Hinweise» würde zu einem Wildwuchs bei der Auslobung von Lebensmitteln führen. Das BLV selber hat in seiner Medienmitteilung zur Vernehmlassung den unglücklichen Ausdruck «GVO-frei» verwendet. Konsumenten würden bei einem als «GVO-frei» ausgelobten Erdbeer-Joghurt wohl davon ausgehen, dass Produkte ohne derartige Kennzeichnung tatsächlich GVO enthalten könnten (gentechnisch veränderte Erdbeeren, gentechnisch veränderte Milchsäure-Bakterien...), und diese Kennzeichnung nicht unbedingt mit dem in der Schweiz üblichen Verzicht auf GVO Futterpflanzen in Verbindung bringen. Insofern könnte die Ermöglichung eigener marketing-gängiger Text-Formulierungen zu einer Verunsicherung oder Desinformation der Konsumenten führen, da offenbar keine Kontrolle oder Sanktionen bei irreführenden Formulierungen (z. B. «Gen-frei») vorgesehen ist.</p> <p>Die bestehende klare und eindeutige Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» soll ohne alternative Formulierungen beibehalten werden.</p>	<p><b>Art. 37 Abs. 4: Streichen</b> der Wörter <b>«<u>oder einem anderen gleichbedeutenden Hinweis</u>».</b></p>
<p>Art. 37, Abs. 5b</p>	<p>Eine Lockerung der bisherigen strengen Anforderungen für die Auslobung «ohne Gentechnik hergestellt» wird entschieden abgelehnt, da eine solche Kennzeichnung trotz dem in der Praxis verbreiteten Einsatz der Gentechnologie bei der Herstellung von Futtermittel-Zusatzstoffen eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten bedeuten würde.</p> <p>Gemäss Ziffer 2 soll die Ausnahmeregelung für Futtermittel-Zusätze gelten, die <b>«... <u>nachweislich nicht in gentechnikfreier Qualität verfügbar sind</u>»:</b> Es ist unklar, wie dieser Nachweis erbracht werden soll und was der Satz bedeutet. Was heisst "verfügbar"? Weltweit nirgendwo mehr verfügbar, zu keinem Preis? Oder nicht zum gleichen Preis und in gleicher Qualität verfügbar wie biotechnologisch mit GVO produzierte Futtermittel-Zusätze? Es ist zu erwarten, dass die vorgeschlagene Regelung nicht nur zu Ausnahmen in wenigen Einzelfällen führt, sondern zum verbreiteten Standard wird. Da die biotechnologische Produktion von Zusatzstoffen mit Hilfe von GVO oft preisgünstiger ist als die konventionelle Herstellung, würde diese Regelung einen verbreiteten Einsatz solcher Futtermittel-Zusätze ermöglichen, obwohl die tierischen Produkte als «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden.</p>	<p><b>Art. 37 Abs. 5b: Streichen</b> des gesamten Art. 37 Abs. 5b (Ziffern 1 – 3)</p>

	<p>Bestehende Modelle für derartige Ausnahmeregelungen (z. B. intransparente Festlegung der «nicht-Verfügbarkeit» in gentechnikfreier Qualität durch eine Kommission ohne öffentlich nachvollziehbare Entscheidungskriterien, wie in Österreich) sind unbefriedigend. Wo eine echte Nachfrage nach Futtermittel-Zusätzen aus Produktion ohne GVO und die entsprechende Zahlungsbereitschaft besteht, werden auch alternative Produktionsverfahren ohne GVO bestehen bleiben oder neu entwickelt (z. B. aktuell Markt-Verfügbarkeit neuer Futtermittel mit hohem Riboflavingehalt für die BIO-Landwirtschaft gemäss FiBL-Mitteilung).</p> <p>Das Anliegen der Landwirtschaft, den freiwilligen, aber teuren Verzicht auf den Einsatz von GVO Futterpflanzen in der Schweiz als Verkaufsargument für einheimische Lebensmittel einzusetzen wird anerkannt. Die entsprechende Information der Konsumentinnen und Konsumenten ist jederzeit z. B. über die Kommunikationskanäle der Marketing-Organisationen möglich, ohne möglicherweise irreführende und nicht wahrheitsgetreue Auslobungen auf den Produkten selber.</p>	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich ist die Anpassung an die EU-Regelung zu begrüßen. Ebenfalls begrüßen wir den Erhalt der Kategorie "Lebensmittel für Sportlerinnen und Sportler".

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 11	Die Begründung, welche Publikationen für die Berechnung der Höchstwerte in Betracht gezogen wurden, ist für uns zu wenig nachvollziehbar. Diese hat jedoch weitreichende Auswirkungen auf das Recht. Diesem entsprechen sind, unserer Meinung nach, einzelne Höchstwerte kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin A, Vitamin E, Vitamin K, Magnesium und Zink wenig Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.	
Anhang 11	Zu den einzelnen Höchstmengenangaben verweisen wir auf unsere Kommentare und Anträge zur Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel (VNEM)	Siehe VNEM
Anhang 11	Ergänzung in der Spalte «Warnhinweise (kursiv), Hinweis auf spezifische Zielgruppe, Verwendungsbedingungen» bei allen Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, für welche keine Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrmenge festgelegt wird (→ Eintrag in der Spalte «für Erwachsene zugelassene Höchstmengen pro empfohlener täglicher Verzehrmenge» = «keine»).	<b>«Die Verwendung in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrmenge ist verboten. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmenge sind in Anhang X festgelegt.»</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**Allgemeine Bemerkungen****Neues Höchstmengenmodell für Vitamine und Mineralstoffe**Allgemeine Haltung

Scienceindustries begrüsst grundsätzlich die Umstellung von einem reinen bedarfsorientierten Modell zu einem Modell, welches den Gesundheitsschutz ins Zentrum stellt. Ebenso begrüssen wir die Annäherung an unser europäisches Umfeld.

Das neue Höchstmengenkonzept setzt sich aus zwei wichtigen Parametern zusammen: «Tolerable Upper Intake Levels» (ULs) und Verzehrsmengen. Dies ist nachvollziehbar und wird grundsätzlich unterstützt. Auch die Einteilung in die drei verschiedenen Gruppen je nach Risiko einer zu hohen Exposition mit gewissen Mikronährstoffen halten wir für sinnvoll. Die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist hingegen für uns schlecht nachvollziehbar und wissenschaftlich auch nicht breit abgestützt. Das BLV hat Daten aus der deutschen Nationalen Verzehrs Studie II, 2008 verwendet. Wir verstehen, dass in der Schweiz (noch) keine ausreichenden Verzehrsdaten vorliegen und halten das Ausweichen auf die deutschen Daten grundsätzlich für vertretbar. Werden aber die deutschen Verzehrsdaten berücksichtigt, ist die vorgeschlagene Aufteilung eines Verzehrs in angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmitteln / Sportlernahrung im Verhältnis 1:3 nicht zu begründen. Effektiv gehen wir davon aus, dass weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden. Für Nahrungsergänzungsmittel sowie für Lebensmittel für Sportler, die zusätzlich zur normalen Ernährung konsumiert werden, erachten wir hingegen ein "UL-Konzept" als sinnvoll.

Höchstmengenangaben

Für einzelne Vitamine und Mineralstoffe wurden aus unserer Sicht nicht nachvollziehbare ULs gewählt. Grundsätzlich ist der vorgeschlagene Weg, sich auf die von der EFSA oder IOM festgelegten ULs zu stützen, sinnvoll. Zusätzlich sollten aber auch die Resultate der UK Expert Group on Vitamins and Minerals (EVM, 2003) beachtet werden. Dieses wissenschaftliche Komitee hat basierend auf der UL Methode "Safe Upper Level"-Werte ausgearbeitet, welche eine langfristige Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln berücksichtigen.

Scienceindustries unterstützt in diesem Anliegen die Position und die Anträge der Swiss Association of Nutrition Industries (SANI) und der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial).

Abgrenzung von Produkten, die nach dem Lebensmittelrecht beurteilt werden von solchen, die dem Heilmittelrecht unterliegen

Der neue Ansatz zur Ermittlung der jeweiligen Höchstmengen führt bei einigen Substanzen dazu, dass keine Höchstmengen mehr festgelegt werden, da diese auf Grund der neuen Beurteilung als unkritisch betrachtet werden. Alle betroffenen Substanzen werden einerseits in Arzneimitteln zur Verhütung oder Behandlung von Krankheiten, andererseits auch in Nahrungsergänzungsmitteln, in Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke zum Diätmanagement bei einer Krankheit sowie als Lebensmittelzusatz. Das Verschwinden einer Höchstmengenangabe für diese Stoffe führt dazu, dass die Abgrenzung zwischen Heil- und Lebensmitteln, welche entsprechende Vitamine oder Mineralstoffe enthalten, nicht mehr klar ist. Unser Meinung nach ist aber auch für diese Substanzen eine «impliziten Höchstmenge» zu beachten. Denn sie dürfen in Lebensmitteln ausschliesslich in Dosierungen verwendet werden, die eine ernährungsspezifische oder physiologische, nicht aber eine pharmakologische, Wirkung entfalten. Scienceindustries unterstützt in diesem

Punkt den Vorschlag des Schweizerischer Fachverbands für Selbstmedikation ASSGP: Im Gesetz soll darauf hingewiesen werden, welche Grenzen bei der Dosierung von Vitaminen und Mineralstoffen und sonstigen Stoffen ohne festgelegte Höchstmenge zu berücksichtigen ist. Dies insbesondere auch mit Hinblick auf die Sicherheit und Unbedenklichkeit des Konsums von Lebensmitteln (worunter u.a. auch die Nahrungsergänzungsmittel fallen) für alle Konsumenten.

#### Deklaration

Die Festlegung von Höchstmengen hat zur Folge, dass nach dem Informationsschreiben 2017/7 Toleranzen für die Nährwertdeklaration durch den Verweis auf den EU Toleranzen Leitfaden (2012) eine Überdosierung zum Ausgleich von Gehaltsverlusten über die Zeit nicht mehr erlaubt ist. Das hat zur Folge, dass die Deklaration von Höchstmengen tatsächlich nur dann möglich ist, wenn garantiert werden kann, dass die Gehalte bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum nicht abnehmen. Da dies heute nur für einzelne Stoffe der Fall ist und insbesondere im EU-Ausland keine Höchstmengen festgelegt sind, ergibt sich aus dem EU Leitfaden und der Festlegung von Höchstmengen für Schweizer Inverkehrbringen ein Wettbewerbsnachteil, wenn die Höchstmengen inklusive einer Toleranz nach oben im Ausland zugelassen sind. Um dieses praktische Problem zu lösen, schlagen wir für eine weitere Regelung der Deklaration in der Form von „Deklarationshöchstmengen“ vor, die hier die Rechtslage für Anwender und Vollzug klarer macht.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3 Abs.3	<p><b>Toleranzen, Überdosierung und Messunsicherheit</b></p> <p>Mit dem Wechsel zu LARGO wurde in der Schweiz die Möglichkeit der 300-fachen Überdosierung aufgegeben und neu gelten nach dem Informationsschreiben 2017/7 auch für Nahrungsergänzungsmittel die Werte nach dem EU Toleranzen Leitfaden (2012). Trotz technologischer Fortschritte bei der Herstellung und Standardisierung sind für das Einhalten von bestimmten Gehalten im Rahmen der Toleranzen bis Ende der Haltbarkeit Überdosierungen, insbesondere bei Vitaminen, nötig. Die Stabilität wird unter anderem durch den Herstellungs- und Lagerungsprozess beeinflusst, aber auch durch die Interaktion gewisser Stoffe innerhalb des Produktes. Die Stabilität der einzelnen Stoffe variiert stark. Hinzu kommen Messunsicherheiten, welche auch innerhalb der Toleranzen berücksichtigt werden müssen.</p> <p>Da sich die Höchstmenge am Gesundheitsschutz orientieren, ist es wichtig, dass diese auch bei einer Überdosierung zu keinem Zeitpunkt des Produktlebenszyklus überschritten werden. Insofern ist die Höchstmenge in jedem Fall verbindlich und darf auch nicht gemäss den Toleranzen im EU Leitfaden überschritten werden. Obwohl dies gemäss dem EU-Guidance Dokument bereits heute der Fall sein sollte, wird dies vom Vollzug nicht einheitlich gehandhabt und diese Rechtslage scheint im Markt unklar.</p> <p>Produkte mit deklarierten Gehalten gleich den Höchstwerten sind aufgrund unserer Erfahrungswerte für Vitamine, aber auch nicht für Mineralstoffe,</p>	<p>Bei der Kennzeichnung ist auf den Gehalt an Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen zum Zeitpunkt der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten hinzuweisen. Dabei gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Die angegebenen Werte müssen sich auf Durchschnittswerte nach Artikel 26 Absatz 4 LIV stützen.</li> <li>b) Bei Vitaminen und sonstigen Stoffen dürfen maximal 80% der in Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</li> <li>c) Bei Mineralstoffen dürfen maximal 90% der im Anhang I festgelegten Höchstmengen angegeben werden.</li> </ul>

	<p>Aminosäuren und sonstige Stoffe rechtlich nicht zulässig. Eine derartige Praxis weist entweder auf eine zu niedrige Konzentration des Stoffs im Endprodukt hin (EU Leitfaden Toleranz wird systematisch nach unten ausgereizt, die Werte sind keine Durchschnittswerte und verletzen damit Art.3 Abs.3 VNem) oder ist ein Zeichen für eine Überdosierung und kann somit ein Gesundheitsrisiko darstellen.</p> <p>Um klare Grundlagen für die Anwender und für den Vollzug, insbesondere auch bei reinen Etikettenkontrollen von Online- und Importware, zu schaffen, schlagen wir folgendes Modell für die Deklaration der Gehalte vor („<b>Deklarationshöchstmengen</b>“).</p> <p>Bei den <b>Mineralstoffen</b> spielen lediglich Mess-Toleranzen und Produktionsschwankungen eine Rolle, da Mineralstoffe stabil sind. Diese Schwankungen müssen bei der Deklaration mit einem <b>Abschlag von 10% auf die jeweilige Höchstmenge</b> berücksichtigt werden:</p> <p><b>Vitamine und auch Aminosäuren und sonstige Stoffe sind oxidationsempfindlich und bieten nach grundsätzliche Stabilitätsprobleme.</b> Um die Angaben auf den Verpackungen einhalten zu können, müssen diese Schwankungen bei der Deklaration mit einem <b>Abschlag von 20% auf die jeweilige Höchstmenge</b> berücksichtigt werden:</p> <p>Für die Höchstmengen von <b>Aminosäuren und für die sonstigen Stoffe</b> folgt daraus, dass diese um 20% erhöht werden, damit die Berücksichtigung der Toleranzen nicht zu einer <u>unnötigen Reduktion der deklarierbaren Höchstmengen</u> führt.</p>	
Anhang 1	<p>Die Begründung, welche Publikationen für die Berechnung der Höchstwerte in Betracht gezogen wurden, ist für uns zu wenig nachvollziehbar. Diese hat jedoch weitreichende Auswirkungen auf das Recht. Diesem entsprechen sind, unserer Meinung nach, einzelne Höchstwerte kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin A, Vitamin E, Vitamin K, Magnesium und Zink wenig Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.</p>	
Anhang 1	<p><b>Vitamin A</b></p> <p>Die Anwendung des von FSE berechneten ULs (1200 µg), welcher auch von Belgien, Italien und Norwegen übernommen wurde, wäre für uns nachvollziehbar und angesichts der Verzehrdaten vertretbar und würde auch dem Ansatz entsprechen, sich an das angrenzende Ausland anzunähern.</p>	Höchstwert Vitamin A: <del>4000 µg</del> 1200 µg
Anhang 1	<p><b>Vitamin E</b></p>	Höchstwert Vitamin E: <del>75mg</del> 270mg

	Die Anwendung des EFSA-ULs (300mg) wäre für uns nachvollziehbar und angesichts der deutschen Verzehrsdaten würde der Höchstwert bei 270mg liegen.	
Anhang 1	<p><i>Vitamin K</i></p> <p>Der in Stretto III für Vitamin K berechnete Höchstwert gilt als "Spezialfall" und soll sich daher am Bedarf (NRV) orientieren. Für Vitamin K liegt kein UL vor. Es wird auf eine ungenügende Datenlage hingewiesen. Die Herabsetzung des Werts von 225 µg auf 75 µg ist für uns nicht nachvollziehbar. Dies aus den folgenden Gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der vom BLV vorgeschlagene Höchstwert basiert auf einer BfR Studie aus dem Jahre 2004. Gemäss dem BfR-Artikel von 2018 gelte der damals vorgeschlagene Höchstwert von 80 µg weiterhin als tolerabel, da seither keine unerwünschten Effekte bekannt geworden seien und keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen.</li> <li>• Für Vitamine und Mineralstoffe, bei denen wegen einer ungenügenden Datenlage kein UL festgelegt werden konnte, hat die Expert group on vitamins and minerals of the Food Standard Agency (UK) (EVM, 2003)<sup>4</sup> einen sogenannten Guidance Level (GL) definiert. Dieser GL gibt einen approximativen Wert an, bis zu welchem keine unerwünschten Nebenwirkungen zu erwarten sind. Die für Vitamin K definierten GL lauten: <ul style="list-style-type: none"> <li>- 1000 µg / Tag für Erwachsene</li> <li>- 870 µg / Tag für 15-17-jährige</li> <li>- 670 µg / Tag für 11-14-jährige</li> <li>- 500 µg / Tag für 7-10-jährige</li> <li>- 370 µg / Tag für 4-6-jährige</li> <li>- 270 µg / Tag für 1-3-jährige.</li> </ul> </li> <li>• Die für Vitamin K in anderen europäischen Ländern gültigen Höchstmengen betragen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Belgien: 210 µg / Tag</li> <li>- Dänemark: 624 µg / Tag</li> <li>- Italien: 180 µg / Tag</li> </ul> </li> <li>• Für Patientinnen und Patienten, die Antikoagulantien einnehmen bestand bereits vor Stretto III ein Warnhinweis. Dieser ist auch weiterhin vorgesehen. Die Sicherheit von Vitamin K bei gesunden Personen ist mit dieser möglichen Wechselwirkung nicht tangiert.</li> </ul> <p>In Anbetracht dieser Überlegungen (Sicherheit, europäisches Umfeld) ist die in der Schweiz für NEM bis anhin gültige Höchstmenge für Vitamin K von 225 µg / Tag als sicher und sinnvoll zu bezeichnen.</p>	Höchstmenge Vitamin K: <del>75 µg</del> 225 µg
Anhang 1	<i>Zink</i>	Höchstmenge Zink: <del>40mg</del> 20mg

	<p>Die deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat 2019 die Referenzwerte für Zink überarbeitet und angehoben (DGE, 2019)<sup>1</sup>. Die langfristig tägliche tolerierbare Zink-Zufuhrmenge (UL) beträgt für Zink gemäss der EFSA 25 mg. Grund für die Festlegung des UL-Wertes für Zink ist die Wechselwirkung von langfristig höheren Zinkgaben auf den Kupfer-Haushalt. Allerdings beginnen diese Wechselwirkungen von Zink auf den Kupfer-Stoffwechsel weder bei täglichen Zinkgaben von 25 mg (=UL) und auch nicht bei 30 mg (=NOAEL), sondern bei 40-50 mg / Tag. Dies zeigt eine Arbeit des US Departments of Health and Human Services (2005)<sup>2</sup>. Gemäss einer Übersicht über die Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe liegt die Höchstmenge für Zink in Frankreich, Italien bei 15 mg, in Belgien bei 22.5 mg und in Norwegen bei 25 mg. Lediglich in Dänemark liegt die Höchstmenge bei 8 mg.</p> <p>Aufgrund der oben genannten Argumente halten wir es für vertretbar, bei <b>Zink den UL von IOM von 40 mg anzuwenden und somit eine Höchstmenge von 20 mg</b> festzulegen. Dies ist in Einklang mit anderen europäischen Ländern und dem GL von EVM (25 mg), trägt den bekannten Wechselwirkungen mit Kupfer Rechnung und verursacht allenfalls milde reversible Nebenwirkungen.</p>	
Anhang 1	Es stellt sich bezüglich der neu vorgeschlagenen Höchstmenge für Magnesium von 350 mg anstelle von bisher 375 mg die Frage, ob diese geringfügige Änderung um 7% in Anbetracht des Aufwandes für die Anpassung der bereits im Markt verfügbaren Produkten wirklich sicherheitsrelevant ist. Wenn dies nicht der Fall ist schlagen wir vor die Höchstmenge für Magnesium wie bisher bei 375 mg zu belassen.	Höchstmenge Magnesium: <del>350mg</del> 375mg
Anhang 1	Für alle andere Substanze wissen wir auf die Vorschläge der Swiss Association of Nutrition Industries (SANI).	Siehe Stellungnahme der Swiss Association of Nutrition Industries (SANI).
Art. 5 Abs 2	In erster Priorität beantragen wir die Anpassung von Art. 5 Abs. 2. Sollte dies nicht möglich sein, beantragen wir in zweiter Priorität die Anpassung von Anhang 1 (siehe unten).	Die in Anhang 1 festgelegten Höchstmengen für Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe dürfen pro empfohlene tägliche Verzehrsmenge nicht überschritten werden. <b>Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe, für welche keine Höchstmenge festgelegt ist, dürfen nicht in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrsmenge verwendet werden. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmenge sind in Anhang X festgelegt.</b>

<sup>1</sup> <https://www.dge.de/wissenschaft/weitere-publikationen/faqs/zink/>

<sup>2</sup> Toxicological Profile for Zinc, August 2005, S.1-352: <https://www.atsdr.cdc.gov/toxprofiles/tp60.pdf>

Anhang 1	<b>Ergänzung in der Spalte «Warnhinweise (kursiv), Verwendungsbedingungen»</b> bei allen Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, für welche keine Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrmenge festgelegt wird (→ Eintrag in der Spalte «für Erwachsene zugelassene Höchstmengen pro empfohlener täglicher Verzehrmenge» = «keine»).	<b>«Die Verwendung in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrmenge ist verboten. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmenge sind in Anhang X festgelegt.»</b>

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 14	<p>Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können. Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:</p> <p>Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.</p> <p>Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN</a></p> <p>Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden.</p>	Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413

--	--	--

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist hingegen für uns schlecht nachvollziehbar und wissenschaftlich auch nicht breit abgestützt. Das BLV hat Daten aus der deutschen Nationalen Verzehrs Studie II, 2008 verwendet. Wir verstehen, dass in der Schweiz (noch) keine ausreichenden Verzehrsdaten vorliegen und halten das Ausweichen auf die deutschen Daten grundsätzlich für vertretbar. Werden aber die deutschen Verzehrsdaten berücksichtigt, ist die vorgeschlagene Aufteilung eines Verzehrs in angereicherte Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmitteln / Sportlernahrung im Verhältnis 1:3 nicht zu begründen. Effektiv geht scienceindustries davon aus, dass weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 2	Die ausführliche Begründung für den Antrag siehe unter «Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3»	Für den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen gelten pro Tagesration nach Anhang 7 die Höchstmengen nach Anhang 1.

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Eine praktikable Toleranzregelung für geringfügige Beimischungen von in der Schweiz (noch) nicht bewilligten GVO wird begrüsst, da diese dazu beiträgt, Probleme im internationalen Handel (Import) zu reduzieren. Dem Gesundheitsschutz kann dabei durch Berücksichtigung der Zulassungen im Ausland Rechnung getragen werden. Die regelmässigen Lebensmittel-Untersuchungen der kantonalen Laboratorien haben gezeigt, dass der Handel die Warenflusstrennung und -Kontrolle gut im Griff hat.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6a Ziff. 1a	<p>Toleranz wenn «<i>die Anteile den Wert von 0,5 Massenprozent, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten</i>»...</p> <p>Der Zahlenwert von 0.5% geht auf eine zeitlich befristete Übergangsregelung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 aus dem Jahr 2003 zurück, die längst nicht mehr gültig ist. In den Erläuterungen zur Änderung der VGVL aus dem Jahr 2007 wurde der Toleranz-Schwellenwert von 0.5% wie folgt begründet: «<i>Der Schwellenwert von 0,5% hält die Importeure zu einer strikten Qualitätssicherung zur Vermeidung solcher Spuren an, während die Einhaltung dieses Wertes durch den Vollzug gut zu kontrollieren ist.</i>».</p> <p>Die Erfahrungen aus der GVO-Lebensmittelkontrolle zeigen, dass Importeure ihre Qualitätssicherungssysteme gut im Griff haben, und GVO Spurenbeimischungen über 0.5% sehr selten sind. Falls überhaupt Beimischungen gefunden werden, liegen diese in der Regel wesentlich niedriger. Auch für den Gesundheitsschutz ist der Wert von 0.5% nicht erforderlich, da es sich um GVO-Produkte mit einer positiven Gesundheitsbewertung handelt. Es gibt daher keinen sinnvollen Grund mehr, hier einen separaten Toleranz-Grenzwert von 0.5% aufrecht zu erhalten, der sich vom Kennzeichnungs-Grenzwert von 0.9% unterscheidet.</p> <p><b>Weiterer Kommentar:</b></p> <p>Gemäss Erläuterung: «<i>Der Grenzwert 0.5% in Absatz 1 Buchstabe a bezeichnet die totale Menge an Kontamination pro Pflanzensorte, die toleriert werden kann: das heisst, dass total maximal 0.5 Massenprozent an z.B. GVO-Mais vorliegen kann, unabhängig davon um wie viele unterschiedliche genetisch veränderte Mais-Varianten es sich dabei handelt</i>». Es dürfte in der praktischen Analytik (quantitativer Nachweis von Transgen-DNA) schwierig</p>	<p><b>Änderung Art. 6a Ziff. 1a:</b> «<i>die Anteile den Wert von <u>0,9 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten</i>»</p>



	werden, zwischen GVO-Pflanzen mit einzelnen Events und solchen mit mehreren Events (Stacks) zu unterscheiden. Es ist daher kaum möglich, von dem gemessenen Transgen-Gehalt auf den Gewichtsanteil von gentechnisch verändertem Pflanzenmaterial in der Probe zu schliessen. Hier müssen für die Umsetzung konkrete Messverfahren beschrieben werden.	
Art. 6a Abs. 1c2	Toleranz, wenn Pflanzen « <i>von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und nach dieser Verordnung vergleichbar ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden</i> » sind. Laut Erläuterung handelt es sich dabei beispielsweise um Verfahren aus der EU. <b>Kommentar:</b> Gundsätzlich sinnvoll, aber es ist unklar, nach welchen Kriterien die Gleichwertigkeit der Verfahren festgelegt wird. Welche Verfahren ausser denen der EU werden ebenfalls als gleichwertig anerkannt? Entscheidet das BLV ad hoc darüber, oder ist vorgesehen nach Prüfung der Verfahren eine Liste der Länder mit vergleichbaren Verfahren zu erstellen und zu publizieren?	
Art. 6a Abs. 2	Art. 6a Abs. 2: Tolerierung setzt voraus, « <i>dass eine Umweltgefährdung aufgrund einer Beurteilung durch das BAFU nach dem Stand der Wissenschaft ausgeschlossen werden kann</i> ». Diese Regelung ist bei vermehrungsfähigem Material, das in die Umwelt gelangen kann (z. B. intakte Samen) sinnvoll, nicht jedoch bei nicht vermehrungsfähigem Material (Mehl, Öl, Presskuchen, verarbeitete Lebensmittel). Das BLV sollte bei Beurteilung des Einzelfalls entscheiden, ob eine Beimischung potenziell vermehrungsfähiger GVO vorliegt oder nicht. Aus Effizienzgründen sollte ohne Potential für eine Umweltgefährdung keine Stellungnahme des BAFU erforderlich sein.	<b>Ergänzung Art. 6a Abs. 2</b> «...dass <u>für vermehrungsfähiges Material</u> eine Umweltgefährdung aufgrund einer Beurteilung durch das BAFU nach dem Stand der Wissenschaft ausgeschlossen werden kann».

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Verband der Lebensmitteldetaillisten Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VELEDES  
Adresse, Ort : Auenstrasse 10, 8600 Dübendorf  
Kontaktperson : Marcel Mautz, geschäftsführender Präsident  
Telefon : 058 911 65 65  
E-Mail : [mautz@veledes.ch](mailto:mautz@veledes.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Der Schweizerischer Verband der Lebensmittel-Detaillisten VELEDES setzt sich für die selbstständigen Lebensmittel-Detaillisten ein, die ihr Geschäft als „freie“ Detaillisten oder in Anbindung an ein Franchise-System (z.B. Volg, Spar, Denner, Voi oder eine Mineralölgesellschaft) auf eigene Rechnung und Verantwortung führen. In geringem Mass sind Lebensmitteldetaillisten auch in der Herstellung von Lebensmitteln involviert. Die meisten unserer Mitglieder sind Kleinbetriebe im Sinne von Art. 26 Abs. 3 LMG und haben Anspruch auf die formalgesetzlich festgelegten Erleichterungen. Im Detailhandel finden sich rund 7 Prozent aller Schweizer Arbeitsplätze und jede 8. Lehrstelle. Der VELEDES ist selbst eine Organisation der Arbeitswelt (ODA) im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und organisiert die überbetrieblichen Kurse in der ganzen Schweiz im Rahmen der Ausbildung zur/zum Detailhandelsfachfrau/-fachmann (DHF) bzw. zum/zur Detailhandelsassistent/in (DHA). Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir zur Vorlage wie folgt Stellung:

Mit dem vorliegenden Revisionspaket "Stretto 3" wurden 23 Verordnungen mit 462 Seiten Erlassentext und 109 Seiten Erläuterungen in die Vernehmlassung geschickt. Es liegt auf der Hand, dass eine Stellungnahme zu einem solch umfangreichen Revisionspaket für einen Branchenverband einem eigentlichen Kraftakt gleichkommt. Auch wenn grundsätzlich zu begrüßen ist, dass mit der vorliegenden Revision die Harmonisierung mit dem EU-Recht gewährleistet werden soll und damit Handelshemmnisse gegenüber der EU vermieden werden sollen, ist festzuhalten, dass die Regulierungsdichte für den Detailhandel in der Schweiz angesichts des Kostendrucks bereits heute kaum mehr zu bewältigen ist.

Der Detailhandel ist mit einem zunehmenden grenzüberschreitenden Warenverkehr konfrontiert. Der daraus entstehende Konkurrenz- und Preisdruck dürfte sich mittelfristig durch weitere Marktöffnungsschritte noch verschärfen. Diese Situation spiegelt sich in besonders akzentuierter Form in grenznahen Regionen. Vor diesem Hintergrund ist bei der Einführung von neuen Regulierungen Mass zu halten, so dass der hiesige Detailhandel nicht gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland weiter benachteiligt wird. Überregulierung, unnötige Bürokratie, Monopole und hohe Gebühren leisten einen unwillkommenen Beitrag zur «Preisinsel Schweiz». Insbesondere muss der *Swiss Finish* bei Produkteregulierungen vermieden werden.

Im geltenden Lebensmittelrecht gelten verschiedene Vorgaben namentlich zu Herkunftsbezeichnungen (Produktionsland, Herkunft der Zutaten, spezifische Vorgaben für Fleisch und Fisch sowie spezifische Regelungen für den Offenverkauf) parallel und sind folglich kaum überblickbar, so dass selbst gestandene Fachexperten damit ihre liebe Mühe bekunden. Kaum mehr zu bewältigen sind für den Handel die Anforderungen an die Herkunftsbezeichnung, weil gewisse Lebensmittel wie namentlich Früchte und Gemüse je nach Saison in geografisch weit auseinanderliegenden Weltregionen und lange im Voraus geordert werden müssen und bei Missernten rasch umdisponiert werden muss. Diese (und andere) Vorgaben sind im Betriebsalltag nur mit hohem Aufwand umsetzbar und in spezifischen Konstellationen (z.B. im Online-Handel) gar nicht mehr zu bewältigen.

Heute kommt, wie sich in der Praxis zeigt, den «Informationsschreibern» des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) grosse Bedeutung zu. Es ist für die Detailhandelsunternehmen eine grosse Herausforderung die Übersicht zu behalten und nebst den gesetzlichen Vorgaben auch das *Soft Law* in Form dieser «Informationsschreibern» zu überblicken. Dies gilt insbesondere für Betriebe, die über keine *Compliance*-Abteilung verfü-

gen. In diesem Kontext sind zeitnahe Auskünfte des BLV an die Branchenverbände unabdingbar. Zeitnahe Auskünfte des BLV brauchen die Branchenverbände auch, wenn es um die Auslegung von EU-Verordnungen, einschliesslich der Durchführungsverordnungen, geht (vgl. z.B. die Auslegung zum Ursprungsland oder Herkunftsort in der EU-Durchführungsverordnung zur LMIV).

Mit Bezug auf die Gebühren fordern wir, dass sich diese nicht ausschliesslich nach dem Kostendeckungsprinzip richten, sondern auch das Äquivalenzprinzip gebührend zu berücksichtigen ist (vgl. Art. 46a Abs. 3 ROVG). Vor diesem Hintergrund erscheinen die heute im Lebensmittelrecht festgelegten Gebühren zu hoch und sind folglich zu überprüfen.

Bei der Einführung neuer Pflichten für die betroffenen Betriebe fordern wir genügend lange Übergangsfristen, wie sich dies aus dem Verhältnismässigkeitsprinzip und aus dem Grundsatz der Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ergibt (Art. 5 Abs. 2 BV und Art. 3 Abs. 3 RVOG).

Schliesslich ist es für den Detailhandel elementar, dass der Vollzug des Lebensmittelrechts mit Augenmass umgesetzt wird. Leitschnur muss der Schutz der Gesundheit der Konsumenten und Konsumentinnen sein und deren Schutz vor Täuschung, wobei bei Letzterem von mündigen Bürgern auszugehen ist. Wir fordern auch, dass der Vollzug in allen Kantonen gleich gehandhabt wird; dies gilt nicht nur, aber insbesondere bei der Umsetzung von Branchenleitlinien, und vor allem für Kleinstbetriebe. Deshalb kommt der Aufsicht des BLV über den kantonalen Vollzug eminente Bedeutung zu.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (inkl. VIPaV)

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen der Höchstwerte (Neuorientierung am Gesundheitsschutz statt wie bisher am Bedarf) führt für die Betriebe bei der Anpassung der Rezepturen und der Kennzeichnung zu Mehraufwand. Deshalb muss die Erarbeitung der „Informationsschreiben“ unter Einbezug der Stakeholder und nach dem Grundsatz der Zweck- und Verhältnismässigkeit erfolgen. Dasselbe gilt mit Bezug auf die geplanten Neuerungen bezüglich GVO. Im Vollzug ist dieser Neuerung gebührend Rechnung zu tragen (vgl. Bemerkungen unter „1. Allgemeine Stellungnahmen“).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	Der Verweis für die erlaubte Sachbezeichnung auf eine EU-Verordnung mag aus legislatorischer Sicht zwar nachvollziehbar sein, ist aber für einen schweizerischen Rechtsunterworfenen zu abstrakt.	Die Abbildung der zulässigen Sprachbezeichnung ist im Anhang der LGV abzubilden. Sollte dies vernünftigerweise nicht umsetzbar sein, ist diese Information auf der BLV Webssite abzubilden bzw. in Informationsschreiben (vgl. „1. Allgemeine Bemerkungen“ Abs. 5).
Art. 15 Abs. 2	Vgl. Bemerkungen zu Art. 14 Abs. 2	
Art. 31	Das Ansinnen, mit GVO hergestellte Stoffe, die von GVO gereinigt sind, grundsätzlich der Regelung über neuartige Lebensmittel im Sinne von Art. 15-19 LGV demselben Verfahren wie in der EU zu unterstellen, wird unterstützt. Damit wird eine unnötige Differenz eliminiert.	
Art. 37	Wir sind mit der Umsetzung der Motion Bourgeois einverstanden, das geltende Recht anzupassen, damit ohne Gentechnik hergestellte tierische Lebensmittel in der Schweiz auf ähnliche Weise gekennzeichnet und damit ausgelobt werden können wie in den EU-Mitgliedstaaten.	
Art. 39	Vgl. „1. Allgemeine Bemerkungen“ (Abs. 4)	

Art. 90 Abs. 4	Auf die Zusatzgebühr ist zu verzichten (vgl. "1. Allg. Bemerkungen" Abs. 6)	Reglung ersatzlos streichen
Art. 2 <b>VIPaV</b>	Wir begrüßen, die bezeichnete Ausnahme vom Cassis-de-Dijon-Prinzip aufzuheben.	Sämtliche Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip nach Art. 2 Bst. b sind auf ihre Rechtfertigung zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 44	Vgl. "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 6)	
Art. 111-117	Vgl. "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 6)	

<b>4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>5            BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH)

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19	Es wird begrüsst, dass die Verpflichtung zur Angabe der Produktionsmethode und der Fanggerätekategorie für Fisch aufgehoben wird, so dass keine Handelshemmnisse entstehen. Dasselbe gilt für die Aufhebung des Warnhinweises.	
Art. 59 und 60	Die Aufhebung obsoleter Bestimmungen zu Fertig-Fondue ist zu begrüssen.	
Art. 61	Die Aufhebung der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse ist zu begrüssen.	
Art. 62	Die Aufhebung bzw. Herabsetzung der Anforderungen an die Käsetrockenmasse von Schmelzkäse ist zu begrüssen.	
Art. 63	Die Aufhebung der Anforderungen an die Käsetrockenmasse von Schmelzkäsezubereitungen ist zu begrüssen.	
Art. 64	Die Aufhebung der Angabe der Art der Hitzebehandlung wie Past oder UHT für Käseerzeugnisse ist zu begrüssen.	

**9 EDI: Getränkeverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3	Einverstanden mit den geplanten Anpassungen, vgl. auch Allgemeine Bemerkungen (Abs. 5)	
Art. 10	Wir begrüßen die Angleichung ans EU-Recht	
Art. 18	Wir begrüßen die Angleichung ans EU-Recht	
Art. 31	Einverstanden mit der Aufhebung dieser obsoleten Bestimmung	
Art. 33	Einverstanden mit der Aufhebung dieser obsoleten Bestimmung	
Art. 62	Wir begrüßen die Aufhebung dieses Handelshemmnisses	
Art. 63	Wir begrüßen die Anpassung an das Cassis-de-Dijon-Prinzip	
Art. 64	Wir begrüßen die Anpassung an das Cassis-de-Dijon-Prinzip	
Art. 66	Wir begrüßen die Aufhebung dieses Handelshemmnisses	

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen grundsätzlich die vorgesehenen Änderungen, damit das schweizerische Recht an den Stand der Wissenschaft und Technik und an das EU-Recht angepasst wird und Handelshemmnisse vermeiden werden. Allerdings weisen wir darauf hin, dass die Änderung der zulässigen Höchstmengen für die schweizerischen Betriebe aufgrund der Anpassung der Rezeptur und der Kennzeichnung (vorübergehend) zu einem erheblichen Mehraufwand führt. Vgl. auch unsere Bemerkungen unter „1. Allgemeine Bemerkungen“

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen grundsätzlich die geplanten Korrekturen und Anpassungen an die Bestimmungen der EU. Die Einführung neuer Höchstgehalte für gewisse Stoffe zum Schutz der Gesundheit ist eine Harmonisierung an das Niveau im internationalen Umfeld. Dies gilt insbesondere für den Richtwert für Acrylamid in verschiedenen Lebensmitteln in Anlehnung an das EU-Recht. Betroffen sind zwar in erster Linie die Hersteller von Lebensmitteln, aber auch der (Detail-)Handel ist im Rahmen der Selbstkontrolle tangiert. Wir haben deshalb Vorbehalte mit Bezug auf die Umsetzung und mit Bezug auf deren Übergangsfrist. Vgl. auch unsere Bemerkungen unter „1. Allgemeine Bemerkungen“.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a und Anhang 11	<p>Das BLV soll offenbar die geeigneten Massnahmen zur Einhaltung der Richtwerte mit Blick auf die gute Verfahrenspraxis für Akrylamid im Rahmen von Informationsschreiben festlegen (vgl. auch Bemerkungen zu „1. Allgemeine Bemerkungen“). Diese sollen in die Branchenleitlinien einfließen.</p> <p>Zur Anpassung der neuen Anforderungen ist den betroffenen Betrieben eine genügend lange Übergangsfrist einzuräumen (vgl. Bemerkungen zu „1. Allgemeine Bemerkungen“). Diese sind in Absprache mit den Stakeholdern festzulegen.</p>	
Art. 5b	<p>Wir begrüssen grundsätzlich die geplante Regelung, wonach Lebensmittelbetriebe, die als Einzelhandelsbetrieb tätig sind oder nur den lokalen Einzelhandel direkt beliefern, die Einhaltung der Richtwerte nicht durch Analyse von Proben überprüfen müssen, ausser sie gehören einer Handelsmarke an oder sind Teil oder Franchisenehmer grösserer, vernetzter Wirtschaftstätigkeiten und sind unter Anweisung des Lebensmittelunternehmers tätig.</p> <p>Die geplante Regelung erscheint grundsätzlich verhältnismässig. Wir gehen davon aus, dass die geplante Regelung für Kleinstbetriebe im Sinne von Art. 26 Abs. 3 LMG keine Anpassungen in der Selbstkontrolle zur Folge hat.</p>	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	<p>Die präzisierte Differenzierung der schriftlichen Deklaration im Offenverkauf von frischem Fleisch (ganz oder in Stücken wie z.B. Steak, Kotelett oder Geschnetzeltes) und Fleischzubereitungen und -erzeugnissen erscheint zweckmässig.</p> <p>Zu begrüssen ist, dass der Zusatz des Enzyms Transglutaminase zur Herstellung von Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse mangels wissenschaftlicher Erkenntnisse wegfällt.</p> <p>Auch ist zu begrüssen, dass für Lebensmittel mit dem Hinweis «glutenfrei», «sehr geringer Glutengehalt», «laktosefrei» oder «laktosearm» im Offenverkauf neu keine Nährwertdeklaration mehr notwendig ist.</p> <p>Weiter zu begrüssen ist die Klarstellung, dass bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln unbeabsichtigte Vermischungen gemäss Artikel 11 Absatz 5 nicht hingewiesen werden muss.</p>	
Art. 13 Abs. 2	Die Präzisierung erscheint sachgerecht und deshalb sinnvoll.	
Art. 17 Abs. 7	Die Streichung dieser redundanten Bestimmung ist zu begrüssen (vgl. auch Bemerkungen zu "1. Allgemeine Bemerkungen" Abs. 4)	
Art. 18	Vgl. "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 4)	
Art. 42a	Es ist an dieser Stelle in Erinnerung zu rufen, dass die «Erklärung von Mailand» aus der Sicht der Lebensmittelindustrie - und auch des Handels - so zu verstehen ist, dass die Hinweise auf die Zuckerarten die Konsumenten in die	

	<p>Lage versetzen, sich bewusster ernähren können. Es kann aber grundsätzlich nicht die Aufgabe der Wirtschaft und auch nicht der Regulierungsbehörden sein, an die Stelle der eigenverantwortlichen Konsumenten zu treten. Es braucht keinen „Nanny-Staat“!</p>	
--	--	--



# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12 Abs. 2	Zur Parallelität der Vorschriften zur Angabe des Produktionslandes und des Herkunftslandes haben wir uns unter "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 4) bereits geäußert.	
Art. 31	Die Abschaffung des Positivprinzips für Speisepilze ist mit erheblich mehr Verantwortung für den Handel verbunden, der Zeitraum für die Umsetzung der Selbstkontrolle ist sehr knapp bemessen. Diesem Umstand ist im Vollzug Rechnung zu tragen. Mit Bezug auf die geplanten "Informationsschreiben" des BLW" verweisen wir auf unsere Bemerkungen unter "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 5).	
Art. 37 Abs. 3	Es wird begrüßt, dass der Hinweis "getrüffelt" mit Bezug auf den geforderten Anteil am Endprodukt erleichtert möglich sein wird.	

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich ist zwar zu begrüßen, dass in der Schweiz, in Analogie zur EU, die bewilligten neuartigen und neuartigen traditionellen Lebensmittel in einem gemeinsamen Bewilligungsverfahren geprüft werden sollen. Da solche Lebensmittel in der EU in der Unionsliste geführt werden, müssen die vorliegende Ergebnisse aus dem Verfahren bei der EU im schweizerischen Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden, so dass eine verminderte Prüfungstiefe resultiert, was ein rascheres Bewilligungsverfahren und geringe Gebühren zu Folge hat. Ein solch erleichtertes Prozedere (wie nach Art. 6a VGVL vorgesehen) ist übrigens bei der Zulassung von Heilmitteln bestens etabliert (vgl. Art. 13 HMG).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 und Anhänge 1 und 2	Vgl. Allgemeine Bemerkungen oben	

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

Vgl. unsere Bemerkungen unter „Allgemeine Bemerkungen“ zur LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>17      EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die geplante Harmonisierung der Bewilligungspraxis der Schweiz und der EU mit dem Ziel, aus dem EU-Raum importierte, geringfügig mit GVO-Spuren verunreinigte Lebensmittel in der Schweiz marktfähig zu erhalten und auf eine zusätzliche Risikobewertung zu verzichten. Da im Bewilligungsverfahren weitere Bundesbehörden involviert sind, ist der Beförderlichkeit des Verfahrens gebührend Rechnung zu schenken, denn eine unverhältnismässig lange Verfahrensdauer ist ein Markthemmnis.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zusammenhang mit Richtwerten in den Branchenleitlinien und in den „Informationsschreiben“ des BLV haben wir uns bereits unter „1. Allgemeine Bemerkungen“ geäußert.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 66 Abs. 1 Bst. c und 4	Vgl. „Allgemeine Bemerkungen“ oben	

<b>20      EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22**      **EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüßen die Anpassungen zur Erhaltung der technischen Äquivalenz mit dem EU-Recht und die geplanten Massnahmen des grenztierärztlichen Dienstes, zumal in Aussicht gestellt wird, dass der administrative Aufwand für Importeurinnen und Importeure reduziert wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>24</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

Keine Bemerkungen
-------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Nadine Bohni  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Walkestrasse 5, 8400 Winterthur  
Kontaktperson : Nadine Bohni  
Telefon : 076 499 36 87  
E-Mail : nadine.bohni@gmail.com  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	17
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Zur Ausbildung der Lebensmittelkontrolleure, Inspektoren und zukünftigen Kantonschemiker:

Die vorgeschlagene Ausbildung für Lebensmittelkontrolleure, -inspektoren und zukünftigen Kantonschemiker ist enorm abgespeckt. Das neue Lebensmittelrecht (in Kraft seit 2017) ist wieder komplexer geworden, es ist nicht absehbar, dass es wieder einfacher wird. Vor diesem Hintergrund ist unklar, wieso die neue Ausbildung so viel weniger umfangreich sein soll. Die neue Ausbildung erlaubt aus meiner Sicht nicht, alle Fähigkeiten und Hintergrundinformationen zu akquirieren, die für die Ausübung eines Inspektors oder Kantonschemikers notwendig sind. Gezwungenermassen müssten so künftig ausserhalb dieser Ausbildung zusätzlich diese Kompetenzen erworben werden, z.B. durch Besuch von Vorlesungen als Hörer oder Teilnahme an BTSF Kursen.

Die neue Ausbildung stützt sich grösstenteils auf eine Ausbildung innerhalb des Amtes. D.h. die Qualität und der Umfang der Ausbildung ist abhängig von den Ressourcen und Kompetenzen der verschiedenen Ämter.

In der neuen Ausbildung werden den komplexesten Bereichen des Lebensmittelrechts – Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeug und Kosmetika – am wenigsten Aufmerksamkeit geschenkt. In diesen Bereichen ist auch in vielen Ämtern kaum Knowhow vorhanden, dementsprechend können die neuen Leute in diesen Bereichen auch nur ungenügend innerhalb des Amtes geschult werden.

Die amtlichen Fachassistenten sind verantwortlich für die Kontrolle im Bereich Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeug, Kosmetika und Tattoo-Studios. Alle diese Bereiche zeichnet aus, dass insbesondere Proben kantonsübergreifend, oft auch international, in Verkehr gebracht werden. (Im Bereich der Kontrolle von Restaurants ist dieses grenzüberschreitende Ausmass in vielen Fällen nicht gegeben.) Dementsprechend wäre gerade im Bereich der Gebrauchsgegenstände eine harmonisierte Ausbildung wichtig. Doch gerade für diese Personen findet die Ausbildung einzig innerhalb des Amtes statt. Die Qualität der Ausbildung ist von den Ressourcen und Kompetenzen der verschiedenen Ämter abhängig.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19	<p>Hier wird nur das Führen von Listen von bewilligungs- und meldepflichtigen Listen gefordert. In der entsprechenden EU-Verordnung 2017/625 (Art. 10 (2)) wird das Führen von Listen von allen Betrieben, welche der Lebensmittelkontrolle unterliegen, gefordert.</p> <p>Vor dem Hintergrund einer risikoorientierten Kontrolle aller Betriebe ist es zielführend, alle Betriebe zu kennen, welche der Kontrolle unterstehen. Daher macht es Sinn, Listen aller Betriebe zu führen und aktuell zu halten.</p> <p>Durch Anpassen des Titels von Abschnitt 3 und Art. 19, sowie Ergänzung von Art. 19, Abs. 1 kann diese Anpassung an das EU-Recht vorgenommen werden.</p>	<p>(3. Abschnitt: Bewilligungsverfahren und Listen der Betriebe)</p> <p>Art. 19 Listen der Betriebe</p> <p><sup>1</sup>Die kantonalen Vollzugsbehörden führen Listen der Betriebe, welche der amtlichen Kontrolle unterstehen, und halten sie auf dem neuesten Stand.</p>
Art. 48	<p>Art. 48 Abs. 2 ist viel strenger als Artikel 11 Absatz 1 Bst. a der Verordnung 822/2004. Gemäss Art. 48 Abs. 2 sind die Labor gezwungen die Methoden</p>	Art. 48

	<p>aus Normen zu verwenden, wenn es solche gibt. Dies verhindert die Umsetzung neuer Technologien (die Anpassung von Normen dauert mehrere Jahre) und den Einsatz von Multimethoden (Teils sind Einzelmethoden in den Normen vorhanden). Gemäss den Vorgaben der EU müssen die Methoden den internationalen Regeln und Protokollen (z.B. CEN) genügen. D.h. es können beliebige Methoden verwendet werden, wenn sie den internationalen Regeln entsprechen (und z.B. deren Resultate zur genormten Verfahren äquivalent sind).</p> <p>Die Einschränkung gemäss Art. Abs. 2 geht auch weiter als die meisten Vorgaben in den Methoden gemäss Art. 48 Abs. 1. Da sind in den meisten Fällen lediglich die Leistungskriterien der Methoden vorgeschrieben.</p> <p>Eigentlich sind die Vorschriften nach Art. 48 Abs. 2 bis 5 durch die Anforderungen einer Akkreditierung nach ISO 17025 abgedeckt.</p>	<p><sup>1</sup>Die Methoden, die für Probenahmen, Analysen, Tests und Diagnosen der amtlichen Kontrolle verbindlich sind, sind in Anhang 4 festgelegt.</p> <p><sup>2</sup>Ist keine bestimmte Methode festgelegt, so müssen die Verfahren den international anerkannten Regeln oder Protokollen, zum Beispiel denen, die der Europäischen Normenausschuss (CEN) zugelassen hat, genügen.</p> <p><sup>3</sup>Für den Fall, dass keine geeigneten Regeln oder Protokolle nach Absatz 2 bestehen, können anderen für den Zweck geeignete oder gemäss wissenschaftlichen Protokollen entwickelte Verfahren verwendet werden.</p> <p><sup>4</sup>Die für Laboranalysen verwendeten Methoden müssen nach Möglichkeit die Anforderungen nach Anhang 5 erfüllen.</p> <p>Alternative für <sup>4</sup>Bei den für Laboranalysen verwendeten Methoden sind solche zu bevorzugen, deren Merkmale den Kriterien nach Anhang 5 genügen.</p>
Art. 72	Die Kantonschemiker sind verantwortlich für die Ausbildung der amtlichen Fachassistenten in den Bereichen der Kontrolle der Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeuge, Kosmetika oder Tattoo-Studies. Die neue Ausbildung DLAL enthält jedoch keine Ausbildungspunkte in den Bereichen Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeuge, Kosmetika oder Tattoo-Studies.	
Art. 79	Die Tätigkeitsgebiete der Lebensmittelinspektoren, Lebensmittelkontrolleure und amtlichen Prüfleiter sind nicht festgelegt.	
Art. 81	<p>Abs. 3: Wenn Maximaltarife für die Ausbildung festgelegt werden, so kann nicht flexibel auf die sich verändernden Anforderungen des Lebensmittelrechts reagiert werden.</p> <p>Generell: der Grossteil der Ausbildung wird innerhalb des Amtes und im Selbststudium bestritten. Dies bedeutet versteckte Kosten für die Kantone. Die Qualität der Ausbildung ist von den Ressourcen der verschiedenen Ämter abhängig. Insbesondere für Personen, welche danach das DLAL erwerben, sind die vorgesehenen Ausbildungsinhalte ggf. ungenügend um den komplexen Bereich des Vollzugs des Lebensmittelrechtes zu leiten.</p>	streichen

Art. 89	Abs. 2. Für die Tätigkeit als Kantonschemiker wird ein Masterdiplom vorausgesetzt. Es ist unklar, wieso ein Bachelorabschluss nicht genügen soll. Für die Stellvertretung des Kantonschemikers genügt ein Bachelorabschluss. (Auch aus den Erläuterungen geht nicht hervor, wieso ein Masterdiplom vorausgesetzt wird.)	<sup>2</sup> streichen <sup>3</sup> (neu <sup>2</sup> ) Die Tätigkeit als Kantonschemikerin, Kantonschemiker, stellvertretende Kantonschemikerin oder stellvertretender Kantonschemiker setzt den Erwerb des DLAL voraus.
Art. 91	In der Ausbildung zum DLAL fehlen die Bereiche Toxikologie, Epidemiologie und Risikokommunikation. Es ist wichtig diese Bereiche explizit zu schulen, da Kenntnisse in diesen Bereichen nicht über die Routine-Arbeit abgedeckt sind (die Eintrittswahrscheinlichkeit von solch 'schwierigen' Fällen ist tief), und die Tragweite von Fällen, in denen diese Kenntnisse gefordert sind, potentiell gross ist.	neuer Absatz: Die Bewerberin oder der Bewerber muss in den folgenden Fachgebieten Leistungs- oder Prüfungsnachweise einer Hochschule, einer anderen Institution oder einer gemeinsamen Ausbildung von Bund und Kantonen erbringen: <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Toxikologie in den Bereichen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände</li> <li>b. Epidemiologie</li> <li>c. Kommunikation</li> </ul> Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelkontaktmaterialien, Spielzeuge, Kosmetika inkl. Tattoo und Permanent Make-up)
Art. 98	Abs. 2. Es wird auf Art. 70 verwiesen. In Art. 70 geht es nicht um eine von Kantonschemikern geleitete Ausbildung. Sollte dies ein Link auf Art. 72 sein?	Link auf Art. 72
Anhang 5, Punkt 2	2. Der Fall von Analysenmethoden, für welche keine Ringversuche angeboten werden, ist nicht abgedeckt. 5. Es ist fraglich, ob diese Empfehlung – obwohl analytisch durchwegs sinnvoll – gesetzlich verankert werden muss. Der Punkt kann auch gestrichen werden. 6. Dieser Absatz ist viel strenger als die entsprechende EU Verordnung 2017/625. 7. dieser Aspekt ist bereits in Punkt 2 abgehandelt 8. Es ist nicht klar, was mit diesem Satz gemeint ist. Es ist unklar welches Standardschema der ISO gemeint ist. Es fehlt ein Link zum entsprechenden Dokument. Die entsprechende Formulierung in der entsprechenden EU Verordnung ist anders. Weiter verweisen bereits die EU Regulierungen der in Anhang 4 aufgeführten Methoden auf den entsprechenden Absatz in der Verordnung 2004/882 (Anhang III).	5. streichen 6. Sind Analysenmethoden nur innerhalb eines einzelnen Laboratoriums validierbar, so sollten sie nach international akzeptierten wissenschaftlichen Protokollen oder Leitlinien validiert werden. 7. Streichen oder unter Punkt 6 ergänzen, analog zur 2017/625 Wurden Leistungskriterien für Analysenmethoden festgelegt, so sollten die Methoden durch Tests zur Feststellung der Einhaltung dieser Kriterien validiert werden. 8. Streichen; oder Im Rahmen dieser Verordnung eingeführte Analysemethoden sollten nach dem von der ISO empfohlenen Standardschema editiert werden.

Anhang 9	<p>4. Ausbildungen</p> <p>Wenn Maximaltarife für die Ausbildung festgelegt werden, so kann nicht flexibel auf die sich verändernden Anforderungen des Lebensmittelrechts reagiert werden.</p> <p>Ein komplexer werdendes Umfeld erfordert gegebenenfalls auch eine komplexere Ausbildung</p>	streichen

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15        EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VMI  
Adresse, Ort : Thunstrasse 82, PF 1009, 3000 Bern 6  
Kontaktperson : Lorenz Hirt  
Telefon : 031 356 21 21  
E-Mail : [hirt@thunstrasse82.ch](mailto:hirt@thunstrasse82.ch)  
Datum : Entwurf vom 8. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	8
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	13
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	21
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Revision des Lebensmittel-Verordnungsrechts 2019 im Rahmen des Revisionspakets «Stretto 3» Stellung nehmen zu können. Wir beschränken uns in unserer Stellungnahme auf die für die Milchbranche relevanten Aspekte. Im Übrigen verweisen wir auf die umfassende Stellungnahme unserer Dachorganisation fial, an der wir massgeblich mitgearbeitet haben.

Folgende zwei Punkte sind aus unserer Sicht zentral:

#### **Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft**

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) gesetzlich und nicht nur in einem Informationsschreiben geregelt werden. Zumindest die Grundanforderungen an derartige Produkten müssen verbindlich definiert sein. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen.

Als Möglichkeit werden zwei Varianten vorgeschlagen:

1. Nur die gesetzlich definierten Begriffe nach Art. 9 Abs. 4 VLtH (und allfällig weitere Artikel) sind geschützt. Sämtliche anderen Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, dürfen auch mit dem Zusatz «vegetarisch» oder «vegan» verwendet werden (z.b. vegetarische Wurst, veganes Schnitzel). Voraussetzung ist, dass die Begriffe stets in direktem Zusammenhang mit der Angabe «vegetarisch» oder «vegan» benutzt werden.
2. Es sind keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden (z.b. Cashewella oder Erbsenproteinaufstrich). Zudem darf mittels eines Hinweises angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

#### **Übergangsfristen**

Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das

vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit zur Angabe einer **Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft** wird ausdrücklich begrüsst und fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt geschafft.

**Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen** sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in **elektronischer Form** zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14 Abs. 2	Wir begrüssen grundsätzlich, dass hier eine Angleichung an das europäische Recht erfolgen soll. Allerdings bezweifeln wir, dass die im Beschluss der Kommission 2010/791/EU <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791</a> aufgezählten Begriffe allesamt auch in der Schweiz (aufgrund ihrer traditionellen Verwendung) bekannt sind. Daher sollten erstens sicherlich nur diejenigen Begriffe übernommen werden, welche in einer der drei Schweizer Landessprachen aufgeführt sind. Aber auch bei diesen hat es Begriffe darunter, welche in der Schweiz nicht geläufig sind. So wird z.B. der Begriff „Milchmargarine“ in der Schweiz nicht verwendet und würde den Konsumenten wohl täuschen. Im Gegensatz dazu fehlen einzelne Bezeichnungen, die in der Schweiz geläufig sind wie "fromage d'italie". Wir beantragen daher den Erlass einer Schweiz-spezifischen Regelung in einem Anhang oder in einem Informationsschreiben. In einem solchen Informationsschreiben könnte auch gleich die Kennzeichnung von Imitatprodukten geregelt werden.	Entweder: ...; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen <b>gemäss Anhang X. in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</b>  Oder: ...; <b>das Bundesamt regelt allfällige Ausnahmen vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</b>
		Wir unterstützen den Vorschlag

<p>Art. 15 Abs. 2 Bst. a Art. 31 Abs 3 und 5 Art. 33 Abs. 1 Einleitungssatz Art. 37</p>	<p>Die Möglichkeit zur Angabe einer <b>Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft</b> wird ausdrücklich begrüsst und fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt geschafft. Die Mehrleistung der schweizerischen Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche durch den faktisch vollständigen Verzicht auf die Verwendung der Gentechnik soll besser kommuniziert und angepriesen werden dürfen. Der vorgeschlagene Entwurf ist aus unserer Sicht ausgereifter als frühere Vorlagen betreffend die Kennzeichnung von Produkten aus nicht gentechnisch veränderten Organismen.</p>	
<p>31 Abs. 3</p>	<p>Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.</p> <p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.</p>	<p>Handelt es sich um Lebensmittel, die <b>vermehrungsfähige</b> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <b>erteilt die Bewilligung kann die Bewilligung verweigern</b>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.</p>
<p>36 Abs. 2bis</p>	<p>Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die</p>	<p>Abs. 2bis (neu) <b>Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken; vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c. und lit. i. sowie die Angaben zur Rückverfolgbarkeit.</b></p>

	Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.	
39 Abs. 2 Bst. d	Diese Vorschrift ist im Handel nicht umsetzbar und daher ganz zu streichen. Produkte im Offenverkauf werden offensichtlich zum zeitnahen Verbrauch abgegeben. Der Handel hat weiterhin die Verantwortung dafür, dass er nur frische Produkte dem Kunden zum Verbrauch anbietet.	<p>Streichen</p> <p><del>a. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Verbrauchsdatum.</del></p> <p><b>Eventualantrag:</b> In jedem Fall sind schriftlich anzugeben:</p> <p>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Datum der Abgabe an den Konsumenten.</p>



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Milch und Milchprodukte sind wichtige Exportprodukte des Schweizer Lebensmittelsektors und sind von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung für die Schweiz. Einen grossen Teil davon tragen die Rohmilchkäsespezialitäten bei, welche weitherum bekannt und geschätzt sind. Es macht daher durchaus Sinn, für diese Produktgruppe ein spezialisiertes Labor mit der Funktion als nationales Referenzlabor zu betrauen. Wir beantragen, das Laboratorium für Milch und Milchprodukte auf der Liste der Referenzlaboratorien beizubehalten.	Anhang 6 ergänzen mit <u>Laboratorium für Milch und Milchprodukte</u>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 5	Wir begrüßen die Koordination von amtlichen Kontrollen in den Betrieben entlang der Lebensmittelkette sowie den Grundsatz, wonach die Kontrollen risikobasiert erfolgen. Die Ausnahmeregelung in Art. 7 Abs. 5 für Betriebe der Primärproduktion ist hingegen nicht nachvollziehbar. Immerhin handelt es sich um Betriebe, die ein erhöhtes Risiko darstellen.	<sup>5</sup> <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion können d</del> Die zuständigen Vollzugsbehörden <u>können</u> die Zeitspanne zwischen den Kontrollen nach Absatz 1 bei Betrieben verkürzen, die im Vergleich mit anderen Betrieben der gleichen Kategorie ein erhöhtes Risiko darstellen.

## 5 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
36 Abs. 5	<p>In der Schweiz haben Vollmilch und standardisierte Vollmilch zwei verschiedene Sachbezeichnungen. Wenn Milch als Zutat in einem Lebensmittel eingesetzt wird, wäre demzufolge diese Bezeichnung im Verzeichnis der Zutaten zu verwenden.</p> <p>In der Praxis wird bei der Herstellung von Milchprodukten in den meisten Fällen standardisierte Vollmilch verwendet, jedoch nicht als solche in der Zutatenliste deklariert.</p> <p>Antrag: "Legalisierung" der heutigen Praxis, mit einer Präzisierung im Text, welche die Deklaration von Standardisierter Vollmilch als "Vollmilch" oder "Milch" erlaubt</p>	<p>5 Im Verzeichnis der Zutaten zusammengesetzter Lebensmittel können Vollmilch und standardisierte Vollmilch gemäss Art. 33 Abs.1 Bst. a und b als Vollmilch oder Milch angegeben werden.</p>
Art. 52 Abs. 2 Bst a-d (bestehender Artikel)	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als 500 und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als 540 und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als 650 g/kg.</li> </ul> <p>Käse wird in Festigkeits- und Fettgehaltsstufen eingeteilt. Die Einteilung der Festigkeitsstufe erfolgt nach dem Gehalt des fettfreien Wasseranteils (wff) in der Käsemasse. Beim Reifen verliert der Käse durch Verdunstung Wasser und lang gereifte Käse können dadurch einen wff Gehalt erhalten, der eine Einteilung in eine andere Festigkeitsstufe nötig macht. Bei Sortenkäse führt eine solche Änderung zur Verwirrung da die Festigkeitsstufe mit der Bezeichnung des Käses verbunden wird. Je kleiner die Käsestücke sind, desto grösser ist die Auswirkung. Die meisten Beanstandungen der Vollzugsbehörden sind diesbezüglich bei geriebenen Käsen, da bei diesen Produkten die Oberfläche sehr gross ist.</p>	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als <del>500</del> 480 und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als <del>540</del> 520 und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als <del>650</del> 630 g/kg.</li> </ul>

	Wir schlagen deshalb vor, die Bandbreite der einzelnen Festigkeitsangaben überlappend zu gestalten und verweisen auf analoge Regelungen in der KäseVO (Deutschland).					
Art. 61, Art. 62, Abs. 1, 4, 5 Art. 63	<p>Die Schweiz ist ein Käseland. Hierzulande wurde auch der Schmelzkäse erfunden. Der Revisionsvorschlag würde zur Verschlechterung der gesamten Qualität von Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sowie einer Zunahme von billiger Importware führen, daher soll auf eine Anpassung an das EU-Recht verzichtet werden.</p> <p>Das Streichen der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse in Artikel 61 Absatz 2 sowie für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung in Absatz 3 führt z.B. dazu, dass Schmelzkäse u.a. mit pflanzlichem Fett und anderen Zutaten (Stärke) oder Füllstoffen versehen werden könnte und so an Qualität verlieren würde. Ein solches Produkt entspricht nicht mehr den qualitativen Ansprüchen, die die Schweizer Konsumenten gewohnt sind.</p> <p>Auch wenn im Ausland und auch in der EU hier effektiv tiefere Anforderungen bestehen als in der Schweiz, sind unseren Traditionen folgend die Vorgaben zu den in Schmelzkäse und -zubereitungen zugelassenen Zutaten, die Anforderungen an die Käsetrockenmasse und die Anforderungen an solche Produkte mit geschützten Bezeichnungen beizubehalten.</p>	Auf dem jetzigen Niveau belassen, nicht ändern. Keine Anpassung an neue Gesetzgebung.				
83 Abs.2 Bst b	<p>Voir Directive 2001/114/EC , Annexe I (Dénomination et Définition des produits),</p> <p>2. a) Lait en poudre riche en matières grasses ou poudre de lait riche en matières grasses : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 42 % de matières grasses.</p> <p>b) Lait en poudre entier ou poudre de lait entier : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 26 % et moins de 42 % de matières grasses.</p> <p>c) Lait en poudre partiellement écrémé ou poudre de lait partiellement écrémé</p> <p>Le lait déshydraté dont la teneur en matières grasses est, en poids, supérieure à 1,5 % et inférieure à 26 %.</p> <p>d) Lait en poudre écrémé ou poudre de lait écrémé</p>	<p>2 Milchpulver muss folgende Fettgehalte aufweisen:</p> <table><tr><td>a. Magermilchpulver</td><td>höchstens 15 g/kg;</td></tr><tr><td>b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der</td><td>mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;</td></tr></table>	a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;	b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;
a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;					
b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;					

	====> lait en poudre semi-écrémé / demi-écrémé non défini (idem CH)  MAIS: Annexe II (Dénominations particulières de certains produits énumérés à l'Annexe I): f) En langue française "lait demi-écrémé en poudre", en langue néerlandaise "halfvolle melkpoeder" et en langue anglaise "semi-skimmed milk powder" ou "dried semi-skimmed milk" désignent le produit défini à l'annexe I, point 2 c), dont la teneur en matières grasses est comprise entre 14 % et 16 %.	Fettgehalt zwischen 140 und 160 g/kg liegt	
		c. Vollmilchpulver	mindestens 260 g/kg und weniger als 420 g/kg;
		d. Milchpulver mit hohem Fettgehalt, fettangereichertes Milchpulver oder Rahmpulver	mindestens 420 g/kg

## 6 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 1 Bst. d	Gemäss Expertenbericht der Eidgenössischen Ernährungskommission besteht bei einem zunehmenden Anteil der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen ein Jodmangelrisiko. Einer Erhebung des BAG zufolge liegt die Jodversorgung der Schweizer Bevölkerung im untersten Bereich der WHO-Empfehlung. Die Salzstrategie des Bundes, die darauf abzielt, den Salzkonsum generell zu senken, gefährdet die ausreichende Jodversorgung der Bevölkerung zusätzlich. Das BLV empfiehlt deshalb nebst anderen Massnahmen einen breiten Einsatz von Jodsalz in der Lebensmittelindustrie und der Gemeinschaftsgastronomie. Der gewichtigste Hinderungsgrund für die Käsebranche, jodiertes Salz einzusetzen, ist die Deklarationspflicht für jodiertes oder fluoridiertes Salz. Wir beantragen, dass bei Käse die Jodierung oder Fluoridierung des Salzes nicht mehr explizit angegeben werden muss.	2. Salz, das für die Herstellung von Käse, ausser Frisch- oder Schmelzkäse, notwendig ist; <del>wird jodiertes oder fluoridiertes Speisesalz (Kochsalz oder Salz) verwendet, so ist auf die Jodierung oder die Fluoridierung hinzuweisen;</del>
Neuer Absatz 16 Abs. 3 bis	<p>Der Vorschlag will die Schaffung von Handelshemmnissen verhindern und Herstellern und Importeuren ermöglichen, gleichzeitig die Vorgaben der Schweiz und der EU einzuhalten.</p> <p>Die Verwendung einer Herkunftsangabe löst in der EU die Kennzeichnungspflicht für Zutaten nach Art. 26 Abs. 3 LMIV aus, wenn die Herkunft einer sog. primären Zutat (d.h. einer Zutat, die mehr als 50% vom Gesamtprodukt ausmacht oder die üblicherweise mit der Bezeichnung des Lebensmittels assoziiert wird) nicht mit der Herkunft des Gesamtprodukts übereinstimmt.</p> <p>Gemäss Schweizer Recht (Art. 16 LIV) ist eine solche Kennzeichnungspflicht hingegen nicht obligatorisch, wenn die Aufmachung des Produkts nicht darauf schliessen lässt, dass die Zutat eine Herkunft hat, die nicht zutrifft. In diesem Sinn sind auch exotische Zutaten wie z.B. Kakao, ausgenommen.</p>	<p>Erfolgt die Angabe der Herkunft der Rohstoffe auf freiwilliger Basis/Werden die Voraussetzungen nach Art. 16 Abs. 1 und 3 nicht erfüllt, kann eine Angabe gemacht werden, dass die Herkunft eines Ausgangsproduktes nach Artikel 15 Absatz 2, das als Zutat zur Herstellung von Lebensmitteln verwendet wird, aus einem anderen Ursprungsland oder Herkunftsort kommt als das Lebensmittel.</p> <p><b>Eventualantrag:</b> Präzisierung in den Materialien, dass eine freiwillige Rohstoff-Herkunftsangabe unter dem Vorbehalt des Täuschungsverbots die in Art. 16 LIV vorgeschriebenen Vorgaben an eine obligatorische Angabe nicht einhalten muss</p>

	<p>Weitere Fälle, in denen diesbezüglich das schweizerische und das europäische Recht auseinanderklaffen, können sich z.B. mit Blick auf Schweizer Nuss-Schokolade, Bündner Nusstorten, etc. zeigen.</p> <p>Um für den Heim- und den Exportmarkt nicht zwei verschiedene Verpackungen für „Swissness“-Lebensmittel verwenden zu müssen, sollten Angaben gemäss Art. 26 Abs. 3 LMIV auch auf Verpackungen angebracht werden können, die im Schweizer Markt vertrieben werden. Gemäss Art. 39 Abs. 2 LIV müssen freiwillige Angaben über Lebensmittel nach Art. 3 LIV (wozu laut Buchstabe b auch die Herkunft mengenmässig wichtiger Zutaten zählt) jedoch die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Die Erläuterungen zur LIV relativieren den Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 LIV zwar mit der Ergänzung, dass die entsprechenden Anforderungen „grundsätzlich“ eingehalten werden müssen. Dabei wird auf die Täuschungsgefahr verwiesen; was dies mit Blick auf Sachverhalte wie die oben Beschriebenen heisst, bleibt aber offen.</p> <p>Stretto 3 will mittels Harmonisierung Handelshemmnisse verhindern. Würde Art. 39 Abs. 2 LIV ausnahmslos auf die oben erwähnten Fälle angewendet, würde dies zu neuen Handelshemmnissen führen. Dieses Hemmnis ist mit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 am 28. Mai 2018 akut geworden. Gleichzeitig würde ein weiteres Hemmnis zur Verwendung der Herkunftsbezeichnung Schweiz geschaffen.</p>	
Art 42 a	<p>Die VMI begrüsst die Möglichkeit einer Auslobung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p>	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker, <del>oder</del> zugesetztem Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Reduktion nicht mit anderen Zutaten kompensiert wird, die die typischen sensorischen Eigenschaften von Zucker, <del>oder</del> Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> aufweisen; und</li> <li>Die Reduktion des zugesetzten Zuckers, <del>oder</del> Salzes <del>oder der gesättigten Fettsäuren</del> gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</li> </ol>

	<p>Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant</p> <p>Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können</p>	<p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li>b. <del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausleben.</del></li> <li>c. Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <del>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</del> verwendet.</li> </ul> <p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker“</li> <li>b. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz“</li> <li>c. „neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren/mit x% weniger zugesetzten gesättigten Fettsäuren““</li> </ul>
<p>Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV</p> <p>(Gleicher Antrag wie in der Verordnung über Getränke Art. 39 Abs.1 Bst b)</p>	<p>Der Warnhinweis ist anzubringen, wenn die Anforderungen in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV erfüllt sind. Der Begriff "basieren" wird in Fachkreisen unterschiedlich interpretiert. Dies haben wir aufgrund einer Beanstandung eines unserer Produkte in der EU erfahren. Es ist unklar ob mit "basieren" der wertgebende Bestandteil gemeint, der namensgebende Bestandteil oder gar der mengenmässig grösste Anteil gemeint ist?</p> <p>Die Anforderung in Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV ist mit zwei Bedingungen verknüpft. Es ist eine <b>UND</b> Verknüpfung und daher müssen beide Bedingungen eingehalten sein damit der Warnhinweis "Erhöhter Koffeingehalt. Für Kinder und schwangere oder stillende Frauen nicht empfohlen" angegeben werden muss. Wie die erste Bedingung "Getränke mit Ausnahme denjenigen Getränken, die auf Kaffee, Tee oder auf Kaffee- oder Tee-Extrakt basieren" zu verstehen bei einem zuckerhaltigen Getränk? Der Begriff "basiert" ist in der Lebensmittelgesetzgebung nicht definiert. In Fachkreisen streitet man sich darüber, wie dieser zu interpretieren ist.</p> <p>Dieser Anforderung ist zu präzisieren.</p>	<p>Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV ist zu präzisieren</p> <p>Getränke mit Ausnahme derjenigen Getränke, <del>deren Koffeingehalt ausschliesslich durch den Zusatz von</del> Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teextrakt kommt, und bei denen der Begriff "Kaffee" oder "Tee" in der Sachbezeichnung vorkommt und die:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zur Aufnahme in unverarbeitetem Zustand bestimmt sind und Koffein aus beliebiger Quelle in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt; oder</li> <li>b) konzentriert oder getrocknet sind und nach der Rekonstituierung Koffein aus beliebiger Quelle in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt.</li> </ul>



Anhang 5, Teil C, Bst. 1 (nur frz. Version)	Die Terminologie für «Schmelzsalze» ist nicht harmonisiert mit der EU. Zur besseren Harmonisierung wäre es wichtig, auch den Begriff «sels émulsifiants» benutzen zu dürfen.	Antioxydants Amidon modifié Poudre à lever Acidifiant Émulsifiant Correcteur d'acidité Colorant Agent moussant Affermissant Antimoussant Humectant Sels de fonte ou sels émulsifiants Agent de charge Stabilisant Gélifiant Édulcorant Exhausteur de goût Gaz propulseur Séquestrant Antiagglomérant Conservateur Agent d'enrobage Agent de traitement de la farine Épaississant

## 7 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.6.1	Die Phosphate E 338–E 341, E 343 und E 450–E 452 sind unter der Lebensmittelkategorie "01.6.3 Sonstige Rahmprodukte" auch für pasteurisierten Rahm zugelassen, wie das übrigens schon seit je der Fall war. Logischerweise müsste die Bemerkung «pasteurisierter Rahm und Schlagrahm» in der Lebensmittelkategorie 01.6.3 gestrichen werden und die Phosphate dafür in der Lebensmittelkategorie 01.6.1 ergänzt werden.	E 338–E341; E 343; E 450–E 452 / Phosphorsäure - Phosphate - Di-, Tri und Polyphosphate / Höchstmenge 5000 mg/kg, berechnet als P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Die Einschränkungen der Zusatzstoffe E 153 und E 160c auf bestimmte Käsesorten sind mit dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten nicht zu begründen. Diese Zusatzstoffe können für alle gereiften Käse zugelassen werden.	E 153 / Pflanzenkohle / GHP / <del>Nur Morbier</del> E 160c / Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin) / GHP / <del>Nur gereifter orangefarbener, gelber und perlweisser Käse sowie roter Pestokäse</del>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Bei Produkten, die mit Natamycin behandelt wurden, müssen die Konsumentinnen und Konsumenten aus Gründen des Gesundheitsschutzes darauf hingewiesen werden, dass sie die Rinde vor dem Konsum grosszügig entfernen müssen. Eine entsprechende Vorschrift würde die vom Bundesrat initiierte Strategie gegen Antibiotikaresistenzen (StAR) unterstützen.	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm <sup>2</sup> Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung von ungeschnittenem Hartkäse, ungeschnittenem halbfestem Käse und ungeschnittenem halbweichem Käse. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <del>Mit Natamycin behandelte Käse müssen mit dem Hinweis «Rinde grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.</del>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.6	ditto	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm <sup>2</sup> Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung ungeschnittener harter, halbfester und weicher Produkte. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <del>Mit Natamycin behandelte Käseprodukte müssen mit dem Hinweis «Rinde</del>

		grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.
--	--	--

**8 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
6 Abs. 1bis	Die Erläuterungen führen aus, mit Abs. 1 <sup>bis</sup> die Regelung für lebende Bakterienkulturen eindeutiger formuliert wurde. Allerdings war die bestehende Formulierung eingeschränkt auf die Kulturen mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung. Die neue Formulierung könnte im Gegensatz so interpretiert werden, dass sie für sämtliche Bakterienkulturen gilt. Dies ist nicht die Idee. Vielmehr geht es darum, bei Probiotika etc. die konkrete Kultur anzugeben, nicht aber sämtliche Straterkulturen für Käse, Rohwürste und Rohpökelwaren.	Werden einem Lebensmittel lebende Bakterienkulturen <b>mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung</b> zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten auf die spezifische wissenschaftliche Nomenklatur hinzuweisen.

**9 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 7	<p>Artikel 4 Absatz 7 lautet aktuell "Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden."</p> <p>Anhang 6 Nr. 3-7 nennt Milch und verschiedene Milchprodukte, Eiprodukte, Brot, Teigwaren etc. Eine ersatzlose Streichung des Anhangs kann beim Rechtsanwender Verwirrung stiften. Beispiel Milchprodukte: Gemäss Anhang 3 darf die Lebensmittelkategorie "Milchprodukte und Analoge" grundsätzlich aromatisiert werden.</p> <p>Um Fehlinterpretationen zu verhindern, sollte in Artikel 4 ein Hinweis ergänzt werden, dass hinsichtlich Aromatisierung von Lebensmitteln die produktspezifischen Verordnungen der Aromenverordnung vorgehen.</p>	<p><u>Art. 4 Abs. 7 ergänzen:</u>  <i>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. <b>Bei anderen Lebensmitteln sind die produktspezifischen Verordnungen zu beachten.</b></i></p>

## 10 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 14, Abs. 6	<p>Die gesetzliche Vorgabe ist, dass Milch innerhalb von 48 Stunden zum Verarbeitungsbetrieb abtransportiert werden muss (Art. 14 Abs. 6 VHYMP). Bis Ende April 2017 hatte diese Regelung keine Bedeutung für Milch anderer Tierarten. Mit der Revision des Lebensmittelrechtes vom 16. Dezember 2016, welche per 1. Mai 2017 in Kraft gesetzt wurde, wurde jedoch die Definition von Milch vom vormals alleinigen Bezug auf die Kuh (Art. 26 Abs. 1 VO des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft) auf andere Säugetierarten ausgeweitet (Art. 32 Abs. 1 VLtH). Somit gelten die gleichen gesetzlichen Anforderungen an die Abholung von Ziegenmilch wie für Kuhmilch.</p> <p>Auf EU-Ebene gibt es keine gesetzliche Regelung zum Mindestintervall, in welcher Milch aller Nutztierarten auf den Milchproduktionsbetrieben abgeholt werden muss. In der EU-Verordnung NR. 853/2004 über die spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs ist dazu nichts enthalten. Sie beinhaltet nur Anforderungen an die Kühlung der Milch, welche zwischen täglicher und nicht-täglicher Abholung unterscheidet. Auf Nachfrage bei anderen Molkereien in Deutschland und den Niederlanden liegen (zumindest in diesen beiden Ländern) auch auf einzelstaatlicher Ebene dazu keine Vorgaben über einen minimalen Abholrhythmus von Rohmilch auf den Betrieben vor.</p> <p>Die Umstellung auf einen zweitägigen Abholrhythmus bei Milch anderer Tierarten wie z.B. Ziegenmilch würde zu einer Verdoppelung der Logistikkosten für diese Milcharten führen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten aus Milch anderer Tierarten gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten deutlich verschlechtern. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses wertschöpfungsstarken Nischenmarktes wäre in Frage gestellt.</p> <p>Die Verordnungen sollten so angepasst werden, dass Milch anderer Tierarten bezüglich Mindestintervall der Abholung auf dem Produktionsbetrieb</p>	<p><b>Art. 14</b> Kühlen und Lagern der Milch</p> <p><sup>6</sup> Das erste Gemelk darf bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb höchstens 48 Stunden gelagert werden. <b>Für Spezialmilchen (wie z.B. NOP, kosher etc.) sowie für Milch anderer Tierarten sind die Fristen zwischen Milchproduzent und Milchkäufer festzulegen. Die Lebensmittelsicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.</b></p>

	gegenüber der Kuhmilch wieder differenziert behandelt und die Beibehaltung der heutigen Praxis ermöglicht wird.	



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial)  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : fial  
Adresse, Ort : Thunstrasse 82, PF 1009, 3000 Bern 6  
Kontaktperson : Dr. Lorenz Hirt / Dr. Karola Krell  
Telefon : 031 356 21 21  
E-Mail : [lorenz.hirt@fial.ch](mailto:lorenz.hirt@fial.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	14
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	16
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	17
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	20
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	21
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	26
9	EDI: Getränkeverordnung .....	30
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	33
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten.....	38
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	41
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	50
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	51
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	52
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	56
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	59
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	60
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	63
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	65
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	66
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	67
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	68
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	69

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

#### Höchstmengenkonzept

**Wir begrüssen den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts sowie die damit einhergehende generelle Überprüfung der Höchstmengen.**

Zurzeit lehnen wir das konkrete neue Höchstmengenkonzept aber aus den nachfolgenden Gründen ab:

- Erstens ist die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 nicht wissenschaftlich begründet und insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrdaten nicht nachvollziehbar. Effektiv gehen wir davon aus, dass massiv weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden und diese auch in den Verzehrdaten als Teil der normalen Ernährungszufuhr betrachtet werden.
- Einzelne neu festgesetzte Höchstmengen sind aus unserer Optik generell kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin E, Vitamin K, Calcium, Magnesium und Eisen unseres Erachtens auch im Vergleich zur heutigen Rechtslage keinen Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.
- Die Studie von Food Supplements Europe „Risk Management approaches to the setting of maximum levels of vitamins and minerals in food supplements for adults and for children aged 4-10 years“ <http://foodsupplementseurope.org/wp-content/themes/fse-theme/documents/publications-and-guidelines/fseriskmanagement.pdf> sollte beachtet werden.
- Unsere Mitgliedfirmen haben bereits durch Largo diverse Deklarationsanpassungen machen müssen. Eine komplette Neuordnung des ganzen Bereichs der Nahrungsergänzungsmittel und der angereicherten Lebensmittel würde bei den meisten Produkten zu Reformulierungen und Packungsänderungen führen, was wir ablehnen, bevor das Konzept nicht breiter abgestützt ist.

Begrüsst wird demgegenüber die Lockerung bei den fraglos unkritischen Stoffen. Diese sollte aus unserer Sicht bereits umgesetzt werden, da damit heute bestehende Systemfehler behoben werden können, ohne dass es negative Auswirkungen auf die Konsumenten oder die Hersteller hätte.

Unsere Mitglieder, insbesondere die SANI, sind daran, den Vorschlag des BLV weiterzuentwickeln und daraus einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten, der aber im Zeitpunkt der Erstellung dieser Stellungnahme noch nicht vorlag und innerhalb der fial daher nicht mehr konsolidiert werden konnte. Wir schlagen vor, dass die Fachleute aus den betroffenen Branchen resp. fial Unternehmen mit dem BLV gemeinsam an diesem Konzept weiterarbeiten und dieses in einer kommenden Revision eingebracht wird. Ein dringender Handlungsbedarf ist nicht gegeben und man sollte sich diese Zeit geben, um zu einem gut abgestützten, wissenschaftlich basierten und von der Branche und dem Bund getragenen neuen Schweizer Konzept zu kommen.

#### Übergangsfristen

Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die

ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).

### **Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft**

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) gesetzlich und nicht nur in einem Informationsschreiben geregelt werden. Zumindest die Grundanforderungen an derartige Produkten müssen verbindlich definiert sein. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen.

Als Möglichkeit werden zwei Varianten vorgeschlagen:

1. Gesetzlich definierte Begriffe (für Milchprodukte die definierten Sachbezeichnungen und für Fleischprodukte die Bezeichnungen nach Art. 9 Abs. 4 VLtH und Produkte unter Nennung der Tierart, sowie generell im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen eingetragene Lebensmittel tierischer Herkunft) sind geschützt und dürfen – auch mit Zusätzen – nicht für vegane oder vegetarische Alternativen benutzt werden. Sämtliche anderen Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, dürfen auch mit dem Zusatz «vegetarisch» oder «vegan» verwendet werden (z.b. vegetarische Wurst, veganes Schnitzel). Voraussetzung ist, dass die Begriffe stets in direktem Zusammenhang mit der Angabe «vegetarisch» oder «vegan» benutzt werden.
2. Es sind keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden (z.b. Cashewella oder Erbsenproteinaufstrich). Zudem darf mittels eines Hinweises angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die beabsichtigte Neuregelung bzw. Angleichung an die EU, dass Stoffe, die in einem geschlossenen System durch GVO-veränderte Mikroorganismen gewonnen, in einem nächsten Schritt aber von diesen abgetrennt, gereinigt und chemisch definiert wurden, nicht mehr als GVO-, sondern als neuartige Lebensmittel gelten sollen, wird ausdrücklich begrüsst. Um zwischen den Erzeugnissen („durch“ und „aus GVO hergestellt“) unterscheiden zu können, schlagen wir eine klare Begriffsdefinition in Art. 2 LGV vor. In den Erläuterungen ist zudem klarzustellen, dass mit der Änderung die in der EU als Novel Food bewilligten Fermenterprodukte mit Inkrafttreten der Revision auch in der Schweiz als bewilligt gelten (Verweis auf den Anhang der Verordnung über neuartige Lebensmittel). Die in der Schweiz für solche Produkte aktuell bestehenden GVO Bewilligungen werden im Gegenzug aus der GVO-Liste gestrichen.

Die Möglichkeit zur Angabe einer **Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft** wird ausdrücklich begrüsst und fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt geschafft.

Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung(und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 1	<p>Es werden in der LGV die beiden Begriffe „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ und „GVO-Erzeugnisse“ verwendet. Dies führt teilweise zu Unklarheiten oder Verwechslungen.</p> <p>Diese Erzeugnisse sollten bei den Begriffen klar definiert werden und dann entsprechend in den Vorschriften verwendet werden.</p> <p>Der neue Begriff „GVO-Erzeugnisse“ grenzt sich nicht klar von den bewilligungspflichtigen „GVO-Lebensmitteln“ ab. Wir schlagen deshalb vor, klar zwischen „gentechnisch veränderten Lebensmitteln“, die als GVO-Lebensmittel bewilligungspflichtig sind, und „Erzeugnisse, die durch</p>	<p><b>NEU Ziffer 32</b>  <i>Gentechnisch veränderte Lebensmittel: Lebensmittel, die GVO enthalten, daraus bestehen oder hergestellt werden; „hergestellt aus GVO“ vollständig oder teilweise aus GVO abgeleitet, aber keine GVO enthaltend oder daraus bestehend.</i></p> <p><b>NEU Ziffer 33</b>  <i>Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt werden: Zutaten,</i></p>

	<p>gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind“ und keine GVO-Lebensmittel, sondern neuartige Lebensmittel sind, zu unterscheiden.</p> <p>Entsprechend Erwägung 16 Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 sollte eine GVO Bewilligung für Lebensmittel erforderlich sein, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</p> <p>Der Begriff „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ ist an die Definitionen der Verordnung (EG) Nr. 1129/2008 angeglichen, um hier Handelshemmnisse zu vermeiden.</p>	<p>Zusatzstoffe, Verarbeitungshilfsstoffe, Enzyme und andere Stoffe, wenn sie in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 2012 hergestellt wurden und von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</p>
14 Abs. 2	<p>Wir begrüßen grundsätzlich, dass hier eine Angleichung an das europäische Recht erfolgen soll. Allerdings bezweifeln wir, dass die im Beschluss der Kommission 2010/791/EU <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32010D0791</a> aufgezählten Begriffe allesamt auch in der Schweiz (aufgrund ihrer traditionellen Verwendung) bekannt sind. Daher sollten erstens sicherlich nur diejenigen Begriffe übernommen werden, welche in einer der drei Schweizer Landessprachen aufgeführt sind. Aber auch bei diesen hat es Begriffe darunter, welche in der Schweiz nicht geläufig sind. So werden z.B. die Begriffe „Milchmargarine“ oder „lait d'amandes“ in der Schweiz nicht verwendet und würde den Konsumenten wohl täuschen. Im Gegensatz dazu fehlen einzelne Bezeichnungen, die in der Schweiz geläufig sind wie "fromage d'italie". Wir beantragen daher den Erlass einer Schweiz-spezifischen Regelung in einem Anhang oder in einem Informationsschreiben. In einem solchen Informationsschreiben könnte auch gleich die Kennzeichnung von Imitatprodukten geregelt werden.</p>	<p>Entweder: ...; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen <del>gemäss Anhang X. in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</del></p> <p>Oder: ...; <del>das Bundesamt regelt allfällige Ausnahmen vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</del></p>
Art. 15 Abs 1 Bst b, c, d und i	<p>b.- e: Anpassung an den EU-Verordnungstext um eine Verwechslung mit «durch Mikroorganismen hergestellt» zu vermeiden</p>	<p>b. Lebensmittel, die aus Mikroorganismen, Pilzen oder Algen bestehen, daraus isoliert oder <del>damit</del> hergestellt wurden;</p>

	<p>i. Beheben eines Verweis-Fehlers (Verweis auf Bst g und nicht auf Bst. f) und Übernahme der EU Formulierung.</p> <p>In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass das Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und dass «Fermenterprodukte, die in der EU rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.“</p>	<p>c. Lebensmittel, die aus Materialien mineralischen Ursprungs bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden;</p> <p>d. Lebensmittel, die aus Pflanzen oder ihren Teilen bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel, die eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben und aus Pflanzen oder einer Vielzahl von Pflanzen der gleichen Gattung bestehen, daraus isoliert oder hergestellt wurden mittels:</p> <p>e. Lebensmittel, die aus Tieren oder aus Teilen von Tieren bestehen, daraus isoliert oder <b>damit</b> hergestellt wurden; ausgenommen sind Lebensmittel aus Tieren, die mit herkömmlichen, vor dem 15. Mai 1997 angewendeten Zuchtverfahren gezüchtet wurden, sofern diese Lebensmittel eine Verwendungsgeschichte als sicheres Lebensmittel in der Schweiz haben;</p> <p>i. Vitamine, Mineralstoffe und andere Stoffe, <b>sofern</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Herstellungsverfahren, das vor dem 15. Mai 1997 nicht zur Lebensmittelerzeugung eingesetzt wurde, gemäss Buchstabe g dieses Absatzes angewandt wurde oder</li> <li>2. sie technisch hergestellte Nanomaterialien enthalten oder daraus bestehen,</li> </ol>
15 Abs. 2 Bst a und	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	2 nicht als neuartige Lebensmittel gelten:

		a. Gentechnisch veränderte Lebensmittel; <del>ausgenommen solche aus Artikel 31 Abs. 5.</del>
15 Abs. 2 Bst b Ziff 1-3	<p>In den Erläuterungen ist klarzustellen, dass durch GVO hergestellte Enzyme, Zusatzstoffe und Aromen in der CH ohne Bewilligung (Antrag) in Verkehr gebracht werden können, sofern sie den CH Vorschriften (resp. den EU Vorschriften für Zusatzstoffe und Aromen) entsprechen.</p> <p>Art. 15 Abs. 2 LGV regelt: Nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. gentechnisch veränderte Lebensmittel;</li> <li>b. Lebensmittel, die verwendet werden als: <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Lebensmittelenzyme gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 27 Absatz 4 Buchstabe b erlassenen Vorschriften über technologische Verfahren und technische Hilfsstoffe in Lebensmitteln,</li> <li>2. Zusatzstoffe gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Zusatzstoffe in oder auf Lebensmitteln,</li> <li>3. Lebensmittelaromen gemäss der vom EDI gestützt auf Artikel 23 erlassenen Vorschriften über Aromen</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Enzyme in der CH (Art. 7 VtVtH):</b> Lebensmittelenzyme dürfen als solche in Verkehr gebracht und Lebensmitteln gemäss GHP zugesetzt werden.</p> <p>2 Sie dürfen unter den folgenden Bedingungen verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Das Enzym ist in der vorgeschlagenen Menge für Konsumentinnen und Konsumenten und aufgrund der bekannten wissenschaftlichen Daten gesundheitlich unbedenklich.</li> <li>b. Für die Verwendung des Enzyms besteht eine hinreichende technologische Notwendigkeit.</li> <li>c. Durch die Verwendung des Enzyms werden die Konsumentinnen und Konsumenten nicht getäuscht, insbesondere hinsichtlich der Frische, der Qualität und der Beschaffenheit der verwendeten Zutaten sowie der Natürlichkeit, des Herstellungsverfahrens oder dem Nährwert des Erzeugnisses.</li> </ul> <p><b>Zusatzstoffe in der CH (Art. 2 Abs. 5 ZuV)</b></p>	Kein Antrag

	<p>Ein Antrag ist nicht erforderlich für Zusatzstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen.</p> <p><b>Aromen in der CH (Art. 6 Abs. 3 Aromenverordnung):</b>  Ein Antrag nach Absatz 1 ist nicht erforderlich für Aromen oder Ausgangsstoffe, die gemäss den für das Inverkehrbringen massgeblichen Vorschriften der Europäischen Union in der verwendeten Menge rechtmässig in Verkehr gebracht werden dürfen. Spezifische Anwendungsbeschränkungen bleiben vorbehalten.</p>	
31 Abs 1 und 1bis	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>1 Das Inverkehrbringen von <del>Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden (GVO-Erzeugnisse)</del> und <del>Das Inverkehrbringen von</del> gentechnisch veränderten <del>Lebensmitteln</del>, die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.</p>
31 Abs. 3	<p>Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.</p> <p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.</p>	<p>Handelt es sich um Lebensmittel, die <del>vermehrungsfähige</del> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <del>erteilt die Bewilligung</del> kann die <del>Bewilligung</del> <del>verweigern</del>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.</p>
31 Abs. 5	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	<p>Für <del>GVO-Erzeugnisse</del> Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt sind, gelten die Artikel 15-19. <del>-, wenn sie:</del>  <del>a. durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden;</del></p>



		<del>b. in einem geschlossenen System nach Artikel 3 Buchstabe h der Einschliessungsverordnung vom 9. Mai 20125 hergestellt wurden; und c. von den Organismen abgetrennt, gereinigt und chemisch definierbar sind.</del>
31 Abs. 5	In den Erläuterungen ist zu präzisieren, dass dieses Bewilligungsverfahren (Artikel 15-19) für <b>neuartige</b> Fermenterprodukte gilt und „ in der EU bewilligte Fermenterprodukte mit Inkrafttreten dieser Revision in der Schweiz als bereits bewilligt gelten.“	
33 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV) Eine GVO Dokumentationspflicht für Fermenterprodukte macht keinen Sinn, für diese besteht eine Novel food Dokumentation. Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.	Wer <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> <del>Lebensmittel, die GVO-Erzeugnisse sind oder solche enthalten:</del>
36 Abs. 2bis	Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung(und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.	Abs. 2bis (neu) <b>Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken; vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c. und lit. i. sowie die Angaben zur Rückverfolgbarkeit.</b>
37 Abs. 1	Begriffsanpassung (vgl. oben zu Art. 2 Abs. 1 LGV)	1 Auf GVO ist hinzuweisen bei:

		<p>a. <del>Lebensmitteln, die GVO-Erzeugnisse sind gentechnisch veränderten</del> <b>Lebensmitteln</b>;</p> <p>b. <b>Lebensmitteln</b>, die gentechnisch veränderte Mikroorganismen enthalten;</p> <p>c. Verarbeitungshilfsstoffen, die als solche abgegeben werden und <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind;</p> <p>d. Mikroorganismen, die als solche abgegeben werden und gentechnisch verändert sind.</p>
37 Abs. 4	<p>Widerspruch in Formulierung</p> <p>Aus Abs. 4 lit. a Ziff. 2 „vorbehältlich Absatz 5“ ergibt sich ein Widerspruch zu Abs. 5 „Die Voraussetzung von Absatz 4 Buchstabe a Ziffer 2 gilt nicht für...“</p> <p>Absatz 4 „wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind“ nachfolgende Formulierung verbessern, „und“ zwischen Buchstabe b. und c.</p>	<p>4 lit. a Ziff. 2 <del>vorbehältlich Absatz 5</del></p> <p><b>5 Die Voraussetzungen von Absatz 4 Buchstabe a Ziffer 2 gilt nicht für</b> Zugelassen sind zusätzlich zu Absatz 4...“</p>
38 Abs. 3	Verweis unklar	<del>Artikel 3 gilt für dieses Verfahren nicht.</del> Das Verfahren nach Art. 32 und 33 LIV findet Anwendung.
39 Abs. 2 Bst. d	Diese Vorschrift ist im Handel nicht umsetzbar und daher ganz zu streichen. Produkte im Offenverkauf werden offensichtlich zum zeitnahen Verbrauch abgegeben. Der Handel hat weiterhin die Verantwortung dafür, dass er nur frische Produkte dem Kunden zum Verbrauch anbietet.	<p>Streichen</p> <p><del>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Verbrauchsdatum.</del></p> <p><b>Eventualantrag:</b></p> <p>In jedem Fall sind schriftlich anzugeben:</p> <p><del>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen: das Datum der Abgabe an den Konsumenten.</del></p>

40	<p>Der Begriff „Zwischenhandel“ ist nicht bekannt und unklar. Bestehende Begriffe verwenden und Artikel präzisieren.</p>	<p>Art. 40 <del>Zwischenhandel</del> Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten  <del>Im Zwischenhandel müssen die Angaben</del> Im Handel von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten, die nicht direkt zur Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen die Angaben so gehalten sein, dass die daraus hergestellten Lebensmittel gesetzeskonform zusammengesetzt und gekennzeichnet werden können.</p>
44	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten.</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkunftsfleischen, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der</p>	<p>Art. 44 Abs. 1 lit. a:  Zum Zeitpunkt des Anbietens der Ware müssen alle lebensmittelrechtlich vorgeschriebenen Angaben verfügbar sein und auf dem Trägermaterial des Fernabsatzgeschäfts erscheinen oder durch andere geeignete Mittel, die eindeutig anzugeben sind, unentgeltlich bereitgestellt werden; ausgenommen sind das Haltbarkeitsdatum und das Warenlos. <del>Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</del></p>

	Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene!	
48 Abs. 2	Unklarer Wechsel von Trinkwasserleitungen zu Antiquitäten. Wie lautet in diesem Zusammenhang die Definition von Antiquität? Nicht klar in Art. 1 Abs. 3 Buchstabe c, dass dort Trinkwasserleitungen integriert sein sollen.	Definition Antiquität in den gesetzlichen Grundlagen einführen oder Verordnungstext klarer formulieren respektive Wort «Antiquität» ersetzen.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Nachdem die LMVV aktuell einer Totalrevision unterzogen wird, haben wir uns erlaubt, verschiedene im Rahmen von «Largo» eingebrachte Punkte erneut einzubringen, zumal uns deren Einbezug unverändert als adäquat erscheint.

Auch aus unserer Sicht bleibt der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen unbestritten. Deren Ausgestaltung muss sich jedoch vermehrt nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit ausrichten und darf keinesfalls zu zusätzlichen Aufwendungen – seien diese zeitlicher Art oder mit der Erhebung von (zusätzlichen) Gebühren verbunden – führen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3	In der Lebensmittelindustrie als auch beim Vollzug bestehen immer wieder Rechtsunsicherheiten aufgrund von Zuständigkeitsfragen (für Probenahmen und Beanstandungen) und unterschiedlicher Rechtsauslegung der kantonalen Vollzugsbehörden. Diesem sollte mit einer klaren Zuständigkeitsregelung begegnet werden, so wie es der VKCS in einer interkantonalen Vereinbarung seit Jahren unverbindlich vereinbart hat. Die Totalrevision dieser Verordnung sollte genutzt werden, um die Zuständigkeit zu regeln und damit die Rechtssicherheit für Vollzug und Inverkehrbringer zu erhöhen.	<i>Zuständig für die Lebensmittelkontrolle im Betrieb selbst ist die Vollzugsbehörde, in deren Zuständigkeitsbereich der entsprechende Produktionsbetrieb ansässig ist. Für Fragen im Bereich der Deklaration ist die Vollzugsbehörde, in deren Zuständigkeitsbereich der Hauptsitz des Lebensmittelunternehmens liegt zuständig.</i>  <i>Beanstandungen von Lebensmitteln, die keine Gesundheitsgefährdung betreffen, durch eine nicht zuständige Vollzugsbehörde sind der zuständigen Vollzugsbehörde zur Bearbeitung weiterzuleiten. Diese entscheidet über die zu treffenden Massnahmen.</i>
Art.9, Abs.3	Den kontrollierten Betrieben soll in allen Fällen auch eine Kopie der Kontroll-Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden. Ggf. auf elektronischem Weg.	Die kontrollierten Betriebe erhalten eine Kopie  (d.h. "auf Verlangen" streichen).
Art. 12	Wir erachten eine koordinierende Rolle des BLV für den Vollzug durch die Kantone als sinnvoll und wünschenswert. Es soll in den Betrieben - unabhängig vom Kanton - mit "gleicher Elle gemessen" werden.	Wir unterstützen den Vorschlag

Art. 13, Abs. 1	Die Durchführung von Audits zur Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ist zu überprüfen. Zu wünschen wäre dabei auch eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug.	«... Verordnung sowie <i>einen einheitlichen Vollzug zwischen den einzelnen Kantonen zu gewährleisten...</i> »
Art.48 Abs. 4	Absatz 4 ist ein Freipass für den Vollzug nach nicht ausreichend geprüften Methoden. Mindestens eine laborinterne Validierung muss vorliegen.  Streichen, da aufgrund einer nicht validierten Analysemethode ohnehin keine Vollzugsmassnahmen (Beanstandungen und/oder Sanktionen) erfolgen dürfen.	Streichen
Art. 111, Abs. 2	Wir begrüssen den Grundsatz, dass amtliche Kontrollen an sich gebührenfrei sind, ausser wenn sie zu Beanstandungen oder zur Inanspruchnahme einer Dienstleistung der Bundesbehörden geführt haben. Gemäss Art 58 Abs. 2 lit. a wird auf die Erhebung einer Gebühr in besonders leichten Fällen verzichtet. Dies sollte der Vollständigkeit halber hier wiederholt werden.	Ergänzen: «.... <i>zu Beanstandungen geführt haben; in besonders leichten Fällen wird auf das Erheben der Gebühr verzichtet</i> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht einzusehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur teilweise erfolgt.	Streichen

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Neuorganisation der Kontrollen ist grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Erhöhung von unangemeldeten Kontrollen sehen wir als zielführend an. Kritisch sehen wir die neue Form der «Verwaltungskontrollen», die 8 Jahre lang einen Stallrundgang ersetzen kann (Art. 12).

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Sowohl für die Weide- wie auch für die Hofschlachtungen sind neue erleichterte Vorschriften vorgesehen. Die fial stellt sich nicht gegen diese Möglichkeiten, welche einem aktuellen Bedürfnis zu entsprechen scheinen. Allerdings ist dabei darauf zu achten, dass keine unbegründete Besserstellung gegenüber den Schlachtbetrieben erfolgt, welche sehr hohe Standards erfüllen müssen. Das Prinzip der gleich langen Spiesse ist zu beachten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 2, Bst a	Die Ausweitung der Möglichkeiten von Krankschlachtungen ausserhalb des Schlachtbetriebes, wenn der Transport dem lebenden Tier nicht zugemutet werden kann, ist zu begrüssen. Allenfalls ist explizit auf die Zuständigkeit nach Art. 28, Abs. 2 hinzuweisen.	Überprüfen
Art. 28, Abs. 1  Art. 28, Abs. 2	<p>Die der EU folgend neue Möglichkeit, künftig auch bei Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbestand durchführen zu können, wird ausdrücklich begrüsst, erhöht sie doch die seit langem geforderte Flexibilität in Bezug auf die frühmorgendlichen Schlachtungen.</p> <p>Ebenso heissen wir im Sinne des Tierschutzes die neue Möglichkeit gut, dass neu auch ein Bestandestierarzt bei verunfalltem oder krankem Schlachtvieh die Schlacht tieruntersuchung durchführen bzw. die Schlacht- und Transporttauglichkeit bestätigen kann.</p> <p>Bisher ist in der TSchV Art. 180.1 die Schlacht tieruntersuchung im Schlachtbetrieb nicht nur mit der Kontrolle des Pflege- und Gesundheitszustandes der Tiere, sondern auch mit der Kontrolle der Transportfahrzeuge gekoppelt.</p> <p>Wenn davon auszugehen ist, dass bei Rindern mit STU im Herkunftsbetrieb der amtliche «Augenschein bei der Annahme» (Technische Weisung Schlacht tieruntersuchung 2017, Pkt.12), bzw. die «Übersichtskontrolle» gemäss VSK Art. 28.3 sowie die Kontrolle der Transportfahrzeuge (TSchV Art. 180.1) weiterhin sorgfältig ausgeführt werden, sehen wir keinen Handlungsbedarf bei der vorgeschlagenen Neuregelung.</p>	Die Vorschläge werden begrüsst



	Trotz Lockerung sollten jedoch weiterhin die amtlichen Tierärzte im Schlachtbetrieb auf der Anlieferrampe präsent sein	
Art. 44, Abs. 1bis	Die Möglichkeit, Betriebspersonal mit einer Ausbildung als amtliche Fachassistenten Schlachttier- und Fleischuntersuchung für die entsprechenden Aufgaben in Geflügel- und Kaninchenschlachtbetrieben einzusetzen, wird begrüsst. Es stellt sich jedoch die Frage, weshalb diese Möglichkeit nicht auch bei der Schlachtung der übrigen Tierarten geschaffen wird.	Der Vorschlag wird begrüsst, sollte aber auch auf die Schlachtung der übrigen Tierarten ausgedehnt werden.
Art. 44, Abs. 2	Gerade für Betriebe mit geringer Kapazität stellt die neue, an die EU angelehnte Bestimmung, dass ein amtlicher Tierarzt nicht mehr während der gesamten Dauer der Schlachtung anwesend sein muss, eine grosse Erleichterung dar. Wir heissen diese neue Möglichkeit daher ausdrücklich gut.	Der Vorschlag wird begrüsst
Art. 60	<p>Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachttier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben.</p> <p>Nach neuer Gesetzgebung sollen die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung sogar noch ausgebaut und nicht nur pro Schlachttier, sondern auch pro kg Fleisch oder nach Zeitaufwand festgesetzt werden können. Durch diese Mehrfachauswahl der Gebührenansetzung entsteht ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die Betriebe. Insbesondere die grosse, intransparente Differenz zwischen Mindest- und Höchstpreis pro Schlachttier in Art. 60 Abs. 4 birgt ein nicht zu verantwortbares Kostenrisiko für die Betriebe.</p> <p>Die neue Gesetzgebung mit unterschiedlicher Berechnungsmethoden in Art. 60 darf deshalb unter keinen Umständen zu höheren Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung führen. Die Höhe der Gebühren muss transparent und zwischen den Kantonen vergleichbar sein.</p>	

<p>Art. 61 Abs. 2</p>	<p>Hier besteht ein klarer Widerspruch zwischen dem vorgeschlagenen Verordnungstext und den Erläuterungen. Dies deshalb, weil Art. 60 mit «Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung» und Art. 61 mit «Übrige Gebühren» betitelt sind, was in Art. 61 de facto Bereiche von Art. 60 ausschliesst. Gemäss Erläuterungen ist jedoch das Gegenteil der Fall, indem die erwähnten Ansätze auch für Tätigkeiten im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Montag – Freitag, 6.00 – 18.00 Uhr) Geltung erlangen sollten.</p> <p>Die normale Arbeitszeit für Mitarbeiter in den Schlachtbetrieben geht gemäss GAV von 5:00 – 22:00. Diese sollte auch für die amtlichen Tierärzte und Tierärztinnen ohne Aufschlag gelten. Es ist nicht ersichtlich, warum für behördliche Arbeitnehmer in dieser Branche andere Konditionen als für andere Arbeitnehmer gelten sollen.</p>	<p>Streichen</p> <p>Eventualantrag: «...Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, <b>5:00 – 22:00 Uhr...</b>»</p>
-----------------------	--	---

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen den vorgeschlagenen vereinfachten Revisionsprozess, der hier immer wieder aufgetretene Nicht-Äquivalenzen zwischen dem EU-Recht und dem CH-Recht verhindern soll. Die Herausforderung wird darin bestehen, die Homepage up-to-date zu halten. Bei der Anwendung der Höchstwerte dürfen die allgemeinen Regeln der VPRH beachtet werden. Ein diesbezüglicher Hinweis auf der Internetseite des BLV wäre dafür für den Anwender von Vorteil.

In den Erläuterungen wird auf die „noch bestehenden spezifischen CH Abweichungen“ hingewiesen, es wäre zu begrüßen, wenn das BLV hier ausführen könnte, welche das sind.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 Abs. 1 Bst. d	Die Definition des Begriffs "Einfuhrtoleranz" in Art. 2 Abs. 1 Bst. d soll gemäss Vernehmlassungsvorlage aufgehoben werden. Da der Begriff in der Verordnung aber verwendet wird und den Hintergrund für die Existenz von Einfuhrtoleranzen erklärt, soll die Definition erhalten bleiben. Dies auch deshalb, weil diese aus den technischen Detailvorschriften des Artikel 7 nicht hervorgeht.	Art. 2 Abs. 1 Bst. d beibehalten: <b>d. Einfuhrtoleranz:</b> Rückstandshöchstgehalt für eingeführte Erzeugnisse, der festgesetzt wird, wenn: 1. für ein Erzeugnis die Verwendung eines Wirkstoffs in einem Pflanzenschutzmittel oder einem Biozidprodukt aus anderen Gründen als dem Schutz der Gesundheit nicht zugelassen ist, oder 2. für ein Erzeugnis und dessen Verwendung der geltende Rückstandshöchstgehalt aus anderen Gründen als dem Schutz der Gesundheit festgelegt wurde;
Anhang 2	Fussnote Die Verweis „Sie gilt in der Fassung vom...“ steht im Widerspruch zu der geltenden und massgebenden-Publikation der Werte auf der Webseite des BLV.	<del>Sie gilt in der Fassung vom...</del>

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

#### Mahlzeitenersatzprodukte/Tagesrationen:

Die Streichung der Kategorie „Mahlzeitenersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können.

Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:

Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeitenersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.

Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&from=EN>. Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden, nämlich:

Anhang 14 LIV – Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Gliederungstitel 5. Abschnitt	Der neu aufgenommene Artikel 22a entspricht Art. 6 der EU-Verordnung Nr. 2016/127. Diese Verordnung gilt nur für Säuglingsanfangs- und Folgenahrung, nicht aber für Beikost. Die aufgeführten Hinweise zum Stillen machen für Beikost auch keinen Sinn, da diese als Ergänzung zum Stillen bestimmt ist und das Stillen nicht ersetzen soll bzw. kann. Der Geltungsbereich soll im Gliederungstitel (analog 4. Abschnitt) oder in Art. 22a präzisiert werden.	Geltungsbereich im Gliederungstitel und/oder Wortlaut in Art. 22a präzisieren.
22a Abs. 1	Die Schweizer Hersteller beachten bei der Information über Produkte für Säuglinge und Kleinkinder die gesetzlichen Vorgaben und den in der	<del>Das Informationsmaterial von Herstellern und Vertreibern beinhaltet die Empfehlungen</del>

	<p>Branche aufgestellten Verhaltenskodex. Die weitere Verpflichtung zur Übernahme der Ernährungsempfehlungen für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern des BLV in dieser Kommunikation ist nicht verhältnismässig. Die Hersteller halten die Empfehlungen für irreführend, da in den Empfehlungen die gesetzlich umschriebenen Produkte, wie Folgenahrungen und Beikost, als „nicht erforderlich“ angesehen werden. Die Vorgabe ist zu streichen. Getreidebeikost ist nicht erwähnt in diesen Empfehlungen. Ebenfalls wird die vorgeschriebene Qualität der Beikost-Rohmaterialien (Pestizide, Hygiene, etc ) nicht berücksichtigt, welche bei hausgemachter Beikost nicht garantiert werden kann.</p>	<p><del>des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern.</del></p>
32-35b	<p>Die Streichung der „Mahlzeitenersatzprodukte“ entspricht nicht dem EU-Recht. Solche Produkte dürfen noch vermarktet werden, wenn sie die Zusammensetzung erfüllen, die die Verwendung einer entsprechenden gesundheitsbezogenen Angabe (siehe Anmerkungen zur LIV) erfüllen. Solche Produkte dürfen als „Mahlzeitenersatz“ oder „Produkt für eine gewichtskontrollierende Ernährung“ bezeichnet werden. Dies sollte zur Verständlichkeit in den Erläuterungen zur VLBE hier klargestellt werden.</p>	
Anhang 4	<p>Referenzwerte für die Nährwertkennzeichnung von Getreidebeikost und anderer Beikost</p> <p>Die Referenzwerte für Folgenahrung und Beikost für Säuglinge und Kleinkinder weichen für viele Nährstoffe voneinander ab, obwohl die Nährstoffbedürfnisse der Kinder im Alter von 6 bis 36 Monaten die gleichen sind, unabhängig, welches Lebensmittel sie konsumieren</p>	<p>Streichen der letzten Kolonne "<del>Getreidebeikost und andere Beikost</del>" in der Tabelle des Anhang 4, VLBE und Änderung des Titels der Kolonne "<del>Folgenahrung</del>" in "<del>Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost</del>".</p>
Anhang 5 Ziffer 4.1	<p>Fettgehalt pro 100 kcal/kJ für Getreidebeikost nach Art. 19 Abs. 1 Bst. a – Der Unterschied zu Produkten nach Art. 19 Abs. 1 Bst. b (3.3g Fett/100kcal vs. 4.5g Fett/100kcal) ist nicht begründet. Wissenschaftlicher Hintergrund für die Unterscheidung des Fett-Höchstwertes ist nicht klar. Bei Beigabe von Säuglingsanfangsnahrung zu Getreidebeikost wird der Höchstwert von 3.3g Fett pro 100kcal zubereitetes Produkt ev. überschritten. Damit werden bewährte Schweizer Produkte limitiert, die aktuellen Anforderungen sollten beibehalten werden.</p>	<p>4.1 Bei den in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Produkten darf der Fettgehalt höchstens <del>0,8</del> <b>1,1 g/100 kJ (3,3-4,5 g/100 kcal)</b> betragen.</p> <p>4.2 Die in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b genannten Produkte dürfen einen Fettgehalt von höchstens 1,1 g/100 kJ (4,5 g/100 kcal) aufweisen.</p>

Anhang 10	Tageshöchstmenge <b>Magnesium</b> : der EU Wert ist nicht sachgerecht, die Tageshöchstmenge ist mit 150 mg viel zu tief und in deutlichem Widerspruch zur Idee eines Lebensmittels zum vollständigen Ersatz der Ernährung ("Tagesration"). Dieser Wert kam belegterweise durch historische Fehlinterpretationen der zuständigen Arbeitsgruppen zustande. Es sollte daher eine max. Menge gemäss den üblichen DACH-Empfehlungen und der geltenden NRV für Magnesium im Bereich von 375 mg eingesetzt werden.	Magnesium <del>250</del> 375 mg				
Anhang 11	NEUES Höchstmengenkonzept siehe Anmerkungen zur VNEM Neue Höchstmengen werden abgelehnt	Beibehaltung der bestehenden Höchstmengen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen				
Anhang 11 und 12	Der Nährstoff Astaxanthin soll gestrichen werden, weil er in der VO über neuartige LM geregelt sein sollte (SR 817.022.2). Gemeint ist dann aber der Bezug auf die EU Novel Food Verordnung (EU) 2015/2283 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470. In letzterer ist Astaxanthin jedoch nur gelistet für Nahrungsergänzungsmittel. Das würde bedeuten, dass Astaxanthin in Lebensmitteln für Sportler nicht mehr zugelassen ist, es sei denn man liest Art 38.1.b.1 i.V.m. Art 37 b VLBE derart, dass Nahrungsergänzungsmittel genau diese Bedingungen erfüllen. Ähnlich ist es beim Lycopin (siehe unten).	Astaxanthin NICHT aus der Liste im Anhang 11 streichen  <b>Alternativ</b> an anderer Stelle explizit klären, dass die Zulassung eines Stoffes gemäss der EU Unionsliste (EU) 2017/2470 für Nahrungsergänzungsmittel auch als Zulassung für den Einsatz in Lebensmittel für Sportler nach Art. 38 Abs. 1 Bst. b Ziffer 1 VLBE gilt.				
Anhang 11 und 12	<b>Carotinoid Lycopin</b> Der Nährstoff "Carotinoid Lycopin" soll gestrichen werden, da es als Novel food in der EU zugelassen ist. In den Erläuterungen heisst es: " <i>Das Carotinoid Lycopin musste aus dem Anhang 11 gestrichen werden. Gemäss der berichtigten Unionsliste der neuartigen Lebensmittel ist Lycopin aus Tomaten als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen und somit...</i> " Für Lycopin listet die Europäische Verordnung sowohl Nahrungsergänzungsmittel als auch " <i>Getränke zur Deckung der besonderen Erfordernisse bei intensiver Muskelanstrengung, insbesondere von Sportlern</i> " als zugelassene Lebensmittelkategorien. Das führt dazu, dass in der Schweiz Lycopin nur noch für genau diese Art Sportlerprodukte erlaubt ist. Eine solche Differenzierung gibt es in der Schweiz aber nicht. Insofern sollte hier eine Streichung von Lycopin in Anhang 11 VLBE nicht erfolgen.	<table><tr><td>ANHANG 11 Carotinoid Lycopin</td><td>15 mg</td></tr><tr><td>ANHANG 12 Zulässige Verbindung</td><td>Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora</td></tr></table>	ANHANG 11 Carotinoid Lycopin	15 mg	ANHANG 12 Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora
ANHANG 11 Carotinoid Lycopin	15 mg					
ANHANG 12 Zulässige Verbindung	Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora					

	<p>Zum anderen erlaubt die EU Unionsliste Lycopin aus drei Quellen: aus Tomaten, aus dem Pilz Blakeslea trispora und Lycopin aus Synthese. Dies sollte auch in der Schweiz gelten, siehe die letzte konsolidierte Fassung vom 16.4.2019 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02017R2470-20190416&amp;qid=1563949720226&amp;from=DE</a></p> <p>Grundsätzlich ist die Festlegung einer konkreten Höchstmenge für Lycopin von 15 mg zu begrüßen. Dies führt zu mehr Rechtssicherheit.</p> <p>Diese Festlegung kann mit einer Spezifizierung der zugelassenen Verbindung/Form in Anhang 2 verbunden werden oder offen bleiben, da dies mit der Zulassung neuartiger Formen auf die Unionsliste über die Verordnung über neuartige Lebensmittel erfolgt</p>	
Anhang 11	<p>Die Tageshöchstmenge für <b>Coffein</b> ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körperlsgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht: <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p>	<p>Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge</p> <p>Coffein <del>200</del> 400 mg</p>
Anhang 11	<p><b>Carnitin</b> - In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES ist die Tageshöchstmenge 2000 mg, in Länder wie z.B. DE, BE gibt es gar keine Tageshöchstmenge. Wenn keine wissenschaftlich begründeten Sicherheitsbedenken bestehen, sollte für L-Carnitin eine Angleichung an EU-Länder, die einen höheren Wert vorsehen, vorgesehen werden. So wird in den Erläuterungen auch für die Anpassung des Tageshöchstwerts von Coenzym Q10 argumentiert.</p>	<p>Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge</p> <p>L-Carnitin <del>1000</del> 2000 mg</p>
Anhang 11	<p>Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (zb. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es führt zu widersprüchlichen Informationen, wenn z.B. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet.</p>	<p>Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (z.B. ab 100%NRV).</p>

Anhang 11	<p>L-Citrullin ist doppelt geführt (1 x unter 2.1 Aminosäuren und 1 x unter 2.2)</p> <p>Die Aminosäuren L-Cystein und L-Cystin sowie L-Glutamin und L-Glutaminsäure sind separat genannt, mit identischen Tageshöchstmengen. Es sollte klargestellt werden, dass diese Mengen als Summe und nicht kumulativ gelten.</p>	<p>Löschen der Doppelnennung</p> <p>Präzisierung analog EPA+DHA, dass die Tageshöchstmengen für die beiden Aminosäurenpaare als Summe gelten.</p>
-----------	---	---



## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 2	<p>Das Datum des Einfrierens sollte für Halbfabrikate und Endprodukte definiert, nicht jedoch für Rohstoffe verlangt werden.</p> <p>Die aktuelle gesetzliche Situation gibt eine falsche Sicherheit.</p> <p>Die Thematik sollte besser mit Stichprobenkontrollen der Rohstoffe vor Ort überprüft werden.</p> <p>Zudem müssen in den Betrieben interne Lagerfristen definiert sein, idealerweise verankert in den spezifischen Branchenleitlinien. Die Rückverfolgbarkeit ist zudem bereits gesetzlich geregelt.</p>	Abs. 2 streichen und Buchstabe e neu definieren und formulieren. Die Vorgabe des Einfrierdatums sollte anstatt für Rohstoffe, für Halbfabrikate respektive Endprodukte gelten.
4 Abs. 2	Mit dem Begriff «frisches Fleisch» soll eigentlich unbearbeitetes Fleisch beschrieben werden. Da solches auch gefroren, gekühlt bzw. gereift sein kann, dürften in der Praxis Missverständnisse mit dem Begriff «frisch» nicht auszuschliessen sein. Der Begriff «frisch» sollte demzufolge gestrichen und durch «unverarbeitet» ersetzt werden.	Ersetzen: Begriff «frisches Fleisch» durch «unverarbeitetes Fleisch» austauschen
Art. 9, Abs. 3	Die Angabe von fleischfremden, nicht üblichen Zutaten in der Sachbezeichnung von Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen erachten wir als überflüssig, zumal die betreffenden Zutaten bereits in der Zutatenliste selber aufzuführen sind. Auch ist der Begriff «nicht üblich» unterschiedlich interpretierbar, so dass z.B. unklar bleibt, ob ein Hackbraten roh in der Sachbezeichnung als «Fleischzubereitung mit Paniermehl» zu deklarieren wäre. Ob dies der gewünschten Transparenz förderlich wäre, muss ernsthaft bezweifelt werden.	Streichen
Art. 18, Abs.1	Um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden, soll die Verpflichtung zur zusätzlichen Angabe des wissenschaftlichen Namens innerhalb der Sachbezeichnung auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 im Absatz 1 eingeschränkt werden.	Die Sachbezeichnung für Erzeugnisse nach Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2013 setzt sich zusammen aus:

Art. 19, Abs. 1	<p>Aus Bst. b. «die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts nach Anhang 3» geht nicht klar hervor, dass diese Forderung nur für Erzeugnisse aus Wildfang und Binnenfischerei, nicht aber für solche aus Aquakultur gilt. Zudem ist die Angabe nach der Fangmethode generell für die Erzeugnisse Algen und Tange in Frage zu stellen, da diese bekanntlich nicht gefangen werden (vgl. neuen Verweis auf Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2019). Aus diesem Grund kann eine Aussage wie «Algen <u>gefangen</u> im Südpazifik.» gar nicht zutreffend sein.</p>	<p>Streichen der Algen und Tange:  <i>«Die Etikettierung von Erzeugnissen nach Anhang I Buchstaben a-c <del>und e</del> der Verordnung 1379/2013 muss zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV folgende Angaben enthalten:»</i></p> <p>Präzisieren Bst. b:  <i>«Die Kategorie des für den Fang <u>von Erzeugnissen aus Wildfang und Binnenfischerei</u> eingesetzten Geräts nach Anhang 3»</i></p>
36 Abs. 5	<p>In der Schweiz haben Vollmilch und standardisierte Vollmilch zwei verschiedene Sachbezeichnungen. Wenn Milch als Zutat in einem Lebensmittel eingesetzt wird, wäre demzufolge diese Bezeichnung im Verzeichnis der Zutaten zu verwenden.</p> <p>In der Praxis wird bei der Herstellung von Milchprodukten in den meisten Fällen standardisierte Vollmilch verwendet, jedoch nicht als solche in der Zutatenliste deklariert.</p> <p>Antrag: "Legalisierung" der heutigen Praxis, mit einer Präzisierung im Text, welche die Deklaration von Standardisierter Vollmilch als "Vollmilch" oder "Milch" erlaubt</p>	<p><b>5 Im Verzeichnis der Zutaten zusammengesetzter Lebensmittel können Vollmilch und standardisierte Vollmilch gemäss Art. 33 Abs.1 Bst. a und b als Vollmilch oder Milch angegeben werden.</b></p>
Art. 52 Abs. 2 Bst a-d (bestehender Artikel)	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als 500 und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als 540 und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als 650 g/kg.</li> </ul> <p>Käse wird in Festigkeits- und Fettgehaltsstufen eingeteilt. Die Einteilung der Festigkeitsstufe erfolgt nach dem Gehalt des fettfreien Wasseranteils (wff) in der Käsemasse. Beim Reifen verliert der Käse durch Verdunstung Wasser und lang gereifte Käse können dadurch einen wff Gehalt erhalten, der eine Einteilung in eine andere Festigkeitsstufe nötig macht. Bei Sortenkäse führt eine solche Änderung zur Verwirrung da die Festigkeitsstufe mit der Bezeichnung des Käses verbunden wird. Je kleiner die Käsestücke sind,</p>	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als <b>500 480</b> und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als <b>540 520</b> und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als <b>650 630</b> g/kg.</li> </ul>

	<p>desto grösser ist die Auswirkung. Die meisten Beanstandungen der Vollzugsbehörden sind diesbezüglich bei geriebenen Käsen, da bei diesen Produkten die Oberfläche sehr gross ist.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, die Bandbreite der einzelnen Festigkeitsangaben überlappend zu gestalten und verweisen auf analoge Regelungen in der KäseVO (Deutschland).</p>					
<p>Art. 61, Art. 62, Abs. 1, 4, 5 Art. 63</p>	<p>Die Schweiz ist ein Käseland. Hierzulande wurde auch der Schmelzkäse erfunden. Der Revisionsvorschlag würde zur Verschlechterung der gesamten Qualität von Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sowie einer Zunahme von billiger Importware führen, daher soll auf eine Anpassung an das EU-Recht verzichtet werden.</p> <p>Das Streichen der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse in Artikel 61 Absatz 2 sowie für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung in Absatz 3 führt z.B. dazu, dass Schmelzkäse u.a. mit pflanzlichem Fett und anderen Zutaten (Stärke) oder Füllstoffen versehen werden könnte und so an Qualität verlieren würde. Ein solches Produkt entspricht nicht mehr den qualitativen Ansprüchen, die die Schweizer Konsumenten gewohnt sind.</p> <p>Auch wenn im Ausland und auch in der EU hier effektiv tiefere Anforderungen bestehen als in der Schweiz, sind unseren Traditionen folgend die Vorgaben zu den in Schmelzkäse und -zubereitungen zugelassenen Zutaten, die Anforderungen an die Käsetrockenmasse und die Anforderungen an solche Produkte mit geschützten Bezeichnungen beizubehalten.</p>	<p>Auf dem jetzigen Niveau belassen, nicht ändern. Keine Anpassung an neue Gesetzgebung.</p>				
<p>83 Abs.2 Bst b</p>	<p>Voir Directive 2001/114/EC , Annexe I (Dénomination et Définition des produits),</p> <p>2. a) Lait en poudre riche en matières grasses ou poudre de lait riche en matières grasses : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 42 % de matières grasses.</p> <p>b) Lait en poudre entier ou poudre de lait entier : Le lait déshydraté contenant, en poids, au moins 26 % et moins de 42 % de matières grasses.</p> <p>c) Lait en poudre partiellement écrémé ou poudre de lait partiellement écrémé</p>	<p><sup>2</sup> Milchpulver muss folgende Fettgehalte aufweisen:</p> <table><tr><td>a. Magermilchpulver</td><td>höchstens 15 g/kg;</td></tr><tr><td>b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver</td><td>mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;</td></tr></table>	a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;	b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;
a. Magermilchpulver	höchstens 15 g/kg;					
b. fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver  fettreduziertes oder teilentrahmtes Milchpulver	mehr als 15 g/kg und weniger als 260 g/kg;					

	<p>Le lait déshydraté dont la teneur en matières grasses est, en poids, supérieure à 1,5 % et inférieure à 26 %.</p> <p>d) Lait en poudre écrémé ou poudre de lait écrémé</p> <p>====&gt; lait en poudre semi-écrémé / demi-écrémé non défini (idem CH)</p> <p>MAIS:</p> <p>Annexe II (Dénominations particulières de certains produits énumérés à l'Annexe I):</p> <p>f) En langue française "lait demi-écrémé en poudre", en langue néerlandaise "halfvolle melkpoeder" et en langue anglaise "semi-skimmed milk powder" ou "dried semi-skimmed milk" désignent le produit défini à l'annexe I, point 2 c), dont la teneur en matières grasses est comprise entre 14 % et 16 %.</p>	<p>kann auch als halbentrahmtes Milchpulver bezeichnet werden, wenn der Fettgehalt zwischen 140 und 160 g/kg liegt</p>	
		c. Vollmilchpulver	mindestens 260 g/kg und weniger als 420 g/kg;
		d. Milchpulver mit hohem Fettgehalt, fettangereichertes Milchpulver oder Rahmpulver	mindestens 420 g/kg

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
9 Abs. 3	Weitere Anpassung der Wortlaute an die EU Gesetzestexte in den verschiedenen Sprachen sowie Harmonisierung innerhalb der 3 Sprachen der Schweizer Gesetzestexte.	<p><b>Französischer Text:</b></p> <p>a. "Oligominérale ou faiblement minéralisé" si la teneur en sels minéraux, calculée comme résidu fixe, ne dépasse pas 500 mg/l;</p> <p>g. «ferrugineuse ou contient du fer» si la teneur en fer bivalent dépasse 1 mg/l;</p> <p><b>Deutscher Text:</b></p> <p>g. «eisenhaltig oder enthält Eisen», wenn der Gehalt an zweiwertigem Eisen mehr als 1 mg/l beträgt;</p> <p>h. «fluoridhaltig oder enthält Fluor», wenn der Fluoridgehalt mehr als 1 mg/l beträgt;</p> <p><b>Italienischer Text:</b></p> <p>a. "Oligominerale o leggermente mineralizzata o debolmente mineralizzata" se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, non supera 500 mg per litro;</p> <p>b. «Minimamente mineralizzata o molto debolmente mineralizzata» se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, non supera 50 mg per litro;</p> <p>c. «Ricca in sali minerali o fortemente mineralizzata» se il tenore di sali minerali, calcolato come residuo fisso, è superiore a 1500 mg per litro;</p>

		<p>e. «calcica <b>o contenente calcio</b> » se il tenore di calcio è superiore a 150 mg per litro;</p> <p>f. «magnesica <b>o contenente magnesio</b>» se il tenore di magnesio è superiore a 50 mg per litro;</p> <p>g. «ferruginosa <b>o contenente ferro</b>» se il tenore di ferro bivalente è superiore a 1 mg per litro;</p> <p>h. «<b>Fluorata o</b> contenente fluoruri» se il tenore di fluoro è superiore a 1 mg per litro;</p>
10 Abs. 3	<p>Der Vorschlag schränkt den Text in Bezug auf die neue Definition stärker ein, führt aber zu Problemen bei Eigenmarken, bei denen Wasser aus verschiedenen Quellen für unterschiedliche Eigenmarken verwendet werden kann.</p> <p>Analog zur Regelung in der EU nach Art 8 Abs 2  <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1</a></p> <p>«Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.»</p>	<p>Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.</p>
39 Abs.1 Bst b	<p>Der Warnhinweis ist anzubringen, wenn die Anforderungen in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV erfüllt sind. Der Begriff "basieren" wird in Fachkreisen unterschiedlich interpretiert. Dies haben wir aufgrund einer Beanstandung eines unserer Produkte in der EU erfahren. Es ist unklar ob mit "basieren" der wertgebende Bestandteil gemeint, der namensgebende Bestandteil oder gar der mengenmässig grösste Anteil gemeint ist?</p> <p>Die Anforderung in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV ist mit zwei Bedingungen verknüpft. Es ist eine <b>UND</b> Verknüpfung und daher müssen beide Bedingungen eingehalten sein damit der Warnhinweis "Erhöhter Koffeingehalt. Für Kinder und schwangere oder stillende Frauen nicht</p>	<p>1. Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 LIV2 sind anzugeben:</p> <p>a. bei Erzeugnissen mit einem Coffeingehalt von über 30 mg/l und höchstens 150 mg/l: zumindest der Hinweis «coffeinhaltig»; ausgenommen sind Erzeugnisse, <b>deren Koffeingehalt ausschliesslich durch den Zusatz von</b> Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teextrakt stammt, und bei denen der Begriff "Kaffee" oder "Tee" in der Sachbezeichnung vorkommt;</p>

	<p>empfohlen" angegeben werden muss. Wie die erste Bedingung "Getränke mit Ausnahme denjenigen Getränken, die auf Kaffee, Tee oder auf Kaffee- oder Tee-Extrakt <u>basieren</u>" zu verstehen bei einem zuckerhaltigen Getränk?</p> <p>Der Begriff "basiert" ist in der Lebensmittelgesetzgebung nicht definiert. In Fachkreisen streitet man sich darüber, wie dieser zu interpretieren ist.</p> <p>Dieser Anforderung ist zu präzisieren.</p>	
Anhang 2 Ziff.2 Bst A	<p>Die chemischen Kriterien für natürliches Mineralwasser sind nicht mit der EU harmonisiert für Bor, Nitrat, Fluor und Chrom:</p> <p>Aktuell in der CH:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bore 1 mg/l</li> <li>• Nitrate 40 mg/l</li> <li>• Fluor 1.5 mg/l</li> <li>• Chrome (VI) 20 µg/l</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bore P.M. (*) - (*) La limite maximale pour le bore sera fixée si nécessaire, après avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments et sur proposition de la Commission avant le 1er janvier 2006.</li> <li>• Nitrates 50 mg/l</li> <li>• Fluor: pas de valeur limite, mais fluorures: 5.0 mg/l</li> <li>• Chrome (VI): pas de valeur limite</li> <li>•</li> </ul>
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	<p>Nummerierungsfehler: Ziffer 10 besteht schon, es müsste es Ziffer 11 sein.</p>	

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

**Wir begrüßen den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts sowie die damit einhergehende generelle Überprüfung der Höchstmengen.**

Zurzeit lehnen wir das konkrete neue Höchstmengenkonzept aber aus den nachfolgenden Gründen ab:

- Erstens ist die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 nicht wissenschaftlich begründet und insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrdaten nicht nachvollziehbar. Effektiv gehen wir davon aus, dass massiv weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden und diese auch in den Verzehrdaten als Teil der normalen Ernährungszufuhr betrachtet werden.
- Einzelne neu festgesetzte Höchstmengen sind aus unserer Optik generell kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin E, Vitamin K, Calcium, Magnesium und Eisen unseres Erachtens auch im Vergleich zur heutigen Rechtslage keinen Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.
- Die Studie von Food Supplements Europe „Risk Management approaches to the setting of maximum levels of vitamins and minerals in food supplements for adults and for children aged 4-10 years“ <http://foodsupplementseurope.org/wp-content/themes/fse-theme/documents/publications-and-guidelines/fseriskmanagement.pdf> sollte beachtet werden.
- Unsere Mitgliedfirmen haben bereits durch Largo diverse Deklarationsanpassungen machen müssen. Eine komplette Neuordnung des ganzen Bereichs der Nahrungsergänzungsmittel und der angereicherten Lebensmittel würde bei den meisten Produkten zu Reformulierungen und Packungsänderungen führen, was wir ablehnen, bevor das Konzept nicht breiter abgestützt ist.

Begrüsst wird demgegenüber die Lockerung bei den fraglos unkritischen Stoffen. Diese sollte aus unserer Sicht bereits umgesetzt werden, da damit heute bestehende Systemfehler behoben werden können, ohne dass es negative Auswirkungen auf die Konsumenten oder die Hersteller hätte.

Unsere Mitglieder, insbesondere die SANI, sind daran, den Vorschlag des BLV weiterzuentwickeln und daraus einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten, der aber im Zeitpunkt der Erstellung dieser Stellungnahme noch nicht vorlag und innerhalb der fial daher nicht mehr konsolidiert werden konnte. Wir schlagen vor, dass die Fachleute aus den betroffenen Branchen resp. fial Unternehmen mit dem BLV gemeinsam an diesem Konzept weiterarbeiten und dieses in einer kommenden Revision eingebracht wird. Ein dringender Handlungsbedarf ist nicht gegeben und man sollte sich diese Zeit geben, um zu einem gut abgestützten, wissenschaftlich basierten und von der Branche und dem Bund getragenen neuen Schweizer Konzept zu kommen.

Die fial unterstützt in diesen Anliegen auch die Position und die Anträge der Scienceindustries.



Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Neue Höchstmengen werden abgelehnt	Beibehaltung der bestehenden Höchstmengen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen
Anhang 1	Die Pflichtwarnhinweise für verschiedene Substanzen (z.B. Vit A, Katechine, etc.) sollten erst ab einer festzulegenden Verzehrsmenge gelten. Es führt zu widersprüchlichen Informationen, wenn z.B. der minimal mögliche Zusatz für eine gesundheitsbezogene Angabe an Vit A (= 15%NRV) in einer Tagesration enthalten ist, aber dies zum Warnhinweis für Schwangere verpflichtet	Festlegen von Mindestmengen, ab welchen die vorgesehenen Warnhinweise in Anhang 11 verpflichtend sind (zb. ab 100%NRV).
Anhang 1	<p>Die Tageshöchstmenge für <b>Coffein</b> ist insofern unklar formuliert, als dass die gewählte "oder" Formulierung an sich eine körperlsgewichtsabhängige Dosierung von 3 mg/kg Körpergewicht auch oberhalb der festgelegten Höchstmenge von 200 mg zulässt. Als Tageshöchstmenge ist – wie auch in den bisherigen Gesetzesvorgaben im Zusammenhang mit Koffein – auf die EFSA abzustellen, welche 2 x 200 mg täglich (= 400 mg/Tag) als sicher ansieht: <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.2903/j.efsa.2015.4102</a></p> <p><b>Relevante Textstellen aus dem EFSA Dokument</b></p> <p><i>Caffeine intakes from all sources up to 400 mg per day (about 5.7 mg/kg bw per day for a 70-kg adult) consumed throughout the day do not give rise to safety concerns for healthy adults in the general population, except pregnant women (see below).</i></p> <p><i>Pregnant women</i></p> <p><i>Caffeine intakes from all sources up to 200 mg per day consumed throughout the day by pregnant women in the general population do not give rise to safety concerns for the fetus.</i></p> <p><i>«Other common constituents of “energy drinks” at the doses commonly present in such beverages and/or moderate habitual alcohol consumption would not affect the safety of habitual caffeine consumption up to 400 mg per day.”</i></p>	Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge Coffein <del>200</del> 400 mg
Anhang 1	<b>Carnitin</b>	

	In den EU-Ländern CR, DK, FR, ES ist die Tageshöchstmenge 2000 mg, in Länder wie z.B. DE, BE gibt es gar keine Tageshöchstmenge. Wenn keine wissenschaftlich begründeten Sicherheitsbedenken bestehen, sollte für L-Carnitin eine Angleichung an EU-Länder, die einen höheren Wert vorsehen, vorgesehen werden. So wird in den Erläuterungen auch für die Anpassung des Tageshöchstwerts von Coenzym Q10 argumentiert.	Für Erwachsene zugelassene Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge L-Carnitin <del>4000</del> 2000 mg									
Anhang 1	<b>Magnesium</b> Änderung von 375mg auf 350mg, irrelevant im Vergleich zum Aufwand (entspricht dem Magnesiumgehalt von 20g Haferflocken bzw. einer halben Banane). Es ist nicht klar, wieso der Wert so tief angesetzt wurde, es kann sich nicht um den Aspekt „Sicherheit“ handeln, da die einzige Zielgruppe, die bei dieser Dosierung ein Problem hätte Personen mit Nierenunterfunktion wären (dasselbe gilt für Calcium). NEM sind aber per Definition nicht für Personen mit besonderem f, sondern für gesunde Personen vorgesehen.	375 <del>350</del> -mg									
Anhang 1 VNEM	<b>DHA, EPA und DHA + EPA</b> In der aktuellen Situation besteht eine Kollision von in Anhang 1 VNEM aufgeführten Höchstmengen für DHA + EPA von 3000 mg und der Mindestmenge für die zugelassene gesundheitsbezogene Angabe gemäss LIV Anhang 14 LIV „DHA und EPA tragen zur Aufrechterhaltung eines normalen Blutdrucks bei.“ für Lebensmittel, deren Konsum eine tägliche Aufnahme von 3 g DHA und EPA gewährleistet. Ebenso ist 450 mg derzeit die erlaubte Höchstmenge für Nahrungsergänzungsmittel für schwangere und stillende Frauen gemäss VNem Anhang 1 und gleichzeitig wäre es die Mindestanforderung für diverse Claims (für Fötus und Säugling) gemäss LIV Anhang 14 „wenn zusätzlich zu der für Erwachsene empfohlenen Tagesdosis an Omega-3-Fettsäuren (d. h. 250 mg DHA und EPA) täglich 200 mg DHA eingenommen werden“.  Die festgelegten Höchstmengen, die eine Überdosierung zum Ausgleich von Verlusten und Messunsicherheiten nicht erlauben (Informationsschreiben 7/2017 und EU Toleranzen Leitfaden) verhindern damit in der Schweiz die Verwendung dieser gesundheitsbezogenen Angaben für DHA und DHA + EPA.	<table><tr><td colspan="2">ANHANG 1</td></tr><tr><td>EPA+ DHA als Summe</td><td><del>3000</del>5000 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen</td></tr><tr><td>EPA</td><td>1800 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen</td></tr><tr><td>DHA</td><td><del>250</del>1000 mg</td></tr></table>		ANHANG 1		EPA+ DHA als Summe	<del>3000</del> 5000 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen	EPA	1800 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen	DHA	<del>250</del> 1000 mg
ANHANG 1											
EPA+ DHA als Summe	<del>3000</del> 5000 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen										
EPA	1800 mg  450 mg für schwangere und stillende Frauen										
DHA	<del>250</del> 1000 mg										

<p>In LIV Anhang 14 ist bei den Claims für EPA und DHA in Einklang mit dem EU-Recht ein Warnhinweis erforderlich, dass die Gesamtzufuhr täglich 5 g nicht überschreiten darf. Dies ist ein Widerspruch zur derzeitigen Höchstmenge von 3000 mg gemäss VNEM Anhang 1. Die Höchstmenge sollte auf 5000 mg plus 20% Toleranz festgelegt werden.</p> <p>Für schwangere und stillende Frauen sollte eine Höchstmenge von 562.5 mg (450 mg plus 20% Toleranz) für EPA + DHA als Summe oder als Monopräparat erlaubt sein. Bis zu dieser Höhe konnte bei Schwangeren kein erhöhtes Blutungsrisiko festgestellt werden. Die Sicherheit sowohl der Kombination von EPA + DHA als auch derjenigen von EPA und DHA als Monopräparat ist mit diesen Dosierungen gemäss EFSA gewährleistet:</p> <p><i>Supplemental intakes of EPA and DHA combined at doses up to 5g /day, and supplemental intakes of EPA alone up to 1.8 g/ day do not raise safety concerns for adults.</i></p> <p><i>Dietary recommendations for EPA and DHA based on cardiovascular risk considerations for European adults are between 250 and 500 mg/day .</i></p> <p><i>Supplemental intakes of DHA alone up to about 1g /day do not raise safety concerns for the general population. No data are available for DPA when consumed alone . (EFSA, 2012)<sup>[1]</sup></i></p> <p>Auf jeden Fall sind für schwangere und stillende Frauen die Höchstmengen derart zu wählen, dass auch mit Monopräparaten von DHA die bei einer Dosierung von 450mg erlaubten Health Claims überhaupt erreicht werden können. Wir schlagen, 562.5 mg DHA vor – dies ergäbe bei unserem Vorschlag des maximal deklarierbaren Wertes eine auslobbare und deklarierbare Höchstmenge von 450mg.</p> <p>Für EPA-Monoprodukte (ohne möglichen Claim) sollten gleiche Werte angenommen werden, um Missverständnisse zu vermeiden.</p>		<div>450 mg für schwangere und stillende Frauen</div>	
Anhang 1 Anhang 2	<p><b>Lycopin</b></p> <p>Das Carotinoid Lycopin wurde aus diesem Anhang gestrichen mit der Begründung, es sei über die Unionsliste als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln auch in der Schweiz zugelassen.</p>	ANHANG 1 Carotinoid Lycopin	15 mg
		ANHANG 2	

[1] <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815>

	<p>Das ist nicht ganz richtig. Es wird übersehen, dass Lycopin bereits vor dem 15. Mai 1997 in Nahrungsergänzungsmitteln auf dem EU Markt konsumiert wurde. Die EU Unionsliste erlaubt Lycopin aus drei Quellen: aus Tomaten, aus dem Pilz <i>Blakeslea trispora</i> und Lycopin aus Synthese. Nur die beiden letzteren sind in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen.</p> <p>Zum Beispiel ist Lycopene oleoresin from tomatoes für die Verwendung in Lebensmitteln in der Unionsliste gelistet, aber nicht für Nahrungsergänzungsmittel. Der Grund für diese Auslassung ist, dass Lycopin Oleoresin schon vor dem 15.05.1997 in Nahrungsergänzungsmitteln verwendet worden ist. Mit der vorgeschlagenen Streichung von Lycopin aus Anhang 1 würde für diese Form von Lycopin keine Höchstmenge mehr gelten.</p> <p>Grundsätzlich ist die Festlegung einer konkreten Höchstmenge für Lycopin von 15 mg zu begrüßen. Dies führt zu mehr Rechtssicherheit.</p> <p>Diese Festlegung kann mit einer Spezifizierung der zugelassenen Verbindung/Form in Anhang 2 verbunden werden oder offen bleiben, da dies mit der Zulassung neuartiger Formen auf die Unionsliste über die Verordnung über neuartige Lebensmittel erfolgt.</p>	<p>Zulässige Verbindung</p>	<p>Lycopin synthetisch, aus Tomaten, aus dem Pilz <i>Blakeslea trispora</i></p>
--	--	-----------------------------	---

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Angleichung an das Recht der EU und bedanken uns für den Runden Tisch zum Thema Acrylamid, der dabei half, die Absichten des BLV zu verstehen und zu interpretieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
5b Abs. 2	Komplizierte Formulierung, was dazu führt, dass nicht eindeutig klar wird, für wen der Artikel gilt und für wen nicht. Der Franchisenehmer fällt nur dann unter die Bestimmung, wenn er nicht unter den Anweisungen des Franchisegebers tätig ist.	2 Davon ausgenommen sind Lebensmittelbetriebe, die die betroffenen Lebensmittel herstellen und als Einzelhandelsbetrieb tätig sind oder lediglich den lokalen Einzelhandel direkt beliefern, <del>wenn sie:</del> <b>ausser wenn sie</b> <ul style="list-style-type: none"> <li><del>nicht</del> im Rahmen einer Handelsmarke oder als Teil oder Franchisenehmer grösserer, vernetzter Wirtschaftstätigkeiten tätig sind; und</li> <li>nicht unter den Anweisungen eines Lebensmittelbetriebs, der die Lebensmittel zentral liefert, tätig sind.</li> </ul>
Anhang 3	Wir begrüßen den Wegfall der Werte für Nickel und die Angleichung zur EU.	
Anhang 6, Teil B	Bekanntlich ist die Räucherung von Fleisch und Fleischerzeugnissen nach traditioneller Art wie z.B. im Bauernrauch weniger einfach steuerbar und überdies von sehr vielen Faktoren wie GHP, Klima, Zeit, Abtrocknung, etc. abhängig und kann rasch einmal zu einer Überschreitung der bestehenden, vergleichsweise tiefen Höchstgehalte für geräuchte Fleischwaren von 2 µg/kg für Benzo(a)pyren) bzw. von 12 µg/kg für die Summe von Benzo(a)pyren, Benz(a)anthracen, Benzo(b)fluoranthren und Chrysen (PAK 4) führen. Demgegenüber bestehen für wärmebehandelte und für den Verkauf an die Konsumentenschaft vorgesehene Fleischwaren	Änpassen: «Benzo(a)pyren <i>Fleisch u Fleischerzeugnisse</i> <u>5 µg/kg</u> <i>wärmebehandelt oder</i> <i>geräuchert</i> » «Benzo(a)pyren, Benz(a)anthracen, Benzo(b)fluor- anthen und Chrysen <i>Fleisch u Fleischerzeugnisse</i> <u>30 µg/kg</u> <i>wärmebehandelt oder</i> <i>geräuchert</i> »

	entsprechende Höchstgehalte von 5 bzw. 30 µg/kg, die vergleichsweise höher sind. Aufgrund der Tatsache, dass uns keine wissenschaftlichen Daten in Bezug auf eine Gesundheitsgefährdung in diesen Bereichen bekannt sind, beantragen wir die Höchstgehalte für Benzo(a)pyren bzw. PAK 4 von geräuchten auf diejenigen für wärmebehandelte Fleischwaren anzuheben und diese damit für die Fleischwaren zu vereinheitlichen.	
Anhang 11 Teil A	<p>Die Begriffe oder Kategorien (v.a. Kaffeeemittel, Säuglingsnahrung, Beikost, Kekse, ähnlich Kekse) sind nicht eindeutig. Zudem sollte anstelle der alphabetischen Aufzählung die Systematik und der Aufbau aus der EU-Verordnung übernommen werden (Anhang VI EU 2017/2158 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32017R2158">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32017R2158</a>). Ausserdem sind bezüglich der rechtlichen Begriffe diejenigen aus den Schweizer LM-Verordnungen zu verwenden.</p> <p>Eine Präzisierung der Begriffe ist auch deshalb erforderlich, weil bereits die zugrundeliegende EU-Verordnung Nr. 2017/2158 in sich nicht konsistent ist, v.a. bezüglich der "Säuglingsnahrung":</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Art. 1 (Geltungsbereich) wird "Säuglingsnahrung" nicht erwähnt, im Anhang IV (Richtwerte) hingegen schon.</li> <li>- Im Anhang IV (Richtwerte) ist "Säuglingsnahrung, Getreidebeikost für Säuglinge und Kleinkinder, ausgenommen Kekse und Zwieback (3)" als Kategorie aufgeführt, wobei auf die Definitionen in der EU-Verordnung Nr. 609/2013 verwiesen wird. Dort ist der Begriff "Säuglingsnahrung" jedoch nicht definiert.</li> <li>- In Anhang I der EU-Verordnung EU-Verordnung Nr. 2017/2158 werden Massnahmen für verschiedene Lebensmittelkategorien genannt, so z.B. für "III. Babykekse und Säuglingsgetreidekost" und "IX. Säuglingsnahrung in Gläsern (säurearme Lebensmittel auf Pflaumenbasis)". Dabei ist unklar, ob es sich um einen abschliessenden Massnahmenkatalog handelt oder lediglich um Beispiele.</li> </ul> <p>Erste Erfahrungen unserer Mitglieder mit der EU-Verordnung haben gezeigt, dass die Umsetzung der Bestimmungen Schwierigkeiten bereitet. Sei dies bezüglich der Zuordnung von konkreten Produkten zu den Richtwerten (welcher Wert gilt z.B. für Salzgebäck oder für gefüllte</p>	<p>Darstellung der Richtwerte in Anhang 11 Teil A gemäss Anhang VI Verordnung EU 2017/2158</p> <p>Präzisierung der Begriffe und Kategorien (v.a. Kaffeeemittel, Säuglingsnahrung, Beikost, Kekse, ähnlich Kekse)</p> <p>Das in Aussicht gestellte Informationsschreiben zur Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen soll im Sinne einer Wegleitung Klarheit darüber geben, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.</p>

	<p>Biberli?), der zu treffenden Minimierungsmassnahmen oder der durchzuführenden Analysen. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen wird es daher zentral sein, dass das in Aussicht gestellte Informationsschreiben Klarheit schafft, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.</p>	
--	---	--

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten (vgl. Kommentar zu Art. 44 LGV).</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkunftsn, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene!</p>	<p>Art. 3 Abs. 6 (neu)</p> <p>Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</p>



4 Abs. 5 Bst. c	<p>Diese Sichtfeldregelung wird von den Konsumenten in der Schweiz nicht gefordert. In der Schweiz werden Artikel, im Unterschied zu der EU, häufig mit Unterbahn- <u>und</u> Oberbahnnetiketten ausgezeichnet. Die Oberbahnnetikette ermöglicht dem Kunden einen schnellen Überblick über die wichtigsten Produkteigenschaften, u.a. sind die Mengenangaben prominent zusammen mit der Produktbezeichnung und dem Verbrauchsdatum präsentiert. Eine nochmalige Mengenabgabe auf der Unterbahnnetikette zusammen mit der Sachbezeichnung ist redundant und bringt dem Kunden keinen Mehrwert, i.B. da sich der Kunde beim Kaufentscheid in erster Linie an der Produkt- und nicht an der Sachbezeichnung orientiert.</p> <p>Die Möglichkeit, die Sachbezeichnung und die Mengenangabe im gleichen Sichtfeld anzubringen, soll freiwillig bleiben. Die vorgeschlagene Anpassung an das EU-Recht ist nicht erforderlich, ein Handelshemmnis ergibt sich aus dieser fehlenden Vorgabe im Schweizer Recht nicht.</p>	<p>Streichen</p> <p><del>e. die Mengenangaben nach den Vorschriften der Mengenangabeverordnung vom 5. September 2012.</del></p>
5 Abs. 1 lit. a Ziffer 1 und 2	<p>Die Definition von „Stücke von Fleisch und Fisch“ ist nicht klar, bei Fleisch sollte diese Regelung nicht für Stücke kleiner als Kotelett und Plätzli/Steak gelten, Fischstücke sollten von der Regelung ausgeschlossen sein</p>	<p>1. Fleisch: Nur ganze Stücke <b>bis zur Grösse von Plätzli oder Kotelette</b></p> <p>2. Fisch, ganz, filetiert <b>oder in Stücken</b>, sowohl frisch oder verarbeitet</p>
Art. 17, Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu)	<p>Aufgrund der verschiedenen Handelsbeziehungen eines Unternehmens mit anderen Marktteilnehmenden kann durchaus der Fall eintreten, dass dieses einzelne Rindfleischstücke aus unterschiedlichen Schlacht- und/oder Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland bezieht. Dies lässt die Angabe der jeweiligen Bewilligungsnummern auf den jeweiligen Etiketten zu einem sehr komplexen, äusserst kostenintensiven und damit praktisch unmöglichen Unterfangen werden. Es ist daher die Möglichkeit zu schaffen, dass ein Unternehmen für Rindfleischstücke mehrere Bewilligungsnummern von Schlacht- bzw. Zerlegebetrieben aus demselben Herkunftsland gleichzeitig angeben kann.</p>	<p>Abs. 1<sup>bis</sup> (neu)</p> <p><u>«Für einzelne Stücke Rindfleisch können die Bewilligungsnummern von mehreren Schlacht- und Zerlegebetrieben desselben Herkunftslandes gleichzeitig auf derselben Etikette angegeben werden.»</u></p>
Art. 17, Abs. 8 (neu)	<p>Der Begriff «Stücke» sollte zwecks Schaffung von Klarheit für die Praxis konkret umschrieben werden. Wie bereits im Kommentar zu Art. 5 erwähnt, sollte dieser entsprechend präzisiert werden.</p>	<p>Abs. 8 (neu):</p> <p><b>«Der Begriff Stücke umfasst hierbei einzelne Stücke Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Koteletts. Feiner zerkleinertes Fleisch wird von diesem Begriff nicht erfasst.»</b></p>

<p>Neuer Absatz 16 Abs. 3 bis</p>	<p>Der Vorschlag will die Schaffung von Handelshemmnissen verhindern und Herstellern und Importeuren ermöglichen, gleichzeitig die Vorgaben der Schweiz und der EU einzuhalten.</p> <p>Die Verwendung einer Herkunftsangabe löst ab 1. April 2020 in der EU die Kennzeichnungspflicht für Zutaten nach Art. 26 Abs. 3 LMIV aus, wenn die Herkunft einer sog. primären Zutat (d.h. einer Zutat, die mehr als 50% vom Gesamtprodukt ausmacht oder die üblicherweise mit der Bezeichnung des Lebensmittels assoziiert wird) nicht mit der Herkunft des Gesamtprodukts übereinstimmt.</p> <p>Gemäss Schweizer Recht (Art. 16 LIV) ist eine solche Kennzeichnungspflicht hingegen nicht obligatorisch, wenn die Aufmachung des Produkts nicht darauf schliessen lässt, dass die Zutat eine Herkunft hat, die nicht zutrifft. In diesem Sinn sind auch exotische Zutaten wie z.B. Kakao, ausgenommen. Weitere Fälle, in denen diesbezüglich das schweizerische und das europäische Recht auseinanderklaffen, können sich z.B. mit Blick auf Schweizer Nuss-Schokolade, Bündner Nusstorten, etc. zeigen.</p> <p>Um für den Heim- und den Exportmarkt nicht zwei verschiedene Verpackungen für „Swissness“-Lebensmittel verwenden zu müssen, sollten Angaben gemäss Art. 26 Abs. 3 LMIV auch auf Verpackungen angebracht werden können, die im Schweizer Markt vertrieben werden. Gemäss Art. 39 Abs. 2 LIV müssen freiwillige Angaben über Lebensmittel nach Art. 3 LIV (wozu laut Buchstabe b auch die Herkunft mengenmässig wichtiger Zutaten zählt) jedoch die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Die Erläuterungen zur LIV relativieren den Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 LIV zwar mit der Ergänzung, dass die entsprechenden Anforderungen „grundsätzlich“ eingehalten werden müssen. Dabei wird auf die Täuschungsgefahr verwiesen; was dies mit Blick auf Sachverhalte wie die oben Beschriebenen heisst, bleibt aber offen.</p> <p>Der vorliegende Vorschlag ändert nichts daran, dass das Schweizer Recht im Anwendungsfall von Art. 16 Abs. 1 – 3 LIV deutlich restriktivere Vorgaben an die Angabe der Herkunft der Zutaten macht als das europäische Recht im Anwendungsfall von Art. 26 Abs. 3 LMIV resp. die Durchführungsverordnung</p>	<p>Liegt kein Anwendungsfall von Absatz 1 oder Absatz 3 vor, können bei der freiwilligen Angabe der Herkunft einer Zutat ein Land, ein übergeordneter geografischer Raum oder der Hinweis, dass die Zutat eine andere Herkunft hat als das Lebensmittel (z.B. «Herkunft: Nicht EU/EWR» oder «Herkunft: Nicht Schweiz») aufgeführt werden.</p> <p><b>Eventualantrag:</b> Präzisierung in den Materialien, dass eine freiwillige Zutaten-Herkunftsangabe unter dem Vorbehalt des Täuschungsverbots die in Art. 16 LIV vorgeschriebenen Vorgaben an eine obligatorische Angabe nicht einhalten muss, womit sichergestellt wird, dass die Deklaration eines Lebensmittel gleichzeitig die Vorgaben des Schweizer Rechts und diejenigen der LMIV erfüllen kann.</p>
---------------------------------------	---	--

	<p>(EU) 2018/775 vom 28. Mai 2018 in der EU. Immerhin stellt der Zusatz für freiwillige Deklarationen sicher, dass dieselbe Verpackungsdeklaration gleichzeitig für die Schweiz und den EU-Raum möglich bleibt. Damit bleibt der EU-Marktzugang für Schweizer Hersteller zwar nach wie vor eingeschränkt, jedoch in geringerem Ausmass, als ohne diesen zusätzlichen Absatz.</p> <p>Stretto 3 will mittels Harmonisierung Handelshemmnisse verhindern. Würde Art. 39 Abs. 2 LIV ausnahmslos auf die oben erwähnten Fälle angewendet, würde dies zu neuen Handelshemmnissen führen. Dieses Hemmnis ist mit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 am 28. Mai 2018 akut geworden. Gleichzeitig würde ein weiteres Hemmnis zur Verwendung der Herkunftsbezeichnung Schweiz geschaffen.</p>	
19 Abs. 2 Bst. b	Das letzte Wort "gelten" ist überflüssig.	bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 12 LGV <del>gelten</del>
40	<p>Abs. 1 lit. b. und c: Honig, Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin sind weder Milch- noch Ei-Produkte.</p> <p>Abs. 1 lit. d.: Es werden nur die "Zutaten" im Gesetzestext erwähnt. Dies im Gegensatz zu Art. 40 Abs. 1 Bst. a-c (vegetarisch etc.). In der LGV werden die "Zutaten" definiert, darin werden die "Verarbeitungshilfsstoffe" nicht aufgezählt. Dies impliziert, dass "Verarbeitungshilfsstoffe" tierischen Ursprungs verwendet</p>	<p>b. «ovo-vegetarisch» oder «ovo-vegetabil», wenn sie weder Zutaten noch Verarbeitungshilfsstoffe tierischer Herkunft enthalten, mit Ausnahme von Eiern, Eibestandteilen und Honig <del>Bienenwachs, Propolis und Wollfett/Lanolin, das aus Wolle von lebenden Schafen gewonnenen wird</del>;</p> <p>c. «lacto-vegetarisch» oder «lacto-vegetabil», wenn sie weder Zutaten noch Verarbeitungshilfsstoffe tierischer Herkunft enthalten, mit Ausnahme von Milch <del>und</del> Milchbestandteilen oder Honig;</p> <p>d. Lebensmittel können mit "vegan" oder "vegetabil" bezeichnet werden, wenn sie auf allen Produktions- und Verarbeitungsstufen keine "Zutaten" oder "Verarbeitungshilfsstoffe" oder "Nicht-Lebensmittelzusatzstoffe, die auf dieselbe Weise und zu</p>

	<p>werden dürfen. Erst mit den Erläuterungen wird klar, dass in "veganen" Produkten keine Verarbeitungshilfsstoffe tierischen Ursprungs eingesetzt werden dürfen. Dieser Abschnitt ist zu präzisieren. Wir schlagen den Wortlaut für "vegan" vor, den die Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission Ende 2018 veröffentlicht hat.</p>	<p>demselben Zweck wie Verarbeitungshilfsstoffe verwendet werden" tierischen Ursprungs, zugesetzt oder verwendet worden sind.</p>
42a	<p>Wir begrüßen die Möglichkeit einer Auslobung und Belohnung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p> <p>Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant</p> <p>Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können</p> <p>-</p>	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker, <del>oder</del> zugesetztem Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Reduktion nicht mit anderen Zutaten kompensiert wird, die die typischen sensorischen Eigenschaften von Zucker, <del>oder</del> Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> aufweisen; und</li> <li>Die Reduktion des zugesetzten Zuckers, <del>oder</del> Salzes <del>oder der gesättigten Fettsäuren</del> gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</li> </ol> <p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li><del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausloben.</del></li> <li>Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <del>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</del> verwendet.</li> </ol> <p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>„neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker“</li> <li>„neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz“</li> <li>„neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren/mit x% weniger zugesetzten gesättigten Fettsäuren““</li> </ol>

Anhang 2 Teil A Ziffer 3	Der Hinweis, dass nebst der Bestrahlung von Lebensmitteln auch diejenige der einzelnen Zutaten zu deklarieren ist, ist nicht EU-kompatibel, in der Praxis nicht umsetzbar (z.B. Gewürze mit wechselnden Provenienzen) und deshalb zu streichen.	Streichen bzw. keine Änderung zur geltenden Version: «... versehen sein. <del>Wird eine bestrahlte Zutat verwendet, so muss die Sachbezeichnung im Zutatenverzeichnis mit diesem Hinweis ergänzt werden.</del> »
Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV  (Gleicher Antrag wie in der Verordnung über Getränke Art. 39 Abs.1 Bst b)	<p>Der Warnhinweis ist anzubringen, wenn die Anforderungen in Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV erfüllt sind. Der Begriff "basieren" wird in Fachkreisen unterschiedlich interpretiert. Dies haben wir aufgrund einer Beanstandung eines unserer Produkte in der EU erfahren. Es ist unklar ob mit "basieren" der wertgebende Bestandteil gemeint, der namensgebende Bestandteil oder gar der mengenmässig grösste Anteil gemeint ist?</p> <p>Die Anforderung in Anhang 2 Teil B Ziffer 4 LIV ist mit zwei Bedingungen verknüpft. Es ist eine <b>UND</b> Verknüpfung und daher müssen beide Bedingungen eingehalten sein damit der Warnhinweis "Erhöhter Koffeingehalt. Für Kinder und schwangere oder stillende Frauen nicht empfohlen" angegeben werden muss. Wie die erste Bedingung "Getränke mit Ausnahme denjenigen Getränken, die auf Kaffee, Tee oder auf Kaffee- oder Tee-Extrakt basieren" zu verstehen bei einem zuckerhaltigen Getränk? Der Begriff "basiert" ist in der Lebensmittelgesetzgebung nicht definiert. In Fachkreisen streitet man sich darüber, wie dieser zu interpretieren ist.</p> <p>Dieser Anforderung ist zu präzisieren.</p>	<p>Anhang 2 Teil B Ziffer 4.1 LIV ist zu präzisieren</p> <p>Getränke mit Ausnahme derjenigen Getränke, <b>deren Koffeingehalt ausschliesslich durch den Zusatz von</b> Kaffee, Tee, Kaffee- oder Teextrakt kommt, und bei denen der Begriff "Kaffee" oder "Tee" in der Sachbezeichnung vorkommt und die:</p> <p>a) zur Aufnahme in unverarbeitetem Zustand bestimmt sind und Koffein aus beliebiger Quelle in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt; oder</p> <p>b) konzentriert oder getrocknet sind und nach der Rekonstituierung Koffein aus beliebiger Quelle in einer Menge enthalten, die 150 mg/l übersteigt.</p>
Anhang 2, Teil B, Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. In der Praxis gibt es hierzu oftmals unterschiedliche Auffassungen zum Begriff des «Produktes», werden hier teilweise das angebotene Lebensmittel als solches, teilweise aber auch das Datum des Einfrierens der «ältesten» Zutat verstanden. Gerade letzteres ist in der Praxis jedoch schlichtweg nicht umsetzbar, weshalb sich eine entsprechende Präzisierung geradezu aufdrängt und zwar dahingehend, dass einerseits nicht von «Produkt», sondern von «Lebensmittel» gesprochen wird und	<p>Präzisieren:</p> <p>«..... in Fällen, in denen das Lebensmittel <u>in der angebotenen Form</u> mehr als einmal eingefroren wurde»</p>

	andererseits klar präzisiert wird, dass es sich dabei um das betreffende Lebensmittel in der angebotenen Form handelt.	
Anhang 2	Der Hinweis «kann bei übermässigem Verzehr abführend wirken» ist gemäss Art. 3 Abs. 7 VNem ist auch bei Nahrungsergänzungsmitteln erforderlich, wenn diese mehrwertige Alkohole enthalten. Da für Nahrungsergänzungsmittel eine fixe Tagesportion festgelegt ist und diese üblicherweise nur in kleinen Mengen konsumiert werden (20 g pro Tag oder deutlich weniger), erfolgt bei bestimmungsmässigem Gebrauch keine abführende Wirkung. Der Hinweis könnte umgekehrt sogar implizieren, dass durchaus mehr als die empfohlene Tagesdosis eingenommen werden kann, was je nach Dosierung der Inhaltsstoffe negative gesundheitliche Folgen haben könnte. Somit sollte der Hinweis bei Nahrungsergänzungsmitteln nicht angebracht werden müssen, wenn die damit zugeführte Menge Polyole eine bestimmte Menge nicht überschreitet. Dies in Analogie zu den Bestimmungen, die bei den Arzneimitteln angewendet werden, welche im Anhang 3a „Pharmazeutische Hilfsstoffe von besonderem Interesse“ der Arzneimittel-Zulassungsverordnung (AMZV) festgelegt sind. Gemäss diesem Anhang betragen die Schwellenwerte für die meisten Zuckeralkohole 10 g pro Tag.	Anpassung von Ziffer 2.4, Spalte "Angabe/Warnhinweis": <i>"Bei Nahrungsergänzungsmitteln kann der Hinweis entfallen, wenn mit der Tagesdosis nicht mehr als 10 g Zuckeralkohole aufgenommen werden."</i>
Anhang 5, Teil C, Bst. 1 ( <i>nur frz. Version</i> )	Die Terminologie für «Schmelzsalze» ist nicht harmonisiert mit der EU. Zur besseren Harmonisierung wäre es wichtig, auch den Begriff «sels émulsifiants» benutzen zu dürfen.	Antioxydants Amidon modifié Poudre à lever Acidifiant Émulsifiant Correcteur d'acidité Colorant Agent moussant Affermissant Antimoussant Humectant <i>Sels de fonte ou sels émulsifiants</i> Agent de charge Stabilisant Gélifiant

		Édulcorant Exhausteur de goût Gaz propulseur Séquestrant Antiagglomérant Conservateur Agent d'enrobage Agent de traitement de la farine Épaississant
Anhang 13	<p>Auf dem Markt gibt es verschiedene Produkte mit dem Hinweis „low carb“ oder „kohlenhydratarm“. An welchen Vorgaben diese Angabe zu messen ist, ist im Vollzug unklar.</p> <p>Die Zulassung einer entsprechenden nährwertbezogenen Angabe würde hier Klarheit bringen: ein solcher Claim könnte analog den anderen Claims, unterteilt in feste und flüssige Lebensmittel, aufgebaut werden, wobei der zulässige Kohlenhydrat-Gehalt bei festen Lebensmittel doppelt so hoch wie bei den flüssigen Lebensmitteln sein sollte. Gemäss den Empfehlungen der SGE für eine Zufuhr von Kohlenhydrate von 250 g pro Tag, davon max. 50 g in Form von zugesetztem Zucker und der Tatsache, dass „Zuckerarm“ bei festen Lebensmitteln nicht mehr als 5 g Zucker pro 100 g bedeutet, schlagen wir als Bedingung für die Verwendung einer Angabe „kohlenhydratarm“ einen Ansatz 10% von 250g Kohlenhydrate mit einem Zuschlag von einen Sicherheitsfaktor von 2 vor.</p> <p>Alternativ ist für die Verwendung der Angabe „kohlenhydratarm“ oder „Low carb“ eine Interpretationshilfe zu erstellen.</p>	<p><b>Kohlenhydratarm wenn das Produkt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- im Falle von festen Lebensmitteln im Vergleich zum entsprechenden Normalerzeugnis mindestens um die Hälfte herabgesetzt ist und höchstens 12.5 g pro 100 g</li> <li>- im Falle von flüssigen Lebensmitteln im Vergleich zum entsprechenden Normalerzeugnis mindestens um die Hälfte herabgesetzt oder und höchstens 6.25 g pro 100 ml</li> </ul>
Anhang 14, Claim zu Weizenkleie	<p>Zusatzanforderung für die Verwendung des Claims „Weizenkleie trägt zur Erhöhung des Stuhlvolumens bei“ im Vergleich zur EU (<i>Die Angabe darf nur für Lebensmittel verwendet werden, die einen hohen Gehalt an diesem Ballaststoff gemäß der im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 aufgeführten Angabe HOHER BALLASTSTOFFGEHALT haben.</i>)</p> <p>➔ Die Formulierung der EU übernehmen, Zusatzanforderung streichen.</p>	<p>Die Angabe darf nur für Lebensmittel verwendet werden, die einen hohen Gehalt an diesem Ballaststoff nach Anhang 13 Ziffer 25 dieser Verordnung haben <del>und die eine tägliche Verzehrsmenge von 10 g Weizenkleie gewährleisten.</del> Damit die Angabe zulässig ist, sind die Konsumentinnen und Konsumenten darüber zu</p>

		unterrichten, dass sich die positive Wirkung bei einer täglichen Aufnahme von mindestens 10 g Weizenkleie einstellt.
Anhang 14, Claim zu Vit. B6 (nur frz. Version)	Anpassung des Wortlauts an jenen für den Claim zu Niacin (Vit. B3) → Die Formulierung der EU übernehmen	La vitamine B6 contribue à des fonctions <del>psychologiques</del> psychiques normales.
Anhang 14	<p>Die Streichung der Kategorie „Mahlzeiterersatz“ in der VLBE und der entsprechenden gesundheitsbezogenen Angaben in Anhang 14 LIV führt dazu, dass diese Produkte in der Schweiz nicht mehr geregelt sind. Daraus ergibt sich ein klarer Widerspruch zur EU, dem wir nicht zustimmen können. Die Rechtslage in der EU ist wie folgt:</p> <p>Mit der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde der rechtliche Rahmen für Lebensmittel für eine besondere Ernährung überarbeitet. Danach gilt die Richtlinie 96/8/EG ab dem 20. Juli 2016 nicht mehr für Lebensmittel, die als Ersatz für eine oder mehrere Mahlzeiten im Rahmen der Tagesration angeboten werden; diese sollten in Zukunft durch die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 geregelt werden und die dort aufgeführten Anforderungen erfüllen. Daher sollten die Verweise auf die Richtlinie 96/8/EG in Bezug auf zulässige gesundheitsbezogene Angaben über Mahlzeiterersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung durch die Festlegung der Bedingungen für die Verwendung dieser Angaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 432/2012 ersetzt werden.</p> <p>Dies wurde durch die Verordnung (EU) 2016/1413 umgesetzt, <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R1413&amp;from=EN</a></p> <p>Um Handelshemmnisse zu verhindern und einen Vertrieb dieser Produkte in der Schweiz weiterhin zu ermöglichen, muss diese Regelung in der Schweiz entsprechend abgebildet werden.</p>	Keine Streichung der gesundheitsbezogenen Angaben, sondern Ergänzungen der Bedingungen für die Verwendung wie in Verordnung (EU) 2016/1413



### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 37 Abs. 2, Bst. b	Die Auslobung "getruffelt zu X % ist zulässig, wenn der Anteil an Trüffeln weniger als 3 Massenprozent, bezogen auf das Endprodukt, beträgt. Dieser Anteil dürfte sich auf den frischen Trüffel beziehen. Da aber oftmals auch getrockneter Trüffel eingesetzt wird, sollte die Bezugnahme entsprechend präzisiert werden.	Art. 37 Abs. 2: Getruffelte Lebensmittel sind wie folgt zu kennzeichnen: b. «getruffelt zu X %», «truffé à X %» oder «mit X % Trüffeln», wenn der Anteil an Trüffeln weniger als 3 Massenprozent beträgt, <b>bezogen auf das Endprodukt und berechnet ausgehend vom Frischgewicht des Trüffels.</b>
Art. 93, Abs. 5 (neu)	Aufgrund des Einsatzes von Nitritpökelsalz bei diversen Pökel- und Wurstwaren sollte dieses ebenfalls explizit aufgeführt werden.	Abs. 5 (neu): <b>«Als Nitritpökelsalz (NPS) darf Speisesalz bezeichnet werden, dem durch dafür zugelassene Betriebe max. 0.6% Natrium- oder Kaliumnitrit zugesetzt wird. Dieses ist nach Möglichkeit durch den Hersteller farblich unterscheidbar zu machen.»</b>

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)												
Anhang (Chiasamen)	<p>Bei der letzten Revision wurden die Samen der Chia (<i>Salvia hispanica</i>), folgend «Chiasamen» genannt, aufgenommen. Sie dürfen ganz, gestampft oder gemahlen als Zutat in allen Lebensmitteln verwendet werden. Gemeint sind gemäss dem Wortlaut der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel ganze Chiasamen (gegebenenfalls gestampft oder gemahlen) und nicht etwa einzelne Fraktionen davon (z.B. Chiasamenöl oder Chiasamenproteinextrakt).</p> <p>Es gibt einen DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION vom 8. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chiaöl (<i>Salvia hispanica</i>) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates</p>	<p>Aufnahme Chiaöl analog der . DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470</p> <p>Anpassung der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel</p>												
	<p>Im Durchführungsbefehl (EU) 2017/2354 wird mit der Fussnote (1) festgehalten, dass Kohlenhydraten auch den Ballaststoffgehalt umfassen: Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke).</p> <p><b>Zusammensetzung von Chiasamen (<i>Salvia hispanica</i>)</b></p> <table><tr><td>Trockenmasse</td><td>91-96 %</td></tr><tr><td>Eiweiß</td><td>19-25,6 %</td></tr><tr><td>Fett</td><td>28-34 %</td></tr><tr><td>Kohlenhydrate <sup>(1)</sup></td><td>24,6-41,5 %</td></tr><tr><td>Rohfaser <sup>(2)</sup></td><td>20-32 %</td></tr><tr><td>Asche</td><td>4-6 %</td></tr></table> <p><sup>(1)</sup> Kohlenhydrate umfassen den Ballaststoffgehalt (EU: verfügbare Kohlenhydrate = Zucker + Stärke). <sup>(2)</sup> Als Rohfaser wird der Anteil der Ballaststoffe bezeichnet, der vor allem aus unverdaulicher Zellulose, Pentosanen und Lignin besteht.</p>	Trockenmasse	91-96 %	Eiweiß	19-25,6 %	Fett	28-34 %	Kohlenhydrate <sup>(1)</sup>	24,6-41,5 %	Rohfaser <sup>(2)</sup>	20-32 %	Asche	4-6 %	<p>Fussnote bei Kohlenhydrate analog dem Durchführungsbefehl (EU) 2017/2354 ergänzen</p>
Trockenmasse	91-96 %													
Eiweiß	19-25,6 %													
Fett	28-34 %													
Kohlenhydrate <sup>(1)</sup>	24,6-41,5 %													
Rohfaser <sup>(2)</sup>	20-32 %													
Asche	4-6 %													

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Der Wortlaut betreffend die Übertragung von Zusatzstoffen ist nicht mit der EU harmonisiert. Übernahme des Wortlauts von Artikel 18, VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008	<p>Übertragung von Zusatzstoffen (Carry-over)</p> <p>(1) Ein Lebensmittelzusatzstoff darf enthalten sein</p> <p>a) in einem zusammengesetzten Lebensmittel, das nicht in Anhang II aufgeführt ist, falls der Zusatzstoff in einer der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist;</p> <p>b) in einem Lebensmittel mit zugesetzten Lebensmittelzusatzstoffen, -enzymen oder -aromen, falls der Zusatzstoff</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>i) nach dieser Verordnung im Lebensmittelzusatzstoff, -enzym oder -aroma zugelassen ist und</li> <li>ii) durch den Lebensmittelzusatzstoff, das Lebensmittelenzym oder das Lebensmittelaroma in das Lebensmittel übertragen worden ist und</li> <li>iii) in dem endgültigen Lebensmittel keine technische Funktion erfüllt;</li> </ul> <p>c) in einem Lebensmittel, das ausschließlich für die Zubereitung eines zusammengesetzten Lebensmittels verwendet wird, sofern Letzteres dieser Verordnung genügt.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt nur in ausdrücklichen Ausnahmefällen für Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung, Getreidebeikost und andere Beikost sowie diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder gemäß der Richtlinie 89/398/EWG.</p> <p>(3) Wird ein Lebensmittelzusatzstoff in einem Lebensmittelaroma, -zusatzstoff oder -enzym einem Lebensmittel zugefügt und erfüllt in diesem Lebensmittel</p>

		<p>eine technische Funktion, so gilt er nicht als Lebensmittelzusatzstoff des zugefügten Lebensmittelaromas, -zusatzstoffes oder -enzym, sondern als Zusatzstoff dieses Lebensmittels und muss somit den vorgegebenen Bedingungen für die Verwendung in diesem Lebensmittel genügen.</p> <p>(4) Unbeschadet des Absatzes 1 sind als Süßungsmittel verwendete Lebensmittelzusatzstoffe in zusammengesetzten Lebensmitteln ohne Zuckerzusatz, in brennwertverminderten zusammengesetzten Lebensmitteln, in zusammengesetzten Lebensmitteln für kalorienarme Ernährung, in nicht kariogenen zusammengesetzten Lebensmitteln und in zusammengesetzten Lebensmitteln mit verlängerter Haltbarkeit zugelassen, sofern das Süßungsmittel für eine der Zutaten des zusammengesetzten Lebensmittels zugelassen ist.</p>
Anhang 3, Kap. A, Ziffer 8	<p>In Analogie zu unserer Bemerkung zu Art. 4 Abs. 2 der VLtH sollte im Titel von Ziffer 08.1 der Begriff «frisches Fleisch» durch «unverarbeitetes Fleisch» ersetzt werden.</p> <p>Der in Anlehnung an die EU neu mögliche Zusatz von Phosphaten als Stabilisatoren und Feuchthaltemittel für gefrorene vertikale Fleischspiesse («Kebap») unter Ziffer 08.2 wird ebenfalls befürwortet.</p> <p>Bei den auf traditionelle Weise gepökelten Fleischerzeugnissen, für die besondere Bestimmungen über Nitrite und Nitrate gelten, fehlt das Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc. mit einer Höchstmenge von 250 mg/kg Nitrat. Wir beantragen daher unter Ziffer 8.3.4.2 entsprechend eine neue Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen aufzunehmen.</p>	<p>Titel zu Ziffer 8.1 «<u>Unverarbeitetes</u> Fleisch, ausgenommen Fleischzubereitungen»</p> <p>-</p> <p>Ergänzung mit neuer Gruppe von traditionellen Fleischerzeugnissen: E 251 – E 252 Nitrate 250 mg/kg Rindstrockenfleisch wie Bündnerfleisch, Walliser Trockenfleisch, etc.</p>
Anhang 3, B	<p>In der Anwendungsliste haben sich Fehler eingeschlichen:</p> <p><u>In allen Kategorien:</u></p>	Überprüfung der Werte in der Anwendungsliste und wo erforderlich, Korrektur.

	<p>Die Reihenfolge der E-Nummern / Gruppen ist nicht aufsteigend (betrifft grundsätzlich alle Lebensmittelkategorien):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- «Gruppe I» kommt erst nach «Gruppe IV» anstelle an Anfang wie bisher</li> <li>- Zusatzstoffe mit E-Nummern &gt;1000 kommen ganz vorne (im Bereich wo die E-Nummern E100 -E180 aufgeführt sind)</li> <li>- «E964» ist nicht aufsteigend eingereiht (kommt erst nach E969)</li> <li>- «E150a-d» wird erst ganz am Schluss aufgeführt</li> <li>- «E450(ix)» wird erst ganz am Schluss aufgeführt</li> </ul> <p><u>In allen Kategorien:</u> Bisher wurden länderspezifische Produkte in kursiver Schrift aufgeführt. Dies ist nicht mehr der Fall:</p> <p><u>Kategorie 04.2.3 Obst- und Gemüsekonserven</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bemerkungen zu E962 stammen aus der Kategorie 04.2.2 und sind damit falsch</li> </ul> <p><u>Kategorie 04.2.4.1 Zubereitungen aus Obst und Gemüse, ausgenommen Kompott</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bemerkungen zu E962 stammen aus der Kategorie 04.2.2 und sind damit falsch</li> </ul> <p><u>Kategorie 04.2.5.3 Sonstige ähnliche Brotaufstriche aus Obst und Gemüse</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bemerkungen zu E962 stammen aus der Kategorie 04.2.5.1 und sind damit falsch</li> </ul> <p><u>Kategorie 13.1.3 Getreidebeikost und andere Beikost:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Werte vertauscht der beiden Anwendungsgebiete: mind. E300, E301, E302, E410, E412, E414, E415 und E440</li> </ul> <p><u>Kategorie 17.2 Nahrungsergänzungsmittel in flüssiger Form:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleiche Werte statt unterschiedliche: E955 Sucralose, E960 Steviolglycoside</li> <li>- Falscher Wert: E969 Advantam: 55 statt 35</li> </ul>	

--	--	--

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

**Wir begrüßen den Paradigmenwechsel und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz statt des bisherigen bedarfsorientierten Konzepts sowie die damit einhergehende generelle Überprüfung der Höchstmengen.**

Zurzeit lehnen wir das konkrete neue Höchstmengenkonzept aber aus den nachfolgenden Gründen ab:

- Erstens ist die für die Festsetzung der Höchstmengen angenommene Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 nicht wissenschaftlich begründet und insbesondere auch basierend auf den verwendeten Verzehrdaten nicht nachvollziehbar. Effektiv gehen wir davon aus, dass massiv weniger angereicherte Lebensmittel konsumiert werden und diese auch in den Verzehrdaten als Teil der normalen Ernährungszufuhr betrachtet werden.
- Einzelne neu festgesetzte Höchstmengen sind aus unserer Optik generell kritisch zu hinterfragen. So machen z.B. die vorgesehenen Werte für Vitamin E, Vitamin K, Calcium, Magnesium und Eisen unseres Erachtens auch im Vergleich zur heutigen Rechtslage keinen Sinn. Sie würden im neuen Konzept bei den angereicherten Lebensmitteln teils komplett verboten.
- Die Studie von Food Supplements Europe „Risk Management approaches to the setting of maximum levels of vitamins and minerals in food supplements for adults and for children aged 4-10 years“ <http://foodsupplementseurope.org/wp-content/themes/fse-theme/documents/publications-and-guidelines/fseriskmanagement.pdf> sollte beachtet werden.
- Unsere Mitgliedfirmen haben bereits durch Largo diverse Deklarationsanpassungen machen müssen. Eine komplette Neuordnung des ganzen Bereichs der Nahrungsergänzungsmittel und der angereicherten Lebensmittel würde bei den meisten Produkten zu Reformulierungen und Packungsänderungen führen, was wir ablehnen, bevor das Konzept nicht breiter abgestützt ist.

Begrüsst wird demgegenüber die Lockerung bei den fraglos unkritischen Stoffen. Diese sollte aus unserer Sicht bereits umgesetzt werden, da damit heute bestehende Systemfehler behoben werden können, ohne dass es negative Auswirkungen auf die Konsumenten oder die Hersteller hätte.

Unsere Mitglieder, insbesondere die SANI, sind daran, den Vorschlag des BLV weiterzuentwickeln und daraus einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten, der aber im Zeitpunkt der Erstellung dieser Stellungnahme noch nicht vorlag und innerhalb der fial daher nicht mehr konsolidiert werden konnte. Wir schlagen vor, dass die Fachleute aus den betroffenen Branchen resp. fial Unternehmen mit dem BLV gemeinsam an diesem Konzept weiterarbeiten und dieses in einer kommenden Revision eingebracht wird. Ein dringender Handlungsbedarf ist nicht gegeben und man sollte sich diese Zeit geben, um zu einem gut abgestützten, wissenschaftlich basierten und von der Branche und dem Bund getragenen neuen Schweizer Konzept zu kommen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 5	Die festgelegte Mindestmenge (10exp8 KBE) ist willkürlich und nicht wissenschaftlich motiviert. Ebenso scheint eine Beschränkung auf Bakterien zu eng; Hefen sollten gleichermassen gehandhabt werden.	10exp8 KBE durch <i>“eine erwiesenermassen effektive Dosis an lebenden Mikroorganismen“</i> ersetzen.

6 Abs 1	In den Erläuterungen zu den Änderungen betreffend Art 6 heisst es, dass hinfort auch die Trivialnamen für Vitamine verwendet werden dürfen. Dies ist sehr zu begrüssen, weil dies die Darstellung vereinfacht und es eine wesentlich konsumentenfreundlichere Praxis ist. Allerdings ist die vorgeschlagene Neufassung des Art. 6 nicht geeignet, diese Änderung zu verdeutlichen. Zudem muss bei den zugesetzten Mineralstoffen weiterhin die Verbindung angegeben werden. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, die Mineralstoffe von der neu geschaffenen Möglichkeit der Angabe der Trivialnamen auszunehmen.	<i>Für Vitamine und Mineralstoffe, die einem Lebensmittel zugesetzt werden, dürfen auch die im Anhang 1 gelisteten Bezeichnungen verwendet werden.</i>  <del>Wird einem Lebensmittel ein Mineralstoff oder ein sonstiger Stoff mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten des Lebensmittels auf die zugesetzte Verbindung hinzuweisen.</del>
6 Abs. 1bis	Die Erläuterungen führen aus, mit Abs. 1 <sup>bis</sup> die Regelung für lebende Bakterienkulturen eindeutiger formuliert wurde. Allerdings war die bestehende Formulierung eingeschränkt auf die Kulturen mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung. Die neue Formulierung könnte im Gegensatz so interpretiert werden, dass sie für sämtliche Bakterienkulturen gilt. Dies ist nicht die Idee. Vielmehr geht es darum, bei Probiotika etc. die konkrete Kultur anzugeben, nicht aber sämtliche Straterkulturen für Käse, Rohwürste und Rohpökelwaren.	Werden einem Lebensmittel lebende Bakterienkulturen mit ernährungsbezogener oder physiologischer Wirkung zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten auf die spezifische wissenschaftliche Nomenklatur hinzuweisen.
Anhang 1	Neue Höchstmengen werden abgelehnt	Beibehaltung der bestehenden Höchstmengen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bemerkungen
Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.	Präzisierung: Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert. Im Sinne einer Harmonisierung der Begriffe sollte hier Tagesration verwendet werden und nicht Tagesdosis	„....Höchstmenge pro Tagesrationdosis...“
Anhang 2	Aufnahme von Coffein als zulässiger sonstiger Stoff. Die Kennzeichnungspflicht nach Anhang 2 Teil B 4.2 LIV ist zu beachten.	Coffein 400 mg



Anhang 8	Nicht streichen, wenn Höchstmengen erhalten bleiben.	Nicht streichen, wenn die Höchstmengen erhalten bleiben.
----------	--	--

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Abs. 7	Artikel 4 Absatz 7 lautet aktuell "Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden." Eine ersatzlose Streichung der Ziffern 1 bis 14 dieses Anhangs kann beim Rechtsanwender Verwirrung stiften. Um Fehlinterpretationen zu verhindern, sollte in Artikel 4 ein Hinweis ergänzt werden, dass hinsichtlich Aromatisierung von Lebensmitteln die produktspezifischen Verordnungen der Aromenverordnung vorgehen.	<u>Art. 4 Abs. 7 ergänzen:</u> <i>Den Lebensmitteln nach Anhang 6 dürfen keine Aromen zugesetzt werden. Bei anderen Lebensmitteln sind die produktspezifischen Verordnungen zu beachten."</i>
Anhang 3, Teil B	Für diejenigen Stoffe, welche aus Anhang 3 Teil B gestrichen werden, gilt keine Übergangsfrist. Dies bedeutet, dass diese Stoffe unmittelbar ab dem Inkrafttreten der vorliegenden Änderung nicht mehr an die Konsumenten abgegeben werden dürfen. In Anbetracht der angekündigten Timeline – Publikation finale Texte Mitte/Ende Q1 2020, Inkraftsetzung Mai 2020 – stellt das Fehlen einer Übergangsfrist die herstellende Industrie vor schwer lösbare Probleme. Entweder müssten Rezepturen auf Annahme hin geändert werden, oder es müsste in out of Stock angenommen werden. Dies scheint nicht verhältnismässig	Übergangsfrist von 4 Jahren

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
1	<p>Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt sind" (siehe Anmerkungen zur LGV)</p> <p>Auszug aus der EU GVO-Verordnung:  <i>Diese Verordnung sollte Lebensmittel und Futtermittel abdecken, die „aus“ einem GVO, jedoch nicht solche, die „mit“ einem GVO hergestellt sind. Entscheidend dabei ist, ob das Lebensmittel oder Futtermittel einen aus dem genetisch veränderten Ausgangsmaterial hergestellten Stoff enthält. Technische Hilfsstoffe, die nur während der Herstellung des Lebensmittels oder Futtermittels verwendet werden, entsprechen nicht der Definition der Lebensmittel oder Futtermittel und fallen daher auch nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung. Ebenso fallen Lebensmittel und Futtermittel, die mithilfe eines genetisch veränderten technischen Hilfsstoffes hergestellt wurden, nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung.</i></p>	<p>Diese Verordnung regelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>das Bewilligungsverfahren für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Voraussetzungen, unter denen nicht bewilligte pflanzliche <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> toleriert werden;</li> <li>die besondere Kennzeichnung und Anpreisung für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Pflicht zur Dokumentation für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>;</li> <li>die Trennung des Warenflusses für <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>.</li> </ol>
3	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das Gesuch um Bewilligung eines <b>gentechnisch veränderten Lebensmittels</b> ist dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) in einer Amtssprache oder in Englisch einzureichen
4 Abs. 2	Es macht keinen Sinn eine Umweltgefährdung durch das BAFU im Falle von nicht vermehrungsfähigen GVO-Spuren von in der EU tolerierten Sorten prüfen zu lassen. Die Zuständigkeit des BAFU soll sinnvollerweise und realitätskonform auf die Beurteilung im Falle von vermehrungsfähigen GVO(-Spuren) beschränkt werden. Nur dies vereinfacht und automatisiert die Rechtsgleichheit mit der EU.	"...potenziellen Umweltgefährdung <b>im Falle von vermehrungsfähigen GVO...</b> "

5 Abs.1	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> den Anforderungen nach Artikel 31 Absatz 2 LGV genügt.
5 Abs.5 Bst. b	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	der begründete Verdacht besteht, dass das bewilligte <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> die Gesundheit oder die Umwelt gefährden kann
6	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	Die Inhaberin der Bewilligung hat dem BLV neue Erkenntnisse über mögliche Gesundheits- oder Umweltgefährdungen durch das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> unverzüglich zu melden
6 Abs.1 Bst. a	Wir begrüßen es, dass die Schweizer Gesetzgebung jener der EU angenähert wird. Da jedoch für die in der EU zugelassenen GVO in der Schweiz ein Maximalwert von 0.5% gelten soll und nicht wie in der EU 0.9% wird es auch weiterhin einen Unterschied zur EU-Gesetzgebung geben. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es unseres Erachtens keinen Grund für diesen Unterschied. Häufig können Lieferanten aus dem Ausland ohne einen besonderen Zusatzaufwand die Einhaltung der Schweizer Gesetzgebung bezüglich GVO-Spuren nicht garantieren. So besteht auch in Zukunft das Risiko, dass Rohmaterialien geliefert werden, welche nach EU-Gesetzgebung konform sind, in Produkten für den Schweizer Markt aber nicht eingesetzt werden dürfen. Mit einer vollständigen Angleichung an die EU (max. 0.9% für zugelassene GVO, so wie dies auch bereits für die heute in der Schweiz zugelassenen GVO gilt) würde dies den Einsatz von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich vereinfachen.	a. die Anteile den Wert von <del>0.5</del> <b>0.9</b> Massenprozent,...
7 Abs.1 und 2	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	1. Lebensmittel und Zusatzstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind, sind mit dem Hinweis «aus gentechnisch verändertem X hergestellt» oder «aus genetisch verändertem X hergestellt» zu kennzeichnen

		2. Verarbeitungshilfsstoffe, die <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> sind und als solche abgegeben werden, sind mit einem Hinweis nach Absatz 1 zu kennzeichnen
8 Abs. 1 Bst. a und d	Begriffsanpassung "gentechnisch veränderte Lebensmittel" vs "GVO-Erzeugnisse"	a. die Tatsache, dass das Lebensmittel ein <b>gentechnisch verändertes Lebensmittel</b> ist;  d. die Namen und die Adressen der Personen, die das <b>gentechnisch veränderte Lebensmittel</b> abgeben, und der Personen, die es entgegennehmen.
Anhang 2	Wir begrüßen die Angleichung an EU-Recht. Da die Übernahme der in den Erläuterungen aufgeführten GVO etwas Zeit in Anspruch nehmen wird und möglicherweise auch nicht alle GVO bewilligt werden, wäre für den Rechtsanwender eine Übersicht über die zugelassenen und nicht bewilligten GVO hilfreich, um Abweichungen gegenüber dem EU-Recht einfacher feststellen zu können. Hierzu würden wir es begrüßen, wenn diese Informationen auf der BLV-Website publiziert werden könnten (analog den Novel Food-Listen).	Publikation der Informationen zu bewilligten und abgewiesenen GVO auf der BLV-Website (analog Novel Food).

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1, Abs. 2	Nach wie vor unverständlich bleibt, weshalb der Primärproduktion auch in der HyV ein Sonderstatus zugestanden wird. Mit der vorliegenden Revision ist nun der Moment gekommen, diese Ungleichbehandlung auszumerzen, zumal es schlussendlich für die Endproduktehygiene entscheidend ist, dass diese einwandfrei ist und nicht, auf welcher Stufe allfällige Abweichungen verursacht werden. Demzufolge sind die Bestimmungen der HyV denjenigen der Verordnung über die Primärproduktion nicht unter-, sondern überzuordnen.	Ändern: « <i>Die spezifischen Anforderungen der Verordnung vom 23.11.2005 über die Primärproduktion gelten nur unter Einhaltung der vorliegenden HyV.</i> »
Art. 2, Abs. 1	Die Möglichkeit der Abweichung von den allgemeinen Hygienevorschriften für die direkte Abgabe an die Konsumenten und die Herstellung von traditionellen Lebensmitteln begrüssen wir, zumal damit Kleinbetriebe auf allen Stufen der Lebensmittelkette erfasst werden. Da im Einzelfall auch einzelne Kunden beliefert werden, die Lebensmittel erst ihrerseits an die Konsumenten abgeben oder nochmals weiterverkaufen, sollte die Ausnahme nicht nur ausschliesslich, sondern für die überwiegende Abgabe direkt an die Konsumenten vorgesehen werden.	Anpassen: - Bst. a: «... <i>Produzenten, die überwiegend selbst</i> ....» - Bst. b: «... <i>Lebensmittel überwiegend an</i> ....»
Anhang 1 Teil 3	Das Streichen des Anhangs 1 Teil 3 führt zu einer Verschlechterung der Lebensmittelhygiene in der Schweiz. Eine staatliche Regelung ist viel verpflichtender als eine Branchenleitlinie.	Anhang 1 Teil 3 nicht streichen
Anhang 1 Teil 1 Ziffer 1.20	Der Text der Fussnote, die unter c. in Bezug zu Salmonellen eingefügt wurde, ist nicht verständlich  Die Formulierung der neuen Fussnote für nicht pasteurisierte, genussfertige Obst- und Gemüsesäfte ist unverständlich. Die Verfahren sind unklar, die	Präzisieren.

	angewendet werden können die vergleichbar mit einer Pasteurisierung sind. Was wird konkret gemeint? Nicht pasteurisiert?	
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.5.2	<p>Der Text der Fussnote, die unter d. in Bezug zu <i>E. coli</i> eingefügt wurde, ist nicht verständlich</p> <p>Die Formulierung der neuen Fussnote für nicht pasteurisierte, genussfertige Obst-und Gemüsesäfte ist unverständlich. Die Verfahren sind unklar, die angewendet werden können die vergleichbar mit einer Pasteurisierung sind. Was wird konkret gemeint? Nicht pasteurisiert?</p>	Präzisieren.
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.1.9, Teil 2.1	Titel 2.1 Fleisch und Fleischerzeugnisse ist unvollständig. Es müssen auch die Fleischzubereitungen (genannt in Ziffer 2.1.9) ergänzt werden.	Titel 2.1: Fleisch, Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse

## **20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
----------------	--------------------------------	--



## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## **22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Micarna SA  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Route de l'Industrie 25, 1784 Courtepin  
Kontaktperson : Christina Marschall  
Telefon : +41 (0)58 571 82 18  
E-Mail : christina.marschall@micarna.ch  
Datum : 22.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	5
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	6
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	7
9	EDI: Getränkeverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	8
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	10
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor Wyss, sehr geehrte Damen und Herren

Die Micarna SA bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Da die fleischverarbeitende Branche nur in Teilbereichen von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen ist, erlauben wir uns, uns auch nur zu denjenigen Punkten zu äussern, die unseren Sektor direkt betreffen. In einzelnen Fällen äussern wir uns im Rahmen der vorliegenden Revision auch zu bereits bestehenden Vorgaben, die in Stretto 3 nicht aufgenommen wurden und die aus unserer Sicht und Erfahrung einer Änderung bedürfen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, beurteilen wir materiell insbesondere die vorgeschlagenen Anpassungen beim Tiefgefrieren von Fleisch mit der Ausnahme des Einzelhandels, die Möglichkeit der Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbestand auch wieder bei Tieren der Rindviehgattung, die beabsichtigte Erleichterung bei den Temperaturvorgaben beim Transport von Schlachtkörpern und den genannten Teilen davon und den pragmatischen Ansatz bei der GVO-Deklaration als positiv.

Mit dem Infoschreiben 1/2019 hat das BLV die Definition von Separatorenfleisch unmissverständlich festgelegt. Dabei wird die Definition strikt gemäss Urteil EuGH 2014 ausgelegt, wobei jegliches mechanische Ablösen von Fleisch von Geflügelteilstücken zu einer Klassifizierung als „Separatorenfleisch“, sofern das eingesetzte Verfahren zu einer grösseren Veränderung der Muskelfaserstruktur führt als sie rein an Schnittflächen auftritt. Gerne möchten wir hiermit noch einmal zum Ausdruck bringen, dass der Begriff «Separatorenfleisch» dem hochwertigen, in Niederdruckverfahren hergestellten Rohmaterial, nicht gerecht wird und wir besorgt sind, dass mit der Deklarationspflicht markante Mengen von heute in Geflügelfleischerzeugnissen eingesetztem Geflügelfleisch wegen fehlender Kundenakzeptanz zukünftig nicht mehr der menschlichen Ernährung zugeführt werden können und somit als Pet Food abgewertet werden müssten.

Insbesondere stellen wir bei der Deklaration von Separatorenfleisch in der Wahrnehmung des Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet. Gerne möchten wir hiermit deshalb beantragen, auch für den deutschen Begriff eine entsprechende Abkürzung zu evaluieren und vorzusehen, z.B. MEF (mechanisch entbeintes Fleisch), und dass dieser Begriff auch entsprechend in der Deklaration verwendet werden kann. Wir sind überzeugt, dass dies hilft, den Food Waste von Geflügelfleisch zu senken.

Für eine Berücksichtigung unserer Argumente im Rahmen ihrer Entscheidungsfindung danken wir Ihnen schon im Voraus.

Mit freundlichen Grüssen

Micarna SA

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 44	Der Kunde kann auf Online-Plattformen mit einer Vorlaufzeit von bis zu 14 Tagen bestellen. Bei Lebensmitteln mit schnell wechselnden Herkunftsverhältnissen (bsp. infolge knapper Verfügbarkeit des Rohmaterials) kann der Kunde nur über die aktuell geltende und nicht die prospektive Herkunft beim Zeitpunkt des Versands informiert werden. Deshalb sollte bei solchen Artikeln, die über Fernkommunikationstechniken angeboten werden, die Angabe von mehreren (möglichen) Herkünften möglich sein bzw. die Auskunft darüber nicht zwingend schriftlich (sondern bsp. über Telefon) erfolgen.	<b>Ergänzung von Art 44 Abs 1:</b>  Art 44 Abs 1 c (NEU): <i>«Die Angaben können auch in anderer als schriftlicher Form erfolgen, wenn die Angabe zum Zeitpunkt der Bestellung noch nicht eindeutig für den Zeitpunkt der Lieferung vorausgesagt werden kann. Die Information ist den Konsumentinnen und Konsumenten für den Kaufentscheid unmittelbar und kostenlos zur Verfügung zu stellen.»</i>



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich müssen wir uns als Ankäufer von Tieren aus verschiedenen Produktionsformen auf seriöse amtliche Kontrollen verlassen können, um das Vertrauen gegenüber den Konsumenten zu erhalten. Diverse Skandale in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die bisherigen behördlichen Kontrollmechanismen nicht genügten, um «schwarze Schafe» in der tierischen Primärproduktion zu identifizieren. Dies hat nicht nur den Tieren, sondern auch uns als Fleischvermarkter geschadet.

Die Neuorganisation der Kontrollen ist demnach grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Erhöhung von unangemeldeten Kontrollen sehen wir als zielführend. Kritisch sehen wir die neue Form der «Verwaltungskontrollen», die 8 Jahre lang einen Stallrundgang ersetzen kann.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 28.1 und 2	<p>Bisher ist in der TSchV Art. 180.1 die Schlachttieruntersuchung im Schlachtbetrieb nicht nur mit der Kontrolle des Pflege- und Gesundheitszustandes der Tiere, sondern auch mit der Kontrolle der Transportfahrzeuge gekoppelt.</p> <p>Wenn davon auszugehen ist, dass bei Rindern mit STU im Herkunftsbetrieb der amtliche «Augenschein bei der Annahme» (Technische Weisung Schlachttieruntersuchung 2017, Pkt.12), bzw. die «Übersichtskontrolle» gemäss VSFK Art. 28.3 sowie die Kontrolle der Transportfahrzeuge (TSchV Art. 180.1) weiterhin sorgfältig ausgeführt werden, sehen wir keinen Handlungsbedarf bei der vorgeschlagenen Neuregelung.</p> <p>Trotz Lockerung sollten jedoch weiterhin die amtlichen Tierärzte im Schlachtbetrieb auf der Anlieferrampe präsent sein.</p>	-
Art. 60.3-6	<p>Nach neuer Gesetzgebung sollen die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung nicht nur pro Schlachttier sondern auch pro kg Fleisch oder nach Zeitaufwand festgesetzt werden können. Durch diese Mehrfachauswahl der Gebührenansetzung entsteht ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die Betriebe. Insbesondere die grosse, intransparente Differenz zwischen Mindest- und Höchstpreis pro Schlachttier in Art 60 Abs 4 birgt ein nicht zu verantwortbares Kostenrisiko für die Betriebe.</p> <p>Die neue Gesetzgebung mit unterschiedlicher Berechnungsmethoden in Art. 60 darf deshalb unter keinen Umständen zu höheren, nicht nachvollziehbaren Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung führen. Die Höhe der Gebühren muss transparent und zwischen den Kantonen vergleichbar sein.</p>	<b>Neue Regelung darf unter keinen Umständen zu höheren Kosten führen und muss die Vergleichbarkeit zwischen den Kantonen gewährleisten.</b>

Art. 61.2	<p>Hier besteht ein klarer Widerspruch zwischen dem vorgeschlagenen Verordnungstext und den Erläuterungen. Dies deshalb, weil Art. 60 mit «Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung» und Art. 61 mit «Übrige Gebühren» betitelt sind, was in Art. 61 de facto Bereiche von Art. 60 ausschliesst. Gemäss Erläuterungen ist jedoch das Gegenteil der Fall, indem die erwähnten Ansätze auch für Tätigkeiten im Rahmen der Schlachtier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Montag – Freitag, 6.00 – 18.00 Uhr) Geltung erlangen sollten.</p> <p>Die normale Arbeitszeit für Mitarbeiter in den Schlachtbetrieben geht zudem gemäss GAV von 5:00 – 22:00. Diese sollte auch für die amtlichen Tierärzte und Tierärztinnen ohne Aufschlag gelten. Es ist nicht ersichtlich, warum für behördliche Arbeitnehmer in dieser Branche andere Konditionen als für andere Arbeitnehmer gelten sollen.</p>	<p><b>Streichen</b></p> <p>Eventualantrag:  Art. 61.2 «....Montag bis Freitag, <b>5:00 – 22:00 Uhr</b>  <b>höhere Gebühren festsetzen.</b>»</p>
-----------	--	---

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen den Entwurf, haben aber folgende Bemerkungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 1	Bei der Deklaration von Separatorenfleisch stellen wir in der Wahrnehmung des Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet. Wir sind überzeugt, dass eine entsprechende Abkürzung (bsp. MEF=mechanisch entbeintes Fleisch) helfen würde, den Food Waste von Geflügelfleisch zu senken.	<b>Für den Begriff Separatorenfleisch soll im Gesetzestext in allen Landessprachen eine entsprechende Abkürzung (bsp. MEF=mechanisch entbeintes Fleisch) vorgesehen werden</b>

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 4 Abs 1	Die Anforderungen für Pflichtangaben auf den Etiketten wachsen stetig mit jeder Gesetzesrevision. Damit wird es immer anspruchsvoller, alle Pflichtangaben anschaulich und kundenfreundlich im verfügbaren Sichtfeld unterzubringen. Mehrfachetiketten bieten eine gute Möglichkeit, den Konsumentinnen und Konsumenten Informationen über das Produkt platzsparend und lesefreundlich zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz von Mehrfachetiketten für die Deklaration von Pflichtangaben soll im Gesetzestext deshalb ausdrücklich erlaubt werden.	<b>Ergänzung zu Abs 1 oder neuer Absatz:</b> <b>«Der Einsatz von mehrseitigen Etiketten ist bei Platzmangel erlaubt, sofern die Konsumentinnen und Konsumenten mit einem gut sichtbaren Hinweis darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich weitere obligatorische Angaben auf den inneren Seiten der Etikette befinden.»</b>
Art. 4 Abs. 5 Bst. c	In der Schweiz werden Artikel, im Unterschied zu der EU, häufig mit Unterbahn- <u>und</u> Oberbahnnetiketten ausgezeichnet. Die Oberbahnnetikette ermöglicht dem Kunden einen schnellen Überblick über die wichtigsten Produkteigenschaften, u.a. sind die Mengenangaben prominent zusammen mit der Produktbezeichnung und dem Verbrauchsdatum präsentiert. Eine nochmalige Mengenabgabe auf der Unterbahnnetikette zusammen mit der Sachbezeichnung ist redundant und bringt dem Kunden keinen Mehrwert, i.B. da sich der Kunde beim Kaufentscheid in erster Linie an der Produkt- und nicht an der Sachbezeichnung orientiert.	<b>Streichen</b>
Art. 13 Abs 2	Nebst der Möglichkeit der Angabe eines «Best before»-Datums ist zur Reduktion von Food Waste zudem anzustreben, eine Doppeldatierung im Hinblick auf die zusätzliche Möglichkeit des Angebotes des jeweiligen Produktes in gefrorener Form zu schaffen.	<b>Abs. 2 (neu, anstelle bisherigem Abs. 2):</b> <b>«Wird ein Lebensmittel nebst der gekühlten auch in gefrorener Form angeboten oder bis spätestens zum Best before-Datum eingefroren, so kann dies mit derselben Etikette wie folgt zusätzlich gekennzeichnet werden:</b> <b>„Durch das Tiefgefrieren auf mindestens -18°C in der Frist bis zum Ablauf des Best before-Datums verlängert sich die Haltbarkeit bei ununterbrochener Gefrierlagerung um X Monate.“»</b>

Art. 17 Abs. 1	<p>Das BLV hat per Mail an den MGB vom 16.04.2019 präzisiert, dass es sich in Art 17 um einzelne Stücke (Rind)Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Kotelettes handelt und dass feiner zerkleinertes Fleisch nicht von diesem Begriff erfasst wird. Diese Definition sollte in Art 17 Abs 1 schriftlich aufgenommen werden.</p> <p>Bei der Angabe der Bewilligungsnummern des Schlachthofes und des Zerlegebetriebes ist es unbedingt notwendig, dass Mehrfachnennungen (max. 3) möglich sind, dies unter anderem auch analog zu EU-Recht (Verordnung EU 275/2007). In der Praxis werden z.B. Schlachthälften aus mehreren Schlachtbetrieben an einen Zerlegebetrieb geliefert. Ohne Mehrfachnennungen würde sich das Sortiment vervielfachen und einen enormen Mehraufwand für Lagerung, Logistik, Produktionssysteme und Produktion verursachen.</p>	<p><b>Art 17 Abs 1 (Neu): «Für einzelne Stücke Rindfleisch bis zur Grösse Plätzli oder Koteletts müssen die Bewilligungsnummer des Schalchthofes und des Zerlegebetriebs...»</b></p> <p><b>Mehrfachnennungen bei der Angabe der Bewilligungsnummern von Schlacht- und Zerlegebetrieben sollen möglich sein.</b></p>
Anhang 2, Teil A, Ziffer 2, Bst. c	<p><i>Es geht aus dem Text nicht hervor, was für den Gesetzgeber «negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder die Qualität des Lebensmittels» in diesem Zusammenhang heisst.</i></p>	<p><b>Präzisierung/Ergänzung von Ziffer 2 Bst c</b></p>
Anhang 2, Teil B, Ziffer 6.1	<p>Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. Es soll präzisiert werden, dass mit «Produkt» das «Produkt in der angebotenen Form» gemeint ist.</p>	<p><b>Präzisieren:</b>  <b>«..... in Fällen, in denen das <u>Lebensmittel in der angebotenen Form</u> mehr als einmal eingefroren wurde»</b></p>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 4e	“aufzeichnet” anstelle von “aufgezeichnet»	Korrektur des Schreibfehlers: «aufzeichnet»
Art. 29 Abs 4 <sup>bis</sup> f  Fleisch mit Kerntemperatur knapp > 7°C	Liegen zwei Schlachtbetriebe mit Fleisch knapp über der vorgeschriebenen Kerntemperatur geographisch nah beieinander, sollte aus Gründen der Nachhaltigkeit / Transporteffizienz das Beladen eines LKWs aus diesen zwei Betrieben möglich sein.  Für eine volle Transparenz sollten alle in diesen Transport involvierten Parteien über den Sachverhalt informiert werden und einverstanden sein.	<b>Art. 29 Abs 4<sup>bis</sup> f streichen</b>  oder mit Informationspflicht für die jeweils angefahrenen Schlachtbetriebe
Art. 32, neuer Absatz 6	Bei der Herstellung von nicht hitzebehandelten Fleischerzeugnissen (z.B. Rohwurst) werden alternative Hürden als eine Hitzebehandlung eingesetzt: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fermentation/ Senken des pHs</li> <li>- Trocknen auf einen Aw-Wert &lt;0.92</li> <li>- Beigabe von Nitritpökelsalz</li> </ul> Diese Hürden sind nach unseren Erfahrungen genauso effizient zum Sicherstellen der Lebensmittelsicherheit wie eine vorgängige Erhitzung. Bei Beherrschung des Produktionsprozesses kann auch eine leicht erhöhte mikrobiologische Belastung des Rohmaterials aufgefangen werden.  Für Separatorenfleisch gelten gemäss HyV Anhang 1 genau die gleichen mikrobiologischen Kriterien wie für Hackfleisch. Diese Kriterien sind sehr streng und können nicht immer eingehalten werden. Trotz leichtem Überschreiten dieser strengen Grenzwerte ergibt sich keinen negativen Einfluss auf das Endprodukt. Selbstverständlich ist als Voraussetzung der Herstellprozess zu beherrschen und es müssen die Hygieneregeln und Kühlkette gemäss HyV Art.32 eingehalten werden.  Massgebend ist in jedem Fall die Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit und mikrobiologischen Qualität des Endprodukts gemäss HyV Anhang 1.	<b>Art. 32 Abs. 6: «Separatorenfleisch, das die mikrobiologischen Kriterien gemäss Anhang 1 nachweislich nicht erfüllt, darf nur zur Herstellung von <del>hitzebehandelter</del> Fleischerzeugnisse in Lebensmittelbetrieben verwendet werden, die nach Artikel 21 LGV bewilligt sind.»</b>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Pro Natura  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Postfach, 4018 Basel  
Kontaktperson : Marcel Liner  
Telefon : 061 317 92 40  
E-Mail : [marcel.liner@pronatura.ch](mailto:marcel.liner@pronatura.ch)  
Datum : 21. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	S.2.
2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel	S.6.

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15. Abs 2a/Art.31 Abs 3 und 5 im Allgemeinen	<p>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b>  ⇒ Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).  Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zur Zeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGVL). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht. </li> <li> <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b>  ⇒ Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.  GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für </li> </ol>	



	<p>die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VgVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b>  ⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
<b>Artikel 31 Absatz 3</b>	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
<b>Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c</b>	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b> <u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u>
<b>Artikel 37</b>	<b>Gentechnikfrei-Auslobung</b>	<b>Gentechnikfrei-Auslobung führt zu Verwirrung und</b>

	<p>Als Angleichung an unsere Nachbarländer soll neu eine Auslobung «Gentechnikfrei» möglich sein, auch wenn neben GVO-Tierarzneimitteln durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe sind (=Fermenterprodukte) den Futtermitteln zugefügt werden.</p> <p><b>Wir sind der Meinung, dass ein solches Label für die Konsumenten nicht durchschaubar ist und nicht zugeordnet werden kann. Zudem sollte der Begriff «Gentechnikfrei» nicht verwässert werden. Dies könnte zu einer Konsumententäuschung führen. Deswegen lehnen wir die vorgeschlagene Auslobung ab.</b></p> <p><b>Unsere ablehnende Haltung lassen sich mit den folgenden Argumenten begründen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</li> <li>-Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte für Verwirrung sorgen.</li> <li>-Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>-Die Bio-Branche verwendet keine GVO-Futtermittelzusätze. Diese sind entweder verboten (zB. Aminosäure) oder es konnten immer Alternativen gefunden werden. KonsumentInnen könnten getäuscht werden, wenn die Verwendung dieser Zusätze möglich wird. Ebenso verwirrend könnte die Kennzeichnung Bio UND Gentechfrei sein.</li> <li>-Die Auslobung «Gentechnikfrei» erachten wir als täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Zwar enthalten die Futtermittelzusätze selbst keine GVO, für deren Herstellung wurden aber</li> </ul>	<p><b>Täuschung der KonsumentInnen. Deshalb lehnen wir die Auslobung ab.</b></p> <p><b>Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</b></p> <p><b>Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</b></p>
--	---	--

	<p>GVOs eingesetzt. Dieser Unterschied ist für vielen Konsumenten nicht klar und könnte daher als Täuschung empfunden werden.</p> <p>-Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</p> <p>-Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</p> <p>-Da die Verordnung keine genauen Vorschriften zur formalen Gestaltung der Auslobung vorsieht, besteht viel Spielraum für jegliche Art von Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen könnten. Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</p>	
<p><b>Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel</b></p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b <i>“Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel”</i> soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b <i>“Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel”</i> soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozess beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben.	Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen <del>Umweltgefährdung</del> <u>Auswirkung auf die Umwelt</u> . Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<p><b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn:</p> <p>a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>
<b>Artikel 6a Absatz 4 und</b>	Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der	<b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis</b> (vereinfachte Tolerierung von

<b>Anhang 2</b>	<p>Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</li> <li>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.  <i><b>Argument 1:</b> Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i>  Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.  <b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b> Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-</a></li> </ol>	<p>Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) <b>als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>
-----------------	--	--

	<p>ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln einesallfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a</b> <b>Absatz 1</b> <b>Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</p> <p>3. Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als</p>

		geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGV.</b></p> <p>⇒ <b>Dagegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGV ergänzt werden.</b></p> <p><b>- Nach einer Streichung des Artikels 2 VGV wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>- Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGV erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGV. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden.</b></p> <p><b>Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGV ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bauernverband Appenzell Ausserrhoden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BVAR  
Adresse, Ort : Urnäserstr. 83, 9104 Waldstatt  
Kontaktperson : Priska Frischknecht  
Telefon : 071 350 03 91  
E-Mail : sekretariat@appenzellerbauern.ch  
Datum : 25. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	14
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	20
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	25

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
----------	--

Allgemeine Bemerkungen
------------------------

<p>Der BVAR begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.</p>
--

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der BVAR begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der BVAR fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem BVAR ist es ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Der BVAR schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des BVAR eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der BVAR geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der BVAR nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht des BVAR akzeptabel	---

Art. 31 Abs 5	Der BVAR begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	<p>Der BVAR begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des BVAR wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des BVAR nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der BVAR ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des BVAR ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des BVAR daher nicht verhältnismässig.	Der BVAR lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem BVAR ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort “unverzüglich” soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des BVAR nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der BVAR lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der BVAR unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der BVAR keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine	Hauptantrag: Streichen

	<p>Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.</p> <p>So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort</p>	<p>Mindestantrag:  <sup>5</sup> Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV<sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del></p>
Anhang 6	<p>Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefersperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.</p>	<p>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Der BVAR fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht des BVAR ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der BVAR begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Der BVAR ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der BVAR befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Der BVAR befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	Der BVAR begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:



	<p>exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitation très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer. Es ist ebenfalls	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der BVAR begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der BVAR die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Der BVAR stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den BVAR kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der BVAR keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Bauernverband Appenzell Ausserrhoden begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den BVAR sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der BVAR fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der BVAR fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)  <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lbly</u></i></p>

Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der BVAR in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Der BVAR bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4	.	
Art. 6a	Der BVAR unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht des BVAR konsequent, BVAR unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Der BVAR opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der BVAR einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Der BVAR begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ASR  
Adresse, Ort : Schützenstrasse 10, 3052 Zollikofen  
Kontaktperson : Urs Vogt  
Telefon : 031 381 42 01  
E-Mail : [info@asr-ch.ch](mailto:info@asr-ch.ch)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	19
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	20
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	20
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	20
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	21
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	21

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Die ASR begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

En synthèse, Stretto 3 montre que le droit alimentaire est devenu un « monstre » de technocratie et de régulation normative, que l'adaptation au droit européen ne semble pas non plus parvenir à endiguer. Tout cela contribue durablement à déplacer la captation des plus-values en aval de la production agricole, tout en rendant toujours plus complexes les activités, le suivi et la responsabilité de la production primaire.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die ASR begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Die ASR fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Der ASR ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Die ASR schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht der ASR eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Die ASR geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert die ASR nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht der ASR akzeptabel	---
Art. 31 Abs 5	Die ASR begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	

Art. 37 Abs 4	<p>Die ASR begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht der ASR wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht der ASR nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt die ASR ab. Die Aufnahme von Laufvögeln in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung der ASR ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht der ASR daher nicht verhältnismässig.	Die ASR lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Der ASR ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort “unverzüglich” soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterungen beim Import sind aus Sicht der ASR nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Die ASR lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Die ASR unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat die ASR keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	« ... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie ... »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.	Hauptantrag: Streichen  Mindestantrag: § Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer

	So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThsense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefer Sperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüßen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüßen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Die ASR fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht der ASR ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Die ASR begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	Die ASR ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Die ASR befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise eine Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird. Die ASR befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	



9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist der Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen der zuständigen Person kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	Die ASR begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:

	<p>exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitations très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die ASR begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet die ASR die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

## **6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

### **Allgemeine Bemerkungen**

-

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
--	--	

## **7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

### **Allgemeine Bemerkungen**

--

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Die ASR stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für die ASR kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat die ASR keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung der ASR.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für die ASR sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Die ASR fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Die ASR fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)  <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>



Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt die ASR in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Die ASR bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 6a	Die ASR unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht der ASR konsequent, die ASR unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Die ASR opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich die ASR einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Die ASR begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VP  
Adresse, Ort : Enzianweg 4, 8048 Zürich  
Kontaktperson : Lucia Oeschger  
Telefon : 043 311 80 90  
E-Mail : [lucia.oeschger@vier-pfoten.org](mailto:lucia.oeschger@vier-pfoten.org)  
Datum : 26. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	26
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	27
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	28
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	29
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	30

VIER PFOTEN-Stiftung für Tierschutz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme in der vorliegenden Vernehmlassung. Im Folgenden wird VP zur Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle (VSFK) sowie zur Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) Stellung beziehen, da diese sich auf wesentliche Aspekte des Tierwohls auswirken.

Aus Sicht von VP ist die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtung zu begrüßen, allerdings nur, soweit beide Methoden unter gleich strengen Auflagen bewilligt werden. Gerne möchte VP an dieser Stelle die Wichtigkeit einer korrekt durchgeführten Betäubungskontrolle bei jeglicher Art von Schlachtung hervorheben. Fundierte Kenntnisse sollen gefördert werden und Zuständigkeiten beim Schlachtprozess müssen klar geregelt sein. Neben der Weide- und Hofschlachtung gilt dies natürlich auch in Schlachtbetrieben, wie auch bei Schlachtungen für den häuslichen Gebrauch.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die korrekt durchgeführte Weideschlachtung stellt in Bezug auf die Vermeidung von Stress, Angst und Leiden bei den betroffenen Tieren das Optimum dar, wenngleich auch sie wesentliche Aspekte der Tierwürde berührt. Die Hofschlachtung, bei der die Tiere fixiert und gegebenenfalls von ihrer Gruppe separiert werden, vermindert immerhin wesentliche Belastungen, die mit der Schlachtung in Sammelbetrieben einhergehen und ist unter dem Gesichtspunkt der schonenden Tiertötung daher ebenfalls zu fördern. Beide Schlachtmethoden sind aber nur unter hohen Auflagen und unter strenger Aufsicht zu bewilligen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. a	VP begrüsst die Präzisierung.	
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	VP begrüsst die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	VP lehnt die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab. Es gibt keinen Grund, Weide- und Hofschlachtung hinsichtlich des Tierschutzes und der Hygiene unterschiedlich streng zu reglementieren. Die Erläuterungen des BLV in diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung auch in Bezug auf andere Tiergattungen verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen, da keine Unterscheidung notwendig
Art. 9a Abs. 2	VP begrüsst die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtung, allerdings nur, soweit diese unter strengen Auflagen bewilligt werden. Die Formulierung im einleitenden Abs. 2 Satz 2 erweckt den Eindruck, dass die kantonalen Behörden eine Bewilligung zu erteilen haben, wenn die in lit. a-c genannten Voraussetzungen erfüllt werden können. Dies kann nicht gemeint sein, vielmehr hat die kantonale Behörde in der Einzelfallprüfung zahlreiche	Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. <del>Diese wird mit folgenden Auflagen erteilt</del> Die folgenden Auflagen sind dabei zu berücksichtigen:

	weitere Voraussetzungen des Betriebs und des Personals zu prüfen, die mit Auflagen zu verbinden sind.	
Art. 9a Abs. 2 lit. a	<p>Während der Abschuss im Rahmen der Weideschlachtung durch einen ausgebildeten Jäger erfolgen muss, sieht die Verordnung für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV vor.</p> <p>Faktisch dürfen also Personen, die durch andere "kundige" Personen angelernt wurden und "regelmässig" töten, entsprechende Betäubungen vornehmen. Diese tiefe Anforderung ist aus Sicht des Tierschutzes nicht akzeptabel und steht auch im Vergleich zur Weideschlachtung in keinem Verhältnis. Eine korrekte Betäubung ist auch beim fixierten Tier kein Kinderspiel und daher profund ausgebildeten Fachpersonen vorzubehalten.</p> <p>Im Weiteren regelt der Verordnungsentwurf weder die zwingend notwendige Betäubungskontrolle noch die Entblutung. VP ist der Ansicht, dass nur eine entsprechend den Vorgaben von Art. 177 Abs. 2 oder 3 TSchV ausgebildete Person den gesamten Schlachtvorgang angemessen und mit der notwendigen Zuverlässigkeit durchführen kann.</p> <p>Der Verzicht auf eine entsprechende Fachperson hätte eine weit detailliertere Regelungsnotwendigkeit etwa bzgl. Betäubungskontrolle und Reaktionszeit zwischen Betäubung und Entblutung bereits auf Verordnungsstufe zur Folge. Zudem wäre unter der Voraussetzung, dass angelernte Laien die Schlachtung durchführen können, der Verzicht auf eine amtstierärztliche Kontrolle nicht haltbar.</p> <p>Allein unter der Voraussetzung, dass eine profund ausgebildete Person diese für den Schutz der Tiere höchst kritischen Punkte durchführt, können spezifische Auflagen etwa zu Gerätschaften, Vorrichtungen, Nachbetäubung etc. in der einzelfallbezogenen kantonalen Bewilligung erfolgen und kann auf eine Überwachung durch einen Amtstierarzt oder eine Amtstierärztin verzichtet werden.</p> <p>Unter geltender Gesetzgebung bewilligte Betriebe, die die Hof- oder die Weideschlachtmethode anwenden, betäuben und töten ihre Tiere ausschliesslich unter folgenden Anforderungen: Ein ausgebildeter Metzger ist</p>	<p>Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4<sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</p>

	beim gesamten Schlachtprozess zugegen. Die Metzgerausbildung als fundierteste Ausbildung in diesem Bereich umfasst auch die Wissensvermittlung zu Betäubung, Betäubungskontrolle und Entbluten.	
Art. 9a Abs. 3	<p>VP begrüsst die amtstierärztliche Überwachung von Abschuss und Entblutungsvorgang im Rahmen der Weideschlachtung.</p> <p>Sofern nur gut ausgebildete Personen (Art. 177 Abs. 2 oder 3 TSchV) Hofschlachtungen durchführen dürfen, erachtet VP den Verzicht auf eine analoge amtstierärztliche Kontrolle in diesem Bereich als gerechtfertigt – andernfalls wäre eine entsprechende Überwachung hingegen von grösster Bedeutung.</p> <p>Unklar bleibt in Bezug auf die Weideschlachtung, wer den Entblutungsschnitt durchführt: Die Entblutung von Nutz- und Wildtieren kann nicht gleichgesetzt werden. Eine fachgerechte Entblutung etwa von Rindern ist nicht Bestandteil der Jagdausbildung. Soll der Jäger die Entblutung durchführen, hat er eine Zusatzausbildung durchzuführen. Andernfalls müsste eine entsprechend ausgebildete Person ergänzend beigezogen werden, was in der Verordnung zu klären wäre (vorzugsweise unter Art. 9a Abs. 2 lit. a).</p>	
Art. 44 Abs. 1 <sup>bis</sup>	<p>Hilfstätigkeiten bei der amtlichen Fleischkontrolle sollen neu ohne Ausbildung verrichtet werden dürfen – dazu gehört auch etwa das Aussortieren toter Tiere. Unklar ist, was mit verletzten oder moribunden Tieren passiert. Die Beurteilung, ob ein Tier tot ist, erfordert ebenso Fachkenntnisse wie der korrekte Umgang mit verletzten oder sterbenden Tieren.</p> <p>Angesichts des sensiblen Bereichs, in dem sich die Schlachtung von Tieren bewegt und aufgrund der in letzter Zeit häufiger bekannt gewordenen Skandale auch in Schweizer Schlachtbetrieben erachtet VP eine Lockerung der Vorschriften als falsches Signal und in keiner Weise als angemessen. VP lehnt diese Bestimmung daher ab.</p>	streichen
Art. 44 Abs. 2	Gemäss den Erläuterungen des BLV ist es in Betrieben mit geringer Kapazität nicht erforderlich, dass während der gesamten Dauer der Schlachtung eine amtliche Tierärztin oder ein amtlicher Tierarzt anwesend ist. Diese Vorgabe soll daher künftig ausschliesslich für Grossbetriebe gelten. Dieser Auffassung ist zu widersprechen – aus Tierschutzsicht ist nicht	

	<p>einzusehen, warum entsprechende Kleinbetriebe gegenüber Grossbetrieben sowie gegenüber der Hof- und Weideschlachtung (vgl. die Anmerkung zu Art. 9a Abs. 3) bevorzugt behandelt werden sollten. Die Tötung von Tieren ist mit besonderen Risiken verbunden, die einer behördlichen Überwachung bedürfen. Darauf allein aus Praktikabilitätsgründen zu verzichten, geht in die falsche Richtung.</p>	
<p>Art. 53 Abs. 1 Bst. i</p>	<p>Eine unterschiedliche Handhabung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nur dann begründbar, wenn die Hofschlachtung ausschliesslich durch eine gut ausgebildete Person gemäss den Vorgaben von Art. 177 Abs. 2 lit. b oder 3 TSchV durchgeführt werden darf, die das Betäuben, die Betäubungskontrolle und das Entbluten einwandfrei beherrscht. Siehe Kommentar und Änderungsvorschlag zu Art. 9a Abs. 2 lit. a. Nur unter dieser Voraussetzung ist ein Verzicht auf eine amtliche Überwachung bei der Hofschlachtung denkbar.</p>	

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**Allgemeine Bemerkungen**

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA endlich mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Die muttergebundene Kälberaufzucht (MGKA) ist ohne Zweifel die artgemässeste Form der Milchproduktion. Sowohl für die Mutterkuh wie auch das Kalb stellt sie aus Tierschutzsicht das Optimum dar. Aber auch Haltungsformen, bei welchen Ammentiere eingesetzt werden, stellen schon einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der konventionellen Aufzucht ohne jeglichen direkten Kontakt zu Mutter oder Amme dar. VP begrüsst daher die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- und ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) verkehrsfähig ist. In diesem Sinne plädiert VP dafür, sowohl die rechtliche Benachteiligung der MGKA gegenüber Milch aus "mutterloser Produktion" aus dem Weg zu räumen, als auch die aktive Förderung dieser tierfreundlicheren Produktionsformen (sowohl mutter- wie auch ammengebundene Systeme) im Rahmen von staatlichen Tierwohlprogrammen sicher zu stellen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>VP begrüsst die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht (MGKA) verkehrsfähig ist.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen ersatzlos gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.</p>


<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 5 Bst. b und c	VP begrüsst die geplante Regelung, dass die Deklaration von in der Schweiz verbotener Produktion im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung erscheinen muss.	
Art. 5 Abs. 1 Bst. a und c, d Einleitungssatz, e und f	VP begrüsst diese Anpassung ausdrücklich.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerische Branchenorganisation für Kartoffeln  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : swisspatat  
Adresse, Ort : Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Christine Heller  
Telefon : 031 385 36 50  
E-Mail : heller@swisspatat.ch  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	6
6	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	7
7	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	7
8	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	8
9	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	8
10	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	9

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Swisspatat vertritt als Schweizerische Branchenorganisation für Kartoffeln die Interessen der gesamten Kartoffel-Wertschöpfungskette von der Produktion bis hin zum Konsumenten. Die Mitglieder von Swisspatat sind VSKP (Vereinigung Schweizer Kartoffelproduzenten), SCFA (Swiss Convenience Food Association) und Swisscofel (Verband des Schweizer Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels).

Da die Kartoffelbranche von einigen Änderungen betroffen ist, erlauben wir uns, an der Vernehmlassung zu Stretto 3, Revision Verordnungsrecht 2019, teilzunehmen, obwohl wir nicht direkt eingeladen wurden. Wir beschränken uns jedoch auf die Punkte, die unsere Branche direkt oder indirekt betreffen.

Generell halten wir fest, dass wir einer Kompatibilität mit dem Lebensmittelrecht der EU grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Sie gewährt, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen oder unnötigen Handelshemmnissen kommt. Allerdings stellen wir auch fest, dass die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen in der EU oft wenig benutzerfreundlich dargestellt, bzw. dokumentiert sind.

Wir wünschen uns darum, dass bei der Übernahme oder bei Verweisen auf EU-rechtliche Bestimmungen in unseren Verordnungen der Benutzerfreundlichkeit eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Dies führt faktisch zu mehr Rechtssicherheit und liegt darum nicht nur im Interesse der gewerblichen Lebensmittelbetriebe, sondern mindestens ebenso im Interesse eines verhältnismässigen Vollzugs.

Wir bitten Sie zudem zu beachten, dass bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen, wo immer dies möglich ist, auf eine Ausdehnung von administrativen Auflagen und auf zusätzliche Gebühren und Abgaben für die Betriebe verzichtet werden soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Argumente und Anträge.

Freundliche Grüsse  
swisspatat



Urs Reinhard, Präsident



Christine Heller, Geschäftsführerin

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs.3 und 4	Wir wünschen uns eine anwenderfreundlichere Redaktion des Artikels. Anstelle von Verweisen auf Fussnoten oder EU-Verordnungen sollen die entsprechenden Begriffe hier aufgeführt werden.	Begriffsdefinitionen direkt in Abs. 3 und 4 einfügen oder eine andere benutzerfreundlichere Lösung wählen (z.B. ein direkter Link auf das relevante Dokument).
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4;	Wir unterstützen die vorgesehene Regelung, dass Lebensmittel, die zwar mit GVO-veränderten Mikroorganismen hergestellt wurden, die jedoch nach Abschluss des Herstellungsverfahrens keine GVO mehr enthalten, als "neuartige Lebensmittel" gelten sollen. In Bezug auf Kriterien für die Deklaration "ohne Gentechnik hergestellt" wünschen wir diese Regelung nicht nur für tierische, sondern sinngemäss auch für pflanzliche Erzeugnisse.	Änderung übernehmen – auch für pflanzliche Lebensmittel
Art. 90	Voranmeldepflicht von Import-Sendungen, die im Flugverkehr aus Drittländern , an den Flughäfen Zürich und Genf eintreffen: Wir respektieren im Grundsatz, dass hierfür die Regeln der EU übernommen werden müssen. Wir beantragen jedoch die Einrichtung eines elektronischen Meldesystems, welches Verspätungen der Sendungen - mithilfe von Flugnummern - automatisch berücksichtigt.	Einverstanden unter der Voraussetzung, dass ein benutzerfreundliches, internet-basiertes Anmelde-system/Portal eingerichtet wird, welches auch automatische Funktionen enthält (z.B. Verspätungs-meldungen von Flügen). Das System soll dem Empfänger zudem frühzeitig mitteilen, ob und wenn ja wo ein Augenschein der Ware erfolgen muss. Zudem sollte mit den Kontrollorganen der wichtigsten Lieferländer eine Akkreditierung/Anerkennung der Ausfuhr-Inspektionen angestrebt werden, welche eine erneute Kontrolle bei Ankunft der Erzeugnisse an den Schweizer Flughäfen unnötig machen.
Art. 39, Bst d	Offenverkauf: Die Pflicht zur Angabe eines Verbrauchsdatums für besonders leichtverderbliche Lebensmittel im Offenverkauf, die bis zum Verzehr gekühlt werden müssen, erscheint uns unnötig bzw. der Aufwand dafür unangemessen.	Anstelle eines ständig anzupassenden Verbrauchs-datums sollen für den Offenverkauf ein pauschaler Hinweis auf der unmittelbar befüllten Packung, oder auf

		der Etikette oder als mündliche oder schriftliche Auskunft am Verkaufspunkt genügen: "Gekühlt aufbewahren / zu verbrauchen bis spätestens xx Std. nach Erwerb"
--	--	---

3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9, Abs.3	Den kontrollierten Betrieben soll in allen Fällen auch eine Kopie der Kontroll-Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden. Ggf. auf elektronischem Weg.	Die kontrollierten Betriebe erhalten stets eine Kopie (d.h. "auf Verlangen" streichen).
Art.12	Wir erachten eine koordinierende Rolle des BLV für den Vollzug durch die Kantone als sinnvoll und wünschenswert. Es soll in den Betrieben - unabhängig vom Kanton - mit "gleicher Elle gemessen" werden.	Gleichbehandlung erwünscht.
Art. 13, Abs.1	Ein einheitlicher Vollzug durch die Kantone ist erwünscht	Ein in allen Kantonen einheitlicher Vollzug ist erwünscht.



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 und Anhang 1 und Art. 8, Bst. d	Es ist nicht einzusehen, weshalb Betriebe der Primärproduktion, welche vor- und nachgelagerte Aktivitäten wie Verarbeitung, Aufbereitung, Lagerung und Handel aufweisen, nur alle 8 bzw. 10 Jahre kontrolliert werden, während die Frequenz auf den gewerblichen Betrieben mit gleichen bzw. vergleichbaren Tätigkeiten und Risiken zwischen 2 und 4 Jahren (also bis zu 4x höher) liegt.	Wir beantragen bezüglich der Kontrollfrequenzen eine Gleichbehandlung von gewerblichen Betrieben und Primärproduktions-Betrieben mit gleichen Aktivitäten (Handel, Lagerung, Verarbeitung, Abgabe an Konsumenten usw.). In beiden Fällen sollen die Kontroll-Frequenzen risikobasiert festgelegt werden.
Artikel 10-17	Eine ungleiche Behandlung von gewerblichen und Primärproduktions-betrieben mit gleichen Aktivitäten lässt sich heute nicht mehr rechtfertigen. Die unterschiedlichen Bestimmungen sind zudem wettbewerbsverzerrend.	Wir beantragen die Gleichbehandlung von gewerblichen Betrieben und Primärproduktions-Betrieben mit gleichen Aktivitäten (Handel, Lagerung, Verarbeitung, Abgabe an Konsumenten usw.).

#### 5 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 – 7	Wir unterstützen die Einführung von Einfuhrtoleranzen für spezifische Rückstandshöchstgehalte ausdrücklich für jene Fälle, in denen dieser Wert mit der Guten Anwendungspraxis (GAP) im Herkunftsland übereinstimmt. Die Kompetenz für die Festlegung der Werte soll beim BLV liegen.	Anpassung unbedingt übernehmen.

## 6 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a	<p>Eine Klärung ist erforderlich, ob diese Vorschrift für Betriebe zur Anwendung kommen soll, welche entweder Produkte gemäss Anhang 11 "herstellen" oder solche, die sie "in Verkehr bringen", oder ob Betriebe gemeint sind, die gleichzeitig beide Tätigkeiten ausüben?</p> <p>Wir lehnen eine Einführung dieser Vorschrift für jene Betriebe ab, welche diese Produkte ausschliesslich «in Verkehr bringen».</p>	<p>Formulierung anpassen / präzisieren</p> <p>Keine Anwendung für Betriebe, die diese Produkte nur «in Verkehr bringen»</p>

## 7 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>Wir wünschen uns eine benutzerfreundliche Verordnung.</p> <p>Die Integration der Begriffe direkt in Artikel 2, statt in einem Anhang, wäre darum hilfreich.</p>	Integration der Begriffe direkt in Art. 2
Art. 4, Abs. 5, Bst. c	<p>Wir wenden uns nicht gegen eine Angabe der Nettofüllmengen. Wir beantragen aber, auf die Bedingung zu verzichten, wonach diese Angabe zwingend im 'Sichtfeld der Sachbezeichnung' stehen muss.</p> <p>Die Möglichkeiten, auf bestehenden Etiketten zusätzliche Informationen in leserlicher Form anzubringen, sind in vielen Fällen schon heute weitgehend ausgeschöpft.</p>	Offen lassen, wo auf der Packung die Nettofüllmenge anzugeben sei.
Art. 19, Abs. 2 Bst. b	<p>Wir befürworten die Erweiterung der Ausnahme (Dispensation) von der Pflicht einer Warenlosangabe auf alle im Offenverkauf angebotenen Lebensmittel ausdrücklich.</p>	Unbedingt übernehmen

Anhang 2 Ziff.3	Wir beantragen, dass im Falle von ionisierten Gewürzen als Zutaten eines Lebensmittels auf diese Angabe verzichtet werden kann, wenn der Anteil dieser Gewürze insgesamt weniger als 0.5 Prozent der Masse des Lebensmittels ausmacht (analoge Regelung wie die Toleranz von max. 0.5 Massenprozent für GVO).	Verzicht auf eine Deklaration der "Ionisierung", wenn die ionisierten Zutaten (Gewürze) weniger als 0.5% der Lebensmittelmasse ausmachen.
-----------------	---	---

## 8 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3	Wir befürworten neben der bestehenden Zulassung von E300 (Ascorbinsäure) eine zusätzliche Zulassung von E501 (Kaliumcarbonat) als Stabilisator und Säureregulator für geschältes, zerkleinertes und/oder geschnittenes verzehrfertiges Obst und Gemüse, sowie für geschälte, ansonsten jedoch nicht weiter verarbeitete Kartoffeln ausdrücklich.	Unbedingt umsetzen.

## 9 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 6a	Wir unterstützen die Absicht ausdrücklich, dass das BLV bei der Beurteilung bereits vorhandene Ergebnisse und Erkenntnisse der EFSA berücksichtigen wird.  Wir wünschen uns vom BAFU - bei der Beurteilung von Risiken und Umweltverträglichkeit - ein gleiches Vorgehen (d.h. Einbezug und Berücksichtigung vergleichbarer Daten und Erkenntnisse aus der EU).	Berücksichtigung von vergleichbaren Erkenntnissen und Ergebnissen durch <u>alle</u> am Zulassungsverfahren beteiligten Stellen.

**10 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
66 Absatz 1 Bst. C und Absatz 4	Die Einführung einer Branchenrichtlinie darf nicht zu ungleichen Behandlung bzw. zur Benachteiligung führen von Betrieben, welche die Hygieneanforderungen bzw. die GHP auf andere Weise gewährleisten.	Gleichbehandlung von Betrieben bzw. Branchen mit und ohne Branchenrichtlinien.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Public Health Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SPH  
Adresse, Ort : Dufourstrasse 30, 3005 Bern  
Kontaktperson : Corina Wirth  
  
Telefon : 031 350 16 00  
E-Mail : [info@public-health.ch](mailto:info@public-health.ch)  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	10
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	10
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	15
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	18
9	EDI: Getränkeverordnung .....	20
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	22
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	24
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	27
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	31
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	32
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	33
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	34
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	36
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	38
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	43
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	44
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	45
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	46
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	47
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	48

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz dankt für die Möglichkeit, mit der Stellungnahme im Rahmen von Stretto III ihre Anliegen und Bemerkungen einbringen zu können. Im Lebensmittelgesetz von 2017 ist im Zweckartikel neu explizit die Information der Konsumentinnen und Konsumenten festgehalten. Dies neben dem Täuschungsschutz und auch dem Gesundheitsschutz.

#### 1. Verbesserte Nährwertdeklaration

Nach wie vor ist es gemäss dem Schweizer Lebensmittelrecht zulässig, Produkte mit einer sehr ungünstigen Nährwertbilanz mit Health claims aufzuwerten. Süssigkeiten, überzuckerte Frühstücksflocken, Süssgetränke etc. dürfen mit zugesetzten Vitaminen oder Ballaststoffen werben, obwohl sie keine ausgewogenen oder gesunde Lebensmittel sind. Wir fordern eine Beschränkung dieser Auslobung. Mit einer vereinfachten Nährwertkennzeichnung auf der Packungsvorderseite würde den Konsumentinnen und Konsumenten zudem ermöglicht, die Nährwerte eines Produktes auf einen Blick zu beurteilen. Eine gesetzliche Grundlage, um das französische System des «Nutri-Score» einzuführen, würde zudem verhindern, dass eine Vielfalt an solchen Nährwertkennzeichnungen auf dem Markt Fuss fasst und für Verwirrung statt für Orientierung sorgt.

#### 2. Herkunftsdeklaration der Rohstoffe

Public Health Schweiz unterstützt die Forderung der Konsumentenschutzorganisationen, dass die Herkunft der wichtigsten Rohstoffe bei verarbeiteten Produkten deklariert wird und fordert auch für die Schweiz eine verbesserte Deklaration ohne Ausnahmen und Schlupflöchern.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Täuschende Auslobung «Ohne Gentechnik hergestellt»

Public Health Schweiz schliesst sich hier der Meinung der Konsumentenschutzorganisationen in weiten Teilen an:

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

- Konsumentinnen und Konsumenten erwarten, dass eine Auslobung «Ohne Gentechnik hergestellt» der Wahrheit entspricht und bei tierischen Lebensmitteln auch das Futter und dessen Bestandteile ohne Gentechnik hergestellt wurden. Da dies offenbar mit der vorliegenden Regelung nicht der Fall ist, **täuscht diese Kennzeichnung** die Konsumentinnen und Konsumenten ganz offensichtlich.
- Diese offensichtliche und bewusste Konsumententäuschung widerspricht auch dem **Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes**, welcher auch den Schutz vor Täuschung beinhaltet.
- Zudem fehlt der Umsetzung der Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") **die gesetzliche Grundlage**. Auch wenn die Motion vom Parlament angenommen wurde, fehlt eine **Anpassung des Lebensmittelgesetzes**, welche ebenfalls durch das Parlament erfolgen müsste.

Der Konsumentenschutz ist deshalb überzeugt, dass der Verzicht auf diese Auslobung die Konsumenten vor Täuschung bewahrt und auch der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft entgegenkommt, da die klare Aussage, dass die Schweizer Landwirtschaft gentechfrei ist, nicht in Frage gestellt wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15, Abs. 2 Bst. a	Der Konsumentenschutz ist damit einverstanden, dass <b>GVO-Fermenter-Produkte in Zukunft als novel food</b> und nicht mehr als GVO bewilligt werden. Das Bewilligungsverfahren darf jedoch nicht dahingehend missinterpretiert werden, dass die aus diesem Verfahren entstandenen Fermenter-Produkte in einem Prozess entstanden sind, welche ein Gentechnik-Verfahren beinhaltet.	



	<p>Diese Neudefinierung muss jedoch mit folgenden Massnahmen begleitet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <p><b>1. Transparenz: Das BLV führt eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</b></p> <p>Die Konsumenten müssen auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können, wie dies zur Zeit mit der BLV-GVO-Webseite und der Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte der Fall ist. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGVL). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> <li> <p><b>2. Biosicherheit: Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</b></p> <p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VGVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> </li> <li> <p><b>3. Lebensmittelsicherheit: Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel</b></p> </li> </ol>	
--	--	--

	<b>(ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b>	
Art. 31, Abs. 3	Wir begrüßen, dass Bewilligungsgesuche für Produkte, welche in irgendeiner Form mit Hilfe von Gentechnik produziert wurden, nicht nur vom BLV, sondern auch vom Bundesamt für Umwelt BAFU geprüft werden. Es ist jedoch nicht ausreichend, dass einzig die Umweltgefährdung überprüft wird - die Unbedenklichkeit für Mensch und Tier bedarf ebenso einer gründlichen Analyse.	Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Gefährdung <b>von Mensch, Tier und Umwelt</b> nach <b>aktuellem</b> Stand der Wissenschaft ausgeschlossen werden kann.
Art. 31 Abs 5 Bst c	Die Formulierung ist unpräzise. Es muss klar definiert sein, dass keinerlei Rückstände von gentechnisch veränderten Mikroorganismen vorhanden sein dürfen.	...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie Risiken für die tierische und und menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
Art. 37 Abs 4	<b>Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt»</b> Der Konsumentenschutz steht einer Deklaration "ohne Gentechnik hergestellt" ablehnend gegenüber. Dies aus mehreren Gründen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es besteht bereits eine Möglichkeit und eine entsprechende Regulierung, um gentechfreie Produkte auszuzeichnen. Diese stellt zwar hohe Anforderungen, ist jedoch freiwillig und für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschend.</li> <li>- Es ist bekannt, dass bei den tierischen Produkten, die mit dieser Auszeichnung versehen werden sollen, bei den Futtermittelzusätzen (Enzyme, Vitamine, etc.) Gentechnik zum Einsatz kam. Die Zusätze selbst enthalten zwar keine Gentechnik mehr, für die Herstellung der Vitamine, Enzyme etc. wurde jedoch ein gentechnisches Verfahren eingesetzt. Eine explizite Auslobung als «gentechnikfrei» ist folge dessen also täuschend für die Konsumentinnen und Konsumenten.</li> <li>- Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben</li> <li>- Es ist uns bewusst, dass bereits importierte Produkte auf dem Schweizer Markt anzutreffen sind, welche eine solche GVO-frei-Deklaration aufweisen. Mit einer ähnlichen Schweizer Lösung würde der Markt jedoch nicht übersichtlicher und für den Konsumenten</li> </ul>	Bisherige Bestimmungen zur Deklaration von gentechfreier Produktion beibehalten, auf die Umsetzung der Motion von Jacques Bourgeois (15.4114) ist zu verzichten. Art. 35 Abs. 5 LGV ist zu streichen.

	<p>vollkommen unklar, was es bedeutet, wenn ein Produkt <i>keine</i> Kennzeichnung aufweist.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es wird darauf verzichtet, die möglichen Formulierungen für den Hinweis auf die Gentechnik-Freiheit zu definieren. Dies lässt Spielraum für jegliche Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen.</li> <li>- Die Einschränkungen, welche vorgesehen werden sollen, sind ausgesprochen vage: Es ist nicht klar, wer bestimmt, ob die Futtermittelzusatzstoffe noch in gentechnikfreier Qualität vorhanden sind und ob die Stoffe für eine bedarfsgerechte Versorgung tatsächlich erforderlich sind.</li> <li>- Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>- Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte zusätzlich für Verwirrung sorgen.</li> <li>- Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal der Schweizer Landwirtschaft könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</li> <li>- Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</li> </ul> <p>Wir sehen keine wesentlichen Verbesserungen gegenüber dem letztmals diskutierten Kennzeichnungsvorschlag und lehnen deshalb diese Kennzeichnungsmöglichkeit ab.</p>	
--	--	--

	<p>Aus unserer Sicht wäre eine Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit Hilfe von gentechnisch verändertem Futtermittel produziert wurde, die einzige, wirklich hilfreiche Kennzeichnung für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die Schweizer Landwirtschaft soll ihre gentechnikfreie Landwirtschaft in globo bewerben statt einzelne, tierische Lebensmittel. Allenfalls kommt eine Kennzeichnung in Frage, welche präzisiert, dass ausschliesslich die pflanzlichen Teile des Tierfutters gentechfrei sind.</p>	
Art. 39 Abs. 2 Bst. a	Wir begrüßen die Behebung dieses Fehlers und die Auflistung der Laufvögel.	
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Es ist im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten, dass das Verbrauchsdatum bei leicht verderblichen Produkten auch im Offenverkauf angegeben werden muss. Dies verschafft den Konsumenten einen besseren Überblick und kann nicht nur zur Lebensmittelsicherheit, sondern auch zur Vermeidung von Foodwaste beitragen.	
<b>Änderung der VIPaV</b>		
Art. 2 Bst. b Abs. 1	<p>Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Streichung des Hinweises "alkoholhaltiges Süssgetränk" auf den entsprechenden Getränken aus. Dies mag als Schritt zur Harmonisierung mit der EU Gesetzgebung angesehen werden, solange jedoch nicht alle für die Konsumentinnen und Konsumenten vorteilhaften EU-Bestimmungen harmonisiert sind, darf eine solche Schutzbestimmung nicht mit diesem Argument gestrichen werden.</p> <p>Solche Getränke sprechen mit ihrem stark süssen Inhalt und in der Aufmachung speziell das jugendliche und junge Kundensegment an. Diese Getränke führen Jugendliche erwiesenermassen an den Alkoholkonsum heran.</p> <p>Mit dem Hinweis «alkoholhaltiges Süssgetränk» werden die Jugendlichen zumindest unmissverständlich darauf hingewiesen, dass sie ein alkoholhaltiges Getränk kaufen und konsumieren.</p>	Beibehalten

	Gemäss Cassis-de-Dijon-Prinzip sollen Ausnahmen beibehalten werden, wenn es um den Gesundheitsschutz geht.	
--	---	--

<b>3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung</b>		

<b>4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<p><b>Unabhängige Kontrollen</b>  Public Health Schweiz begrüsst die Anpassungen in der Verordnung über den nationalen Kontrollplan, vermisst jedoch klarere Anforderungen an die Unabhängigkeit der Kontrolleure. Wir übernehmen die Vorschläge der Konsumentenschutzorganisationen für die Art. 9 und 19.</p>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 9	<p><b>Delegation der Kontrollen</b>  Die kantonale Vollzugsstelle hat insbesondere darauf zu achten, dass privatrechtliche Stellen die notwendige Unabhängigkeit aufweisen, um Kontrollaufgaben übernehmen zu können.  Angesichts der Bedeutung dieser Unabhängigkeit ist dies explizit als Aufgabe der Kontrollbehörde aufzuführen, wenn sie Kontrollaufgaben auswärts vergibt.</p>	<p>2 Privatrechtliche Stellen müssen <b>unabhängig sein</b> und gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996<sup>9</sup> nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen»<sup>10</sup> akkreditiert sein.</p>
Art. 19	<p><b>Informations- und Datenbeschaffung</b>  Angesichts der verheerenden und sich immer weiter ausbreitenden Antibiotika-Resistenzen begrüssen wir es, dass das BLW und BLV entsprechende Überwachungs- und Informationsinstrumente vorsehen.</p>	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

**Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:**

#### Lebensmittelsicherheit

Eine unabhängige Überwachung und Kontrolle der Schlachtvorgänge ist aus Sicht des Konsumentenschutzes zwingend für die Lebensmittelsicherheit und damit die Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten.

#### Hof- und Weideschlachtung

Der Konsumentenschutz begrüsst, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit Nutztiere nicht mehr zwingend im Schlachthof getötet werden müssen, sondern unter bestimmten Bedingungen auch Hof- und Weideschlachtungen zulässig sind. Dies erspart den Tieren belastende Transporte und den Stress im Schlachthof.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	<p>Der Konsumentenschutz ist damit einverstanden, dass Hof- und Weideschlachtungen zulässig werden, da vielen Konsumentinnen und Konsumenten das Tierwohl am Herzen liegt. Gerade beim Transport und der Schlachtung sind die Bedingungen für die Tiere aber oftmals nicht tiergerecht, sie sind einem grossen Stress ausgesetzt. Mit Hof- und Weideschlachtungen kann dieser Stress weitgehend und lange Transporte ganz verhindert werden.</p> <p>Es ist jedoch wichtig, dass die Hof- und Weideschlachtungen nur unter den unter Artikel 9a beschriebenen Voraussetzungen durchgeführt werden dürfen. Neben dem fach- und tiergerechten Schlachtvorgang ist zudem darauf zu achten, dass Unbeteiligte nicht Zeuge der Schlachtung werden.</p>	
Art. 28 Abs. 2	<p>Um das Leiden der verletzten oder kranken Tiere möglichst kurz zu halten, sind wir einverstanden, dass ein Bestandestierarzt die Bescheinigung ausstellt, ob ein Tier schlacht- oder transportfähig ist. Da zwischen dem Tierhalter und dem Bestandestierarzt eine kommerzielle Beziehung besteht, darf dies nur in definierten, seltenen Fälle geschehen.</p>	





## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

#### Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

Pestizidrückstände sind für die Konsumentinnen und Konsumenten absolut unerwünscht, eine strenge und transparente Handhabung dieses Problems ist deshalb unerlässlich. Public Health Schweiz begrüsst, dass die Höchstgehalte auf der Website des BLV veröffentlicht werden, damit sie rasch angepasst werden können. Die Liste muss jedoch so in der Website eingefügt werden, dass sie rasch auffindbar ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
13b	<p><i>Art. 13b</i> Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... Lebensmittel, die der Änderung vom ... nicht entsprechen, dürfen noch bis zum [1 Jahr] nach bisherigem Recht eingeführt und hergestellt und noch bis zum Abbau der Bestände an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden,</p> <p>Dieser Artikel ist unserer Meinung nach nicht tolerierbar, wenn eine Gesundheitsgefährdung der Konsument*innen vorliegen könnte; Konsument*innen haben keine Möglichkeit, eine informierte Wahl zu treffen und sich gegen Gesundheitsrisiken zu schützen.</p>	<p>In bewilligten Ausnahmefällen, und wenn keine Gesundheitsgefährdung vorliegt, dürfen Lebensmittel, die der Änderung vom ... nicht entsprechen, noch bis zum [1 Jahr] nach bisherigem Recht eingeführt und hergestellt und noch bis zum Abbau der Bestände an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden</p>
Anhang 1 Tabelle 3	<p><b>Tabelle 3 Erzeugnisse pflanzlicher und tierischer Herkunft, für die Rückstandshöchstgehalte gelten</b></p> <p><b>verarbeitete Lebensmittel</b> Public Health Schweiz verlangt, dass die Kategorie der verarbeiteten Lebensmittel beibehalten wird. Es werden immer mehr verarbeitete Lebensmittel importiert, es ist folglich ein Widerspruch, diese Produkte nicht mehr explizit aufzuführen.</p>	<p>Nicht streichen Verarbeitete Lebensmittel beibehalten</p>
Anhang 2	<p>Wir können uns damit einverstanden erklären, dass die Tabelle mit den Rückstandshöchstgehalten auf der Website des BLV veröffentlicht wird. Sie muss allerdings einfach auffindbar sein, auch für interessierte Konsumentinnen und Konsumenten. Zudem dürfen Änderungen in den Höchstgehalten nicht stillschweigend vorgenommen werden, sondern den Konsumentenorganisationen sowie interessierten oder involvierten Kreisen bekannt gemacht werden</p>	



## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

#### Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

##### Höchstmengenkonzept

Wir begrüssen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

##### Stillen stärker in den Vordergrund stellen

**Public Health Schweiz** vermisst in den Bestimmungen zur Säuglingsanfangsnahrung und Beikost klarere Bestimmungen, welche das Stillen als natürliche und gesündeste Form der Ernährung für Babys in den Vordergrund stellen.

Hingegen begrüssen wir die klaren und besseren Bestimmungen zur Information und Deklaration von Tagesrationen für gewichtskontrollierenden Ernährung.

Art. 21	<p><b>Kennzeichnung: Nährwertdeklaration</b></p> <p>Public Health Schweiz bedauert, dass es weiterhin möglich sein soll, zugesetzte Vitamine oder Mineralsalze in der Babynahrung auszuloben. Solche Hinweise können den Anschein erwecken, dass sie gesundheitliche Vorzüge gegenüber der hausgemachten Kost oder gegenüber den Konkurrenzprodukten aufweisen würden.</p> <p><b>Wir verlangen, dass solche Zusätze nicht auf der Packungsvorderseite ausgelobt, sondern lediglich im Zutatenverzeichnis aufgeführt werden dürfen.</b></p>	<p><b>Art. 21 neu</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>Zugesetzte Vitamine und Mineralstoffe dürfen nicht auf der Packungsvorderseite ausgelobt werden.</b></li> </ol>
Art. 22a	<p><b>Informationsmaterial der Anbieter und Hersteller</b></p> <p>Stillende Mütter benötigen Unterstützung und Informationen, um ihr Baby erfolgreich und lange zu stillen. Insbesondere bei Startschwierigkeiten ist</p>	

	<p>Beratung und Unterstützung sehr wichtig. Daran scheint es immer noch zu mangeln, denn lediglich die Hälfte der Mütter stillt ihr Baby voll bis zum 4. Monat.</p> <p>Entsprechend skeptisch ist Public Health Schweiz gegenüber den Informationen der Anbieter und Hersteller – auch wenn vordergründig zum Stillen geraten wird, ist doch ein klares kommerzielles Interesse dahinter.</p> <p>Wir erachten auch die Formulierung als sehr zwiespältig: Es tönt so, als seien die Anbieter oder Hersteller verpflichtet, solche Informationen zu erstellen.</p> <p>Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint es aber mehr so zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird.</p>	
Art. 22a, Abs 1	Die Vorgabe, dass das Informationsmaterial der Hersteller und Vertreiber die Empfehlungen des BLV übernehmen muss, reicht unserer Ansicht nach nicht aus. Es ist notwendig, dass das Informationsmaterial vom BLV gesichtet und auf seine Korrektheit hin überprüft und bewilligt werden soll.	1 Das Informationsmaterial von Herstellern und Vertreibern beinhaltet die Empfehlungen des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern <b>und wird vom BLV überprüft.</b>
Art. 22a, Abs 2	Es braucht eine Präzisierung, dass die Informationen alle diese Hinweise, welche in den Buchstaben a bis d aufgeführt werden, enthalten müssen.	2 Dieses schriftliche oder audiovisuelle Informationsmaterial, das die Ernährung von Säuglingen betrifft und sich an Schwangere oder Mütter von Säuglingen und Kleinkindern richtet, muss klare Informationen über <b>alle folgenden</b> Punkte enthalten:
Art. 22a, Abs 3	Neben der unsachgemässen ist auch die unnötige Verwendung unbedingt zu erwähnen => ergänzen in Abs. 3	und vor allem die Gefährdung der Gesundheit durch <b>unnötige oder</b> unsachgemässe Verwendung von Säuglingsanfangsnahrung
Art. 22a, Abs 4	Logo und Namen des Unternehmens darf nicht in Verbindung gebracht werden mit dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, mit dem Logo oder Namen des Bundes oder einer medizinischen Einrichtung wie einem Spital.	
Anhang 11	<p><b>Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe in den für Erwachsene zulässigen Höchstmengen</b></p> <p>Public Health Schweiz zweifelt an der Annahme, dass nur ein Nahrungsergänzungsmittel oder eine Sportlernahrung pro Tag zu sich genommen wird. Dafür gibt es keine Belege.</p> <p>Das neue Höchstmengensystem basiert auf der Verpflichtung, dass Warnhinweise auf mögliche Risiken hinweisen. Wichtig ist es deshalb, dass diese ohnehin anspruchsvollen Warnhinweise verständlich sind. Wir fordern daher, dass sie in der Sprache des Verkaufsortes angebracht werden.</p>	<b>Warnhinweise (kursiv), Hinweis auf spezifische Zielgruppe, Verwendungsbedingungen, in der Sprache des Verkaufsortes</b>
Anhang 11 Natrium	<p><b>Höchstmenge für Natrium</b></p> <p>Sportlergetränke werden sehr oft von Jugendlichen konsumiert, an Stelle von Limonaden oder Süssgetränken. Wird die Höchstmenge von Natrium aufgehoben, besteht das Risiko, dass diese Jugendliche zu viel Natrium</p>	Höchstmenge für Natrium beibehalten

	konsumieren. Der Konsumentenschutz verlangt deshalb, diese Limite beizubehalten.	
--	--	--

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

#### Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

Public Health Schweiz vermisst hier gewisse Bestimmungen zum Täuschungsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Diese sind beizufügen, bzw. beizubehalten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32	<b>Definition Milch</b> Mutterkuhhaltung, welche durch diese Definition ermöglicht werden soll, entspricht der Vorstellung vieler Konsumentinnen und Konsumenten von einer artgerechten Tierhaltung. Die Öffnung dieser Bestimmung, welche auch nur ein einmaliges Melken pro Tag ermöglicht, darf jedoch nicht auf Kosten der Qualität der Milch und der Tierhaltung gehen. Insbesondere darf die Bestimmung nicht Hand dazu bieten, dass die Kühe weniger gemolken werden und damit das Risiko von Euterentzündungen und Antibiotikabehandlungen ansteigt.	
Art. 59	<b>Stärke im Fertig-Fondue</b> Fondue ist ein typisch schweizerisches Gericht, dadurch rechtfertigt sich auch eine Sonderbestimmung. Zudem dient die Beschränkung des Stärkegehaltes der Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten und ist deshalb sinnvollerweise beizubehalten.	Beibehalten: <sup>2</sup> Fertig-Fondue darf höchstens 30 g Stärke pro Kilogramm enthalten.
Art. 60	<b>Einteilung Fertig-Fondue</b> Auch diese Einteilung der Fonduearten gibt den Konsumenten eine wichtige Orientierung, welche durch die Angabe des Fettgehaltes alleine für zahlreiche Konsumenten nicht so aufschlussreich ist. Zudem entspricht die Einteilung auch der Käse-Kategorisierung	Beibehalten
Art. 62, Abs 1 und 4	Public Health Schweiz spricht sich dagegen aus, die Menge der Trockenmasse zu senken. Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist die Menge der Käsetrockenmasse ein Qualitätsmerkmal gegenüber importierten Käse und sollte nicht einfach so aufgegeben werden. Eine Angleichung an die Importware kann deshalb kontraproduktiv wirken.	Beibehalten: <sup>1</sup> Die Trockenmasse (T) des Endproduktes muss zu mindestens <b>750 g/kg</b> aus Käsetrockenmasse bestehen.
Art. 62, Abs 5	Die Aufhebung der Bestimmungen zu GUB/GGA wirken sich nachteilig auf die Konsumentinnen und Konsumenten aus. Unter dem Namen einer	Beibehalten

	<p>Käsespezialität können so Mischungen verkauft werden, welche die Konsumenten nicht erwarten – sie laufen so Gefahr, getäuscht zu werden.</p> <p>Wir sprechen uns deshalb gegen die Aufhebung dieser Bestimmungen aus.</p>	
--	--	--

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

**Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:**

#### Alcopops

Public Health Schweiz spricht sich dagegen aus, dass die wichtigen Informationen zu Alkohol und Alkoholgehalt vorne auf den süssen alkoholischen Getränken nicht mehr vorgeschrieben sein sollen. Dies ist eine wichtige Information zum Schutz der Gesundheit von jungen Konsumentinnen und Konsumenten und ist deshalb trotz Cassis-de-Dijon-Prinzip beizubehalten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.5	Konsumentinnen und Konsumenten erwarten nicht, dass ein Mineralwasser aus verschiedenen Quellen zusammengemixt wird. Auch in der EU wird Mineralwasser nicht so definiert, dass es aus verschiedenen Quellen stammen kann.	<i>Art. 5 Abs. 1 und 3</i> 1 Natürliches Mineralwasser ist mikrobiologisch einwandfreies Wasser, das seinen Ursprung in einem unterirdischen Quellvorkommen hat. Es wird aus einer <del>oder mehreren</del> natürlichen oder künstlich erschlossenen Quellen gewonnen. <del>3 Stammt ein natürliches Mineralwasser aus mehreren Quellen, so muss seine physikalisch-chemische Zusammensetzung konstant bleiben.</del>
Art. 10 Abs.3	Siehe Erläuterungen oben, die Möglichkeit, Mineralwasser aus mehreren Quellen zusammen zu mischen, muss gestrichen werden.	3 Natürliches Mineralwasser aus einer <del>oder mehreren</del> Quellen darf nicht unter mehreren Handelsbezeichnungen in den Handel gebracht werden.
Art. 62	<b>Zusätzliche Kennzeichnung für süsse alkoholische Getränke</b> Der Hinweis, dass das Getränk Alkohol enthält sowie die Angabe des Alkoholgehaltes ist eine wichtige Angabe, insbesondere da sie gut sichtbar vorne auf dem Produkt angebracht werden muss (im Sichtfeld der Sachbezeichnung). Ausnahmen zum Cassis de Dijon-Prinzip machen Sinn, wenn sie dem Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten dienen. In diesem Fall ist dies gegeben, insbesondere zum Schutz der jungen Konsumenten. Der Konsumentenschutz spricht sich deshalb für die Beibehaltung der Bestimmung aus.	Artikel beibehalten
Art. 64	<b>Anforderungen</b> Zu den ursprünglichen Zutaten zu Bier werden immer mehr Zutaten verwendet, die mit der ursprünglichen Form von Bier nicht mehr viel gemeinsam haben. In der Werbung werden jedoch oft die Ursprünglichkeit und die Tradition der Bierbrauerei in den Vordergrund gestellt. Umso	Falls mehr Zutaten als Wasser, Hopfen und Malz in einem Bier verwendet werden, müssen diese deklariert werden.



	<p>wichtiger ist es, dass die Konsumenten über die Zusammensetzung des Bieres informiert werden.</p> <p>Falls eine obligatorische Zutatendeklaration auch beim Bier vorgesehen wird, kann sich Public Health Schweiz mit der Streichung dieses Artikels einverstanden erklären.</p>	
Art. 66	<p><b>Zusätzliche Kennzeichnung</b></p> <p>Zu den ursprünglichen Zutaten zu Bier werden immer mehr Zutaten verwendet, die mit der ursprünglichen Form von Bier nicht mehr viel gemeinsam haben. In der Werbung werden jedoch oft die Ursprünglichkeit und die Tradition der Bierbrauerei in den Vordergrund gestellt. Umso wichtiger ist es, dass die Konsumenten über die Zusammensetzung des Bieres informiert werden.</p> <p>Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.</p> <p>Falls eine obligatorische Zutatendeklaration auch beim Bier vorgesehen wird, kann sich Public Health Schweiz mit der Streichung dieses Artikels einverstanden erklären</p>	Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

**Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:**

#### Höchstmengenkonzept

Wir begrüssen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

#### Tägliche Einnahme von NEM: Zweifelhafte Annahme

Die neuen Berechnungen gehen davon aus, dass eine Person lediglich ein Nahrungsergänzungsmittel pro Tag konsumiert. Diese Berechnung ist unter Umständen naiv. Die Untersuchungen Trends in vitamin, mineral and dietary supplement use in Switzerland. The CoLaus study ; P. Marques-Vidal, P. Vollenweider, G. Waeber 2017 hat gezeigt, dass Konsumentinnen und Konsumenten, welche auf Nahrungsergänzungsmittel Art ansprechen, auch mehrere pro Tag konsumieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 7, Bst. f	Die neuen Berechnungsgrundlagen gehen davon aus, dass eine Person pro Tag nur ein Nahrungsergänzungsmittel aufnimmt. Dies ist jedoch keinesfalls immer der Fall. Ein Hinweis auf den Produkten, die Zusätze in einer täglichen maximalen Dosierung pro Tag enthalten, soll davon abraten, weitere Produkte zu konsumieren.	Enthält ein Produkt die tägliche, maximale Dosis an Vitaminen oder Mineralsalzen, soll auf dem Produkt davon abgeraten werden, ein weiteres Nahrungsergänzungsmittel zu konsumieren.

<p>Art. 3, Abs. 7, Bst. e</p>	<p><b>Verständliche Hinweise</b> Will man sichergehen, dass die Hinweise ihre Funktion erfüllen und verstanden werden, müssen sie in der Sprache der Verkaufsregion verfasst sein.</p>	<p>e. die Warnhinweise oder der Hinweis auf die spezifische Zielgruppe oder die Verwendungsbedingungen nach Anhang 1, <b>verfasst in der Sprache der Verkaufsregion.</b></p>
-----------------------------------	--	--

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

#### Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an: Bisphenol A

Die Schweiz hat die [europäische Verordnung 2018/213](#) vor kurzem übernommen, so dass die Höchstmenge an Bisphenol A in Konservendosen von 0,6 mg / kg auf 0,05 mg / kg begrenzt wurde. Wie die europäische Verordnung fordert auch der Konsumentenschutz, dass keine Migration von Bisphenol A in Säuglings- und Kleinkindernahrung erlaubt ist. Kleine Kinder reagieren besonders sensibel auf hormonaktive Substanzen. Diese Beschränkungen sollten auch für andere Formen von hormonaktivem Bisphenol gelten.

#### Hormaktive Substanzen

Public Health Schweiz fordert auch, die Exposition der Verbraucher gegenüber endokrinen Disruptoren allgemein zu begrenzen, indem das von der [EFSA und der ECHA](#) entwickelte Leitliniendokument zur Identifizierung von endokrinen Disruptoren angepasst wird. Neben hormonaktiven Substanzen, welche sich auf die Fortpflanzung und die Entwicklung des Kindes auswirken, sind obesogene Disruptoren besonders besorgniserregend.

#### Stoffgemische

Der Cocktaileffekt aufgrund der Exposition von mehreren Substanzen ist ein Hauptanliegen der Konsumentinnen und Konsumenten. Da die EFSA eine [Methode](#) zur Bewertung der ernährungsbedingten Exposition gegenüber mehreren Kontaminanten entwickelt hat, fordert der Konsumentenschutz, dass dies im Schweizer Lebensmittelrecht berücksichtigt wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Absatz 2, Bst. d	<b>Ermittlung der Höchstgehalte</b> Buchstabe d umfasst alle Substanzen, welche gemäss dem <a href="#">EFSA-Konzept</a> (Chemische Gemische) interagieren. Der Konsumentenschutz verlangt, diese Bestimmung nicht zu streichen, aber mit den richtigen Begrifflichkeit zu ergänzen.	d.  die bekannten kumulativen oder synergistischen Interaktionen von <b>Kontaminanten</b> , die auf gleiche biologische Systeme im menschlichen Organismus wirken;
Art. 5° und 5b	Public Health Schweiz begrüsst die Aufnahme dieser beiden Artikel, welche die Lebensmittelsicherheit erhöhen. Analog der EU werden damit sinnvolle Massnahmen zum Schutz der Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten ergriffen. Public Health Schweiz regt zudem an, der Gastronomie ebenfalls Leitlinien für die gute Verfahrenspraxis inklusive visuellen Unterstützungen zur Verfügung zu stellen.	

	Die Leitlinien zur guten Verfahrenspraxis sollen zudem öffentlich gemacht werden <del>insbesondere die Konsumentenorganisationen sollen Zugang zu diesen Dokumenten erhalten.</del>	
Anhang 3	<p><b>Cadmium</b></p> <p>Public Health Schweiz begrüsst die Aufnahme von Höchstmengen an Cadmium in Schokolade. Es ist allerdings nicht verständlich, weshalb im Grundsatz die EU-Höchstwerte übernommen werden, jedoch für für Schokolade mit einem Kakaoanteil von über 70 % ein solcher von 0.9 mg/kg festgelegt wird und damit ein höherer Anteil als in der EU zugelassen wird. Wir verlangen, dass die EU-Höchstwerte konsequent und ohne Ausnahme übernommen werden.</p>	Schokolade mit $\geq 70\%$ Gesamtkakaotrockenmasse 0,9 mg/kg
Anhang 3	<p><b>Nickel</b></p> <p>Public Health Schweiz spricht sich gegen die Streichung des Höchstgehaltes von Nickel aus. Die EFSA hat eine Die EFSA ermittelte einen sicheren Höchstwert, die sogenannte tolerierbare tägliche Aufnahmemenge (<i>Tolerable Daily Intake</i> – TDI), von 2,8 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht (<math>\mu\text{g/kg KG}</math>). Sie hält zudem fest, dass die derzeitige chronische ernährungsbedingte Exposition gegenüber Nickel für die Allgemeinbevölkerung Bedenken aufwerfe. Von daher macht es Sinn, insbesondere bei Getränken auf Sojabasis eine Höchstgehalt einzuführen. Diese werden auch oft von Kindern konsumiert, so dass sie einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind.</p>	Nickel: Getränke auf Sojabasis
Anhang 4	<p><b>Höchstgehalte für 3-Monochlorpropan-1,2-diol (3-MCPD) und Glycidylfettsäureester in Lebensmitteln</b></p> <p>Wir begrüssen die Einführung von Höchstgehalten für 3-Monochlorpropan-1,2-diol (3-MCPD) und Glycidylfettsäureester in Lebensmitteln. Insbesondere für Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung und Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder ist diese Massnahme wichtig.</p>	
Anhang 11	<p><b>Acrylamid</b></p> <p>Public Health Schweiz begrüsst die Einführung von Zielwerten für den Acrylamidgehalt. Der Konsumentenschutz fordert jedoch, diese möglichst nach unten anzupassen und sie denjenigen der EU anzugleichen, sobald diese in Kraft treten. Zahlreiche Unternehmen zeigen, dass es möglich ist, Produkte mit tieferen Acrylamid-Werten zu produzieren.</p>	



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

#### Offenverkauf

Mit dem vorliegenden Vorschlag verlieren die Konsumentinnen und Konsumenten das Anrecht auf wichtige Informationen im Offenverkauf: Es muss auch weiterhin gewährleistet bleiben, dass die Herkunftsangabe Fleisch und Fisch auch dann gewährleistet ist, wenn es als Hackfleisch (Fleisch- oder Fischhamburger) oder Kebab angeboten wird.

#### Produktionsland und Nährwertkennzeichnung

Die Revision der Lebensmittelinformationsverordnung soll auch dazu genutzt werden, um Versäumnisse der bei der Ausarbeitung der Lebensmittelgesetzgebung aufzuholen: So muss die Angabe des Produktionslandes stärker eingegrenzt werden, damit eine offene und für die Konsumenten nichtssagende, weiträumige Angaben nur dann erlaubt sind, wenn belegt werden kann, dass eine präzisere Angabe nicht möglich ist. Bei den Anforderungen an die Nährwertkennzeichnung muss zudem ergänzt werden, dass Zucker und gesättigte Fettsäuren nicht freiwillig angegeben werden können, sondern zwingend aufgeführt werden müssen. Diese Abweichung zur EU-Gesetzgebung ist nicht nachvollziehbar und enthält den Konsumenten wichtige Informationen vor.

#### Vereinfachte Nährwertkennzeichnung: Nutri-Score

Die bisherige, gesetzlich verlangte Nährwertkennzeichnung ist für viele Konsumentinnen und Konsumenten zu komplex und zu aufwändig. Public Health Schweiz verlangt zusammen mit zahlreichen Konsumenten- und Gesundheitsorganisationen deshalb eine vereinfachte Information auf der Vorderseite der Produkte. Der französische Nutri-Score hat sich in Frankreich bewährt, bietet eine vereinfachte, aber doch differenzierte Kennzeichnung und wird auch von den Konsumentinnen und Konsumenten gemäss einer Umfrage der Allianz der Konsumentenorganisationen bevorzugt. In der Lebensmittelgesetzgebung und insbesondere in der Lebensmittelinformationsverordnung muss verankert werden, dass der Nutri-Score verbindlich angegeben werden muss. Dies auch, um zu verhindern, dass verschiedene, zum Teil verwirrende Kennzeichnungen auf dem Markt Fuss fassen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 5 Bst. b	<b>In der Schweiz verbotene Produktionsmethoden</b> Public Health Schweiz begrüsst ausdrücklich, dass in der Schweiz verbotene Produktionsmethoden im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung aufgeführt werden müssen. Die gängige Praxis ist die, diese Information irgendwo auf der Rückseite zu verstecken. Wie in den Erläuterungen richtig festgehalten wird, sind die Konsumentinnen und Konsumenten an einer tiergerechten Produktionsweise und damit an dieser Information sehr interessiert.	

Art. 4, Abs. 5, Bst. c	<b>Mengenangabe</b> Auch die Aufwertung und Sichtbarmachung dieser für die Konsumenten wichtige Information begrüssen wir ausdrücklich.	
Art. 5, Abs. 1, Bst. a	<b>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere</b> Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnetzeltes kaum gemeint).  Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist diese Information jedoch sehr wichtig, besonders bei Fleisch und tierischen Produkten.  Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss. Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.  Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.  Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.  Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.	Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen: "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei: 1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar." 2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."
Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3	Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.	Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV: "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."
	<b>Angabe des Produktionslandes</b>	



Art. 15, Abs. 4	<p>Es ist unverständlich, wieso die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz weniger gut über die Herkunft der Produkte informiert werden sollen, als sie 1995 waren. Die technischen Möglichkeiten sind heute viel ausgeklügelter als damals, um die Herkunft zu verfolgen und aufzuzeigen. Zudem zeigt der <a href="#">Eurobarometer</a> vom April 2019, dass die Herkunft das wichtigste Kaufkriterium für die Konsumenten ist.</p> <p>Public Health Schweiz verlangt deshalb, dass die Möglichkeit, übergeordnete geografische Räume anzugeben, nur dann eingeräumt werden soll, wenn der Hersteller begründen kann, weshalb keine präzisere Angabe möglich ist.</p>	<p>Wenn der Hersteller belegen kann, dass keine präzisere Angabe des Produktionslandes möglich ist, kann anstelle eines Produktionslandes bei verarbeiteten Lebensmitteln ein übergeordneter geografischer Raum angegeben werden, wie «EU» oder «Südamerika».</p>
Art. 16, Abs. 3	<p><b>Angabe der Herkunft von Zutaten</b></p> <p>Die Herkunft von Fleisch und tierischen Produkten ist für die Konsumentinnen und Konsumenten von besonderer Bedeutung (siehe auch <a href="#">Eurobarometer</a>). Um unmissverständlich klar zu stellen, dass diese Information verbindlich angegeben werden muss, beantragen wir diese stilistische Änderung.</p>	<p><sup>3</sup> In Abweichung von Absatz 1 Buchstabe a ist bei in Artikel 1 VLtH<sup>1</sup> aufgeführten Zutaten tierischer Herkunft die Herkunft des Tieres <b>immer</b> anzugeben, wenn ihr Anteil am Enderzeugnis 20 Massenprozent oder mehr beträgt.</p>
Art. 17, Abs. 7	<p><b>Spezifische Angaben für Fleisch</b></p> <p>Wird der Absatz gelöscht, entfällt die Anforderung, das Fanggebiet der Fische anzugeben, die als Zutat in einem Lebensmittel enthalten sind. Damit diese wichtige Information für die Konsumenten nicht entfällt, ist entweder dieser Absatz beizubehalten oder diese Anforderung ist im Art. 15 einzufügen.</p>	
Art. 22, Abs. 2	<p><b>Erforderliche Angaben Nährwertdeklaration</b></p> <p>Der Gehalt an Zucker und gesättigten Fettsäuren ist eine wichtige Information für die Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere, da Zucker mittlerweile in wesentlichen Mengen in Produkten enthalten ist, in denen man es nicht erwartet.</p> <p>In Bezug auf Gesundheitsschutz, Informationspflicht und Äquivalenz zur EU-Gesetzgebung, welche diese beiden Angaben verlangt, ist es absolut notwendig, diese Information den Konsumentinnen und Konsumenten zwingend zur Verfügung zu stellen (siehe EU-Reglement 1169/2011). Public Health Schweiz verlangt deshalb die Streichung dieses Absatzes.</p>	<p>Streichen:</p> <p><del><sup>2</sup> Zulässig ist auch die Angabe nur des Energiewerts und des Gehaltes an Fett, Kohlenhydraten, Eiweiss und Salz.</del></p>
Art. 42 a	<p><b>Information über Rezepturanpassungen eines Lebensmittels</b></p> <p>Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist es kein Informationsgewinn, wenn bereits eine Reduktion von 5 % des Zucker- oder Salzgehaltes eines Lebensmittels ausgelobt werden kann.</p>	

	Public Health Schweiz verlangt deshalb die Angabe des tatsächlichen Gehaltes von Zucker oder Salz und nicht die Auslobung von minimen Rezepturanpassungen, die zudem schwer zu überprüfen sind.	
Anhang 2, Teil A, Ziffer 3	Public Health Schweiz begrüsst die Klärung, welche dieser Zusatz bringt.	



## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

### Genehmigungen transparent machen

Ein transparentes Zulassungsverfahren ist Voraussetzung für das Vertrauen der Konsumenten. Public Health Schweiz fordert eine angepasste, transparente Veröffentlichung der Daten, welche der Hersteller mit dem Gesuch für die Bewilligung eines neuartigen Lebensmittels eingereicht hat.

### Liste der zugelassenen Produkte, einschließlich der GVO-Produkte

Die Konsumenten müssen sich über alle Lebensmittel informieren können, welche in der Vergangenheit zugelassen wurden, auch wenn diese bereits seit längerem etabliert und bekannt. Dies gilt insbesondere für Produkte aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen (Vitamine usw.). Für die Konsumenten ist es wichtig, dass mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellte Lebensmittel, Zusatz- und Hilfsstoffe genehmigungspflichtig sind und eindeutig als GVO-Produkte aufgeführt und gekennzeichnet sind. Der Konsumentenschutz fordert daher einen einfachen Zugang zu einer vollständigen Liste zugelassener Waren und eine eindeutige Identifizierung von aus GVO gewonnenen Produkten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

### Zusatzstoffe in “vertikale Fleischspiesse”

Die Verbraucher erwarten nicht, dass dem Fleisch Phosphate zugesetzt werden. Im Offenverkauf bzw. an Ständen wird diese Information in der Regel auch nicht zur Verfügung gestellt, wodurch die Konsumenten über die Qualität des Fleisches getäuscht werden.

Public Health Schweiz spricht sich deshalb dagegen aus, dass diesem Fleisch Phosphat beigemischt werden darf.

### Nano-Titandioxid

Französische Forscher haben aufgezeigt, dass die Nanopartikel von Titandioxid einen Einfluss auf das Immunsystem haben und möglicherweise krebserregend wirkt. Deshalb soll in der Schweiz das Vorsorgeprinzip angewendet werden und die Zulassung dieses Zusatzstoffs widerrufen werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1a	<b>E171 Titandioxid</b> Titandioxid ist möglicherweise krebserregend, Frankreich hat beschlossen, diesen Zusatzstoff in Lebensmitteln ab 2020 zu verbieten. Dieser Schritt entspricht dem Vorsorgeprinzip, der Konsumentenschutz verlangt, dass die Zulassung auch in der Schweiz gestrichen wird.	<del>E171-Titandioxid</del>
Anhang 3 Kategorie 7	<b>E338-341 ; E343 ; E450-452</b> Public Health Schweiz spricht sich gegen die Möglichkeit aus, in vertikalen Fleischspiesen Phosphate beizugeben. Weder erwarten die Konsumenten solche Zusätze, noch würden sie im Offenverkauf entsprechend informiert. Sie würden über die Qualität des Fleisches getäuscht. Die EFSA hat kürzlich <a href="#">neue Empfehlungen</a> zu Phosphaten veröffentlicht. Gemäss diesen Empfehlungen macht es keinen Sinn, bei weiteren Lebensmittelgruppen die Zugabe von Phosphaten zu erlauben.	Streichen

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

#### Zusatz von Vitaminen in hochverarbeiteten Produkten

Hochverarbeitete Produkte, welche wegen dieser hochgradigen Verarbeitung eine tiefere Nährstoffqualität aufweisen, sollten unserer Ansicht nach nicht mit der Zugabe von Vitaminen, Mineralstoffen «aufgewertet» werden. Es darf den Konsumentinnen und Konsumenten durch ihre Zusammensetzung und ihre Aufmachung nicht vorgegaukelt werden, dass sie besser sind als unverarbeitete oder wenig verarbeitete Produkte. Den Konsumentinnen und Konsumenten fehlt noch immer eine Nährwertprofil, welches die nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben fassbar macht.

#### Höchstmengenkonzept

Wir begrüssen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen (siehe Begründung in den allgemeinen Bemerkungen). Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <b>Anhängen 1 und 2</b> "

Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen (siehe Begründung unter allgemeinen Bemerkungen). Aus diesem Grund ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.	Art.2 <sup>bis</sup> streichen
Art. 4 Abs. 4 Anhang 8	<b>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</b> Durch die Streichung des Anhangs 8 werden Toleranzwerte nicht mehr verbindlich festgelegt, sondern durch die Infoschreiben des BLV und den Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte beschrieben. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.	Anhang 8 beibehalten
Anhang 2	<b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b> Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren. So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.	<b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b>  Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.  In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

### Liste der Lebensmittel, in denen Aromen nicht zulässig sind

Die Aromatisierung von Lebensmitteln ist umstritten – sie täuscht über den wahren Geschmack eines Lebensmittels hinweg und kann unter Umständen auch Qualitätsmängel übertünchen. Zudem führen Aromen zu einer Vereinheitlichung und Verflachung des Geschmackserlebnisses. Aus Sicht des Konsumentenschutzes ist es wichtig, dem Einsatz von Aromen gewisse Schranken zu bieten. Dies hilft auch, die regionale, saisonale Vielfalt zu erhalten. Es gibt zudem aus der Sicht der Rechtssicherheit ebenfalls Gründe, die Liste mit den Lebensmitteln beizubehalten, denen keine Aromen beigelegt werden dürfen. Die neue Liste im Anhang 6 mit lediglich zwei Produktgruppen, bei denen Aromen ausdrücklich verboten sind, kann leicht so missinterpretiert werden, dass bei allen anderen Lebensmitteln nun Aromen erlaubt sind.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	<p><b>Liste der Lebensmittel, in denen Aromen nicht zulässig sind</b></p> <p>Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Streichung dieser Liste aus. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten nicht, dass auch Grundnahrungsmittel aromatisiert sind. Die Liste im Anhang 6, wie sie sich zurzeit präsentiert, gewährt eine gewisse Sicherheit, dass Milch, Brot, Butter etc. nicht aromatisiert und damit der Geschmack verfälscht wird.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen stimmt nicht, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktespezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden).</p> <p>Die Streichung der Liste kann auch so interpretiert werden, dass mit Ausnahme der Kindernährmittel bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind. Die Zugabe von Aromen kann zudem in bestimmten Fällen sogar zur Täuschung beitragen, etwa wenn mit Aroma im Fleisch unangenehme Gerüche oder Geschmäcker übertüncht werden.</p>	Ganzen Anhang 6 beibehalten



--	--	--

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

### Anpassung an EU-Bewilligungspraxis

Konsumentinnen und Konsumenten lehnen mehrheitlich gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, Lebensmittelverschwendung und –abfall ist möglichst zu vermeiden. Den Interessenkonflikt, der sich durch die Verunreinigung von in der EU bewilligten GVOs in importierten Lebensmitteln ergibt, erachten wir jedoch als überschaubar: Offenbar mussten in den letzten Jahren keine Lebensmittel wegen solchen Verunreinigungen vernichtet werden. Die meisten Verunreinigungen wurden in Importen aus den USA festgelegt, welche durch diese Anpassung nicht tangiert werden.

Eine erleichterte Bewilligungspraxis könnte zudem dazu führen, dass die Warenflusstrennung weniger sorgsam durchgeführt wird.

Public Health Schweiz gewichtet deshalb die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten klar stärker und spricht sich gegen die vereinfachte Bewilligungspraxis aus.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozesses beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.  ⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt</b>	<b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b>  Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn: a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u> , bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;

	<p><b>werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	
<p><b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b></p>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <p>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</p> <p>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b></p>	<p><b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>

	<p>Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.</p> <p><b>Argument 1:</b> <i>Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i></p> <p>Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.</p> <p><b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b></p> <p>Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln eines allfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
--	---	--

<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</b>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.</p>
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGVL.</b></p> <p>⇒ <b>Hingegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGVL ergänzt werden.</b></p> <p><b>Nach einer Streichung des Artikels 2 VGVL wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGVL erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGVL. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGVL ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 3	<b>Tiefgefrorenes Fleisch</b> Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist neben der Lebensmittelsicherheit die Qualität ein wichtiges Kriterium, gerade bei Fleisch und Fleischprodukten. Die Qualität kann jedoch beispielsweise dadurch beeinträchtigt werden, dass die Kühlkette nicht vollständig eingehalten wird. Wir erachten es deshalb als wichtig, dass die Einzelhandelsbetriebe nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Qualität gewährleisten müssen.	3 Fleisch und dessen Verarbeitungserzeugnisse, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unverzüglich tiefgefroren und andauernd tiefgefroren gelagert und transportiert werden. Vor dem Gefrieren ist erforderlichenfalls eine gewisse Reifungszeit zulässig. Einzelhandelsbetriebe sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit <b>und die Qualität</b> jederzeit gewährleistet bleiben.
Art. 66, Abs. 4 Anhang 1, Teil 3	<b>Richtwerte der Branchenleitlinien</b> Der Konsumentenschutz begrüsst, dass die Richtwerte der Branchenleitlinien öffentlich zugänglich sein sollen, bzw. veröffentlicht werden sollen. Die entsprechenden Informationsschreiben des BLV sollen jedoch auch online leicht auffindbar gemacht werden.	

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

Dass Kühe nicht mehr zweimal täglich gemolken werden müssen, darf nicht zu einer Beeinträchtigung des Tierwohls oder der Milchqualität führen. Aus unserer Sicht soll diese Lockerung in erster Linie ermöglichen, dass die Aufzucht der Kälber unter besseren Tierwohlbedingungen erfolgen kann.

Sie darf aber nicht dazu dienen, dass Kühe weniger gemolken werden und dadurch das Risiko von Euterentzündungen und damit Antibiotika-Behandlungen steigt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10, Abs. 1, Bst. h	<b>Streichung Bst. h – Verbot der Abgabe der Milch von Tieren, welche nicht zweimal pro Tag gemolken werden:</b> Der Konsumentenschutz kann sich mit dem Streichen dieses Absatzes einverstanden erklären unter dem Vorbehalt, dass das Tierwohl und die Milchqualität nicht beeinträchtigt werden.	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	Der Konsumentenschutz begrüsst die Einführung eines Höchstwertes für Perchlorat ausdrücklich.	

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Public Health Schweiz schliesst sich den Kommentaren und Forderungen der Konsumentenschutzorganisationen an:

### Sicherheit von importierten Lebensmitteln

Der Konsumentenschutz fordert, dass bei der Einfuhr von Lebensmitteln aus Drittländern der Grundsatz der maximalen Sicherheit zur Anwendung kommt. Ausnahmen müssen sehr zurückhaltend gewährt und nachvollziehbar begründet werden. Solche Ausnahmen dürfen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschen oder gar eine Gesundheitsgefährdung darstellen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Drogistenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SDV  
Adresse, Ort : Nidaugasse 15, 2502 Biel  
Kontaktperson : Andrea Ullius  
Telefon : 079 21 13 23  
E-Mail : a.ullius@drogistenverband.ch  
Datum : 21. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Drogistenverband bedankt sich recht herzlich, für die Möglichkeit zur aktuellen Vernehmlassung Stretto 3 Stellung beziehen zu können. Wir schätzen diese Zusammenarbeit sehr. Im speziellen möchten wir uns für den «Runden Tisch» bedanken, der über das neue Höchstmengenmodell informierte.

Generell gilt es zu sagen, dass der Fachhandel Drogerie und Apotheke beim Thema Nahrungsergänzungsmittel im Spannungsfeld von Lebensmittelrecht und Heilmittelrecht agiert. Während das Heilmittelrecht sehr restriktiv gehandhabt wird, sind die Leitplanken beim Lebensmittelrecht ziemlich weit gefasst. Dies führt immer wieder zu paradoxen Situationen, dass der Zweck des Gesundheits- und Täuschungsschutz ausgehebelt wird.

Wir begrüssen im Grundsatz das neue Höchstmengenmodell. Der Ansatz scheint uns durchaus plausibel. Auch die Verteilung Nahrungsergänzung/Lebensmittelzusatz macht aus unserer Sicht Sinn.

Generell sind wir der Meinung, dass Nahrungsmittelergänzungen in erster Linie zur Ergänzung bei Mangelernährung sowie bei einem erhöhten Bedarf (z.B. Sportler) eingesetzt werden sollen und nicht als therapeutische Präparate. Der Einsatz von Stoffen mit pharmakologischen, immunologischen oder metabolischen Hauptwirkungen (Vitamine, Spurenelemente und Mineralstoffe) bei gesundheitlichen Problemen sollte in Form von Heilmitteln stattfinden, die Swissmedic unterstellt sind. Hier müssen auch die Dosierungen entsprechend hoch sein.

Wir sind klar der Meinung, dass in Bezug auf zulässige Höchstmengen ein Abgleich zwischen Lebensmittelrecht und Heilmittelrecht stattfinden muss. Es darf nicht sein, dass plötzlich in Nahrungsergänzungsmitteln höhere Dosierungen erlaubt sind, als in Heilmitteln. Speziell problematisch ist aus unserer Sicht, dass bei gewissen Stoffen keine Höchstmengen mehr vorgesehen sind. Wir sind der Meinung, dass immer eine Höchstmenge definiert werden muss.

Aus unserer Sicht muss bei dieser Revision darauf geachtet werden, dass die Kosten/Aufwendungen für die Hersteller in Bezug auf neue oder angepasste Regulierungen nicht ansteigen dürfen. Es sind genügend lange Übergangsfristen einzuplanen, um Produkte nach alter Gesetzgebung abzuverkaufen und Neue zu entwickeln.

Weiter erachten wir es als problematisch, dass im Vollzug zu wenig auf die Einhaltung von Claims (erlaubte/unerlaubte/borderline), sowie den Täuschungsschutz (z.B. Aufmachung als Arzneimittel) Wert gelegt wird. Wir erachten es als sinnvoll hier klare Richtlinien zuhanden der Kontrollbehörden zu erlassen.

Da die Schweiz ihr Recht an die EU-Richtlinien anpasst, ist darauf zu achten, dass insbesondere der Schweizer Detailhandel die gleich langen Spiesse erhält, wie die EU-Unternehmen. Das neue Höchstmengen-Konzept wird die Märkte für ausländische Anbieter öffnen. Es besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen EU Recht und CH-Recht betreffend der Toleranzgrenzen bei der Analytik der deklarierten Werte. Dies hat mutmasslich zur Folge, dass Präparate aus der EU tendenziell höhere Werte auf der Produktetikette ausweisen, als Schweizer Erzeugnisse. Diese Ungleichbehandlung sollte mittels Anpassung der Verordnung eliminiert werden.

Der SDV unterstützt zudem die Stellungnahmen von ASSGP und SVKH. Bei einigen Artikeln haben wir die jeweiligen Kommentare und Anträge übernommen. Ansonsten verzichten wir auf Anträge bei einzelnen Artikeln.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3	<p>Wir übernehmen die Argumentation von SVKH:</p> <p>Der Bereich der Nahrungsergänzungsmittel wurde in der Vergangenheit von den Kantonschemikern nur stiefmütterlich kontrolliert. Dies hatte zur Folge, dass der Markt der Nahrungsergänzungsmittel mit Produkten überschwemmt wurde, deren Inverkehrbringung nicht gesetzeskonform erfolgt ist. Viele Produkte führen Claims die nicht erlaubt sind. Vielfach wird den Kunden vorgetäuscht, dass es sich beim Nahrungsergänzungsmittel um ein Arzneimittel handelt.</p> <p>Es ist rechtstaatlich nicht haltbar, dass Arzneimittel, bei denen hohe Auflagen gelten, minutiös kontrolliert werden und dass die kantonalen Behörden bei Nahrungsergänzungsmitteln, bei denen tiefere Hürden gelten, nahezu untätig bleiben. Die Verpflichtung zu jährlich wiederkehrenden amtliche Kontrollen ist wichtig und richtig. Fehlen effektive Kontrollen, so wird derjenige belohnt, der sich nicht an die Gesetzgebung hält.</p> <p>Amtliche Kontrollen sorgen für einen fairen Wettbewerb, gleich lange Spiesse unter den Anbietern und haben eine abschreckende Wirkung für alle Inverkehrbringer, welche sich nicht an die Gesetzgebung halten. Finden Kontrollen statt, so können Exempel statuiert werden, die diesbezüglich disziplinierende Wirkung und die Täuschung der Kunden verhindern können.</p>	

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs 5		<p>Wir übernehmen den Antrag von ASSGP</p> <p>Die in Anhang 1 festgelegten Höchstmengen für Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe dürfen pro empfohlene tägliche Verzehrsmenge nicht überschritten werden. Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe für welche keine Höchstmenge festgelegt ist, dürfen nicht in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrsmenge eingesetzt werden. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmengen sind in Anhang X festgelegt.</p>
Anhang 1	<p>Wir übernehmen den Kommentar von ASSGP</p> <p>Ergänzung in der Spalte «<i>Warnhinweise</i> (kursiv), <i>Verwendungsbedingungen</i>» bei allen Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen, für welche keine Höchstmenge pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge festgelegt wird (→ Eintrag in der Spalte «für Erwachsene zugelassene Höchstmengen pro empfohlener täglicher Verzehrsmenge» = «keine»).</p>	<p>Wir übernehmen den Antrag von ASSGP</p> <p>«Die Verwendung in einer pharmakologisch, immunologisch oder metabolisch wirksamen täglichen Verzehrsmenge ist verboten» Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrsmengen sind in Anhang X festgelegt.»</p>
Anhang 1	<p>Wir übernehmen den Kommentar von ASSGP</p> <p>Es stellt sich bezüglich der neu vorgeschlagenen Höchstmenge für Magnesium von 350 mg anstelle von bisher 375 mg die Frage, ob diese geringfügige Änderung um 7% in Anbetracht des Aufwandes für die Anpassung der bereits im Markt verfügbaren Produkten wirklich sicherheitsrelevant ist. Wenn dies nicht der Fall ist schlagen wir vor die Höchstmenge für Magnesium wie bisher bei 375 mg zu belassen.</p>	<p>Wir übernehmen den Antrag von ASSGP</p> <p><del>350mg</del> 375mg</p>


**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 2		Wir übernehmen den Antrag von ASSGP  Für den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen gelten pro Tagesration nach Anhang 7 die Höchstmengen nach Anhang 1
Anhang 1	Wir übernehmen den Kommentar von ASSGP  Um eine Dosierung im pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Bereich ausschliessen zu können und mit Blick auf die Annahme zum durchschnittlichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln ist eine zulässige Höchstmenge für alle Vitamine und Mineralstoffe, welche Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen festzulegen. Diese soll für Vitamine und Mineralstoffe, welche gemäss Vorschlag keine Begrenzung haben würden, bei maximal 1% RDA liegen.	



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : GalloSuisse – Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GalloSuisse  
Adresse, Ort : Burgerweg 22, 3052 Zollikofen  
Kontaktperson : Edith Nüssli  
Telefon : 031 915 35 48  
E-Mail : [nuessli@gallosuisse.ch](mailto:nuessli@gallosuisse.ch)  
Datum : 26. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	17
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts und benutzen gerne die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die wichtigsten Punkte im Überblick:

- GalloSuisse begrüsst, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Eierproduzenten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.
- Seit Jahren ist in der Branche die Deklaration eines Mindesthaltbarkeitsdatum von 31 Tage Usanz. Die paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels PAKO befürchtet, dass die Reduktion auf 28 Tage unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste) fördert. Gerne würde sich die Branche mit Ihnen austauschen, wie eine Deklaration gestaltet werden kann, um Lebensmittelverschwendung möglichst zu vermeiden.
- Die Beschränkung von gesundheitsbezogenen Angaben auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da gerade Eier sehr gesund sind und durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.
- Die Verarbeitung von Eiern zu Eiprodukten ist ein wichtiger Faktor für die Stabilisierung des Eiermarkts. GalloSuisse unterstützt deshalb die Anliegen der Eiproduktehersteller unter Punkt 15 und 19.

Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

GalloSuisse

Daniel Würigler, Präsident

Edith Nüssli, Leiterin Geschäftsstelle

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

GalloSuisse begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Das ist unbefriedigend. Die Eierproduzenten erwarten deshalb, dass die Revision rasch umgesetzt wird.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass Importeure möglicherweise von Hühnern gelegt worden sind, die mit GVO-Futtermitteln gefüttert wurde, im Unterschied zu Schweizer Eiern, die von Hühnern stammen, die von GVO-frei gefüttert wurden. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

GalloSuisse ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. GalloSuisse schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht von GalloSuisse eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	GalloSuisse geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert GalloSuisse nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht von GalloSuisse akzeptabel	---
Art. 31 Abs 5	GalloSuisse begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	GalloSuisse begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Eierproduzenten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.	

	<b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht von GalloSuisse nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt GalloSuisse ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung von GalloSuisse ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht von GalloSuisse daher nicht verhältnismässig.	GalloSuisse lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	GalloSuisse ist sich bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht von GalloSuisse nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	GalloSuisse lehnt die Änderung ab.
Änderung VIPaV	GalloSuisse unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat GalloSuisse keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrünnen wir ausdrücklich. Wir begrünnen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrünnen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	« ... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie ... »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.	Hauptantrag: Streichen  Mindestantrag: § Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer

	So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefersperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**GalloSuisse fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht von GalloSuisse ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	GalloSuisse begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	GalloSuisse ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. GalloSuisse befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrativen Kontrollen ersetzt wird. GalloSuisse befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	



9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafter kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafter kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	GalloSuisse begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:

	<p>exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitation très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer. Es ist ebenfalls	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

GalloSuisse begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet GalloSuisse die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

### Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 2, Bst. I und Art. 7, Abs. 1	Wir unterstützen die vorgeschlagene Einführung von Einfuhrtoleranzen für spezifische Rückstandshöchstgehalte, sofern im anderen Land eine gute Pflanzenschutzpraxis oder Biozidpraxis besteht.	

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Seit Jahren ist in der Branche die Deklaration eines Mindesthaltbarkeitsdatum von 31 Tage Usanz. Die paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels PAKO befürchtet, dass die Reduktion auf 28 Tage unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste) fördert.

GalloSuisse stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käseemilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

<p>Art. 92 Abs. 4</p>	<p>Gemäss LIV ist das Mindesthaltbarkeitsdatum das Datum, bis zu dem ein Lebensmittel bei richtiger Aufbewahrung seine spezifischen Eigenschaften behält. Bei richtiger Aufbewahrung können Eier gut zwei bis drei Monate gelagert werden. Die Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft vom 23. November 2005, Stand 01.01.2014, enthielt richtigerweise keine spezifische Anforderung für das Mindesthaltbarkeitsdatum bei Eiern. Üblich ist in der Branche bis anhin ein Mindesthaltbarkeitsdatum von 31 Tagen ab Legedatum.</p> <p>Ein grosser Teil der Detailhandelspackungen sind mit der sachdienlichen Information für Konsumentinnen und Konsumenten „Empfehlung: Eier im Kühlschrank aufbewahren“ ausgestattet.</p> <p>Das Beschränken des Mindesthaltbarkeitsdatums auf 28 Tage nach dem Legen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• führt und fördert unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste).</li> <li>• trägt objektiv betrachtet nicht zu einer höheren Lebensmittelsicherheit bei.</li> <li>• und entbehrt nach unserem Kenntnisstand einer wissenschaftlichen Grundlage.</li> </ul> <p>Seit Jahren ist in der Branche die Deklaration eines Mindesthaltbarkeitsdatums von 31 Tage Usanz. Die paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels PAKO befürchtet, dass die Reduktion auf 28 Tage unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste) fördert. Gerne würde sich die Branche mit Ihnen austauschen, wie eine Deklaration gestaltet werden kann, um Lebensmittelverschwendung möglichst zu vermeiden.</p>	<p>Mindesthaltbarkeit auf 31 Tage festlegen und eine sinnvolle Deklaration unter Einbezug der Branche erarbeiten.</p>
-----------------------	--	---

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat GalloSuisse keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird von GalloSuisse begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -pätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für GalloSuisse sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da gerade Eier sehr gesund sind und durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassenen Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>GalloSuisse fordert, dass die Deklaration von Eiern und Fleisch in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>GalloSuisse plädiert auch dafür, dass im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</p> <p>Art. 1 Abs. 6 Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu) Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b 5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen: b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;</p>
	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft	<p>Art. 6. Abs. 1<sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und</p>

Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt GalloSuisse in Frage.	
Anhang 14	GalloSuisse bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel möglich sind und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Eier, Äpfel und viele mehr.	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
B Anwendungsliste	<p>Ergänzung, Ziffer 10.2 Eier und Eiprodukte, verarbeitet</p> <p>Darüber hinaus beantragen wir Ihnen, dass Ihr Amt bei der EU beantragt, den Zusatzstoff Triethylcitrat im Anhang der VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES als für Flüssigeiklar zulässig zu listen.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Zusatzstoff E 1505 war in der Schweiz über Jahrzehnte und bis inkl. Zusatzstoffverordnung vom 22. Juni 2007 für Eiweisspulver und pasteurisiertes Eiweiss zugelassen.</li> <li>2. Die Zugabe von Triethylcitrat für das hitzebehandelte Flüssig-Eiweiss hat sich in der Folge in der Schweiz über Jahrzehnte bewährt.</li> <li>3. Der Zusatzstoff resp. die Zugabe von Triethylcitrat vor der Pasteurisation resp. der Hitzebehandlung <b>stabilisiert die funktionellen Eigenschaften des ursprünglichen Eiweisses</b>, in unserem Falle Flüssig-Eiweiss, weitestgehend.</li> <li>4. Es entbehrt jeder Logik, weshalb es bei Trockeneiweiss zugelassen sein soll, nicht aber bei Flüssigeiweiss: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Über verschiedene EU-Eiprodukte-Hersteller konnten wir in Erfahrung bringen, dass E 1505 für Eiweiss in der EU eher unbekannt war.</li> <li>• Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb E 1505 erst im Jahr 2014 Eingang in die VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008 gefunden hat, allerdings nur für Trockeneiweiss.</li> </ul> </li> <li>5. Triethylcitrat gilt als gesundheitlich unbedenklich.</li> <li>6. Triethylcitrat ist der Alternative Aluminiumsulfat (E 520) auf jeden Fall vorzuziehen. <ol style="list-style-type: none"> <li>a) einerseits wird Aluminiumsulfat von allen angefragten namhaften Lebensmittel-Herstellern klar abgelehnt.</li> <li>b) andererseits wird Aluminiumsulfat mit Krebs-fördernd und Alzheimer in Verbindung gebracht.</li> </ol> </li> </ol>	<p>Ziffer: 10.2 Eier und Eiprodukte, verarbeitet E-Nr.: E 1505 Triethylcitrat Höchstmenge: GHP Bemerkungen / Fussnoten: Nur Flüssigeiklar und Trockeneiweiss</p> <p>Alternativ separate Aufzählung: E-Nr.: E 1505 Triethylcitrat Höchstmenge: GHP Bemerkungen / Fussnoten: Nur Flüssigeiklar für Eiklarschäume</p>

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten.	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder.

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4	.	
Art. 6a	GalloSuisse unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht von GalloSuisse konsequent, GalloSuisse unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	GalloSuisse opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	
Art. 57 Abs. 7	<p>Flüssig-Ei kann, ohne dass eine unmittelbare Gefahr besteht oder die Lebensmittelsicherheit geschmälert wird, auch erst nach z.B. 5 oder 10 Tagen einer Behandlung unterzogen werden, wenn es bei einer Temperatur von <math>\leq 4\text{ °C}</math> gelagert wird.</p> <p>Für die Eiverarbeitungsbetriebe besteht die Notwendigkeit für eine Ausnahme, das Flüssig-Ei innert 48h behandeln zu müssen. Praxis-Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>am Freitag um 09h00 wird für einen Kunden 1000 KG Eigelb getrennt und pasteurisiert.</li> <li>für das aus der Eiweiss-Eigelb-Trennung anfallende Eiweiss besteht am Tag der Trennung keine Verwendung. Es wird bei <math>\leq 4\text{ °C}</math> zwischengelagert.</li> <li>das zwischengelagerte Eiweiss wird am Dienstag der Folgewoche hitzebehandelt und in Verkehr gebracht.</li> </ul> <p>Variante 1: Nicht hitzebehandeltes Flüssig-Eiweiss wird u.a. für die Herstellung von Meringues verwendet. Es gilt sicherzustellen, dass diese Hersteller die Verordnung einhalten und erfüllen können.</p> <p>Variante 2: die Ausnahme zur Behandlung wird eingeschränkt auf die Eiverarbeitungsbetriebe.</p>	<p><b>Variante 1:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>nicht für die unmittelbare Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind und die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol> <p><b>Variante 2:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>im Eiverarbeitungsbetrieb zwischengelagert und vor dem Inverkehrbringen einer Behandlung nach Abs. 4 unterzogen werden, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol>

Art. 57 Abs. 9	Einzelhandelsbetrieben ist die Möglichkeit einzuräumen, im Detailhandel (z.B. Abholmärkte) erworbene Eiprodukte einzufrieren, dies analog von Art. 29 Abs. 3, 4bis und 4ter des Entwurfes.	Eiprodukte, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unmittelbar nach der Behandlung tiefgefroren werden. Einzelhandelsbetriebe sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.
----------------	--	---

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
GalloSuisse begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken (Art. 64).		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schaffhauser Bauernverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SHBV  
Adresse, Ort : Blomberg 2, 8217 Wilchingen  
Kontaktperson : Virginia Stoll  
Telefon : 052 681 13 66  
E-Mail : sekretariat@schaffhauserbauer.ch  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	12
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	17
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	18
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	19
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	19
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	20
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	20
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	20
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	20

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der SHBV begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein.

Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten und mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SHBV begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt. Der SHBV fordert, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, damit den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft, welchen tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.**

Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des SHBV eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der SHBV geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der SHBV nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Neu soll das BLV nur noch das BAFU für die Zulassung von GVO-LM konsultieren, bisher waren es BAFU und BLW. Vorschlag ist aus Sicht des SHBV akzeptabel	
Art. 31 Abs 5	Der SHBV begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	Der SHBV begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. <b>Wartefrist:</b> aus Sicht des SHBV ist es notwendig, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert	.

	<p>werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können. )</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p>	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	<p>Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des SHBV nicht mehr gewährleistet.</p>	<p>Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der SHBV ab.</p> <p>Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.</p>
Art. 85a Abs. 3	<p>Dem SHBV ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort unverzüglich soll deshalb gestrichen werden.</p>	<p>Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.</p>
Art. 90	<p>Erleichterungen beim Import sind aus Sicht des SHBV nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.</p>	<p>Der SHBV lehnt die Änderung ab</p>
Änderung VIPaV	<p>Der SHBV unterstützt diese Änderung.</p>	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der SHBV keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermittel nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben muss generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	<i>„...kontrollierten Betrieben auf Verlangen eine Kopie“</i>
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert und auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probeerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: <i>„Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.“</i>
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Kontrollen von Zerlegebetrieben separat behandelt wird, und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn diese für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandungen erfolgt. So oder so, der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt.	Hauptantrag: <i>Streichen</i>  Mindestantrag: <i>5 Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Art. 21 LGV42 bedürfen, Gebühren. Diese werden nach dem Grundsatz von Abs. 3 bemessen.</i>



Anhang 6	<p>Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests „BRThi- sense“ diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchlieferungen müssten die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.</p>	<p>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9 aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</p>
----------	---	---

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.  
Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich.  
Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

Der SHBV fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden.  
Aus Sicht des SHBV ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der SBV begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
Art. 3, let g Art. 12 Annex 1 liste 1 chi 1.1.2	Der SHBV ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der SHBV befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise eine Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird. Der SHBV befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und er/sie muss anwesend sein. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters oder der Bewirtschafterin kontrolliert wird.	Streichen
14, Abs.1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und er/sie muss anwesend sein. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters oder der Bewirtschafterin kontrolliert wird. Dies auch weil bei Kontrollen Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Art. 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i>5 (neu) Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>

15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Anhang1 Liste 3	Der SBV begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäsereien mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der SHBV begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der SHBV die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nicht akzeptiert, ebenso die neuen Gebühren pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung. Ebenfalls kategorisch abgelehnt wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten». Zusätzliche Gebühren sind für alle kleineren Schlachtbetriebe der Todesstoss!

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9, Abs.2 Bst.c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art.9a, Abs.1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art.9a, Abs.2 lit.a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine „fachkundige Person“ nach Art. 177 Abs, 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann. In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V. Art. 197 TSchV verfügen- dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Art. 177 Absatz 1 <del>bis</del> 2 lit. B oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen Tiere unter sicherer Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger oder Fachpersonal eines Schlachtbetriebes mit fachspezifischer berufsunabhängiger Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und Entbluten, geschossen werden.

Art.60, Abs. 5	Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung unabhängig von der Tierart zwischen drei bis sechs Rappen pro Kilogramm.	streichen <del>5-Pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung beträgt die Gebühr für die Untersuchung unabhängig von der Tierart zwischen drei bis sechs Rappen pro Kilogramm.</del>
Art. 60, Abs. 6	Nach Zeitaufwand beträgt die Gebühr für die Untersuchung unabhängig von der Tierart: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeit der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachttiere- und Fleischuntersuchungen.	streichen <del>6-Nach Zeitaufwand beträgt die Gebühr für die Untersuchung unabhängig von der Tierart: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeit der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachttiere- und Fleischuntersuchungen.</del>
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del>2 Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00-20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4-6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Land mehr festgestellt wurde, die Weiterführung auf Grund internationaler Vorgaben aber dennoch von Nöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	überprüfen
Art. 63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischuntersuchung begrüssen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8

**EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Die neue Definition der Milch mit einer Präzisierung wird begrüsst. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den SHBV kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	
32 Abs. 1	Wir begrüssen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- und ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff „normal“ in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe 1.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	<b>Art. 59 und 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.</b>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen die auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der SHBV keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schaffhauser Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung des SBV.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -pätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den SHBV sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der SHBV fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der SHBV fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></p> <p>Art. 1 Abs.6 Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu) <u>e. Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b 5 im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen: b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Art. 3 der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung: lbly</u></p>

Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der SHBV in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Der SHBV bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4		
Art. 6a	Der SHBV unterstützt die vorgeschlagene Regelung, da diese Lebensmittel ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen haben und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung bewertet wurden. Zudem handelt es sich nur um Toleranzen von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmung in LGV ist konsequent.	

Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Wenn für eine allfällige Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung bezogen werden kann, hat der SHBV nichts einzuwenden.	
---------------------------------------	--	--

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der SHBV einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Geflügelproduzentenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SGP  
Adresse, Ort : Flühlenberg 723, 3452 Grünenmatt  
Kontaktperson : Corinne Gygax, Geschäftsstelle  
Telefon : 034 461 60 75  
E-Mail : [info@schweizer-gefluegel.ch](mailto:info@schweizer-gefluegel.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	14
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	20
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	25



## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Schweizer Geflügelproduzentenverband SGP danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir schliessen uns vollumfänglich der Stellungnahme des SBV an.

Der SGP begrüsst, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SGP begrüsst, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der SGP fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem SGP ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Die SGP schlagen daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der SGP geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist akzeptabel	---
Art. 31 Abs 5	Der SGP begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	

Art. 37 Abs 4	<p>Der SGP begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des SGP wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des SGP nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der SGP ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des SGP ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des SBV daher nicht verhältnismässig.	Der SGP lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem SGP ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des SGP nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der SGP lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der SGP unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der SGP keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrünnen wir ausdrücklich. Wir begrünnen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrünnen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	« ... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie ... »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.	Hauptantrag: Streichen  Mindestantrag: § Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer

	So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefersperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Der SGP fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht des SGP ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der SGP begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Der SGP ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der SGP befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Der SGP befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafter kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafter kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<sup>2</sup> <del>Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	Der SGP begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:

	<p>exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitation très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer.	



## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der SGP begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der SGP die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; oder c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Der SGP stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den SGP kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der SGP keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung des SGP.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den SGP sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsverfahren deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der SGP fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der SGP fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)  <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lbly</u></i></p>



Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der SGP in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Der SGP bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4		
Art. 6a	Der SGP unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht des SGP konsequent, SGP unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Der SGP opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der SGP einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Der SGP begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Proviande  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
  
Adresse, Ort : Brunnhofweg 37, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Regula Kennel  
  
Telefon : 031 309 41 21  
  
E-Mail : [regula.kennel@proviande.ch](mailto:regula.kennel@proviande.ch)  
  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	6
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	9
9	EDI: Getränkeverordnung .....	10
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	10
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	10
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	11
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	12
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	12
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	12
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	13
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	13
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	13
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	14
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	14
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	15
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	15
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	16
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	16

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die Wertschöpfungskette Fleisch ist nur in Teilbereichen von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen. Proviande äussert sich nur zu denjenigen Punkten, welche die Fleischwirtschaft direkt betreffen. Die Beurteilung der übrigen Anpassungsvorschläge überlassen wir den jeweils betroffenen und für die jeweiligen Fragestellungen kompetenteren Kreisen.

Stretto 3 umfasst strukturelle Anpassungen und Anpassung von Begrifflichkeiten, gewichtige Erleichterungen aber auch Erschwernisse und zusätzliche Belastungen. Wir können nachvollziehen, dass mit Stretto 3 eine weitere Angleichung des schweizerischen Rechts an dasjenige der EU zum Abbau von Handelshemmnissen sowie zur Gewährleistung eines vergleichbaren Schutzes der Schweizer Konsumenten angestrebt wird. Wir verstehen aber nicht, warum bei den konkreten Vorschlägen zusätzliche, schweizspezifische Erschwernisse im Sinn eines «Swiss Finish» eingeführt werden sollen. Die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Lebensmittelwirtschaft würde damit in Anbetracht des bereits heute hohen Kostenniveaus unseres Landes noch mehr beeinträchtigt.

Wir bedauern, dass bei der Verwendung von fleischspezifischen Begriffen in Kombination mit veganen und vegetarischen Speisen die dringend notwendigen Anpassungen im Rahmen der vorliegenden Revision nicht vorgenommen werden. Klar ablehnend stehen wir den zusätzlichen Verschärfungen bei der Kennzeichnung gegenüber. Auch den geplanten Änderungen bei den Gebühren der Schlachtvieh- und Fleischuntersuchung stehen wir skeptisch gegenüber. Die vorgeschlagene Gebühreneinteilung mit unterschiedlichen Beurteilungskriterien und einer maximalen Verdoppelung der Gebühren für Arbeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeit sind so nicht verständlich und verlangen mehr Klarheit. Wir befürchten eine Ausweitung und Erhöhung der Gebühren. Dies wäre umso unverständlicher, dient doch auch die Schlachtvieh- und Fleischuntersuchung dem Zweck der Lebensmittelsicherheit. Gemäss Art 58 des Lebensmittelgesetzes sind Lebensmittelkontrollen bei keinen bzw. geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei.

Für eine Berücksichtigung unserer Argumente im Rahmen Ihrer der Überarbeitung der Entwürfe sind wir Ihnen schon im Voraus dankbar und verbleiben

mit freundlichen Grüssen  
Proviande

*\* Die in der vorliegenden Stellungnahme aufgeführten männlichen Formen schliessen immer auch die weibliche mit ein.*

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die nun vorgesehene Angleichung an die EU. Die neu mögliche Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» beseitigt einen gewichtigen Nachteil für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4, Bst. a, Ziffer 2 und Abs. 5	Die beabsichtigte Neuregelung in der Definition und Deklaration der GVO-Erzeugnisse wird ausdrücklich begrüsst. Dies ist insbesondere auch für Lebensmittel tierischer Herkunft wichtig, für deren Produktion der Einsatz von GVO-Futtermittelzusatzstoffen bzw. GVO-Tierarzneimittel, notwendig war. Mit der Möglichkeit, neu bei der Deklaration die Angabe «ohne Gentechnik hergestellt» zu verwenden, kann ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten und Verarbeiter gegenüber den Konkurrenten aus der EU aus der Welt geschafft werden.	-
Art. 39, Bst. d	Die Vorschriften zur Angabe von Mindesthaltbarkeits- und Verbrauchsdatum sind in der LIV, Art. 13, Abs. 2 und in der HyV bereits festgehalten. Eine spezifischere Bestimmung mit der LGV auf der Stufe einer Bundesratsverordnung festzuhalten, während die allgemeinere Vorgabe in der LIV auf der Stufe einer Departementsverordnung geregelt ist, macht aus unserer Sicht keinen Sinn.	Streichen

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 13, Abs. 1	Für die Durchführung von Audits wäre eine Ausrichtung auf einen zwischen den Kantonen vereinheitlichten Vollzug wünschenswert.	«... <u>Verordnung sowie einen einheitlichen Vollzug der einzelnen Kantone zu gewährleisten...</u> »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden. So kann diese selber eine vollumfängliche Beurteilung für das eigene Unternehmen vornehmen.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.  So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	Hauptantrag: Streichen  Mindestantrag: 5 Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die Erstellung eines einzigen Vollzugsplans für die gesamte Lebensmittelkette und die Integration der Bestimmungen der Primärproduktion in die vorliegende Verordnung.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

##### Allgemeine Bemerkungen

Als Branche, die wohl am meisten von der VSFK betroffen ist, stellen wir verschiedene Erleichterungen für die schlachtenden Betriebe fest. Die beabsichtigte Wiedereinführung der Schlacht tieruntersuchung von Tieren der Rindviehgattung auch im Herkunftsbestand sowie die nicht dauernd notwendige Präsenz des amtlichen Tierarztes bei Schlachtungen in Schlachtbetrieben mit geringer Kapazität stehen im Vordergrund. Die Schaffung von Ungleichheiten bei der Einführung der Hof- und Weideschlachtung im Vergleich zu den Anforderungen für Metzgereien (vor allem in baulicher und hygienischer Hinsicht), vor allem aber die vorgeschlagenen Änderungen bei der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung werden von Proviande in Frage gestellt. Ebenso lehnen wir die Absicht ab, die Möglichkeit zu bieten, die Untersuchungsansätze für Arbeiten ausserhalb der normalen Arbeitszeit bis maximal den doppelten Höchstarifen anzuheben.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Eine Definition der Weideschlachtung muss dem Art. 9a entsprechen, siehe Art. 9a	Ergänzen «... <i>Entbluten der Tiere <u>der Rindergattung</u> auf ....</i> »
Art. 9, Abs 2c	Wir akzeptieren die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	c. bewilligte und <i>unter Aufsicht</i> stehende Hof- und Weideschlachtungen

Art. 9a Abs. 2 lit. a	<p>Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.</p> <p>In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal hingegen über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung für die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V. m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.</p>	<p>Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> 2 i.V. m. Art. 197 TSchV der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtungen müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. <i>Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</i></p>
<p>Art. 60, generell</p> <p>Art. 60, Abs. 3, 5 und 6</p> <p>Art. 60, Abs. 4, 5, 6</p>	<p>Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.</p> <p>Die Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlacht tier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b></p> <p>Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.</p>	<p>Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,</p> <p>Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6</p> <p><sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlacht tier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.</p> <p><sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlacht tier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:</p> <p><sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung</p> <p><sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte;</p>

		b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachttier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 1	Integrieren in Art. 60, Abs. 6.	-
Art. 61, Abs. 2	Die erwähnten Ansätze für die Tätigkeiten im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Montag – Freitag, 6.00 – 20.00 Uhr) lehnen wir strikte ab. Die standardmässige Kontrolltätigkeit muss so organisiert sein, dass sie während den üblichen Arbeitszeiten vollzogen werden kann.	Streichen
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	Überprüfen

6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft		
Allgemeine Bemerkungen		
Proviande äussert sich nur zu den Aspekten, die das Lebensmittel Fleisch betreffen. Für die anderen tierischen Lebensmittel überlassen wir die Stellungnahme direkt den betroffenen Kreisen.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-



<b>9 EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Wir stellen fest, dass im Bereich der Deklaration neben einigen nicht unbedeutenden Erleichterungen zusätzliche Anforderungen vorgesehen sind, welche Kennzeichnungsvorgaben für das einzelne Unternehmen noch zusätzlich komplizieren. Wir vermissen jedoch konkrete Vorschläge, zur geregelten Verwendung von fleischspezifischen Begriffen für vegetarische bzw. vegane Speisen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Die Definition der Begriffe erst in Anhang 1 erschwert die Lesbarkeit. Eine direkte Integration in Art. 2 wäre zweckdienlicher.	Begriffsbestimmungen von Anhang 1 direkt in Art. 2 übertragen
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Die vorgesehene Angabe sämtlicher verbotener Produktionsmethoden gemäss Landwirtschaftlicher Deklarationsverordnung (LDV) wie auch der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung lassen sich in der Praxis nicht sinnvoll platzieren, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Während die Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung anscheinend einer Angleichung an die EU-Gesetzgebung gleichkommt, entspricht die vorgesehene Verschärfung der LDV ganz klar einem Swiss Finish.	Streichen
Art. 40	Im Rahmen der Revision dieses Artikels muss auch die namentliche Anlehnung von veganen und vegetarischen Produkten an ihre fleischhaltigen Originale geregelt werden. Dies auch unter dem Aspekt, dass der Agrarausschuss der EU (AGRI) einem entsprechenden Vorschlag bereits zugestimmt hat, der dem neuen EU-Parlament noch zur abschliessenden Beschlussfassung vorzulegen ist.	Hauptantrag: Ausarbeitung einer verbindlichen Regelung bei der Verwendung von fleischspezifischen Produktnamen in Kombination mit vegetarischen bzw. veganen Speisen.  Eventualantrag: neuer Absatz 3: <i>«Nicht zulässig ist die Verwendung der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan oder vegetabil“ in Kombination mit (Sach-)Bezeichnungen von tierischen Lebensmitteln bzw. von Fachbegriffen der jeweiligen Branchen.»</i>

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Um Food Waste zu vermeiden, begrüßen wir die Möglichkeit, Separatorenfleisch, welches die hohen mikrobiologischen Vorgaben nicht erfüllt, gleichwohl in hitzebehandelten Lebensmitteln einsetzen zu können. Die vorgeschlagenen Anpassungen, den Einzelhandel von den Bestimmungen zum Tiefgefrieren von Fleisch auszunehmen bewerten wir ebenfalls positiv.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>21            EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>22            EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>24      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Switzerland Cheese Marketing AG  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SCM  
Adresse, Ort : Brunnmattstr. 21, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : David Escher  
Telefon : 031 385 26 26  
E-Mail : d.escher@scm-cheese.com  
Datum : 25. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Switzerland Cheese Marketing AG (SCM) dankt Ihnen für die Möglichkeit, ihren Standpunkt in den Prozess der Vernehmlassung einbringen zu dürfen.

Gerne möchten wir darauf hinweisen, dass wir unsere Aussagen und Überlegungen einzig auf diejenigen Parameter beschränken, welche die SCM direkt beeinflussen. Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Schweizer Lebensmittelrechts ist unbestritten. Einige der Vorschläge des Revisionspakets «Stretto 3», wie die klärende Regelung in Bezug auf die Bezeichnung von Produkten mit den Begriffen "Milch" oder "Käse" entsprechen unseren Anliegen und unterstützen wir. **Andere Vorschläge wie die Änderungen bei den Anforderungen an Schmelzkäse und Schmelzkäsezubereitungen oder der Vorschlag zur Definition des Gemelks sind hingegen nicht akzeptabel.**

**Weiter sind folgende zwei Punkte aus unserer Sicht zentral:**

#### **a) Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft**

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) gesetzlich und nicht nur in einem Informationsschreiben geregelt werden. Zumindest die Grundanforderungen an derartige Produkten müssen verbindlich definiert sein. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen.

Als Möglichkeit werden zwei Varianten vorgeschlagen:

1. Gesetzlich definierte Begriffe (für Milchprodukte die definierten Sachbezeichnungen und für Fleischprodukte die Bezeichnungen nach Art. 9 Abs. 4 VLtH und Produkte unter Nennung der Tierart, sowie generell im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen eingetragene Lebensmittel tierischer Herkunft) sind geschützt und dürfen – auch mit Zusätzen – nicht für vegane oder vegetarische Alternativen benutzt werden. Sämtliche anderen Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, dürfen auch mit dem Zusatz «vegetarisch» oder «vegan» verwendet werden (z.b. vegetarische Wurst, veganes Schnitzel). Voraussetzung ist, dass die Begriffe stets in direktem Zusammenhang mit der Angabe «vegetarisch» oder «vegan» benutzt werden.
2. Es sind keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden (z.b. Cashewella oder Erbsenproteinaufstrich). Zudem darf mittels eines Hinweises angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

**b) Übergangsfristen**

Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).

Für Fragen oder Bemerkungen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse,

Switzerland Cheese Marketing AG

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit zur Angabe einer Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft wird ausdrücklich begrüsst und fördert den Verzicht auf einen Einsatz von GVO Futtermitteln. Damit wird ein wichtiges Handelshemmnis bzw. ein grosser Nachteil der hiesigen Produzenten gegenüber den Konkurrenten aus der EU endlich aus der Welt geschafft.

Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs.2	Der Artikel 14 der LGV bildet einen Angelpunkt für den Schutz der Gesundheit und den Schutz vor Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten. Dass von den Grundsätzen bei der Verwendung einer Sachbezeichnung bei Lebensmitteln, die aufgrund ihrer traditionellen Verwendung genau bekannt sind und/oder wenn ihre Bezeichnung eindeutig zur Beschreibung einer charakteristischen Eigenschaft verwendet wird, soll abgewichen werden dürfen, ist nachvollziehbar und einleuchtend. Die gestatteten Ausnahmen müssen aber abschliessend aufgeführt sein. Den Verweis auf ein Verzeichnis von Bezeichnungen, welche in Ländern der EU als Ausnahmen zulässig sind, halten wir für untauglich. Wir erachten es als zwingend notwendig, dass wenn der Art. 14 Abs. 2 mit einer Ausnahmeregelung ergänzt wird, die Ausnahmen in einer Liste im Anhang zur Verordnung abschliessend aufgeführt werden müssen. In der Liste müssen die Bezeichnungen sprachenabhängig aufgeführt sein und den allgemeinen Sprachgebrauch in der Schweiz berücksichtigen.	2 Lebensmittel dürfen nur mit der Sachbezeichnung eines umschriebenen Lebensmittels bezeichnet werden, wenn sie der Umschreibung und den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 <del>dieser Verordnung des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU</del> 4.  Ein entsprechender Anhang mit einer Liste von Ausnahmen ist zu ergänzen.
Art. 15 Abs. 2 Bst. a Art. 31 Abs 3 und 5 Art. 33 Abs. 1 Einleitungssatz Art. 37	Die SCM begrüsst ausdrücklich, dass die Möglichkeiten der Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" oder ähnliche Kennzeichnung erweitert werden.  Auch verkürzte Bezeichnungen wie "ohne Gentechnik" soll zulässig sein.	

31 Abs. 3	<p>Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.</p> <p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VGVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.</p>	<p>Handelt es sich um Lebensmittel, die <b>vermehrungsfähige</b> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <b>erteilt die Bewilligung kann die Bewilligung verweigern</b>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.</p>
36 Abs. 2bis	<p>Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung(und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.</p>	<p>Abs. 2bis (neu)  <b>Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken; vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c. und lit. i. sowie die Angaben zur Rückverfolgbarkeit.</b></p>
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Die Vorgabe, dass im Offenverkauf bei kühl zu haltenden Lebensmitteln das Verbrauchsdatum angegeben werden muss, ist nicht praxistauglich. Wie bei anderen Angaben im Offenverkauf genügt unserer Ansicht nach eine mündliche Auskunft. Dafür braucht es keine rechtlichen Vorgaben. Auf den vorgeschlagenen neuen Art. 39 Abs. 2 Bst. d kann verzichtet werden.</p>	<p><b><del>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen; das Verbrauchsdatum.</del></b></p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Milch und Milchprodukte, darunter insbesondere Käse, sind wichtige Exportprodukte des Schweizer Lebensmittelsektors und sind von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung für die Schweiz. Einen grossen Teil davon tragen die Rohmilchkäsespezialitäten bei, welche weitherum bekannt und geschätzt sind. Es macht daher durchaus Sinn, für diese Produktgruppe ein spezialisiertes Labor mit der Funktion als nationales Referenzlabor zu betrauen. Wir beantragen, das Laboratorium für Milch und Milchprodukte auf der Liste der Referenzlaboratorien beizubehalten.	<i>Anhang 6 ergänzen mit</i> <b>Laboratorium für Milch und Milchprodukte</b>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 5	Wir begrüßen die Koordination von amtlichen Kontrollen in den Betrieben entlang der Lebensmittelkette sowie den Grundsatz, wonach die Kontrollen risikobasiert erfolgen. Die Ausnahmeregelung in Art. 7 Abs. 5 für Betriebe der Primärproduktion ist hingegen nicht nachvollziehbar. Immerhin handelt es sich um Betriebe, die ein erhöhtes Risiko darstellen.	<sup>5</sup> <del>Ausser im Bereich der Primärproduktion können d</del> Die zuständigen Vollzugsbehörden können die Zeitspanne zwischen den Kontrollen nach Absatz 1 bei Betrieben verkürzen, die im Vergleich mit anderen Betrieben der gleichen Kategorie ein erhöhtes Risiko darstellen.
Anhang 1	In Anhang 1 der MNKPV sind die maximalen Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen festgelegt. Wir sind der Ansicht, dass bei Kontrollintervallen von bis zu acht Jahren und mehr selbst für sehr tiefe Risiken die Kontrollen in den Betrieben allzu spärlich erfolgen.	Die Zeitspannen zwischen zwei Kontrollen dürfen im Anhang 1 generell nicht mehr als 5 Jahre betragen.

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-



## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Mit der Änderung von Art. 32 Abs. 1 soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht vermarktet werden kann. Ein Teil der Konsumentenschaft empfindet die muttergebundene Kälberaufzucht, bei welcher das Kalb bei der Kuh säugt und die Kuh gleichwohl regelmässig gemolken wird, als besonders tierfreundlich und fragt entsprechende Produkte nach. Die vorgeschlagene Änderung der Definition von Milch in der VLtH ist aber äusserst problematisch.</p> <p>Die gesetzliche Vorgabe, nach welcher das ganze Gemelk mit unverändertem Gehalt abgeliefert werden muss, ist der Tatsache geschuldet, dass sich der Fettgehalt der Milch während des Melkens stark verändert. Der grösste Teil des Milchfettes wird von der Kuh erst am Ende des Melkvorgangs abgesondert. Zwischenzeitliches Säugen des Kalbes führt dazu, dass die Zusammensetzung der gemolkenen Milch verändert ist und abhängig vom System der muttergebundenen Kälberaufzucht stark schwanken kann.</p> <p>Bei der heute vielerorts verbreiteten Bezahlung der Rohmilch nach ihrem Fett- und Eiweissgehalt wird der monatliche Gehaltszuschlag üblicherweise auf der Basis von monatlich zwei Gehaltsbestimmungen bzw. zwei bis acht Gemelken berechnet. Bei Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht besteht wegen der Schwankungen im Gehalt die Gefahr der Täuschung des Milchkäufers, ausser der Milchkäufer analysiert den Milchgehalt bei jeder Milcheinlieferung, was sich für den Milchproduzenten wegen des erhöhten Kontrollaufwands negativ auf den Milchpreis auswirken dürfte. In jedem Fall sollte der Milchproduzent den Milchkäufer informieren müssen, wenn er ein Kalb bei gemolkenen Kühen (und desgleichen bei anderen Säugetierarten) säugen lässt. Zu beachten ist weiter, dass in der Schweiz nicht alle Milchkäufer die Milch nach Gehalt bezahlen und dass darum der Gehalt dieser Milch beim Milcheingang gar nicht analysiert wird.</p> <p>Die muttergebundene Kälberaufzucht ist für die traditionelle Käseherstellung kritisch, da gewerbliche Käsereien Gehaltsanalysen der Kessimilch in der</p>	<p><sup>1</sup> Milch ist das <del>vollständige und unveränderte Gemelk durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der normalen Eutersekretion</del> eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a, <del>wie es von richtig genährten Tieren durch regelmässiges, ununterbrochenes und vollständiges Ausmelken gewonnen wird.</del></p>

	<p>Regel in einem externen Labor machen lassen müssen und die Fettstandardisierung der Kessmilch nicht kurzfristig korrigieren können. Schwankungen im Gehalt aufgrund muttergebundener Kälberaufzucht dürften zu unerwünschten Schwankungen im Fettgehalt (FiT) der Käse führen. Diese Problematik ist bei industriell verarbeiteter Milch weniger gegeben, da bei diesen Produkten die Milch meist gemäss dem im Produktionsprozess gemessenen Gehalt standardisiert wird.</p> <p>Allgemein bekannt ist, dass eine Erhöhung der Melkfrequenz zu einer deutlichen Erhöhung freier Fettsäuren in der Milch führt. Uns sind demgegenüber keine Studien bekannt, die den Einfluss der Kombination von Säugen und Melken auf die Fettschädigung der Milch untersucht haben. Da nicht auszuschliessen ist, dass die muttergebundene Kälberaufzucht zu einer stärkeren Fettspaltung führt, darf eine Änderung des Art. 32 Abs. 1, welche eine muttergebundene Kälberaufzucht zulässt, keinesfalls ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlagen eingeführt werden. Auch die Problematik der Fettschädigung dürfte in erster Linie die traditionelle Rohmilchkäseherstellung betreffen, da bei der industriellen Milchverarbeitung die Milch üblicherweise einer Hitzebehandlung unterzogen wird (Inaktivierung der Lipase) und dadurch keine Probleme zu erwarten sind.</p> <p>Hinsichtlich des Einflusses der muttergebundenen Kälberaufzucht auf die Eutergesundheit sowie mikrobiologisch-hygienischer Auswirkungen ist die wissenschaftliche Datenlage gering und es finden sich in der Literatur widersprüchliche Ergebnisse. Allgemein wird von den Lebensmittelherstellern und ihren Lieferanten eine hygienisch einwandfreie Produktionsweise erwartet. Das Einspeicheln der Zitzen während dem Säugen bei gleichzeitigem Melken dürfte für viele Konsumentinnen und Konsumenten nicht der Idealvorstellung einer hygienischen Milchproduktion entsprechen. Wir finden es unverantwortlich, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, ohne dass gleichzeitig in der VHyMP zumindest für das Reinigen der Euter explizite Anforderungen aufgenommen werden.</p>	
Art. 52 Abs. 2 Bst a-d (bestehender Artikel)	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als 500 und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als 540 und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als 650 g/kg.</li> </ul>	<p>2. Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. extra-hart bis 500 g/kg;</li> <li>b. hart mehr als <del>500</del> 480 und bis 540 g/kg;</li> <li>c. halbhart mehr als <del>540</del> 520 und bis 650 g/kg;</li> <li>d. weich mehr als <del>650</del> 630 g/kg.</li> </ul>

	<p>Käse wird in Festigkeits- und Fettgehaltsstufen eingeteilt. Die Einteilung der Festigkeitsstufe erfolgt nach dem Gehalt des fettfreien Wasseranteils (wff) in der Käsemasse. Beim Reifen verliert der Käse durch Verdunstung Wasser und lang gereifte Käse können dadurch einen wff Gehalt erhalten, der eine Einteilung in eine andere Festigkeitsstufe nötig macht. Bei Sortenkäse führt eine solche Änderung zur Verwirrung da die Festigkeitsstufe mit der Bezeichnung des Käses verbunden wird. Je kleiner die Käsestücke sind, desto grösser ist die Auswirkung. Die meisten Beanstandungen der Vollzugsbehörden sind diesbezüglich bei geriebenen Käsen, da bei diesen Produkten die Oberfläche sehr gross ist.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, die Bandbreite der einzelnen Festigkeitsangaben überlappend zu gestalten und verweisen auf analoge Regelungen in der KäseVO (Deutschland).</p>	
Art. 59 Abs. 2	<p>Bei der Verwendung von geeignetem gereiftem Halbhart- und Hartkäse zur Herstellung von Fertig-Fondue ist der Höchstgehalt von 30 g Stärke pro kg problemlos. Wenn minderwertiger Käse zur Herstellung von Fertig-Fondue verarbeitet wird, muss unter Umständen mit einer höheren Stärkezugabe korrigiert werden. Im Sinne des Täuschungsschutzes <b>befürworten wir, den Art. 59 Abs. 2 unverändert beizubehalten.</b></p>	<p><sup>2</sup> Fertig-Fondue darf höchstens 30 g Stärke pro Kilogramm enthalten.</p>
<p>Art. 61 Art. 62 Abs. 1, 4 und 5 Art. 63 Art. 64 Abs. 1</p>	<p>Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sind Produkte aus Käse – wie es der Name sagt –, ebenso die Schmelzkäsezubereitungen. Wir können nicht akzeptieren, dass es Produkte mit der Sachbezeichnung «...-käse» gibt, bei denen die Käsezutat im hinteren Teil der Zutatenliste zu finden ist. Dies betrachten wir als klassische Täuschung von Konsumentinnen und Konsumenten. Schmelzkäse ist und bleibt ein Käse und besteht somit in erster Linie aus Käse. Dieselbe Regel muss für Schmelzkäseprodukte mit einer Käsebezeichnung gelten. <b>Die Artikel 61 bis 64 sind unverändert beizubehalten.</b></p>	<p><b>Art. 61 Schmelzkäse und Streichschmelzkäse</b>  <sup>1</sup> Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sind Erzeugnisse aus Käse, die durch Schmelzen unter Anwendung von Wärme und einem Emulsionsprozess, in der Regel unter Verwendung von Schmelzsalzen, hergestellt werden.  <sup>2</sup> Für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse dürfen zusätzlich zu Käse verwendet werden:  a. Milch und Milchprodukte;  b. Gewürze, Kräuter und daraus hergestellte Extrakte;  c. Speisesalz;  d. Trinkwasser.  <sup>3</sup> Für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung dürfen zusätzlich zu Käse</p>

		<p>ausschliesslich verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. MilCHFett;</li> <li>b. Speisesalz;</li> <li>c. Trinkwasser.</li> </ul> <p>Art. 62 Anforderungen an Schmelzkäse und Streichschmelzkäse</p> <p><sup>1</sup> Die Trockenmasse (T) des Endproduktes muss zu mindestens 750 g/kg aus Käsetrockenmasse bestehen. <i>Abs. 2 und 3 unverändert</i></p> <p><sup>4</sup> Die Trockenmasse muss betragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. beim Schmelzen von extrahartem und hartem Käse: mindestens 500 g/kg;</li> <li>b. beim Schmelzen von halbhartem Käse: mindestens 450 g/kg;</li> <li>c. beim Schmelzen von weichem Käse: mindestens 350 g/kg.</li> </ul> <p><sup>5</sup> Für die Zusammensetzung gelten folgende Anforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Wird zusammen mit der Sachbezeichnung eine Bezeichnung verwendet, die nach der GUB/GGA-Verordnung vom 28. Mai 1997 oder nach einem für die Schweiz bindenden völkerrechtlichen Vertrag geschützt ist, so darf ausschliesslich der genannte Käse eingeschmolzen sein.</li> <li>b. Wird zusammen mit der Sachbezeichnung eine Herkunftsangabe nach dem Markenschutzgesetz vom 28. August 1992 verwendet, so muss die Schmelzmischung mindestens 750 g/kg des genannten Käses enthalten. Der übrige Käse muss dem genannten Käse ähnlich sein.</li> <li>c. Wird eine andere Käsebezeichnung verwendet, so muss die Schmelzmischung zu mehr als 500 g/kg aus dem betreffenden Käse bestehen.</li> </ul> <p>Art. 63 Schmelzkäsezubereitungen</p> <p><sup>1</sup> Schmelzkäsezubereitungen bestehen aus Schmelzkäse und Zutaten.</p> <p><sup>2</sup> Die Trockenmasse des Endproduktes muss aus mindestens 500 g Käsetrockenmasse pro Kilogramm</p>
--	--	---

		<p>bestehen.</p> <p><sup>3</sup> Entsprechend dem Fett i. T. muss das Endprodukt die folgende Trockenmasse aufweisen:</p> <p>a. bei 450 g/kg (Fett i. T.) und mehr: mindestens 400 g/kg;</p> <p>b. bei weniger als 450 g/kg (Fett i. T.): mindestens 200 g/kg.</p> <p>Art. 64 Kennzeichnung</p> <p><sup>1</sup> Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 41 Absatz 1 ist bezüglich des Käseanteils in Käseerzeugnissen die Geschmacksgebung durch Gewürze, Kräuter, Behandlung mit Rauch, Spirituosen oder andere Zutaten anzugeben.</p> <p><sup>2</sup> Bei Käsezubereitungen und Fertig-Fondue kann, bezogen auf den Käseanteil, anstelle des Fettgehalts nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a die Fettgehaltstufe nach Artikel 52 Absatz 1 angegeben werden.</p> <p><sup>3</sup> Bei Schmelzkäse, Streichschmelzkäse und Schmelzkäsezubereitungen kann anstelle des Fettgehalts nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a auch die Fettgehaltsstufe oder der Mindestfettgehalt in der Trockenmasse nach Artikel 62 Absatz 3 angegeben werden.</p>
--	--	---

<b>9 EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
-	-	-

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
-	-	-

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
-	-	-

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Auf dem Markt sind immer wieder vegetarische oder vegane Produkte mit einer Bezeichnung eines Lebensmittels tierischer Herkunft anzutreffen. Eine klare und unmissverständliche Vorgabe durch den Gesetzgeber fehlt. <b>Zur Verbesserung des Täuschungsschutzes sollen vegetarische und vegane Produkte keine Bezeichnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft tragen dürfen.</b>	Art. 6. Abs. 1bis (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 9 Abs. 1 Bst. d	Gemäss Expertenbericht der Eidgenössischen Ernährungskommission besteht bei einem zunehmenden Anteil der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen ein Jodmangelrisiko. Einer Erhebung des BAG zufolge liegt die Jodversorgung der Schweizer Bevölkerung im untersten Bereich der WHO-Empfehlung. Die Salzstrategie des Bundes, die darauf abzielt, den Salzkonsum generell zu senken, gefährdet die ausreichende Jodversorgung der Bevölkerung zusätzlich. Das BLV empfiehlt deshalb nebst anderen Massnahmen einen breiten Einsatz von Jodsalz in der Lebensmittelindustrie und der Gemeinschaftsgastronomie. Der gewichtigste Hinderungsgrund für die Käsebranche, jodiertes Salz einzusetzen, ist die Deklarationspflicht für jodiertes oder fluoridiertes Salz. Wir beantragen, dass bei Käse die Jodierung oder Fluoridierung des Salzes nicht mehr explizit angegeben werden muss.	2. Salz, das für die Herstellung von Käse, ausser Frisch- oder Schmelzkäse, notwendig ist; <del>wird jodiertes oder fluoridiertes Speisesalz (Kochsalz oder Salz) verwendet, so ist auf die Jodierung oder die Fluoridierung hinzuweisen;</del>
Anhang 5, Teil C, Bst. 1 (nur frz. Version)	Die Terminologie für «Schmelzsalze» ist nicht harmonisiert mit der EU. Zur besseren Harmonisierung wäre es wichtig, auch den Begriff «sels émulsifiants» benutzen zu dürfen.	Antioxydants Amidon modifié Poudre à lever Acidifiant Émulsifiant Correcteur d'acidité Colorant Agent moussant Affermissant Antimoussant

		Humectant Sels de fonte ou sels émulsifiants Agent de charge Stabilisant Gélifiant Édulcorant Exhausteur de goût Gaz propulseur Séquestrant Antiagglomérant Conservateur Agent d'enrobage Agent de traitement de la farine Épaississant
Art 42 a	<p>Die SCM begrüsst die Möglichkeit einer Auslobung von Rezepturverbesserungen. Diese darf nicht zu restriktiv in der Auslegung sein, damit sie auch genutzt werden kann.</p> <p>Entsprechend einer Auslobung als „Neu“ ist die Benutzung während 1 Jahr seit dem ersten Inverkehrbringen der Rezepturanpassung angemessen, sind die beworbenen Produkte noch nicht restlos abverkauft, ist zur Vermeidung von Vernichtungen ein verhältnismässiger Vollzug dieser Vorgabe erforderlich.</p> <p>Die Regelung sollte systematisch in <i>12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben</i> verschoben werden.</p> <p>Wenn eine signifikante Reduktion durchgeführt wird, dann sollte die entsprechenden %-Reduktion ausgelobt werden dürfen, diese Information ist für den Konsumenten relevant</p> <p>Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können</p>	<p>Wird die Rezeptur eines Lebensmittels angepasst, um die Menge an zugesetztem Zucker, <del>oder</del>-zugesetztem Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> zu reduzieren, so können die Konsumentinnen und Konsumenten darüber informiert werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die Reduktion nicht mit anderen Zutaten kompensiert wird, die die typischen sensorischen Eigenschaften von Zucker, <del>oder</del> Salz <del>oder gesättigten Fettsäuren</del> aufweisen; und</li> <li>Die Reduktion des zugesetzten Zuckers, <del>oder</del> Salzes <del>oder der gesättigten Fettsäuren</del> gegenüber der vorher verwendeten Rezeptur mindestens 5 Prozent beträgt.</li> </ol> <p>Die Information muss die folgenden Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Sie muss sich auf die Rezepturanpassung des Lebensmittels beziehen.</li> <li><del>Sie darf den Reduktionsumfang der Zutat nicht ausloben.</del></li> <li>Sie darf ausschliesslich während 1 Jahres <del>seit dem Inverkehrbringen der Produkte mit der angepassten Rezeptur der Anpassung der Rezeptur</del> verwendet.</li> </ol>



		<p>Für die Information ist ein Wortlaut zu verwenden wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Zucker/mit x% weniger zugesetztem Zucker“</li> <li>b. „neues Rezept mit weniger zugesetztem Salz/mit x% weniger zugesetztem Salz“</li> <li>c. „neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren/mit x% weniger zugesetzten gesättigten Fettsäuren“</li> </ul>
--	--	---

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.6.1	Die Phosphate E 338–E 341, E 343 und E 450–E 452 sind unter der Lebensmittelkategorie "01.6.3 Sonstige Rahmprodukte" auch für pasteurisierten Rahm zugelassen, wie das übrigens schon seit je der Fall war. Logischerweise müsste die Bemerkung «pasteurisierter Rahm und Schlagrahm» in der Lebensmittelkategorie 01.6.3 gestrichen werden und die Phosphate dafür in der Lebensmittelkategorie 01.6.1 ergänzt werden.	E 338–E341; E 343; E 450–E 452 / Phosphorsäure - Phosphate - Di-, Tri und Polyphosphate / Höchstmenge 5000 mg/kg, berechnet als P2O5
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Die Einschränkungen der Zusatzstoffe E 153 und E 160c auf bestimmte Käsesorten sind mit dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten nicht zu begründen. Diese Zusatzstoffe können für alle gereiften Käse zugelassen werden.	E 153 / Pflanzenkohle / GHP / <del>Nur-Morbier</del> E 160c / Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin) / GHP / <del>Nur gereifter orangefarbener, gelber und perlweisser Käse sowie roter Pestokäse</del>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Bei Produkten, die mit Natamycin behandelt wurden, müssen die Konsumentinnen und Konsumenten aus Gründen des Gesundheitsschutzes darauf hingewiesen werden, dass sie die Rinde vor dem Konsum grosszügig entfernen müssen. Eine entsprechende Vorschrift würde die vom Bundesrat initiierte Strategie gegen Antibiotikaresistenzen (StAR) unterstützen.	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm2 Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung von ungeschnittenem Hartkäse, ungeschnittenem halbfestem Käse und ungeschnittenem halbweichem Käse. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <del>Mit Natamycin behandelte Käse müssen mit dem Hinweis «Rinde grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.</del>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.6	dito	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm2 Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung ungeschnittener harter, halbfester und weicher Produkte. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <del>Mit Natamycin behandelte Käseprodukte müssen mit dem Hinweis «Rinde grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.</del>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Bei fermentierten Lebensmitteln sollte auf die Spezifikation der Starterkulturen verzichtet werden.	1 <sup>bis</sup> Werden einem Lebensmittel lebende Bakterienkulturen zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten auf die spezifische wissenschaftliche Nomenklatur hinzuweisen. <b>Davon ausgenommen sind die Starterkulturen fermentierter Lebensmittel.</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	<p>In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht.</p> <p>Die bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.</p>	<p>Die Art. 30ff der LGV sind hinsichtlich der Definition von GVO zu überprüfen und zu ergänzen:</p> <p>... aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit andern Organismen hervorgehen.</p>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h	<p>Für die Herstellung von Konsummilch oder anderen Milchprodukten ist wichtig, dass die Milch von Tieren stammt, die regelmässig und mindestens zweimal täglich gemolken werden. Die Umstellung auf einmal tägliches Melken am Ende der Laktationsperiode verstärkt die gegenüber der Normalmilch ohnehin schon feststellbaren Veränderungen in altemelker Milch markant. Altemelke Milch und eben erst recht übermalete Milch (Milch von nur einmal täglich gemolkenen Tieren) ist für die Verarbeitung untauglich und geschmacklich verändert. Der Art. 10 Abs. 1 Bst. h darf deshalb keinesfalls aufgehoben werden.</p> <p>Sowohl sehr lange Zwischenmelkzeiten als auch relativ kurze Zwischenmelkzeiten geben Probleme bei der Milchverarbeitung, insbesondere bei der Herstellung von Rohmilchkäse. Sinnvollerweise und in Berücksichtigung der technischen Fortschritte (Roboter melken) sollten im Artikel 10 zusätzlich minimale und maximale Zwischenmelkzeiten festgelegt werden.</p> <p>Sollte beabsichtigt sein, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, so muss die VHyMP unbedingt mit Angaben ergänzt werden, die die zulässigen Systeme der muttergebundenen Kälberaufzucht spezifizieren, welche die Milchverarbeitung nicht negativ beeinflussen. Die Auswirkungen der möglichen Systeme (Kurzzeitsäugen oder Langzeitsäugen, restriktives oder unbegrenztes Säugen, Säugen unmittelbar vor oder nach dem Melken, Säugen mit zeitlichem Abstand vor oder nach dem Melken, zeitlich unbegrenzter Kuh-Kalb-Kontakt und damit unbegrenztes, unregelmässiges Säugen, kontrolliertes oder unkontrolliertes Absetzen der Jungtiere) sind vorgängig wissenschaftlich zu evaluieren.</p> <p>Im Weiteren verweisen wir auf unsere Bemerkungen und Änderungsvorschläge zur VLtH Art. 32 Abs. 1.</p>	<p>h. Milch von Tieren, die weniger als zweimal pro Tag gemolken werden;</p> <p>i. Milch von Tieren mit einer Zwischenmelkzeit von weniger als 7.5 Stunden oder mehr als 14 Stunden. Die durchschnittliche Anzahl Melkungen aller Tiere einer Herde innerhalb von 24 Stunden darf nicht über 2.5 liegen.</p>
Art 14, Abs. 6	<p>Die gesetzliche Vorgabe ist, dass Milch innerhalb von 48 Stunden zum Verarbeitungsbetrieb abtransportiert werden muss (Art. 14 Abs. 6 VHYMP). Bis Ende April 2017 hatte diese Regelung keine Bedeutung für Milch anderer Tierarten. Mit der Revision des Lebensmittelrechtes vom 16. Dezember 2016,</p>	<p>Art. 14 Kühlen und Lagern der Milch</p> <p><sup>6</sup> Das erste Gemelk darf bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb höchstens 48 Stunden gelagert werden. Für Milch anderer Tierarten sind die Fristen</p>

	<p>welche per 1. Mai 2017 in Kraft gesetzt wurde, wurde jedoch die Definition von Milch vom vormals alleinigen Bezug auf die Kuh (Art. 26 Abs. 1 VO des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft) auf andere Säugetierarten ausgeweitet (Art. 32 Abs. 1 VLtH). Somit gelten die gleichen gesetzlichen Anforderungen an die Abholung von Ziegenmilch wie für Kuhmilch.</p> <p>Auf EU-Ebene gibt es keine gesetzliche Regelung zum Mindestintervall, in welcher Milch aller Nutztierarten auf den Milchproduktionsbetrieben abgeholt werden muss. In der EU-Verordnung NR. 853/2004 über die spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs ist dazu nichts enthalten. Sie beinhaltet nur Anforderungen an die Kühlung der Milch, welche zwischen täglicher und nicht-täglicher Abholung unterscheidet. Auf Nachfrage bei anderen Molkereien in Deutschland und den Niederlanden liegen (zumindest in diesen beiden Ländern) auch auf einzelstaatlicher Ebene dazu keine Vorgaben über einen minimalen Abholrhythmus von Rohmilch auf den Betrieben vor..</p> <p>Die Umstellung auf einen zweitägigen Abholrhythmus bei Milch anderer Tierarten wie z.B. Ziegenmilch würde zu einer Verdoppelung der Logistikkosten für diese Milcharten führen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten aus Milch anderer Tierarten gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten deutlich verschlechtern. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses wertschöpfungsstarken Nischenmarktes wäre in Frage gestellt.</p> <p>Die Verordnungen sollten so angepasst werden, dass Milch anderer Tierarten bezüglich Mindestintervall der Abholung auf dem Produktionsbetrieb gegenüber der Kuhmilch wieder differenziert behandelt und die Beibehaltung der heutigen Praxis ermöglicht wird.</p>	<p>zwischen Milchproduzent und Milchkäufer festzulegen. Die Lebensmittelsicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.</p>
--	--	--



<b>22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stiftung für Konsumentenschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Konsumentenschutz  
Adresse, Ort : Monbijoustr. 61, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Josianne Walpen  
Telefon : 031 370 24 23  
E-Mail : [j.walpen@konsumentenschutz.ch](mailto:j.walpen@konsumentenschutz.ch)  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	11
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	12
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	14
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	15
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	16
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	19
9	EDI: Getränkeverordnung .....	20
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	22
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	24
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	26
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	30
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	31
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	32
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	33
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	35
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	36
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	40
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	41
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	42
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	43
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	44
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	45

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die Stiftung für Konsumentenschutz als Mitglied der Allianz der Konsumentenorganisationen dankt für die Möglichkeit, mit der Stellungnahme im Rahmen von Stretto III ihre Anliegen und Bemerkungen einbringen zu können.

Im Lebensmittelgesetz von 2017 ist im Zweckartikel neu explizit die Information der Konsumentinnen und Konsumenten festgehalten. Dies neben dem Täuschungsschutz und auch dem Gesundheitsschutz. Im Zusammenhang mit Stretto III sind unter diesem Aspekt mehrere Punkte zu bemängeln:

#### 1. Deklaration Gentechnikfrei

Es ist nicht nachvollziehbar, dass in der Gesetzesrevision gewisse Mängel im Bereich Information nicht aufgehoben wurden, sondern im Gegenteil eine Gentechnikfrei-Kennzeichnung eingeführt werden soll, welche die Konsumentinnen und Konsumenten täuscht. Denn obwohl Futtermittel-Zusätze mit Hilfe von Gentechnik hergestellt werden, soll das Produkt und der Prozess den Konsumentinnen und Konsumenten als gentechnikfrei angepriesen werden können. Dies stellt eine grobe Täuschung der Konsumenten dar, welche der Konsumentenschutz nicht unterstützen kann., insbesondere da die Auslobung nicht vorgeschrieben wird, sondern von den Anbietern frei gewählt werden kann. Zudem ist sie auch verwirrend, da dann am Point of sale nicht mehr klar ist, ob die Produkte ohne Auslobung nun Gentechnik enthalten oder nicht. Statt Information und Transparenz würde am Markt genau das Gegenteil bewirkt, nämlich Verwirrung und Täuschung. Dies ist nicht im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten und kann auch nicht im Interesse einer gentechnikfreien Schweizer Landwirtschaft sein.

#### 2. Vollständige Nährwertdeklaration

Es ist unerklärlich, wieso die Schweizer Gesetzgebung im Gegensatz zur EU erlaubt, bei der obligatorischen Nährwertkennzeichnung Zucker und gesättigte Fettsäuren nicht angeben zu müssen. Dies sind beides gesundheitsrelevante Informationen, welche den Konsumentinnen und Konsumenten nicht vorenthalten werden dürfen. In vielen Produkten ist inzwischen Zucker in relevanten Mengen enthalten. Dies muss den Konsumentinnen und Konsumenten offengelegt werden.

#### 3. Verbesserte Nährwertdeklaration

Nach wie vor ist es gemäss dem Schweizer Lebensmittelrecht zulässig, Produkte mit einer sehr ungünstigen Nährwertbilanz mit Health claims aufzuwerten. Süssigkeiten, überzuckerte Frühstücksflocken, Süssgetränke etc. dürfen mit zugesetzten Vitaminen oder Ballaststoffen werben, obwohl sie keine ausgewogenen oder gesunden Lebensmittel sind. Wir fordern eine Beschränkung dieser Auslobung.

Mit einer vereinfachten Nährwertkennzeichnung auf der Packungsvorderseite würde den Konsumentinnen und Konsumenten zudem ermöglicht, die Nährwerte eines Produktes auf einen Blick zu beurteilen. Eine gesetzliche Grundlage, um das französische System des «Nutri-Score» einzuführen, würde zudem verhindern, dass mehrere Nährwertkennzeichnungen auf dem Markt Fuss fassen und für Verwirrung statt für Orientierung sorgen.

#### **4. Herkunftsdeklaration der Rohstoffe**

Der Konsumentenschutz hat sich bei der Ausarbeitung des neuen Lebensmittelgesetzes sehr stark dafür engagiert, dass die Herkunft der wichtigsten Rohstoffe bei verarbeiteten Produkten deklariert wird. Die jetzige Lösung ist ungenügend und bringt den Konsumentinnen und Konsumenten keinen Informationsgewinn. In anderen Ländern ist man konsumentenfreundlicher, so führt Frankreich zum Beispiel eine Herkunftsdeklaration von Fleisch in verarbeiteten Produkten ab einem Anteil von 8 Prozent ein. Der Konsumentenschutz fordert auch für die Schweiz eine verbesserte Deklaration ohne Ausnahmen und Schlupflöchern.

#### **5. Information beim Fernabsatz**

Die Gesetzgebung sieht vor, dass der Handel die obligatorischen Informationen vor dem Kauf bereitstellt, sei es vor Ort im Laden oder beim Fernabsatz. Das BLV hat einer Veranstaltung zu Stretto III jedoch vorgeschlagen, dass diese Information beim Fernabsatz lediglich auf telefonische Anfrage innerhalb von fünf Minuten müsse vermittelt werden können. Dies würde bedeuten, dass eine Person, die mehrere Produkte kaufen und entsprechende Informationen einholen möchte, unter Umständen endlos am Telefon warten müsste, bis sie alle Informationen erhalten hat. Zudem sind diese Angaben wichtig, um Produkte zu vergleichen und die Gefahr der Täuschung erheblich. Wichtige Informationen wie Gentechnik können den Kunden so vorenthalten werden.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Täuschende Auslobung «Ohne Gentechnik hergestellt»

Nach Art. 37 Abs. 5 LGV soll es neu möglich sein, Lebensmittel tierischer Herkunft mit dem Label "ohne Gentechnik hergestellt" auszuloben, obwohl die Tiere mit Futtermitteln mit solchen GVO-Futtermittelzusätzen gefüttert wurden. Verschiedene Futtermittelzusätze werden durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen und sind kaum in gentechnikfreier Qualität verfügbar bzw. sie werden gar nicht mehr in gentechnikfreier Qualität hergestellt (z.B. Vitamin B12).

- Konsumentinnen und Konsumenten erwarten, dass eine Auslobung «Ohne Gentechnik hergestellt» der Wahrheit entspricht und bei tierischen Lebensmitteln auch das Futter und dessen Bestandteile ohne Gentechnik hergestellt wurden. Da dies offenbar mit der vorliegenden Regelung nicht der Fall ist, **täuscht diese Kennzeichnung** die Konsumentinnen und Konsumenten ganz offensichtlich.
- Diese Konsumententäuschung widerspricht dem **Zweckartikel des Lebensmittelgesetzes**, welcher den Schutz vor Täuschung beinhaltet.
- Zudem fehlt der Umsetzung der Motion von Jacques Bourgeois (15.4114, Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt") **die gesetzliche Grundlage**. Auch wenn die Motion vom Parlament angenommen wurde, fehlt eine **Anpassung des Lebensmittelgesetzes**, welche ebenfalls durch das Parlament erfolgen müsste.

Der Konsumentenschutz ist deshalb überzeugt, dass der Verzicht auf diese Auslobung die Konsumenten vor Täuschung bewahrt und auch der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft entgegenkommt, da die klare Aussage, dass die Schweizer Landwirtschaft gentechfrei ist, nicht in Frage gestellt wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15, Abs. 2 Bst. a	<p>Der Konsumentenschutz ist damit einverstanden, dass <b>GVO-Fermenter-Produkte in Zukunft als novel food</b> und nicht mehr als GVO bewilligt werden. Das Bewilligungsverfahren darf jedoch nicht dahingehend missinterpretiert werden, dass die aus diesem Verfahren entstandenen Fermenter-Produkte in einem Prozess entstanden sind, welche ein Gentechnik-Verfahren beinhaltet.</p> <p>Diese Neudefinierung muss jedoch mit folgenden Massnahmen begleitet werden:</p>	

	<p><b>1. Transparenz: Das BLV führt eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</b>  Die Konsumenten müssen auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können, wie dies zur Zeit mit der BLV-GVO-Webseite und der Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte der Fall ist.  Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGVL). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> <p><b>2. Biosicherheit: Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</b>  GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VGVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Lebensmittelsicherheit: Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p>	
--	--	--

Art. 31, Abs. 3	Wir begrüßen, dass Bewilligungsgesuche für Produkte, welche in irgendeiner Form mit Hilfe von Gentechnik produziert wurden, nicht nur vom BLV, sondern auch vom Bundesamt für Umwelt BAFU geprüft werden. Es ist jedoch nicht ausreichend, dass einzig die Umweltgefährdung überprüft wird - die Unbedenklichkeit für Mensch und Tier bedarf ebenso einer gründlichen Analyse.	Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Gefährdung <b>von Mensch, Tier und Umwelt</b> nach Stand der Wissenschaft ausgeschlossen werden kann.
Art. 31 Abs 5 Bst c	Die Formulierung ist unpräzise. Es muss klar definiert sein, dass keinerlei Rückstände von gentechnisch veränderten Mikroorganismen vorhanden sein dürfen.	...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
Art. 37 Abs 4	<p><b>Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt»</b></p> <p>Der Konsumentenschutz steht einer Deklaration "ohne Gentechnik hergestellt" in der vorgeschlagenen Form ablehnend gegenüber. Dies aus mehreren Gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es besteht bereits eine Möglichkeit und eine entsprechende Regulierung, um gentechfreie Produkte auszuzeichnen. Diese stellt zwar hohe Anforderungen, ist jedoch freiwillig und für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschend.</li> <li>- Es ist bekannt, dass bei den tierischen Produkten, die mit dieser Auszeichnung versehen werden sollen, bei den Futtermittelzusätzen (Enzyme, Vitamine, etc.) Gentechnik zum Einsatz kommt. Die Zusätze selbst enthalten zwar keine Gentechnik mehr, für die Herstellung etc. wurde jedoch ein gentechnisches Verfahren eingesetzt. Eine explizite Auslobung als «gentechnikfrei» ist folge dessen also täuschend für die Konsumentinnen und Konsumenten.</li> <li>- Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben</li> <li>- Es ist uns bewusst, dass bereits importierte Produkte auf dem Schweizer Markt anzutreffen sind, welche eine solche GVO-frei-Deklaration aufweisen. Mit einer ähnlichen Schweizer Lösung würde der Markt jedoch nicht übersichtlicher.</li> </ul>	<p>Bisherige Bestimmungen zur Deklaration von gentechfreier Produktion beibehalten, auf die Umsetzung der Motion von Jacques Bourgeois (15.4114) ist zu verzichten.</p> <p>Art. 35 Abs. 5 LGV ist zu streichen.</p>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Für die Konsumentinnen und Konsumenten wird mit der vorgeschlagenen Kennzeichnung vollkommen unklar, was es bedeutet, wenn ein Produkt <i>keine</i> Kennzeichnung aufweist.</li> <li>- Es wird darauf verzichtet, die möglichen Formulierungen für den Hinweis auf die Gentechnik-Freiheit zu definieren. Dies lässt Spielraum für jegliche Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen.</li> <li>- Die Einschränkungen, welche vorgesehen werden sollen, sind ausgesprochen vage: Es ist nicht klar, wer bestimmt, ob die Futtermittelzusatzstoffe noch in gentechnikfreier Qualität vorhanden sind und ob die Stoffe für eine bedarfsgerechte Versorgung tatsächlich erforderlich sind.</li> <li>- Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>- Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte zusätzlich für Verwirrung sorgen.</li> <li>- Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal der Schweizer Landwirtschaft könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</li> <li>- Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</li> </ul>	
--	---	--

	<p>Wir sehen keine wesentlichen Verbesserungen gegenüber dem letztmals diskutierten Kennzeichnungsvorschlag und lehnen deshalb diese Kennzeichnungsmöglichkeit ab.</p> <p>Aus unserer Sicht wäre eine Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit Hilfe von gentechnisch verändertem Futtermittel produziert wurde, die einzige, wirklich hilfreiche Kennzeichnung für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die Schweizer Landwirtschaft soll ihre gentechnikfreie Landwirtschaft in globo bewerben statt einzelne, tierische Lebensmittel.</p> <p>Allenfalls kommt eine Kennzeichnung in Frage, welche präzisiert, dass ausschliesslich die pflanzlichen Teile des Tierfutters gentechfrei sind.</p>	
Art. 38, Abs. 2 und 3	<p>Bewilligung von nicht zugelassene gesundheitsbezogene Angaben</p> <p>Die Bewilligung von in der EU nicht zugelassenen gesundheitsbezogenen Angaben hat für die Konsumentinnen und Konsumenten keine Vorteile. Es muss zudem in Betracht gezogen werden, dass solche Auslobungen das gesamte Produkt besser dastehen lassen, als es unter Umständen ist. Trotz gesundheitsbezogenen Auslobungen kann ein Lebensmittel zu viel Salz, Fett oder Zucker enthalten. Dies ist bereits bei bewilligten Angaben äusserst stossend, besonders jedoch, wenn nicht zugelassene Angaben bewilligt werden sollten.</p> <p>Diesem Umstand ist dringend Rechnung zu tragen und mit einem entsprechenden Zusatz zu ergänzen.</p>	c. das Lebensmittel ausgewogen zusammengesetzt ist.
Art. 39 Abs. 2 Bst. a	Wir begrüssen die Behebung dieses Fehlers und die Auflistung der Laufvögel.	
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Es ist im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten, dass das Verbrauchsdatum bei leicht verderblichen Produkten auch im Offenverkauf angegeben werden muss. Dies verschafft den Konsumenten einen besseren Überblick und kann nicht nur zur Lebensmittelsicherheit, sondern auch zur Vermeidung von Foodwaste beitragen.	
<b>Änderung der VIPaV</b>		

<p>Art. 2 Bst. b Abs. 1</p>	<p>Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Streichung des Hinweises "alkoholhaltiges Süssgetränk" auf den entsprechenden Getränken aus. Dies mag als Schritt zur Harmonisierung mit der EU Gesetzgebung angesehen werden, solange jedoch nicht alle für die Konsumentinnen und Konsumenten vorteilhaften EU-Bestimmungen harmonisiert sind, darf eine solche Schutzbestimmung nicht mit diesem Argument gestrichen werden.</p> <p>Solche Getränke sprechen mit ihrem stark süssen Inhalt und in der Aufmachung speziell das jugendliche und junge Kundensegment an. Diese Getränke führen Jugendliche erwiesenermassen an den Alkoholkonsum heran.</p> <p>Mit dem Hinweis «alkoholhaltiges Süssgetränk» werden die Jugendlichen zumindest unmissverständlich darauf hingewiesen, dass sie ein alkoholhaltiges Getränk kaufen und konsumieren.</p> <p>Gemäss Cassis-de-Dijon-Prinzip sollen Ausnahmen beibehalten werden, wenn es um den Gesundheitsschutz geht.</p>	<p>Beibehalten</p>
---------------------------------	--	--------------------

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

In der heutigen Informationsgesellschaft ist das Bedürfnis nach regelmässigen und detaillierten Informationen sehr gross. Wir erachten es als positiv, dass in der Verordnung nun die Transparenz und Information in einem eigenen Artikel abgehandelt wird, bedauern jedoch, dass die Information der Konsumentinnen und Konsumenten weiterhin sehr oberflächlich und indifferent bleibt:

Über den Verband der Kantonschemiker wäre es möglich, regelmässige Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, ohne dass Ressourcen in allen Kantonen gebunden werden. Das Manko der fehlenden Information in der Gastronomie wird weiterhin belassen – wir fordern erneut eine vereinfachte, leicht zugängliche Information der Gäste über die Kontrollresultate.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 2, Bst. e	<p>Wir begrüssen, dass Art. 7 explizit die Transparenz der amtlichen Kontrollen abhandelt und hier eine Pflicht zur Information festlegt. Dies ist ein wichtiges Instrument, um das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten in die Kontrollbehörden, aber auch in die Lebensmittel allgemein zu bewahren.</p> <p>Wir bedauern jedoch, dass die Informationspflicht weiterhin nur sehr allgemeine Informationen umfasst und diese auch mit einem allgemein abgefassten Jahresbericht bereits erfüllt sein kann.</p> <p>Absolut nicht zeitgemäss und unbefriedigend bleibt weiterhin die allgemeine, summerische Kommunikation, welche den Konsumenten mehr verunsichert als ihn informiert und ihn auch nicht befähigt, bewusst und informiert zu wählen. Insbesondere in der Gastronomie verlangen wir – wie schon oft in den vergangenen Jahren – ein System, welches dem Gast in vereinfachter Art und Weise die Kontrollergebnisse zur Verfügung stellt.</p>	<p>2 e. In Gastronomiebetrieben werden die Kontrollergebnisse den Kunden in vereinfachter, verständlicher Form zur Verfügung gestellt.</p>
Art. 11	<p>Im erläuternden Bericht wird festgehalten, dass die kantonalen Vollzugsbehörden dem BLV gesundheitsgefährdende Produkte innerhalb von 48 Stunden nach Kenntnisaufnahme zu melden haben. Diese Frist erachten wir – für eine Behörde, welche tagtäglich mit solchen Fragen konfrontiert ist – als zu lange. Sinnvoll erachten wir eine Frist von einem Arbeitstag.</p>	

<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4</p>	<p>Es ist für die Kontrolle von Lebensmitteln bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten wichtig, dass die Vollzugsorgane mit Stichproben auch kleinere Mengen einer Charge im Handel prüfen können. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden Stichproben ausserhalb der repräsentativen Probenahmen im Detailhandel für die festgelegten Analyten und Lebensmittel verunmöglicht. Erfüllt eine für Konsumentinnen und Konsumenten bestimmte nicht repräsentative Stichprobe die rechtlichen Anforderungen nicht, so müssen schon nur aus Gründen des vorsorglichen Gesundheitsschutzes angepasste Massnahmen (unter Berücksichtigung der nicht repräsentativen Probenahme) möglich sein, z. B. dass der Inverkehrbringer belegen muss, dass das ganze Warenlos sicher ist trotz der unsicheren Stichprobe.</p> <p>Ein verpflichtender pauschaler Verweis auf europäische Verordnungen mit umfangreichen repräsentativen Probenahmen (z.B. auf EU VO 401/2006) ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll. Analog muss auch die VHK angepasst und mit der LMVV abgestimmt werden. Die neuen Vorschriften würden zu zusätzlichen Warenverlusten und Schäden im beprobten Warenlager und als Folge davon zu einer Kostensteigerung im Handel und Vollzug führen.</p> <p>Auch im Bereich der Methoden muss für die Lebensmittelsicherheit und zur Verhinderung von Food Fraud der amtliche Vollzug die Möglichkeit haben, validierte alternative Methoden anzuwenden und aus den so erhaltenen Erkenntnissen entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Was mit der vorgeschriebenen Methode nicht nachweisbar ist, kann nicht entdeckt werden – der analytische Fortschritt wird so behindert und Food Fraud wird gefördert.</p>	<p>Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sind ersatzlos zu streichen, Art. 52 ist anpassen.</p> <p>Eventualiter sind Art. 48 Abs. 1 und Anhang 4 sowie Art. 52 LMVV so zu präzisieren, dass Stichproben nach wie vor möglich sind und dass ausschliesslich Leistungskriterien für Methoden, aber keine konkreten Methoden vorgeschrieben werden.</p>

<p><b>4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b></p>	
<p><b>Allgemeine Bemerkungen</b></p>	
<p><b>Unabhängige Kontrollen</b></p> <p>Der Konsumentenschutz begrüsst die Anpassungen in der Verordnung über den nationalen Kontrollplan, vermisst jedoch klarere Anforderungen an die Unabhängigkeit der Kontrolleure.</p>	

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9	<p><b>Delegation der Kontrollen</b></p> <p>Die kantonale Vollzugsstelle hat insbesondere darauf zu achten, dass privatrechtliche Stellen die notwendige Unabhängigkeit aufweisen, um Kontrollaufgaben übernehmen zu können.</p> <p>Angesichts der Bedeutung dieser Unabhängigkeit ist dies explizit als Aufgabe der Kontrollbehörde aufzuführen, wenn sie Kontrollaufgaben auswärts vergibt.</p>	<p>2 Privatrechtliche Stellen müssen <b>unabhängig sein</b> und gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996<sup>9</sup> nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen»<sup>10</sup> akkreditiert sein.</p>
Art. 19	<p><b>Informations- und Datenbeschaffung</b></p> <p>Angesichts der verheerenden und sich immer weiter ausbreitenden Antibiotika-Resistenzen begrüssen wir es, dass das BLW und BLV entsprechende Überwachungs- und Informationsinstrumente vorsehen.</p>	
Art. 20 und 21	<p><b>Jahresbericht/spezifische Berichte</b></p> <p>Wir begrüssen die Information der Öffentlichkeit und auch der Konsumentinnen und Konsumenten, bedauern jedoch auch hier, dass nur allgemeine, sumerische Informationen zur Verfügung gestellt werden.</p>	
Liste 1	<p><b>Betriebe der Primärproduktion</b></p> <p>Die Kontrollintervalle sind sehr grosszügig bemessen. Wir gehen davon aus, dass beim Wechsel einer Betriebsleitung eine Grundkontrolle nach angemessener Einarbeitungszeit stattfindet, unabhängig davon, ob die vorgesehene Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen abgelaufen ist oder nicht.</p>	
Art. 11	<p>Es ist positiv, dass das BLV und das BLW Leitlinien für eine gute Hygienepaxis im Bereich der Primärproduktion fördern wollen. Die Bestimmung ist jedoch sehr vage: Es ist nicht klar, wie diese gefördert werden sollen, die Entwicklung liegt bei der Produzentenseite, die Bundesämter überprüfen lediglich deren Konformität.</p>	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

#### Lebensmittelsicherheit

Eine unabhängige Überwachung und Kontrolle der Schlachtvorgänge ist aus Sicht des Konsumentenschutzes zwingend für die Lebensmittelsicherheit und damit die Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten.

#### Hof- und Weideschlachtung

Der Konsumentenschutz begrüsst, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit Nutztiere nicht mehr zwingend im Schlachthof getötet werden müssen, sondern unter bestimmten Bedingungen auch Hof- und Weideschlachtungen zulässig sind. Dies erspart den Tieren belastende Transporte und den Stress im Schlachthof.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	<p>Der Konsumentenschutz ist damit einverstanden, dass Hof- und Weideschlachtungen zulässig werden, da vielen Konsumentinnen und Konsumenten das Tierwohl am Herzen liegt. Gerade beim Transport und der Schlachtung sind die Bedingungen für die Tiere aber oftmals nicht tiergerecht, sie sind einem grossen Stress ausgesetzt. Mit Hof- und Weideschlachtungen kann dieser Stress weitgehend und lange Transporte ganz verhindert werden.</p> <p>Es ist jedoch wichtig, dass die Hof- und Weideschlachtungen nur unter den unter Artikel 9a beschriebenen Voraussetzungen durchgeführt werden dürfen. Neben dem fach- und tiergerechten Schlachtvorgang ist zudem darauf zu achten, dass Unbeteiligte nicht Zeuge der Schlachtung werden.</p>	
Art. 28 Abs. 2	Um das Leiden der verletzten oder kranken Tiere möglichst kurz zu halten, sind wir einverstanden, dass ein Bestandestierarzt die Bescheinigung ausstellt, ob ein Tier schlacht- oder transportfähig ist. Da zwischen dem Tierhalter und dem Bestandestierarzt eine kommerzielle Beziehung besteht, darf dies nur in definierten, seltenen Fälle geschehen.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Pestizidrückstände sind für die Konsumentinnen und Konsumenten absolut unerwünscht, eine strenge und transparente Handhabung dieses Problems ist deshalb unerlässlich. Der Konsumentenschutz akzeptiert, dass die Höchstgehalte auf der Website des BLV veröffentlicht werden, damit sie rasch angepasst werden können. Die Liste muss jedoch so in der Website eingefügt werden, dass sie gut auffindbar ist.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 Tabelle 3	<p><b>Tabelle 3 Erzeugnisse pflanzlicher und tierischer Herkunft, für die Rückstandshöchstgehalte gelten</b></p> <p><b>Verarbeitete Lebensmittel</b> Der Konsumentenschutz verlangt, dass die Kategorie der verarbeiteten Lebensmittel beibehalten wird. Es werden immer mehr verarbeitete Lebensmittel importiert, es ist folglich ein Widerspruch, diese Produkte nicht mehr explizit aufzuführen.</p>	<p>Nicht streichen <b>Verarbeitete Lebensmittel</b> beibehalten</p>
Anhang 2	Wir können uns damit einverstanden erklären, dass die Tabelle mit den Rückstandshöchstgehalten auf der Website des BLV veröffentlicht wird. Sie muss allerdings einfach auffindbar sein, auch für interessierte Konsumentinnen und Konsumenten. Zudem dürfen Änderungen in den Höchstgehalten nicht stillschweigend vorgenommen werden, sondern den Konsumentenorganisationen sowie interessierten oder involvierten Kreisen bekannt gemacht werden.	



## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

#### Höchstmengenkonzept

Wir begrüßen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

#### Stillen stärker in den Vordergrund stellen

Der Konsumentenschutz vermisst in den Bestimmungen zur Säuglingsanfangsnahrung und Beikost klarere Bestimmungen, welche das Stillen als natürliche und gesündeste Form der Ernährung für Babys in den Vordergrund stellen.

Hingegen begrüßen wir die klaren und besseren Bestimmungen zur Information und Deklaration von Tagesrationen für gewichtskontrollierenden Ernährung.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 20, Bst..e, f, g	<p><b>Allgemeine Kennzeichnung Getreidebeikost und andere Beikost für Säuglinge und Kleinkinder</b></p> <p>In Übereinstimmung mit dem Art. 7 und 20 betreffend der Säuglingsanfangsnahrung und Beikost verlangt der Konsumentenschutz, dass Getreidebeikost mit obligatorischen Hinweisen versehen wird, insbesondere wenn es sich um solche für Säuglinge unter 6 Monaten handelt.</p>	<p><b>Neu:</b></p> <p>e. ein Hinweis, dass das Produkt nicht als Ersatz für Muttermilch während den ersten sechs Monaten verwendet werden soll</p> <p>f. ein Hinweis, dass der Entscheid, Beikost in die Ernährung eines Säuglings unter sechs Monaten aufzunehmen, nur dann gefällt werden soll, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Empfehlung eines unabhängigen Spezialisten der Medizin oder der (Kleinkind-) Ernährung vorliegt</li> <li>2. die besonderen Anforderungen an die Ernährung in Bezug auf das Wachstum und Entwicklung berücksichtigt werden</li> </ol>

		<p>g. Ein Vermerk "Wichtiger Hinweis" gefolgt von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. einem Hinweis, dass Muttermilch einer Ernährung auf Getreidebasis vorzuziehen ist</li> <li>2. einer Empfehlung, dass das Produkt nur nach Empfehlung durch einen unabhängigen Spezialisten der Medizin oder der (Kleinkind-)Ernährung verwendet werden soll</li> </ol>
Art. 21	<p><b>Kennzeichnung: Nährwertdeklaration</b></p> <p>Der Konsumentenschutz bedauert, dass es weiterhin möglich sein soll, zugesetzte Vitamine oder Mineralsalze in der Babynahrung auszuloben. Solche Hinweise können den Anschein erwecken, dass sie gesundheitliche Vorzüge gegenüber der hausgemachten Kost oder gegenüber den Konkurrenzprodukten aufweisen würden.</p> <p><b>Wir verlangen, dass solche Zusätze nicht auf der Packungsvorderseite ausgelobt, sondern lediglich im Zutatenverzeichnis aufgeführt werden dürfen.</b></p>	<p>Art. 21 neu</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>3. <b>Zugesetzte Vitamine und Mineralstoffe dürfen nicht auf der Packungsvorderseite ausgelobt werden.</b></li> </ol>
Art. 22a	<p><b>Informationsmaterial der Anbieter und Hersteller</b></p> <p>Stillende Mütter benötigen Unterstützung und Informationen, um ihr Baby erfolgreich und lange zu stillen. Insbesondere bei Startschwierigkeiten ist Beratung und Unterstützung sehr wichtig. Daran scheint es immer noch zu mangeln, denn lediglich die Hälfte der Mütter stillt ihr Baby voll bis zum 4. Monat.</p> <p>Entsprechend skeptisch ist der Konsumentenschutz gegenüber den Informationen der Anbieter und Hersteller – auch wenn vordergründig zum Stillen geraten wird, ist doch ein klares kommerzielles Interesse dahinter.</p> <p>Wir erachten auch die Formulierung als sehr zwiespältig: Es tönt so, als seien die Anbieter oder Hersteller verpflichtet, solche Informationen zu erstellen.</p> <p>Der Sinn von Art. 11 Abs. 3 der EU-Verordnung scheint mehr zu sein, dass solches Material nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörde erstellt und verteilt wird.</p>	
Art. 22a, Abs 1	<p>Die Vorgabe, dass das Informationsmaterial der Hersteller und Vertreiber die Empfehlungen des BLV übernehmen muss, reicht unserer Ansicht nach nicht aus. Es ist notwendig, dass das Informationsmaterial vom BLV gesichtet und auf seine Korrektheit hin überprüft und bewilligt werden soll.</p>	<p><sup>1</sup> Das Informationsmaterial von Herstellern und Vertreibern beinhaltet die Empfehlungen des BLV für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern <b>und wird vom BLV überprüft.</b></p>

Art. 22a, Abs 2	Es braucht eine Präzisierung, dass die Informationen alle diese Hinweise, welche in den Buchstaben a bis d aufgeführt werden, enthalten müssen.	2 Dieses schriftliche oder audiovisuelle Informationsmaterial, das die Ernährung von Säuglingen betrifft und sich an Schwangere oder Mütter von Säuglingen und Kleinkindern richtet, muss klare Informationen über <b>alle folgenden</b> Punkte enthalten:
Art. 22a, Abs 3	Neben der unsachgemässen ist auch die unnötige Verwendung unbedingt zu erwähnen => ergänzen in Abs. 3	und vor allem die Gefährdung der Gesundheit durch <b>unnötige oder</b> unsachgemässe Verwendung von Säuglingsanfangsnahrung
Art. 22a, Abs 4	Logo und Namen des Unternehmens darf nicht in Verbindung gebracht werden mit dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, mit dem Logo oder Namen des Bundes oder einer medizinischen Einrichtung wie einem Spital.	
Anhang 11	<b>Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe in den für Erwachsene zulässigen Höchstmengen</b> Der Konsumentenschutz zweifelt an der Annahme, dass nur ein Nahrungsergänzungsmittel oder eine Sportlernahrung pro Tag zu sich genommen wird. Dafür gibt es keine Belege. Das neue Höchstmengensystem basiert auf der Verpflichtung, dass Warnhinweise auf mögliche Risiken hinweisen. Wichtig ist es deshalb, dass diese ohnehin anspruchsvollen Warnhinweise verständlich sind. Es ist deshalb vorzusehen, dass sie in der Sprache des Verkaufsortes angebracht werden.	<b>Warnhinweise (kursiv), Hinweis auf spezifische Zielgruppe, Verwendungsbedingungen, in der Sprache des Verkaufsortes</b>
Anhang 11 Natrium	<b>Höchstmenge für Natrium</b> Sportlergetränke werden sehr oft von Jugendlichen konsumiert, an Stelle von Limonaden oder Süssgetränken. Wird die Höchstmenge von Natrium aufgehoben, besteht das Risiko, dass diese Jugendliche zu viel Natrium konsumieren. Der Konsumentenschutz verlangt deshalb, diese Limite beizubehalten.	Höchstmenge für Natrium beibehalten

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Der Konsumentenschutz vermisst hier gewisse Bestimmungen zum Täuschungsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Diese sind beizufügen, bzw. beizubehalten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32	<b>Definition Milch</b> Mutterkuhhaltung, welche durch diese Definition ermöglicht werden soll, entspricht der Vorstellung vieler Konsumentinnen und Konsumenten von einer artgerechten Tierhaltung. Die Öffnung dieser Bestimmung, welche auch nur ein einmaliges Melken pro Tag ermöglicht, darf jedoch nicht auf Kosten der Qualität der Milch und der Tierhaltung gehen. Insbesondere darf die Bestimmung nicht Hand dazu bieten, dass die Kühe weniger gemolken werden und damit das Risiko von Euterentzündungen und Antibiotikabehandlungen ansteigt.	
Art. 59	<b>Stärke im Fertig-Fondue</b> Fondue ist ein typisch schweizerisches Gericht, dadurch rechtfertigt sich auch eine Sonderbestimmung. Zudem dient die Beschränkung des Stärkegehaltes der Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten und ist deshalb sinnvollerweise beizubehalten.	Beibehalten: <sup>2</sup> Fertig-Fondue darf höchstens 30 g Stärke pro Kilogramm enthalten.
Art. 60	<b>Einteilung Fertig-Fondue</b> Auch diese Einteilung der Fonduearten gibt den Konsumenten eine wichtige Orientierung, welche durch die Angabe des Fettgehaltes alleine für zahlreiche Konsumenten nicht so aufschlussreich ist. Zudem entspricht die Einteilung auch der Käse-Kategorisierung	Beibehalten
Art. 62, Abs 1 und 4	Der Konsumentenschutz spricht sich dagegen aus, die Menge der Trockenmasse zu senken. Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist die Menge der Käsetrockenmasse ein Qualitätsmerkmal gegenüber importierten Käse und sollte nicht einfach so aufgegeben werden. Eine Angleichung an die Importware kann deshalb kontraproduktiv wirken.	Beibehalten: <sup>1</sup> Die Trockenmasse (T) des Endproduktes muss zu mindestens <b>750 g/kg</b> aus Käsetrockenmasse bestehen.
Art. 62, Abs 5	Die Aufhebung der Bestimmungen zu GUB/GGA wirken sich nachteilig auf die Konsumentinnen und Konsumenten aus. Unter dem Namen einer Käsespezialität können so Mischungen verkauft werden, welche die Konsumenten nicht erwarten – sie laufen so Gefahr, getäuscht zu werden. Wir sprechen uns deshalb gegen die Aufhebung dieser Bestimmungen aus.	Beibehalten

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Alcopops

Der Konsumentenschutz spricht sich dagegen aus, dass die wichtigen Informationen zu Alkohol und Alkoholgehalt vorne auf den süßen alkoholischen Getränken nicht mehr vorgeschrieben sein sollen. Dies ist eine wichtige Information zum Schutz der Gesundheit von jungen Konsumentinnen und Konsumenten und ist deshalb trotz Cassis-de-Dijon-Prinzip beizubehalten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.5	Konsumentinnen und Konsumenten erwarten nicht, dass ein Mineralwasser aus verschiedenen Quellen zusammengemixt wird. Auch in der EU wird Mineralwasser nicht so definiert, dass es aus verschiedenen Quellen stammen kann.	<i>Art. 5 Abs. 1 und 3</i> 1 Natürliches Mineralwasser ist mikrobiologisch einwandfreies Wasser, das seinen Ursprung in einem unterirdischen Quellvorkommen hat. Es wird aus einer <del>oder mehreren</del> natürlichen oder künstlich erschlossenen Quellen gewonnen. <del>3 Stammt ein natürliches Mineralwasser aus mehreren Quellen, so muss seine physikalisch-chemische Zusammensetzung konstant bleiben.</del>
Art. 10 Abs.3	Siehe Erläuterungen oben, die Möglichkeit, Mineralwasser aus mehreren Quellen zusammen zu mischen, muss gestrichen werden.	3 Natürliches Mineralwasser aus einer <del>oder mehreren</del> Quellen darf nicht unter mehreren Handelsbezeichnungen in den Handel gebracht werden.
Art. 62	<b>Zusätzliche Kennzeichnung für süsse alkoholische Getränke</b> Der Hinweis, dass das Getränk Alkohol enthält sowie die Angabe des Alkoholgehaltes ist eine wichtige Angabe, insbesondere da sie gut sichtbar vorne auf dem Produkt angebracht werden muss (im Sichtfeld der Sachbezeichnung). Ausnahmen zum Cassis de Dijon-Prinzip machen Sinn, wenn sie dem Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten dienen. In diesem Fall ist dies gegeben, insbesondere zum Schutz der jungen Konsumenten. Der Konsumentenschutz spricht sich deshalb für die Beibehaltung der Bestimmung aus.	Artikel beibehalten
Art. 64	<b>Anforderungen</b> Zu den ursprünglichen Zutaten zu Bier werden immer mehr Zutaten verwendet, die mit der ursprünglichen Form von Bier nicht mehr viel gemeinsam haben. In der Werbung werden jedoch oft die Ursprünglichkeit und die Tradition der Bierbrauerei in den Vordergrund gestellt. Umso	Falls mehr Zutaten als Wasser, Hopfen und Malz in einem Bier verwendet werden, müssen diese deklariert werden.

	<p>wichtiger ist es, dass die Konsumenten über die Zusammensetzung des Bieres informiert werden.</p> <p>Falls eine obligatorische Zutatendeklaration auch beim Bier vorgesehen wird, kann sich der Konsumentenschutz mit der Streichung dieses Artikels einverstanden erklären.</p>	
Art. 66	<p><b>Zusätzliche Kennzeichnung</b></p> <p>Zu den ursprünglichen Zutaten zu Bier werden immer mehr Zutaten verwendet, die mit der ursprünglichen Form von Bier nicht mehr viel gemeinsam haben. In der Werbung werden jedoch oft die Ursprünglichkeit und die Tradition der Bierbrauerei in den Vordergrund gestellt. Umso wichtiger ist es, dass die Konsumenten über die Zusammensetzung des Bieres informiert werden.</p> <p>Die Streichung des gesamten Artikels wird mit der AV für Geuze-Lambic begründet. Diese gilt aber nur für Bier nach belgischem Recht. Für alle anderen Länder gleich auch die Anforderungen an die Kennzeichnung aufzuheben (insbesondere Hinweis auf Verwendung von Aromen), scheint übertrieben.</p> <p>Falls eine obligatorische Zutatendeklaration auch beim Bier vorgesehen wird, kann sich der Konsumentenschutz mit der Streichung dieses Artikels einverstanden erklären</p>	Die Absätze 2 und 3 des Art. 66 in Kraft lassen.

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

#### Höchstmengenkonzept

Wir begrüßen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln. Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

#### Tägliche Einnahme von NEM: Zweifelhafte Annahme

Die neuen Berechnungen gehen davon aus, dass eine Person lediglich ein Nahrungsergänzungsmittel pro Tag konsumiert. Diese Berechnung ist unter Umständen naiv. Die Untersuchungen Trends in vitamin, mineral and dietary supplement use in Switzerland. The CoLaus study ; P. Marques-Vidal, P. Vollenweider, G. Waeber 2017 hat gezeigt, dass Konsumentinnen und Konsumenten, welche auf Nahrungsergänzungsmittel Art ansprechen, auch mehrere pro Tag konsumieren.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 7, Bst. f	Die neuen Berechnungsgrundlagen gehen davon aus, dass eine Person pro Tag nur ein Nahrungsergänzungsmittel aufnimmt. Dies ist jedoch keinesfalls immer der Fall. Ein Hinweis auf den Produkten, die Zusätze in einer täglichen maximalen Dosierung pro Tag enthalten, soll davon abraten, weitere Produkte zu konsumieren.	Enthält ein Produkt die tägliche, maximale Dosis an Vitaminen oder Mineralsalzen, soll auf dem Produkt davon abgeraten werden, ein weiteres Nahrungsergänzungsmittel zu konsumieren.

<p>Art. 3, Abs. 7, Bst. e</p>	<p><b>Verständliche Hinweise</b> Will man sichergehen, dass die Hinweise ihre Funktion erfüllen und verstanden werden, müssen sie in der Sprache der Verkaufsregion verfasst sein.</p>	<p>e. die Warnhinweise oder der Hinweis auf die spezifische Zielgruppe oder die Verwendungsbedingungen nach Anhang 1, <b>verfasst in der Sprache der Verkaufsregion.</b></p>
-----------------------------------	--	--



## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

#### Bisphenol A

Die Schweiz hat die [europäische Verordnung 2018/213](#) vor kurzem übernommen, so dass die Höchstmenge an Bisphenol A in Konservendosen von 0,6 mg / kg auf 0,05 mg / kg begrenzt wurde. Wie die europäische Verordnung fordert auch der Konsumentenschutz, dass keine Migration von Bisphenol A in Säuglings- und Kleinkindernahrung erlaubt ist. Kleine Kinder reagieren besonders sensibel auf hormonaktive Substanzen. Diese Beschränkungen sollten auch für andere Formen von hormonaktivem Bisphenol gelten.

#### Hormonaktive Substanzen

Der Konsumentenschutz fordert auch, die Exposition der Verbraucher gegenüber endokrinen Disruptoren allgemein zu begrenzen, indem das von der [EFSA und der ECHA](#) entwickelte Leitliniendokument zur Identifizierung von endokrinen Disruptoren angepasst wird. Neben hormonaktiven Substanzen, welche sich auf die Fortpflanzung und die Entwicklung des Kindes auswirken, sind obesogene Disruptoren besonders besorgniserregend.

#### Stoffgemische

Der Cocktaileffekt aufgrund der Exposition von mehreren Substanzen ist ein Hauptanliegen der Konsumentinnen und Konsumenten. Da die EFSA eine [Methode](#) zur Bewertung der ernährungsbedingten Exposition gegenüber mehreren Kontaminanten entwickelt hat, fordert der Konsumentenschutz, dass dies im Schweizer Lebensmittelrecht berücksichtigt wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Absatz 2, Bst. d	<b>Ermittlung der Höchstgehalte</b> Buchstabe d umfasst alle Substanzen, welche gemäss dem <a href="#">EFSA-Konzept</a> (Chemische Gemische) interagieren. Der Konsumentenschutz verlangt, diese Bestimmung nicht zu streichen, aber mit den richtigen Begrifflichkeit zu ergänzen.	d. die bekannten kumulativen oder synergistischen Interaktionen von <b>Kontaminanten</b> , die auf gleiche biologische Systeme im menschlichen Organismus wirken;
Art. 5° und 5b	Der Konsumentenschutz begrüsst die Aufnahme dieser beiden Artikel, welche die Lebensmittelsicherheit erhöhen. Analog der EU werden damit sinnvolle Massnahmen zum Schutz der Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten ergriffen. Der Konsumentenschutz regt zudem an, der Gastronomie ebenfalls Leitlinien für die gute Verfahrenspraxis inklusive visuellen Unterstützungen zur Verfügung zu stellen.	

	Die Leitlinien zur guten Verfahrenspraxis sollen zudem öffentlich gemacht werden, insbesondere die Konsumentenorganisationen sollen Zugang zu diesen Dokumenten erhalten.	
Anhang 3	<p><b>Cadmium</b></p> <p>Der Konsumentenschutz begrüsst die Aufnahme von Höchstmengen an Cadmium in Schokolade. Es ist allerdings nicht verständlich, weshalb im Grundsatz die EU-Höchstwerte übernommen werden, jedoch für für Schokolade mit einem Kakaoanteil von über 70 % ein solcher von 0.9 mg/kg festgelegt wird und damit ein höherer Anteil als in der EU zugelassen wird. Wir verlangen, dass die EU-Höchstwerte konsequent und ohne Ausnahme übernommen werden.</p>	Schokolade mit $\geq 70\%$ Gesamtkakaotrockenmasse 0,9 mg/kg
Anhang 3	<p><b>Nickel</b></p> <p>Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Streichung des Höchstgehaltes von Nickel aus. Die EFSA ermittelte einen sicheren Höchstwert, die sogenannte tolerierbare tägliche Aufnahmemenge (<i>Tolerable Daily Intake</i> – TDI), von 2,8 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht (<math>\mu\text{g/kg KG}</math>). Sie hält zudem fest, dass die derzeitige chronische ernährungsbedingte Exposition gegenüber Nickel für die Allgemeinbevölkerung Bedenken aufwerfe. Von daher macht es Sinn, insbesondere bei Getränken auf Sojabasis eine Höchstgehalt einzuführen. Diese werden auch oft von Kindern konsumiert, so dass sie einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind.</p>	Nickel: Getränke auf Sojabasis
Anhang 4	<p><b>Höchstgehalte für 3-Monochlorpropan-1,2-diol (3-MCPD) und Glycidylfettsäureester in Lebensmitteln</b></p> <p>Wir begrüssen die Einführung von Höchstgehalten für 3-Monochlorpropan-1,2-diol (3-MCPD) und Glycidylfettsäureester in Lebensmitteln. Insbesondere für Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung und Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder ist diese Massnahme wichtig.</p>	
Anhang 11	<p><b>Acrylamid</b></p> <p>Der Konsumentenschutz begrüsst die Einführung von Zielwerten für den Acrylamidgehalt. Der Konsumentenschutz fordert jedoch, diese möglichst nach unten anzupassen und sie denjenigen der EU anzugleichen, sobald diese in Kraft treten.</p>	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Offenverkauf

Mit dem vorliegenden Vorschlag verlieren die Konsumentinnen und Konsumenten das Anrecht auf wichtige Informationen im Offenverkauf: Es muss auch weiterhin gewährleistet bleiben, dass die Herkunftsangabe Fleisch und Fisch auch dann gewährleistet ist, wenn es als Hackfleisch (Fleisch- oder Fischhamburger) oder Kebab angeboten wird.

#### Produktionsland und Nährwertkennzeichnung

Die Revision der Lebensmittelinformationsverordnung soll auch dazu genutzt werden, um Versäumnisse aufzuholen, welche bei der Ausarbeitung der Lebensmittelgesetzgebung vorgekommen sind: So muss die Angabe des Produktionslandes stärker eingegrenzt werden, damit eine offene und für die Konsumenten nichtssagende, weiträumige Angaben nur dann erlaubt sein soll, wenn belegt werden kann, dass eine präzisere Angabe nicht möglich ist. Bei den Anforderungen an die Nährwertkennzeichnung muss zudem ergänzt werden, dass Zucker und gesättigte Fettsäuren nicht freiwillig angegeben werden können, sondern zwingend aufgeführt werden müssen. Diese Abweichung zur EU-Gesetzgebung ist nicht nachvollziehbar und enthält den Konsumenten wichtige Informationen vor.

#### Vereinfachte Nährwertkennzeichnung: Nutri-Score

Die bisherige, gesetzlich verlangte Nährwertkennzeichnung ist für viele Konsumentinnen und Konsumenten zu komplex und zu aufwändig. Der Konsumentenschutz verlangt zusammen mit zahlreichen Konsumenten- und Gesundheitsorganisationen deshalb eine vereinfachte Information auf der Vorderseite der Produkte. Der französische Nutri-Score hat sich in Frankreich bewährt, bietet eine vereinfachte, aber doch differenzierte Kennzeichnung und wird auch von den Konsumentinnen und Konsumenten gemäss einer Umfrage der Allianz der Konsumentenorganisationen bevorzugt. In der Lebensmittelgesetzgebung und insbesondere in der Lebensmittelinformationsverordnung muss verankert werden, dass der Nutri-Score verbindlich angegeben werden muss. Dies auch, um zu verhindern, dass verschiedene, zum Teil verwirrende Kennzeichnungen auf dem Markt Fuss fassen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 5 Bst. b	<b>In der Schweiz verbotene Produktionsmethoden</b> Der Konsumentenschutz begrüsst ausdrücklich, dass in der Schweiz verbotene Produktionsmethoden im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung aufgeführt werden müssen. Die gängige Praxis ist die, diese Information irgendwo auf der Rückseite zu verstecken. Wie in den Erläuterungen richtig festgehalten wird, sind die Konsumentinnen und Konsumenten an einer tiergerechten Produktionsweise und damit an dieser Information sehr interessiert.	
Art. 4, Abs. 5, Bst. c	<b>Mengenangabe</b> Auch die Aufwertung und Sichtbarmachung dieser für die Konsumenten wichtige Information begrüssen wir ausdrücklich.	

<p>Art. 5, Abs. 1, Bst. a</p>	<p><b>Offenverkauf Fleisch und Fische: Herkunftsangabe der Tiere</b>  Mit dem Änderungsvorschlag wird Art. 39 Abs. 1 LGV nicht vollständig umgesetzt, und die neu eingeführte Abgrenzung durch die Bezeichnung "in Stücken" ist kaum vollziehbar. Sie kann im Hinblick auf die Bestimmungen von Art. 17 zu Unklarheiten führen (dort ist Geschnnetztes kaum gemeint).</p> <p>Gemäss dem jetzt vorliegenden Vorschlag muss u.a. von Hackfleisch (frisch oder verarbeitet) und Fleischzubereitungen wie Kebab, Hamburger, Hackbraten oder Adrio keine Tierherkunft angegeben werden. Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist diese Information jedoch sehr wichtig, besonders bei Fleisch und tierischen Produkten.</p> <p>Beim Änderungsvorschlag ist u.a. auch stossend, dass bei Formfleisch keine Herkunftsangabe der Tiere aufgeführt werden muss.  Die Anpassungen sind im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV unter Berücksichtigung der seither grundlegend angepassten Definitionen im Zusammenhang mit Fleisch vorzunehmen.</p> <p>Die oben erwähnten Anmerkungen gelten entsprechend auch für Fisch und Fischereierzeugnisse.</p> <p>Es fragt sich zudem, weshalb Hauskaninchen und Wild von dieser Bestimmung ausgenommen wurden. Eine Berücksichtigung auch dieser Kategorien wäre wünschenswert.</p> <p>Diese Änderungen haben auch eine Anpassung der Erläuterungen sowie von Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3 zur Folge.</p>	<p>Die Anpassungen im Sinne des früher geltenden Art. 36 Abs. 2 Bst. b LKV vornehmen:  "a Die Herkunft der Tiere ist in jedem Fall schriftlich anzugeben bei:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Fleisch von Tieren nach Artikel 2..., ganz oder in Stücken. Bei Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen aus solchem Fleisch ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> <li>2. Fisch und Fischereierzeugnisse aus Fisch nach Art. 17 VLtH, frisch, zubereitet oder verarbeitet. Bei Fischereierzeugnissen ist Art. 16 Abs. 3 LIV anwendbar."</li> </ol>
<p>Art. 5 Abs. 1 Bst. b Ziffer 3</p>	<p>Aufgrund des Anpassungsvorschlags unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV ergeben sich auch Änderungen unter Bst. b: Artikel 16 findet Anwendung und ist deshalb zu streichen.</p>	<p>Änderung aufgrund Anpassungsantrag unter Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV:  "3. Artikel 17 findet keine Anwendung."</p>
<p>Art. 15, Abs. 7</p>	<p><b>Angabe des Produktionslandes</b>  Es ist unverständlich, wieso die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz weniger gut über die Herkunft der Produkte informiert werden sollen, als sie 1995 waren. Die technischen Möglichkeiten sind heute viel ausgeklügelter als damals, um die Herkunft zu verfolgen und aufzuzeigen.</p>	<p>Wenn der Hersteller belegen kann, dass keine präzisere Angabe des Produktionslandes möglich ist, kann anstelle eines Produktionslandes bei verarbeiteten</p>

	<p>Zudem zeigt der <a href="#">Eurobarometer</a> vom April 2019, dass die Herkunft das wichtigste Kaufkriterium für die Konsumenten ist.</p> <p>Der Konsumentenschutz verlangt deshalb, dass die Möglichkeit, übergeordnete geografische Räume anzugeben, nur dann eingeräumt werden soll, wenn der Hersteller begründen kann, weshalb keine präzisere Angabe möglich ist.</p>	Lebensmitteln ein übergeordneter geografischer Raum angegeben werden, wie «EU» oder «Südamerika».
Art. 16, Abs. 3	<p><b>Angabe der Herkunft von Zutaten</b></p> <p>Die Herkunft von Fleisch und tierischen Produkten ist für die Konsumentinnen und Konsumenten von besonderer Bedeutung (siehe auch <a href="#">Eurobarometer</a>) . Um unmissverständlich klar zu stellen, dass diese Information verbindlich angegeben werden muss, beantragen wir diese stilistische Änderung.</p>	3 In Abweichung von Absatz 1 Buchstabe a ist bei in Artikel 1 VLtH1 aufgeführten Zutaten tierischer Herkunft die Herkunft des Tieres immer anzugeben, wenn ihr Anteil am Enderzeugnis 20 Massenprozent oder mehr beträgt.
Art. 17, Abs. 7	<p><b>Spezifische Angaben für Fleisch</b></p> <p>Wird der Absatz gelöscht, entfällt die Anforderung, das Fanggebiet der Fische anzugeben, die als Zutat in einem Lebensmittel enthalten sind. Damit diese wichtige Information für die Konsumenten nicht entfällt, ist entweder dieser Absatz beizubehalten oder diese Anforderung ist im Art. 15 einzufügen.</p>	
Art. 22, Abs. 2	<p><b>Erforderliche Angaben Nährwertdeklaration</b></p> <p>Der Gehalt an Zucker und gesättigten Fettsäuren ist eine wichtige Information für die Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere, da Zucker mittlerweile in wesentlichen Mengen in Produkten enthalten ist, in denen man es nicht erwartet.</p> <p>In Bezug auf Gesundheitsschutz, Informationspflicht und Äquivalenz zur EU-Gesetzgebung, welche diese beiden Angaben verlangt, ist es absolut notwendig, diese Information den Konsumentinnen und Konsumenten zwingend zur Verfügung zu stellen (siehe EU-Reglement 1169/2011). Der Konsumentenschutz verlangt deshalb die Streichung dieses Absatzes.</p>	<p>Streichen:</p> <p><del><sup>a</sup>Zulässig ist auch die Angabe nur des Energiewerts und des Gehaltes an Fett, Kohlenhydraten, Eiweiss und Salz.</del></p>
Art. 42 a	<p><b>Information über Rezepturanpassungen eines Lebensmittels</b></p> <p>Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist es kein Informationsgewinn, wenn bereits eine Reduktion von 5 % des Zucker- oder Salzgehaltes eines Lebensmittels ausgelobt werden kann.</p>	

	Der Konsumentenschutz verlangt deshalb die Angabe des tatsächlichen Gehaltes von Zucker oder Salz und nicht die Auslobung von minimen Rezepturanpassungen, die zudem schwer zu überprüfen sind.	
Anhang 2, Teil A, Ziffer 3	Der Konsumentenschutz begrüsst die Klärung, welche dieser Zusatz bringt.	

# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 2	<b>Angabe des Produktionslandes</b> Der Konsumentenschutz begrüsst, dass die Herkunft der Oliven angegeben werden muss.	
Art. 37, Abs. 2, Bst. b	<b>Mengenangabe von Trüffeln</b> Der Konsumentenschutz begrüsst, dass eine genaue Mengenangabe der Trüffel verlangt wird, wenn diese weniger als 3 % beträgt.	

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

#### Genehmigungen transparent machen

Ein transparentes Zulassungsverfahren ist Voraussetzung für das Vertrauen der Konsumenten. Der Konsumentenschutz fordert eine angepasste, transparente Veröffentlichung der Daten, welche der Hersteller mit dem Gesuch für die Bewilligung eines neuartigen Lebensmittels eingereicht hat.

#### Liste der zugelassenen Produkte, einschließlich der GVO-Produkte

Die Konsumenten müssen sich über alle Lebensmittel informieren können, welche in der Vergangenheit zugelassen wurden, auch wenn diese bereits seit längerem etabliert und bekannt sind. Dies gilt insbesondere für Produkte aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen (Vitamine usw.). Für die Konsumenten ist es wichtig, dass mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellte Lebensmittel, Zusatz- und Hilfsstoffe genehmigungspflichtig sind und eindeutig als GVO-Produkte aufgeführt und gekennzeichnet sind. Der Konsumentenschutz fordert daher einen einfachen Zugang zu einer vollständigen Liste zugelassener Waren und eine eindeutige Identifizierung von aus GVO gewonnenen Produkten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Zusatzstoffe in "vertikale Fleischspiesse"

Die Verbraucher erwarten nicht, dass dem Fleisch Phosphate zugesetzt werden. Im Offenverkauf, bzw. an Ständen wird diese Information in der Regel auch nicht zur Verfügung gestellt, so werden die Konsumenten über die Qualität des Fleisches getäuscht.

Der Konsumentenschutz spricht sich deshalb dagegen aus, dass diesem Fleisch Phosphat beigemischt werden darf.

#### Nano-Titandioxid

Französische Forscher haben aufgezeigt, dass die Nanopartikel von Titandioxid einen Einfluss auf das Immunsystem haben und möglicherweise krebserregend wirken. Deshalb soll in der Schweiz das Vorsorgeprinzip angewendet werden und die Zulassung dieses Zusatzstoffs widerrufen werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1a	<b>E171 Titandioxid</b> Titandioxid ist möglicherweise krebserregend, Frankreich hat beschlossen, diesen Zusatzstoff in Lebensmitteln ab 2020 zu verbieten. Dieser Schritt entspricht dem Vorsorgeprinzip, der Konsumentenschutz verlangt, dass die Zulassung auch in der Schweiz gestrichen wird.	<del>E171 Titandioxid</del>
Anhang 3 Kategorie 7	<b>E338-341 ; E343 ; E450-452</b> Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Möglichkeit aus, in vertikalen Fleischspiesen Phosphate beizugeben. Weder erwarten die Konsumenten solche Zusätze, noch würden sie im Offenverkauf entsprechend informiert. Sie würden über die Qualität des Fleisches getäuscht. Die EFSA hat kürzlich <a href="#">neue Empfehlungen</a> zu Phosphaten veröffentlicht. Gemäss diesen Empfehlungen macht es keinen Sinn, bei weiteren Lebensmittelgruppen die Zugabe von Phosphaten zu erlauben.	Streichen

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

#### Zusatz von Vitaminen in hochverarbeiteten Produkten

Hochverarbeitete Produkte, welche wegen dieser hochgradigen Verarbeitung eine tiefere Nährstoffqualität aufweisen, sollten unserer Ansicht nach nicht mit der Zugabe von Vitaminen, Mineralstoffen «aufgewertet» werden. Es darf den Konsumentinnen und Konsumenten durch ihre Zusammensetzung und ihre Aufmachung nicht vorgegaukelt werden, dass sie besser sind als unverarbeitete oder wenig verarbeitete Produkte. Den Konsumentinnen und Konsumenten fehlt noch immer eine Nährwertprofil, welches die nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben fassbar macht.

#### Höchstmengenkonzept

Wir begrüßen das vorgeschlagene neue Höchstmengenkonzept für die Zugabe von Vitaminen und Mineralstoffen zu Lebensmitteln.

Der Ansatz, in erster Linie auf den «Tolerable Upper Intake Level» (UL), d.h. die Eigenverantwortung bzw. Selbstkontrolle der Inverkehrbringer abzustellen, entspricht den Leitlinien des Lebensmittelrechtes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Wegfallen der Höchstwerte stark überdosierte Produkte auf den Markt gebracht werden. Diese müssen nicht unbedingt eine Gesundheitsgefährdung mit sich bringen, sie beinhalten aber ein gewisses Täuschungspotential, da diese Produkte den Anschein erwecken, dass sie aufgrund der überdosierten Zusätzen besser als andere Produkte seien.

Um den Herstellern wie auch den Kontrollorganen eine Leitlinie zu geben, wie eine sinnvolle Dosierung aussehen soll, macht es Sinn, eine Dosierungsliste auszuarbeiten. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben dies bereits gemacht. Eine solche Liste hat keine rechtliche Verbindlichkeit, bietet jedoch sinnvolle und hilfreiche Leitplanken für alle Beteiligten.

Im Weiteren haben Untersuchungen in den letzten Jahren in der Schweiz keine akute Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen aufgezeigt. Es besteht daher kein Anlass zur Berechnung der Dosierung basierend auf zwei Einheiten pro Tag. Dies, um damit möglichst hohe Dosierungen zu erreichen.

Vielmehr soll sich die Berechnung der Dosierung auf drei Einheiten pro Tag aus verschiedenen Quellen stützen (was aufgrund verschiedener Studien nicht unüblich ist). Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Vitaminen und Mineralstoffen ist dadurch nicht zu erwarten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a	Die Liste der sonstigen Stoffe ist auf Basis des Gesundheitsschutzes weiterhin als geschlossene Liste zu führen (siehe Begründung in den allgemeinen Bemerkungen). Deshalb ist an dieser Stelle nach wie vor Anhang 2 anzugeben.	Wie bisher Anhang 2 an dieser Stelle angeben: "a. nach den <b>Anhängen 1 und 2</b> "
Art. 2 <sup>bis</sup>	Anhang 2 für sonstige Stoffe ist wie bisher als geschlossene Liste zu führen (siehe Begründung unter allgemeinen Bemerkungen). Aus diesem Grund ist Art. 2 <sup>bis</sup> zu streichen.	Art.2 <sup>bis</sup> streichen

<p>Art. 4 Abs. 4 Anhang 8</p>	<p><b>Toleranzbereiche bei Vitamin- und Mineralstoffangaben</b> Durch die Streichung des Anhangs 8 werden Toleranzwerte nicht mehr verbindlich festgelegt, sondern durch die Infoschreiben des BLV und den Leitfaden EU zu Toleranzen der deklarierten Nährwerte beschrieben. Im Leitfaden der EU steht, dass der Leitfaden keinen formalen rechtlichen Status hat. Bei Vitaminen und Mineralstoffen sollten die Toleranzbereiche verbindlich und somit auf Stufe Verordnung geregelt sein. Deshalb sollte Anhang 8 nicht gestrichen werden.</p>	<p>Anhang 8 beibehalten</p>
<p>Anhang 2</p>	<p><b>Sonstige Stoffe – Öffnung der Liste</b> Neu handelt es sich bei Anhang 2 um eine offene Liste, in welcher Anwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe festgelegt werden können. Neu wird es folglich möglich, dass, abgesehen von den Lebensmittelkategorien nach Anhang 3 (wie nicht verarbeitetes Gemüse, Obst, Fleisch) alle "Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr" mit "allerlei" sonstigen Stoffen angereichert werden können, auch solchen, die bisher nur bei Nahrungsergänzungsmitteln oder Lebensmitteln für Sportler zulässig waren. So können "Lebensmitteln für den allgemeinen Verzehr" zukünftig u.a. Stoffe, für welche in der VNem bzw. der VLBE Anwendungsbeschränkungen bestehen, ohne Mengenbeschränkung zugegeben werden, da keine solchen in Anhang 2 festgelegt sind (Bsp. Aminosäuren, Kreatin, Katechine, konjugierte Linolsäure, MSM). Dies ist weder im Sinne des Gesundheits- noch des Konsumentenschutzes.</p>	<p><b>Keine Öffnung von Anhang 2 VZVM.</b>  Lebensmittel für den allgemeinen Verzehr haben sich bezüglich ihrer Zusammensetzung für die Konsumenten klar erkennbar von Nahrungsergänzungsmitteln und Lebensmittel für Sportler zu unterscheiden. Entsprechend ist die Zugabe sonstiger Stoffe mit entsprechenden Höchstmengen abschliessend zu regeln, und Anhang 2 ist als geschlossene Liste beizubehalten.  In diesem Sinne ist auch der Titel "Sonstige Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden dürfen" beizubehalten.</p>

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

#### Liste der Lebensmittel, in denen Aromen nicht zulässig sind

Die Aromatisierung von Lebensmitteln ist umstritten – sie täuscht über den wahren Geschmack eines Lebensmittels hinweg und kann unter Umständen auch Qualitätsmängel übertünchen. Zudem führen Aromen zu einer Vereinheitlichung und Verflachung des Geschmackserlebnisses. Aus Sicht des Konsumentenschutzes ist es wichtig, dem Einsatz von Aromen gewisse Schranken zu bieten. Dies hilft auch, die regionale, saisonale Vielfalt zu erhalten. Es gibt zudem aus der Sicht der Rechtssicherheit ebenfalls Gründe, die Liste mit den Lebensmitteln beizubehalten, denen keine Aromen beigefügt werden dürfen. Die neue Liste im Anhang 6 mit lediglich zwei Produktgruppen, bei denen Aromen ausdrücklich verboten sind, kann leicht so missinterpretiert werden, dass bei allen anderen Lebensmitteln nun Aromen erlaubt sind.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	<p><b>Liste der Lebensmittel, in denen Aromen nicht zulässig sind</b></p> <p>Der Konsumentenschutz spricht sich gegen die Streichung dieser Liste aus. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten nicht, dass auch Grundnahrungsmittel aromatisiert sind. Die Liste im Anhang 6, wie sie sich zurzeit präsentiert, gewährt eine gewisse Sicherheit, dass Milch, Brot, Butter etc. nicht aromatisiert und damit der Geschmack verfälscht wird.</p> <p>Die Aussage in den Erläuterungen stimmt nicht, wonach die Regelungen für die Aromatisierung der Lebensmittel in den jeweiligen produktspezifischen Verordnungen des EDI festgelegt werden. Die Aromen sind bis zum heutigen Zeitpunkt in anderen Verordnungen festgelegt worden (seit 2017 in der Aromenverordnung und vorher in der Zusatzstoffverordnung). Deshalb musste in den spezifischen Verordnungen bisher gar nicht auf die Aromen eingegangen werden.</p> <p>Nur bei wenigen Lebensmittelkategorien gibt es in den produktespezifischen Verordnungen konkrete Vorgaben (beispielsweise zur Aromatisierung von Schokolade; bei Honig dürfen keine anderen Stoffe zugesetzt werden).</p> <p>Die Streichung der Liste kann auch so interpretiert werden, dass mit Ausnahme der Kindernährmittel bei allen anderen Lebensmitteln Aromen erlaubt sind. Die Zugabe von Aromen kann zudem in bestimmten Fällen sogar zur Täuschung beitragen, etwa wenn mit Aroma im Fleisch unangenehme Gerüche oder Geschmäcker übertüncht werden.</p>	Ganzen Anhang 6 beibehalten

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

#### Anpassung an EU-Bewilligungspraxis

Konsumentinnen und Konsumenten lehnen mehrheitlich gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, Lebensmittelverschwendung und –abfall ist möglichst zu vermeiden. Den Interessenkonflikt, der sich durch die Verunreinigung von in der EU bewilligten GVOs in importierten Lebensmitteln ergibt, erachten wir jedoch als überschaubar: Offenbar mussten in den letzten Jahren keine Lebensmittel wegen solchen Verunreinigungen vernichtet werden. Die meisten Verunreinigungen wurden in Importen aus den USA festgelegt, welche durch diese Anpassung nicht tangiert werden.

Eine erleichterte Bewilligungspraxis könnte zudem dazu führen, dass die Warenflusstrennung weniger sorgsam durchgeführt wird.

Der Konsumentenschutz gewichtet deshalb die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten klar stärker und spricht sich gegen die vereinfachte Bewilligungspraxis aus.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozesses beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.  ⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass</b>	<b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b>  Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn: a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u> , bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;

	<p><b>solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	
<p><b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b></p>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</li> <li>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.</li> </ol>	<p><b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>

	<p><b>Argument 1:</b> <i>Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i></p> <p>Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.</p> <p><b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b></p> <p>Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln eines allfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a</b> <b>Absatz 1</b> <b>Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das</p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit</p>

	<p>GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.</p>
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGV.</b></p> <p>⇒ <b>Hingegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGV ergänzt werden.</b></p> <p><b>Nach einer Streichung des Artikels 2 VGV wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGV erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGV. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGV ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29, Abs. 3	<b>Tiefgefrorenes Fleisch</b> Für die Konsumentinnen und Konsumenten ist neben der Lebensmittelsicherheit die Qualität ein wichtiges Kriterium, gerade bei Fleisch und Fleischprodukten. Die Qualität kann jedoch beispielsweise dadurch beeinträchtigt werden, dass die Kühlkette nicht vollständig eingehalten wird. Wir erachten es deshalb als wichtig, dass die Einzelhandelsbetriebe nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Qualität gewährleisten müssen.	3 Fleisch und dessen Verarbeitungserzeugnisse, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unverzüglich tiefgefroren und andauernd tiefgefroren gelagert und transportiert werden. Vor dem Gefrieren ist erforderlichenfalls eine gewisse Reifungszeit zulässig. Einzelhandelsbetriebe sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit <b>und die Qualität</b> jederzeit gewährleistet bleiben.
Art. 66, Abs. 4 Anhang 1, Teil 3	<b>Richtwerte der Branchenleitlinien</b> Der Konsumentenschutz begrüsst, dass die Richtwerte der Branchenleitlinien öffentlich zugänglich sein sollen, bzw. veröffentlicht werden sollen. Die entsprechenden Informationsschreiben des BLV sollen jedoch auch online leicht auffindbar gemacht werden.	

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Dass Kühe nicht mehr zweimal täglich gemolken werden müssen, darf nicht zu einer Beeinträchtigung des Tierwohls oder der Milchqualität führen. Aus unserer Sicht soll diese Lockerung in erster Linie ermöglichen, dass die Aufzucht der Kälber unter besseren Tierwohlbedingungen erfolgen kann.

Sie darf aber nicht dazu dienen, dass Kühe weniger gemolken werden und dadurch das Risiko von Euterentzündungen und damit Antibiotika-Behandlungen steigt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10, Abs. 1, Bst. h	<b>Streichung Bst. h – Verbot der Abgabe der Milch von Tieren, welche nicht zweimal pro Tag gemolken werden:</b> Der Konsumentenschutz kann sich mit dem Streichen dieses Absatzes einverstanden erklären unter dem Vorbehalt, dass das Tierwohl und die Milchqualität nicht beeinträchtigt werden.	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	Der Konsumentenschutz begrüsst die Einführung eines Höchstwertes für Perchlorat ausdrücklich.	

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen****Sicherheit von importierten Lebensmitteln**

Der Konsumentenschutz fordert, dass bei der Einfuhr von Lebensmitteln aus Drittländern der Grundsatz der maximalen Sicherheit zur Anwendung kommt. Ausnahmen müssen sehr zurückhaltend gewährt und nachvollziehbar begründet werden. Solche Ausnahmen dürfen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschen oder gar eine Gesundheitsgefährdung darstellen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : IG Detailhandel  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Geschäftsstelle IG Detailhandel Schweiz, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Gabi Buchwalder  
Telefon : 058 570 18 08  
E-Mail : [gabi.buchwalder@mgb.ch](mailto:gabi.buchwalder@mgb.ch)  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	14
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	17
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	21
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	21
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	23
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	23
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	24
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	25
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	25
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	28
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	29
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	30
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	31
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	32



## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Das Lebensmittelrecht ist für die Mitglieder der IG Detailhandel bei ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten von grosser Bedeutung. Sowohl bei der Beschaffung, als auch im Verkauf und in den eigenen Produktionsbetrieben sind wir auf praktikable, möglichst eindeutige Regelungen angewiesen. Da praktisch alle Produktionsbetriebe der Mitglieder der IG Detailhandel auch das Ausland beliefern, begrüssen wir grundsätzlich eine fortschreitende Angleichung an die Gesetzgebung der EU, um technische Handelshemmnisse und deren verteuernde Wirkung zu minimieren.

Drei Anliegen möchten wir an dieser Stelle einbringen:

- Die geplante Angabe des Verbrauchsdatums im Offenverkauf erachten wir als wenig praktikabel und sehr aufwändig in der Umsetzung. Vor allem aber bezweifeln wir, ob diese schriftliche Angabe für die Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber der bestehenden mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich einen Mehrwert bedeutet. Gemäss unseren Informationen gibt es in der EU keine solche Pflicht im Offenverkauf. Es ist unklar, weshalb mit dieser Vorgabe ein neuer Unterschied geschaffen werden soll.
- Übergangsfristen: Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).
- Höchstmengenkonzept für Vitamine und Mineralstoffe: Die IG Detailhandel schliesst sich bezüglich des Höchstmengenkonzeptes der Haltung der Föderation Schweizer Nahrungsmittel-Industrien fial an. Sie begrüsst zwar den Paradigmawechsel, die generelle Lockerung und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz. Das konkrete neue Konzept lehnt die IG Detailhandel aber ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	Die zulässige Sachbezeichnung muss in allen Sprachen zulässig sein; z.B. ist die Liste bei Milchbezeichnungen nicht schlüssig: Mandelmilch ist nicht zulässig, Latte di mandorla hingegen ist zulässig, Burro di arachidi ist nicht zulässig, Erdnussbutter hingegen ist zulässig.	
Art. 15 Abs. 2 lit. a	Übergangfrist für bestehende Artikel notwendig. Ist bei bestehenden Bewilligungen für Vitamin B12 und weitere Vitamine in der EU der Einsatz in der Schweiz möglich?	
Art. 31 Abs. 5	Die Angleichung an EU-Recht ist sinnvoll, zeitgemäss und notwendig. Unklar ist, ob derartige Produkte somit in die Liste von bewilligten neuartigen Lebensmitteln aufgenommen werden. Dies wäre zu begrüßen, da auf diese Weise eine gewisse Transparenz geschaffen wird, wenn es keine Kennzeichnungspflicht gibt. Gibt es eine Übergangfrist für bestehende Artikel? Sind Bewilligungen für Vitamin B12 und weitere Vitamine in EU bestehend und Einsatz in der Schweiz möglich?	
Art. 38 Abs. 3	Verweis auf Art. 3 unklar	Verordnungstext klarer formulieren.
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	Dies führt bei Einzelhandelsbetrieben mit Offenverkauf zu einem zusätzlichen, unverhältnismässig grossen Aufwand. Zudem ist ein Fehlerpotential gegeben. Ob für die Konsumenten gegenüber der heutigen mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich ein Mehrwert generiert wird, ist fraglich. Auch ist unklar, ob die Gefahr von Food Waste mit oder ohne Datumsangabe grösser ist. Aus den Erläuterungen geht hervor, dass sich Art. 39 Abs. 2 lit. d LGV auf die auf Wunsch von Konsumentinnen und Konsumenten am Ort der Abgabe umhüllte oder verpackte oder im Hinblick auf ihre unmittelbare Abgabe vorverpackte	Streichung von Art. 39, Abs.2, Bst. d

	<p>Lebensmittel, die leicht verderblich sind, beziehen soll. Der vorgeschlagene Wortlaut von Art. 39 Abs. 2 lit. d LGV nimmt aber ganz generell Bezug auf Lebensmittel, die nach Art. 2 Abs. 1 Ziff. 11 als nicht vorverpackt gelten.</p> <p>Es ist unklar, ob beispielsweise bei einem Salatbuffet zum Selberschöpfen die Haltbarkeit schriftlich angegeben werden muss, auch wenn die Ware als To-go vor Ort vom Kunden abgepackt wird. Auch bei Selbstbedienungsrestaurants kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kunden die Waren selber abpacken und mitnehmen. Die Waagen für solche Buffets und ähnliches drucken keine Haltbarkeiten. Damit alle Waagen/Drucker programmiert werden könnten, wären Investitionen und eine Übergangsfrist von mehreren Jahren nötig.</p>	
Art. 40	<p>Im Unterschied zu den Begriffen Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate, die in Art. 2 Abs. 1 Ziff. 19 definiert sind, ist der Begriff «Zwischenhandel» nicht definiert und wird zu Unklarheiten führen.</p>	<p>Art. 40 Rohstoffe und Halbfabrikate  <i>«Die Angaben über Produkte wie Rohstoffe und Halbfabrikate, die nicht zur direkten Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen so gehalten sein...»</i></p> <p><del>«Die Angaben über Produkte wie Rohstoffe und Halbfabrikate, die nicht zur direkten Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen so gehalten sein...»</del></p>
Art. 44	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten.</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu</p>	<p>Art. 44 Abs. 1 lit. a:  <i>Zum Zeitpunkt des Anbietens der Ware müssen alle lebensmittelrechtlich vorgeschriebenen Angaben verfügbar sein und auf dem Trägermaterial des Fernabsatzgeschäfts erscheinen oder durch andere geeignete Mittel, die eindeutig anzugeben sind, unentgeltlich bereitgestellt werden; ausgenommen sind das Haltbarkeitsdatum und das Warenlos. Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</i></p>

	<p>fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkünften, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene.</p> <p>Weiter soll es möglich sein, Überraschungspakete bestehend aus verschiedenen Lebensmitteln online anzubieten (vgl. z.B. Too Good to Go). Über solche «Produktpakete» kann gerade nicht umfassend im Sinne von Art. 44 im Voraus informiert werden, da zum Zeitpunkt des Angebots der Inhalt eines solchen Pakets regelmässig nicht bekannt ist. Solche «Produktpakete» dienen der Verhinderung von Food Waste und finden grossen Anklang bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Für solche Pakete muss es genügen, wenn die Konsumenten im Zeitpunkt der Abgabe informiert werden.</p> <p>Auch Identitätskennzeichen von Lieferanten können je nach Bestellzeitpunkt variieren. Die Identitätskennzeichen sind analog Haltbarkeitsdatum und Warenlos von der Angabepflicht auszunehmen (vgl. Vorschlag in der rechten Spalte für eine Anpassung von Art. 44 Abs. 1 lit. a LGV).</p>	
Art. 48 Abs. 2	Unklarer Wechsel von Trinkwasserleitungen zu Antiquitäten. Wie wird Antiquität definiert? Aus Art. 1 Abs. 3 Buchstabe c geht	Definition Antiquität in den gesetzlichen Grundlagen einführen oder Verordnungstext klarer formulieren respektive Wort «Antiquität» ersetzen.

	nicht klar hervor, dass dort Trinkwasserleitungen integriert sein sollen.	
--	---	--

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9 Abs. 3	<p>Es ist nicht ersichtlich, weshalb die schriftlichen Aufzeichnungen über amtliche Kontrollen dem betreffenden Betrieb erst auf Verlangen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies soll im Sinne der Transparenz unaufgefordert bzw. automatisch erfolgen. Weiter ist es nicht ersichtlich, weshalb die Ausstellung einer amtlichen Bescheinigung oder einer amtlichen Attestierung der Zurverfügungstellung der Aufzeichnungen im Wege stehen soll (lit. a). lit.a ist deshalb ersatzlos zu streichen. Weiter ist es unklar, welche Fälle der Anwendungsbereich von lit. b erfassen soll. Das kann von vornherein nur einen sehr engen Anwendungsbereich betreffen (die Interessen des kontrollierenden Betriebs an der Offenlegung dürften allfällige entgegenstehenden öffentliche Interessen oder Interessen Dritter an Geheimhaltung i.d.R. überwiegen) und nur in einem Verfahren geschehen, in welchem der kontrollierende Betrieb sich hat äussern können und seine Interessen angemessen berücksichtigt wurden. Diese Verfahren liegen sodann in der Zuständigkeit der jeweiligen Untersuchungs- bzw. Gerichtsbehörde und werden in Anwendung der entsprechenden Verfahrensvorschriften geführt. Somit ist auch lit. b überflüssig. Wir beantragen, Abs. 3 gemäss unserem Vorschlag in der rechten Spalte anzupassen.</p>	<p><sup>3</sup> Die Vollzugsbehörden stellen den kontrollierten Betrieben eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung.</p>

Art. 12	Für die betroffenen Betriebe, insbesondere für national tätige Unternehmen ist es wichtig, dass der Vollzug in der ganzen Schweiz möglichst gleich ist.	Präzisierung; beispielsweise Relevanz (Risikobezogene Kontrollen) und Verhältnismässigkeit des Vollzugs durch die kantonalen Behörden.
Art. 45 Abs. 1 Bst. d		Die angemessene Frist für eine Resultatübermittlung ist einheitlich zu präzisieren.
Art. 48 Abs. 4	Dies könnte dazu führen, dass der Vollzug Methoden anwendet, die nicht ausreichend geprüft wurden.	Absatz streichen oder ergänzen: Mindestens eine laborinterne Validierung der Methode muss vorliegen.
Art. 51 Abs. 4	Die Homogenität in Bezug auf eine analytische Fragestellung ist dabei massgebend, ob eine einzelne Verpackung reicht oder nicht.	Bei inhomogenen Kontaminationen muss immer eine erweiterte Probenahme stattfinden. Ergänzung: Die Anzahl der zu erhebenden Einheiten muss sich am Untersuchungsziel orientieren.
Anhang 9 Punkt 1.5-1.7	Diese neuen Gebührenklassen führen im Eintretensfall zu unverhältnismässigen Kosten.	1.7: Streichen, da unverhältnismässig 1.5: Anpassung: Nur der Aufwand ist zu verrechnen.

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Es ist wichtig, dass sich die Hersteller und Anbieter auf seriöse amtliche Kontrollen verlassen können, um das Vertrauen gegenüber den Konsumenten zu erhalten. Diverse Skandale in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die bisherigen behördlichen Kontrollmechanismen nicht genügten, um «schwarze Schafe» beispielsweise in der tierischen Primärproduktion zu identifizieren. Dies hat nicht nur den Tieren, sondern auch den Fleischvermarkter geschadet.

Die Neuorganisation der Kontrollen ist demnach grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Erhöhung der unangemeldeten Kontrollen ist zielführend. Kritisch sehen wir die neue Form der «Verwaltungskontrollen», die acht Jahre lang einen Stallrundgang ersetzen kann (Art. 12).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 1	Bewilligte Schlachthöfe sollen grundsätzlich auch mobil sein können (z.B. in einem verstellbaren Container oder auf einem Lastwagen)	Ergänzung: <i>Die bewilligten Schlachthöfe können grundsätzlich auch mobil sein (Bsp. verstellbarere Container oder auf einem Lastwagen).</i>
Art.19a Abs. 1 Abs. 2	<p>Gemäss Artikel 55a LGV besteht bereit die Verpflichtung der Lebensmittelbetriebe, Ergebnisse und isolierte Stämme aufzubewahren, sowie diese den Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Das ist ausreichend. Eine generelle Verpflichtung der Labore zur Weiterleitung von Proben ans Referenzlabor, wie es Art. 19a der VSKF vorsieht, käme einer Labor-Meldepflicht gleich, wofür keine rechtliche Grundlage besteht.</p> <p>Ausserdem entstünden dadurch Mehrkosten bei den rechtsunterworfenen Schweizer Laboratorien, die auf den Kunden abgewälzt werden müssten, und es würden so ein Marktnachteil für inländische Laboratorien geschaffen gegenüber ausländischen, nicht schweizerischem Recht unterworfenen Laboratorien.</p> <p>Darüber hinaus ist auch, neben den technischen Schwierigkeiten, Campylobacter Isolate überlebensfähig zu versenden, die mit den Isolaten bezweckte Überwachung der Antibiotikaresistenz (als Begründung des Probenversands durch die Labore laut Art.1 19a Abs. 2) wenig zweckmässig, da Isolate auf Schlachttierkörpern auch durch Kreuzkontamination aus Umwelt des Schlachthofs oder andern Schlachtkörpern, eines anderen Primärbetriebes übertragen werden können. Die Resistenzenerhebung dieser Isolate gibt also lediglich einen grossen Überblick über eine generelle Resistenzlage aus Umwelt (inklusive Mensch) und inländischen wie ausländischen Tieren. Sie kann nicht dazu verwendet werden, Aussagen über Prävalenzen in der Schweizer Tierhaltung zu machen, noch können damit regionale</p>	<p>Den gesamten Art. 19a streichen.</p> <p><del>Art. 19a Pflicht der Laboratorien</del></p> <p><del>1 Die Laboratorien, die von den Betrieben für die Untersuchungen nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a bis beauftragt worden sind, müssen Proben, bei denen Campylobacter- und Salmonellen Stämme nachgewiesen worden sind, an das zuständige Referenzlabor weiterleiten.</del></p> <p><del>2 Das Referenzlabor verwendet die Proben für die Überwachung der Antibiotikaresistenzen.</del></p>



	oder betriebsspezifische Rückschlüsse zu Prävalenzen gezogen werden. Der Art. 19a bringt somit für den zu erwartenden Aufwand keinen deutlichen Nutzen, welcher nicht einfacher mit gezielten Untersuchungsstudien gemacht werden könnte, für deren Beschaffung der Isolate die rechtliche Grundlage bereits existiert.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Aufgrund von Nicht-Äquivalenzen erfolgten viele amtliche Beanstandungen, weshalb ein beschleunigter Revisionsprozess dringend angestrebt werden sollte. Dazu begrüßen wir Lösungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 1 Bst. d	Die Definition erklärt den Hintergrund für die Existenz von Einfuhrtoleranzen. Der Hintergrund fehlt in den technischen Detailvorschriften des Artikel 7. Zudem wird der Begriff neu 2x verwendet. Daher sollte die Definition erhalten bleiben.	Beibehaltung der bisherigen Version.
Anhang 2	Das ist ein Schritt zu besserer Zugänglichkeit für die Anwender und zu einer schnelleren Anpassung an EU-Recht. Die VPRH muss jedoch immer mitgelesen werden. Ein diesbezüglicher Hinweis auf der Internetseite ist von Vorteil.	Ergänzender Hinweis auf der Internet-Seite.

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 40, Abs. 5	Masseinheit der Osmolarität ist osmol pro Liter (nicht mmol, das ist die Masseinheit der Molarität).	Änderung in osmol pro Liter
Anhang 11	Neues Höchstmengenkonzept → Die IG Detailhandel schliesst sich diesbezüglich der Eingabe der fial an.	Siehe Eingabe der fial.

**Allgemeine Bemerkungen**

Mit dem Infoschreiben 1/2019 hat das BLV die Definition von Separatorenfleisch unmissverständlich festgelegt. Dabei wird die Definition strikt gemäss Urteil EuGH 2014 ausgelegt: Dabei führt jegliches mechanische Ablösen von Fleisch von Geflügelteilstücken zu einer Klassifizierung als „Separatorenfleisch“, sofern das eingesetzte Verfahren die Muskelfaserstruktur stärker verändert als dies bei Schnittflächen der Fall ist. Aus Sicht der IG Detailhandel wird der Begriff «Separatorenfleisch» dem hochwertigen, in Niederdruckverfahren hergestellten Rohmaterial nicht gerecht. Die IG Detailhandel fürchtet, dass mit der Deklarationspflicht markante Mengen von heute in Geflügelfleischerzeugnissen eingesetztem Geflügelfleisch wegen fehlender Kundenakzeptanz zukünftig nicht mehr der menschlichen Ernährung zugeführt werden können und somit als Pet Food abgewertet werden müssten.

Insbesondere stellen wir bei der Deklaration von Separatorenfleisch in der Wahrnehmung der Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen, und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet. Die IG Detailhandel beantragt deshalb, auch für den deutschen Begriff eine entsprechende Abkürzung zu evaluieren und vorzusehen, z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff sollte entsprechend in der Deklaration verwendet werden können. Wir sind überzeugt, dass dies hilft, die Menge an Food Waste bei Geflügelfleisch zu senken.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 2	Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe. Statt einer Kontrolle auf gesetzlicher Ebene sind Stichproben vor Ort und eine Überprüfung der Rohstoffe wirksamer.	Abs. 2 streichen und Buchstabe e neu formulieren: <i>«Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe.»</i>
Art. 18, Abs.1	Um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden, soll die Verpflichtung zur zusätzlichen Angabe des wissenschaftlichen Namens innerhalb der Sachbezeichnung auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 im Absatz 1 eingeschränkt werden.	Die Sachbezeichnung für Erzeugnisse nach Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2013 setzt sich zusammen aus:

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3	Die Bestimmung sollte beibehalten werden, da es mit dem jetzigen Text viel deutlicher ist, dass Desinfektionsbehandlungen verboten sind	Absatz 3 beibehalten.
Anhang 3, Teil B Ziffer 10	Die Behandlung von Fruchtsäften mit Proteinen pflanzlichen Ursprungs ist in der EU nicht zugelassen. Dennoch befürwortet die IG Detailhandel diese Änderung.	

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wie in der Einleitung festgehalten, hält die IG Detailhandel eine Übergangszeit von vier Jahren für notwendig.  
Höchstmengenkonzept für Vitamine und Mineralstoffe: Die IG Detailhandel schliesst sich bezüglich des Höchstmengenkonzeptes der Haltung der Föderation Schweizer Nahrungsmittel-Industrien fial an. Sie begrüsst zwar den Paradigmawechsel, die generelle Lockerung und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz. Das konkrete neue Konzept lehnt die IG Detailhandel aber ab. Die Abschaffung von Höchstwerten für die Vitamine B1, B2, B12, Biotin und Pantothensäure schafft Rechtsunsicherheit (eine unbeschränkt hohe Dosierung kann nicht akzeptiert werden, aber ab wann ist es "zu viel"?).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 Teil A		Aus der Anpassung ergibt sich ein Handelshemmnis für Importprodukte; Übergangsfrist notwendig

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Für Kontaminanten, die in der Pestizid-VO geregelt sind, aber auch über Prozess und Umwelt eingetragen werden können und somit nicht aus der Anwendung stammen, fehlen aktuell die Grundlagen und konkrete Höchstgehalte/Regelungen. Dies betrifft Chlorat und Perchlorat. Ein Beispiel dafür ist das abgelaufene Infoschreiben 171 zu Perchloratrückständen aus 2013. Die IG Detailhandel benötigt klare, verbindliche Vollzugsgrundlagen analog der EU.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1	Die Grundlage zu Kontaminanten fehlt. Mit Einführung der Definition analog EU wird die Grundlage geschaffen Stoffe wie Chlorat und Perchlorat in der VHK zu regeln. Entwürfe zur Regelung dieser Stoffe in der EU sind in Arbeit.	Ergänzung neuer Absatz 4 analog EU VO 315/93 Artikel 2
Art. 5, Bst. b	Aus der Formulierung geht nicht klar hervor, für wen der Artikel gilt und für wen nicht.- Es ist zudem nicht ersichtlich, weshalb eine Ausnahme nötig ist. Bei kleineren Betrieben, welche Kartoffeln verarbeiten oder Brot backen besteht auch ein Risiko. Bei kleinen Betrieben liesse sich allenfalls die Häufigkeit der Probenahme einschränken, aber die Überprüfung ganz ausnehmen, ist nicht angemessen. Es fehlt zudem eine klare Wegleitung, wie mit Produkten umzugehen ist, für die keine spezifischen Richtwerte bestehen (Gemüsechips, gefärbte Oliven). Es ist unklar, woran man sich orientieren soll und welches die Vollzugsgrundlage ist (heute wird auf Basis Kartoffelprodukte beanstandet).	Präzisierung; Ergänzender, allgemeiner Passus, dass bei weiteren Produkten die technologische Machbarkeit einer Reduktion nachgewiesen werden soll.

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3, Abs. 6 (neu)	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten (vgl. Kommentar zu Art. 44 LGV).</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkunftsn, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden</p>	<p>Art. 3 Abs. 6 (neu)</p> <p><i>Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</i></p>

	mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene!	
Art. 4 Abs. 1	Die Anforderungen für Pflichtangaben auf den Etiketten wachsen stetig mit jeder Gesetzesrevision. Damit wird es immer anspruchsvoller, alle Pflichtangaben anschaulich und kundenfreundlich im verfügbaren Sichtfeld unterzubringen. Mehrfachetiketten bieten eine gute Möglichkeit, den Konsumentinnen und Konsumenten Informationen über das Produkt platzsparend und lesefreundlich zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz von Mehrfachetiketten für die Deklaration von Pflichtangaben soll im Gesetzestext deshalb ausdrücklich erlaubt werden. Für Informationen zu einem Produkt soll zukünftig auch die Möglichkeit der digitalen Kommunikation geschaffen werden (z.B. via QR-Code)	Ergänzung zu Abs 1 oder neuer Absatz: <i>«Der Einsatz von mehrseitigen Etiketten ist bei Platzmangel erlaubt, sofern die Konsumentinnen und Konsumenten mit einem gut sichtbaren Hinweis darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich weitere obligatorische Angaben auf den inneren Seiten der Etiketle befinden.»</i>
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Abs. c ist zu streichen, da bspw. das Gewicht bei fast allen Produkten auf der Vorderseite angegeben wird und die Sachbezeichnung auf der Rückseite. Zudem generiert die angedachte Vorgabe keinen Mehrwert für die Konsumenten und für einige Hersteller nicht umsetzbar.	Streichung Art.4 Abs. 5c; Die Möglichkeit, die Sachbezeichnung und die Mengenangabe im gleichen Sichtfeld anzubringen, soll freiwillig bleiben.
Art. 5, Abs. 1, Bst. a	Definition von Stücke von Fleisch und Fisch definieren Kleinere Teile als "Stücke" zu definieren, bedeutet extrem viel Mehraufwand für den Anbieter, führt aber weder zu einem grösseren Nutzen noch mehr Sicherheit für die Kunden.	Stücke für Fleisch sind nicht kleiner als Plätzli/Kotelett, Stücke für Fisch sind nicht kleiner als ganze Fische und Fischfilets zu definieren.
Art. 15 Abs. 2 Bst. b	Zwischen dem Landwirtschaftsrecht und dem Lebensmittelrecht besteht ein Widerspruch in Bezug auf die angestammten Flächen. In Art. 17, Abs. 2 LBV ist definiert, welche Flächen als angestammte Flächen im grenznahen Ausland als Teil von Schweizer Landwirtschaftsbetrieben gelten. Für die Flächen gelten die gleichen Bewirtschaftungsvorschriften wie für diejenigen Flächen, die auf Schweizer Territorialgebiet liegen. Die Swissness-Gesetzgebung anerkennt die angestammten Flächen ebenfalls bei der Berechnung der Selbstversorgungsgrade,	a. <i>pflanzliche Erzeugnisse, die in diesem Land geerntet worden sind; für pflanzliche Erzeugnisse, die von angestammten Flächen gemäss Art. 17, Abs. 2 LBV stammen gilt Herkunft Schweiz.</i>



	resp. deren Erzeugnisse als Herkunft Schweiz. Gleichzeitig schreibt die LIV vor, dass die Herkunft pflanzlicher Lebensmittel dem Ernteland entspricht. Das ergibt einen Widerspruch, dem man unseres Erachtens mit einer Ausnahmebestimmung begegnen muss.	
Art. 17 Abs. 1	Im Art. 17 Abs. 1 sollte auch die Definition von Fleisch bis zur Grösse von Plätzli/Kotelett übernommen werden: Bei der Angabe der Bewilligungsnummern des Schlachthofes und des Zerlegebetriebes ist es unbedingt notwendig, dass Mehrfachnennungen (max. 3) möglich sind. Dies ist unter anderem auch schon im EU-Recht so vorgesehen (Verordnung EU 275/2007). In der Praxis werden z.B. Schlachthälften aus mehreren Schlachtbetrieben an einen Zerlegebetrieb geliefert oder der Fleisch aus verschiedenen Zerlegebetrieben in einem Betrieb verarbeitet. Ohne Mehrfachnennungen würde sich das Sortiment vervielfachen und ein enormer Mehraufwand für Lagerung, Logistik, Produktionssysteme und Produktion würde ausgelöst.	Art 17 Abs 1: «Für einzelne Stücke Rindfleisch müssen die Bewilligungsnummern des Schlachthofes ( <b>max. 3 Nennungen</b> ) und Zerlegebetriebes ( <b>max. 3 Nennungen</b> ) angegeben werden.»
Art. 17 Abs. 5	Einheitliche Übersetzung/Darstellung	«Herkunft: Land X», «Origine: pays X», «Origine: paese X»
Art. 19 Abs. 2 Bst. b	Das letzte Wort "gelten" ist nicht logisch in diesem Satz.	Wort "gelten" streichen.
Art. 40	Bei Swiss Veg sind die Anpassungen bereits umgesetzt. Allenfalls besteht Handlungsbedarf bei nicht-zertifizierten Produkten.	Es ist unklar, welche Produkte genau betroffen sind, und wie die Definitionen im Detail lauten.
Art. 40a	Dieser Artikel ist aus Sicht der IG Detailhandel nicht kompatibel mit den bisherigen nährwertbezogenen Angaben.	
Art. 42	Der Artikel gehört inhaltlich nicht ins 3. Kapitel: Freiwillige Informationen über Lebensmittel, sondern in den 12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben, Thema vergleichende Nährwertangaben. Es handelt sich um einen Sonderfall einer vergleichenden Nährwertangabe.	Den Artikel in den 12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben verschieben.
Art. 42a	Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können.	Art. 42a sollte auch die Möglichkeit eröffnen, über Rezepturanpassungen betreffend Fett und gesättigten Fettsäuren zu informieren («neues Rezept mit weniger Fett», «neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren»)

Art. 42a, Abs. 2, Bst. c	Die Bedeutung der Bestimmung «Sie darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden» für langhaltbare Produkte (wie z.B. Suppenpulver) ist unklar und ohne Präzisierung schwer umsetzbar.	Es ist unklar, wie dieser Artikel auszulegen ist, respektive wie die Definition zu verstehen ist. Präzisierung der Bestimmung, z.B. mit dem Zusatz «Relevant ist das Produktionsdatum»
Art. 42 Abs. 2 Bst. b		Die Reduktion sollte auch in Prozenten angegeben werden können.
Anhang 2 Teil A Ziffer 2 Bst. c	Es geht aus dem Text nicht hervor, was der Gesetzgeber unter «negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder die Qualität des Lebensmittels» in diesem Zusammenhang versteht.	Präzisierung/Ergänzung von Ziffer 2 Bst c
Anhang 2 Teil B Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. Es soll präzisiert werden, dass mit «Produkt» das «Produkt in der angebotenen Form» gemeint ist.	Präzisieren: «..... in Fällen, in denen das Lebensmittel <b>in der angebotenen Form</b> mehr als einmal eingefroren wurde»
Anhang 13 Punkt 32.3		Ergänzung Zucker. Auch bei Zucker sollte bereits eine Auslobung ab einer Reduktion von 25% möglich sein.
Anhang 14 (Zulässige gesundheitsbezogene Angaben für Lebensmittel)	Bei Weizenkleie – «Weizenkleie trägt zur Erhöhung des Stuhlvolumens bei»	Italienische Fassung: «La fibra di frumento <del>da zucchero</del> contribuisce all'aumento della massa fecale»

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang (Chiasamen)	Bei der letzten Revision wurden die Samen der Chia ( <i>Salvia hispanica</i> ), folgend «Chiasamen» genannt, aufgenommen. Sie dürfen ganz, gestampft oder gemahlen als Zutat in allen Lebensmitteln verwendet werden. Gemeint sind gemäss dem Wortlaut der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel ganze Chiasamen (gegebenenfalls gestampft oder gemahlen) und nicht etwa einzelne Fraktionen davon (z.B. Chiasamenöl oder Chiasamenproteinextrakt).	Aufnahme Chiaöl analog der . DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2017/2470  Anpassung der Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des EDI über neuartige Lebensmittel

	Es gibt einen DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION vom 8. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chiaöl ( <i>Salvia hispanica</i> ) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates	
	Bei Chiasamen werden die Ballaststoffe zu den Kohlenhydraten hinzugezählt. Die IG Detailhandel begrüsst die entsprechende Anpassung (in der Fussnote oder in der Spezifikation), damit dieser hohe Wert erklärbar ist.	Die unterschiedliche Berechnung der Kohlenhydrate in der Schweiz und in der EU und die unterschiedliche Definition von «Ballaststoffen» führen zu einem Handelshemmnis. Hier ist eine Angleichung notwendig: Fussnote bei Kohlenhydrate analog dem Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2354 ergänzen

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die IG Detailhandel schliesst sich der Haltung der fial zum Höchstmengenkonzept an

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. A und 2bis, Anhang 1	Gemäss Erläuterungen soll bei den kritischen Nährstoffen, u.a. Magnesium, der Zusatz nur für Nahrungsergänzungsmittel, aber nicht mehr für Lebensmittel allgemein zulässig sein. Da sich jedoch Produkte mit entsprechendem Zusatz auf dem Markt befinden, müssten umfassende Anpassungen vorgenommen werden. Es liegt jedoch keine ausreichende Erklärung vor, weshalb Magnesium «kritisch» sein sollte	Magnesium bleibt ein zulässiger Zusatz in Lebensmitteln.
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstmenge pro Tages <u>ration</u> Die Änderungen im Anhang 1 können zu einem Handelshemmnis für Importprodukte führen.
Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.	Präzisierung: <i>Vitamin A (in Form von Beta-Carotin)</i>

Anhang 2	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 3 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstm <sup>e</sup> nge pro Tages <u>ration</u>
-------------	--	--

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Der IG Detailhandel erscheint eine generelle Anpassung des Prüfverfahrens des BAFU an jenes der EU sinnvoll.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29 Abs. 3	Das Tiefgefrieren von Fleisch soll für den Einzelhandel wieder ermöglicht werden, jedoch nicht für den Grosshandel. Dies ist problematisch, da mit der Möglichkeit des Tiefgefrierens von Fleisch im Grosshandel Überbestände sinnvoll verwertet werden und Food Waste verringert werden könnte.	Ergänzung: Fleisch und dessen Verarbeitungserzeugnisse, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unverzüglich tiefgefroren und andauernd tiefgefroren gelagert und transportiert werden. Vor dem Gefrieren ist erforderlichenfalls eine gewisse Reifungszeit zulässig. Einzelhandelsbetriebe <b>und Grosshandel</b> sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.
Art. 32 neuer Abs. 6	Bei der Herstellung von nicht hitzebehandelten Fleischerzeugnissen (z.B. Rohwurst) werden alternative Hürden als eine Hitzebehandlung eingesetzt: - Fermentation/ Senken des pHs	Abs. 6 anpassen:  <i>6 Separatorenfleisch, das die mikrobiologischen Kriterien gemäss Anhang 1 nachweislich nicht erfüllt, darf nur zur Herstellung von</i>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Trocknen auf einen Aw-Wert &lt;0.92</li> <li>- Beigabe von Nitritpökelsalz</li> </ul> <p>Diese Hürden sind nach unseren Erfahrungen genauso effizient zum Sicherstellen der Lebensmittelsicherheit wie eine vorgängige Erhitzung. Bei Beherrschung des Produktionsprozesses kann auch eine leicht erhöhte mikrobiologische Belastung des Rohmaterials aufgefangen werden.</p> <p>Für Separatorenfleisch gelten gemäss HyV Anhang 1 genau die gleichen mikrobiologischen Kriterien wie für Hackfleisch. Diese Kriterien sind sehr streng und können nicht immer eingehalten werden. Trotz leichtem Überschreiten dieser strengen Grenzwerte ergibt sich keinen negativen Einfluss auf das Endprodukt. Selbstverständlich ist als Voraussetzung der Herstellprozess zu beherrschen und es müssen die Hygieneregeln und Kühlkette gemäss HyV Art.32 eingehalten werden</p>	<i>hitzebehandelter Fleischerzeugnisse in Lebensmittelbetrieben verwendet werden, die nach Artikel 21 LGV bewilligt sind. Das Herstellungsverfahren muss jederzeit die Lebensmittelsicherheit des Endprodukts gewährleisten</i>
Art. 54 Abs.3	Es ist unklar, weshalb das Mindesthaltbarkeitsdatum auf max. 28 Tage festgesetzt (VLtH), die Eier aber nur während 21 Tagen abgegeben werden dürfen. Dies generiert unnötigen Foodwaste, da die Eier vor dem Ablauf des Haltbarkeitsdatums aus dem Verkauf genommen werden müssen.	Diese spezifische Vorgabe für eine einzelne Produktgruppe ist nicht mehr zeitgemäss und soll entsprechend angepasst werden.
Art. 66	Wird von der IG Detailhandel sehr begrüsst.	
Anhang 1 Teil 3	Die IG Detailhandel hält es für zweifelhaft, dass hier die Richtwerte aus Gesetzgebung wegfallen. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine Verschlechterung der Lebensmittelgesetzgebung in der Schweiz.	Beibehaltung der Richtwerte in der Gesetzgebung bis Aufnahme in den Branchenleitlinien erfolgt ist.
Anhang 1 Teil 1 Ziffer 1.20	Text der Fussnote nicht verständlich	Klarer formulieren.
Anhang 1 Teil 2	Fleischerzeugnisse fehlen, Ziffer 2.1.9 betrifft nur Fleischzubereitungen	Titel Fleisch und Fleischerzeugnisse ist irreführend. Der Begriff «Fleischzubereitung» ist im Titel zu ergänzen. Die Fleischerzeugnisse fehlen in den Kategorien.



Ziffer 2.1.9, Teil 2.1		
Anhang 1 Teil 2.1	Interpretation Fleisch und Fleischerzeugnisse	Titel korrigieren und ebenfalls ergänzen mit Fleischzubereitungen
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.5.2	Text Fussnote ist nicht verständlich	Fussnote klar formulieren.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : KAGfreiland  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Engelgasse 12, 9000 St.Gallen  
Kontaktperson : Christine Fehr  
Telefon : 071 222 18 18  
E-Mail : christine.fehr@kagfreiland.ch  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27



## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Revision des Verordnungsrechts 2019. KAGfreiland ist eine Nutztierschutz-Organisation und ein Bio-Label, das zu den strengsten in Sachen Tierwohl gehört. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nutztierhaltung stetig verbessert wird, dass sie entsprechend ausgelobt werden kann und eine entsprechende Wertschöpfung generiert.

In der vorliegenden Verordnungsrevision sind unsere Zielsetzungen konkret in den Bereichen Hof- und Weideschlachtung, Muttergebundene Kälberaufzucht und GVO-Kennzeichnung betroffen.

Im Grundsatz ist KAGfreiland der Ansicht, dass Anpassungen des Schweizer Lebensmittelrechts an das EU-Recht nicht dazu führen dürfen, dass das hohe Niveau der Lebensmittelqualität und des Tierwohls in der Schweiz nach unten nivelliert wird. Stattdessen sollen die Regelungen so gestaltet sein, dass sich die Schweizer Produktion, wo sie eine höhere Qualität aufweist, positiv vom Ausland abheben kann.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

KAGfreiland befürwortet eine Verlängerung des Gentech-Moratoriums und lehnt vor diesem Hintergrund die Änderungen im Bereich Kennzeichnung von GVO-Erzeugnissen ab. Die Schweizer Produktion ist als ganze GVO-frei und kann sich entsprechend positionieren, solange das Moratorium besteht. Eine Anpassung der Regelung ist demnach weiterhin unnötig. Da es sich bei dieser Regelung nicht um Gemeinschaftsrecht der EU handelt, gibt es innerhalb der EU heterogene Regelungen. Die Schweiz ist nicht gezwungen, ihre Regelungen anzupassen.

Sofern die Änderungen umgesetzt werden, ist in jedem Fall sicherzustellen, dass Bio-Produkte als GVO-frei ausgezeichnet werden dürfen, und dass der Täuschungsschutz der KonsumentInnen sichergestellt ist. Namentlich ist nicht in jedem Fall sicher, dass Fermenterprodukte, die mit GVO hergestellt sind, keine GVO enthalten. Die Kontamination von Hilfsstoffen durch GVO muss vermieden, alternative Produktionssysteme dürfen nicht torpediert werden. Statt die GVO-frei-Kennzeichnung in der Schweiz auf Futtermittelzusatzstoffe auszudehnen, wäre es besser, für Produkte, die mit GVO im Ausland erzeugt wurden, eine Deklarationspflicht einzuführen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst. a	Status Quo belassen	Änderung streichen
Art 31 Absatz 5	Status Quo belassen	Absatz streichen
Art 37	Status Quo belassen	Änderungen streichen

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA endlich mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Wir begrüssen die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) verkehrsfähig ist.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist ersatzlos zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.



--	--	--

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**


**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Migros-Genossenschafts-Bund  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : MGB  
Adresse, Ort : Limmatstrasse 152, 8031 Zürich  
Kontaktperson : Gabi Buchwalder  
Telefon : 058 570 18 08  
E-Mail : [gabi.buchwalder@mgb.ch](mailto:gabi.buchwalder@mgb.ch)  
Datum : 23.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	10
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	12
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	13
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	18
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	19
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	20
9	EDI: Getränkeverordnung .....	22
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	23
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	24
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	25
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	30
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	31
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	32
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	33
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	35
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	36
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	37
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	40
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	41
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	42
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	43
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	44

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Das Lebensmittelrecht ist für die Migros bei ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten von grosser Bedeutung. Sowohl bei der Beschaffung, als auch im Verkauf und in ihren eigenen Produktionsbetrieben sind wir auf praktikable, möglichst eindeutige Regelungen angewiesen. Da praktisch alle unsere Produktionsbetriebe auch das Ausland beliefern, begrüssen wir grundsätzlich eine fortschreitende Angleichung an die Gesetzgebung der EU, um technische Handelshemmnisse und deren verteuernde Wirkung zu minimieren.

Vier Anliegen möchten wir an dieser Stelle einbringen:

- Der geplanten Deklaration «ohne Gentechnik hergestellt» steht die Migros sehr skeptisch gegenüber. Diese Möglichkeit dürfte statt zu mehr Information, vielmehr zu einer grösseren Verwirrung bei den Konsumentinnen und Konsumenten führen. Zudem halten wir eine Einführung einer solchen Deklaration zum jetzigen Zeitpunkt für sehr ungünstig. Wir beantragen deshalb, auf die geplanten Änderungen zu verzichten.
- Die geplante Angabe des Verbrauchsdatums im Offenverkauf erachten wir als wenig praktikabel und sehr aufwändig in der Umsetzung. Vor allem aber bezweifeln wir, ob diese schriftliche Angabe für die Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber der bestehenden mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich einen Mehrwert bedeutet. Gemäss unseren Informationen gibt es in der EU keine solche Pflicht im Offenverkauf. Es ist unklar, weshalb mit dieser Vorgabe ein neuer Unterschied geschaffen werden soll.
- Die vorgeschlagene Übergangsfrist von nur einem Jahr ist für Änderungen, die die Packungsdeklaration betreffen oder gar eine Rezepturumstellung erfordern, zu kurz. Anlässlich der letzten Revision LARGO wurde eine Regulierungs-Folgenabschätzung (RFA) durch das Büro Bass durchgeführt, die ergeben hat, dass die finanziellen Regulierungsfolgen bei einer Übergangsfrist von 4 Jahren sehr deutlich abnehmen. Wir fordern daher auch für das vorliegende materielle Änderungspaket Stretto 3 generell eine Übergangsfrist von 4 Jahren (dieser Antrag gilt für sämtliche nicht gesundheitsrelevanten Anpassungen und wird bei den einzelnen Verordnungen nicht mehr zusätzlich wiederholt).
- Höchstmengenkonzept: Die Migros schliesst sich in diesem Punkt der Haltung der Föderation der Schweizer Nahrungsmittel-Industrien an. Sie begrüsst somit den Paradigmenwechsel, die generelle Lockerung und die neue Orientierung am Gesundheitsschutz, lehnt das konkrete neue Konzept aber ab. Wie die Föderation steht die Migros hingegen hinter Lockerung bei den fraglos unkritischen Stoffen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31 Abs. 5	Unklar ist, ob derartige Produkte somit in die Liste von bewilligten neuartigen Lebensmitteln aufgenommen werden. Dies wäre zu begrüßen, da auf diese Weise eine gewisse Transparenz geschaffen wird, wenn es keine Kennzeichnungspflicht gibt.	
Art. 37 Abs. 4 und 5	Die Migros ist gegen die vorgeschlagene Möglichkeit zur Auslobung der Gentechnik-Freiheit. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten gehen in der Schweiz grundsätzlich davon aus, dass die Lebensmittel in der Schweiz gentechnikfrei sind. Sind Lebensmittel gentechnisch verändert, ist dies entsprechend auf dem Produkt mit einer Positivdeklaration zu vermerken. Die Migros zweifelt deshalb daran, ob die Konsumenten die geplante Negativdeklaration richtig interpretieren können, zumal sie lediglich auf tierischen Lebensmitteln zu finden wäre. Da bei der Herstellung der Produkte Gentechnik mit im Spiel war (bei Tierarzneimitteln und Futtermittelzusätzen), halten wir eine «Gentechnik-Frei»-Deklaration für eine mögliche Täuschung, und zwar obwohl in den Produkten (Fleisch, Milch und Eier) keine GVO-Substanz mehr enthalten ist. Der Wunsch nach einer solchen Deklaration kam denn auch nicht von Konsumentenseiten, sondern lediglich aus der Landwirtschaft.	Art. 37, Abs. 4, c): streichen Abs. 5, b): streichen

	<p>Aus unserer Sicht verfügt die Schweizer Landwirtschaft über andere kommunikative Möglichkeiten, um auf die GVO-freie Fütterung der Nutztiere in der Schweiz und auf den entsprechenden Mehrwert für die Konsumenten aufmerksam zu machen. Hinzu kommt folgendes: Ein Joghurt, das bisher ohne den Hinweis «Ohne Gentechnik hergestellt» verkauft wurde, könnte neu diese Bezeichnung tragen, ohne dass sich etwas an dessen Inhaltsstoffen/Herstellungsmethoden geändert hat. Die plötzlich auftretende, im Schweizer Detailhandel per se eher unübliche Negativdeklaration wäre für die Konsumenten aus unserer Sicht wohl schwer nachvollziehbar.</p> <p>Auch erscheint uns der Zeitpunkt für die geplante Lockerung als sehr ungünstig. In der Schweiz läuft das GVO-Moratorium in gut einem Jahr ab, zudem arbeitet der Bund an der Einordnung der neuen Methoden im biomolekularen Bereich (Genome Editing). Im Zuge dieser Projekte werden die Karten im Zusammenhang mit Gentechnik voraussichtlich wieder neu gemischt.</p> <p>Die geplante Deklaration dürfte zudem zu einer Diskriminierung von Bio-Produkten und allenfalls weiteren Label-Produkten führen, weil diese die Gentechnik-Freiheit auch bei den Futtermittelzusätzen umsetzen. Eine solche Diskriminierung von Label-Produkten kann die Migros nicht akzeptieren.</p> <p>Der Wettbewerbsnachteil, den Schweizer Produkte im Export oder gegenüber Importprodukten bei einem Verzicht auf die Auslobung der Gentechnik-Freiheit erleiden, hält sich nach Einschätzung der Migros in</p>	
--	---	--

	<p>Grenzen. Auch die offene Formulierungsmöglichkeit für die Gentechnik-Freiheit kritisiert die Migros. Wenn verschiedene Anbieter unterschiedliche Begriffe verwenden, könnte die Verwirrung bei den Konsumenten noch mehr zunehmen.</p>	
Art. 38 Abs. 3	Verweis auf Art. 3 unklar	Verordnungstext klarer formulieren.
Art. 39 Bst.2 Abs. d	<p>Dies führt bei Einzelhandelsbetrieben mit Offenverkauf zu einem zusätzlichen, unverhältnismässig grossen Aufwand. Zudem ist ein Fehlerpotential gegeben. Ob für die Konsumenten gegenüber der heutigen mündlichen Auskunftspflicht tatsächlich ein Mehrwert generiert wird, ist fraglich. Für die Migros ist unklar, ob die Gefahr von Food Waste mit oder ohne Datumsangabe grösser ist.</p>	<p>Streichung von Art. 39, Abs.2, Bst. d</p> <p>Alternativ zur Streichung: <sup>2</sup> <i>In jedem Fall sind schriftlich anzugeben:</i></p> <p><i>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten: das Abpackdatum (Tag der Abgabe)</i></p>
Art. 40	Im Unterschied zu den Begriffen Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate, die in Art. 2 Abs. 1 Ziff. 19 definiert sind, ist der Begriff «Zwischenhandel» nicht definiert und wird zu Unklarheiten führen. Wie beantragen deshalb eine Umformulierung.	<p><i>Art. 40 Rohstoffe und Halbfabrikate</i> <i>«Die Angaben über Produkte wie Rohstoffe und Halbfabrikate, die nicht zur direkten Abgabe an den Endkonsumenten vorgesehen sind, müssen so gehalten sein...»</i></p> <p>.</p>
Art. 44	Der Kunde kann auf Online-Plattformen mit einer Vorlaufzeit von bis zu 14 Tagen bestellen. Bei Lebensmitteln mit schnell wechselnden Herkunftsverhältnissen (bsp. infolge knapper Verfügbarkeit des Rohmaterials) kann der Kunde nur über die aktuell geltende und nicht die prospektive Herkunft/Produktionsland beim Zeitpunkt des Versands informiert werden. Deshalb sollte bei solchen Artikeln, die online angeboten werden, die Angabe von mehreren	<p>Ergänzung von Art 44 Abs 1:</p> <p>Art 44 Abs 1 c (NEU): «Die Angaben können auch in anderer als schriftlicher Form erfolgen, wenn die Angabe zum Zeitpunkt der Bestellung noch nicht eindeutig für den Zeitpunkt der Lieferung vorausgesagt werden kann. Die Information ist den Konsumentinnen und Konsumenten für den Kaufentscheid unmittelbar und kostenlos zur Verfügung zu stellen.»</p> <p><sup>1</sup> <i>Werden vorverpackte [...]</i></p> <p>a. <i>Zum Zeitpunkt [...]; ausgenommen sind das Haltbarkeitsdatum, das Identitätskennzeichen und das Warenlos.</i></p>

	<p>Herkünften/Produktionsländern möglich sein bzw. die Auskunft darüber nicht zwingend schriftlich (sondern bsp. über Telefon) erfolgen.</p> <p>Weiter soll es möglich sein, Überraschungspakete bestehend aus verschiedenen Lebensmitteln online anzubieten (vgl. z.B. Too Good to Go). Über solche «Produktpakete» kann gerade nicht umfassend im Sinne von Art. 44 im Voraus informiert werden, da zum Zeitpunkt des Angebots der Inhalt eines solchen Pakets regelmässig nicht bekannt ist. Solche «Produktepakete» dienen der Verhinderung von Food Waste und finden grossen Anklang bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Für solche Pakete muss es genügen, wenn die Konsumenten im Zeitpunkt der Abgabe informiert werden.</p> <p>Auch Identitätskennzeichen von Lieferanten können je nach Bestellzeitpunkt variieren. Die Identitätskennzeichen sind analog Haltbarkeitsdatum und Warenlos von der Angabepflicht auszunehmen (vgl. Vorschlag in der rechten Spalte für eine Anpassung von Art. 44 Abs. 1 lit. a LGV).</p>	
Art. 44	<p>Im Onlinehandel bestehen Probleme bei der Herkunftsangabe resp. der Produktionslandangabe von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten.</p> <p>Beispiel Mischgemüse geschnitten, vorverpackt: Gesetzlich entspricht das Produktionsland den Ländern aus denen die einzelnen Gemüse stammen. Die</p>	<p>Art. 44 Abs. 1 lit. a:</p> <p>Zum Zeitpunkt des Anbietens der Ware müssen alle lebensmittelrechtlich vorgeschriebenen Angaben verfügbar sein und auf dem Trägermaterial des Fernabsatzgeschäfts erscheinen oder durch andere geeignete Mittel, die eindeutig anzugeben sind, unentgeltlich bereitgestellt werden; ausgenommen sind das Haltbarkeitsdatum und das Warenlos. Falls sich das Produktionsland oder die zu deklarierende Herkunft eines Rohstoffes im Bestellzeitpunkt noch nicht definitiv vorhersagen lässt, ist darauf gut sichtbar hinzuweisen und es sind die möglichen Produktionsländer resp. Herkunftsorte des jeweiligen Rohstoffes anzugeben.</p>



	<p>Herkunftsländer werden beim Abpacken der Produkte spontan auf die Verpackung gedruckt.</p> <p>Beispiel Fleisch: Aufgrund von qualitativen (u.a. Fleisch-/Fischqualität, Nachhaltigkeitsstandards, Tierwohlaspekte), wirtschaftlichen (u.a. Mengenverfügbarkeiten, Preis) und politischen Einflussfaktoren ist es teils nicht möglich, die Fleisch- und Fischherkunft im Voraus eindeutig für einen Artikel zu fixieren. So kann die Herkunft bei gewissen Artikeln von Charge zu Charge wechseln. Beispiele sind Lammfleisch mit bis zu fünf möglichen Herkunftten, Seafood aus unterschiedlichen Ländern und Fanggebieten oder Charcuterieartikel v.a. aus Geflügelfleisch. Aktuell wird die jeweils korrekte Herkunft per Inkjet beim Zeitpunkt des Auszeichnens auf die Packung aufgedruckt.</p> <p>Auf den gängigen Online-Plattformen können Bestellungen bis 14 Tage vor dem Lieferzeitpunkt schon eingegeben werden. In diesem Zeitpunkt kann bei vielen Frischprodukten nicht mit restloser Sicherheit gesagt werden, woher das Produkt im Lieferzeitpunkt stammen wird. Ein machbarer Lösungsansatz wäre, dass online jeweils alle möglichen Herkunftsländer angegeben werden mit dem Hinweis, dass die effektive Herkunft auf dem (physischen) Artikel aufgedruckt ist. Diese Lösung würde ausdrücklich nur für die Herkunft der Rohstoffe gelten, nicht für andere Elemente der Deklaration wie z.B. Allergene!</p>	
--	---	--

Art. 48 Abs. 2	Unklarer Wechsel von Trinkwasserleitungen zu Antiquitäten. Wie wird Antiquität definiert? Aus Art. 1 Abs. 3 Buchstabe c geht nicht klar hervor, dass dort Trinkwasserleitungen integriert sein sollen.	Definition Antiquität in den gesetzlichen Grundlagen einführen oder Verordnungstext klarer formulieren respektive Wort «Antiquität» ersetzen..
-------------------	---	--

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9 Abs. 3	<p>Es ist nicht ersichtlich, weshalb die schriftlichen Aufzeichnungen über amtliche Kontrollen dem betreffenden Betrieb erst auf Verlangen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies soll im Sinne der Transparenz unaufgefordert bzw. automatisch erfolgen. Weiter ist es nicht ersichtlich, weshalb die Ausstellung einer amtlichen Bescheinigung oder einer amtlichen Attestierung der Zurverfügungstellung der Aufzeichnungen im Wege stehen soll (lit. a). lit.a ist deshalb ersatzlos zu streichen. Weiter ist es unklar, welche Fälle der Anwendungsbereich von lit. b erfassen soll. Das kann von vornherein nur einen sehr engen Anwendungsbereich betreffen (die Interessen des kontrollierenden</p>	<p>Die Vollzugsbehörden stellen den kontrollierten Betrieben eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung.</p>

	<p>Betriebs an der Offenlegung dürften allfällige entgegenstehenden öffentliche Interessen oder Interessen Dritter an Geheimhaltung i.d.R. überwiegen) und nur in einem Verfahren geschehen, in welchem der kontrollierende Betrieb sich hat äussern können und seine Interessen angemessen berücksichtigt wurden. Diese Verfahren liegen sodann in der Zuständigkeit der jeweiligen Untersuchungs- bzw. Gerichtsbehörde und werden in Anwendung der entsprechenden Verfahrensvorschriften geführt. Somit ist auch lit. b überflüssig. Wir beantragen, Abs. 3 gemäss unserem Vorschlag in der rechten Spalte anzupassen.</p>	
--	--	--

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Es ist wichtig, dass sich die Hersteller und Anbieter auf seriöse amtliche Kontrollen verlassen können, um das Vertrauen gegenüber den Konsumenten zu erhalten. Diverse Skandale in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die bisherigen behördlichen Kontrollmechanismen nicht genügten, um «schwarze Schafe» beispielsweise in der tierischen Primärproduktion zu identifizieren. Dies hat nicht nur den Tieren, sondern auch den Fleischvermarkter geschadet.

Die Neuorganisation der Kontrollen ist demnach grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Erhöhung der unangemeldeten Kontrollen ist zielführend.

Kritisch sehen wir die neue Form der «Verwaltungskontrollen», die acht Jahre lang einen Stallrundgang ersetzen kann (Art. 12).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19a Abs. 1 Abs. 2	<p>Gemäss Artikel 55a LGV besteht bereit die Verpflichtung der Lebensmittelbetriebe, Ergebnisse und isolierte Stämme aufzubewahren, sowie diese den Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Das ist ausreichend. Eine generelle Verpflichtung der Labore zur Weiterleitung von Proben ans Referenzlabor, wie es Art. 19a der VSFK vorsieht, käme einer Labor-Meldepflicht gleich, wofür keine rechtliche Grundlage besteht. Ausserdem entstünden dadurch Mehrkosten bei den rechtunterworfenen Schweizer Laboratorien, die auf den Kunden abgewälzt werden müssten, und es würden so ein Marktnachteil für inländische Laboratorien geschaffen gegenüber ausländischen, nicht schweizerischem Recht unterworfenen Laboratorien. Darüber hinaus ist auch, neben den technischen Schwierigkeiten,</p>	<p>Den gesamten Art. 19a streichen.  <del>Art. 19a Pflicht der Laboratorien</del>  <del>1 Die Laboratorien, die von den Betrieben für die Untersuchungen nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe abis beauftragt worden sind, müssen Proben, bei denen Campylobacter- und Salmonellen-Stämme nachgewiesen worden sind, an das zuständigen Referenzlabor weiterleiten.</del>  <del>2 Das Referenzlabor verwendet die Proben für die Überwachung der Antibiotikaresistenzen.</del></p>

<p> Campylobacter Isolate  überlebensfähig zu  versenden, die mit den  Isolaten bezweckte  Überwachung der  Antibiotikaresistenz (als  Begründung des  Probenversands durch die  Labore laut Art.1 19a Abs. 2)  wenig zweckmässig, da  Isolate auf  Schlachttierkörpern auch  durch Kreuzkontamination  aus Umwelt des Schlachthofs  oder andern Schlachtkörpern,  eines anderen  Primärbetriebes übertragen  werden können. Die  Resistenzenerhebung dieser  Isolate gibt also lediglich  einen grossen Überblick über  eine generelle Resistenzlage  aus Umwelt (inklusive  Mensch) und inländischen wie  ausländischen Tieren. Sie  kann nicht dazu verwendet  werden, Aussagen über  Prävalenzen in der Schweizer  Tierhaltung zu machen, noch  können damit regionale oder  betriebsspezifische  Rückschlüsse zu Prävalenzen  gezogen werden.  Der Art. 19a bringt somit für  den zu erwartenden Aufwand  keinen deutlichen Nutzen,  welcher nicht einfacher mit  gezielten </p>	
---	--

	Untersuchungsstudien gemacht werden können, für deren Beschaffung der Isolate die rechtliche Grundlage bereits existiert.	
Art. 28 Abs. 1 und 2	<p>Bisher ist in der TSchV Art. 180.1 die Schlachttieruntersuchung im Schlachtbetrieb nicht nur mit der Kontrolle des Pflege- und Gesundheitszustandes der Tiere, sondern auch mit der Kontrolle der Transportfahrzeuge gekoppelt.</p> <p>Wenn davon auszugehen ist, dass bei Rindern mit STU im Herkunftsbetrieb der amtliche «Augenschein bei der Annahme» (Technische Weisung Schlachttieruntersuchung 2017, Pkt.12), bzw. die «Übersichtskontrolle» gemäss VSFK Art. 28.3 sowie die Kontrolle der Transportfahrzeuge (TSchV Art. 180.1) weiterhin sorgfältig ausgeführt werden, sehen wir keinen Handlungsbedarf bei der vorgeschlagenen Neuregelung.</p> <p>Trotz Lockerung sollten jedoch weiterhin die amtlichen Tierärzte im Schlachtbetrieb auf der Anlieferrampe präsent</p>	keine



	sein	
Art. 60 Abs. 3-6	<p>Nach neuer Gesetzgebung sollen die Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung nicht nur pro Schlacht tier, sondern auch pro kg Fleisch oder nach Zeitaufwand festgesetzt werden können. Durch diese Mehrfachauswahl der Gebührenansetzung entsteht ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die Betriebe. Insbesondere die grosse, intransparente Differenz zwischen Mindest- und Höchstpreis pro Schlacht tier in Art. 60 Abs. 4 birgt ein nicht zu verantwortbares Kostenrisiko für die Betriebe.</p> <p>Die neue Gesetzgebung mit unterschiedlicher Berechnungsmethoden in Art. 60 darf deshalb unter keinen Umständen zu höheren, nicht nachvollziehbaren Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung führen. Die Höhe der Gebühren muss transparent und zwischen den Kantonen vergleichbar sein.</p>	Art. 60.3-6 Gebühren Schlacht tier- und Fleischuntersuchung
Art. 61 Abs. 2	Hier besteht ein klarer Widerspruch zwischen dem vorgeschlagenen Verordnungstext und den	<p>Streichen</p> <p>Eventualantrag: «...Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 5:00 – 22:00 Uhr...</p>

	<p>Erläuterungen. Dies deshalb, weil Art. 60 mit «Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung» und Art. 61 mit «Übrige Gebühren» betitelt sind, was in Art. 61 de facto Bereiche von Art. 60 ausschliesst. Gemäss Erläuterungen ist jedoch das Gegenteil der Fall, indem die erwähnten Ansätze auch für Tätigkeiten im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Montag – Freitag, 6.00 – 18.00 Uhr) Geltung erlangen sollten.</p> <p>Die normale Arbeitszeit für Mitarbeiter in den Schlachtbetrieben dauert gemäss GAV von 5:00 – 22:00 Uhr. Diese sollte auch für die amtlichen Tierärzte und Tierärztinnen ohne Aufschlag gelten. Es ist nicht ersichtlich, warum für behördliche Arbeitnehmer in dieser Branche andere Konditionen als für andere Arbeitnehmer gelten sollen.</p>	
--	---	--

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Aufgrund von Nicht-Äquivalenzen erfolgten viele amtliche Beanstandungen, weshalb ein beschleunigter Revisionsprozess dringend angestrebt werden sollte. Dazu begrüßen wir Lösungen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.2 Abs. 1 Bst. d	Die Definition erklärt den Hintergrund für die Existenz von Einfuhrtoleranzen. Der Hintergrund fehlt in den technischen Detailvorschriften des Artikel 7. Zudem wird der Begriff neu 2x verwendet. Daher sollte die Definition erhalten bleiben.	Beibehaltung der bisherigen Version.
Anhang 2	Das ist ein Schritt zu besserer Zugänglichkeit für die Anwender und zu einer schnelleren Anpassung an EU-Recht. Die VPRH muss jedoch immer mitgelesen werden. Ein diesbezüglicher Hinweis auf der Internetseite ist von Vorteil.	Ergänzender Hinweis auf der Internet-Seite.

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.40, Abs.5	Masseinheit der Osmolarität ist mosmol pro Liter (nicht mmol, das ist die Masseinheit der Molarität).	Änderung in mosmol
Art. 37, Bst. b und c	Hier ist eine vollständige Nährwertkennzeichnung pro 100 g gemäss Art. 21 - 28 LIV nicht sinnvoll. Für solche Einfach- oder Mehrfachkonzentrate von Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen ohne signifikanten Energiegehalt muss es möglich sein, lediglich den Gehalt an Vitaminen, Mineralstoffen oder sonstigen Stoffen pro Tagesration anzugeben (und nicht auch noch gemäss LIV die «Big 8» pro 100 g).	

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Mit dem Infoschreiben 1/2019 hat das BLV die Definition von Separatorenfleisch unmissverständlich festgelegt. Dabei wird die Definition strikt gemäss Urteil EuGH 2014 ausgelegt: Dabei führt jegliches mechanische Ablösen von Fleisch von Geflügelteilstücken zu einer Klassifizierung als „Separatorenfleisch“, sofern das eingesetzte Verfahren die Muskelfaserstruktur stärker verändert als dies bei Schnittflächen der Fall ist. Aus Sicht der Migros wird der Begriff «Separatorenfleisch» dem hochwertigen, in Niederdruckverfahren hergestellten Rohmaterial nicht gerecht. Die Migros fürchtet, dass mit der Deklarationspflicht markante Mengen von heute in Geflügelfleischerzeugnissen eingesetztem Geflügelfleisch wegen fehlender Kundenakzeptanz zukünftig nicht mehr der menschlichen Ernährung zugeführt werden können und somit als Pet Food abgewertet werden müssten.

Insbesondere stellen wir bei der Deklaration von Separatorenfleisch in der Wahrnehmung der Konsumenten eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Sprachen fest. Sowohl für Französisch (VSM), Englisch (MSM) als auch Italienisch (CSM) ist jeweils eine Abkürzung per Gesetz vorgesehen. Für den deutschen Begriff Separatorenfleisch ist heute keine Abkürzung vorgesehen, und der Begriff ist in der Wahrnehmung der Konsumenten negativ behaftet. Die Migros beantragt deshalb, auch für den deutschen Begriff eine entsprechende Abkürzung zu evaluieren und vorzusehen, z.B. MSF (mechanisch separiertes Fleisch) oder MEF (mechanisch entbeintes Fleisch). Dieser Begriff sollte entsprechend in der Deklaration verwendet werden können. Wir sind überzeugt, dass dies hilft, die Menge an Food Waste bei Geflügelfleisch zu senken.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Abs. 2	Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe. Statt einer Kontrolle auf gesetzlicher Ebene sind Stichproben vor Ort und eine Überprüfung der Rohstoffe wirksamer. Interne Lagerfristen in den Betrieben müssen definiert und in den Branchenleitlinien verankert sein. Die Rückverfolgbarkeit ist gesetzlich geregelt.	Abs. 2 streichen und Buchstabe e neu formulieren: «Das Datum ist anhand des Einfrierens von Halbfabrikaten und Endprodukten zu definieren, nicht anhand des Einfrierens der Rohstoffe.»
Art. 18, Abs.1	Um unnötige Handelshemmnisse zu	Die Sachbezeichnung für Erzeugnisse nach Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung 1379/2013 setzt sich zusammen aus:

	vermeiden, soll die Verpflichtung zur zusätzlichen Angabe des wissenschaftlichen Namens innerhalb der Sachbezeichnung auf Erzeugnisse gemäss Anhang I Buchstaben a-c und e der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 im Absatz 1 eingeschränkt werden.	
Art. 59	Die Aufhebung dieses Artikels kann zu einem massiven Qualitätsverlust führen.	Artikel nicht aufheben.
Art. 61	Die Aufhebung dieses Artikels kann zu einem massiven Qualitätsverlust führen.	Artikel nicht aufheben.
Art. 62, Abs. 1, 4, 5 Art. 63	Der Revisionsvorschlag würde zur Verschlechterung der gesamten Qualität von Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sowie einer Zunahme von billiger Importware führen, daher soll auf eine Anpassung an das EU-Recht verzichtet werden. Wenn Handelshemmnisse zu einer Verschlechterung der Qualität führen, ist darauf zu verzichten.	Beibehaltung der geltenden Regelung.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3	Die Bestimmung sollte beibehalten werden, da es mit dem jetzigen Text viel deutlicher ist, dass Desinfektionsbehandlungen verboten sind	Absatz 3 beibehalten.
Anhang 3 Teil B Ziffer 10	Ziffer 10 besteht schon, müsste es nicht 11 sein?	Als Anhang 3 Teil B Ziffer 11 bezeichnen

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Abschaffung von Höchstwerten für die Vitamine B1, B2, B12, Biotin und Pantothersäure schafft Rechtsunsicherheit (eine unbeschränkt hohe Dosierung kann nicht akzeptiert werden, aber ab wann ist es "zu viel"?).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5, Bst. b	Aus der Formulierung geht nicht klar hervor, für wen der Artikel gilt und für wen nicht. Für die Migros ist zudem nicht ersichtlich, weshalb eine Ausnahme nötig ist. Bei kleineren Betrieben, welche Kartoffeln verarbeiten oder Brot backen besteht auch ein Risiko. Bei kleinen Betrieben liesse sich allenfalls die Häufigkeit der Probenahme einschränken, aber die Überprüfung ganz ausnehmen, ist nicht angemessen.	Präzisierung

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 1	Die Anforderungen für Pflichtangaben auf den Etiketten wachsen stetig mit jeder Gesetzesrevision. Damit wird es immer anspruchsvoller, alle Pflichtangaben anschaulich und kundenfreundlich im verfügbaren Sichtfeld unterzubringen. Mehrfachetiketten bieten eine gute Möglichkeit, den Konsumentinnen und Konsumenten Informationen über das Produkt platzsparend und lesefreundlich zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz von Mehrfachetiketten für die Deklaration von Pflichtangaben soll im Gesetzestext deshalb ausdrücklich erlaubt werden.	Ergänzung zu Abs 1 oder neuer Absatz: <i>«Der Einsatz von mehrseitigen Etiketten ist bei Platzmangel erlaubt, sofern die Konsumentinnen und Konsumenten mit einem gut sichtbaren Hinweis darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich weitere obligatorische Angaben auf den inneren Seiten der Etikette befinden.»</i>
Art. 4, Abs. 5, Bst. b und c	Abs. c ist zu streichen, da bspw. das Gewicht bei fast allen Produkten auf der Vorderseite angegeben wird und die Sachbezeichnung auf der Rückseite.	Abs. c streichen Die Möglichkeit, die Sachbezeichnung und die Mengenangabe im gleichen Sichtfeld anzubringen, soll freiwillig bleiben.
Art. 4 Abs. 5	In der Schweiz werden Artikel, im Unterschied zu der EU,	Art.4 Abs. 5 Bst c streichen

Bst. c	<p>häufig mit Unterbahn- <u>und</u> Oberbahnetiketten ausgezeichnet. Die Oberbahnetikette ermöglicht dem Kunden einen schnellen Überblick über die wichtigsten Produkteigenschaften, u.a. sind die Mengenangaben prominent zusammen mit der Produktbezeichnung und dem Verbrauchsdatum präsentiert. Eine nochmalige Mengenabgabe auf der Unterbahnetikette zusammen mit der Sachbezeichnung ist redundant und bringt dem Kunden keinen Mehrwert, i.B. da sich der Kunde beim Kaufentscheid in erster Linie an der Produkt- und nicht an der Sachbezeichnung orientiert.</p>	
Art. 5, Abs. 1, Bst. a	<p>Definition von Stücke von Fleisch und Fisch definieren Kleinere Teile als "Stücke" zu definieren, bedeutet extrem viel Mehraufwand für den Anbieter, führt aber weder zu einem grösseren Nutzen noch mehr Sicherheit für die Kunden.</p>	<p>Bei Fleisch: Nicht kleiner als Kotelett und Plätzli/Steak. Bei Fisch: Nicht kleiner als ganz und Filet.</p>
Art. 13 Abs. 2	<p>Nebst der Möglichkeit der Angabe eines «Best before»-Datums ist zur Reduktion von Food Waste zudem anzustreben, eine Doppeldatierung im Hinblick auf die zusätzliche Möglichkeit</p>	<p>Abs. 2 (neu, anstelle bisherigem Abs. 2): «Wird ein Lebensmittel nebst der gekühlten auch in gefrorener Form angeboten oder bis spätestens zum Best before-Datum eingefroren, so kann dies mit derselben Etikette wie folgt zusätzlich gekennzeichnet werden: „Durch das Tiefgefrieren auf mindestens -18°C in der Frist bis zum Ablauf des Best before-Datums verlängert sich die Haltbarkeit bei ununterbrochener Gefrierlage-rung um X Monate.“»</p>

	des Angebotes des jeweiligen Produktes in gefrorener Form zu schaffen.	
Art. 17 Abs. 1	<p>In Art 17 Abs. 1 sollte die Definition aufgenommen werden, dass es sich um einzelne Stücke (Rind)Fleisch bis zur Grösse von Plätzli oder Kotelettes handelt und dass feiner zerkleinertes Fleisch nicht von diesem Begriff erfasst wird.</p> <p>Bei der Angabe der Bewilligungsnummern des Schlachthofes und des Zerlegebetriebes ist es unbedingt notwendig, dass Mehrfachnennungen (max. 3) möglich sind. Dies ist unter anderem auch schon im EU-Recht so vorgesehen (Verordnung EU 275/2007). In der Praxis werden z.B. Schlachthälften aus mehreren Schlachtbetrieben an einen Zerlegebetrieb geliefert. Oder Fleisch aus verschiedenen Zerlegebetrieben in einem Betrieb verarbeitet. Ohne Mehrfachnennungen würde sich das Sortiment vervielfachen und ein enormer Mehraufwand für Lagerung, Logistik, Produktionssysteme und Produktion würde ausgelöst.</p>	<p>Art 17 Abs 1:  <i>«Für einzelne Stücke Rindfleisch müssen die Bewilligungsnummern des Schlachthofes (<b>max. 3 Nennungen</b>) und Zerlegebetriebes (<b>max. 3 Nennungen</b>) angegeben werden.»</i></p>
Art. 19	Das letzte Wort "gelten" ist	Wort "gelten" streichen.

Abs. 2 Bst. b	nicht logisch in diesem Satz.	
Art. 42	Der Artikel gehört inhaltlich nicht ins 3. Kapitel: Freiwillige Informationen über Lebensmittel, sondern in den 12. Abschnitt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben, Thema vergleichende Nährwertangaben. Es handelt sich um einen Sonderfall einer vergleichenden Nährwertangabe.	Den Artikel in den 12. Abschnitt: «Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben» verschieben.
Art. 42a	Die Begriffe «zugesetzter Zucker» und «zugesetztes Salz» sind gesetzlich nicht definiert, womit die Grundlage für die Festlegung und Überprüfung der vorgesehenen Auslobungen fehlt. Klar definiert sind dagegen die Begriffe Zucker und Salz (Nährwerte); diese Mengen sind auch aus Ernährungssicht relevant. Art.42a, so wie er vorliegt, eröffnet die Möglichkeit, die Menge zugesetzten Zucker zu senken, bei gleichem Gesamtzuckergehalt – dies kann nicht das Ziel sein und wäre täuschend.	Der ganze Art.42a muss sich auf Zucker (statt zugesetztem Zucker) und Salz (statt zugesetztem Salz) beziehen.
Art. 42a	Die Bemühungen der Rezepturoptimierungen durch die Hersteller / den Detailhandel gehen auch in Richtung Fettreduktion und	Art. 42a sollte auch die Möglichkeit eröffnen, über Rezepturanpassungen betreffend Fett und gesättigten Fettsäuren zu informieren («neues Rezept mit weniger Fett», «neues Rezept mit weniger gesättigten Fettsäuren»)

	Fettqualität. Über diese Bemühungen sollte ebenfalls informiert werden können.	
Art. 42a, Abs.2, Bst.c	Die Bedeutung der Bestimmung «Sie darf ausschliesslich während eines Jahres seit der Anpassung der Rezeptur verwendet werden» für langhaltbare Produkte (wie z.B. Suppenpulver) ist unklar und ohne Präzisierung schwer umsetzbar.	Präzisierung der Bestimmung, z.B. mit dem Zusatz «Relevant ist das Produktionsdatum»
Anhang 2 Teil A Ziffer 2 Bst. c	Es geht aus dem Text nicht hervor, was für den Gesetzgeber «negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder die Qualität des Lebensmittels» in diesem Zusammenhang heisst.	Präzisierung/Ergänzung von Ziffer 2 Bst c
Anhang 2 Teil B Ziffer 6.1	Für eingefrorenes Fleisch, eingefrorene Fleischzubereitungen und eingefrorene Fischereierzeugnisse ist das Datum des Einfrierens oder das Datum des ersten Einfrierens in Fällen, in denen das Produkt mehr als einmal eingefroren wurde, anzugeben. Es soll präzisiert werden, dass mit «Produkt» das «Produkt in der angebotenen Form» gemeint ist.	Präzisieren: «..... in Fällen, in denen das Lebensmittel <b>in der angebotenen Form</b> mehr als einmal eingefroren wurde»

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 2 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstm <del>e</del> enge pro Tages <u>ration</u>
Anhang 1	Vitamin A(Beta-Carotin) ist eine unklare Formulierung.	Präzisierung: Vitamin A ( <u>in Form von</u> Beta-Carotin)
Anhang 2	Tabellenüberschrift «Höchstmenge pro Tagesdosis»: Gemäss Art. 4 Abs. 3 VZVM ist hier Tagesration gemeint. Der Begriff Tagesdosis ist nirgends definiert.	Tabellenüberschrift ändern: Höchstm <del>e</del> enge pro Tages <u>ration</u>
Art. 2 Abs. 2 Bst. A und 2bis, Anhang 1	Gemäss Erläuterungen soll bei den kritischen Nährstoffen, u.a. Magnesium, der Zusatz nur für Nahrungsergänzungsmittel, aber nicht mehr für Lebensmittel allgemein zulässig sein. Da sich jedoch Produkte mit dem entsprechenden Zusatz auf dem Markt befinden, müssten umfassende Anpassungen vorgenommen werden. Es liegt jedoch keine ausreichende Erklärung vor,	Magnesium bleibt ein zulässiger Zusatz in Lebensmitteln.

	weshalb Magnesium «kritisch» sein sollte.	
--	--	--

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 29, Abs. 4 Bst. f	<p>Liegen zwei Schlachtbetriebe mit Fleisch knapp über der vorgeschriebenen Kerntemperatur geographisch nah beieinander, sollte aus Gründen der Nachhaltigkeit / Transporteffizienz das Beladen eines LKWs aus diesen zwei Betrieben möglich sein.</p> <p>Für eine volle Transparenz sollten alle in diesen Transport involvierten Parteien über den Sachverhalt informiert werden und einverstanden sein.</p>	<p>Art. 29 Abs. 4 Bst. f streichen</p> <p>Oder mit Informationspflicht für die jeweils angefahrenen Schlachtbetriebe.</p>
Art. 29, Abs. 4 Bst. e	Schreibfehler im Gesetzestext	“aufzeichnet” statt “aufgezeichnet”
Art. 32, neuer Abs. 6	<p>Bei der Herstellung von nicht hitzebehandelten Fleischerzeugnissen (z.B. Rohwurst) werden alternative Hürden als eine Hitzebehandlung eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fermentation/ Senken des pHs</li> <li>- Trocknen auf einen Aw-Wert &lt;0.92</li> <li>- Beigabe von Nitritpökelsalz</li> </ul>	<p>Abs. 6 anpassen:</p> <p><i>6 Separatorenfleisch, das die mikrobiologischen Kriterien gemäss Anhang 1 nachweislich nicht erfüllt, darf nur zur Herstellung von hitzebehandelter Fleischerzeugnisse in Lebensmittelbetrieben verwendet werden, die nach Artikel 21 LGV bewilligt sind. Das Herstellungsverfahren muss jederzeit die Lebensmittelsicherheit des Endprodukts gewährleisten</i></p>

	<p>Diese Hürden sind nach unseren Erfahrungen genauso effizient zum Sicherstellen der Lebensmittelsicherheit wie eine vorgängige Erhitzung. Bei Beherrschung des Produktionsprozesses kann auch eine leicht erhöhte mikrobiologische Belastung des Rohmaterials aufgefangen werden.</p> <p>Für Separatorenfleisch gelten gemäss HyV Anhang 1 genau die gleichen mikrobiologischen Kriterien wie für Hackfleisch. Diese Kriterien sind sehr streng und können nicht immer eingehalten werden. Trotz leichtem Überschreiten dieser strengen Grenzwerte ergibt sich keinen negativen Einfluss auf das Endprodukt. Selbstverständlich ist als Voraussetzung der Herstellprozess zu beherrschen und es müssen die Hygieneregeln und Kühlkette gemäss HyV Art.32 eingehalten werden</p>	
Anhang 3	Die Migros hält es für zweifelhaft, dass hier die Richtwerte aus Gesetzgebung wegfallen. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine Verschlechterung der	Beibehaltung der Richtwerte in der Gesetzgebung

	Lebensmittelgesetzgebung in der Schweiz. Das Gesetz ist viel verpflichtender als die Branchenleitlinie.	
Anhang 1 Teil 1 Ziffer 1.20	Text der Fussnote nicht verständlich	Klarer formulieren.
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.1.9, Teil 2.1	Fleischerzeugnisse fehlen, Ziffer 2.1.9 betrifft nur Fleischzubereitungen	Titel Fleisch und Fleischerzeugnisse ist irreführend. Der Begriff «Fleischzubereitung» ist im Titel zu ergänzen. Die Fleischerzeugnisse fehlen in den Kategorien.
Anhang 1 Teil 2.1	Interpretation Fleisch und Fleischerzeugnisse	Titel korrigieren und ebenfalls ergänzen mit Fleischzubereitungen
Anhang 1 Teil 2 Ziffer 2.5.2	Text Fussnote ist nicht verständlich	Fussnote klar formulieren.



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Holstein Switzerland  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Rte de Grangeneuve 27, 1725 Posieux  
Kontaktperson : Michel Geinoz  
Telefon : 026 305 59 00  
E-Mail : [geinoz@holstein.ch](mailto:geinoz@holstein.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	19
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	20
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	20
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	20
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	21
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	21

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Holstein Switzerland schliesst sich vollumfänglich der ASR an.

Holstein Switzerland begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

En synthèse, Stretto 3 montre que le droit alimentaire est devenu un « monstre » de technocratie et de régulation normative, que l'adaptation au droit européen ne semble pas non plus parvenir à endiguer. Tout cela contribue durablement à déplacer la captation des plus-values en aval de la production agricole, tout en rendant toujours plus complexes les activités, le suivi et la responsabilité de la production primaire.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Holstein Switzerland begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Die ASR fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Holstein Switzerland ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Holstein Switzerland schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht von Holstein Switzerland eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Holstein Switzerland geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert die ASR nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht von Holstein Switzerland akzeptabel	---
Art. 31 Abs 5	Holstein Switzerland begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	

Art. 37 Abs 4	<p>Holstein Switzerland begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht von Holstein Switzerland wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht von Holstein Switzerland nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt Holstein Switzerland ab. Die Aufnahme von Laufvögeln in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung von Holstein Switzerland ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht von Holstein Switzerland daher nicht verhältnismässig.	Holstein Switzerland lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Holstein Switzerland ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort “unverzüglich” soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterungen beim Import sind aus Sicht von Holstein Switzerland nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Holstein Switzerland lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Holstein Switzerland unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat Holstein Switzerland keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrünnen wir ausdrücklich. Wir begrünnen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrünnen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	« ... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie ... »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.	Hauptantrag: Streichen  Mindestantrag: § Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer

	So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThsense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefersperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Holstein Switzerland fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht von Holstein Switzerland ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Holstein Switzerland begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Holstein Switzerland ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Holstein Switzerland befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise eine Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Holstein Switzerland befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist der Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen der zuständigen Person kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	Holstein Switzerland begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:

	<p>exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitations très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Holstein Switzerland begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet Holstein Switzerland die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.



	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Holstein Switzerland stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wie weit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für Holstein Switzerland kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat Holstein Switzerland keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Holstein Switzerland begrüsst.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für Holstein Switzerland sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Holstein Switzerland fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Holstein Switzerland fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)  <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>

Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt die ASR in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Holstein Switzerland bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

15 EDI: Zusatzstoffverordnung		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 6a	Holstein Switzerland unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht der ASR konsequent, Holstein Switzerland unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Holstein Switzerland opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	



## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich Holstein Switzerland einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Die ASR begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Genossenschaft swissherdbook Zollikofen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : swissherdbook  
Adresse, Ort : Schützenstrasse 10, 3052 Zollikofen  
Kontaktperson : Matthias Schelling  
Telefon : 031 910 61 11  
E-Mail : [matthias.schelling@swissherdbook.ch](mailto:matthias.schelling@swissherdbook.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	11
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	19
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	20
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	20
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	20
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	21
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	21

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Swissherdbook begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

En synthèse, Stretto 3 montre que le droit alimentaire est devenu un « monstre » de technocratie et de régulation normative, que l'adaptation au droit européen ne semble pas non plus parvenir à endiguer. Tout cela contribue durablement à déplacer la captation des plus-values en aval de la production agricole, tout en rendant toujours plus complexes les activités, le suivi et la responsabilité de la production primaire.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Swissherdbook begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Wir fordern daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welche tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Es ist uns ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Wir schlagen daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht von swissherdbook eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Swissherdbook geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert Swissherdbook nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht von swissherdbook akzeptabel	---
Art. 31 Abs 5	Swissherdbook begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	

Art. 37 Abs 4	<p>Swissherdbook begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht von swissherdbook wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht von swissherdbook nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt Swissherdbook ab.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung von swissherdbook ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht von swissherdbook daher nicht verhältnismässig.	Swissherdbook lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Von swissherdbook ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort “unverzüglich” soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterungen beim Import sind aus Sicht von swissherdbook nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Swissherdbook lehnt die Änderung ab.
Änderung VIPaV	Swissherdbook unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat Swissherdbook keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrünnen wir ausdrücklich. Wir begrünnen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrünnen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	« ... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie ... »
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.	Hauptantrag: Streichen. Mindestantrag: 5 Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV <sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>–Diese werden nach dem</del>



	So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort	<del>Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del>
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThsense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefer Sperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüßen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüßen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Swissherdbook fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht von swissherdbook ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Swissherdbook begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	Swissherdbook ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Swissherdbook befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise eine Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird. Swissherdbook befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.	
7, Abs. 2	Wir sind mit 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen einverstanden, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist der Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen der zuständigen Person kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Annexe 1 liste 1 chi 1.1.1 et 1.1.2	La modification des valeur limites « cut-off » est sensée. L'abandon de la référence UMOS est une bonne chose. En parallèle, un intervalle de 8 ans entre deux contrôles de production primaire végétale est tout à fait adapté au risque. Et cela permet d'assurer une combinaison des contrôles (art 7 OPPr al 2). Il manque cependant la définition d'une culture spéciale.	... plus de 50 ares de culture spéciales selon OTerm Art. 15 (RS 910.91)
Anhang1 Liste 3	Swissherdbook begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserein mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	
Annexe 4, chi 3	Il manque la correction cité en titre comme exemple	Art. 7 al 4 OCCEA : Si la personne chargée du contrôle constate un manquement manifeste aux dispositions de l'une des ordonnances visées à l'art. 1, al. 2, de la présente ordonnance ou à <del>l'art. 2, al. 4</del> art. 10 al 1 de l'ordonnance du 16 décembre 2016 sur le plan de contrôle national pluriannuel de la chaîne alimentaire et des objets usuels (OPCNP) <sup>9</sup> , ce manquement doit...
Annexe 4, chi 4 – Art. 3 al 2	La nouvelle référence (surfaces) pour les exploitations sans animaux est logique. Cependant, l'introduction d'un seuil différent	<i>Art. 3, al. 2 OPPr</i> <sup>2</sup> La notification obligatoire visée à l'al. 1 n'est pas applicable aux exploitations remplissant les critères suivants:

	<p>entre la notification et le contrôle ne fait pas sens. En effet, pour les exploitations sans paiements directs, il n'est actuellement pas possible de les identifier sur la base de ces nouveaux critères de surface. La mise en application de ces nouveaux critères va occasionner un surcroît de travail pour les administrations cantonales. Ceci sans objectif précis pour cette tranche d'exploitations très petites.</p> <p>Si toutefois le projet est maintenu, il est à noter que l'expression « cultures protégées » n'est pas un concept connu. Il serait judicieux de renvoyer à un article qui donne une définition précise, comme le fait l'art 14 OTerm al 1 let 4 (RS 910.91).</p> <p>En outre, l'alinéa 2 bis comporte une erreur de numérotation.</p>	<p>a. la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, <del>trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées</del> aux valeurs de l'annexe 1 OPCNP liste 1 chi 1.1.1;</p> <p>...la surface de l'exploitation est inférieure à un hectare de surface agricole utile, trente ares de cultures spéciales ou dix ares de cultures protégées surfaces cultivées sous abri selon OTerm al 1 let 4</p> <p>Pour que les exploitations qui gèrent plusieurs types de surfaces selon l'al. 4 2, let. a, soient exemptées ...</p>
Annexe 4, chi 4 – Art. 11	Le concept de lignes directrices reconnues est à saluer.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Swissherdbook begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet Swissherdbook die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.	streichen
	Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.
	In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Swissherdbook stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für Swissherdbook kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
-	-	-

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat Swissherdbook keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird von swissherdbook begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung von swissherdbook .

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für Swissherdbook sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Swissherdbook fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Swissherdbook fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6 <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu) <i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen: b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>
	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu)

Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	Bemerkung Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt Swissherdbook in Frage.	
Anhang 14	Bemerkung Swissherdbook bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.	

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

### 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

#### Allgemeine Bemerkungen

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

15 EDI: Zusatzstoffverordnung		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten.	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Die bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 6a	Swissherdbook unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht von swissherdbook konsequent, Swissherdbook unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Swissherdbook opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich Swissherdbook einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Swissherdbook begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bauernverband Nidwalden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BV NW  
Adresse, Ort : Beckenriederstrasse 24, 6374 Buochs  
Kontaktperson : Dani Blättler  
Telefon : 041 624 48 48  
E-Mail : [daniel.blaettler@agro-kmu](mailto:daniel.blaettler@agro-kmu)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	22
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	22
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	23

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband NW begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband NW begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der Bauernverband NW fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welchen tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem Bauernverband NW ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Der Bauernverband NW schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des Bauernverband NW eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der Bauernverband NW geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der Bauernverband NW nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht des Bauernverband NW akzeptabel	---

Art. 31 Abs 5	Der Bauernverband NW begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	<p>Der Bauernverband NW begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des Bauernverband NW wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des Bauernverband NW nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der Bauernverband NW ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des Bauernverband NW ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des Bauernverband NW daher nicht verhältnismässig.	Der Bauernverband NW lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem Bauernverband NW ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des Bauernverband NW nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der Bauernverband NW lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der Bauernverband NW unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband NW keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine	Hauptantrag: Streichen

	<p>Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.</p> <p>So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort</p>	<p>Mindestantrag:  <sup>5</sup> Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV<sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>–Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del></p>
Anhang 6	<p>Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchliefer Sperren müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.</p>	<p>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Der Bauernverband NW fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht des Bauernverband NW ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der Bauernverband NW begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Der Bauernverband NW ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der Bauernverband NW befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Der Bauernverband NW befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Anhang1 Liste 3	Der Bauernverband NW begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäsereien mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	



## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband NW begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der Bauernverband NW die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Bauernverband NW stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wie weit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den Bauernverband NW kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband NW keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung des Bauernverband NW.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den Bauernverband NW sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der Bauernverband NW fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)</p>

	<p>Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der Bauernverband NW fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p><i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>
Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	<p>Bemerkung</p> <p>Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der Bauernverband NW in Frage.</p>	
Anhang 14	<p>Bemerkung</p> <p>Der Bauernverband NW bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.</p>	



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4	.	
Art. 6a	Der Bauernverband NW unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht des Bauernverband NW konsequent, Bauernverband NW unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Der Bauernverband NW opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der Bauernverband NW einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband NW begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

Kopie zur Kenntnis an:

-Präsident Hansueli Kaiser (Mail)

-Homepage Bauernverband Uri, Nidwalden und Obwalden



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bauernverband Uri  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BV UR  
Adresse, Ort : Beckenriederstrasse 24, 6374 Buochs  
Kontaktperson : Dani Blättler  
Telefon : 041 624 48 48  
E-Mail : [daniel.blaettler@agro-kmu](mailto:daniel.blaettler@agro-kmu)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	22
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	22
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	23



## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband Uri begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband Uri begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der Bauernverband Uri fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welchen tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem Bauernverband Uri ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Der Bauernverband Uri schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des Bauernverband Uri eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der Bauernverband Uri geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der Bauernverband Uri nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht des Bauernverband Uri akzeptabel	---

Art. 31 Abs 5	Der Bauernverband Uri begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	<p>Der Bauernverband Uri begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des Bauernverband Uri wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des Bauernverband Uri nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der Bauernverband Uri ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des Bauernverband Uri ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des Bauernverband Uri daher nicht verhältnismässig.	Der Bauernverband Uri lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem Bauernverband Uri ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des Bauernverband Uri nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der Bauernverband Uri lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der Bauernverband Uri unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband Uri keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine	Hauptantrag: Streichen

	<p>Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.</p> <p>So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort</p>	<p>Mindestantrag:  <sup>5</sup> Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV<sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>–Diese werden nach dem Grundsatz von Absatz 3 bemessen</del></p>
Anhang 6	<p>Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchlieferungen müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.</p>	<p>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Der Bauernverband Uri fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht des Bauernverband Uri ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der Bauernverband Uri begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Der Bauernverband Uri ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der Bauernverband Uri befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Der Bauernverband Uri befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Anhang1 Liste 3	Der Bauernverband Uri begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäsereien mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband Uri begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der Bauernverband Uri die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.



	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen

	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Bauernverband Uri stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wie weit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den Bauernverband Uri kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband Uri keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung des Bauernverband Uri.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den Bauernverband Uri sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der Bauernverband Uri fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)</p>

	<p>Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der Bauernverband Uri fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p><i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>
Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	<p>Bemerkung</p> <p>Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der Bauernverband Uri in Frage.</p>	
Anhang 14	<p>Bemerkung</p> <p>Der Bauernverband Uri bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.</p>	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	



<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder

# 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4	.	
Art. 6a	Der Bauernverband Uri unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht des Bauernverband Uri konsequent, Bauernverband Uri unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Der Bauernverband Uri opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der Bauernverband Uri einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband Uri begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	--	

Kopie zur Kenntnis an:

-Wendelin Loretz, Präsident (Mail)

-Homepage Bauernverband Uri, Nidwalden und Obwalden



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bauernverband Obwalden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BV OW  
Adresse, Ort : Beckenriederstrasse 24, 6374 Buochs  
Kontaktperson : Dani Blättler  
Telefon : 041 624 48 48  
E-Mail : [daniel.blaettler@agro-kmu](mailto:daniel.blaettler@agro-kmu)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	13
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	14
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	15
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	22
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	22
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	23

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband OW begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband OW begrüsst ausdrücklich, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt werden soll. Der SR als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt, seither sind bereits mehr als 2 Jahre vergangen. Der Bauernverband OW fordert daher, dass die Motion Bourgeois spätestens per Mai 2020 in Kraft gesetzt wird und nicht noch weitere Verzögerungen erfährt, denn damit wird den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Die Schweizer Landwirte setzen systematisch GVO-freie Futtermittel ein. Dies ist ein Mehraufwand für die Landwirte, der mit Mehrkosten von mehreren Millionen Franken jährlich verbunden ist. Mit dieser neuen Bestimmung werden die Schweizer Landwirte diesen Mehrwert endlich auch in Wert setzen können.

**Die aktuelle Situation ist täuschend für die Konsumenten, da die aktuelle Rechtslage keine Transparenz schafft. Heute ist nicht ersichtlich, welchen tierischen Produkte von Tieren stammen, die mit GVO-Futter oder mit GVO-freiem Futter gefüttert wurden.** Für die Konsumenten ist nicht ersichtlich, dass ein Joghurt aus dem Ausland möglicherweise mit GVO-Futtermitteln produziert wurde, im Unterschied zum Joghurt mit Schweizer Milch, welches von GVO-frei gefütterten Tieren stammt. **Mit der vorgeschlagenen Regelung kann diese aktuell täuschende Situation behoben werden und es wird endlich Transparenz geschaffen.**

Täuschend ist ebenfalls, dass zunehmend als GVO-frei gelabelte Produkte aus dem umliegenden Ausland in die Schweiz gelangen und hier in den Läden verkauft werden. Aus unserer Sicht **tragen GVO-frei gelabelte Produkte aus dem Ausland in der heutigen Situation zur Verunsicherung von KonsumentInnen bei**, ob die Schweizer Nutztiere mit GVO-Futter gefüttert werden.

Dem Bauernverband OW ist ein Anliegen, dass Transparenz geschaffen wird, welche Zusatzstoffe gemäss dem Vorgeschlagenen Art. 37 Abs. 5 Bst. b verwendet werden bzw. verwendet werden dürfen. Der Bauernverband OW schlägt daher vor, dass eine Liste mit den Stoffen, die unter diese Ausnahme fallen, publiziert wird, idealerweise vom BLV.

**Falls die Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» nicht eingeführt wird, muss aus Sicht des Bauernverband OW eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellt Produkte eingeführt werden.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst a	Der Bauernverband OW geht davon aus, dass das neue Bewilligungsverfahren, das mit der Systemänderung zur Anwendung kommt, zum bisherigen Verfahren gleichwertig ist. Unter dieser Bedingung opponiert der Bauernverband OW nicht.	
Art. 31 Abs. 3	Vorschlag ist aus Sicht des Bauernverband OW akzeptabel	---

Art. 31 Abs 5	Der Bauernverband OW begrüsst, dass Erzeugnisse, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen gewonnen wurden, als GVO-Erzeugnisse gelten sollen	
Art. 37 Abs 4	<p>Der Bauernverband OW begrüsst ausdrücklich, dass mit diesem Verordnungspaket den Schweizer Landwirten endlich die Möglichkeit gegeben wird, auszuloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern.</p> <p><b>Lückenlose Dokumentation:</b> im Sinne der administrativen Vereinfachung soll – solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden – kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein.</p> <p><b>Wartefrist:</b> aus Sicht des Bauernverband OW wäre es wünschenswert, dass eine Wartefrist für Tiere definiert wird. Diese regelt, wie lange ein Tier ohne GVO gefüttert werden muss, damit die Produkte entsprechend ausgelobt werden können</p>	
38	--	
Art. 39 Abs.2 Bst.a	Mit der bisherigen Formulierung wird gewährleistet, dass auch bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft des Fleisches angegeben werden muss. Mit der vorgeschlagenen neuen Formulierung ist dies aus Sicht des Bauernverband OW nicht mehr gewährleistet.	Die bisherige Formulierung «bei Lebensmitteln mit Fleisch» soll beibehalten werden, die neue Formulierung «bei Fleisch» lehnt der Bauernverband OW ab. Die Aufnahme von Laufvögel in Art. 39 wird befürwortet.
Art. 39 Abs.2 Bst.d	Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Nach Auffassung des Bauernverband OW ist sich ein Konsument bewusst, dass ein nicht vorverpackt eingekauftes Lebensmittel zum sofortigen Verbrauch bestimmt ist. Die vorgeschlagene Regelung ist aus Sicht des Bauernverband OW daher nicht verhältnismässig.	Der Bauernverband OW lehnt die Einführung dieser Regelung ab.
Art. 85a Abs 3	Dem Bauernverband OW ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer einfach. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterung beim Import sind aus Sicht des Bauernverband OW nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Import über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Der Bauernverband OW lehnt die Änderung ab
Änderung VIPaV	Der Bauernverband OW unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung keinen Einfluss auf die Volkswirtschaft, sondern ausschliesslich auf Bund und Kantone. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband OW keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung.

Die vorgesehene verstärkte Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Der grundsätzliche Zweck der amtlichen Kontrollen ist unbestritten. Der Fokus muss jedoch auf das in der Bundesverfassung festgeschriebene Prinzip der Verhältnismässigkeit gelegt werden, was ein konstruktives Miteinander zwischen Kontrolleur und kontrolliertem Betrieb bedingt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9, Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll generell und nicht nur auf deren Verlangen hin eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden.	«... kontrollierten Betrieben <del>auf Verlangen</del> eine Kopie...»
Art. 19, Abs. 4	Die öffentliche Bekanntgabe der Liste der gemeldeten bzw. bewilligten Betriebe kann auch ausserhalb der Vollzugsbehörden von Interesse sein. Es ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit diese Listen schweizweit durch das BLV koordiniert auf dessen Website aufgeschaltet werden können.	Überprüfen
Art. 55, Abs. 8 (neu)	Der verantwortlichen Person muss zur Beurteilung einer beanstandeten Probe, neben der Beanstandung selbst, aus Gründen der Transparenz auch der Probenerhebungsrapport zugestellt werden, so dass diese selber eine vollumfängliche Beurteilung auch für das eigene Unternehmen vornehmen kann.	Neuer Absatz: « <u>Bei einer allfälligen Beanstandung erhält die verantwortliche Person zusammen mit der Warenbeanstandung auch den Probenerhebungsrapport.</u> »
Art. 116, Abs. 5	Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Kontrolle von Zerlegebetrieben separat behandelt wird und in jedem Fall eine	Hauptantrag: Streichen

	<p>Gebühr auslösen muss, wenn dies für die übrigen Lebensmittelbetriebe nur bei Beanstandung erfolgt.</p> <p>So oder so: Der letzte Absatz ist zu streichen. In der LGV sind die Gebühren umfassend geregelt, siehe Bemerkungen dort</p>	<p>Mindestantrag:  <sup>5</sup> Die Kantone erheben für die amtliche Kontrolle von Zerlegebetrieben, die einer Bewilligung nach Artikel 21 LGV<sup>42</sup> bedürfen, Gebühren. <del>–Diese werden nach dem</del>  <u>Grundsatz von Absatz 3 bemessen</u></p>
Anhang 6	<p>Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRThi- sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchlieferungen müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.</p>	<p>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</p>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung der Kontrolle für die Betriebe.

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

**Der Bauernverband OW fordert, dass betreffend Verschleppung von Krankheiten durch Kontrolleure Massnahmen ergriffen und in der Verordnung festgehalten werden. Aus Sicht des Bauernverband OW ist die Situation nicht haltbar, dass Kontrolleure mehrere Betriebe nacheinander kontrollieren, ohne Hygienemassnahmen zu treffen.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2	Der Bauernverband OW begrüsst, dass neu die Bestimmungen des 3. und 4. Abschnitts nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
3, Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion/landwirtschaftliche Betrieb wie in Art. 5 VKKL im laufenden Kalenderjahr oder im Kalenderjahr nach der Kontrolle gelten.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 3, let g</li> <li>Art. 12</li> <li>Annexe 1 liste 1 chi 1.1.2</li> </ul>	<p>Der Bauernverband OW ist der Ansicht, dass die Einführung der administrativen Kontrollen grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Der Bauernverband OW befürchtet aber, dass damit der administrative Aufwand nicht zurückgeht, da möglicherweise 1 Kontrolle vor Ort durch mehrere administrative Kontrollen ersetzt wird.</p> <p>Der Bauernverband OW befürwortet daher die Einführung von administrativen Kontrollen nur, falls diese wirklich zur administrativen Entlastung eingesetzt werden.</p>	
7, Abs. 2	Ok für die 2% zufälligen Kontrollen zusätzlich zu den Grundkontrollen, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten Zwischenkontrollen geniessen, wo ein Risiko bestehen könnte.	

9. Abs.2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<i>Kantonale und</i> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
11, Abs.1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird.	Streichen
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <i><sup>5 (neu)</sup> Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</i>
14 Abs 2		<del><sup>2</sup> Dans la production primaire végétale, au moins 10% des contrôles selon les art. 7 et 8 sont effectués sans préavis.</del>
15, Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betrieb bekannt gemacht werden und diese vertraulich behandelt werden.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <i>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</i>
Anhang1 Liste 3	Der Bauernverband OW begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäsereien mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband OW begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Generell erachtet der Bauernverband OW die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» kategorisch abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüssen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

	i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	
Art. 60, generell	Vom Grundsatz her bleibt auch mit der vorliegenden Revision unverständlich, weshalb die Schlachtier- und Fleischuntersuchung weiterhin gebührenpflichtig bleiben sollen, während die meisten der übrigen Lebensmittelkontrollen gemäss LMG Art. 58 bei keinen oder geringfügigen Beanstandungen gebührenfrei bleiben. Hier muss es das Ziel der vorliegenden Revision sein, die schon lange bestehende Ungleichheit aus der Welt zu schaffen.	Hauptantrag: Art. 60 gesamthaft streichen,  Mindestantrag: Präzisierung Absatz 3-6
Art. 60, Abs. 3, 5 und 6	Die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sollen nicht mehr nach einheitlichen Gebührensätzen pro Schlachtier, sondern Abs. 3 zufolge neu auch pro kg Fleisch bzw. nach Zeitaufwand erhoben werden können. Mit dieser offenen Formulierung ist für den einzelnen Schlachthofbetreiber nicht mehr klar, welcher Gebührenansatz auf welcher Basis konkret zur Anwendung gelangt. <b>Die Gebührenansätze müssen gemäss den Definitionen in Art. 3, Bst. m, 1. und 2 gemäss der Betriebsgrösse festgelegt werden.</b>	<sup>3</sup> Sie setzen die Gebühren für die Untersuchung wie folgt fest: a. bei Grossbetrieben und Betrieben mit geringer Kapazität gemäss Art. 3, Bst. m lit. 1 pro Schlachtier; b. bei der Schlachtung von anderen Tieren gemäss Art. 3, Bst. m lit. 2 pro Kilogramm Fleisch nach Abschluss der Schlachtung; <del>oder</del> c. bei Hof- und Weideschlachtungen nach Zeitaufwand.
Art. 60, Abs. 4, 5, 6	Der gemäss Abs. 3 gewählte Gebührenansatz bestimmt die Gebühr für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entweder nach Absatz 4 oder 5 Bei Hof- und Weideschlachtungen kommt die Zeitabrechnung (Absatz 6) zum Tragen. Hier kann demnach Art. 61, Abs 1 eingefügt werden. Alle Gebührenarten für die verschiedenen Betriebsarten wären damit in einem Artikel definiert. Es muss für den Betrieb klar sein, nach welchem Ansatz bei ihm abgerechnet wird.	<sup>4</sup> Abrechnung gemäss 3a: Pro Schlachtier beträgt die Gebühr für die Untersuchung:  <sup>5</sup> Abrechnung gemäss 3b: Pro Kilogramm Fleisch... beträgt die Gebühr für die Untersuchung  <sup>6</sup> Abrechnung für die Überwachung von Hof- und Weideschlachtungen: unabhängig von der Tierart beträgt die Gebühr für eine Untersuchung: a. zwischen 100 und 160 Franken pro Stunde für die Tätigkeiten der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte; b. zwischen 60 und 100 Franken pro Stunden für die Tätigkeiten der amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Schlachtier- und Fleischuntersuchung.
Art. 61, Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Daher ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten	streichen <del><sup>2</sup> Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
Art. 61, Abs. 4	Nachdem schon seit vielen Jahren bei Hausschweinen und gemäss unserem Kenntnisstand auch bei Wildschweinen kein positiver Befund in unserem Lande mehr festgestellt wurde, die	überprüfen



	Weiterführung aufgrund internationaler Vorgaben aber dennoch vonnöten bleibt, ist die Übernahme der Kosten für die Trichinellenuntersuchungen durch den Bund zu prüfen.	
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchung begrüßen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
-		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
--	--	

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Bauernverband OW stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist, wie weit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käsereimilch relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtlich Lösungen gefunden werden. Wegen notwendigem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den Bauernverband OW kritisch. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist.

Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12, Abs. 6-8 (vgl. auch HyV, Art. 36)	Wir befürworten die Absicht, dass in Zukunft nebst unbehandelten neu auch unter gewissen Bedingungen behandelte Rohmaterialien für die Herstellung von Kollagen und Gelatine eingesetzt werden können.	-
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist. Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren, einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt.	Art. 59 bis 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Annexe 9, tableau, rubrique No 51	Il faut que l'on puisse acidifier en ajoutant au maximum 4g/l, mais sans préciser si cette acidification doit avoir lieu en moût et/ou dans le vin. L'encaveur doit pouvoir choisir quand il souhaite acidifier, pour autant qu'il ne dépasse pas la dose autorisée.	<i>L'acidification des moûts et des vins peut être effectuée dans la limite maximale de 54 meq (4 g/l) <u>soit en moût et/ou dans le vin.</u></i>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Damit die nötigen Nahrungsergänzungen auch von der Bevölkerung konsumiert werden, sind in bestimmten Fällen auch Ausnahmen von der Deklarationspflicht für Zusatzstoffe zu prüfen resp. angezeigt, wenn die Deklarationspflicht die ausreichende Versorgung verhindert oder gefährdet. Als nicht abschliessende Beispiele führen wir hier Jod und Folsäure an.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen hat diese Verordnungsänderung kaum Mehraufwand zu erwarten, da etliche Betriebe die Massnahmen bereits umgesetzt haben. Unter diesen Bedingungen hat der Bauernverband OW keine Einwendungen gegen diese Verordnungsänderung

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen wird vom Schweizer Bauernverband begrüsst. Dieses Anliegen ist eine alte Forderung des Bauernverband OW.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere da vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen, ist der Täuschungsschutz dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -plätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Gesundheitsbezogene Angaben auf verarbeiteten Lebensmitteln sind für den Bauernverband OW sehr fragwürdig. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht angezeigt, da viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden sollten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	<p>Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassene Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.</p> <p>Der Bauernverband OW fordert, dass die Deklaration von Fleisch und Eiern in verarbeiteten Produkten generell gilt, nicht erst bei einem Fleischanteil von mindestens 20% Massenprozent bzw. bei</p>	<p>Art. 1 Abs1. Bst b  <i>Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse <del>mit einem Fleischanteil von mindestens 20 Massenprozent</del></i></p> <p>Art. 1 Abs. 6  <i>Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier, gekochte und geschälte ganze Eier (Traiteureier) <u>sowie verarbeitete Lebensmittel die Eier enthalten.</u></i></p> <p>Art. 3 Abs. 1 Bst. r (neu)</p>

	<p>Eiern auch wenn diese in Produkten wie Eierteigwaren, Fertiggebäcken, Backmischungen usw. verwendet werden.</p> <p>Der Bauernverband OW fordert, dass auch im Bereich der pflanzlichen Produktion verbotene Produktionsmethoden wie die Sikkation oder GVO-Lebensmittel deklariert werden müssen.</p>	<p><i>r. <u>Hinweis bei Lebensmitteln, die mit in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden wie beispielsweise die Sikkation bei Getreide oder Hülsenfrüchten hergestellt wurden.</u></i></p> <p>Art. 4 Abs. 5 Bst. b  <i>5 Im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung müssen erscheinen:  b. die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Artikel 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung vom 26. November 2003 <u>sowie nach Art. 3 Abs. 1 Bst. o und r dieser Verordnung;lblv</u></i></p>
Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b	<p>Bemerkung</p> <p>Ob die Erweiterung der Ausnahmen auf weitere Bienenprodukte und Wollfett für die Benutzung der Bezeichnungen von Lebensmitteln nach Art. 40, Abs. 1, Bst. a und b sinnvoll ist stellt der Bauernverband OW in Frage.</p>	
Anhang 14	<p>Bemerkung</p> <p>Der Bauernverband OW bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel und viele mehr möglich sind.</p>	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>15 EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen, da die vorgeschlagenen Änderungen technischer Art sind oder Anpassungen an das EU-Recht		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
keine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Verbot der Aromatisierung der Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke soll auch weiterhin für Kleinkinder gelten	Beibehalten der folgenden Formulierung: Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder



# 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	Bisherige Definition belassen.
Art. 4	.	
Art. 6a	Der Bauernverband OW unterstützt die vorgeschlagene Regelung. Diese Lebensmittel haben ein EU-Bewilligungsverfahren durchlaufen und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung wurden bewertet. Zudem handelt es sich nur um die Toleranz von geringen Mengen	
Art. 7 Abs. 1, 8 und 9	Verschiebung der Bestimmungen in LGV ist aus Sicht des Bauernverband OW konsequent, Bauernverband OW unterstützt diese Änderung	
Anhang 2 (in Zusammenhang mit Art. 4)	Der Bauernverband OW opponiert nicht, solange bei einer allfälligen Änderung des Anhang 2 im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung genommen werden kann.	

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen, insbesondere die Erleichterungen werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 29	Bemerkungen die Erleichterungen werden begrüsst, wobei die umfangreichen Bedingungen und der damit verbundene administrative Aufwand kaum geeignet sind, die Lockerungen der Vorgaben umzusetzen.	

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich der Bauernverband OW einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistischen Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 5	die Veränderung der Altersgrenze von 6 Wochen auf 8 Monate für Tiere der Rindergattung darf ausschliesslich statistische Wirkung haben und darf auf keinen Fall Auswirkungen auf die Märkte haben.	

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion werden begrüsst.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

-

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Der Bauernverband OW begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

<b>24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
--		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	--	

Kopie zur Kenntnis an:

-Simon Niederberger, Präsident (Mail)

-Homepage Bauernverband Uri, Nidwalden und Obwalden



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Verein Erdnussallergie & Anaphylaxie  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VEaA  
Adresse, Ort : Stockerstrasse 38, 8002 Zürich  
Kontaktperson : Angelica Dünner-Graf, Präsidentin  
Telefon : 044 208 25 24  
E-Mail : [angelica.duenner@erdnussallergie.ch](mailto:angelica.duenner@erdnussallergie.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5, Abs. 1 Bst. f	<p>Als Patientenorganisation der von Nahrungsmittelallergien mit potentiell anaphylaktischer Reaktion betroffenen Menschen, und insbesondere vieler Familien mit betroffenen Kindern ist für uns Deklaration im Offenverkauf (über-)lebensnotwendig.</p> <p>Die Anaphylaxie ist die schwerste Form der allergischen Reaktion, die rasch auftritt und zum Tod führen kann. Gerade das Erdnussallergen ist dabei sehr hartnäckig: Wenn eine Oberfläche (Türgriff, Tischoberfläche o.ä.) nach Verarbeitung von Erdnuss mit dem Allergen verunreinigt ist und nicht mit Wasser und Seife gewaschen wird, hält sich das Allergen unverändert während Monaten. Entsprechende Studien wurden nach 100 Tagen abgebrochen, weil das Allergen auf den ungereinigten Oberflächen unverändert nachgewiesen werden konnte  <a href="https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3599460/">https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3599460/</a>.</p> <p>Kommt ein so starker Allergiker dann mit dem Allergen so in Kontakt, wird er reagieren – wie stark, ist immer unklar – das Potential besteht, dass die Reaktion lebensgefährlich ist.</p> <p>Wir können daher nichts einkaufen im Offenverkauf, wenn wir nicht klare Aussagen vom Verkaufspersonal erhalten zu den verwendeten Allergenen, aber auch zu den möglichen Kontaminationen. Für uns ist die reine Aussage zu den Zutaten in keinem Fall ausreichend. Wir suchen daher immer das Gespräch mit dem Küchenchef oder Chef der Einrichtung, um zu erfahren, ob der entsprechende Betrieb irgendwo das entsprechende Allergen verarbeitet. Dabei ist für uns wesentlich zu wissen, ob das Allergen im Betrieb überhaupt verarbeitet wird und damit Kontaminationsgefahr besteht. Wesentlich ist für uns auch zu wissen, dass im entsprechenden Betrieb Sorgfalt ausgeübt wird betreffend Weiterverarbeitung von vorverpackten Nahrungsmitteln. Wenn Teil für die Sauce in einem Restaurant ein Saucenpulver ist, das Spuren von Erdnuss deklariert, ist es für uns essentiell, das zu wissen.</p> <p>Mit der neu vorgeschlagenen Formulierung entstünden für uns massive</p>	<p>Bisher: Auf unbeabsichtigte Vermischungen nach Artikel 11 Absatz 5 muss nicht hingewiesen werden.</p> <p><b>Antrag 1:</b> Beibehaltung der bisherigen Formulierung, Streichung des neu als Art. 5 Abs 1 Bst. f eingefügten Textes.</p> <p><b>Eventualiter: Änderung des neu eingefügten Textes in Art. 5 Abs. 1 Bst. f:</b> „Auf unbeabsichtigte Vermischungen nach Artikel 11 Absatz 5 muss auf Nachfrage mündlich hingewiesen werden.“</p>

	<p>Schwierigkeiten – bzw. ein Besuch von Geschäften im Offenverkauf wäre nahezu ausgeschlossen. Damit werden diese Menschen von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen, ein Widerspruch zur Behindertengleichstellung, basierend auf BehiG, Bundesverfassung und UN-Konvention über die Behindertengleichstellung.</p> <p>Mit der neuen Formulierung könnte Personal im Offenverkauf legal den Personen mit Allergien und Intoleranzen auch auf eindeutige Nachfrage nur Auskunft zu den Zutaten geben („Nein, diese Speise enthält keine Erdnuss“), und müsste bezüglich Kontaminationen keine Auskunft erteilen – womit faktisch eine (für den Betrieb legale und für uns lebensgefährliche) Fehlinformation resultiert.</p> <p>Für Allergiker mit möglichen schweren Reaktionen würde das zu einer noch grösseren Einschränkung bei der Ausser-Haus-Verpflegung führen. Dies ist aus unserer Sicht unbedingt zu vermeiden.</p> <p>Uns ist auch bewusst, dass es für Betriebe mit Offenverkauf schwierig ist, über alle möglicherweise vorkommenden unbeabsichtigten Vermischungen Auskunft zu geben. Allergiker sind aber auf korrekte Informationen angewiesen. Uns helfen auch Auskünfte wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Brot ohne Nüsse wurde im selben Backofen gebacken wie das mit Nüssen.</li> <li>- Für die Zubereitung der Suppe wird eine Bouillon mit einem Hinweis auf unbeabsichtigte Vermischungen mit Sellerie verwendet.</li> <li>- Wir verarbeiten keine Erdnüsse in unserem Restaurant und verwenden auch keine Produkte mit Erdnüssen oder unbeabsichtigten Vermischungen mit Erdnüssen.</li> </ul> <p>So können betroffene Personen das für sie individuelle Risiko abschätzen, und entscheiden, ob sie ein Lebensmittel kaufen möchten oder ein Gericht konsumieren möchten. Muss eine solche Information nicht abgegeben werden, ist eine Risikoanalyse nicht mehr möglich, bzw. auch eine Fehlauskunft durch den Betrieb führt nicht zu einer Verletzung seiner Verpflichtungen.</p> <p>Dass der Verzicht auf die vollständige Deklaration, legal korrekte Deklaration ohne Deklaration der Kontaminationen im Offenverkauf, zum Tod führen</p>	
--	---	--

	<p>kann, war erst kürzlich in der Zeitung zu lesen:  <a href="https://www.bbc.com/news/uk-england-london-45617845">https://www.bbc.com/news/uk-england-london-45617845</a>;  <a href="https://www.bbc.com/news/uk-45774709">https://www.bbc.com/news/uk-45774709</a>. Im entsprechenden Fall erhielt der Vater trotz Nachfrage und Aushang keine korrekte Information der vorhandenen Allergene (legale Deklaration, da das Brot als Teil des Sandwiches verpackt gewesen war, und nicht vor Ort verkauft wurde); die Tochter verstarb. Auch wenn die Deklarationspflicht in der Schweiz für das zum Tod der jungen Frau führende Sandwich wohl anders wäre, bleibt die Tatsache, dass - wenn in der Schweiz ein Betrieb sich auf den Standpunkt stellen darf, er könne die Aussage „enthält keine Erdnuss“ treffen, ohne bezüglich Kontaminationen irgendeine Verantwortung zu tragen, auch wenn er falsch Auskunft gibt - die Eltern auch hier keine Auskunft über das für die Tochter gefährliche Allergen erhalten müssten oder könnten. Wie der Fall zeigt, kann das lebensgefährlich sein.</p> <p>Die Streichung ist aus unserer Sicht daher nicht sinnvoll und wird einschränkend sein. Bereits heute kommen die Betriebe ihrer Auskunftspflicht praktisch nicht nach. Wir erleben als Betroffene so viel Ablehnung, Rückweisung und inkompetente Rückmeldungen durch die Betriebe, dass es uns als Eltern jeweils sehr schmerzt, wenn wir bzw. unsere Kinder so zurückgewiesen und angefeindet werden. Können wir uns gar nicht mehr darauf verlassen, dass ein Betrieb korrekt deklariert ob er das Allergen im Betrieb verarbeitet, wird ein Restaurantbesuch noch um ein Vielfaches schwieriger als er heute schon ist.</p> <p>Als kleiner Exkurs: Es wäre extrem hilfreich, wenn wie in Irland der Besuch einer Allergenschulung und Umgang mit betroffenen Menschen für alle Betreiber von offen verkaufter Ware staatlich vorgeschrieben wären. Dies würde zu wesentlich weniger Einschränkungen und Diskriminierung für die Betroffenen führen.</p> <p>Sollte es ausgeschlossen sein, die bisherige Formulierung beizubehalten, beantragen wir eventualiter, den Wortlaut von Art. 5 Abs. 1 Bst f LIV so zu ändern, dass Betriebe verpflichtet sind, <b>auf Nachfrage</b> über mögliche Kontaminationen Auskunft zu geben. So kann sichergestellt werden – basierend auf der Auskunft – dass wir uns basierend auf den für uns lebensnotwendigen Fakten für oder gegen den Verzehr einer Speise/eines Lebensmittels entscheiden können. Wir beantragen daher, den aktuell</p>	
--	--	--

	bestehenden Wortlaut der LIV nicht wie in der Vernehmlassung vorgeschlagen zu ändern. Eventualiter ist die neu vorgeschlagene Formulierung wie dargestellt zu ändern.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Bio Suisse  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Bio Suisse  
Adresse, Ort : Peter Merian-Strasse 34, 4052 Basel  
Kontaktperson : Martin Bossard, Leiter Politik  
Telefon : +41 61 204 66 29 (direkt)  
E-Mail : martin.bossard@bio-suisse.ch  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Bio Suisse ist der Dachverband der 7100 Knospe-Bio-Bäuerinnen und -bauern und hat zurzeit rund 1000 Verarbeitungsbetriebe unter Lizenz. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, Stellung zu «Stretto 3» zu nehmen. Unsere Hauptpunkte:

**Gentechnik-Kennzeichnung:** Bio Suisse plädiert dafür, die bisherigen Regelungen beizubehalten, solange das Moratorium weiterbesteht. Wir gehen davon aus, dass dies noch mindestens bis 2025 der Fall sein wird. Bis dahin wird hoffentlich auch Klarheit geschaffen, wie mit den Risiken der neuen Züchtungsmethoden umgegangen wird, wie dies das einschlägige Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2018 verlangt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Kennzeichnungsvorschriften.

**Weideschlachtung:** Einverstanden mit den Änderungen. Zusätzlich ist die Einschränkung auf Tiere der Rindergattung aufzuheben.

**Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht:** Die Änderungen in der Definition von «Milch» entsprechen einem langjährigen Wunsch von Bio Suisse und werden demzufolge befürwortet.

Mit freundlichem Gruss

Martin Bossard  
Leiter Politik

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Solange das Gentechnik-Moratorium läuft, ist die Änderung nicht dringend. Es gibt gute Argumente, zuzuwarten und sich die nötige Zeit zu nehmen. Die nötigen Abklärungen sind in dieser Zeit zu treffen, insbesondere die Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 25. August 2018, Studien über die Konsumentenwünsche oder die vertiefte Abklärung der Risiken von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln.

- Die landwirtschaftlichen Verbände streben innerhalb der AP22+ eine Verlängerung um vier Jahre bis 2025 an.
- Die EU arbeitet nach dem EuGH-Urteil an einer Neuregelung. Je nach Resultat fallen viele Erzeugnisse ohnehin aus dem Gentechnikgesetz. Die Schweiz ist nicht verpflichtet, sich diesem Rechtsbereich der EU anzupassen und sollte bis zur Klärung die bisherige Regelung beibehalten.
- Die Definition von «Gentechnik» in den Richtlinien von Bio Suisse und der meisten anderen Verbände ist strikt. Auch das Konsumentenempfinden lässt wenig Spielraum. Die rechtliche Regelung muss dem genügend Rechnung tragen.

Die inhaltliche Debatten haben bei Bio Suisse zu folgenden Problemstellungen geführt, die rechtlich fast nicht lösbar sind:

- Bio Suisse, IP-Suisse und andere Labels legen nicht nur grossen Wert auf die Produktequalität, sondern auch auf den Herstellungsprozess. Wenn Produkte, bei denen im Herstellungsprozess GVO zum Einsatz kommen („durch GVO hergestellt“), am Ende nicht entsprechend gekennzeichnet werden müssen, wird dies von den Konsument/-innen als Täuschung aufgefasst. So müssen gemäss dem vorliegenden Vorschlag tierische Produkte nicht gekennzeichnet werden, auch wenn GVO-Futter zum Einsatz gelangt ist.
- Im Bio-Bereich sind zurzeit keine GVO-Futtermittelzusätze im Einsatz. Aminosäuren etc. sind ohnehin verboten, bei Vitaminen konnten bisher immer Alternativen gefunden werden. Wie ist dies für den Bio-Bereich zu bewerten, wenn dies zukünftig unter bestimmten Bedingungen möglich ist und / oder die Zusätze gar nicht mehr als GVO gelten? Ist dies eine Konsumententäuschung? Ist dies nur bei Bio eine Konsumententäuschung?
- GVO-freie Produktion ist in der Bio-Verordnung vorgeschrieben. Weil alle Bio-Produkte diese Bedingung erfüllen, ist je nach Interpretation der Gesetze keine Auslobung möglich. Dies benachteiligt Bio-Produzenten gegenüber den konventionellen.
- (EU-)Importprodukte werden bereits heute in gewissen Läden als „gentechfrei“ ausgelobt, wenn die Etikette für die Schweiz nicht geändert wurde. Dies ist zwar illegal, wird aber kaum durchgesetzt. Dieser Punkt spricht eher für die Einführung bestimmter Regeln.
- Die [Motion Bourgeois](#) fordert gleich lange Spiesse zur EU. Die EU kennt allerdings kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, und die Regelungen in den einzelnen Ländern sind heterogen. An welchen Ländern orientiert sich die Schweiz? Ein eigener Weg ist möglich und sollte begangen werden.
- Die [Qualitätscharta](#) benennt die GVO-freie Schweizer Produktion als gemeinsames Merkmal der Schweizer Qualitätsproduktion. Dieses würde durch die Regelung hinfällig.
- Was genau muss in Zukunft positiv („aus GVO hergestellt“ oder „durch GVO hergestellt“, was kann negativ („gentechfrei“) deklariert werden?

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a	<p>Wenn im Prozess gentechnisch veränderte Mikroorganismen zum Einsatz kommen, soll das Produkt weiterhin als gentechnisch verändert gelten, auch wenn keine GV Mikroorganismen mehr vorhanden sind.</p> <p>Zudem ist kein Verfahren und kein geschlossenes System zu 100% perfekt, sodass immer wieder GVO oder Teile davon im Produkt bzw. in der Umwelt zu erwarten sind. Deren Risiken werden zu wenig abgeklärt, wenn sie nur als «neuartige Lebensmittel» zugelassen werden.</p> <p><u>Hinweis:</u> Einige Bio-Verarbeiter unterstützen vor allem aus administrativen Gründen eine Angleichung an das EU-Recht. Sie möchten wie vorgeschlagen «durch GVO hergestellte» Produkte grundsätzlich der Regelung über neuartige Lebensmittel und somit dem entsprechenden Bewilligungsverfahren unterstellen.</p>	<p>2 Nicht als neuartige Lebensmittel gelten:</p> <p>a. gentechnisch veränderte Lebensmittel;  <del>ausgenommen solche nach Artikel 31 Absatz 5.</del></p>
Artikel 31 Absatz 3	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<p><b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u></p>
Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<p><b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b></p> <p><u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u></p>
Art. 37	<p>Wie in der Einleitung ausgeführt, möchte Bio Suisse die aktuelle Regelung solange beibehalten, wie das Moratorium gültig ist. Der Vorschlag trägt dem Täuschungsschutz noch zu wenig Rechnung.</p> <p>Im weiteren wird in der EU nach dem EuGH-Urteil an einer Neuregelung gearbeitet. Denkbar sind folgende Entwicklungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ganze Bereiche (Verfahren) werden aus der Gentechnik-Regulierung ausgenommen</li> <li>• Die Gentechnik-Definition wird geändert</li> </ul>	<p>Beibehaltung der aktuellen Regelung.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die "history of safe use" im Erwägungsgrund 17 der Richtlinie 2001/18 wird auf neuere Anwendungen ausgeweitet</li> <li>• Im Zulassungsprozess wird z. B. ein Fast-Track-Verfahren eingeführt</li> <li>• Das System wird grundsätzlich umgestülpt - von einer Prozess- UND Produkt- zu einer reinen Produktbewertung.</li> </ul> <p>Diese Entwicklungen sollten abgewartet werden, um nicht zweimal innert Kürze wesentliche Gesetzesänderungen und damit verbundene Anpassungen zu machen.</p> <p>Die Schweiz ist zudem nicht verpflichtet, sich diesem Rechtsbereich der EU anzupassen und sollte bis zur Klärung die bisherige Regelung beibehalten.</p>	
Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. q und r	Einverstanden mit den Definitionen für "Hofschlachtung und "Weideschlachtung"	
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Bio Suisse begrüsst die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	<p>Bio Suisse lehnt die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.</p> <p>Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.</p>	1 Die Hof- <del>und die Weideschlachtung</del> sind zulässig für Schlachtvieh, <del>die Weideschlachtung für Tiere der Rindergattung.</del>
Art. 9a Abs. 2 lit. a	<p>Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.</p> <p>In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.</p>	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <del>und entblutet</del> werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. <del>Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</del>

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht.	Bisherige Definition belassen.

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Art. 10 Abs. 1 Bst. h</b>	Bio Suisse unterstützt die Änderungen bei der Definition von «Milch» ausdrücklich.	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Centravo AG  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Industriering 8, 3250 Lyss  
Kontaktperson : Cornelia Gassner  
Telefon : +41 32 387 48 22  
E-Mail : c.gassner@centravo.ch  
Datum : 22.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir begrüssen die Möglichkeit zur Stellungnahme. Unser Geschäftsprozess ist im Rahmen von Stretto III nur in einigen wenigen Gesetzesänderungen betroffen. Um unseren Dienstleistungsaufgaben nachzukommen, Schlacht- und Zerlegeprodukte, die die Fleischbranche nicht verarbeiten kann, sinnvoll zu verwerten, sind wir im ständigen Ausbau und Weiterentwicklung unseres Produktionsprozesses. Wir schliessen uns den Ausführungen des SFF vollumfänglich an. Zum Separatorenfleisch haben wir eine Anmerkung, bei der wir hoffen, dass sie in ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigt wird. Auch sollten mit der Angleichung an das EU Recht nicht noch zusätzlich CH-Regelungen übernommen werden, die für die Schweizer Lebensmittelbetriebe erschwerend sind.

Mit freundlichen Grüssen  
Cornelia Gassner



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31, Abs 5; Art. 37, Abs 4; Bst. A, Ziffer 2 und Abs 5	Die Angleichung an das EU Recht und beabsichtigte Änderung der GVO – Kennzeichnung begrüßen wir.	

<b>3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 9	Die Höchstgrenzen für Kontrollen und Bewilligungen sind stark übertrieben und nicht verhältnismässig.	Eine Korrektur der Preise ist wünschenswert.

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen:</b> keine Anmerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b> keine Anmerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen:</b> keine Anmerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>10</b>	<b>EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>
-----------	--

<b>Allgemeine Bemerkungen:</b> keine Anmerkungen
--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 32, Abs 6	Wir begrüßen die Möglichkeit, dass bei Nichterfüllung der mikrobiologischen Kriterien bei Separatorenfleisch, die Möglichkeit zur Verwendung in hitzbehandelten Fleischerzeugnissen gemacht wird. Die Eingrenzung, dass dann das Separatorenfleisch nur an Herstellungsbetriebe abgegeben werden darf, die nach Artikel 21 LGV bewilligt sind, schränkt uns im Vertrieb unserer Produkte ein. Hier sollte die Kennzeichnungspflicht "nur für die Herstellung in hitzebehandelten Fleischerzeugnissen bestimmt" ausreichend sein.	Anstelle der Abgabepflicht an nach Artikel 21 LGV bewilligten Betriebe, sollte die Kennzeichnungspflicht "nur für die Herstellung in hitzebehandelten Fleischerzeugnissen bestimmt" vorgeschrieben werden.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen:** keine Anmerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

24	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
----	---

<b>Allgemeine Bemerkungen:</b> keine Anmerkungen
--

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Verband für komplementärmedizinische Heilmittel  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SVKH  
Adresse, Ort : Amthausgasse 18, 3011 Bern  
Kontaktperson : Walter Stüdeli  
Telefon : 031 560 00 24  
E-Mail : [walter.stuedeli@svkh.ch](mailto:walter.stuedeli@svkh.ch)  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Der SVKH begrüsst die generelle Stossrichtung der Vorlage Stretto 3. Die Angleichung an europäische Regelungen ist im Grundsatz sinnvoll.

Im Fokus des SVKH stehen die Umsetzung des Gesundheits- und Täuschungsschutzes. Der SVKH fordert seit Jahren klare Abgrenzungsregeln und nationale Vollzugsregeln für einen effektiven Vollzug der Kantone. Wir legen deshalb das Augenmerk unserer Eingabe auf die Frage des Vollzugs des Lebensmittelgesetzes bezüglich der Nahrungsergänzungsmittel und auf eine korrekte Abgrenzung zu anderen Produktgruppen wie Arzneimittel, Medizinprodukte und teilweise auch Kosmetika.

Gemäss dem Dokument «Abgrenzungskriterien Heilmittel - Lebensmittel bezüglich oral einzunehmender Produkte (November 2018, Seite 6)» entfalten Arzneimittel eine pharmakologische, immunologische oder metabolische Hauptwirkung. Gemäss Art. 2 Abs. 4 Bst. d LMG gilt das Lebensmittelgesetz nicht für Erzeugnisse, die unter den Geltungsbereich des Heilmittelgesetzes fallen. Produkte, welche eine pharmakologische, immunologische oder metabolische Hauptwirkung erzielen, dürften demnach nicht als Nahrungsergänzungsmittel in den Markt gebracht werden. Die theoretische Definition finden wir so auf Stufe Gesetz nicht mehr und sie erscheint dem SVKH auch nicht praxistauglich. Ob ein Produkt im Körper der Menschen eine metabolische oder pharmakologische Wirkung hat, kann letztlich nicht der Gesetzgeber entscheiden. Aus den genannten Gründen bitten wir das BLV, die Definition der Abgrenzungskriterien an die geltenden gesetzlichen Definitionen (LMG/HMG) anzupassen.

Der teilweise Verzicht auf die Höchstmengenangabe auf Verordnungsebene führt dazu, dass die Abgrenzung zwischen Arznei- und Lebensmitteln, welche entsprechende Vitamine oder Mineralstoffe enthalten, schwieriger wird. Der SVKH plädiert dafür, dass das BLV zu Handen der Kantone Verwaltungsverordnungen / Merkblätter als Vollzugshilfen erlässt. Diese sollen mindestens die folgenden Punkte enthalten:

- Höchstmengen / Dosierungsgrenzen für Lebensmittel (sofern in der Verordnung enthalten)
- Erlaubte Claims / verbotene Claims / Umgang mit Borderline-Claims (anhand konkreter Beispiele)
- Täuschungsschutz (tolerierbare Grenzen, Borderline, Aufmachung als Arzneimittel)
- Definition / Abgrenzung Lebensmittel/Nahrungsergänzungsmittel/Arzneimittel/Medizinprodukt/Kosmetika: wir schlagen vor, dass die bestehende Plattform BLV/Swissmedic zu Handen der Vollzugsbehörden (Lebensmittelchemiker, Kantonsapotheker) Merkblätter für den Vollzug zur Verfügung stellt.
- Transparente Berichterstattung über die getroffenen Kontrollen und (allfällige) Sanktionen im Bereich Lebensmittel/Nahrungsergänzungsmittel/Arzneimittel

Die Vollzugsaufgaben für Lebensmittel sind in der Lebensmittelvollzugsverordnung im Grundsatz gut beschrieben. Aus Sicht des SVKH braucht es aber eine Verpflichtung für alle Kantone, im Bereich der Nahrungsergänzungsmittel jedes Jahr mindestens drei amtliche Kontrollen durchzuführen. Einen entsprechenden Vorschlag haben wir im Kapitel Lebensmittelvollzugsverordnung eingefügt. Bereits im Vorschlag enthalten ist die Verpflichtung, die Resultate der Kontrollen zu veröffentlichen Auch sind in ausgewählten Kantonen Audits durchzuführen.

Da sich aufgrund der geplanten Anpassungen signifikante Änderungen in der Rezeptur bestehender Produkte ergeben können, ist eine allgemeine Übergangsfrist von vier Jahren notwendig, damit betroffene Produkte ohne unnötigen Aufwand und/oder gar die Vernichtung von Lagerbeständen an die neuen Vorgaben angepasst werden können.

Wir haben zu den vernehmten Verordnungen ansonsten keine weiteren Anpassungen einzubringen und danken für die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

ENTWURF

<b>2      BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

ENTWURF

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3	<p>Der Bereich der Nahrungsergänzungsmittel wurde in der Vergangenheit von den Kantonschemikern nur stiefmütterlich kontrolliert. Dies hatte zur Folge, dass der Markt der Nahrungsergänzungsmittel mit Produkten überschwemmt wurde, deren Inverkehrbringung nicht gesetzeskonform erfolgt ist. Viele Produkte führen Claims, die nicht erlaubt sind. Vielfach wird den Kunden vorgetäuscht, dass es sich beim Nahrungsergänzungsmittel um ein Arzneimittel handelt.</p> <p>Es ist rechtstaatlich nicht haltbar, dass bei Arzneimitteln, bei denen hohe Auflagen gelten, minutiöse Kontrolle durchgeführt werden und dass die kantonalen Behörden bei Nahrungsergänzungsmitteln, bei denen tiefere Hürden gelten, nahezu untätig bleiben. Die Verpflichtung zu jährlich wiederkehrenden amtlichen Kontrollen ist wichtig und richtig. Fehlen effektive Kontrollen, so wird derjenige belohnt, der sich nicht an die Gesetzgebung hält.</p> <p>Amtliche Kontrollen sorgen für einen fairen Wettbewerb, gleich lange Spiesse unter den Anbietern und haben eine abschreckende Wirkung für alle Inverkehrbringer, welche sich nicht an die Gesetzgebung halten. Finden Kontrollen statt, so können Exempel statuiert werden, die diesbezüglich disziplinierende Wirkung haben und die Täuschung der Kunden verhindern können.</p>	<p>2 Sie sind risikobasiert sowie regelmässig und mit angemessener Häufigkeit durchzuführen. <u>Bei Nahrungsergänzungsmitteln sind pro Kanton und Jahr mindestens drei amtliche Kontrollen durchzuführen.</u></p>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

ENTWURF



<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

ENTWURF

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

ENTWURF

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : kellermann.ch ag  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Neue Horgenbachstrasse 2, 8548 Ellikon a. .d. Thur  
Kontaktperson : Moritz Engelbrecht  
Telefon : 052 725 0228  
E-Mail : moritz.engelbrecht@kellermann.ch  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
(Art. 3 Anhang 1	<p>Gemüse und Obst enthalten von Natur aus Listerien als ubiquitäres pathogenes Bakterium.</p> <p>Die Firma wäscht das Gemüse nach guter Herstellungspraxis. Es muss sichergestellt werden, dass im Prozess keine Kontaminationsherde und somit keine Vermehrung entsteht.</p> <p>Dies wird durch geeignete Waschprozesse während und nach der Produktion sichergestellt.</p> <p>Gemüse und Obst und daraus gefertigten Erzeugnissen, die keinem Erhitzungsschritt unterliegen, müssen im Herstellungsprozess garantieren, dass es im Prozess n.n. / 25 g maximal sind, da auf diesen Produkten auf Grund des hohen aw Wertes und mittleren pH Wertes Listerienwachstum möglich ist</p> <p>→ Wie kann dieses n.n. / 25 g vom Hersteller garantiert werden, wenn auf jedem Blatt von Natur aus Listerien in den Prozess gelangen? Es ist unmöglich, diesen Grenzwert und damit das aktuelle Gesetz einzuhalten</p> <p>Die Gefahr darf keineswegs verharmlost werden, diese Anforderung ist jedoch eigentlich von keinem der Ultra – Frisch – Convenienceproduzenten (ohne Erhitzungsschritte, pH-Absenkung, Trocknung ...) einzuhalten. Am Ende der Haltbarkeit darf auf jeden Fall eine Belastung von 100 Listerien / g nicht überstiegen werden, dies steht ausser Frage. (MIBI Gremien erachten 100 als maximale Belastung)</p> <p>N.N. in 25 g ist eine scharfe Hürde, die auch mit den Vollzugsbehörden immer wieder zu Diskussionen führen. Es wurden im Endprodukt noch nie über 10 Listerien nachgewiesen, es könnte sogar über eine Hürde von 10 gesprochen werden.</p>	Bei Produkten landwirtschaftlichen Ursprungs < 10 Listerien / g




**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : pharma services oehler gmbh  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : pso  
Adresse, Ort : Sihleggstrasse 15  
Kontaktperson : Regula Felix-Tomamichel  
Telefon : 078 814 73 37  
E-Mail : r.felix@pharma-services.ch  
Datum : 23.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	



## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1, Teil A	<p>Zu Biotin wurde vom BfArm Pharmacovigilanz ein Signal ermittelt, dass Dosen von &gt;150mcg Biotin pro Doseinheit zu falschen Laboruntersuchungsergebnissen führen können. Dies bei Labormethoden, deren Testprinzip auf der Streptavidin-Biotin-Wechselwirkung basiert. Dies sind unter anderem Tests, welche für die Bestimmung einer Vielzahl von Biomarkern wie z.B. Hormone, Herz- und Tumor- oder Infektionsmarkern verwendet werden. Da es sich nicht nur um die Ermittlung von Resultaten handelt, für deren Studium Zeit für weitergreifende Abklärungen zur Verfügung steht, kann aus einem falschen Resultat eine falsche bzw. keine Behandlung resultieren, wo dringend eine nötig wäre (z.B. nach einem Herzinfarkt).</p> <p><a href="https://www.bfarm.de/SharedDocs/Risikoinformationen/Pharmakovigilanz/DE/RHB/2019/rhb-biotin.html">https://www.bfarm.de/SharedDocs/Risikoinformationen/Pharmakovigilanz/DE/RHB/2019/rhb-biotin.html</a></p> <p>In Deutschland wird auch von Nahrungsergänzungsmittelherstellern verlangt, dass sie den entsprechenden Warnhinweis in die Konsumenteninformation integrieren.</p> <p>Der Warnhinweis ist jedoch sehr lang und praktisch nur schlecht in die Information zu Nahrungsergänzungsmitteln integrierbar (v.a. wenn kein Beipackzettel existiert). Zudem ist diese Situation auch als potenziell gesundheitsgefährdend einzustufen – wenn auch nicht direkt, wie dies beispielsweise bei einem UL der Fall wäre. Jedoch handelt es sich bei diesen signifikant falschen Laborresultaten um Resultate, die unter anderem in medizinischen Notfallsituationen (z.B. Herzinfarkt) ermittelt werden, die auch vermeintlich gesunde Personen unerwartet treffen können. Dazu kommt, dass sich wohl einige dieser unerwartet zu Patienten gewordenen Menschen nicht bewusst sind, dass sie über ein Nahrungsergänzungsmittel grössere Mengen Biotin aufnehmen, da Biotin ein beliebter Zusatz von Produkten ist, um einen entsprechenden Health Claim nutzen zu können (z.B. Milchsäurebakterienprodukte). Der Konsument ist sich in diesem Fall nicht bewusst, dass er neben den z.B. Milchsäurebakterien auch noch wesentliche Mengen an Biotin aufnimmt und wäre in einem medizinischen Notfall kaum in der Lage, dies einem Arzt mitzuteilen.</p> <p>Dehalb ist aufgrund dieses Signals zu überlegen, ob eine Beschränkung der Biotinmenge auf 150 mcg (zugelassene tägliche Höchstmenge) eher dem System der Lebensmittelsicherheit entsprechen würde als das Aufführen eines Warnhinweises.</p>	Zugelassene tägliche Höchstmenge 150mcg


# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 4 <b>Höchstgehalte für 3-Monochlorpropan-1,2-diol (3-MCPD) und Glycidylfettsäureester in Lebensmitteln</b>	Die Höchstwerte für Glycidylfettsäureester in Säuglingsanfangs- und -folgenreichung, sowie Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder in flüssiger Form von 6 mcg/kg ist für Produkte, welche in grösseren Mengen konsumiert werden, durchaus sinnvoll. Es existieren jedoch auch Produkte in dieser Kategorie, welche in sehr kleinen Mengen konsumiert werden. Sie sind zwar flüssig, ihre Haupt-Rohstoffe sind jedoch auf dem Weltmarkt nur in einer Qualität erhältlich, welche die 6mcg/kg Glycidylfettsäureester nicht einhalten können. Da durch die niedrige gesamte Einnahmemenge des Endproduktes keine kritischen Mengen an Glycidylfettsäureester durch einen Säugling/ein Kleinkind aufgenommen werden können, ist zu überlegen, ob eine Ausnahme in den Kommentaren definiert werden sollte. Geht man davon aus, dass ein Säugling ca. 500ml Flüssigkeit aufnimmt, wäre in diesem Fall die totale Aufnahme an Glycidylfettsäureestern bei ca. 3mcg/Tag. Entsprechend könnte diese Menge für Produkte, welche in Kleinstmengen konsumiert werden, als Höchstmenge festgehalten werden. Dies könnte folgendermassen aussehen (siehe nächste Spalte):	als Flüssigkeit; der Höchstgehalt bezieht sich auf das im Handel erhältliche Erzeugnis; ausgenommen sind Flüssigkeiten, welche in Kleinstmengen (<1ml pro Tag) aufgenommen werden. Hier darf die Höchstmenge von 3 mcg Glycidylfettsäureester pro Tag nicht überschritten werden.

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Burgerstein Vitamine - Antistress AG – Gesellschaft für Gesundheitsschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ATS  
Adresse, Ort : Fluhstrasse 30  
Kontaktperson : Tanja Zimmermann / CEO  
Telefon : 055 220 12 12  
E-Mail : t.zimmermann@burgerstein.ch  
Datum : 26.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	16
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	17
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	24
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	25
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	26
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	27
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	28
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	29
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	30
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	31

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Das Schweizer Familieunternehmen Burgerstein Vitamine ist der grösste Anbieter von Nahrungsergänzungsmitteln im Fachhandel und engagiert sich seit Jahrzehnten mittels (Fach-)Schulungen und faktenorientiertem Kundenansatz, um den Vitamin- und Mineralstoff-Status der Schweizer Bevölkerung zu verbessern.

Aufgrund unserer langjährigen Expertise im Bereich der Mikronährstoffe möchten wir die Gelegenheit nutzen, zur Stretto III Revision eine Stellungnahme einzureichen. Alle unsere Punkte beziehen sich nur auf die Verordnung VNem und VZVM..

Wir begrüssen die Einführung der neuen Höchstmengen auf Basis des Gesundheitsschutzes auf der Grundlage des EFSA-UL, wir können auch die gewählte Methodik des BLV in vielen Punkten nachvollziehen (wir beziehen uns hier auf die Präsentation des BLV "Das neue Höchstmengenmodell in der Schweiz" vom 24. Mai 2019).

Nicht ganz nachvollziehen können wir die Aufteilung 3:1 zwischen angereicherten Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln. Auf diese Problematik gehen wir in unseren Bemerkungen zur VZVM ein, sie betreffen aber natürlich dann auch all die entsprechenden Höchstmengen in Anhang 1 VNem, da die Höchstmengen in Anlage 1 der Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel somit bei einigen Stoffen um 25% erhöht werden (Beispiel Folsäure, Niacin, Vitamin B6, Vitamin C, Vitamin D, Chrom, Eisen).

Auf einzelne gewählte Werte (Zink, Eisen, Vitamin K, Omega-3) gehen wir ausführlich in den Bemerkungen zur VNEM ein.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.  
Freundliche Grüsse

Tanja Zimmermann-Burgerstein  
CEO  
Antistress AG

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**8****EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir möchten folgende Punkte zu den neuen Höchstmengen für Nahrungsergänzungsmittel anmerken:

In der Präsentation des BLV "Das neue Höchstmengenmodell in der Schweiz" vom 24. Mai 2019 wurde vorgestellt, wie der Restbetrag (R) eines Vitamins/Spurenelementes zwischen Basisaufnahme (BA) und festgelegter Höchstmenge (UL) ermittelt und aufgeteilt wird.

Hier wurde eine 3:1 Aufteilung vorgeschlagen für diejenigen Mikronährstoffe, bei denen es einen grossen Abstand zwischen BA und UL gibt.

Wir lehnen diese 3:1 Aufteilung ab und schlagen stattdessen vor, dass sich angereicherte Lebensmittel weiterhin am tatsächlichen BEDARF orientieren, d.h. dass sich deren maximal erlaubte Höchstmengen an Anhang 10 LIV (d.h. am tatsächlichen "Nutrient Reference Value") orientieren.

Einige Argumente hierfür haben wir in den Bemerkungen zur VZVM aufgeführt.

Unsere Kommentare zu den neu vorgeschlagenen Höchstmengen für Zink, Eisen, Vitamin K haben wir unten aufgeführt. Zudem möchten wir auf einen Konflikt zwischen erlaubten Health Claims nach LIV Anhang 14 und VNem Anhang 1 hinweisen bei den Omega-3 Fettsäuren (EPA und DHA).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang I	<p><b>Zink: Bemerkung zum neu vorgeschlagenen Höchstwert von 10mg.</b></p> <p>Dieser Wert ist tiefer als der bisherig erlaubte Wert für NEMs (bisher 15mg) und soll sich gemäss Präsentation des BLV "Das neue Höchstmengenmodell in der Schweiz", gehalten am 24. Mai 2019 an den DACH-Referenzwerten orientieren.</p> <p>Genau diese DACH-Referenzwerte wurden Mitte 2019 aktualisiert, um der ungenügenden Zinkversorgung in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Vor allem bei Ernährung mit viel Hülsenfrüchten und Ballaststoffen (Veganer, Vegetarier) sind neue, höhere Werte aufgelistet.</p> <p>Die DACH-Referenzwerte für die Nährstoffzufuhr 5. Ausgabe 2019 empfehlen nun, dass Frauen mit geringem Phytatgehalt in ihrer Ernährung 7mg Zink, mit mittlerem 8mg Zink und mit hohem Phytatgehalt 10mg Zink täglich zu sich nehmen. Bei Männern werden neu 11mg (niedriger Phytatgehalt), 14mg (mittlerer Phytatgehalt) und 16mg Zink pro Tag bei phytatreicher Ernährungsweise empfohlen.</p> <p>So empfehlen wir, den Höchstwert für Zink unter Berücksichtigung der neuen DACH-Referenzwerte anzuheben, resp. aus Gründen der Einfachheit wieder auf dem vor STRETTO III bestehenden Wert von 15mg anzuheben.</p>	Zink 15 (anstatt 10) mg

Anhang I	<p><b>Eisen: Bemerkung zum neu vorgeschlagenen Höchstwert von 21mg für Schwangere</b></p> <p>Dieser neue Wert basiert auf einem 3:1 Split zwischen angereicherten Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln. Schwangere werden nicht mehr getrennt berücksichtigt bei Eisen, da in STRETTO III kein Höchstwert mehr für Schwangere angegeben ist.</p> <p>Bisherige Präparate für Schwangere, welche hochdosiertes Eisen (30mg) enthielten, richteten sich nach den Empfehlungen diverser Fachgesellschaften, u.a. der WHO.</p> <p>Es wird nicht eine Gesamtzufuhr von 30 mg empfohlen, sondern sogar explizit eine Supplementierung mit 30mg Eisen. <a href="https://www.who.int/elena/titles/guidance_summaries/daily_iron_pregnancy/en/">https://www.who.int/elena/titles/guidance_summaries/daily_iron_pregnancy/en/</a></p> <p>Der untere Wert der WHO (30mg) entspricht auch dem Eisen-Wert, der vor einigen Jahren vom Bundesamt für Gesundheit für Schwangere genehmigt wurde, basierend auf wissenschaftlichen Dossiers, die wir für NEMs für Schwangere einreichen mussten.</p> <p>Um die Prävalenz der Eisenmangelanämie bei dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe abzusenken, sollte gemäss 6. Schweizerischem Ernährungsbericht 2012 der Eisenversorgung der Schweiz mehr Beachtung geschenkt werden. Gerade in Zeiten des Veganismus und erhöhter Phytatzufuhr erachten wir es deshalb als wichtig, weiterhin Produkte für Schwangere anbieten zu können die 30mg Eisen ausloben.</p> <p>Damit wir bei Schwangerschaftsprodukten weiterhin 30mg Eisen ausloben können (wie bisher – neu endet jedoch gemäss Informationsschreiben 2017/7 des BLV zu den Toleranzen für die Nährwertdeklaration (Bern, 07.11.2017) der Toleranzbereich des angegebenen Wertes an der Höchstmenge) sollten wir leicht höhere Höchstwerte haben – so können wir kleine Produktionsschwankungen ausgleichen und Messvariationen der Analyse berücksichtigen, und dennoch die von der WHO geforderten 30mg im Durchschnitt enthalten.</p> <p>Ohne höhere Höchstmengen als 30mg dürfte dieser Wert ja in keinem Produkt enthalten sein aufgrund der Toleranzen-Leitlinie der EU, respektive nie ausgelobt werden (zumindest nicht, ohne den Kunden zu täuschen, indem im Rahmen der Toleranzen absichtlich höher deklariert wird als tatsächlich vorhanden).</p> <p>Wir beantragen einen Höchstwert für Eisen in der Schwangerschaft von 35 mg pro Tag</p>	Eisen für Schwangere 35 mg (anstatt 21)
Anhang I	<p><b>Vitamin K: Bemerkung zum neu vorgeschlagenen Höchstwert von 75 µg</b></p> <p>Der neue Höchstwert für Vitamin K gilt als „Spezialfall“. Für Vitamin K liegt kein UL vor. Es wird auf eine ungenügende Datenlage hingewiesen und somit die empfohlene Tageszufuhr (100% DRV) als neue Höchstmenge vorgeschlagen.</p> <p>Das Fehlen eines UL ist unseres Erachtens kein zwingender Hinweis auf ein Risiko, sondern eher ein Hinweis, dass</p>	Vitamin K 225 ug (anstatt 75 ug)

	<p>eine höhere Dosierung gut vertragen werden. Aus Japan existieren Daten, wo Vitamin K (zu beachten: ORALE Einnahme, und NICHT Vit K3) im Milligramm-Bereich eingenommen wird. Der Warnhinweis, resp. die Einschränkung für Patienten, die Vitamin-K-abhängige Antikoagulantien einnehmen, ist klar erforderlich.</p> <p>Wir möchten auch auf die zahlreichen anderen europäischen Länder verweisen, die deutlich höhere Höchstmengen erlassen haben, resp. gar keine Höchstmenge kennen</p> <p>Erwähnenswert ist unserer Meinung nach die Position aus England  <a href="https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf">https://cot.food.gov.uk/sites/default/files/vitmin2003.pdf</a>  sowie aus Norwegen (2018 erarbeitet)  <a href="https://vkm.no/download/18.18fcdf1161d31d8fb92434f/1521019683082/Assessment%20of%20dietary%20intake%20of%20vitamin%20K%20and%20maximum%20limits%20for%20vitamin%20K%20in%20food%20supplements.pdf">https://vkm.no/download/18.18fcdf1161d31d8fb92434f/1521019683082/Assessment%20of%20dietary%20intake%20of%20vitamin%20K%20and%20maximum%20limits%20for%20vitamin%20K%20in%20food%20supplements.pdf</a></p> <p>Aus diesen Gründen schlagen wir vor, den Wert für Vitamin K wieder auf den bereits vor STRETTO III erlaubten Wert von 225 µg anzuheben.</p>	
Anhang I	<p><b>Docosahexaensäure (DHA) / Eicosapentaensäure (EPA) + Docosahexaensäure (DHA) (als Summe) (langkettige n-3): Konflikt des Höchstwertes mit EU-genehmigten Health Claims, Vorschlag neue Höchstwerte</b></p> <p>Gemäss Leitfaden der EU betreffend Toleranzen in der Nährwertdeklaration  <a href="https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/labelling_nutrition-vitamins_minerals-guidance_tolerances_1212_de.pdf">https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/labelling_nutrition-vitamins_minerals-guidance_tolerances_1212_de.pdf</a>  sind bei der Deklaration die Toleranzen für Shelf-Life, Produktionsschwankungen und Laboranalysevariationen im deklarierten Wert zu berücksichtigen und die Toleranzen „enden“ an der Höchstgrenze.  Somit ist es nie möglich, ein Produkt auf den Markt zu bringen, das exakt 3000mg EPA+DHA ausloben kann:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Effektiv durchschnittlich 2850 mg enthaltend, d.h. gezielt im Durchschnitt weniger enthaltend, um der EU-Toleranzguideline noch gerecht zu werden, aber somit kundentäuschend, weil kein realer Wert, sondern bewusst zu hoch deklariert, resp. gezielt unterdoziert</li> <li>2. Effektiv 3000 mg enthaltend: theoretisch müssen 50% aller Gehaltsbestimmungen über 3000 mg liegen, 50% darunter. Ergo 50% der Proben nicht OK gemäss EU-Leitfaden.</li> </ol> <p>Für den Health Claim „tragen bei zur Aufrechterhaltung eines normalen Blutdrucks“ gemäss Anhang 14 LIV sind jedoch mindestens 3000mg erforderlich.</p> <p>Dasselbe Problem stellt sich bei den 450 mg DHA+EPA (250 mg plus 200 mg DHA) und den Health Claims für Fötus und Säuglinge. Dort ist die Situation unseres Erachtens noch gravierender, da die Unterversorgung von Schwangeren mit EPA und DHA bekanntermassen sehr häufig ist und aus Gründen der Schwermetallbelastung nicht immer 2x pro Woche fettreicher Fisch empfohlen wird. Die unterstreicht die Wichtigkeit einer klaren Kommunikation der Health Claims.</p>	<p>Docosahexaensäure (DHA) 1000mg / 625.5 mg für schwangere und stillende Frauen</p> <p>Eicosapentaensäure (EPA) + Docosahexaensäure (DHA) (als Summe) (langkettige n-3) 5000mg / 625.5 mg für schwangere und stillende Frauen</p>

	<p>Aus diesen Gründen schlagen wir die Erhöhung der Höchstwerte für EPA+DHA (Summe) auf 5000mg vor – dies entspricht dann dem Text , wie er im Health Claim zum Blutdruck und zu Triglyceriden gefordert wird: “dass eine tägliche Gesamtaufnahme von 5g EPA und DHA kombiniert nicht überschritten werden darf“ und deckt sich mit dem EFSA-Dokument zum UL bei den langkettigen n-3-Fettsäuren.</p> <p><a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815</a></p> <p>Für DHA-Monopräparate schlägt die EFSA eine Höchstmenge von 1000 mg vor  <a href="https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815">https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2012.2815</a>, wir beantragen auch diesen Höchstwert für normale Erwachsene.</p> <p>Für Schwangere und stillende Frauen schlagen wir einen Höchstwert vor, der 25% höher liegt als der Wert, der für die Claims notwendig ist. Dies wäre 562.5 mg, sowohl für DHA Monoprodukte als auch für DHA+EPA. So können wir auch zukünftig Punkte entwickeln, die die Claims erfüllen können ohne Etikettenschwindel.</p>	
--	---	--

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**Allgemeine Bemerkungen**

Unser Kommentar betrifft das neue Höchstmengenmodell für Vitamine und Mineralstoffe – es basiert auf der Präsentation des BLV vom 24. Mai 2019.

Die künstliche Aufteilung zwischen einem normalen, täglichen Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln im Verhältnis von 3:1 ist für uns nicht nachvollziehbar und basierend auf Marktzahlen nicht begründet.

**Der „Vitaminbeitrag“ der Ovomaltine ist bereits in der regulären Ernährung enthalten.**

Gemäss unserer Daten sind die Vitamin- und Mineralstoffzufuhr aus „angereicherten Lebensmitteln“ bereits in den Verzehrdaten von verschiedenen nationalen Fachgesellschaften mitberücksichtigt.

Es macht keinen Sinn, den maximalen Vitamin- und Mineralstoffgehalt von Nahrungsmitteln, die Bestandteil der regulären, bedarfsdeckenden Ernährung sind, analog wie Nahrungsergänzungsmittel anhand des EFSA-UL zu bestimmen. Die Höchstwerte für angereicherte Lebensmittel sollten sich an den Referenzmengen der LIV (Information über Lebensmittel V) ausrichten, d.h. am effektiven 100% Tagesbedarf (NRV), wie er in Anhang 10 LIV aufgeführt ist. Das heisst, dass der Abstand von Basisaufnahme BA und UL für angereicherte Lebensmittel irrelevant sein sollte.

Die Differenz zwischen BA und UL sollte bei Stoffen, die bisher 3:1 aufgeteilt wurden, somit vollumfänglich für NEMs zur Verfügung stehe. Dies betrifft Folsäure, Niacin, Vitamin B6, Vitamin C, Vitamin D, Chrom und Eisen.

Durch die „komplette Freigabe“ von unkritischen Stoffen für angereicherte Lebensmittel könnten komische Produkte entstehen. „Super-B12-Joghurt“. Da der Abstand von Basisaufnahme BA und UL für angereicherte Lebensmittel irrelevant sein sollte, sollten für angereicherte Lebensmittel die Höchstmengen für unkritische Stoffe nicht aufgehoben werden, sondern sich weiterhin nach Anhang 10 LIV richten.

**Der Markt für angereicherte Lebensmittel ist relativ klein** – es ist in der Schweiz nicht üblich, Folsäure-angereichertes Mehl zu kaufen (der grösste Markt für angereicherte Lebensmittel). Wir gehen zudem davon aus, dass dieser Markt – bei strikter Auslegung der Health Claims, (wie ein derartiges Produkt beworben werden darf) - auch nicht schneller wachsen wird als der Gesamtmarkt. Wir verweisen u.a. auf den Bericht von Euromonitor zu Deutschland <https://www.euromonitor.com/fortified-functional-packaged-food-in-germany/report>

**Effektive Mengen in angereicherten Lebensmitteln**

Gemäss den Aufzeichnungen des Lebensmittelverband Deutschland (vormals BLL) (2017/2018) werden bei den verbreitetsten angereicherten Lebensmittel jeweils ca. 20-50% des NRV an Vitaminen zugesetzt, d.h. weit entfernt von den in einigen Nahrungsergänzungsmitteln eingesetzten Werten.

# Vitamine in TOP-Markenprodukten in DE

## Analyse: Bsp. Art und Menge (% NRV/Portion)



	A	D	E	C	B1	B2	B6	B12	Biotin	Folsäure	Panto	Niacin	Typical % RI/Serving
Hohes C	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	100%
Pulmoll				X									50%
Danone		X					X						30%
Cini Minis				X		X	X					X	~ 15%
Becel	X	X	X										25%
Capri Sonne			X	X	X		X	X	X			X	~ 30%
Nesquik			X	X	X		X			X	X	X	~ 15%
Em Eukal				X									50%
Powerade							X						9%
Kellogg's					X	X	X	X		X		X	~ 20%
Nimm 2			X	X	X	X	X	X		X	X	X	~ 9 - 60%
Actimel							X						30%
Häufigkeit	2	2	5	7	5	4	14	9	2	4	8	11	

- Am häufigsten wird mit **B-Vitaminen** angereichert, selten mit fettlöslichen Vitaminen.
- Bezogen auf die Referenzwerte zur Kennzeichnung (RI/NRV) wird meist im Bereich von **20 – 50 % NRV je Portion** angereichert. Energydrinks liegen teilweise darüber.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)


**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI  
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV**  
Denrées alimentaires et nutrition

## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Associations Suisse du Commerce du Vins / Association National des Coopératives Vitivinicoles / Société des Encaveurs de Vins Suisses
Sigle entreprise / organisation / service	:
Adresse, lieu	: Kapellenstrasse 14, 3003 Bern
Interlocuteur	: Olivier Savoy
N° de téléphone	: +41 58 796 99 55
E-mail	: <a href="mailto:info@ascv-vsw.ch">info@ascv-vsw.ch</a>
Date	: 23.8.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire et  
des affaires vétérinaires OSAV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	2
2	DFI : ordonnance sur les boissons .....	3

### 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

#### Remarques générales

Nos trois organisations réunis sous le même toit,

- ASCV Associations Suisse du Commerce du Vins
- ANCV Association National des Coopératives Vitivinicoles
- SEVS Société des Encaveurs de Vins Suisses

vous remercient de leur avoir donné la possibilité de s'exprimer dans le cadre de cette consultation.

Une constatation générale est celle que le droit alimentaire de l'UE, même s'il se réfère aux règles OIV et au codex en ce qui concerne le vin, est aux faits dominant dans notre législation. Nos spécificités sont de plus en plus effacées en faveur d'une harmonisation avec l'UE. Harmonisation qui peut sembler pratique, certes. Toutefois, nous ne pouvons soutenir une harmonisation à tout vent qui mène à la perte des caractéristiques helvétiques de notre savoir-faire et finalement de nos produits.

Dans le même sens, nous avons des réserves quant à la déclaration des OGM, à l'obligation de certaines analyses et prélèvements et au plan de contrôle national de la chaîne alimentaire prévu. Nous vous rappelons le principe de proportionnalité de toute activité de l'État statué dans la Constitution suisse. Nous attendons que celui-ci soit respecté même dans un système d'harmonisation avec une législation étrangère et que les spécificités de notre branche helvétique du vin gardent leur valeur et priorité.

Les répercussions effectives de ce projet Stretto 3, et bien sûr son application, n'étant pas clairement prévisible pour la branche des vins, nous demandons à l'OSAV un entretien dans les semaines à venir afin d'en bien cerner les enjeux.

Pour ce qui est de la révision de l'Ordonnance du DFI sur les boissons et de son annexe 9, nous nous référons à la réponse de l'Union Suisse des Œnologues USOE et prions l'OSAV de prendre leurs réflexions en considération.

## 2 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Pour le vin, nous saluons la reconnaissance de nouvelles pratiques œnologiques. L'annexe 9 comporte six pratiques œnologiques supplémentaires, ainsi que les appendices correspondants, afin de respecter les engagements pris dans l'Accord agricole I entre la Suisse et l'Union Européenne de 2002.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV)  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SNV  
Adresse, Ort : Sulzerallee 70, Postfach, 8404 Winterthur  
Kontaktperson : Lea Leibundgut  
Telefon : +41 52 224 54 21  
E-Mail : [lea.leibundgut@snv.ch](mailto:lea.leibundgut@snv.ch)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	12
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Die im Entwurf referenzierten Normen werden teils unterschiedlich aufgeführt. Manche als reine ISO Norm ohne Erscheinungsdatum, andere als Schweizer Ausgabe mit Erscheinungsdatum (SN:yyyy). SNV empfiehlt, wo immer möglich, auf eine Schweizer Ausgabe einer ISO Norm zu referenzieren. Diese nationalen Ausgaben können ein nationales Vorwort enthalten, welches auf lokale Gegebenheiten verweist oder auch weitere informative Elemente enthält.

Werden Normen mit Herausgabedatum zitiert, gilt dies als starre/statische Verweisung. Es wird auf genau diese Ausgabe der Norm verwiesen, auch wenn bereits eine neue Fassung der entsprechenden Norm veröffentlicht wurde. Bei der Zitierung einer Norm ohne Herausgabedatum liegt ein gleitender/dynamischer Verweis vor, es wird auf die jeweils gültige Fassung der Norm verwiesen.

Weitere Informationen zur Verweisung auf Normen finden Sie in unserem [Leitfaden](#) «Normung und Recht – der rechtliche Status von Normen».

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 48	Jedoch sind damit bei ISO auch die regionalen (wie CEN) und nationalen Schwesterorganisationen (wie DIN oder SN) gemein [...]  Bezieht sich SN auf die Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV), gehört hinter SN noch ein «V».	Jedoch sind damit bei ISO auch die regionalen (wie CEN) und nationalen Schwesterorganisationen (wie DIN oder SNV) gemein [...]
Art. 37. Abs. 6  Art. 45, Abs. 1, lit. e.	Es beauftragt die für die Sendung verantwortliche Person, die Probe in einem nach ISO/IEC 17025 akkreditierten Labor entsprechend dem Risiko nach den Anhängen 1 und 2 analysieren zu lassen.  Es kann auch auf die Schweizer Ausgabe der EN ISO/IEC 17025 verwiesen werden: SN EN ISO/IEC 17025 Hier liegt ein gleitender/dynamischer Verweis auf eine Norm vor.	[...] nach SN EN ISO/IEC 17025 [...]  nach der Norm SN EN ISO/IEC 17025 arbeiten und von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle nach dieser Norm akkreditiert sind.
Art. 9, Abs. 2, Fussnote 10  Art. 19. Abs.2 Fussnote 6  Art. 45, Abs. 1, lit. e. Fussnote 25	Die aufgeführte Norm kann eingesehen und bezogen werden bei der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV), Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur, <a href="http://www.snv.ch">www.snv.ch</a> .  Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV) ist umgezogen. Die neue Adresse lautet:  Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV) Association Suisse de Normalisation (SNV) Swiss Association for Standardization (SNV) Sulzerallee 70, Postfach, CH-8404 Winterthur	Die aufgeführte Norm kann eingesehen und bezogen werden bei der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV), Sulzerallee 70, 8404 Winterthur, <a href="http://www.snv.ch">www.snv.ch</a> .
Art. 19 Abs. 2	Als Referenzverfahren für die Probenahme von Schlachttierkörpern gilt die Norm «ISO 17604, 2003, Mikrobiologie von Lebensmitteln und Futtermitteln – Probennahme von Schlachttierkörpern zur mikrobiologischen Untersuchung» <sup>6</sup> .  Die Norm ist als neue Auflage und auch als Schweizer Norm erhältlich SN EN ISO 17604:2015	Als Referenzverfahren für die Probenahme von Schlachttierkörpern gilt die Norm «SN EN ISO 17604:2015 Mikrobiologie der Lebensmittelkette - Probenahme von Schlachttierkörpern zur mikrobiologischen Untersuchung»

	Die aktuelle Zitierung der Norm ist ein starrer/statischer Verweis, es gilt die Ausgabe 2003.	
Anhang 2 Ziff. 1	Alle zitierten Normen sind als Schweizer Ausgabe der jeweiligen ISO Norm erhältlich.	SN EN/ISO 6222 SN EN/ISO 9308-1 SN EN/ISO 7899-2 SN EN/ISO 9308-1 SN EN/ISO 7899-2 SN EN/ISO 16266
Anhang 1 Mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel Teil 1	EN ISO 6579-1 ist als SN EN ISO 6579-1 erhältlich EN ISO 19020 ist als SN EN ISO 19020 erhältlich EN ISO 22964 ist als SN EN ISO 22964 erhältlich EN ISO 19343 ist als SN EN ISO 19343 erhältlich	SN EN ISO 6579-1 SN EN ISO 19020 SN EN ISO 22964 SN EN ISO 19343
Anhang 1 Mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel Teil 2	EN ISO 4833-1 ist als SN EN ISO 4833-1 erhältlich EN ISO 21528-2 ist als SN EN ISO 21528-2 erhältlich EN ISO 6579-1 ist als SN EN ISO 6579-1 erhältlich EN ISO 21528-1 ist als SN EN ISO 21528-1 erhältlich	SN EN ISO 4833-1 SN EN ISO 21528-2 SN EN ISO 6579-1 SN EN ISO 21528-1

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Verband des Schwizer Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SWISSCOFEL  
Adresse, Ort : Belpstrasse 26 – Postfach – 3001 Bern  
Kontaktperson : Marc Wermelinger  
Telefon : 031 380 75 75  
E-Mail : marc.wermelinger@swisscofel.ch  
Datum : 23.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

SWISSCOFEL dankt Ihnen, dass Sie uns zur Vernehmlassung zu "Stretto3" eingeladen haben.  
Unser Verband vereinigt 170 Unternehmen des Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels, sowie der Hersteller von küchenfertigen Schnittsalaten.  
Zusammen decken sie rund 86% des Schweizer Marktvolumens mit diesen Produkten ab. Wir werden uns in unserer Vernehmlassung auf jene Punkte fokussieren, welche unsere Branche direkt oder indirekt betreffen.

Generell halten wir fest, dass wir einer Kompatibilität mit dem Lebensmittelrecht der EU grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Sie gewährt, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen oder unnötigen Handelshemmnissen kommt. Allerdings stellen wir auch fest, dass die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen in der EU oft wenig benutzerfreundlich dargestellt bzw. dokumentiert sind. Wir wünschen uns darum, dass bei der Übernahme oder bei Verweisen auf EU-rechtliche Bestimmungen in unsere Verordnungen,, der Benutzerfreundlichkeit eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Dies führt faktisch zu mehr Rechtssicherheit und liegt darum nicht nur im Interesse der gewerblichen Lebensmittelbetriebe, sondern mindestens ebenso im Interesse eines verhältnismässigen Vollzugs.

Wir bitten Sie zudem zu beachten, dass bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen wo immer dies möglich ist, auf eine Ausdehnung von administrativen Auflagen und auf zusätzliche Gebühren und Abgaben für die Betriebe verzichtet werden soll.

Grundsätzliche Vorbehalte werden wir auch überall dort anbringen, wo bezüglich der Auflagen Ausnahmen für bestimmte Betriebs-Kategorien vorgesehen sind. Die Anforderungen zur Erfüllung der berechtigten Ansprüche der Konsumentinnen und Konsumenten auf sichere Lebensmittel dürfen nicht von der Betriebsgrösse abhängig gemacht werden. Stattdessen sollen sie auf einer objektiven Risikoanalyse basieren. Dazu kommt, dass ungleiche Auflagen nach Betriebstypen nicht nur in qualitativer Hinsicht zu ungleichen Ergebnissen führen, sondern auch Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben, was wir ausdrücklich ablehnen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Argumente und Anträge.

Freundliche Grüsse  
SWISSCOFEL

Martin Farner, Präsident

Marc Wermelinger, Geschäftsführer





## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2, Abs.3 und 4	Wir wünschen uns eine anwenderfreundlichere Redaktion des Artikels. Anstelle von Verweisen auf Fussnoten oder EU-VO's sollen die entsprechenden Begriffe hier aufgeführt werden.	Begriffsdefinitionen direkt in Abs. 3 und 4 einfügen oder eine andere benutzerfreundlicher Lösung (z.B. ein direkter Link auf das relevante Dokument).
Art. 31, Abs. 5; Art. 37, Abs. 4;	Wir unterstützen die vorgesehene Regelung, dass Lebensmittel, die zwar mit GVO-veränderten Mikroorganismen hergestellt wurden, die jedoch nach Abschluss des Herstellungsverfahrens keine GVO mehr enthalten, als "neuartige Lebensmittel" gelten sollen. In Bezug auf Kriterien für die Deklaration *ohne Gentechnik hergestellt" wünschen wir diese Regelung nicht nur für tierische, sondern sinngemäss auch für pflanzliche Erzeugnisse.	Änderung übernehmen – auch für pflanzliche Lebensmittel
Art. 90	Voranmeldepflicht von Import-Sendungen die im Flugverkehr aus Drittländern die an den Flughäfen Zürich und Genf eintreffen: Wir respektieren im Grundsatz, dass hierfür die Regeln der EU übernommen werden müssen. Wir beantragen jedoch ein die Einrichtung eines elektronischen Meldesystems das Verspätungen der Sendungen - aufgrund von Flugnummern - automatisch berücksichtigt.	Einverstanden unter der Voraussetzung, dass ein benutzerfreundliches, internet-basiertes Anmeldesystem/Portal eingerichtet wird, welches auch automatische Funktionen enthält (z.B. Verspätungsmeldungen von Flügen). Das System soll dem Empfänger zudem frühzeitig mitteilen, ob, und wenn ja wo ein Augenschein der Ware erfolgen muss.  Zudem sollte mit den Kontrollorganen der wichtigsten Lieferländer eine Akkreditierung/Anerkennung der Ausfuhr-Inspektionen angestrebt werden, welche eine erneute Kontrolle bei Ankunft der Erzeugnisse an den Schweizer Flughäfen unnötig machen.

Art. 39, Bst d	Offenverkauf: Die Pflicht zur Angabe eines Verbrauchsdatums für besonders leichtverderbliche Lebensmittel im Offenverkauf, die bis zum Verzehr gekühlt werden müssen, erscheint uns unnötig bzw. der Aufwand dafür unangemessen.	Anstelle eines ständig anzupassenden Verbrauchsdatums sollen für den Offenverkauf ein pauschaler Hinweis auf der unmittelbar befüllten Packung, oder auf der Etikette oder als mündliche oder schriftliche Auskunft am Verkaufspunkt genügen: <i>“Gekühlt aufbewahren / zu verbrauchen bis spätestens xx Std. nach Erwerb”</i>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.9, Abs.3	Den kontrollierten Betrieben soll in allen Fällen auch eine Kopie der Kontroll-Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden. Ggf. auf elektronischem Weg.	Die kontrollierten Betriebe erhalten eine Kopie (d.h. "auf Verlangen" streichen).
Art.12	Wir erachten eine koordinierende Rolle des BLV für den Vollzug durch die Kantone als sinnvoll und wünschenswert. Es soll in den Betrieben - unabhängig vom Kanton - mit "gleicher Elle gemessen" werden.	Gleichbehandlung erwünscht
Art. 13, Abs.1	Ein einheitlicher Vollzug durch die Kantone ist erwünscht	Ein in allen Kantonen einheitlicher Vollzug ist erwünscht

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 und Anhang 1 und Art. 8, Bst. d	Es ist nicht einzusehen, weshalb Betriebe der Primärproduktion welche vor- und nachgelagerte Aktivitäten wie Verarbeitung, Aufbereitung, Lagerung und Handel aufweisen nur alle 8 bzw. 10 Jahren kontrolliert werden, während die Frequenz auf den gewerblichen Betrieben mit gleichen bzw. vergleichbaren Tätigkeiten und Risiken zwischen 2 und 4 Jahren (also bis zu 4x höher) liegt.	Wir beantragen bezüglich der Kontrollfrequenzen eine Gleichbehandlung von gewerblichen Betrieben und Primärproduktions-Betrieben mit gleichen Aktivitäten (Handel, Lagerung, Verarbeitung, Abgabe an Konsumenten usw.). In beiden Fällen sollen die Kontroll-Frequenzen risikobasiert festgelegt werden.
Artikel 10-17	Eine ungleiche Behandlung von gewerblichen und Primärproduktionsbetrieben mit gleichen Aktivitäten lässt sich heute nicht mehr rechtfertigen. Die unterschiedlichen Bestimmungen sind zudem wettbewerbsverzerrend.	Wir beantragen die Gleichbehandlung von gewerblichen Betrieben und Primärproduktions-Betrieben mit gleichen Aktivitäten (Handel, Lagerung, Verarbeitung, Abgabe an Konsumenten usw.).

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 – 7	Wir unterstützen die Einführung von Einfuhrtoleranzen für spezifische Rückstandshöchstgehalte ausdrücklich für jene Fälle, in denen dieser Wert mit der Guten Anwendungspraxis (GAP) im Herkunftsland übereinstimmt. Die Kompetenz für die Festlegung der Werte soll beim BLV liegen.	Anpassung unbedingt übernehmen.

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	



**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**9 EDI: Getränkeverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a	<p>Ein Klärung ist erforderlich, ob diese Vorschrift für Betriebe zur Anwendung kommen soll, welche entweder Produkte gemäss Anhang 11 "herstellen" oder solche die sie "in Verkehr bringen" oder ob Betriebe gemeint sind, die gleichzeitig beide Tätigkeiten ausüben?</p> <p>Wir lehnen eine Einführung dieser Vorschrift für jene Betriebe ab, welche diese Produkte ausschliesslich «in Verkehr bringen».</p>	<p>Formulierung anpassen / präzisieren</p> <p>Keine Anwendung für Betriebe, die diese Produkte nur «in Verkehr bringen»</p>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	Wir wünschen uns eine benutzerfreundliche VO. Die Integration der Begriffe direkt in Artikel 2, statt in einem Anhang, wäre darum hilfreich.	Integration der Begriffe direkt in Art. 2
Art. 4, Abs. 5, Bst. c	Wir wenden uns nicht gegen eine Angabe der Nettofüllmengen. Wir beantragen aber, auf die Bedingung zu verzichten, wonach diese Angabe zwingend im 'Sichtfeld der Sachbezeichnung' stehen muss.  Die Möglichkeiten auf bestehenden Etiketten zusätzliche Informationen in leserlicher Form anzubringen, sind in vielen Fällen schon heute weitgehend ausgeschöpft.	Offen lassen, wo auf der Packung die Nettofüllmenge anzugeben sei.
Art. 19, Abs. 2 Bst. b	Wir befürworten die Erweiterung der Ausnahme (Dispensation) von der Pflicht einer Warenlosangabe auf alle im Offenverkauf angebotenen Lebensmittel ausdrücklich.	Unbedingt übernehmen
Anhang 2 Ziff.3	Wir beantragen, dass im Falle von ionisierten Gewürzen als Zutaten eines Lebensmittels auf diese Angabe verzichtet werden kann, wenn der Anteil dieser Gewürze insgesamt weniger als 0.5% der Masse des Lebensmittels ausmacht. (= analoge Regelung wie die Toleranz von max. 0.5-Massen-% für GVO)	Verzicht auf eine Deklaration der "Ionisierung", wenn die ionisierten Zutaten (Gewürze) <0.5% der Lebensmittelmasse ausmachen.

# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31 und Anhang 4	<p>Wir begrüßen den Verzicht auf eine abschliessende Liste der zulässigen Speisepilze.</p> <p>Wir unterstützen zudem, dass in Anhang 4 jene Speisepilze aufgeführt werden, welche aus gesundheitsrelevanten Gründen bestimmte Anforderungen erfüllen müssen, damit sie in Verkehr gebracht werden dürfen.</p> <p>Eine Klarstellung per Rundschreiben, welche Spilzsorten als solche bereits zugelassen sind begrüßen wir ebenfalls.</p>	1:1 so umsetzen

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Keine Bemerkungen	

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3	Wir befürworten neben der bestehenden Zulassung von E300 (Ascorbinsäure) eine zusätzliche Zulassung von E501 (Kaliumcarbonat) als Stabilisator und Säureregulator für geschältes, zerkleinertes und/oder geschnittenes verzehrfertiges Obst und Gemüse, sowie für geschälte, ansonsten jedoch nicht weiter verarbeitete Kartoffeln ausdrücklich.	Unbedingt umsetzen.



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 und 6a	<p>Wir unterstützen die Absicht ausdrücklich, dass das BLV bei der Beurteilung bereits vorhandene Ergebnisse und Erkenntnisse der EFSA berücksichtigen wird.</p> <p>Wir wünschen uns vom BAFU - bei der Beurteilung von Risiken und Umweltverträglichkeit - ein gleiches Vorgehen (d.h. Einbezug und Berücksichtigung vergleichbarer Daten und Erkenntnisse aus der EU).</p>	Berücksichtigung von vergleichbaren Erkenntnissen und Ergebnissen durch <u>alle</u> am Zulassungsverfahren beteiligten Stellen.

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
66 Absatz 1 Bst. C und Absatz 4	Die Einführung einer Branchenrichtlinie darf nicht zu ungleichen Behandlung bzw. zur Benachteiligung führen von Betrieben, welche die Hygieneanforderungen bzw. die GHP auf andere Weise gewährleisten.	Gleichbehandlung von Betrieben bzw. Branchen mit und ohne Branchenrichtlinien.

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	



**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	Unsere Branche ist von dieser VO nicht betroffen	



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Branchenorganisation Schweizer Milchpulver  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BSM  
Adresse, Ort : Brunnmattstrasse 21, 3007 Bern  
Kontaktperson : Peter Ryser  
Telefon : 031 359 56 11  
E-Mail : peter.ryser@bobutter.ch  
Datum : 22.August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	4
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	5
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	6
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	7
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	8
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	9
9	EDI: Getränkeverordnung .....	10
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	11
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	12
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	13
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	14
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	15
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	16
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	17
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	20
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	23
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	24
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	25

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Änderungen in der Lebensmittelgesetzgebung Stellung nehmen zu können.

Folgende Punkte sind aus unserer Sicht zentral:

#### **Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft**

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) gesetzlich und nicht nur in einem Informationsschreiben geregelt werden. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen. Aus unserer Sicht dürfen keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig sein. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden. Mittels eines Hinweises darf angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

#### **Hinweis „ohne Gentechnik hergestellt“:**

Seit längerem besteht die Diskrepanz, dass Produkte in den Nachbarländern mit „ohne Gentechnik hergestellt“ ausgelobt werden können und in der Schweiz, bei gleichen Voraussetzungen, dies bisher nicht möglich war. Wir begrüssen in diesem Punkt ausdrücklich die Anpassung des Gesetzes an die EU-Vorschriften, wodurch uns die gleiche Möglichkeit der Auslobung wie in unseren Nachbarländern geboten wird. Dies ist eine wichtige Änderung im Interesse des Konsumenten, damit Missverständnisse verhindert werden. Die vorgeschlagene Anpassung sehen wir als starke Verbesserung der Transparenz und zur Verhinderung der aktuell bestehenden täuschenden Situation.

Weiter begrüssen wir die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen in de LIV. Dies trägt ebenfalls zur höheren Transparenz gegenüber dem Konsumenten bei.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit zur Angabe einer Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft unterstützen wir ausdrücklich. Die Neuregelung hebt einen grossen Nachteil der hiesigen Hersteller auf.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14 Abs. 2	Wir begrüssen die Angleichung an das europäische Recht. Allerdings könnten die im Beschluss der Kommission 2010/791/EU aufgeführten Begriffe nicht allen in der Schweiz bekannt sein. Daher sollten nur diejenigen Begriffe übernommen werden, welche in einer der drei Schweizer Landessprachen aufgeführt sind und es sollte auf Begriffe verzichtet werden, welche in der Schweiz nicht geläufig sind. So wird z.B. der Begriff „Milchmargarine“ in der Schweiz nicht verwendet und würde den Konsumenten eher täuschen. Wir beantragen daher die Regelung in einem Anhang.	2 Lebensmittel dürfen nur mit der Sachbezeichnung eines umschriebenen Lebensmittels bezeichnet werden, wenn sie der Umschreibung und den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen <b>gemäss Anhang X. in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</b>
37	Die Mehrleistung der schweizerischen Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche durch den vollständigen Verzicht auf die Verwendung der Gentechnik soll besser kommuniziert und angepriesen werden dürfen. Wir unterstützen die vorgeschlagenen Änderungen betreffend der Angleichung der Vorschriften für die Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ ans EU-Recht.	

## 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen begrüßen wir.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassenen Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber dem Konsumenten.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Branchenorganisation Butter GmbH  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BOB  
Adresse, Ort : Brunnmattstrasse 21, 3007 Bern  
Kontaktperson : Peter Ryser  
Telefon : 031 359 56 11  
E-Mail : peter.ryser@bobutter.ch  
Datum : 23.August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	4
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	5
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	6
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	7
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	8
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	9
9	EDI: Getränkeverordnung .....	10
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	11
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	12
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	13
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	14
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	15
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	16
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	17
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	18
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	19
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	20
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	21
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	22
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	23
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	24
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	25

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Änderungen in der Lebensmittelgesetzgebung Stellung nehmen zu können.

#### **Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft**

Es wird beantragt, dass die Anforderungen für Ersatzprodukte für Lebensmittel tierischer Herkunft (insbesondere die Kennzeichnung) gesetzlich und nicht nur in einem Informationsschreiben geregelt werden. Für produzierende oder handelnde Unternehmen solcher Produkte ist es essentiell Leitplanken zu haben, um die Abgrenzung sauber umzusetzen und ohne Risiko für Beanstandungen in Verkehr zu bringen. Aus unserer Sicht dürfen keine Begriffe, welche für tierische Produkte verwendet werden, zulässig sein. Es dürfen lediglich Fantasienamen mit Anlehnung daran respektive das Produkt beschreibende Begriffe gewählt werden. Mittels eines Hinweises darf angegeben werden, welches tierische Produkt das Ersatzprodukt ersetzt, z.b. «Pflanzliche Alternative zu Bratwurst».

Ein Kapitel zum genannten Thema mit den entsprechenden Kennzeichnungsvorgaben sollte in der VLpH oder LIV integriert werden. Zudem sollte ein allgemeiner Artikel auf Stufe LGV vorhanden sein.

#### **Hinweis „ohne Gentechnik hergestellt“:**

Seit längerem besteht die Diskrepanz, dass Produkte in den Nachbarländern mit „ohne Gentechnik hergestellt“ ausgelobt werden können und in der Schweiz, bei gleichen Voraussetzungen, dies bisher nicht möglich war. Wir begrüßen in diesem Punkt ausdrücklich die Anpassung des Gesetzes an die EU-Vorschriften, wodurch uns die gleiche Möglichkeit der Auslobung wie in unseren Nachbarländern geboten wird. Dies ist eine wichtige Änderung im Interesse des Konsumenten, damit Missverständnisse verhindert werden. Die vorgeschlagene Anpassung sehen wir als starke Verbesserung der Transparenz und zur Verhinderung der aktuell bestehenden täuschenden Situation.

Weiter begrüßen wir die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen in de LIV. Dies trägt ebenfalls zur höheren Transparenz gegenüber dem Konsumenten bei.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Möglichkeit zur Angabe einer Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ auf Lebensmitteln tierischer Herkunft unterstützen wir ausdrücklich. Die Neuregelung hebt einen grossen Nachteil der hiesigen Hersteller auf.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14 Abs. 2	Wir begrüssen die Angleichung an das europäische Recht. Allerdings könnten die im Beschluss der Kommission 2010/791/EU aufgeführten Begriffe nicht allen in der Schweiz bekannt sein. Daher sollten nur diejenigen Begriffe übernommen werden, welche in einer der drei Schweizer Landessprachen aufgeführt sind und es sollte auf Begriffe verzichtet werden, welche in der Schweiz nicht geläufig sind. So wird z.B. der Begriff „Milchmargarine“ in der Schweiz nicht verwendet und würde den Konsumenten eher täuschen. Wir beantragen daher die Regelung in einem Anhang.	2 Lebensmittel dürfen nur mit der Sachbezeichnung eines umschriebenen Lebensmittels bezeichnet werden, wenn sie der Umschreibung und den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen <b>gemäss Anhang X. in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</b>
37	Die Mehrleistung der schweizerischen Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche durch den vollständigen Verzicht auf die Verwendung der Gentechnik soll besser kommuniziert und angepriesen werden dürfen. Wir unterstützen die vorgeschlagenen Änderungen betreffend der Angleichung der Vorschriften für die Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ ans EU-Recht.	

## 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen****Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen begrüßen wir.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassenen Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber dem Konsumenten.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15        EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Dachverband Berner Tierschutzorganisationen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : DBT  
Adresse, Ort : Sekretariat DBT, 3000 Bern  
Kontaktperson : Rolf Frischknecht, Präsident DBT  
Telefon : 079 370 17 12  
E-Mail : [rolf.frischknecht@bamboorods.ch](mailto:rolf.frischknecht@bamboorods.ch)  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf bewilligte Hof- und Weideschlachtungen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Beschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Der Transport in den Schlachthof ist – auch in der Schweiz – trotz Beschränkung auf eine Maximaldauer mit grossem Stress und häufig auch mit enormen Leiden der Tiere verbunden. Hinzu kommen das Ver- und Entladen sowie der Angst und Stress auslösende Ablauf im Schlachthof. Es gilt deshalb, die Schlachtiertransporte für möglichst viele Tierarten auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Die Weideschlachtung kann hierbei einen grossen Beitrag leisten.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Wir lehnen den Verordnungsentwurf hinsichtlich der für die Betäubung bei der Hofschlachtung vorgeschriebenen "fachkundigen Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV ab und fordern, dass wie in Schlachtbetrieben auch bei der Weideschlachtung das zuständige Personal über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen muss.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15      EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : biorespect  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Murbacherstrasse 34, 4056 Basel  
Kontaktperson : Pascale Steck  
Telefon : 061 692 01 01  
E-Mail : [info@biorespect.ch](mailto:info@biorespect.ch)  
Datum : 23.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	S.2.
2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel	S.6.

1 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15. Abs 2a/Art.31 Abs 3 und 5 im Allgemeinen	<p>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</li> </ul> <p>Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zur Zeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGV). Bei den neuartigen Lebensmittel ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste der in der EU bewilligten neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> <li> <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</li> </ul> </li> </ol>	

	<p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VGVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b>  ⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
<b>Artikel 31 Absatz 3</b>	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
<b>Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c</b>	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b> <u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u>



<b>Artikel 37</b>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung</b></p> <p>Als Angleichung an unsere Nachbarländer soll neu eine Auslobung «Gentechnikfrei» möglich sein, auch wenn neben GVO-Tierarzneimitteln durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe (=Fermenterprodukte) den Futtermitteln zugefügt werden.</p> <p><b>Wir sind der Meinung, dass ein solches Label für die Konsumenten nicht durchschaubar ist und nicht zugeordnet werden kann. Zudem sollte der Begriff «Gentechnikfrei» nicht verwässert werden. Dies könnte zu einer Konsumententäuschung führen. Deswegen lehnen wir die vorgeschlagene Auslobung ab.</b></p> <p><b>Unsere ablehnende Haltung lassen sich mit den folgenden Argumenten begründen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</li> <li>-Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte für Verwirrung sorgen.</li> <li>-Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>-Die Bio-Branche verwendet keine GVO-Futtermittelzusätze. Diese sind entweder verboten (zB. Aminosäure) oder es konnten immer Alternativen gefunden werden. KonsumentInnen könnten getäuscht werden, wenn die Verwendung dieser Zusätze möglich wird. Ebenso verwirrend könnte die Kennzeichnung Bio UND Gentechfrei sein.</li> <li>-Die Auslobung «Gentechnikfrei» erachten wir als täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Zwar enthalten die</li> </ul>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung führt zu Verwirrung und Täuschung der KonsumentInnen. Deshalb lehnen wir die Auslobung ab.</b></p> <p><b>Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</b></p> <p><b>Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</b></p>
-------------------	---	---

	<p>Futtermittelzusätze selbst keine GVO, für deren Herstellung wurden aber GVOs eingesetzt. Dieser Unterschied ist für vielen Konsumenten nicht klar und könnte daher als Täuschung empfunden werden.</p> <p>-Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</p> <p>-Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</p> <p>-Da die Verordnung keine genauen Vorschriften zur formalen Gestaltung der Auslobung vorsieht, besteht viel Spielraum für jegliche Art von Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen könnten. Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</p>	
<p><b>Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel</b></p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

2 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozess beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben.	Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen <del>Umweltgefährdung</del> <u>Auswirkung auf die Umwelt</u> . Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<p><b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze.</p> <p>Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn:</p> <p>a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>

<b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</li> <li>2. <b>Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.  <i><b>Argument 1:</b> Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i>  Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.  <b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b> Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen</li> </ol>	<p><b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></p>
---	---	---

	<p>Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln einesallfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</p> <p>3. Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das</p>

		mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung <del>vergleichbar</del> <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGVL.</b></p> <p>⇒ <b>Dagegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGVL ergänzt werden.</b></p> <p><b>- Nach einer Streichung des Artikels 2 VGVL wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>- Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGVL erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGVL. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGVL ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SBLV  
Adresse, Ort : Laurstrasse 10, Brugg  
Kontaktperson : Liselotte Peter  
Telefon : 078 605 62 63  
E-Mail : peter@landfrauen.ch  
Datum : 23.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28



## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband SBLV unterstützt die vorliegende Revision von verschiedenen Verordnungen des Lebensmittelrechts in grossen Teilen. Insbesondere ist es erfreulich, dass die Motion Bourgeois 15.4114 „Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung „Ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt“ in diesem Entwurf umgesetzt wird. Schon allzu lange bestehen ungleichlange Spiesse in der Auslobung von GVO-freien Lebensmitteln gegenüber importierten Produkten. Die GVO-Freiheit unserer Schweizer Lebensmittel ist ein grosser Trumpf, der sich auch im Verkauf auszahlen und nicht nur Kosten bei den Produzenten verursachen soll. Es ist zu wünschen, dass die Verordnungsänderung ohne Verzug umgesetzt werden kann.

Wichtig ist dem SBLV, dass die Verordnungsänderungen möglichst wenig zusätzlichen Aufwand generieren, sei dies bei den Kosten wie auch beim administrativen Aufwand. Die Regelungsdichte im Lebensmittelrecht ist ausserordentlich hoch, und jede weitere Anpassung droht zusätzliche Auflagen nach sich zu ziehen.

Wichtig werden für manche Betriebe die Regelungen zu Hof- und Weideschlachtung. Regelungsdichte und Gebührentarife sind aber nicht zugunsten der Landwirtschaft formuliert und bedürfen einiger Korrekturen, ansonsten diese Art der Schlachtung keine Zukunft hat.

Dem Täuschungsschutz muss grosses Gewicht beigemessen werden. Einen entsprechenden Änderungsvorschlag des SBV zur Bezeichnung von veganen oder vegetarischen Lebensmitteln, die sich an Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnt, unterstützt der SBLV deshalb sehr.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SBLV ist erfreut, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 „Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung „Ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt“ endlich umgesetzt werden soll. Eine Inkraftsetzung dieser Kennzeichnung soll möglichst schnell erfolgen und nicht durch lange Fristen verzögert werden. Damit können Schweizer Landwirtschaftsbetriebe endlich ausloben, dass sie ihre Tiere GVO-frei füttern. Seit Jahren setzt die Schweizer Landwirtschaft nur GVO-freie Futtermittel ein. Diese Mehrkosten sollen durch die GVO-frei-Auslobung endlich auch in einen Mehrwert umgesetzt werden können.

Damit wird auch für Konsumentinnen und Konsumenten endlich klar ersichtlich, welche tierischen Produkte GVO-frei sind und welche nicht. Ausserdem werden mit der Verordnungsanpassung gleich lange Spiesse zu ausländischen Produkten geschaffen, welche bereits jetzt als GVO-frei ausgelobt werden können und in Schweizer Verkaufsregalen neben unseren eigenen nicht auslobbaren Schweizer Produkten stehen.

Sollte die Kennzeichnung „ohne Gentechnik hergestellt“ nicht eingeführt werden, so muss im Gegenzug eine zwingende Deklaration für mit GVO-Futtermitteln hergestellte Produktion eingeführt werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15 Abs. 2 Bst. a	<p>Zu "Fermenterprodukte":</p> <p>Der SBLV ist einverstanden damit, dass die Bestimmungen für Stoffe, die "durch GVO produziert" werden (z. Bsp. Vitamin B 12), an diejenigen in der EU angepasst werden. Damit gelten diese Stoffe nicht mehr als gentechnisch veränderte Lebensmittel, sondern als neuartige Lebensmittel. Das hat zur Folge, dass auch das entsprechende Bewilligungsverfahren zur Anwendung kommt. Das macht aus Sicht des SBLV Sinn.</p> <p>Die Aussage auf Seite 2 der Erläuterungen, dass das Bewilligungsverfahren für neuartige Lebensmittel mit dem bisherigen Verfahren für GVO-Lebensmittel vergleichbar ist und die Beurteilung der Gesundheitsgefährdung nach den gleichen strengen Kriterien erfolgt, ist wichtig und gibt dem SBLV eine gewisse Zuversicht, dass die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten weiterhin gewährleistet bleibt. Deshalb unterstützt der SBLV diese Anpassung.</p>	
Art. 31 Abs. 3	<p>Der SBLV unterstützt den Vorschlag, das Bewilligungsverfahren in die alleinige Zuständigkeit des BLV zu geben und das BAFU im Konsultationsverfahren anzufragen.</p>	



Art. 85 Abs. 3	Dem SBLV ist bewusst, dass Betriebe kontrolliert werden müssen und die zuständigen Organe ihre Arbeit möglichst zeitnah erledigen müssen. Aber auch die Betriebe sind unter ständigem Zeitdruck und die sofortige Dokumentierung aller Vorgänge ist nicht immer möglich. Es soll deshalb eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Verfügbarkeit der Daten ermöglicht werden und Daten nachgereicht werden können. Das Wort "unverzüglich" soll deshalb gestrichen werden.	Änderungsantrag: Sie stellen den zuständigen Vollzugsbehörden auf Papier oder in elektronischer Form alle Informationen über die Waren und ihre Tätigkeiten zur Verfügung.
Art. 90	Erleichterungen beim Import sind aus Sicht des SBLV nicht notwendig, insbesondere da es um Rückstände von problematischen Pflanzenschutzmitteln geht. Die vorgesehene Erleichterung lädt dazu ein, solche Waren auf dem Strassenweg in die Schweiz zu transportieren. Zudem ist Artikel 90 Abs. 1 Basis für die Bestimmungen von Art. 91, die dann nur noch für Importe über die Flughäfen Genf und Zürich gelten würden.	Bisherige Bestimmung beibehalten
Änderung VIPaV	Der SBLV unterstützt diese Änderung	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Dem SBLV ist es ein Anliegen, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans keine zusätzlichen administrativen Hürden für die Landwirtschaftsbetriebe aufgestellt werden. Die Vereinheitlichung der Betriebs-Kontrollen ist grundsätzlich positiv zu werten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 3 Bst. b	Der SBLV ist einverstanden, dass die Bestimmungen des 3. Und 4. Abschnitts neu nicht mehr für die Prozesse gemäss der Weinverordnung gelten.	
Art. 3 Bst. d	Wir gehen davon aus, dass Nachkontrollen auf den Betrieben der Primärproduktion nach wie vor in der Frist gemäss Artikel 5 VKKL durchgeführt werden, das heisst, im laufenden Kalenderjahr oder im Kj nach der Kontrolle. Braucht es dafür eine Präzisierung/einen Zusatz?	
Art. 7 Abs. 2	Die zusätzlichen 2% zufälligen Kontrollen zu den Grundkontrollen können aus Sicht des SBLV akzeptiert werden, damit die Kontrollintervalle nicht zu vorhersehbar sind. Priorität sollten allerdings die Zwischenkontrollen geniessen dort, wo ein Risiko geortet wird.	
Art. 11 Abs. 1a	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren. Er/sie soll bei der Kontrolle anwesend sein. Es geht nicht, dass ohne Wissen des Bewirtschafters sein Betrieb kontrolliert wird.	streichen
Art. 15 Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten muss dem/der Betriebsleitenden bekannt gemacht werden und die Daten müssen vertraulich behandelt werden.	
Art. 16	Die Offensichtlichkeit des Verstosses muss genau definiert werden.	
Anhang 1 Liste 3	Der SBLV begrüsst die neue Regelung für Sömmerungsbetriebe mit Alpkäserei mit einer Erhöhung der max. Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen auf vier Jahre.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418, nämlich die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen, wird vom SBLV sehr begrüsst. Vor allem ist es wichtig, dass die Weideschlachtung geregelt wird.

Generell erachten wir die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung als zu detailliert und zu weit gehend. Die Vorschriften sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, insbesondere was die Anforderungen an die Betriebsbewilligung, die Tätigkeit von Fach- und Hilfspersonal sowie die Hygieneanforderungen betrifft.

Die Anwendung eines Stundentarifs statt des bis jetzt üblichen Stücktarifes für die Gebühren der Schlacht tier- und Fleischkontrolle ist nur dann akzeptabel, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung führt. Die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der «Arbeitszeiten» werden abgelehnt

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. a und c	Die Ergänzung des Begriffs „krank“ erachtet der SBLV als sehr sinnvoll, da es immer wieder vorkommt, dass kranke Tiere aufgrund ihres Zustandes nicht mehr in den Schlachthof geführt werden können. Eine Hofschlachtung macht dann Sinn.	
Art. 28 Abs. 2	Der Einsatz des Bestandestierarztes/der -tierärztin bei der Schlacht tieruntersuchung eines kranken oder verunfallten Tieres ist oft die für das Tier verträglichere Lösung als die Avisierung des Amtstierarztes. Der SBLV unterstützt diesen Vorschlag	
Art. 60 u. 61	Die Auswirkungen auf die Kosten für die Tierhalter müssen bei einer Umstellung auf Varianten bekannt sein. Die Kosten dürfen nicht höher sein als beim jetzigen System pro Schlacht tier.	
Art. 61 Abs.2	Zuschläge auf Leistungen der amtlichen Tierärzte sind nur ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten der Schlachtbetriebe, also vor 5.00 Uhr morgens und nach 18.00 Uhr abends verrechenbar. Sie sollen sich im Rahmen der Kosten für tierärztlichen Tätigkeiten bewegen.	streichen <del>2 Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die neue Definition der Milch wird begrüsst.  
Die Aufhebung von qualitativen Vorgaben zugunsten einer Vereinheitlichung mit EU-Recht ist für den SBLV nicht die Lösung mit der grössten Nachhaltigkeit für unsere (Land)-Wirtschaft.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 59 Abs. 2 und Art 60	Die Aufhebung der Vorgaben an Fertig-Fondue ist für den SBLV nicht nachvollziehbar. Insbesondere die Begründung, dass es sich beim Stärkegehalt und bei der Einteilung in Fettgehaltsstufen um (nutzlose) schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist, welche sich damit vom Rest der Welt abhebt.	Belassen der bisherigen Fassung und Übernahme in die neue Verordnung.
Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63	Die Anforderungen an Schmelzkäse sind nicht zu reduzieren. Einmal mehr werden Anforderungen an verarbeitete Produkte so heruntergeschraubt, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft. Der SBLV lehnt deshalb diese Anpassungen ab und fordert im Gegenteil, dass eine Differenzierung gegenüber ausländischen Produkten gefördert wird.	Die Artikel Art. 62, abs. 1, 4 und 5 und Art. 63 sind unverändert in die neue Verordnung zu übernehmen.

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen (Art. 4 Abs. 5 Bst. b) wird vom SBLV sehr begrüsst. Damit haben Konsumentinnen und Konsumenten eine bessere Entscheidungsgrundlage und die Schweizer Produzentinnen und Produzenten können sich mit den eigenen Produkten besser differenzieren.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Vegetarische, vegane und andere Lebensmittel gewinnen, zumindest in den Sozialen und konventionellen Medien, an Bedeutung. Der Täuschungsschutz ist dahingehend auszubauen, dass alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen anlehnen oder orientieren, zu verbieten sind. Bezeichnungen wie Sojamilch, Vegiburger oder -pätzli etc. sind nicht mehr zuzulassen.

Der SBLV unterstützt in dieser Frage die Haltung des SBV und den Vorschlag eines Art. 6 Abs. 1bis (neu).

Gesundheitsbezogene Angaben sollen, wenn schon, nicht nur bei verarbeiteten Lebensmitteln, sondern auch bei naturbelassenen Produkten erlaubt sein. Die Beschränkung auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht erklärbar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 und Anhang 1 Ziff 4	Der Täuschungsschutz muss gestärkt werden. Bei vegetarischen Lebensmitteln dürfen keine Bezeichnungen und Umschreibungen mehr verwendet werden, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder sich an Bezeichnungen oder Umschreibungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft anlehnen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> (neu) Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.
Anhang 14	Für den SBLV ist es nicht erklärbar, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für unverarbeitete landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Äpfel, Spinat und viele andere möglich sind.	

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht.	Bisherige Definition belassen
Art. 6a	Bisher werden Verunreinigungen mit 0.5 % GVO nur toleriert, wenn es sich um Verunreinigungen von in der CH zugelassenen GVO handelt. Neu sollen auch Lebensmittel mit gleichem Verunreinigungsgrad aus der EU zugelassen werden, wenn sie dort ein Bewilligungsverfahren durchlaufen haben. Der SBLV unterstützt die vorgeschlagene Regelung, da diese Lebensmittel das dortige Bewilligungsverfahren durchlaufen haben und die Risiken einer möglichen Gesundheitsgefährdung als negativ eingeschätzt wurden.	

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Verband Schweizerischer Mineralquellen und Soft- Drink-Produzenten  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SMS  
Adresse, Ort : Engimattstrasse 11, Postfach 2124  
Kontaktperson : Christoph Lienert  
Telefon : 044 221 26 28  
E-Mail : christoph.lienert@getraenke.ch  
Datum : 22. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	13
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	14
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	15
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	16
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	17
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	18
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	19
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	20
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	21
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	22
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	23
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	24
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	25
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	26
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	27

## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

#### **1. Übergangsfristen:**

Eine Übergangsfrist von 1 Jahr nach Inkrafttreten einiger Verordnungen ist in der Praxis nicht umsetzbar. Für so umfassende Umstellungen muss eine deutlich längere Übergangsfrist eingeräumt werden, damit die Änderungen umgesetzt werden. So könnten erhebliche Zusatzkosten für die Hersteller eingespart werden, die ansonsten die Schweizer Produkte verteuern würden.

Dementsprechend beantragen wir die Übergangsfrist der Verordnungen auf mind. 3 Jahre zu verlängern.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4. Titel Art. 64 – 98		falsche Titelnummerierung: 44 statt 4

#### **4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

##### **Allgemeine Bemerkungen**

kein Kommentar.

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

kein Kommentar (hier verweisen wir auf die Ausführungen des Schweizerischen Fleisch-Fachverbandes)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Hier schliessen wir uns der Meinung des Schweizerischen Fleisch-Fachverbandes an: "Zwischen der Schweiz und der EU sind für einige Pestizide unterschiedliche Rückstandshöchstgehalte vorgesehen, die sich den Erläuterungen zufolge auf international anerkannten Studien abstützen liessen und zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten notwendig seien. Für uns nicht nachvollziehbar ist, weshalb dieser klassische Swiss Finish zur Umsetzung gelangen soll, zumal wir die Anforderungen an die Gesundheit in der Schweiz und in der EU als nicht unterschiedlich beurteilen. Zwecks Vermeidung von potenziellen Handelshemmnissen beantragen wir daher, die Äquivalenz mit den betreffenden EU-Vorgaben anzustreben, indem die Schweiz ihre Höchstwerte für Pestizidrückstände an diejenige der EU anpasst.

Des Weiteren fragen wir uns, wie bei der vorgesehenen Inkraftsetzung der vorliegenden Verordnung mit Pestizidrückständen bei länger als der Übergangsfrist von einem Jahr (Art. 13b) gelagerter Ware umzugehen ist bzw. ob bei Änderungen von Rückstandshöchstwerten allenfalls die Möglichkeit für eine generell längere Übergangsfrist besteht. "

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 35a Abs. 3	<p>Möglichkeit zur Ergänzung der obligatorischen Nährwertdeklaration (Art. 23 Abs. 2 LIV):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Menge an Bestandteilen von Fett und KH</li> <li>• Menge der Stoffe nach Anh. 1</li> <li>• Menge der nach Art. 34 Abs. 3 zugesetzten Stoffe</li> </ul>	<p>Fehler, Redundanz? Fett und KH bereits über Big 7 abgedeckt.</p> <p>Änderung ist unklar.</p> <p>Art. 34 Abs. 3 existiert nicht, weder vor noch nach der Revision. Ist Art. 34 Abs. 2 gemeint?</p>
Art. 40 Abs. 5	<p>Kennzeichnung (betr. Isotonische Getränke):</p> <p>Isoton: Osmolarität bisher zwischen 270 und 290 mmol/l, neu Untergrenze bei 260 mmol</p> <p>"Die Spannbreite ist aber immer noch sehr eng gefasst, was es vor allem auch bei alkoholfreien Bieren sehr schwer macht, die Isotonie auszuloben. Vor LARGO war die Isotonie folgendermassen definiert: <i>Getränke mit einer Osmolarität von 250–340 mOsmol pro Liter können als isoton bezeichnet werden.</i>"</p>	<p>Anpassung:</p> <p>"Getränke mit einer Osmolarität von 250–340 mmol pro Liter können als isoton, Getränke mit einer Osmolarität von 260 mmol pro Liter oder weniger können als hypoton bezeichnet werden."</p>
Anh. 10		fehlerhafte Durchnummerierung der Titel
Anh. 11		<p>Hinweis in den Erläuterungen: «Es wird empfohlen, Calciummengen von mehr als 800 mg pro Tag zusammen mit Vitamin D einzunehmen, um die Calciumaufnahme in den Knochen zu fördern.» – im revidierten Gesetzestext nicht nachvollziehbar!</p>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
kein Kommentar		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	Das Wasser kann aus mehreren Quellen stammen (Abs. 1), seine physikalisch-chemische Zusammensetzung muss aber konstant bleiben (neuer Abs. 3). → Einverstanden	
Art. 10 Abs. 1	"Auf den Behältnissen sind zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 <sup>1</sup> betreffend die Information über Lebensmittel (LIV) der Ort des Quellaustritts <b>und</b> der Name der Quelle anzugeben."	Anpassen: "Auf den Behältnissen sind zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 3 der Verordnung des EDI vom 16. Dezember 2016 <sup>1</sup> betreffend die Information über Lebensmittel (LIV) der Ort des Quellaustritts <b>oder</b> der Name der Quelle anzugeben."
10 Abs. 3	Der Vorschlag schränkt den Text in Bezug auf die neue Definition stärker ein, führt aber zu Problemen bei Eigenmarken, bei denen Wasser aus verschiedenen Quellen für unterschiedliche Eigenmarken verwendet werden kann.  Analog zur Regelung in der EU nach Art 8 Abs 2 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0054&amp;rid=1</a>  «Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.»	Ein natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt, darf nicht unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel gebracht werden.
Art. 63 Abs. 1	Ergänzung der Begriffsumschreibung mit «nicht gemälztem Getreide».	Bemerkung: "oder" muss explizit als "und/oder" verstanden werden.

Art. 65 Abs. 2	<p>Innerhalb des Schweizer Brauerei-Verbandes wurden lange Diskussionen über diesen Absatz geführt. Einige wollten den Absatz ganz streichen, da er nur Definitionen für drei Bierstile enthält und es auf dem Markt eine grosse Anzahl weiterer Bierstile gibt. Andere wollten genau aus diesem Grund den Absatz mit weiteren Sachbezeichnungen/Bierstilen ergänzen.</p> <p>Wiederum ist dem SBV aufgefallen, dass die Definitionen in diesem Absatz nicht mit den Kategorien im Biersteuergesetz übereinstimmen. Wäre hier eine Anpassung sinnvoll?</p> <p>Ebenfalls ist zu bedenken, dass sich die Schweizer Brauereien an den international gängigen Bierstildefinitionen orientieren, welche auch in verschiedenen Bierwettbewerben so festgehalten sind (z. B. Swiss Beer Award). Es stellt sich auch hier die Frage, ob dieser Absatz vor diesem Hintergrund überhaupt einen Nutzen hat.</p>	<p>Vor diesem Hintergrund beantragen wir eine allfällige Anpassung der Kategorien an das Biersteuergesetz (Artikel 11).</p>

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die Übergangsfrist von 1 Jahr ist zu knapp bemessen. Wir schlagen eine Übergangsfrist von mind. 3 Jahren vor.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5b		Es ist nicht nachvollziehbar, wozu es den Art. 5b braucht. Er ist weitgehend zu Art. 5a redundant.
Anh. 3	Blei in Wein ausgedehnt auf Apfel-, Birnen- und Obstweine	Weshalb werden Apfel- und Birnenwein separat erwähnt? Weshalb fallen solche Produkte nicht automatisch unter Obstwein? Sprachlicher Fehler: Bindestrich bei Birnen fehlt.



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4, Abs. 2 <sup>bis</sup> (neu)	Für die Angabe der obligatorischen Angaben sind nebst der Verpackung oder den an diesen befestigten Etiketten mit den heutigen technischen Möglichkeiten grundsätzlich auch weitere Alternativen wie QR-Codes, Leporellos, etc. denkbar. Diese sollten ebenfalls genutzt werden können.	Ergänzen mit neuen technologischen Möglichkeiten
Art. 4, Abs. 5, Bst. c	Angesichts der vorgesehenen Erweiterung der Angabe der Nettofüllmenge im Sichtfeld der Sachbezeichnung stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich all die Angaben in der Praxis mit der Zeit überhaupt noch sinnvoll platzieren lassen, ohne dass die betreffenden Etiketten übermässige Ausmasse annehmen bzw. den Platz für die eigentliche Produkteplatzierung weiter eingrenzen. Angesichts des Aufwandes für all die Etiketten über ganze Sortimente hinweg sein an dieser Stelle auch die Frage erlaubt, ob bzw. inwieweit den mündigen Konsumenten nicht zugemutet werden darf, die betreffenden Informationen bei Interesse bei den übrigen Angaben nachzuschauen.	Streichen
Art. 42a	Eine wirksame Kontrolle durch den Vollzug wird kaum möglich sein, weil der Aufwand nicht unbedeutend ist. Missbräuche sind zu erwarten.	Antrag: gesamten Art. 42a streichen

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anh. 2		Offensichtlicher Fehler: Titel der Gruppe V a) muss «E 200 – E 202: Sorbinsäure – Sorbate (SA)» lauten statt «E 200 – E 203: Sorbinsäure – Kaliumsorbat (SA)»
Anh. 3 Teil B	Zuckerkulöre (E 150a-d) für breakfast sausages nicht mehr erwähnt	Fehler? In den Erläuterungen ist keine entsprechende Streichung erwähnt.
Anh. 3 Teil B	Zulassung von Thaumatin (E 957)	Fehler? Im Titel der Erläuterungen ist aus unerklärlichen Gründen auch Kategorie 15 erwähnt.
Anh. 3 Teil B	Ausweitung der Zulassung von Polyglycerin-Polyricinoleat (E 476)	Fehler? Im Titel der Erläuterungen ist aus unerklärlichen Gründen auch Kategorie 15 erwähnt.

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Die Übergangsfrist von 1 Jahr ist zu knapp bemessen. Wir schlagen eine Übergangsfrist von mind. 3 Jahren vor.

Zu Vitaminen: Für Vitamine und Mineralien sollten nicht die chemischen Namen verwendet werden müssen sondern die im Volksmund gängigen Trivialnamen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 2 Bst. a und 2bis  und:  Anh. 5	Präzisierung: «klarere» Differenzierung zwischen Anh. 1 (geschlossene Liste) und Anh. 2 (offene Liste, nur noch Verwendungsbed. beschrieben)	Neue Darstellung ist unlogisch, da der einleitende Satz zu Abs. 2 auch die sonstigen Stoffe aufführt, ohne dass diese im Anhang 1 enthalten sind.  Nachdem die sonstigen Stoffe in diesem Anhang gestrichen wurden, ist nicht nachvollziehbar, weshalb nicht auch der Titel angepasst wird.

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anh. 6	Lesbarkeit verschlechtert...	Gemäss Erläuterungen keine inhaltliche Änderung, da entsprechende Regelungen in den produktspezifischen Verordnungen zu finden sind. Allerdings muss den Erläuterungen dahingehend widersprochen werden, dass sich das Verbot der Aromatisierung nicht direkt aus den vertikalen Verordnungen erschliesst. Und es ist nicht einzusehen, weshalb man nicht für alle Lebensmittel, für welche keine Aromatisierung vorgesehen ist, das gleiche Verfahren anwendet (die EU als Begründung ist in diesem Fall nicht opportun).

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 66 Abs. 4 resp. Anhang 1 Teil 3	Wenn keine Branchenrichtwerte vorliegen, kann das BLV selbst mikrobiologische Richtwerte festlegen.	Wenn diese mikrobiologischen Richtwerte durch das BLV festgelegt werden, soll diese Information in verbindlicher und praktikabler Weise veröffentlicht werden (Vergleich gewisse Anhänge der Bedarfsgegenstände-Verordnung)



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Kein Kommentar.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Union suisse des arts et métiers
Sigle entreprise / organisation / service	: usam
Adresse, lieu	: Schwarztorstrasse 26, case postale, 3001 Berne
Interlocuteur	: Hélène Noirjean
N° de téléphone	: 031 380 14 34
E-mail	: h.noirjean@sgv-usam.ch
Date	: 23 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	6
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	8
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	9
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	10
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	11
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	12
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	13
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	14
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	15
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	16
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	18
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	19
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	20
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	21
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	22
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	23
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	24
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	25
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	26
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	27
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	28
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	29

## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Mesdames, Messieurs,

Plus grande organisation faîtière de l'économie suisse, l'Union suisse des arts et métiers usam représente plus de 230 associations et quelque 500 000 PME, soit 99,8% des entreprises de notre pays. La plus grande organisation faîtière de l'économie suisse s'engage sans répit pour l'aménagement d'un environnement économique et politique favorable au développement des petites et moyennes entreprises.

L'Union suisse des arts et métiers usam a étudié avec attention le projet de révision des ordonnances du droit sur les denrées alimentaires et vous soumet son appréciation.

Le droit sur les denrées alimentaires a été refondu et est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> mai 2017. Une fois de plus, l'industrie alimentaire est confrontée à une révision visant une nouvelle harmonisation plus étendue avec le droit de l'UE. Celle-ci est prévue afin de réduire les barrières commerciales et de garantir une protection comparable des consommateurs suisses. Le projet de « petite révision de la loi sur les denrées alimentaires » est pourtant vaste. Elle amène aussi bien des allègements importants que de nouvelles problématiques et contraintes.

Bien que l'usam soutienne cette révision, elle demande que la mise en œuvre des nouvelles dispositions n'engendre pas des coûts extravagants et une augmentation massive de la bureaucratie pour les entreprises. Du point de vue de l'usam, l'adaptation au droit européen n'est pas impérative du fait que la majorité des PME travaillent majoritairement sur le marché intérieur suisse. D'une manière générale, l'usam est cependant favorable à la compatibilité avec la législation alimentaire de l'UE proposée car elle veille à ce qu'il n'y ait pas de distorsions de concurrence ou d'obstacles inutiles aux échanges. Toutefois, nous constatons également que les dispositions de la législation alimentaire de l'UE ne sont souvent pas présentées ou documentées d'une manière qui facilite l'usage et la compréhension. Afin de garantir une sécurité juridique, il s'agit d'accorder une grande importance à la facilité d'utilisation lors de l'adoption ou de la référence à des dispositions de l'UE dans les ordonnances.

Il est également primordial d'assurer la mise en œuvre du principe de neutralité de concurrence, tout comme il est important de gommer toute disposition paternaliste. L'usam déplore cependant qu'aucune analyse d'impact de la réglementation (AIR) ait été présentée, permettant d'examiner les impacts économiques de ce projet.

Nous vous remercions par avance pour la prise en considération de notre prise de position dans votre processus décisionnel et restons à votre disposition pour tout complément d'information ou pour un entretien.

Meilleures salutations,

**Union suisse des arts et métiers usam**

Hans-Ulrich Bigler	Hélène Noirjean
Directeur, conseiller national	Responsable du dossier



## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2 al. 3 et 4	Comme déjà mentionné dans les remarques générales, il s'agit d'effectuer les modifications nécessaires de la manière la plus facile à utiliser qu'il soit. La citation des ordonnances de l'UE rend presque impossible pour les utilisateurs de garder une vue d'ensemble claire. Compte tenu en particulier de l'ampleur des notes de bas de page, il serait plus judicieux que l'allusion soit reprise clairement dans l'article 2 al. 3 et 4.	Énumérer les définitions des termes décrits ou référencés aux alinéas 3 et 4 directement dans l'ordonnance, le cas échéant en conservant en parallèle les références déjà prévues.
Art. 39 let. d	Selon l'usam, l'indication de la date limite de consommation pour les aliments périssables, emballés ou enveloppés de papier sur le lieu de vente à la demande des consommateurs, ou préemballés en vue de leur vente imminente n'est tout simplement pas réaliste dans la pratique. Au lieu d'une date de consommation à ajuster en permanence, il devrait être possible d'accompagner les ventes ouvertes d'une indication générale à proximité immédiate des produits périssables. En outre, il n'y a pas besoin d'une réglementation spéciale.	Biffer.
Art. 31 al. 5 et Art. 37 al. 4	L'usam soutient la règle proposée selon laquelle les denrées alimentaires produites à l'aide de micro-organismes génétiquement modifiés mais ne contenant plus d'OGM à la fin du processus de production doivent être considérées comme des « nouveaux aliments » et donc des produits sans recours au génie génétique ou une autre formule équivalente. En ce qui concerne les critères de la déclaration "produit sans génie génétique", nous souhaiterions que ce règlement s'applique non seulement aux produits animaux mais aussi, de manière analogue, aux produits végétaux.	Adopter la modification - également pour les aliments d'origine végétale.
Art. 36 al. 3 et Art. 39 al.3	L'usam considère que les milieux concernés devraient être consultés avant l'adoption ou l'entrée en vigueur de nouvelles dispositions.	Compléter : « Le DFI règle, <u>après avoir consulté les milieux concernés</u> : ... »

Art. 39 let. d	Pour la vente en vrac, l'obligation d'indiquer une date de consommation pour les aliments particulièrement périssables qui doivent être refroidis jusqu'à leur consommation, est jugée inutile et déraisonnable.	Au lieu d'une date de consommation à mettre à jour en permanence, une indication générale sur l'emballage directement rempli ou sur l'étiquette ou comme information orale ou écrite au point de vente devrait suffire pour les ventes ouvertes : "Conserver dans un endroit frais / consommer au plus tard xx heures après l'achat".
Art. 81 al. 3	L'usam soutient cette modification sur les procédures d'échantillonnage qui est en cohérence avec l'article 25 de la LDAI et qui permet de comparer plus facilement. En ce qui concerne le ratio coûts – profits celui-ci doit suivre le principe de proportionnalité.	Compléter : « <i>Le DFI peut déclarer obligatoires certaines méthodes d'analyse et de prélèvement d'échantillons <u>suivant le principe de proportionnalité.</u></i> »
Art. 90	Pour ce qui est de la notification préalable des envois d'importation en provenance de pays tiers à destination des aéroports de Zurich et de Genève : Nous respectons en principe le fait que les règles de l'UE doivent être adoptées à cet effet. Toutefois, l'usam demande qu'un système de déclaration électronique soit mis en place pour tenir compte automatiquement des retards d'expédition dus aux numéros de vol et dans un souci de simplification.	L'usam accepte cette disposition à la condition qu'un système / portail d'enregistrement facile d'utilisation en ligne soit mis en place et qu'il contienne également des fonctions automatiques (par exemple, les rapports sur les retards de vol).  En outre, l'accréditation / reconnaissance des inspections à l'exportation devrait être recherchée auprès des organismes de contrôle des pays fournisseurs les plus importants, ce qui rendrait inutile l'exécution de contrôles supplémentaires à l'arrivée des produits dans les aéroports suisses et baisserait ainsi considérablement les coûts.

### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires

#### Remarques générales

L'objectif fondamental des contrôles officiels reste incontesté. Toutefois, leur conception doit de plus en plus reposer sur le principe de proportionnalité et ne doit en aucun cas entraîner des dépenses supplémentaires, qu'elles soient temporaires ou liées à la perception de taxes.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 3 al. 6 (nouveau)	Pour les petites entreprises, les contrôles sont complexes et chronophages. Il convient donc de faciliter l'exécution des contrôles en les basant sur les directives spécifiques à la branche et de l'autocontrôle.	Ajouter : « <u>Les entreprises du secteur alimentaire qui ne sont pas soumises à autorisation en vertu de l'article 21 de l'ODAIU peuvent être contrôlées sous une forme simplifiée.</u> »
Art. 9 al. 3	Dans le sens d'une simplification administrative, l'usam demande que l'envoi des copies des comptes rendus écrits se fasse automatiquement.	Modifier : « Les autorités d'exécution présentent aux entreprises contrôlées, <del>à leur demande</del> , une copie des comptes rendus écrits. »
Art. 12	L'usam considère que la coordination de l'exécution dans les différents cantons est souhaitable afin d'assurer l'égalité de traitement des entreprises contrôlées au-delà des frontières cantonales. Elle salue également la possibilité octroyée à l'OSAV d'édicter des directives de coordination de l'exécution afin de coordonner l'application de la loi au-delà des frontières cantonales. Les contrôles doivent être les mêmes dans toutes les entreprises, indépendamment du canton dans lequel l'entreprise se trouve. Il convient d'éviter une charge administrative excessive tant pour les autorités cantonales que pour les entreprises concernées.	
Chapitre 2 Contrôles en Suisse Art. 14-22	Le principe selon lequel les contrôles officiels correspondent à une nécessité est également incontestable de notre point de vue. Toutefois, compte tenu de la diversité et du volume des activités qui y sont liées, l'accent doit de plus en plus être mis sur le principe de proportionnalité énoncé dans la Constitution fédérale, qui exige une coopération constructive entre le contrôleur et l'entreprise contrôlée.	
Art. 53 al. 2	L'éventuelle obligation pour le responsable de fournir des renseignements, justificatifs et documents et le contraindre à collaborer au prélèvement des échantillons propriétaires de marchandises est discutable, d'autant plus que	A clarifier.

	cela n'est pas nécessairement propice à la qualité ou à l'objectivité des échantillons prélevés.	
Art. 55 al. 8 (nouveau)	Pour des raisons de transparence, la personne responsable doit recevoir le rapport de prélèvement d'échantillon en plus de la plainte elle-même afin d'évaluer un échantillon qui fait l'objet d'une plainte, de sorte que cette personne puisse également effectuer une évaluation complète pour sa propre entreprise.	Ajouter nouvel alinéa 8 : « <u>En cas de réclamation éventuelle, le responsable reçoit également le rapport de prélèvement d'échantillon avec la réclamation de la marchandise.</u> »
Art. 71 et art. 80 al. 1	Il est inquiétant de constater que les assistants officiels ou les inspecteurs des denrées alimentaires n'ont pas nécessairement à fournir la preuve d'une formation professionnelle de base en production alimentaire. Il est à craindre que le manque de pertinence pratique n'entraîne une perte de compétence et de crédibilité au sein des organes de contrôle. Au lieu de praticiens, de plus en plus de "théoriciens" sont recrutés, qui déposent des plaintes qui ne sont pas pertinentes	Compléter : « La formation préalable d'assistant officiel affecté consiste en <u>une expérience professionnelle appropriée ou une formation professionnelle de base complète dans la production, la transformation ou le commerce de denrées alimentaires ou de produits de base...</u> »
Annexe 9	Les limites supérieures des émoluments perçus par les autorités fédérales pour les inspections (max. Fr. 4'000.-), les analyses d'échantillons (max. Fr. 6'000.- par échantillon) ainsi que pour les autorisations selon l'ODAIU ou pour les nouvelles sortes de denrées alimentaires (max. Fr. 50'000.- chacun) sont totalement fantaisistes et exagérées. Le principe de proportionnalité doit être respecté dans les émoluments.	Modifier : - Point 1.3 : maximum 1'000 francs par contrôle - Point 1.4 : maximum de 1'000 francs par échantillon - Point 2.1 : 200-2'000 francs - Point 2.2 : 200-2'000 francs

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

L'usam soutient l'intégration des dispositions relatives à la production primaire dans ce règlement, dans l'espoir que cela réduira la distorsion de concurrence entre la production primaire et le secteur alimentaire. La neutralité de concurrence est un principe clé qu'il s'agit de respecter.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 7 al. 5 et annexe 1	Il est incompréhensible que les autorités de contrôle compétentes, contrairement à tous les autres domaines, ne peuvent raccourcir les intervalles de contrôle de la production primaire en fonction des risques ou les augmenter dans les domaines difficiles d'accès. De plus en plus d'exploitations agricoles pratiquent l'agriculture parallèle et produisent des aliments, qui sont vendus directement à la ferme. Ces exploitations qui ont des activités en amont et en aval telles que la transformation, la préparation, le stockage et le commerce ne sont inspectées que tous les 8 ou 10 ans, alors que la fréquence de contrôle des entreprises commerciales ayant des activités et des risques identiques ou comparables est comprise entre 2 et 4 ans (c'est-à-dire jusqu'à 4 fois supérieure).	En ce qui concerne les fréquences de contrôle, l'usam demande une égalité de traitement des PME et des entreprises de production primaire ayant les mêmes activités (commerce, stockage, transformation, distribution aux consommateurs, etc.) Dans les deux cas, les fréquences de contrôle devraient être fondées sur les risques. <i>Modifier : « <del>Hormis dans le domaine de la production primaire</del>, les autorités d'exécution compétentes peuvent réduire l'intervalle fixé à l'al. 1 pour le contrôle d'entreprises. »</i>
Art. 8 let. d	Let. d serait superflue si l'on tenait compte de l'ajustement proposé à l'article 7.	Biffer.
Art. 10-17	Il s'agit enfin d'ancrer une neutralité de concurrence. L'inégalité de traitement entre les PME et les entreprises de production primaire ayant les mêmes activités ne peut se justifier. Les différentes dispositions faussent également la concurrence. L'objectif de cette révision devrait être d'harmoniser enfin les contrôles entre l'agriculture et l'industrie alimentaire.	Supprimer ou adapter les dispositions de l'ensemble de l'ordonnance au reste de la chaîne alimentaire.

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

Diverses simplifications pour les exploitations d'abattage sont à saluer. Malheureusement, cette évolution positive est contrebalancée par la création d'inégalités dans l'introduction de l'abattage à la ferme et au pâturage par rapport aux exigences des bouchers (notamment en termes de construction et d'hygiène), mais surtout par l'augmentation massive du coût des inspections des animaux de boucherie et des viandes. L'usam se prononce contre cette attaque frontale contre les abattoirs.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

La modification des limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale est saluée par l'usam. Elle a pour but de rapprocher les limites maximales de résidus de celles fixées dans le droit européen et de garantir un niveau de sécurité comparable en Suisse. Pour l'instant, la Suisse et l'UE prévoient des teneurs maximales en résidus différentes pour certains pesticides. Ceci représente un cas typique de « Swiss finish ». L'adaptation est donc sensée afin d'éviter toute entrave au commerce.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



## 8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 19 al. 7	L'usam salue la suppression de cet alinéa.	
Art. 61-64	Le fromage fondu et le fromage fondu à tartiner sont des produits fabriqués à partir de fromage - comme son nom l'indique - tout comme les préparations à base de fromage fondu. La révision souhaite baisser les exigences de la loi actuelle, or il n'est pas acceptable qu'il existe des produits portant l'appellation "...-fromage", dont l'ingrédient fromage se trouve à la fin de la liste des ingrédients. Les produits de qualité suisse élevée font le succès de notre économie. Cette modification provoquerait une tromperie pour les consommateurs. Le fromage fondu est et reste un fromage et se compose donc principalement de fromage. La même règle doit s'appliquer aux produits à base de fromage fondu portant une dénomination fromagère. Les articles 61 à 64 doivent donc rester inchangés.	Pas de modification.

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 62	Selon le projet présenté, l'art. 62 est abrogé, ce que l'usam soutient. Celui-ci spécifiait les dispositions pour l'indication complémentaire pour les boissons alcooliques sucrées. En supprimant cette exception, on réduit également les coûts. Or selon l'art. 61, une boisson alcoolisée est une boisson dont la teneur en alcool réelle est supérieure à 0,5% vol. Cela doit également être déclaré en conséquence.	Avec l'abrogation de l'article 62, il faut veiller à ce que la teneur en alcool des boissons alcoolisées, y compris les produits intermédiaires et semi-finis, soit déclarée à partir de 0,5% en volume.
Annexe 3	L'usam juge que dans une optique d'innovation, cette liste devrait être élargie à d'autres protéines végétales, afin de permettre la production d'aliments végan.	Cette liste des traitements et substances autorisés doit être étendue aux jus de fruits contenant des protéines d'origine végétale provenant de pois.
Art. 120	Il est faux de limiter l'interdiction des arômes aux boissons spiritueuses visées aux articles 122 à 136. Ceci conduit à la fausse conclusion que l'aromatisation est autorisée pour tous les autres spiritueux, par exemple l'eau-de-vie de framboise, ce qui n'est pas le cas.	Compléter : « L'aromatisation est interdite pour les boissons spiritueuses visées aux articles 122 à 136, 140 à 142 et 147. »

## 10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires

### Remarques générales

L'objectif principal de la législation sur les denrées alimentaires doit être de protéger la santé et d'éviter que les consommateurs aient une information qui puisse être trompeuse. La nouvelle méthode utilisée pour déterminer les quantités maximales conduit au fait qu'aucune quantité maximale n'est plus déterminée pour certaines substances, car celles-ci sont considérées comme non critiques en raison de la nouvelle évaluation. Toutes les substances concernées sont utilisées dans des médicaments destinés à la prévention ou au traitement des maladies, d'une part, mais aussi dans les compléments alimentaires destinés à compléter l'alimentation normale, dans les aliments destinés à des fins médicales spéciales pour la gestion de l'alimentation en cas de maladie et comme additifs alimentaires pour maintenir ou améliorer la valeur nutritionnelle et/ou pour des raisons de santé publique, de l'autre. La suppression des limites de quantité maximale signifie qu'à l'avenir, la distinction entre les médicaments et les aliments contenant les vitamines ou les minéraux correspondants sera beaucoup plus problématique qu'elle ne l'a été jusqu'à présent.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2 al. 5	L'usam demande cette modification afin de garantir la sécurité de droit.	Modifier et compléter art. 2 al. 5 « Les quantités maximales de vitamines, sels minéraux et autres substances définies à l'annexe 1 ne doivent pas être dépassées par dose journalière recommandée. Vitamine, Mineralstoffe und sonstige Stoffe für welche keine Höchstmenge festgelegt ist, dürfen nicht in einer pharmakologisch oder immunologisch wirksamen täglichen Verzehrmenge eingesetzt werden. Die Grenzwerte bezüglich der pharmakologisch oder immunologisch wirksamen Verzehrmenngen sind in Anhang X festgelegt. »

## 11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 5	<p>Le but de l'ordonnance sur les contaminants est de garantir la sécurité des produits et la santé des consommateurs. Le facteur décisif est donc de savoir si <b>le produit final</b> dépasse la valeur maximale.</p> <p>Les spiritueux sont donc un produit qui nécessite une réglementation distincte.</p>	<p>Nouveau : Annexe 11, applicable uniquement aux boissons spiritueuses (actuellement réglementées à l'annexe 9), limitées au carbamate d'éthyle et au méthanol.</p> <p>La boisson spiritueuse ayant une teneur en contaminants excessivement élevée, qui doit être mélangée à une autre boisson spiritueuse pour en réduire la teneur, doit être clairement identifiée comme "intermédiaire" dans les comptes d'alcool et sur le récipient afin d'éviter d'être mise sur le marché dans cet état.</p>

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires

### Remarques générales

Dans le contexte de la présente révision, nous devons également noter qu'en plus d'un certain nombre de simplifications non négligeables, des exigences supplémentaires inacceptables et paternalistes sont envisagées dans le domaine de la déclaration, ce qui accroît encore la complexité des exigences en matière d'étiquetage pour chaque entreprise.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 4 al. 5 let. c	L'usam juge superflu d'indiquer la quantité nette dans le même champ de vision que la description du produit. Il n'y a pas de valeur ajoutée pour le consommateur. Pour les entreprises, en revanche, ce changement implique beaucoup d'efforts et de coûts, ce qui est contraire à la nécessaire réduction de la charge administrative sur les PME.	Biffer.
Art. 5 al. 1 let. e	L'usam salue le fait qu'aucune déclaration nutritionnelle n'est requise, en dérogation à l'art. 22 al. 3 let. b pour les denrées alimentaires munies d'une information sur leur teneur en gluten ou en lactose pour la vente en vrac.	
Art. 19 al. 2 let. b	L'usam salue le fait que l'indication du lot n'est pas requise pour les denrées alimentaires vendues en vrac.	
Art. 42a	<p>Ce projet ne tient pas suffisamment compte des réductions déjà effectuées par chaque secteur sur une base volontaire. Dans cette optique, l'introduction de l'article 42a doit être rejetée dans son intégralité.</p> <p>La révision propose que lorsque la recette d'une denrée alimentaire est modifiée pour réduire la quantité de sucre ou de sel ajoutés de 5%, on peut en informer les consommateurs à certaines conditions. Ainsi, le but est certainement de motiver l'industrie alimentaire à réduire pas à pas la teneur en sel et en sucre. Or l'indication ne peut être utilisée que durant une année à compter de la modification de la recette, ce que l'usam rejette fermement. De plus, cette mesure n'est pas cohérente, car une réduction de 5% de la teneur en sel est beaucoup plus sensorielle qu'une réduction de 5% de la teneur en sucre.</p> <p>En diabolisant sans cesse le sel et le sucre, on tente de mettre le consommateur sous tutelle en le dégoûtant des plaisirs de la table. L'usam rejette tout élan paternaliste qui souhaite que les artisans ne produisent plus</p>	L'usam rejette fermement cette proposition et demande que l'art. 42a soit supprimé sans remplacement.

	que du pain fade. Les consommateurs sont majeurs et vaccinés, de plus la population suisse vieillit de plus en plus, ce qui prouve que les habitudes alimentaires des générations passées n'ont pas forcément été fondamentalement fausses. Les attaques de l'État contre les citoyens responsables vont trop loin à tous les égards !	
Annexe 2	L'usam demande, dans un but de simplification et en suivant le principe de proportionnalité, que dans le cas d'épices ionisées comme ingrédients d'une denrée alimentaire, cette déclaration puisse être levée si la proportion totale de ces épices est inférieure à 0,5% de la masse de la denrée alimentaire. (= régulation analogue à la tolérance de max. 0,5% en masse pour les OGM).	Pas de déclaration "d'ionisation" si les ingrédients ionisés (épices) représentent < 0,5% de la masse alimentaire.

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 31	La liste des champignons admis comme champignons comestibles ne doit plus être exhaustive, car une liste exhaustive n'est pas compatible avec la suppression du principe positif. L'usam salue cela	

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 22 al. 2	L'exigence selon laquelle les employés de l'entreprise responsables du développement et de l'application du concept HACCP doivent être formés à toutes les questions relatives à ce concept va trop loin. La formation doit porter sur les domaines pertinents pour l'entreprise.	Compléter : « La personne responsable doit veiller à ce que les employés responsables de la mise au point et de l'application de la méthode selon l'art. 78 al. 1 ODAIOUs aient reçu une formation appropriée sur <del>toutes</del> les questions relatives à l'application des principes de l'analyse des dangers et des points de contrôle critiques <u>pertinents pour l'entreprise.</u> »

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerisches Konsumentenforum kf  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : kf  
Adresse, Ort : Belpstrasse 11  
Kontaktperson : Babette Sigg Frank  
Telefon : 076 373 83 18  
E-Mail : [praesidentin@konsum.ch](mailto:praesidentin@konsum.ch)  
Datum : 26.8.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	17
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	18
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	19
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	20
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	21
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	22
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	23
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	24
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	25
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	26
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	27
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	28

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31, Abs 5	Die Neuregelung erscheint sinnvoll, sie geht in Richtung Produkte- statt Prozess-Beurteilung. Sie ist auch pragmatisch, da Firmen nur bedingt motiviert sind, für den schweizerischen Markt ein Extra-Bewilligungsverfahren durchzuführen	
Art. 33 Abs 1	Die Neuregelung erscheint sinnvoll, sie geht in Richtung Produkte- statt Prozess-Beurteilung. Sie ist auch pragmatisch, da Firmen nur bedingt motiviert sind, für den schweizerischen Markt ein Extra-Bewilligungsverfahren durchzuführen	
Art. 37	<p>Ob man gentechnisch hergestellte Erzeugnisse akzeptiert oder nicht, ist eine weltanschauliche Frage. Leute, die die Technologie grundsätzliche ablehnen sollten im Sinne der Wahlfreiheit Gewissheit haben, dass bei «ohne Gentechnik hergestellt» auf den Einsatz dieser Technologie verzichtet wird. Dieser Anspruch ist vergleichbar mit dem vollständigen Verzicht auf tierische Erzeugnisse bei der Herstellung veganer Lebensmittel. Mit dem Revisionsvorschlag wird dieser Grundsatz eliminiert.</p> <p>Der Vorschlag ist aus folgenden Gründen abzulehnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Wahlfreiheit für Konsumenten, welche Erzeugnisse, die ohne Gentechnik hergestellt werden, bevorzugen, geht verloren. Die Anpreisung selbst ist täuschend.</li> <li>- bei der Ausnahmeregelung für Tierarzneimittel wurde das Tierwohl höher eingestuft als ein konsequenter Täuschungsschutz. Bei den vorgeschlagenen Ausnahmen handelt es sich um Hilfsmittel, die primär zur Produktionssteigerung beitragen sollen. Diesen kommt nicht derselbe Stellenwert zu.</li> <li>- Kriterien wie «nicht verfügbar sein» etc. sind schwammig, ob etwas verfügbar ist oder nicht hängt häufig einfach vom Preis ab, den man zu zahlen gewillt ist. Wiederum: ein rein wirtschaftliches Kriterium.</li> <li>- die wiederholt aufgeführte Bezeichnung «GVO-frei» legt nahe, dass GVO-Erzeugnisse eine Art Kontaminationscharakter haben. Aus diesem Grund ist bis heute die klare Definition</li> </ul>	Neue Regelung nicht übernehmen

	<p>«ohne Gentechnik hergestellt» verbindlich vorgeschrieben. Es darf keinen Raum für Fantasie-Anpreisungen geben.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die in der Motion aufgeführte Zielsetzung lässt sich mit einer präziseren Deklaration ohne die aufgeführten Nachteile erzielen. Demnach könnte die Deklaration «ohne GVO-Futtermittel hergestellt» akzeptiert werden, sofern es vergleichbare Erzeugnisse gibt, bei denen dies nicht zutrifft. Allerdings müssten in diesem Fall auch für Erzeugnisse wie Maiskleber klare Nachweise für konventionelle Herstellung erbracht werden.</li> </ul>	
Art. 39 Abs 2 a	Es ist wohl konsequent, auch bei Laufvögeln Angaben darüber zu verlangen, wo sie herumspaziert sind.	Neue Regelung nicht übernehmen
Art. 39 Abs 2 d	An sich sollte der Offenverkauf so einfach wie möglich gestaltet werden, um der Verpackungswut nicht Vorschub zu leisten. Wir möchten deshalb auf diese Bestimmung verzichten.	
Art. 40	Die Bestimmung ist Voraussetzung für korrekte Deklaration bei der Abgabe.	
Art. 48 Abs 2	Das Kriterium, ob etwas als Antiquität abgegeben wird oder nicht, erscheint nicht zielführend. Eine Antiquität, die mit Lebensmitteln in Berührung kommt, ist ein Bedarfsgegenstand. Beispiel: alte Zinnbecher, Keramik-Gefäße etc. Ausserdem ist der Begriff «Antiquität» zumindest unseres Wissens nirgends definiert. In der Praxis kann bei Antiquitäten darauf hingewiesen werden, dass sie nicht als Bedarfsgegenstände benutzt werden dürfen. Damit ist klargestellt, dass sie nicht Art. 48 unterstehen	Auf diesen Absatz ist zu verzichten
Art. 85	Das Kf begrüsst diese Vorschrift. Der umfassenden Auskunftspflicht steht die Geheimhaltungspflicht der Kontrollorgane gegenüber.	
Art.2 Bst b Z 1	<p><b>Änderung der VIPaV,</b>  <b>Elimination Deklaration «alkoholisches Süssgetränk»</b></p> <p>Die Deklaration wurde seinerzeit eingeführt, weil diese Erzeugnisse wegen des hohen Zuckergehalts organoleptisch nicht von alkoholfreien zu unterscheiden sind. Laut Präventionsfachleuten stellen sie damit ein Risiko für Mädchen und junge Frauen dar, entweder weil sie die Produkte ansprechen oder weil sie damit «abgefüllt» werden. Eine unauffällige Aufschrift von % Alkohol erschwert die Wahlfreiheit, weshalb die Änderung mit der Begründung des ohnehin nicht wirksamen einseitigen Cassis de Dijon-Prinzips abzulehnen ist.</p>	Diese Deklaration nicht eliminieren

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6	Die Selbstkontrolle ist zentrales Standbein der Lebensmittelsicherheit. Es erstaunt, dass in Art. 6 nicht an erster Stelle die Überprüfung der Selbstkontrolle inkl. deren Umsetzung, der Organisatorischen Vorkehren und des Ausbildungsstandes des Personals aufgeführt wird.	Die Überprüfung der Selbstkontrolle inkl. deren Umsetzung, der organisatorischen Vorkehren und des Ausbildungsstandes des Personals als Ziffer 1 übernehmen
Art. 7	Die Wiedereinführung dieser Information ist zu begrüßen, die Zusammenfassung auf nationaler Ebene ist Voraussetzung für eine effektive Weiterentwicklung der Lebensmittelkontrolle.	
Art. 11	Die Frist von 48 Stunden erscheint hoch, die Meldung sollte so rasch wie möglich, höchstens in 48 Stunden erfolgen.	Einfügen .....so rasch wie möglich, höchstens in 48 Stunden.....
Art. 12	Die Weisungsbefugnis ist eine wichtige Voraussetzung, um die Nachteile des dezentralisierten Vollzugs zu reduzieren, wobei die vorgängige Anhörung zwingend ist. Die Regelung ist zu begrüßen	
Art. 13	Die Regelung ist vertrauensfördernd und ermöglicht Optimierungsmassnahmen.	
Art. 14	Siehe Art. 6	
Art. 15	«in mindestens zwei Fällen» ist ein überflüssiges Kriterium. Falls ein Mensch an Legionellen erkrankt, ist der Zusammenhang möglicherweise auch erstellt und erfordert Massnahmen.	«in mindestens zwei Fällen» streichen
Art. 16	Massnahmen: Kantonstierärzte und Kantonsärzte sollten als Beispiele einer nicht abschliessenden Liste aufgeführt werden. Koordination der Abklärungen sind u.U. auch mit Umwelt- Sicherheits- Landwirtschafts- etc. Behörden nötig.	Abänderung der Formulierung im Sinne unseres Kommentars
Art. 64	Die Ausbildungsregelung über alle Stufen ist zu begrüßen, die Durchführung der Prüfungen mit Experten aus verschiedenen Laboratorien trägt zu einer Vereinheitlichung des Vollzugs bei. Die Anforderungen für Kantonschemiker sind sehr summarisch geregelt, entscheidend dürfte sein, was Anforderungen in «Risikoanalyse» konkret bedeutet: ein breites, multidisziplinäres Spektrum von Fachkompetenz. Im Interesse der Konsumenten beantragen wir auch weiterhin eine breite Ausbildung inklusive Toxikologie	



5. Titel	<p><b>Bearbeitung von Vollzugsdaten</b></p> <p>Offensichtlich eine Wissenschaft für sich. So wie es aussieht, werden die relevanten Eckpunkte berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- genügend Transparenz, um amtsübergreifend zusammen zu arbeiten</li> <li>- Auswertung der Daten für die Fortschreibung der Risikobewertung und Öffentlichkeitsinformation unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes und Amtsgeheimnisses durch Anonymisierung</li> <li>- internationale Vernetzung soweit nötig und möglich. Allerdings zeigt sich auch in diesem Bereich der Nachteil eines fehlenden Lebensmittelsicherheits-Abkommens.</li> </ul>	
----------	--	--

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2. Abschnitt	<p><b>Mehrjähriger nationaler Kontrollplan</b></p> <p>Der Einbezug der Gebrauchsgegenstände und ein engerer Bezug zur Landwirtschaft ist richtig. Allerdings vermag letzterer der Mangel des Lebensmittelrechts, dass die landwirtschaftliche Produktion im Landwirtschaftsgesetz geregelt ist nur geringfügig zu mildern. Die Diskrepanz äussert sich unter anderem nach wie vor bei den Kontrollfrequenzen. Die Anpassung der Terminologie an die EU ist zweckmässig, führt doch die EU in den harmonisierten Bereichen vergleichbare Kontrollen durch. Die Berichterstattung trägt zu Transparenz und Optimierung bei.</p>	<p>mittelfristige Harmonisierung der Kontrollintensität im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich basierend auf nach einheitlichen Massstäben durchgeführten Risikobewertungen.</p>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Flexibilisierung und die Internet-Publikation trägt der aktuellen Entwicklung Rechnung. Die Definition der Einfuhrtoleranzen beseitigt Rechtsunsicherheit und ist zu begrüßen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## **7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Harmonisierung mit den EU-Bestimmungen ist zwingend. Leider ist uns zurzeit eine Beteiligung an der Weiterentwicklung dieser Bestimmungen nicht möglich. Die Weiterentwicklung des bilateralen Abkommens im Lebensmittelbereich ist anzustreben..

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Aer. 6, Abs.1	Dass Rohstoffe für Separatorenfleisch Frischfleisch-Anforderungen erfüllen müssen, wurde faktisch schon in der Vergangenheit gefordert und ist richtig.	
Art. 10 Abs. 10	Der Verzicht auf den Hinweis auf die Verwendung von Transglutaminase führt möglicherweise einmal mehr zu Täuschungs-Diskussionen, ist aber sinnvoll: die Produkte sind vollwertig und eine sinnvolle Verwendung von Fleischresten. Abgesehen davon: die Entwicklung von Fleisch im Bioreaktor ist in vollem Gange und dürfte in 5 Jahren Realität sein.	
Art.32 ff	Bei der Vereinfachung der Bestimmungen für Milchprodukte werden Schweizer Sonderregeln abgeschafft, die möglicherweise den Markt, nicht aber die Konsumenten vor Täuschung schützten.	

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer 3</b>	Da die in der Schweiz zulässige Zugabe von 10 % Birnensaft in Apfelsaft und 10 % Apfelsaft in Birnensaft richtigerweise beibehalten wird, wirkt es unlogisch, die Zugabe von 10 % Mandarinsaft in Orangesaft abzuschaffen, zumal im «Codex General Standard for Fruit Juices and Nectars» (Codex Stan 247 - 2005) in Para 3.1.2 (e) diese Bestimmung immer noch enthalten ist und international keinerlei Bestrebungen im Gange sind, dies zu ändern. Interessanterweise hat die EU ihre Fruchtsaft-Direktive nach der Annahme im Jahr 2005 des Codex Standards diesem angepasst,	Diesen Artikel nicht streichen
Art. 62	Volkswirtschaftlich ist der Import von alkoholischen Süssgetränken völlig unbedeutend (wie übrigens das gesamte, einseitige Cassis de Dijon-Prinzip ganz allgemein). Wie eingangs erwähnt, ist die Verwechslungsgefahr zwischen alkoholischen und alkoholfreien Süssgetränken gross, sie lässt sich jedenfalls organoleptisch nicht feststellen. Erfahrungen damit waren negativ, die Getränke eignen sich zum «Abfüllen» von Mädchen und Frauen. Es empfiehlt sich, diesbezüglich die Beurteilung der Alkohol-Präventionsstellen einzuholen und gegebenenfalls unter dem Gesichtspunkt von Täuschungsschutz und Wahlfreiheit an einer klaren Deklaration festzuhalten	Diesen Artikel nicht streichen
Art. 63 ff	Bei den aufzuhebenden bzw. zu vereinfachenden Bestimmungen handelt es sich zumindest teilweise um «Heimatschutz-Artikel», auf die verzichtet werden kann. Was letztlich zählen sollte, ist die Qualität des Endprodukts.	

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4	Bei den aufzuhebenden bzw. zu vereinfachenden Bestimmungen handelt es sich zumindest teilweise um «Heimatschutz-Artikel», auf die verzichtet werden kann. Was letztlich zählen sollte ist die Qualität des Endprodukts.	
Art. 5	Die Änderungen bringen praxistauglichere und dadurch zutreffendere Deklarationen. Dies ist auch deshalb zu begrüßen, weil der Offenverkauf vereinfacht und damit Verpackungsmaterial eingespart wird.	
Art. 40	Die Definition «vegan» ist richtigerweise konsequent und sollte auch als Massstab für «ohne GVO hergestellt» dienen.	
Art. 42 a	Eine einjährige Frist erscheint reichlich bemessen. Bei Konserven etc. dürfte das «neue Rezept» jahrelang auf der Verpackung figurieren. Besser wäre, wenn schon, eine Information mit dem Datum der Änderung der Rezeptur, also «Rezept seit Februar 2020 mit 5% reduziertem Zuckergehalt»	Einfügen der Bestimmung «Information mit dem Datum der Änderung der Rezeptur»

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 31	Die Abschaffung der Positivliste ist konsequent. Wer Lebensmittel in Verkehr bringt ist verantwortlich für deren Gesundheitsverträglichkeit. Die Abschaffung der früheren «amtlichen Kontrollpflicht» hat unseres Wissens zu keinen Problemen geführt.	

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Allgemeine Bemerkung	Die Expertise von EFSA und Bundesamt für Risikobewertung ist anscheinend voll ausschlaggebend. Es ist zu hoffen, dass wir in einer geeigneten Form Zugang zu den Hintergrund-Informationen haben. Die Änderungen entsprechen anscheinend dem heutigen Stand der Wissenschaft, was eine Optimierung mit sich bringt. Wesentlich relevanter für den Gesundheitsschutz dürfte allerdings der Schwarzhandel mit Steroiden und anderen Erzeugnissen im Fitness- und Body-Building-Bereich sein. Diese sollten in den nationalen Überwachungsplänen (z.B. Kategorie C3) risikobasiert aufgeführt werden.	Risikobasierte Aufnahme dieser Stoffe in den nationalen Überwachungsplänen (z.B. Kategorie C3)

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Allgemeine Bemerkung	<p>Die Anpassung erscheint nur schon im Hinblick auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sinnvoll.</p> <p>Zwei Schönheitsfehler</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Schweiz verfügt nicht über die Bewilligungsunterlagen, was eine Einschränkung bei gewissen Vollzugsaufgaben bedeutet. s. Ziff. 6</li> <li>- die separate Beurteilung des BAFU ist auf die überholte GVO-Gesetzgebung zurück zu führen. Die Rechtsgrundlagen sollten so bald als möglich produkt- und nicht prozessorientiert ausgerichtet werden.</li> </ul>	Nach unserer Ansicht sollten die ganzen GVO Bestimmungen überarbeitet werden



## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Das Schweizerische Hygienerecht ist mit demjenigen der EU harmonisiert, die Massnahmen werden gegenseitig anerkannt und auch überprüft. Damit dies auch in Zukunft so ist, müssen die Bestimmungen angepasst werden, wobei die Schweiz dank Übereinkunft (hoffentlich immer noch) in den Prozess einbezogen wird.

Die vorgeschlagenen Massnahmen dürften dem Stand der Technik entsprechen. Die Bestimmungen für Richtwerte ermöglichen gemeinsame Kriterien für die gute Herstellungspraxis und sind als Ersatz der abgeschafften Toleranzwerte zu begrüssen. Die Koordination durch das Bundesamt verhindert widersprüchliche Beurteilungen und die damit verbundenen Umtriebe.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Erstaunlich, was alles geregelt worden ist....

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Die Perchlorat-Regelung entspricht dem neusten Kenntnisstand

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Anpassungen sind analog zum Hygienerecht nötig.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Anpassungen sind analog zum Hygienerecht nötig.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : FROMARTE – Genossenschaft der Schweizer Käsespezialisten  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : FROMARTE  
Adresse, Ort : Gurtengasse 6, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Jacques Gygax / Kurt Schnebli  
Telefon : 031 390 33 33  
E-Mail : jacques.gygax@fromarte.ch / kurt.schnebli@fromarte.ch  
Datum : 22. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	8
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	9
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	10
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	11
9	EDI: Getränkeverordnung .....	16
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	17
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	18
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	19
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	21
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	22
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	23
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	24
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	25
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	26
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	27
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	28
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	29
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	32
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	33
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	34



## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Revision des Lebensmittel-Verordnungsrechts 2019 im Rahmen des Revisionspakets «Stretto 3» Stellung nehmen zu können. In unserer Stellungnahme zu der Vorlage beschränken wir uns auf die für die Milchbranche relevanten Aspekte.

Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Schweizer Lebensmittelrechts ist unbestritten. Einige der Vorschläge des Revisionspakets «Stretto 3», wie die klärende Regelung in Bezug auf die Bezeichnung von Produkten mit den Begriffen "Milch" oder "Käse" sowie die vorgeschlagene Änderung in Bezug auf die Kennzeichnung "ohne Gentechnik hergestellt" entsprechen unseren Anliegen und unterstützen wir. Andere Vorschläge wie die Änderungen bei den Anforderungen an Schmelzkäse und Schmelzkäsezubereitungen oder der Vorschlag zur Definition des Gemelks sind hingegen inakzeptabel.

Wir befürworten ausdrücklich die Bemühungen zur Harmonisierung des schweizerischen Rechts mit dem EU-Recht, um den erleichterten Handel mit der EU nicht zu gefährden. Die direkte Übernahme von EU-Verordnungen ins Schweizer Lebensmittelrecht beurteilen wir jedoch kritisch. Wir sind der Meinung, dass auf die wörtliche Übernahme von EU-Rechtstexten und auf direkte Verweise auf EU-Recht so weit wie möglich verzichtet werden sollte. Gegebenenfalls und sofern es zum besseren Verständnis beiträgt kann bei einzelnen Artikeln in einer Fussnote auf die entsprechenden Rechtsakte der EU referenziert werden. Dies trägt dazu bei, dass das Lebensmittelrecht besser lesbar, besser verständlich und anwenderfreundlicher wird, was wir sehr schätzen würden.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	Der Artikel 14 der LGV bildet einen Angelpunkt für den Schutz der Gesundheit und den Schutz vor Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten. Dass von den Grundsätzen bei der Verwendung einer Sachbezeichnung bei Lebensmitteln, die aufgrund ihrer traditionellen Verwendung genau bekannt sind und/oder wenn ihre Bezeichnung eindeutig zur Beschreibung einer charakteristischen Eigenschaft verwendet wird, soll abgewichen werden dürfen, ist nachvollziehbar und einleuchtend. Die gestatteten Ausnahmen müssen aber abschliessend aufgeführt sein. Den Verweis auf ein Verzeichnis von Bezeichnungen, welche in Ländern der EU als Ausnahmen zulässig sind, halten wir für untauglich. Wir erachten es als zwingend notwendig, dass wenn der Art. 14 Abs. 2 mit einer Ausnahmeregelung ergänzt wird, die Ausnahmen in einer Liste im Anhang zur Verordnung abschliessend aufgeführt werden müssen. In der Liste müssen die Bezeichnungen sprachenabhängig aufgeführt sein und den allgemeinen Sprachgebrauch in der Schweiz berücksichtigen.	<sup>2</sup> Lebensmittel dürfen nur mit der Sachbezeichnung eines umschriebenen Lebensmittels bezeichnet werden, wenn sie der Umschreibung und den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen; vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang <del>X dieser Verordnung</del> <del>1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU</del> <sup>4</sup> .  <i>Ein entsprechender Anhang mit einer Liste von Ausnahmen ist zu ergänzen.</i>
Art. 15 Abs. 2 Bst. a Art. 31 Abs 3 und 5 Art. 33 Abs. 1 Einleitungssatz Art. 37	Die vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit «ohne Gentechnik hergestellt» und auf die Bewilligungsverfahren von GVO bzw. neuartigen Lebensmitteln begrüssen wir. Die Mehrleistung der schweizerischen Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche durch den faktisch vollständigen Verzicht auf die Verwendung der Gentechnik soll besser kommuniziert und angepriesen werden dürfen. Der vorgeschlagene Entwurf ist aus unserer Sicht ausgereifter als frühere Vorlagen betreffend die Kennzeichnung von Produkten aus nicht gentechnisch veränderten Organismen.	<i>keine Änderungen</i>
Art. 31 Abs 3	Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die nicht vermehrungsfähig sind, besteht keine Gefahr einer Umweltgefährdung wie bei den übrigen GVO, diese sollten von der Beurteilung einer Umweltgefährdung durch das BAFU entsprechend ausgenommen sein.	Handelt es sich um Lebensmittel, die <u>vermehrungsfähige</u> GVO sind oder solche enthalten, so leitet das BLV das Bewilligungsverfahren. Es leitet das Gesuch dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur

	<p>Diese Abänderung entspricht den Erläuterungen zu Art. 7 VgVL („kann fallweise zugelassen werden“) und dient der Beschleunigung der Prozesse. Die Umkehr dass im Normalfall eine Bewilligung erteilt wird, das BLV diese aber bei gegebenen Voraussetzungen verweigern kann, ergibt sich daraus, dass diese GVO in der EU bereits zugelassen sind.</p>	<p>Beurteilung in seinem Zuständigkeitsbereich weiter. Das BLV <del>erteilt die Bewilligung</del> kann die Bewilligung <u>verweigern</u>, wenn eine Umweltgefährdung nach Stand der Wissenschaft <u>nicht</u> ausgeschlossen werden kann.</p>
36 Abs. 2 <sup>bis</sup>	<p>Nicht sicherheitsrelevante Pflichtinformationen sollten aufgrund der heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den Konsumenten auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden können, sofern an der Verkaufsstelle eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken. Konkret denken wir an einen QR-Code auf der Verpackung, bei dessen Einlesen an einem Terminal im Laden oder mit dem Smartphone/Computer ein Teil der Pflichtinformationen aber auch zusätzliche Informationen über das Produkt abgerufen werden können. Dies würde die Packungen von den aktuell "zu" vielen Pflichtinformationen entlasten, welche gerade bei kleinen Packungen dazu führen, dass die Informationen optisch fast nicht mehr lesbar sind. Unter nicht sicherheitsrelevanten Pflichtinformationen verstehen wir alle Informationen ausser die Allergenkennzeichnung (und damit bei Vorhandensein von Allergenen das Zutatenverzeichnis), Zubereitungsinformationen und die Daten zur Rückverfolgbarkeit.</p>	<p>Abs. 2<sup>bis</sup> (<i>neu</i>)  <u>Die Angaben auf der Verpackung können auch in einer mit elektronischen Hilfsmitteln lesbaren Form angebracht werden, sofern am Verkaufspunkt eine technische Möglichkeit zur Verfügung gestellt wird, diese ohne eigene technische Hilfsmittel sichtbar zu machen und auf Wunsch auch kostenfrei auszudrucken;</u>  <u>vorbehalten bleiben die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c. und lit. i. sowie die Angaben zur Rückverfolgbarkeit.</u></p>
Art. 39 Abs. 2 Bst. d	<p>Die Vorgabe, dass im Offenverkauf bei kühl zu haltenden Lebensmitteln das Verbrauchsdatum angegeben werden muss, ist nicht praxistauglich. Wie bei anderen Angaben im Offenverkauf genügt unserer Ansicht nach eine mündliche Auskunft. Dafür braucht es keine rechtlichen Vorgaben. Auf den vorgeschlagenen neuen Art. 39 Abs. 2 Bst. d kann verzichtet werden.</p>	<p><del>d. bei Lebensmitteln, die nach Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 11 nicht als vorverpackt gelten und die aufgrund des Risikos der Vermehrung pathogener Mikroorganismen oder der Bildung von Toxinen kühl gehalten werden müssen;</del>  <del>das Verbrauchsdatum.</del></p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Milch und Milchprodukte, darunter insbesondere Käse, sind wichtige Exportprodukte des Schweizer Lebensmittelsektors und sind von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung für die Schweiz. Einen grossen Teil davon tragen die Rohmilchkäsespezialitäten bei, welche weitherum bekannt und geschätzt sind. Es macht daher durchaus Sinn, für diese Produktgruppe ein spezialisiertes Labor mit der Funktion als nationales Referenzlabor zu betrauen. Wir beantragen, das Laboratorium für Milch und Milchprodukte auf der Liste der Referenzlaboratorien beizubehalten.	<i>Anhang 6 ergänzen mit</i> <u>Laboratorium für Milch und Milchprodukte</u>

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 7 Abs. 5	Wir begrüßen die Koordination von amtlichen Kontrollen in den Betrieben entlang der Lebensmittelkette sowie den Grundsatz, wonach die Kontrollen risikobasiert erfolgen. Die Ausnahmeregelung in Art. 7 Abs. 5 für Betriebe der Primärproduktion ist hingegen nicht nachvollziehbar. Immerhin handelt es sich um Betriebe, die ein erhöhtes Risiko darstellen.	<del>5 Ausser im Bereich der Primärproduktion können die</del> Die zuständigen Vollzugsbehörden können die Zeitspanne zwischen den Kontrollen nach Absatz 1 bei Betrieben verkürzen, die im Vergleich mit anderen Betrieben der gleichen Kategorie ein erhöhtes Risiko darstellen.
Anhang 1	In Anhang 1 der MNKPV sind die maximalen Zeitspannen zwischen den Grundkontrollen festgelegt. Wir sind der Ansicht, dass bei Kontrollintervallen von bis zu acht Jahren und mehr selbst für sehr tiefe Risiken die Kontrollen in den Betrieben allzu spärlich erfolgen.	<i>Die Zeitspannen zwischen zwei Kontrollen dürfen im Anhang 1 generell nicht mehr als <u>5 Jahre</u> betragen.</i>

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Mit der Änderung von Art. 32 Abs. 1 soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht vermarktet werden kann. Ein Teil der Konsumentenschaft empfindet die muttergebundene Kälberaufzucht, bei welcher das Kalb bei der Kuh säugt und die Kuh gleichwohl regelmässig gemolken wird, als besonders tierfreundlich und fragt entsprechende Produkte nach. Die vorgeschlagene Änderung der Definition von Milch in der VLtH ist aber äusserst problematisch.</p> <p>Die gesetzliche Vorgabe, nach welcher das ganze Gemelk mit unverändertem Gehalt abgeliefert werden muss, ist der Tatsache geschuldet, dass sich der Fettgehalt der Milch während des Melkens stark verändert. Der grösste Teil des Milchfettes wird von der Kuh erst am Ende des Melkvorgangs abgesondert. Zwischenzeitliches Säugen des Kalbes führt dazu, dass die Zusammensetzung der gemolkenen Milch verändert ist und abhängig vom System der muttergebundenen Kälberaufzucht stark schwanken kann.</p> <p>Bei der heute vielerorts verbreiteten Bezahlung der Rohmilch nach ihrem Fett- und Eiweissgehalt wird der monatliche Gehaltszuschlag üblicherweise auf der Basis von monatlich zwei Gehaltsbestimmungen bzw. zwei bis acht Gemelken berechnet. Bei Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht besteht wegen der Schwankungen im Gehalt die Gefahr der Täuschung des Milchkäufers, ausser der Milchkäufer analysiert den Milchgehalt bei jeder Milcheinlieferung, was sich für den Milchproduzenten wegen des erhöhten Kontrollaufwands negativ auf den Milchpreis auswirken dürfte. In jedem Fall sollte der Milchproduzent den Milchkäufer informieren müssen, wenn er ein Kalb bei gemolkenen Kühen (und desgleichen bei anderen Säugetierarten) säugen lässt. Zu beachten ist weiter, dass in der Schweiz nicht alle Milchkäufer die Milch nach Gehalt bezahlen und dass darum der Gehalt dieser Milch beim Milcheingang gar nicht analysiert wird.</p> <p>Die muttergebundene Kälberaufzucht ist für die traditionelle Käseherstellung kritisch, da gewerbliche Käsereien Gehaltsanalysen der Kessmilch in der</p>	<p><sup>1</sup> Milch ist das <u>vollständige und unveränderte Gemelk durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der normalen Eutersekretion</u> eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a, <u>wie es von richtig genährten Tieren durch regelmässiges, ununterbrochenes und vollständiges Ausmelken gewonnen wird.</u></p>

	<p>Regel in einem externen Labor machen lassen müssen und die Fettstandardisierung der Kessmilch nicht kurzfristig korrigieren können. Schwankungen im Gehalt aufgrund muttergebundener Kälberaufzucht dürften zu unerwünschten Schwankungen im Fettgehalt (FiT) der Käse führen. Diese Problematik ist bei industriell verarbeiteter Milch weniger gegeben, da bei diesen Produkten die Milch meist gemäss dem im Produktionsprozess gemessenen Gehalt standardisiert wird.</p> <p>Allgemein bekannt ist, dass eine Erhöhung der Melkfrequenz zu einer deutlichen Erhöhung freier Fettsäuren in der Milch führt. Uns sind demgegenüber keine Studien bekannt, die den Einfluss der Kombination von Säugen und Melken auf die Fettschädigung der Milch untersucht haben. Da nicht auszuschliessen ist, dass die muttergebundene Kälberaufzucht zu einer stärkeren Fettspaltung führt, darf eine Änderung des Art. 32 Abs. 1, welche eine muttergebundene Kälberaufzucht zulässt, keinesfalls ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlagen eingeführt werden. Auch die Problematik der Fettschädigung dürfte in erster Linie die traditionelle Rohmilchkäseherstellung betreffen, da bei der industriellen Milchverarbeitung die Milch üblicherweise einer Hitzebehandlung unterzogen wird (Inaktivierung der Lipase) und dadurch keine Probleme zu erwarten sind.</p> <p>Hinsichtlich des Einflusses der muttergebundenen Kälberaufzucht auf die Eutergesundheit sowie mikrobiologisch-hygienischer Auswirkungen ist die wissenschaftliche Datenlage gering und es finden sich in der Literatur widersprüchliche Ergebnisse. Allgemein wird von den Lebensmittelherstellern und ihren Lieferanten eine hygienisch einwandfreie Produktionsweise erwartet. Das Einspeicheln der Zitzen während dem Säugen bei gleichzeitigem Melken dürfte für viele Konsumentinnen und Konsumenten nicht der Idealvorstellung einer hygienischen Milchproduktion entsprechen. Wir finden es unverantwortlich, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, ohne dass gleichzeitig in der VHyMP zumindest für das Reinigen der Euter explizite Anforderungen aufgenommen werden.</p>	
Art. 33 Abs. 1	Die Ausweitung der Gültigkeit des Art. 33 Abs. 1 auf Büffelmilch ist sinnvoll und unbestritten.	<i>keine Änderungen</i>
Art. 41 Abs. 2	Der neu formulierte Verordnungstext in Art. 41 Abs. 2 ist klarer und unbestritten.	<i>keine Änderungen</i>

Art. 52 Abs. 2	<p>Käse wird in Festigkeits- und Fettgehaltsstufen eingeteilt. Die Einteilung der Festigkeitsstufe erfolgt nach dem Gehalt des fettfreien Wasseranteils (wff) in der Käsemasse. Beim Reifen verliert der Käse durch Verdunstung Wasser und lang gereifte Käse können dadurch einen wff Gehalt erhalten, der eine Einteilung in eine andere Festigkeitsstufe nötig macht. Bei Sortenkäse führt eine solche Änderung zur Verwirrung da die Festigkeitsstufe mit der Bezeichnung des Käses verbunden wird. Je kleiner die Käsestücke sind, desto grösser ist die Auswirkung. Die meisten Beanstandungen der Vollzugsbehörden sind diesbezüglich bei geriebenen Käsen, da bei diesen Produkten die Oberfläche sehr gross ist.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, die Bandbreite der einzelnen Festigkeitsangaben überlappend zu gestalten und verweisen auf analoge Regelungen in der KäseVO (Deutschland).</p>	<p><sup>2</sup> Gereifter Käse wird nach dem Wassergehalt im fettfreien Käse (wff) in folgende Festigkeitsstufen eingeteilt:</p> <p>a. extra-hart bis 500 g/kg;  b. hart mehr als <del>500</del> 480 und bis 540 g/kg;  c. halbhart mehr als <del>540</del> 520 und bis 650 g/kg;  d. weich mehr als <del>650</del> 630 g/kg.</p>
Art. 59 Abs. 2	<p>Bei der Verwendung von geeignetem gereiftem Halbhart- und Hartkäse zur Herstellung von Fertig-Fondue ist der Höchstgehalt von 30 g Stärke pro kg problemlos. Wenn minderwertiger Käse zur Herstellung von Fertig-Fondue verarbeitet wird, muss unter Umständen mit einer höheren Stärkezugabe korrigiert werden. Im Sinne des Täuschungsschutzes befürworten wir, den Art. 59 Abs. 2 unverändert beizubehalten.</p>	<p><sup>2</sup> <u>Fertig-Fondue darf höchstens 30 g Stärke pro Kilogramm enthalten.</u></p>
Art. 60	<p>Die Angabe der Fettgehaltsstufe bei Fertig-Fondue ist unserer Ansicht nach von eher untergeordneter Bedeutung. Wir sind mit der Aufhebung von Art. 60 einverstanden.</p>	<p><i>keine Änderungen</i></p>
<p>Art. 61  Art. 62 Abs. 1, 4 und 5  Art. 63  Art. 64 Abs. 1</p>	<p>Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sind Produkte aus Käse – wie es der Name sagt –, ebenso die Schmelzkäsezubereitungen. Wir können nicht akzeptieren, dass es Produkte mit der Sachbezeichnung «...-käse» gibt, bei denen die Käsezutat im hinteren Teil der Zutatenliste zu finden ist. Das Streichen der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse in Artikel 61 Absatz 2 sowie für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung in Absatz 3 führt z.B. dazu, dass Schmelzkäse u.a. mit pflanzlichem Fett und anderen Zutaten (Stärke) oder Füllstoffen versehen werden könnte und so an Qualität verlieren würde. Ein solches Produkt entspricht nicht mehr den qualitativen Ansprüchen, die die Schweizer Konsumenten gewohnt sind.</p> <p>Auch wenn im Ausland und auch in der EU hier effektiv tiefere Anforderungen bestehen als in der Schweiz, sind unseren Traditionen folgend die Vorgaben</p>	<p><i>Die Artikel 61 bis 64 sind unverändert beizubehalten.</i></p> <p>Art. 61 Schmelzkäse und Streichschmelzkäse  <sup>1</sup> <u>Schmelzkäse und Streichschmelzkäse sind Erzeugnisse aus Käse, die durch Schmelzen unter Anwendung von Wärme und einem Emulsionsprozess, in der Regel unter Verwendung von Schmelzsälen, hergestellt werden.</u>  <sup>2</sup> <u>Für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse dürfen zusätzlich zu Käse verwendet werden:</u>  a. <u>Milch und Milchprodukte;</u>  b. <u>Gewürze, Kräuter und daraus hergestellte Extrakte;</u></p>

	<p>zu den in Schmelzkäse und -zubereitungen zugelassenen Zutaten, die Anforderungen an die Käsetrockenmasse und die Anforderungen an solche Produkte mit geschützten Bezeichnungen beizubehalten.</p>	<p><u>c. Speisesalz;</u>  <u>d. Trinkwasser.</u>  <sup>3</sup> <u>Für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse mit einer Käsebezeichnung dürfen zusätzlich zu Käse ausschliesslich verwendet werden:</u>  <u>a. Milchfett;</u>  <u>b. Speisesalz;</u>  <u>c. Trinkwasser.</u>          Art. 62 Anforderungen an Schmelzkäse und Streichschmelzkäse  <sup>1</sup> Die Trockenmasse (T) des Endproduktes muss zu mindestens <u>750 g/kg</u> aus Käsetrockenmasse bestehen.  <i>Abs. 2 und 3 unverändert</i>  <sup>4</sup> <u>Die Trockenmasse muss betragen:</u>  <u>a. beim Schmelzen von extrahartem und hartem Käse: mindestens 500 g/kg;</u>  <u>b. beim Schmelzen von halbhartem Käse: mindestens 450 g/kg;</u>  <u>c. beim Schmelzen von weichem Käse: mindestens 350 g/kg.</u>  <sup>5</sup> <u>Für die Zusammensetzung gelten folgende Anforderungen:</u>  <u>a. Wird zusammen mit der Sachbezeichnung eine Bezeichnung verwendet, die nach der GUB/GGA-Verordnung vom 28. Mai 1997 oder nach einem für die Schweiz bindenden völkerrechtlichen Vertrag geschützt ist, so darf ausschliesslich der genannte Käse eingeschmolzen sein.</u>  <u>b. Wird zusammen mit der Sachbezeichnung eine Herkunftsangabe nach dem Markenschutzgesetz vom 28. August 1992 verwendet, so muss die Schmelzmischung mindestens 750 g/kg des genannten Käses enthalten. Der übrige Käse muss dem genannten Käse ähnlich sein.</u>  <u>c. Wird eine andere Käsebezeichnung verwendet, so muss die Schmelzmischung zu mehr als 500 g/kg aus dem betreffenden Käse bestehen.</u>          Art. 63 Schmelzkäsezubereitungen</p>
--	---	---

		<p><sup>1</sup> Schmelzkäsezubereitungen bestehen aus Schmelzkäse und Zutaten.</p> <p><sup>2</sup> <u>Die Trockenmasse des Endproduktes muss aus mindestens 500 g Käsetrockenmasse pro Kilogramm bestehen.</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Entsprechend dem Fett i. T. muss das Endprodukt die folgende Trockenmasse aufweisen:</u></p> <p>a. <u>bei 450 g/kg (Fett i. T.) und mehr: mindestens 400 g/kg;</u></p> <p>b. <u>bei weniger als 450 g/kg (Fett i. T.): mindestens 200 g/kg.</u></p> <p>Art. 64 Kennzeichnung</p> <p><sup>1</sup> <u>Zusätzlich zu den Angaben nach Artikel 41 Absatz 1 ist bezüglich des Käseanteils in Käseerzeugnissen die Geschmacksgebung durch Gewürze, Kräuter, Behandlung mit Rauch, Spirituosen oder andere Zutaten anzugeben.</u></p> <p><sup>2</sup> <u>Bei Käsezubereitungen und Fertig-Fondue kann, bezogen auf den Käseanteil, anstelle des Fettgehalts nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a die Fettgehaltstufe nach Artikel 52 Absatz 1 angegeben werden.</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Bei Schmelzkäse, Streichschmelzkäse und Schmelzkäsezubereitungen kann anstelle des Fettgehalts nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a auch die Fettgehaltstufe oder der Mindestfettgehalt in der Trockenmasse nach Artikel 62 Absatz 3 angegeben werden.</u></p>
--	--	--

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 und Anhang 1 Ziffer 4	Auf dem Markt sind immer wieder vegetarische oder vegane Produkte mit einer Bezeichnung eines Lebensmittels tierischer Herkunft anzutreffen. Eine klare und unmissverständliche Vorgabe durch den Gesetzgeber fehlt. Zur Verbesserung des Täuschungsschutzes sollen vegetarische und vegane Produkte keine Bezeichnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft tragen dürfen.	Art. 6. Abs. 1 <sup>bis</sup> ( <i>neu</i> ) <u>Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.</u>
Art. 9 Abs. 1 Bst. d	Gemäss Expertenbericht der Eidgenössischen Ernährungskommission besteht bei einem zunehmenden Anteil der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen ein Jodmangelrisiko. Einer Erhebung des BAG zufolge liegt die Jodversorgung der Schweizer Bevölkerung im untersten Bereich der WHO-Empfehlung. Die Salzstrategie des Bundes, die darauf abzielt, den Salzkonsum generell zu senken, gefährdet die ausreichende Jodversorgung der Bevölkerung zusätzlich. Das BLV empfiehlt deshalb nebst anderen Massnahmen einen breiten Einsatz von Jodsalz in der Lebensmittelindustrie und der Gemeinschaftsgastronomie. Der gewichtigste Hinderungsgrund für die Käsebranche, jodiertes Salz einzusetzen, ist die Deklarationspflicht für jodiertes oder fluoridiertes Salz. Wir beantragen, dass bei Käse die Jodierung oder Fluoridierung des Salzes nicht mehr explizit angegeben werden muss.	2. Salz, das für die Herstellung von Käse, ausser Frisch- oder Schmelzkäse, notwendig ist; <del>wird jodiertes oder fluoridiertes Speisesalz (Kochsalz oder Salz) verwendet, so ist auf die Jodierung oder die Fluoridierung hinzuweisen;</del>
Anhang 5, Teil C, Bst. 1 ( <i>nur frz. Version</i> )	Die Terminologie für «Schmelzsalze» ist nicht harmonisiert mit der EU. Zur besseren Harmonisierung wäre es wichtig, auch den Begriff «sels émulsifiants» benutzen zu dürfen.	Antioxydants Amidon modifié Poudre à lever Acidifiant Émulsifiant Correcteur d'acidité Colorant Agent moussant Affermissant Antimoussant

		Humectant Sels de fonte <u>ou sels émulsifiants</u> Agent de charge Stabilisant Gélifiant Édulcorant Exhausteur de goût Gaz propulseur Séquestrant Antiagglomérant Conservateur Agent d'enrobage Agent de traitement de la farine Épaississant

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

# 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.6.1	Die Phosphate E 338–E 341, E 343 und E 450–E 452 sind unter der Lebensmittelkategorie "01.6.3 Sonstige Rahmprodukte" auch für pasteurisierten Rahm zugelassen, wie das übrigens schon seit je der Fall war. Logischerweise müsste die Bemerkung «pasteurisierter Rahm und Schlagrahm» in der Lebensmittelkategorie 01.6.3 gestrichen werden und die Phosphate dafür in der Lebensmittelkategorie 01.6.1 ergänzt werden.	E 338–E341; E 343; E 450–E 452 / Phosphorsäure - Phosphate - Di-, Tri und Polyphosphate / Höchstmenge 5000 mg/kg, berechnet als P2O5
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Die Einschränkungen der Zusatzstoffe E 153 und E 160c auf bestimmte Käsesorten sind mit dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten nicht zu begründen. Diese Zusatzstoffe können für alle gereiften Käse zugelassen werden.	E 153 / Pflanzenkohle / GHP / <del>Nur Morbier</del> E 160c / Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin) / GHP <del>/ Nur gereifter orangefarbener, gelber und perlweisser Käse sowie roter Pestokäse</del>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.2	Bei Produkten, die mit Natamycin behandelt wurden, müssen die Konsumentinnen und Konsumenten aus Gründen des Gesundheitsschutzes darauf hingewiesen werden, dass sie die Rinde vor dem Konsum grosszügig entfernen müssen. Eine entsprechende Vorschrift würde die vom Bundesrat initiierte Strategie gegen Antibiotikaresistenzen (StAR) unterstützen.	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm2 Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung von ungeschnittenem Hartkäse, ungeschnittenem halbfestem Käse und ungeschnittenem halbweichem Käse. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <u>Mit Natamycin behandelte Käse müssen mit dem Hinweis «Rinde grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.</u>
Anhang 3, Teil B., Lebensmittelkategorie 01.7.6	ditto	E 235 / Natamycin / 1 mg/dm2 Oberfläche / Nur Oberflächenbehandlung ungeschnittener harter, halbfester und weicher Produkte. Darf nicht tiefer als 5 mm eindringen. <u>Mit Natamycin behandelte Käseprodukte müssen mit dem Hinweis «Rinde grosszügig entfernen (mindestens 5 mm). Die Rinde und die Käse-Randzonen sind nicht zum Verzehr geeignet.» versehen werden.</u>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Bei fermentierten Lebensmitteln sollte auf die Spezifikation der Starterkulturen verzichtet werden.	1 <sup>bis</sup> Werden einem Lebensmittel lebende Bakterienkulturen zugesetzt, so ist im Verzeichnis der Zutaten auf die spezifische wissenschaftliche Nomenklatur hinzuweisen. <u>Davon ausgenommen sind die Starterkulturen fermentierter Lebensmittel.</u>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Die bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht. Wir schlagen vor, den Art. 2 beizubehalten.	<u>GVO-Erzeugnisse sind Lebensmittel, Zusatzstoffe oder Verarbeitungshilfsstoffe, die:</u> <u>a. gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sind;</u> <u>b. GVO enthalten;</u> <u>c. aus GVO gewonnen wurden;</u> <u>d. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit andern Organismen hervorgehen.</u>



**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 66 Abs. 4	Die Branchenleitlinien enthalten die gute Verfahrenspraxis beruhend auf dem HACCP-System und dessen Grundsätzen. Darin eingeschlossen sind die mikrobiologischen Richtwerte. Zusätzliche, vom BLV festgelegte Richtwerte erübrigen sich somit. Der letzte Satz in Art. 66 Abs. 4 kann gelöscht werden.	<sup>4</sup> Zur Überprüfung der guten Verfahrenspraxis hat die verantwortliche Person hergestellte, verarbeitete oder zubereitete Produkte während ihrer Haltbarkeitsdauer nach den mikrobiologischen Richtwerten gemäss Branchenleitlinien nach Artikel 80 LGV zu untersuchen. <del>Hat die Branche keine mikrobiologischen Richtwerte festgelegt, so kann das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Richtwerte festlegen.</del>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 10 Abs. 1 Bst. h und Bst. l ( <i>neu</i> )	<p>Für die Herstellung von Konsummilch oder anderen Milchprodukten ist wichtig, dass die Milch von Tieren stammt, die regelmässig und mindestens zweimal täglich gemolken werden. Die Umstellung auf einmal tägliches Melken am Ende der Laktationsperiode verstärkt die gegenüber der Normalmilch ohnehin schon feststellbaren Veränderungen in altemelker Milch markant. Altemelke Milch und eben erst recht übermalete Milch (Milch von nur einmal täglich gemolkenen Tieren) ist für die Verarbeitung untauglich und geschmacklich verändert. Der Art. 10 Abs. 1 Bst. h darf deshalb keinesfalls aufgehoben werden.</p> <p>Sowohl sehr lange Zwischenmelkzeiten als auch relativ kurze Zwischenmelkzeiten geben Probleme bei der Milchverarbeitung, insbesondere bei der Herstellung von Rohmilchkäse. Sinnvollerweise und in Berücksichtigung der technischen Fortschritte (Roboter melken) sollten im Artikel 10 zusätzlich minimale und maximale Zwischenmelkzeiten festgelegt werden.</p> <p>Sollte beabsichtigt sein, die muttergebundene Kälberaufzucht zuzulassen, so muss die VHyMP unbedingt mit Angaben ergänzt werden, die die zulässigen Systeme der muttergebundenen Kälberaufzucht spezifizieren, welche die Milchverarbeitung nicht negativ beeinflussen. Die Auswirkungen der möglichen Systeme (Kurzzeitsäugen oder Langzeitsäugen, restriktives oder unbegrenztes Säugen, Säugen unmittelbar vor oder nach dem Melken, Säugen mit zeitlichem Abstand vor oder nach dem Melken, zeitlich unbegrenzter Kuh-Kalb-Kontakt und damit unbegrenztes, unregelmässiges Säugen, kontrolliertes oder unkontrolliertes Absetzen der Jungtiere) sind vorgängig wissenschaftlich zu evaluieren.</p> <p>Soll Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht zugelassen werden, sind in der VHyMP zusätzliche Anforderungen an die Euterreinigung festzulegen, um eine hygienische Milchgewinnung zu gewährleisten. Zudem muss bei muttergebundener Kälberaufzucht der Milchkäufer davon in Kenntnis gesetzt werden und sein explizites Einverständnis eingeholt werden.</p> <p>Im Weiteren verweisen wir auf unsere Bemerkungen und Änderungsvorschläge zur VLtH Art. 32 Abs. 1.</p>	<p><u>h. Milch von Tieren, die weniger als zweimal pro Tag gemolken werden;</u></p> <p><u>l. Milch von Tieren mit einer Zwischenmelkzeit von weniger als 7.5 Stunden oder mehr als 14 Stunden. Die durchschnittliche Anzahl Melkungen aller Tiere einer Herde innerhalb von 24 Stunden darf nicht über 2.5 liegen.</u></p>

<p>Art. 14 Abs. 6</p>	<p>Die gesetzliche Vorgabe ist, dass Milch innerhalb von 48 Stunden zum Verarbeitungsbetrieb abtransportiert werden muss (Art. 14 Abs. 6 VHyMP). Bis Ende April 2017 hatte diese Regelung keine Bedeutung für Milch anderer Tierarten. Mit der Revision des Lebensmittelrechtes vom 16. Dezember 2016, welche per 1. Mai 2017 in Kraft gesetzt wurde, wurde jedoch die Definition von Milch vom vormals alleinigen Bezug auf die Kuh (Art. 26 Abs. 1 VO des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft) auf andere Säugetierarten ausgeweitet (Art. 32 Abs. 1 VLtH). Somit gelten die gleichen gesetzlichen Anforderungen an die Abholung von Ziegenmilch wie für Kuhmilch.</p> <p>Auf EU-Ebene gibt es keine gesetzliche Regelung zum Mindestintervall, in welcher Milch aller Nutztierarten auf den Milchproduktionsbetrieben abgeholt werden muss. In der EU-Verordnung NR. 853/2004 über die spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs ist dazu nichts enthalten. Sie beinhaltet nur Anforderungen an die Kühlung der Milch, welche zwischen täglicher und nicht-täglicher Abholung unterscheidet. Auf Nachfrage bei anderen Molkereien in Deutschland und den Niederlanden liegen (zumindest in diesen beiden Ländern) auch auf einzelstaatlicher Ebene dazu keine Vorgaben über einen minimalen Abholrhythmus von Rohmilch auf den Betrieben vor.</p> <p>Die Umstellung auf einen zweitägigen Abholrhythmus bei Milch anderer Tierarten wie z.B. Ziegenmilch würde zu einer Verdoppelung der Logistikkosten für diese Milcharten führen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten aus Milch anderer Tierarten gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten deutlich verschlechtern. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses wertschöpfungsstarken Nischenmarktes wäre in Frage gestellt.</p> <p>Die Verordnungen sollten so angepasst werden, dass Milch anderer Tierarten bezüglich Mindestintervall der Abholung auf dem Produktionsbetrieb gegenüber der Kuhmilch wieder differenziert behandelt und die Beibehaltung der heutigen Praxis ermöglicht wird.</p>	<p><sup>6</sup> Das erste Gemelk darf bis zum Abtransport in den Verarbeitungsbetrieb höchstens 48 Stunden gelagert werden. <u>Für Milch anderer Tierarten sind die Fristen zwischen Milchproduzent und Milchkäufer festzulegen.</u> Die Lebensmittelsicherheit ist jederzeit zu gewährleisten.</p>



**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service	: Association interprofessionnelle de l'Absinthe
Sigle entreprise / organisation / service	: AIA
Adresse, lieu	: c/o Blackmint SA, rue du Creux-aux-Loups 2, 2112 Môtiers NE
Interlocuteur	: Frédéric Rothen, président
N° de téléphone	: 079 66 77 910
E-mail	: frederic.rothen@sunrise.ch
Date	: 22 août 2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019 .....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels .....	4
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	5
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	6
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	7
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. ....	8
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	9
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	10
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	11
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	13
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants .....	14
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	15
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible .....	16
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires .....	17
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires .....	18
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires .....	19
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires .....	20
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées .....	21
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	22
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	23
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	24
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public.....	25
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers .....	26
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège .....	27

1      Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019
Remarques générales
néant

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>



**7 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)									
147	<p>Les boissons désignées "Absinthe" au 19ème siècle ne contenaient à notre connaissance jamais de sucre ou d'édulcorant. Nous savons que, sans définition légale précise, certaines entreprises utilisent ou sont tentées d'utiliser le sucre dans des produits nommées «Absinthe» pour adoucir les produits, réduire les coûts et attirer davantage de consommateurs, principalement les plus jeunes alors que sa réputation historique attirent déjà certains consommateurs pour de mauvaises raisons. Par ailleurs nous estimons que l'édulcoration donne à ces entreprises un avantage injuste par rapport aux autres qui maintiennent la tradition et les normes de qualité.</p> <p>L'absinthe ne devrait pas être traitée différemment que le Whisky.</p>	<p>Nouvel alinéa</p> <p>4 L'absinthe ne peut faire l'objet d'aucune édulcoration.</p>									
Annexe 15	<p>Au 19ème siècle, le taux d'alcool pour l'absinthe se situait entre 45% et 72%, avec pratiquement aucune variation en dehors de celle-ci. À l'exception peut-être des mélanges d'absinthe prêts à boire, il existe très peu de produits en dessous de cette gamme actuellement.</p>	<p>Faire passer l'Absinthe de la lettre (b) à la lettre (a).</p> <p><i>Titre alcoométrique volumique minimal (teneur en alcool) des boissons spiritueuses</i></p> <table> <tr> <td>a.</td><td>Pastis de Marseille, <b>absinthe</b></td><td>45,0 %</td></tr> <tr> <td>b.</td><td>Whisky, eau-de-vie de pomme de terre, pastis, <del>absinthe</del>, Mistra<sup>34</sup></td><td>40,0 %</td></tr> <tr> <td>c.</td><td>....</td><td></td></tr> </table>	a.	Pastis de Marseille, <b>absinthe</b>	45,0 %	b.	Whisky, eau-de-vie de pomme de terre, pastis, <del>absinthe</del> , Mistra <sup>34</sup>	40,0 %	c.	....	
a.	Pastis de Marseille, <b>absinthe</b>	45,0 %									
b.	Whisky, eau-de-vie de pomme de terre, pastis, <del>absinthe</del> , Mistra <sup>34</sup>	40,0 %									
c.	....										



**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**24 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège**

**Remarques générales**

Article	Commentaire / remarques	Proposition de modification (texte)



## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kleinbauern-Vereinigung  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VKMB  
Adresse, Ort : Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Barbara Küttel  
Telefon : 031 312 64 00  
E-Mail : [info@kleinbauern.ch](mailto:info@kleinbauern.ch)  
Datum : 22.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	8
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	9
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	10
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	11
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	12
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	13
9	EDI: Getränkeverordnung .....	15
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	16
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	17
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	18
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	19
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	20
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	21
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	22
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	23
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	24
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	28
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	29
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	30
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen.....	31
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	32
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	33

<b>1</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>
Allgemeine Bemerkungen	

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

#### Gentechnikfreiheit als Ganzes ausloben

Die Schweizer Bauern verzichten auf den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel, auch wenn deren Einsatz theoretisch möglich wäre. Die Kleinbauern-Vereinigung ist darüber sehr erfreut. Leider wird diese «Gesamtleistung» viel zu wenig der Konsumentin und dem Konsumenten ins Bewusstsein gerückt. Wir sind deshalb der Meinung, dass die Schweiz die gentechfreie Landwirtschaft als Ganzes viel stärker ausloben sollte, statt eine Deklaration einzuführen, die wohl eher zu Verwirrung statt Orientierung für Konsumentinnen und Konsumenten führt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15. Abs 2a/Art.31 Abs 3 und 5 im Allgemeinen	<p><b>Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, dass GVO-Fermenterprodukte rechtlich als neuartige Lebensmittel angesehen und als solche bewilligt werden, unter folgenden Voraussetzungen:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <b>Es soll für mehr Transparenz gesorgt werden.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Um mehr Transparenz zu schaffen, sollte das BLV eine öffentliche Liste der GVO-Fermenterprodukte führen, die in der Schweiz verkehrsfähig sind (in der Schweiz bewilligte sowie in der EU bewilligte Produkte).</b> <p>Die Konsumenten müssten auch nach der Revision einen Überblick über die bisher bewilligten GVO-Fermenterprodukten behalten können. GVO-Fermenterprodukte bleiben auch nach der geplanten Revision nicht kennzeichnungspflichtig. Zurzeit führt das BLV auf seiner GVO-Webseite eine Liste der bewilligten GVO-Fermenterprodukte. Zudem müssen nach geltendem Recht Bewilligungen von GVO-Fermenterprodukten im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden (Art. 5 Abs. 2 VGVL). Bei den neuartigen Lebensmitteln ist dies anders. Das BLV bietet zwar auf seiner Webseite eine Liste, der in der EU bewilligten, neuartigen Lebensmitteln an. Die GVO-Erzeugnisse der Liste sind jedoch nicht alle als solche kenntlich gemacht.</p> </li> </ul> </li> <li> <b>Die Biosicherheit soll höhere Wichtigkeit erhalten.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Damit die Anwesenheit von GV Organismen in den gereinigten Fermenterprodukten mit grosser Sicherheit ausgeschlossen werden kann, fordern wir, dass der Nachweis der GVM/rDNA-Abwesenheit auf Stufe</b></li> </ul> </li> </ol>	

	<p><b>Verordnung geregelt und die anzuwendende Nachweismethode genau beschrieben wird.</b></p> <p>GVO-Fermenterprodukte stellen nur dann keine Gefährdung für die Umwelt dar, wenn sie frei von GVO und deren rekombinanter DNA sind. Dementsprechend sollte der Gesetzgeber den Herstellern vorschreiben, mit welchen Verfahren sie in ihren Produkten die Abwesenheit von GVO Organismen und deren rekombinanter DNA nachzuweisen haben. Aktuell ist dies nicht der Fall: weder die VgVL noch die Verordnung über neuartige Lebensmittel (Bewilligungsverfahren) enthalten konkrete Vorschriften dazu. Das BLV bietet zwar online ein Gesuchsformular an, in dem auf eine Checkliste der EFSA und deren Leitlinie für GVM verweist, wie die Abwesenheit von GVM/rDNA nachzuweisen ist.</p> <p><b>3. Die Lebensmittelsicherheit soll mehr Gewicht bekommen.</b></p> <p>⇒ <b>Um der Lebensmittelsicherheit mehr Gewicht beizumessen, fordern wir, dass die wichtigsten Anforderungen an die Gesuchsunterlagen für GVO-Fermenterprodukte, bzw. für andere neuartige Lebensmittel (ähnlich wie bei GVO-Erzeugnissen) auf Stufe Verordnung reguliert werden.</b></p> <p>Im Vergleich zu GVO-Erzeugnissen, bei denen die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen weitgehend auf Stufe Verordnung reguliert sind, sind diese bei neuartigen Lebensmitteln vorwiegend nur auf Stufe Behördendokumente geregelt.</p>	
<b>Artikel 31 Absatz 3</b>	<p><b>Bei der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel sollten nicht nur Umweltrisiken ausgeschlossen werden.</b></p> <p>Im Einklang mit den Forderungen der Artikel 6. des Gentechnikgesetzes, sollten solche Lebensmittel nur dann zugelassen werden, wenn auch alle Risiken für <u>die menschliche Gesundheit und für Tiere</u> ausgeschlossen werden können.</p>	<b>Artikel 31 Absatz 5:</b> ...Das BLV erteilt die Bewilligung, wenn eine Umweltgefährdung <u>sowie alle Risiken für Tiere und die menschliche Gesundheit ausgeschlossen werden können.</u>
<b>Artikel 31 Absatz 5 Buchstabe c</b>	<p><b>Der Begriff «gereinigte GVO-Erzeugnisse» soll definiert werden.</b></p> <p>Um den Konsumenten bestmöglichst zu schützen, soll <b>einen Reinigungsgrad von 100% vorgegeben werden.</b></p>	<b>Buchstabe c durch folgende Definition ergänzen:</b> <u>Gereinigt: Das Produkt enthält keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen.</u>
<b>Artikel 37</b>	<p><b>Gentechnikfrei-Auslobung</b></p> <p>Als Angleichung an unsere Nachbarländer soll neu eine Auslobung «Gentechnikfrei» möglich sein, auch wenn neben GVO-Tierarzneimitteln</p>	<b>Gentechnikfrei-Auslobung führt zu Verwirrung und Täuschung der KonsumentInnen. Deshalb lehnen wir die Auslobung ab.</b>



	<p>durch GVO hergestellte Futtermittelzusatzstoffe sind (=Fermenterprodukte) den Futtermitteln zugefügt werden.</p> <p><b>Wir sind der Meinung, dass ein solches Label für die Konsumenten nicht durchschaubar ist und nicht zugeordnet werden kann. Zudem sollte der Begriff «Gentechnikfrei» nicht verwässert werden. Dies könnte zu einer Konsumententäuschung führen. Deswegen lehnen wir die vorgeschlagene Auslobung ab.</b></p> <p><b>Unsere ablehnende Haltung lassen sich mit den folgenden Argumenten begründen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Da heute alle im Inland produzierten Lebensmittel gentechnikfrei sind, wäre eine solche Auslobung für die KonsumentInnen schwer nachvollziehbar. Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</li> <li>-Bei diversen Labels (BioSuisse, IP, etc.) wird gentechnikfrei in den Richtlinien vorgeschrieben. Aufgrund der Bioverordnung dürften solche Produkte nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden. Dies wäre für KonsumentInnen nicht nachvollziehbar und könnte für Verwirrung sorgen.</li> <li>-Die Auflage, dass Lebensmittel pflanzlicher Herkunft nur mit der Kennzeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» ausgelobt werden können, wenn ein gleichwertiges, gentechnisch verändertes Produkt als GVO vom BLV bewilligt wurde, ist den KonsumentInnen nicht bekannt. Dies würde dazu führen, dass nur tierische Produkte ausgezeichnet würden. Aktuell verbinden KonsumentInnen Gentechnik jedoch eher mit pflanzlichen Produkten – warum diese nicht als gentechnikfrei ausgelobt werden, wird für die KonsumentInnen nicht nachvollziehbar sein.</li> <li>-Die Bio-Branche verwendet keine GVO-Futtermittelzusätze. Diese sind entweder verboten (z.B. Aminosäure) oder es konnten immer Alternativen gefunden werden. KonsumentInnen könnten getäuscht werden, wenn die Verwendung dieser Zusätze möglich wird. Ebenso verwirrend könnte die Kennzeichnung Bio UND Gentechnikfrei sein.</li> <li>-Die Auslobung «Gentechnikfrei» erachten wir als täuschend, wenn nicht der ganze Prozess gentechnikfrei ist und Gentechnik bei der Produktion von Futtermittelzusätzen zum Einsatz kommt. Zwar enthalten die Futtermittelzusätze selbst keine GVO, für deren Herstellung wurden aber GVOs eingesetzt. Dieser Unterschied ist für vielen Konsumenten nicht klar und könnte daher als Täuschung empfunden werden.</li> </ul>	<p><b>Statt einzelne Produkte als gentechnikfrei auszuloben, sollte die Schweiz verstärkt für ihre gentechnikfreie Qualitätslandwirtschaft werben.</b></p> <p><b>Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</b></p>
--	---	---

	<p>-Die GV-freie Schweizer Produktion als Alleinstellungsmerkmal könnte durch die neue Regulierung Schaden nehmen.</p> <p>-Die Motion Bourgeois fordert eine Anpassung an die EU. Jedoch kennt die EU kein diesbezügliches Gemeinschaftsrecht, die Regelungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind äusserst heterogen. Es ist fraglich, ob es begründbar ist, sich an den Nachbarsländern zu orientieren und die Auswahl erscheint wenig stichhaltig.</p> <p>-Da die Verordnung keine genauen Vorschriften zur formalen Gestaltung der Auslobung vorsieht, besteht viel Spielraum für jegliche Art von Auszeichnungen und Beschriftungen, welche den Konsumenten im Unklaren lassen oder täuschen könnten. Sollte dennoch eine Auslobung vorgesehen werden, müssen die Behörden eine Formulierung vorschreiben, welche klarstellt, dass die Auslobung lediglich die Futterpflanzen umfasst.</p>	
<b>Anhang 1 der Verordnung über neuartige Lebensmittel/Ohne Bewilligung in der Schweiz verkehrsfähige neuartige Lebensmittel</b>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen werden.</b></p> <p>Um zu verhindern, dass GVO-Erzeugnisse aus nicht geschlossenen Systemen fälschlicherweise verkehrsfähig werden, soll der Satz beibehalten und mit einer Ausnahme – ähnlich wie im geplanten Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a LGV - ergänzt werden.</p>	<p><b>Der Satz nach Punkt b “Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel” soll nicht gestrichen, sondern durch eine Ausnahme ergänzt werden:</b></p> <p>«Ausgenommen sind gentechnisch veränderte Lebensmittel <u>ausser solche nach Artikel 31 Absatz 5 LGV</u>»</p>

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	Wir begrüßen die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	Wir lehnen die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab.  Die Erläuterungen des BLV zu diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss ohne Fixierung im natürlichen Umfeld auch in Bezug auf Pferde, Schweine und kleine Wiederkäuer verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen
Art. 9a Abs. 2 lit. a	Aktuell sieht der Verordnungsentwurf für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1 <sup>bis</sup> TSchV vor. Dies bedeutet, dass sich diese das Betäuben und Entbluten unter kundiger (aber nicht professioneller) Anleitung selber aneignen kann.  In Schlachtbetrieben muss das zuständige Personal demgegenüber über eine fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung in Bezug auf die Betäubung und das Entbluten der Tiere nach Art. 177 Abs. 2 i.V.m. Art. 197 TSchV verfügen – dieselbe Anforderung ist auch in Bezug auf die Hofschlachtung angezeigt.	Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 4 <sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**Allgemeine Bemerkungen**

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA endlich mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Wir begrüssen die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) verkehrsfähig ist.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist ersatzlos zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.





<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15       EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Artikel 4 Absatz 1</b>	Prüfung der Unterlagen Die nationalen Behörden sollten GVO-Erzeugnisse unabhängig von der EU im Rahmen des Bewilligungsprozess beurteilen. Dies entspricht den Erwartungen der Konsumenten.	...Es berücksichtigt dabei <u>die Beurteilungen unabhängiger Experten, sowie die</u> Beurteilungen ausländischer Behörden...
<b>Artikel 4 Absatz 2</b>	DAS BAFU soll jegliche Auswirkungen auf die Umwelt beurteilen und Empfehlungen für die Erhaltung von Ökosystemen herausgeben.	Das BAFU beurteilt die Aspekte einer potenziellen Umweltgefährdung <u>Auswirkung auf die Umwelt</u> . Diese Beurteilung wird in den Bericht des BLV integriert.
<b>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe a</b>	<p><b>Toleranzgrenze</b> Die Änderung der Verordnung VGVL wird in erster Linie mit einer nötigen Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis begründet. Jedoch wird die Toleranzgrenze für nicht bewilligten GVOs in Lebensmitteln, die von der in der EU üblichen Toleranzpraxis abweicht, nicht verändert.</p> <p>⇒ <b>Mit dem aktuellen Toleranzwert von 0,5 Massenprozent fehlt eine rechtliche Übereinstimmung mit dem EU-Raum. Deswegen fordern wir auch hierzulande die Einführung der Toleranzgrenze von 0,1%. Zudem muss sichergestellt werden, dass keine GVO auf der Toleranzliste landen, die hierzulande überleben und auskreuzen können, bzw. dass solche GVO höchstens in nicht-vermehrungsfähiger Form toleriert werden.</b></p> <p>In der EU galt zwischen 2004-2007 tatsächlich eine Übergangsregelung, die eine Toleranzgrenze von 0,5 % vorschrieb, diese wurde jedoch aufgehoben. Seit 2011 herrscht in der EU eine Nulltoleranz, mit der Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen. Bei diesen Ausnahmen wird aber auch eine Toleranzgrenze von 0,1% verlangt. Dieser Wert gilt als technische Nachweisgrenze. Da Handel und Produzenten dazu verpflichtet sind, alles Erdenkliche zu unternehmen, um Kontaminationen mit GVO zu verhindern, wird mit einem</p>	<p><b>Forderung: Toleranzgrenze von 0,1%</b></p> <p>Ohne Bewilligung toleriert werden geringe Anteile von Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Pflanzen sind, wenn: a. Die Anteile den Wert von <u>0,1 Massenprozent</u>, bezogen auf die Zutat, nicht überschreiten;</p>

	höheren Toleranzwert, wie aktuell in der Schweiz der Fall, ein falsches Signal ausgesendet.	
<b>Artikel 6a Absatz 4 und Anhang 2</b>	<p>Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis: Die Revision soll ermöglichen, dass Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO in der Schweiz vereinfacht toleriert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>⇒ <b>Wir beurteilen diese Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b></li> <li>⇒ <b>Eine vereinfachte Übernahme der in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO würde bedeuten, dass plötzlich eine grosse Zahl an bisher nicht tolerierten Sorten toleriert werden - mit einer relativ hohen Toleranzgrenze von 0.5%. In Hinsicht auf den Konsumentenschutz ist dies nicht akzeptierbar, denn KonsumentInnen wollen keine GVO auf ihren Tellern.</b></li> </ul> <p><b>1. Diskrepanz zwischen Erläuterungen und Verordnungstext:</b> In den Erläuterungen ist stets davon die Rede, dass in der EU bewilligte GVO mit einem vereinfachten Verfahren toleriert werden sollen, gemäss Verordnungstext handelt es jedoch nicht um diese, sondern um GVO, welche die EFSA als sicher beurteilt hat.</p> <p><b>2. Begründung der geplanten Änderung nicht statthaft</b> Gemäss den Erläuterungen wird die geplante Änderung mit zwei Argumenten begründet.</p> <p><b>Argument 1:</b> <i>Mit der geplanten Änderung soll verhindert werden, dass Lebensmittel, die mit nicht-bewilligten GVOs kontaminiert sind, vernichtet werden müssen («Food Waste»).</i></p> <p>Weniger Lebensmittelvernichtung ist erstrebenswert. Eine Umfrage bei den grössten Schweizer Grosshändlern hat jedoch ergeben, dass in den letzten vier Jahren keine aus der EU stammenden Lebensmittel wegen Kontamination mit GVO vernichtet werden mussten.</p> <p><b>Das angeführte Argument ist somit nicht statthaft und rechtfertigt die geplante Änderung nicht.</b></p>	<b>Wir erachten die geplante Anpassung an die EU-Bewilligungspraxis</b> (vereinfachte Tolerierung von Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO) <b>als unbegründet und lehnen sie deshalb ab.</b>

	<p>Zudem ergab eine Anfrage beim BLV, dass das Amt zwar auf seiner Webseite eine Übersicht über die Kontrollen der kantonalen Vollzugsbehörden veröffentlicht (<a href="https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html">https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/lebensmittel-und-ernaehrung/publikationen-und-forschung/statistik-und-berichte-lebensmittelsicherheit.html</a>), jedoch keine Informationen über die angeordneten Massnahmen, bzw. darüber, wie viel Menge an Ware vernichtet oder re-exportiert wurde. Denn diese Angaben sind aus den kantonalen Jahresberichten nicht ersichtlich.</p> <p><b>Argument 2:</b> <i>Die geplante Änderung soll den Handel mit der EU erleichtern. Auch das Aushandeln eines allfälligen Lebensmittelsicherheitsabkommens mit der EU soll damit vereinfacht werden.</i></p> <p>Laut den Ergebnissen der GVO-Kontrollen der Kantone in der Periode von 2011-2017 kam <b>die grosse Mehrheit</b> (gut zwei Drittel) <b>der Proben, die in der Schweiz nicht bewilligten/tolerierten GVOs enthielten, nicht aus der EU</b> sondern vorwiegend aus den USA. Denn in der EU werden kaum GV-Sorten angebaut. Auch gibt es keine Hinweise, dass eine neue GV-Sorte vermehrt zu Problemfällen führen würde, wie es vor 2016 bei der Sojasorte MON89788 der Fall war. Diese Sorte wurde daraufhin 2016 als tolerierte Sorte eingestuft.</p>	
<p><b>Artikel 6a</b> <b>Absatz 1</b> <b>Buchstabe c</b></p>	<p>Neu sollen die nur in der EU zugelassenen GVO in einem vereinfachten Verfahren, bei dem die Prüfung des Gesundheitsaspektes durch das BLV entfällt, toleriert werden. Begründet wird diese Vereinfachung damit, dass das GVO-Bewilligungsverfahren der EU dem der Schweiz gleicht. Auf diese Weise könne das BLV entlastet werden.</p> <p>⇒ <b>Wir fordern, die Überprüfung durch das BLV in geeigneter Form beizubehalten.</b></p> <p>In der Praxis handelt sich bei der Durchführung der gesetzlich geforderten Zulassungsprüfungen auch heute eher um eine Formalität, was verschiedentlich zu Kritik geführt hat.</p> <p><b>Sollte die vorgeschlagene Änderung jedoch beibehalten werden, soll das Wort «vergleichbar» durch «identisch» ersetzt werden.</b></p>	<p>Artikel 6a Absatz 1 Buchstabe c</p>

		Die Anteile von Lebensmitteln...sind von einer ausländischen Behörde in einem Verfahren, das mit demjenigen nach der LGV und dieser Verordnung vergleichbar <b>identisch</b> ist, als geeignet für die Verwendung in Lebensmitteln beurteilt worden.
<b>Streichung von Artikel 2</b>	<p>Mit der Revision soll Artikel 2, der die Definition von GVO-Erzeugnissen enthält, aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, dass GVO-Erzeugnisse bereits in Artikel 31 Absatz 1 der LGV definiert sind.</p> <p>⇒ <b>Da die zwei Definitionen nicht identisch sind, sind wir gegen die Streichung von Artikel 2 VGVL.</b></p> <p>⇒ <b>Dagegen soll auch die Definition im Artikel 31 Absatz 1 der LGV mit der Umschreibung im Buchstabe d, Artikel 2 VGVL ergänzt werden.</b></p> <p><b>- Nach einer Streichung des Artikels 2 VGVL wäre die rechtliche Einstufung dieser Erzeugnisse unklar, da sie rechtlich nicht mehr automatisch als GVO-Erzeugnisse gelten würden.</b></p> <p><b>- Zudem tangiert die geplante Streichung die Regulierung neuer Gentechnikverfahren.</b> Denn bei der Züchtung von Hefen und Pflanzen gibt es neuere Verfahren, aus denen Organismen resultieren können, die aus einer Kreuzung von GVO mit Nicht-GVO hervorgehen und trotzdem transgenfrei sind. Lebensmittelrechtlich können diese Organismen nur dann als GVO-Erzeugnis eingestuft werden, wenn Artikel 2 VGVL erhalten bleibt.</p>	<p><b>Forderung: Keine Streichung des Artikels 2 VGVL. Zudem soll auch in Artikel 31 LGV die gleiche Definition verwendet werden. Dazu muss die aktuelle Definition mit Buchstabe d des Artikels 2 VGVL ergänzt werden:</b></p> <p>«Das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die GVO sind, solche enthalten oder daraus gewonnen wurden, <u>bzw. aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit anderen Organismen hervorgehen</u> (GVO-Erzeugnisse) und die zur Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, bedarf der Bewilligung durch das BLV.»</p>

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Getreideproduzentenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SGPV  
Adresse, Ort : Belpstrasse 26, 3007 Bern  
Kontaktperson : Pierre-Yves Perrin  
Telefon : 031 381 72 05  
E-Mail : py.perrin@fspc.ch  
Datum : 22.08.19

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	2
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	3
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	4
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	5
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	6

### 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

#### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit Stellung zur Vernehmlassung Stretto 3 zu nehmen.

Als Repräsentant der Getreide-, Ölsaaten- und Eiweisspflanzenproduzenten, nimmt der SGPV Stellung zu den Themen, welche direkt die Produktion oder die Getreide- und Ölsaatenbranche betreffen. Bei allen übrigen Themen unterstützen wird die Stellungnahme vom Schweizer Bauernverband.

Wir danken Ihnen bereits im Voraus für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Vorschläge.

Freundliche Grüsse



Fritz Glauser, Präsident



Pierre-Yves Perrin, Direktor

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 15, Abs. 2, Bst. a		Anzustreben ist eine Liste der zugelassenen Stoffe / Produkte im Anhang
Art. 31, al. 5	Der SGPV begrüsst die Anpassung der Vorschläge, insbesondere dass Produkte gewonnen aus GVO, aber ohne diese selber zu enthalten, künftig dem Vorgehen für neuartige Lebensmittel unterstellt werden.	Anzustreben ist eine Liste der zugelassenen Stoffe / Produkte im Anhang
Art. 37, al. 4 (Seite 3)	Der SGPV begrüsst die Änderung, dass die Auszeichnung "ohne Gentechnik hergestellt" auch gebraucht werden kann, wenn Zusatzstoffe in der Tierernährung aus GVO benutzt wurden. Der SGPV bedauert, dass die Bezeichnung "ohne Gentechnik hergestellt" nicht für Lebensmittel auf pflanzlicher Basis gebraucht werden kann, wenn kein ähnliches GVO-Lebensmittel nach Schweizer Recht erlaubt ist. Bezüglich der lückenlosen Dokumentation soll, solange keine GVO-Futtermittel in die Schweiz importiert werden, im Sinne der administrativen Vereinfachung kein zusätzlicher Nachweis für die Erfüllung der GVO-freien Fütterung notwendig sein	Der SGPV beantragt eine Anpassung der gesetzlichen Grundlage um dem Schweizer Landwirt die Deklaration "ohne Gentechnik hergestellt" auf der ganzen Produktion zu erlauben.
Art. 39, al. 2, let. d (neu)	Die Getreidebranche ist in Konkurrenz mit importierten Fertigprodukten, welche sie Marktanteile verlieren lässt. Aktuell kennen die Konsumenten die Herkunft der Backwaren nicht, welche sie kaufen und Tests in Läden (grosse Geschäfte) haben gezeigt, dass das Verkaufspersonal keine Auskunft zur Herkunft der nicht verpackten Lebensmittel geben konnte. Der Konsument verfügt als Konsequenz nicht über die notwendigen Informationen, was die Position von Schweizer Bäckerei Produkten aus inländischen Rohstoffen stark schwächt.	In jedem Fall muss schriftlich angegeben sein: ... <b><u>d. für Backwaren: die Herkunft</u></b>

### **3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 9, Abs. 3	Kontrollierten Betrieben soll immer und nicht nur auf Verlangen eine Kopie der Kontrollaufzeichnungen zugestellt werden	
Art. 12	Wir begrüßen eine koordinierende Rolle des BLV für den Vollzug durch die Kantone. Unabhängig vom Kanton soll in den Betrieben nach gleichen Massstäben gemessen werden.	
Art. 13, Abs. 1	Ein einheitliches Vorgehen der Kantone bei der Durchführung der Audits ist notwendig.	



**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 1 Liste 1	Der SGPV unterstützt die Reduktion der Kontrollen und den neuen Rhythmus von 8 Jahren zwischen zwei Kontrollen für Pflanzenbaubetriebe. Der SGPV unterstützt ebenfalls die Trennung der tierischen und pflanzlichen Produktion, wie auch die vorgeschlagenen Kriterien für diese Trennung.	

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 5a	<p>Das BLV stellt ein Informationsschreiben in Aussicht, welches geeignete Massnahmen zur Reduktion von Acrylamid in Lebensmitteln beinhaltet. Dieses betrifft, neben den Lebensmittelherstellern, auch die vorgelagerte Stufe, also die Produzenten. Daher weisen wir auf die nachstehenden Sachverhalte hin, denen bei der Ausgestaltung des Informationsschreibens Rechnung zu tragen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es ist falsch, die Farbe von Backwaren gleichzeitig mit mehr Acrylamid gleichzusetzen, da verschiedene Faktoren (z.B. Getreidesorte, Backtemperaturen, Backzeiten, etc.) die Acrylamidbildung beeinflussen.</li> <li>• Die Wahl der Getreidesorten bei der Vermahlung sowie erntebedingte Schwankungen bei den Rohstoffen können dazu führen, dass Backmehle enzymaktiver oder weniger enzymaktiv sind, was die Bildung von Acrylamid beim Backprozess beeinflussen kann.</li> <li>• In der Sortenprüfung von Agroscope und swiss granum zur Erstellung der Listen empfohlener Sorten ist die Thematik Acrylamid resp. deren Vorstufen aktuell nicht enthalten. D.h. es gibt keine systematische Beurteilung der heute empfohlenen Weizensorten bezogen auf diese Inhaltsstoffe.</li> <li>• Allfällige Studien mit dem Ziel einer Reduktion von Acrylamid bräuchten Zeit und würden Kosten generieren.</li> <li>• Massnahmen zur Reduktion von Acrylamid betreffen die gesamte Branche und nicht nur die Lebensmittelhersteller.</li> </ul>	<p>Der SGPV wünscht die Berücksichtigung der nebenstehenden Punkte im Informationsschreiben des BLV. Dieses soll den betroffenen Kreisen frühzeitig zugestellt werden.</p>
Anhang 2 Mutterkorn	<p>Der SGPV erlaubt sich folgende Bemerkungen betreffend Mutterkorn:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU sind zurzeit Diskussionen rund um eine mögliche Festlegung von Grenzwerten für Mutterkorn-Alkaloide im Gange. Dies würde die gesamte Branche vor grosse Herausforderungen stellen.</li> <li>• Für den SGPV ist es daher zentral, dass die Gesamtsicht und die</li> </ul>	

	<p>Meinung der Branche vor der Festlegung eines allfälligen Grenzwertes berücksichtigt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein solcher Grenzwert müsste zudem für die Branchenpartner handhabbar sein. Insbesondere müsste eine Überprüfung mittels eines Schnelltests möglich sein. Die entsprechende Analysetechnologie ist jedoch heute nicht vorhanden.</li> <li>• Nur so ist es für die Branche möglich, Massnahmen entlang der Wertschöpfungskette zur bestmöglichen Reduktion ergreifen und umsetzen zu können.</li> </ul>	
Anhang 11, Teil A	Für eine erfolgreiche Umsetzung der Acrylamid-Minimierungsmassnahmen ist es zentral, dass das in Aussicht gestellte Informationsschreiben Klarheit schafft, welche Betriebe bei welchen Lebensmitteln welche Massnahmen treffen müssen und welche Richtwerte gelten.	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Swiss Retail Federation  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Swiss Retail  
Adresse, Ort : Bahnhofplatz 1, 3011 Bern  
Kontaktperson : Frau Dagmar T. Jenni, Geschäftsführerin  
Telefon : 031 312 40 40  
E-Mail : dagmar.jenni@swiss-retail.ch  
Datum : 21. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	7
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	8
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	10
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	11
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	12
9	EDI: Getränkeverordnung .....	13
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	14
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	15
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	16
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	18
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	19
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	20
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	21
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	22
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	23
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	24
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	25
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	26
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	27
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	28
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	29

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Swiss Retail ist der Verband der mittelständischen Detailhandelsunternehmen (stationär und online) in der Schweiz. Unter unseren Mitgliedern sind Warenhäuser, Fachmärkte und Fachgeschäfte, Verbraucher- und Abholmärkte, selbstständige Detaillisten, Food-Fachhändler und Kioske. Zum Teil sind Handelsbetriebe partiell in der Herstellung von Lebensmitteln involviert. Im Detailhandel finden sich rund 7 Prozent aller Schweizer Arbeitsplätze und jede 8. Lehrstelle. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir zur Vorlage wie folgt Stellung:

Mit dem vorliegenden Revisionspaket "Stretto 3" wurden 23 Verordnungen mit 462 Seiten Erlasstext und 109 Seiten Erläuterungen in die Vernehmlassung geschickt. Es liegt auf der Hand, dass eine Stellungnahme zu einem solch umfangreichen Revisionspaket für einen Branchenverband einem eigentlichen Kraftakt gleichkommt. Auch wenn grundsätzlich zu begrüßen ist, dass mit der vorliegenden Revision die Harmonisierung mit dem EU-Recht gewährleistet werden soll und damit Handelshemmnisse gegenüber der EU vermieden werden sollen, ist festzuhalten, dass die Regulierungsdichte für den Detailhandel in der Schweiz angesichts des Kostendrucks bereits heute kaum mehr zu bewältigen ist.

Der Detailhandel ist mit einem zunehmenden grenzüberschreitenden Warenverkehr konfrontiert. Der daraus entstehende Konkurrenz- und Preisdruck dürfte sich mittelfristig durch weitere Marktöffnungsschritte noch verschärfen. Diese Situation spiegelt sich in besonders akzentuierter Form in grenznahen Regionen. Vor diesem Hintergrund ist bei der Einführung von neuen Regulierungen Mass zu halten, so dass der hiesige Detailhandel nicht gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland weiter benachteiligt wird. Überregulierung, unnötige Bürokratie, Monopole und hohe Gebühren leisten einen unwillkommenen Beitrag zur «Preisinsel Schweiz». Insbesondere muss der *Swiss Finish* bei Produkteregulierungen vermieden werden.

Im geltenden Lebensmittelrecht gelten verschiedene Vorgaben namentlich zu Herkunftsbezeichnungen (Produktionsland, Herkunft der Zutaten, spezifische Vorgaben für Fleisch und Fisch sowie spezifische Regelungen für den Offenverkauf) parallel und sind folglich kaum überblickbar, so dass selbst gestandene Fachexperten damit ihre liebe Mühe bekunden. Kaum mehr zu bewältigen sind für den Handel die Anforderungen an die Herkunftsbezeichnung, weil gewisse Lebensmittel wie namentlich Früchte und Gemüse je nach Saison in geografisch weit auseinanderliegenden Weltregionen und lange im Voraus geordert werden müssen und bei Missernten rasch umdisponiert werden muss. Diese (und andere) Vorgaben sind im Betriebsalltag nur mit hohem Aufwand umsetzbar und in spezifischen Konstellationen (z.B. im Online-Handel) gar nicht mehr zu bewältigen.

Heute kommt, wie sich in der Praxis zeigt, den «Informationsschreiben» des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) grosse Bedeutung zu. Es ist für die Detailhandelsunternehmen eine grosse Herausforderung die Übersicht zu behalten und nebst den gesetzlichen Vorgaben auch das *Soft Law* in Form dieser «Informationsschreiben» zu überblicken. Dies gilt insbesondere für Betriebe, die über keine *Compliance*-Abteilung verfügen. In diesem Kontext sind zeitnahe Auskünfte des BLV an die Branchenverbände unabdingbar. Zeitnahe Auskünfte des BLV brauchen die Branchenverbände auch, wenn es um die Auslegung von EU-Verordnungen, einschliesslich der Durchführungsverordnungen, geht (vgl. z.B. die Auslegung zum Ursprungsland oder Herkunftsort in der EU-Durchführungsverordnung zur LMIV).

Mit Bezug auf die Gebühren fordern wir, dass sich diese nicht ausschliesslich nach dem Kostendeckungsprinzip richten, sondern auch das Äquivalenzprinzip gebührend zu berücksichtigen ist (vgl. Art. 46a Abs. 3 ROVG). Vor diesem Hintergrund erscheinen die heute im Lebensmittelrecht festgelegten Gebühren zu hoch und sind folglich zu überprüfen.

Bei der Einführung neuer Pflichten für die betroffenen Betriebe fordern wir genügend lange Übergangsfristen, wie sich dies aus dem Verhältnismässigkeitsprinzip und aus dem Grundsatz der Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ergibt (Art. 5 Abs. 2 BV und Art. 3 Abs. 3 RVOG).

Schliesslich ist es für den Detailhandel elementar, dass der Vollzug des Lebensmittelrechts mit Augenmass umgesetzt wird. Leitschnur muss der Schutz der Gesundheit der Konsumenten und Konsumentinnen sein und deren Schutz vor Täuschung, wobei bei Letzterem von mündigen Bürgern auszugehen ist. Wir fordern auch, dass der Vollzug in allen Kantonen gleich gehandhabt wird; dies gilt nicht nur, aber insbesondere bei der Umsetzung von Branchenleitlinien, und vor allem für Kleinstbetriebe. Deshalb kommt der Aufsicht das BLV über den kantonalen Vollzug eminente Bedeutung zu.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (inkl. VIPaV)

### Allgemeine Bemerkungen

Die Anpassungen der Höchstwerte (Neuorientierung am Gesundheitsschutz statt wie bisher am Bedarf) führt für die Betriebe bei der Anpassung der Rezepturen und der Kennzeichnung zu Mehraufwand. Deshalb muss die Erarbeitung der „Informationsschreiben“ unter Einbezug der Stakeholder und nach dem Grundsatz der Zweck- und Verhältnismässigkeit erfolgen. Dasselbe gilt mit Bezug auf die geplanten Neuerungen bezüglich GVO. Im Vollzug ist dieser Neuerung gebührend Rechnung zu tragen (vgl. Bemerkungen unter „1. Allgemeine Stellungnahmen“).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 2	Der Verweis für die erlaubte Sachbezeichnung auf eine EU-Verordnung mag aus legislatorischer Sicht zwar nachvollziehbar sein, ist aber für einen schweizerischen Rechtsunterworfenen zu abstrakt.	Die Abbildung der zulässigen Sprachbezeichnung ist im Anhang der LGV abzubilden. Sollte dies vernünftigerweise nicht umsetzbar sein, ist diese Information auf der BLV Webseite abzubilden bzw. in Informationsschreiben (vgl. „1. Allgemeine Bemerkungen“ Abs. 5).
Art. 15 Abs. 2	Vgl. Bemerkungen zu Art. 14 Abs. 2	
Art. 31	Das Ansinnen, mit GVO hergestellte Stoffe, die von GVO gereinigt sind, grundsätzlich der Regelung über neuartige Lebensmittel im Sinne von Art. 15-19 LGV demselben Verfahren wie in der EU zu unterstellen, wird unterstützt. Damit wird eine unnötige Differenz eliminiert.	
Art. 37	Wir sind mit der Umsetzung der Motion Bourgeois einverstanden, das geltende Recht anzupassen, damit ohne Gentechnik hergestellte tierische Lebensmittel in der Schweiz auf ähnliche Weise gekennzeichnet und damit ausgelobt werden können wie in den EU-Mitgliedstaaten.	
Art. 39	Vgl. „1. Allgemeine Bemerkungen“ (Abs. 4)	



Art. 90 Abs. 4	Auf die Zusatzgebühr ist zu verzichten (vgl. "1. Allg. Bemerkungen" Abs. 6)	Reglung ersatzlos streichen
Art. 2 <b>VIPaV</b>	Wir begrüßen, die bezeichnete Ausnahme vom Cassis-de-Dijon-Prinzip aufzuheben.	Sämtliche Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip nach Art. 2 Bst. b sind auf ihre Rechtfertigung zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

### **3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung**

#### **Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 44	Vgl. "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 6)	
Art. 111-117	Vgl. "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 6)	

<b>4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>5      BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH)****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 19	Es wird begrüsst, dass künftig weniger Produkte die Angabe der Produktionsmethode und der Fanggerätekategorie für Fisch tragen müssen, bedingt durch die Einschränkung der Kennzeichnungspflicht auf die Erzeugnisse, die auch in der EU betroffen sind.	
Art. 59 und 60	Die Aufhebung obsoleter Bestimmungen zu Fertig-Fondue ist zu begrüssen.	
Art. 61	Die Aufhebung der Auflistung der erlaubten Zutaten für Schmelzkäse und Streichschmelzkäse ist zu begrüssen.	
Art. 62	Die Aufhebung bzw. Herabsetzung der Anforderungen an die Käsetrockenmasse von Schmelzkäse ist zu begrüssen.	
Art. 63	Die Aufhebung der Anforderungen an die Käsetrockenmasse von Schmelzkäsezubereitungen ist zu begrüssen.	
Art. 64	Die Aufhebung der Angabe der Art der Hitzebehandlung wie Past oder UHT für Käseerzeugnisse ist zu begrüssen.	

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 3	Einverstanden mit den geplanten Anpassungen, vgl. auch Allgemeine Bemerkungen (Abs. 5)	
Art. 10	Wir begrüßen die Angleichung ans EU-Recht	
Art. 18	Wir begrüßen die Angleichung ans EU-Recht	
Art. 31	Einverstanden mit der Aufhebung dieser obsoleten Bestimmung	
Art. 33	Einverstanden mit der Aufhebung dieser obsoleten Bestimmung	
Art. 62	Wir begrüßen die Aufhebung dieses Handelshemmnisses	
Art. 63	Wir begrüßen die Anpassung an das Cassis-de-Dijon-Prinzip	
Art. 64	Wir begrüßen die Anpassung an das Cassis-de-Dijon-Prinzip	
Art. 66	Wir begrüßen die Aufhebung dieses Handelshemmnisses	



## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen grundsätzlich die vorgesehenen Änderungen, damit das schweizerische Recht an den Stand der Wissenschaft und Technik und an das EU-Recht angepasst wird und Handelshemmnisse vermeiden werden. Allerdings weisen wir darauf hin, dass die Änderung der zulässigen Höchstmengen für die schweizerischen Betriebe aufgrund der Anpassung der Rezeptur und der Kennzeichnung (vorübergehend) zu einem erheblichen Mehraufwand führt. Vgl. auch unsere Bemerkungen unter „1. Allgemeine Bemerkungen“

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen grundsätzlich die geplanten Korrekturen und Anpassungen an die Bestimmungen der EU. Die Einführung neuer Höchstgehalte für gewisse Stoffe zum Schutz der Gesundheit ist eine Harmonisierung an das Niveau im internationalen Umfeld. Dies gilt insbesondere für den Richtwert für Acrylamid in verschiedenen Lebensmitteln in Anlehnung an das EU-Recht. Betroffen sind zwar in erster Linie die Hersteller von Lebensmitteln, aber auch der (Detail-)Handel ist im Rahmen der Selbstkontrolle tangiert. Wir haben deshalb Vorbehalte mit Bezug auf die Umsetzung und mit Bezug auf deren Übergangsfrist. Vgl. auch unsere Bemerkungen unter „1. Allgemeine Bemerkungen“.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5a und Anhang 11	<p>Das BLV soll offenbar die geeigneten Massnahmen zur Einhaltung der Richtwerte mit Blick auf die gute Verfahrenspraxis für Acrylamid im Rahmen von Informationsschreiben festlegen (vgl. auch Bemerkungen zu „1. Allgemeine Bemerkungen“). Diese sollen in die Branchenleitlinien einfließen.</p> <p>Zur Anpassung der neuen Anforderungen ist den betroffenen Betrieben eine genügend lange Übergangsfrist einzuräumen (vgl. Bemerkungen zu „1. Allgemeine Bemerkungen“). Diese sind in Absprache mit den Stakeholdern festzulegen.</p>	
Art. 5b	<p>Wir begrüssen grundsätzlich die geplante Regelung, wonach Lebensmittelbetriebe, die als Einzelhandelsbetrieb tätig sind oder nur den lokalen Einzelhandel direkt beliefern, die Einhaltung der Richtwerte nicht durch Analyse von Proben überprüfen müssen, ausser sie gehören einer Handelsmarke an oder sind Teil oder Franchisenehmer grösserer, vernetzter Wirtschaftstätigkeiten und sind unter Anweisung des Lebensmittelunternehmers tätig.</p> <p>Die geplante Regelung erscheint grundsätzlich verhältnismässig. Wir gehen davon aus, dass die geplante Regelung für Kleinstbetriebe im Sinne von Art. 26 Abs. 3 LMG keine Anpassungen in der Selbstkontrolle zur Folge hat.</p>	

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 5	<p>Die präzisierte Differenzierung der schriftlichen Deklaration im Offenverkauf von frischem Fleisch (ganz oder in Stücken, wie z.B. Steak, Kotelett oder Geschnetztes) und Fleischzubereitungen und -erzeugnissen («sowohl frisch oder verarbeitet» Art.5, Abs.1, Buchstabe A) erscheint soweit zweckmässig.</p> <p>Der Anwendungsbereich wird jedoch durch diese Formulierung («sowohl frisch oder verarbeitet») ausgedehnt. So werden künftig zusätzlich marinierte und gegarte Fleischteile von der schriftlichen Deklaration der Herkunft betroffen sein. Dies bedeutet für den Detailhandel einen Mehraufwand, den wir <u>nicht</u> begrüßen. (Die bisherige Formulierung kann so verstanden werden, dass marinierte und gegarte Fleischteile von der Deklarationspflicht nicht betroffen sind.)</p> <p>Zu begrüßen ist, dass der Zusatz des Enzyms Transglutaminase zur Herstellung von Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse mangels wissenschaftlicher Erkenntnisse wegfällt. Die materielle Änderung der Kennzeichnung von Transglutaminase wird in Art 19 der VLtH vorgenommen. In Art.5 Abs.1 Buchstabe d) wird folglich nur der Verweis auf die Kennzeichnung von Transglutaminase gestrichen, was wir begrüßen.</p> <p>Auch ist zu begrüßen, dass für Lebensmittel mit dem Hinweis «glutenfrei», «sehr geringer Glutengehalt», «laktosefrei» oder «laktosearm» im Offenverkauf neu keine Nährwertdeklaration mehr notwendig ist.</p> <p>Weiter zu begrüßen ist die Klarstellung, dass bei offen in Verkehr gebrachten Lebensmitteln unbeabsichtigte Vermischungen gemäss Artikel 11 Absatz 5 nicht hingewiesen werden muss.</p>	
Art. 13 Abs. 2	Die Präzisierung erscheint sachgerecht und deshalb sinnvoll.	

Art. 17 Abs. 7	Die Streichung dieser redundanten Bestimmung ist zu begrüßen (vgl. auch Bemerkungen zu “1. Allgemeine Bemerkungen” Abs. 4)	
Art. 18	Art. 18 der LIV soll <u>nicht</u> geändert werden.	
Art. 42a	Wir begrüßen es, dass auf eine freiwillig erfolgte Reduktion von Zucker/Salz künftig hingewiesen werden darf, auch wenn die Reduktion weniger als 30% beträgt. (Bislang darf aufgrund der Regelungen zu den «Health Claims» erst bei einer Reduktion von 30% oder mehr eine Werbeaussage getätigt werden.)	

# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 12 Abs. 2	Zur Parallelität der Vorschriften zur Angabe des Produktionslandes und des Herkunftslandes haben wir uns unter "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 4) bereits geäußert.	
Art. 31	Die Abschaffung des Positivprinzips für Speisepilze ist mit erheblich mehr Verantwortung für den Handel verbunden, der Zeitraum für die Umsetzung der Selbstkontrolle ist sehr knapp bemessen. Diesem Umstand ist im Vollzug Rechnung zu tragen. Mit Bezug auf die geplanten "Informationsschreiben" des BLW" verweisen wir auf unsere Bemerkungen unter "1. Allgemeine Bemerkungen" (Abs. 5).	
Art. 37 Abs. 3	Es wird begrüßt, dass der Hinweis "getrüffelt" mit Bezug auf den geforderten Anteil am Endprodukt erleichtert möglich sein wird.	

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich ist zwar zu begrüßen, dass in der Schweiz, in Analogie zur EU, die bewilligten neuartigen und neuartigen traditionellen Lebensmittel in einem gemeinsamen Bewilligungsverfahren geprüft werden sollen. Da solche Lebensmittel in der EU in der Unionsliste geführt werden, müssen die vorliegende Ergebnisse aus dem Verfahren bei der EU im schweizerischen Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden, so dass eine verminderte Prüfungstiefe resultiert, was ein rascheres Bewilligungsverfahren und geringe Gebühren zu Folge hat. Ein solch erleichtertes Prozedere (wie nach Art. 6a VGVL vorgesehen) ist übrigens bei der Zulassung von Heilmitteln bestens etabliert (vgl. Art. 13 HMG).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 6 und Anhänge 1 und 2	Vgl. Allgemeine Bemerkungen oben	

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Keine Bemerkungen		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
Vgl. unsere Bemerkungen unter „Allgemeine Bemerkungen“ zur LGV		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüßen die geplante Harmonisierung der Bewilligungspraxis der Schweiz und der EU mit dem Ziel, aus dem EU-Raum importierte, geringfügig mit GVO-Spuren verunreinigte Lebensmittel in der Schweiz marktfähig zu erhalten und auf eine zusätzliche Risikobewertung zu verzichten. Da im Bewilligungsverfahren weitere Bundesbehörden involviert sind, ist der Beförderlichkeit des Verfahrens gebührend Rechnung zu schenken, denn eine unverhältnismässig lange Verfahrensdauer ist ein Markthemmnis.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Im Zusammenhang mit Richtwerten in den Branchenleitlinien und in den „Informationsschreiben“ des BLV haben wir uns bereits unter „1. Allgemeine Bemerkungen“ geäußert.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 66 Abs. 1 Bst. c und 4	Vgl. „Allgemeine Bemerkungen“ oben	

**20**      **EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüßen die Anpassungen zur Erhaltung der technischen Äquivalenz mit dem EU-Recht und die geplanten Massnahmen des grenztierärztlichen Dienstes, zumal in Aussicht gestellt wird, dass der administrative Aufwand für Importeurinnen und Importeure reduziert wird.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

<b>24</b>	<b>BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen</b>
-----------	---

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>
-------------------------------

Keine Bemerkungen
-------------------

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

S M P • P S L

*Schweizer Milchproduzenten  
Producteurs Suisses de Lait  
Produttori Svizzeri di Latte  
Producers Svizzers da Latg*

## **Stellungnahme zur Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019**

### **Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation / Amt : Genossenschaft Schweizer Milchproduzenten SMP  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SMP  
Adresse, Ort : Weststrasse 10, 3000 Bern 6  
Kontaktperson : Thomas Reinhard  
Telefon : 031 359 54 82  
E-Mail : Thomas.Reinhard@swissmilk.ch  
Datum : 22. August 2019

### **Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 .....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan .....	5
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	6
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft.....	7
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	7
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft .....	7
9	EDI: Getränkeverordnung .....	9
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	9
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	9
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	9
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	10
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	11
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	11
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	11
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	11
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	12
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	12
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	12
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	13
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	13
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	13
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	14

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Danke für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Änderungen des Lebensmittelrechts.

Änderungen des Lebensmittelrechts sind für alle Beteiligten immer mit hohem Aufwand verbunden, besonders wenn Verpackungen und Dokumentationen geändert werden müssen. Wir bitten Sie, diesem Aspekt Rechnung zu tragen. Wichtig ist auch die sachgerechte Kommunikation der Änderungen.

Seit längerem besteht die Diskrepanz, dass Produkte in den Nachbarländern mit „ohne Gentechnik hergestellt“ ausgelobt werden können und in der Schweiz, mit umfassendem Fütterungsverzicht von GVO-Futtermitteln an Nutztieren bei gleichen Voraussetzungen, dies bisher nicht möglich war. Wir begrüßen in diesem Punkt ausdrücklich die Anpassung an die EU-Vorschriften, wodurch uns die gleiche Möglichkeit der Auslobung wie in unseren Nachbarländern geboten wird. Die vorgeschlagene Anpassung sehen wir als starke Verbesserung der Transparenz und zur Verhinderung der aktuell bestehenden täuschenden Situation. Dies ist eine wichtige Änderung auch im Interesse des Konsumenten.

Weiter begrüßen wir die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen in der LIV. Dies trägt ebenfalls zur höheren Transparenz gegenüber dem Konsumenten bei.

Sehr wichtig ist, dass die Bezeichnungen für tierische Produkte weiterhin geschützt sind und nicht mit täuschenden Imitaten, die einen Ersatz suggerieren, die Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht werden.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, welche Sie unserer Stellungnahme und unseren Vorschlägen entgegenbringen.

Freundliche Grüsse

**Schweizer Milchproduzenten – swissmilk.ch**

Hanspeter Kern  
Präsident

Stephan Hagenbuch  
Direktor

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP begrüsst, dass mit dieser Verordnungsänderung die Motion Bourgeois 15.4114 "Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" umgesetzt wird. Der Ständerat als Zweitrat hat dieser Motion im März 2017 zugestimmt. Die SMP fordert, dass die Umsetzung rasch erfolgt. Damit kann ausgelobt werden, dass die Landwirte ihre Tiere mit Mehraufwand GVO-frei füttern.

Die aktuelle Situation ist seit langer Zeit („hausgemacht“) diskriminierend für die Schweizer Landwirtschaft, weil im Gegensatz zu den umliegenden Ländern die GVO-freie Fütterung der Tiere nicht kenntlich gemacht werden darf.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14 Abs. 2 Bst a	<p>Die klare Definition von Lebensmitteln tierischer Herkunft ist für die SMP von zentraler Wichtigkeit. Daran ist weiter festzuhalten. Die missbräuchliche Verwendung der Begriffe auf Verpackungen, in der Werbung oder in der Begleitkommunikation ist konsequent zu verhindern. Das ist auch im Interesse der Konsumenten, damit sie hinsichtlich Inhaltsstoffe, Herstellungsweisen sowie Art und Herkunft der Rohstoffe nicht getäuscht werden.</p> <p><b><i>Die SMP lehnt eine Öffnung der Sachbezeichnungen für spezifische nicht tierische Produkte und <u>in spezifischen Sprachen</u> ab.</i></b> Dies würde zu Verwirrung und Intransparenz führen. Der Artikel ist nicht zu ändern.</p>	<p>Lebensmittel dürfen nur mit der Sachbezeichnung eines umschriebenen Lebensmittels bezeichnet werden, wenn sie der Umschreibung und den mit der Umschreibung verbundenen Anforderungen entsprechen; <del><b><i>vorbehalten bleiben die Bezeichnungen in der jeweiligen Sprache gemäss Anhang 1 des Beschlusses der Kommission 2010/791/EU.</i></b></del></p>
37 Abs. 4	<p>Die SMP begrüsst ausdrücklich, dass die Möglichkeiten der Auslobung "ohne Gentechnik hergestellt" oder ähnliche Kennzeichnung erweitert werden.</p> <p>Auch verkürzte Bezeichnungen wie "ohne Gentechnik" soll/muss zulässig sein.</p> <p>Die Forderung der lückenlosen Dokumentation ist mit Augenmass umzusetzen, damit eine Auslobung auch möglich ist.</p>	
39	<p>Bei verderblichen Lebensmitteln, die nicht als vorverpackt gelten, soll neu auch das Verbrauchsdatum angegeben werden müssen. Die SMP begrüsst diese Präzisierung.</p>	

90	Die SMP begrüsst die Modalitäten der verstärkten Prüfung von über den Luftverkehr eingeführten Lebensmitteln ausdrücklich. Ebenso wichtig ist die Prüfung von über den Strassen- oder den Schiffsverkehr (Rhein) eingeführten Lebensmitteln.	

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die vorgesehenen verstärkten Dokumenten- und Nämlichkeitsprüfungen sowie von Warenuntersuchungen für die Einfuhr von bestimmten Lebens- und Futtermitteln nicht tierischer Herkunft aus bestimmten Drittländern, die möglicherweise gesundheitsgefährdend sind, begrüssen wir ausdrücklich. Wir begrüssen das angepasste Kontrollprozedere, damit beim Aussenhandel mit der EU und Drittstaaten die Kontrollen der Schweiz anerkannt sind. Ebenso begrüssen wir die Vorschläge für den koordinierten Vollzug durch die Kantone.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 6	Das Äquivalenzabkommen mit der EU schreibt ein Referenzlaboratorium für Milch bei der Routineprüfung vor. Es prüft die Analysemethoden für die Rohmilch, lässt diese zu und prüft technisch und organisatorisch das bezeichnete Prüflaboratorium. Siehe auch Milchprüfungsverordnung Art. 13. Bei den Hemmstoffen ist eine Abstimmung zum Heilmittelrecht (MRL's und Sperrfristen) zwingend notwendig. Momentan wird auch in umliegenden Ländern die Zulassung des Tests "BRT-hi-sense" diskutiert. Die Einführung müsste koordiniert erfolgen. Bei amtlichen Milchlieferungen müssen die zugelassenen Methoden und Verfahren die Grundlage bilden.	<i><b>Das Referenzlaboratorium für Milch ist aufzuführen oder die Aufgaben sind kompetent von dem unter der Ziffer 9. aufgeführten Laboratorium wahrzunehmen.</b></i>

### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

#### Allgemeine Bemerkungen

Die unterlassene und nun vorgesehene Koordination mit der VKKL betreffend die Kontrollen bei der Primärproduktion begrüssen wir ausdrücklich. Insbesondere begrüssen wir auch die vorgesehene verstärkte und koordinierte Überprüfung von Bezeichnungen gemäss dem Landwirtschaftsrecht.

Im Zuge der administrativen Vereinfachung in der Landwirtschaft ist es von grösster Wichtigkeit, dass mit der Verordnung des nationalen Kontrollplans diese Bestrebungen nicht untergraben werden. Positiv ist die Vereinheitlichung und Koordination der Kontrollen für die Betriebe.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
3 Abs. d	Bei der Nachkontrolle wurde in den erläuternden Bestimmungen geschrieben, dass eine Nachkontrolle innerhalb von 3 bis 4 Monaten nach der Grundkontrolle erfolgen soll. Hier sollten für die Primärproduktion respektive die landwirtschaftlichen Betriebe wie in Art. 5 VKKL "im laufenden Kalenderjahr" oder "im Kalenderjahr nach der Kontrolle" gelten.	
9 Abs. 2	Auch die kantonalen Inspektionsstellen sollten akkreditiert sein. Haben sie die erforderliche Grösse und Kompetenz nicht, sind überkantonale Lösungen zu suchen.	<b>Kantonale und</b> privatrechtliche Stellen müssen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 19969 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein.
14 Abs. 1	Bei Kontrollen ist die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter zu informieren und soll anwesend sein können. Es geht nicht, dass ohne das Wissen des Bewirtschafters kontrolliert wird. Dies auch weil über die Kontrolle Keime eingeschleppt werden können.	In der tierischen Primärproduktion werden mindestens 40 Prozent der Kontrollen nach Artikel 7 und 8 unangemeldet durchgeführt, davon mindestens 20 Prozent der Grundkontrollen. <b>5 (neu) Der Tierhalter oder eine von ihm beauftragte Person muss bei unangemeldeten Kontrollen anwesend sein.</b>
15 Abs. 2	Die Weitergabe und Verwendung der erhobenen Daten müssen dem Betriebsleiter bekannt gemacht werden und die Daten sind vertraulich zu behandeln.	Das BLW und das BLV legen fest, welche Daten in welchem Umfang in jedem Informationssystem zu erfassen sind. <b>Die Betriebsleiter haben Einsichtsrecht in die Kontrolldaten und deren Verwendung.</b>
Anhang 3 Ziffer 1.3	Die spezifische Verordnung ist nicht aufgeführt.	<b>Verordnung des EDI über die Hygiene bei der Milchproduktion vom 23. November 2005</b>
Anhang 4	Milchprüfungsverordnung Art. 13: Die Regelung für das Nationale Referenzlaboratorium ist nicht klar.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP begrüsst die Erfüllung des Postulates Vogler 17.3418 - die Hofschlachtung über den Eigenbedarf hinaus zu ermöglichen. Insbesondere, dass auch die Weideschlachtung geregelt wird. Die im Entwurf enthaltenen Bedingungen an die Hof- resp. Weideschlachtung sind zu detailliert und zu weitgehend. Diese sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

Die Anwendung eines Stunden- statt Stücktarifes für die Gebühren der Schlachtier- und Fleischkontrolle wird nur akzeptiert, wenn die neuen Bezugssysteme nicht zu höheren Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung führen. Insbesondere wird die Einführung eines erhöhten Zeittarifes für Tätigkeiten ausserhalb der "Arbeitszeiten" abgelehnt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
61 Abs. 2	Es ist in der Branche üblich, dass ab ca. 5 Uhr am Morgen die Arbeit in den Schlachtbetrieben aufgenommen wird. Darum ist es auch angebracht, dass die Kantone die Kontrollaufgaben ab Arbeitsbeginn und ohne Zuschläge auf den Gebühren leisten.	<del>2 Sie können für Tätigkeiten ausserhalb der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag, 06.00–20.00 Uhr höhere Gebühren festsetzen. Diese dürfen das Doppelte der Höchstgebühren nach Artikel 60 Absätze 2 und 4–6 nicht übersteigen.</del>
63a	Das Einsichtsrecht der Tierhalter und Tierhalterinnen in die Ergebnisse der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung begrüssen wir ausdrücklich. Das Einsichtsrecht muss sich auf alle erhobenen Daten beziehen.	

## 6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP stimmt der neuen Definition für Milch mit einer Präzisierung zu. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Muttergebundene Kälberaufzucht wird mit der neuen Definition rechtlich ermöglicht. Noch offen ist,

wieweit eine breite Anwendung zu einer Änderung der Verarbeitungseigenschaften der Milch führt. Dies ist bei Käseerzeugnissen relevant, wo wegen Problemen mit Milch von Betrieben mit automatischen Melksystemen minimale Zwischenmelkzeiten vorgeschrieben wurden. Sollten Probleme bei vermehrtem Praktizieren der muttergebundenen Kälberaufzucht auftreten, müssten privatrechtliche Lösungen gefunden werden. Wegen dem hohem Investitionsbedarf und organisatorischen Änderungen auf den Betrieben wird die breite Einführung der muttergebundenen Kälberaufzucht noch einige Zeit beanspruchen. Es darf keine Verpflichtung zur muttergebundenen Kälberaufzucht geben.

Die SMP spricht sich sehr klar gegen die Aufhebung der Vorgaben für Käseerzeugnisse aus. Insbesondere die Begründung, dass es sich um schweizerische Eigenarten handelt ist nicht stichhaltig, da Fondue per se eine schweizerische Eigenart ist. Einmal mehr werden mit dem Vorschlag Anforderungen an verarbeitete Produkte so reduziert, dass wertgebende Inhalte und Zutaten reduziert werden können. Aus anderen Ländern ist bekannt, dass Käse mit problematischen Fetten gestreckt wird, was täuschend ist. Diese Entwicklung widerspricht der Qualitätsstrategie der Schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft und wird abgelehnt. **Die Anforderungen für Käseerzeugnisse sind nicht zu reduzieren.**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
32 Abs. 1	Wir begrüßen eine neue Definition für Milch. Damit wird klargestellt, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht auch verkehrsfähig ist.  Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Die Anforderungen an die Milch sind beim Milchhygienerecht definiert. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen. Allenfalls kann auf diese Verordnung verwiesen werden.	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <b>normalen</b> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.
59 bis 64	Die Anforderungen an Käseerzeugnisse sind nicht zu reduzieren. Es sollen nicht wertgebende Inhalte in täuschender Art ersetzt werden können. Die Schweiz hat einige Käseerzeugnisse entwickelt und definiert. Diese definierten Schweizer Qualitätsstandards sollen nicht unterlaufen werden.	<b>Die Art. 59 bis 63 sind unverändert zu übernehmen.</b>



## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP begrüsst die Erweiterung der Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsformen ausdrücklich.

Die SMP begrüsst die neuen Möglichkeiten zur Information über verminderten Zuckergehalt und den Claims.

Die vorliegende Revision der LIV ist ungenügend im Bereich des Täuschungsschutzes. Insbesondere weil vegetarische und ähnliche Lebensmittel an Bedeutung gewinnen. Alle Bezeichnungen von vegetarischen oder veganen Produkten, die an Lebensmittel tierischer Herkunft erinnern oder sich an solchen

anlehnen oder orientieren sind zu verbieten, weil sie täuschend sind. Bezeichnungen wie "Sojamilch", "Vegiburger" oder "-plätzli", "Vegirahm" usw. sind nicht mehr zuzulassen.

Die Beschränkung gesundheitsbezogener Angaben auf verarbeitete Lebensmittel ist nicht zweckmässig, weil viele landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Rohmilch oder Äpfel aufgrund ihrer Inhalte durchaus mit gesundheitsbezogenen Angaben ausgezeichnet werden könnten.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4	Wir unterstützen, dass in der Schweiz nicht zugelassenen Haltungsformen deklariert werden müssen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten.	
6 und Anhang 1 Ziffer 4	Auf dem Markt sind immer wieder vegetarische oder vegane Produkte mit einer Bezeichnung eines Lebensmittels tierischer Herkunft anzutreffen. Eine klare und unmissverständliche Vorgabe durch den Gesetzgeber fehlt. Zur Verbesserung des Täuschungsschutzes sollen vegetarische und vegane Produkte keine Bezeichnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft tragen dürfen.	<b>Art. 6. Abs. 1<sup>bis</sup> (neu)</b> <b>Sachbezeichnungen und andere Angaben auf vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dürfen keinen Bezug zu Begriffen und Bezeichnungen haben, die Lebensmittel tierischer Herkunft bezeichnen oder umschreiben.</b>
Anhang 14	Die SMP bedauert, dass gesundheitsbezogene Angaben weiterhin nur für verarbeitete Lebensmittel und nicht auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie z.B. Äpfel oder Rohmilch möglich sind.	

### 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

#### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Siehe Kommentar zu Art. 15 LGV

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Erläuterungen werden Verbote für Aromastoffe neu in den produktespezifischen VO geregelt. Die Regelung, dass Produkte wie Milch nicht aromatisiert werden dürfen, muss unbedingt beibehalten werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP begrüsst die Regelungen bei Spuren von in der EU als Lebensmittel zugelassenen GVO.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Artikel 2	In der bisherigen Definition von GVO in der VGVL Artikel 2 Bst. d ist definiert, dass aus einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO hervorgeht. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Klarstellung gelöscht. Die bisherige Definition soll beibehalten werden. Damit ist geklärt, ob bei einer Kreuzung eines GVO mit einem nicht-GVO ein GVO oder nicht entsteht.	<b>Die Art. 30ff der LGV sind hinsichtlich der Definition von GVO zu überprüfen und zu ergänzen: ... aus Kreuzungen verschiedener GVO oder aus Kreuzungen von GVO mit andern Organismen hervorgehen.</b>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten

### Allgemeine Bemerkungen

Mit den geplanten Anpassungen der Verordnung über die Hygiene beim Schlachten kann sich die SMP einverstanden erklären, wenn die Änderung der Altersgrenze bei den Tieren der Rindergattung von 6 Wochen auf neu 8 Monate lediglich statistische Bedeutung hat und damit keine Beeinflussung der Märkte erfolgt.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP kann der Streichung von Artikel 10 Buchstabe h zustimmen. Allerdings ist anzumerken, dass Milch von Kühen, die nicht regelmässig gemolken werden, im Gehalt verändert sein kann. Zur Änderung der Definition von Milch: Vgl. Kommentar zur Änderung der VLtH.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
10	Streichung des Verbot des Abgebens von Milch: .. <del>h. Milch von Tieren, die weniger als zweimal pro Tag gemolken werden;</del>	In Art. 157 der Tierschutzverordnung ist die Regelung enthalten: <sup>4</sup> Milchvieh in Laktation ist zweimal täglich zu melken. <b>Demnach ist auch diese Bestimmung zu streichen.</b>

## 22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen

### Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten

### Allgemeine Bemerkungen

Die SMP begrüsst die verstärkten Kontrollen bei erhöhten tierseuchenrechtlichen- oder lebensmittelhygienischen Risiken ausdrücklich (Art. 64).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24**      **BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Keine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Vereinigung der Schweizer Eiprodukte-Hersteller und -Händler  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VSEH  
Adresse, Ort : c/o FOU GmbH, Littauerboden 1, CH-6014 Luzern  
Kontaktperson : Marco Zürcher  
Telefon : +41 79 248 05 51  
E-Mail : vseh@bluewin.ch  
Datum : 16.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26



## **1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die VSEH, Vereinigung der Schweizer Eiprodukte-Hersteller und –Händler, bezweckt die Wahrung und Vertretung der wirtschaftlichen und standespolitischen Interessen seiner Mitglieder.

In unserer Stellungnahme beschränken wir uns auf das Sachgebiet Eier und Eiprodukte.

An dieser Stelle ersuchen wir Sie freundlich, uns Eier- und Eiprodukte-spezifische Vernehmlassungen künftig zur Verfügung zu stellen.

Wir danken Ihnen im Voraus dafür, dass Sie sich den Anliegen der Schweizer Eierwirtschaft annehmen und hoffen, dass Sie unseren Anträgen entsprechen werden.

Mit freundlichen Grüssen

VSEH

Vereinigung der Schweizer Eiprodukte-Hersteller und -Händler

Marco Zürcher

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 92 Abs. 4	<p>Gemäss LIV ist das Mindesthaltbarkeitsdatum das Datum, bis zu dem ein Lebensmittel bei richtiger Aufbewahrung seine spezifischen Eigenschaften behält.</p> <p>Bei richtiger Aufbewahrung können Eier gut zwei bis drei Monate gelagert werden.</p> <p>Die Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft vom 23. November 2005, Stand 01.01.2014, enthielt richtigerweise keine spezifische Anforderung für das Mindesthaltbarkeitsdatum bei Eiern.</p> <p>98% der Detailhandelspackungen sind mit der sachdienlichen Information für Konsumentinnen und Konsumenten „Empfehlung: Eier im Kühlschrank aufbewahren“ ausgestattet.</p> <p>Das Beschränken des Mindesthaltbarkeitsdatums auf 28 Tage nach dem Legen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• führt und fördert unnötigerweise die Lebensmittelverschwendung (food waste).</li> <li>• trägt objektiv betrachtet nicht zu einer höheren Lebensmittelsicherheit bei.</li> <li>• und entbehrt nach unserem Kenntnisstand einer wissenschaftlichen Grundlage.</li> </ul>	Ersatzlos streichen.



**9 EDI: Getränkeverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**14**      **EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 15 EDI: Zusatzstoffverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
B Anwendungsliste	<p>Ergänzung, Ziffer 10.2 Eier und Eiprodukte, verarbeitet</p> <p>Darüber hinaus beantragen wir Ihnen, dass Ihr Amt bei der EU beantragt, den Zusatzstoff Triethylcitrat im Anhang der VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES als für Flüssigeiklar zulässig zu listen.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Zusatzstoff E 1505 war in der Schweiz über Jahrzehnte und bis inkl. Zusatzstoffverordnung vom 22. Juni 2007 für Eiweisspulver <b>und</b> pasteurisiertes Eiweiss zugelassen.</li> <li>2. Die Zugabe von Triethylcitrat für das hitzebehandelte Flüssig-Eiweiss hat sich in der Folge in der Schweiz über Jahrzehnte bewährt.</li> <li>3. Der Zusatzstoff resp. die Zugabe von Triethylcitrat vor der Pasteurisation resp. der Hitzebehandlung <b>stabilisiert die funktionellen Eigenschaften des ursprünglichen Eiweisses</b>, in unserem Falle Flüssig-Eiweiss, weitestgehend.</li> <li>4. Es entbehrt jeder Logik, weshalb es bei Trockeneiweiss zugelassen sein soll, nicht aber bei Flüssigeiweiss: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Über verschiedene EU-Eiprodukte-Hersteller konnten wir in Erfahrung bringen, dass E 1505 für Eiweiss in der EU eher unbekannt war.</li> <li>• Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb E 1505 erst im Jahr 2014 Eingang in die VERORDNUNG (EG) Nr. 1333/2008 gefunden hat, allerdings nur für Trockeneiweiss.</li> </ul> </li> <li>5. Triethylcitrat gilt als gesundheitlich unbedenklich.</li> <li>6. Triethylcitrat ist der Alternative Aluminiumsulfat (E 520) auf jeden Fall vorzuziehen. <ol style="list-style-type: none"> <li>a) einerseits wird Aluminiumsulfat von allen angefragten namhaften Lebensmittel-Herstellern klar abgelehnt.</li> <li>b) andererseits wird Aluminiumsulfat mit Krebs-fördernd und Alzheimer in Verbindung gebracht.</li> </ol> </li> </ol>	<p>Ziffer: 10.2 Eier und Eiprodukte, verarbeitet E-Nr.: E 1505 Triethylcitrat Höchstmenge: GHP Bemerkungen / Fussnoten: Nur <b>Flüssigeiklar</b> und Trockeneiweiss</p> <p>Alternativ separate Aufzählung: E-Nr.: E 1505 Triethylcitrat Höchstmenge: GHP Bemerkungen / Fussnoten: Nur Flüssigeiklar für Eiklarschäume</p>

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 57 Abs. 7	<p>Flüssig-Ei kann, ohne dass eine unmittelbare Gefahr besteht und die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet wird, durchwegs nach z.B. 5 oder 10 Tagen einer Behandlung unterzogen werden, wenn es bei einer Temperatur von <math>\leq 4\text{ °C}</math> gelagert wird.</p> <p>Für die Eiverarbeitungsbetriebe besteht die Notwendigkeit für eine Ausnahme, das Flüssig-Ei innert 48h behandeln zu müssen. Praxis-Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>am Freitag um 09h00 wird für einen Kunden 1000 KG Eigelb getrennt und pasteurisiert.</li> <li>für das aus der Eiweiss-Eigelb-Trennung anfallende Eiweiss besteht am Tag der Trennung keine Verwendung. Es wird bei <math>\leq 4\text{ °C}</math> zwischengelagert.</li> <li>das zwischengelagerte Eiweiss wird am Dienstag der Folgeweche hitzebehandelt und in Verkehr gebracht.</li> <li>um Nachkontaminationen zu vermeiden, werden <b>behandelte</b> Eiprodukte stets direkt nach der Behandlung in die Kunden-spezifischen Gebinde (Container à 300 bis 1000 KG, Pack/Beutel à 1 bis 10 KG) abgefüllt.</li> <li>wegen kurzen Haltbarkeiten bei Flüssig-Eiprodukten bestellen die Kunden sehr kurzfristig, z.B. Tag 1 auf 3.</li> <li>behandelte Eiprodukte werden aus obgenannten Gründen nicht zwischengelagert, sondern stets Kunden-spezifisch hergestellt.</li> </ul> <p><b>Variante 1:</b> Nicht hitzebehandeltes Flüssig-Eiweiss wird u.a. für die Herstellung von Meringues verwendet. Es gilt sicherzustellen, dass diese Hersteller die Verordnung einhalten und erfüllen können.</p> <p><b>Variante 2:</b> die Ausnahme zur Behandlung innert 48h wird eingeschränkt auf die Eiverarbeitungsbetriebe.</p>	<p><b>Variante 1:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>nicht für die unmittelbare Abgabe an Konsumentinnen und Konsumenten bestimmt sind, und wenn die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol> <p><b>Variante 2:</b> Erfolgt die Behandlung nicht umgehend nach dem Aufschlagen, so muss Flüssigei entweder eingefroren oder bei einer Temperatur von nicht mehr als <math>4\text{ °C}</math> gelagert werden. Die Lagerzeit in nicht gefrorenem Zustand darf 48 Stunden nicht überschreiten; dies gilt nicht für Erzeugnisse, die:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>entzuckert werden sollen, sofern die Entzuckerung so bald als möglich erfolgt.</li> <li>im Eiverarbeitungsbetrieb zwischengelagert und vor dem Inverkehrbringen einer Behandlung nach Abs. 4 unterzogen werden, und die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</li> </ol>
Art. 57 Abs. 9	<p>Einzelhandelsbetrieben ist die Möglichkeit einzuräumen, im Detailhandel (z.B. Abholmärkte) erworbene Eiprodukte einzufrieren, dies analog von Art. 29 Abs. 3, 4bis und 4ter des Entwurfes.</p> <p>Mit der Ergänzung wird der Lebensmittelverschwendung Einhalt geboten.</p>	<p>Eiprodukte, die zum Tiefgefrieren bestimmt sind, müssen unmittelbar nach der Behandlung tiefgefroren werden. <b>Einzelhandelsbetriebe sind von diesen Anforderungen ausgenommen, sofern die Lebensmittelsicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.</b></p>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Mutterkuh Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Stapferstrasse 2  
Kontaktperson : Daniel Flückiger  
Telefon : 056 462 33 55  
E-Mail : [daniel.flueckiger@mutterkuh.ch](mailto:daniel.flueckiger@mutterkuh.ch)  
Datum : 22.08.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	3
---	--	---

1 <b>Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019</b>					
Allgemeine Bemerkungen					
<p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Vernehmlassungspaket “Lebensmittelrecht – Stretto” Stellung zu nehmen.</p> <p>Mutterkuh Schweiz begrüsst, dass die Hof- und Weideschlachtung mit Verkauf des Fleisches erlaubt sein soll. Die Betriebe, die in den letzten Jahren mit dem Weideschuss und der Hofschlachtung begonnen haben, betreiben diese sehr engagiert und auf hohem fachlichem Niveau.</p> <p>Die Hof- und Weideschlachtung ist sowohl aus Sicht der regionalen Wertschöpfung/Direktvermarktung wie auch des Tierwohls interessant.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <table><tr><td>Mathias Gerber</td><td>Urs Vogt</td></tr><tr><td>Präsident</td><td>Geschäftsführer</td></tr></table>		Mathias Gerber	Urs Vogt	Präsident	Geschäftsführer
Mathias Gerber	Urs Vogt				
Präsident	Geschäftsführer				

## 2 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	bewilligte Hof- und Weideschlachtungen.	Wir begrüßen, dass Hof- und Weideschlachtungen unter strengen Bedingungen erlaubt sein sollen. Mit den in der Vorlage vorgeschlagenen Bedingungen sind die Hof- und Weideschlachtungen für Tierhaltungsbetriebe sehr aufwändig.
Art. 9a	Dito.	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Obstverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SOV  
Adresse, Ort : Baarerstrasse 88, 6300 Zug  
Kontaktperson : Josiane Enggasser  
Telefon : 041 728 68 60  
E-Mail : [josiane.enggasser@swissfruit.ch](mailto:josiane.enggasser@swissfruit.ch)  
Datum : 21.08.2019

**Schweizer Obstverband**  
**Fruit-Union Suisse**  
**Associazione Svizzera Frutta**  
[www.swissfruit.ch](http://www.swissfruit.ch)



### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	6
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	7
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	10
9	EDI: Getränkeverordnung .....	11
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15	EDI: Zusatzstoffverordnung .....	17
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	18
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	19
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	22
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizer Obstverband begrüsst eine Angleichung an das EU-Recht mit einem vergleichbaren Konsumentenschutz und dem Abbau von Handelshemmnissen, um eine bessere Vergleichbarkeit bzw. Austauschbarkeit mit einem der grössten Wirtschaftspartner der Schweiz zu erreichen.

Für die Schweizer Obstbranche sind folgende Punkte von vorrangiger Bedeutung:

1. Bei gentechnisch veränderten Lebensmittel wird eine landwirtschaftliche Lösung gefordert, heisst Gleichbehandlung des tierischen und pflanzlichen Bereiches.
2. Bei den alkoholhaltigen Getränken inkl. Zwischenprodukte und Halbfabrikate soll der Alkoholgehalt von über 0.5 Vol.% – und nicht erst ab 1.2 Vol.% – deklariert werden (Prävention und Gesundheitsschutz). Hier geht es auch um die Kohärenz zwischen alkoholfrei und alkoholhaltig! Eine Nicht-Deklaration des Alkoholgehaltes von über 0.5 Vol. % bis 1.2 Vol.% suggeriert dem Konsumenten, dass das Getränk alkoholfrei ist, was definitiv nicht der Fall ist (Getränkeverordnung Art. 61).
3. Grundsätzlich gilt, dass die Verweise aus dem EU-Recht (bei Verordnungen, bei Anhänge,...) in Schweizer Recht über- und aufgeführt werden sollen. Die Fussnoten sind durch die Verweise auf die EU-Normen und den teilweise dort neu eingefügten Begriffserläuterungen sehr lange. Diese Verweise erschweren die Leserlichkeit. Vorschlag: die Erläuterungen zu Begriffen in den Verordnungstext einbauen und nur die EU-Norm in der Fusszeile angeben.
4. Wir verlangen, dass überall dort, wo eine Regelung dem Amt delegiert wird, auch die betroffenen Kreise konsultiert werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung der Anliegen unserer rund 14'500 Mitglieder und stehen Ihnen gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Bruno Jud  
Präsident

Telefon +41 79 255 03 48, Fax +41 52 742 31 32  
bruno.jud@swissfruit.ch



Jimmy Mariéthoz  
Direktor

Telefon +41 41 728 68 10, Fax +41 41 728 68 00  
jimmy.mariethoz@swissfruit.ch

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SOV verlangt die gleichen Änderungen für den pflanzlichen Bereich, welche für den Tierbereich vorgesehen sind (Art. 31 und 37).

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 31 Abs. 5	Die Einteilung in «neuartige Lebensmittel» für Erzeugnisse, welche aus GVO gewonnen wurden, aber von dem Mikroorganismus abgetrennt und gereinigt wurde, wird unterstützt. Dies aufgrund, dass die Bewilligungsverfahren für GVO und neuartige Lebensmittel dieselben Kriterien heranziehen und weil der Gesundheitsschutz gewährleistet ist.	Die Änderung wird befürwortet.
Art. 37	Per Analogie zu den tierischen Lebensmitteln (Bsp. Joghurt) soll in Zukunft eine ähnliche Handhabung für die pflanzlichen Produkte gelten. Konkret würde dies bedeuten, dass bei der Deklaration die traditionelle Züchtungsmethode gleichgesetzt wird wie die Züchtungsmethode mit CRISPR / Cas9, wo der GVO-Mikroorganismus abgetrennt wird. Dies erlaubt somit die Deklaration «ohne Gentechnik hergestellt». Diese Regelung ist zukunftsorientiert und würde den Forschungsplatz Schweiz und die Züchtung neuer robuster Pflanzen, welche vom Konsumenten bezüglich Reduktion des Pflanzenschutzes gewünscht sind, fördern.	Die Änderungen, welche im tierischen Bereich vorgesehen sind, sollen auch für den pflanzlichen Bereich gelten.
Art. 37 Abs. 5, Bst b	Ist auch dementsprechend anzupassen (siehe Stellungnahme zu Art. 37)	Futtermittelzusätze und <b>pflanzliche Stoffe</b> , die
Art. 36 Abs. 3 Art. 39 Abs. 3	Die betroffenen Kreise sind vor der Übernahme bzw. Inkraftsetzung von neuen Regelungen zu konsultieren.	Das EDI regelt <b>nach Anhörung der betroffenen Kreise</b> :
Art. 93 Abs. 1	Die betroffenen Kreise sind anzuhören.	Ist die Kompetenz zur Rechtsetzung im Bereich der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände an das EDI oder das BLV übertragen, so hört das EDI beziehungsweise das BLV vor einer Verordnungsänderung die interessierten Bundesstellen <b>und die betroffenen Kreise</b> an.

### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen dürfen keine Auswirkung auf die Volkswirtschaft haben.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 3	Den kontrollierten Betrieben soll in allen Fällen auch eine Kopie der Kontroll-Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt werden. Ggf. auf elektronischem Weg.	Die Vollzugsbehörden stellen den kontrollierten Betrieben eine Kopie der schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung, <b>“auf Verlangen” streichen</b>



#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art.3	Begriffe des Kontrollplanes wurden korrigiert: Neu definiert sind Lebensmittelkette, Grundkontrolle, Nachkontrolle, Verdachtskontrolle, Zwischenkontrolle, Verwaltungskontrolle, zufällige Kontrolle	Die Korrekturen werden befürwortet
Art. 11 Abs.3, 4 und 5 (VPrP)	Die Obstbranche verfügt mit SwissGAP bereits über einen etablierten Branchenstandard, welcher auch die Bereiche Hygiene und Lebensmittelsicherheit umfasst. Dieser orientiert sich an internationalen Standards und ist für die meisten Produzenten verbindlich. Daher erübrigt sich die Erarbeitung eines neuen nationalen Standards und die Überprüfung durch die Behörden.	VPrP Art. 11 Abs. 6 (neu) Die Bestimmungen des 3. – 5. Abschnitts gelten nicht, wenn die Branche bereits über etablierte Leitlinien oder Standards für eine gute Hygienepraxis verfügt.

**5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme.**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 2	Die Veröffentlichung der Höchstgehalte auf der Website wird grundsätzlich begrüsst.	Dies muss gut kommuniziert werden und schnell auf der Website auffindbar sein.

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Stellungnahme</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Keine Stellungnahme</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 9 EDI: Getränkeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SOV fordert eine klare Deklaration des Alkoholgehaltes für alkoholische Getränke mit einem Alkoholgehalt von über 0.5 Vol. %.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 18 Abs. 1 Bst.c Ziff. 3	Ziff. 3 wird aufgehoben: Bisher: ...darf Orangensaft bis zu 10 Massenprozent Mandarinsaft zugesetzt werden.	Ziff. 1 und 2 sind unbedingt beizubehalten: Die Schweizer Regelung 90/10 bei Apfel- und Birnensaft soll beibehalten werden da es sich um eine Schweizer Spezifität und ein traditionelles Rezept handelt.  Aus der Sicht SOV kann Ziff. 3 ebenfalls beibehalten werden. Mit der Deklaration im Inhaltsverzeichnis wird die Transparenz gegenüber dem Konsumenten gewährleistet und es besteht somit keine Täuschungsgefahr.
Art. 62	Dieser Artikel wird aufgehoben. Gemäss Art. 61 gilt als alkoholisches Getränk jedes Getränk mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von über 0.5 Vol. %. Dieser ist dementsprechend auch zu deklarieren.	Mit der Aufhebung von Art. 62 muss sichergestellt werden, dass der Alkoholgehalt für alkoholische Getränke inkl. Zwischenprodukte und Halbfabrikate ab 0.5 Vol. % deklariert wird.
Anhang 3	Diese Liste der zulässigen Behandlungen und Stoffe soll für Fruchtsäfte mit den Proteinen pflanzlichen Ursprungs aus Erbsen erweitert werden.	Diese Liste soll, zur Herstellung von einer veganen Kost, auf weiteren möglichen pflanzlichen Proteinen zurückgreifen können und somit erlaubt werden.

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Stellungnahme**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Anhang 2	Der Eintrag für Ochratoxin A in übrigem Trockenobst wird mit der Bemerkung «bezogen auf Trockenmasse» ergänzt. Diese Bemerkung war im Rahmen der Revision des gesamten Lebensmittelrechts fälschlicherweise gestrichen worden.	Die Branche begrüsst die Wiederaufnahme.
Anhang 3	Die Höchstgehalte für Blei in Wein werden auf Apfel- Birnen- und Fruchtweine auf 0.2 mg/kg festgelegt. Dieser entspricht der Bestimmungen der EU.	Die Branche begrüsst die Festlegung dieses Höchstwertes. Dieser entspricht ebenfalls dem Code of Practice der AIJN.
Art. 6	Es ist wichtig, dass die Werte nicht direkt aus der EU übernommen werden, sondern von den Schweizer Behörden mit Konsultation der betroffenen Kreise überprüft werden. So kann auch sichergestellt werden, dass Grenzwerte, welche in der EU aus politischen (anstatt wissenschaftlich fundierten) Gründen angepasst werden, von der Schweiz nicht unnötigerweise übernommen werden.	Das BLV passt die Anhänge dieser Verordnung regelmässig dem Stand von Wissenschaft und Technik sowie dem Recht der wichtigsten Handelspartner der Schweiz an. <b>Die betroffenen Branchen werden vorgängig angehört.</b>



## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Der SOV befürwortet eine gute Information der Lebensmittel, um einer Täuschung vorzubeugen. Auch eine Harmonisierung zwischen der Lebensmittelinformationsverordnung und dem Markenschutzgesetz wäre sinnvoll.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 5 Bst c	Die Branche erachtet die Angabe der Nettofüllmenge im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung als überflüssig. Für den Konsumenten entsteht keinen Mehrwert bei der Angabe im Sichtfeld. Für die Firmen hingegen bedeutet diese Änderung einen grossen Aufwand mit entsprechender Kostenfolge.	Art. 4 Abs. 5 Bst c streichen.
Art. 18	Im Sinne der Prävention und zum Schutz von Kleinkindern, Jugendlichen, schwangeren Frauen und generell für Personen mit einem spezifischen Ernährungsplan, die keinen Alkohol vertragen oder vermeiden wollen, soll der Alkoholgehalt von über 0.5 %Vol deklariert werden. Es ist zu beachten, dass eine Messgenauigkeit von $\pm 0.5$ %Vol zulässig ist und somit letztendlich ein Alkoholgehalt von 1.7 %Vol deklarationsfrei zulässig ist. Daher beantragt der SOV eine klare Deklaration des Alkoholgehaltes von Getränken, Zwischenprodukten und Halbfabrikaten von über 0.5 % Vol. Dies erlaubt eine klare Information für den Konsumenten und verhindert eine Täuschung.	Bei Getränken mit einem Alkoholgehalt von mehr als 0.5 Volumenprozent muss der Alkoholgehalt in «% Vol» angegeben werden. (Siehe auch Art. 62 der Getränkeverordnung)

# 13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz

## Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 21. Abs 1	Antrag auf Präzisierung des jetzigen Textes.	Tafelobst ist Obst, das bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten sauber, reif, <b>sortentypisch</b> und in Form, Farbe und innerer Beschaffenheit, normal entwickelt und frei von Fehlern ist, die den Konsumwert beeinträchtigen.

**14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhang 1 a	Calciumsorbat E203, Octylgallat E 311 und Doecygallat E312 gestrichen, wegen ungenügenden toxikologischen Daten.	Der SOV unterstützt die Streichung dieser Stoffe.
Anhang 04.1.2	Zulassung von Kaliumcarbonat als Stabilisator und Säureregulator wird für abgepacktes, gekühltes, nicht verarbeitetes und verzehrfertiges Obst beschränkt. Kaliumcarbonat ist besser als Ascorbinsäure, da es das Zellgewebe weniger abbaut als Ascorbinsäure.	Der SOV unterstützt die Zulassung von Kaliumcarbonat.

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel****Allgemeine Bemerkungen****Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	In Ziffer 1.20 erhält in der Spalte «Lebensmittelkategorie» der Eintrag «Nicht pasteurisierte, genussfertige Obst- und Gemüsesäfte» folgende Fassung: Nicht pasteurisierte (neue Fussnote), genussfertige Obst- und Gemüsesäfte» c. Neue Fussnote: «Nicht pasteurisiert» bedeutet, dass der Saft keiner Pasteurisierung durch Zeit-/Temperaturkombination bzw. keinen anderen validierten Verfahren unterzogen wurde, mit denen eine der Pasteurisierung im Hinblick auf ihre Wirkung auf Salmonellen gleichwertige bakterizide Wirkung erzielt wird.	Diese Fassung wird akzeptiert.
Anhang 1 Ziffer 1.20	Neu soll dieses Kriterium in Bezug auf <i>Salmonella</i> nicht auf genussfertige Obst- und Gemüsesäfte angewandt werden, die einem bakteriziden Verfahren unterzogen wurden, dessen Wirkung in Bezug auf <i>Salmonella</i> mit derjenigen der Pasteurisation vergleichbar ist.	Wird befürwortet.
Anhang 1 Ziffer 2.5.2	Neu soll dieses Kriterium in Bezug auf <i>E. Coli</i> nicht auf genussfertige Obst- und Gemüsesäfte angewandt werden, die einem bakteriziden Verfahren unterzogen wurden, dessen Wirkung in Bezug auf <i>E. Coli</i> mit derjenigen der Pasteurisation vergleichbar ist.	Wird befürwortet.
Art. 22 Abs 2	Die Vorgabe, dass Betriebsangestellte, die für die Entwicklung und Anwendung des HACCP-Konzeptes zuständig sind, in allen Fragen zu diesem zu schulen sind, geht zu weit. Die Schulung sollte sich auf die für den Betrieb relevanten Bereiche beziehen	Ergänzen «... zuständig sind, in den für den Betrieb relevanten Bereichen der Anwendung des HACCP-Konzepts ....»



**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten****Allgemeine Bemerkungen****Keine Stellungnahme**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

**Keine Stellungnahme**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



## Consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances Consultation jusqu'au 26 août 2019

### Prise de position de

Nom / entreprise / organisation / service : Fédération romande des consommateurs  
Sigle entreprise / organisation / service : FRC  
Adresse, lieu : Rue de Genève 17, case postale 6151, 1002 Lausanne  
Interlocuteur : Barbara Pfenniger et Sophie Michaud Gigon  
N° de téléphone : 021 331 00 90  
E-mail : [b.pfenniger@frc.ch](mailto:b.pfenniger@frc.ch) et [s.michaudgigon@frc.ch](mailto:s.michaudgigon@frc.ch)  
Date : 21.08.2019

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. **Merci d'utiliser une ligne par article.**
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 26 août 2019 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Table des matières

1	Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019.....	3
2	CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels.....	6
3	CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires .....	11
4	CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels .....	13
5	CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes .....	16
6	DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale. 18	
7	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires destinées aux personnes ayant des besoins nutritionnels particuliers .....	19
8	DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale .....	24
9	DFI : ordonnance sur les boissons .....	27
10	DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires .....	30
11	DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants.....	32
12	DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires .....	35
13	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible.....	39
14	DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires.....	40
15	DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires.....	41
16	DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires.....	43
17	DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires.....	45
18	DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées.....	46
19	DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires .....	49
20	DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux .....	50
21	DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière .....	51
22	DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public .....	52
23	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers.....	53
24	CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège.....	54

## 1 Remarques générales sur la consultation relative au projet Stretto 3 ; révision des ordonnances 2019

### Remarques générales

Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs,

La Fédération romande des consommateurs (FRC) membre de l'Alliance des organisations de consommateurs remercie le Département fédéral de l'intérieur (DFI) de l'avoir associée à la procédure d'audition sur la révision du droit alimentaire 2019. Veuillez trouver nos commentaires ci-dessous.

Dans son premier article, la loi sur les denrées alimentaires et les objets usuels de 2014 donne les bases essentielles que la législation alimentaire doit apporter aux consommateurs : la législation doit servir à protéger la santé des consommateurs, elle doit garantir que les denrées soient produites dans des bonnes conditions d'hygiène, elle doit protéger les consommateurs contre les tromperies et elle doit servir à ce que les consommateurs reçoivent les informations nécessaires à l'acquisition des denrées. La FRC demande que, lors de cette révision 2019, tous ces aspects soient réellement intégrés dans les ordonnances alimentaires.

#### A. Protection de la santé des consommateurs

Les consommateurs s'attendent à ce que les autorités fassent en sorte que les denrées alimentaires ne provoquent pas de maladie aiguë, mais qu'elles n'aient pas non plus d'effet délétère sur le long terme, par exemple en provoquant des maladies non transmissibles ou par la présence de perturbateurs endocriniens ou de nano particules.

##### 1. Boissons alcoolisées sucrées

La FRC demande de ne pas supprimer l'information détaillée et compréhensible sur les alcopops. Vouloir diminuer l'information et faire baisser le prix des boissons alcoolisées destinées aux jeunes est contraire à la [Stratégie nationale Addictions](#) dont le but est à juste titre de créer un cadre favorable et de diminuer l'accessibilité des substances. Le rapport de 2016 a justement montré un doublement de la consommation chronique à risque dans le groupe des jeunes adultes. Il faut tout faire pour ne pas encore augmenter cette tendance.

##### 2. Dioxyde de titane Nano

Le test de la FRC avait montré que le colorant E171 dans les produits analysés était en grande partie présent sous forme de nanoparticules. Comme les chercheurs français ont montré l'influence de ces particules issues de ce colorant sur le système immunitaire et sur des lésions précancéreuses dans les intestins des souris, la FRC demande d'appliquer en Suisse le même principe de précaution que chez nos voisins français et de suspendre l'autorisation de cet additif.



## **B. Protection contre la tromperie**

La loi sur les denrées alimentaires prévoit à juste titre une protection contre la tromperie qui permet une saine concurrence sur le marché.

### **1. Un cadre pour les mentions valorisantes**

Les allégations diverses font miroiter des avantages aux consommateurs, sans pour autant bénéficier d'une base légale. La FRC demande de clarifier la situation en encadrant des mentions valorisantes comme « naturel », « traditionnel », « fait maison » ou encore « artisanal ». Lors de la table ronde du 28 mai 2019, l'OSAV a décrit un début de cadre pour le terme « artisanal » en l'opposant à la « production de masse » et en disant que la production devrait se faire partiellement à la main et avec un usage limité d'auxiliaires. La FRC demande que ce genre de définition soit fixé dans des lettres d'information afin de pouvoir jouer un rôle de garantie pour les consommateurs. La FRC participe volontiers à la réflexion préparatoire de ce genre de document.

### **2. Allégations nutritionnelles et de santé**

Contrairement aux mentions valorisantes susmentionnées, les allégations nutritionnelles et de santé sont définies dans l'ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires. Toutefois, les règles ne concernent que le nutriment en question, alors que les consommateurs avalent l'aliment entier qui bénéficie du « halo » de santé découlant l'allégation. La FRC demande de mettre enfin sur pied le cadre légal qui permettrait de juger l'aliment entier grâce à un profil nutritionnel, avant de pouvoir le faire bénéficier d'une allégation nutritionnelle ou de santé. Comme premier pas de correction de la situation actuelle qui permet par exemple de vanter l'effet positif de vitamines ajoutées dans une boisson très sucrée comme un Energy drink, il serait judicieux de rendre le Nutri-score obligatoire pour tous les produits portant une allégation nutritionnelle ou de santé. La FRC demande la mise sur pied rapide de ce système pour rééquilibrer l'information aux consommateurs.

## **C. Informations nécessaires à l'acquisitions des denrées**

Les consommateurs sont des partenaires commerciaux qui génèrent deux tiers du produit intérieur brut. Ils ont donc besoin d'informations pertinentes sur les produits pour pouvoir prendre leurs décisions d'achat en connaissance de cause et agir comme un acteur commercial responsable. Cette notion a été introduite dans la loi sur les denrées alimentaires de 2014, mais de nombreuses informations obligatoires existaient déjà dans la législation alimentaire dès 1980. La Suisse a été précurseur dans le domaine et ne doit pas perdre ce rôle prestigieux.

### **1. Nourri sans OGM**

La FRC demande donc de garder ces objectifs à l'esprit lors de cette révision de la législation alimentaire, notamment pour créer un étiquetage « nourri sans OGM » ou « issu d'animaux nourris sans OGM » informatif, précis et juste pour les consommateurs, sans les induire en erreur. Un vague « sans OGM » pour des denrées issues d'animaux nourris sans plante génétiquement modifiées mais avec des substances issues de microorganismes génétiquement modifiés ne serait pas assez précis.

### **2. Indication de la provenance**

La déclaration de la provenance systématique et compréhensible est une autre information utile aux consommateurs et plébiscitée par eux. Nos voisins français ont notamment mis en place l'indication de la provenance de la viande comme ingrédient à partir de 8% du produit

fini, sans aucune condition supplémentaire qui rend le résultat final difficile à interpréter. La FRC demande d'appliquer le même principe en Suisse : une indication systématique de la provenance, sans exceptions et sans sous-entendus incompréhensibles pour les consommateurs moyens.

### **3. Déclaration nutritionnelle**

La FRC demande également d'indiquer la déclaration nutritionnelle complète dans les cas où celle-ci est obligatoire et de ne plus pouvoir se limiter à la déclaration « courte » sans les sucres et sans les acides gras saturés. Idéalement, il faudrait aussi rendre obligatoire l'usage du Nutri-score sur les denrées transformées. Car c'est quand il est utilisé par tous les fabricants et sur tous les produits que ce genre d'étiquetage permet de bien comparer les produits et de choisir en connaissance de cause.

### **4. Information lors d'achats à distance**

La législation actuelle prévoit que le commerce fournisse les informations obligatoires avant l'achat, que ce soit dans le magasin ou lors d'achats à distance. Le but étant de pouvoir prendre des décisions en connaissance de cause. Il est dès lors incompréhensible que, lors de sa présentation au cours d'une de tables rondes, l'OSAV ait affaibli cette obligation en suggérant qu'il serait possible de donner l'information sur demande téléphonique dans un laps de temps de cinq minutes. Cela voudrait dire qu'une personne qui veut acheter une vingtaine d'articles devrait compter avec plus d'une heure et demi pour obtenir les informations nécessaires à l'achat, sans compter le fait que cela n'inclut aucune comparaison d'articles. Par ailleurs, le risque de tromperie par omission d'une information importante (p.ex. OGM) est énorme. L'allègement suggéré par l'OSAV est donc clairement contraire aux droits des consommateurs, à la liberté de choix et à la concurrence loyale.

### **5. Information sur le mode d'élevage**

De plus en plus de consommateurs s'inquiètent du mode d'élevage et du bien-être des animaux dont sont issus leurs aliments. Laisser le choix de l'information aux différents labels privés n'est pas suffisant et manque de transparence. Pour le consommateur savoir par exemple si la viande bovine provient d'animaux ayant brouté en pâturage, de vaches allaitantes ou de taurillons élevés dans une halle d'engraissement est indispensable pour faire un choix éclairé. La FRC demande la mise sur pied d'un système gradué officiel pour renseigner les consommateurs sur le mode de production des denrées d'origine animale, à la manière de ce qui existe pour les œufs.

Les denrées alimentaires et les objets usuels sont des sujets qui touchent de près les consommateurs suisses, principaux destinataires de ces denrées. La FRC demande donc de totalement prendre en compte ses demandes d'adaptation du projet d'ordonnances.

Nous vous remercions de l'attention et de la suite que vous donnerez à notre prise de position et nous vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

Fédération romande des consommateurs

Sophie Michaud Gigon  
Secrétaire générale

Barbara Pfenniger  
Responsable alimentation

## 2 CF : ordonnance sur les denrées alimentaires et les objets usuels

### Remarques générales

#### Nourri sans OGM

La FRC demande d'introduire un étiquetage « nourri sans OGM » pour les denrées d'origine animale et de maintenir « sans recours au génie génétique » aux conditions actuelles pour les denrées d'origine végétale. Etendre simplement l'appellation « sans recours au génie génétique » aux denrées issues d'animaux nourris avec des vitamines issues du génie génétique serait trompeuse pour les consommateurs.

#### Allégations de santé

La FRC demande de ne plus autoriser des allégations de santé pour des composants des aliments sans émettre des conditions pour l'aliment entier. Ces conditions (profils nutritionnels) ont été annoncées il y a 10 ans, il est temps de les mettre en place, en commençant par les allégations nouvellement autorisées.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 15, al. 2, let. a	<p><b>Denrées génétiquement modifiées comme novel food</b> La transparence doit être garantie pour les consommateurs. La FRC accepte l'inclusion comme novel food des denrées alimentaires issues d'organismes génétiquement modifiés, produits en fermentateurs (selon art. 31 al. 5), <b>sous condition que la liste de toutes les autorisations soit publiée de manière à être accessible aux consommateurs et que parmi les substances autorisées, celles issues du génie génétique soient clairement identifiables</b> (voir commentaire de l'ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires).</p> <p><b>Inscrire les exigences dans l'ordonnance</b> Pour donner davantage de poids à la sécurité des aliments et à la sécurité biologique, nous demandons également que les exigences concernant les données à fournir pour demander une autorisation soient règlementées au niveau ordonnance, notamment l'exigence que le fabricant doit fournir la preuve que le produit fini est totalement exempt d'organismes génétiquement modifiés. Les exigences concernant les OGM sont actuellement inscrites dans l'ODAIGM. En</p>	<p><u>OSAV publie et actualise une liste des substances autorisées en désignant clairement les celles issues du génie génétique.</u></p>

	faisant passer les substances issues d'OGM dans une autre ordonnance, il faut maintenir ce niveau et ne pas se limiter à des documents « soft law »	
Art. 31, al. 1	<b>Régime d'autorisation : définition des produits OGM</b> La définition des OGM devrait être identique à celle utilisée dans l'art. 2 de l'Ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées. La FRC propose donc de compléter celle de l'ODAIous ou d'y introduire une référence à l'art. 2 ODAIGM.	La mise sur le marché de denrées alimentaires ou <b>d'additifs</b> qui sont des OGM, qui contiennent de tels organismes, qui sont obtenus à partir d'OGM ou <u>qui sont issus d'un croisement entre OGM ou d'un croisement entre OGM et d'autres organismes (produits OGM)</u> et qui sont destinées à être remises aux consommateurs est soumise à l'autorisation de l'OSAV.  Ou :  La mise sur le marché de denrées alimentaires qui sont des OGM, qui contiennent de tels organismes ou qui en sont issues ( <u>produits OGM selon art. 2 ODAIGM</u> ) et qui sont destinées à être remises aux consommateurs est soumise à l'autorisation de l'OSAV.
Art. 31, al. 3	<b>Autorisation des denrées alimentaires OGM</b> L'autorisation d'une denrée alimentaire OGM doit seulement être accordée si tout risque pour l'être humain, les animaux et l'environnement peut être exclu, en cohérence avec art. 6 de la Loi sur le génie génétique. Se limiter à l'environnement n'est pas suffisant de l'avis de la FRC.	...L'OSAV accorde l'autorisation si, en l'état des connaissances scientifiques, tout risque pour <u>les êtres humains, les animaux et</u> l'environnement peut être exclu.
Art. 31, al. 5, let c	<b>Produit épuré</b> La notion de produit OGM « épuré » doit être définie. Le degré d'épuration doit être fixé à 100%, par respect des consommateurs.	<b>Ajouter :</b> <u>Epuré : le produit ne contient aucune trace d'organismes génétiquement modifiés</u>
Art. 33 al. 1	<b>Version française à améliorer</b>  <b>Erreur dans le rapport :</b> il est fait mention d'un alinéa 1bis qui n'existe pas.	Lorsque des denrées alimentaires sont des produits OGM ou <u>lorsqu'ils en</u> contiennent <del>de tels</del> <b>organismes</b>
Art. 37 al. 4	<b>« Sans OGM »</b> La FRC est favorable à ce que les consommateurs soient informés si une denrée d'origine animale a été obtenue sans aliments issus de plantes génétiquement modifiées. Toutefois, « produit sans recours au génie génétique » ne décrit pas la réalité si l'animal a mangé des	Les denrées alimentaires <u>d'origine végétale</u> peuvent porter la mention « produit sans recours au génie génétique » <u>et les denrées d'origine animale peuvent porter la mention « nourri sans OGM »</u> ou <u>« issu d'animaux nourris sans OGM »</u> lorsqu'elles satisfont aux exigences suivantes :

	<p>additifs obtenus par génie génétique. Pour cette raison, la FRC préfère « <b>nourri sans OGM</b> » comme en France ou encore « <b>issu d'animaux nourris sans OGM</b> ». Le potentiel de tromperie des consommateurs est moindre.</p> <p>La FRC propose donc de séparer l'étiquetage des denrées d'origine animale « <b>nourri sans OGM</b> » de celui des denrées d'origine végétale « <b>produit sans recours au génie génétique</b> ».</p> <p><b>Pour plus de transparence, la FRC demande également la publication accessible de la liste des vitamines, enzymes, etc. issus d'OGM qui sont autorisés en alimentation animale.</b></p> <p>L'étiquetage ne doit toutefois pas donner l'impression que le produit est supérieur à un produit issu de l'agriculture biologique. Pour cette raison, il serait important d'autoriser les produits bio à porter également une mention « <b>nourri sans OGM</b> » adaptée à cette situation.</p> <p>Pour rappel : la FRC préférerait évidemment encore s'il était obligatoire d'informer les consommateurs si un animal a été affouragé avec des plantes transgéniques, c'est à dire un étiquetage « <b>nourri avec OGM</b> » obligatoire.</p>	
Art. 37, al. 5	<p><b>Spécification des conditions au « <b>nourri sans OGM</b> »</b></p> <p>Voir ci-dessus : Pour plus de transparence, la FRC demande la publication de la liste des vitamines, enzymes, etc. issus d'OGM qui sont autorisés en alimentation animale, ainsi que l'information des consommateurs.</p>	<p>La condition fixée à l'al. 4, let. a, ch. 2 ne s'applique pas aux :</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>médicaments vétérinaires ;</li> <li>additifs pour l'alimentation animale <ol style="list-style-type: none"> <li>obtenus par le procédé décrit dans l'art. 31, al. 5 ;</li> <li>manifestement disponibles seulement en ayant recours au génie génétique ; et</li> <li>nécessaires pour couvrir les besoins des animaux afin de garantir leur santé et leur protection ; et</li> <li><u>inscrits dans la liste xx de l'OSAV</u></li> </ol> </li> </ol>
Art. 38, al. 2 et 3	<p><b>Conditions d'autorisation pour de nouvelles allégations de santé</b></p> <p>Autoriser des allégations de santé en plus de celles admises en Union européenne n'a de l'avis de la FRC aucun avantage pour les consommateurs suisses et est contre-productif pour les consommateurs européens. De notre expérience, certains fabricants utilisent cette</p>	<p><u><b>c. la denrée remplit des conditions nutritionnelles fixées par l'OSAV.</b></u></p>

	<p>possibilité pour contourner la réglementation de l'UE et forcer ainsi la main à l'EFSA.</p> <p>Toute allégation de santé fait rayonner un halo de santé sur le produit entier, alors que celui-ci peut contenir trop de sucres, graisses ou sel. Cela est notamment le cas des allégations autorisées pour la caféine et qui sont utilisées pour promouvoir les energy drinks, très riches en sucres. Pour cette raison, il serait essentiel que la procédure tienne obligatoirement compte de l'utilisation probable de l'allégation et applique un profil nutritionnel à l'aliment entier tel qu'il est prévu dans le règlement (CE) 1924/2006.</p>	
Art. 38, al. 2	<p><b>Erreur de français</b> : le terme « l'autre substance » n'est pas compréhensible. Nous proposons de le remplacer par « la substance » ou « le composant ».</p>	des données et des informations scientifiques généralement admises apportent la preuve que le nutriment, <u>le composant</u> , la denrée alimentaire ou la catégorie de denrée alimentaire possède les propriétés indiquées ; et
Art. 39, al. 2, let. a	<p><b>Déclaration de la provenance à la vente en vrac</b>  <b>La FRC salue</b> l'ajout des ratites.</p>	
Art. 39, al. 2, let. d	<p><b>Date limite pour les denrées périssables</b>  <b>La FRC salue</b> l'indication de la date limite de consommation pour les denrées périssables vendues à la coupe. Clarifier cette date permet aux consommateurs de mieux gérer leurs provisions et de lutter ainsi contre le gaspillage alimentaire.</p>	
Art. 85a	<p><b>Contrôles officiels</b>  <b>La FRC salue</b> cette disposition qui clarifie la situation et facilite le travail des autorités de contrôle.</p>	
Art. 90 et 91	<p><b>La FRC approuve</b> l'amélioration des contrôles.</p>	
Art. 95a	<p><b>La FRC approuve</b> le délai transitoire jusqu'en 2021.</p>	

<p>II</p> <p>Art. 2, let.b, ch.1</p>	<p><b>Modification de l’ordonnance sur la mise sur le marché de produits fabriqués selon des prescriptions étrangères</b></p> <p><b>OPPEtr : alcopops</b></p> <p>La FRC s’oppose fermement à la suppression de l’avertissement spécifique sur l’étiquette des boissons alcoolisées sucrées. Ces boissons ressemblent toujours aux limonades sans alcool et leur commercialisation s’adresse toujours à un jeune public, pas encore habitué aux prescriptions de la législation alimentaire. Le marketing notamment des prémélanges de boissons énergisantes avec de l’alcool vise justement le public jeune, en organisant des événements sponsorisés qui affichent le logo de ces prémélanges.</p> <p>Par ailleurs, la FRC a été contacté par des personnes qui n’avaient pas compris l’indication « vol xx% ». L’indication de la teneur en alcool doit donc continuer à être particulièrement claire et explicite sur ces boissons pour une raison de santé publique.</p> <p>Les conséquences de cette diminution de la clarté de l’information des consommateurs sont donc négatives pour les consommateurs. Les conséquences sur les consommateurs devraient également être évaluées sous le point III. Conséquences.</p>	<p>Ne pas abroger.</p>
--	--	------------------------

### 3 CF : ordonnance sur l'exécution de la législation sur les denrées alimentaires

#### Remarques générales

##### Contrôles indépendants

L'indépendance totale des personnes qui contrôlent les denrées alimentaires et les objets usuels est essentielle pour les consommateurs. La FRC salue donc que cet aspect soit nommé tout au début de l'ordonnance et que la formation continue des personnes responsables du contrôle soit encouragée et entièrement prise en charge par les cantons et la Confédération. Toutefois, la FRC demande de bien intégrer la notion d'indépendance aussi dans la formation et la rémunération des assistants officiels

##### Formation continue

La FRC approuve l'introduction de formations continues régulières, toutefois celle-ci et l'organisation plus centralisée ne doivent pas décourager les chimistes cantonaux ou couper leur esprit analytique créatif et proche du terrain.

##### Achats test anonymes

La FRC demande l'introduction de la possibilité de faire des achats tests anonymes (p.ex. sur internet) dans le but de rendre le contrôle en situation réelle possible, notamment lors de commandes sur des sites internet.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art.3	<b>Impartialité des contrôles</b> <b>La FRC salue</b> le fait de nommer l'impartialité des contrôles et l'indépendance des contrôles déjà tout au début de l'ordonnance. Ce point est essentiel pour les consommateurs.	
Art. 7	<b>Transparence des contrôles officiels</b> <b>La FRC salue</b> la transparence accrue sur les résultats des contrôles à destination des consommateurs. Elle demande que les organisations de consommateurs soient informées de manière systématique de ces résultats.	
Art. 48	<b>Méthodes employées pour le prélèvement d'échantillons, les analyses, les essais et les diagnostics</b> Il est pour les consommateurs indispensable que les organes de contrôle cantonaux puissent adapter les méthodes d'analyse et de prise	



	<p>d'échantillons aux besoins du terrain. La grande connaissance des réalités du terrain de ces spécialistes permet de déjouer des fraudes, mais seulement si on leur laisse la possibilité de faire des analyses de manière proactive, ainsi que des prélèvements d'échantillons non représentatifs « à l'essai ». Les rapports des chimistes cantonaux révèlent chaque année la pertinence d'un système permettant suffisamment de liberté d'action et de créativité.</p> <p><b>La FRC favorise l'idée d'un renversement de la preuve, demandant au fabricant de prouver que son lot est conforme, quand l'analyse d'un échantillon non représentatif a révélé des produits non conformes.</b></p>	
Art. 105	<p><b>Echanges de données</b>  Pour plus de clarté, la FRC demande d'inclure le Swissness dans la liste des situations nommées (<a href="#">OIPSD</a>)</p>	<p><u>d. qu'une désignation au sens des art. 48 à 48b de la loi sur la protection des marques (LPM) ne remplit pas les exigences de l'OIPSD.</u></p>

#### 4 CF : ordonnance sur le plan de contrôle national de la chaîne alimentaire et des objets usuels

##### Remarques générales

##### Contrôles indépendants

De manière générale, la FRC approuve la révision de l'OPCN. Elle demande toutefois de clarifier encore mieux le besoin d'indépendance totale des contrôleurs de l'entreprise contrôlée.

##### Transparence sur les guides de bonnes pratiques

Pour plus de transparence, la FRC demande également la publication des guides de bonnes pratiques afin de les rendre accessibles au grand public.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2, al. 2	<b>Appellations agricoles</b> <b>La FRC salue l'inclusion des appellation agricoles</b> tout au long de la chaîne alimentaire dans le plan de contrôle pluriannuel. Ces appellations promettent une valeur ajoutée et sont ainsi sujettes à la tromperie.	
Art. 4	<b>Objectif du plan de contrôle pluriannuel</b> Pour plus de clarté, la FRC demande d'ajouter la mention du but final du plan tel qu'il apparaît dans le rapport explicatif : réduire les risques pour la santé et lutter contre la tromperie	Le PCNP a pour objectif la mise en place d'une stratégie cohérente, nationale et intégrée des contrôles officiels de manière à couvrir tous les secteurs et toutes les étapes de la chaîne agroalimentaire et des objets usuels, y compris leur importation <u>en vue de la réduction des risques pour la santé (humaine, animale et des plantes) et de lutter contre la tromperie.</u>
Art. 5	<b>Contenu du plan de contrôle national pluriannuel</b> Le rapport explicatif indique qu'un document d'une centaine de pages se trouve sur le site de l'UCAL. Il serait important et gage de transparence d'introduire un lien qui permette de trouver rapidement le document en question.	
Art. 8, al. 2	<b>Contrôles de base</b> <b>La FRC salue l'organisation de contrôles aléatoires.</b>	

Art. 8, al.8	Erreur de français	L'OSAV peut au besoin ajuster les <u>intervalles</u> fixés dans l'annexe 1, liste 3.
Art. 9	<b>Délégation des contrôles</b> En dehors d'un haut niveau de compétence et de loyauté, il est pour les consommateurs essentiels que les entités ou les personnes qui effectuent les contrôles soient totalement indépendantes des entreprises à contrôler et ne puissent pas être mises sous pression. Cette demande est partagée par les organisations de consommateurs dans tous les pays européens.	<u>L'autorité d'exécution cantonale doit veiller à la totale indépendance financière de cet organe de l'entreprise à contrôler.</u>
Art. 19	<b>Collecte d'informations et de données</b> <b>La FRC salue l'objectif</b> d'évaluer l'exposition des consommateurs aux dangers liées aux denrées alimentaires afin de diminuer les risques notamment liés aux bactéries résistantes aux antibiotiques.	
Art. 20 et 21	<b>Rapports</b> <b>La FRC salue la publication</b> de rapports concernant les résultats des contrôles afin de fournir aux consommateurs des informations transparentes concernant la sécurité des denrées. La FRC demande que ces rapports soient rédigés de manière à garder en vue l'utilité de l'information pour les consommateurs.	
Annexe 1, liste 1	<b>Exploitations pratiquant la production primaire</b> La FRC approuve les intervalles proposés, mais demande de raccourcir ces intervalles en cas de changement de propriétaire.	
Liste 2	<b>Entreprises actives en amont ou directement en aval de la production primaire</b> La FRC approuve l'inclusion dans cette liste des entreprises qui remettent des médicaments vétérinaires. La lutte contre les bactéries résistantes doit effectivement être faite à la source, donc aussi à l'élevage.	
Art. 11	<b>Annexe 4 ordonnance sur la production primaire</b> <b>Guide des bonnes pratiques</b>	<u>Les guides de bonnes pratiques sont publiés sur le site de l'OSAV</u>

	La FRC salue l'introduction de guides de bonnes pratiques dans la production primaire. Elle demande toutefois que ces guides soient publics afin de créer la transparence nécessaire à la confiance.	
--	--	--

## 5 CF : ordonnance concernant l'abattage d'animaux et le contrôle des viandes

### Remarques générales

#### Contrôles indépendants

Les contrôles vétérinaires indépendants et neutres sont essentiels pour la sécurité des consommateurs. La FRC demande que cette indépendance soit garantie dans toutes les situations, même en cas d'abattage à la ferme, dans un pré ou en cas d'urgence.

#### Respect des animaux

De manière générale, la FRC se réjouit de l'ouverture à de nouvelles méthodes d'abattage plus proches des besoins de animaux.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 9 et 9a	<b>Abattage à la ferme et au pré</b> <b>La FRC salue</b> le fait de faciliter l'abattage à la ferme et au pré, car de plus en plus de consommateurs souhaitent se rapprocher de la nature et respecter le bien-être animal jusqu'à sa mort. La FRC salue la solution qui permet l'abattage en dehors d'un abattoir, tout en garantissant une sécurité alimentaire impeccable.	
Art. 28, al. 1	<b>Contrôle des animaux dans le troupeau</b> La FRC accepte le contrôle des ruminants dans le troupeau, sous condition que cela garantisse néanmoins un niveau de sécurité élevé pour les consommateurs	
Art. 28, al. 2	<b>Contrôle des animaux dans des situations d'urgence</b> La FRC comprend la volonté de raccourcir la souffrance d'animaux malades ou blessés grâce au contrôle plus rapide de la part du vétérinaire du troupeau à la place du vétérinaire officiel.  Toutefois, la relation commerciale préexistante de ce vétérinaire avec le propriétaire ne doit en aucun cas déboucher sur une diminution des exigences. <b>La FRC demande de mettre sur pied un mécanisme de supervision, également dans le but d'utiliser cette possibilité uniquement dans des cas réellement indispensables.</b>	<u>L'OSAV garantit l'indépendance des contrôles vétérinaires d'urgence.</u>

Art. 44, al. 2	<p><b>Abattage sans la présence d'un vétérinaire officiel</b></p> <p>Si l'abattage se fait sans la présence d'un vétérinaire officiel, il est d'autant plus important que les personnes responsables soient bien formées et bien contrôlées. Un employé rémunéré par l'abattoir est trop susceptible d'être mis sous pression pour ne pas prendre des mesures désagréables pour son employeur.</p> <p>La FRC demande donc de garantir l'indépendance des contrôles par un système de supervision rapproché et par une formation appropriée obligatoire.</p> <p>Il serait par exemple possible de miser sur les méthodes modernes comme la surveillance vidéo. Ce système sera notamment mis en place en France.</p>	<p>Dans les grands établissements, au moins un vétérinaire officiel doit être présent durant toute la durée de l'abattage.</p> <p><u>Dans les autres cas, tous les assistants doivent obligatoirement avoir suivi la formation d'auxiliaire officiel et être soumis à la supervision d'un vétérinaire officiel</u></p>
Art. 52	<p><b>Vétérinaires non officiels</b></p> <p>La FRC accepte le remplacement des vétérinaires officiels par un vétérinaire non officiel si celui-ci n'a aucun lien financier avec le propriétaire de la bête à abattre et si un système de supervision est mis en place.</p>	<p>instituer des vétérinaires non officiels pour réaliser les tâches suivantes, à condition qu'ils aient les qualifications suffisantes <u>et aucun lien financier avec l'exploitant</u></p>

**6 DFI : ordonnance sur les limites maximales applicables aux résidus de pesticides présents dans ou sur les produits d'origine végétale ou animale.**

**Remarques générales**

**Liste accessible et transparente pour les consommateurs**

La FRC demande à être strict concernant les résidus de pesticides, car les consommateurs ne souhaitent pas consommer des substances à leur insu. Elle accepte que la liste des limites maximales soit publiée sur le site Internet de l'OSAV pour pouvoir être adaptée rapidement. Toutefois, la FRC demande que la liste soit facile d'accès et que les organisations de consommateurs soient tenues au courant des changements.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 1, Tableau 3	<b>Tableau des produits d'origine végétale ou animale</b> La FRC demande le maintien de la catégorie des denrées alimentaires transformées. Ces produits sont de plus en plus importants dans les assortiments des distributeurs et il n'est pas logique de ne plus les mentionner ici.	Ne pas abroger Maintien des <u>denrées alimentaires transformées</u>
Annexe 2	<b>Tableau des limites maximales autorisées pour les résidus de pesticides</b> La FRC accepte la publication de la liste des limites maximales sur le site Internet de l'OSAV en dehors du recueil officiel. Toutefois, la FRC demande à être informée lors des changements de ces limites.  <b>La FRC demande également que l'accès à cette liste soit facile.</b>	

**Remarques générales****Allaitement et aliments pour enfants en bas âge**

La FRC demande que l'OSAV encadre et supervise les éventuels documents d'informations élaborés par les entreprises qui produisent des préparations et des aliments pour les enfants en bas âge. Cette supervision permettra de garantir que l'allaitement maternel ne soit pas découragé par ce matériel d'information. Les chiffres sur l'allaitement en Suisse montrent justement que le mauvais accompagnement et une mauvaise première expérience impactent l'initiation et la durée de l'allaitement. Pourtant d'après l'OMS, « l'allaitement est le moyen idéal d'apporter aux nourrissons tous les nutriments dont ils ont besoin pour grandir et se développer ». L'OMS met également en avant les avantages pour la santé des mères, ainsi que la prévention contre les maladies non transmissibles pour les enfants.

**Isoflavones dans les aliments pour enfants en bas âge**

La FRC demande d'introduire des teneurs maximales en isoflavones dans les produits destinés aux nourrissons et aux petits enfants. Dans son rapport « Sécurité et bénéfices des phyto-estrogènes apportés par l'alimentation » (2005), le groupe de travail sous l'égide de l'Agence française de sécurité sanitaire met en garde concernant les risques notamment pour les enfants de moins de trois ans exposés aux isoflavones. L'analyse de la FRC avait montré que certains produits à base de soja, dont une préparation pour nourrissons, contenaient des quantités trop importantes d'isoflavones et risquaient donc d'avoir un effet sur la santé des enfants. Une limitation officielle est donc nécessaire.

**Aliments ultra-transformés pour enfants en bas âge**

Actuellement, une première recherche a montré un lien entre la consommation d'aliments ultra-transformés et risque de cancer. Il serait donc important de limiter le degré de transformation des aliments pour les enfants en bas âge. La FRC demande d'introduire cette limitation dans l'OBNP.

**Substituts de la ration journalière totale**

La FRC salue l'introduction de règles claires pour encadrer les mentions obligatoires pour les substituts de la ration journalière totale.

Toutefois, il ne faudrait pas que les autres substituts de repas, pus réglementés ici, se généralisent dans les rayons des magasins pour inciter les jeunes à commencer des régimes.

Suite à la renonciation d'introduire une procédure d'annonce pour les substituts de la ration journalière totale pour contrôle du poids, la FRC espère que les organes de contrôle auront néanmoins les moyens de protéger la santé des consommateurs

**Vitamines, sels minéraux, etc. : quantités maximales**

La FRC met en doute l'hypothèse exprimée dans le rapport qu'un seul complément alimentaire ou qu'un seul aliment pour sportifs enrichi ne serait consommé par jour. Quelles études prouvent cela ? Comment en être sûr ? L'étude de la cohorte CoLaus a notamment montré que la prise des compléments alimentaires était beaucoup plus chaotique que présupposé. La FRC demande donc d'avertir les consommateurs de ces risques.



Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 20, let.e, f, g	<p><b>Etiquetage des préparations à base de céréales et denrées alimentaires pour bébés destinées aux nourrissons et aux enfants en bas âge</b></p> <p>En cohérence avec les art. 7 et 20 concernant les préparations pour nourrissons et les préparations de suite, la FRC demande d'introduire des mentions obligatoires pour les préparations à base de céréales, notamment quand elles sont destinées aux enfants de moins de 6 mois.</p>	<p>e. une mention précisant que le produit ne doit pas être utilisé comme substitut du lait maternel pendant les 6 premiers mois de la vie ;</p> <p>f. une mention précisant que la décision d'introduire des aliments complémentaires, notamment si cela est prévu, exceptionnellement, avant le 6<sup>e</sup> mois, ne doit être prise:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. que sur avis d'un spécialiste indépendant du domaine de la médecine, de la nutrition, de la pharmacie ou de la puériculture, et</li> <li>3. en tenant compte des besoins spécifiques du nourrisson pour sa croissance et son développement;</li> </ol> <p>g. une mention telle que «Avis important», suivie:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. d'une indication mentionnant que l'allaitement maternel est supérieur par rapport à une préparation à base de céréales, et</li> <li>2. d'une recommandation invitant à n'utiliser le produit que sur avis d'un spécialiste indépendant du domaine de la médecine, de la nutrition, de la pharmacie ou de la puériculture.</li> </ol>
Art. 21	<p><b>Etiquetage : déclaration nutritionnelle</b></p> <p>La FRC regrette le maintien de la possibilité de mettre en avant des vitamines ou des sels minéraux ajoutés dans des aliments pour bébés. Ces mentions valorisantes offrent un halo de santé à des produits qui ne sont pas forcément meilleurs pour la santé que des aliments faits maison ou des produits de la concurrence.</p> <p><b>La FRC demande d'ajouter un critère de taille de police : la taille de police de la déclaration nutritionnelle de ces éléments valorisants ne doit pas être plus grande que celle des sucres.</b></p>	
Art. 22a	<p><b>Matériel d'information élaboré par les fabricants et les distributeurs</b></p> <p>De manière générale, la FRC demande de limiter au maximum les communications commerciales. Encore trop souvent, les mères de nourrissons ne sont pas assez soutenues pour réussir d'allaiter leur</p>	

	bébé. Seuls 50% des enfants sont allaités exclusivement jusqu'à l'âge de 4 mois. Les mères ont besoin de conseils pratiques neutres, véritablement favorables à l'allaitement, plutôt que de brochures éditées par des fabricants de préparations pour nourrissons.	
Art. 22a, al. 1	<b>Cadre pour éditer du matériel d'information : rôle de l'OSAV</b> La FRC demande de s'approcher encore plus de l'esprit de l'article 11 du règlement 2016/127. Il faut également intégrer l'obligation de demander une autorisation aux autorités avant la publication de documents ou de matériel audiovisuel d'information par des entreprises qui produisent des préparations pour nourrissons. L'OSAV doit pouvoir garder la supervision de ces documents qui seront distribués par le personnel médical aux mères de jeunes enfants. Cette demande de la FRC correspond également au Code 1981 sur la commercialisation de substituts du lait maternel.	<u>Tout</u> matériel à caractère informatif des fabricants ou des distributeurs <u>est élaboré après approbation et sous la supervision de l'OSAV. Il peut uniquement reprendre</u> les recommandations de l'OSAV au sujet de l'alimentation des nourrissons et des enfants en bas âge.
Art. 22a, al. 2	<b>Les renseignements obligatoires</b> Il faut dire clairement que l'information doit toujours comporter <u>tous</u> les éléments des let. a. à d. Cela n'est actuellement pas assez clairement dit	...comporte des renseignements clairs <u>sur tous les points suivants</u> :
Art. 22a, al. 3	<b>Exigences relatives aux informations</b> Une partie de l'alinéa 3 a été perdue. La FRC demande de l'ajouter pour reprendre entièrement l'art. 4.2 du Code 1981 sur la commercialisation de substituts du lait maternel.	S'il contient des renseignements sur l'utilisation des préparations pour nourrissons, ce matériel fait également état des incidences sociales et financières de cette utilisation et signale les dangers pour la santé de l'utilisation d'aliments ou de méthodes d'alimentation inadéquats et, en particulier, de l'utilisation <u>non nécessaire ou</u> incorrecte des préparations pour nourrissons. Ce matériel ne contient aucune image de nature à présenter l'utilisation des préparations pour nourrissons comme la solution idéale.
Art. 22a, al. 4	<b>Utilisation de logos</b> En aucun cas, il ne faut autoriser l'association du logo de l'entreprise avec le nom de l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires ou avec le visuel de la Confédération ou encore avec le logo de l'hôpital. L'association des logos fait rayonner la crédibilité du logo officiel sur celui de l'entreprise.	
Chapitre 4	<b>Substituts de la ration journalière totale pour contrôle du poids</b> De manière générale, la FRC regrette la banalisation des produits qui sont censés remplacer un repas. Ecarter ces produits de l'OBNP équivaut à diminuer les règles à respecter, ce qui risque d'augmenter	

	<p>encore leur omniprésence et leur banalisation. L'enquête de la FRC avait montré que même des jeunes filles étaient tentées de remplacer des repas par ces produit pour influencer leur poids corporel.</p> <p>En revanche, la FRC salue les règles plus claires en ce qui concerne la l'étiquetage et la publicité pour les substituts de la ration journalière totale.</p>	
Art. 34, al. 1	<b>En français</b> : La dernière phrase est incompréhensible, à moins de remettre le mot « les exigences » à la place de « celles-ci ».	<u>Ces exigences</u> s'appliquent aux denrées alimentaires commercialisées prêtes à l'emploi ou après avoir été préparées suivant les instructions du fabricant.
Art. 34, al. 1	<b>En français</b> : phrase à reformuler	Les substituts de la ration journalière totale pour contrôle du poids peuvent <u>uniquement</u> contenir d'autres substances que celles énumérées à l'annexe 10 si l'adéquation <u>de celles-ci</u> a été établie par des données scientifiques généralement admises
Art. 35 à 35b	<p><b>Etiquetage des substituts de la ration journalière totale</b></p> <p>La FRC salue l'introduction des règles claires concernant l'étiquetage et la publicité des substituts de la ration journalière, et plus particulièrement les mentions obligatoires de l'art.35, al. 2 et l'interdiction des allégations nutritionnelles et de santé à l'art. 35b, al.1</p>	
Art. 38, al. 1bis	<p><b>Substances interdites dans les aliments pour sportifs</b></p> <p>La FRC salue la clarté apportée par la mention de l'interdiction de ces substances dans les aliments pour sportifs.</p>	
Annexe 10	<p><b>Exigences applicables à la composition des substituts de la ration journalière totale</b></p> <p>La FRC salue les règles claires pour la composition nutritionnelle des denrées alimentaires de substitution</p>	
Annexe 11	<p><b>Vitamines, sels minéraux, etc. : quantités maximales</b></p> <p>La FRC met en doute la présupposition exprimée dans le rapport qu'un seul complément alimentaire ou qu'un seul aliment pour sportifs enrichi ne serait consommé par jour. Quelles études prouvent cela ? Comment en être sûr ?</p> <p>Ce nouveau système des valeurs maximales est basé sur l'apposition de mises en garde obligatoires. Pourtant, le fait qu'il n'y a aucune</p>	Avertissements (italique), mention concernant le groupe cible spécifique, conditions d'utilisation, <u>à rédiger dans la langue du lieu de vente.</u>

	<p>obligation de les écrire dans la langue du lieu de vente leur ôte toute leur pertinence.</p> <p>La FRC demande donc qu'il soit obligatoire de les inscrire dans la langue du lieu de vente.</p>	
Annexe 11 sodium	<p><b>Quantité maximale de sodium</b></p> <p>La FRC a observé que les boissons pour sportifs sont souvent consommées par des jeunes ou d'autres amateurs à la place de sodas habituels. Ils risquent d'absorber trop de sodium si la quantité maximale admise est supprimée. La FRC demande le maintien de cette limite.</p>	Maintien de la quantité maximale pour le sodium

## 8 DFI : ordonnances sur les denrées alimentaires d'origine animale

### Remarques générales

#### Tromperie des consommateurs

L'art. 1 let c de la loi sur les denrées alimentaires garantit à juste titre que les consommateurs soient protégés contre les tromperies. Les propositions actuelles d'autoriser d'ajouter des ingrédients de moindre valeur tout en faisant passer les produits comme ayant la même qualité est trompeur pour les consommateurs. La FRC demande donc de maintenir les exigences de qualité actuelles en ce qui concerne la fondue et le fromage fondu.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 19, al. 1	<b>Version française :</b> La nouvelle phrase introductive est incompréhensible. Pour plus de clarté, la FRC propose d'ajouter de quels produits il s'agit.	L'étiquetage des produits <u>de la pêche et de l'aquaculture</u> définis à l'annexe I...
Art. 32, al. 1	<b>Définition du lait</b> Favoriser l'élevage des veaux sous la mère remplit la demande des consommateurs pour plus de bien-être animal. C'est donc une bonne chose de ne pas empêcher ce système d'élevage. Toutefois, ouvrir la définition du lait à « une ou plusieurs traites » doit uniquement se faire sous la garantie que la qualité du lait livré ne soit pas diminuée. La nouvelle définition du lait ne doit en aucun cas servir à moins traire les vaches non-allaitantes et à augmenter le risque de mammites et de recours aux antibiotiques.	
Art. 59, al. 2	<b>Amidon dans la fondue toute prête</b> La FRC est opposée à la suppression de la quantité maximale d'amidon. Cette limitation sert à empêcher la tromperie des consommateurs par des produits contenant moins d'ingrédients de valeur et plus d'eau. Cet alinéa a donc toute sa raison d'être au sens de l'art. 1 de la loi sur les denrées alimentaires. La fondue est un produit typiquement suisse. C'est normal et logique d'avoir une réglementation spécifique pour protéger les consommateurs suisses.	<b>Maintenir :</b> La fondue prête à l'emploi ne doit pas contenir plus de 30 g d'amidon par kilogramme.
Art. 60	<b>Catégories de fondue</b> Les catégories de fondue correspondent aux catégories des sortes de fromage. Elles doivent donc avoir une signification et être liées à des	<b>Maintenir :</b> art. 60 Catégories de teneurs en matière grasse pour la fondue prête à l'emploi

	critères de qualité. La suppression de cet article favorise la tromperie des consommateurs. La FRC y est donc opposée	
Art. 61, al. 3	<p><b>Fromage fondu : variété de fromage dans le nom</b> La FRC est opposée à la possibilité de vendre du fromage fondu sous l'appellation d'une variété de fromage en ayant rallongé le produit fini par d'autres ingrédients de moindre valeur. Cette possibilité est trompeuse pour les consommateurs, comme l'a reconnu la cour européenne de justice en 2014 et le tribunal fédéral allemand en 2015 : il n'est pas suffisant d'indiquer les composants dans la liste des ingrédients pour ne pas induire les consommateurs en erreur.</p> <p>Supprimer cet alinéa ouvre la voie à la tromperie des consommateurs.</p>	<p><b>Maintenir :</b> Pour le fromage fondu et le fromage fondu à tartiner dont la dénomination comprend le nom d'une variété de fromage, seuls les produits suivants peuvent être employés, outre le fromage :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. des matières grasses lactiques ;</li> <li>b. du sel comestible ;</li> <li>c. de l'eau potable.</li> </ul>
Art. 62, al. 1 et 4	<p><b>Fromage fondu : extrait sec</b> Permettre officiellement de rallonger le fromage fondu en abaissant la teneur minimale d'extrait sec issu du fromage revient à tromper les consommateurs sur la qualité du produit fini. L'argument avancé que certains produits étrangers permettrait déjà cette baisse de qualité est fallacieux, car il est facile d'identifier un produit étranger. La FRC est opposée à ce changement.</p>	<p><b>Maintenir :</b> L'extrait sec (ES) du produit fini doit provenir à raison d'au moins <b>750</b> g/kg de l'extrait sec du fromage.</p> <p><b>Maintenir :</b> L'extrait sec doit être :...</p>
Art. 62, al. 5	<p><b>Fromage fondu AOP / IGP</b> Les appellations protégées bénéficient d'une réputation particulière auprès des consommateurs à cause d'un travail de qualité sur la durée. Permettre la vente de fromages fondus sous le nom d'une spécialité AOP ou IGP, alors que le produit fini n'en contient qu'une infime partie, est trompeur pour les consommateurs. Ce risque est d'autant plus grand que ce genre de fromage fondu est utilisé dans la restauration rapide : un Hamburger au Gruyère AOP pourrait en réalité être élaboré avec une tranche de fromage fondu contenant peu de Gruyère AOP – sans en informer les consommateurs et en facturant le prix du produit d'origine. La FRC est donc strictement opposée à la suppression de cet alinéa.</p>	<p><b>Maintenir :</b> si la dénomination spécifique comprend une dénomination protégée selon l'ordonnance du 28 mai 1997 sur les AOP et les IGP<sup>1</sup> ou selon un traité international contraignant pour la Suisse, seul le fromage en question peut être utilisé pour la fonte ;</p>
Art. 63	<p><b>Préparation à base de fromage fondu : extrait sec</b> Permettre officiellement de rallonger la préparation de fromage fondu en abaissant la teneur minimale d'extrait sec issu du fromage revient à tromper les consommateurs sur la qualité du produit fini. L'argument avancé que certains produits étrangers permettrait déjà cette baisse de</p>	<p><b>Maintenir :</b> L'extrait sec du produit fini doit provenir à raison d'au moins 500 g/kg de l'extrait sec du fromage...</p>

	<p>qualité est fallacieux, car il est facile d'identifier un produit étranger.  La FRC est opposée à ce changement qui permet de tromper les  consommateurs suisses en toute légalité.</p>	
--	--	--

## 9 DFI : ordonnance sur les boissons

### Remarques générales

#### Tromperie sur la qualité

L'art. 1 let c de la loi sur les denrées alimentaires garantit à juste titre que les consommateurs soient protégés contre les tromperies. Les propositions actuelles d'autoriser d'ajouter des ingrédients de moindre valeur tout en faisant passer les produits comme ayant la même qualité est trompeur pour les consommateurs. La FRC demande donc de maintenir les exigences de qualité actuelles, notamment en ce qui concerne l'eau minérale naturelle qui doit provenir d'une seule source et non d'un mélange artificiel.

#### Bière

La composition des bières s'éloigne de plus en plus du principe de pureté original, attendue par les consommateurs, sans pour autant devoir informer sur la composition. La FRC demande d'introduire l'obligation d'indiquer la composition pour toutes les bières qui contiennent d'autres ingrédients que de l'eau, du malt et du houblon.

#### Jus d'orange

La FRC salue en revanche l'amélioration des exigences de pureté en ce qui concerne les jus d'orange.

#### Alcopops

La FRC demande de ne pas supprimer l'information détaillée et compréhensible sur les alcopops. Vouloir diminuer l'information et faire baisser le prix des boissons alcoolisées destinées aux jeunes est contraire à la [Stratégie nationale Addictions](#) qui a justement pour but de créer un cadre favorable et de diminuer l'accessibilité des substances. Le rapport de 2016 a justement montré un doublement de la consommation chronique à risque dans le groupe des jeunes adultes. Il faut tout faire pour ne pas encore augmenter cette tendance.

Par ailleurs, diminuer l'information des acheteurs sur ces produits est contraire à l'art. 1 let d de la loi sur les denrées alimentaires qui prévoit à juste titre l'information des consommateurs.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 5, al. 1	<b>Eau minérale issue de plusieurs sources</b> Autoriser le mélange de l'eau issue de plusieurs sources pour la vendre sous l'appellation d'eau minérale est contraire à l'attente des consommateurs et à l'image de « naturel » et « non traité » véhiculée par les messages des minéraliers. Mélanger l'eau de plusieurs sources est également contraire à la définition de l'eau minérale naturelle dans la directive <a href="#">2009/54CE</a> ainsi qu'à la réglementation de nos voisins français et elle ne correspond pas	<sup>1</sup> L'eau minérale naturelle est une eau microbiologiquement irréprochable, ayant pour origine une nappe ou un gisement souterrain. Elle provient d'une <del>source ou plusieurs sources</del> , exploitée par une ou plusieurs émergences naturelles ou forcées



	à l'arrêt de la <a href="#">Cour de justice de l'Union européenne</a> du 24 juin 2015 qui exige pour l'eau minérale qu'elle proviennent d'une seule nappe ou d'un seul gisement souterrain dont l'eau issue de toutes les émergences possède des caractéristiques identiques.	
Art. 5, al. 3	<b>Eau minérale issue de plusieurs sources</b> Voir explication ci-dessus. Par ailleurs, le nouvel alinéa n'est pas assez précis et prête à confusion.	<del>3 Si une eau minérale naturelle provient de plusieurs sources, la composition physico-chimique de cette eau doit rester constante.</del> Une source est une eau souterraine spécifique, définissable d'un point de vue hydrogéologique.
Art. 18, al. 1, let c, ch. 3	<b>Jus d'orange avec mandarines</b> La FRC salue l'abrogation de cet alinéa. Le test FRC de 2017 avait montré que 3 des douze jus d'orange analysés contenaient du jus de mandarine, sans en informer sur leur étiquette. La situation sera bien plus claire suite à cette abrogation.	
Art. 33, al. 1, let b	<b>Extraits de plantes</b> Indiquer la quantité d'extrait de thé dans une boisson est pour les consommateurs une information utile pour juger la qualité du produit. La FRC demande de mieux indiquer à qui cette mention fait référence au lieu de la supprimer. Donner comme raison une erreur lors de la conception de l'ordonnance sur les boissons n'est pas un argument suffisant pour supprimer cette obligation d'informer les consommateurs.	<u>Pour les boissons aux extraits de plantes, la part de l'extrait, en pour-cent masse, ou, dans le cas des produits prêts à boire, en grammes par litre</u>
Art. 33, al. 3	<b>Adjonction de culture vivantes dans les boissons</b> La suppression de cet alinéa supprime l'obligation d'indiquer l'adjonction de cultures vivantes dans la dénomination spécifique. Cette obligation ne se retrouve pas dans l'OASM. Elle pourrait éventuellement être regroupée avec l'art. 6, al. 1 de l'OASM.	<del>L'adjonction de cultures de bactéries vivantes doit figurer dans la liste des ingrédients et dans la dénomination spécifique</del>
Art. 62	<b>Suppression de l'obligation de mieux informer sur les boissons alcoolisées sucrées</b> La FRC s'oppose fermement à la suppression de l'avertissement spécifique sur l'étiquette des boissons alcoolisées sucrées. Ces boissons continuent de ressembler aux limonades sans alcool et leur commercialisation s'adresse toujours à un jeune public, pas encore habitué aux prescriptions de la législation alimentaire.	<b>Ne pas abroger cet article</b>

	<p>Supprimer cette information et faire baisser le prix des boissons alcoolisées destinées aux jeunes est contraire à la Stratégie nationale Addictions, dont un des buts est justement à créer un cadre favorable et à diminuer l'accessibilité des substances.</p> <p>D'ailleurs, la FRC a été contacté par des personnes qui n'avait pas compris l'indication « vol xx% ». L'indication de la teneur en alcool doit donc continuer à être particulièrement claire et explicite sur ces boissons pour une raison de santé publique.</p>	
Art. 64	<p><b>Exigences concernant la bière</b>  Les ingrédients autorisés dans les bières s'éloignent de plus en plus du concept original de la bière. Pourtant, les fabricants mettent toujours en avant la notion de naturel et de traditionnel. Les consommateurs doivent donc pouvoir savoir de quoi est composée la bière en vente.</p> <p><b>Sous condition de l'introduction d'une obligation d'indiquer les ingrédients, la FRC peut accepter la suppression de cet alinéa.</b></p>	Obligation d'indiquer la liste des ingrédients des bières contenant d'autres ingrédients que l'eau, le malt, le houblon.
Art. 66	<p><b>Indications complémentaires</b>  Supprimer cette information des consommateurs est contreproductive. Les ingrédients autorisés dans les bières s'éloignent de plus en plus du concept original de la bière. Pourtant, les fabricants mettent toujours en avant la notion de naturel et de traditionnel. Les consommateurs doivent donc pouvoir savoir de quoi est composée la bière en vente.</p> <p><b>Sous condition de l'introduction d'une obligation d'indiquer les ingrédients, la FRC peut accepter la suppression de cet article.</b></p>	Obligation d'indiquer la liste des ingrédients des bières contenant d'autres ingrédients que l'eau, le malt, le houblon.

**10 DFI : ordonnance sur les compléments alimentaires**

**Remarques générales**

**Tenir compte des habitudes alimentaires différentes pour le calcul des quantités maximales**

Tenir compte des habitudes alimentaires des suisses romands en ne misant pas uniquement sur des statistiques d'alimentation allemandes, mais également des statistiques françaises (INCA 2), car le danger avec les décisions basées sur la moyenne est de ne pas considérer les risques d'une minorité aux habitudes alimentaires différentes.

**Attention à la consommation parallèle de plusieurs compléments alimentaires, ainsi que des aliments pour sportifs**

Les nouvelles bases du calcul pour déterminer les quantités maximales admises partent du principe qu'une personne consomme un seul produit par jour et que celle qui prendrait un aliment pour sportifs ne consommerait pas de complément alimentaire. Pourtant, l'étude de la cohorte CoLaus a montré que la consommation de compléments alimentaires était beaucoup plus chaotique que ce que l'on pense. La FRC demande de tenir compte de ce facteur de risque de dépassement de la dose maximale admissible (Trends in vitamin, mineral and dietary supplement use in Switzerland. The CoLaus study ; P. Marques-Vidal, P. Vollenweider, G. Waeber 2017).

**Avertissements compréhensibles**

C'est avec raison que l'ordonnance demande d'avertir les consommateurs de certains risques que les compléments alimentaires font courir. Il est dès lors important que ces avertissements puissent être comprises des utilisateurs. Il faut qu'elles soient indiquées dans la langue du lieu de vente.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 3, al. 7, let f.	<p><b>Etiquetage</b></p> <p>Les nouvelles bases du calcul pour déterminer les quantités maximales admises partent du principe qu'une personne consomme un seul produit par jour et que celle qui prendrait un aliment pour sportifs ne consommerait pas de complément alimentaire. Prendre les deux chaque jour la ferait dépasser la dose maximale.</p> <p>La FRC demande donc que les consommateurs soient avertis de ce danger quand un complément contient la quantité journalière maximale admise d'une vitamine ou d'un minéral.</p>	<p><u>Si le produit contient la quantité maximale d'une vitamine ou d'un sel minéral, l'avertissement que la combinaison avec un autre produit ou avec un aliment pour sportifs risque de faire dépasser la dose journalière admissible.</u></p>
Art. 3, al. 7, let e	<b>Avertissements compréhensibles</b>	les avertissements ou la mention concernant le groupe cible spécifique ou les conditions

	Si l'on veut que les avertissements remplissent leur rôle, il faut qu'elles soient rédigées dans la langue du lieu de vente. Pour garantir la sécurité des consommateurs et préserver leur droit à l'information sur les produits.	d'utilisation figurant à l'annexe 1, <u>écrits dans la langue du lieu de vente.</u>
Annexe 1, parti A	<b>Acide folique</b> Selon le rapport de la Commission fédérale de l'alimentation sur la prophylaxie des anomalies du tube neuronal de 2002, il faudrait revoir les bases scientifiques pour la valeur de la quantité maximale admise pour l'acide folique afin d'écarter toute confusion avec la valeur maximale des équivalents de folate.	Acide folique : revoir la valeur

## 11 DFI : ordonnance sur les teneurs maximales en contaminants

### Remarques générales

#### Bisphénol A

La Suisse vient de suivre le Règlement européen [2018/213](#) en instaurant une limitation de la migration de bisphénol A dans les boîtes de conserves en réduisant la quantité maximale de 0,6mg/kg à 0,05 mg/kg. A l'instar du Règlement européen, la FRC demande également de ne tolérer aucune migration de bisphénol A dans les aliments pour nourrissons et petits enfants. Les petits enfants sont particulièrement fragiles face aux perturbateurs endocriniens.

Ces limitations doivent également inclure les autres formes de Bisphénol avec effet perturbateur endocrinien.

#### Perturbateurs endocriniens

La FRC demande également de limiter l'exposition des consommateurs aux perturbateurs endocriniens de manière générale, en adaptant le document d'orientation relatif à l'identification des perturbateurs endocriniens développé par [l'EFSA et l'ECHA](#). En plus des perturbateurs endocriniens avec effet sur la reproduction et sur le développement des enfants, les perturbateurs obésogènes sont une préoccupation importante.

#### Mélanges de substances

L'effet cocktail dû à l'exposition à de multiples substances est une préoccupation majeure pour les consommateurs. Comme l'EFSA a développé une [méthode](#) permettant d'évaluer l'exposition à des contaminants multiples par l'alimentation, la FRC demande d'en tenir compte dans la législation alimentaire suisse.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2, al. 2, let d	<b>Mélange de substances</b> Cet alinéa doit donc inclure toutes les substances qui interagissent, selon le concept développé par l'EFSA ( <a href="#">mélanges chimiques</a> ). La FRC demande donc de ne pas l'abroger mais de supprimer seulement un mot dans le but de tenir compte de l'effet cocktail.	<b>Ne pas abroger, maintenir :</b> des interactions connues cumulées et synergiques entre les substances <b>actives</b> , qui agissent sur les mêmes systèmes biologiques dans l'organisme humain;
Art. 5a et 5b	<b>Bonnes pratiques</b> La FRC salue l'introduction de ces deux nouveaux articles qui améliorent la sécurité des aliments, notamment en ce qui concerne la teneur en acrylamide. La FRC demande que les guides de bonnes pratiques soient accessibles au public, notamment aux organisations de consommateurs.	

Annexe 3	<p><b>Cadmium</b></p> <p>La FRC salue l'introduction de teneurs maximales de cadmium dans le chocolat. Toutefois, elle demande de suivre l'Union européenne et de ne pas introduire de teneur maximale supérieure pour les chocolats contenant plus de 70% de matière sèche de cacao. Il n'est pas compréhensible que les consommateurs suisses puissent subir une teneur en cadmium plus élevée que les voisins.</p>	<del>Chocolat <math>\geq</math> 70 % de matière sèche totale de cacao — 0,9</del>
Annexe 3	<p><b>Nickel</b></p> <p>La FRC est opposée à la suppression pure et simple des teneur maximales de nickel car l'<a href="#">EFSA</a> a établi une dose journalière maximale admissible de 2,8 microgrammes par kilogramme de poids corporel et a conclu que « l'exposition alimentaire actuelle chronique au nickel était préoccupante pour la population en général ».</p> <p><b>La FRC demande l'introduction d'une teneur maximale notamment pour les boissons à base de soja. Le test de la FRC a montré que la consommation de certaines boissons à base de soja fait dépasser deux fois la dose journalière admissible de nickel à un adulte de poids moyen. Ceci est d'autant plus inquiétant que ces boissons sont également consommées par des enfants qui risquent d'autant plus de dépasser les limites admissibles.</b></p>	Nickel : boissons à base de soja
Annexe 4	<p><b>Esters d'acides gras de glycidol et 3-MCPD</b></p> <p>La FRC salue l'introduction de teneurs maximales d'esters d'acides gras de glycidol pour les préparations pour bébés et petits enfants, car les analyses de ces produits avaient montré une exposition inquiétante des nourrissons et des enfants en bas âge.</p> <p>Toutefois, la FRC demande d'introduire également des valeurs limites pour le 3-MCPD dans les produits pour nourrissons, comme demandé par l'<a href="#">EFSA</a> qui constate que les nourrissons pourraient dépasser le niveau sans danger.</p>	
Annexe 11	<b>Acrylamide</b>	

	<p>La FRC salue l'introduction de valeurs de référence officielles pour la teneur en acrylamide des aliments. La FRC demande de reprendre au plus vite les valeurs contraignantes dès leur introduction en UE et d'abaisser les valeurs de référence dès que possible. Car de nombreuses entreprises montrent qu'il est possible de faire des produits contenant encore moins d'acrylamide.</p>	
--	---	--

## 12 DFI : ordonnance concernant l'information sur les denrées alimentaires

### Remarques générales

#### Droit à l'information

L'information est indispensable aux consommateurs pour choisir leurs aliments en connaissance de cause. Ce droit à l'information est reconnu par l'art. 1 let d de la Loi sur les denrées alimentaires. Parmi les critères de choix principaux des consommateurs figurent la provenance de la denrée, ainsi que la valeur nutritionnelle. La FRC exige donc des informations fiables, complètes et compréhensibles dans ces domaines.

#### Nutri-score

Le sondage de l'Alliance des organisations de consommateurs a montré que les consommateurs plébiscitent le Nutri-score pour pouvoir choisir les aliments transformés en connaissance de cause. Rendre cet étiquetage obligatoire permettrait aux consommateurs de comparer les produits de tous les fabricants. La FRC demande de donner aux consommateurs les informations nécessaires au choix éclairé.

#### Encadrer les allégations

Des allégations sur la face avant des emballages font croire que les produits ont des caractéristiques particulièrement désirables, alors qu'ils ne sont en réalité souvent pas mieux que des produits naturels ou que ceux de la concurrence. Pourtant d'après l'art. 1, let c de la Loi sur les denrées alimentaires, les consommateurs devraient être protégés de la tromperie. La FRC demande de mieux encadrer les allégations, en mettant en place un profil nutritionnel pour les allégations nutritionnelles et de santé, et en fixant un cadre pour les allégations de type « nature », « artisanal » ou « à l'ancienne », par exemple dans une lettre d'information. La FRC propose de reprendre dans une lettre d'information les définitions des termes « artisanal » et « local » qui ont été présentées lors de la table ronde concernant les produits artisanaux.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 4, al. 5 let b	<b>Mode de production interdites en Suisse</b> La FRC salue l'obligation de déclarer tous les modes de production interdits en Suisse directement dans le même champ visuel que la dénomination spécifique.	
Art. 4, al. 5 let c	<b>Déclaration de la quantité</b> La FRC salue cette clarification de l'indication de la quantité. <b>Version française</b> : erreur de numérotation dans le projet d'ordonnance	<del>et</del> <u>c.</u> la mention des quantités selon les prescriptions de l'ordonnance du 5 septembre 2012 sur les déclarations de quantités
	<b>Indication de la provenance de la viande lors de la vente en vrac</b>	



Art. 5, al. 1, let a	<p>La FRC salue la clarification, toutefois l'obligation doit clairement inclure également le jambon, la viande séchée, la coppa, le lard, etc. Elle demande d'inclure également les Hamburger, les Kebabs, etc. Ces préparations sont vendues aux consommateurs comme des morceaux entiers. Il faut donc les inclure dans cette logique.</p> <p><b>Les consommateurs demandent à connaître toujours la provenance de la viande, aussi lors de la vente en vrac. C'est un critère de choix important.</b></p>	Rapport : revoir l'explication en incluant clairement le jambon, la viande séchée, etc.
Art. 5, al. 1, let c	<p><b>Allégations de santé à la vente en vrac</b>  <b>Français :</b> l'article proposé est incompréhensible.</p>	les <del>allégations de santé</del> <u>informations</u> visées à l'art. 34, al. 1, let. a et b, sont à fournir par oral uniquement si l'allégation de santé existe sous forme écrite
Art. 15, al. 4	<p><b>Pays de production</b>  Il n'est pas compréhensible que les consommateurs suisses soient actuellement moins bien informés qu'en 1995, alors que les techniques de traçabilité se sont nettement améliorées depuis lors. Par ailleurs, l'<u>Eurobaromètre</u> d'avril 2019 montre que la provenance des denrées est le premier critère de choix des consommateurs.</p> <p>La FRC demande donc de limiter l'autorisation à indiquer une plus large zone uniquement aux cas où la provenance ne peut pas être déterminée avec précision et si l'entreprise est en mesure de justifier la pertinence de cette indication plus large.</p>	<u>Si le fabricant prouve que le pays de production ne peut pas être déterminé avec précision</u> , il est possible d'indiquer, en lieu et place du pays de production, un espace géographique plus large <u>effectivement concerné</u> pour les denrées alimentaires transformées (par ex. «UE» ou «Amérique du Sud»).
Art. 16, al. 3	<p><b>Provenance des ingrédients d'origine animale</b>  Les consommateurs nomment la provenance des aliments comme le premier critère de choix (Eurobaromètre avril 2019). Ceci est particulièrement vrai pour les denrées d'origine animale. Pour écarter tout risque de tromperie et pour clarifier l'information, la FRC demande d'indiquer dans tous les cas la provenance des ingrédients d'origine animale.</p>	Par dérogation à l'al. 1, let. a, la provenance de l'animal dont sont issus les ingrédients d'origine animale mentionnés à l'art. 1 ODA l'an <sup>1</sup> doit <del>déjà</del> <u>toujours</u> être déclarée si la part de ceux-ci dans le produit fini est de 20 % ou plus de sa masse.
Art. 17, al. 7	<b>Indication de la provenance du poisson</b>	

	<p>Supprimer l'alinéa supprime l'obligation d'indiquer la zone de pêche quand le poisson est utilisé comme ingrédient, alors que c'est la mention la plus fréquente sur les emballages alimentaires importés.</p> <p>Cela doit être clarifié en maintenant l'alinéa ou en introduisant cette exigence à l'art. 15.</p>	
Art. 22, al. 1	<b>Erreur de français</b> : dans la déclaration nutritionnelle, il faut mentionner les sucres au pluriel et non au singulier, pour inclure toutes les sortes de sucres et en cohérence avec le règlement (UE) 1169/2011.	La déclaration nutritionnelle doit comporter les indications suivantes: la valeur énergétique et la teneur en matières grasses, en acides gras saturés, en glucides, en <del>sucres</del> , en protéines et en sel
Art. 22, al. 2	<p><b>Déclaration nutritionnelle courte</b></p> <p>La teneur en sucres et acides gras saturés est importante pour des questions de santé des consommateurs. Donner la possibilité à tous les fabricants de choisir librement de ne pas mentionner ces éléments n'est pas cohérent avec le règlement (UE) 1169/2011 et ne donne pas un bon signal aux fabricants. La FRC demande la suppression pure et simple de cet alinéa. Les branches qui auraient de la peine à donner cette information sont de toute façon déjà exclues du devoir d'indication.</p>	<p>Abroger :</p> <p><del>Il est admis de mentionner uniquement la valeur énergétique et la teneur en matières grasses, en glucides, en protéines et en sel.</del></p>
Art. 42a	<p><b>Information sur le changement de la recette d'une denrée</b></p> <p>La possibilité de vanter une réduction de 5% de sel ou de sucre sur les emballages n'est pas un avantage pour les consommateurs, car une si petite diminution est non significative. Cette allégation nutritionnelle a d'ailleurs été refusée par le parlement européen en 2012.</p> <p><b>La FRC demande de concentrer la communication sur les teneurs réelles en sucres et en sel et non de mettre en avant des changements minimes. Seule l'information sur les teneurs réelles permet de comparer les produits.</b></p>	
Annexe 2, partie A, ch. 3	<b>Irradié</b> La FRC salue la clarification apportée par cet ajout.	
Annexe 14	<b>Denrées de substitution pour le contrôle du poids</b> La FRC salue la suppression de ces allégations, notamment en vue de ne pas inciter les jeunes filles à vouloir modifier leur poids.	
Annexe 14	<b>DHA</b> La FRC regrette la possibilité de faire croire grâce à cette allégation que la préparation de suite serait meilleure pour le nourrisson que	Avertissement lorsque l'allégation est utilisée sur une préparation de suite : <b>L'allaitement maternel peut également apporter du DHA.</b>

	l'allaitement. La FRC demande donc d'ajouter une mention précisant que l'allaitement peut apporter le même composant.	
--	---	--

**13 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires d'origine végétale, les champignons et le sel comestible**

**Remarques générales**

**Tromperie des consommateurs par une mention valorisante concernant un ingrédient en quantité insignifiante**

De manière générale, la FRC demande de ne pas pouvoir promouvoir un aliment en mettant en avant un ingrédient dont le produit fini ne contient qu'une quantité insignifiante. Elle s'oppose donc à la suppression de la limite concernant les truffes. Par ailleurs, de concert avec les organisations de consommateurs de tous les pays européens, la FRC demande de ne plus autoriser la mise en avant de fruits ou d'autres ingrédients valorisants dans un produit qui n'en contiendrait que des quantités non relevantes.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 12, al. 2	<b>Indication du pays d'origine des olives</b> La FRC salue l'indication systématique de l'origine des olives.	
Art. 37, al. 2, let b	<b>Produit contenant moins de 3% de truffes</b> La FRC salue l'obligation d'indiquer plus clairement qu'un produit contient peu de truffes.	
Art. 37, al. 3	<b>Produit contenant moins de 1% de truffes</b> La FRC demande de maintenir l'alinéa 3 protégeant contre la tromperie. L'indication du pourcent de truffes se trouve sur la face arrière, sans exigence particulière en ce qui concerne la taille de la police. En autorisant une indication suggérant que le produit contient des truffes, on permet la tromperie des consommateurs selon le jugement de la cour européenne de justice.	Maintenir : <b>Les denrées alimentaires dont la teneur en truffes est inférieure à 1 % masse par rapport au produit fini ne peuvent porter d'indication suggérant la présence de truffes.</b>

**14 DFI : ordonnance sur les nouvelles sortes de denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Transparence sur les autorisations octroyées**

La transparence sur les procédures d'autorisation est essentielle pour la confiance des consommateurs. La FRC demande de publier de manière transparente les données qui ont été soumises par le fabricant lors de la demande d'autorisation d'une nouvelle sorte de denrée.

**Liste des produits autorisés, notamment des produits issus d'OGM**

Les consommateurs ont besoin de pouvoir avoir la vue d'ensemble sur toutes les denrées qui ont déjà été autorisées par le passé, même si les produits sont devenus incontournables. Ceci est notamment le cas pour les produits issus de microorganismes génétiquement modifiés (vitamines, etc.). Il est pour les consommateurs essentiel que les denrées, les additifs et les auxiliaires produits à l'aide d'organismes génétiquement modifiés soient toujours soumis à autorisation et qu'ils soient énumérés clairement dans une liste et identifiés comme produits issus d'OGM. La FRC demande donc la publication facilement accessible d'une liste exhaustive des denrées autorisées et l'identification claire des produits issus d'OGM.

La FRC accepte les changements proposés lors de cette révision.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

**15 DFI : ordonnance sur les additifs admis dans les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Additifs dans des broches de viande à rotation verticale**

Les consommateurs ne s'attendent pas à ce que leur repas de viande contienne des phosphates ajoutés. Comme il ne sera pas possible de voir cette information à la vente à l'emporter, ils seront trompés sur la qualité de ce qu'ils achètent. La FRC refuse donc l'introduction de la possibilité d'ajouter des phosphates dans ces viandes.

**Dioxyde de titane nano**

Le test de la FRC avait montré que le colorant E171 dans les produits analysés était en grande partie présent sous forme de nanoparticules. Comme les chercheurs français ont montré l'influence de ces particules sur le système immunitaire et sur des lésions précancéreuses dans les intestins, la FRC demande d'appliquer en Suisse le principe de précaution et de retirer l'autorisation de cet additif.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 1a	<b>Classement des additifs par numéro</b> Certains additifs ne se trouvent plus à la bonne place, ce qui rend la recherche plus compliquée. La FRC demande d'organiser les listes d'additifs de nouveau par ordre décroissant du numéro E.	
Annexe 1a	<b>Sorbate de calcium</b> La FRC salue le retrait du sorbate de calcium de la liste des additifs autorisés.	
Annexe 1a	<b>E171 dioxyde de titane</b> Suite à des travaux de recherche qui ont montré que le dioxyde de titane provoque des lésions précancéreuses chez les souris et influence le système immunitaire et suite à la récente recommandation de l'ANSES, la France a décidé de suspendre l'autorisation du E171 par mesure de précaution. La FRC demande d'appliquer le principe de précaution également en Suisse.	<del>E171 Dioxyde de titane</del>
Annexe 3, catégorie 7	<b>Produits de boulangerie fine à des fins alimentaires spécifiques</b> La FRC approuve le but de biffer les entrées correspondantes à ces produits. Toutefois, dans la version soumise, toutes les entrées sont	Biffer toutes les entrées concernant les « produits de boulangerie fine à des fins alimentaires »

	encore présentes avec de légères modifications. La FRC demande donc de réellement biffer ces entrées concernant les édulcorants.	spécifiques » et les « produits de boulangerie fine destinés à une alimentation particulière »
Annexe 3, catégorie 8.2	<p><b>E338-341 ; E343 ; E450-452</b></p> <p>La FRC refuse l'introduction de la possibilité d'ajouter des phosphates dans les broches de viande à rotation verticale. Les consommateurs ne s'attendent pas à ce que ces produits contiennent des phosphates et ils n'en seront pas informés d'office à cause de la vente en vrac. Ils seront trompés sur la qualité.</p> <p>Par ailleurs, <a href="#">EFSA</a> vient de publier son avis mettant en garde que les enfants ayant un apport moyen et les adolescents ayant un régime riche en phosphate pourraient dépasser la dose journalière admissible. Il est dès lors préoccupant d'ajouter encore une catégorie d'aliments dans la liste des produits pouvant contenir des phosphates.</p>	Biffer l'ajout

**16 DFI : ordonnance sur l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et de certaines autres substances aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Ajout de vitamines aux aliments ultra-transformés**

De manière générale, la FRC est d'avis qu'il n'est pas dans l'intérêt des consommateurs de pouvoir enrichir des aliments ultra-transformés qui ont justement perdu leurs qualités nutritionnelles par cette transformation, et de faire croire aux consommateurs que ces produits sont meilleurs que les aliments bruts, non transformés. Car hélas, nous n'avons toujours pas de profil nutritionnel tenant compte de l'aliment entier pour encadrer les allégations nutritionnelles et de santé.

**Quantités maximales autorisées : tenir compte des habitudes alimentaires romandes**

La FRC demande de tenir également compte de l'évaluation d'ANSES pour fixer des valeurs limites sûres. Le BfR analyse la situation par rapport à la nutrition de la population allemande. Les habitudes nutritionnelles en Suisse romande sont plus proches de celles de nos voisins français. En incluant les travaux d'ANSES, il est possible d'en tenir compte et de garantir également la sécurité des consommateurs romands. En cas de différence, la FRC demande d'inscrire la valeur maximale la plus basse, afin d'appliquer le principe de précaution.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art.2, al.2 et 2bis	<b>Adjonction de vitamines, de sels minéraux et d'autres substances</b> Pour garantir que les autres substances soient traitées aussi restrictivement que l'ajout de vitamines et de sels minéraux, la FRC préfère que les deux annexes soient indiquées au même niveau et de la même manière, car pour des questions de santé et afin de contrer des tromperies, la liste des autres substances ne doit pas être une liste ouverte.	2 Est autorisée l'adjonction de vitamines, de sels minéraux et d'autres substances : a. <b>selon les annexes 1 et 2 ;</b>  <del>2bis- Les restrictions définies à l'annexe 2 s'appliquent aux autres substances.</del>
Annexe 1	<b>Quantité maximale par apport journalier</b> La FRC demande de tenir également compte des travaux d'ANSES, notamment l'étude de la consommation INCA2. Par principe de précaution, la FRC demande d'appliquer les valeurs les plus basses, comme proposé pour la population dès l'âge de 15 ans.	
Annexe 2	<b>Autres substances – ne pas ouvrir la liste</b> La FRC est opposée à l'ouverture la liste des substances qu'il est possible d'ajouter aux aliments courants. La possibilité d'ajouter des substances comme des acides aminés, de la créatine, de la catéchine ou encore d'autres substances promus auprès de sportifs n'est pas anodin	<del>Quantités maximales d'autres substances pouvant être ajoutées aux denrées alimentaires</del>  <b>Autres substances pouvant être ajoutées aux denrées alimentaires</b>



	pour la santé des consommateurs et risque surtout de les tromper sur la valeur réelle des produits ainsi enrichis. La FRC demande donc de maintenir le principe actuel.	
Annexe 4	<b>Substances ne devant pas être ajoutées aux denrées alimentaires</b> La FRC salue l'introduction du DMAA et du DNP dans cette liste.	

**17 DFI : ordonnance sur les arômes et les additifs alimentaires ayant des propriétés aromatisantes utilisés dans ou sur les denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**L'aromatisation des aliments doit rester l'exception**

L'ajout d'arômes uniformise la saveur des aliments. La diversité des saveurs est importante pour les consommateurs qui placent ce critère très haut lorsqu'ils choisissent des denrées alimentaires (p.ex. Eurobaromètre 2019). Il est dès lors important de maintenir les aliments de base libre d'arômes ajoutés pour maintenir la diversité locale, saisonnière et entre les producteurs. Pour cette raison, la FRC demande le maintien de la liste des denrées dans lesquelles les arômes ne sont pas ajoutés. Les autorités doivent donner un signe clair qu'ils comprennent les besoins des consommateurs et pas seulement ceux des industries alimentaires.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 3, partie B	<p><b>Liste des substances aromatisantes admises</b></p> <p>La FRC salue la suppression avec effet immédiat des substances dont l'évaluation scientifique n'est pas terminée.</p>	
Annexe 6	<p><b>Liste des denrées dans lesquelles les arômes ne sont pas autorisés</b></p> <p>La FRC s'oppose à la suppression des 14 denrées de la liste. Les consommateurs ne s'attendent pas à ce que leurs aliments de base ne soient aromatisés. Cette liste est pour eux une garantie que cela ne soit pas le cas. Ne pas autoriser l'aromatisation des aliments de base est une question de préservation du patrimoine culinaire, mais également de santé publique, car les expériences organoleptiques influencent les habitudes alimentaires et le bilan nutritionnel.</p> <p>Par ailleurs, l'argument selon lequel l'ajout d'arômes serait régulé dans les autres ordonnances n'est pas correct dans plusieurs cas où les denrées ne sont pas définies avec une liste des ingrédients exhaustive (p.ex. les pâtes).</p> <p><b>La FRC demande donc le maintien de cette liste importante contre la tromperie des consommateurs.</b></p>	<p>Numéro 1 à 13 : maintenir</p> <p>(notamment : denrées non transformées, eaux, lait, lait concentré et en poudre, fromage, crème, beurre, lait acidulé, viandes fraîches, ovoproduits, miel, gelée royal, pain, pâtes alimentaires, tofu)</p>

**18 DFI : ordonnance sur les denrées alimentaires génétiquement modifiées**

**Remarques générales**

**Pas d'OGM dans les assiettes des consommateurs**

Les consommateurs suisses ne veulent pas d'OGM dans leur assiette. La FRC est régulièrement contactée à ce sujet par des consommateurs. Les consommateurs ne veulent pas d'une banalisation et d'une multiplication des aliments obtenus avec recours au génie génétique, que ce soient des anciennes ou des nouvelles techniques. Ils veulent être clairement informés sur ce qu'ils mangent. Pour cette raison, la FRC refuse la possibilité d'accorder quasi automatiquement une tolérance pour des OGM sinon interdits en Suisse.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 2	<p><b>Produits OGM</b></p> <p>Contrairement à ce que disent les explications, l'art. 31 al.1 ODAIOUs et l'art. 2 ODAIGM ne sont en réalité pas identiques. L'art. 2 ODAIGM est plus détaillé et comprend notamment les croisements. Il est indispensable pour écarter tout risque de tromperie. Cet aspect est important pour les consommateurs. <b>La FRC demande donc de maintenir l'article 2 actuel et de compléter également la définition dans l'art. 31, al. 1 ODAIOUs pour être cohérent.</b></p> <p>Il n'est pas logique de ne plus mentionner les additifs et les auxiliaires, car selon l'ODAIOUs les deux ne sont pas des denrées alimentaires. Ne pas les mentionner spécialement, donne l'impression qu'ils sont laissés de côté. Les mentionner montre qu'ils sont effectivement couverts par l'ordonnance, dans et hors d'une denrée composée.</p>	<p><b>Maintenir l'article.</b></p> <p>Les produits OGM sont des denrées alimentaires, <u>y compris</u> des additifs ou des auxiliaires technologiques qui:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. sont des organismes génétiquement modifiés (OGM);</li> <li>b. contiennent des OGM;</li> <li>c. ont été obtenus à partir d'OGM;</li> <li>d. <b>sont issus d'un croisement entre OGM ou d'un croisement entre OGM et d'autres organismes.</b></li> </ul>
Art. 4, al. 1	<p><b>Examen du dossier</b></p> <p>Les consommateurs s'attendent à ce que les autorités suisses évaluent les OGM de manière indépendante.</p>	<p>Il tient compte <u>des évaluations d'experts indépendants, ainsi que</u> des évaluations des autorités étrangères pour autant qu'elles aient suivi une procédure comparable à celle fixée par l'ODAIOUs et par la présente ordonnance.</p>
Art. 4, al. 2	<p>Les consommateurs attendent de la part de l'OFEV qu'il évalue tout effet sur l'environnement et fasse des recommandations afin de préserver les écosystèmes.</p>	<p>L'OFEV évalue les aspects d'un potentiel <del>mise en danger de</del> <u>effet sur</u> l'environnement. Cette évaluation est intégrée au rapport de l'OSAV.</p>

<p>Art. 6a, al.1, let c, ch.2</p>	<p><b>Tolérance</b> La FRC est opposée au changement proposé qui a comme conséquence une tolérance quasi automatique de tous les OGM autorisés en UE. Cela ne va pas dans le sens des consommateurs qui ne souhaitent pas d'OGM dans leur assiette.</p> <p>Par ailleurs, les pays de l'UE ne connaissent pas ce principe de tolérance pour les denrées alimentaires OGM. L'introduire en Suisse diminuerait la souveraineté juridique suisse sur ses denrées alimentaires.</p> <p>Par ailleurs, rares sont les pays de l'UE dans lesquels des OGM sont cultivés. L'argument avancé concernant des problèmes lors de l'importation ne concerne donc à priori pas des produits de l'UE, c'est-à-dire du principal partenaire commercial de la Suisse.</p> <p>L'argument de destruction obligatoire de marchandises est également insuffisant pour les consommateurs car selon une enquête auprès des grossistes, pendant les quatre dernières années, il n'y aurait pas eu de destruction d'aliments en provenance de l'UE due à une contamination avec des OGM. Par ailleurs, rien n'interdit de renvoyer la marchandise ou, encore mieux, d'effectuer les contrôles avant l'importation (comme le font p.ex. les principaux distributeurs suisses).</p> <p><b>Toutefois : si malgré tout le texte devait être maintenu, la FRC demande de remplacer le mot « comparable » par « identique » afin de remplir les attentes des consommateurs à la sécurité selon les procédures suisses et non selon celles d'autres législations.</b></p>	<p><del>biffer</del> <del>les quantités de denrées alimentaires qui sont des plantes génétiquement modifiées, qui en contiennent ou qui sont issues de celles-ci ont été évaluées par une autorité étrangère selon une procédure comparable à celle fixée par l'ODAIU et par la présente ordonnance, appropriées pour être utilisées dans les denrées alimentaires.</del></p> <p><b>Si notre demande de biffer l'alinéa devait ne pas être acceptée, nous demandons la modification suivante :</b></p> <p>les <del>quantités de</del> denrées alimentaires qui sont des plantes génétiquement modifiées, qui en contiennent ou qui sont issues de celles-ci ont été évaluées par une autorité étrangère selon une procédure <del>comparable</del> <b>identique</b> à celle fixée par l'ODAIU et par la présente ordonnance, appropriées pour être utilisées dans les denrées alimentaires.</p>
<p>Art. 7</p>	<p><b>Etiquetage</b> La FRC demande de maintenir les additifs pour plus de clarté.</p>	<p>Les denrées alimentaires, <del>dont les additifs</del>, qui sont des produits OGM doivent porter l'indication «produit à partir de X<sup>4</sup> génétiquement modifié»</p>
<p>Annexe 2</p>	<p><b>OGM tolérés</b></p>	

	Les consommateurs ne veulent pas consommer des aliments issus de coton, de colza, de betterave génétiquement modifiés, ni du maïs ni du soja OGM, et ils payent leurs denrées assez chèrement pour pouvoir exiger qu'elles en soient totalement exemptes.	Ne pas tolérer des traces d'OGM dont les consommateurs ne veulent pas
--	---	---

**19 DFI : ordonnance sur l'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires**

**Remarques générales**

**Sécurité et qualité des denrées**

L'hygiène dans les activités liées aux denrées alimentaires, notamment en ce qui concerne la viande, est essentielle pour la sécurité des consommateurs, mais également pour leur garantir la qualité attendue. La FRC demande de tenir compte de cet aspect important pour les consommateurs.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 29, al. 3	<p><b>Viande surgelée</b></p> <p>Pour les consommateurs, c'est non seulement la sécurité des viandes surgelées qui doit être garantie, mais également la qualité. Si le maintien du froid adéquat n'est pas garanti dans le commerce de détail, la qualité du produit peut également en souffrir. Il faut également exclure que les consommateurs soient trompés sur la qualité de la viande achetée.</p> <p>Introduire cette exigence de qualité dans le commerce du détail n'affecte en rien les liens commerciaux avec l'UE.</p>	<p>La viande et ses produits dérivés destinés à la surgélation doivent être immédiatement surgelés et conservés à l'état surgelé pendant l'entreposage et le transport. Une période de stabilisation est autorisée avant la congélation si nécessaire. Ces exigences ne s'appliquent pas aux établissements de commerce de détail, tant que <u>la qualité et</u> la sécurité des denrées alimentaires restent <u>garanties</u> à tout moment.</p>
Art. 32, al. 6	<p><b>Viande séparée mécaniquement</b></p> <p>Pour rendre la phrase compréhensible et moins équivoque : changer l'ordre des composants de la phrase en s'inspirant du règlement 853/2004.</p>	<p>La viande séparée mécaniquement qui ne remplit manifestement pas les critères microbiologiques définis à l'annexe 1 ne peut être utilisée <u>que pour fabriquer des produits à base de viande traités par la chaleur</u> dans des établissements du secteur alimentaire autorisés selon l'art. 21 ODAIOUs <del>que pour fabriquer des produits à base de viande traités par la chaleur.</del></p>
Art. 66, al. 4  Annexe 1, partie 3	<p><b>Valeurs indicatives publiques</b></p> <p>La FRC insiste sur le fait que les valeurs indicatives doivent être publiées dans un document facilement accessible au public pour garantir la transparence et la confiance. La publication sous forme de lettre d'information est adéquate.</p>	

**20 DFI : ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux**

**Remarques générales**

**Pas de commentaires. Les changements sont acceptés.**

<b>Article</b>	<b>Commentaires / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>

## 21 DFI : l'ordonnance réglant l'hygiène dans la production laitière

### Remarques générales

#### Définition du lait

Favoriser l'élevage des veaux sous la mère remplit la demande des consommateurs pour plus de bien-être animal. C'est donc une bonne chose de ne pas empêcher ce système d'élevage. Toutefois, ouvrir la définition du lait à « une ou plusieurs traites » doit uniquement se faire pour ce genre d'élevage particulièrement respectueux du bien-être des animaux et sous la condition que la qualité du lait livré ne soit pas inférieure.

La nouvelle définition du lait ne doit en aucun cas servir à moins traire les vaches non-allaitantes et à augmenter le risque de mammites et de recours aux antibiotiques.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 10, al. 1, let h	<b>Définition du lait</b> La FRC accepte le changement proposé pour des élevages respectueux du bien-être animal et sous condition que la qualité du lait ne soit pas péjorée.	



**22 DFI : ordonnance sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public**

**Remarques générales**

**Contaminants dans l'eau potable**

Les consommateurs doivent pouvoir faire confiance en leur eau potable. La FRC était choquée de voir les résultats d'analyse montrant du perchlorate dans l'eau potable genevoise. Par conséquent, elle salue l'introduction rapide d'une valeur limite pour ce contaminant.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Annexe 2	<b>Perchlorate</b> La FRC salue l'introduction d'une valeur maximale pour la teneur en perchlorate de l'eau potable	

**23 CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les pays tiers**

**Remarques générales**

**Sécurité lors de l'importation**

La FRC demande d'appliquer le principe de sécurité maximale lors de l'importation de denrées alimentaires en provenance de pays tiers. Les exceptions doivent être accordées avec parcimonie et être dûment justifiées, notamment les exceptions pour des parties de lot ne doivent en aucun cas risquer de tromper les consommateurs sur la qualité ou mettre leur santé en danger.

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

<b>24</b> <b>CF : ordonnance réglant les échanges d'importation, de transit et d'exportation d'animaux et de produits animaux avec les États membres de l'UE, l'Islande et la Norvège</b>		
<b>Remarques générales</b>		
<b>Pas de commentaire. La FRC accepte les modifications.</b>		
<b>Article</b>	<b>Commentaire / remarques</b>	<b>Proposition de modification (texte)</b>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stiftung für das Tier im Recht  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : TIR  
Adresse, Ort : Rigistrasse 9  
Kontaktperson : Vanessa Gerritsen  
Telefon : 043 443 06 43  
E-Mail : [gerritsen@tierimrecht.org](mailto:gerritsen@tierimrecht.org)  
Datum : 20. August 2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019.....	3
2	BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	5
3	BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	6
4	BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan.....	7
5	BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle.....	9
6	EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	13
7	EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	14
8	EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft.....	15
9	EDI: Getränkeverordnung .....	17
10	EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	18
11	EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	19
12	EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	20
13	EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	22
14	EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	23
15	EDI: Zusatzstoffverordnung.....	24
16	EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen.....	25
17	EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln.....	26
18	EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	27
19	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	28
20	EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten.....	29
21	EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	30
22	EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	31
23	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	32
24	BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	33

## 1 Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019

### Allgemeine Bemerkungen

#### **Schlachtmethoden VSFK:**

TIR begrüsst grundsätzlich die im Rahmen der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle vorgesehene Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonale Bewilligung erhalten und unter Aufsicht stehen. Bei der Hofschlachtung ist jedoch sicherzustellen, dass die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Abs. 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt und entblutet werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden. Der Verordnungsentwurf regelt bislang weder die zwingend notwendige Betäubungskontrolle noch die Entblutung. Nur eine entsprechend den Vorgaben von Art. 177 Abs. 2 oder 3 TSchV ausgebildete Person kann den gesamten Schlachtvorgang angemessen und mit der notwendigen Zuverlässigkeit durchführen. TIR erachtet es, soweit hiervon auch der Umgang mit lebenden Tieren betroffen ist, im Weiteren als problematisch, dass der Verordnungsentwurf für Hilfstätigkeiten bei der Fleischkontrolle keine Ausbildung mehr vorsieht und solche somit Personen ohne Fachkenntnisse überlassen werden können.

Die 2018 in diversen Westschweizer Schlachthöfen aufgedeckten groben Verstösse gegen die Tierschutzgesetzgebung verdeutlichen, dass die Grösse eines Schlachtbetriebs nichts über die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften aussagt und auch in kleineren Betrieben erhebliche tierschutzrelevante Probleme, teilweise sogar struktureller Art, bestehen. Auch gemäss Angaben der BLK nach einer schweizweiten Schlachthof-Erhebung in den Jahren 2018 und 2019 tauchten in kleineren und mittleren Schlachtbetrieben vermehrt Mängel auf, was auf eine im Vergleich zu grösseren Betrieben geringere Überwachung und weniger gut geschultes Personal zurückgeführt wurde. Die vorgeschlagene Änderung des Art. 44 Abs. 2 VSFK, wonach in Betrieben mit geringer Kapazität die Anwesenheit einer amtlichen Tierärztin oder eines amtlichen Tierarztes nicht mehr erforderlich sein soll, erscheint somit nicht adäquat. Die Tötung von Tieren ist mit besonderen Risiken verbunden, die einer behördlichen Überwachung bedürfen. Aus Kostengründen auf die Anwesenheit amtlicher Tierärzte zu verzichten ist nach Ansicht der TIR aus Tierschutzsicht nicht haltbar.

#### **Muttergebundene Kälberaufzucht:**

TIR begrüsst die anvisierte neue Formulierung in Art. 32 Abs. 1 der Verordnung über Lebensmittel tierischer Herkunft und die damit einhergehende Klarstellung, dass Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht (MGKA) verkehrsfähig ist. Einzig hinsichtlich der Ausformulierung der Bestimmung schlägt TIR vor, das Wort "normal" im Zusammenhang mit der Eutersekretion ersatzlos zu streichen, um Missverständnisse vorzubeugen.

#### **Transparenz:**

TIR begrüsst die anvisierte Ergänzung der Lebensmittelinformationsverordnung (LIV) um Art. 4 Abs. 5 lit. b (Deklaration betreffend Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion nach Art. 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung). Art. 3 Abs. 2 LDV fordert bis anhin nur bei Erzeugnissen aus Hauskaninchen eine Deklaration, wenn sie "aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform" stammen. Weshalb sich die LDV auf diese Tierart und entsprechende Haltungsformen beschränkt, ist nicht ersichtlich. Eine Erweiterung des Art. 3 Abs. 2 LDV bzw. eine Anpassung des Lebensmittelrechts wäre nach Ansicht der TIR dringend geboten: Sämtliche Erzeugnisse, die von Tieren aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform und/oder nicht

zugelassener Produktionsform stammen, sollten entsprechend deklariert werden, um der Konsumentenschaft eine aufgeklärte Entscheidung zu ermöglichen.

**Insekten:**

Der verfassungsmässige Schutz der Würde der Kreatur nach Art. 120 Abs. 2 BV umfasst auch Insekten und ist in der gesamten Rechtsordnung zu beachten. An das Inverkehrbringen von Insekten als Lebensmittel sind somit auch Tierwohlaspekte zu knüpfen.

## 2 BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



### 3 BR: Lebensmittelvollzugsverordnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

#### 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

##### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 MNKPV	TIR begrüsst die Einführung einer Mindestanzahl von unangemeldeten Kontrollen bei der tierischen Primärproduktion (40% der Kontrollen, davon mindestens 20% der Grundkontrollen). Die Umsetzung ist von den Oberaufsichtsorganen des Bundes zu kontrollieren und ggf. ist die Anzahl unangemeldeter Kontrollen weiter zu erhöhen.	
Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.2	<p>TIR begrüsst die Tatsache, dass Fischhaltungen künftig nicht mehr erst ab einer Produktion von 10 Tonnen, sondern neu ab 500 Kilogramm pro Jahr nach den Vorgaben der MNKPV kontrolliert werden können.</p> <p>Wünschenswert wäre ein weiteres Herabsetzen bzw. eine Aufhebung der geforderten Schwelle bzgl. der Produktionsmenge. Auch kleinere Fischhaltungen müssen den Vorgaben der Tierschutzgesetzgebung resp. der Tierschutzverordnung, die nach Art. 10 Abs. 1 lit. a MNKPV einen Kontrollbereich darstellt, genügen. Gerade im Bereich der Fischzucht, die einen relativ neuen Produktionszweig darstellt und in dem langjährige Erfahrungen analog zur Haltung anderer landwirtschaftlich genutzter Tiere fehlen, ist der Kontrollbedarf hoch. Zu fordern ist im Weiteren die tierschutzrechtliche Verankerung einer ethologischen Prüfung von Fischhaltungsanlagen.</p> <p>Zudem sollten nach Ansicht der TIR die maximalen Zeitspannen zwischen zwei Kontrollen bei Betrieben mit tierischer Produktion, Fischhaltungen, Bienenhaltungen, und bei Sömmerungsbetrieben (Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.1.2, 1.2., 1.3., 1.4.) wesentlich tiefer liegen. Kontrollen, die nur alle 4 bis 8 Jahre stattfinden, können die Einhaltung der einschlägigen tierschutzrechtlichen Bestimmungen nicht gewährleisten.</p>	<p>Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.2.:</p> <p>Fischhaltungen <del>mit einer jährlichen Produktion von mehr als 500 kg</del></p> <p>Zeitspanne zwischen zwei Kontrollen (max. Anzahl Jahre) Anhang 1, Liste 1, Ziff. 1.1.2; 1.2; 1.3; 1.4.:</p> <p><del>1-2 Jahre</del></p>


## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Die korrekt durchgeführte Weideschlachtung stellt in Bezug auf die Vermeidung von Stress, Angst und Leiden bei den betroffenen Tieren das Optimum dar, wenngleich auch sie wesentliche Aspekte der Tierwürde berührt. Die Hofschlachtung, bei der die Tiere fixiert und gegebenenfalls von ihrer Gruppe separiert werden, vermindert immerhin wesentliche Belastungen, die mit der Schlachtung in Sammelbetrieben einhergehen und ist unter dem Gesichtspunkt der schonenden Tiertötung daher ebenfalls zu fördern. Beide Schlachtmethoden sind aber nur unter hohen Auflagen und unter strenger Aufsicht zu bewilligen.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs. 2 Bst. a	TIR begrüsst die Präzisierung.	
Art. 9 Abs. 2 Bst. c	TIR begrüsst die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtungen, soweit diese kantonal bewilligt sind und unter Aufsicht stehen.	
Art. 9a Abs. 1	TIR lehnt die Einschränkung der Weideschlachtung auf Tiere der Rindergattung ab. Es gibt keinen Grund, Weide- und Hofschlachtung hinsichtlich des Tierschutzes und der Hygiene unterschiedlich streng zu reglementieren. Die Erläuterungen des BLV in diesem Punkt beruhen nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen, vielmehr sind fundierte Informationen zum tierschutzkonformen Kugelschuss auch in Bezug auf andere Tiergattungen verfügbar. Für die Tierschutzkonformität entscheidend ist, wie der Kugelschuss im konkreten Umfeld umgesetzt wird – für die entsprechende Beurteilung ist das kantonale Bewilligungsverfahren da. In diesem Rahmen kann einzelfallbezogen geklärt werden, ob die hohen Anforderungen an eine tierschutzkonforme Betäubung erfüllt werden können.	streichen, da keine Unterscheidung notwendig
Art. 9a Abs. 2	TIR begrüsst die Erweiterung auf Hof- und Weideschlachtung, allerdings nur, soweit diese unter strengen Auflagen bewilligt werden. Die Formulierung im einleitenden Abs. 2 Satz 2 erweckt den Eindruck, dass die kantonalen Behörden eine Bewilligung zu erteilen haben, wenn die in lit. a-c genannten	Tierhalter, die Hof- oder Weideschlachtung vornehmen wollen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. <b>Diese wird mit folgenden Auflagen</b>

	<p>Voraussetzungen erfüllt werden können. Dies kann nicht gemeint sein, vielmehr hat die kantonale Behörde in der Einzelfallprüfung zahlreiche weitere Voraussetzungen des Betriebs und des Personals zu prüfen, die mit Auflagen zu verbinden sind.</p>	<p><b>erteilt</b> Die folgenden Auflagen sind dabei zu berücksichtigen:</p>
<p>Art. 9a Abs. 2 lit. a</p>	<p>Während der Abschuss im Rahmen der Weidschlachtung durch einen ausgebildeten Jäger erfolgen muss, sieht die Verordnung für die Betäubung bei der Hofschlachtung lediglich eine "fachkundige Person" nach Art. 177 Abs. 1<sup>bis</sup> TSchV vor.</p> <p>Faktisch dürfen also Personen, die durch andere "kundige" Personen angelernt wurden und "regelmässig" töten, entsprechende Betäubungen vornehmen. Diese tiefe Anforderung ist aus Sicht des Tierschutzes nicht akzeptabel und steht auch im Vergleich zur Weideschlachtung in keinem Verhältnis. Eine korrekte Betäubung ist auch beim fixierten Tier kein Kinderspiel und daher profund ausgebildeten Fachpersonen vorzubehalten.</p> <p>Im Weiteren regelt der Verordnungsentwurf weder die zwingend notwendige Betäubungskontrolle noch die Entblutung. TIR ist der Ansicht, dass nur eine entsprechend den Vorgaben von Art. 177 Abs. 2 oder 3 TSchV ausgebildete Person den gesamten Schlachtvorgang angemessen und mit der notwendigen Zuverlässigkeit durchführen kann.</p> <p>Der Verzicht auf eine entsprechende Fachperson hätte eine weit detailliertere Regelungsnotwendigkeit etwa bzgl. Betäubungskontrolle und Reaktionszeit zwischen Betäubung und Entblutung bereits auf Verordnungsstufe zur Folge. Zudem wäre unter der Voraussetzung, dass angelernte Laien die Schlachtung durchführen können, der Verzicht auf eine amtstierärztliche Kontrolle nicht haltbar.</p> <p>Allein unter der Voraussetzung, dass eine profund ausgebildete Person diese für den Schutz der Tiere höchst kritischen Punkte durchführt, können spezifische Auflagen etwa zu Gerätschaften, Vorrichtungen, Nachbetäubung etc. in der einzelfallbezogenen kantonalen Bewilligung erfolgen und kann auf eine Überwachung durch einen Amtstierarzt oder eine Amtstierärztin verzichtet werden.</p>	<p>Bei der Hofschlachtung müssen die Tiere in einer geeigneten Einrichtung fixiert und durch eine Fachperson nach Artikel 177 Absatz 1<sup>bis</sup> 2 lit. b oder Absatz 3 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 betäubt <b>und entblutet</b> werden. Bei der Weideschlachtung müssen die Tiere unter sicheren Bedingungen durch eine Jägerin oder einen Jäger geschossen werden. <b>Nach jeder Betäubung hat eine fachkundige Betäubungskontrolle stattzufinden.</b></p>

Art. 9a Abs. 3	<p>TIR begrüsst die amtstierärztliche Überwachung von Abschuss und Entblutungsvorgang im Rahmen der Weideschlachtung.</p> <p>Sofern nur gut ausgebildete Personen (Art. 177 Abs. 2 oder 3 TSchV) Hofschlachtungen durchführen dürfen, erachtet TIR den Verzicht auf eine analoge amtstierärztliche Kontrolle in diesem Bereich als gerechtfertigt – andernfalls wäre eine entsprechende Überwachung hingegen von grösster Bedeutung.</p> <p>Unklar bleibt in Bezug auf die Weideschlachtung, wer den Entblutungsschnitt durchführt: Die Entblutung von Nutz- und Wildtieren kann nicht gleichgesetzt werden. Eine fachgerechte Entblutung etwa von Rindern ist nicht Bestandteil der Jagdausbildung. Soll der Jäger die Entblutung durchführen, hat er eine Zusatzausbildung durchzuführen. Andernfalls müsste eine entsprechend ausgebildete Person ergänzend beigezogen werden, was in der Verordnung zu klären wäre (vorzugsweise unter Art. 9a Abs. 2 lit. a).</p>	
Art. 28 Abs. 2	<p>Die Beurteilung von verunfallten oder kranken Tieren durch den Bestandestierarzt erachtet TIR als sinnvolle Verbesserung zugunsten der betroffenen Tiere, soweit dadurch eine raschere Entscheidung im Sinne des Tierwohls getroffen werden kann.</p> <p>Private Tierärzte sind aber konsequent in die Pflicht zu nehmen, wenn ihre Beurteilung nicht im besten Interesse des Tierschutzes erfolgt – wirtschaftliche oder Praktikabilitätsüberlegungen sind in diesem Rahmen fehl am Platz. Bedauerlicherweise zeigt die Erfahrung, dass sich Bestandestierärzte nicht selten zu unhaltbaren Einschätzungen verleiten lassen, die tierschutzstrafrechtlich relevante Folgen nach sich ziehen. Aus diesem Grund ist darauf zu achten, dass mit der Verantwortung, die Bestandestierärzten hierbei anvertraut wird, kein Freiraum für tierschutzwidrige Entscheidungen geschaffen wird.</p>	
Art. 44 Abs. 1 <sup>bis</sup>	Hilfstätigkeiten bei der amtlichen Fleischkontrolle sollen neu ohne Ausbildung verrichtet werden dürfen – dazu gehört auch etwa das Aussortieren toter Tiere. Unklar ist, was mit verletzten oder moribunden Tieren passiert. Die	streichen

	<p>Beurteilung, ob ein Tier tot ist, erfordert ebenso Fachkenntnisse wie der korrekte Umgang mit verletzten oder sterbenden Tieren.</p> <p>Angesichts des sensiblen Bereichs, in dem sich die Schlachtung von Tieren bewegt und aufgrund der in letzter Zeit häufiger bekannt gewordenen Skandale auch in Schweizer Schlachtbetrieben erachtet TIR eine Lockerung der Vorschriften als falsches Signal und in keiner Weise als angemessen. TIR lehnt diese Bestimmung daher ab.</p>	alternativ auf Tätigkeiten beschränken, die nach der Sicherstellung des Todes der betroffenen Tiere stattfinden
Art. 44 Abs. 2	<p>Gemäss den Erläuterungen des BLV ist es in Betrieben mit geringer Kapazität nicht erforderlich, dass während der gesamten Dauer der Schlachtung eine amtliche Tierärztin oder ein amtlicher Tierarzt anwesend ist. Diese Vorgabe soll daher künftig ausschliesslich für Grossbetriebe gelten. Dieser Auffassung ist zu widersprechen – aus Tierschutzsicht ist nicht einzusehen, warum entsprechende Kleinbetriebe gegenüber Grossbetrieben sowie gegenüber der Hof- und Weideschlachtung (vgl. die Anmerkung zu Art. 9a Abs. 3) bevorzugt behandelt werden sollten. Die Tötung von Tieren ist mit besonderen Risiken verbunden, die einer behördlichen Überwachung bedürfen. Darauf allein aus Praktikabilitätsgründen zu verzichten, geht in die falsche Richtung.</p>	
Art. 53 Abs. 1 Bst. i	<p>Eine unterschiedliche Handhabung zwischen Hof- und Weideschlachtung ist nur dann begründbar, wenn die Hofschlachtung ausschliesslich durch gut ausgebildete Personen gemäss den Vorgaben von Art. 177 Abs. 2 lit. b oder 3 TSchV durchgeführt werden darf. Andernfalls – was TIR allerdings klar ablehnt – ist die Überwachung von Betäubung, Abschuss und Entbluten der Tiere durch eine amtliche Tierärztin oder einen amtlichen Tierarzt sowohl für die Hof- als auch für die Weideschlachtung notwendig.</p>	<p>Die amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>i. überwachen <del>bei der Weideschlachtung</del> den Abschuss bzw. die Betäubung und das Entbluten des Tieres.</li> </ul>

**6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**Allgemeine Bemerkungen**

Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) unterlag aufgrund der veralteten und unklaren Definition von Milch gemäss VLtH bislang einer rechtlichen Unsicherheit, die interessierte Landwirtschaftsbetriebe davon abhielt, auf diese tierfreundliche Produktionsform umzusteigen oder ihre auf diese Weise erzeugte Milch entsprechend zu vermarkten. Tierfreundliche und die Würde von Tieren achtende Herstellungsmethoden entsprechen nachweislich einem Konsumentenbedürfnis. Es ist daher sowohl aus Gründen der Bundespflicht, tierfreundliche Produktionsformen zu fördern, als auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft begrüssenswert, dass die neu geplante Definition von Milch die MAGKA endlich mit konventionellen, deutlich problematischeren Milcherzeugungsmethoden gleichstellt und die bisherigen Hürden aus dem Weg räumt. Es ist darauf zu achten, dass die neue Formulierung unmissverständlich klarstellt, dass die Art und Weise der Erzeugung von Milch für ihre Definition keine Rolle spielt. Ausschlaggebend für die Verkehrsfähigkeit der Milch ist demgegenüber, ob sie die Hygieneanforderungen erfüllt. Die MAGKA vermag diese Anforderungen problemlos zu erfüllen.

Die direkt muttergebundene Kälberaufzucht (MGKA) ist gegenüber Formen, die Ammentiere einsetzen (AGKA), aus Sicht des Tierschutzes zu bevorzugen. In diesem Sinne plädiert TIR dafür, nicht nur die rechtliche Benachteiligung der MGKA gegenüber Milch aus "mutterloser Produktion" aus dem Weg zu räumen, vielmehr sollte diese Produktionsform auch aktiv im Rahmen von Tierwohlprogrammen gefördert werden.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>TIR begrüsst die neue Formulierung. Damit wird klargestellt, dass Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht (MGKA) verkehrsfähig ist.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen ersatzlos gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	<p>Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.</p>


<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

## 12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 4 Abs. 5 Bst. b	<p>TIR begrüsst die neue Bestimmung.</p> <p>Dringend angezeigt wäre indessen eine Ausweitung von Art. 3 Abs. 2 LDV auf weitere Tierarten.</p>	
Art. 5 Abs. 1 Bst. a	<p>Die Eingrenzung der Deklaration auf Fleisch von bestimmten Tierarten (Art. 39 Abs. 2 Bst. a LGV) und auf bestimmte Fleischerzeugnisse wird der Anforderung an die entsprechenden Rechtsnormen der Lebensmittelgesetzgebung nicht gerecht. Sinn und Zweck der spezifischen Regelung ist die möglichst transparente Information der Konsumentenschaft. Die gemäss den Erläuterungen aus "Verhältnismässigkeitsgründen" erfolgte Einschränkung auf bestimmte Fleischprodukte in Art. 5 Abs. 1 Bst. a LIV und die damit einhergehende Unübersichtlichkeit der rechtlichen Vorschriften erschwert im Übrigen deren Handhabung, dies betrifft namentlich auch Art. 5 Abs. 1 Bst. b LIV und eine Reihe weiterer entsprechender Vorschriften.</p> <p>Sinnvoll wäre stattdessen eine Vereinfachung und Straffung der verschiedenen Verordnungen im Bereich der Lebensmittelgesetzgebung. Dabei sollte der Grundidee, transparente Information über die Herkunft und die Produktionsform von Fleisch zur Verfügung zu stellen, konsequent verfolgt und auf sämtliche Tierarten und Fleischerzeugnisse bzw. Erzeugnisse tierischer Herkunft angewendet werden. Eine konsequente Regelung käme gleichermassen den Bedürfnissen des Konsumentenschutzes, des Tierschutzes, der Gesundheitssicherung und der Glaubwürdigkeit der Schweizer Rechtsordnung und der Produktionsbetriebe entgegen. Der entsprechende Verwaltungsaufwand ist vor diesem Hintergrund aus TIR-Sicht keineswegs als unangemessen zu betrachten.</p>	

--	--	--



**13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel

### Allgemeine Bemerkungen

Der verfassungsmässige Schutz der Würde der Kreatur nach Art. 120 Abs. 2 BV umfasst auch Insekten und ist in der gesamten Rechtsordnung zu beachten. Der Anhang zur Verordnung über neuartige Lebensmittel setzt für das bewilligungslose Inverkehrbringen der zugelassenen Insektenarten nur hygienerelevante Anforderungen voraus und lässt dabei die Tierwürde und damit zusammenhängende Tierwohlaspekte gänzlich ausser Acht, was nach Ansicht der TIR der auf Verfassungsebene geschützten Tierwürde klar zuwiderläuft. TIR fordert deshalb die Einführung von Tierwohlaspekten als Voraussetzung für das Inverkehrbringen von Insekten als Lebensmittel.

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**15 EDI: Zusatzstoffverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



**21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion****Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**22 EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**23 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Per Mail an:  
lmr@blv.admin.ch

ORT/DATUM Zürich, 09.08.2019  
ZUSTÄNDIG Markus Rasper  
DIREKTWAHL 043 244 73 38  
E-MAIL markus.rasper@suissetec.ch

## **Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Alain Berset,  
sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts.

Unserem Verband gehören rund 3'500 Unternehmungen aus den Branchen Sanitär, Spenglerei/ Gebäudehülle, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung, Rohrleitungsbau/Werkleitungen sowie Solar-installationen an.

Wir, die Gebäudetechniker, befassen uns tagtäglich mit dem Lebensmittel Trinkwasser, wie in den Gebäudeinstallationen oder deren Warmwassererzeugungen bis hin zur Entnahme am Wasserhahn. Daher äussern wir uns hiermit gerne zur TBDV.

Alle Glieder in der Kette der Trinkwasserversorgung handeln wie ein Lebensmittelbetrieb nach dem Vorsorgeprinzip. Jeder Konsument hat Anrecht auf Trinkwasser in hygienisch einwandfreiem Zustand und in ausreichender Menge ab dem Wasserhahn.

Wir stellen fest, dass in der TBDV alle Glieder der Trinkwasserversorgungskette bis auf die Hausinstallationen reguliert sind und kontrolliert werden. Diese „letzte Meile“ stellt somit einen Schwachpunkt im bisherigen System dar. Aufgrund unerwünschter Mikroorganismen und Legionellen müsste jedoch gerade dieser letzten Meile besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, schlagen wir Ihnen nachfolgende Änderungen vor:

### **2. Abschnitt: Trinkwasser**

#### **Art. 4 Anforderungen an die Wasserversorgungsanlagen**

<sup>1</sup> Wer eine Wasserversorgungsanlage bauen oder baulich verändern will, muss dies der kantonalen Vollzugsbehörde vorgängig melden. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind Inhaberinnen und Inhaber sowie Betreiberinnen und Betreiber von Hausinstallationen.

**WIR, DIE  
GEBÄUDETECHNIKER.**

**NOI, I TECNICI  
DELLA COSTRUZIONE.**

**NOUS, LES  
TECHNICIENS DU BÂTIMENT.**



**Antrag auf Streichung des folgenden Satzes, da aufgrund der Definition gemäss Art. 2 lit. f und lit. g bereits eine entsprechende Unterscheidung vorgenommen wird:**

~~Von dieser Bestimmung ausgenommen sind Inhaberinnen und Inhaber sowie Betreiberinnen und Betreiber von Hausinstallationen.~~

**Antrag neuer Art. 4a Anforderung an die Trinkwasserhausinstallation:**

- <sup>1</sup> Wer eine Trinkwasserhausinstallation bauen oder baulich verändern will, muss dies der zuständigen Gemeindebehörde vorgängig melden.
- <sup>2</sup> Beim Bau oder Umbau sowie beim Betrieb der Trinkwasserhausinstallation müssen die anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden.
- <sup>3</sup> Die Inhaberin oder der Inhaber ist verpflichtet, die Anlage mindestens durch einen Sanitärinstallateur EFZ / Sanitärinstallateurin EFZ regelmässig überwachen und durch eine qualifizierte Fachperson unterhalten zu lassen
- <sup>4</sup> Für den Bau oder Umbau sowie beim Betrieb der Trinkwasserhausinstallation sind Trinkwasserkontaktmaterialien zu verwenden, deren Eignung für Transport und Speicherung von Trinkwasser nach anerkannten Prüf- und Bewertungsverfahren ermittelt wurde. Diese Materialien dürfen nur Mengen ins Trinkwasser abgeben, die:
  - a. gesundheitlich unbedenklich sind
  - b. technisch unvermeidbar sind; und
  - c. keine Veränderung der Zusammensetzung oder der organoleptischen Eigenschaften herbeiführt.

**Begründung:**

Alle Glieder der Trinkwasserversorgungskette inkl. Hausinstallationen sind zu regulieren und zu kontrollieren zwecks Qualitätssicherung der „letzten Meile“. Zudem ist es wichtig, dass der unklare Begriff „der entsprechend ausgebildeten Person“ (vgl. Art. 4 Abs. 3) klarer definiert wird.

**3. Abschnitt: Dusch- und Badewasser**

**Antrag: Präzisierung der Qualifikation der Überwachungsperson**

**Art. 13 Wasseraufbereitungs- und Duschanlagen**

Wasseraufbereitungs- und Duschanlagen müssen nach den anerkannten Regeln der Technik eingerichtet, betrieben oder abgeändert werden. Die Inhaberin oder der Inhaber ist verpflichtet, sie durch ~~entsprechend ausgebildete Personen~~ einen Sanitärinstallateur EFZ / Sanitärinstallateurin EFZ regelmässig überwachen und durch eine qualifizierte Fachperson unterhalten zu lassen.

**Begründung:**

Es ist wichtig, dass der unklare Begriff „der entsprechend ausgebildeten Person“ (vgl. Art. 4 Abs. 3) klarer definiert wird.



Freundliche Grüsse  
Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)

Christoph Schär  
Direktor

Markus Rasper  
Fachbereichsleiter Sanitär | Wasser | Gas



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV**  
Lebensmittel und Ernährung

## Vernehmlassung Projekt Stretto 3; Revision Verordnungsrecht Vernehmlassung bis 26. August 2019

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Tierschutz STS  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : STS  
Adresse, Ort : Dornacherstrasse 101, 4018 Basel  
Kontaktperson : Dr. Stefan Flückiger, Geschäftsführer  
Telefon : 079 621 29 84  
E-Mail : stefan.flueckiger@tierschutz.com  
Datum : 08.07.2019

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. **Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.**
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 26. August 2019 an folgende E-Mail-Adresse: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 37 02  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



## Inhaltsverzeichnis

1Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019 .....	3
2BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung .....	4
3BR: Lebensmittelvollzugsverordnung .....	5
4BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan .....	6
5BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle .....	7
6EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft .....	8
7EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf .....	9
8EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft .....	10
9EDI: Getränkeverordnung .....	11
10EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel .....	12
11EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten .....	13
12EDI: Lebensmittelinformationsverordnung .....	14
13EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz .....	15
14EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel .....	16
15EDI: Zusatzstoffverordnung .....	17
16EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen .....	18
17EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln .....	19
18EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel .....	20
19EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln .....	21
20EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten .....	22
21EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion .....	23
22EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen .....	24
23BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten .....	25
24BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen .....	26

## **1      Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassung Stretto 3; Revision Verordnungsrecht 2019**

### Allgemeine Bemerkungen

Der Schweizer Tierschutz STS bedankt sich, im Rahmen der Vernehmlassung "Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts" seine Position darlegen zu können.

Wir möchten zusammenfassend Folgendes hervorstreichen:

In der anstehenden Revision wird eine weitere, umfassende Harmonisierung mit dem EU-Recht angestrebt. Wir möchten betonen, dass bei unserer Beurteilung das Tierwohl im Vordergrund steht. Wenn auch die Gefahr besteht, dass allenfalls neue Handelshemmnisse gegenüber der EU oder auch leichte Abweichungen beim Gesundheits- und Täuschungsschutz entstehen, so ist gemäss unserer Beurteilung der Referenzpunkt das Schweizer Tierschutzgesetz/-verordnung. Bei diesem bestehen deutliche Unterschiede zur EU. Weil die Schweizer Gesellschaft und Politik dies so wünscht, ist es auch gerechtfertigt, dass wir bei den untenstehenden Verordnungen entsprechende Abweichungen fordern.

<b>2            BR: Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>3            BR: Lebensmittelvollzugsverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 4 BR: Verordnung über den nationalen Kontrollplan

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 9 Abs.2	Gemäss Art. 9 Abs. 2 müssen privatrechtliche Stellen gestützt auf die Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996 nach der Norm «SN EN ISO/IEC 17020 Allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen» akkreditiert sein. Wir wünschen uns, dass diese Bestimmung auch für öffentlich-rechtliche Stellen gelten soll.	Art. 9 Abs. 2 soll auch für öffentlich-rechtliche Stellen gelten.
Art. 12 Abs. 1 und 2	Wir sind klar gegen die Möglichkeit, Grundkontrollen durch (kurze) Verwaltungskontrollen zu ersetzen. Damit würden Tierhaltungen während acht und noch mehr Jahren nicht mehr richtig kontrolliert werden. Verwaltungskontrollen können höchstens als zusätzliche Kontrollen eingeführt werden, nicht aber anstelle der gesetzlichen Grundkontrollen.	Verwaltungskontrollen können höchstens als zusätzliche Kontrollen eingeführt werden. Sie dürfen jedoch die Grundkontrollen nicht ersetzen.
Art. 14 Abs. 1	Grundsätzlich beurteilen wir es als gut, dass neu mindestens 20% der Grundkontrollen unangemeldet und mindestens 40% von Art. 7 und 8 durchgeführt werden.  Wir finden es aber nicht gut, dass Verwaltungskontrollen nicht zur Berechnung der durchzuführenden unangemeldeten Kontrollen berücksichtigt werden. Denn dann besteht der Anreiz, vermehrt Grundkontrollen durch Verwaltungskontrollen zu ersetzen, da dann nicht nur weniger angemeldete Grundkontrollen, sondern auch weniger unangemeldete Kontrollen insgesamt durchgeführt werden müssen.	Wir beantragen: Verwaltungskontrollen sind zur Berechnung der durchzuführenden unangemeldeten Kontrollen zu berücksichtigen.
Anhang 1 Liste 1	Wir begrüssen es, dass bei den alle 4 Jahre zu kontrollierenden Fischhaltungen die Produktion von 10 t auf 500 kg gesenkt wurde.	

## 5 BR: Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 3 Bst. a und b	Kaninchen gelten nicht als Schlachtvieh, werden nur als «Tiere» definiert. Dadurch ist bei Kaninchen gemäss Verordnung zum Tierschutz bei Schlachten (VTschS) das Entbluten gemäss Art. 19 nicht geregelt. Wir würden uns hier eine Regelung wünschen, in der Kaninchen entweder als Schlachttiere definiert werden oder das Entbluten in der VTschS ausdrücklich geregelt wird.	Die Regelung zur Entblutung gemäss VTschS soll auch für Kaninchen gelten.
Art. 6. Abs. 3	Gemäss Art. 6 Abs. 3 kann die Betriebsbewilligung unter bestimmten Voraussetzungen entzogen werden. Wir fordern zusätzlich einen zwingenden Entzug der Betriebsbewilligung, sofern der Betrieb wiederholt und in gravierender Weise gegen Vorschriften zum Schutze der Tiere verstossen hat.	Zusätzlicher Absatz: «Bei wiederholten und gravierenden Verstössen gegen Vorschriften zum Schutze der Tiere wird die Betriebsbewilligung entzogen.»
Art. 9 Abs. 2 Bst. a und c	Die Hof- und Weideschlachtung können wir nur unterstützen, sofern strenge Tierschutzvorschriften dafür gelten. Vorsicht: Auch das Schlachten von krankem und verunfalltem Schlachtvieh stellt hohe Anforderungen an den Ausführenden und muss geregelt werden (bei Schweinen ist das Töten mit Bolzenschuss z.B. sehr heikel)!	
Art. 9a Abs. 1	Wir begrüssen es, dass die Weideschlachtung nur für Rinder möglich ist. Die Hofschlachtung sollte hingegen nicht nur (wie vorgesehen) für Schlachtvieh möglich sein, sondern auch für Hausgeflügel, Hauskaninchen und Laufvögel. Diese Tierarten können auf einem Hof ebenso schonungsvoll betäubt und getötet werden wie in einem Schlachtbetrieb. Mit der Ausweitung der Hofschlachtung auf diese Tierarten kann man ihnen den meist qualvollen Transport in den Schlachthof ersparen.	Hofschlachtungen sollen auch für Hausgeflügel, Hauskaninchen und Laufvögeln unter strengen Auflagen zugelassen werden.
Art. 9a Abs. 2	Hofschlachtung: Die Fixierung der Tiere passt nur zu Schlachtvieh. Bei der von uns geforderten Ausweitung der Hofschlachtung auf Hausgeflügel, Hauskaninchen und Laufvögeln müssen andere geeignete Auflagen für eine schonungsvolle Schlachtung definiert werden. Die Fachperson, die Tiere bei der Hofschlachtung betäubt, muss über die gleiche Ausbildung verfügen wie	

	<p>das Schlachthofpersonal und Erfahrung im Umgang mit den Betäubungsgeräten vorweisen können.</p> <p>Zudem fordern wir, dass wer Hofschlachtungen durchführen will, die gleiche Ausbildung absolvieren muss, wie das Personal von Schlachtbetrieben gemäss Art. 177 Abs. 2 TSchV.</p> <p>Weideschlachtung: Wir sind der Meinung, dass hierfür die Vorgaben in der Verordnung über den Tierschutz beim Schlachten (VTschS) auf den neuesten Wissensstand gebracht werden müssen, insbesondere folgende Punkte müssen genau geregelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schusslochposition</li> <li>- Kugelfang</li> <li>- Kontrolle der Betäubungswirkung</li> <li>- Definition der Dauer bis zur Entblutung</li> <li>- Möglichkeit für einen Nachschuss / Nachbetäubung muss zwingend sichergestellt werden</li> <li>- Definition Waffe und Kaliber mit genügender Durchschlagskraft anhand Schussdistanz und Gewicht der Tiere</li> <li>- Die Waffe muss eingeschossen werden</li> <li>- Tiere werden an Umgebung gewöhnt</li> <li>- Sichere Einzäunung, Zielfernrohr</li> <li>- Eventuell regelmässige Erneuerung der Bewilligung, z.B. jährlich!</li> <li>- Anzahl Tiere, die pro Tag geschossen werden dürfen, soll reguliert werden</li> </ul>	<p>Weideschlachtung: Wir beantragen, dass die links aufgezählten Punkte geregelt werden, andernfalls wir die Weideschlachtung nicht unterstützen können.</p>
Art. 28 Abs. 1 und 2	Wir begrüssen es, dass jetzt auch bei Rindern die Lebendviehschau auf dem Herkunftsbetrieb durchgeführt werden darf.	
Art 44 Abs. 1bis und 2	Die vielen gravierenden Missstände in kleineren Betrieben, die in den letzten Jahren aufgedeckt wurden, haben gezeigt, dass die Kontrollen durch die Vollzugsorgane nicht ausreichen. Wir fordern deshalb, dass auch in kleineren und mittleren Betrieben der GESAMTE Ablauf durch einen im Bereich Schlachtung und Betäubung ausgebildeten Amtstierarzt überprüft wird, damit solche Missstände nicht mehr auftreten und Tierleid verhindert werden kann.	
Art. 52 Abs. 3 Bst. b	Gemäss Vorschlag des Bundesrates sollen für die Schlacht tieruntersuchung bei Weideschlachtungen auch nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte eingesetzt werden. Wir fordern, dass in einem solch heiklen Bereich	

	zwingend Amtstierärzte eingesetzt werden müssen. Sie besitzen auf dem Gebiet der Schlachtung viel Erfahrung und Wissen.	
Art 51 Abs 3	Ein wichtiger Faktor bei der Risikobewertung muss auch die bisherige Einhaltung des Tierschutzgesetzes und der dazugehörigen Verordnungen durch den Betrieb sein. Wir fordern, dass dies in einem Buchstaben d aufgeführt wird.	Ergänzung mit Bst. d. «die bisherige Einhaltung des Tierschutzgesetzes durch den Betrieb.»



<b>6 EDI: Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>7 EDI: Lebensmittel für Personen mit besonderem Ernährungsbedarf</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

## 8 EDI: Lebensmittel tierischer Herkunft

### Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 1	<p>Der Schweizer Tierschutz STS begrüsst diese Änderung: Der bisherige Begriff des "ganzen Gemelks" war unklar und verhinderte, dass Milch aus mutter- oder ammengebundener Kälberaufzucht (MAGKA) verkauft werden konnte. Mit der Änderung sind nun tierfreundliche Haltungssysteme wie die Muttergebundene Kälberaufzucht in Zusammenhang mit der Milchproduktion möglich.</p> <p>Der Begriff "normal" in Bezug auf die Eutersekretion eröffnet allerdings ungewollt und unnötig Raum für Interpretation und sollte deswegen gestrichen werden. Er bringt keinen Mehrwert und ist ersatzlos zu streichen, um einer allfälligen Frage, ob damit gewisse Anforderungen an die Eutersekretion verbunden sind bzw. ob ein Vergleich zu einem Referenzwert stattfinden muss, vorzubeugen.</p> <p>Die Art und Weise der Erzeugung der Milch (Roboter, Melkstand, Absauganlage, MAGKA) darf für ihre Definition keine Rolle spielen. Milch muss in jedem Fall die Hygieneanforderungen erfüllen.</p>	Milch ist das durch ein- oder mehrmaliges Melken gewonnene Erzeugnis der <del>normalen</del> («normalen» ist zu streichen) Eutersekretion eines oder mehrerer Tiere der Säugetierarten nach Artikel 2 Buchstabe a.

<b>9            EDI: Getränkeverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>10 EDI: Verordnung über Nahrungsergänzungsmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>11 EDI: Verordnung über Höchstgehalte für Kontaminanten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**12 EDI: Lebensmittelinformationsverordnung****Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Art. 4 Abs. 5 Bst. b und c	Der STS begrüsst ausdrücklich die geplante Regelung, dass die Deklaration betreffend die Anwendung von in der Schweiz verbotener Produktion im selben Sichtfeld wie die Sachbezeichnung erscheinen muss.	
Art. 5 Abs. 1 Bst. a und c, d Einleitungssatz , e und f	Der STS begrüsst auch diese Regelung ausdrücklich.	

<b>13 EDI: Verordnung über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>14 EDI: Verordnung über neuartige Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>15      EDI: Zusatzstoffverordnung</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>16 EDI: Verordnung über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen und sonstigen Stoffen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>17 EDI: Verordnung über Aromen und Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften in und auf Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>18 EDI: Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>19 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**20 EDI: Verordnung über die Hygiene beim Schlachten**

**Allgemeine Bemerkungen**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>
Anhänge 5 und 6	Die Selbstverpflichtung der Branche zur Vermeidung von Weissfleischigkeit funktioniert in der Praxis nicht. Wir fordern eine Überprüfung des Hämoglobingehaltes des Blutes nicht des Eisengehaltes!	Wir fordern eine Überprüfung des Hämoglobingehaltes des Blutes nicht des Eisengehaltes

<b>21 EDI: Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>



<b>22      EDI: Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

<b>23      BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten</b>		
<b>Allgemeine Bemerkungen</b>		
<b>Artikel</b>	<b>Kommentar / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

**24 BR: Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen**

**Allgemeine Bemerkungen**

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)